

# STAAT UND WIRTSCHAFT IN HESSEN

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

Herausgegeben vom  
Hessischen Statistischen Landesamt  
Wiesbaden

2003 · 58. Jahrgang

## **1. Copyright**

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

## **2. Allgemeine Geschäftsbedingungen**

Das Öffnen der Verpackung bedeutet die Anerkennung der Geschäftsbedingungen und verpflichtet zum Kauf; eine Rückgabe ist ausgeschlossen.

### **§ 1 Geltungsbereich**

Nachstehende Bedingungen in ihrer zum Zeitpunkt der Bestellung gültigen Fassung gelten für alle Lieferungen und sonstige Leistungen des Hessischen Statistischen Landesamtes. Abweichende allgemeine Geschäftsbedingungen sowie Liefer- und Zahlungsbedingungen des Käufers werden nicht anerkannt.

### **§ 2 Vertragsschluss und Preise**

Das Hessische Statistische Landesamt verpflichtet sich, die Bestellung des Käufers zu den Bedingungen der Website/des Veröffentlichungsverzeichnisses anzunehmen. Bei Schreib-, Druck- und Rechenfehlern auf der Website/im Veröffentlichungsverzeichnis ist das Hessische Statistische Landesamt zum Rücktritt berechtigt. Falls die bestellte Sache nicht lieferbar ist, ist das Statistische Landesamt zum Rücktritt berechtigt. In diesem Fall wird der Käufer unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit unterrichtet. Die angegebenen Preise beziehen sich auf den Stand vom 1. Januar 2004. Preisänderungen bleiben vorbehalten. Bei Veröffentlichungen mit einem Umfang unter 5 Seiten wird eine Schutzgebühr erhoben. Abgabe und Versand von Veröffentlichungen erfolgen grundsätzlich gegen Berechnung; **Kosten für Porto und Verpackung** sind in den angegebenen Verkaufspreisen **bereits enthalten**. Umsatzsteuer-(Mehrwertsteuer-)pflicht besteht nicht.

Folgende Rabatte werden eingeräumt:

A) Mengenrabatte bei Abnahme

- ab 10 Exemplaren 10 %
- ab 20 Exemplaren 20 %
- ab 30 Exemplaren 30 %

B) Buchhandel und Wiederverkäufer 30 %, wenn aus der Bestellung die Eigenschaft des Bestellers als Wiederverkäufer ersichtlich ist (Bücherzettel).

C) Schüler, Studierende und Auszubildende für Arbeiten im Rahmen ihrer Ausbildung gegen Vorlage des Ausweises sowie öffentliche Bibliotheken jeweils 15 %.

Für Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gelten Sonderregelungen.

### **§ 3 Lieferbedingungen**

Der Versand erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers an die vom Käufer angegebene Lieferadresse. Für verloren gegangene oder beschädigte Sendungen wird kein Ersatz geleistet.

### **§ 4 Fälligkeit und Zahlung, Verzug**

Der Rechnungsbetrag ist auf das in der Rechnung angegebene Bankkonto der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Frankfurt/Main mit Angabe der Referenznummer zu überweisen (Kontobezeichnung: HCC-HSL; Konto-Nr.: 1 000 538, BLZ: 500 500 00) oder in bar bei der Zahlstelle des HSL zu begleichen. Der Rechnungsbetrag ist mit Zugang der Rechnung fällig. Die Zahlung hat innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Rechnung zu erfolgen, danach kommt der Käufer automatisch in Verzug. Skontoabzug ist unzulässig. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen



gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugschaden geltend gemacht.

## **§ 5 Eigentumsvorbehalt**

Die Lieferung bleibt bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum des Landes Hessen.

## **§ 6 Mängelgewährleistung und Haftung**

Liegt ein vom Hessischen Statistischen Landesamt zu vertretender Mangel der Sache vor, kann der Käufer als Nacherfüllung wahlweise Mängelbeseitigung oder Ersatzlieferung verlangen. Ist das Hessische Statistische Landesamt zur Nacherfüllung wegen Unverhältnismäßigkeit nicht bereit oder nicht in der Lage oder verzögert sich diese über angemessene Fristen hinaus aus Gründen, die das Hessische Statistische Landesamt zu vertreten hat oder schlägt in sonstiger Weise die Nacherfüllung fehl, ist der Käufer nach seiner Wahl berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, eine entsprechende Minderung des Kaufpreises, Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen zu verlangen.

Soweit sich nachstehend nichts anderes ergibt, sind weitergehende Ansprüche des Käufers, gleich aus welchen Rechtsgründen, ausgeschlossen. Das Hessische Statistische Landesamt haftet deshalb nicht für Schäden, die nicht am Liefergegenstand selbst entstanden sind; insbesondere haftet das Hessische Statistische Landesamt nicht für entgangenen Gewinn oder für sonstige Vermögensschäden des Käufers. Soweit die Haftung des Hessischen Statistischen Landesamtes ausgeschlossen ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung von Arbeitnehmern, Vertretern und Erfüllungsgehilfen.

Vorstehende Haftungsbeschränkung gilt nicht, soweit die Schadensursache auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht oder ein Personenschaden vorliegt. Sie gilt ferner dann nicht, wenn der Käufer Ansprüche aus §§ 1, 4 Produkthaftungsgesetz geltend macht.

Sofern das Hessische Statistische Landesamt fahrlässig eine vertragswesentliche Pflicht verletzt, ist die Ersatzpflicht für Sachschäden auf den typischerweise entstehenden Schaden beschränkt.

Die Gewährleistungsansprüche verjähren in zwei Jahren ab Lieferung der Sache.

## **§ 7 Abonnements und Kündigung**

Regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen, wie z. B. „Statistische Berichte“, Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ oder „Hessische Kreiszahlen“, können zum laufenden Bezug als Abonnement bestellt werden. Dies bedarf der Schriftform. Hierfür wird vierteljährlich eine Rechnung zugestellt. Für Abonnements von Veröffentlichungen gewähren wir einen Preisnachlass von 15 %. Der Käufer kann ohne Begründung schriftlich oder durch Rücksendung der Sache innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt der Rechnung bzw. der ersten Lieferung den Vertrag über das Abonnement widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Die Kosten für die Rücksendung der Ware hat der Käufer zu tragen.

## **§ 8 Datenschutz**

Zum Zwecke der Begründung und Durchführung des Vertragsverhältnisses im Allgemeinen erhebt, nutzt und verarbeitet das Hessische Statistische Landesamt folgende Daten des Benutzers (Bestandsdaten): Name, Vorname, evtl. Zugehörigkeit zu einem Unternehmen oder einer Institution, persönliche Anschrift bzw. Anschrift des Unternehmens oder der Institution, Telefon- Faxnummer, E-Mail-Adresse (soweit vorhanden) und Kundennummer.

Zum Zwecke der Durchführung des Vertragsverhältnisses im Einzelnen nutzt und verarbeitet das Hessische Statistische Landesamt folgende Daten des Benutzers (Abrechnungsdaten): Art, Anzahl und Kosten der bestellten Produkte, Kopien von Bestelldateien, mit denen eine Bestellung des Käufers durchgeführt worden ist.

Der Käufer stimmt dieser Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten ausdrücklich zu. Auf Verlangen erhält der Käufer Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten.

## **§ 9 Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand**

Es gilt deutsches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Lieferungen und Leistungen ist Wiesbaden.

# SYSTEMATISCHES INHALTSVERZEICHNIS 2003

## A. Textbeiträge

	Heft	Seite
<b>Allgemeines</b>		
Datenbedarf der Wissenschaft. Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung. Von <i>Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke</i> . . . . .	3	77
Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2002 . . . . .	4	94
Schattenwirtschaft in Hessen. Von <i>Dr. Frank Padberg</i> . . . . .	5	143
Statistisches Jahrbuch Hessen in neuem Design vorgestellt. Von <i>Carsten Beck</i> . . . . .	6/7	166
Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2003. Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung für das erste Quartal 2003. Von <i>Dr. Frank Padberg</i> . . . . .	6/7	167
<b>Bevölkerung, Haushalte und Familien</b>		
Zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i> . . . . .	1	9
Struktur und Entwicklung der Rentnerhaushalte. Von <i>Siegfried Than</i> . . . . .	4	117
Einkommensstruktur der Haushalte 2002 nach Verwaltungsbezirken. Von <i>Siegfried Than</i> . . . . .	8	201
Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen seit 1987. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i> . . . . .	11	266
<b>Bildung und Kultur</b>		
Knapp 300 Studierende an den ersten vier staatlich anerkannten Berufsakademien in Hessen. Von <i>Andreas Büdinger</i> . . . . .	4	128
Langzeitstudierende an hessischen Hochschulen sollen zukünftig Studiengebühren zahlen — wie viele wären betroffen? Von <i>Andreas Büdinger</i> . . . . .	12	286
<b>Rechtspflege</b>		
Sozialgerichtsklagen in Hessen 2002. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i> . . . . .	6/7	174
<b>Wahlen</b>		
Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i> . . . . .	2	26
Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003 — Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i> . . . . .	5	138
<b>Land- und Forstwirtschaft</b>		
Agrarstrukturhebung 2003 in Hessen — Erste Ergebnisse zur Bodennutzung und Viehhaltung. Von <i>Jörg Führer</i> . . . . .	9	227
Erzeugung und Schlachtung von Vieh in Hessen. Von <i>Jörg Führer</i> . . . . .	12	291
<b>Produzierendes Gewerbe</b>		
Indikatoren zur Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes 1997 bis 2001. Von <i>Manfred Frosch</i> . . . . .	1	2
Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2001. Von <i>Peter Kammerer</i> . . . . .	2	41
Amtliche Energiestatistik neu geregelt. Von <i>Wolfgang Bayer</i> . . . . .	11	258
<b>Verkehr</b>		
447 Busse im Jahr 2002 bei Personenschadensunfällen beteiligt — kein Fahrgast getötet. Von <i>Udo Kroschewski</i> . . . . .	10	246

	Heft	Seite
<b>Versorgung und Verbrauch, Einkommen</b>		
Zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i> . . . . .	1	9
Einkommensstruktur der Haushalte 2002 nach Verwaltungsbezirken. Von <i>Siegfried Than</i> . . . . .	8	201
<b>Löhne und Gehälter</b>		
Nettoverdienste im Handwerk preisbereinigt gesunken. Von <i>Theo Hefner</i> . . . . .	1	15
Arbeitskostenerhebung im Produzierenden Gewerbe in Hessen 2000. Von <i>Theo Hefner</i> . . . . .	10	238
<b>Sozialleistungen</b>		
Zehn Jahre erzieherische Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Von <i>Siegfried Than</i> . . . . .	4	121
Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2002. Struktur und Entwicklung auf Landesebene. Von <i>Berthold Müller</i> . . . . .	8	193
Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2002. Regionale Besonderheiten. Von <i>Berthold Müller</i> . . . . .	9	218
Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen — Jeder elfte Hesse hatte Ende 2002 einen Behindertenausweis. Von <i>Petra Gerisch</i> . . . . .	9	224
<b>Öffentliche Finanzen</b>		
Wasser- und Abwassergebühren in Hessen 2001 und 2002. Von <i>Günter Rapior</i> . . . . .	3	58
Kommunalfinanzen 2002: Ein schwarzes Jahr mit roten Zahlen. Von <i>Günter Rapior</i> . . . . .	8	186
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>		
Vierteljährliche Ergebnisse der Bruttoinlandsberechnung für Hessen ab 1998. Von <i>Wolfgang Emmel</i> . . . . .	2	46

## B. Daten zur Wirtschaftslage

Heft 2, 5, 8 und 11, Seite 34 ff., 150 ff., 205 ff., 269 ff.

## C. Hessischer Zahlenspiegel

Heft 1 bis 12, Seite 19 ff., 51 ff., 87 ff., 131 ff., 158 ff., 178 ff., 211 ff., 231 ff., 250 ff.,  
277 ff., 301 ff.

## D. Hessischer Umwelt-Monitor

Den Heften 1, 4, 6/7 und 10 ist der „Hessische Umwelt-Monitor“ des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie als  
Supplement beigeheftet bzw. beigelegt.

## E. Beiheft

Dem Heft 12 ist das Beiheft „Konjunkturprognose Hessen 2004“ beigelegt.

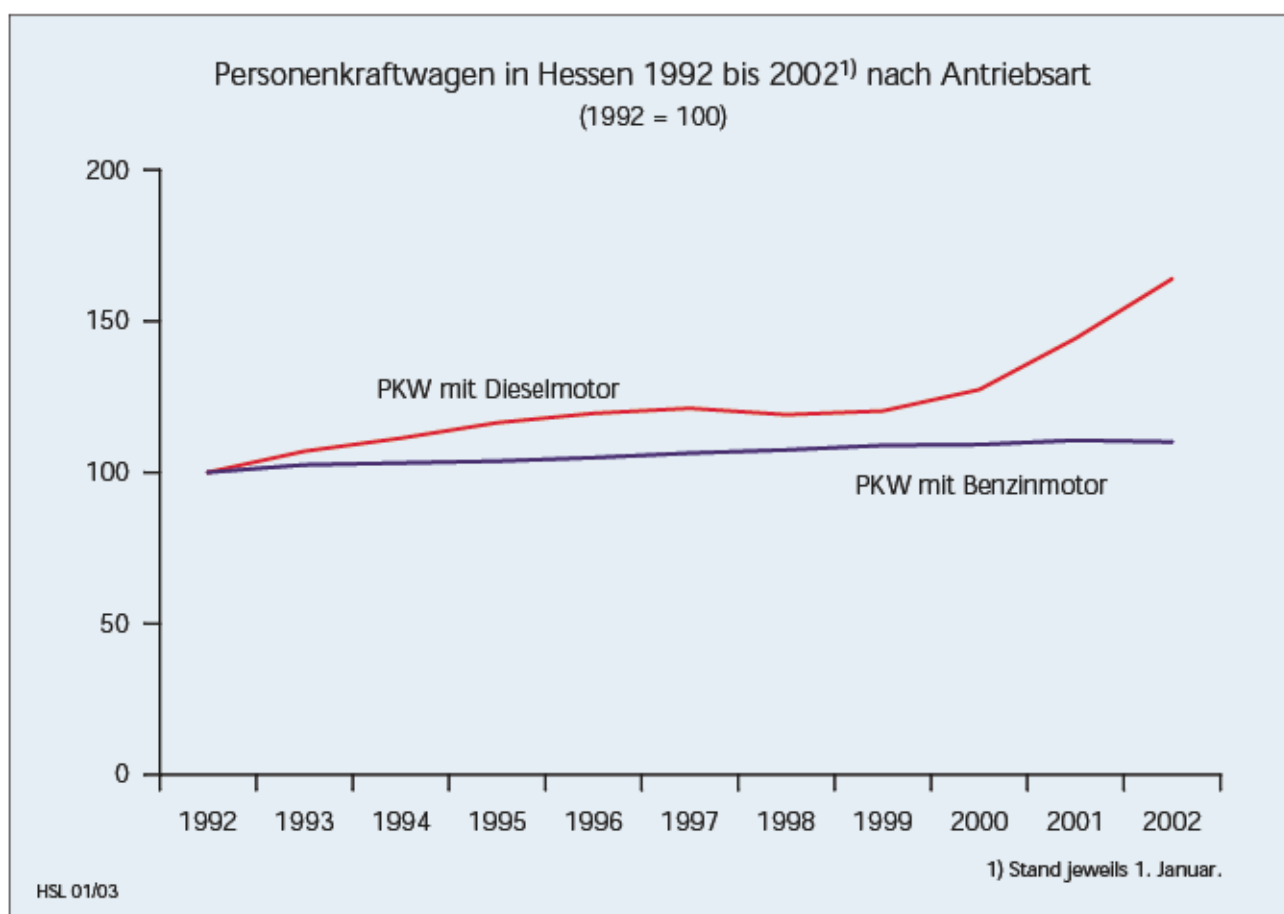
STAAT UND WIRTSCHAFT IN HESSEN · 58. JAHRGANG · 2003

International Standard Serial Number (ISSN) 0344 — 5550 (Print); 1616 — 9867 (Digital)

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-0

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Telefon: 0611 3802-804, Telefax: 0611 3802-890, E-Mail: sbayer@statistik-hessen.de

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt



## Indikatoren zur Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes 1997 bis 2001

*Im Durchschnitt des Jahres 2001 wurden im hessischen Verarbeitenden Gewerbe knapp 3300 Betriebe erfasst. Sie beschäftigten 458 450 Mitarbeiter, von denen die Arbeiter 409,9 Mill. Arbeiterstunden leisteten. Der Gesamtumsatz belief sich auf 83,7 Mrd. Euro. Während die Betriebs- und Beschäftigtenzahlen sowie die Arbeitsleistung zwischen 1997 und 2001 sanken, konnte der Umsatz gesteigert werden. Die aus den Indikatoren des Verarbeitenden Gewerbes ermittelten Kennziffern „Arbeiter je Angestellter“, „Arbeitsleistung je Arbeiter“ sanken in den letzten fünf Jahren. Der Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten konnte dagegen gesteigert werden.*

### Rückläufige Betriebszahlen

Die Gesamtzahl der im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> erfassten Betriebe<sup>2)</sup> ist im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % gesunken. Damit setzte sich die Entwicklung der Vorjahre fort. In fast jedem der Jahre nach 1997 verminderte sich die Zahl der Betriebe, am stärksten mit – 2,0 % im Jahr 1998. Diese rückläufige Entwicklung dürfte nicht nur konjunkturbedingt sein, viele Betriebe haben auch aus anderen Gründen den Berichtskreis verlassen, wenn sie zum Beispiel über Jahre hinweg die Grenze von 20 Beschäftigten nur wenig übertrafen und — abgesehen von der aktuellen Wirtschaftslage — in der Folge von Rationalisierungsmaßnahmen oder der Auslagerung von Funktionen an entsprechende Dienstleister (Outsourcing) aus dem Berichtskreis herausfielen. Sie wurden dann Kleinbetriebe, die nicht zum monatlichen Berichtskreis gehören.

Unter den großen Branchen des Landes sind die Einflussfaktoren der Entwicklung allerdings sehr verschieden und teilweise standort- und/oder branchenbedingt. Zum Beispiel verlagerten Betriebe ihren Sitz aus Hessen, weil ihnen an anderen Standorten Vorteile winkten. Hierzu zählen niedrigere Löhne im EU-Ausland, eine Verbesserung der Verkehrsanbindung oder auch die Verlagerung aus Ballungsräumen mit ihren hohen Grundstückskosten und Umweltauflagen. In einigen Fällen dürfte auch die Substitution von bisher in Hessen hergestellten Produkten durch technische Neuentwicklungen und damit die Einstellung der Erzeugung überholter Produkte (z. B. Herstellung von mechanischen Aggregaten,

mechanischen Steuerungseinrichtungen u. Ä.) und der Import der innovativen Substitutionsprodukte aus dem Ausland eine Rolle spielen. Die hierdurch erzielbaren Kostenreduzierungen führten nicht selten zu Personalvermindierungen und zum Unterschreiten der Bemessungsgrenze für die Einbeziehung in den Berichtskreis.

Da für die fachliche Zuordnung der Schwerpunkt des Betriebes maßgebend ist, kann der technische Fortschritt auch zur Verlagerung des fachlichen Schwerpunktes von Betrieben führen und die Entwicklung der Betriebszahlen je Branche beeinflussen. Betriebe, die bisher überwiegend mechanische Aggregate herstellten, haben sich inzwischen der technischen Entwicklung angepasst und erzeugen Produkte der gleichen Funktion, jedoch mit überwiegend elektrotechnischem oder elektronischem Schwerpunkt. Da diese Veränderungen je nach Branche stark differieren können, weichen die Entwicklungen zum Teil erheblich von einander ab.

In welchem Ausmaß die genannten Faktoren für die Verringerung der Betriebe zur Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren zutreffen, kann nur bei einzelbetrieblicher Untersuchung ergründet werden, wobei die statistische Geheimhaltung der Darstellung Grenzen setzt. Um 4,9 % ging dort die Zahl der Betriebe im Durchschnitt des Jahres 2001 im Vergleich zum Vorjahr zurück, und zwischen 1997 und 2001 gab es lediglich 1999 (+ 1,2 %) und im Jahr 2000 (+ 0,4 %) leichte Zunahmen der Betriebszahlen. Der Rückgang der Betriebszahl 2001 im Vergleich zu 1997 beläuft sich auf – 4,9 %.

Obwohl die Zahl der Maschinenbaubetriebe im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen hat, lag sie nach nahezu kontinuierlichen Rückgängen in den Vorjahren um 0,4 % niedriger als 1997.

Im Gegensatz hierzu und zur Gesamtentwicklung nahmen die Betriebszahlen bei der Chemischen Industrie zwischen 1997 und 2001 in jedem Jahr zu. 2001 hatte die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr 1,7 % betragen. Insgesamt ergab sich für die letzten fünf Jahre eine Zunahme um 9,1 %.

Recht positiv war die Entwicklung auch bei der Kraftfahrzeugbranche — den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. In jedem der Jahre nach 1997 konnte eine Zunahme registriert werden. Sie betrug 2001 im Vergleich zum Vorjahr 1,4 % und addierte sich für die vergangenen fünf Jahre auf 11 %.

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2) Örtlich getrennte Niederlassungen einschl. der zugehörigen und in der Nähe liegenden Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe.

**Betriebe, Beschäftigte und Arbeitsleistung im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>  
1997 bis 2001 nach ausgewählten Branchen**

Art der Angabe	1997	1998	1999	2000	2001	Zu- bzw. Abnahme (-)				
						gegenüber dem jeweiligen Vorjahr				2001 zu 1997
						1998	1999	2000	2001	
						%				
Betriebe										
Verarbeitendes Gewerbe i n s g e s a m t	3 324	3 257	3 300	3 295	3 289	- 2,0	1,3	- 0,2	- 0,2	- 1,1
darunter										
Chemische Industrie	165	174	174	177	180	5,5	—	1,7	1,7	9,1
Maschinenbau	509	499	508	506	507	- 2,0	1,8	- 0,4	0,2	- 0,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	63	64	67	69	70	1,6	4,7	3,0	1,4	11,1
Herstellung von Metall- erzeugnissen	406	402	408	414	416	- 1,0	1,5	1,5	0,5	2,5
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	247	243	246	247	235	- 1,6	1,2	0,4	- 4,9	- 4,9
Beschäftigte i n s g e s a m t										
Verarbeitendes Gewerbe i n s g e s a m t	481 106	470 074	464 707	459 468	458 450	- 2,3	- 1,1	- 1,1	- 0,2	- 4,7
darunter										
Chemische Industrie	71 023	66 418	65 927	63 899	64 246	- 6,5	- 0,7	- 3,1	0,5	- 9,5
Maschinenbau	65 384	64 505	64 009	63 109	62 582	- 1,3	- 0,8	- 1,4	- 0,8	- 4,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	60 973	61 112	60 801	59 927	59 229	0,2	- 0,5	- 1,4	- 1,2	- 2,9
Herstellung von Metall- erzeugnissen	40 491	40 851	39 957	39 287	39 431	0,9	- 2,2	- 1,7	0,4	- 2,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	36 322	35 756	35 535	35 858	36 148	- 1,6	- 0,6	0,9	0,8	- 0,5
Geleistete Arbeiterstunden in 1000										
Verarbeitendes Gewerbe i n s g e s a m t	441 157	437 814	426 696	419 419	409 875	- 0,8	- 2,5	- 1,7	- 2,3	- 7,1
darunter										
Chemische Industrie	45 205	42 278	41 565	40 106	39 969	- 6,5	- 1,7	- 3,5	- 0,3	- 11,6
Maschinenbau	57 446	56 580	55 623	55 054	54 661	- 1,5	- 1,7	- 1,0	- 0,7	- 4,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	64 082	65 371	65 063	62 238	58 708	2,0	- 0,5	- 4,3	- 5,7	- 8,4
Herstellung von Metall- erzeugnissen	42 888	43 197	42 501	41 605	41 015	0,7	- 1,6	- 2,1	- 1,4	- 4,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	40 929	43 502	41 616	41 805	41 497	6,3	- 4,3	0,5	- 0,7	1,4

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

### Beschäftigtenzahlen weiter gesunken

Die Zahl der Beschäftigten<sup>3)</sup> des Verarbeitenden Gewerbes ist im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % gesunken. Da die Beschäftigtenreduzierung bereits seit 1997 anhält, ergibt sich für den gesamten Zeitraum eine Abnahme der Beschäftigtenzahlen um 4,7 %.

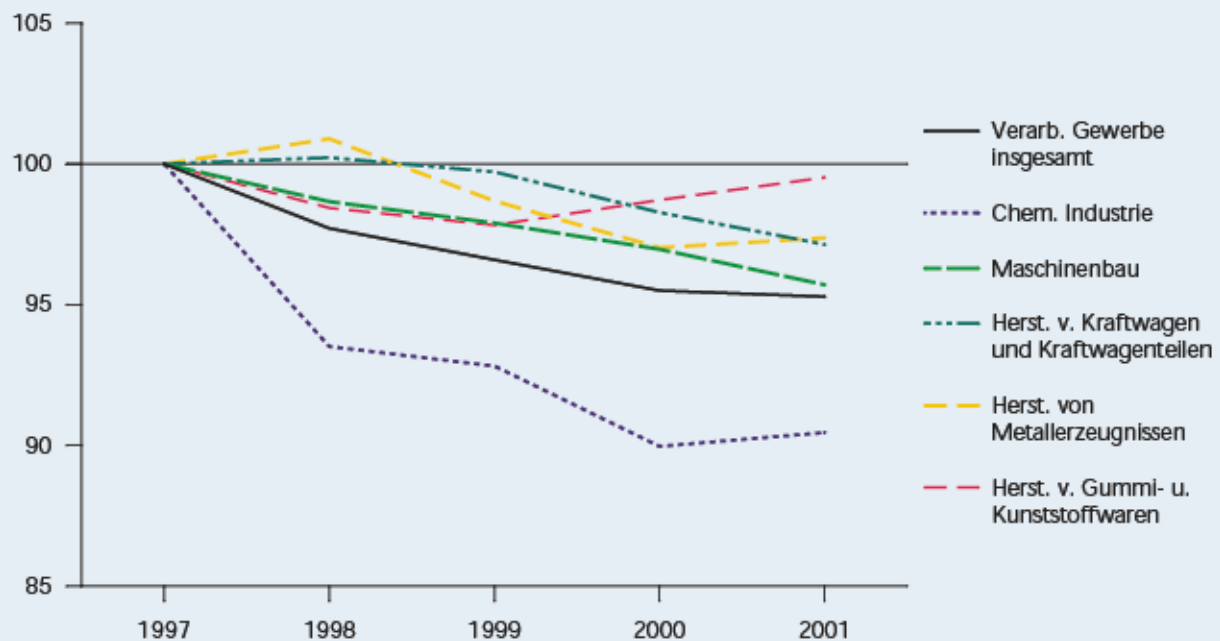
Abgesehen von den bereits zu den Betrieben erwähnten Faktoren dürften nicht alle Beschäftigten, die vom Verarbeitenden Gewerbe freigesetzt wurden, in die Arbeitslosigkeit entlassen worden sein. Vielfach erfolgten auch Auslagerungen von Geschäftsbereichen (Outsourcing), entweder zur Ver-

wirklichung kurzfristiger Kostensenkungen oder zur Verfolgung langfristiger Strategien. Bereiche, die keinen oder nur einen geringen Bezug zum Kerngeschäft hatten, wurden Dritten übertragen. Hierzu gehören beispielsweise das Gebäudemanagement, die Logistik oder die Kantinen. Auch der IT-Bereich wird in vielen Fällen Dritten übertragen. Anbieter wie T-Systems, Siemens Business Services, EDS, SAP oder SCS Ploenzke übernehmen ganze Geschäftsprozesse, z. B. die Personalabrechnung, die Beschaffung oder die Buchhaltung. Vielfach werden aber auch neue Unternehmen gegründet, die die genannten Funktionen für mehrere Unternehmen wahrnehmen. Die Mitarbeiter der ausgelagerten Abteilungen wechseln dann in die neugegründete Gesellschaft und „verlassen“ das Verarbeitende Gewerbe. Nicht selten werden vom Outsourcing besondere Leistungen er-

3) Alle im Betrieb tätigen Personen, d. h. tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Angestellte (einschl. kaufmännisch und technisch Auszubildender), Arbeiter (einschl. gewerblich Auszubildender), aber ohne Heimarbeiter.



Entwicklung der Beschäftigungszahl im Verarbeitenden Gewerbe 1997 bis 2001  
(1997 = 100)



HSL 04/03

wartet. Das „Business Transformation Outsourcing“ (BTO) zielt auf bestimmte Leistungsverbesserungen ab. Damit sinken für das auslagernde Unternehmen nicht nur die Kosten für bisher selbst wahrgenommene Funktionen, sondern die Leistungen werden darüber hinaus auch gesteigert. Außerdem erhöht das Unternehmen, das sich zu dem Outsourcing-Schritt entschieden hat, seine Flexibilität<sup>4)</sup>; es kann leichter auf Kapazitätsschwankungen reagieren. Die Entwicklung, die sich noch immer im Anfangsstadium befindet, dürfte auch in Zukunft zu einer nicht unerheblichen Reduzierung der Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe führen. Wenn eine Verlagerung in den tertiären Sektor der Wirtschaft stattfindet, wird der Arbeitsmarkt nicht belastet. Je größer jedoch die Zahl der Anbieter der erwähnten Leistungen wird, die überdies vielfach nur ihre bereits aufgebauten, nicht immer ausgelasteten Kapazitäten auslasten, umso größer wird der Rationalisierungseffekt: Dem Abbau von Beschäftigten im sekundären Sektor steht keine gleich große Expansion im tertiären Sektor gegenüber.

Der Rückgang der Zahl der Angestellten verlief in den letzten fünf Jahren weniger dramatisch als der der Arbeiter. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass viele Arbeiter ins Angestelltenverhältnis übernommen wurden. Auch deshalb wich die Entwicklung der Angestelltenzahlen erheblich von der der Arbeiter ab.

1997 kamen auf einen Angestellten noch durchschnittlich 1,5 Arbeiter. Bis 2001 hatte sich dieses Verhältnis auf 1,4 reduziert. Mit der Übernahme in ein Angestelltenverhältnis erfolgt in den Betrieben nicht nur eine Angleichung der Beschäftigten zur vereinfachten Abrechnung der Löhne, sondern viele hochqualifizierte Arbeiter verrichten bei der Steuerung von kapitalintensiven Produktionsmitteln Aufgaben, die einen erheblichen Verantwortungsgrad erreichen und ihre Übernahme ins Angestelltenverhältnis auch deshalb rechtfertigen. Überdies kann auf Grund zunehmender Rationalisierung und der Mechanisierung einfacher Arbeiten immer mehr auf ungelernte Arbeiter verzichtet werden.

### Rückgang der Arbeitsleistungen

Die Reduzierung der Arbeitsleistung folgte dem Rückgang der Beschäftigtenzahl, wobei die tariflichen Einflüsse gering sind. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter betrug im Produzierenden Gewerbe 1997 noch 37,7 Stunden, bis 2001 ist sie auf 37,6 Stunden zurückgegangen. In keinem der Jahre nach 1997 wurden die geleisteten Arbeiterstunden erhöht, und im Jahr 2001 belief sich der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr auf 2,3 %; gegenüber 1997 ergibt sich eine Verminderung um 7,1 %. Dass die Reduzierung der Arbeitsleistung höher ausfällt als die der Arbeitsplätze für Arbeiter ist auch darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Arbeiter in Zeiten konjunktureller Flaute in Abhängigkeit von der jeweiligen Qualifikation eher reduziert wird als die der Angestellten, auf deren Erfahrungen man zurückgreifen will, wenn die Nachfrage wieder zunimmt. Zudem

4) Vgl. „Wachsende Bedeutung des strategischen Outsourcing“ und „Ganze Geschäftsprozesse auslagern“ in Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 185 vom 12. August 2002, Seite 17.

**Arbeitsleistung je Arbeiter sowie Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten  
im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> 1997 bis 2001 nach ausgewählten Branchen**

Art der Angabe	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Arbeitsleistung je Arbeiter</b>					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 538	1 556	1 551	1 547	1 520
darunter					
Chemische Industrie	1 567	1 582	1 586	1 591	1 590
Maschinenbau	1 563	1 582	1 583	1 564	1 557
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 465	1 497	1 507	1 478	1 404
Herstellung von Metallerzeugnissen	1 538	1 534	1 536	1 526	1 500
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 557	1 646	1 590	1 576	1 560
<b>Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten in Euro</b>					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	133 470	139 663	135 067	143 540	144 694
darunter					
Chemische Industrie	165 098	180 602	178 317	190 498	194 621
Maschinenbau	116 438	125 475	115 703	127 776	131 691
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	141 118	145 375	120 673	116 068	110 836
Herstellung von Metallerzeugnissen	113 235	114 877	112 709	118 579	121 024
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	133 832	131 150	133 235	134 751	136 247

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

werden — wie bereits erwähnt — Arbeiter zunehmend ins Angestelltenverhältnis übernommen.

Besonders stark war die Verminderung der Arbeitsleistung in der Chemischen Industrie. Sie meldete im Jahr 2001 zwar lediglich einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 %, wegen der erheblichen Einschränkung der Arbeitsleistung in den Vorjahren ergibt sich für die Zeit zwischen 1997 und 2001 allerdings eine Verminderung der geleisteten Arbeiterstunden von fast 12 %.

Ebenfalls recht beachtlich war die Verminderung der Arbeitsleistung im Kraftfahrzeugbereich. Dort wurde die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 % vermindert. Für die letzten vier Jahre ergibt sich eine Reduzierung der Arbeitsleistung um 8,4 %, die auch durch eine um 0,7 Stunden reduzierte Wochenarbeitszeit verursacht wurde. Vor allem der Kraftfahrzeugbereich war in den letzten Jahren von erheblichen Rationalisierungsanstrengungen betroffen. Das Schlagwort von der menschenleeren Fabrik, das immer wieder mit Bezug auf die Kraftfahrzeugproduktion zitiert wird, betraf vor allem die ungelernten und angelernten Arbeitskräfte „am Band“, deren Leistungen zunehmend von Automaten ersetzt wurde.

Eine entsprechende Entwicklung wird auch vom Maschinenbau gemeldet. Sie ist dort besonders stark, wo die Produktion nicht auf individuelle Leistungen von Fachleuten, die

Aggregate in Einzelfertigung erzeugen, angewiesen ist. Serien- und Massenfertigung ermöglicht in weit stärkerem Maße die Substitution menschlicher Arbeitskraft durch Automaten. Dieser Prozess war im Maschinenbau gleichförmiger als in den anderen großen hessischen Branchen und dürfte teilweise auch durch eine Veränderung der Wochenarbeitszeit hervorgerufen worden sein. Insgesamt addiert sich der Rückgang der Arbeitszeit zwischen 1997 und 2001 auf 4,8 %.

Welche Faktoren bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren zur Steigerung der Arbeitsleistung führte, kann nur vermutet werden. Die verstärkte Nachfrage nach Zulieferteilen dürfte hierfür eine Rolle spielen. Sie schlägt sich auch in einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 1997 im Durchschnitt 38,7 Wochenstunden auf 39,0 Wochenstunden im Jahr 2001 nieder. Allerdings ging die Arbeitsleistung 2001 im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht zurück (– 0,7 %). Vermutlich konnten Überstunden reduziert werden, doch insgesamt ergibt sich für die Zeit zwischen 1997 und 2001 eine Ausweitung der Arbeitsleistung um 1,4 %.

### Umsätze steigen weiterhin

Der Gesamtumsatz<sup>5)</sup> des Verarbeitenden Gewerbes ist 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 % auf 83,7 Mrd. Euro gestiegen. Lediglich 1999 musste im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Umsatzrückgang (– 0,5 %) hingenommen werden, der jedoch nicht verhinderte, dass zwischen 1997 und 2001 ein recht beachtlicher Umsatzzuwachs (+ 6,8 %) erwirtschaftet wurde. Die Definition des Begriffs Gesamtumsatz verdeutlicht, dass die Umsatzentwicklung nicht nur von konjunkturellen Einflussfaktoren abhängt, sondern auch von Entwicklungen bestimmt wird, die das Verarbeitende Gewerbe je nach Branche verschieden trifft. Werden die Reparaturarbeiten Dritten übertragen, Montagearbeiten ausgelagert

5) Rechnungsbeträge ohne Mehrwertsteuer der aus eigener Produktion stammenden Lieferung sowie ausgeführten Reparaturen, Montagen, Lohnarbeiten und Lohnveredelungen einschl. der darin enthaltenen Verbrauchssteuern sowie der Kosten für Fracht, Transportversicherung, Porto, Verpackung und Spesen, auch wenn diese gesondert berechnet werden. Eingeschlossen sind der Umsatz aus Verkauf von Energie, Nebenerzeugnissen und verkaufsfähigen Produktionsrückständen sowie der Umsatz aus sonstigen Betriebsteilen, so z. B. baugewerblicher Umsatz, der Umsatz aus Handelsware, aus Vermietungen und Verpachtungen von betrieblichen Anlagen und Einrichtungen, aus Lizenzverträgen u. Ä.



gert, der nicht zum Unternehmensziel zählende Verkauf von Energie aus prozesstechnischen Gründen gesteigert, oder wird auch der Anteil des Handelumsatzes am Gesamtumsatz verstärkt, weil der Markt das Angebot zusätzlicher fremdbezogener Produkte fordert, ergeben sich zum Teil erhebliche Veränderungen. Deutlich wird dies vor allem im Anteil des Umsatzes aus eigener Erzeugung am Gesamtumsatz. 2001 belief sich dieser Anteil für das gesamte Verarbeitende Gewerbe auf 79 %. Im Jahr 1997 waren es noch 82 %.

Erhebliche (Gesamt)Umsatzsteigerungen wurden vor allem von den Herstellern von Metallerzeugnissen gemeldet. Zwar musste auch dort 1999 im Vergleich zum Vorjahr ein Umsatzrückgang hingenommen werden (– 4,2 %), 2001 konnte jedoch im Vergleich zum Vorjahr eine Umsatzzunahme um 12 % registriert werden. Diese und weitere Zunahmen bewirkten für 2001 im Vergleich zu 1997 einen Umsatzzanstieg um 15 %. Allerdings ist bei der Umsatzentwicklung zu beachten, dass der Anteil der Eigenerzeugung 1997 noch bei 89 % lag, und dieser Anteil bis 2001 auf 80 % gesunken ist.

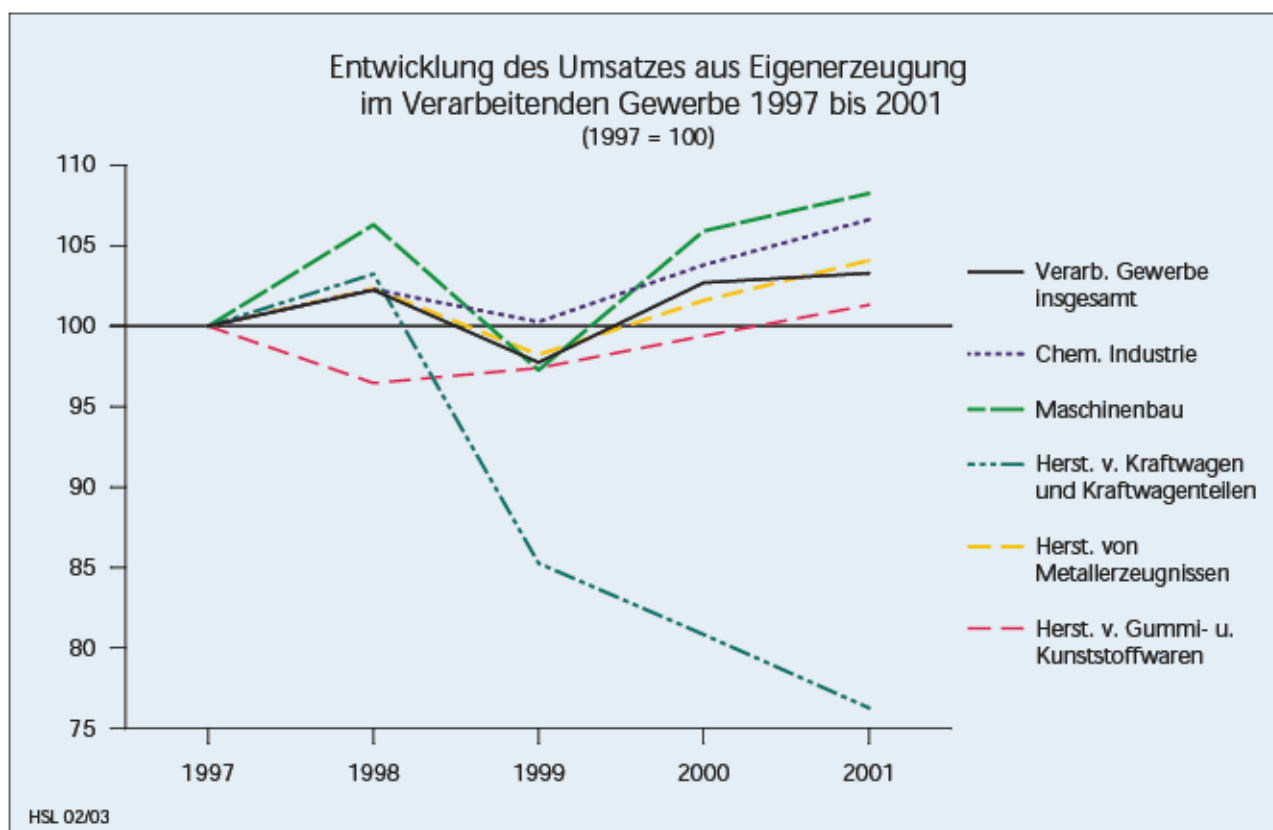
Nur wenig geringer war der Umsatzzanstieg (+ 14 %), den der Maschinenbau 2001 im Vergleich zu 1997 erwirtschaftete. Abgesehen vom Jahr des allgemeinen Rückgangs 1999 (– 7,3 %) meldete der Maschinenbau in jedem der Jahre nach 1997 einen Umsatzzanstieg, der sich 2001 im Vergleich zum Vorjahr auf 5,0 % belief. Der Trend zur Verminderung der Eigenerzeugung ist auch beim Maschinenbau zu beobachten. 1997 belief sich der Anteil des

Umsatzes aus Eigenerzeugung am Gesamtumsatz noch auf 92 %, bis zum Jahr 2001 ist er um 4 Prozentpunkte auf 88 % gesunken.

Eine erfreuliche Umsatzentwicklung war in der Chemischen Industrie zu verzeichnen, die 2001 rund 12 % mehr Umsatz meldete als 1997 und 2,1 % mehr als im Jahr 2000. Zwar lag der Anteil des Umsatzes aus Eigenerzeugung bei der Chemischen Industrie 1997 bereits mit 72 % erheblich unter dem Durchschnitt für das gesamte Verarbeitende Gewerbe, doch ist er bis 2001 weiter auf 68 % gesunken.

Rückläufig war der Umsatz im Kraftfahrzeugsektor. Dort gab es in jedem der Jahre nach 1997 Umsatzrückgänge, den stärksten im Vergleich zum Vorjahr mit – 6,9 % im Jahr 2000. Zwischen 1997 und 2001 sank der Gesamtumsatz um 17 %. Der Anteil des Umsatzes aus Eigenerzeugung, der 1997 bei nur 69 % gelegen hatte, ist bis 2001 allerdings auf 64 % gesunken.

Gleichfalls, wenn auch nur leicht, ging der Umsatz der Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren zwischen 1997 und 2001 (– 0,3 %) zurück. Hier war das Ergebnis des Jahres 1998 mit – 3,8 % im Vergleich zum Vorjahr besonders nachhaltig. Denn in allen übrigen Jahren konnte ein leichter Zuwachs erzielt werden. Der Umsatzanteil aus Eigenerzeugung (1997: 86 %) veränderte sich im Gegensatz zu den übrigen bedeutenderen Branchen bis 2001 (87 %) nur wenig.



**Gesamtumsatz und Umsatz aus Eigenerzeugung im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>**  
**1997 bis 2001 nach ausgewählten Branchen**  
 (Angaben in 1000 Euro)

Art der Angabe	1997	1998	1999	2000	2001	Zu- bzw. Abnahme (-)				
						gegenüber dem jeweiligen Vorjahr				2001 zu 1997
						1998	1999	2000	2001	
						%				
Gesamtumsatz										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	78 361 538	78 768 871	78 396 408	82 373 586	83 720 898	0,5	- 0,5	5,1	1,6	6,8
darunter										
Chemische Industrie	16 351 509	16 253 815	17 044 365	17 977 662	18 349 914	- 0,6	4,9	5,5	2,1	12,2
Maschinenbau	8 242 322	8 814 203	8 170 704	8 909 306	9 357 165	6,9	- 7,3	9,0	5,0	13,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	12 458 602	12 217 656	11 486 010	10 693 514	10 304 410	- 1,9	- 6,0	- 6,9	- 3,6	- 17,3
Herstellung von Metall-erzeugnissen	5 169 070	5 341 931	5 116 048	5 322 074	5 947 806	3,3	- 4,2	4,0	11,8	15,1
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	5 647 534	5 432 504	5 572 306	5 600 595	5 632 237	- 3,8	2,6	0,5	0,6	- 0,3
Umsatz aus Eigenerzeugung										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	64 213 033	65 651 891	62 766 592	65 952 011	66 335 181	2,2	- 4,4	5,1	0,6	3,3
darunter										
Chemische Industrie	11 725 786	11 995 242	11 755 924	12 172 612	12 503 615	2,3	- 2,0	3,5	2,7	6,6
Maschinenbau	7 613 205	8 093 764	7 406 006	8 063 828	8 241 493	6,3	- 8,5	8,9	2,2	8,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	8 604 408	8 884 127	7 337 059	6 955 604	6 564 724	3,3	- 17,4	- 5,2	- 5,6	- 23,7
Herstellung von Metall-erzeugnissen	4 584 999	4 692 823	4 503 527	4 658 631	4 772 116	2,4	- 4,0	3,4	2,4	4,1
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	4 861 063	4 689 384	4 734 505	4 831 890	4 925 066	- 3,5	1,0	2,1	1,9	1,3

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

### Durchschnittlicher Arbeitseinsatz je Arbeiter sinkt

Kennziffern können Entwicklungen und Strukturen verdeutlichen. Allerdings sind hierbei auch Einschränkungen zu berücksichtigen. So ist die aus den vorliegenden Zahlen ermittelbare durchschnittliche Betriebsgröße dann nicht aussagefähig, wenn Betriebe den Berichtskreis wegen Unterschreitung der Bemessungsgrenze für die Berichtspflicht verlassen haben. Da dies zwischen 1997 und 2001 für zahlreiche Betriebe zutreffen dürfte, weil Rationalisierungsmaßnahmen und Wirtschaftslage hierzu zwangen, lässt die Untersuchung der aus den Daten gewonnenen durchschnittlichen Betriebsgröße keine schlüssigen Aussagen zu. Sie dürften auch wegen des Wechsels des wirtschaftlichen Schwerpunkts, der sich in den letzten Jahren für nicht wenige Betriebe als notwendig erwies, schwierig sein.

Da die geleisteten Arbeiterstunden im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 1997 und 2001 stärker sanken als die Zahl der Arbeiter, ergibt sich eine Verminderung der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Arbeiter. 1997 hatte ein Arbeiter im Verarbeitenden Gewerbe noch durchschnittlich 1538 Stunden im Jahr zu erbringen, 2001 waren es nur noch 1520, das war in den letzten fünf Jahren eine Reduzierung um 18 Stunden oder 1,2 %. Diese Verringerung wurde vor allem durch

die erhebliche Verminderung der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Arbeiter im Kraftfahrzeugsektor verursacht. Dort hatte ein Arbeiter 1997 noch durchschnittlich 1465 Stunden im Jahr zu leisten, 2001 waren es 61 Stunden oder 4,2 % weniger. Dabei erfolgte vor allem in den Jahren 2000 und 2001 eine erhebliche Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeiter.

Auch bei der Herstellung von Metall-erzeugnissen wurde die durchschnittliche Arbeitsleistung je Arbeiter verringert, und zwar von 1538 Stunden je Arbeiter im Jahr 1997 auf 1500 Stunden oder 2,5 % im Jahr 2001.

Im Maschinenbau schlug die Verminderung der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Arbeiter kaum zu Buche. Sie belief sich zwischen 1997 und 2001 lediglich auf sechs Stunden oder 0,4 %.

In der Chemischen Industrie als eine der größeren Branchen des Landes war die längste Arbeitszeit je Arbeiter zu erbringen. Sie lag nicht nur 1997 mit 1567 Stunden je Arbeiter über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, sondern übertraf diesen auch noch 2001. Außerdem errechnet sich für die letzten vier Jahre eine Steigerung der durchschnittlichen Arbeitsleistung je Arbeiter um 23 Stunden oder 1,5 %.

### Entwicklung des Umsatzes aus Eigenerzeugung je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe 1997 bis 2001 (1997 = 100)



HSL 03/03

#### ... bei allerdings wachsenden durchschnittlichen Umsätzen je Beschäftigten

Während der Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1997 und 2001 um 6,8 % auf 83,7 Mrd. Euro stieg, konnte der Umsatz aus Eigenerzeugung im gleichen Zeitraum nur um 3,3 % auf 66,3 Mrd. Euro gesteigert werden. Der Anteil des Umsatzes aus eigener Erzeugung am Gesamtumsatz ist folglich um 3 Prozentpunkte zurückgegangen.

Im Durchschnitt des Jahres 2001 erwirtschaftete ein Beschäftigter im Verarbeitenden Gewerbe rund 144 700 Euro aus Eigenerzeugung, das waren 8,4 % mehr als 1997. Nur 1999 ging der durchschnittliche Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten zurück. Im Jahr 2000 wurde der Vorjahreswert sogar um 6,3 % übertroffen.

Der durchschnittliche Umsatz je Beschäftigten war unter den größeren Branchen des Landes in der Chemischen Industrie am höchsten. Dort erzielte im Jahr 2001 ein Beschäftigter 194 600 Euro aus Eigenerzeugung, rund 50 000 Euro mehr als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. In der Chemischen Industrie konnte der durchschnittliche Umsatz je Beschäftigten auch am stärksten gesteigert werden. Nach

einer jährlichen Zunahme, die nur 1999 unterbrochen wurde, belief sich der Zuwachs zwischen 1997 und 2001 auf 18 %.

Im Maschinenbau wurden 2001 im Durchschnitt je Beschäftigten 131 700 Euro aus Eigenerzeugung erwirtschaftet, gut 13 000 Euro weniger als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Die Steigerung der letzten fünf Jahre belief sich auf 13 %, wobei 1999 im Vergleich zum Vorjahr ein Einbruch um 7,8 % hingenommen werden musste.

Etwas unter dem Maschinenbau lag der durchschnittliche Umsatz aus Eigenerzeugung je Beschäftigten mit 121 000 Euro im Jahr 2001 bei der Herstellung von Metallerzeugnissen, und auch dort konnte während der letzten fünf Jahre eine Zunahme (+ 6,9 %) erzielt werden.

Obwohl der durchschnittliche Umsatz aus Eigenerzeugung in der Kraftfahrzeugbranche im Jahr 2001 mit 110 800 Euro der kleinste unter den bedeutenderen Branchen des Landes war, musste dort nach anhaltendem Rückgang über fast alle Jahre des Vergleichszeitraums eine Verminderung um 21 % registriert werden. □



## Zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

*Seit nunmehr 40 Jahren finden in Deutschland im Abstand von fünf Jahren Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) bei den privaten Haushalten statt. Neben dem Schwerpunkt der Erhebung, nämlich Angaben über Herkunft und Höhe des monatlichen Budgets sowie über seine Verwendung zu gewinnen, gehören Fragen zur Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern, zur Vermögensbildung und zu den Vermögensbeständen zum Programm. Für die kommende EVS im Jahr 2003 wurde weitgehend das Konzept der letzten Erhebung beibehalten, durch das in erster Linie die teilnehmenden Haushalte entlastet und die Aufbereitung der Daten beschleunigt werden sollen. In Hessen sind wieder rund 5500 Haushalte aller Bevölkerungsschichten auf freiwilliger Basis in die Erhebung einzubeziehen. In einem Rotationsverfahren haben sie nach einem „Einführungsinterview“ drei Monate Buch zu führen. Die Vermögensfragen, die zuletzt in Einführungsinterview und Haushaltsbuch aufgegliedert waren, sind diesmal in einer besonderen Anlage zum Einführungsinterview enthalten. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass sich — zumindest in Hessen — auch die Erhebungstechnik ändern wird, und zwar insofern, als auf den bisher üblichen Einsatz von Interviewern verzichtet wird.*

### Vorbemerkungen

Im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wird im Jahr 2003 die neunte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt, nachdem vor nunmehr 40 Jahren, nämlich 1962/63, die erste Erhebung dieser Art stattfand. Rechtsgrundlage ist seit damals das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18), zuletzt geändert durch Art. 10 des Ersten Gesetzes zur Änderung Statistischer Rechtsvorschriften vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294). Der vorgesehene fünfjährige Turnus der Erhebungen wurde lediglich einmal nicht eingehalten, als 1968 die statistischen Ämter durch eine Konzentration mehrerer Großzählungen (Gebäude- und Wohnungszählung, Handels- und Gaststättenzählung sowie Handwerkszählung) übermäßig belastet waren und man sich für eine Verschiebung auf das Jahr 1969 entschied. Das Erhebungsprogramm ist — wie bis 1993 auch die Erhebungsmethode — von Beginn an ziemlich konstant geblieben, wenngleich die für heutige Verhältnisse überaus großzügigen gesetzlichen Regelungen (mit lediglich fünf direkt auf die Statistik bezogenen Paragraphen) insbesondere bei den früheren Stichproben dazu genutzt wurden, für die Auswertungen unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen. Über den gesamten Zeitraum betrachtet, wurde jedoch durch die Kontinuität der Kerninhalte eine höchstmögliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet. Nach den grundlegenden methodischen Änderungen und den — weniger gravierenden — inhaltlichen Anpassungen im Jahr 1998 wird auch die EVS 2003 wieder einige Neuerungen mit sich bringen, sodass es angebracht erscheint, über den aktuellen Stand im Vorfeld der Erhebung kurz zu berichten. Auf diese Weise lässt sich zudem vermeiden, dass spätere fachliche Auswertungen durch die Darstellung methodischer Grundlagen überfrachtet werden.

### Erhebungsziele

Zentrales Ziel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist es, ein aktuelles Bild über die wirtschaftliche und soziale Lage der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in fachlich tiefer Gliederung sowie über Quellen und Höhe der Einnahmen, Struktur der Ausgaben, Vermögensbildung und Vermögensbestände in den privaten Haushalten zu gewinnen. Auf diesen Grundlagen können u. a. die voraussichtlichen Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen unter verschiedenen Aspekten abgeschätzt und Fehlleitungen öffentlicher oder privater Mittel vermieden werden. Insbesondere werden die Daten aber für vielfältige Analysen und Planungen von Wissenschaft, Sozialpartnern, Wirtschaftsunternehmen oder Verbraucherverbänden genutzt. Konkret gehören dazu der Armuts- und Reichtumsbericht, die Festsetzung der Regelsätze bei der Sozialhilfe oder die Zusammensetzung des Warenkorb für die Messung der Lebenshaltungskosten. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist dabei, dass — im Gegensatz zur Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen oder zu den meisten Untersuchungen von Instituten — durch die Einbeziehung einer relativ großen Zahl von Berichtseinheiten repräsentative Ergebnisse für private Haushalte fast aller Bevölkerungsgruppen dargestellt werden können. Dies gilt, obwohl in vielen Teilbereichen sicher die Bundesergebnisse im Vordergrund stehen, auch für eine Regionalisierung, die zumindest bei einem Land von der Größe Hessens noch eine Fülle brauchbarer Daten liefert und damit fundierte Aussagen zulässt.

In Richtung auf eine vollständigere Erfassung aller Bevölkerungsgruppen zielte im Wesentlichen auch die Einbeziehung von Ausländerhaushalten, nachdem auf sie ursprünglich vor allem aus erhebungstechnischen Gründen verzichtet worden war. Die besonderen Schwierigkeiten bei der Werbung einerseits sowie bei der exakten Führung der Haushaltsbücher infolge sprachlicher Probleme andererseits waren dafür die Hauptbeweggründe. Der gestiegene Anteil von Nicht-

deutschen, auf die beispielsweise in Hessen inzwischen etwa 10 % der Haushalte und 12 % der Einwohner entfallen, führte zu einem Umdenken in diesem Punkt. Zudem baute man darauf, dass in vielen Ausländerhaushalten mittlerweile Familienmitglieder mit den für die Erhebung erforderlichen deutschen Sprachkenntnissen leben, während eine Lösung mit fremdsprachigen Papieren oder gar der Zulässigkeit von (Text-)Angaben in Fremdsprachen bei dieser komplexen Materie ausscheiden musste. Trotz eines wenig zufrieden stellenden Tests im Jahr 1988 wurden Haushalte von Ausländern unter Vorgabe einer besonderen Quote ab 1993 in die Erhebung einbezogen. Wegen zu geringer Beteiligung — bundesweit wurden weniger als 50 % des Solls erreicht — konnten für sie jedoch weder 1993 noch 1998 eigene Ergebnisse dargestellt werden. Bei der EVS 2003 bleiben sie zwar einbezogen, werden aber nicht mehr gesondert behandelt, da man zum einen davon ausgeht, dass nicht die Staatsangehörigkeit der gravierendste Aspekt für Unterschiede bei Einkommen oder Konsum ist. Zum anderen sollte dadurch der umfangreiche Auswahlplan etwas gestrafft werden. Somit sind weiterhin nur Haushalte bzw. Personen in Gemeinschaftsunterkünften sowie Haushalte mit besonders hohem monatlichen Nettoeinkommen<sup>1)</sup> in der EVS unberücksichtigt.

#### Erhebungseinheiten, Auswahlverfahren

Erhebungseinheiten der EVS sind private Haushalte, die außer den beiden zuvor genannten Gruppen sämtliche Bevölkerungskreise repräsentieren sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist für das Jahr 2003 — wie schon bei den letzten Erhebungen — wieder ein bundesweiter durchschnittlicher Auswahlatz von 0,2 % vorgesehen; das entspricht der doch recht beträchtlichen Zahl von annähernd 75 000 Haushalten. Überproportional berücksichtigt werden dabei kleinere Länder, um auch für sie, zumindest in Teilbereichen, noch aussagefähige Ergebnisse zu erhalten. Für Hessen — und ansonsten nur noch für Niedersachsen — gilt der genannte Bundesdurchschnitt, sodass das Erhebungssoll insgesamt 5512 Haushalte umfasst<sup>2)</sup>; damit ist die Zahl der vorgesehenen Erhebungseinheiten gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 1998 nahezu konstant geblieben.

Die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung erschien von Anfang an bei einer derart komplexen Erhebung mit ihrem schwierigen, in weiten Teilen auch sehr sensiblen Fragenprogramm unabdingbar, wenn man vernünftige Ergebnisse erzielen wollte. Diese Überlegung wurde durch die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil zur

Volkszählung 1983 über die Wahl des „milderen Mittels“ eindrucksvoll bestätigt. Andererseits ergab sich daraus das Problem, ein geeignetes Stichprobenverfahren zu finden. Bei einer als Idealfall angestrebten Zufallsstichprobe ist auf Grund der Freiwilligkeit nicht damit zu rechnen, dass sich eine ausreichend große Zahl derart ausgewählter Haushalte beteiligt. Außerdem haben die Erfahrungen gezeigt, dass sich die Teilnahmebereitschaft in solchen Fällen häufig auf bestimmte Bevölkerungsgruppen konzentriert (zum Beispiel Beamte oder Angestellte mit gehobenem Einkommen), durch die sich die Grundgesamtheit nicht annähernd korrekt widerspiegeln lässt. Daher hatte man sich seinerzeit für ein Quotenverfahren entschieden und dies auch bei der aktuellen Erhebung beibehalten. Die einzelnen Merkmale für die Quotierung, beruhend auf den Länderergebnissen des Mikrozensus 2000, sind wiederum der Haushaltstyp (anstelle der bis 1993 üblichen Haushaltsgröße) und die soziale Stellung der Bezugsperson mit jeweils sechs Ausprägungen sowie das monatliche Haushaltsnettoeinkommen in unverändert fünf Größenklassen<sup>3)</sup>, diese allerdings erstmals in Euro abgegrenzt. Da die Haushalte von Landwirten nicht mit den anderen Merkmalen kombiniert werden und eine Kombination des Haushaltstyps „Paare mit Kind(ern), beide Partner erwerbstätig“ mit der sozialen Stellung „Nichterwerbstätige“ per definitionem ausgeschlossen ist, ergeben sich insgesamt 156 Schichten. Diese müssen allerdings — zumindest in Hessen — teilweise zusammengefasst werden, weil sie schon bei der fünfmal größeren Stichprobe des Mikrozensus (1 %-Auswahlatz) zu schwach besetzt sind. Vorrangig erfolgen diese Zusammenfassungen bei den Einkommensgrup-

Erhebungssoll der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 in Hessen nach Gliederungsmerkmalen

Gliederungsmerkmal	Soll an Haushalten	
	Anzahl	% <sup>1)</sup>
<b>Haushalte insgesamt</b>	<b>5 512</b>	<b>0,20</b>
<b>Nach dem Haushaltstyp</b>		
Einpersonenhaushalte	1 305	0,14
Paare ohne Kind oder weitere Personen	1 778	0,22
Alleinerziehende <sup>2)</sup>	190	0,22
Paare mit Kind(ern) <sup>2)</sup> , ein Partner berufstätig	565	0,24
Paare mit Kind(ern) <sup>2)</sup> , beide Partner berufstätig	723	0,22
Sonstige Haushalte <sup>3)</sup>	890	0,27
<b>Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers</b>		
Landwirte	61	0,57
Selbstständige	739	0,39
Beamte, Angestellte	2 084	0,22
darunter		
Beamte	473	0,39
Angestellte	1 369	0,19
Arbeiter	914	0,18
Nichtberufstätige	1 714	0,16
darunter		
Rentner	1 021	0,14
sonstige Nichtberufstätige	272	0,21

1) Anteil an den hochgerechneten Haushalten des Mikrozensus 2000. —  
2) Mit mindestens einem Kind im Alter von unter 18 Jahren. — 3) Z. B. Paare mit Kind(ern) ausschl. im Alter von über 18 Jahren.

1) Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen ab 17 500 Euro werden nicht in die Erhebung einbezogen.

2) Die länderspezifischen Auswahlätze schwanken zwischen 0,18 % für Nordrhein-Westfalen und 0,25 % für Bremen.

3) Unter 900 Euro, 900 bis unter 1300 Euro, 1300 bis unter 2600 Euro, 2600 bis unter 3600 Euro sowie 3600 Euro oder mehr; zur Erfüllung der jeweils ermittelten Quoten wird bei der Teilnahmeerklärung die — nicht selten zu niedrige — Selbsteinschätzung der Haushalte herangezogen, unabhängig von der später durch die Anschreibung errechneten Einkommenshöhe.



pen und erst in zweiter Linie bei der sozialen Stellung (z. B. Beamte/Angestellte), keinesfalls aber auf der Ebene von Haushaltstypen, sodass am Ende für Hessen noch 92 Schichten übrig bleiben. Der detaillierte Quotenplan ist also auf jeden Fall wesentlich umfangreicher, als in der Tabelle dargestellt. Ähnlich wie bei der Quotierung für die einzelnen Länder wurden auch hier die in der Grundgesamtheit schwächer besetzten Schichten für die Auswahl in der Stichprobe überproportional berücksichtigt, um die Aussagefähigkeit der Ergebnisse zu verbessern, was aber nur gelingen kann, wenn sich auch tatsächlich eine entsprechend große Zahl von Haushalten zur Teilnahme bereit erklärt. Die schichtenspezifischen Auswahlsätze schwanken beträchtlich, und zwar in Hessen zwischen weniger als 0,1 % für Einpersonenhaushalte von Rentnern oder Arbeitern, jeweils in den beiden unteren Einkommensgruppen, und fast 0,8 % für Haushalte von allein erziehenden Selbstständigen, wobei diese in Hessen nicht einmal nach Einkommensklassen untergliedert sind. Zusätzlich sind die Schichten wegen der im Jahr 1998 erfolgten Verfahrensänderung beim Aufzeichnen der Einnahmen und Ausgaben (hierauf wird später ausführlicher eingegangen) anteilmäßig auf die einzelnen Quartale des Jahres aufgegliedert. Dass auf die Haushaltsgröße als *Quotierungsmerkmal* verzichtet wird, hat übrigens keine Auswirkungen auf die spätere *Darstellung* der Ergebnisse, d. h., dass nach wie vor der Nachweis von Daten in dieser Gliederung möglich und selbstverständlich auch vorgesehen ist.

### Erhebungsmerkmale

Wie bei amtlichen Statistiken üblich, sind die bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben zu erhebenden Merkmale gesetzlich festgelegt. Dabei lässt das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte einen relativ großen Spielraum, indem es in § 2 Abs. 1 folgende Tatbestände beschreibt:

1. die Einnahmen der Haushalte nach Quellen;
2. die Verwendung der Einnahmen für
  - a) den privaten Verbrauch,
  - b) Steuern und Abgaben,
  - c) Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen,
  - d) Rückzahlung von Schulden,
  - e) Vermögensbildung,
  - f) sonstige Zwecke.

Gemäß Abs. 2 erfassen die Erhebungen (EVS ebenso wie laufende, monatliche Wirtschaftsrechnungen) außerdem „Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie über die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, soweit diese Angaben für die Darstellung der Ergebnisse erforderlich sind.“

Die einzelnen Erhebungstatbestände, speziell die zuletzt genannten, wurden bereits in der Vergangenheit an die wirtschaftliche oder auch technische Entwicklung angepasst. Ein besonders schwieriger und sensibler Komplex ist die Ermittlung der Vermögensbestände. Bei den früheren Erhebungen wurden dazu Fragen über Sparvermögen, Bausparverträge, Wertpapierbesitz sowie Haus- und Grundbesitz gestellt. Damit konnte natürlich bei weitem nicht das gesamte Vermögen der privaten Haushalte abgebildet werden. Beispielsweise fehlten Guthaben auf Girokonten oder bei Lebensversicherungen; für den Haus- und Grundbesitz wurde lediglich der Einheitswert ermittelt, der in der Regel um ein Vielfaches unter dem tatsächlichen Wert liegt. Hier wurde mit der EVS 1993 trotz der nicht zu unterschätzenden Problematik bei der Erfassung ein Einstieg unternommen, der, wenn schon nicht eine Vervollständigung, so doch wenigstens eine Verbesserung der Datenlage zum Ziel hatte. U. a. wurden Kontenentwicklung und -bestände am Jahresende 1993 erfragt, ebenso auch — zusätzlich zum Einheitswert — der Verkehrswert des eventuell vorhandenen Haus- und Grundbesitzes sowie die Rückkaufwerte von Lebensversicherungen. Die Qualität der diesbezüglichen Ergebnisse war sicher noch immer nicht optimal, aber andererseits zumindest auf Bundesebene oder für die größeren Länder nicht so schlecht, dass man auf die entsprechenden Fragen 1998 hätte verzichten müssen. Vielmehr wurde durch eine verstärkte Aufklärung der Haushalte auf eine Steigerung der Aussagekraft hingearbeitet. Nachteilig wirkte sich im Jahr 1998 aber aus, dass die Fragen zum Geldvermögen an das Ende der — jeweils nur vierteljährlich zu führenden — Haushaltsbücher platziert wurden und somit kein einheitlicher Stichtag mehr für die Wertermittlung gegeben war. Dass es bei manchen Anlagearten ohnehin schwierig ist, ihren aktuellen Wert während des Jahres in Erfahrung zu bringen, sei nur am Rande vermerkt. Wegen dieser Problematik hat man sich entschlossen, die Angaben zu den Vermögensbeständen nun zu Beginn des Jahres 2003 mit einem gesonderten Formular als Anlage zum „Einführungsinterview“ zu erheben. Dadurch haben die Haushalte auch im Falle eines Interviewer-Einsatzes die Möglichkeit, diese besonders sensiblen Daten in Ruhe zu sammeln und direkt an das Statistische Landesamt zu senden.

### Erhebungskonzept und -verfahren

Bevor also die Haushalte die zentralen Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben vorzunehmen haben, werden sie über ihre Zusammensetzung, demografische und sozioökonomische Daten, die Wohnsituation sowie die Ausstattung mit ausgewählten technischen Gebrauchsgütern befragt. Neu aufgenommen wurden in diesen Teil der Erhebung Fragen zur Nutzung einer Zweit- oder Ferienwohnung, während die Angaben zu Haus- oder Grundbesitz in die spezielle Anlage für Vermögensfragen integriert wurden.

Die zentralen Papiere der EVS bleiben jedoch die „Haushaltsbücher“. In sie waren früher von den teilnehmenden Haushalten für *jeden Monat* des Erhebungsjahres die Einnahmen und Ausgaben einzutragen. Zur Erleichterung für die Haushalte waren dabei *sämtliche* Ausgaben nur in einem einzigen, dem so genannten „Feinanschreibungsmonat“ aufzunehmen, während in den übrigen elf Monaten lediglich größere Ausgaben für vorgegebene Positionen zu notieren waren. Dieses Konzept wurde ab 1993 Zug um Zug umgestellt, um die Haushalte zu entlasten und dadurch die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen. Wie schon 1998 sind auch im Jahr 2003 die Haushaltsbücher nur noch für einen Zeitraum von *drei Monaten*, und zwar jeweils für ein komplettes Quartal des Jahres, zu führen. Lediglich eine Unterstichprobe von einem Fünftel der Haushalte soll in einem gesonderten „Feinaufzeichnungsheft“ für *einen Monat* die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren detailliert mit Bezeichnung und Mengenangaben der einzelnen Artikel festhalten. Untergliedert ist dieses Heft in folgende Abschnitte:

- Nahrungsmittel,
- alkoholfreie Getränke,
- alkoholische Getränke,
- Tabakwaren,
- Sachentnahmen (von Landwirten/Selbstständigen) sowie
- Speisen und Getränke außer Haus.

Das Quartal für das Führen des Haushaltsbuchs und der Feinaufzeichnungsmonat der Unterstichprobe werden, um eine subjektive Wahl zu vermeiden und saisonale Schwankungen bei Käufen oder Dienstleistungen realistisch zu erfassen, vorab nach einem schichtenspezifischen Rotationsverfahren festgelegt.

Die monatlichen Einkommen und anderen Einnahmen sind im Haushaltsbuch überwiegend personenbezogen aufzuzeichnen, ebenso auch bestimmte Abzüge, Beiträge zur Sozialversicherung (einschl. zur privaten Kranken- oder Pflegeversicherung) und ausgewählte Steuern. Nur wenige Einnahmen, aber die weitaus meisten Ausgaben sind dagegen für den gesamten Haushalt in einer monatlichen Summe je Ausgabenart einzutragen, und zwar wiederum untergliedert in die folgenden Abschnitte:

- Wohnen und Energie,
- Verkehr,
- Nachrichtenübermittlung,
- Gesundheit und Körperpflege,
- Bekleidung und Schuhe,
- Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Haushaltsführung,

- Freizeit, Unterhaltung und Kultur,
- Gaststätten, Kantinen, Hotels, Pensionen,
- Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren,
- Unterrichtsdienstleistungen,
- sonstige Waren und Dienstleistungen,
- Versicherungsprämien.

Zudem werden Daten zu Ausgaben im Ausland, Bildung von Geldvermögen, Ratenzahlungen und Kreditaufnahme erhoben. Die einzelnen Abschnitte des Haushaltsbuchs sind — mit Ausnahme von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, deren detaillierter Nachweis dem genannten Feinaufzeichnungsheft vorbehalten ist — weiter unterteilt (siehe Muster von Seiten aus dem Haushaltsbuch) und werden in dieser tieferen Gliederungsstufe gemäß der COICOP/HBS<sup>4)</sup> verschlüsselt. Eine besondere Schwierigkeit des gesamten Verfahrens der Buchführung, nämlich vor allem bei Haushalten mit mehreren Personen tatsächlich sämtliche Ausgaben zu erfassen, sei hier nur beiläufig erwähnt. Um den Haushalten dabei die Arbeit zu erleichtern, können sie bei Bedarf in so genannten „Sammelnotizheften“ laufend die Ausgaben für eine spätere Übernahme ins Haushaltsbuch vormerken.

Wegen der angestrebten Vergleichbarkeit mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen steht bei der Eintragung ins Haushaltsbuch die Marktentnahme, also Käufe und unterstellte Käufe, im Mittelpunkt des Erhebungskonzepts. Unterstellte Käufe sind zum Beispiel der Mietwert von Eigentümerwohnungen, Deputate oder Sachentnahmen aus dem eigenen Betrieb. Zu beachten ist weiterhin, dass die Käufe zu dem Zeitpunkt mit dem vollen Preis zu verbuchen sind, zu dem sie in die Verfügungsgewalt des einzelnen Haushalts übergehen. Die Zahlungsvorgänge, also beispielsweise Ratenzahlungen bei größeren Anschaffungen, spielen dabei zunächst keine Rolle. Die Monatsraten erscheinen in einem solchen Fall in den Haushaltsbüchern als Rückzahlung von Schulden.

### Organisatorische Aspekte der EVS

Bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben ist auf Grund der gesetzlichen Vorgaben der Arbeitsschnitt zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern seit jeher noch ausgeprägter als sonst üblich, liegen doch auch die manuelle und die maschinelle Aufbereitung, wie beispielsweise das Verschlüsseln von Klartextangaben (jetzt nur noch bei der Feinaufzeichnung erforderlich) und das Erfassen sämtlicher Daten, weitgehend in den Händen des Bundes. Den Ländern obliegt dagegen insbesondere die Werbung der Haushalte und eventuell der Interviewer, die Datenerhebung und die gesamte technische Abwicklung bis zur Lieferung vorgeprüfter Interviews bzw. der entsprechenden Hefte sowie der Haushaltsbücher an das Statistische Bundesamt. Bei der Datenerfassung wird es diesmal insofern eine Neuerung geben, als zur weiteren Beschleunigung der

4) Classification of Individual Consumption by Purpose/Household Budget Surveys = Klassifikation des Privaten Verbrauchs nach dem Verwendungszweck für die Erhebungen der Wirtschaftsrechnungen.



# Auszüge aus dem Ausgabenteil des Haushaltsbuches

## Kosten für Wohnen und Energie



Art der Ausgaben	Betrag in vollen Euro		
	1. Monat	2. Monat	3. Monat

### L 1 Mieter/Untermieter

Miete für Hauptwohnung (einschl. Betriebskosten ohne Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	01			
Miete für dauernd gemietete Zweit- und Freizeitwohnungen (einschl. Betriebskosten ohne Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	02			
Untermiete für Haupt-, Zweit- und Freizeitwohnungen	03			
Dauermiete in Hotels, Gasthöfen und Pensionen	04			
Fehlbelegungsabgabe	05			
Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen	Material	06		
	Handwerker	07		

### M

## Verkehr



Art der Ausgaben			Betrag in vollen Euro		
			1. Monat	2. Monat	3. Monat
Kauf von	neuen Kraftfahrzeugen	01			
	gebrauchten Kraftfahrzeugen	02			
	Kraftfahrzeugen	03			
	Fahrrädern	04			
Leasing von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugen		05			
Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuge		06			
Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile für Kraftfahrzeuge		07			
Kraftstoffe und Schmiermittel		08			
Wartungen und Reparaturen		09			

### O

## Gesundheit und Körperpflege



Art der Ausgaben			Betrag in vollen Euro		
			1. Monat	2. Monat	3. Monat
Pharmazeutische Erzeugnisse	ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren	01			
	nur Eigenanteile und Rezeptgebühren	02			
Andere medizinische Erzeugnisse	ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren	03			
	nur Eigenanteile und Rezeptgebühren	04			
Orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)		05			
Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)		06			
Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Miet- und Eigenanteile)		07			
Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausstattungen (einschl. Eigenanteile)		08			
Arztbesuchen (einschl. Eigenanteile)		09			
Zahnarztbesuchen (einschl. Eigenanteile)		10			

### R

## Freizeit, Unterhaltung und Kultur



Art der Ausgaben			Betrag in vollen Euro		
			1. Monat	2. Monat	3. Monat
Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tondatenaufnahmegeräte		01			
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen		02			
Rundfunk- und Fernsehgebühren		03			



Aufbereitungszeiten wenigstens die Daten des „Einführungsinterviews“ im Dialogverfahren von den Statistischen Landesämtern erfasst werden sollen. So können — neben der Verteilung der Lasten auf mehrere Schultern — zu diesem Zeitpunkt eventuell noch vorhandene Unstimmigkeiten leichter durch Rückfragen bei den Haushalten geklärt werden, denn die Adressen der Teilnehmer liegen lediglich bei den Landesämtern vor.

### Verzicht auf Interviewer

In Hessen werden die rund 5500 Haushalte, von denen gut 1100 ein Feinaufzeichnungsheft für Nahrungs- und Genussmittel führen sollen, diesmal nicht von Interviewern betreut, sondern nach Zusendung der erforderlichen Unterlagen auf telefonischem Weg direkt durch Mitarbeiter des Hessischen Statistischen Landesamtes. Für diese Änderung waren überwiegend Kostengründe ausschlaggebend, nachdem zuletzt vor allem die Fahrtkosten der Interviewer stark angestiegen waren, weil beispielsweise Haushalte trotz Terminvereinbarungen nicht angetroffen wurden und mehrmals aufgesucht werden mussten. Neben der Problematik des schwierigen Antreffens bestimmter Haushaltsgruppen könnte bei einer rein postalischen Erhebung auch eine gewisse Hemmschwelle in der Auskunftsbereitschaft gegenüber Interviewern hinsichtlich der höchst sensiblen Themenbereiche abgebaut werden.

Die Werbung der erforderlichen Haushalte gestaltet sich trotz vielfältiger Maßnahmen bei bestimmten Teilgruppen erfahrungsgemäß recht schwierig. Dazu gehören insbesondere die Haushalte von Selbstständigen, Arbeitern oder auch „sonstigen“ Nichterwerbstätigen (Studenten, Erwerbslose) sowie Haushalte von alleinstehenden Berufstätigen. Die detaillierten Schichtvorgaben lassen sich in vielen Fällen nicht erfüllen, während vor allem bei Angestellten-Haushalten ein Überangebot besteht, sodass teilweise Absagen erteilt werden müssen. Die gegenüber den früheren EVS doch erhebliche Verkürzung des Anschreibezitraums hat sich schon 1998 positiv auf die Beteiligungsquote ausgewirkt, vor allem war die Zahl von Haushalten, die während der Erhebung absprangen, rückläufig, auch wenn am Ende für das Haushaltsbuch in Hessen nur noch eine Beteiligungsquote von rund 75 % erreicht worden war. Bis Mitte November war das Gesamtsoll der EVS 2003 bereits zu gut vier Fünfteln erfüllt, sodass sich die Werbemaßnahmen nur noch gezielt auf die problematischen Gruppen richten. Dazu besteht ein Spielraum bis etwa Ende Januar 2003, weil die Daten für das Einführungsinterview noch zu diesem Termin in die Erhebung einfließen können, und andererseits das Führen von Haushaltsbuch und eventuell Feinaufzeichnungsheft auf einen späteren Zeitraum innerhalb des Jahres zu legen ist. Als fi-

**nanzielle Anerkennung** wird den Haushalten nach Ablieferung sämtlicher Unterlagen in Hessen eine Prämie von 60 Euro gezahlt. Haushalte, die sich an der Feinaufzeichnung beteiligen, erhalten dafür zusätzlich 15 Euro. Die früher übliche Verlosung von Geldpreisen entfällt dagegen. Ein nicht zu unterschätzender Gewinn dürfte es jedoch für viele an der EVS teilnehmende Haushalte sein, einmal im Detail zu sehen, wofür das monatliche Gesamtbudget ausgegeben wird.

### Ergebnisse

Die zum Teil schon bei der EVS 1998 verwirklichten Änderungen stellten nicht nur den praktischen Einstieg in das neue Konzept der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte dar, sondern entlasteten die Haushalte und die statistischen Ämter, wodurch sich Aufbereitung und Ergebniserstellung gegenüber früher beschleunigen ließen. Für die Erhebung des Jahres 2003 sind in diesem Bereich weitere Verbesserungen zu erwarten. Damit wäre einer der größten Mängel früherer Einkommens- und Verbrauchsstichproben behoben, nämlich die teilweise beträchtlichen Einbußen an Aktualität der Ergebnisse durch die langen Aufbereitungszeiten. Die hohe Komplexität und der große Umfang der gesamten Erhebung mit ihren vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten bleiben zwar erhalten, doch können durch rationellere Organisation der Arbeitsabläufe die ersten Ergebnisse aus dem Einführungsinterview (einschl. der Fragen zum Vermögen) noch im Berichtsjahr vorgelegt werden. Für die Angaben aus den Haushaltsbüchern ist — wie schon 1998 — eine Halbjahresauswertung aus den beiden ersten Quartalen für Anfang 2004 vorgesehen. Sie wird auch die Basis für den dann auszuarbeitenden Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung sein, weil die Daten für das Gesamtjahr keinesfalls rechtzeitig für diesen Zweck vorliegen können. Problematisch ist dabei sicher eine Kumulierung oder Hochrechnung auf das gesamte Jahr, weil gerade ein großer Teil einmaliger Einkünfte, wie z. B. das Weihnachtsgeld, aber häufig auch das Urlaubsgeld, erst in der zweiten Jahreshälfte anfällt. Andererseits werden die Jahresabrechnungen für Energie- oder Wasserverbrauch meist in der ersten Jahreshälfte fällig, sodass nicht selten die Ausgabenbelastung in diesem Zeitraum höher sein dürfte als im Jahresdurchschnitt. Speziell auf Länderebene sollte also auf Teilaufbereitungen nur mit äußerster Vorsicht zurückgegriffen werden. Das heißt allerdings, dass man sich mit Auswertungen über Einnahmen und Ausgaben voraussichtlich bis zum Herbst 2004 wird ge-  
dulden müssen. Erst danach kann wohl die weitere Bearbeitung der Feinaufzeichnungshefte forciert werden. Diesbezügliche Ergebnisse sind demnach keinesfalls vor 2005 zu erwarten, was aber gegenüber den bisherigen Erfahrungen schon einen beträchtlichen Fortschritt bedeuten würde. □

## Nettoverdienste im Handwerk preisbereinigt gesunken

Die Gesellen und übrigen Arbeiter<sup>1)</sup> in zehn ausgewählten Handwerkszweigen<sup>2)</sup> in Hessen verdienten im Mai 2002 im Durchschnitt 12,66 Euro je Stunde. Das waren 1,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Weil die im Durchschnitt bezahlte Wochenarbeitszeit in dieser Zeit um 0,1 Stunden auf 38,9 Stunden gesunken ist (bereits seit 1993 schwankt sie um die 39-Stunden-Marke), ist der entsprechende Bruttomonatsverdienst nicht so stark gestiegen. Binnen Jahresfrist nahm er nur um 1,3 % auf 2137 Euro zu. Sein Anstieg war damit zwar niedriger als im Mai 2001 (+ 2,2 %), aber höher als im Mai 2000 (+ 0,8 %) und Mai 1999 (+ 0,7 %). Modellrechnungen zeigen, dass bei einer solchen Zunahme des Bruttoverdienstes der preisbereinigte Nettoverdienst zurückgegangen ist. Schon die Verbraucherpreise<sup>3)</sup> waren im Mai 2002 um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor.

verdienten im Mai 2002 im Durchschnitt 2167 Euro brutto je Monat; die übrigen Arbeiter mit 1908 Euro 12 % weniger.

Im Einzelnen ist der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Klempner von Mai 2001 bis Mai 2002 um 6,8 % gestiegen. Es folgten die Fleischer sowie die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer mit jeweils 3,8 %, die Kfz-Mechaniker mit 3,7 % und die Gas- und Wasserinstallateure mit 2,5 %. Wegen dieser überdurchschnittlichen Zunahmen war für die genannten Handwerkszweige im Gegensatz zur Gesamtentwicklung auch netto und real ein Verdienstanstieg zu verzeichnen. Demgegenüber ging für Metallbauer der Bruttomonatsverdienst um 3,1 % und für Elektroinstallateure um 0,2 % zurück. Für die Bäcker nahm er nur um 0,2 % und für die Tischler um 0,8 % zu.

Nicht nur die Entwicklung, sondern auch das Niveau der Verdienste ist zwischen den erfassten Handwerkszweigen unterschiedlich. Das gleiche gilt für die Arbeitszeit. Der Bruttomonatsverdienst lag im Mai 2002 für die Gas- und Wasserinstallateure mit 2276 Euro am höchsten und für die Fleischer trotz einer überdurchschnittlich langen Wochenarbeitszeit

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der Arbeiter<sup>1)</sup>  
in ausgewählten Handwerkszweigen im Mai 2002

Gewerbezweig <sup>2)</sup>	Bezahlte Wochenarbeitszeit	darunter Mehrarbeit je Woche	Bruttoverdienste in Euro		Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber Mai 2001 in %	
	Stunden		je Stunde	je Monat	Bruttostundenverdienst	Bruttomonatsverdienst
Gas- und Wasserinstallateure	38,5	0,7	13,62	2 276	2,8	2,5
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	38,8	1,1	13,32	2 246	3,4	3,8
Klempner	38,2	0,3	13,27	2 203	6,8	6,8
Maler und Lackierer	39,2	0,2	13,09	2 231	1,5	1,7
Kraftfahrzeugmechaniker	37,6	0,3	12,98	2 118	4,0	3,7
Metallbauer	38,9	1,3	12,66	2 141	- 0,0	- 3,1
Tischler	39,2	0,7	12,61	2 147	1,4	0,8
Elektroinstallateure	38,7	1,4	12,10	2 037	0,1	- 0,2
Bäcker	40,1	1,7	11,42	1 989	1,4	0,2
Fleischer	39,4	0,3	11,26	1 928	3,2	3,8
<b>A l l e erfassten Gewerbezweige</b>	<b>38,9</b>	<b>0,8</b>	<b>12,66</b>	<b>2 137</b>	<b>1,8</b>	<b>1,3</b>

1) Jeweils Männer und Frauen zusammen. — 2) Geordnet nach der Höhe des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes.

Die Gesellen der jeweiligen handwerklichen Fachrichtung

\*) Tel.: 0611/3802-635 · E-Mail: thefner@hsl.de

1) Jeweils Männer und Frauen zusammen. Über 96 % der Erfassten waren allerdings Männer. Die Frauen konzentrierten sich in den erfassten Handwerkszweigen „Bäcker“ und „Fleischer“. Die Männer kamen auf einen durchschnittlichen Bruttoverdienst von 12,77 Euro je Stunde und 2154 Euro je Monat, bei den Frauen waren es 9,92 Euro bzw. 1683 Euro.

2) Maler und Lackierer, Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Elektroinstallateure, Tischler, Bäcker und Fleischer.

3) Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen.

(39,4 Stunden) mit 1928 Euro am niedrigsten. Schon seit 1987 liegen die Fleischer am Ende der Verdienstskaala. Die im Durchschnitt bezahlte Wochenarbeitszeit bewegte sich im Mai 2002 zwischen 37,6 Stunden bei den Kfz-Mechanikern und 40,1 Stunden bei den Bäckern. Gegenüber Mai 2001 ist sie für die Bäcker damit zwar um eine halbe Stunde gesunken, blieb aber um 0,3 Stunden über dem im Mai 2000 erreichten Wert.

Theo Hefner\*)



## Korrektur zu Staat und Wirtschaft in Hessen, Heft 9/2002

Im Beitrag „Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2001, Teil 2: Regionale Besonderheiten und Kostenbelastung der Träger“ wurde bei den reinen Ausgaben für die Sozialhilfe des Jahres 2001 insgesamt in der Kreistabelle für den **Main-Kinzig-Kreis** eine Steigerungsrate von knapp 12 % ausgewiesen und im Text als auffallend erwähnt. Seitens des Kreises war allerdings im April 2002 im Zusammenhang mit dem Sozialhilfelastenausgleich des Landes eine Korrektur der Ausgaben des Jahres 2000 gemeldet worden, die jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in das Statistikergebnis einfließen konnte. Unter Berücksichtigung der neuen Beträge ergibt sich für den **Main-Kinzig-Kreis** somit für das Jahr 2001 nur noch eine Kostensteigerung um 4,5 % (statt 11,8 %), während im Rückblick auf das Jahr 2000 daraus eine Steigerung gegenüber 1999 um 3,8 % statt einer Abnahme um 3,1 % resultiert.

Heinz-Kurt Rempel

# Hebesätze der Realsteuern

**Daten der Statistischen Ämter des  
Bundes und der Länder**

Die Veröffentlichung „**Hebesätze der Realsteuern**“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- ◆ **Grundsteuer A**
- ◆ **Grundsteuer B**
- ◆ **Gewerbesteuer**



**Diskette:** Format: Excel 5.0/95

Außerdem enthält die Diskette die Einwohnerzahlen, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„**Hebesätze der Realsteuern**“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-115



**Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom  
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden**

Telefon: 0611 3802-951  
E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de)

Fax: 0611 3802-992  
Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

- In den ersten elf Monaten des Jahres 2002 zählten die **Beherbergungsbetriebe** mit neun oder mehr Betten in Hessen 9 Mill. Ankünfte und 23,1 Mill. Übernachtungen. Dies waren fast 2 % weniger Gäste und 4 % weniger Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2001. Etwas besser schnitten die hessischen Heilbäder ab: Dort sank die Zahl der Ankünfte zwar ebenfalls, und zwar um annähernd 2 %, aber die Übernachtungen gingen im Vergleichszeitraum „nur“ um 3 % zurück. Insgesamt konnten die hessischen Heilbäder 1,2 Mill. Übernachtungsgäste begrüßen, die zusammen 7,1 Mill. Übernachtungen buchten. Etwas Rückenwind verspürten wieder die Vorsorge- und Reha-Kliniken. Dort nächtigten 199 000 Gäste; das waren kaum weniger als von Januar bis November 2001. Die Zahl der Übernachtungen war im Vergleichszeitraum aber stärker rückläufig. Sie sank um knapp 3 % auf 4,7 Mill..

- Die am **Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte** in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im Januar 2003 um 1,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die entsprechende Teuerungsrate hatte im Dezember 1,3 % und im November 1,2 % betragen. Obst war im Januar um 4,4 %, Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) um 17,9 % billiger als ein Jahr zuvor. Damals waren ihre Preise aber besonders hoch gewesen. Ohne diese Nahrungsmittel sowie ohne Fisch wäre die Gesamtlebenshaltung im Januar 2003 um 1,3 % teurer gewesen als vor Jahresfrist. Aber auch Fleisch und Fleischwaren wurden binnen Jahresfrist um 1,6 %, Vollmilch um 2,4 % und Butter um 5,8 % billiger. Insgesamt waren die Nahrungsmittelpreise damit um 2,7 % niedriger als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig gingen die Preise für Kleidung und Schuhe binnen Jahresfrist um 3,2 % zurück. Andererseits war Heizöl im Januar um 18,9 % teurer; bei den Kraftstoffen betrug die Teuerung 15,8 %. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte wäre der Preisindex nur um 0,3 % höher gewesen als ein Jahr zuvor. Ein so niedriger Wert war zuletzt im September 1999 erreicht worden. Im kurzfristigen Vergleich, also von Dezember 2002 auf Januar 2003, stiegen die Verbraucherpreise im Durchschnitt um 0,8 %. Wie schon vor einem Jahr haben sie damit zum Jahreswechsel besonders stark zugenommen. Anders als im Jahresvergleich haben sich auch die saisonabhängigen Nahrungsmittel binnen Monatsfrist verteuert. Im Januar war Obst um 5,9 %, Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) um 6,2 % teurer als im Dezember. Die Preise für Beeren und Weintrauben nahmen dabei binnen Monatsfrist um 31,7 % und die für Kopfsalat und Lauch um 37,9 % zu. Starke Preiserhöhungen gegenüber dem Vormonat waren auch für Energie zu verzeichnen. Kraftstoffe waren im Januar um 9,0 %, Strom um 5,2 %, Heizöl um 4,4 % und Gas um 3,8 %

teurer als im Dezember. Demgegenüber sanken die Preise für Kaffee gegenüber dem Vormonat um 4,5 %, für Pauschalreisen um 2,1 %, für Butter um 2,0 % sowie für Kleidung und Schuhe um 1,6 %.

- In den ersten elf Monaten des Jahres 2002 verloren 463 Menschen durch **Verkehrsunfälle** auf Hessens Straßen ihr Leben. Das waren 20 Getötete oder 4 % weniger als von Januar bis November des Jahres 2001. Es kam in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres insgesamt zu 24 700 Unfällen, bei denen Menschen verletzt wurden. Das waren annähernd 2 % weniger als im Jahr 2001. Neben den Getöteten wurden noch 33 100 Personen verletzt, fast 2 % weniger als vor einem Jahr. Dabei sank die Zahl der Schwerverletzten im Vergleichszeitraum um annähernd 2 % auf 5800, auch die Zahl der Leichtverletzten nahm um knapp 2 % auf 27 200 ab. Da in der Vergangenheit im Dezember die Zahl der Verkehrstoten bei etwa 50 Personen lag, ist für das gesamte Jahr 2002 mit etwas über 500 bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten zu rechnen.

- Vor dem Hintergrund der schwachen Steuereinnahmen entwickelten sich die **Gesamtausgaben** der hessischen **Gemeinden** und **Gemeindeverbände** in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 nur zurückhaltend. Mit insgesamt knapp 14,2 Mrd. Euro blieben sie um 352 Mill. Euro oder um 2,4 % hinter dem vergleichbaren Vorjahreswert zurück. Die Daten der Vierteljährlichen Kassenstatistik zeigen, dass allerdings nur die Gesamtausgaben der Verwaltungshaushalte rückläufig waren. Während hier die Ausgabensumme um 440 Mill. Euro oder 3,6 % auf 11,8 Mrd. Euro zurückging, nahmen die Gesamtausgaben der Vermögenshaushalte um 88 Mill. Euro oder 3,9 % auf knapp 2,4 Mrd. Euro zu. In den Verwaltungshaushalten sanken die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 163 Mill. Euro oder 6 % auf 2,45 Mrd. Euro, während die Personalausgaben um 100 Mill. Euro oder 4,4 % auf 2,40 Mrd. Euro und die Sozial- und Jugendhilfeausgaben um 64 Mill. Euro oder 3,2 % auf 2,08 Mrd. Euro am deutlichsten anzogen. Für die Steigerung der Ausgaben der Vermögenshaushalte waren insbesondere gegenüber dem Vorjahreszeitraum forcierte Kredittilgungen ausschlaggebend. So wurden mit 378 Mill. Euro knapp 95 Mill. Euro oder ein Drittel mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 zur ordentlichen Kredittilgung aufgewendet. Zudem gaben die hessischen Kommunen ihre Zurückhaltung bei den investiven Ausgaben (Vermögenserwerb und Ausgaben für Baumaßnahmen) im dritten Quartal des Jahres 2002 etwas auf. Mit rund 1,26 Mrd. Euro investierten sie immerhin 26 Mill. Euro (+ 2,1 %) mehr als in den ersten neun Monaten des noch deutlich einnahmestärkeren Jahres 2001. Zur Jahresmitte hatten sie erst 760 Mill. Euro und damit noch 11 Mill. Euro (– 1,4 %) weniger als im ersten Halbjahr 2001 investiert.

# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt <sup>7)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs <sup>4)</sup>  1995 = 100	Index der Um-sätze <sup>5)</sup>  2000 = 100	Preis-index für die Lebens-haltung <sup>6)</sup>  1995 = 100	Arbeits-lose <sup>8)</sup>	Arbeits-lose <sup>9)</sup>	Offene Stellen <sup>10)</sup>	Kurz-arbeit (Personen) <sup>10)</sup>	
	Ins-gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>11)</sup>												
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	.	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	.	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	81,4	33 213	98,8	109,3	200 533	7,4	37 692	7 822
2001 3. Vj. D	101,1	92,7	116,7	460 735	96,0	33 565	93,2	109,9	.	.	.	.
Oktober	102,6	93,8	118,8	458 130	64,2	33 341	101,0	109,3	195 656	7,1	32 366	7 461
November	103,7	94,6	120,4	455 804	72,1	32 618	105,7	109,2	198 272	7,2	30 008	10 015
Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	64,0	32 049	107,5	109,2	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	66,8	32 669	104,7	109,2	.	.	.	.
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	49,0	31 114	87,3	110,4	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 085	53,7	30 689	86,0	110,7	222 906	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	86,9	30 701	105,1	110,9	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	63,2	30 835	92,8	110,7	.	.	.	.
April	103,4	91,3	125,8	444 914	81,1	31 075	103,0	110,9	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	70,3	30 914	95,3	110,9	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	101,7	87,3	128,1	443 552	96,2	30 422	92,5	110,8	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	102,9	88,2	129,8	444 107	82,5	30 804	96,9	110,9	.	.	.	.
Juli	106,9	94,7	129,2	445 106	72,0	30 118	94,8	111,2	214 374	7,8	30 243	7 987
August	96,4	87,2	113,4	445 420	75,9	30 567	89,4	111,0	210 290	7,6	28 660	8 876
September	101,8	88,0	127,4	444 496	71,2	30 649	92,4	111,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3 Vj. D	101,7	90,0	123,3	445 007	73,0	30 445	92,2	111,1	.	.	.	.
Oktober	105,8	93,9	127,6	441 499	71,6	30 719	...	110,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	103,5	90,0	128,4	439 559	63,8	30 631	...	110,5	213 579	7,8	24 780	11 434
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>11)</sup>												
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	.	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	.	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	2,1	- 6,7	.	0,4	51,7
2001 3. Vj.	- 4,8	- 6,6	- 2,0	- 0,1	0,1	- 6,4	.	2,2	.	.	.	.
Oktober	- 5,2	- 2,8	- 8,5	- 0,7	- 25,0	- 7,6	.	1,7	- 0,4	.	- 9,5	56,0
November	- 5,7	- 5,3	- 6,4	- 1,1	- 5,1	- 8,7	.	1,4	1,6	.	- 14,1	121,7
Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	.	1,5	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	.	1,5	.	.	.	.
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,6	2,1	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 5,6	1,7	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 14,2	- 18,0	- 8,3	- 2,7	8,0	- 7,5	- 4,1	1,8	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 11,0	- 12,2	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 4,7	1,9	.	.	.	.
April	7,8	2,5	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	2,2	1,6	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,0	- 8,9	12,7	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,7	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 1,3	- 4,0	2,4	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,3	0,9	5,9	.	- 16,7	129,4
2. Vj.	2,1	- 3,6	10,1	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 3,0	1,3	.	.	.	.
Juli	4,2	2,8	5,9	- 3,3	3,3	- 9,5	1,2	1,2	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 3,7	- 7,6	2,6	- 3,4	- 30,3	- 9,5	- 4,8	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,1	- 3,8	8,2	- 3,5	- 34,9	- 8,8	0,4	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	0,6	- 2,9	5,7	- 3,4	- 24,0	- 9,3	- 1,1	1,1	.	.	.	.
Oktober	3,1	0,1	7,4	- 3,6	11,6	- 7,9	...	1,5	6,7	.	- 21,2	41,9
November	- 0,2	- 4,9	6,6	- 3,6	- 11,5	- 6,1	...	1,2	7,7	.	- 17,4	14,2
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>11)</sup>												
2001 3. Vj.	0,3	1,3	- 1,0	0,4	2,6	0,9	- 6,7	0,4	.	.	.	.
Oktober	1,9	2,5	0,9	- 0,5	- 41,4	- 0,8	9,8	- 0,5	0,8	.	- 10,8	27,8
November	1,1	0,9	1,3	- 0,5	12,4	- 2,2	4,7	- 0,1	1,3	.	- 7,3	34,2
Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	1,7	0,0	4,5	.	- 1,1	90,8
4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	12,3	- 0,6	.	.	.	.
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 18,8	1,1	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	- 1,5	0,3	- 0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	- 0,3	61,8	0,0	22,2	0,2	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 4,9	- 6,5	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 11,4	1,4	.	.	.	.
April	3,6	2,6	5,1	- 0,4	- 6,6	1,2	- 2,0	0,0	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,1	- 5,7	7,6	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 7,5	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,7	1,4	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 2,9	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,7	3,2	11,4	- 0,9	30,5	- 0,1	4,4	0,2	.	.	.	.
Juli	5,1	8,5	0,9	0,4	- 25,2	- 1,0	2,5	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,8	- 7,9	- 12,2	0,1	5,5	1,5	- 5,7	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	5,6	0,9	12,3	- 0,2	- 6,2	0,3	3,4	0,0	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	2,0	- 5,0	0,2	- 11,5	- 1,2	- 4,9	0,2	.	.	.	.
Oktober	3,9	6,7	0,2	- 0,7	0,5	0,2	...	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,2	- 4,2	0,6	- 0,4	- 10,9	- 0,3	...	- 0,4	2,3	.	- 2,9	8,0

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslosen in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 068,1 <sup>1)</sup>	6 077,8 <sup>1)</sup>	6 072,4	6 072,2	6 073,7	6 080,8	6 082,5	6 083,6	6 086,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	3 277	3 529	2 826	1 785	3 677	3 261	2 855
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	6,4	7,1	5,5	3,6	7,1	6,5	5,5
* Lebendgeborene	"	4 901	4 686	5 001	4 603	5 006	4 843	4 406	4 558	5 285
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	9,3	9,7	9,2	9,7	9,7	8,5	9,1	10,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 029	4 948	5 244	4 317	5 140	5 519	4 852	4 698	4 937
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,2	8,6	10,0	11,0	9,4	9,4	9,6
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	21	19	23	11	17	23	19	23	24
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	4,2	4,6	2,4	3,4	4,7	4,3	5,0	4,5
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 127	- 262	- 243	286	- 134	- 676	- 446	- 140	348
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,3	- 0,5	- 0,5	0,6	- 0,3	- 1,4	- 0,9	- 0,3	0,7
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	13 983	12 869	17 793	13 983	12 256	12 696	16 902
darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	6 398	5 704	7 429	6 296	5 512	5 841	7 209
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	11 877	13 345	16 096	11 637	10 070	11 459	14 829
darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	5 745	6 122	7 657	4 798	4 123	4 857	6 130
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	2 106	- 476	1 697	2 346	2 186	1 237	2 073
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	18 349	17 943	17 304	16 228	20 110	18 008	15 783	16 172	21 129
		2001	2002	2001			2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	195 656	198 272	207 134	207 551	208 750	213 579	222 481
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	88 527	88 540	90 177	89 971	90 492	91 551	93 344
Männer	"	110 886	122 151	107 129	109 732	116 957	117 580	118 258	122 028	129 137
Ausländer	"	42 684	45 295	42 737	43 735	45 495	43 634	44 289	45 539	46 985
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	21 554	21 635	23 170	25 330	23 615	24 084	24 863
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,1	7,2	7,6	7,5	7,6	7,8	8,1
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	6,9	6,9	7,1	7,0	7,0	7,1	7,2
Männer	"	7,6	8,4	7,3	7,5	8,0	8,0	8,1	8,3	8,8
Ausländer	"	14,2	15,2	14,5	14,8	15,4	14,6	14,8	15,2	15,7
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	6,1	6,1	6,6	6,9	6,4	6,6	6,8
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	7 461	10 015	19 108	9 389	10 585	11 434	11 128
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	32 366	30 008	29 674	27 021	25 519	24 780	23 211
		2000	2001	2000			2001			2002
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5)6)</sup>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 169,4	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	938,1	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9
Ausländer	"	223,3	228,5	220,9	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	318,7	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2
darunter Frauen	"	274,5	284,9	273,0	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	13,3	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	548,9	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7
darunter Frauen	"	139,9	140,0	140,4	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	123,6	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	551,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4
darunter Frauen	"	244,2	248,4	244,0	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1
* Finanzierung, Vermietung und Unter- nehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	435,7	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5
darunter Frauen	"	201,9	211,9	200,2	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	495,6	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4
darunter Frauen	"	329,3	333,2	334,1	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	7 302	6 299	5 989	7 724	10 732	5 236	5 246	8 690	9 530
Kälber	"	350	224	160	266	341	217	240	286	326
Schweine	"	102 959	95 275	86 903	103 507	105 941	81 062	78 269	90 227	88 299
darunter hausgeschlachtet	"	7 765	7 524	4 261	7 668	14 083	1 827	2 716	6 469	11 247
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	11 148	10 351	9 840	11 554	11 942	9 536	9 054	10 766	10 297
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	2 032	1 679	1 764	1 996	2 521	1 574	1 526	2 325	2 395
* Kälbern	"	33	20	15	25	32	15	22	29	25
* Schweinen	"	8 686	8 103	7 549	8 903	8 609	7 332	6 997	7 841	7 263
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Erzeugte Konsumier <sup>4)</sup>	1000 St.	31 856	31 198	26 992	28 862	33 578	29 156	26 455	29 716	25 933
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen									
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	84 688	87 754	83 383	85 962	83 110	83 937	79 355	79 071	77 309
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	80 642	83 707	79 154	81 592	78 881	80 269	75 805	75 403	73 759
		15,8	18,2	17,6	17,5	17,5	16,5	16,1	15,5	15,7
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 295	3 289	3 275	3 267	3 264	3 189	3 181	3 165	3 151
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	459,5	458,5	460,7	458,1	455,8	445,2	444,5	441,5	440,0
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubl.)	"	271,1	269,6	270,5	268,9	267,0	260,8	259,8	258,0	256,4
* Geleistete Arbeiterstunden	"	34 952	34 156	33 995	35 910	36 091	31 934	32 759	33 777	33 467
* Brutto lohnsumme	Mill. EUR	660,8	667,4	631,5	667,3	632,0	633,3	621,2	648,3	601,5
* Bruttogehaltssumme	"	739,6	754,1	705,7	703,8	693,0	711,8	711,5	721,8	642,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 864,5	6 976,7	7 090,0	7 421,9	7 466,9	6 651,2	7 541,1	7 333,9	7 387,6
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	2 993,6	3 002,0	3 005,4	3 172,2	3 088,7	2 908,4	3 182,8	3 232,7	3 099,5
* Investitionsgüterproduzenten	"	2 170,0	2 184,3	2 312,3	2 378,8	2 537,4	2 017,6	2 522,1	2 245,9	2 395,0
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	225,5	256,0	285,9	266,6	291,1	222,7	317,5	251,0	269,6
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 475,5	1 534,4	1 486,5	1 604,3	1 549,8	1 502,4	1 518,6	1 604,4	1 623,6
* darunter Auslandsumsatz	"	2 564,7	2 621,9	2 630,3	2 724,5	2 663,5	2 535,0	2 990,7	2 826,2	3 003,3
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,4	37,6	37,1	36,7	35,7	38,1	39,7	38,5	40,6
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	6,7	- 2,2	- 10,8	- 5,2	- 5,7	- 3,7	1,1	3,1	- 0,2
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	5,6	- 1,9	- 4,0	- 3,3	- 3,3	- 3,7	2,1	4,7	2,3
* Investitionsgüterproduzenten	"	9,2	- 3,6	- 18,3	- 10,1	- 8,9	- 0,7	- 3,3	3,2	- 5,8
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,5	- 10,6	- 22,3	- 12,6	- 20,8	- 5,9	7,5	- 11,9	2,6
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	2,9	5,4	- 14,6	4,7	- 2,3	- 11,9	8,0	- 0,7	6,1
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	6,7	2,2	- 7,6	4,1	4,2	- 7,5	0,0	- 1,1	0,6
Maschinenbau	"	15,8	- 9,4	- 15,0	- 16,8	- 11,8	- 7,9	- 9,4	6,3	- 4,6
Kraftwagen und -teile	"	- 9,3	4,2	- 3,2	- 0,3	0,3	27,3	14,5	9,7	6,0
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	5,5	- 3,4	- 3,9	- 4,7	- 3,4	- 13,5	- 8,6	- 5,9	- 10,4
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	93	95	95	95	95	95	95	95	95
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	19 131	18 366	18 467	18 462	18 500	18 168	18 211	18 189	18 173
* darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubl.)	"	8 704	7 826	7 821	7 773	7 762	7 186	7 221	7 179	7 148
* Geleistete Arbeiterstunden <sup>9)10)</sup>	1000 h	1 109	991	966	1 031	1 067	2 250	2 254	2 356	2 357
* Brutto lohnsumme	Mill. EUR	24,3	23,2	20,4	21,2	34,2	18,5	18,6	20,2	30,9
* Bruttogehaltssumme	"	36,5	39,0	35,3	38,1	61,1	37,8	37,8	40,5	58,3
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 128,5	2 467,8	1 895,0	1 980,6	2 307,8	...	...	...	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendemonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	
HANDWERK										
* Beschäftigte	1996 = 100	93,0	90,6	91,0	91,0	.	.	86,8	.	.
* Umsatz	"	103,0	101,9	104,6	104,6	.	.	99,9	.	.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	60,7	58,0	58,2	59,4	58,3	54,4	54,6	55,6	55,5
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	32,0	30,1	30,3	30,8	30,1	28,2	28,3	29,1	28,9
Fachwerker und Werker	"	9,5	9,0	9,0	9,1	9,0	8,3	8,3	8,4	8,5
gewerblich Auszubildende	"	2,9	2,7	2,7	2,9	2,8	2,5	2,5	2,6	2,6
* Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000 h	5 756	5 381	5 666	6 537	5 990	5 501	5 615	5 906	5 472
Wohnungsbau	"	2 214	2 037	2 086	2 454	2 273	2 073	2 150	2 321	2 077
gewerblicher Bau	"	1 716	1 581	1 643	1 928	1 735	1 502	1 526	1 636	1 575
öffentlicher und Straßenbau	"	1 798	1 730	1 898	2 116	1 943	1 903	1 916	1 915	1 790
* Brutto Lohnsumme	Milli. EUR	96,2	90,8	88,9	99,4	108,3	89,8	87,3	94,1	102,7
* Bruttogehaltssumme	"	40,0	38,3	37,0	37,5	46,5	36,6	36,3	35,9	45,7
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	511,9	512,8	543,9	578,8	643,6	527,4	538,6	597,4	598,3
Wohnungsbau	"	156,4	141,1	167,4	165,2	184,0	140,8	152,4	161,8	153,6
gewerblicher Bau	"	209,3	226,3	229,9	226,6	272,3	215,3	213,4	244,6	239,0
öffentlicher und Straßenbau	"	146,9	144,3	152,6	184,2	184,0	170,0	171,4	188,2	203,1
* Index des Auftragsleistung <sup>3)</sup> darunter	1995=100	85,1	81,4	109,4	64,2	72,1	75,9	71,2	71,6	63,8
Wohnungsbau	"	53,2	46,0	52,3	44,0	37,3	35,6	38,4	45,6	35,7
gewerblicher Bau	"	99,6	90,9	129,2	64,2	60,3	78,4	64,8	62,8	62,9
öffentlicher und Straßenbau	"	84,9	89,1	116,3	75,1	106,0	95,1	97,2	96,8	80,3
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	24,6	23,8	23,9	.	.	.	23,5	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	7 148	6 962	6 959	.	.	.	6 663	.	.
* Brutto Lohnsumme	Milli. EUR	115,1	111,9	111,7	.	.	.	110,1	.	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,4	57,2	55,1	.	.	.	57,3	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	626,6	613,9	621,9	.	.	.	640,0	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	913	768	803	896	650	761	738	606	698
*   darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	818	679	738	805	559	655	635	521	615
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 021	926	862	1 046	895	880	839	663	793
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	188	170	161	194	164	169	156	126	150
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	219 128	204 157	188 639	235 948	204 249	210 515	206 129	152 911	183 202
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	245	207	225	220	219	198	161	129	160
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	875	1 333	1 027	1 948	1 961	1 999	1 479	743	1 209
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	186	224	194	359	244	278	237	129	180
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	167 702	198 009	150 972	280 959	245 899	224 386	194 165	143 477	164 878
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 988	1 817	1 594	1 997	1 770	1 851	1 712	1 297	1 543
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	10 306	9 021	8 526	10 115	8 100	9 384	8 534	6 840	7 766
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 = 100	.	91,6	89,9	91,7	92,2	82,3	...	...	...
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	.	93,0	91,1	92,8	92,5	84,1	...	...	...
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	.	100,7	101,5	101,2	100,8	98,5	...	...	...
Einzelhandel										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 = 100	.	97,3	90,1	99,0	103,9	87,5	90,0	...	...
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	.	98,8	92,0	101,0	105,7	89,4	92,4	...	...
darunter (Einzelhandel mit)	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Kraftfahrzeugen <sup>8)</sup> ; Tankstellen	"	.	96,3	85,5	98,3	99,6	82,0	87,0	...	...
Waren verschiedener Art <sup>9)</sup>	"	.	102,0	94,1	100,9	110,4	99,0	94,8	...	...
Apotheken <sup>10)</sup>	"	.	106,7	99,0	107,0	111,1	106,0	107,8	...	...
Bekleidung	"	.	101,0	111,1	107,6	114,1	85,3	99,2	...	...
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>11)</sup>	"	.	99,3	89,7	109,0	112,2	76,5	78,8	...	...
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>12)</sup>	"	.	98,0	92,1	103,4	99,6	105,0	106,6	...	...
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	.	98,5	98,4	98,8	99,4	95,1	95,8	...	...
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 = 100	.	97,8	107,0	102,3	94,0	86,4	97,4	92,1	83,6
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	.	99,5	109,1	104,5	95,2	93,1	102,8	97,3	87,5
darunter	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	.	97,4	119,9	108,3	90,6	83,8	110,9	103,0	84,6
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	"	.	99,4	100,0	100,9	98,4	96,8	94,9	92,1	88,6
Kantinen und Caterer	"	.	101,2	106,9	101,2	94,3	102,5	105,6	100,0	91,5
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	.	101,5	103,2	103,2	100,4	96,0	96,0	94,8	93,0

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002				
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	
AUSSENHANDEL											
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 504,1	2 635,8	2 621,2	2 903,3	2 678,1	2 671,4	2 722,5	...	...	
davon	"										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	60,1	62,6	53,1	67,3	64,0	58,6	78,0	...	...	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 444,0	2 573,2	2 568,1	2 836,0	2 614,2	2 612,8	2 644,5	...	...	
davon											
* Rohstoffe	"	21,8	20,9	18,6	13,9	23,9	16,8	14,6	...	...	
* Halbwaren	"	196,0	178,3	162,5	182,2	166,7	182,4	196,5	...	...	
* Fertigwaren	"	2 226,2	2 374,0	2 387,0	2 640,0	2 423,6	2 413,6	2 433,4	...	...	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	471,5	453,1	452,4	479,4	418,0	490,3	469,5	...	...	
* Enderzeugnisse	"	1 754,6	1 920,9	1 934,6	2 160,6	2 005,6	1 923,3	1 963,9	...	...	
Unter den Fertigwaren waren											
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	...	...	...	...	660,0	687,2	...	...	
Maschinen	"	...	...	...	...	...	367,1	348,0	...	...	
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	...	...	...	...	302,2	344,1	...	...	
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	...	...	...	...	288,6	215,5	...	...	
Eisen- und Metallwaren	"	...	...	...	...	...	181,8	174,0	...	...	
davon nach											
* Europa	"	1 729,4	1 823,9	1 877,7	2 013,1	1 909,2	1 847,7	1 906,6	...	...	
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 310,2	1 381,5	1 447,1	1 520,5	1 471,7	1 365,6	1 361,2	...	...	
* Afrika	"	40,6	47,3	47,0	46,2	54,1	46,3	46,7	...	...	
* Amerika	"	376,8	371,0	334,2	439,0	322,5	343,8	358,9	...	...	
* Asien	"	333,8	360,0	326,5	371,4	360,7	413,1	390,5	...	...	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	23,4	33,6	35,7	33,6	31,6	20,5	19,8	...	...	
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 481,1	4 250,2	3 619,9	4 247,9	4 209,0	3 643,3	3 786,3	...	...	
davon											
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	176,9	189,7	177,7	195,4	244,1	164,0	183,7	...	...	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 304,1	4 060,5	3 442,2	4 052,6	3 964,9	3 479,3	3 602,6	...	...	
davon											
* Rohstoffe	"	52,4	46,2	24,5	35,3	44,5	64,3	56,5	...	...	
* Halbwaren	"	404,2	386,4	339,1	356,8	301,3	308,5	316,9	...	...	
* Fertigwaren	"	3 847,5	3 628,0	3 078,6	3 660,4	3 619,1	3 106,5	3 229,2	...	...	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	444,5	458,8	409,5	473,6	522,2	393,4	364,2	...	...	
* Enderzeugnisse	"	3 403,1	3 169,2	2 669,1	3 186,9	3 086,9	2 713,1	2 865,0	...	...	
davon aus											
* Europa	"	2 668,5	2 764,7	2 394,7	2 848,2	2 787,3	2 345,4	2 508,8	...	...	
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 070,6	2 134,7	1 785,6	2 171,7	2 101,5	1 785,2	1 891,3	...	...	
* Afrika	"	106,3	91,0	55,3	65,4	81,1	109,1	79,4	...	...	
* Amerika	"	809,4	662,6	545,0	608,0	557,1	491,0	493,2	...	...	
* Asien	"	889,6	724,5	619,1	718,5	778,0	693,4	700,5	...	...	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	7,4	5,8	7,9	5,5	4,4	4,4	...	...	
TOURISMUS <sup>3)</sup>											
* Gästeankünfte	1000	816	813	965	884	782	876	976	883	774	
* darunter von Auslandsgästen	"	211	200	232	194	151	244	252	208	159	
* Gästeübernachtungen	"	2 138	2 136	2 520	2 333	1 882	2 409	2 464	2 318	1 827	
* darunter von Auslandsgästen	"	409	386	433	384	283	487	486	409	284	
Gästeübernachtungen nach Berichts-											
gemeindegruppen:											
Heilbäder	"	644	643	735	703	579	740	721	698	558	
Luftkurorte	"	131	124	152	140	90	159	149	133	92	
Erholungsorte	"	98	98	122	113	55	144	110	113	52	
Sonstige Gemeinden	"	1 265	1 270	1 511	1 377	1 158	1 367	1 484	1 375	1 125	
darunter Großstädte	"	575	575	655	591	555	578	654	598	542	
VERKEHR											
Binnenschifffahrt											
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 350	1 251	1 261	1 375	1 322	1 097	1 154	1 273	1 166	
davon											
* Güterversand	"	226	213	229	258	256	181	226	256	249	
* Gütereingang	"	1 124	1 037	1 032	1 117	1 066	916	928	1 017	917	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002				
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 577	30 179	27 809	28 541	27 356	26 736	28 281	28 131	27 578	
Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 145	26 040	24 049	25 845	24 882	23 226	25 185	25 426	25 276	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 868	1 745	2 237	1 628	1 557	1 599	1 797	1 788	1 579	
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 998	1 791	1 051	535	420	1 502	856	465	293	
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	287	298	261	351	304	235	281	282	246	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 097	3 095	3 225	3 390	3 479	11 051	11 207	12 414	12 180	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 252	2 324	2 572	2 451	2 473	2 511	2 407	2 319	
* Getötete Personen	"	45	43	46	51	43	33	50	57	41	
* Verletzte Personen	"	3 031	3 036	3 162	3 428	3 301	3 253	3 415	3 251	3 144	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>											
Beförderte Personen	1000	39 561	39 236	110 692	.	.	.	101 788	.	.	
davon im											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	39 083	38 805	109 111	.	.	.	100 301	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	478	431	1 581	.	.	.	1 487	.	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 402	24 208	81 676	.	.	.	82 290	.	.	
davon im											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 432	19 596	63 197	.	.	.	63 803	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	4 970	4 612	18 479	.	.	.	18 487	.	.	
Einnahmen	1000 EUR	41 158	81 840	134 274	.	.	.	143 179	.	.	
davon aus											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	32 949	67 519	102 600	.	.	.	107 961	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	8 209	14 321	31 674	.	.	.	35 218	.	.	
GELD UND KREDIT											
Banken <sup>6)</sup>											
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup>	Mill. EUR	490 216	546 660	551 109	.	.	.	.	.	.	
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	399 113	415 013	419 451	.	.	.	.	.	.	
davon											
kurzfristige Kredite	"	66 702	71 101	65 228	.	.	.	.	.	.	
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	332 411	343 912	354 223	.	.	.	.	.	.	
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup>											
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	378 514	435 068	446 065	.	.	.	.	.	.	
Insolvenzen											
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	235	268	240	290	271	448	429	468	...	
darunter mangels Masse abgelehnt	"	123	122	88	154	127	118	83	132	...	
davon											
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe	"	153	167	142	188	179	196	177	263	...	
von natürlichen Personen als Gesellschafter u.ä. Nachlässe <sup>9)</sup>	"	24	29	28	36	33	152	159	105	...	
von Verbrauchern <sup>9)</sup>	"	58	73	70	66	59	100	93	100	...	
Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	105 028	246 041	347 260	178 260	178 260	1592 672	546 072	295 092	...	
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>											
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 360	5 303	5 071	4 999	5 007	5 274	5 097	5 182	4 919	
* Gewerbeabmeldungen	"	4 783	4 762	4 179	4 480	4 626	4 242	4 359	4 566	4 826	
PREISE											
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	107,0	109,3	109,9	109,3	109,2	111,0	111,0	110,9	110,5	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	101,4	105,1	105,4	105,5	105,2	104,5	104,3	104,1	104,1	
Bekleidung, Schuhe	"	104,0	104,1	103,9	104,0	104,3	103,1	103,8	103,9	103,4	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	110,7	113,5	114,6	113,9	113,7	115,1	115,4	115,6	115,2	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	102,1	102,8	103,0	103,0	103,4	103,7	103,5	103,6	103,6	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	113,9	117,4	118,1	116,2	116,2	119,8	120,6	120,5	119,3	
Nachrichtenübermittlung	"	84,3	82,1	82,0	81,9	81,8	82,3	82,4	82,4	82,4	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	104,9	106,6	107,1	105,7	106,1	108,6	108,1	106,8	106,2	
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	103,7	104,6	104,8	104,9	103,8	111,7	109,3	109,3	108,1	
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	106,6	108,9	109,3	108,9	108,8	110,9	110,7	110,6	110,1	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	100,2 <sup>14)</sup>	100,2 <sup>14)</sup>	.	.	102,4	102,5	.	.	102,2	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ab 2002: einschl. ehemals wirtschaftlich selbstständig Tätiger. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Relegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002				
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 553,2	3 471,6	3 230,1	2 809,7	2 355,1	2 810,3	2 912,7	2 877,9	2 574,4	
davon	-	3 129,5	3 014,8	2 886,5	2 369,1	1 971,4	2 579,2	2 764,1	2 349,8	2 250,4	
Gemeinschaftssteuern	-	1 487,1	1 513,6	1 304,5	1 314,1	1 296,9	1 351,7	1 279,1	1 300,1	1 246,5	
davon	-	76,5	64,1	410,3	- 81,1	- 106,5	- 86,7	419,7	- 99,0	- 104,5	
veranlagte Einkommensteuer	-	227,8	256,6	176,4	125,9	78,4	180,2	50,2	56,7	31,9	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	224,9	265,7	169,2	196,7	226,0	180,8	137,6	182,9	202,6	
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	235,7	15,1	14,4	- 99,9	- 529,5	- 65,1	252,9	17,6	- 134,3	
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	716,8	745,4	725,9	739,3	864,0	871,7	507,7	739,6	846,3	
Umsatzsteuer	-	160,6	154,2	85,8	174,0	142,1	146,6	116,9	151,9	161,9	
Einfuhrumsatzsteuer	-	249,5	278,4	225,0	214,7	237,6	63,2	36,5	286,7	200,4	
Bundessteuern	-	31,5	41,9	53,4	53,0	44,1	0,0	0,0	54,0	58,4	
darunter	-	57,3	67,9	33,3	37,2	53,2	0,0	0,0	39,5	61,7	
Mineralölsteuer	-	13,2	11,5	5,7	12,2	11,5	10,4	8,4	10,2	9,5	
Zölle <sup>3)</sup>	-	130,5	141,3	113,0	146,1	115,2	157,5	103,6	140,2	111,1	
Landessteuern	-	5,7	3,3	2,7	3,4	3,4	19,7	2,8	3,0	1,4	
darunter	-	21,7	23,6	15,7	29,3	16,0	20,1	23,7	30,4	20,1	
Vermögensteuer	-	43,2	43,5	32,5	42,2	32,2	57,2	30,0	42,0	32,6	
Erbschaftsteuer	-	44,3	53,2	46,9	51,1	46,4	44,1	40,7	46,2	40,1	
Grunderwerbsteuer	-	30,5	26,5	0,0	67,5	19,3	0,0	0,0	90,9	3,0	
Kraftfahrzeugsteuer	-										
Gewerbsteuerumlage	-										
		2000	2001	2001			2002				
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 609,7	1 485,6	994,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5	
davon	-										
Grundsteuer A	-	4,3	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	
Grundsteuer B	-	150,8	154,9	150,0	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	742,2	491,5	683,8	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	621,6	597,2	136,4	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	
andere Steuern <sup>5)</sup>	-	17,2	16,0	15,5	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	
		2001	2002	2001			2002				
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	
VERDIENSTE <sup>7)</sup>											
Arbeiterverdienste											
(Im Produzierenden Gewerbe)											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498	
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578	
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723	
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 873	1 899	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 749	1 766	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26	
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72	
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80	
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710	
* männlich	-	3 843	3 941	3 818	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964	
* weiblich	-	2 863	2 963	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991	
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492	
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902	
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 080	3 365	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403	
* männlich	-	3 380	3 725	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757	
* weiblich	-	2 617	2 823	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860	
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400	
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 487	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

# Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT  
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

## Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben  
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie  
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

---

Nr. 1

Januar 2003

7. Jahrgang

---

### Inhalt

- ◆ Umsetzung der neuen europäischen Luftqualitätsrichtlinien in  
nationales Recht ..... 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel ..... 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.  
Er wird gemeinsam herausgegeben  
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie  
und dem Hessischen Statistischen Landesamt  
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“  
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden  
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie  
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0  
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung  
eines Belegexemplares gestattet.



# Umsetzung der neuen europäischen Luftqualitätsrichtlinien in nationales Recht

Die im Jahr 2002 durchgeführten Novellierungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG, vom 26. September 2002), der Verordnung über Immissionswerte (22. BImSchV, vom 11. September 2002) und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft, vom 24. Juli 2002) basieren zu einem wesentlichen Teil auf der Entwicklung eines europäischen Luftreinhaltekonzepts, welches von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen ist. Im Folgenden werden einige Aspekte der Umsetzung vorgestellt.

In § 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) heißt es: **Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen ... zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.**

Die Grundlage der Luftreinhaltung bildet in Deutschland das 1974 in Kraft getretene Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und das daraus entwickelte Regelwerk von Verordnungen und Verwaltungsvorschriften.

In den Achtziger- und Neunzigerjahren konnten auf Basis dieses Regelwerkes wesentliche Reduzierungen verschiedener Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Staub erzielt werden, sodass zum Beispiel 1998 die Wintersmog-Verordnung aufgehoben werden konnte.

Doch Luftschadstoffe kennen keine Grenzen und so war es nur folgerichtig, dass die Staaten der europäischen Gemeinschaft ein gemeinsames Luftreinhaltekonzept entwickelten, dessen Luftqualitätsziele flächendeckend und langfristig erfüllt werden sollen.

Der Beginn der europäischen Rechtssetzung zur Luftqualität liegt mehr als 20 Jahre zurück. Im Jahr 1980 wurde die erste Richtlinie verabschiedet, welche Luftqualitätsziele festlegte, einen Zeitrahmen für deren Einhaltung definierte und Mess- und Beurteilungskriterien vorgab. Schwefeldioxid und Staub waren die ersten Schadstoffe, für die Regelungen getroffen wurden, gefolgt von Blei, Stickstoffdioxid und Ozon in weiteren Richtlinien aus den Jahren 1982, 1985 und 1992 (Anhang III).

In dem 1992 verabschiedeten **fünften Aktionsprogramm für den Umweltschutz**, dessen allgemeines Konzept der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten in einer Entschließung (93/C 138/01 vom 1. Februar 1993) gebilligt haben, wurde die Festsetzung **langfristiger Luftqualitätsziele** empfohlen.

Daraufhin wurde eine europäische Luftreinhaltestrategie entwickelt, deren Konzept sich in einer Rahmenrichtlinie

„**Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität (Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie)**“ und konkretisierenden **Tochterrichtlinien (Anhang II)** wider spiegelt.

In Artikel 1 der **Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie** sind die **Ziele** wie folgt definiert:

- Definition und Festlegung von Luftqualitätszielen für die Gemeinschaft im Hinblick auf die Vermeidung, Verhütung und Verringerung schädlicher Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt insgesamt;
- Beurteilung der Luftqualität in den Mitgliedstaaten anhand einheitlicher Methoden und Kriterien;
- Verfügbarkeit von sachdienlichen Informationen über die Luftqualität und Unterrichtung der Öffentlichkeit hierüber, unter anderem durch Alarmschwellen;
- Erhaltung der Luftqualität, sofern sie gut ist, und Verbesserung der Luftqualität, wenn dies nicht der Fall ist.

Die Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie legt die **Randbedingungen für die neue Luftreinhaltestrategie** fest. Es werden sowohl Begrifflichkeiten und Verantwortungsbereiche definiert als auch Durchführungsbestimmungen und Berichtspflichten geregelt. Die Richtlinie selbst enthält keine Grenzwerte. Nach einem in der Rahmenrichtlinie festgelegten Zeitplan werden für die in **Anhang I** aufgeführten Luftschadstoffe **Tochterrichtlinien (Anhang II)** erstellt und Grenzwerte und/oder Alarmschwellen sowie eine Vielzahl schadstoffspezifischer Regelungen festgelegt. Die Tochterrichtlinien zur Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie enthalten ausschließlich **Immissionswerte** der verschiedenen Luftschadstoffe, welche durch den gebietsbezogenen Immissionsschutz zu überwachen sind. In Hessen wird diese Kontrolle durch den Betrieb eines landesweiten Messnetzes von 36 Stationen gewährleistet. Die kontinuierlich erhobenen Daten werden an eine Messnetzzentrale übertragen und zeitnah veröffentlicht.

Bisher sind drei Tochterrichtlinien im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften erschienen. Sie regeln die Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Partikel, Blei, Benzol, Kohlenmonoxid und Ozon. Eine 4. Tochterrichtlinie, welche Grenzwerte für die Komponenten Polzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Kadmium, Arsen, Nickel und Quecksilber enthalten wird, ist zurzeit in der Bearbeitung.

Zur Anpassung an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt ist eine regelmäßige Überarbeitung der Richtlinien notwendig. So enthält jede Tochterrichtlinie eine **Revisionsklausel**, in der die Kommission zu einer umfangreichen Berichterstattung an den Rat und das Europäische Parlament über die Erfahrungen bei der

Umsetzung der jeweiligen Richtlinien verpflichtet wird. Dieser Bericht kann auch Vorschläge zur Änderung der Grenzwerte einschließen. Somit sind die neuen Luftqualitätsrichtlinien kein starres Regelwerk, sondern in gewissem Rahmen kann der europäische Gesetzgeber flexibel auf die Entwicklung der Luftqualität in der Gemeinschaft reagieren.

Auf die Mitglieder der Gemeinschaft werden umfangreiche **Berichtspflichten** zukommen, sowohl gegenüber der EG als auch gegenüber der Öffentlichkeit, sodass der Istzustand und die Entwicklung der Luftqualität transparent werden. Die Kommission wird mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur (EUA) alle drei Jahre einen zusammenfassenden **Bericht über die Luftqualität** in der Gemeinschaft veröffentlichen.

Die **Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie und deren Tochterrichtlinien** werden insbesondere durch eine Novellierung des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)** und der **Verordnung über Immissionswerte (22. BImSchV)** in deutsches Recht umgesetzt. Die 22. BImSchV regelt jedoch nicht näher die Fragen der Genehmigung von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) unter dem Aspekt der Luftreinhaltung. Dafür ist die **Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)** maßgeblich. Die bisher geltende TA Luft (vom 27. Februar 1986) enthielt jedoch die gegenüber dem EG-Recht weniger strengen Werte, die bereits vor dem Jahr 1983 abgeleitet worden sind. Ein Nebeneinander der neuen 22. BImSchV und der alten TA Luft mit unterschiedlichen Immissionswerten für dieselben Komponenten würde zu erheblicher Rechtsunsicherheit führen, sodass eine Anpassung der TA Luft an die Vorgaben der EG-Luftqualitätsrichtlinien zwingend erforderlich war.

Die Umsetzung der europäischen Luftqualitätsrichtlinien in deutsches Recht muss

- zum einen den europarechtlichen Vorgaben Rechnung tragen und
- zum anderen sich in das System des Bundes-Immissionsschutzgesetzes unter Beibehaltung der bisherigen Regelungen zur Luftreinhalteplanung einfügen.

Erfahrung mit der Anwendung der europäischen Luftqualitätsrichtlinien muss noch für die Bereiche gesammelt werden, die nach deutschem Recht nicht durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz, sondern zum Beispiel durch das Verkehrs- oder Baurecht abgedeckt werden.

Um den künftigen Anforderungen der EG-Luftqualitätsrichtlinien zu entsprechen, musste die bisherige Praxis der **Immissionserfassung**, **Immissionsbeurteilung** und **Berichterstattung** überprüft und den neuen Vorgaben angepasst werden.

Die Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie verlangt von den Mitgliedstaaten zunächst die Beurteilung der vorhandenen Luftqualität. Hierzu sind nach den Vorgaben der

Rahmenrichtlinie umfangreiche Messungen durchzuführen. Die Messwerte sind anhand der Immissionswerte, welche die Tochterrichtlinien vorgeben, zu bewerten (Ausgangsbeurteilung).

Die durch die Tochterrichtlinien festgelegten **Grenzwerte** dürfen nach dem Eintritt bestimmter **Stichtage** (teils 1. Januar 2005, teils 1. Januar 2010) nicht mehr überschritten werden. Die Rahmenrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, dies sicherzustellen. Um dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu entsprechen und den Mitgliedstaaten angemessene Fristen für die notwendigen rechtlichen und technischen Anpassungen zu ermöglichen, gestatten die Tochterrichtlinien bis zum Eintritt der Stichtage innerhalb eines Übergangszeitraums die Überschreitung der Grenzwerte im Rahmen von Toleranzmargen.

Neben Grenzwerten werden durch die Tochterrichtlinien auch **Alarmschwellen** festgelegt, bei deren Überschreiten die Bevölkerung insbesondere über den weiteren Verlauf der Luftbelastung zu informieren ist und ihr Verhaltensempfehlungen mitzuteilen sind.

Besteht die Gefahr, dass Grenzwerte nach den in den Tochterrichtlinien festgelegten Stichtagen oder dass Alarmschwellen überschritten werden, so sind nach der Rahmenrichtlinie **Maßnahmenpläne** bzw. **Aktionspläne** zu erstellen, auf Grund deren Durchführung die Grenzwerte eingehalten werden können.

Vergleicht man die Zahlenwerte der bisherigen und der neuen Immissionswerte miteinander, was wegen der geänderten Definition der Grenzwerte oder des Messobjektes allerdings nur für die jahresbezogenen Werte und für einzelne Stoffe möglich ist, so ergibt sich eine Absenkung der Werte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Blei auf die Hälfte bis auf ein Viertel der bisherigen Werte.

Bei Schwebstaub hat sich die Definition des Messobjektes insofern geändert, als nicht mehr der „Gesamtstaub“, sondern die Masse einer bestimmten Partikelgröße, nämlich die PM<sub>10</sub>-Fraktion (Partikeldurchmesser  $\leq 10 \mu\text{m}$ ) gemessen wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die **Immissionsbeurteilung**, auch unter Berücksichtigung des in den letzten Jahren erheblich abgesunkenen Immissionsniveaus einzelner Komponenten, durch die Übernahme der EG-Luftqualitätswerte zu einer deutlichen Verschärfung führen wird.

Die vorgegebenen Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Partikel werden von den Bundesländern — so auch von Hessen — in naher Zukunft nicht flächendeckend einzuhalten sein, sodass weitere Minderungsmaßnahmen sowohl im industriellen Bereich als auch beim Kraftfahrzeugverkehr erforderlich sind. Geeignete **Maßnahmenpläne** müssen rechtzeitig entwickelt und entsprechend Terminplan umgesetzt werden.



Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Werte, an denen sich die europäische Luftreinhalteplanung für das nächste Jahrzehnt zu orientieren hat. Diese Tabelle wird zu ergänzen sein, sobald weitere Tochterrichtlinien verabschiedet sind.

Komponente	Kenngröße	Konzentration [µg/m³]	Zulässige Über- schreitungen pro Jahr	Anzuwenden ab <sup>1)</sup>	Schutzziel/ Besonderheiten
SO <sub>2</sub>	1-h-Wert	350	24	01.01.2005	Mensch
	24-h-Wert	125	3	01.01.2005	Mensch
	Jahresmittel	20	–	19.07.2001	Ökosystem/Messung wie Wintermittel
	Wintermittel (01.10.–31.03.)	20	–	19.07.2001	Ökosystem/Messung 20 km entfernt von Ballungsraum, 5 km entfernt von Bebauung, Industrie oder Straßen, repräsentativ für 1000 km <sup>2</sup> , Abweichungen möglich
NO <sub>2</sub>	1-h-Wert	200	18	01.01.2010	Mensch
	Jahresmittel	40	–	01.01.2010	Mensch
NO + NO <sub>2</sub> (als NO <sub>2</sub> )	Jahresmittel	30	–	19.07.2001	Vegetation/Messung 20 km entfernt von Ballungsraum, 5 km entfernt von Bebauung, Industrie oder Straßen, repräsentativ für 1000 km <sup>2</sup> , Abweichungen möglich
PM10 <sup>2)</sup>	24-h-Wert	50	35	01.01.2005	Mensch
	24-h-Wert	50	7	01.01.2010	Mensch
	Jahresmittel	40	–	01.01.2005	Mensch
	Jahresmittel	20	–	01.01.2010	Mensch
Blei	Jahresmittel	0,5	–	01.01.2005	Mensch
Benzol <sup>3)</sup>	Jahresmittel	5	–	01.01.2010	Mensch
CO <sup>3)</sup>	8-h-Wert	10000	–	01.01.2005	Mensch
Ozon <sup>4)</sup>	8-h-Wert	120	–	2010	Mensch
	AOT40 1-h-Wert Mai–Juli	18000 µg/m³ h	–	2010	Vegetation
	8-h-Wert	120	–	Langfristiges Ziel	Mensch
	AOT40 1-h-Wert Mai–Juli	6000 µg/m³ h	–	Langfristiges Ziel	Vegetation
	1-h-Wert	180	–	Informationsschwelle	Mensch
	1-h-Wert	240	–	Alarmschwelle	Mensch

<sup>1)</sup> Während der Übergangszeit gelten die Grenzwerte plus einer Toleranzmarge.

<sup>2)</sup> Particulate Matter ≤10 µm (Feinstaub ≤10 µm).

<sup>3)</sup> Neu, vom Anhang 1 des Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften L 313/16 13.12.2000.

<sup>4)</sup> Gemeinsamer Standpunkt, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2001 C 126/10.

HLUG 11, Stand November 2001



Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die **Immissionsbeurteilung**, auch unter Berücksichtigung des in den letzten Jahren erheblich abgesunkenen Immissionsniveaus einzelner Komponenten, durch die Übernahme der EG-Luftqualitätswerte zu einer deutlichen Verschärfung führen wird.

Die vorgegebenen Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Partikel werden von den Bundesländern — so auch von Hessen — in naher Zukunft nicht flächendeckend einzuhalten sein, sodass weitere Minderungsmaßnahmen sowohl im industriellen Bereich als auch beim Kraftfahrzeugverkehr erforderlich sind. Geeignete **Maßnahmenpläne** müssen rechtzeitig entwickelt und entsprechend Terminplan umgesetzt werden.

## **Anhang I**

Auszug aus Anhang I der Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie:

**Liste der bei der Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität zu berücksichtigenden Luftschadstoffe**

### **I. Schadstoffe, die in der Anfangsphase geprüft werden müssen, ...**

1. Schwefeldioxid
2. Stickstoffdioxid
3. Feinpartikel wie Ruß (einschl. PM 10)
4. Schwebstaub
5. Blei
6. Ozon
7. Benzol

### **II. Sonstige Luftschadstoffe**

8. Kohlenmonoxid
9. Polzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe
10. Kadmium
11. Arsen
12. Nickel
13. Quecksilber

## **Anhang II**

Luftqualitätsrichtlinien, die bisher im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht wurden:

**Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität (Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie)**

1. **Tochterrichtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft, in nationales Recht umzusetzen bis 19. Juli 2001**
2. **Tochterrichtlinie 2000/69/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2000 über Grenzwerte für Benzol und Kohlenmonoxid in der Luft, in nationales Recht umzusetzen bis 13. Dezember 2002**
3. **Tochterrichtlinie 2002/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2002 über den Ozongehalt der Luft, in nationales Recht umzusetzen bis 9. September 2003**

## **Anhang III**

Die o.g. Tochterrichtlinien werden bereits bestehende EG-Richtlinien, welche Grenz- und Leitwerte der Luftqualität regeln, ersetzen. Dies sind:

**Richtlinie 80/779/EWG des Rates vom 15. Juli 1980 über Grenzwerte und Leitwerte der Luftqualität für Schwefeldioxid und Schwebstaub**

**Richtlinie 82/884/EWG des Rates vom 3. Dezember 1982 betreffend einen Grenzwert für den Bleigehalt in der Luft**

**Richtlinie 85/203/EWG des Rates vom 7. März 1985 über Luftqualitätsnormen für Stickstoffdioxid**

**Richtlinie 92/72/EWG des Rates vom 21. September 1992 über die Luftverschmutzung durch Ozon**





## Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen .....	10
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten .....	11
3. Luftbelastung nach Messstellen .....	13

*Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel*  
1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2000	2001				2002		
		Durchschnitt		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Lufttemperatur</i>	<i>Mittel [°C]</i>										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		11,6	10,8	7,70	4,67	13,9	18,1	10,8	5,0	14,7	17,9
<i>Niederschlag</i>	<i>Summe [mm]</i>										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	765	-	122	-	178	251	-	191	-	-
Marburg- Lahnberge	"	726	829	164	231	203	214	180	232	197	276
Schotten- Eichelsachsen	"	866	957	217	255	196	241	265	279	170	236
<i>Abfluss</i>	<i>Mittel [m³/s]</i>										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	13,9	13,3	7,20	18,1	13,0	8,03	13,9	27,6	19,6	15,3
Rotenburg/Fulda		22,6	24,8	21,9	46,1	22,0	10,1	20,8	61,6	25,0	11,7
Äblar/Dill		8,90	10,5	9,00	21,7	8,10	2,80	9,17	25,5	5,63	2,67
Marburg/Lahn	"	14,9	19,9	14,3	37,9	13,5	9,70	18,4	41,7	13,0	9,00
Hanau/Kinzig	"	10,1	13,0	11,2	24,6	10,0	4,70	12,5	30,7	8,67	4,77
Bad Vilbel/Nidda	"	10,2	14,7	13,0	28,4	11,5	5,50	13,5	29,3	10,4	5,60
<i>Talsperren</i>	<i>Mittel [Mio m³]</i>										
Edertalsperre	"	151	158	103	177	199	139	158	169	200	180
Diemeltalsperre	"	15,0	14,0	11,7	16,5	19,5	14,6	14,0	14,8	19,3	17,3
<i>Grundwasserstand</i>	<i>Mittel [NN + m]</i>										
Messstelle: Bracht	"	257,84	258,20	257,63	258,09	258,78	258,17	257,76	257,76	258,61	258,90
Bauschheim	"	86,56	86,86	86,52	87,14	87,28	86,51	86,50	86,62	87,03	86,79
Lampertheim	"	87,22	87,36	87,09	87,61	87,82	86,99	87,01	87,11	87,53	87,35
Beberbeck	"	225,28	224,59	224,75	224,53	224,88	224,62	224,33	224,36	225,32	226,27
Zell	"	314,21	314,49	314,04	314,26	314,79	314,63	314,28	314,22	314,46	314,81
Schwalbach	"	272,65	273,82	273,24	274,72	275,16	273,29	272,10	272,29	274,75	274,78
Kath. Willenroth	"	295,99	296,34	295,57	296,20	296,82	296,33	296,01	296,13	296,92	296,92
Langstadt	"	128,23	128,96	128,21	128,47	129,20	129,19	128,99	128,99	129,48	130,01
Weissenborn	"	214,27	213,71	212,34	213,46	215,44	213,86	212,07	212,16	215,55	215,88

## 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2001				2002		
		Durch- schnitt	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0										
Abfluss	m³/s	253	155	402	300	116	217			
Temperatur	Grad C	14	11,1	5,9	15,4	21	9,8	6,1	16,7	21,5
Sauerstoff	mg/l	10,4	9,9	12,4	11,3	6,8	10,9	12,5	11,4	6,7
pH		7,8	7,6	7,7	8	7,5	7,8	7,9	8,3	7,7
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,08	<0,07	0,1	0,09	<0,07	0,05	0,17	0,11	<0,07
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	5,2	4,7	4,9	4,4	4,0	4,7	4,8	4,7	4,7
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	5,5	5,8	6,0	5,3	5,6	5,4	5,6	5,6	6,0
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,06	0,08	<0,05	<0,05	0,07	0,08	0,12	0,06	0,11
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,19	0,20	0,22	0,14	0,21	0,18	0,16	0,15	0,2
Leitfähigkeit	mS/m	71	70	58	64	76	67	58	69	77
Chlorid	mg/l	53	51	41	42	60	48	41	44	55
TOC	mg/l	4,3	4,7	2,2	6,2	4,6	5,6	6,8	6,0	5,1
EDTA	µg/l	12,4	16,4	10,1	10,4	17,4	13,2	6,3	9,5	11,3
Messstation Oberbief Lahn Flusskm 19,1 <sup>3)</sup>										
Abfluss	m³/s	35,8	30	88,2	30,5	13,6	16,4			
Temperatur	Grad C	12,2	9,3	4,8	13,6	18,4	7,8	5,4	14,5	18,2
Sauerstoff	mg/l	10,7	10,9	11,7	10,7	8,9	11,1	11,6	10,5	8,7
pH		8,1	7,8	7,7	7,8	7,7	7,6	7,5	7,8	7,6
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,13	<0,07	0,19	0,09	0,07	0,11	0,19	0,10	0,09
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,8	3,2	3,2	3,2	3,9	3,4	3,2	3,4	3,9
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,4	4,2	3,9	3,7	4,7	3,9	3,7	4,0	4,9
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,09	0,07	<0,05	<0,05	<0,05	0,06	0,09	0,06	0,05
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,21	0,28	0,16	0,17	0,23	0,16	0,14	0,15	0,23
Leitfähigkeit <sup>3)</sup>	mS/m	34	29	26	31	37	29	22	32	35
Chlorid	mg/l	30	22	26	25	31	26	24	25	31
TOC	mg/l	3,9	4,2	3,6	3,7	4,0	4,2	3,6	4,4	5,2

Anmerkungen siehe Seite 13.



Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2001				2002		
		Durch- schnitt	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9										
Abfluss	m³/s	50,4	29	70	56	23	45			
Temperatur	Grad C	10,1	9,1	5,7	14,5	18,9	7,8	5,7	14,4	18,2
Sauerstoff	mg/l	12,1	11,5	13,5	13,4	12	11,1	11,6	11,6	12,8
pH		8,1	8,2	8,1	8,3	8,3	7,6	7,9	8,2	8,3
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,15	<0,07	0,17	<0,07	0,12	0,1	0,14	0,10	0,14
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,2	3,8	4,4	3,9	2,8	3,8	4,2	3,9	3,8
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,5	-	5,9	4	3,6	4,4	5,0	4,8	5,6
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,06	0,16	0,09	<0,05	0,08	0,15	0,13	0,12	0,16
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,14	0,21	0,2	0,15	0,21	0,17	0,17	0,15	0,2
Leitfähigkeit	mS/m	450	560	477	471	430	455	387	422	387
Chlorid	mg/l	996	1371	1278	1204	1271	1247	908	1080	1100
TOC	mg/l	4	4,6	5,8	4,6	6,3	5,4	5,0	4,8	6,7
Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5										
Abfluss	m³/s	65	47	111	67	34	54			
Temperatur	Grad C	11,5	10,1	4,6	17,1	17,9	7,9	4,9	14,1	17,4
Sauerstoff	mg/l	11,1	9,5	10,8	11,7	9,3	10,3	10,6	11,1	9,2
pH		7,8	7,7	7,6	7,9	7,7	7,5	7,6	7,9	7,8
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,14	0,07	0,2	0,07	<0,07	0,11	0,16	0,15	0,11
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,4	3,0	3,8	3,5	3,0	3,5	3,9	3,4	3,1
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4	4,2	4,3	4,0	3,9	4	4,16	4,3	4,5
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	<0,05	0,07	0,06	<0,05	0,09	0,12	0,10	0,09	0,09
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,12	0,15	0,17	0,15	0,18	0,16	0,15	0,14	0,18
Leitfähigkeit	mS/m	47,5	48	41	46	46	43	3,8	44	46
Chlorid	mg/l	50	35	42	45	51	47	43	39	43
TOC	mg/l	3,5	5,3	4,8	4,7	4,4	5,8	4,6	5,9	5,7
EDTA	µg/l	2,9	2,8	2,1	1,9	2,0	2,7	1,2	1,4	1,9

## Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2001				2002		
		Durch- schnitt	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messstation Mainz- Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5										
Abfluss	m³/s	2112	1411	2180	2622	1737	1476			
Temperatur	Grad C	14,5	12,8	7,7	15,5	21,2	11,2	7,4	16,1	21,3
Sauerstoff	mg/l	8,2	9,6	11,5	10,1	8,4	10,7	11,9	9,8	8,2
pH		7,9	7,8	7,9	7,9	7,8	7,9	7,8	8,0	7,9
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,07	0,08	0,11	0,06	0,03	0,06	0,07	0,03	0,03
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	2,5	2,4	3,2	2,1	1,7	2,5	2,9	2,4	1,8
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	3,3	2,8	3,8	2,4	1,9	2,9	3,3	2,8	2
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,05	0,06	0,06	0,04	0,05	0,07	0,08	0,04	0,04
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,08	0,09	0,11	0,06	0,07	0,1	0,1	0,1	0,07
Leitfähigkeit	mS/m	45	51	45	46	41	50	47	47	45
Chlorid	mg/l	56	62	51	39	41	55	-	-	-
TOC	mg/l	3,5	2,9	3,6	2,9	2,5	3,3	4,2	3,0	2,9
EDTA	µg/l	5,1	5,9	5,3	2,9	2,8	5,4	4,2	4,7	

- 1) – Gesamt - N – Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).
- 2) – Gesamt - P – Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.
- 3) – vorl. Abflusswerte.

### 3. Luftbelastung nach Messstellen a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	4,5	14,9	16,5	7,4	3,3	12,9	17,2	6,0	4,3	13,6	17,3
Gießen (Mittelhessen)	3,7	14,2	16,3	6,9	3,5	13,7	17,4	5,8	4,3	14,0	17,1
Viernheim (Südhausen)	5,6	16,6	18,4	8,5	5,4	15,1	18,9	6,5	5,4	15,4	18,2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
b) Stickstoffmonoxid in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	2	2	2	4	4	2	2	2	4	2	2
Bebra	10	6	9	16	14	5	6	15	10	5	7
Borken	5	2	4	7	7	2	4	7	6	2	4
Darmstadt	20	7	10	29	24	6	7	29	22	5	7
Darmstadt-Hügelstraße	125	140	180	138	150	129	124	153	119	127	140
Dillenburg	41	30	36	52	57	29	34	59	41	29	41
Ffm.-Friedb.Landstraße	75	75	76	116	96	51	65	112	76	50	57
Ffm.-Höchst	42	22	27	70	62	16	20	57	45	16	22
Ffm.-Ost	47	24	32	77	47	19	25	59	42	16	17
Frankenberg	4	2	2	6	4	2	2	4	6	2	2
Fulda	39	34	39	50	51	24	27	54	37	26	35
Fürth/Odenwald	2	2	2	2	4	2	2	4	4	2	2
Gießen	51	21	26	56	51	19	21	64	42	17	24
Grebenu	4	2	4	4	4	2	2	4	4	2	2
Hanau	39	20	26	57	46	19	22	56	41	19	22
Kassel Fünffensterstr.	64	52	67	104	84	46	59	90	66	46	51
Kassel-Nord	24	19	27	36	42	17	19	41	26	17	21
Königstein	4	2	2	5	5	2	2	5	4	2	2
Lampertheim	12	6	9	26	14	4	6	22	17	4	6
Limburg	21	12	16	42	36	10	11	39	29	11	11
Linden	16	9	9	17	17	5	6	20	16	5	9
Marburg	21	7	12	39	30	6	9	29	22	7	9
Michelstadt	14	6	7	26	20	5	5	20	16	5	5
Nidda	9	4	5	9	7	4	5	11	9	4	4
Offenbach	34	11	17	39	35	10	15	45	34	7	11
Raunheim	35	16	24	56	47	11	14	46	35	10	15
Riedstadt	17	7	10	30	24	5	6	25	20	5	6
Spessart	2	2	2	4	4	2	2	4	2	2	2
Viernheim	22	10	14	40	34	7	9	37	29	7	9
Wasserkuppe	-	-	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Wetzlar	47	22	25	72	62	21	16	55	39	16	16
Wiesbaden-Ringkirche	90	64	79	121	97	55	64	116	87	49	61
Wiesbaden-Süd	32	14	19	54	41	11	12	46	29	10	14
Witzenhausen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Zierenberg	-	2	2	4	4	2	2	4	4	2	2



Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	15	8	10	16	17	8	7	15	16	8	9
Bebra	30	23	20	22	24	15	16	24	29	19	21
Borken	20	13	13	23	24	12	11	19	20	11	11
Darmstadt	40	29	29	34	34	23	30	47	41	28	30
Darmstadt-Hügelstraße	57	69	63	52	60	67	64	58	65	74	71
Dillenburg	42	43	38	39	42	37	37	37	41	38	40
Ffm.-Friedb.Landstraße	63	79	69	68	74	58	61	64	66	65	66
Ffm.-Höchst	46	45	39	53	62	41	42	44	51	43	45
Ffm.-Ost	52	41	38	48	43	34	39	39	46	34	34
Frankenberg	15	7	8	16	16	7	7	11	14	7	7
Fulda	37	40	33	33	39	31	34	37	37	33	34
Fürth/Odenwald	16	9	11	17	17	8	8	16	14	9	9
Gießen	46	40	36	41	46	36	36	40	48	38	37
Grebenu	14	9	10	14	16	9	9	15	16	9	10
Hanau	45	43	40	49	55	42	43	48	53	42	43
Kassel-Fünffensterstr.	49	56	48	47	49	47	51	48	51	50	50
Kassel-Nord	32	33	32	30	35	27	30	36	38	33	35
Königstein	17	11	11	21	20	10	10	17	18	9	9
Lampertheim	26	16	16	24	26	17	17	24	29	17	16
Limburg	31	27	26	30	38	28	29	35	37	29	29
Linden	28	20	20	28	30	18	20	26	30	18	19
Marburg	35	30	20	33	40	23	24	33	37	25	23
Michelstadt	25	20	17	24	30	17	16	26	29	18	16
Nidda	29	15	16	26	26	15	18	27	28	15	14
Offenbach	49	36	35	38	44	36	38	43	46	32	33
Raunheim	38	37	37	37	44	32	32	39	44	35	38
Riedstadt	33	24	26	33	37	20	22	31	32	20	22
Spessart	18	7	9	16	15	7	8	15	14	8	7
Viernheim	38	29	29	37	42	28	27	38	44	27	29
Wasserkuppe	-	6		9	9	6	6	10	9	6	5
Wetzlar	40	37	32	36	44	35	30	35	39	33	32
Wiesbaden-Ringkirche	59	66	64	60	61	52	58	57	61	56	58
Wiesbaden-Süd	43	38	34	40	46	31	33	33	37	29	35
Witzenhausen	12	6	8	13	13	8	7	14	13	6	6
Zierenberg	-	11	10	16	18	9	11	15	16	10	9

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
d) Ozon in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	49	78	54	31	42	75	66	35	52	79	70
Bebra	34	57	37	20	31	61	52	22	41	58	45
Borken	41	67	48	28	39	66	56	25	42	62	52
Darmstadt	28	58	38	20	25	55	46	14	29	55	42
Dillenburg	21	39	23	10	17	44	33	12	25	41	27
Ffm.-Höchst	24	45	32	13	20	51	39	12	26	50	42
Ffm.-Ost	24	51	31	12	23	59	47	16	30	57	48
Frankenberg	49	79	54	28	41	80	70	31	47	70	61
Fulda	28	48	35	21	29	58	45	18	35	52	38
Fürth/Odenwald	54	88	68	42	52	85	79	38	58	84	73
Gießen	18	42	26	11	19	50	41	11	23	46	39
Grebenau	41	77	52	32	42	73	66	32	50	72	59
Hanau	29	55	37	15	23	57	50	13	28	55	44
Kassel-Nord	36	53	34	20	28	55	48	17	32	50	46
Königstein	45	79	54	27	36	77	66	28	48	69	63
Lampertheim	40	49	32	16	28	54	48	18	36	58	43
Limburg	31	49	36	21	26	59	52	20	37	51	41
Linden	35	52	40	21	29	60	50	19	34	54	47
Marburg	30	53	24	12	24	62	52	18	31	55	44
Michelstadt	36	55	43	22	31	56	50	20	38	62	49
Nidda	32	66	47	21	33	67	63	23	43	70	56
Offenbach	21	50	32	11	19	54	42	12	27	57	48
Raunheim	30	53	38	17	24	59	49	18	33	55	45
Riedstadt	36	62	46	22	32	68	57	19	35	61	50
Spessart	54	92	72	38	53	92	79	39	58	89	80
Viernheim	27	56	41	15	24	57	49	15	28	56	44
Wasserkuppe	-	82		58	67	98	93	60	77	103	87
Wetzlar	22	40	29	11	16	50	43	13	30	46	38
Wiesbaden-Süd	27	53	38	13	22	57	47	15	27	52	42
Witzenhausen	53	90	66	45	52	86	80	43	59	79	73
Zierenberg	-	75	47	27	42	79	71	40	53	60	61

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen  
e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bebra	4	3	3	3	4	3	3	3	5	3	3
Borken	4	3	3	3	4	3	3	3	3	3	3
Darmstadt	7	3	3	5	6	3	3	3	5	3	3
Dillenburg	4	3	3	3	4	3	3	3	4	3	3
Ffm.-Höchst	7	4	4	6	8	3	3	4	6	3	3
Ffm.-Ost	7	3	3	7	8	4	3	5	7	3	3
Frankenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Fulda	5	3	3	3	5	3	3	4	4	3	3
Fürth/Odenwald	5	3	3	3	3	3	3	3	5	3	3
Gießen	5	3	3	3	4	3	3	3	4	3	3
Grebenau	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	9	4	3	8	9	4	3	6	8	3	3
Kassel-Nord	4	3	3	4	6	4	4	4	5	3	3
Königstein	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Lampertheim	5	3	3	4	4	3	3	4	6	3	3
Limburg	5	3	3	4	5	3	3	4	4	3	3
Linden	4	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3
Marburg	5	3	3	4	5	3	3	4	5	3	3
Michelstadt	6	3	3	5	7	3	3	5	7	3	3
Nidda	5	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3
Offenbach	8	4	3	5	7	3	3	5	7	3	3
Raunheim	7	3	3	5	10	4	4	8	10	4	3
Riedstadt	5	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3
Spessart	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3
Viernheim	9	4	3	6	8	4	4	6	9	4	3
Wasserkuppe	-	-	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Wetzlar	4	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3
Wiesbaden-Süd	8	4	3	5	6	4	3	5	7	3	3
Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Zierenberg	-	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
f) Kohlenmonoxid in mg/m<sup>3</sup>

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Darmstadt	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,4
Darmstadt-Hügelstraße	1,3	1,4	1,5	1,2	1,4	1,1	1,0	1,3	1,1	1,1	1,1
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,0	1,1	1,0	1,4	1,4	0,8	0,9	1,3	1,1	0,8	0,9
Ffm.-Höchst	0,7	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,5	0,6	0,4	0,4
Fulda	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,4	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4
Gießen	0,7	0,4	0,5	0,6	0,7	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4
Hanau	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4
Kassel-Fünffensterstr.	1,3	1,0	1,1	1,4	1,2	0,8	0,8	1,2	1,0	0,8	0,7
Kassel-Nord	0,5	0,4	0,4	0,5	0,7	0,4	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4
Limburg	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
Linden	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,1	0,2
Offenbach	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	0,3	0,2	0,4	0,3	0,4	0,5
Raunheim	0,7	0,4	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,7	0,6	0,3	0,4
Viernheim	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3
Wetzlar	0,6	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4
Wiesbaden-Ringkirche	1,7	1,3	1,4	1,9	1,7	1,0	1,0	1,4	1,3	0,9	0,9
Wiesbaden-Süd	0,6	0,5	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
Zierenberg	-	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m<sup>3</sup>

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Ffm.-Höchst	113	67	40	87	80	40	47	93	80	40	47
Ffm.-Ost	73	40	40	67	67	47	53	67	60	33	40
Kassel-Nord	47	113	53	80	87	47	53	73	60	53	60
Riedstadt	47	27	27	40	33	20	33	53	40	27	27



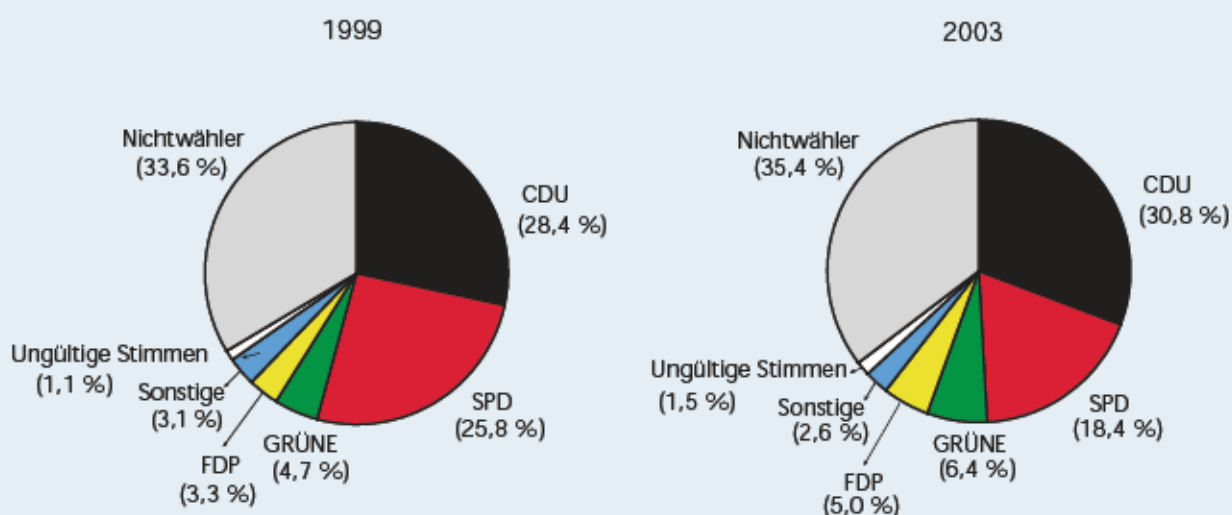
Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
h) Staub in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ; ab 1. Quartal 2000 PM 10\* in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	18	19	20	14	16	16	24	22	22	23	20
Bebra	21	24	23	20	25	21	23	23	29	27	28
Borken	19	19	20	15	19	25	23	22	25	29	31
Darmstadt	24	24	23	20	26	27	27	30	35	25	28
Darmstadt-Hügelstraße	35	32	33	31	38	34	36	40	43	40	39
Dillenburg	23	26	27	23	25	34	23	23	23	24	24
Ffm.-Friedberger Landstr.	-	-	-	-	-	33	38	48	52	43	41
Ffm.-Höchst	26	25	25	24	34	33	20	23	32	30	28
Ffm.-Ost	34	31	30	28	33	25	33	34	35	30	29
Fulda	24	23	20	21	25	32	19	24	27	25	24
Gießen	26	25	32	32	28	22	19	20	34	34	34
Hanau	24	22	23	21	25	22	28	32	36	32	30
Kassel-Fünffensterstr.	32	33	32	37	38	31	31	37	35	40	34
Kassel-Nord	24	26	27	22	24	30	16	29	39	29	35
Lampertheim	-	-	13	12	16	18	13	18	32	27	24
Limburg	22	22	22	19	24	13	30	31	33	32	33
Marburg	23	26	23	20	23	29	28	23	26	28	23
Michelstadt	20	19	18	17	29	27	20	22	24	22	21
Nidda	20	18	18	14	22	22	30	29	36	33	25
Offenbach	43	41	44	20	24	27	18	28	33	26	27
Raunheim	27	24	24	23	24	18	21	24	29	25	26
Riedstadt	23	24	25	20	21	21	32	28	32	31	33
Viernheim	26	21	21	22	24	19	16	20	34	27	26
Wasserkuppe	-	-	12	7	8	18	12	9	8	-	-
Wetzlar	27	29	27	26	29	13	27	30	33	34	34
Wiesbaden-Ringkirche	29	-	35	38	28	24	27	32	27	23	24
Wiesbaden-Süd	28	24	21	25	28	26	22	28	32	29	28

\* PM 10: Partikel mit  $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie machte eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser  $< 10 \mu\text{m}$  ("PM10": particulate matter  $< 10 \mu\text{m}$ ) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotenzial der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70 - 80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten ( $\text{SO}_2$ ,  $\text{NO}_2/\text{NO}$ ) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ( $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) auf eine Normtemperatur von  $20^\circ\text{C}$  zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für  $\text{SO}_2$ ,  $\text{NO}$  und  $\text{NO}_2$  nicht mehr wie bisher auf  $0^\circ\text{C}$  sondern auf  $20^\circ\text{C}$  bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7% niedriger ausfallen als bisher.

### Ausschöpfungsquoten<sup>1)</sup> der Parteien und Nichtwähleranteil bei den Landtagswahlen in Hessen 1999 und 2003



1) Die Ausschöpfungsquote ist der Anteil der gültigen Stimmen der Parteien an den Wahlberechtigten. Üblicherweise wird bei der Berechnung der Anteile der einzelnen Parteien die Zahl der gültigen Stimmen herangezogen. Diese Darstellungsweise gibt jedoch nur die relative Zustimmung wieder, und die Veränderung der Wählergunst im Zeitvergleich wird nur unvollständig abgebildet. Hingegen wird bei der Ausschöpfungsquote die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung bei Wahlen berücksichtigt.

## Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003

Bei der Landtagswahl am 2. Februar 2003 legte die CDU deutlich um 5,4 Prozentpunkte zu. Mit 48,8 % der Stimmen erzielten die Christdemokraten das beste Ergebnis, das sie auf Landesebene je erzielt hatten. Die SPD musste ihr historisch schlechtestes Ergebnis hinnehmen. Sie verlor 10,3 Prozentpunkte und sank auf 29,1 %. Die GRÜNEN hingegen gewannen 2,9 Prozentpunkte und erreichten 10,1 %. Die FDP verbesserte sich um 2,8 Prozentpunkte und erzielte 7,9 % der gültigen Stimmen. Die Wahlbeteiligung war mit 64,6 % knapp 2 Prozentpunkte niedriger als vor vier Jahren. Die CDU erhielt mit 56 Sitzen die absolute Mehrheit der 110 Mandate und kann nun ohne ihren bisherigen Koalitionspartner FDP weiter regieren.

### Gesunkene Wahlbeteiligung

Am 2. Februar 2003 waren knapp 4,331 Mill. Hessen aufgerufen, bei der Wahl des 16. Hessischen Landtags ihre Stimme abzugeben. Das waren 48 000 Wahlberechtigte mehr als zur Landtagswahl 1999. Die Wahlbeteiligung nahm gegenüber 1999 um 47 000 oder 1,8 Prozentpunkte ab und erreichte mit 64,6 % den niedrigsten Wert bei Landtagswahlen seit Kriegsende. Die höchste Wahlbeteiligung verzeichneten die Wahlkreise 32 Main-Taunus I (72,4 %) und 24 Hochtaunus II (71,3 %), die niedrigste hatten die Wahlkreise 4 Kas-

sel-Stadt II (53,8 %) und 34 Frankfurt am Main I (55,4 %). Die Wahlbeteiligung ging in 47 von insgesamt 55 Wahlkreisen zurück, in 7 stieg sie an und in einem blieb sie unverändert. Größere Abnahmen von 3,0 bis zu 6,1 Prozentpunkten (3 Kassel-Stadt I, 4 Kassel-Stadt II) wurden in 19 Wahlkreisen registriert. In den wenigen Wahlkreisen mit gestiegener Wahlbeteiligung waren die Zuwächse in den Wahlkreisen 42 Main-Kinzig III und 40 Main-Kinzig I mit jeweils knapp 3 Prozentpunkten am höchsten.

### Mehr ungültige Stimmen

Die Zahl der ungültigen Stimmen nahm wieder zu; gut 83 000 oder 3,0 % der Wahlkreisstimmen (1999: 1,9 %) waren ungültig. Die Anteile schwankten stark zwischen 6,2 % (Wahlkreis 53 Odenwald) und 1,6 % (Wahlkreis 23 Hochtaunus I). Von den abgegebenen Landesstimmen waren rund 64 000 oder 2,3 % (1999: 1,6 %) ungültig, die Quoten lagen zwischen 1,3 % (Wahlkreis 32 Main-Taunus I) und 5,4 % (Wahlkreis 53 Odenwald).

### Wahlkreisstimmen

Seit der Landtagswahl 1991 hat in Hessen jeder Wähler zwei Stimmen: eine Wahlkreisstimme, die darüber entscheidet,

Ergebnisse der Landtagswahlen 2003 und 1999 in Hessen

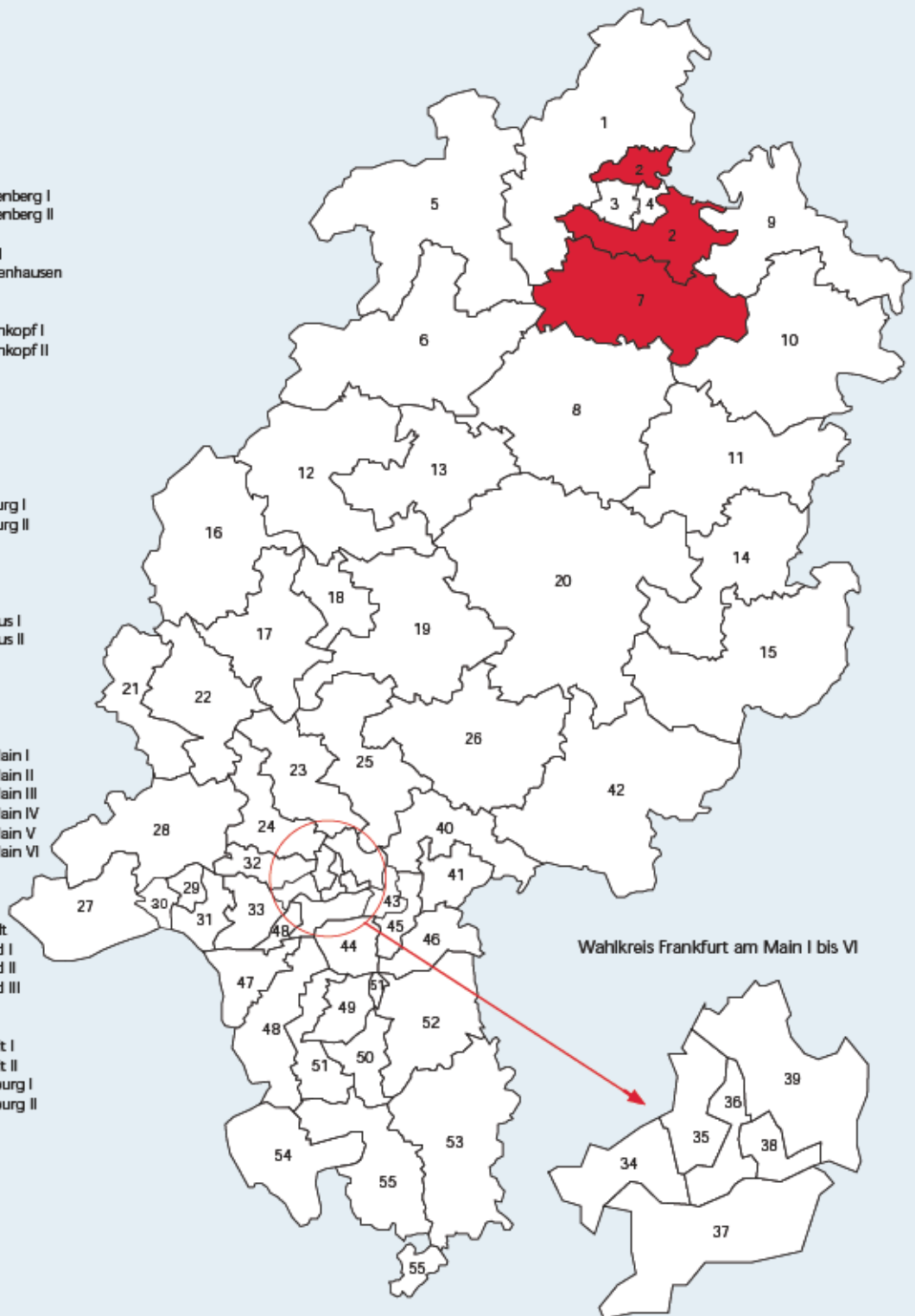
Art der Angabe	Landtagswahl 2003				Landtagswahl 1999				Zu- bzw. Abnahme (-) der Landesstimmen	
	Wahlkreisstimmen		Landesstimmen		Wahlkreisstimmen		Landesstimmen		Anzahl	Prozentpunkte
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Wahlberechtigte	4 330 792	—	4 330 792	—	4 282 397	—	4 282 397	—	48 395	—
Wähler / Wahlbeteiligung	2 798 534	64,6	2 798 534	64,6	2 845 586	66,4	2 845 586	66,4	- 47 052	- 1,8
Ungültige Stimmen	82 845	3,0	63 542	2,3	53 740	1,9	45 214	1,6	18 328	0,7
Gültige Stimmen	2 715 689	97,0	2 734 992	97,7	2 791 846	98,1	2 800 372	98,4	- 65 380	- 0,7
davon entfielen auf										
CDU	1 411 800	52,0	1 333 863	48,8	1 265 942	45,3	1 215 783	43,4	118 080	5,4
SPD	898 813	33,1	795 576	29,1	1 158 663	41,5	1 102 544	39,4	- 306 968	- 10,3
GRÜNE	230 261	8,5	276 276	10,1	168 325	6,0	201 194	7,2	75 082	2,9
FDP	148 632	5,5	216 110	7,9	98 095	3,5	142 845	5,1	73 265	2,8
REP	7 025	0,3	34 563	1,3	79 273	2,8	75 114	2,7	- 40 551	- 1,4
Die Tierschutzpartei	4 815	0,2	20 600	0,8	2 056	0,1	12 856	0,5	7 744	0,3
DIE FRAUEN	1 090	0,0	7 506	0,3	1 745	0,1	6 691	0,2	815	0,1
PBC	1 465	0,1	6 674	0,2	2 164	0,1	4 999	0,2	1 675	0,0
DKP	2 552	0,1	5 908	0,2	1 181	0,0	3 881	0,1	2 027	0,1
ödp	378	0,0	2 683	0,1	138	0,0	2 053	0,1	630	- 0,0
BüSo	873	0,0	1 643	0,1	627	0,0	612	0,0	1 031	0,1
FAG Hessen	—	—	17 736	0,6	—	—	—	—	x	x
PSG	—	—	1 309	0,0	—	—	—	—	x	x
Schill	3 074	0,1	14 545	0,5	—	—	—	—	x	x
Arbeitslos	133	0,0	—	—	—	—	—	—	x	x
Pescheck	1 167	0,0	—	—	—	—	—	—	x	x
SCHÜLBE	1 260	0,0	—	—	—	—	—	—	x	x
SAV	356	0,0	—	—	—	—	—	—	x	x
UFFBASSE	1 839	0,1	—	—	—	—	—	—	x	x
W. Ruppert - direkt -	156	0,0	—	—	—	—	—	—	x	x
Sonstige	—	—	—	—	13 637	0,5	31 800	1,1	x	x

# Landtagswahlkreise in Hessen 2003 — Wahlkreissieger (Stand 1. Februar 2003)

- 1 Kassel-Land I
- 2 Kassel-Land II
- 3 Kassel-Stadt I
- 4 Kassel-Stadt II
- 5 Waldeck-Frankenberg I
- 6 Waldeck-Frankenberg II
- 7 Schwalm-Eder I
- 8 Schwalm-Eder II
- 9 Eschwege-Witzenhausen
- 10 Rotenburg
- 11 Hersfeld
- 12 Marburg-Biedenkopf I
- 13 Marburg-Biedenkopf II
- 14 Fulda I
- 15 Fulda II
- 16 Lahn-Dill I
- 17 Lahn-Dill II
- 18 Gießen I
- 19 Gießen II
- 20 Vogelsberg
- 21 Limburg-Weilburg I
- 22 Limburg-Weilburg II
- 23 Hochtaunus I
- 24 Hochtaunus II
- 25 Wetterau I
- 26 Wetterau II
- 27 Rheingau-Taunus I
- 28 Rheingau-Taunus II
- 29 Wiesbaden I
- 30 Wiesbaden II
- 31 Wiesbaden III
- 32 Main-Taunus I
- 33 Main-Taunus II
- 34 Frankfurt am Main I
- 35 Frankfurt am Main II
- 36 Frankfurt am Main III
- 37 Frankfurt am Main IV
- 38 Frankfurt am Main V
- 39 Frankfurt am Main VI
- 40 Main-Kinzig I
- 41 Main-Kinzig II
- 42 Main-Kinzig III
- 43 Offenbach-Stadt
- 44 Offenbach-Land I
- 45 Offenbach-Land II
- 46 Offenbach-Land III
- 47 Groß-Gerau I
- 48 Groß-Gerau II
- 49 Darmstadt-Stadt I
- 50 Darmstadt-Stadt II
- 51 Darmstadt-Dieburg I
- 52 Darmstadt-Dieburg II
- 53 Odenwald
- 54 Bergstraße I
- 55 Bergstraße II

SPD

CDU



Wahlkreis Frankfurt am Main I bis VI



**Wahlberechtigte, Wähler, abgegebene Stimmen sowie Verteilung der gültigen Stimmen  
bei der Landtagswahl am 2. Februar 2003  
— Wahlkreisstimmen —**

Wahlkreis		Wahlbe- rechtigte		Wahlkreisstimmen		Von den gültigen Wahlkreisstimmen entfielen auf										
				un- gül- tig	gültig	CDU		SPD		GRÜNE		FDP		Sonstige		
Nr.	Name	Anzahl	% <sup>1)</sup>	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	Kassel-Land I	81 147	66,1	5,6	50 643	94,4	22 669	44,8	22 251	43,9	3 571	7,1	2 152	4,2	—	—
2	Kassel-Land II	110 935	67,8	4,6	71 715	95,4	29 506	41,1	33 449	46,6	5 741	8,0	3 019	4,2	—	—
3	Kassel-Stadt I	70 473	65,6	2,4	45 128	97,6	19 303	42,8	15 270	33,8	8 071	17,9	2 484	5,5	—	—
4	Kassel-Stadt II	67 267	53,8	2,8	35 166	97,2	14 829	42,2	13 892	39,5	4 399	12,5	1 690	4,8	356	1,0
5	Waldeck-Frankenberg I	69 401	63,8	2,2	43 317	97,8	23 374	54,0	14 457	33,4	2 174	5,0	3 312	7,6	—	—
6	Waldeck-Frankenberg II	60 123	60,1	2,6	35 202	97,4	17 699	50,3	12 392	35,2	2 074	5,9	2 904	8,2	133	0,4
7	Schwalm-Eder I	72 549	68,5	3,3	48 051	96,7	18 598	38,7	22 014	45,8	2 701	5,6	4 738	9,9	—	—
8	Schwalm-Eder II	77 487	65,3	3,0	49 090	97,0	21 829	44,5	20 612	42,0	2 874	5,9	3 775	7,7	—	—
9	Eschwege-Witzenhausen	64 668	63,8	3,2	39 916	96,8	18 618	46,6	16 857	42,2	2 643	6,6	1 798	4,5	—	—
10	Rotenburg	61 654	67,4	5,2	39 347	94,8	18 236	46,3	16 812	42,7	1 421	3,6	1 618	4,1	1 260	3,2
11	Hersfeld	63 866	65,7	6,0	39 486	94,0	18 920	47,9	17 149	43,4	1 658	4,2	1 759	4,5	—	—
12	Marburg-Biedenkopf I	87 232	62,1	2,5	52 839	97,5	27 787	52,6	19 753	37,4	2 951	5,6	2 348	4,4	—	—
13	Marburg-Biedenkopf II	94 943	64,9	1,9	60 401	98,1	29 469	48,8	21 814	36,1	5 632	9,3	2 418	4,0	1 068	1,8
14	Fulda I	81 401	65,0	2,7	51 541	97,3	36 511	70,8	9 564	18,6	3 246	6,3	2 220	4,3	—	—
15	Fulda II	82 474	69,6	2,6	55 910	97,4	38 790	69,4	10 572	18,9	3 174	5,7	2 153	3,9	1 221	2,2
16	Lahn-Dill I	94 691	58,7	2,4	54 309	97,6	30 548	56,2	16 940	31,2	2 442	4,5	1 940	3,6	2 439	4,5
17	Lahn-Dill II	98 849	62,9	2,3	60 804	97,7	31 603	52,0	22 276	36,6	2 817	4,6	3 099	5,1	1 009	1,7
18	Gießen I	74 659	62,7	2,8	45 472	97,2	20 910	46,0	16 368	36,0	4 458	9,8	3 097	6,8	639	1,4
19	Gießen II	112 487	65,6	3,0	71 624	97,0	39 089	54,6	23 277	32,5	4 848	6,8	4 410	6,2	—	—
20	Vogelsberg	91 743	64,9	3,2	57 687	96,8	31 776	55,1	19 512	33,8	3 306	5,7	3 093	5,4	—	—
21	Limburg-Weilburg I	64 567	64,1	3,3	40 036	96,7	26 352	65,8	10 030	25,1	2 066	5,2	1 588	4,0	—	—
22	Limburg-Weilburg II	65 835	63,4	2,9	40 553	97,1	22 740	56,1	13 581	33,5	1 950	4,8	2 282	5,6	—	—
23	Hochtaunus I	85 841	68,4	1,6	57 751	98,4	33 657	58,3	13 521	23,4	5 299	9,2	4 301	7,4	973	1,7
24	Hochtaunus II	77 111	71,3	1,7	54 052	98,3	31 256	57,8	12 718	23,5	5 052	9,3	4 189	7,7	837	1,5
25	Wetterau I	106 205	68,2	2,6	70 558	97,4	39 295	55,7	21 312	30,2	5 662	8,0	4 289	6,1	—	—
26	Wetterau II	110 834	62,5	3,5	66 901	96,5	36 129	54,0	22 266	33,3	4 246	6,3	4 260	6,4	—	—
27	Rheingau-Taunus I	60 124	66,9	2,6	39 165	97,4	22 393	57,2	10 501	26,8	3 490	8,9	2 781	7,1	—	—
28	Rheingau-Taunus II	76 004	69,0	2,2	51 314	97,8	28 572	55,7	15 649	30,5	4 590	8,9	2 503	4,9	—	—
29	Wiesbaden I	60 115	65,7	1,8	38 788	98,2	20 065	51,7	11 815	30,5	4 064	10,5	2 228	5,7	616	1,6
30	Wiesbaden II	54 213	57,4	2,5	30 372	97,5	14 526	47,8	10 551	34,7	3 046	10,0	1 435	4,7	814	2,7
31	Wiesbaden III	71 050	62,5	2,5	43 282	97,5	22 388	51,7	16 069	37,1	2 690	6,2	1 793	4,1	342	0,8
32	Main-Taunus I	81 081	72,4	1,8	57 613	98,2	35 683	61,9	14 299	24,8	4 607	8,0	3 024	5,2	—	—
33	Main-Taunus II	79 982	70,0	2,6	54 496	97,4	30 422	55,8	13 397	24,6	7 268	13,3	3 409	6,3	—	—
34	Frankfurt am Main I	56 174	55,4	3,0	30 208	97,0	16 554	54,8	9 127	30,2	2 471	8,2	1 257	4,2	799	2,6
35	Frankfurt am Main II	60 996	61,1	2,7	36 280	97,3	16 087	44,3	12 065	33,3	5 626	15,5	1 935	5,3	567	1,6
36	Frankfurt am Main III	64 496	61,1	2,2	38 558	97,8	17 808	46,2	11 628	30,2	5 865	15,2	2 549	6,6	708	1,8
37	Frankfurt am Main IV	66 849	63,3	3,0	41 084	97,0	19 841	48,3	11 802	28,7	6 693	16,3	2 748	6,7	—	—
38	Frankfurt am Main V	64 378	62,9	2,2	39 639	97,8	14 726	37,2	14 641	36,9	7 890	19,9	1 859	4,7	523	1,3
39	Frankfurt am Main VI	68 134	61,7	2,5	40 979	97,5	20 833	50,8	13 160	32,1	3 654	8,9	2 402	5,9	930	2,3
40	Main-Kinzig I	104 081	65,3	2,8	66 041	97,2	35 415	53,6	22 946	34,7	4 671	7,1	3 009	4,6	—	—
41	Main-Kinzig II	79 952	60,0	2,9	46 598	97,1	23 726	50,9	15 311	32,9	3 228	6,9	2 519	5,4	1 814	3,9
42	Main-Kinzig III	110 130	64,4	3,1	68 685	96,9	38 936	56,7	20 630	30,0	4 438	6,5	3 514	5,1	1 167	1,7
43	Offenbach-Stadt	67 636	57,2	2,9	37 561	97,1	19 035	50,7	11 700	31,1	4 350	11,6	2 026	5,4	450	1,2
44	Offenbach Land I	84 706	66,0	2,8	54 369	97,2	28 763	52,9	16 113	29,6	5 951	10,9	3 542	6,5	—	—
45	Offenbach Land II	68 505	66,3	2,5	44 310	97,5	26 128	59,0	11 747	26,5	3 855	8,7	2 197	5,0	383	0,9
46	Offenbach Land III	81 957	67,7	2,9	53 873	97,1	31 946	59,3	14 600	27,1	4 154	7,7	3 173	5,9	—	—
47	Groß-Gerau I	74 738	65,3	3,8	46 942	96,2	21 563	45,9	17 829	38,0	5 100	10,9	2 450	5,2	—	—
48	Groß-Gerau II	94 117	64,9	3,3	59 069	96,7	26 457	44,8	21 745	36,8	7 152	12,1	3 127	5,3	588	1,0
49	Darmstadt-Stadt I	60 897	63,1	2,6	37 454	97,4	15 662	41,8	12 915	34,5	5 566	14,9	1 862	5,0	1 449	3,9
50	Darmstadt-Stadt II	69 837	67,3	2,8	45 688	97,2	20 083	44,0	15 602	34,1	5 582	12,2	3 756	8,2	665	1,5
51	Darmstadt-Dieburg I	83 144	65,8	3,1	53 054	96,9	24 866	46,9	19 065	35,9	5 046	9,5	2 503	4,7	1 574	3,0
52	Darmstadt-Dieburg II	90 284	66,3	3,8	57 614	96,2	31 765	55,1	17 676	30,7	4 595	8,0	2 773	4,8	805	1,4
53	Odenwald	72 868	66,1	6,2	45 203	93,8	21 274	47,1	19 275	42,6	2 791	6,2	1 863	4,1	—	—
54	Bergstraße I	100 308	62,4	3,3	60 493	96,7	34 308	56,7	20 047	33,1	3 493	5,8	2 645	4,4	—	—
55	Bergstraße II	95 594	63,6	2,2	59 458	97,8	32 482	54,6	18 249	30,7	3 859	6,5	2 814	4,7	2 054	3,5
Land Hessen		4 330 792	64,6	3,0	2 715 689	97,0	1 411 800	52,0	898 813	33,1	230 261	8,5	148 632	5,5	26 183	1,0

1) Anteil der Wähler an den Wahlberechtigten (Wahlbeteiligung).

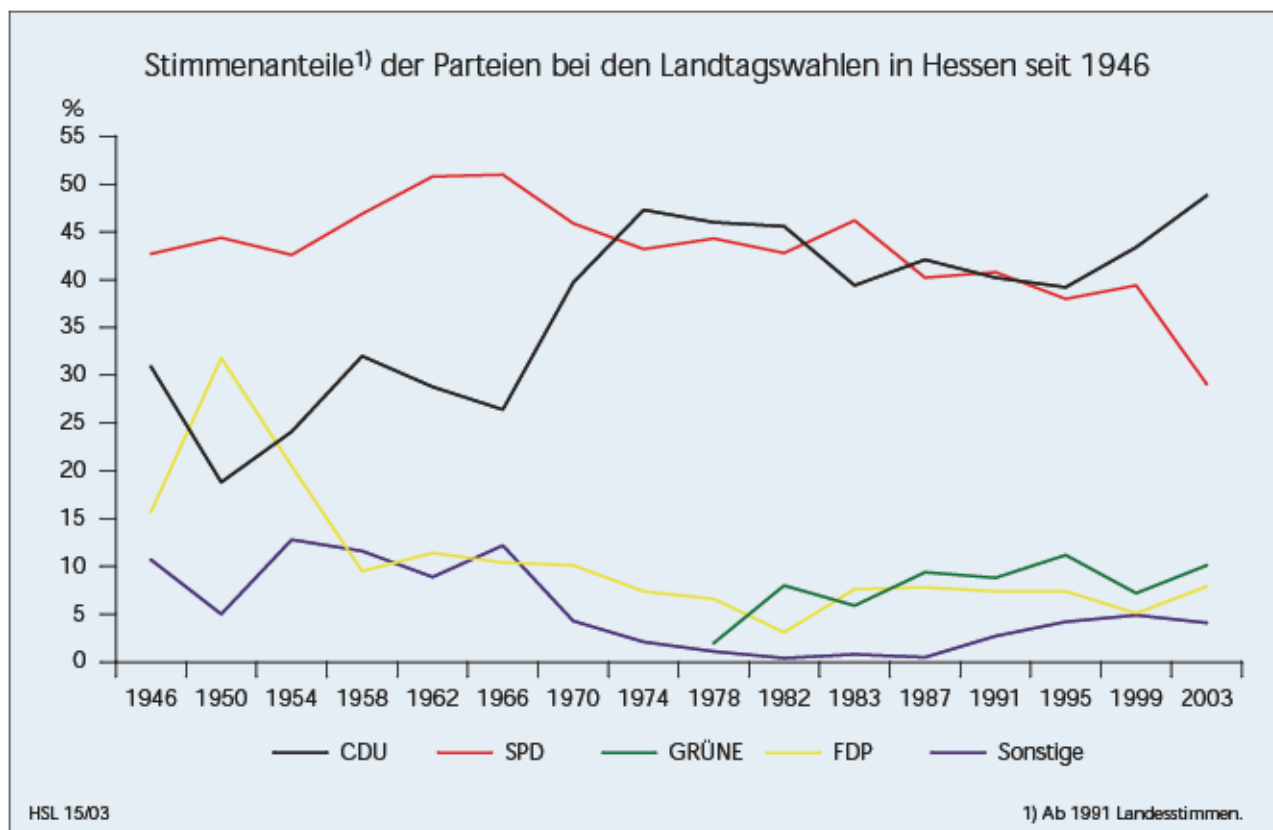
welcher Wahlkreisbewerber in den hessischen Landtag einzieht, und eine Landesstimme, mit der eine Landesliste (Partei) gewählt wird. Ausschlaggebend für die Sitzverteilung im Landtag sind die von den Parteien errungenen Landesstimmen. Für die Erringung eines der 55 Direktmandate genügt die einfache Mehrheit der Wahlkreisstimmen im Wahlkreis.

### CDU gewinnt 53 der 55 Wahlkreise direkt

Von den knapp 2,716 Mill. gültigen Wahlkreisstimmen entfielen knapp 1,412 Mill. auf die **CDU**. Sie gewann gegenüber 1999 rund 146 000 Stimmen oder 6,7 Prozentpunkte hinzu und erreichte eine Quote von 52 %. Die Christdemokraten konnten die Zahl ihrer Direktmandate um 19 auf insgesamt 53 erhöhen. Ihre Kandidaten erhielten in allen 55 Wahlkreisen höhere Stimmenanteile als 1999. In 6 Wahlkreisen waren die Gewinne zweistellig mit bis zu 11,7 Prozentpunkten im Wahlkreis 11 Hersfeld. Am Ende der Rangfolge waren die Wahlkreise 18 Gießen I (+ 1,5 Prozentpunkte) und 38 Frankfurt am Main V (+ 1,5 Prozentpunkte). Die Zugewinne in den Wahlkreisen 3 Kassel-Stadt I, 29 Wiesbaden I sowie in vier der sechs Frankfurter Wahlkreise lagen mit jeweils unter 3 Prozentpunkten ebenfalls deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 6,7 Prozentpunkten. In den von der CDU gewonnenen Wahlkreisen lagen die Quoten der erfolgreichen Bewerber zwischen knapp 71 % (14 Fulda I) und gut 37 % (38 Frankfurt am Main V). In 34 Wahlkreisen fiel die Entscheidung zugunsten der CDU mit mehr als der Hälfte der gültigen Stimmen sehr deutlich aus. Den größten Stimmenvorsprung erzielten die CDU-Kandidaten in den Fuldaer

Wahlkreisen 14 und 15. Der Abstand zur SPD betrug im Wahlkreis 14 rund 27 000 oder gut 52 Prozentpunkte bzw. im Wahlkreis 15 gut 28 000 oder über 50 Prozentpunkte. Die knappste Entscheidung fiel im Wahlkreis 38 Frankfurt am Main V. Mit einem Zugewinn von rund 500 auf gut 14 700 Stimmen hatte der Kandidat der CDU einen Vorsprung von 85 Stimmen und das Direktmandat wechselte von der SPD zur CDU. Im Wahlkreis 1 Kassel-Land I fiel die Entscheidung mit einem Vorsprung von gut 400 Stimmen oder 0,9 Prozentpunkten ebenfalls knapp zugunsten des CDU-Kandidaten aus. Erdrutschartige Verluste des SPD-Wahlkreis-kandidaten sowie sehr starke Zugewinne bei der CDU kosteten der SPD hier nicht nur die absolute Mehrheit, sondern auch den Verlust des Direktmandats an die CDU.

Für die Wahlkreisbewerber der **SPD** votierten knapp 899 000 Wähler und damit rund 260 000 weniger als 1999. Ihr Stimmenanteil fiel um 8,4 Prozentpunkte auf 33,1 %. Vor vier Jahren hatten die Sozialdemokraten 21 Direktmandate gewonnen, darunter 8 nordhessische Wahlkreise mit absoluter Mehrheit der Stimmen. Am 2. Februar 2003 erreichten sie nur noch in den Wahlkreisen 2 Kassel-Land II (46,6 %) und 7 Schwalm-Eder I (45,8 %) mehr Stimmen als die CDU. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielten die SPD-Kandidaten wieder in den Fuldaer Wahlkreisen 14 und 15 mit jeweils knapp 19 %. Die Verluste reichten von knapp 2 Prozentpunkten (38 Frankfurt am Main V) bis zu 12,5 Prozentpunkten (52 Darmstadt-Dieburg II), wobei in 15 Wahlkreisen zweistellige Stimmeneinbußen zu verzeichnen waren.





Für die Direktkandidaten der **GRÜNEN** votierten gut 230 000 oder 8,5 % der Wähler mit ihrer Wahlkreisstimme. Das waren rund 62 000 Stimmen bzw. 2,5 Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren. Die GRÜNEN errangen in 15 Wahlkreisen zweistellige Stimmenanteile. Ihre Hochburgen lagen in den südhessischen Städten sowie in den beiden Wahlkreisen der Stadt Kassel. Ihr bestes Ergebnis erzielten die GRÜNEN im Wahlkreis 38 Frankfurt am Main V mit rund 20 %. Es folgten die Wahlkreise 3 Kassel-Stadt I mit knapp 18 % sowie 37 Frankfurt IV mit gut 16 %. Die GRÜNEN gewannen in 54 Wahlkreisen zwischen 0,3 (10 Rotenburg) und 8,6 (3 Kassel-Stadt I) Prozentpunkte hinzu, und im Wahlkreis 13 Marburg-Biedenkopf II büßten sie 0,7 Prozentpunkte ein.

Für die Bewerber der **FDP** in den Wahlkreisen entschieden sich knapp 149 000 Personen und damit fast 51 000 mehr als 1999. Ihr Wahlkreisstimmenanteil erhöhte sich um 2,0 Prozentpunkte auf 5,5 %. Die FDP-Bewerber gewannen in allen Wahlkreisen dazu. Den höchsten Zugewinn hatten die Liberalen im Wahlkreis Schwalm-Eder I (+ 4,6 Prozentpunkte), den niedrigsten im Wahlkreis 32 Main-Taunus I (+ 0,5 Prozentpunkte). Ihr bestes Ergebnis erzielten sie im Wahlkreis 7 Schwalm-Eder I mit knapp 10 %. Den niedrigsten Stimmenanteil errangen die Liberalen im Wahlkreis 16 Lahn-Dill I mit 3,6 %.

Neben diesen Parteien, die in allen 55 Wahlkreisen Direktkandidaten nominiert hatten, traten weitere 8 Parteien sowie 6 Einzelbewerber an. Auf sie zusammen entfielen 1,0 % (1999: 3,6 %) der Wahlkreisstimmen.

### Landesstimmen

Während die Wählerinnen und Wähler mit der Wahlkreisstimme die Möglichkeit haben, für 55 Landtagsmandate darüber zu entscheiden, welcher Kandidat sie im Hessischen Landtag vertritt, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei — und damit für das Stärkeverhältnis der Parteien im Hessischen Landtag — allein die Landesstimmen ausschlaggebend.

Die **CDU** legte deutlich um 5,4 Prozentpunkte auf 48,8 % der Stimmen zu. Dies war für die CDU in Hessen das beste Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte. Bereits bei der Landtagswahl 1999 hatten die Christdemokraten mit der umstrittenen Unterschriftskampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft eine starke Mobilisierung der Wählerschaft zu ihren Gunsten erreicht. Es gelang ihnen, weit mehr Wähler für sich zurückzugewinnen, als sie 1995 verloren hatten, und sie konnten ihre traditionellen Hochburgen im äußersten Osten und Westen des Landes quer durchs Land ausweiten. Damals hatten sie in allen Wahlkreisen zugelegt und ihren Stimmenanteil landesweit um gut 4 Prozentpunkte steigern können. Bei der Wahl am 2. Februar nahmen die Stimmenanteile der Christdemokraten in 54 Wahlkreisen zwischen 0,2 Prozentpunkten (35 Frankfurt II) und 11,5 Prozentpunkten (11 Hersfeld) zu. Lediglich im Wahlkreis 38 Frankfurt V sank ihre

Quote leicht um 0,6 Prozentpunkte. In den eher ländlichen Regionen, insbesondere in den nordhessischen Hochburgen der SPD, waren die Gewinne der CDU zumeist hoch, während die Zuwächse in städtischen, überwiegend südhessischen Zentren gering waren. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Christdemokraten in ihren traditionellen Hochburgen, den Wahlkreisen 14 Fulda I und 15 Fulda II mit jeweils knapp 68 % der gültigen Landesstimmen sowie im Wahlkreis 21 Limburg-Weilburg I mit einer Quote von 62,0 %. Die niedrigsten Stimmenanteile erhielt die CDU in den Wahlkreisen 38 Frankfurt am Main V (33,7 %) und 49 Darmstadt-Stadt I (37,4 %).

Die **SPD** musste ihr historisch schlechtestes Ergebnis hinnehmen. Die Sozialdemokraten verloren landesweit 10,3 Prozentpunkte und erreichten lediglich 29,1 %. Ihre Landesstimmenanteile lagen in den Wahlkreisen zwischen gut 17 und knapp 43 %. Dem standen bei der Landtagswahl 1999 Quoten zwischen 27 und knapp 55 % gegenüber. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Sozialdemokraten 2003 in ihren nordhessischen Hochburgen, allen voran im Wahlkreis 7 Schwalm-Eder I mit 42,7 %. Darüber hinaus erhielten sie nur noch in den Wahlkreisen 2 Kassel-Land II (41,8 %) und 10 Rotenburg (40,6 %) über 40 % der Stimmen. Knapp unterhalb der 40 %-Grenze lagen ihre Anteile in den Wahlkreisen 1 Kassel-Land I (39,8 %), 11 Hersfeld (39,2 %) und 9 Eschwege-Witzenhausen (38,8 %). In diesen 6 Wahlkreisen hatte die SPD vor vier Jahren die absolute Mehrheit der Stimmen errungen. Am Ende der Rangfolge standen die Fuldaer Wahlkreise 14 und 15 mit gut 17 bzw. knapp 18 %. Nur wenig höhere Stimmenanteile erhielt die SPD in den Wahlkreisen 32 Main-Taunus I (19,8 %), 24 Hochtaunus II (20,4 %) und 33 Main-Taunus II (20,7 %). Die Sozialdemokraten hatten in allen Wahlkreisen empfindliche Einbußen. Ihre größten Einbrüche erlitten sie in 1 Kassel-Land I und 42 Main-Kinzig III mit jeweils rund 14 Prozentpunkten sowie in den Wahlkreisen 2 Kassel-Land II und 20 Vogelsberg mit jeweils knapp 13 Prozentpunkten. In 23 weiteren Wahlkreisen waren die Verluste ebenfalls zweistellig. Die geringste Abnahme verzeichneten die Sozialdemokraten im Wahlkreis 38 Frankfurt am Main V mit 5,9 Prozentpunkten. Danach folgten die Frankfurter Wahlkreise 35—38 sowie der Wahlkreis 18 Gießen I mit Einbußen von knapp 6 bis 7,0 Prozentpunkten.

Die **GRÜNEN** gewannen 2,9 Prozentpunkte hinzu und errangen mit 10,1 % ihr bisher zweitbestes Ergebnis auf Landesebene. Die Partei hatte bei der Landtagswahl 1999 starke Einbußen erlitten und gegenüber 1995 (11,2 %) ein Drittel ihrer bisherigen Wählerschaft verloren. Bei der Wahl am 2. Februar war der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler wieder in allen Wahlkreisen höher als vor vier Jahren. Die Veränderungsraten bewegten sich zwischen 0,5 Prozentpunkten im Wahlkreis 37 Frankfurt am Main IV und 6,2 Prozentpunkten im Wahlkreis 3 Kassel-Stadt I. Am erfolgreichsten waren die GRÜNEN im Wahlkreis 38 Frankfurt am Main V

**Wahlberechtigte, Wähler, abgegebene Stimmen sowie Verteilung der gültigen Stimmen  
bei der Landtagswahl am 2. Februar 2003  
— Landesstimmen —**

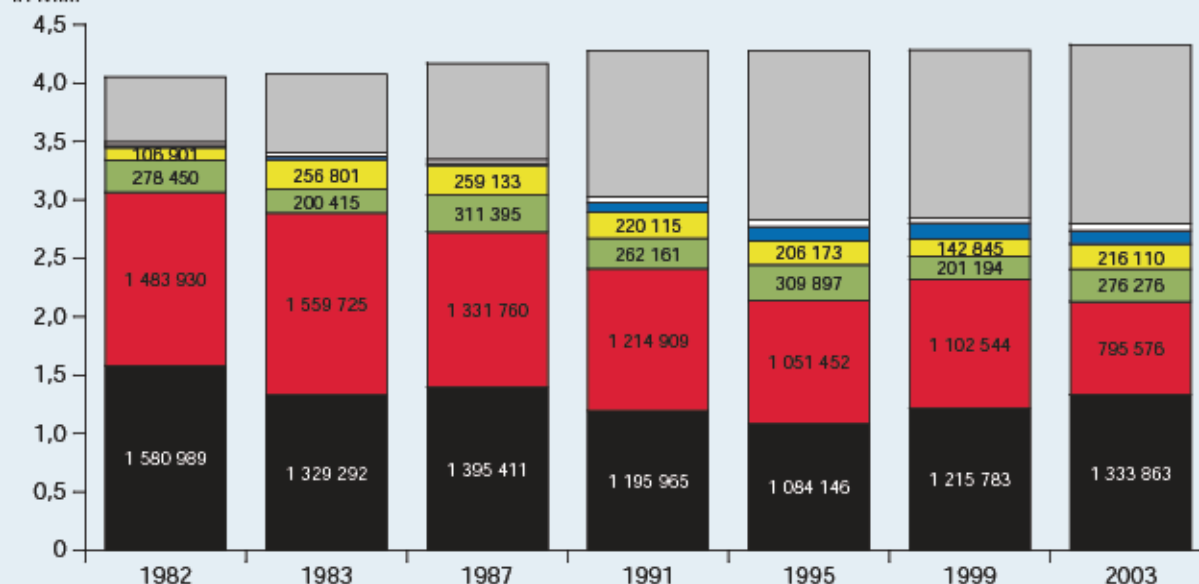
Wahlkreis		Wahlbe- rechtigte		Landesstimmen			Von den gültigen Landesstimmen entfielen auf									
				un- gül- tig	gültig		CDU		SPD		GRÜNE		FDP		Sonstige	
Nr.	Name	Anzahl	% <sup>1)</sup>	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	Kassel-Land I	81 147	66,1	5,1	50 952	94,9	21 496	42,2	20 262	39,8	4 197	8,2	3 054	6,0	1 943	3,8
2	Kassel-Land II	110 935	67,8	4,5	71 836	95,5	28 404	39,5	30 047	41,8	6 594	9,2	4 322	6,0	2 469	3,4
3	Kassel-Stadt I	70 473	65,6	1,6	45 498	98,4	17 828	39,2	13 769	30,3	8 913	19,6	3 591	7,9	1 397	3,1
4	Kassel-Stadt II	67 267	53,8	2,2	35 389	97,8	14 226	40,2	13 096	37,0	4 536	12,8	2 167	6,1	1 364	3,9
5	Waldeck-Frankenberg I	69 401	63,8	1,8	43 524	98,2	22 031	50,6	13 574	31,2	2 667	6,1	3 963	9,1	1 289	3,0
6	Waldeck-Frankenberg II	60 123	60,1	2,1	35 367	97,9	18 015	50,9	10 738	30,4	2 394	6,8	3 021	8,5	1 199	3,4
7	Schwalm-Eder I	72 549	68,5	2,7	48 345	97,3	18 328	37,9	20 633	42,7	3 446	7,1	4 368	9,0	1 570	3,2
8	Schwalm-Eder II	77 487	65,3	2,5	49 326	97,5	21 920	44,4	18 769	38,1	3 103	6,3	3 877	7,9	1 657	3,4
9	Eschwege-Witzenhausen	64 668	63,8	2,7	40 120	97,3	17 630	43,9	15 569	38,8	2 988	7,4	2 628	6,6	1 305	3,3
10	Rotenburg	61 654	67,4	3,2	40 214	96,8	18 713	46,5	16 337	40,6	1 783	4,4	2 162	5,4	1 219	3,0
11	Hersfeld	63 866	65,7	3,2	40 663	96,8	19 046	46,8	15 936	39,2	2 088	5,1	2 065	5,1	1 528	3,8
12	Marburg-Biedenkopf I	87 232	62,1	1,8	53 229	98,2	25 850	48,6	18 485	34,7	3 494	6,6	3 340	6,3	2 060	3,9
13	Marburg-Biedenkopf II	94 943	64,9	1,6	60 570	98,4	27 699	45,7	18 239	30,1	8 183	13,5	4 240	7,0	2 209	3,6
14	Fulda I	81 401	65,0	1,8	51 983	98,2	35 273	67,9	8 947	17,2	3 093	6,0	3 056	5,9	1 614	3,1
15	Fulda II	82 474	69,6	2,0	56 273	98,0	38 236	67,9	10 085	17,9	3 052	5,4	2 900	5,2	2 000	3,6
16	Lahn-Dill I	94 691	58,7	2,1	54 453	97,9	30 025	55,1	15 776	29,0	2 581	4,7	3 231	5,9	2 840	5,2
17	Lahn-Dill II	98 849	62,9	2,2	60 866	97,8	29 849	49,0	19 299	31,7	4 399	7,2	4 656	7,6	2 663	4,4
18	Gießen I	74 659	62,7	2,1	45 801	97,9	19 732	43,1	14 360	31,4	5 890	12,9	4 144	9,0	1 675	3,7
19	Gießen II	112 487	65,6	2,2	72 169	97,8	35 340	49,0	21 803	30,2	5 790	8,0	6 589	9,1	2 647	3,7
20	Vogelsberg	91 743	64,9	2,4	58 175	97,6	30 074	51,7	17 845	30,7	3 570	6,1	4 518	7,8	2 168	3,7
21	Limburg-Weilburg I	64 567	64,1	2,3	40 441	97,7	25 086	62,0	8 953	22,1	2 395	5,9	2 812	7,0	1 195	3,0
22	Limburg-Weilburg II	65 835	63,4	2,2	40 813	97,8	22 040	54,0	12 020	29,5	2 476	6,1	3 069	7,5	1 208	3,0
23	Hochtaunus I	85 841	68,4	1,4	57 918	98,6	30 554	52,8	12 308	21,3	6 141	10,6	7 022	12,1	1 893	3,3
24	Hochtaunus II	77 111	71,3	1,4	54 226	98,6	28 381	52,3	11 049	20,4	5 861	10,8	7 210	13,3	1 725	3,2
25	Wetterau I	106 205	68,2	1,9	71 037	98,1	37 005	52,1	18 677	26,3	7 130	10,0	5 917	8,3	2 308	3,2
26	Wetterau II	110 834	62,5	2,7	67 464	97,3	34 343	50,9	20 125	29,8	4 915	7,3	5 257	7,8	2 824	4,2
27	Rheingau-Taunus I	60 124	66,9	2,0	39 394	98,0	21 178	53,8	9 480	24,1	3 880	9,8	3 661	9,3	1 195	3,0
28	Rheingau-Taunus II	76 004	69,0	1,6	51 635	98,4	26 425	51,2	13 870	26,9	5 291	10,2	4 210	8,2	1 839	3,6
29	Wiesbaden I	60 115	65,7	1,4	38 968	98,6	18 384	47,2	9 741	25,0	5 502	14,1	4 219	10,8	1 122	2,9
30	Wiesbaden II	54 213	57,4	2,0	30 508	98,0	13 970	45,8	9 264	30,4	3 782	12,4	2 155	7,1	1 337	4,4
31	Wiesbaden III	71 050	62,5	1,9	43 527	98,1	21 056	48,4	12 609	29,0	4 430	10,2	3 404	7,8	2 028	4,7
32	Main-Taunus I	81 081	72,4	1,3	57 898	98,7	30 213	52,2	11 441	19,8	6 074	10,5	8 050	13,9	2 120	3,7
33	Main-Taunus II	79 982	70,0	1,7	54 982	98,3	27 577	50,2	11 401	20,7	7 578	13,8	5 220	9,5	3 206	5,8
34	Frankfurt am Main I	56 174	55,4	2,4	30 383	97,6	15 164	49,9	8 332	27,4	3 020	9,9	2 154	7,1	1 713	5,6
35	Frankfurt am Main II	60 996	61,1	1,8	36 625	98,2	14 678	40,1	10 695	29,2	6 413	17,5	3 102	8,5	1 737	4,7
36	Frankfurt am Main III	64 496	61,1	1,5	38 825	98,5	16 081	41,4	9 996	25,7	7 009	18,1	4 241	10,9	1 498	3,9
37	Frankfurt am Main IV	66 849	63,3	1,8	41 576	98,2	17 962	43,2	9 554	23,0	7 065	17,0	3 975	9,6	3 020	7,3
38	Frankfurt am Main V	64 378	62,9	1,4	39 936	98,6	13 472	33,7	10 728	26,9	10 714	26,8	3 466	8,7	1 556	3,9
39	Frankfurt am Main VI	68 134	61,7	1,8	41 251	98,2	19 567	47,4	11 176	27,1	5 189	12,6	3 409	8,3	1 910	4,6
40	Main-Kinzig I	104 081	65,3	2,2	66 504	97,8	33 634	50,6	19 370	29,1	6 031	9,1	4 619	6,9	2 850	4,3
41	Main-Kinzig II	79 952	60,0	2,5	46 763	97,5	22 481	48,1	13 524	28,9	4 178	8,9	3 717	7,9	2 863	6,1
42	Main-Kinzig III	110 130	64,4	2,5	69 093	97,5	36 935	53,5	19 108	27,7	5 067	7,3	4 604	6,7	3 379	4,9
43	Offenbach-Stadt	67 636	57,2	1,9	37 958	98,1	17 586	46,3	10 026	26,4	4 846	12,8	2 769	7,3	2 731	7,2
44	Offenbach Land I	84 706	66,0	2,0	54 796	98,0	26 919	49,1	13 689	25,0	6 885	12,6	4 877	8,9	2 426	4,4
45	Offenbach Land II	68 505	66,3	1,8	44 622	98,2	24 311	54,5	10 306	23,1	4 327	9,7	3 570	8,0	2 108	4,7
46	Offenbach Land III	81 957	67,7	2,2	54 284	97,8	30 789	56,7	12 849	23,7	4 756	8,8	3 874	7,1	2 016	3,7
47	Groß-Gerau I	74 738	65,3	2,5	47 584	97,5	20 439	43,0	14 787	31,1	5 742	12,1	2 908	6,1	3 708	7,8
48	Groß-Gerau II	94 117	64,9	2,4	59 608	97,6	25 594	42,9	18 578	31,2	7 437	12,5	4 022	6,7	3 977	6,7
49	Darmstadt-Stadt I	60 897	63,1	2,0	37 666	98,0	14 072	37,4	10 975	29,1	7 610	20,2	3 379	9,0	1 630	4,3
50	Darmstadt-Stadt II	69 837	67,3	2,2	45 978	97,8	19 232	41,8	13 540	29,4	7 138	15,5	4 323	9,4	1 745	3,8
51	Darmstadt-Dieburg I	83 144	65,8	2,1	53 578	97,9	23 944	44,7	16 262	30,4	6 367	11,9	4 246	7,9	2 759	5,1
52	Darmstadt-Dieburg II	90 284	66,3	2,5	58 398	97,5	29 552	50,6	16 735	28,7	5 549	9,5	4 070	7,0	2 492	4,3
53	Odenwald	72 868	66,1	5,4	45 554	94,6	21 717	47,7	16 101	35,3	3 403	7,5	2 486	5,5	1 847	4,1
54	Bergstraße I	100 308	62,4	2,7	60 868	97,3	32 459	53,3	17 983	29,5	4 347	7,1	3 956	6,5	2 123	3,5
55	Bergstraße II	95 594	63,6	2,0	59 578	98,0	31 348	52,6	16 755	28,1	4 967	8,3	4 245	7,1	2 263	3,8
Land Hessen		4 330 792	64,6	2,3	2 734 992	97,7	1 333 863	48,8	795 576	29,1	276 276	10,1	216 110	7,9	113 167	4,1

1) Anteil der Wähler an den Wahlberechtigten (Wahlbeteiligung).



## Ergebnisse<sup>1)</sup> der Landtagswahlen in Hessen seit 1982

Wahlberechtigte bzw. Stimmen in Mill. CDU SPD GRÜNE FDP Sonstige Ungültig Nichtwähler



HSL 13/03

1) Ab 1991 Landesstimmen.

(26,8 %), danach folgten die Wahlkreise 49 Darmstadt-Stadt I und 3 Kassel-Stadt I mit gut bzw. knapp 20 % der gültigen Landesstimmen. Am schlechtesten schnitt die Partei in den Wahlkreisen 10 Rotenburg (4,4 %) und 16 Lahn-Dill I (4,7 %) ab.

Die FDP war mit einem Zuwachs von 2,8 Prozentpunkten auf 7,9 % der gültigen Stimmen ebenfalls erfolgreich. Auch die Liberalen hatten bei der Landtagswahl 1999 gegenüber 1995 ein Drittel ihrer Wählerschaft verloren und mit 5,1 % nur knapp die 5%-Hürde geschafft. Nicht einmal 3000 Stimmen für die FDP weniger und Rot-Grün wäre 1999 in Hessen bestätigt worden. So jedoch gewannen CDU und FDP damals zusammen 56 der 110 Abgeordnetensitze. Bei der Wahl am 2. Februar hatten die Liberalen in allen 55 Wahlkreisen zugelegt, am meisten im Wahlkreis 32 Main-Taunus I (5,2 Prozentpunkte). Im Wahlkreis 15 Fulda II errangen sie mit 1,7 Prozentpunkten den geringsten Zuwachs. In 5 Wahlkreisen erzielten die Liberalen zweistellige Ergebnisse, und zwar bis zu knapp 14 % im Wahlkreis 32 Main-Taunus I. Die niedrigsten Stimmenanteile erhielt die FDP in den Wahlkreisen 11 Hersfeld und 15 Fulda II und mit jeweils gut 5 %.

Auf die übrigen 10 Parteien entfielen 4,1 % der gültigen Landesstimmen, gegenüber 4,9 % bei der Landtagswahl 1999.

### Stimmenschöpfung der Parteien

Um die Frage nach dem Gewinner einer Wahl eindeutig beantworten zu können, reicht die Betrachtung der Stimmen-

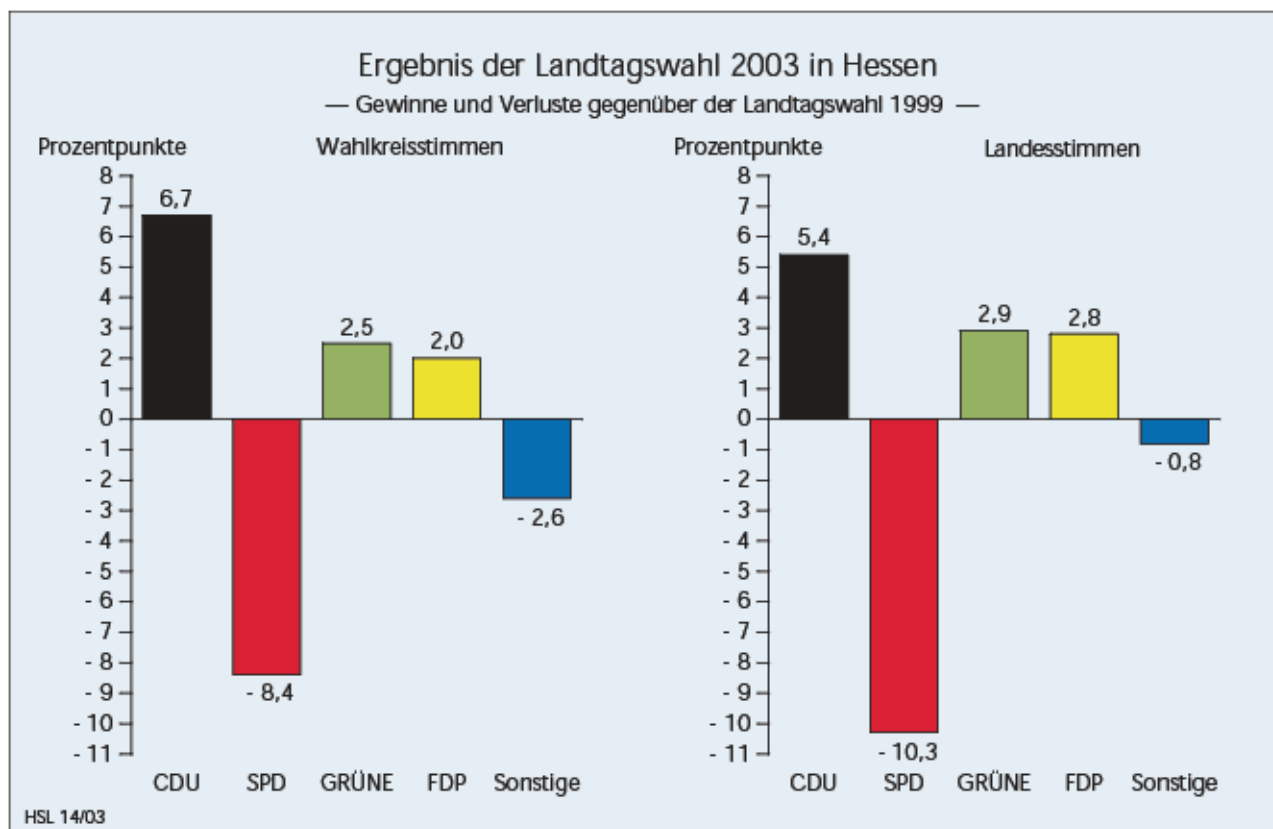
anteile nicht aus, da bei der Berechnung der Anteile der einzelnen Parteien die Zahl der gültigen Stimmen herangezogen wird und sie somit nur die relative Zustimmung wiedergeben. Die Veränderung der Wählergunst im Zeitvergleich wird dabei nur unvollständig abgebildet, da die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung bei Wahlen unberücksichtigt bleibt. Die Betrachtung der absoluten Zahl der Stimmen, die jede Partei bekommen hat, sowie ihr prozentualer Anteil an den Wahlberechtigten (Ausschöpfungsquoten) im Zeitvergleich liefert daher wichtige ergänzende Informationen (siehe auch Schaubild auf Seite 25).

### Wähler und Nichtwähler

Rund 2,799 Mill. Hessen beteiligten sich an der Landtagswahl 2003 und gut 1,532 Mill. machten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch. Im Vergleich zur Wahl von 1999 gab es 47 000 Wähler weniger, obwohl die Zahl der Wahlberechtigten um 48 000 höher war. Die damit erreichte Wahlbeteiligung von 64,6 % erhöhte den Nichtwähleranteil um 1,8 Prozentpunkte auf 35,4 %.

### Starke Mobilisierung der CDU-, GRÜNEN- und FDP-Wähler

Von den 4 im Landtag vertretenen Parteien haben nur die Sozialdemokraten Anhänger verloren, während die CDU, die GRÜNEN und die FDP ihre Wählerschaften deutlich vergrößern konnten.



Die **SPD** erhielt mit einem Minus von 307 000 gegenüber 1999 insgesamt nur noch rund 796 000 Stimmen und konnte damit nur noch 72 % ihres bisherigen Wählerpotenzials (gültige Stimmen 2003 gegenüber 1999) ausschöpfen. Die Ausschöpfungsquote, das heißt der Anteil der SPD-Wähler bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten, rutschte von knapp 26 auf 18,4 %. Die **CDU** konnte ihre Anhängerschaft um 118 000 auf knapp 1,334 Mill. Wähler vergrößern und erzielte damit einen Zuwachs von rund 10 %. Der Anteil der CDU-Wähler unter den Wahlberechtigten stieg gegenüber der Landtagswahl 1999 von gut 28 auf 30,8 %. Die **GRÜNEN** gewannen gegenüber 1999 rund 75 000 Wähler oder 37 % hinzu und erhielten gut 276 000 Landesstimmen. Die Zunahme reichte aber nicht aus, um die vor vier Jahren erlittenen Verluste (109 000) auszugleichen. Die Ausschöpfungsquote der GRÜNEN erhöhte sich von 4,7 auf 6,4 %. Die Wählerschaft der **FDP** nahm um gut 73 000 oder 51 % auf über 216 000 zu. Damit gelang es den Liberalen, mehr Wähler (+ 10 000) für sich zurückzugewinnen, als sie bei dem starken Rückschlag vor vier Jahren verloren hatten. Der Anteil der FDP-Wähler unter den Wahlberechtigten stieg von 3,3 auf 5,0 %.

#### Sitzverteilung

Der Landtag wurde erstmals für die Dauer von 5 Jahren gewählt.

Nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (Hare-Niemeyer-Verfahren) entfielen auf die CDU 56 und die SPD 33 Sitze, die GRÜNEN erhielten 12 und die FDP 9 Man-

date. Gegenüber der Landtagswahl 1999 gewann die CDU 6 hinzu, und die Sozialdemokraten mussten 13 Mandate abgeben. Die GRÜNEN gewannen 4 und die FDP 3 Sitze. Den 56 Sitzen der Regierungspartei CDU stehen somit 54 Sitze für die Oppositionsparteien SPD, GRÜNE und FDP gegenüber.

Die Mitglieder des Landtages sind im Durchschnitt 47 Jahre alt und damit ein Jahr jünger als nach der letzten Landtagswahl. Ältestes Landtagsmitglied ist ein 63jähriger Christdemokrat, jüngster Mandatsträger ist ein 27jähriger Abgeordneter der FDP. Die jüngste Fraktion stellen die GRÜNEN mit einem Durchschnittsalter von 41 Jahren. Das Durchschnittsalter der SPD-Fraktion beträgt 47 Jahre, das der Abgeordneten der CDU liegt bei 48 Jahren. Das höchste Durchschnittsalter weisen die Mandatsträger der Liberalen mit 49 Jahren auf.

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten beträgt wie in der vergangenen Legislaturperiode rund 31 %. Bei der CDU sind es 22 %, gegenüber 26 % im Jahr 1999. Bei der SPD liegt der Frauenanteil bei gut 39 %, gegenüber 33 % 1999. Bei den GRÜNEN und der FDP blieb der Frauenanteil bei 50 bzw. 33 % unverändert.

Die wahlstatistischen Auswertungen nach dem Geschlecht und dem Alter waren bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen, sodass die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift dargestellt werden. □

## Daten zur Wirtschaftslage

Die wirtschaftliche Lage der hessischen Wirtschaft im vierten Quartal 2002 stellt sich im Vergleich zum letzten Quartal des Jahres 2001 folgendermaßen dar: Die preisbereinigten Auftragseingänge im hessischen Verarbeitenden Gewerbe gingen um 1,6 % zurück. Vom Rückgang betroffen waren nur die Bestellungen aus dem Inland (- 3,8 %), während die Auslandsnachfrage um 1,9 % zulegen konnte. Ein ähnliches Bild zeigte sich beim Umsatz: Insgesamt verfehlte dieser den Vorjahreswert um -0,4 % (Inlandsumsatz: - 5,6 %; Auslandsumsatz: + 8,5 %). Der Beschäftigtenabbau setzte sich im vierten Quartal weiter fort. Die Nachfrage nach Leistungen des hessischen Bauhauptgewerbes fiel im vierten Quartal 2002 als Folge günstiger Abschlüsse im Tiefbau mit einem leichten Plus im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit (+ 0,1 %) etwas günstiger aus als in den vorangegangenen Quartalen. Die Umsatzentwicklung war jedoch nach wie vor rückläufig, sodass das hessische Bauhauptgewerbe den Personalstand weiter reduziert hat. Das von den hessischen Bauaufsichtsbehörden genehmigte Hochbauvolumen lag im vierten Quartal 2002 bei 1,2 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche. Das waren 453 000 m<sup>2</sup> oder gut 25 % weniger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten reduzierten sich ebenfalls um ein Viertel auf einen Betrag von 1,2 Mrd. Euro. Im hessischen Einzelhandel reduzierten sich die Verkaufserlöse im vierten Quartal 2002 deutlich: Sie sanken im Beobachtungszeitraum nominal um etwas über 2 %. Real war dies ein Minus von 2 %. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember 2002 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 14 300 oder 7 % auf 212 400. Der Verbraucherpreisindex in Hessen lag im vierten Quartal 2002 um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor (drittes Quartal: + 1,0 %) betragen. Ausschlaggebend für den leichten Anstieg der Teuerungsrate war die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise.

### Auslandsnachfrage mindert die Folgen der rückläufigen Inlandsnachfrage

Nachdem die an den *preisbereinigten Auftragseingängen* gemessene *reale Nachfrage* nach Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe bereits im ersten Halbjahr 2002 um 4,7 % unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis gelegen hatte, weil im ersten Vierteljahr einem Minus von 11 % nur ein leichtes Plus von 2,1 % im zweiten Vierteljahr gefolgt war, verfehlte die Nachfrage im zweiten Halbjahr das Vorjahresergebnis um 0,5 %, da einem leichten Plus im dritten Quartal (+ 0,6 %) ein Minus von 1,5 % im vierten gegenüberstand. Das Jahresergebnis lag infolgedessen um 2,6 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Auch im vierten Quartal fiel die Auslandsnachfrage mit einem Plus von 1,9 % erheblich günstiger aus als die Inlandsnachfrage, die unverändert rückläufig (- 3,8 %) blieb. Daraus und aus einer gleichfalls rückläufigen Inlandsnachfrage im dritten Quartal (- 2,9 %) ergab sich für das zweite Halbjahr eine um 3,4 % verringerte Inlandsnachfrage, der ein Zuwachs der Bestellungen aus dem Ausland um 3,7 % gegenüberstand. Auf das gesamte Jahr bezogen bestellten inländische Kunden 5,7 % weniger, ausländische dagegen um 1,8 % mehr als vor einem Jahr.

Die Chemische Industrie meldete im vierten Quartal einen Rückgang der Gesamtnachfrage im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 0,7 %. Dieser war Folge verminderter Bestellungen aus dem Inland (- 4,6 %), denen im vierten Quartal 2,2 % mehr Auslandsbestellungen als in der gleichen Vorjahreszeit gegenüberstanden. Dieses und das gleichfalls rückläufige Ergebnis des dritten Quartals (insge-

samt: - 1,4 %; Ausland: + 1,1 %; Inland: - 4,3 %) bewirkten für das zweite Halbjahr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit eine Abnahme der Bestellungen von insgesamt 1,0 % (Ausland: + 1,6 %; Inland: - 4,5 %). Da das erste Halbjahr mit einem Plus von 2,4 % abgeschlossen hatte (Ausland: + 6,3; Inland: - 2,6 %), ergab sich für das gesamte Jahr im Vergleich zum Vorjahr insgesamt ein leichtes Plus von 0,7 %, das sich aus 4,0 % mehr Auslandsbestellungen und 3,6 % weniger Inlandsaufträgen zusammensetzte.

Der Rückgang der Gesamtnachfrage des vierten Quartals im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit im Maschinenbau (- 2,1 %) war dagegen vor allem Folge rückläufiger Auslandsaufträge (- 11 %). Die Inlandsaufträge fielen recht günstig aus (+ 5,5 %). Allerdings bewirkte das schlechte Ergebnis des dritten Quartals (insgesamt: - 2,3 %; Ausland: + 2,0 %; Inland: - 5,8 %), dass das Halbjahresergebnis um 2,1 % schlechter ausfiel als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Hier schnitt das Ausland (- 4,6 %) erheblich schlechter ab als die gleichfalls rückläufigen Bestellungen (- 0,1 %) aus dem Inland. Das Jahresergebnis verharrte im Maschinenbau auf Vorjahresniveau. Allerdings führten hier die rückläufigen Inlandsbestellungen des ersten Halbjahres (- 6,3 %) und das leicht rückläufige Inlandsergebnis des zweiten Halbjahrs zu einer Verminderung der Inlandsnachfrage um 3,2 % für das gesamte Jahr. Der beträchtliche Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland im ersten Halbjahr (+ 12 %) glich dagegen den Rückgang der Auslandsbestellungen (- 4,6 %) im zweiten Halbjahr aus, sodass sich für das gesamte Jahr im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg der Auslandsnachfrage von 3,8 % ergibt.



# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt <sup>7)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags- einkommens <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkommens <sup>4)</sup> 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze <sup>5)</sup> 2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung <sup>6)</sup> 1995 = 100	Arbeits- lose <sup>8)</sup>	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Offene Stellen <sup>10)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) 10)
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>11)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	.	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	81,4	33 213	98,8	109,3	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	100,2	87,9	122,9	444 158	71,4	30 621	...	110,8	213 583	7,8	31 376	15 297
2001 November	103,7	94,6	120,4	455 804	72,1	32 618	105,7	109,2	198 272	7,2	30 008	10 015
Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	64,0	32 049	107,5	109,2	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	66,8	32 669	104,7	109,2	.	.	.	.
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	49,0	31 114	87,3	110,4	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 085	53,7	30 689	86,0	110,7	222 906	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	86,9	30 701	105,1	110,9	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	63,2	30 835	92,8	110,7	.	.	.	.
April	103,4	91,3	125,8	444 914	81,1	31 075	103,0	110,9	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	70,3	30 914	95,3	110,9	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	101,7	87,3	128,1	443 552	96,2	30 422	92,5	110,8	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	102,9	88,2	129,8	444 107	82,5	30 804	96,9	110,9	.	.	.	.
Juli	108,9	94,7	129,2	445 106	72,0	30 118	94,8	111,2	214 374	7,8	30 243	7 987
August	96,4	87,2	113,4	445 420	75,9	30 567	89,4	111,0	210 290	7,6	28 660	8 876
September	101,8	88,0	127,4	444 496	71,2	30 649	92,4	111,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3 Vj. D	101,7	90,0	123,3	445 007	73,0	30 445	92,2	111,1	.	.	.	.
Oktober	105,8	93,9	127,6	441 499	71,6	30 719	...	110,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	103,5	90,0	128,4	439 559	63,8	30 631	...	110,5	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	90,4	79,6	110,2	437 287	65,1	29 858	...	110,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	99,9	87,8	122,1	439 448	66,8	30 403	...	110,7	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>11)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	-1,1	-1,7	-5,5	.	1,9	-10,2	.	22,4	-19,4
2001 D	-2,2	-3,2	0,8	-0,2	-4,4	-7,2	.	2,1	-6,7	.	0,4	51,7
2002 D	-2,6	-5,7	1,8	-3,1	-12,3	-7,8	...	1,4	6,5	.	-16,8	95,6
2001 November	-5,7	-5,3	6,4	-1,1	-5,1	-8,7	.	1,4	1,6	.	-14,1	121,7
Dezember	-1,7	-5,1	3,1	-1,3	-16,0	-8,2	.	1,5	3,4	.	-15,2	322,5
4. Vj.	-4,2	-4,4	-4,2	-1,0	-15,8	-8,2	.	1,5	.	.	.	.
2002 Januar	-7,4	-8,0	-6,3	-1,9	-24,2	-7,5	-4,6	2,1	5,6	.	-13,7	251,1
Februar	-11,0	-9,7	-12,6	-2,2	-14,1	-7,7	-5,6	1,7	5,8	.	-10,9	205,0
März	-14,2	-18,0	-8,3	-2,7	8,0	-7,5	-4,1	1,8	5,7	.	-9,7	215,5
1. Vj.	-11,0	-12,2	-9,2	-2,3	-8,7	-7,6	-4,7	1,9	.	.	.	.
April	7,8	2,5	15,9	-2,9	6,6	-7,0	2,2	1,6	5,5	.	-11,6	248,5
Mai	0,0	-8,9	12,7	-3,2	-32,4	-6,7	-7,7	1,2	7,9	.	-16,2	111,6
Juni	-1,3	-4,0	2,4	-3,6	-4,4	-8,4	-3,3	0,9	5,9	.	-16,7	129,4
2. Vj.	2,1	-3,6	10,1	-3,2	-11,9	-7,4	-3,0	1,3	.	.	.	.
Juli	4,2	2,8	5,9	-3,3	3,3	-9,5	1,2	1,2	7,8	.	-19,5	66,5
August	-3,7	-7,6	2,6	-3,4	-30,3	-9,5	-4,6	1,1	7,4	.	-24,0	81,4
September	1,1	-3,8	8,2	-3,5	-34,9	-8,8	0,4	1,0	7,0	.	-25,5	60,8
3. Vj.	0,6	-2,9	5,7	-3,4	-24,0	-9,3	-1,1	1,1	.	.	.	.
Oktober	3,1	0,1	7,4	-3,6	11,6	-7,9	...	1,5	6,7	.	-21,2	41,9
November	-0,2	-4,9	6,6	-3,6	-11,5	-6,1	...	1,2	7,7	.	-17,4	14,2
Dezember	-7,6	-7,0	-8,4	-3,5	1,6	-6,8	...	1,3	7,4	.	-21,8	-41,8
4. Vj.	-1,5	-3,8	1,9	-3,6	0,0	-6,9	...	1,4	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>11)</sup>												
2001 November	1,1	0,9	1,3	-0,5	12,4	-2,2	4,7	-0,1	1,3	.	-7,3	34,2
Dezember	-5,7	-9,5	-0,1	-0,6	-11,2	-1,7	1,7	0,0	4,5	.	-1,1	90,8
4. Vj.	0,3	-1,5	2,7	-1,1	-30,4	-2,7	12,3	-0,6	.	.	.	.
2002 Januar	-2,2	0,4	-5,6	-0,8	-23,5	-2,9	-18,8	1,1	7,9	.	9,5	12,4
Februar	-2,0	-5,2	2,4	-0,3	9,6	-1,4	-1,5	0,3	-0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	-0,3	61,8	0,0	22,2	0,2	-3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	-4,9	-6,5	-2,8	-1,7	-5,4	-5,6	-11,4	1,4	.	.	.	.
April	3,6	2,6	5,1	-0,4	-6,6	1,2	-2,0	0,0	-1,9	.	-2,7	-4,6
Mai	0,1	-5,7	7,6	-0,2	-13,3	-0,5	-7,5	0,0	-1,1	.	-8,6	-44,3
Juni	-1,7	1,4	-5,4	-0,1	36,8	-1,6	-2,9	-0,1	0,1	.	-5,2	-7,3
2. Vj.	6,7	3,2	11,4	-0,9	30,5	-0,1	4,4	0,2	.	.	.	.
Juli	5,1	8,5	0,9	0,4	-25,2	-1,0	2,5	0,4	2,2	.	-7,9	-37,0
August	-9,8	-7,9	-12,2	0,1	5,5	1,5	-5,7	-0,2	-1,9	.	-5,2	11,1
September	5,6	0,9	12,3	-0,2	-6,2	0,3	3,4	0,0	-1,3	.	-5,7	5,8
3. Vj.	-1,2	2,0	-5,0	0,2	-11,5	-1,2	-4,9	0,2	.	.	.	.
Oktober	3,9	6,7	0,2	-0,7	0,5	0,2	...	-0,1	0,6	.	-5,6	12,7
November	-2,2	-4,2	0,6	-0,4	-10,9	-0,3	...	-0,4	2,3	.	-2,9	8,0
Dezember	-12,7	-11,6	-14,2	-0,5	2,0	-2,5	...	0,1	4,2	.	-6,3	-2,7
4 Vj.	-1,8	-2,4	-1,0	-1,2	-8,5	-0,1	...	-0,4	.	.	.	.

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



In der Kraftfahrzeugbranche — bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen — hat sich die günstige Bestelltätigkeit des dritten Quartals nicht fortgesetzt. Im vierten Quartal lag dort die gesamte Bestelltätigkeit um 10 % unter dem Vorjahresniveau, wobei die Inlandsbestellungen um 31 % unter und die Auslandsbestellungen um 15 % über dem Vorjahresniveau lagen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im vierten Vorjahresquartal ein Nachfrageboom eingetreten war und damit das Ergebnis des vierten Quartals 2002 auch auf einen Basiseffekt zurückzuführen ist. Das günstige Ergebnis des dritten Quartals konnte nicht verhindern, dass das zweite Halbjahr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit nur mit einem Plus von 0,2 % abschloss. Dabei gab das rückläufige Inlandsgeschäft (– 16 %) trotz eines Plus im dritten Quartal (+ 4,0 %) den Ausschlag. Das Auslandsgeschäft entwickelte sich dagegen günstiger. Drittes (+ 21 %) und viertes Quartal hatten ein Halbjahresplus von 18 % zur Folge. Das Jahresergebnis unterschritt dagegen insgesamt das Vorjahresniveau um 2,0 %, und zwar bei einem Rückgang der Inlandsgeschäfte um 10 % und 6,6 % mehr Orders aus dem Ausland.

Bei den Herstellern von Metallerzeugnissen ging die rückläufige Gesamtnachfrage im vierten Vierteljahr (– 7,0 %) sowohl von der im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit gesunkenen Inlands- (– 7,1 %) wie Auslandsnachfrage (– 7,0 %) aus. Da auch im dritten Quartal (– 8,6 %) auf beiden Märkten im Jahresvergleich weniger Bestellungen registriert wurden (Inland: – 10 %; Ausland: – 2,4 %), ergibt sich für das zweite Halbjahr insgesamt eine Nachfrageverminderung um 7,8 % (Inland: – 8,7 %; Ausland: – 4,7 %). Auf das gesamte Jahr 2002 bezogen verminderte sich die Nachfrage nach Metallerzeugnissen als Folge der bereits im ersten Halbjahr rückläufigen Nachfrage um 8,9 %. Daran war das Inland mit einem Rückgang um 11 % und das Ausland mit 3,3 % weniger Bestellungen beteiligt.

### Auslandsgeschäfte bremsen Umsatzrückgang . . .

Mit 21,3 Mrd. Euro *Umsatz* wurden im vierten Quartal 2002 insgesamt 0,4 % weniger erwirtschaftet als in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei sank der Inlandsumsatz im Vergleich zum vierten Vorjahresquartal um 5,6 %, und nur das wachsende Auslandsgeschäft (+ 8,5 %) konnte ein noch schlechteres Gesamtergebnis verhindern. Der Umsatz des zweiten Halbjahrs belief sich auf 42,4 Mrd. Euro, 0,8 % mehr als im zweiten Halbjahr des Vorjahrs, wobei das Plus vom günstigen Auslandsgeschäft (+ 8,7 %) bestimmt wurde, denn im Inland musste im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2001 ein Umsatzrückgang von 3,8 % hingenommen werden. Der Jahresumsatz in Höhe von 82,6 Mrd. Euro fiel um 1,3 % schlechter aus als vor einem Jahr, wobei das Umsatzplus auf den Auslandsmärkten (+ 3,8 %) das Minus im Inland (– 4,4 %) nicht ausgleichen konnte. Damit ist die Exportquo-

te des hessischen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2002 auf 40 % gestiegen.

Die Chemische Industrie setzte im vierten Quartal 4,2 Mrd. Euro um. Das waren 4,0 % weniger als im vierten Vorjahresquartal. Dabei gingen die Inlandsumsätze um 7,8 % und die Auslandsumsätze um 1,4 % zurück. Der Halbjahresumsatz in Höhe von 8,3 Mrd. Euro fiel um 6,1 % schlechter aus als vor einem Jahr, wobei das Inlands- (– 7,5 %) das Auslandsergebnis (– 5,1 %) noch unterschritt. Da die Umsätze auch im ersten Halbjahr unter Vorjahresniveau lagen (– 9,6 %), ergab sich für das gesamte Jahr ein Umsatzeinbruch von 7,9 % (Ausland: – 7,4 %; Inland: – 8,6 %). Die Exportquote des Jahres belief sich auf 60 %.

Günstiger fiel die Umsatzentwicklung im Maschinenbau aus. Dort wurden im vierten Quartal 2,8 Mrd. Euro umgesetzt; das waren 6,6 % mehr als im vierten Quartal des Vorjahres. Aber auch im Maschinenbau bestimmte das Auslandsgeschäft das Gesamtergebnis. Ein Plus des Auslandsumsatzes in Höhe von 21 % stand einem Minus der Umsätze mit inländischen Geschäftspartnern von 4,7 % gegenüber. Im zweiten Halbjahr konnten die Umsätze um 10 % auf 5,4 Mrd. Euro gesteigert werden, und das nur, weil die Geschäfte mit ausländischen Kunden um 24 % günstiger verliefen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Inland konnte der Umsatz des Vorjahres nur knapp (– 0,3 %) gehalten werden. Da im ersten Halbjahr gleichfalls ein Plus (+ 4,9 %) registriert wurde, ergibt sich mit rund 10 Mrd. Euro ein Umsatzanstieg im Vergleich zum Vorjahr von 7,7 %, wobei der Steigerung aus dem Ausland um 19 % ein Umsatzrückgang um 1,0 % im Inland gegenüberstand. Die Exportquote des Jahres belief sich im Maschinenbau auf 49 %.

Auch in der Kraftfahrzeugbranche — bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen — bestimmte das Auslandsgeschäft die Entwicklung. Die im vierten Quartal erwirtschafteten 2,9 Mrd. Euro (das waren 0,4 % mehr als im vierten Quartal des Vorjahres) wurden vor allem als Folge der um 13 % gestiegenen Auslandsumsätze erreicht. Die Inlandsumsätze gingen dagegen im vierten Quartal im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit um 10 % zurück. Das Halbjahresergebnis sah dagegen günstiger aus. Die erzielten 5,7 Mrd. Euro lagen um 10 % über dem Halbjahresergebnis des Vorjahres, und auf dem Inlands- (+ 1,4 %) wie dem Auslandsmarkt (+ 20 %) konnten gute Geschäfte getätigt werden. Allerdings fiel das Jahresergebnis nicht so günstig aus, denn im ersten Halbjahr musste ein Rückgang (– 5,3 %) hingenommen werden, sodass nur noch ein Plus von 2,4 % auf 10,6 Mrd. Euro zu verbuchen war. Die Exportquote des Jahres belief sich auf 48 %.

Auch bei den Herstellern von Metallerzeugnissen bremste das Auslandsgeschäft den aus dem rückläufigen Inlandsgeschäft stammenden Abschwung. Mit im vierten Quartal 1,5 Mrd. Euro setzte die Branche 5,1 % weniger um als im

vierten Vorjahresquartal. Dabei stand einem Rückgang der Inlandsgeschäfte um 8,1 % ein um 6,3 % gewachsener Auslandsumsatz gegenüber. Die 3,0 Mrd. Euro Halbjahresumsatz verfehlten gleichfalls das Vorjahrsniveau um 4,5 %, und zwar mit einem Rückgang der Inlandsumsätze um 6,9 % bei 4,8 % mehr Auslandsumsatz. Dieses und das rückläufige Ergebnis des ersten Halbjahres (– 8,5 %) bestimmten das negative Jahresergebnis in Höhe von 5,6 Mrd. Euro; das waren 6,4 % weniger Umsatz als im Vorjahr (Inland: – 8,6 %; Ausland: + 1,4 %). Die Jahresexportquote lag bei 24 %.

#### **... und allenfalls das Ausmaß des Beschäftigtenrückgangs**

Der seit langem anhaltende Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe bleibt angesichts der ungünstigen Auftragslage und der rückläufigen Umsätze unverändert. Die Zahl der Beschäftigten, die im Durchschnitt des vierten Quartals 2002 ermittelt wurde (439 450), unterschritt die Vorjahreszahl um 3,6 %. Da auch im dritten Quartal ein Rückgang um 3,4 % ermittelt wurde, ergibt sich für das zweite Halbjahr eine Abnahme der Beschäftigtenzahl von 3,5 %. Aus dieser und der Verminderung des ersten Halbjahrs (– 2,8 %) ergibt sich für das gesamte Jahr eine Beschäftigtenreduzierung von 3,1 % auf im Durchschnitt 444 160 tätige Personen.

Der Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes wird allerdings von der Chemischen Industrie unterschritten. Dort reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten im vierten Quartal um 2,5 %, sodass im Durchschnitt des Quartals noch 62 900 Personen gemeldet waren. Da auch im dritten Quartal ein Beschäftigtenabbau um 2,6 % erfolgte, ergibt sich für das zweite Halbjahr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein Beschäftigtenrückgang von 2,6 %. Zusammen mit dem Rückgang des ersten Halbjahrs (– 2,3 %) errechnet sich hieraus eine Abnahme von 2,4 %, sodass im Durchschnitt des Jahres knapp 62 700 Beschäftigte in der Chemischen Industrie gezählt wurden.

Auch im Maschinenbau verlief die Beschäftigtenentwicklung etwas günstiger als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Der Beschäftigtenabbau belief sich im vierten Quartal im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit auf 2,6 %, sodass dort im Durchschnitt des Quartals noch gut 60 500 Beschäftigte tätig waren. Da der Rückgang im dritten Quartal bei 2,2 % lag, ergibt sich für das zweite Halbjahr ein Beschäftigtenabbau von 2,4 %. Er entspricht der Reduzierung des ersten Halbjahrs, sodass die durchschnittliche Beschäftigtenzahl des Maschinenbaus für 2002 um den gleichen Prozentsatz auf rund 61 100 Beschäftigte gefallen ist.

Die Kraftfahrzeugbranche — Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen — baute ihr Personal stärker ab als dies im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes der Fall war. Die Zahl von rund 56 500 Beschäftigten, die im Durchschnitt des vierten Quartals dort gezählt wurden, unterschritt den Vor-

jahresstand um 4,6 %. Auch im dritten Quartal wurde die Vierprozentmarke überschritten, was einen Abbau der Belegschaften im zweiten Halbjahr um 4,4 % zur Folge hatte. Weil der Rückgang im ersten Halbjahr bei 3,6 % lag, ergibt sich für das Jahr ein Beschäftigtenabbau von 4,0 % auf im Durchschnitt 56 900 Personen.

Unter den großen Branchen meldeten die Hersteller von Metallzeugnissen den bedeutendsten Beschäftigtenabbau. Dort ging die Zahl der Beschäftigten im vierten Quartal um 5,7 % auf durchschnittlich 36 700 Beschäftigte zurück. Aus diesem und dem Rückgang im dritten Quartal um 5,3 % ergibt sich für das zweite Halbjahr ein Beschäftigtenabbau von 5,5 %, dem für das erste Halbjahr 4,2 % weniger Beschäftigte als in der gleichen Vorjahreszeit gegenüberstanden, sodass sich mit – 4,8 % ein durchschnittliches Jahresergebnis von 37 500 Beschäftigten ergibt.

Unter den großen Branchen meldete das Ernährungsgewerbe den geringsten Beschäftigtenabbau. Nur 0,7 % betrug er im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit, ebenso viel wie im dritten Quartal, sodass das Ergebnis des zweiten Halbjahrs mit dem des ersten (– 0,8 %) im gesamten Jahr 2002 einen Beschäftigtenabbau von 0,8 % auf durchschnittlich 34 520 Beschäftigte ergibt.

#### **Baunachfrage bleibt trotz leichtem Plus unverändert kritisch**

Die Nachfrage nach Leistungen des hessischen *Bauhauptgewerbes* fiel im vierten Quartal 2002 als Folge günstiger Abschlüsse im Tiefbau im Oktober (+ 38 %) mit einem leichten Plus im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit (+ 0,1 %) etwas günstiger aus als in den vorangegangenen Quartalen. Dabei stand einer Zunahme der Auftragseingänge im Tiefbau um 0,9 % eine gleich hohe Abnahme im Hochbau gegenüber.

Das Plus im Tiefbau war Folge eines 17%igen Anstiegs im gewerblichen und industriellen Tiefbau, dem im Straßenbau allerdings im Vergleich zum vierten Vorjahresquartal ein Rückgang der Auftragseingänge um 11 % gegenüberstand. Auch im öffentlichen und Verkehrstiefbau konnte die Vorjahresnachfrage nicht gehalten werden (– 2,0 %).

Das Minus im Hochbau war vor allem auf den Rückgang der Auftragseingänge im öffentlichen und Verkehrshochbau zurückzuführen (–28 %), der vom Wohnungsbau (+ 16 %) nicht ausgeglichen werden konnte, zumal auch vom gewerblichen und industriellen Hochbau (– 0,7 %) kein positives Signal kam.

Da dem leichten Plus des vierten Quartals ein erhebliches Minus im dritten (– 24 %) gegenüberstand, ergibt sich für die Auftragseingänge des zweiten Halbjahrs im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein Minus in Höhe von 14 %. Daran waren der Hochbau mit – 26 % und der Tiefbau mit



– 2,3 % beteiligt. Auf das gesamte Jahr bezogen verringerte sich die Nachfrage im Jahresvergleich um 12 %, wobei dem erheblichen Rückgang des Hochbaus (– 28 %) ein Plus (+ 5,6 %) im Tiefbau gegenüberstand.

#### **Weiterhin rückläufige Umsatzentwicklung . . .**

Die verhaltene Nachfrage nach Leistungen des Bauhauptgewerbes schlug sich auch in der Umsatzentwicklung nieder. Im vierten Quartal wurden 1,3 Mrd. Euro im Bauhauptgewerbe erwirtschaftet, das waren 5,6 % weniger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Während der Umsatz im gewerblichen und industriellen Bau um 11 % sank, konnte im öffentlichen und Verkehrsbau ein leichtes Plus (+ 3,6 %) registriert werden. Es stammte vom Straßenbau (+ 11 %) und sonstigen Tiefbau (+ 14 %), während der öffentliche und Verkehrshochbau im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit einen Umsatzrückgang um 36 % meldete. Der gewerbliche und industrielle Hochbau unterschritt sein Umsatzergebnis des Vorjahres um 7,5 %, wobei der gewerbliche und industrielle Tiefbau diesen Rückgang noch übertraf (– 19 %). Der Wohnungsbau verfehlte im vierten Quartal sein Vorjahresergebnis um 12 %.

Da der Umsatz auch im dritten Quartal rückläufig (– 3,5 %) war, ergibt sich für das zweite Halbjahr ein Umsatzminus von 4,6 % auf 2,4 Mrd. Euro. Daran konnte auch das Plus des öffentlichen und Verkehrsbaus (+ 3,7 %) nichts ändern, denn der Wohnungsbau unterschritt im zweiten Halbjahr sein Vorjahresergebnis um 12 %, und der gewerbliche und industrielle Bau wies ein Minus von 8,8 % aus.

Die 4,1 Mrd. Euro Jahresumsatz des hessischen Bauhauptgewerbes lagen um 7,1 % unter dem Jahresergebnis von 2001. Bereits im ersten Halbjahr hat der 10%ige Umsatzrückgang hierzu beigetragen. Auf das gesamte Jahr bezogen wurde der Umsatzrückgang von der Zunahme im öffentlichen und Verkehrsbau (+ 3,0 %) allenfalls etwas gebremst, denn der gewerbliche und industrielle Bau lag um 12 % niedriger als vor einem Jahr, und beim Wohnungsbau betrug der Rückgang 14 %.

#### **. . . und erhebliche Beschäftigtenverminderung**

Die rückläufige Bestelltätigkeit und Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe war eher Anlass zur Freisetzung von Beschäftigten als zu Neueinstellungen. Im Durchschnitt des vierten Quartals 2002 waren im hessischen Bauhauptgewerbe noch 30 400 Beschäftigte gemeldet. Das waren weitere 6,9 % weniger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Alle Beschäftigtenarten unterschritten den Vorjahresstand, am stärksten die tätigen Inhaber mit einem Rückgang um 12 % und die ausländischen Arbeitnehmer mit einer Abnahme von 19 %. Die Zahl der Facharbeiter, Meister und Poliere ging um 6,2 % zurück, die der kaufmännischen und technischen Angestellten um 6,5 %. Fachwerker, Werker und sonstige Beschäftigte wurden im vierten Quartal 9,0 % weniger ge-

zählt als vor Jahresfrist. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden lag um 8,9 % niedriger als vor einem Jahr.

Da der Beschäftigtenabbau im dritten Quartal (– 9,3 %) noch stärker war als im vierten, ergibt sich für das zweite Halbjahr ein Beschäftigtenrückgang um 8,1 % auf durchschnittlich gleichfalls 30 420 Beschäftigte. Im Durchschnitt des gesamten Jahres betrug der Beschäftigtenabbau 7,8 % auf 30 620 tätige Personen.

#### **Konjunkturelle Flaute auch beim Hochbauvolumen**

Der seit drei Jahren festgestellte Abwärtstrend beim Hochbauvolumen verstärkte sich im letzten Quartal des Jahres 2002. Damit weist ein zusätzlicher Indikator auf eine weiterhin stagnierende wirtschaftliche Entwicklung. Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im vierten Vierteljahr 2002 rund 1,2 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Gegenüber dem vierten Quartal 2001 ging das Nachfragevolumen nach Wohn- und Nutzfläche um mehr als ein Viertel oder 453 000 m<sup>2</sup> zurück. Die veranschlagten reinen Baukosten reduzierten sich im gleichen Zeitraum ebenfalls um ein Viertel auf 1,2 Mrd. Euro. Vergleichbar niedrige Quartalsergebnisse traten zuletzt Ende 1996 bzw. Anfang 1997 auf.

Bei der Bauherrengruppe der Unternehmen — hierzu zählen neben Wohnungsbauunternehmen und Immobilienfonds auch Unternehmen der Wirtschaft — verringerte sich die Nachfrage nach neuen Flächen insgesamt um 41 %; ihre Investitionsbereitschaft ging sogar um 48 % zurück. Der Bedarf nach neuen Wohn- und Nutzflächen lag dabei im Wohnbausektor bei 189 000 m<sup>2</sup> (– 39 %) bzw. im Nichtwohnbausektor bei 460 000 m<sup>2</sup> (– 41 %). Das geplante Investitionsvolumen, welches sich an den veranschlagten reinen Baukosten misst, belief sich auf 168 Mill. Euro (– 41 %) bzw. auf 345 Mill. Euro (– 51 %). Im Bereich der privaten Haushalte ergab sich eine weniger rückläufige Entwicklung. Die zum Bau freigegebenen Wohn- und Nutzflächen lagen mit 430 000 m<sup>2</sup> nur um 13 % unter denen des Vorjahresquartals; die Baukosten wurden um 14 % geringer veranschlagt. Hier spielte naturgemäß der Wohnungsbau die entscheidende Rolle, dessen Veränderungsrate zum Vorjahresquartal mit – 11,1 % bei den Flächen bzw. – 10,7 % bei den Kosten noch etwas geringer ausfielen. Die Bedeutung der öffentlichen Bauherren für das beantragte Baugeschehen nahm im beobachteten Quartal zu. Zum Ende des Jahres 2002 wurde ein Anstieg des Bedarfs an Wohn- und Nutzfläche um 20 % festgestellt, der auf Grund einiger Großprojekte im Nichtwohnbau mit einer reichlichen Verdopplung des Investitionsvolumens auf insgesamt 224 Mill. Euro verbunden war. Erstmals lag damit der Anteil der Baumaßnahmen der öffentlichen Hand an den Wohn- und Nutzflächen bei fast 8 % und an den veranschlagten Kosten sogar bei über 18 %.

In den letzten drei Monaten des Jahres 2002 wurden durch die hessischen Bauaufsichtsbehörden rund 1760 neue **Wohngebäude** genehmigt. Damit wurde ein Fünftel weniger Baugenehmigungen als im vierten Quartal 2001 erteilt. Auch hier dürfte sich die Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung negativ ausgewirkt haben<sup>1)</sup>. Der Rückgang fiel vor allem in den Bereich der Zweifamilienhäuser (- 38 %). Für die Errichtung von Einfamilienhäusern wurden 17 %, im Geschosswohnbau 16 % weniger Bauanträge zur Genehmigung eingereicht. Die Zahl der in neuen Gebäuden zum Bau freigegebenen Wohnungen verringerte sich dadurch um 22 % auf rund 3570. Außerdem wurden im letzten Vierteljahr 2002 rund 420 Baumaßnahmen an Wohnungen in bestehenden Gebäuden (- 44 %) sowie 112 Wohnungen in Nichtwohngebäuden genehmigt. Durch die Verringerung der Zahl der Wohnungen nahmen auch die genehmigten Wohnflächen ab, und zwar um 23 %. Die veranschlagten reinen Baukosten für die Wohngebäude waren mit - 22 % gleichfalls rückläufig.

Die Nachfrage im **Nichtwohnbau** ging im vierten Quartal 2002 noch stärker zurück als im Wohnbau. Es wurden Bauvorhaben mit einer Gesamtnutzfläche von 640 000 m<sup>2</sup> zur Genehmigung angefragt, was einer Verminderung des Flächenbedarfs gegenüber dem des Vorjahreszeitraums um 31 % entsprach. Die Betrachtung nach Gebäudearten zeigte ein uneinheitliches Bild. Bei den anteilmäßig bedeutendsten Gebäudearten wurde erheblich weniger Nutzfläche genehmigt als im Vergleichszeitraum (Handels- und Lagergebäude: - 54 %; Büro- und Verwaltungsgebäude: - 46 %; Hotels- und Gaststätten: - 33 %). Ein gegenüber dem Vorjahreszeitraum höherer Bedarf an Fläche war nur noch bei sonstigen Nichtwohngebäuden (+ 59 %), bei Fabrik- und Werkstattgebäuden (+ 36 %) sowie bei Anstaltsgebäuden (+ 24 %) festzustellen, deren Flächen allerdings nur etwas mehr als ein Drittel des Gesamtgenehmigungsumfanges ausmachten. Die Baukosten wurden im Nichtwohnbausektor von den Bauherren mit 660 Mill. Euro veranschlagt. Sie lagen um 244 Mill. Euro unter denen des Vorjahresquartals, was einer Verminderung um 27 % entsprach. Die Entwicklung der Kosten folgte bei den einzelnen Gebäudearten weitgehend der des Flächenbedarfs.

### Weihnachtsgeschäft schlecht gelaufen

Die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gingen im vierten Vierteljahr 2002 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um etwas über 2 % zurück. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, war dies ein Rückgang von 2 %.

1) Die Angaben zu den Baugenehmigungen im Wohnbau dürften allerdings nach dem Inkrafttreten der neuen Hessischen Bauordnung (HBO) zum 1. Oktober 2002 einigen Sondereinflüssen unterworfen gewesen sein, da der Wohnbau von den einschneidendsten Verfahrensänderungen betroffen ist. So ist im Zuge der Änderungen der bauaufsichtlichen Zuständigkeiten von zwischenzeitlichen Diskontinuitäten in der Abgabe der Meldungen an die amtliche Statistik zu rechnen.

Real 2 % mehr in ihren Kassen hatten die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln, nominal verzeichneten sie jedoch ein kleines Minus. Der sonstige Facheinzelhandel befand sich mit nominal und real - 6 % im deutlichen Abschwung. Lediglich der dem Heimwerkerbereich zuzuordnende Einzelhandel steigerte seinen Umsatz, und zwar nominal um annähernd 4 % und real um etwas über 3 %. Bei der vom Umsatzanteil her bedeutendsten Branche, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, sanken die Umsätze im vierten Vierteljahr 2002, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 2001, nominal und real um knapp 1 %. Rückläufig waren auch die Umsätze beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal - 2,5 und real - 5 %). Der Einzelhandel, der — wie z. B. der Versandhandel — seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, ragte dagegen positiv heraus. Er hatte nominal knapp 3 % mehr in seinen Kassen. Real verblieb ein Plus von etwas über 2 %.

Die schwache Konjunktur im Einzelhandel führte dort zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Sie ging im Vergleichszeitraum um annähernd 4 % zurück. Dabei sank die Zahl der Vollbeschäftigten mit einem Minus von etwas über 5 % deutlich stärker als diejenige der Teilzeitbeschäftigten. Deren Zahl ging im Vergleichszeitraum um etwas über 2 % zurück.

### Mehr Arbeitslose - weniger offene Stellen

Im vierten Quartal 2002 meldeten sich 112 600 Personen arbeitslos. Das waren 12 300 oder 12 % mehr als in den Monaten Oktober bis Dezember 2001. Diese Zunahme der Arbeitslosmeldungen resultierte vor allem aus Personen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (+ 7900, + 17 %). Aber auch bei Personen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit ergab sich ein beträchtlicher Anstieg (+ 4400, + 9 %), weil Arbeitgeber konjunkturbedingt Zeitarbeitsverträge auslaufen ließen bzw. unbefristete Arbeitsverträge kündigten.

Den 112 600 Arbeitslosmeldungen standen im vierten Quartal nur 38 700 den hessischen Arbeitsämtern als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 12 600 oder ein Viertel Stellenmeldungen weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dadurch stieg der Quotient aus Arbeitslos- und Stellenmeldungen im Berichtsquartal auf den sehr hohen Wert 2,9; vor Jahresfrist hatte er noch knapp unter 2 gelegen. Die hessische Arbeitsverwaltung konnte nur 17 800 Arbeitsuchende auf einen Dauerarbeitsplatz vermitteln. Damit wurde das Vermittlungsergebnis aus dem vierten Quartal 2001 um 15 600 oder 47 % verfehlt. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 97 700 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 10 500 oder 12 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember 2002 wurden 212 400 Arbeitslose registriert, 14 300 oder



7 % mehr als vor Jahresfrist. Die Kurzarbeit reduzierte sich dagegen im gleichen Zeitraum um 1150 oder 9 % auf nur noch gut 11 000.

#### **Verbraucherpreise 1,2 % höher als vor Jahresfrist**

Der auf der Basis 2000 berechnete Verbraucherpreisindex war im vierten Quartal 2002 um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor. Im dritten Quartal hatte die entsprechende Teuerungsrate noch 1,0 %, im zweiten Quartal ebenfalls 1,2 % und im ersten Quartal 1,9 % betragen. Das leichte Anziehen der Jahresteuierung vom dritten auf das vierte Quartal ist allein auf die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise zurückzuführen. Ohne ihre Berücksichtigung wäre der Verbraucherpreisindex im vierten Quartal nur um 0,9 % (nach 1,1 % im dritten Quartal) höher als ein Jahr zuvor gewesen. Heizöl war dabei im vierten Quartal um 2,7 % und Kraftstoffe waren um 10,2 % teurer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Dagegen waren Nahrungsmittel im vierten Quartal im Durchschnitt um 1,2 %, Kleidung und Schuhe um 0,6 % und

Personalcomputer und andere Informationsverarbeitungsgeräte (einschl. Software und Zubehör) um 17,6 % billiger als ein Jahr zuvor.

Innerhalb des Berichtszeitraums nahm der Verbraucherpreisindex saisonbedingt zum Jahresende stark zu. Nachdem er im Oktober um 0,1 % und im November nochmals um 0,3 % niedriger als im Vormonat gewesen war, stieg er von November auf Dezember um 1,0 %. Ausschlaggebend hierfür war der starke Anstieg der Preise für Pauschalreisen (+ 33,6 %) und der Mieten für Ferienwohnungen und -häuser (+ 65,0 %) von November auf Dezember. Wegen der Feiertage werden bei diesen beiden Positionen im Dezember saisonale Spitzenpreise erzielt.

Zu Beginn des neuen Jahres ist die Jahresteuierungsrate unter die Einprozentmarke gefallen. Im Januar 2003 war der Preisindex (bei gegenüber Dezember wieder kräftig gesunkenen Preisen für Pauschalreisen und Mieten für Ferienwohnungen und -häuser) um 0,1 % niedriger als im Dezember 2002 und nur noch um 0,9 % höher als im Januar 2002. □

## **Hessische Kreiszahlen**

### **Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte**

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

**Neu:** Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

**Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)**

**Systemvoraussetzungen:** IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-109

**Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden**

## Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2001

Die Relevanz von Investitionen für eine Volkswirtschaft erklärt sich daraus, dass sie sich sowohl auf die Nachfrageseite als auch auf die Angebotsseite (Kapitalstock) auswirken. Trotz konjunktureller Abkühlung haben in Hessen die Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2001 um 3,4 % auf 3,7 Mrd. Euro zugenommen, womit im vierten Jahr in Folge ein Plus erzielt wurde. Während die Investitionen in Maschinen um 5,3 % zunahmen, verringerten sich die Investitionen in Gebäude und Grundstücke um 10,8 %. In der besonders kapitalintensiven Chemischen Industrie gab es einen Investitionsanstieg um 7,4 % auf 926 Mill. Euro. Der Wert der neu gemieteten Sachinvestitionen des gesamten hessischen Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich im Jahr 2001 um 3,6 % auf 412 Mill. Euro.

Investitionen sind wegen ihres dichotomen Charakters von besonderer Bedeutung für die Volkswirtschaft. Zum einen stellen sie kurzfristig Nachfrage dar und schaffen Einkommen und Beschäftigung. Zum anderen wirken sie sich auf der Angebotsseite aus: Der Kapitalstock wird erweitert oder im Falle von Ersatzinvestitionen zumindest erhalten. Erweiterungsinvestitionen ermöglichen höheres Wirtschaftswachstum. Im Gegensatz zum privaten Konsum, dem quantitativ wichtigsten volkswirtschaftlichen Nachfragesegment, sind Investitionen besonders konjunkturreagibel. Auf der Ebene eines Bundeslandes wirken sich die Schwankungen größerer Investitionen erschwerend für die Analyse der Zeitreihen aus. Zu den Investitionen gehören alle im Geschäftsjahr aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen, einschl. selbst erstellter Anlagen, im Bau befindlicher Anlagen (soweit aktiviert) und Leasinggüter, die beim Leasingnehmer zu aktivieren sind. Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen Gebäude, Maschinen,

maschinelle Anlagen sowie Werkzeuge. Nicht einbezogen sind neben Beteiligungen, Wertpapieren, Konzessionen und dem Erwerb von ganzen Betrieben die Auslandsinvestitionen.

Nach der Umstellung auf die europaweit gültige Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 1 bzw. die davon abgeleitete deutsche WZ 93 im Jahr 1995 und die damit einhergehende Neuabgrenzung des Verarbeitenden Gewerbes liegen nunmehr Ergebnisse für sieben Jahre bis einschließlich 2001 vor. Die vorliegenden Ergebnisse werden einmal im Jahr bei Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten erfragt. Da die Meldungen der Unternehmen für ihre Betriebe an die Statistischen Landesämter im Zusammenhang mit der Bilanzerstellung erst relativ spät erfolgen, liegen die statistischen Ergebnisse im Gegensatz zu den monatlichen Konjunkturstatistiken auf Landesebene erst ca. 10 Monate nach Ende des Berichtsjahres vor.

### Hessen und das Bundesgebiet im Überblick

Das hessische Verarbeitende Gewerbe investierte im Jahr 2001 insgesamt 3,7 Mrd. Euro, womit das Vorjahresniveau um 3,4 % übertroffen wurde. Diese Zunahme wurde erreicht, obwohl sich die ökonomische Ausgangsbasis sukzessive verschlechtert hatte und die Konjunktur sich im Laufe des Jahres 2001 abkühlte. Die realen Umsätze hatten im Jahresdurchschnitt um 0,4 % und die realen Auftragseingänge als konjunktureller Frühindikator sogar um 2,2 % abgenommen. Damit konnte das hessische Verarbeitende Gewerbe im vierten Jahr in Folge einen Investitionsanstieg verbuchen. 1996 hatte es einen leichten Investitionsrückgang und 1997 einen erheblichen Einbruch von 15,7 % gegeben. Im frühe-

Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> in Hessen und im Bundesgebiet<sup>2)</sup> 1995 bis 2001

Jahr	Hessen					Bundesgebiet <sup>2)</sup>				
	insgesamt		darunter Maschinen <sup>3)</sup>		Investitionsintensität <sup>4)</sup> in Euro	insgesamt		darunter Maschinen <sup>3)</sup>		Investitionsintensität <sup>4)</sup> in Euro
	Mill. Euro	Zu- bzw Abnahme (-) zum Vorjahr in %	Mill. Euro	Zu- bzw Abnahme (-) zum Vorjahr in %		Mill. Euro	Zu- bzw Abnahme (-) zum Vorjahr in %	Mill. Euro	Zu- bzw Abnahme (-) zum Vorjahr in %	
1995	3 494	.	3 034	.	6 611	38 165	.	32 916	.	6 201
1996	3 478	- 0,5	2 868	- 5,5	6 892	38 288	0,3	33 064	0,4	6 534
1997	2 932	- 15,7	2 612	- 8,9	6 176	39 325	2,7	34 777	5,2	6 777
1998	3 221	9,9	2 802	7,3	6 839	42 163	7,2	36 685	5,5	7 240
1999	3 326	3,3	2 912	3,9	7 168	43 740	3,7	38 165	4,0	7 581
2000	3 555	6,9	3 143	7,9	7 730	45 356	3,7	39 617	3,8	7 859
2001	3 677	3,4	3 310	5,3	7 997	47 351	4,4	41 595	5,0	8 256

1) Einschl. Bergbau. — 2) Alte Länder. — 3) Und maschinelle Anlagen. — 4) Investitionen je Beschäftigten.

ren Bundesgebiet — wegen der besseren Vergleichbarkeit wird nicht auf die Ergebnisse für Deutschland insgesamt zurückgegriffen — gab es im Jahr 2001 im Verarbeitenden Gewerbe ein Plus von 4,4 % auf 47,4 Mrd. Euro, womit sich die Bruttoanlageinvestitionen günstiger entwickelten als in Hessen. Im Jahr 2000 war es umgekehrt gewesen. Der Verlauf der Investitionen zeigt mehr Stetigkeit als in Hessen, da Großinvestitionen sich bei einem Aggregat von 11 Ländern nicht so stark auswirken wie bei einem Land allein. Im Gegensatz zu Hessen gab es selbst in den Jahren 1996 und 1997 noch geringe Zuwachsraten.

Bei den Bruttoanlageinvestitionen wird eine Unterteilung in Gebäude und bebaute Grundstücke, unbebaute Grundstücke und Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgenommen. Der weit überwiegende Teil der Investitionen besteht aus Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen. Vice versa liegt der Anteil der Investitionen in Gebäude und Grundstücke sehr niedrig, im Jahr 2001 nur noch bei 10 %. Das ist ein neues Rekordtief, nachdem vor 30 Jahren noch ein Anteil von über 27 % verzeichnet wurde. Aber die Zeiten expansiven Wachstums im Verarbeitenden Gewerbe sind seit der ersten Ölkrise vorbei, und die Erweiterungsinvestitionen spielen nicht mehr die Rolle wie in früheren Jahren. Diese Entwicklung gilt auch für das Bundesgebiet, wo die Investitionen in Gebäude und Grundstücke im Jahr 2001 einen Anteil von 12 % erreichten.

In Hessen nahmen die Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen 2001 gegenüber dem Vorjahr um 5,3 % auf 3,3 Mrd. Euro zu, während die Investitionen in Gebäude und Grundstücke um 10,8 % auf 367 Mill. Euro abnahmen. Im früheren Bundesgebiet erhöhten sich die Investitionen in Maschinen, maschinelle Anlagen um 5,0 % auf 41,6 Mrd. Euro und die Investitionen in Gebäude und Grundstücke um 0,3 % auf 5,8 Mrd. Euro.

### Entwicklung der Branchen

Obwohl die Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen im Jahr 2001 im Durchschnitt um 3,4 % zunahmen, gab es in mehr als der Hälfte der Branchen einen Investitionsrückgang. Dies galt nicht für die Chemische Industrie, die mit 926 Mill. Euro wieder die Branche mit den höchsten Investitionen war. Sie übertraf das Vorjahresniveau um 7,4 %, nachdem bereits im Jahr 2000 eine Zunahme von 28 % verbucht worden war. Die Chemische Industrie ist ein besonders kapitalintensiver Wirtschaftszweig. Die Investitionsintensität — die Investitionen je Beschäftigten — lag 2001 mit fast 14 300 Euro um 6,3 % höher als im Jahr zuvor. Die zweit-höchsten Investitionen führten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagentellen mit 821 Mill. Euro durch, womit der Vorjahreswert um 24 % übertroffen wurde. Nach einem Tiefpunkt im Jahr 1997 mit nur 409 Mill. Euro hat der Kraftwagensektor seine Investitionen seitdem Jahr für Jahr gestei-

Bruttoanlageinvestitionen in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup>  
in Hessen 1995 bis 2001

Branche	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Grundzahlen (Mill. Euro)							
Ernährungsgewerbe	303,5	303,6	270,1	267,6	305,9	277,5	239,5
Verlags- und Druckgewerbe	140,4	104,3	104,4	199,8	205,9	155,2	122,6
Chemische Industrie	828,2	1 002,2	699,0	850,9	672,7	862,4	926,2
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	265,7	233,7	297,8	253,9	231,0	277,2	279,6
Herstellung von Metallerzeugnissen	226,6	222,4	220,4	231,1	256,2	197,1	260,5
Maschinenbau	259,6	251,7	243,7	272,7	283,2	275,6	259,3
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	529,0	503,5	409,2	423,4	628,7	661,8	821,3
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt <sup>1)</sup>	3 494,1	3 477,7	2 932,2	3 221,1	3 326,1	3 554,7	3 676,6
davon							
Vorleistungsgüterproduzenten	1 735,2	1 887,6	1 478,1	1 632,6	1 749,0	1 814,0	1 645,6
Investitionsgüterproduzenten	984,8	871,3	703,8	670,5	746,8	854,9	1 109,9
Gebrauchsgüterproduzenten	113,9	96,6	83,6	90,9	103,2	97,3	94,0
Verbrauchsgüterproduzenten	660,3	622,2	666,7	827,1	727,1	788,4	827,2
Zu- bzw. Abnahme (–) zum Vorjahr in %							
Ernährungsgewerbe	x	0,0	– 11,0	– 0,9	14,3	– 9,3	– 13,7
Verlags- und Druckgewerbe	x	– 25,7	0,2	91,4	3,0	– 24,6	– 21,0
Chemische Industrie	x	21,0	– 30,3	21,7	– 20,9	28,2	7,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	x	– 12,0	27,4	– 14,7	– 9,0	20,0	0,9
Herstellung von Metallerzeugnissen	x	– 1,9	– 0,9	4,9	10,9	– 23,0	32,1
Maschinenbau	x	– 3,1	– 3,2	11,9	3,8	– 2,7	– 5,9
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	x	– 4,8	– 18,7	3,5	48,5	5,3	24,1
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt <sup>1)</sup>	x	– 0,5	– 15,7	9,9	3,3	6,9	3,4
davon							
Vorleistungsgüterproduzenten	x	8,8	– 21,7	10,5	7,1	3,7	– 9,3
Investitionsgüterproduzenten	x	– 11,5	– 19,2	– 4,7	11,4	14,5	29,8
Gebrauchsgüterproduzenten	x	– 15,1	– 13,5	8,7	13,6	– 5,7	– 3,5
Verbrauchsgüterproduzenten	x	– 5,8	7,2	24,1	– 12,1	8,4	4,9

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) und von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.



Bruttoanlageinvestitionen und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> in Hessen 2000 und 2001

Wirtschaftszweig Hauptgruppe	Bruttoanlageinvestitionen						Beschäftigte am 30. September		Investitionen je Beschäftigten	
	insgesamt			davon (2001) entfielen auf			2000	2001	2000	2001
	2000	2001	Zu- bzw. Abn. (-) gegenüber 2000	Gebäude und bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke	Maschinen, masch. Anlagen <sup>2)</sup>				
	1000 Euro		%	1000 Euro					Euro	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	29 658	19 698	- 33,6	514	1 187	17 997	1 612	1 531	18 398	12 866
Verarbeitendes Gewerbe	3 525 065	3 656 920	3,7	331 188	34 029	3 291 703	458 226	458 240	7 693	7 98
davon										
Ernährungsgewerbe	277 510	239 511	- 13,7	20 930	1 661	216 920	35 492	34 826	7 819	6 877
Textilgewerbe	35 900	31 259	- 12,9	3 545	—	27 714	5 621	5 389	6 387	5 801
Bekleidungsgewerbe	10 371	2 877	- 72,3	740	—	2 137	2 507	1 836	4 137	1 567
Ledergewerbe	9 881	3 013	- 69,5	44	—	2 969	2 600	2 430	3 800	1 240
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	24 720	16 747	- 32,3	4 116	7	12 624	6 333	5 898	3 903	2 839
Papiergewerbe	74 312	53 662	- 27,8	10 122	4	43 536	8 514	8 246	8 728	6 508
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	155 183	122 649	- 21,0	11 332	138	111 179	22 627	23 412	6 858	5 239
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Ver- arbeitung von Spalt- und Brutstoffen	2 093	411	- 80,4	—	41	370	800	805	2 616	511
Chemische Industrie	862 362	926 161	7,4	70 883	13 084	842 194	64 148	64 821	13 443	14 288
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	277 173	279 567	0,9	15 960	1 378	262 229	35 852	36 061	7 731	7 753
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	55 662	66 774	20,0	5 769	2 033	58 972	10 931	10 158	5 092	6 574
Metallerzeugung und -bearbeitung	163 834	87 012	- 46,9	11 994	114	74 904	12 209	12 389	13 419	7 023
Herstellung von Metallerzeugnissen	197 136	260 493	32,1	72 695	1 251	186 547	39 373	39 195	5 007	6 646
Maschinenbau	275 637	259 344	- 5,9	23 245	6 064	230 035	63 014	62 486	4 374	4 150
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräten und -einrichtungen	4 805	5 689	18,4	369	—	5 320	1 338	1 318	3 591	4 316
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	155 429	167 917	8,0	10 274	659	156 984	27 253	27 009	5 703	6 217
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	78 007	65 492	- 16,0	13 244	38	52 210	9 164	9 344	8 512	7 009
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	99 147	152 768	54,1	10 566	5 368	136 834	26 974	28 309	3 676	5 396
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	661 797	821 252	24,1	34 454	1 893	784 905	60 219	61 210	10 990	13 417
Sonstiger Fahrzeugbau	43 611	46 515	6,7	2 425	217	43 873	10 616	10 705	4 108	4 345
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	54 387	41 370	- 23,9	7 032	77	34 261	12 286	11 878	4 427	3 483
Recycling	6 093	6 437	5,6	1 449	2	4 986	355	515	17 163	12 499
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden i n s g e s a m t	3 554 708	3 676 618	3,4	331 702	35 216	3 309 700	459 838	459 771	7 730	7 997

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.



**Neu gemietete Sachanlagen in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup>  
in Hessen 1995 bis 2001**

Branche	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Grundzahlen (1000 Euro)							
Ernährungsgewerbe	59 611	54 096	14 371	30 968	38 358	20 419	38 915
Verlags- und Druckgewerbe	27 757	33 821	22 499	47 711	78 255	52 824	33 949
Chemische Industrie	104 971	147 179	72 013	42 324	48 054	62 182	78 452
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	32 444	30 735	28 886	23 198	24 141	25 460	33 911
Herstellung von Metallserzeugnissen	39 012	34 049	40 264	49 889	53 451	48 723	41 370
Maschinenbau	38 072	39 288	39 928	35 705	36 433	36 966	44 620
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	32 609	17 529	141 112	79 735	45 263	32 473	14 383
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt <sup>1)</sup>	413 861	438 684	419 439	427 735	414 891	397 641	412 131
Zu- bzw. Abnahme (–) zum Vorjahr in %							
Ernährungsgewerbe	x	– 9,3	– 73,4	115,5	23,9	– 46,8	90,6
Verlags- und Druckgewerbe	x	21,8	– 33,5	112,1	64,0	– 32,5	– 35,7
Chemische Industrie	x	40,2	– 51,1	– 41,2	13,5	29,4	26,2
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	x	– 5,3	– 6,0	– 19,7	4,1	5,5	33,2
Herstellung von Metallserzeugnissen	x	– 12,7	18,3	23,9	7,1	– 8,8	– 15,1
Maschinenbau	x	3,2	1,6	– 10,6	2,0	1,5	20,7
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	x	– 46,2	705,0	– 43,5	– 43,2	– 28,3	– 55,7
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt <sup>1)</sup>	x	6,0	– 4,4	2,0	– 3,0	– 4,2	3,6

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) und von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

gert, sodass sich die Investitionssumme von 1997 bis 2001 mehr als verdoppelt hat. Da außerdem die Beschäftigung in den letzten Jahren schrumpfte, erhöhte sich die Investitionsintensität stark auf über 13 400 Euro im Jahr 2001. Von den größeren Branchen verzeichnete der Maschinenbau in den letzten Jahren die geringsten Investitionsschwankungen. In den sieben Jahren seit 1995 bewegten sich die Investitionen in einem Korridor zwischen 244 und 283 Mill. Euro. Im Jahr 2001 gingen die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 % auf 259 Mill. Euro zurück, nachdem es bereits im Jahr 2000 einen Rückgang von 2,7 % gegeben hatte. Die Kapitalausstattung des Maschinenbaus liegt weit unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Die Investitionsintensität lag im Jahr 2001 bei 4150 Euro, während das Verarbeitende Gewerbe knapp 8000 Euro erreichte. Obwohl der Maschinenbau mehr Beschäftigte hat als die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren und die Hersteller von Metallserzeugnissen, übertrafen ihn diese beiden Branchen sogar in der absoluten Investitionssumme. Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren erhöhten die Investitionen im Jahr 2001 um 0,9 % auf 280 Mill. Euro, nachdem es im Jahr 2000 einen Anstieg um ein Fünftel gegeben hatte. Die Investitionsintensität lag mit 7750 Euro zwar wesentlich höher als im Maschinenbau, aber niedriger als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Mit 260,5 Mill. Euro steigerten die Hersteller von Metallserzeugnissen ihre Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 32 %. Mit 6650 Euro lagen die Investitionen je Beschäftigten deutlich unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Das hessische Ernährungsgewerbe investierte mit 240 Mill. Euro 14 % weniger als im Jahr 2000, als es bereits einen Rückgang um 9,3 % gegeben hatte. Hier hat es in den letzten Jahren — abgesehen vom Jahr

1999 — eine schwache Investitionsentwicklung gegeben. *Tempi passati*: Während das Ernährungsgewerbe bis 1999 noch eine deutlich überdurchschnittliche Investitionsintensität hatte, hat sich dies in den beiden letzten Jahren umgekehrt. Mit 6880 Euro lagen die Investitionen je Beschäftigten im Jahr 2001 deutlich unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

### Mietinvestitionen leicht gestiegen

Neben den selbst aktivierten Bruttoanlageinvestitionen nehmen die Betriebe die Möglichkeit wahr, Mietinvestitionen zu nutzen. Man versteht darunter den Wert aller im Geschäftsjahr z. B. von Leasingfirmen, vom Hersteller direkt oder von Besitzgesellschaften neu gemieteten oder gepachteten neuen Sachanlagen (einschl. Ersatzbeschaffungen im Rahmen laufender Leasingverträge) mit einer Mietdauer von mindestens einem Jahr, soweit sie nicht beim Leasingnehmer aktiviert sind. Das heißt neben dem „Eigentümerkonzept“ kommt auch durch das hier geschilderte Vorgehen das „Nutzerkonzept“ zum Tragen.

Im Jahr 2001 erreichte im hessischen Verarbeitenden Gewerbe der Wert der neu gemieteten Sachanlagen insgesamt 412 Mill. Euro, womit das Vorjahresniveau um 3,6 % übertroffen wurde. In den Jahren zwischen 1995 und 2001 bewegten sich die Mietinvestitionen zwischen 398 Mill. Euro (2000) und 439 Mill. Euro (1996). Während die aktivierten Investitionen sich in den letzten Jahren positiv entwickelten, ist bei den Mietinvestitionen in den Jahren 2000 und 2001 gegenüber allen Jahren des Zeitraums 1995 bis 1999 sogar ein Rückgang zu verzeichnen.

Die Chemische Industrie erreichte auch bei den gemieteten Sachanlagen im Jahr 2001 mit 78,45 Mill. Euro den höchsten Wert des Verarbeitenden Gewerbes. Sie übertraf damit den Vorjahreswert um 26 %, nachdem bereits in den beiden Vorjahren hohe Zuwachsraten erzielt wurden.

Der Maschinenbau verzeichnete ein Plus von 21 % auf 44,6 Mill. Euro. Dagegen hat sich der Abwärtstrend der letzten Jahre bei den Mietinvestitionen im Kraftwagensektor fortgesetzt. Mit nur noch 14,38 Mill. Euro gab es 2001 einen Rückgang um 56 %. □

## ———— Veröffentlichungsreihen des Hessischen Statistischen Landesamtes ————

Im nachstehenden Überblick konnten nicht alle Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes aufgenommen werden. Ausführliche Hinweise (mit Erscheinungsfolge, regionaler Gliederung und Preisangaben) über das Veröffentlichungsprogramm gibt das „Verzeichnis der Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes“, das kostenlos angefordert werden kann.

### **Hessische Kreiszahlen**

Die Veröffentlichung erscheint zweimal jährlich. Sie bringt für jeden Landkreis und für jede kreisfreie Stadt jeweils rund 400 bis 500 Daten aus den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen, dazu ausgewählte Daten für Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern sowie für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält „Ausgewählte Daten im Zeitvergleich“.

### **Hessische Gemeindestatistik**

Veröffentlichungen dieser Reihe erscheinen im allgemeinen nach Großzählungen. Mit Ergebnissen laufender Statistiken ist Ende 1980 erstmals ein Band dieser Reihe veröffentlicht worden, um der Nachfrage nach Gemeindeergebnissen auch zwischen den Großzählungen gerecht zu werden. Jeweils in der zweiten Jahreshälfte werden die Folgebände veröffentlicht. Die „Hessische Gemeindestatistik“ enthält für jede Gemeinde und jeden Landkreis, den Umlandverband Frankfurt, den Rhein-Main-Ballungsraum und den Zweckverband Raum Kassel Zahlenmaterial aus den Bereichen Gebiet und Bevölkerung, Beschäftigung, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft und Wohnungswesen, Verkehr, Finanzen und Steuern.

### **Beiträge zur Statistik Hessens**

In dieser Reihe werden Ergebnisse von Groß- und Sonderzählungen in ausführlicher Form veröffentlicht. Es handelt sich hier um die eigentlichen statistischen Quellen-Veröffentlichungen.

### **Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes**

Die Statistischen Berichte (derzeit rund 90 Reihen) erscheinen als aktuelle Informationen über das angefallene Material aus allen Sachgebieten der amtlichen Statistik. Titel und Kenn-Nummern der wichtigsten Berichte sind in allen Statistischen Landesämtern gleich; auch der Inhalt ist weitgehend vergleichbar.

### **Statistisches Handbuch für das Land Hessen**

Das Statistische Handbuch schließt im Aufbau weitgehend an die bis 1993 herausgegebenen „Statistischen Taschenbücher“ an, allerdings erweitert um textliche Kurzbeschreibungen der wichtigsten Hauptabschnitte und um grafische Darstellungen. Das Handbuch bringt einen guten Querschnitt der statistischen Ergebnisse für das Land Hessen und seine Verwaltungsbezirke. Darüber hinaus wird in zwei gesonderten Kapiteln Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union dargestellt. Handbücher erscheinen in zweijährlichem Turnus.

W-113

**Hessisches Statistisches Landesamt . Vertriebsstelle . 65175 Wiesbaden**  
(Tel: 0611/3802-951 . Fax: 0611/3802-992 . E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de))



## Vierteljährliche Ergebnisse der Bruttoinlandsproduktberechnung für Hessen ab 1998

*Die ökonomische Entwicklung eines Wirtschaftsraumes wird allgemein am Bruttoinlandsprodukt und am Beschäftigungsstand gemessen. Beide Größen sind wichtige Indikatoren zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die zeitnahe Bereitstellung der einschlägigen Daten über den abgelaufenen Zeitraum stellen eine wichtige Ergänzung und Verbesserung des statistischen Instrumentariums für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung und -analyse dar. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen ein relativ gut ausgebautes System kurzfristiger Wirtschaftsstatistiken; diese in der Regel als Monats- und Vierteljahresstatistiken durchgeführten Erhebungen können jedoch wegen der zum Teil speziellen Zielsetzungen und der Begrenzung auf wichtige Bereiche kein geschlossenes Bild der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vermitteln. Für die Bundesrepublik Deutschland stellt das Statistische Bundesamt vierteljährlich entsprechende Daten bereit. Mit einem Abstand von etwa 55 Tagen nach Quartalsende werden regelmäßig Vierteljahresergebnisse für ausgewählte Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht. Es handelt sich hierbei um Angaben über das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup> sowie über die wichtigsten Aggregate der Verwendungs- und Verteilungsseite<sup>2)</sup>. Die Berechnungen liegen zum Teil in jeweiligen und in konstanten Preisen vor. Diese Angaben werden um die Zahl der Erwerbstätigen ergänzt. Für die einzelnen Bundesländer werden durch die im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“<sup>3)</sup> zusammengeschlossenen Statistischen Landesämter halbjährliche und jährliche Angaben zum Bruttoinlandsprodukt, berechnet über die Entstehungsseite, vorgelegt. Die Darstellung der vierteljährlichen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Erwerbstätigkeit ist auf Länderebene nach wie vor ein „weißer Fleck“<sup>4)</sup>. Dies schmälert die empirische Basis zur Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragestellungen. Es können somit keine abschließenden Aussagen über den quartalsweisen konjunkturellen Verlauf auf Länderebene getroffen werden. Im Verlauf des Jahres fehlen damit länderspezifische Informationen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, und folglich fehlt auch die empirische Basis für Prognosen. Diese Lücken zu schließen ist Aufgabe der vierteljährlichen Berechnung der Entwicklung des hessischen Bruttoinlandsprodukts.*

### Ausgangslage

Die Berechnung von Vierteljahreszahlen zum Bruttoinlandsprodukt bringt gegenüber den Jahres- und Halbjahresberechnungen eine Reihe zusätzlicher Probleme mit sich. Für die Länder steht eine deutlich schmalere Datengrundlage als auf der Bundesebene zur Verfügung. Die verfügbare fachstatistische Datenbasis der amtlichen Statistik deckt unter dem Blickwinkel der Verwendbarkeit für die Berechnung von Quartalsangaben des Bruttoinlandsproduktes nicht alle Datenwünsche ab. Das umfangreichste statistische Datenmaterial steht zweifellos für den sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) zur Verfügung. Hier liegen zeitnah beispielsweise monatliche Angaben zu Auftragseingängen, Produktion, Umsatz und Beschäftigung vor. Die Schätzung des Quartalsverlaufs der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ist daher weniger problematisch. Im tertiären Sektor ist die Datenlage dagegen unzureichend. Hier existieren

unterjährige Angaben nur für Teilbereiche (z. B. Handel und Verkehr, Personalausgaben des Staates). Es müssen deshalb auch andere statistische Quellen herangezogen werden. Dies trifft insbesondere für die — in Hessen besonders bedeutsamen — Kreditinstitute zu. Für diesen Bereich werden z. B. von der Deutschen Bundesbank vierteljährlich veröffentlichte Angaben über Kredit- und Einlagenbestände verwendet.

Im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ sowie in dem Bereich „Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“ stoßen die vierteljährlichen Berechnungen auf erhebliche Schwierigkeiten, da hier das statistische Grundmaterial für unterjährige Zeiträume besonders lückenhaft ist<sup>5)</sup>. Diese „weißen Flecke“ auf der statistischen Landkarte müssen durch Schätzungen überbrückt werden. Wenn diese Schätzungen auch zum Teil durch Konsistenzprüfungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgesichert werden können, so sind die Ergebnisse naturgemäß doch mit größeren Unsicherheiten behaftet als die Berechnungen für größere Zeiträume. Es wird deshalb zurzeit nicht daran gedacht, das unterjährige Rechenwerk auf eine tiefe wirtschaftsfachliche Gliederung — wie in den Jahresberechnungen — abzustellen. Der Nachweis von Viertel-

1) Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe; Baugewerbe; Handel, Gastgewerbe und Verkehr; Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister; Öffentliche und private Dienstleister.

2) Nettonationaleinkommen, Verfügbares Einkommen, Arbeitnehmerentgelt, Konsum, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

3) Mitglieder sind alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie das Amt für Statistik, Wahlen, Einwohnerwesen der Stadt Frankfurt am Main.

4) Ausnahmen: Baden-Württemberg und Hamburg.

5) Die ab 2001 neu eingeführte Dienstleistungsstatistik hat lediglich einen jährlichen Erhebungsturnus.



## Zeitlicher Ablauf der Berechnungen im Arbeitskreis VGR d L am Beispiel des Bruttoinlandsprodukts 2002

Name der Berechnung	Zeitraum bzw. Datengrundlage	Veröffentlichungstermin
Halbjahresberechnung	Januar bis Juni 2002 <sup>1)</sup>	September 2002
1. Fortschreibung	Januar bis Oktober 2002 <sup>1)</sup>	Anfang Februar 2003
2. Fortschreibung	Januar bis Dezember 2002 <sup>1)</sup>	März/April 2003
3. Fortschreibung	Januar bis Dezember 2002 <sup>1)</sup>	Januar /Februar 2004
1. Originärberechnung	Fachstatistiken	Anfang Februar 2004
2. Originärberechnung	Fachstatistiken	Anfang Februar 2005

1) Basis: symptomatische Reihen.

Jahresergebnissen soll sich auf die wichtigste Größe der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — nämlich die reale Veränderung des Bruttoinlandsproduktes — erstrecken. Hier fallen die genannten Probleme nicht so sehr ins Gewicht und — vom statistischen Material her gesehen — die Ergebnisse können frühzeitig nach Ablauf der Berichtsperiode bereitgestellt werden. Der Aktualitätsgewinn wird hierbei höher bewertet als die genannten Probleme mit einer noch nicht vervollständigten Datenbasis.

### Berechnung der Wertschöpfung im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGR d L)

Die amtliche Statistik verwendet zur Berechnung der Wertschöpfung grundsätzlich zwei Methoden: die Methode der Originärberechnung und die Methode der Fortschreibungen.

Bei der *Originärberechnung* wird die Bruttowertschöpfung in der Regel auf der Grundlage der umfassenden Fachstatistiken (z. B. Produktion bzw. Umsatz) einerseits und den Vorleistungen andererseits ermittelt. Die Vorleistungen der Unternehmen werden auf der Grundlage von Kostenstrukturerhebungen (KSE) ermittelt. Bedingt durch den hohen Erhebungs- und Auswertungsaufwand stehen diese Ergebnisse jedoch nur mit großem zeitlichem Abstand (etwa 18 Monate) zur Verfügung. Für die Länder lassen sich deshalb die Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen unter Verwendung aller für die Berechnungen erforderlichen statistischen Daten nur mit einer etwa zweijährigen Verzögerung in der Originärberechnung darstellen.

Ein Ergebnis über die wirtschaftliche Leistung eines Landes, das erst mit einer zweijährigen Verzögerung bereitsteht, ist für Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit nur noch von untergeordnetem Interesse. Für die aktuelle Berechnung der sektoralen Wertschöpfung wird deshalb das Verfahren der *Fortschreibung* angewandt. Dazu wird im Wesentlichen die Wertschöpfung der Originärberechnung in tiefer wirtschaftlicher Gliederung mit so genannten symptomatischen Reihen, wie zum Beispiel Umsatz oder Arbeiterstunden, fortgeschrieben. Diese Reihen korrelieren hochgradig mit der Wertschöpfung und liegen in der Regel monatlich oder quartalsweise vor. Die Daten werden mittels Messzahlen im Ver-

hältnis zu definierten Vorzeiträumen quantifiziert. Die Messzahl wird an die Wertschöpfung des Vorjahreswertes als Faktor angelegt. Ergebnis ist eine geschätzte Wertschöpfung in dem entsprechenden Wirtschaftsbereich für das Berichtsjahr. Die Ergebnisse der Fortschreibungen werden für das Berichtsjahr in mehreren Stufen auf Grund der sich ständig verbessernden Datenbasis aktualisiert. Bestimmte Daten liegen nur auf Bundesebene vor oder sind in der erforderlichen Genauigkeit auf Landesebene nicht verfügbar. Diese Werte werden mit Hilfe geeigneter Schlüssel auf die Länder verteilt.

Mit Hilfe des Verfahrens der Fortschreibung wird vom AK VGR d L bereits Anfang Februar für das Vorjahr ein Wert für das Bruttoinlandsprodukt zur Verfügung gestellt (1. Fortschreibung oder Schnellrechnung). Basis hierfür sind Angaben der Monate Januar bis Oktober des Berichtsjahres und die 3. Fortschreibung des davor liegenden Jahres. Im März/April wird die Fortschreibung auf Basis aller Monate des Berichtsjahres erstellt. Die Tabelle gibt am Beispiel des Jahres 2002 den zeitlichen Zusammenhang von Fortschreibung und Originärberechnung des Bruttoinlandsproduktes an.

Schließlich müssen die Länderergebnisse auf den vom Statistischen Bundesamt „autonom“ ermittelten Bundeswert je Wirtschaftsbereich abgestimmt (koordiniert) werden. Die koordinierten Wertschöpfungsgrößen werden der Öffentlichkeit je nach Rechenstand in unterschiedlicher wirtschaftsfachlicher Gliederung zugänglich gemacht.

Bei den Fortschreibungen werden die sektoralen Wertschöpfungen nicht aus den Produktionswerten und Vorleistungen abgeleitet, sondern durch ein System von Indikatoren geschätzt. Es wird dabei unterstellt, dass die Vorleistungsquoten im Fortschreibungszeitraum ihren Anteil an den Produktionswerten unverändert beibehalten. Auf diesen Umstand wird verwiesen, weil die gleiche Methode bei der Quartalsberechnung auf der Grundlage symptomatischer Reihen erfolgt. Auch hier wird im Ansatz von konstanten Vorleistungsquoten ausgegangen.

Zusätzlich unterliegen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen regelmäßigen *Revisionen*. Die Gründe für diese in der Regel umfassenden Korrekturen sind die Einarbeitung bisher nicht verwendeter statistischer Berechnungsgrundlagen, die Anwendung neuer Berechnungsmethoden,

neue Systematiken u. Ä. sowie der Übergang auf eine neue Preisbasis. Dabei werden nicht nur die aktuellen Jahre, sondern die langen Zeitreihen revidiert.

### Methode der Quartalsberechnung der Bruttowertschöpfung in Hessen

Vierteljahresrechnungen werden vom AK VGR d L nicht durchgeführt. Unterjährige Daten zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes standen und stehen — mit Ausnahme von Hamburg und Baden-Württemberg — für kein Bundesland zur Verfügung. Die Untersuchungen in den statistischen Landesämtern von Hamburg und Baden-Württemberg stellen wichtige methodische Grundlagen für den unterjährigen Verlauf der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung dar. In beiden Ländern wurde der unterjährige Produktionsverlauf mit Hilfe der durch das Statistische Bundesamt veröffentlichten Vierteljahreswerte zur Entwicklung der sektoralen Wertschöpfung approximiert. Die vom Statistischen Bundesamt ermittelte sektorale Wertschöpfung dient dabei als Referenzlinie bzw. Maßstab für Plausibilitätsüberlegungen für den auf Landesebene errechneten Verlauf. Hessen hat sich nach Studium beider Verfahren — auch bedingt durch Kapazitätsengpässe — für die weniger aufwändige Methode Baden-Württembergs entschieden. Dabei wird der Berechnungsvorgang speziell auf die hessischen Bedürfnisse modifiziert. Änderungen ergeben sich insbesondere für die in Hessen besonders wichtigen Bereiche Kredit- und Versicherungswesen sowie im Verkehrsbereich.

Die Grundidee des Rechenmodells geht von folgender Annahme aus: Das hessische Wirtschaftswachstum wird berechnet, indem ein Zu- oder Abschlag (Vorsprung oder Rückstand) auf das reale Wirtschaftswachstum je Wirtschaftsbereich in Deutschland vorgenommen wird. Für die Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Einzelhandel einschl. Kraftfahrzeughandel, Großhandel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe werden die Vorsprünge bzw. Rückstände ge-

genüber der Entwicklung im Bundesgebiet anhand von Indikatoren (symptomatischen Reihen) ermittelt. Die Abstände zur Entwicklung im Bundesgebiet werden dann in Vorsprünge bzw. Rückstände der realen Wertschöpfung Hessens gegenüber Deutschland transformiert. Anschließend werden diese mit Hilfe des gesamtwirtschaftlichen Anteils an der unbereinigten realen Bruttowertschöpfung gewichtet und die Beiträge zum hessischen Wirtschaftsvorsprung oder -rückstand errechnet. Zurzeit liegen für rund 55 % der Wirtschaftsbereiche landesspezifische Indikatoren vor. Die verwendeten Indikatoren sind in der beiliegenden Übersicht dargestellt.

Für die Wirtschaftsbereiche, für die in Hessen unterjährig keine aktuellen Angaben über die wirtschaftliche Entwicklung vorliegen, wie zum Beispiel im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ sowie im Wirtschaftsbereich „Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“, werden die realen Quartalswachstumsraten des Bundesgebietes für Hessen übernommen und mit dem Anteilsvorsprung oder -nachteil Hessens gegenüber Deutschland gewichtet. Diese werden dann in entsprechende Beiträge zum Wachstumsvorsprung bzw. -rückstand umgerechnet.

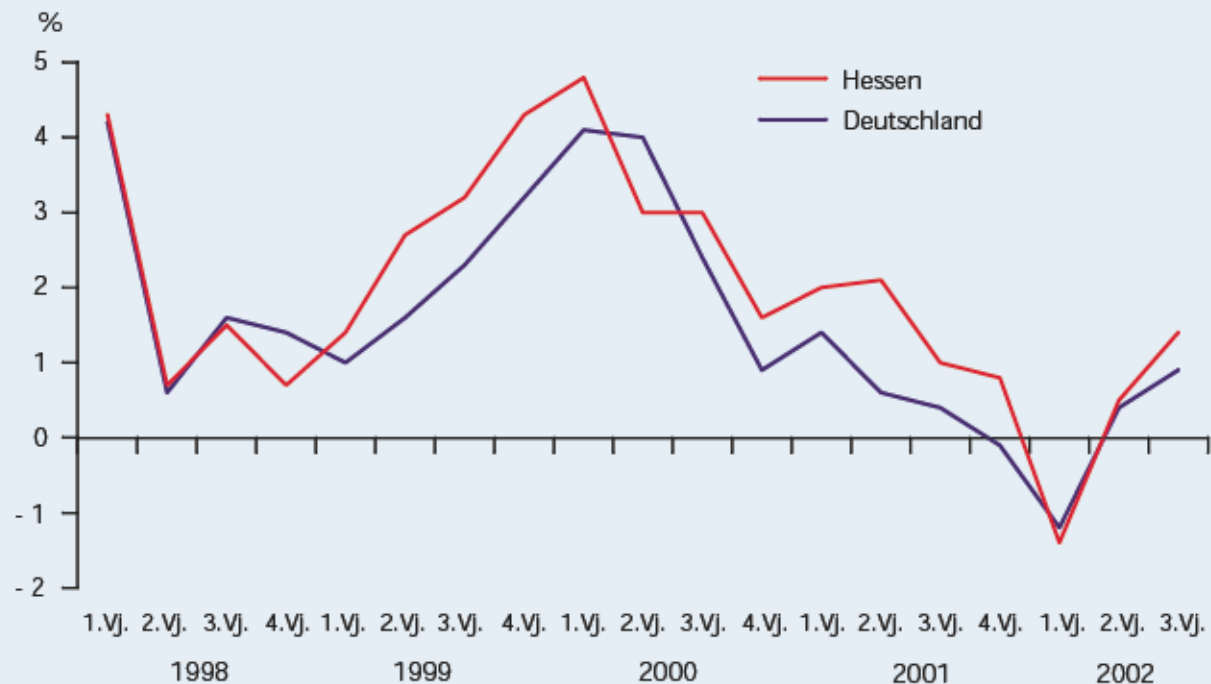
Die Beiträge zum Wachstumsvorsprung oder -rückstand nach Wirtschaftsbereichen werden anschließend zusammengefasst und der vierteljährlichen Veränderungsrate der unbereinigten realen Bruttowertschöpfung für Deutschland zugeschlagen. Die so errechnete Wachstumsrate der unbereinigten realen Bruttowertschöpfung wird mittels Bundes- und Landesangaben in eine Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes für Hessen umgewandelt. Erfahrungen in Baden-Württemberg und auch Probe-Rechnungen in Hessen für die Jahre 1996 bis 2000 zeigen, dass die Genauigkeit der Schätzmethode recht hoch ist. Im Durchschnitt sind die Abweichungen der aus diesen Quartalsberechnungen ermittelten durchschnittlichen Jahreswachstumsraten gering.

Übersicht der Indikatoren

Rechenbereich	Indikator
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Entwicklung im Bundesgebiet
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	Entwicklung im Bundesgebiet
Verarbeitendes Gewerbe	Volumenindex
Energie- und Wasserversorgung	Nettostromerzeugung
Baugewerbe	Gesamtumsatz
Einzelhandel (einschl. KFZ-Handel)	Umsatzmesszahlen
Großhandel	Umsatzmesszahlen
Gastgewerbe	Umsatzmesszahlen
Verkehr	Verkehr auf ausgewählten Flugplätzen in Deutschland
Kredit- und Versicherungsgewerbe	Regionale Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank
Vermietung und Unternehmensdienstleister	Entwicklung im Bundesgebiet
Öffentliche und private Dienstleister	Entwicklung im Bundesgebiet



### Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Hessen und in Deutschland 1998 bis 2002 (Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal)



HSL 05/03

Immer dann, wenn sich Ergebniszahlen des VGR-Arbeitskreises für zurückliegende Jahre ändern (z. B. durch aktuellere Berechnungen für die letzten Jahre, neue Berechnungsstände anhand verbesserter Fortschreibungen, eine neue Originärberechnung oder Revision), müssen auch die Quartalsdaten neu berechnet werden.

#### Ergebnisse

Die erstmals im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellten Vierteljahresergebnisse über die Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Hessen gegenüber dem Vorjahresquartal beziehen sich auf den Zeitraum vom ersten Quartal 1998 bis zum dritten Quartal 2002. Auf eine eingehende Kommentierung der zeitlichen Entwicklung dieser Größe wird hier verzichtet; ihr Verlauf innerhalb der Jahre wird jeweils im Rahmen der Halbjahresrechnung bzw. bei der Interpretation der Jahresergebnisse ausführlich beschrieben. Für eine Interpretation der zeitlichen Entwicklung nach Vierteljahre sowohl über einen längeren Zeitraum als auch am aktuellen Rand wären neben den prozentualen Veränderungen des realen Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahresquartal auch noch die Grundzahlen sowie saisonbereinigte Daten von großem Nutzen. Dies ist derzeit aus Kapazitätsgründen jedoch nicht zu leisten.

Ziel dieses Aufsatzes war es nicht, auf die Gründe für den unterjährigen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen und auch im Bundesgebiet näher einzugehen. Hierfür

sind die Ursachen zu komplex. Außer den Einflüssen, die vom allgemeinen Wachstumstrend sowie der konjunkturellen Entwicklung ausgehen, wirken sich zahlreiche andere Faktoren aus, wie z. B. Unregelmäßigkeiten des Kalenders, Witterungseinflüsse, rechtliche Einflüsse, Naturereignisse oder politische Entscheidungen. Sie beeinflussen die wirtschaftliche Aktivität mit unterschiedlicher Intensität und zeitlicher Verteilung, teils die Wirtschaftstätigkeit belebend, teils in entgegengesetzter Richtung.

Allgemein lässt sich feststellen, dass der unterjährige Wirtschaftsverlauf im Betrachtungszeitraum 1998 bis 2002 in Hessen dem in Deutschland ähnlich war — mit besonders hohen Werten im ersten Quartal 1998 und im ersten Quartal 2000 sowie einem negativen Wert im ersten Quartal 2002. Nach dem vierten Quartal 1998 waren die vierteljährlichen Zuwächse in Hessen deutlich dynamischer als auf Bundesebene. Ihren Höhepunkt erreichten sie im ersten Quartal 2000 mit einer Veränderungsrate von 4,8 % (Bundesgebiet: 4,1 %) gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Danach reduzierten sich die Veränderungsraten — abgesehen von kleinen Erholungen —, bis sie ihren Tiefststand im ersten Quartal 2002 mit – 1,4 % in Hessen und – 1,2 % im Bundesgebiet erreichten. Im zweiten und dritten Quartal 2002 setzte in Hessen und auch im Bundesgebiet eine leichte Belebung ein, wobei die wirtschaftliche Entwicklung im dritten Quartal in Hessen etwas dynamischer ausfiel als im Bundesgebiet. □



- Im Wintersemester 2002/03 wurden von den hessischen Hochschulen — außer 164 600 immatrikulierten Studenten — insgesamt 1202 *Gaststudierende* gemeldet. Dies sind so viele Gasthörer wie im Vorjahr. Gasthörer können auch ohne Abitur einzelne Kurse oder Lehrveranstaltungen an den Hochschulen besuchen, sind jedoch nicht prüfungsberechtigt. Dem Seniorenstudium kommt dabei eine besondere Bedeutung zu: 52 % der Gasthörer waren älter als 60 Jahre und 30 Personen hatten sogar das 80. Lebensjahr vollendet. Nur 16 % waren jünger als 30 Jahre. Das Durchschnittsalter der männlichen Gasthörer war mit gut 55 Jahren um 4 Jahre höher als das der Kommilitoninnen. Von den Hörerscheinen wurden 55 % in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (hauptsächlich in Religionslehre, Geschichte und Germanistik) erteilt, 17 % in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (hauptsächlich in Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Sozialwesen) sowie 12 % in Kunst und Kunstwissenschaft.

- Im April 2002 waren 2,76 Mill. oder 68 % der hessischen Einwohner im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren berufstätig. Wie erste Ergebnisse des Mikrozensus 2002 zeigen, ging die *Zahl der Erwerbstätigen* binnen Jahresfrist um 22 000 zurück. Dabei gab es einen Rückgang um 29 000 bei den Männern, während die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 7000 zunahm. Als Folge dieser Entwicklung sank die Erwerbstätigenquote der Männer weiter auf 74 %, während die entsprechende Quote der Frauen auf nunmehr 61 % stieg. Die Differenz betrug damit nur noch 13 Prozentpunkte; 10 Jahre zuvor hatte der Abstand noch 22 Prozentpunkte betragen. Gegenüber 1992 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote insgesamt geringfügig, da der Rückgang der Quote bei den Männern um 4 Prozentpunkte durch die Zunahme bei den Frauen um 5 Prozentpunkte mehr als ausgeglichen wurde.

- Die Jahreststeuerung der Verbraucherpreise in Hessen bleibt niedrig. Der erstmals auf Basis der Verbrauchsgewohnheiten im Jahr 2000 berechnete *Verbraucherpreisindex* (bisher Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) war im Februar um 1,0 % höher als ein Jahr zuvor. Im Januar hatte der auf der Grundlage des neuen Wägungsschemas berechnete Preisindex den Vorjahresstand um 0,9 % überschritten. Auch im Februar spielte die Preisentwicklung für Heizöl und Kraftstoffe eine besondere Rolle: Heizöl war um 27,1 % und Kraftstoffe waren um 14,9 % teurer als vor Jahresfrist. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte wäre der Gesamtindex im Februar 2003 nur um 0,3 % höher gewesen als ein Jahr zuvor. Nahrungsmittel hatten im Februar um 2,2 % und Kleidung und Schuhe um 1,9 % niedrigere Preise als ein Jahr zuvor. Unter den Nahrungsmitteln wurde Schweinefleisch um 2,4 %,

Rindfleisch um 1,9 % und Butter um 4,9 % billiger. Für Vollmilch gingen die Preise um 1,9 %, für Obst um 7,3 % und für Salat und Gemüse um 12,6 % zurück. Andererseits waren die Preise für Tabakwaren um 8,5 % und die für Strom um 6,7 % höher als vor Jahresfrist. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Verbraucherpreise stark an. Der Preisindex war im Februar um 0,5 % höher als im Januar. Dabei wirkten sich saisonale Effekte stark aus. Die Preise für Pauschalreisen stiegen binnen Monatsfrist um 7,9 % und die Mieten für Ferienwohnungen und -häuser um 5,1 %. Ohne saisonabhängige Waren und Dienstleistungen hätte der Gesamtindex von Januar auf Februar nur um 0,2 % zugenommen. Bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex werden jetzt die Verbrauchsgewohnheiten privater Haushalte im Jahr 2000 zu Grunde gelegt. Bisher stammte das Verbrauchs- oder Wägungsschema, das festlegt, wie stark die Preisentwicklung für die einzelnen Waren und Dienstleistungen den Verbraucherpreisindex beeinflusst, aus dem Jahr 1995. Gegenüber der alten Berechnung ging beispielsweise die Bedeutung der Nahrungsmittel weiter zurück und auch für Kleidung und Schuhe, alkoholfreie Getränke, Strom sowie alkoholische Getränke und Tabakwaren nahm sie ab. Dagegen stieg der Wägungsanteil für Wohnungsmieten. Neu aufgenommen wurden Dienstleistungen im Bereich der sozialen Sicherung (Kinderkrippenbesuch, Leistungen von Altenwohn- und Pflegeheimen, Essen auf Rädern). Ebenfalls neu im Warenkorb sind auch Brötchen zum Fertigbacken, Pizza zum Mitnehmen, Scanner, Laserdrucker, Digitalkameras, Blutdruckmessgeräte für das Handgelenk, Pizzaservice, Fahrradrepaturen sowie der Besuch von Sonnen- und Fitnessstudios. Bei der Erfassung von Pauschalreisen, Ferienwohnungen, Ferienflügen u. Ä. wurde eine Änderung vorgenommen, die den Saisonverlauf des gesamten Verbraucherpreisindex beeinflusst. Es ist jetzt sichergestellt, dass die Saisonhöhepunkte Weihnachten und Silvester in den Dezember-Index eingehen. Dadurch wird im Dezember und Januar auch die Preisentwicklung gegenüber dem Vormonat verändert.

- Die Zahl der *selbstständig Tätigen* in Hessen ist rückläufig. Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen, dass im April 2002 nur noch 294 000 Erwerbstätige selbstständig waren, das waren 7000 oder 2 % weniger als 2001. Gegenüber 1992 nahm aber die Zahl der Selbstständigen um 18 % zu. Damit waren im April 2002 fast 11 % der 2,8 Mill. Erwerbstätigen selbstständig, 10 Jahre zuvor waren es erst 9 % gewesen. Innerhalb von 10 Jahren erhöhte sich die Zahl der selbstständigen Männer um 27 000 auf 209 000 und die der selbstständigen Frauen um 18 000 auf 85 000. Die relative Zunahme der Selbstständigen war im Zehnjahresvergleich bei den Frauen mit 27 % deutlich höher als bei den Männern mit 15 %. Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen war bei den Männern mit gut 13,5 % aber immer noch fast doppelt so hoch wie bei den Frauen mit 7 %.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Junl	Jul	August	Mal	Junl	Jul	August
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 068,1 <sup>1)</sup>	6077,8 <sup>1)</sup>	6 072,2	6 073,7	6 073,8	6 082,5	6 083,6	6 086,0	6 088,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	3 529	2 826	4 396	3 677	3 261	2 855	4 467
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	7,1	5,5	8,5	7,1	6,5	5,5	8,6
* Lebendgeborene	"	4 901	4 686	4 603	5 006	5 287	4 406	4 558	5 285	4 922
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	8,3	9,2	9,7	10,2	8,5	9,1	10,2	9,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 029	4 948	4 317	5 140	4 997	4 852	4 698	4 937	4 742
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	8,8	8,6	10,0	9,7	9,4	9,4	9,6	9,2
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	21	19	11	17	18	19	23	24	15
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	4,2	2,4	3,4	3,4	4,3	5,0	4,5	3,0
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 127	- 262	286	- 134	290	- 446	- 140	348	180
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,3	- 0,5	0,6	- 0,3	0,6	- 0,9	- 0,3	0,7	0,3
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	12 869	17 793	17 860	12 256	12 696	16 902	16 631
darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	5 704	7 429	7 765	5 512	5 841	7 209	6 855
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	13 345	16 096	18 095	10 070	11 459	14 829	13 941
darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	6 122	7 657	9 610	4 123	4 857	6 130	5 445
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	- 476	1 697	- 235	2 186	1 237	2 073	2 690
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	18 349	17 943	16 228	20 110	19 970	15 783	16 172	21 129	20 251
		2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	198 272	207 134	223 585	208 750	213 579	222 481	244 216
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	88 540	90 177	94 258	90 492	91 551	93 344	100 232
Männer	"	110 886	122 151	109 732	116 957	129 327	118 258	122 028	129 137	143 984
Ausländer	"	42 684	45 295	43 735	45 495	47 946	44 289	45 539	46 985	50 479
Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	21 635	23 170	26 328	23 615	24 084	24 863	28 671
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,2	7,6	8,2	7,6	7,8	8,1	8,9
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	6,9	7,1	7,4	7,0	7,1	7,2	7,7
Männer	"	7,6	8,4	7,5	8,0	8,9	8,1	8,3	8,8	9,9
Ausländer	"	14,2	15,2	14,8	15,4	16,2	14,8	15,2	15,7	16,8
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	6,1	6,6	7,5	6,4	6,6	6,8	7,8
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	10 015	19 108	21 481	10 585	11 434	11 128	14 415
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	30 008	29 674	32 491	25 519	24 780	23 211	25 664
		2000	2001	2000			2001			2002
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5)6)</sup>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 169,4	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	938,1	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9
Ausländer	"	223,3	228,5	220,9	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	318,7	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2
darunter Frauen	"	274,5	284,9	273,0	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	13,3	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	548,9	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7
darunter Frauen	"	139,9	140,0	140,4	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	123,6	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	551,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4
darunter Frauen	"	244,2	248,4	244,0	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	435,7	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5
darunter Frauen	"	201,9	211,9	200,2	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	495,6	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4
darunter Frauen	"	329,3	333,2	334,1	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. —

5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001			2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	7 724	10 732	6 972	5 246	8 690	9 530	6 396
Kälber	"	224	277	266	341	397	240	286	326	350
Schweine	"	95 275	85 364	103 507	105 941	94 819	78 269	90 227	88 299	83 957
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	7 668	14 083	10 150	2 716	6 469	11 247	8 159
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	11 554	11 942	10 354	9 054	10 766	10 297	9 548
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 996	2 521	1 735	1 526	2 325	2 395	1 750
* Kälbern	"	20	22	25	32	36	22	29	25	29
* Schweinen	"	8 103	7 438	8 903	8 609	7 908	6 997	7 841	7 263	7 121
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Erzeugte Konsumei <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	28 862	33 578	34 327	26 455	29 716	25 933	26 261
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	85 962	83 110	89 607	79 355	79 071	77 309	81 073
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	81 592	78 881	85 173	75 805	75 403	73 759	76 713
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	17,5	17,5	18,3	16,1	15,5	15,7	15,9
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 193	3 267	3 264	3 263	3 181	3 165	3 151	3 148
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	444,2	458,1	455,8	452,9	444,5	441,5	440,0	437,3
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	269,6	259,5	268,9	267,0	264,6	259,8	258,0	256,4	254,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	34 156	32 318	35 910	36 091	27 928	32 759	33 777	33 467	27 323
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	667,4	651,3	667,3	632,0	634,9	621,2	648,3	601,5	636,0
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	726,5	703,8	963,0	743,8	711,5	721,8	942,3	463,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 884,1	7 421,9	7 466,9	6 504,1	7 541,1	7 333,9	7 387,6	6 575,9
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	3 002,0	2 992,8	3 172,2	3 088,7	2 287,9	3 182,8	3 232,7	3 099,5	2 379,2
* Investitionsgüterproduzenten	"	2 184,3	2 129,4	2 378,8	2 537,4	2 417,5	2 522,1	2 245,9	2 395,0	2 437,0
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	256,0	252,4	266,6	291,1	258,9	317,5	251,0	269,6	250,0
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 534,4	1 509,6	1 604,3	1 549,8	1 539,7	1 518,6	1 604,4	1 623,6	1 509,7
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 722,5	2 724,5	2 663,5	2 457,5	2 990,7	2 826,2	3 003,3	2 680,0
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,5	36,7	35,7	37,8	39,7	38,5	40,6	40,8
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	- 2,2	- 2,6	- 5,2	- 5,7	- 1,7	1,1	3,1	- 0,2	- 7,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	3,4	- 3,3	- 3,3	- 8,6	2,1	4,7	2,3	3,9
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 10,5	- 10,1	- 8,9	11,6	- 3,3	3,2	- 5,8	- 21,5
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 6,6	- 12,6	- 20,8	- 15,4	7,5	- 11,9	2,6	6,8
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 5,9	4,7	- 2,3	- 16,6	8,0	- 0,7	6,1	- 2,3
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	4,1	4,2	- 7,2	0,0	- 1,1	0,6	- 1,9
Maschinenbau	"	- 9,4	0,0	- 16,8	- 11,8	- 5,0	- 9,4	6,3	- 4,6	- 7,3
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	- 0,3	0,3	66,2	14,5	9,7	6,0	- 38,2
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 3,4	- 8,9	- 4,7	- 3,4	- 15,8	- 8,6	- 5,9	- 10,4	- 3,9
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	95	95	95	95
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 462	18 500	18 408	18 211	18 189	18 173	18 152
* darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	7 826	7 257	7 773	7 762	7 702	7 221	7 179	7 148	7 124
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)10)</sup>	1000 h	991	2 273	1 031	1 067	827	2 254	2 356	2 357	2 080
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	23,2	20,9	21,2	34,2	20,4	18,6	20,2	31,3	18,8
* Bruttogehaltssumme	"	39,0	42,0	38,1	61,1	39,6	37,8	40,5	58,7	54,1
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 308,3	1 980,6	2 307,8	2 845,8	...	...	...	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Kuckuckern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001			2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
HANDWERK										
* Beschäftigte	1996 – 100	90,6	...	91,0	.	88,9	86,8	.	.	...
* Umsatz	"	101,9	...	104,6	.	112,1	99,9	.	.	...
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	58,0	54,8	59,4	58,3	57,2	54,6	55,6	55,5	54,2
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	30,8	30,1	29,5	28,3	29,1	28,9	28,2
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	9,1	9,0	8,7	8,3	8,4	8,5	8,1
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,9	2,8	2,7	2,5	2,6	2,6	2,5
* Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000 h	5 381	5 012	6 537	5 990	4 167	5 615	5 906	5 472	3 698
Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 454	2 273	1 591	2 150	2 321	2 077	1 546
gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 928	1 735	1 231	1 526	1 636	1 575	1 075
öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	2 116	1 943	1 324	1 916	1 915	1 790	1 052
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	99,4	108,3	84,1	87,3	94,1	102,7	82,2
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	37,5	46,5	40,9	36,3	35,9	45,7	38,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	512,8	483,4	578,8	643,6	640,4	538,6	597,4	596,3	600,8
Wohnungsbau	"	141,1	134,5	165,2	184,0	141,0	152,4	161,8	153,6	151,6
gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	226,6	272,3	301,8	213,4	244,6	239,0	249,3
öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	184,2	184,0	194,9	171,4	188,2	203,1	196,6
* Index des Auftragsleistungs <sup>3)</sup> darunter	1995–100	81,4	71,4	64,2	72,1	64,0	71,2	71,6	63,8	65,1
Wohnungsbau	"	46,0	39,8	44,0	37,3	26,9	38,4	45,6	35,7	44,1
gewerblicher Bau	"	90,9	70,1	64,2	60,3	71,7	64,8	62,8	62,9	83,2
öffentlicher und Straßenbau	"	89,1	90,5	75,1	106,0	75,0	97,2	96,8	80,3	54,1
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,3	.	.	23,9	23,5	.	.	22,8
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 962	6 404	.	.	6 965	6 663	.	.	6 482
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	107,2	.	.	120,6	110,1	.	.	115,8
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	57,8	.	.	62,1	57,3	.	.	66,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	547,0	.	.	748,3	640,0	.	.	725,0
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	896	650	667	738	606	698	455
*   darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	805	559	592	635	521	615	405
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	1 046	895	762	839	663	793	581
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	194	164	141	156	126	150	110
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	235 948	204 249	165 281	206 129	152 911	183 202	135 382
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	220	219	195	161	129	160	148
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	1 948	1 961	1 763	1 479	743	1 209	1 356
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	359	244	263	237	129	180	240
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	280 959	245 899	250 656	194 165	143 477	164 878	240 407
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 997	1 770	1 730	1 712	1 297	1 543	1 269
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	10 115	8 100	7 943	8 534	6 840	7 766	6 119
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 – 100	91,6	...	91,7	92,2	81,5	...	...	...	...
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	93,0	...	92,8	92,5	81,1	...	...	...	...
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	100,7	...	101,2	100,8	100,4	...	...	...	...
Einzelhandel										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 – 100	97,3	...	99,0	103,9	105,9	90,0	...	...	...
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	98,8	...	101,0	105,7	107,5	92,4	...	...	...
darunter (Einzelhandel mit)	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Kraftfahrzeugen <sup>8)</sup> , Tankstellen	"	96,3	...	96,3	99,6	88,9	87,0	...	...	...
Waren verschiedener Art <sup>9)</sup>	"	102,0	...	100,9	110,4	125,5	94,8	...	...	...
Apotheken <sup>10)</sup>	"	106,7	...	107,0	111,1	124,3	107,8	...	...	...
Bekleidung	"	101,0	...	107,6	114,1	134,1	99,2	...	...	...
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>11)</sup>	"	99,3	...	109,0	112,2	114,6	78,8	...	...	...
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>12)</sup>	"	98,0	...	103,4	99,6	87,0	106,6	...	...	...
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	98,5	...	98,8	99,4	99,2	95,8	...	...	...
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — real	2000 – 100	97,7	89,5	102,3	93,9	96,1	97,1	92,1	84,1	86,7
* Index der Umsätze <sup>7)</sup> — nominal	"	99,4	94,3	104,5	95,2	98,0	102,4	97,3	86,1	91,2
darunter	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	91,9	106,3	90,6	85,9	110,8	102,8	85,1	79,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	99,3	94,2	100,8	98,2	109,8	94,0	91,6	89,8	100,8
Kantinen und Caterer	"	101,2	98,0	101,2	94,3	89,2	105,6	99,9	91,3	92,5
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	101,4	95,5	103,1	100,4	99,5	95,5	93,9	91,6	93,8

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Sanierung aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001			2002				
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
AUSSENHANDEL											
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	...	2 903,3	2 678,1	2 443,4	2 722,5	2 989,1	2 774,5	...	
davon											
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	...	67,3	64,0	91,5	78,0	92,9	69,7	...	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	...	2 836,0	2 614,2	2 351,9	2 644,5	2 896,2	2 704,9	...	
davon											
* Rohstoffe	"	20,9	...	13,9	23,9	19,5	14,6	19,0	18,1	...	
* Halbwaren	"	178,3	...	182,2	166,7	140,7	196,5	183,5	157,1	...	
* Fertigwaren	"	2 374,0	...	2 640,0	2 423,6	2 191,7	2 433,4	2 693,6	2 529,7	...	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	453,1	...	479,4	418,0	335,5	469,5	534,7	483,8	...	
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	...	2 160,6	2 005,6	1 856,1	1 963,9	2 158,8	2 045,9	...	
Unter den Fertigwaren waren											
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	...	...	...	...	687,2	753,9	678,6	...	
Maschinen	"	...	...	...	...	...	348,0	431,5	439,2	...	
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	...	...	...	...	344,1	347,5	356,5	...	
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	...	...	...	...	215,5	260,1	259,9	...	
Eisen- und Metallwaren	"	...	...	...	...	...	174,0	214,7	178,2	...	
davon nach											
* Europa	"	1 823,9	...	2 013,1	1 909,2	1 692,0	1 906,6	2 114,5	1 924,3	...	
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	...	1 520,5	1 471,7	1 287,7	1 361,2	1 550,3	1 444,5	...	
* Afrika	"	47,3	...	46,2	54,1	41,8	46,7	45,7	36,0	...	
* Amerika	"	371,0	...	439,0	322,5	306,2	358,9	373,0	382,8	...	
* Asien	"	360,0	...	371,4	360,7	367,8	390,5	434,0	413,4	...	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	...	33,6	31,6	35,5	19,8	21,9	18,0	...	
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	...	4 247,9	4 209,0	3 812,4	3 786,3	3 887,9	3 790,6	...	
davon											
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	...	195,4	244,1	181,4	183,7	192,3	185,4	...	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	...	4 052,6	3 964,9	3 631,0	3 602,6	3 695,5	3 605,3	...	
davon											
* Rohstoffe	"	46,2	...	35,3	44,5	31,1	56,5	71,1	69,4	...	
* Halbwaren	"	386,4	...	356,8	301,3	268,5	316,9	354,0	268,0	...	
* Fertigwaren	"	3 628,0	...	3 660,4	3 619,1	3 331,4	3 229,2	3 270,4	3 267,9	...	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	458,8	...	473,6	522,2	378,3	364,2	424,3	370,0	...	
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	...	3 186,9	3 096,9	2 953,1	2 865,0	2 846,0	2 897,9	...	
davon aus											
* Europa	"	2 764,7	...	2 848,2	2 787,3	2 668,9	2 508,8	2 535,2	2 495,1	...	
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	...	2 171,7	2 101,5	2 118,1	1 891,3	1 804,7	1 812,9	...	
* Afrika	"	91,0	...	65,4	81,1	70,8	79,4	97,5	57,3	...	
* Amerika	"	662,6	...	608,0	557,1	505,1	493,2	474,8	474,3	...	
* Asien	"	724,5	...	718,5	778,0	562,4	700,5	769,5	760,5	...	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	...	7,9	5,5	5,2	4,4	11,0	3,6	...	
TOURISMUS <sup>3)</sup>											
* Gästeankünfte	1000	813	796	884	782	590	976	883	774	571	
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	194	151	130	252	208	159	136	
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	2 333	1 882	1 525	2 464	2 318	1 827	1 487	
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	384	283	243	486	409	284	258	
Gästeübernachtungen nach Berichts-											
gemeindegruppen:											
Heilbäder	"	643	629	703	579	496	721	698	558	478	
Luftkurorte	"	124	118	140	90	83	149	133	92	85	
Erholungsorte	"	98	92	113	55	67	110	113	52	63	
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 377	1 158	879	1 484	1 375	1 125	861	
darunter Großstädte	"	575	550	591	555	420	654	598	542	405	
VERKEHR											
Binnenschifffahrt											
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	...	1 375	1 322	1 061	1 154	1 273	1 166	...	
davon											
* Güterversand	"	213	...	258	256	185	226	256	249	...	
* Gütereinfang	"	1 037	...	1 117	1 066	877	928	1 017	917	...	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und -Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2001			2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup>	Anzahl	30 179	29 183	28 541	27 356	21 861	28 281	28 131	27 578	22 495
darunter										
Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	25 845	24 882	19 605	25 185	25 426	25 276	19 924
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 628	1 557	1 425	1 797	1 788	1 579	1 383
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	535	420	299	856	465	293	761
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	351	304	320	281	282	246	232
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	11 298	3 390	3 479	2 886	11 207	12 414	12 180	11 174
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 572	2 451	1 959	2 511	2 407	2 319	2 007
* Getötete Personen	"	43	42	51	43	36	50	57	41	38
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 428	3 301	2 738	3 415	3 251	3 144	2 800
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen <sup>4)</sup>										
Beförderte Personen	1000	39 236	...	.	.	124 696	101 788	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	...	.	.	123 488	100 301	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	431	...	.	.	1 208	1 487	.	.	...
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	...	.	.	70 757	82 290	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	...	.	.	59 100	63 803	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	...	.	.	11 657	18 487	.	.	...
Einnahmen	1000 EUR	81 840	...	.	.	254 473	143 179	.	.	...
davon aus										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	...	.	.	218 669	107 961	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	...	.	.	35 804	35 218	.	.	...
GELD UND KREDIT										
B a n k e n <sup>6)</sup>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup>	Mill. EUR	546 660	.	.	.	559 889	.	.	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	426 563	.	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	"	71 101	.	.	.	74 471	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	352 092	.	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup>										
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	445 197	.	.	.	.
I n s o l v e n z e n										
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	268	392	290	271	280	429	468	487	...
darunter mangels Masse abgelehnt	"	122	108	154	127	88	83	132	177	...
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe	"	167	208	188	179	173	177	263	283	...
von natürlichen Personen als Gesell- schafter u.ä. Nachlässe <sup>9)</sup>	"	29	93	36	33	33	159	105	92	...
von Verbrauchern <sup>9)</sup>	"	73	91	66	59	74	93	100	112	...
Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	246 041	387 926	178 260	178 260	639 090	546 072	295 092	276 315	...
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 144	4 999	5 007	4 685	5 097	5 182	4 919	...
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 591	4 480	4 626	5 313	4 359	4 566	4 826	...
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	109,3	110,8	109,3	109,2	109,2	111,0	110,9	110,5	110,6
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	105,1	105,7	105,5	105,2	105,5	104,3	104,1	104,1	104,0
Bekleidung, Schuhe	"	104,1	103,9	104,0	104,3	104,2	103,8	103,9	103,4	103,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	113,5	115,1	113,9	113,7	113,6	115,4	115,6	115,2	115,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	102,8	103,7	103,0	103,4	103,4	103,5	103,6	103,6	103,7
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	117,4	119,4	116,2	116,2	115,4	120,6	120,5	119,3	119,4
Nachrichtenübermittlung	"	82,1	82,1	81,9	81,8	81,8	82,4	82,4	82,4	82,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	106,6	107,4	105,7	106,1	106,6	108,1	106,8	106,2	106,6
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	104,6	108,9	104,9	103,8	104,2	109,3	109,3	108,1	108,5
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	108,9	110,5	108,9	108,8	108,8	110,7	110,6	110,1	110,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	100,2 <sup>14)</sup>	102,4	.	102,4	.	.	.	102,2	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ab 2002: einschl. ehemals wirtschaftlich selbstständig Tätiger. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Relegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

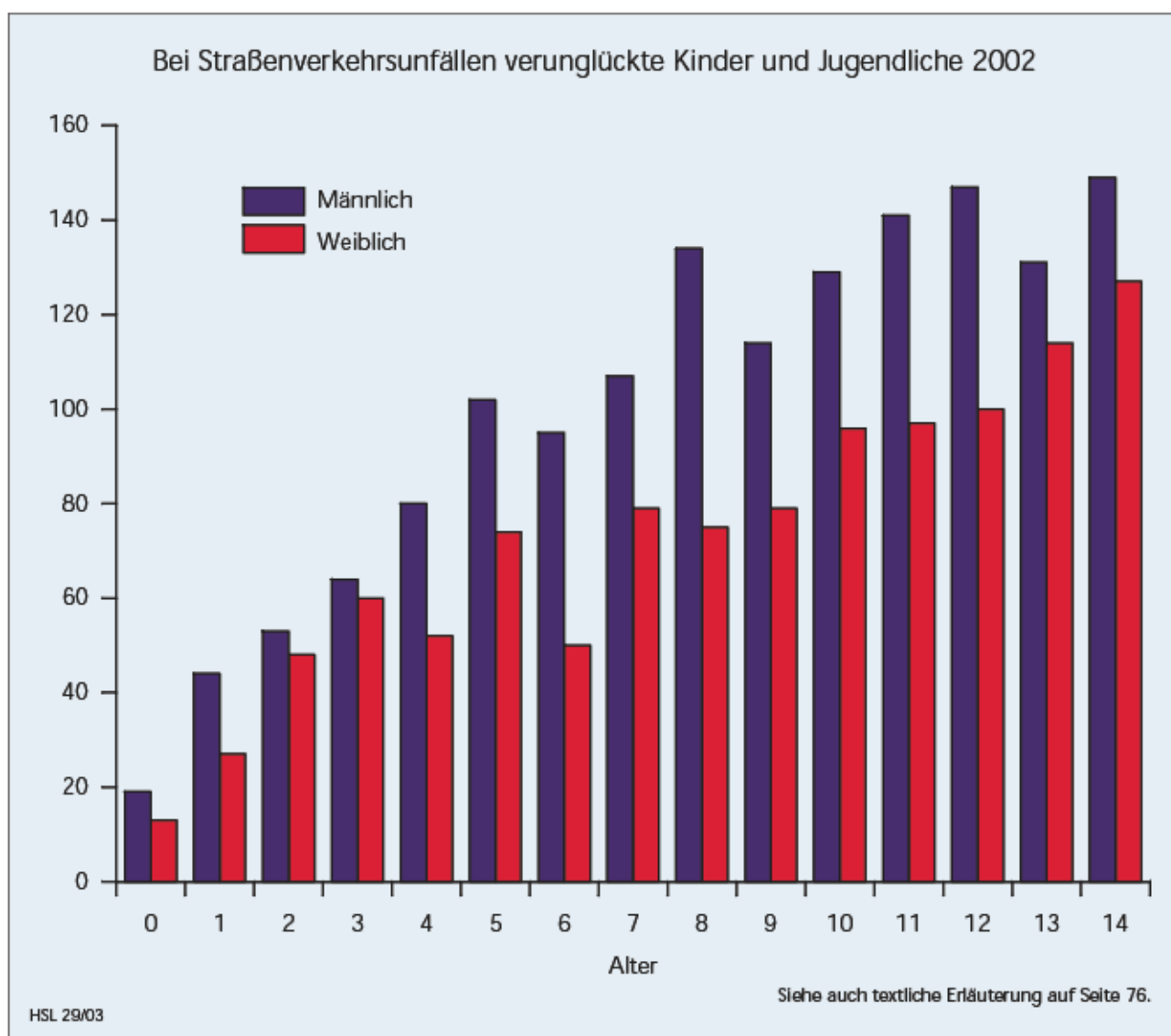


# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001			2002																								
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.																					
STEUERN																															
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	2 809,7	2 355,1	5 298,6	2 912,7	2 877,9	2 574,4	5 178,5																					
davon	-	3 014,8	2 722,8	2 389,1	1 971,4	4 678,9	2 764,1	2 349,8	2 250,4	4 479,7																					
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 314,1	1 298,9	2 361,1	1 279,1	1 300,1	1 246,5	2 287,5																					
davon	-	64,1	64,4	- 81,1	- 106,5	546,0	419,7	- 99,0	- 104,5	559,7																					
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	256,6	181,1	125,9	78,4	150,3	50,2	56,7	31,9	114,4																					
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	196,7	226,0	224,4	137,6	182,9	202,6	284,4																					
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 99,9	- 529,5	511,9	252,9	17,6	- 134,3	397,5																					
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	745,4	727,3	739,3	864,0	741,6	507,7	739,6	846,3	689,0																					
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	154,2	136,8	174,0	142,1	143,7	116,9	151,9	161,9	147,2																					
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	214,7	237,6	428,7	36,5	286,7	200,4	483,5																					
Einfuhrumsatzsteuer	-	41,9	52,0	53,0	44,1	98,1	0,0	54,0	58,4	123,3																					
Bundessteuern	-	67,9	78,1	37,2	53,2	16,0	0,0	39,5	61,7	38,0																					
darunter	-	11,5	9,0	12,2	11,5	8,9	8,4	10,2	9,5	10,0																					
Mineralölsteuer	-	141,3	126,8	146,1	115,2	106,0	103,6	140,2	111,1	112,6																					
Verschönerungssteuer	-	3,3	3,9	3,4	3,4	2,1	2,8	3,0	1,4	2,3																					
Zölle <sup>3)</sup>	-	23,6	18,0	29,3	16,0	20,3	23,7	30,4	20,1	23,6																					
Landessteuern	-	43,5	41,4	42,2	32,2	38,0	30,0	42,0	32,6	40,8																					
darunter	-	53,2	48,9	51,1	46,4	33,0	40,7	46,2	40,1	34,3																					
Vermögensteuer	-	26,5	30,5	67,5	19,3	76,0	0,0	90,9	3,0	92,7																					
Erbschaftsteuer	-																														
Grundwerbsteuer	-																														
Kraftfahrzeugsteuer	-																														
Gewerbsteuerumlage	-																														
<table><tr><th>2000</th><th>2001</th><th colspan="4">2001</th><th colspan="4">2002</th></tr><tr><th>Durchschnitt<sup>4)</sup></th><th></th><th>März</th><th>Juni</th><th>Sept.</th><th>Dez.</th><th>März</th><th>Juni</th><th>Sept.</th><th></th></tr></table>												2000	2001	2001				2002				Durchschnitt <sup>4)</sup>		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	
2000	2001	2001				2002																									
Durchschnitt <sup>4)</sup>		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.																							
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 609,7	1 485,6	994,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5																					
davon	-	4,3	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2																					
Grundsteuer A	-	150,8	154,9	150,0	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8																					
Grundsteuer B	-	742,2	491,5	683,8	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0																					
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	621,6	597,2	136,4	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0																					
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	17,2	16,0	15,5	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6																					
andere Steuern <sup>5)</sup>	-																														
<table><tr><th>2001</th><th>2002</th><th colspan="4">2001</th><th colspan="4">2002</th></tr><tr><th>Durchschnitt<sup>6)</sup></th><th></th><th>April</th><th>Juli</th><th>Okt.</th><th>Jan.</th><th>April</th><th>Juli</th><th>Okt.</th><th></th></tr></table>												2001	2002	2001				2002				Durchschnitt <sup>6)</sup>		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	
2001	2002	2001				2002																									
Durchschnitt <sup>6)</sup>		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.																							
VERDIENSTE <sup>7)</sup>																															
Arbeiterverdienste (Im Produzierenden Gewerbe)																															
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498																					
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578																					
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723																					
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 873	1 899	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937																					
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 749	1 766	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795																					
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26																					
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72																					
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80																					
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03																					
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01																					
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)																															
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710																					
* männlich	-	3 843	3 941	3 818	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964																					
* weiblich	-	2 863	2 963	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991																					
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492																					
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902																					
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 080	3 365	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403																					
* männlich	-	3 380	3 725	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757																					
* weiblich	-	2 617	2 823	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860																					
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400																					
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 487	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519																					

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.



## Wasser- und Abwassergebühren in Hessen 2001 und 2002

*Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurden bis in die späten Achtzigerjahre hinein primär unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes diskutiert. Die Zustände der öffentlichen Gewässer und die Sorge um eine quantitativ wie qualitativ ausreichende Versorgung mit Frischwasser beherrschten die Tagesordnungen zur Wasserwirtschaft. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung waren in diesem Kontext natürliche Aufgaben staatlicher, kommunaler Daseinsvorsorge. Die ökonomischen Aspekte der Wasserwirtschaft haben sich aber in den letzten Jahren — spätestens mit der in den Neunzigerjahren einsetzenden Deregulierungsdebatte — auf den vorderen Plätzen der Agenden etabliert. Trotz der Bedeutung der Thematik: Es gibt keine amtlichen, auf gesetzlicher Grundlage durchzuführenden, methodisch vergleichbaren, regelmäßigen Erhebungen über die Wasser- und Abwassergebühren. Wann immer es die knappen Mittel erlauben, versucht das Hessische Statistische Landesamt daher, diese sich auftuende Informationslücke zu schließen. Nach 1997 konnten die Wasser- und Abwassergebühren im Jahr 2002 nochmals erhoben werden. Diese Abhandlung gibt Einblicke in die Thematik, die Erhebung und das statistische Ergebnis, das aktuell in einem umfangreichen Sonderbericht Veröffentlichung fand<sup>1)</sup>.*

### 1 Grundlagen, Begrifflichkeiten und statistische Erhebung

#### Wasserversorgung

Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt werden muss. Die Landespolitik begreift daher die Wasserversorgung als Bestandteil einer nachhaltigen Wasserwirtschaft, die sich an den Zielen der Erhaltung und des Schutzes der Umwelt, der Verbesserung ihrer Qualität und des Ressourcenschutzes ausrichtet<sup>2)</sup>. Wesentliches Ziel der nachhaltigen Wasserwirtschaft ist die langfristige Sicherstellung der öffentlichen und industriell-gewerblichen Wasserversorgung unter Berücksichtigung der ökologischen Tragfähigkeit und Attraktivität der Gesamtregion sowie der räumlichen Nutzungsanforderungen von Bevölkerung und Wirtschaft.

Bei der Trinkwasserversorgung handelt es sich, wie in anderen Bereichen der leitungsgebundenen Infrastruktur auch, um einen Markt, der teilweise die Eigenschaften natürlicher Monopole aufweist. Diese werden durch die speziellen Eigenschaften des Gutes „Wasser“ und den sich davon herleitenden besonderen Versorgungs- und damit Kostenstrukturen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen noch verstärkt. So ist Trinkwasser ein heterogenes Gut, das in Abhängigkeit vom Wasservorkommen unterschiedliche Beschaffenheiten aufweist. Für Mischungen, die nur unter Beachtung hygienischer und wasserchemischer Grenzen möglich sind, wird in aller Regel eine Aufbereitung erforderlich. Qualitätsmängel können mit Gesundheitsgefahren für die Verbraucher verbunden sein. Lagerung und Transport führen grundsätzlich

zu Qualitätsminderungen, und die hohe Masse des Gutes verursacht entsprechende Transportkosten.

Als Teil der Daseinsvorsorge zählt die Wasserversorgung traditionell zum Kernbereich des Wirkungskreises der Gemeinden. In Hessen ist die Wasserversorgung eine Pflichtaufgabe der Gemeinde (§ 54 Abs. 1 Hessisches Wassergesetz — HWG). Danach haben die Kommunen in ihrem Gebiet die Bevölkerung und die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ausreichend mit Trink- und Betriebswasser zu versorgen. Sie können diese Aufgaben entweder selbst durchführen, ihre Durchführung auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts übertragen oder sich privater Dritter bei der Erfüllung dieser Aufgabe bedienen. Die Gemeinde kann die Wasserversorgung also privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich organisieren. Bedient sich die Gemeinde bei der Erfüllung der Pflichtaufgabe Wasserversorgung eines privaten Dritten oder nimmt sie ihre Aufgabe der Daseinsvorsorge „Wasserversorgung“ in privatrechtlicher Rechtsform wahr, so verbleibt dennoch die Verantwortung für die Wasserversorgung uneingeschränkt bei ihr; man spricht in diesen Fällen von einer formellen Privatisierung.

Die hohe Qualität des Leistungsangebotes deutscher Wasserversorger ist weitestgehend unumstritten. Nachdem aber im April 1998 die kartellrechtlichen Ausnahmereiche für Strom und Gas aufgehoben wurden, stellt sich nun auch für die Trinkwasserversorgung in Deutschland die Frage, ob Maßnahmen zur Verstärkung des Wettbewerbs einen Beitrag zu einer Veränderung der Unternehmensstrukturen und zu einer Effizienzerhöhung leisten können. Dabei ist der deutsche Wassermarkt bereits heute durch den Wettbewerb unterschiedlicher Systeme gekennzeichnet. Für die Verfolgung der Ziele im Gesundheits- und Umweltrecht besteht ein umfassender Ordnungsrahmen, der für alle Wasserver-

1) Hessisches Statistisches Landesamt; Die Wasser- und Abwassergebühren in Hessen, Wiesbaden, März 2003, 131 Seiten mit Beilage einer CD-ROM.

2) Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten; Wasser und Boden; 2002, S. 1 ([www.mueifg.hessende/wasser\\_boden/grundwasser/wasserversorgung](http://www.mueifg.hessende/wasser_boden/grundwasser/wasserversorgung))



sorgungsunternehmen — unabhängig von der Organisation des Wassermarktes — verbindlich ist. Um allerdings infolge der Zunahme des Wettbewerbs eventuelle Gefährdungen der Trinkwassergüte sowie des Umweltschutzes zu vermeiden, bleiben durchaus Lücken im wasserwirtschaftlichen Ordnungsrahmen zu schließen und Defizite im Vollzug des bestehenden umwelt- und gesundheitspolitischen Instrumentariums zu beseitigen<sup>3)</sup>. Nicht von ungefähr plädieren daher ernst zu nehmende Stimmen mit stichhaltigen Argumenten<sup>4)</sup> für eine gründliche Abklärung der Rahmenbedingungen einer weitergehenden Privatisierung der Wasserversorgung, um deren Vor- und Nachteile im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung im Bereich der Wasserversorgung umfassend zu würdigen.

### Abwasserbeseitigung

Das durch seinen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser wird als *Schmutzwasser* bezeichnet. *Häusliches Abwasser* ist, nach der Definition des Rates der Europäischen Union, Abwasser aus Wohngebieten und den dazu gehörigen Einrichtungen vorwiegend menschlichen Ursprungs und der Tätigkeiten in Haushaltungen<sup>5)</sup>. In einer Negativabgrenzung wird demgegenüber industrielles Abwasser als Abwasser aus Anlagen für gewerbliche oder industrielle Zwecke, soweit es sich nicht um häusliches Abwasser und Niederschlagswasser handelt, in dieser Richtlinie durch den Rat definiert. *Niederschlagswasser* ist das aus dem Bereich von bebauten oder künstlich befestigten Flächen abfließende oder gesammelte Wasser. Das in die öffentliche Kanalisation aus Haushaltungen oder ähnlichen Einrichtungen und aus Gewerbebetrieben oder Industrieanlagen abfließende Schmutzwasser, das über die Kanalisation abgeleitete Niederschlagswasser und das sonstige mit Schmutz- oder Niederschlagswasser in Abwasseranlagen abfließende Wasser bezeichnet man zusammenfassend als *Abwasser*. Nach dem Hessischen Wassergesetz gilt darüber hinaus als Abwasser das aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretende und gesammelte Wasser sowie der in Kleinkläranlagen anfallende Schlamm, soweit er aus häuslichem Abwasser stammt<sup>6)</sup>. Zielsetzung der Ableitung und Behandlung der Abwässer ist es, Boden und Gewässer vor schädlichen Verunreinigungen zu schützen und deren Nutzung und die dortigen Lebensgemeinschaften möglichst nicht zu beeinträchtigen.

3) Bundesministerium für Wirtschaft; Optionen, Chancen und Rahmenbedingungen einer Marktoöffnung für eine nachhaltige Wasserversorgung; Forschungsvorhaben 11/00 – Endbericht; Juli 2001, S. 6.

4) Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE); Moratorium bei der Privatisierung der Wasserversorgung; zitiert nach: [www.isoe.de/presse/morat.htm](http://www.isoe.de/presse/morat.htm)

5) Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates über die Behandlung von kommunalem Abwasser (KommAbwVO) vom 24. Juni 1997; GVBl. 1997, S. 297; 2000, S. 82.

6) Neufassung des Hessischen Wassergesetzes (HWG); Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, 21. Januar 2003, Nr. 2, S. 23.

7) Neufassung des Hessischen Wassergesetzes (HWG); Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, 21. Januar 2003, Nr. 2, S. 23.

8) Abel, Thomas; Deutscher Städtetag; Thesenpapier zur kommunalen Wasserversorgung in Deutschland; zitiert nach: [www.dstggb.de/Brennpunkte/Zukunft\\_der\\_Wasserwirtschaft](http://www.dstggb.de/Brennpunkte/Zukunft_der_Wasserwirtschaft).

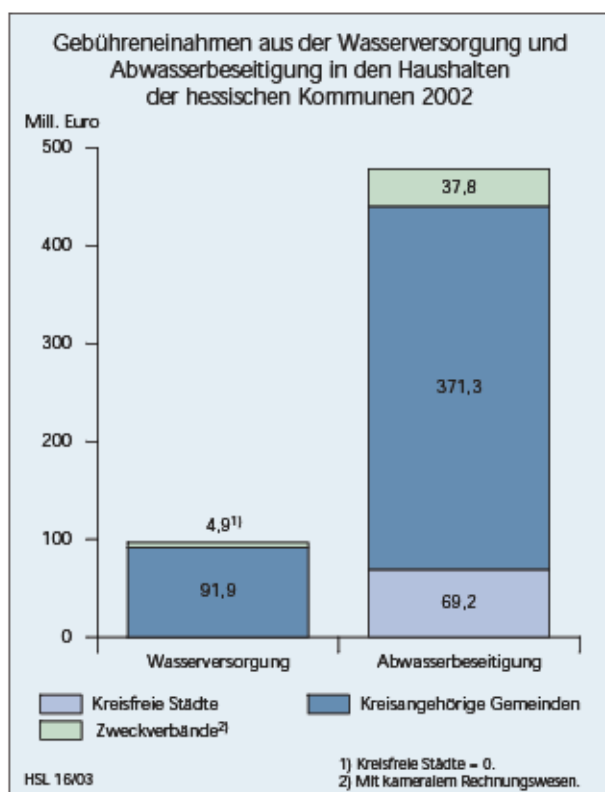
Zur Beseitigung der kommunalen Abwässer sind grundsätzlich die Gemeinden verpflichtet, in denen das Abwasser anfällt<sup>7)</sup>. Sie haben das in ihrem Gebiet anfallende Abwasser zu beseitigen, wenn nicht ein verbindlicher Abwasserbeseitigungsplan etwas anderes bestimmt. Die Gemeinden können ihre Abwasserbeseitigungspflicht auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts übertragen. Sie können hierzu insbesondere Wasser- und Bodenverbände oder Zweckverbände bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen. Auch können sie sich zur Erfüllung ihrer abwasserrechtlichen Aufgaben Dritter bedienen. Den Beseitigungspflichtigen ist das anfallende Abwasser entsprechend ihren Vorgaben zu überlassen, womit grundsätzlich ein allgemeiner Zwang zum Anschluss an und zur Benutzung der kommunalen Abwasserentsorgungseinrichtungen besteht.

Bei dem Lebensmittel „Wasser“ sind es in erster Linie die qualitativen Anforderungen, aus denen gegen eine weitergehende Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung Bedenken erwachsen. Bei der Abwasserbeseitigung treten dagegen eher die betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte, Fragen der Basis der Kostenkalkulationen und damit der Preisbildung, in den Vordergrund, da privaten Unternehmen Gewinnaufschläge für eine ausreichende Rendite des eingesetzten Kapitals einzuräumen sind. Die Wahl der Unternehmensform wird über die Gebühren- bzw. Preisgestaltung nicht ohne Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger bleiben können: „Ein an der Gewinnoptimierung orientiertes privates Unternehmen muss gegenüber einem lediglich an der Kostendeckung ausgerichteten kommunalen Unternehmen eine erhebliche Effizienzsteigerung realisieren, um unter dem Strich günstiger anbieten zu können“<sup>8)</sup>.

### Gebühren für Frischwasser und Abwasser

Als Entgelte — Äquivalente oder Gegenleistungen — für konkrete öffentlich-rechtliche Dienstleistungen erheben die Gemeinden und Gemeindeverbände kommunale Gebühren. Allgemein wird zwischen Benutzungsgebühren — als Entgelt für die tatsächliche Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Leistungen — und Verwaltungsgebühren — als Gegenleistung für Amtshandlungen — unterschieden. Die kommunalen Gebühren haben als Verwaltungseinnahmen für die Gemeinden erhebliche Bedeutung.

In Hessen erzielten die Gemeinden im Jahr 2000 Gebühreneinnahmen in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd. Euro. Dies waren gut 8 % ihrer Gesamteinnahmen und 10 % ihrer Verwaltungseinnahmen. Gut ein Drittel der kommunalen Gebühreneinnahmen wurden aus der Abwasserbeseitigung (440 Mill. Euro) und der Wasserversorgung (92 Mill. Euro) Erlöst. Weitere 43 Mill. Euro an Gebühreneinnahmen aus der kommunalen Wasserwirtschaft lassen sich aus den laufenden Statistiken in den Haushalten der rund 120 hier tätigen kamerale Zweckverbände nachweisen. Damit wurden von den Gemeinden im Jahr 2000 rund 575 Mill. Euro an Gebüh-



ren aus der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung haushaltsmäßig vereinnahmt. Über das Gebührenaufkommen bei den kaufmännisch buchenden Zweckverbänden und aus den kommunalen Haushalten ausgegliederten, mit dem Einzug der Wasser- und Abwassergebühren beauftragten Einrichtungen liegen keine Daten vor.

Nach § 93 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung haben sich die Gemeinden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen, soweit vertretbar und geboten, aus Entgelten für ihre Leistungen zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen. Steuern und Kredite treten in der Rangfolge der Einnahmenbeschaffung hinter die speziellen Entgelte (Gebühren, Beiträge, Kommunalabgaben eigener Art) zurück. Diese zwingend festgelegte Rangfolge verpflichtet die Gemeinden dazu, die ihnen eröffneten Möglichkeiten zur Erhebung spezieller Entgelte vorrangig wahrzunehmen und die ihnen gesetzlich zugewiesenen Abgabequellen auszuschöpfen.

Das Erheben von Benutzungsgebühren unterliegt bestimmten gebührenrechtlichen Grundsätzen, die teils aus dem Begriff Gebühr, teils aus der Verfassung abgeleitet werden. Im Verhältnis zwischen Kommunen und Gebührenpflichtigen sind das *Äquivalenzprinzip* — zwischen der erhobenen Gebühr und dem Wert der Gegenleistung darf kein offensichtliches Missverhältnis bestehen — und der *Grundsatz der speziellen Entgeltlichkeit* — eine Gebühr darf dem Gebührenpflichtigen nur für eine speziell für ihn erbrachte Leistung auferlegt werden — zu beachten. Im Verhältnis der

Gebührenpflichtigen untereinander ist der *Gleichheitsgrundsatz (Gerechtigkeitspostulat)* anzulegen: Die Gebühren müssen grundsätzlich nach dem Umfang der Benutzung bemessen sein, sodass die Benutzer bei gleicher Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung etwa gleich hohe Gebühren, bei unterschiedlicher Benutzung diesen Unterschieden in etwa entsprechende Gebühren bezahlen.

Dass Benutzungsgebühren auf der Grundlage von nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten kalkuliert werden müssen, ist in Hessen — wie in allen anderen Bundesländern — Vorschrift. Es gibt allerdings bedeutsame Unterschiede im Hinblick auf die Zulässigkeit verschiedener Abschreibungsmethoden, auf die Definition der Abschreibungsbasis sowie auf die davon abhängige Höhe der kalkulatorischen Verzinsung des gebundenen Restkapitals. Auch enthält das Hessische Kommunalabgabengesetz, wie die meisten anderen Abgabenordnungen der anderen Bundesländer, ein Kostendeckungsgebot. In praktisch allen Kommunalabgabengesetzen sind *Grundgebühren*, d. h. zweiteilige Tarife, ausdrücklich für zulässig erklärt. Die Grundgebühr ist in Hessen auf die Kosten der Unterhaltung der öffentlichen Einrichtung beschränkt. Mit der Grundgebühr können somit — beispielsweise durch das Bereitstellen und das ständige Vorhalten der Leitungsnetze sowie speziellen Einrichtungen der Wasserversorgung (etwa Pumpstationen, Zwischenspeicher) und der Abwasserbeseitigung (u. a. Vorklärwerke, Kläranlagen) entstehende, vom Verbrauch unabhängige Betriebskosten — wie anteilige Personalkosten der Verwaltung, Abschreibungen und Zinsen — ganz oder teilweise in Ansatz gebracht werden. Die Gestaltung der verbrauchsabhängigen Tarife hat in Hessen in enger Auslegung des Äquivalenzprinzips linear zu erfolgen; lediglich in Baden-Württemberg und Thüringen sind auch progressive Tarife zulässig. Degressive Tarife für Betriebe, die Sparvorkehrungen für ihren Wasserverbrauch treffen, kennt man nur in Bayern. Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt erlauben Anreize für umweltschonendes Verhalten im Rahmen der Gebührentarife.

Gebührenordnungen der so genannten kostenrechnenden Einheiten, die sich zu mehr als der Hälfte über Gebühreneinnahmen finanzieren, unterliegen der Haushaltsaufsicht des Landes. Es wird überwacht, ob die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes eingehalten, insbesondere die kalkulatorischen Kosten regelkonform berechnet werden. Die Gemeinden haben de facto bei der Festlegung der kalkulatorischen Verzinsung einen hohen Ermessensspielraum. Auch bei der Alternative, vom Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungswert abzuschreiben, ergeben sich unterschiedlich hohe ansatzfähige Kosten, wobei i. d. R. der Wiederbeschaffungswert die höheren Kosten ausweist.

Die Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen bleibt bei der Festsetzung von kommunalen Gebühren grundsätzlich außer Betracht, weil ihrer Leistung eine Leistung der Kommune



gegenübersteht. Wenn im Einzelfall die Heranziehung eine persönliche oder sachliche Härte darstellt, kann die Kommune auf Antrag mit einer Billigkeitsentscheidung helfen, z. B. durch Stundung, Ratenzahlung, teilweisen oder völligen Erlass oder Niederschlagung.

Die Gemeinden müssen nicht Eigentümer der Einrichtung sein, für die sie Gebühren oder Beiträge erheben. Haben sie Dritte mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben betraut, müssen sie sich in dem Vertrag mit dem Dritten einen solchen Einfluss auf die Einrichtung einräumen lassen, dass sie die Leistungen wie eine der Gemeinde eigene Einrichtung zur Verfügung stellen und die Inanspruchnahme zu angemessenen Bedingungen garantieren können.

Die Gebühren werden in der Regel von den örtlichen Parlamenten per Satzung beschlossen und in regelmäßigen Abständen — den skizzierten Grundsätzen der Gebührenfestlegung folgend — an die Kostenentwicklung angepasst.

Der Gebührenmaßstab, der dem Gerechtigkeitspostulat ideell am ehesten entspricht, ist der *Wirklichkeitsmaßstab*, wonach Art und Umfang der Inanspruchnahme einer Leistung genau festzustellen sind. Wirklichkeitsmaßstäbe sind grundsätzlich bei der Gebührenfestsetzung anzuwenden. Muss ausnahmsweise ein *Wahrscheinlichkeitsmaßstab* gewählt werden, dann darf er nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung stehen. Während die Bemessungsgrundlage für den Frischwasserbezug durch beim Verbraucher installierte Messgeräte leicht zu ermitteln ist, sind Messeinrichtungen für das beim Nutzer der öffentlichen Abwasserbeseitigung anfallende Abwasser in der Praxis zu aufwändig und wenig praktikabel. Daher wurde beim Abwasser die Anwendung eines Wahrscheinlichkeitsmaßstabs in ständiger Rechtsprechung stets bejaht. Für die Einleitung häuslicher Abwässer in die Kanalisation wird hierzu im Allgemeinen der so genannte *Frischwassermaßstab* angelegt, nach dem angenommen wird, dass der Frischwasserverbrauch mit der Menge des eingeleiteten Abwassers korreliert.

Die Kosten für die Behandlung des *Niederschlagswassers* sind jedoch infolge der in den letzten Jahren erhöhten gesetzlichen Anforderungen gestiegen. Auch sorgen die hydraulischen Probleme bei der Niederschlagswasserbeseitigung für einen hohen finanziellen Aufwand<sup>9)</sup>. Da nach dem Frischwassermaßstab die Einleitung des von einer Liegenschaft abfließenden Niederschlagswassers unberücksichtigt bleibt, ist seit Beginn der Neunzigerjahre eine Reihe von Gemeinden dazu übergegangen, hierfür eine zusätzliche Gebühr zu erheben. Als regionale Besonderheit wurde in den Achtzigerjahren die Niederschlagswassergebühr von den Gemeinden im hessischen Ried als ein Instrument gegen das starke Absinken des Grundwasserspiegels eingeführt. Die

*Niederschlagswassergebühren* sollen grundsätzlich die Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwässerungsverhältnisse auf den einzelnen Grundstücken ermöglichen (Umsetzung des Gerechtigkeitspostulats). Gebührenmaßstab ist daher die Größe der bebauten oder künstlich befestigten Fläche eines Grundstücks, von der Niederschlagswasser der Abwasserbeseitigung zugeführt wird. Mit der Niederschlagswassergebühr können im Sinne des Hessischen Wassergesetzes somit Steuerungsfunktionen wahrgenommen werden, indem Grundstückseigentümer, die das auf ihr Grundstück gelangende Regenwasser versickern lassen oder verwerten, entsprechend begünstigt werden. Allerdings ist restriktive Voraussetzung für die Erhebung einer Niederschlagswassergebühr, dass die Gemeinden die versiegelten oder befestigten Grundstücksanteile, von denen Niederschlagswasser der öffentlichen Abwasserbeseitigung zugeleitet wird, genau ermitteln. Einer zur Erfüllung des Gleichheitsgrundsatzes bei der Gebührenbemessung wünschenswerten weiteren Verbreitung der Niederschlagswassergebühr ist dieses ebenso notwendige wie aufwendige Präliminare sicherlich nicht förderlich.

#### Statistische Erhebung der Frischwasser- und Abwassergebühren

Die Frischwasser- und Abwassergebühren werden weder bundesweit noch in einzelnen Bundesländern regelmäßig nach methodisch einheitlichen Verfahren erhoben. Um die Informationslücke zumindest für Hessen zu schließen und auf Grund der starken Nachfrage nach diesen Informationen hat das Hessische Statistische Landesamt erstmals im Jahr 1997 die Wasser- und Abwassergebühren für die Jahre 1996 und 1997 bei den hessischen Gemeinden erfragt. Erhoben wurden damals zum Stichtag 30. Juni die in den Gemeinden geltenden Gebühren für den Frischwasserverbrauch, die verbrauchsabhängigen Gebühren für häusliches Abwasser und die Niederschlagswassergebühren. Der überaus positiven, zu einer erneuten Erhebung ermutigenden Kritik zur Erhebung 1996/1997 waren allerdings auch konstruktive Bedenken zu entnehmen. Diese aufgreifend wurden zum einen in der aktuellen Erhebung nunmehr neben den mengenabhängigen Verbrauchs- beziehungsweise Nutzungsgebühren *auch die jeweiligen Grundgebühren* berücksichtigt, wobei für den Bezug von Frischwasser nur der Mess- bzw. Grundpreis für den jeweils kleinsten Zähler bei den Gemeinden erhoben wurde. Zur weiteren Verbesserung der interregionalen und temporären Vergleichbarkeit des Datenmaterials und der Belastungen der Endverbraucher aus der Inanspruchnahme der Leistungen der kommunalen Wasserwirtschaft erfolgte für die unterschiedlichen Tarifgestaltungen die Berechnung von *Vergleichsgebühren*. Grundsätzlich wurden dabei als Vergleichsmenge 48 m<sup>3</sup> pro Person und Jahr zu Grunde gelegt. Diese Festlegung stützt sich auf Empfehlungen des Bundesverbandes der Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), der einen bundesdurchschnittlichen, jährli-

9) Cosack, Tilman; Juristische Grundlagen bei der Erhebung einer getrennten Abwassergebühr; in: Kommunale Steuer-Zeitschrift, Heft 1, Januar 2001, S. 1.



### Übersicht der Vergleichsgebühren

Die *Frischwasservergleichsgebühr* ( $F_v$ ) wurde für eine statistische Vergleichsperson mit einem Frischwasserverbrauch von 48 m<sup>3</sup> pro Jahr berechnet.

Berechnungsbeispiel für die Gemeinde Malsfeld, Jahr 2002:

Gebühren für Frischwasser (F): 0,97 Euro je m<sup>3</sup>; monatliche Grundgebühr für Frischwasser (GF): 0,46 Euro; Vergleichsverbrauchsmenge (V): 48 m<sup>3</sup>

$$F_v = (F \times V) + (12 \times GF) = (0,97 \text{ Euro} \times 48) + (12 \times 0,46 \text{ Euro}) = 52,08 \text{ Euro}.$$

Die *Abwasservergleichsgebühr* ( $A_v$ ) wurde für eine statistische Vergleichsperson mit einem Frischwasserverbrauch und damit einem Schmutzwasservolumen von 48 m<sup>3</sup> pro Jahr berechnet, wobei hier die gegebenenfalls in der Gemeinde erhobene Niederschlagswassergebühr mit einer fiktiven versiegelten Fläche von 50 m<sup>2</sup> pro Jahr und Person berücksichtigt wurde.

Berechnungsbeispiel für die Gemeinde Fernwald, Jahr 2002:

Gebühren für häusliches Abwasser (A): 0,85 Euro je m<sup>3</sup>; monatliche Grundgebühr für Abwasser (GA): 0,0 Euro; Niederschlagswassergebühr (N): 0,50 Euro je m<sup>2</sup> versiegelter Fläche; Vergleichsverbrauchs- resp. -nutzungsmenge (V): 48 m<sup>3</sup>

$$A_v = (A \times V) + (12 \times GA) + (50 \times N) = (0,85 \text{ Euro} \times 48) + (12 \times 0,0 \text{ Euro}) + (50 \times 0,50 \text{ Euro}) = 65,80 \text{ Euro}.$$

Darüber hinaus wurde für den Vergleich der Belastungen der Endnutzer aus der kommunalen Frisch- und Schmutzwasserversorgung eine *Gesamtvergleichsgebühr* berechnet.

Die Gesamtvergleichsgebühr ( $G_v$ ) wurde ebenfalls für die statistische Vergleichsperson mit einem Frischwasserverbrauch und einem damit korrespondierenden Schmutzwasservolumen von 48 m<sup>3</sup> pro Jahr berechnet, wobei die gegebenenfalls in der Gemeinde erhobene Niederschlagswassergebühr mit einer fiktiven versiegelten Fläche von 50 m<sup>2</sup> pro Jahr und Person berücksichtigt wurde.

Berechnungsbeispiel für die Gemeinde Stockstadt am Rhein, Jahr 2002:

Gebühren für Frischwasser (F): 1,87 Euro je m<sup>3</sup>; monatliche Grundgebühr für Frischwasser (GF): 7,16 Euro; Gebühren für häusliches Abwasser (A): 2,20 Euro je m<sup>3</sup>; monatliche Grundgebühr für Abwasser (GA): 0,0 Euro; Niederschlagswassergebühr (N): 0,80 Euro je m<sup>2</sup> versiegelter Fläche; Vergleichsverbrauchs- resp. -nutzungsmenge (V): 48 m<sup>3</sup>

$$G_v = (F \times V) + (12 \times GF) + (A \times V) + (12 \times GA) + (50 \times N) \\ = (1,87 \text{ Euro} \times 48) + (12 \times 7,16 \text{ Euro}) + (2,20 \text{ Euro} \times 48) + (12 \times 0,0 \text{ Euro}) + (50 \times 0,80 \text{ Euro}) = 321,18 \text{ Euro}.$$

chen Wasserverbrauch von 190 m<sup>3</sup> für einen Vier-Personen-Haushalt ermittelt hat. Der Ansatz eines Pro-Kopf-Verbrauchswertes für die Berechnung der Vergleichsgebühren folgt der Überlegung, dass mit dieser Größe die Nutzungs- und Vergleichsmöglichkeiten für den Datennutzer noch verbessert werden.

Die Übersicht gibt die Berechnungsschemata der Vergleichsgebühren mit exemplarischen Berechnungsbeispielen wieder.

In der Wiederholungserhebung des Jahres 2002 wurden die in den Gemeinden jeweils zum 1. April der Jahre 2001 und 2002 gültigen Gebührensätze erfragt. Sowohl in der Erhebung des Jahres 1997 als auch in der aktuellen Erhebung wurden die Gebührensätze ohne Mehrwertsteuer erhoben und werden in dieser Abhandlung und in der ihr zu Grunde liegenden Publikation ebenso netto — ohne diese Steuer, die für den Verbraucher mit zusätzlichen 7 % zu Buche schlägt — dargestellt.

## 2 Frischwassergebühren in Hessen

Im Jahr 2002 wurden von den hessischen Gemeinden für den Kubikmeter Frischwasser durchschnittlich 1,70 Euro an Verbrauchsgebühren verlangt. Die Spannweite dieser verbrauchsbezogenen Frischwassergebühren war beträchtlich. Sie reichte von 0,82 Euro im Minimum bis zu 3,27 Euro im Maximum. Allerdings wurde von mehr als drei Vierteln der 426 hessischen Gemeinden zusätzlich eine monatliche Grundgebühr für den Frischwasserbezug erhoben. Im Durchschnitt forderten diese 329 Gemeinden eine Grundgebühr von 1,65 Euro pro Monat. Hier war die Spannweite noch eindrucksvoller als bei den Verbrauchsgebühren: Sie reichte von 0,21 bis zu 9,95 Euro.

Bei den 97 Gemeinden, die keine zusätzliche Grundgebühr erhoben, betrug die durchschnittliche Frischwassergebühr ebenfalls nur 1,70 Euro je m<sup>3</sup>. Hier lag das Minimum bei 1,07 Euro je m<sup>3</sup>, das Maximum jedoch lediglich bei 2,68 Euro je m<sup>3</sup>.

### Frischwassergebühren in Hessen 2002 nach Einwohnergrößenklassen

Einwohnergrößenklasse	Verbrauchsabhängige Gebühren					Grundgebühren			
	Gemeinden	Euro je m³			Gemeinden	monatl. Grundpreis (Euro)			
		D	niedrigster Wert	höchster Wert		D	niedrigster Wert	höchster Wert	
Unter 1 000	1	1,31	X	X	1	2,04	X	X	
1 000 bis unter 3 000	32	1,67	1,25	2,38	28	1,24	0,50	5,56	
3 000 bis unter 5 000	71	1,61	0,97	3,27	51	0,96	0,21	7,16	
5 000 bis unter 10 000	151	1,71	0,82	3,03	110	1,12	0,25	7,16	
10 000 bis unter 20 000	114	1,71	0,89	2,86	91	1,26	0,32	9,95	
20 000 bis unter 50 000	45	1,74	1,17	2,74	38	1,99	0,60	7,16	
50 000 bis unter 100 000	7	1,91	1,54	2,21	6	2,11	0,77	5,35	
100 000 bis unter 200 000	3	2,01	1,87	2,13	3	3,49	1,53	7,16	
200 000 bis unter 500 000	1	2,61	X	X	1	2,05	X	X	
500 000 oder mehr	1	2,00	X	X	1	3,27	X	X	
Insgesamt	426	1,70	0,82	3,27	330	1,65	0,21	9,95	

Dieser empirische Befund kann einerseits als Beleg dafür interpretiert werden, dass die Gemeinden in ihren Kalkulationen und Festsetzungen der Grundgebühren tatsächlich nur die von der Inanspruchnahme der Wasserversorgung unabhängigen, fixen Kosten berücksichtigen. Andererseits zeigt er, dass die verbrauchsbezogenen, variablen Kosten offenbar nicht allzu stark differieren. Ein inverser Zusammenhang zwischen den Verbrauchsgebühren und den Grundgebühren, wie er unter der Annahme grundsätzlich unterschiedlicher Kostenstrukturen der Gemeinden mit und ohne Grundgebühr zu vermuten wäre, besteht zudem nicht. Die Korrelation zwischen Verbrauchsgebühren und Grundgebühren (Korrelationskoeffizient  $r = 0,08$ , Bestimmtheitsmaß  $b = 0,006$ ) lässt keinen Zusammenhang zwischen diesen beiden „Wasserpreisen“ erkennen. Gemeinden, die keine Grundgebühr erheben, verlangen also keineswegs eine erhöhte Nutzungsgebühr, wie umgekehrt Gemeinden, die eine Grundgebühr erheben, deshalb nicht die Verbrauchsgebühren besonders niedrig festsetzen.

Eine erhebliche Bedeutung für die Kosten der Wasserversorgung und damit für die Anspannung der Gebührensätze für das Frischwasser sollten dagegen der Einwohnerzahl und der Siedlungsdichte zukommen. Bei den Verbrauchsgebühren ist dabei wegen des grundsätzlichen Mangels an Kostendegression kein starker Zusammenhang zu vermuten, während bei den Grundgebühren die potenziell mögliche Kostendegression durch mit steigenden Einwohnerzahlen und steigender Siedlungsdichte prinzipiell erhöhten Investitionsbedarf und Unterhaltungsaufwand konterkariert werden kann. Überraschend scheinen bei den Frischwassergebühren Schnitte zwischen den Gemeinden verschiedener Einwohnergrößenklassen erkennbar zu sein. In den größeren Städten und Gemeinden liegen die Gebühren für Frischwasser im Durchschnitt über, in den kleineren Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern unter dem Landesdurchschnitt von 1,70 Euro. Allerdings lässt schon die Betrachtung der Spannbreite der verbrauchsabhängigen Frischwassergebühren in den einzelnen Einwohnergrößenklassen eine starke Verbind-

ung zwischen Einwohnerzahlen und Höhe der Verbrauchsgebühren fraglich erscheinen. Tatsächlich zeitigt die Prüfung anhand der Korrelation keinen signifikanten Zusammenhang; es lassen sich bestenfalls 12 % der Streuung der Verbrauchsgebühren um ihren Mittelwert durch die Einwohnerzahlen erklären.

Bei den Grundgebühren könnte der Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und der Gebührenhöhe wegen des als steigend anzunehmenden logistischen Aufwands — umfangreichere Versorgungsnetze, Speicher, Anlagen zur Trinkwasseraufbereitung, Pumpstationen usw. — deutlicher sein, sofern hier die Kostendegression diesen nicht überlagert. Tatsächlich belegen auch die Grundgebühren für das Frischwasser nur der Tendenz nach einen vagen Zusammenhang in dem empirischen Material des Jahres 2002 ( $r = 0,15$ ). Weitere Ursachen für dieses Phänomen können zum einen in der divergierenden Siedlungsdichte in Abhängigkeit von der flächenmäßigen Ausdehnung der Gemeinden und den unterschiedlichen Topografien, zum anderen in den die Gemeindegrenzen überschreitenden Versorgungsstrukturen — übergemeindlich, regional anbietende Wasserversorger wie Zweckverbände und öffentlich-rechtliche Unternehmen — vermutet werden.

#### Aktuelle Veränderungen der Gebühren für Frischwasser

Die Betrachtung der aktuellen Veränderungen der kommunalen Gebühren für Wasser und Abwasser erhält durch die Währungsumstellung zu Anfang des Jahres 2002 einen besonderen Reiz. So können in den aktuellen Veränderungswerten der „Wasser- und Abwasserpreise“ in gewissen Grenzen auch die Effekte der Euro-Einführung abgeschätzt werden.

Tatsächlich haben von den 426 hessischen Gemeinden lediglich 210 Gemeinden ihre Verbrauchsgebühren für Frischwasser im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr verändert. 127 erhöhten, 83 reduzierten die Verbrauchsgebühr. Durch die



zum 1. Januar 2002 erfolgte Währungsumstellung von der Deutschen Mark auf den Euro kann es sich bei den Veränderungen im Bereich von einem Cent um Rundungsdifferenzen handeln. Bleiben diese minimalen Gebührenbewegungen außer Betracht, dann haben lediglich 89 Gemeinden ihre Verbrauchsgebühren gegenüber dem Vorjahr um 2 oder mehr Cent erhöht, nur 55 Gemeinden haben sie um 2 oder mehr Cent zurückgenommen. Die Gebührenveränderungen bewegten sich dabei zwischen Erhöhungen um 43 Cent je m<sup>3</sup> und Abnahmen um bis zu 1,93 Euro je m<sup>3</sup>.

Bei den Grundgebühren für den Frischwasserbezug verzichteten im Jahr 2002 die Gemeinden Calden (Landkreis Kassel) und Heusenstamm (Landkreis Offenbach) gegenüber dem Vorjahr auf die Erhebung dieser Gebühren. Dagegen nahmen im Jahr 2002 vier Gemeinden, die im Vorjahr noch keine Grundgebühr für den Frischwasserbezug angesetzt hatten, diese neu in ihren Gebührenkatalog auf. Insgesamt haben 172 der 329 hessischen Gemeinden, die im Jahr 2002 eine Grundgebühr für den Frischwasserbezug erheben, diese variiert. 67 Gemeinden erhöhten ihre Grundgebühr bzw. setzten eine Grundgebühr neu fest, 105 Gemeinden senkten ihre Grundgebühr bzw. setzten die Erhebung ab. 14 Erhöhungen spielten sich lediglich im Bereich von einem Cent ab; maximal wurden die Grundgebühren — neben den Neuansetzungen (3,27 Euro, 2 Euro, 1 Euro und 0,35 Euro) — um 2 Euro erhöht. Um 2 oder mehr Cent und um bis zu 1,22 Euro senkten 68 Gemeinden ihre Frischwassergrundgebühren; die 2 Gemeinden, die ab 2002 keine Grundgebühr mehr erheben, verzichteten auf monatlich 1,28 bzw. 1,02 Euro von den potenziellen Abnehmern ihres Frischwassers.

### Interkommunaler Vergleich der Gebühren für Frischwasser

Aus der Option der Gemeinden zur Erhebung einer zur Verbrauchsgebühr zusätzlichen Grundgebühr erwächst eine Dualität der „Wasserpreise“, die einen direkten Vergleich der regionalen Wasserkosten auf der Stufe der Endverbraucher erschwert. Durch die Berechnung von Vergleichsgebühren lässt sich aber eine methodisch saubere Datenbasis für einen interkommunalen Vergleich der „Wasserpreise“ gewinnen. Aus den bei den Gemeinden erhobenen Gebührensätzen wurden daher, wie oben und in der Übersicht auf Seite .. erläutert, *Frischwasservergleichsgebühren* berechnet.

Die für den Bezug von Frischwasser im Jahr 2002 berechneten Vergleichsgebühren lassen regional erhebliche Belastungsunterschiede für die Wasserabnehmer erkennen. So hatten statistische Vergleichspersonen mit einem Jahresverbrauch von 48 m<sup>3</sup> Frischwasser im Landesdurchschnitt knapp 97 Euro für ihre Wasserrechnung — netto, ohne Mehrwertsteuer — im Jahr 2002 zu bezahlen. Am wenigsten kostete nach dieser Modellrechnung der Frischwasserbezug für ein Jahr mit 51 Euro in der Gemeinde Hosenfeld

Frischwasservergleichsgebühren<sup>1)</sup> in Hessen 2002 nach Einwohnergrößenklassen (in Euro)

Einwohnergrößenklasse	Frischwasservergleichsgebühren <sup>1)</sup>		
	D	niedrigster Wert	höchster Wert
Unter 1 000	87,36	—	—
1 000 bis unter 3 000	95,05	57,60	135,84
3 000 bis unter 5 000	88,63	51,36	181,68
5 000 bis unter 10 000	95,59	54,24	175,68
10 000 bis unter 20 000	97,20	56,16	214,92
20 000 bis unter 50 000	107,36	56,64	175,68
50 000 bis unter 100 000	117,22	92,16	170,28
100 000 bis unter 200 000	109,91	89,76	120,70
200 000 bis unter 500 000	149,88	—	—
500 000 oder mehr	135,24	—	—
<b>Insgesamt (D)</b>	<b>96,72</b>	<b>51,36</b>	<b>214,92</b>

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

(Landkreis Fulda), am meisten in Ginsheim-Gustavsburg (Landkreis Groß-Gerau), wo fast 215 Euro für die gleiche Jahresverbrauchs menge an Frischwasser zu bezahlen waren.

Auch die Tabellierung der Frischwasservergleichsgebühren nach Einwohnergrößenklassen scheint einen Zusammenhang zwischen den Einwohnerzahlen der Gemeinden und der Höhe der Frischwasserpreise wiederzugeben. Nachdem aber bereits bei der Betrachtung der Verbrauchsgebühren und der Grundgebühren des Frischwassers gezeigt werden konnte, dass keine funktionale Beziehung zwischen Gebühren und Gemeindegröße besteht, kann dieser Augenschein nur trügen. Es besteht ebenso kein stringenter Zusammenhang zwischen der Höhe Frischwasservergleichsgebühr und der Größe der Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl ( $r = 0,16$ ;  $b = 0,03$ ).

Die für den Frischwasserbezug berechneten Vergleichsgebühren zeigen weiter, dass von den rund 6 Mill. Einwohnern Hessens nicht ganz die Hälfte ihren Jahresverbrauch an Frischwasser für unter 100 Euro an Gebühren decken konnte. Knapp 20 % oder 1,2 Mill. Hessen hatten rechnerisch

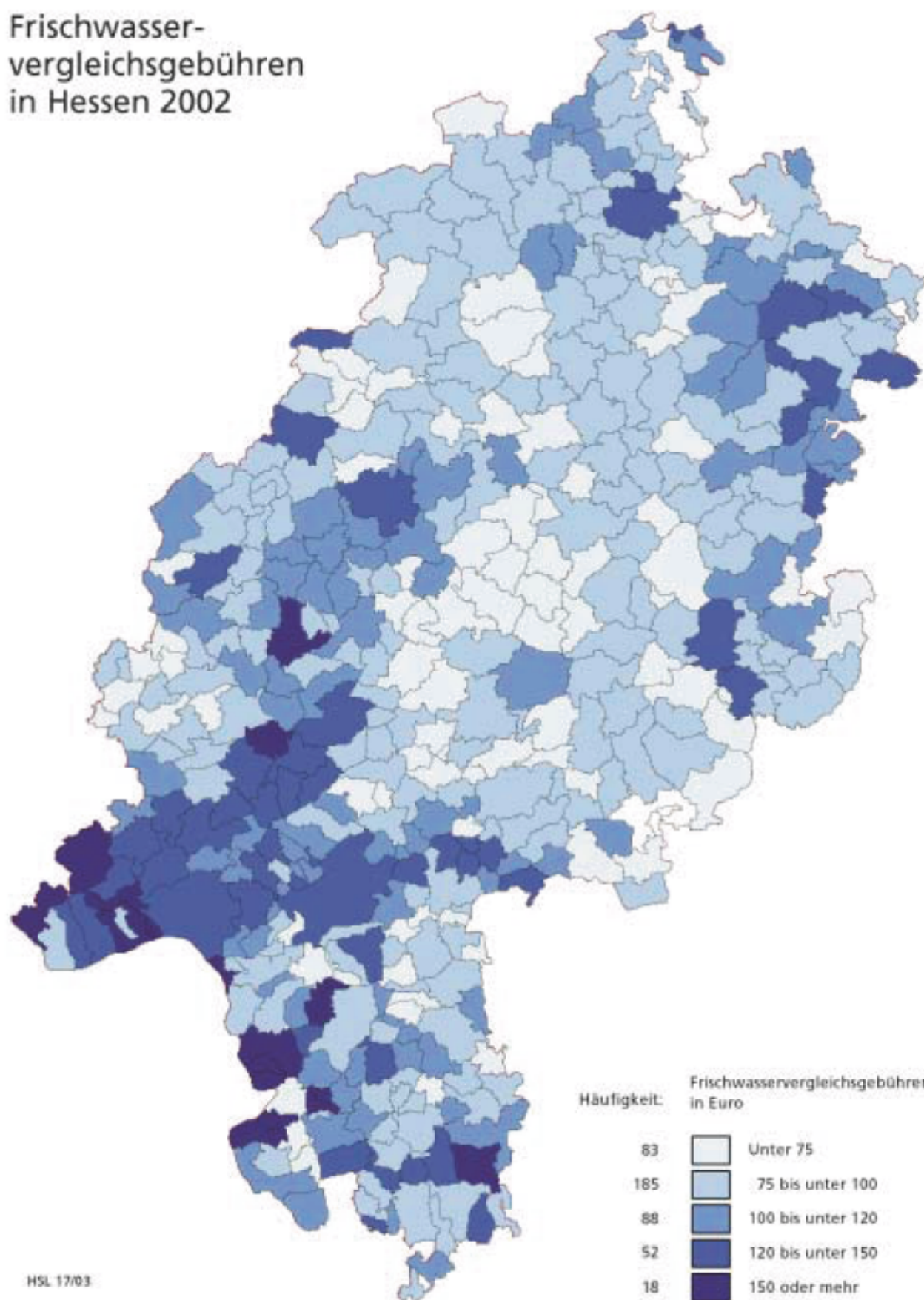
Gemeinden und Einwohner in Hessen 2002 nach Größenklassen der Frischwasservergleichsgebühren<sup>1)</sup>

Gebührengößenklasse (Euro)	D	Ge-meinden	Einwohner am 30.6.2001	
	Euro	Anzahl	Anteil in %	
Unter 75	67,08	83	672 770	11,08
75 bis unter 100	87,19	184	2 149 453	35,40
100 bis unter 120	108,63	88	1 175 197	19,35
120 bis unter 150	131,60	52	1 855 766	30,56
150 oder mehr	172,45	19	218 987	3,61
<b>Insgesamt</b>	<b>96,72</b>	<b>426</b>	<b>6 072 173</b>	<b>100</b>

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.



# Frischwasser- vergleichsgebühren in Hessen 2002



HSL 17/03

**Frischwassergebühren und Frischwasservergleichsgebühren<sup>1)</sup> von ausgewählten Gemeinden  
in Hessen 2001 und 2002 nach der Höhe der Vergleichsgebühren 2002**

Stadt (St.), Gemeinde	Frischwassergebühren				Frischwasservergleichsgebühren <sup>1)</sup>			
	2001		2002		2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) 2002 gegenüber 2001	
	je m³	monatl. Grundpreis	je m³	monatl. Grundpreis			abs.	%
Euro								
Niedrigste Vergleichsgebühren								
Hosenfeld	1,20	—	1,07	—	57,67	51,36	- 6,31	- 10,9
Malsfeld	0,97	0,46	0,97	0,46	52,15	52,08	- 0,07	- 0,1
Breuberg, St.	1,00	0,56	0,99	0,56	54,61	54,24	- 0,37	- 0,7
Bad Salzschlirf	1,15	—	1,15	—	55,22	55,20	- 0,02	- 0,0
Kelsterbach, St.	1,18	—	1,17	—	56,45	56,16	- 0,29	- 0,5
Obertshausen, St.	1,18	—	1,18	—	56,45	56,64	0,19	0,3
Melsungen, St.	1,18	—	1,18	—	56,45	56,64	0,19	0,3
Grünberg, St.	1,00	0,77	1,00	0,75	57,06	57,00	- 0,06	- 0,1
Mainhausen	1,18	—	1,20	—	56,45	57,60	1,15	2,0
Feldatal	1,20	—	1,20	—	57,43	57,60	0,17	0,3
Höchste Vergleichsgebühren								
Taunusstein, St.	2,74	1,53	2,74	1,53	149,71	149,88	0,17	0,1
Grävenwiesbach	2,66	0,77	2,95	0,77	136,82	150,84	14,02	10,2
Heidenrod	2,78	0,51	3,03	0,51	139,40	151,56	12,16	8,7
Eltville am Rhein, St.	2,33	4,09	2,30	4,09	160,75	159,48	- 1,27	- 0,8
Schlangenbad	2,33	4,09	2,30	4,09	160,75	159,48	- 1,27	- 0,8
Walluf	2,33	4,09	2,30	4,09	160,75	159,48	- 1,27	- 0,8
Wetzlar, St.	2,21	5,47	2,21	5,35	171,92	170,28	- 1,64	- 1,0
11 südhessische Gemeinden <sup>2)</sup>	1,87	7,16	1,87	7,16	175,68	175,68	0,00	0,0
Lorch, St.	3,27	2,06	3,27	2,06	181,73	181,68	- 0,05	- 0,0
Ginsheim-Gustavsburg	1,99	9,37	1,99	9,95	208,18	214,92	6,74	3,2
Insgesamt (D)	1,69	1,64	1,70	1,65	95,65	96,72	1,07	1,1

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen. — 2) Die südheissischen Gemeinden Alsbach-Hähnlein, Biblis, Bickenbach, Biebesheim am Rhein, Erbach, Erzhausen, Groß-Rohrheim, Riedstadt, Stockstadt am Rhein, Weiterstadt und Darmstadt weisen im Jahr 2002 identische Frischwassergebührenstrukturen auf.

zwischen 100 Euro und bis zu 120 Euro für ihren Jahreswasserverbrauch aufzuwenden. Nur 4 % der Einwohner Hessens in 19 Gemeinden mussten für „Ihre“ 48 m³ Frischwasser zwischen 150 Euro und bis zu rund 215 Euro in der Spitze an Gebühren entrichten.

### 3 Abwassergebühren in Hessen

Die Umlegung der Kosten der Beseitigung der *häuslichen Abwässer* durch die Gemeinde auf die vorwiegend privaten Einleiter der Abwasser kann grundsätzlich über die Erhebung einer mengenabhängigen Nutzungsgebühr — hier im Weiteren zur deutlicheren Unterscheidung als *Schmutzwassergebühr* bezeichnet —, einer periodischen *Abwassergrundgebühr* und zudem über eine *Niederschlagswassergebühr* erfolgen. Während die anhand des Frischwasserbezugs, als Wahrscheinlichkeitsmaßstab für das Schmutzwasser veranschlagte, mengenorientierte Nutzungsgebühr grundsätzlich in allen hessischen Gemeinden erhoben wird, wurden zusätzliche Grundgebühren nur in 16 Gemeinden und Niederschlagswassergebühren in immerhin 75 Gemeinden von den privaten, häuslichen Nutzern der öffentlichen Abwasserbeseitigung gefordert.

Die Gemeinde Hünfeld hat zum Ende des Jahres 2001 vor dem hessischen Verwaltungsgericht ein Urteil erstritten, nachdem alle drei Gebühren — Nutzungsgebühr, Grundgebühr und Niederschlagswassergebühr — parallel erhoben werden dürfen. Hünfeld könnte damit als erste Gemeinde in Hessen die gesamte Palette der bekannten Abwassergebühren ausschöpfen. In der aktuellen Umfrage über die Abwassergebühren hat die Gemeinde Hünfeld allerdings zu den Stichtagen 1. April 2001 und 2002 keine Grundgebühr für das häusliche Abwasser gemeldet.

Im Jahr 2002 wurden von den hessischen Gemeinden für die Einleitung von 1 m³ Schmutzwasser durchschnittlich 2,65 Euro an Abwassergebühren verlangt. Die Spannweite dieser rein mengenorientierten Gebühren reichte von 0,85 Euro im Minimum bis zu 4,73 Euro im Maximum.

Dass nur 16 oder knapp 4 % der 426 hessischen Gemeinden zusätzlich eine monatliche Grundgebühr für die Abwasserentsorgung festsetzten, kontrastiert stark mit der Gebührenstruktur bei der Frischwasserversorgung; wie gezeigt wurde, verlangten 329 Gemeinden neben der Nutzungsgebühr für das Frischwasser eine zusätzliche Grundgebühr. Offenbar werden die fixen Kosten der Abwasserbeseitigung vorwie-



**Abwassergebühren und Abwasservergleichsgebühren<sup>1)</sup> in Hessen 2002  
nach Einwohnergrößenklassen**

Einwohnergrößenklasse	Gebühren für häusliches Abwasser				Gebühren für Niederschlagswasser		Abwasservergleichsgebühren <sup>1)</sup>
	Gemeinden	je m <sup>3</sup>	Gemeinden	monatl. Grundpreis	Gemeinden	je m <sup>2</sup> versiegelter Fläche	
		Euro		Euro		Euro	
Unter 1 000	1	2,50	—	—	—	—	120,00
1 000 bis unter 3 000	32	2,71	4	1,90	1	0,01	132,95
3 000 bis unter 5 000	71	2,84	1	3,10	1	0,38	137,29
5 000 bis unter 10 000	151	2,81	6	1,12	13	0,54	137,65
10 000 bis unter 20 000	114	2,55	4	1,45	32	0,56	131,14
20 000 bis unter 50 000	45	2,12	1	3,07	23	0,52	116,96
50 000 bis unter 100 000	7	1,97	—	—	3	0,64	108,13
100 000 bis unter 200 000	3	2,49	—	—	2	0,72	143,51
200 000 bis unter 500 000	1	2,94	—	—	—	—	141,12
500 000 oder mehr	1	1,76	—	—	—	—	84,48
<b>Insgesamt</b>	<b>426</b>	<b>2,65</b>	<b>16</b>	<b>1,64</b>	<b>75</b>	<b>0,54</b>	<b>132,71</b>

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

gend über entsprechende Anschluss- und Erschließungsbeiträge abgedeckt, während beim Frischwasser die Grundgebühren wesentlich zur Abdeckung der Kosten der Zählerinstallation (Zählergebühr) erhoben werden. Im Durchschnitt forderten die 16 Gemeinden, die eine Grundgebühr für häusliches Abwasser verlangten, monatlich 1,65 Euro, wobei hier mindestens 0,13 Euro, höchstens aber 3,10 Euro pro Monat angesetzt wurden. Ein Indiz dafür, dass die Kostenbelastung aus der Abwasserbeseitigung in diesen Gemeinden besonders hoch ist, kann darin gesehen werden, dass sie neben der Grundgebühr überdurchschnittlich hohe Schmutzwassergebühren von den häuslichen Einleitern reklamierten. Nur fünf der sechzehn Gemeinden mit einer Grundgebühr für Abwasser blieben mit ihrer Festsetzung der Schmutzwassergebühren unter dem Landesdurchschnitt, und es lässt sich ein etwas deutlicherer positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der Abwassergrundgebühr und der Höhe der Schmutzwassergebühr feststellen ( $r = 0,50$ ;  $b = 0,25$ ).

Die 75 Gemeinden mit Niederschlagswassergebühr verlangten je m<sup>2</sup> versiegelter oder künstlich befestigter Fläche durchschnittlich eine Gebühr in Höhe von 54 Cent, wobei hier die Spannweite der Gebühren von 1 Cent bis zu 92 Cent reichte.

Die Gebühr für das häusliche Abwasser belief sich allerdings im Durchschnitt dieser Gemeinden nur auf 1,97 Euro — alle Gemeinden: 2,65 Euro —, bei einer minimalen Gebühr von 85 Cent und einer maximalen Gebühr von 3,60 Euro. Ein inverser Zusammenhang zwischen der Schmutzwassergebühr und der Niederschlagswassergebühr für häusliches Abwasser, wie er unter den Annahmen exakter Kostenzurechnun-

gen und der Einlösung des Gerechtigkeitspostulats durch Einführung der Niederschlagswassergebühr vermutet werden könnte, besteht nicht. Die Korrelation zwischen Schmutzwassergebühren und Niederschlagswassergebühren ( $r = -0,008$ ) lässt überhaupt keinen Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Abwassergebührensätzen erkennen. Gemeinden mit hoher Schmutzwassergebühr verlangen also keine niedrigere Niederschlagswassergebühr, wie umgekehrt Gemeinden, die eine Niederschlagswassergebühr erheben, deshalb nicht ihre Schmutzwassergebühr niedriger festsetzen.

Mehr noch als bei der Frischwasserversorgung sollten dagegen Siedlungsdichte und topografische Gegebenheiten für die Gebührenkalkulation der Abwasserbeseitigung eine Rolle spielen. Einerseits kann hier für die direkten Kosten der Inanspruchnahme der Abwasserentsorgung, also für die Kalkulationsbasis der Abwassergebühren, eine Degression bei höherer Siedlungsdichte erwartet werden. Andererseits dürften dieser prinzipiell denkbaren Kostendegression in den hochverdichteten, städtischen Gebieten höhere Investitions- und Unterhaltungskosten entgegenstehen. Mit abnehmender Siedlungsdichte ist dagegen eher mit einer progressiven Kostenbasis für die Grund- und Niederschlagswassergebühren zu rechnen, da hier Einrichtungen zentraler Kläranlagen mit einem höheren Investitionsbedarf aus einer extensiveren Kanalisation einhergehen. In diese Betrachtung wird für die „Siedlungsdichte“ allerdings nur der Indikator Einwohnerzahlen einbezogen, vertiefende Analysen, etwa durch die Einbeziehung der Gemeindeflächen, müssen weitergehenden Untersuchungen vorbehalten bleiben<sup>10)</sup>.

Tatsächlich lassen sich für die Schmutzwassergebühren diesen Überlegungen entsprechende Tendenzen in dem nach den Einwohnergrößenklassen der Gemeinden gruppierten Datenmaterial erkennen. So liegen die durchschnittlichen

10) Die der Veröffentlichung „Die Wasser- und Abwassergebühren in Hessen“ beiliegende CD-ROM enthält auch Daten der Gebietsflächen der hessischen Gemeinden.



Schmutzwassergebühren in den Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern deutlich unter dem Landesdurchschnitt, während sie in den Gemeinden mit 3000 und bis unter 10 000 Einwohnern deutlich darüber liegen. Ein klarer Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und Höhe der Gebühren für Schmutzwasser besteht gleichwohl nicht. Nach der statistischen Berechnungen für die beiden Datenreihen lassen sich nur bis zu 16 % der gesamten Streuung der Schmutzwassergebühren um ihren Mittelwert über die Einwohnerzahlen erklären. Bei den Grundgebühren fällt der Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und Gebührenhöhe zwar erwartungsgemäß etwas deutlicher, aber keineswegs gesicherter aus ( $r = 0,29$ ). Neben der flächenmäßigen Ausdehnung der Gemeinden und den unterschiedlichen topografischen Gegebenheiten sind es sicherlich die besonderen Strukturen der kommunalen Abwasserbeseitigung — die übergemeindlichen, regional tätigen Abwasserversorger —, die hier die Komplexität erhöhen und den Blick auf triviale betriebswirtschaftliche Zusammenhänge verstellen.

Für die *Niederschlagswassergebühren* ist gleichfalls ein schwacher positiver Zusammenhang zwischen der Zahl der Einwohner der Gemeinden und der Höhe der Niederschlagswassergebühr zu ermitteln ( $r = 0,19$ ). Tendenziell steigt danach die Höhe der Niederschlagswassergebühr mit wachsender Einwohnerzahl der Gemeinden. Bei zu Kontrollzwecken durchgeführten Berechnungen der Zusammenhänge zwischen Niederschlagswassergebühren und Gemeindeflächen sowie der Einwohnerdichte konnten die eingangs zu diesem Abschnitt hypothetisch eingebrachten Zusammenhänge ihrer Tendenz nach gut bestätigt werden. So nimmt die Höhe der Niederschlagswassergebühr mit zunehmender Gemeindefläche eher ab ( $r = -0,19$ ), während bei steigender Siedlungsdichte (Einwohner je km<sup>2</sup> Gemeindefläche) ein leicht stärkerer Hang der Gemeinden zur Anhebung der Niederschlagswassergebühr zu bestehen scheint ( $r = 0,34$ ;  $b = 0,11$ ).

#### **Aktuelle Veränderungen der Gebühren für häusliches Abwasser**

Von den 426 hessischen Gemeinden haben im Jahr 2002 lediglich 196 Gemeinden ihre Gebühren für Schmutzwasser gegenüber dem Vorjahr unverändert belassen. Von den 230 Gemeinden, die somit ihre Schmutzwassergebühr zu Anfang 2002 neu festgesetzt haben, haben 68 eine Absenkung, 162 eine Erhöhung dieser Gebühr beschlossen. Um 1 Cent, also im Rundungsbereich der Währungsumstellung, haben 30 der 68 Gemeinden mit Gebührensenkung und 19 der 162 Gemeinden mit Gebührenerhöhung ihren Gebührensatz für das Schmutzwasser verändert. Bleiben diese Minimalveränderungen außer Betracht, dann haben lediglich 38 Gemeinden ihre volumenabhängigen Abwassergebühren gegenüber dem Vorjahr um 2 oder mehr Cent zurückgenommen, aber 143 Gemeinden haben sie um 2 oder mehr Cent angehoben. Die Veränderungen der Schmutzwasser-

gebühren bewegten sich dabei zwischen Erhöhungen um 1,48 Euro je m<sup>3</sup> und Abnahmen um bis zu 1,00 Euro je m<sup>3</sup>.

Bei den Grundgebühren für häusliches Abwasser verzichtete im Jahr 2002 alleine die Kreisstadt Erbach (Odenwald) auf eine weitere Erhebung (2,56 Euro). Demgegenüber hat 1 weitere Gemeinde im Jahr 2002 eine Grundgebühr in Höhe von 2 Euro für häusliches Abwasser eingeführt. Darüber hinaus beschloss die Hälfte der aktuell 16 hessischen Gemeinden mit Grundgebühr für die Entsorgung des häuslichen Abwassers eine Änderung im Jahr 2002. 2 Gemeinden erhöhten ihre Grundgebühr (um 0,03 bzw. 0,60 Euro), 6 Gemeinden senkten sie. Um mehr als 1 und um bis zu 3 Cent reduzierten dabei 4 Gemeinden ihre Grundgebühr für das häusliche Abwasser.

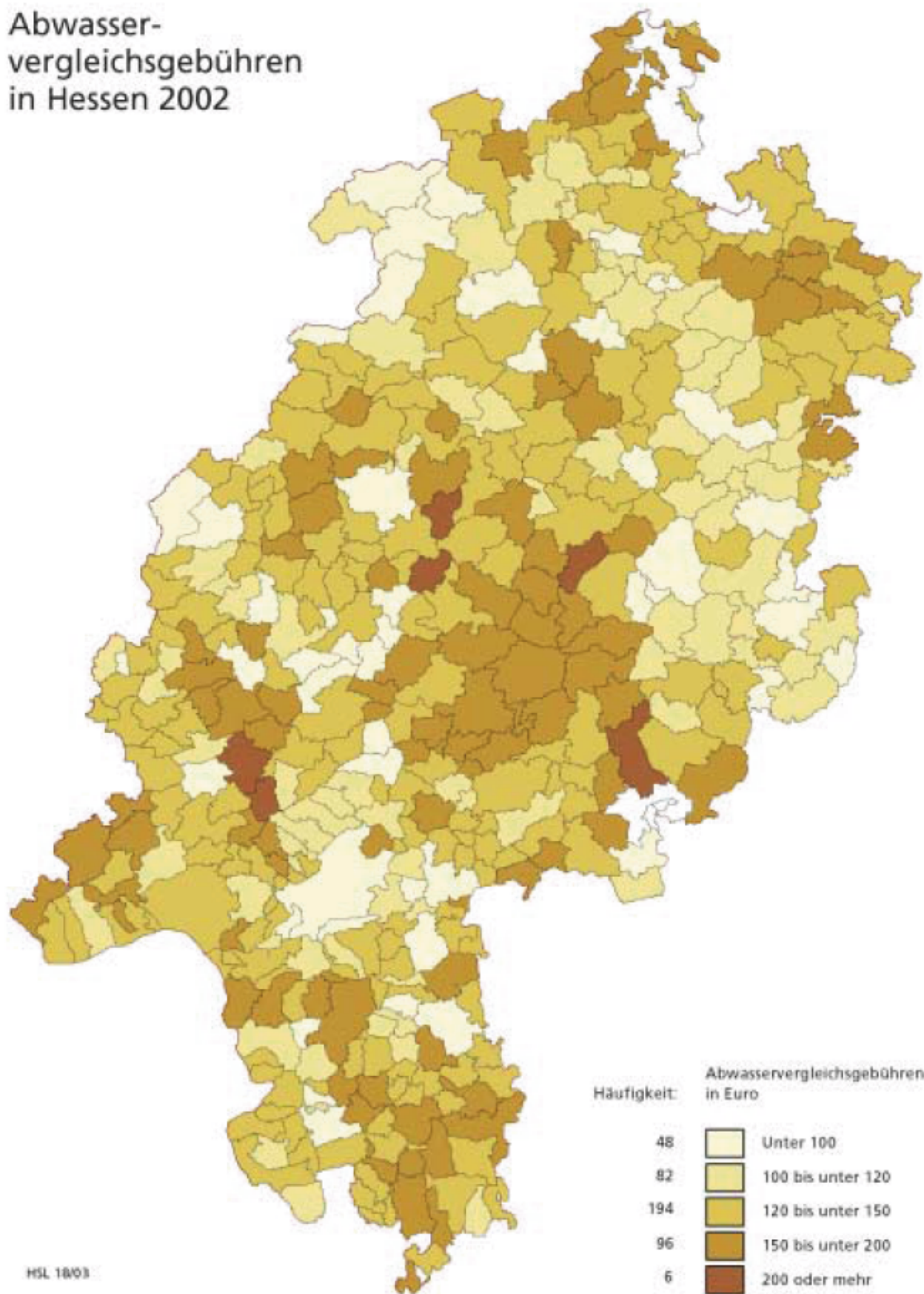
Durch die Einführung einer Niederschlagswassergebühr in der Stadt Usingen (0,75 Euro je m<sup>2</sup> versiegelter Fläche) stieg die Zahl der hessischen Gemeinden, die diese Gebühr erheben, im Jahr 2002 auf 75 an. 19 Gemeinden erhöhten ihre Niederschlagswassergebühr um bis zu 0,33 Euro je m<sup>2</sup> versiegelter Fläche, wobei es sich vermutlich bei lediglich 16 Gemeinden um „echte“ Erhöhungen um 2 oder mehr Cent handelt. 11 Gemeinden meldeten für das Jahr 2002 eine gegenüber dem Vorjahr reduzierte Niederschlagswassergebühr, wovon allerdings nur 4 Reduzierungen, mit Abschlägen um 2 und bis zu 12 Cent, für die Gebührenpflichtigen auch reale Entlastungen darstellen dürften.

#### **Interkommunaler Vergleich der Gebühren für häusliches Abwasser**

Die Triplizität der Gebühren für das häusliche Abwasser, die sich aus den Optionen der Gemeinden auf zur Schmutzwassergebühr hinzukommende Grundgebühren und Niederschlagswassergebühren ergibt, lässt keinen einfachen, direkten Vergleich der Abwasserkosten zwischen den Gemeinden zu. Ebenso wie beim Frischwasser kann aber durch die Berechnung von Vergleichsgebühren eine methodisch saubere Datenbasis für einen interkommunalen Vergleich der „Abwasserpreise“ berechnet werden. Aus den Gebührensätzen für häusliches Abwasser und Niederschlagswasser wurden zu diesem Zweck *Abwasservergleichsgebühren* gebildet, in denen die Niederschlagswassergebühren mit einer Vergleichsfläche von 50 m<sup>2</sup> je Einwohner in den betroffenen Gemeinden Berücksichtigung fanden (siehe Übersicht auf Seite 62). Die Tabelle auf Seite 67 enthält in der rechten Spalte die durchschnittlichen Vergleichsgebühren für das häusliche Abwasser nach Einwohnergrößenklassen.

Die für das Jahr 2002 berechneten Abwasservergleichsgebühren lassen regional erhebliche Belastungsunterschiede für die Inanspruchnahme der kommunalen Abwasserbeseitigung erkennen. Danach hatten statistische Vergleichspersonen — dem Wahrscheinlichkeitsprinzip folgend — mit einem dem Frischwasserverbrauch von 48 m<sup>3</sup> entsprechen-

# Abwasser- vergleichsgebühren in Hessen 2002



HSL 18/03



**Abwassergebühren und Abwasservergleichsgebühren<sup>1)</sup> von ausgewählten Gemeinden  
in Hessen 2001 und 2002 nach der Höhe der Vergleichsgebühren 2002**

Stadt (St.), Gemeinde	Gebühren für häusliches Abwasser				Gebühren für Niederschlags- wasser		Abwasservergleichsgebühren <sup>1)</sup>			
	2001		2002		2001	2002	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) 2002 gegenüber 2001	
	je m³	monatl. Grund- preis	je m³	monatl. Grund- preis	je m² versiegelter Fläche					
Euro										
Niedrigste Vergleichsgebühren										
Jossgrund	1,33	—	1,30	—	—	—	63,81	62,40	- 1,41	- 2,2
Haiger, St.	1,30	—	1,30	—	—	—	62,58	62,40	- 0,18	- 0,3
Fernwald	0,87	—	0,85	—	0,51	0,50	67,29	65,80	- 1,49	- 2,2
Hanau, St.	1,47	—	1,47	—	—	—	70,68	70,56	- 0,12	- 0,2
Bad Salzschlirf	1,43	—	1,50	—	—	—	68,72	72,00	3,28	4,8
Heuchelheim	1,05	—	1,07	—	0,42	0,42	71,53	72,36	0,83	1,2
Ebersburg	2,51	—	1,51	—	—	—	120,26	72,48	- 47,78	- 39,7
Rodgau, St.	0,93	—	1,15	—	0,44	0,51	66,41	80,70	14,29	21,5
Pohlheim, St.	1,69	—	1,69	—	—	—	80,99	81,12	0,13	0,2
Linden, St.	1,71	—	1,70	—	—	—	82,22	81,60	- 0,62	- 0,7
Höchste Vergleichsgebühren										
Lautertal (Odenwald)	4,09	—	4,10	—	—	—	196,34	196,80	0,46	0,2
Hirzenhain	4,12	—	4,12	—	—	—	197,56	197,76	0,20	0,1
Grebenhain	2,91	—	4,16	—	—	—	139,89	199,68	59,79	42,7
Hochheim am Main, St.	3,48	—	3,60	—	0,52	0,54	192,96	199,80	6,84	3,5
Steinau a.d.Strasse, St.	4,17	—	4,20	—	—	—	200,02	201,60	1,58	0,8
Amöneburg, St.	3,35	—	4,25	—	—	—	160,75	204,00	43,25	26,9
Weilrod	3,68	—	4,40	—	—	—	176,70	211,20	34,50	19,5
Schmitten	4,09	—	4,60	—	—	—	196,34	220,80	24,46	12,5
Schwalmtal	4,60	—	4,60	—	—	—	220,88	220,80	- 0,08	- 0,0
Rabenau	4,73	—	4,73	—	—	—	227,26	227,04	- 0,22	- 0,1
Insgesamt (D)	2,57	1,65	2,65	1,64	0,53	0,54	128,60	132,71	4,11	3,2

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

dem Schmutzwasservolumen im Landesdurchschnitt knapp 133 Euro für ihre Abwasserrechnung im Jahr 2002 aufzubringen.

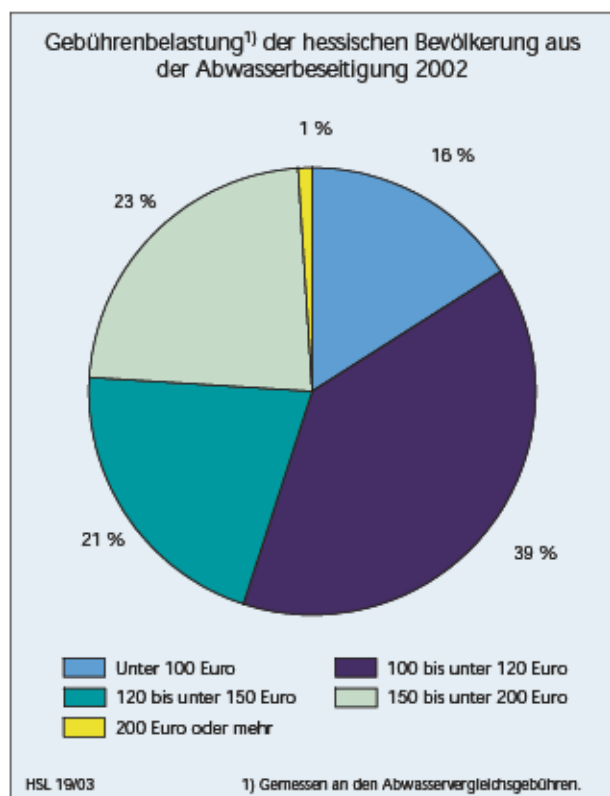
Am wenigsten kostete dieser Modellrechnung zu Folge die Beseitigung privater Abwässer mit 62,40 Euro p. a. in den Gemeinden Haiger (Lahn-Dill-Kreis) und Jossgrund (Main-Kinzig-Kreis), am meisten in Rabenau (Landkreis Gießen), wo rund 227 Euro für eine mengenmäßig vergleichbare Inanspruchnahme der kommunalen Abwasserbeseitigung bezahlt werden mussten.

Die Gruppierung der Abwasservergleichsgebühren nach Einwohnergrößenklassen weist die durchschnittlich höchsten Belastungen aus den Abwassergebühren für die kreisfreien Städte nach. Ausgenommen ist hiervon allein Frankfurt am Main, wo mit gut 84 Euro die deutlich niedrigsten Abwassergebühren unter den kreisfreien Städten entrichtet werden mussten. Nach den kreisfreien Städten waren die höchsten Abwassergebühren mit gut 137 Euro in den rund 220 hessischen Gemeinden mit 3000 bis unter 10 000 Einwohnern zu zahlen.

Schon die separate Betrachtung der Nutzungsgebühren und der Grundgebühren für häusliches Abwasser sowie die der Niederschlagswassergebühren ließ keine funktionale Beziehung zwischen der Höhe der Gebühren und der an der Einwohnerzahl gemessenen Größe der Gemeinden erkennen. Für die zusammenfassende Abwasservergleichsgebühr kann folglich auch kein direkter Bezug zur Größe der Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl festgestellt werden ( $r = -0,12$ ;  $b = 0,01$ ). Damit bleibt festzuhalten, dass für die Gebühren der Beseitigung der kommunalen Abwässer die Einwohnerzahl der Gemeinden alleine keine bestimmende Größe ist. Die Höhe der Gebühren für das häusliche Abwasser wird vielmehr aus dem komplexen Zusammenspiel zahlreicher Faktoren — wie der Siedlungsfläche, der Urbanität, den topografischen Gegebenheiten und den Marktstrukturen — und der durch diese konstituierten lokalen Kostenstrukturen geboren.

Das deutliche Gros der Einwohner Hessens — 5,1 Mill. Einwohner oder rund 83 % der hessischen Bevölkerung — hatte im Jahr 2002 für die Beseitigung seiner Abwasser weniger als 150 Euro an seine Gemeinde oder den von ihr beauftragten Abwasserbeseitiger zu entrichten. Rechnerisch knapp





23 % der Hessen mussten sogar weniger als 100 Euro für die Abwasserbeseitigung aufbringen, während weniger als 1 % der hessischen Bevölkerung in 6 Gemeinden über 200 Euro und bis zu 227 Euro für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasserbeseitigung aufzuwenden hatten.

#### 4 Gesamtvergleichsgebühren der kommunalen Wasserwirtschaft

Durch eine Zusammenfassung der Frischwasservergleichsgebühr und der Abwasservergleichsgebühr lässt sich zur Beurteilung der Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger aus der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung eine *Gesamtvergleichsgebühr* für die kommu-

nale Wasserwirtschaft berechnen (vgl. Übersicht auf Seite 62). Danach waren im Jahr 2002 für eine vergleichbare Inanspruchnahme der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen durchschnittlich knapp 230 Euro pro Person zu veranschlagen. Von der in diesem Jahr günstigsten Festsetzung der Gebühren für die Nutzung der kommunalen Angebote der Wasserwirtschaft konnten die Einwohner von Bad Salzschlirf (Landkreis Fulda) mit lediglich 127,20 Euro profitieren. Dagegen waren Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lorch (Rheingau-Taunus-Kreis) aus ihrer Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit Gebühren in Höhe von 375,60 Euro im Jahr 2002 rechnerisch am höchsten belastet.

Für die Einwohner in den kreisfreien Städten kamen im Jahr 2002 die Leistungen der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Darmstadt (350,34 Euro) und in der Landeshauptstadt Wiesbaden (291,00 Euro) am teuersten, während sie in Frankfurt am Main (219,72 Euro) und Offenbach am Main (229,20 Euro) vergleichsweise günstig in Anspruch genommen werden konnten und man in Kassel (266,66 Euro) gut im Durchschnitt der kreisfreien Städte Hessens (271,38 Euro) lag.

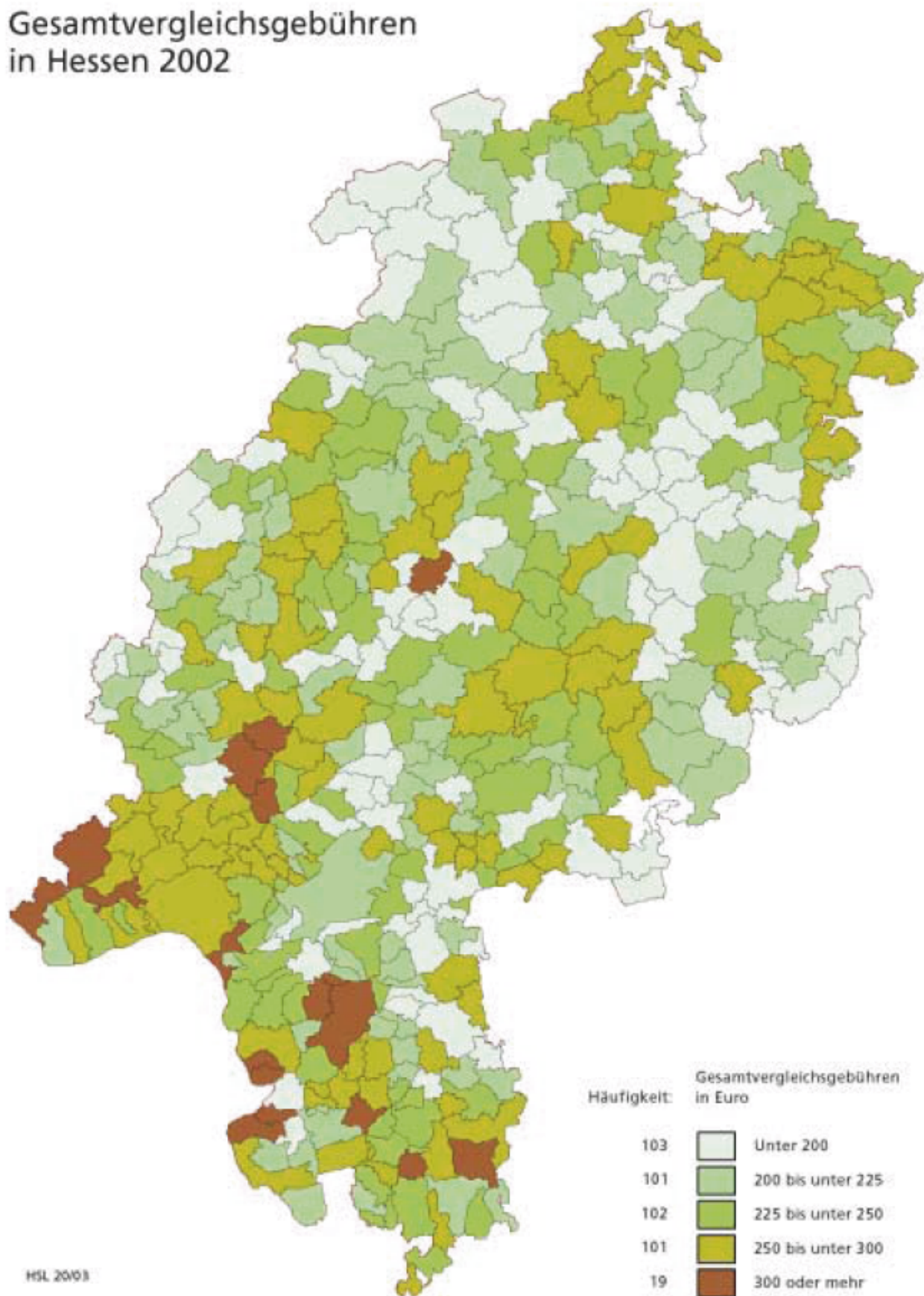
Die im Mittel der jeweiligen Einwohnergrößklassen der Gemeinden günstigsten Gebührenbelastungen waren in den Gemeinden mit mehr als 20 000 und bis unter 100 000 Einwohnern zu finden. Wie nach den vorausgegangenen Untersuchungsergebnissen nicht anders zu erwarten, sind allerdings, auf Grund der fehlenden direkten Abhängigkeit der Wasser- und Abwassergebühren von der Gemeindegröße, diese Durchschnittswerte keineswegs repräsentativ. So lag die Spannweite der Gebührenbelastungen aus der Inanspruchnahme der Leistungen der kommunalen Wasserwirtschaft bei den Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern jeweils zwischen rund 169 und 283 Euro, bei den Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern zwischen gut 161 Euro im Minimum und 327 Euro im Maximum. Ohne näheren Beleg kann hier, die Aussagen zu den

**Gesamtvergleichsgebühren<sup>1)</sup> für die kommunale Wasserwirtschaft in Hessen 2002 nach Einwohnergrößklassen**

Einwohnergrößklasse	Gemeinden	Gesamtvergleichsgebühren <sup>1)</sup>	Einwohner am 30.6.2001	Gemarkungsflächen	Einwohnerdichte
		Euro		km <sup>2</sup>	Einw. je km <sup>2</sup>
Unter 1 000	1	207,36	737	29,98	25
1 000 bis unter 3 000	32	228,00	74 826	1 009,91	74
3 000 bis unter 5 000	71	225,91	274 339	2 928,19	94
5 000 bis unter 10 000	151	233,25	1 058 860	7 128,69	149
10 000 bis unter 20 000	114	228,34	1 576 988	6 051,25	261
20 000 bis unter 50 000	45	223,40	1 253 995	2 350,84	533
50 000 bis unter 100 000	7	225,36	466 618	562,17	830
100 000 bis unter 200 000	3	282,07	451 304	273,90	1 648
200 000 bis unter 500 000	1	291,00	270 423	203,90	1 326
500 000 oder mehr	1	219,72	644 083	248,31	2 594
<b>Insgesamt</b>	<b>426</b>	<b>229,53</b>	<b>6 072 173</b>	<b>20 787,14</b>	<b>292</b>

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

## Gesamtvergleichsgebühren in Hessen 2002



**Frischwasser- und Abwassergebühren in Hessen 2002 sowie Gesamtvergleichsgebühren<sup>1)</sup>  
in ausgewählten Gemeinden 2001 und 2002 nach der Höhe der Gesamtvergleichsgebühren 2002**

Stadt (St.), Gemeinde	Frischwassergebühren		Gebühren für häusliches Abwasser		Gebühren für Niederschlags- wasser	Gesamtvergleichs- gebühren <sup>1)</sup>	
	Euro je m <sup>3</sup>	Grundpreis	Euro je m <sup>3</sup>	Grundpreis		2001	2002
					Euro je m <sup>2</sup> 2)	Euro	
Niedrigste Vergleichsgebühren							
Bad Salzschlirf	1,15	—	1,50	—	—	123,94	127,20
Jossgrund	1,40	—	1,30	—	—	132,53	129,60
Fernwald	1,40	1,00	0,85	—	0,50	149,50	145,00
Kelsterbach, St.	1,17	—	1,40	—	0,56	152,06	151,36
Hosenfeld	1,07	—	2,10	—	—	158,30	152,16
Dieburg, St.	1,38	—	1,40	—	0,50	155,41	158,44
Edertal	1,24	0,51	1,94	—	—	149,22	158,76
Melsungen, St.	1,18	—	2,15	—	—	159,52	159,84
Lichtenfels, St.	1,30	—	2,05	—	—	143,57	160,80
Rodgau, St.	1,17	2,05	1,15	—	0,51	153,04	161,46
Höchste Vergleichsgebühren							
Stockstadt am Rhein	1,87	7,16	2,20	—	0,80	320,89	321,18
Biebesheim am Rhein	1,87	7,16	2,17	—	0,91	304,67	325,34
Weiterstadt, St.	1,86	7,16	2,50	—	0,64	339,73	327,20
Rabenau	2,21	—	4,73	—	—	333,28	333,12
Weilrod	2,60	—	4,40	—	—	304,32	336,00
Erzhausen	1,87	7,16	3,36	—	—	337,45	336,96
Ginsheim-Gustavsburg	1,99	9,95	1,91	—	0,74	336,27	343,60
Schmitten	2,40	1,00	4,60	—	—	322,73	348,00
Darmstadt, Wissenschaftsst.	1,87	7,16	2,92	—	0,69	350,16	350,34
Lorch, St.	3,27	2,06	4,04	—	—	375,62	375,60
Insgesamt (D)	1,70	1,65	2,65	1,64	0,54	224,37	229,53

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen. — 2) Je m<sup>2</sup> versiegelter oder künstlich befestigter Fläche.

Einzelergebnissen der Wasser- und Abwassergebühren bestätigend, angemerkt werden, dass sich über alle hessischen Gemeinden auch keine direkten Abhängigkeiten der Gesamtgebührenbelastung zu den Gemeindeflächen und der Siedlungsdichte feststellen lassen. Damit aber gewinnen Fragen nach den Unternehmens- und Marktstrukturen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und ihrer Auswirkung auf die Gebührenfestsetzung erheblich an Bedeutung.

## 5 Die Marktstrukturen der kommunalen Wasserwirtschaft

Schon bei der Konzeption der zweiten hessenweiten statistischen Erhebung der Wasser- und Abwassergebühren erschienen die Beziehungen zwischen den „Wasser- und Abwasserpreisen“ und den Einrichtungen und Unternehmen, deren sich die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgabe der lokalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bedienen, als sehr interessant. Daher wurden bei der aktuellen Erhebung der Wassergebühren die Gemeinden erstmals auch nach ihren Frischwasserversorgern und Abwasserbeseitigern, sowie deren jeweiliger Rechtsform befragt. Leider erwies sich die Qualität des hierzu erhobenen Datenmaterials nicht als ausreichend, um valide, tiefere Einblicke in die ökonomischen Strukturen der hessischen Frischwasserver-

sorgung und der Abwasserbeseitigung zu gewinnen. Aber die Erhebungsergebnisse lassen doch immerhin die Grundstrukturen der kommunalen Wasserwirtschaft in Hessen erkennen.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erfolgten in Hessen im Jahr 2002 in fast 170 Gemeinden durch getrennte Unternehmen. Weitere gut 170 Gemeinden gaben an, die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in eigener Regie durchzuführen. In rund 90 und damit gut einem Fünftel der Gemeinden lag danach die Wasserwirtschaft komplett in einer Hand, und zwar bei 73 ganz überwiegend in der von Gemeinde- bzw. Stadtwerken und bei wenigen Gemeinden in der Hand von privatrechtlichen Unternehmen.

Auf Grund der vorwiegenden und weitgehenden organisatorisch-technischen sowie wirtschaftlichen Separierung sind die Marktstrukturen der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auch getrennt zu betrachten.

### Marktstrukturen der Wasserversorgung

Die hessische Wasserversorgung war im Jahr 2002 durch die Existenz einer Vielzahl von Versorgungsunternehmen (374) geprägt, die in unterschiedliche Rechtsformen gekleidet waren. 189 der 426 hessischen Gemeinden (44 %) erfüllten ihre Aufgabe der kommunalen Wasserversorgung durch einen



### Frischwassergebühren nach der Rechtsform<sup>1)</sup> der Wasserversorger in Hessen 2002

Rechtsform <sup>1)</sup>	Wasserversorger	Ange-schlossene Gemein-den	Frischwassergebühren			Grundgebühren für Frischwasser			Frischwasservergleichsgebühren <sup>2)</sup>		
			D	niedrigster Wert	höchster Wert	D	niedrigster Wert	höchster Wert	D	niedrigster Wert	höchster Wert
			Euro je m <sup>3</sup>						Euro		
Regiebetriebe	189	189	1,64	0,94	3,27	1,10	0,21	6,00	88,71	51,36	181,68
Eigenbetriebe	121	121	1,72	1,00	2,74	1,07	0,25	6,14	95,80	56,64	151,56
Zweckverbände	17	40	1,65	0,82	2,80	2,54	0,80	4,09	99,10	60,00	159,48
Gesellschaften mbH	36	55	1,88	1,25	2,86	2,35	0,65	5,35	111,53	74,88	170,28
Aktiengesellschaften	11	21	1,90	1,17	2,61	4,56	0,80	9,95	130,41	65,76	214,92
<b>Insgesamt</b>	<b>374</b>	<b>426</b>	<b>1,70</b>	<b>0,82</b>	<b>3,27</b>	<b>1,65</b>	<b>0,21</b>	<b>9,95</b>	<b>96,72</b>	<b>51,36</b>	<b>214,92</b>

1) Die Zuordnung erfolgte in der Regel jeweils nach dem von der Gemeinde erstgenannten Wasserversorger; insbesondere bei den Rechtsformen der Eigenbetriebe und der Gesellschaften mbH konnten Eigengesellschaften nicht immer eindeutig identifiziert werden. — 2) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

Regiebetrieb; dabei kooperierten 28 dieser 189 Gemeinden mit einem kommunalen Zweckverband und zwei Gemeinden mit privatrechtlichen Unternehmen, die sich mehrheitlich im öffentlichen Besitz befanden. 121 Gemeinden (28 %) hatten Eigenbetriebe — Stadt- bzw. Gemeindewerke öffentlich-rechtlicher Natur — für die Frischwasserversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger eingerichtet. Des Weiteren oblag die kommunale Wasserversorgung in 21 Gemeinden 11 Aktiengesellschaften und in 55 Gemeinden 36 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Alle diese Unternehmen befanden sich ebenfalls mehrheitlich in öffentlichem Besitz. Die Tabelle gibt einen Einblick in die unterschiedlichen Gebührenstrukturen der Frischwasserversorger nach ihrer Rechtsform. Danach waren die anhand der Frischwasservergleichsgebühren berechneten, durchschnittlichen Gebührenbelastungen in jenen Gemeinden am niedrigsten, die ihre Wasserversorgung „im eigenen Hause“ — also verwaltungsnah über Regiebetriebe — erledigten. Die Kapitalgesellschaften rangierten demgegenüber mit ihren durchschnittlichen Gebührenrechnungen recht deutlich vor den öffentlich-rechtlichen Rechtsformen. Wie eingangs zu diesem Abschnitt bereits dargelegt, sind allerdings die von den Gemeinden zu der Frage der Wasserversorger und ihrer Rechtsform eingebrachten Angaben, trotz einer Überprüfung und Verbesserung anhand von im Hessischen Statistischen Landesamt vorliegendem sekundärstatistischem Material (Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2001, Jahresabschlussstatistik der Öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen) nicht ausreichend valide, um mehr als nur Tendenzen festzustellen.

Bei 374 Wasserversorgern entfielen im Jahr 2002 rechnerisch gut 60 Einrichtungen auf jeweils 1 Mill. Hessen. Mit dieser Relation zeigt sich der Frischwassermarkt auf der Angebotssseite in Hessen weniger „atomisiert“ als im Durchschnitt der Republik. Hier existierten auf der Versorgungsseite nach

Angaben des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft im Jahr 2001 rund 6700 Wasserversorgungsunternehmen<sup>11)</sup>. Auf 1 Mill. Einwohner entfielen in Deutschland damit 88 Wasserversorger, die sich ganz überwiegend im Eigentum der Kommunen befanden. Zum Vergleich: In den Niederlanden kamen lediglich 4,4, in England und Wales nur 0,7, in Italien 2,3 Wasserversorgungsunternehmen auf 1 Mill. Einwohner.

### Marktstrukturen der Abwasserbeseitigung

Nicht alle Gemeinden haben die Einrichtungen, die in ihrem Gemeindegebiet an der Abwasserbeseitigung beteiligt waren, bei dieser statistischen Erhebung namentlich und vollständig angegeben. Daher sind insbesondere in der Aufbereitung des Datenmaterials nach den Rechtsformen Unschärfen enthalten. Die angegebenen Werte sollten somit nur als Größenordnungen verstanden und entsprechend vorsichtig interpretiert werden.

An der Erfüllung der Aufgabe der kommunalen Abwasserbeseitigung wirkten in Hessen im Jahr 2002 noch mehr Institutionen mit als bei der kommunalen Wasserversorgung: Knapp 500 Einrichtungen haben in Hessen im Jahr 2002 die kommunalen Abwässer beseitigt. Zahlenmäßig ragten hierbei die Regiebetriebe hervor. In rund 280 Gemeinden waren Regiebetriebe allein (145 Gemeinden) oder in Zusammenarbeit mit einem Zweckverband oder mehreren Zweckverbänden (130 Gemeinden) mit der Aufgabe der Abwasserbeseitigung betraut. Einzelfälle stellten Kooperationen von Regie- und Eigenbetrieben mit benachbarten Gemeinden und privaten Unternehmen zum Zwecke der Abwasserbeseitigung dar. In 28 Gemeinden entsorgten nur Zweckverbände, in 6 Gemeinden nur privatrechtliche Unternehmen (1 Aktiengesellschaft, 5 Gesellschaften mbH) die Schmutz- und Niederschlagswässer. Insgesamt zeigt sich der Markt der kommunalen Abwasserbeseitigung somit einerseits vielfältiger und „bunter“, andererseits weniger konzentriert als der Frischwassermarkt. Auf dem Felde der Abwasserbeseitigung kommt der interkommunalen Zusammenarbeit eine sichtlich größere Bedeutung zu. Mit fast 200 Zweckverbänden wurde

11) Bundesministerium für Wirtschaft; Optionen, Chancen und Rahmenbedingungen einer Marktoöffnung für eine nachhaltige Wasserversorgung; Forschungsvorhaben 11/00 — Endbericht; Juli 2001, S. 11.

**Abwassergebühren und Abwasservergleichsgebühren<sup>1)</sup> in Hessen 2002  
nach den Rechtsformen der Abwasserentsorgung**

Rechtsform <sup>2)</sup>	Abwasser- entsorger	Ange- schlossene Gemeinden	Gebühren für häusliches Abwasser (D)	Grundgebühren für Abwasser		Niederschlags- wassergebühren		Abwasser- vergleichs- gebühren (D)
			Euro je m <sup>3</sup>	Ge- meinden	Euro je m <sup>3</sup> (D)	Ge- meinden	Euro je m <sup>2</sup> 2)	Euro je m <sup>3</sup>
Eigenbetriebe	114	114	—	4	—	39	—	—
davon								
nur Eigenbetriebe	79	79	2,45	3	0,71	27	0,56	127,50
Eigenbetriebe und Zweck- verbände <sup>3)4)</sup>	35	35	2,52	1	2,56	12	0,51	130,77
Regiebetriebe	278	278	—	12	—	27	—	—
davon								
nur Regiebetriebe	145	145	2,69	6	2,10	16	0,44	132,64
Regiebetriebe und Zweck- verbände <sup>4)</sup>	133	133	2,77	6	1,50	11	0,60	136,31
Zweckverbände <sup>4)</sup>	96	28	2,46	—	—	8	0,66	127,61
Gesellschaften mbH und Aktiengesellschaften	6	6	2,76	—	—	1	0,69	138,07
<b>Insgesamt</b>	<b>494</b>	<b>426</b>	<b>2,65</b>	<b>16</b>	<b>1,64</b>	<b>75</b>	<b>0,54</b>	<b>132,71</b>

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen. — 2) Die Zuordnung nach den Rechtsformen wurde wo immer möglich nach dem von der Gemeinde erstgenannten Abwasserentsorger vorgenommen. — 3) In einer Gemeinde erfolgt die Abwasserbeseitigung in Kooperation eines Eigenbetriebs mit einer Gesellschaft mbH. — 4) Namentlich waren 96 Zweckverbände eindeutig identifizierbar; bei einigen Gemeinden erfolgte die Abwasserbeseitigung über mehrere Zweckverbände.

zur Abwasserbeseitigung gut zehnmal häufiger als bei der Wasserversorgung diese spezielle Rechtsform der gemeindlichen Zusammenarbeit gewählt. Allerdings hatten nur 28 Gemeinden die Abwasserbeseitigung ausschließlich an Zweckverbände übertragen; bei der Wasserversorgung war dies immerhin in 40 Gemeinden der Fall. Die Rechtsform des Eigenbetriebs kam dagegen für die Abwasserentsorgung (114) fast ebenso häufig zum Zuge wie für die Wasserversorgung (121), wobei hier jedoch 35 Gemeinden ihre Abwässer in Zusammenarbeit mit kommunalen Zweckverbänden beseitigten.

Die örtlichen Gegebenheiten, die topografischen Bedingungen, die Einwohnerzahl, die flächenmäßige Ausdehnung gehören zu den grundlegenden Kostenfaktoren der Abwasserbeseitigung. Die hohen Anforderungen, denen heute die Abwasserbeseitigung, von der Kanalisation bis zur Wasserreinigung in den Kläranlagen, in baulich-technischer, mechanischer, biologischer und chemischer Hinsicht, genügen muss, um den durch die Gesetzgebung festgelegten Wasserbeseitigungs- und Umweltstandards nachzukommen, schlagen sich über entsprechende Investitions-, Unterhaltungs- und laufende Sach- und Personalkosten in den Gebührenkalkulationen aller Einrichtungen der Abwasserbeseitigung nieder. Daher zeigen die durchschnittlichen Abwasservergleichsgebühren — für 48 m<sup>3</sup> Schmutzwasser und gegebenenfalls Niederschlagswasser für 50 m<sup>2</sup> versiegelter oder künstlich befestigter Fläche — eine ausgesprochen enge Variationsbreite über die wirtschaftliche Organisationsform der Abwasserbeseitiger. Der landesdurchschnittlichen Abwasservergleichsgebühr von rund 134 Euro liegt eine Streuung

von lediglich 7 Euro über die Rechtsformen zu Grunde, bei im Minimum etwa 127 Euro der Eigenbetriebe und Zweckverbände und maximal 138 Euro der Kapitalgesellschaften. Besonders augenfällig wird dies in der direkten Gegenüberstellung der Abwasservergleichsgebühren und der Frischwasservergleichsgebühren.

## 6 Zusammenfassung und Ausblick

Die zweite, hessenweite Erhebung der Wasser- und Abwassergebühren erzielte auf der Basis eines gegenüber 1997 verbesserten Erhebungskonzepts ein qualitativ hochwertiges, valides Datenmaterial über die Wasser- und Abwassergebühren in den hessischen Gemeinden in den Jahren 2001 und 2002. Allein der Response auf die neu aufgenommenen Fragen zu den Unternehmen der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und ihrer Rechtsformen erwies sich insgesamt als nicht hinreichend, um hierzu ein stark belastbares statistischen Datenmaterial aufzubereiten.

Neben dem hohen Informationswert, der den Individualdaten für alle hessischen Gemeinden, die insbesondere eine aktuelle Evaluation der Position der einzelnen Gemeinden im landesweiten Ranking der Gebühren der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung erlauben, per se zukommt, lassen sich aus den Erhebungsergebnissen interessante Einblicke in die regionalen Gebührenstrukturen gewinnen. Es werden regional erhebliche Belastungsunterschiede für die Abnahme von Frischwasser ebenso wie für die Inanspruchnahme der kommunalen Abwasserbeseitigung deutlich. Im Durchschnitt musste ein hessischer Bürger im Jahr 2002 für den Be-



zug einer statistischen Vergleichsmenge von 48 m<sup>3</sup> Wasser 97 Euro, für die Beseitigung einer entsprechenden Abwassermenge 133 Euro aufbringen. Beim Wasserbezug reichte dabei die Spannbreite der „Wasserpreise“ von 51 bis zu 215 Euro, bei der Abwasserentsorgung von 62 bis zu 227 Euro. In der aktuellen Gebührenbelastung lassen sich sowohl auf der Versorgungs- als auch auf der Entsorgungseite dabei keine trivialen Erklärungszusammenhänge, etwa über die an der Einwohnerzahl gemessene Größe der Gemeinden, für die Gebührenhöhe erkennen. Entsprechende Tabellierungen der Gebühren nach den Einwohnergrößenklassen der Gemeinden erweisen sich insoweit als Artefakte. Vielmehr zeigt das vollständige Datenmaterial, dass in der Erfüllung der kommunalen Aufgaben der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung die Gemeinden, respektive die von ihnen beauftragten Einrichtungen, den lokalen Gegebenheiten und den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen Rechnung tragen müssen. Dabei ist mit Blick auf die Deregulierungsdiskussionen, in die die kommunale Wasserwirtschaft durch die Rahmenvorgaben des Rates der Europäischen Union nun vollends mit einbezogen ist, bemerkenswert, dass nach dem aktuellen Datenmaterial über die Wasser- und Abwassergebühren der hessischen Gemeinden tendenziell eher die der Administration stärker verbundenen, verwaltungsnäheren Einrichtungen den Bürgern mit niedrigeren Gebühren dienen können.

Die nun — nach 1997 — zweite Erhebung der Wasser- und Abwassergebühren bei den hessischen Gemeinden konnte die diesbezügliche Informationslücke, zumindest in den vordergründigen Feldern der kommunalen Gebührensätze,

nochmals schließen. Eine kontinuierliche Erhebung der Wasser- und Abwassergebühren und gesicherter Daten zur Darstellung der Marktstrukturen der hessischen Wasserwirtschaft wird aber absehbar zukünftig nur möglich sein, wenn diese statistischen Arbeiten nutzerseitig finanziert werden. Vonseiten der Gemeinden — durch die unbürokratische Bereitstellung der gewünschten Informationen dokumentiert — und des Hessischen Statistischen Landesamtes wurde und wird die Beseitigung bestehender Informationsdefizite gerne angegangen. Wünschenswert und erforderlich wäre nun eine nachhaltige Unterstützung, insbesondere durch die Einrichtungen und Verbände der Wasser- und Abwasserwirtschaft, um in der Zukunft Informationslücken nicht wieder entstehen zu lassen und Wirtschaft, Politik, Wirtschaft und Bürgern gleichmäßig gesicherte Daten über die kommunalen Wasser- und Abwassermärkte und ihre Preisbildung zur Verfügung stellen zu können. □

### Was das Hessische Statistische Landesamt publiziert

In der Neuauflage 2003 des „Verzeichnisses der Veröffentlichungen“ sind die allgemeinen zusammenfassenden Veröffentlichungen, die fachstatistischen Veröffentlichungen, Verzeichnisse und sonstigen Publikationen aufgeführt. Das Verzeichnis enthält neben den Preisen auch Hinweise auf die Periodizität, die Publikationsform (gedruckt oder elektronisch) und die regionale Gliederung des veröffentlichten Datenmaterials. Über die laufenden Publikationen hinaus dokumentiert es auch vergriffene Materialien, die aber in Bibliotheken oder beim Hessischen Statistischen Landesamt vorliegen und eingesehen werden können. So bietet das „Verzeichnis der Veröffentlichungen“ des HSL allen Benutzern und Interessenten der Ergebnisse der amtlichen Statistik einen Gesamtüberblick über das Veröffentlichungsprogramm. Das Verzeichnis wird kostenlos durch das Hessische Statistische Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, abgegeben.

Weiterer Service: Das Veröffentlichungsverzeichnis kann außerdem — in ständig aktualisierter Form — im Internet ([www.hsl.de](http://www.hsl.de)) abgerufen werden.

W-108

#### Text zu Schaubild auf Seite 57

Im Jahr 2002 verunglückten 2600 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis unter 15 Jahren im Straßenverkehr. 11 von ihnen starben, 503 wurden schwer- und 2086 eher leicht verletzt.



## Datenbedarf der Wissenschaft

### Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung

*Um den Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik zu erleichtern, empfiehlt die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) die Einrichtung von Forschungsdatenzentren (siehe Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik 2001). Entsprechend dieser Empfehlung richten die statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt zurzeit jeweils ein Forschungsdatenzentrum ein. Um bei der Entwicklung des Dienstleistungsangebotes den konkreten Datenbedarf der Wissenschaft berücksichtigen zu können, hat das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter in Abstimmung mit dem Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes im Sommer 2002 die „Umfrage zum Datenbedarf der Wissenschaft“ durchgeführt. Sie bezieht sich auf den gesamten Bestand an Mikrodaten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der zum allergrößten Teil in den statistischen Landesämtern liegt.*

Ziel der Umfrage war es, die potenziellen Nutzerinnen und Nutzer der Mikrodaten der amtlichen Statistik anzusprechen und ihren konkreten Datenbedarf zu ermitteln. Weiterhin konnten sich die Befragten zu unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten, den von ihnen eingesetzten Analyseprogrammen und ihrem Interesse an geplanten Veranstaltungen der beiden Forschungsdatenzentren äußern. Die Angaben werden im Folgenden ausgewertet und sollen bei der zukünftigen Entwicklung des Dienstleistungsangebotes der Forschungsdatenzentren berücksichtigt werden. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden für die Umfrage auf mehreren Wegen angesprochen: Zum einen wurde die Adressdatei „Vademecum“ genutzt, die freiwillige Angaben der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu ihren Forschungsschwerpunkten und ihren Adressen enthält. Da diese Adressdatei nicht in erster Linie Personen, sondern Institutionen enthält, wurden zum anderen die größeren wissenschaftlichen Fachgesellschaften<sup>1)</sup> mit der Bitte angeschrieben, ihre Mitglieder über die Umfrage zu informieren. Weiterhin wurde die Umfrage von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Schneeballverfahren an interessierte

Kollegen weitergeleitet<sup>2)</sup>. Auf diese Art und Weise konnte eine große Anzahl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erreicht werden<sup>3)</sup>.

Insgesamt wurden 695 gültige Angaben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erfasst. Von diesen haben 584 angegeben, dass sie Mikrodaten für ihre wissenschaftliche Tätigkeit nutzen oder benötigen. Dieser Personenkreis bildet somit den potenziellen Nutzerkreis der Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes. Die übrigen 111 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gaben an, dass sie zurzeit keine Mikrodaten für ihre wissenschaftliche Tätigkeit benötigen. Doch auch bei diesem Personenkreis ist das Interesse an der Umfrage sowie an den Aktivitäten der Forschungsdatenzentren sehr hoch. So möchte etwa die Hälfte dieses Personenkreises über die Umfrage und die weiteren Aktivitäten der Forschungsdatenzentren informiert werden.

#### Forschungsgebiete und Datenbedarf

In der amtlichen Statistik werden verschiedene Erhebungen in unterschiedlichen periodischen Abständen durchgeführt. Diese einzelnen Statistiken können aus Kapazitätsgründen nicht alle sofort für Analysezwecke bereitgestellt werden. Daher wurden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die einen Bedarf an Mikrodaten geäußert haben, nach ihren Forschungsschwerpunkten und ihrem konkreten Datenbedarf gefragt. Die Forschungsschwerpunkte der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich an der Umfrage beteiligt haben, liegen im Bereich der Sozialforschung (33,6 %), gefolgt von den Bereichen „Wirtschaftsforschung“ (28,9 %) und „Mathematisch-statistische Forschung“ (12,6 %). Die restlichen 24,8 % der Nennungen entfallen auf die sonstigen Forschungsschwerpunkte, wobei hier die medizinische Forschung einen Anteil von 8,5 % aufweist. Bei den Sonstigen konnten weiterhin folgende Forschungsschwerpunkte abge-

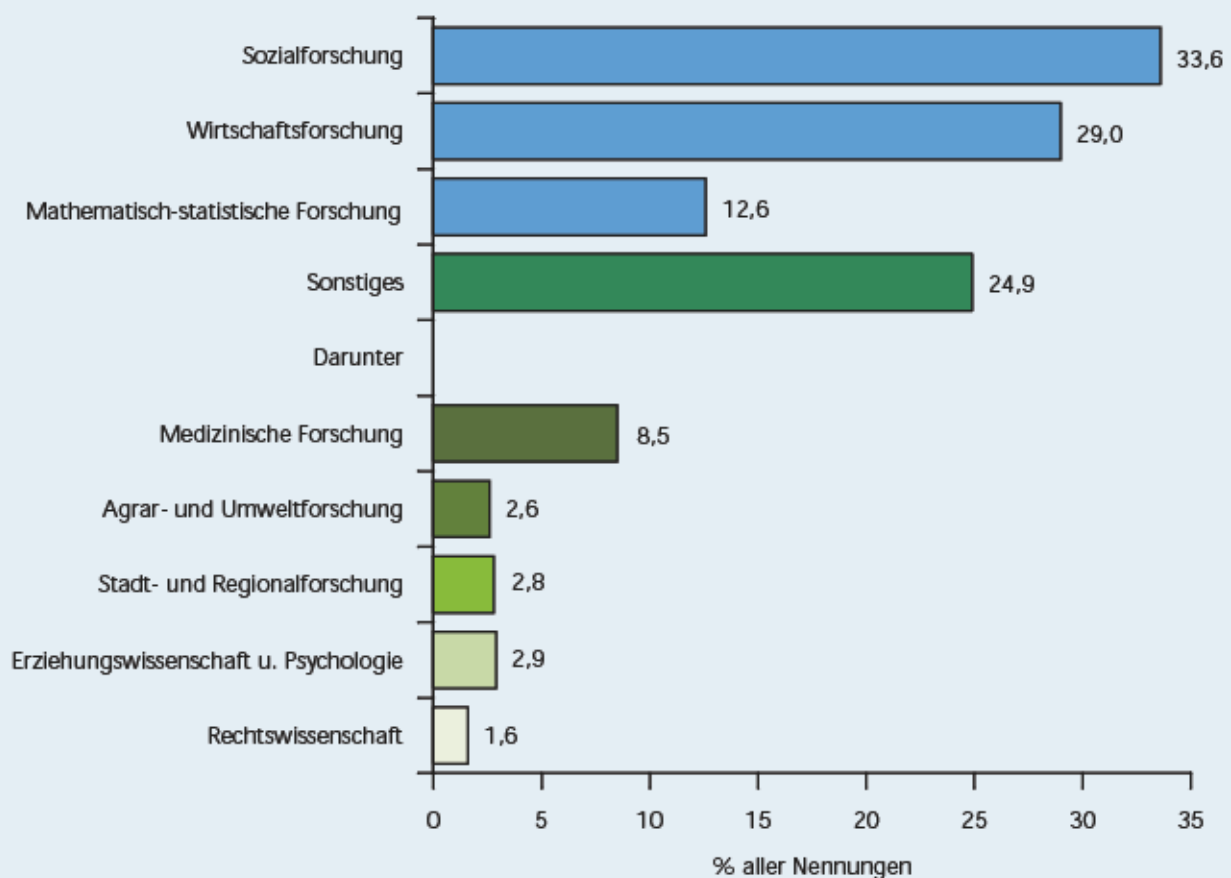
\*) Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke sind in der Geschäftsstelle des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter tätig. Der vorliegende Beitrag ist als Band 6 der Reihe „Statistische Analysen und Studien“ des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen erschienen und wird mit dessen freundlicher Genehmigung im Original-Wortlaut abgedruckt.

1) Angesprochen wurden die folgenden Fachgesellschaften: Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Epidemiologie, Deutsche Mathematikervereinigung, Deutsche Mathematikervereinigung Fachgruppe Stochastik, Gesellschaft für Angewandte Mathematik und Mechanik (GAMM), Gesellschaft für Klassifikation e. V. (GfKl), Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie (GMDSt) e. V., Internationale Biometrische Gesellschaft Deutsche Region (IBS-DR), Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Verband Deutscher Stadtstatistiker (VDSt), Verein für Sozialpolitik, Deutsche Gesellschaft für Demographie (DGD) e. V., Deutscher Verband für Angewandte Geographie (DVAG) e. V., Akademie für Raumforschung und Landesplanung — ARL, Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS), Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG).

2) Da dieses Verfahren Doppelerfassungen nicht ausschließt, wurden die Daten des endgültigen Bestandes über die Adressangaben auf Doppelerfassungen überprüft.

3) Auf Grund des genannten Auswahlverfahrens kann jedoch keine Rücklaufquote ermittelt werden.

### Forschungsschwerpunkte der Befragten



HSL 06/03

grenzt werden: Erziehungswissenschaft und Psychologie (2,9 %), Stadt- und Regionalforschung (2,8 %), Agrar- und Umweltforschung (2,6 %) und Rechtswissenschaften (1,6 %).

Um ihren konkreten Datenbedarf anzugeben, hatten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Möglichkeit, aus 60 Statistiken bis zu fünf Statistiken auszuwählen. Diese Anzahl wurde von einigen Befragten als zu gering erachtet, sodass in einigen Fällen mehr als fünf Statistiken angegeben wurden<sup>4)</sup>. Insgesamt wurden 4106 Angaben gemacht, sodass im Durchschnitt etwa sieben Statistiken von den Befragten ausgewählt wurden.

Betrachtet man zunächst nicht die einzelnen Statistiken, sondern größere Statistikbereiche, so zeigt sich, dass der Schwerpunkt des Datenbedarfs insbesondere im Bereich „Bevölkerung“ (23,7 %) liegt. An zweiter und dritter Stelle befinden sich die Bereiche „Bildung“ und „Dienstleistungen“, die jedoch mit 12,5 % bzw. 9,9 % deutlich weniger Nennungen aufweisen. Der Schwerpunkt des Datenbedarfs liegt somit eher im Bereich der Sozialstatistiken als im Bereich der Wirtschaftsstatistiken. Dies wird auch deutlich, wenn

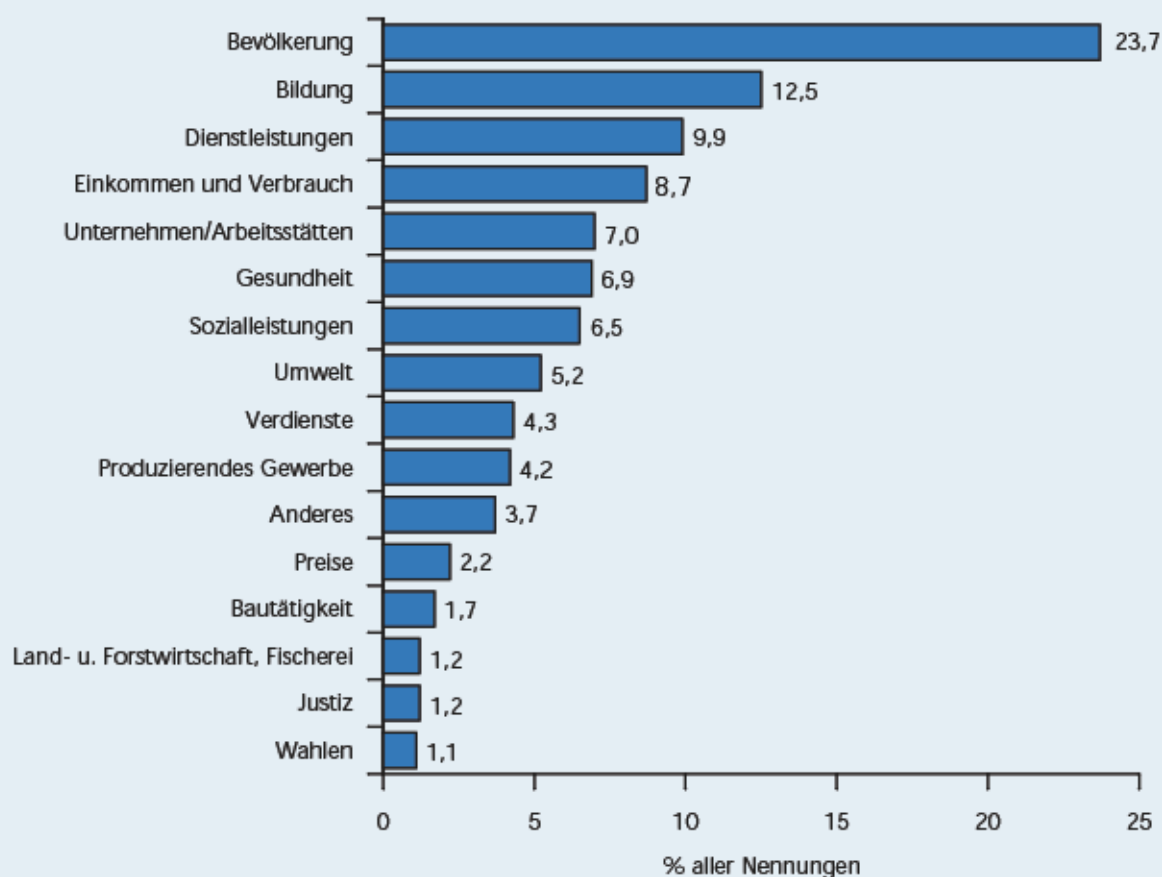
man die weitere Rangfolge betrachtet: So entfallen auf den Bereich „Einkommen und Verbrauch“ 8,7 % aller Nennungen, gefolgt von den Bereichen „Unternehmen und Arbeitsstätten“ (7,0 %), „Gesundheit“ (6,9 %), „Sozialleistungen“ (6,5 %) und „Umwelt“ (5,2 %).

Wechselt man auf die Ebene der Einzelstatistiken, so ist zu erkennen, dass der Datenbedarf der Wissenschaft sehr stark streut. Zwar ist ein Schwerpunkt bei den Haushaltsstichproben, insbesondere beim Mikrozensus zu erkennen. Sieht man jedoch von dieser Schwerpunktsetzung ab, werden sehr viele unterschiedliche Statistiken genannt. Betrachtet man die zehn am häufigsten genannten Statistiken, so ergibt sich die Rangfolge: Mikrozensus (7,5 %), Volkszählung (4,6 %), Europäisches Haushaltspanel (4,4 %), Löhne und Gehälter, Arbeitskosten (4,3 %), Einkommens- und Verbrauchsstichproben (4,2 %), Hochschulen (3,5 %), Natürliche Bevölkerungsbewegungen (3,0 %), Dienstleistungsstatistiken (2,9 %), Wanderungen (2,8 %) und Berufsbildung (2,6 %).

Bei der Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebotes der Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes wird der dargestellte Datenbedarf berücksichtigt. In diesem Zusammenhang ist zu

<sup>4)</sup> Bei der Auswahl von mehr als fünf Statistiken wurden alle Angaben in die Auswertung einbezogen.

## Datenbedarf nach Statistikbereichen



HSL 07/03

erwähnen, dass für einzelne Bereiche, wie beispielsweise den Haushaltsstichproben, bereits faktisch anonymisierte Datensätze angeboten werden. Da dieses Angebot möglicherweise nicht allen interessierten Nutzerinnen und Nutzern bekannt ist, werden das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter und das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes im Rahmen von Nutzerkonferenzen und E-Mail-Aktionen zukünftig systematisch über dieses Datenangebot informieren.

Bei der Weiterentwicklung des Datenangebotes sollen zudem die Empfehlungen berücksichtigt werden, die der Gründungsausschuss des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten für den Aufbau des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter ausgesprochen hat. Diese Empfehlungen decken sich in weiten Teilen mit den 15 am häufigsten genannten Statistiken. Nach den Empfehlungen des Gründungsausschusses sollen für folgende Statistiken im Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter prioritär Daten bereitgestellt werden:

- Statistiken des Verarbeitenden Gewerbes (Produktionsstatistik, jährliche Unternehmenserhebung) sowie des Baugewerbes,

- monatliche Statistiken des Einzelhandels und des Gastgewerbes, jährliche Dienstleistungstatistik, sowie monatliche Tourismusstatistik,
- Mikrozensus als Regional- und Paneldatensatz,
- kurzfristige Konjunkturstatistiken im Produzierenden Gewerbe Deutschlands,
- Diagnose- und Todesursachenstatistik.

### Datenschutz und Möglichkeiten der Datennutzung

Die amtliche Statistik ist nach § 16 des Bundesstatistikgesetzes verpflichtet, Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die von den Befragten für eine Bundesstatistik gemacht werden, geheim zu halten. Die gleiche Regelung ist in den vorhandenen Landesstatistikgesetzen enthalten. Sie dient dem Ziel,

- den Einzelnen vor der Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse zu schützen,
- das Vertrauensverhältnis zwischen den Befragten und den statistischen Ämtern zu erhalten

und



# Statistiken nach Anzahl der Nennungen (Rang 1 bis 40)

Rang	Statistik	Antwort	
		Anzahl	%
	Antworten i n s g e s a m t	4106	100
1	Mikrozensus	310	7,5
2	Volkszählungen	187	4,6
3	Europäisches Haushaltspanel	181	4,4
4	Löhne und Gehälter, Arbeitskosten	175	4,3
5	Einkommens- und Verbrauchsstichproben	173	4,2
6	Hochschulen (Studenten, Personal, Habilitationen)	143	3,5
7	Natürliche Bevölkerungsbewegungen	124	3,0
8	Dienstleistungstatistik	121	2,9
9	Wanderungen	113	2,8
10	Berufsbildung	108	2,6
11	Allgemein bildende und berufliche Schulen	107	2,6
12	Zeitbudgeterhebung	105	2,6
13	Todesursachen	104	2,5
14	Krankenhäuser (Grunddaten, Kosten, Diagnosen)	97	2,4
15	Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	95	2,3
16	Sozialhilfe	91	2,2
17	Preise	89	2,2
18	Unternehmensregister	87	2,1
19	Laufende Wirtschaftsrechnungen	79	1,9
20	Ausgaben und Einnahmen für Wissenschaft und Forschung	75	1,8
21	Steuern (Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz-, Gewerbesteuer)	74	1,8
22	Kostenstrukturen	67	1,6
23	Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Straßenverkehrsunfälle	62	1,5
24	Insolvenzen, Jahresabschlüsse	61	1,5
25	Einbürgerungen	58	1,4
26	Personal im öffentlichen Dienst	58	1,4
27	Arbeitsstätten	57	1,4
28	Kinder- und Jugendhilfe	56	1,4
29	Rehabilitationsmaßnahmen	56	1,4
30	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	51	1,2
31	Luftverunreinigungen	51	1,2
32	Umweltschutzausgaben und -produkte	50	1,2
33	Europäische Erhebung über betriebliche Weiterbildung	49	1,2
34	Pflege (Heime, Dienste, Pflegegeldempfänger)	47	1,1
35	Repräsentative Wahlstatistik	46	1,1
36	Energie- und Wasserversorgung	46	1,1
37	Einzelhandel	46	1,1
38	Außenhandel	46	1,1
39	Gebäude- und Wohnungsbestand	44	1,1
40	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	38	0,9

— die Zuverlässigkeit der Angaben und die Berichtswilligkeit der Befragten zu gewährleisten.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Statistikgeheimnis im Volkszählungsurteil eine herausragende Bedeutung beigemessen. Es betrachtet das Statistikgeheimnis als konstitutiv nicht nur für die Funktionsfähigkeit der Bundesstatistik, sondern auch im Hinblick auf den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.

Besondere Bedingungen gelten für die Weitergabe von faktisch anonymisierten Einzelangaben, die durch § 16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes ermöglicht wird. Danach dürfen Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können und die Emp-

fänger zur statistischen Geheimhaltung verpflichtet sind bzw. werden.

Die Konkretisierung der Wendung „unverhältnismäßig großer Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft“ wurde im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojektes der Wissenschaft und der amtlichen Statistik vorgenommen (siehe Müller/Bilen/Knoche/Wirth u. a. 1991). Im Rahmen dieses Projektes wurden anhand des Mikrozensus Reidentifikationsrisiken sowie Methoden der faktischen Anonymisierung untersucht und hieraus Empfehlungen für die Erstellung faktisch anonymisierter Datensätze abgeleitet. Diese Empfehlungen wurden von der amtlichen Statistik auf mehrere haushalts- und personenbezogene Datensätze angewendet (Mikrozensus, Europäisches Haushaltspanel, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und Sozialhilfestatistik).

Faktisch anonymisierte Datensätze haben für die Nutzer den Vorteil, dass sie flexibel am eigenen Arbeitsplatz ohne Ge-

heimhaltungsprüfung durch ein statistisches Amt ausgewertet werden können. Daher ist die amtliche Statistik bestrebt, das Angebot an faktisch anonymisierten Datensätzen auszuweiten. Einer flächendeckenden Bereitstellung solcher Datensätze stehen jedoch ökonomische sowie fachliche Gründe entgegen:

- Der Datenbedarf der Wissenschaft ist sehr vielfältig, sodass der potenzielle Nutzerkreis bei einzelnen Erhebungen relativ klein ist. Da die Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen in der Regel hohe Kosten verursacht, ist für die einzelnen Erhebungen jeweils abzuwägen, welche Form der Datenbereitstellung unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten die günstigste ist.
- Bei der Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen wird in der Regel die Regionalkennung weggelassen, da diese ein hohes Reidentifikationsrisiko birgt<sup>5)</sup>. Auch müssen Merkmale mit sehr vielen Ausprägungen in der Regel zusammengefasst werden. Daher können Analysen, die auf eine starke regionale oder fachliche Differenzierung abstellen, häufig nicht auf der Basis von faktisch anonymisierten Datensätzen durchgeführt werden.
- Für bestimmte Arten von Erhebungen ist die Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen auf Grund fehlender Anonymisierungsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Dies betrifft insbesondere Betriebs- und Unternehmensdaten, aber auch Paneldaten. In einigen Ländern, wie zum Beispiel Kanada, werden daher grundsätzlich keine Datensätze der Wirtschaftsstatistiken erstellt, die nach außen gegeben werden (siehe Tambay/Goldmann/White 2001). In Deutschland wird die Anonymisierung von wirtschaftsstatistischen Mikrodaten zurzeit im Rahmen eines gemeinsamen Projektes der amtlichen Statistik und der Wissenschaft untersucht (siehe Sturm 2002).
- Schließlich ist zu berücksichtigen, dass durch die Weitergabe von faktisch anonymisierten Datensätzen die Reidentifikationsrisiken steigen, da bei den einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Regel verschiedene Datensätze parallel gehalten werden. Dieses Problem hat vor 15 Jahren, als das oben genannte Projekt zur Bestimmung von Reidentifikationsrisiken durchgeführt wurde, in der Weise noch nicht existiert und sollte daher untersucht werden.

Aus den genannten Gründen werden die beiden Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes neben der Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen folgende Möglichkeiten für die Datennutzung anbieten:

- In den statistischen Ämtern werden voraussichtlich bis Mitte 2004 Arbeitsplätze für Gastwissenschaftler eingerichtet, die zwei Formen des Datenzugangs ermöglichen: Zum einen können im Rahmen von Forschungsprojekten, die in

Kooperation zwischen amtlicher Statistik und externen Fachleuten durchgeführt werden, nicht oder nur formal anonymisierte Mikrodaten in den jeweils zuständigen Forschungsdatenzentren genutzt werden. Zum anderen können externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für eigene Forschungsprojekte in den jeweiligen Forschungsdatenzentren spezielle faktisch anonymisierte Datensätze für die On-Site-Nutzung bereitgestellt werden, die zwar anonymisiert sind, jedoch wesentlich mehr Informationen enthalten als die zuvor beschriebenen faktisch anonymisierten Datensätze. Bei beiden Varianten ist zu prüfen, ob die statistische Geheimhaltung eingehalten wird.

- Die statistischen Ämter werden voraussichtlich ab Mitte 2005 die Möglichkeit der kontrollierten Datenfernverarbeitung anbieten, bei der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Analyseprogramme an ihrem Arbeitsplatz schreiben und diese dann an ein statistisches Amt schicken, in dem dann die Programme nach Syntaxprüfung ausgeführt werden. Nachdem die Analyseergebnisse daraufhin untersucht wurden, ob die statistische Geheimhaltung eingehalten wird, werden sie an den jeweiligen Nutzer übermittelt.

#### Präferenzen für unterschiedliche Nutzungswege

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden im Rahmen der Befragung aufgefordert, die genannten Nutzungsmöglichkeiten in eine Rangfolge von 1 (höchste Präferenz) bis 4 (niedrigste Präferenz) zu bringen. Um die Präferenzen für die einzelnen Nutzungswege zu analysieren, wird für die einzelnen Nutzungswege die Verteilung der Präferenzen betrachtet. Dabei fällt auf, dass die Nutzung von faktisch und total anonymisierten Datensätzen von den meisten Befragten am stärksten präferiert wird: 69,9 % der Befragten haben für diese Nutzungsart die höchste Präferenz vergeben. Demgegenüber waren dies bei der kontrollierten Datenfernverarbeitung nur 20,6 %, bei der Durchführung eigener Forschungsprojekte in einem statistischen Amt 14,1 % und bei der Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte mit einem statistischen Amt 3,2 %. Betrachtet man die Anteile der zweithöchsten Präferenz, so ist hier das Ergebnis

Präferenzen für die einzelnen Nutzungswege

Ausprägung	Eigene Forschungsprojekte		Gemeinsame Forschungsprojekte		Anonymisierte Datensätze		Kontrollierte Datenfernverarbeitung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Präferenz 1 (höchste)	62	14,1	14	3,2	337	69,9	94	20,6
Präferenz 2	140	31,8	61	14,1	86	17,8	169	37,1
Präferenz 3	163	37	155	35,8	31	6,4	76	16,7
Präferenz 4 (niedrig)	75	17	203	46,9	28	5,8	117	25,7
Insgesamt	440	100	433	100	482	100	456	100

5) Für eine zusammenfassende Übersicht über Anonymisierungsmethoden siehe Kohler 1999.



nicht eindeutig: Während 37,1 % der Befragten die kontrollierte Datenfernverarbeitung gewählt haben, ist der Anteil mit 31,8 % bei der Durchführung eigener Forschungsprojekte in einem statistischen Amt fast genauso hoch. Bei der Nutzung von faktisch und total anonymisierten Datensätzen und der Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte mit einem statistischen Amt wurde die zweite Präferenz mit 17,8 % und 14,1 % deutlich seltener genannt.

Betrachtet man die Anteile für die dritthöchste Präferenz, so ist dieser bei der Durchführung eines eigenen Forschungsprojektes in einem statistischen Amt (37,0 %) und der Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte in einem statistischen Amt (35,8 %) am höchsten. Bei der kontrollierten Datenfernverarbeitung beträgt dieser Anteil lediglich 16,7 % und bei der Nutzung von faktisch oder total anonymisierten Datensätzen 6,4 %. Bei der niedrigsten Präferenz sind die Ergebnisse hingegen wieder eindeutig: Dieser Anteil ist bei der Durchführung von gemeinsamen Forschungsprojekten in einem statistischen Amt mit 46,9 % am höchsten, gefolgt von der kontrollierten Datenfernverarbeitung (25,7 %), der Durchführung eines eigenen Forschungsprojektes in einem statistischen Amt (17,0 %) und der Nutzung von faktisch oder total anonymisierten Datensätzen (5,8 %).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Befragten der Nutzung von faktisch und total anonymisierten Datensätzen die höchste Präferenz und der Durchführung von gemeinsamen Forschungsprojekten mit einem statistischen Amt die niedrigste Präferenz zuordnen. Die Durchführung eigener Forschungsprojekte und die kontrollierte Datenfernverarbeitung nehmen eine Mittelposition ein und lassen sich nicht in eine eindeutige Rangfolge bringen. Die ausgeprägte Präferenz für die Nutzung von faktisch und total anonymisierten Datensätzen war zu erwarten, da dies die einzige Nutzungsart ist, bei der die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an ihrem eigenen Arbeitsplatz direkt mit den Mikrodaten der amtlichen Statistik arbeiten können. Diese Nutzungsart kommt jedoch — wie oben ausgeführt wurde — nicht für alle Erhebungen in Frage.

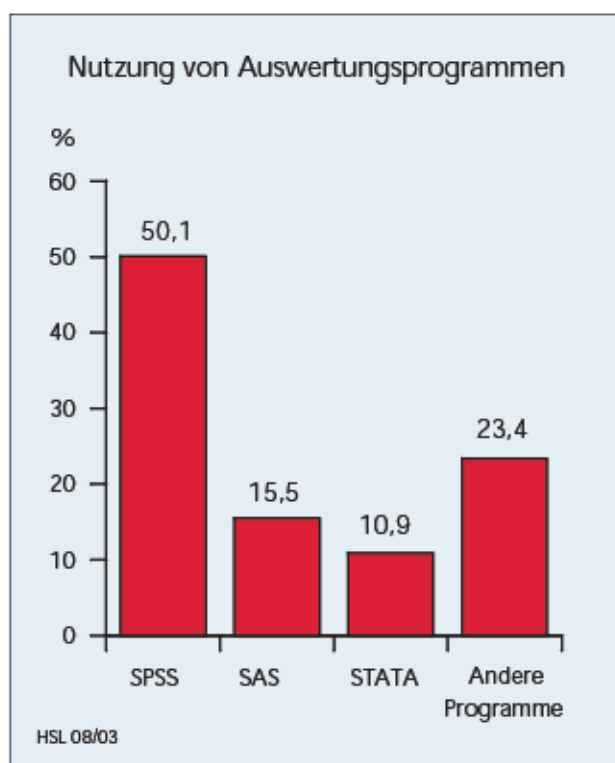
Betrachtet man die Ergebnisse zum Datenbedarf und zu den einzelnen Nutzungswegen, ist ein Zielkonflikt zwischen der Präferenz für anonymisierte Datensätze einerseits und der breiten Streuung des Datenbedarf andererseits zu erkennen. Auf welche Art und Weise dieser Zielkonflikt gelöst werden kann, soll unter anderem im Rahmen des von den statistischen Ämtern geplanten Nutzerworkshops thematisiert werden. Eine mögliche Alternative zur Nutzung von faktisch und total anonymisierten Daten bietet die kontrollierte Datenfernverarbeitung sowie die Einrichtung von Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen. Ein Vorteil dieser beiden Nutzungswege besteht darin, dass ein fachlich breit gestreutes Datenangebot aufgebaut werden kann, das gleichzeitig fachlich und regional differenzierte Analysen erlaubt. Aus diesem Grund werden das Forschungsdatenzentrum der statisti-

schen Landesämter und das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes neben der Erstellung von faktisch und total anonymisierten Daten die kontrollierte Datenfernverarbeitung aufbauen und Gastwissenschaftlerarbeitsplätze an allen regionalen Standorten einrichten.

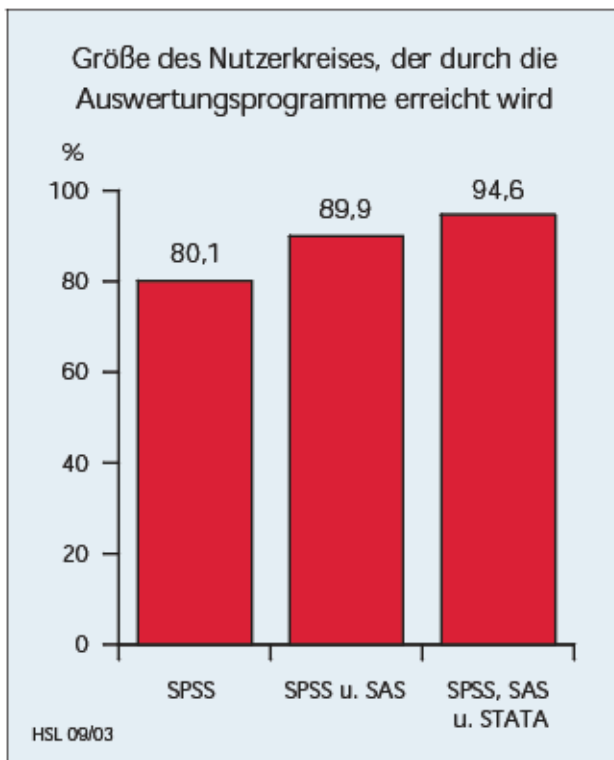
### Analyse- und Auswertungsprogramme

In den statistischen Ämtern werden die Mikrodaten vorrangig mit Verbundprogrammen ausgewertet, die in der Regel auf SPLV bzw. STATSPEZ basieren. Die in der Wissenschaft verbreitete Analysesoftware wird bislang nur in einigen statistischen Ämtern eingesetzt. Daher muss für die Forschungsdatenzentren zum einen neue Software für die Gastwissenschaftlerarbeitsplätze und die kontrollierte Datenfernverarbeitung beschafft werden und zum anderen ist das Personal entsprechend zu schulen. Um festzulegen, welche Analysesoftware für die Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes prioritär angeschafft werden sollte, wurden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefragt, welche Auswertungsprogramme sie nutzen. Bei dieser Frage entfiel über die Hälfte der Nennungen auf SPSS, während die anderen Programme eine deutlich geringere Bedeutung haben. So weisen SAS 15,5 % und STATA 10,9 % auf. Auf andere Programme entfallen 23,4 % aller Nennungen. Am häufigsten sind hier GAUSS, EViews, S-PLUS, ACCESS und TDA vertreten.

Bezüglich der Anwendung von Auswertungsprogrammen ist auch eine Auswertung auf der Befragtenebene von Interesse, da diese Aufschluss darüber gibt, wie groß der Perso-







nenkreis ist, dessen Bedarf mit einem bestimmten Auswertungsprogramm gedeckt werden könnte. Diese Auswertung weist darauf hin, dass 80,1 % aller Befragten unter anderem SPSS für Auswertungszwecke nutzen. Dies bedeutet, dass durch die Anschaffung von SPSS einem sehr großen Teil der potenziellen Nutzerinnen und Nutzer die Auswertung der Mikrodaten der amtlichen Statistik an den Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen oder über die kontrollierte Datenfernverarbeitung ermöglicht werden würde. Dieser Anteil kann durch die Anschaffung von SAS um 9,8 Prozentpunkte auf 89,9 % und durch die Anschaffung von STATA um weitere 4,7 Prozentpunkte auf 94,6 % erhöht werden. Dies bedeutet, dass durch die Anschaffung der genannten Standardsoftware fast alle potenziellen Nutzerinnen und Nutzer die Mikrodaten der amtlichen Statistik mit Hilfe ihrer gewohnten Auswertungsprogramme analysieren können. Gleichzeitig macht die Auswertung jedoch auch deutlich, dass die Anschaffung von SPSS die erste Priorität haben sollte, da mit diesem Programm die Mehrheit der potenziellen Nutzerinnen und Nutzer arbeitet.

### Workshop

Die Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes planen, einen Workshop mit dem Ziel durchzuführen, über die Ergebnisse dieser Umfrage zu informieren und mit Vertretern der Wissenschaft zu diskutieren über

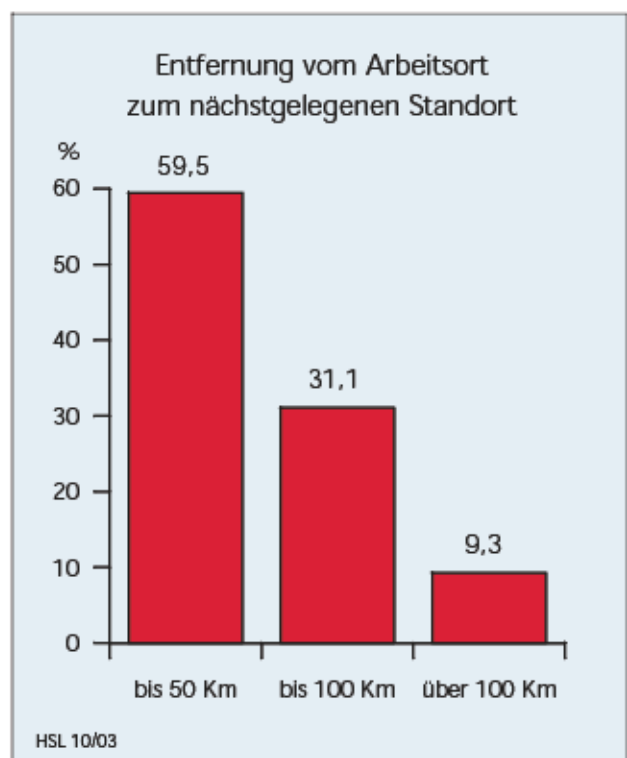
- Aspekte der Ausgestaltung der Forschungsdatenzentren,
- unterschiedliche Datenbedarfe und Möglichkeiten ihrer Befriedigung,

- Formen der Kooperation mit der Wissenschaft,
- technische und organisatorische Anforderungen der Wissenschaft,
- Organisation der Kontakte mit der Wissenschaft.

Im Rahmen der Umfrage wurden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daher gefragt, wie hoch ihr Interesse an der Teilnahme an diesem Workshop sei. Es zeigte sich, dass das Interesse der Wissenschaft an diesem Informations- und Kommunikationsangebot sehr hoch ist: Über die Hälfte aller Befragten gaben hier an, dass Sie an einer Teilnahme interessiert seien. Absolut betrachtet entspricht dies einem potenziellen Teilnehmerkreis von 318 Personen.

### Regionale Erreichbarkeit

Wie bereits in Abschnitt 3 erwähnt wurde, können nicht alle Mikrodaten ohne weiteres als faktisch anonymisierte Datensätze für die Wissenschaft zugänglich gemacht werden. Aus diesem Grunde richtet das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes an seinem Standort und das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter an allen 16 regionalen Standorten Gastwissenschaftlerarbeitsplätze ein. Ziel dieser Maßnahme ist es, den Zugang der Wissenschaft zu den nicht oder nur formal anonymisierten Mikrodaten durch die breite regionale Streuung der Gastwissenschaftlerarbeitsplätze zu erleichtern. Für die Nutzer ist hierbei u. a. von entscheidender Bedeutung, wie leicht die regionalen Standorte erreicht werden können, d. h. wie weit der nächstgelegene regionale Standorte vom Arbeitsort des Nutzers entfernt ist.



Betrachtet man die Entfernung vom Arbeitsort der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum nächstgelegenen Standort der Forschungsdatenzentren, so haben knapp 59,5 % der möglichen Nutzer eine Distanz von bis zu 50 km zurückzulegen. Für 31,1 % der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler käme eine Strecke von 50 km bis 100 km in Betracht und auf 9,1 % der Nutzer entfällt eine Strecke, die über 100 km liegt. Dies bedeutet, dass nur ein sehr geringer Anteil der Nutzer eine relativ weite Strecke zurücklegen müsste, um einen regionalen Standort zu erreichen. Da an den regionalen Standorten sowohl die Mikrodaten aller statistischen Landesämter als auch die Mikrodaten des Statistischen Bundesamtes genutzt werden können, wird durch die Einrichtung von Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen an allen regionalen Standorten der Zugang zu den Mikrodaten in entscheidender Weise erleichtert.

### Aktuelles Mikrodatenangebot der amtlichen Statistik und zukünftige Entwicklungen

Das Angebot der amtlichen Statistik an Mikrodaten für wissenschaftliche Zwecke besteht zur Zeit insbesondere aus faktisch anonymisierten Datensätzen der Haushaltsstichproben. Jedoch werden momentan auch Forschungsprojekte zur Erstellung weiterer faktisch anonymisierter Datensätze, wie zum Beispiel der Lohn- und Einkommensteuerstatistik oder der wirtschaftsstatistischen Mikrodaten, durchgeführt. Folgende Datenbestände stehen bereits heute als faktisch anonymisierte Datensätze bzw. als total anonymisierte Datensätze zur Verfügung:

- Mikrozensus unterschiedlicher Jahrgänge,
- Einkommens- und Verbrauchsstichprobe unterschiedlicher Jahrgänge,
- Zeitbudgeterhebung 1991 (faktisch anonymisierter Datensatz und total anonymisierter Datensatz),
- Sozialhilfestatistik 1998,
- Europäisches Haushaltspanel 1994 bis 1996.

Darüber hinaus werden zur Zeit gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder folgende Projekte zur Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen durchgeführt oder befinden sich in Planung:

- Projekt „Faktische Anonymisierung von Einzeldaten über Unternehmen und Betriebe“: Im Rahmen dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes werden gemeinsam von der amtlichen Statistik und der Wissenschaft Anonymisierungsmethoden für wirtschaftsstatistische Mikrodaten untersucht. Ziel des Projektes ist es, faktisch anonymisierte Datensätze ver-

schiedener wirtschaftsstatistischer Erhebungen anbieten zu können<sup>6)</sup>.

- „Regionalfile des Mikrozensus“: Im faktisch anonymisierten Datensatz des Mikrozensus ist aus Datenschutzgründen die Regionalkennung unterhalb der Ebene der Bundesländer nicht enthalten. Um auch Regionalanalysen unterhalb der Länderebene zu ermöglichen, wird zur Zeit gemeinsam von der amtlichen Statistik und der Wissenschaft ein Anonymisierungskonzept entwickelt, in dem fachliche Merkmale, insbesondere die Angaben zur beruflichen Tätigkeit, in Abhängigkeit von ihrer regionalen Verteilung zusammengefasst werden.
- Projekt „Aufbereitung und Bereitstellung des Mikrozensus als Panelstichprobe“: Ziel dieses Projektes ist es, den Mikrozensus als Längsschnittdatensatz aufzubereiten und ein geeignetes Hochrechnungs- und Gewichtungsverfahren zu entwickeln. Das wesentliche Problem, das hierbei gelöst werden muss, besteht darin, dass fortgezogene Haushalte und Personen im Mikrozensus nicht wiederbefragt werden<sup>7)</sup>. Sofern die methodischen Probleme gelöst werden können, soll der Längsschnittdatensatz faktisch anonymisiert und für wissenschaftliche Analysezwecke bereitgestellt werden. Es ist geplant, die methodischen Probleme im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojektes der amtlichen Statistik und der Wissenschaft zu bearbeiten.
- Weiterhin werden zurzeit Projekte zur „Faktischen Anonymisierung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998“ sowie zur „Faktischen Anonymisierung der Straßenverkehrsunfallstatistik“ durchgeführt.

Wie bereits erwähnt, eignen sich nicht alle Daten für eine faktische oder totale Anonymisierung. Daher werden in allen statistischen Landesämtern und im Statistischen Bundesamt Gastwissenschaftlerarbeitsplätze eingerichtet sowie die Infrastruktur für eine kontrollierte Datenfernverarbeitung aufgebaut<sup>8)</sup>. Beide Maßnahmen zielen darauf, nicht oder nur geringfügig anonymisierte Mikrodaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Analysezwecke zugänglich zu machen. Hierbei werden das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes und das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter eng kooperieren, sodass sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur an eine Stelle wenden müssen, um die Mikrodaten der amtlichen Statistik von allen regionalen Standorten gleichermaßen nutzen zu können.

Die genannten Aufgaben der Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes gehen über die genuinen Aufgaben der amtlichen Statistik hinaus. Da die statistischen Ämter der Bereitstellung von Mikrodaten für wissenschaftliche Analysezwecke eine hohe Bedeutung zumessen, haben sie Förderanträge gestellt, um die genannten Aufgaben wahrnehmen zu können. Daneben werden die statistischen Ämter diejenigen Mittel, die sie

6) Für weitere Informationen über das Projekt siehe Sturm 2002.

7) Für weitere Informationen zu den Längsschnittdaten des Mikrozensus siehe Heidenreich 2002, Zühlke 2001 sowie Zühlke und Hetke 2002.

8) Im Statistischen Bundesamt kann die Lohn- und Einkommensteuerstatistik bereits auf der Basis der kontrollierten Datenfernverarbeitung genutzt werden.



heute schon für die Bereitstellung von Informationen für die Wissenschaft aufwenden, bündeln und für die Aufgaben der Forschungsdatenzentren bereitstellen. Der Aufbau der Forschungsdatenzentren wird jedoch in entscheidender Weise davon abhängen, in welchem Umfang die Wahrnehmung der genannten Aufgaben durch Mittel aus der Wissenschaftsförderung gefördert werden kann.

## Literatur

Heidenreich, Hans-Joachim (2002): Längsschnittdaten aus dem Mikrozensus: Basis für neue Analysemöglichkeiten. In: Allgemeines Statistisches Archiv 2, 213—231.

Köhler, Sabine (1999): Anonymisierung von Mikrodaten in der Bundesrepublik und ihre Nutzung — Ein Überblick. In: Forum der Bundesstatistik, Bd. 31/1999, Statistisches Bundesamt, 133—144.

Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (2001): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Frankfurt am Main.

Müller, Walter/Blien, Uwe/Knoche, Peter/Wirth, Heike u. a. (1991): Die faktische Anonymität von Mikrodaten. Band 19 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Sturm, Roland (2002): Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft. In: Wirtschaft und Statistik 2, 101—109.

Tambay, Jean-Louis/Goldmann, Gustave/White, Pamela (2001): Providing Greater Access to Survey Data for Analysis at Statistics Canada. Proceedings of the Annual Meeting of the American Statistical Association, August 5—9, 2001.

Zühlke, Sylvia (2001): Längsschnittanalysen auf der Basis des Mikrozensus: Methodische Probleme und Lösungsansätze. In: Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen 4, 3—13.

Zühlke, Sylvia/Hetke, Uwe (2002): Regionale Mobilität und Arbeitsmarktprozesse: Eine Analyse auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels. Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen 2. □

### Ansprechpartner des Forschungsdatenzentrums des Statistischen Bundesamtes und des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter

Forschungsdatenzentrum/ regionaler Standort	Ansprechpartner			
	Name	Telefon	Fax	E-Mail
<b>Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes</b>				
Statistisches Bundesamt	Markus Zwick	0611 75 4220	0611 75 3950	markus.zwick@destatis.de
<b>Regionale Standorte des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter</b>				
Baden-Württemberg	Dr. Helmut Büringer	0711 641-2418	0711 641-2440	helmut.bueringer@stala.bwl.de
Baden-Württemberg	Ivar Cornelius	0711 641-2570	0711 6412440	ivar.cornelius@stala.bwl.de
Bayern	Dr. Willibald Lausberger	089 2119-601	089 2119-1601	willibald.lausberger@lfstad.bayern.de
Berlin	Prof. Dr. Ulrike Rockmann	030 9021-3502	030 5158-8326	u.rockmann@statistik-berlin.de
Brandenburg	Christiane Siegmund	0331 39431	0331 39487	christiane.siegmund@lds.brandenburg.de
Bremen	Jürgen Wayand	0421 361-2370	0421 496-2370	juergen.wayand@statistik.bremen.de
Hamburg	Sven Wohlfahrt	040 42831-1784	040 427964-032	sven.wohlfahrt@statistik.hamburg.de
Hessen	Dr. Frank Padberg	0611 3802-822	0611 3802-890	fpadberg@hsl.de
Hessen	Günter Grün	0611 3802-810	0611 3802-890	ggruen@hsl.de
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Margit Herrmann	0385 4801-686	0385 4801-123	m.herrmann@statistik-mv.de
Niedersachsen	Rainer Geumann	0511 9898-1612	0511 9898-4111	rainer.geumann@nls.niedersachsen.de
Nordrhein-Westfalen	Helmut Eppmann	0211 9449-2637	0211 9449-2302	helmut.eppmann@lds.nrw.de
Nordrhein-Westfalen	Dr. Sylvia Zühlke	0211 9449-2547	0211 9449-2302	sylvia.zuehlke@lds.nrw.de
Rheinland-Pfalz	Hans Libowitzky	02603 71-280	02603 71-247	hans.libowitzky@statistik.rlp.de
Saarland	Barbara Barth	0681 501-2804	0681 501-2970	dv@stala.saarland.de
Sachsen	Manfred Jakoby	03578 33-1910	03578 33-1999	manfred.jakoby@statistik.sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Christoph Schäfer	0345 2318-252	0345 2318-923	schaefer@stala.mi.lsa-net.de
Schleswig-Holstein	Bernd Struck	0431 6895286	0431 6895498	bernd.struck@statistik-sh.de
Thüringen	Ronald Münzberg	0361 3784-111	0361 3784-697	rmuenzberg@tfs.thueringen.de



# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzel- handel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs <sup>4)</sup> 2000 = 100	Beschäft- igte	Index der Um- sätze <sup>6)</sup> 2000 = 100	Ver- braucher- preis- Index <sup>7)</sup> 2000 = 100	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>11)</sup>
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>12)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	100	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	100,2	87,9	122,9	444 158	83,9	30 621	97,9	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2001 Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	75,2	32 049	119,4	102,4	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	78,4	32 669	110,6	101,8	.	.	.	.
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	57,5	31 114	91,6	102,6	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 085	63,1	30 689	86,0	103,0	222 906	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	102,0	30 701	99,8	103,1	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	74,2	30 835	92,5	102,9	.	.	.	.
April	103,4	91,3	125,8	444 914	95,3	31 075	101,5	103,0	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	82,6	30 914	96,3	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	101,7	87,3	128,1	443 552	113,0	30 422	91,4	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	102,9	88,2	129,8	444 107	96,9	30 804	96,4	103,0	.	.	.	.
Juli	106,9	94,7	129,2	445 106	84,5	30 118	93,9	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987
August	96,4	87,2	113,4	445 420	89,2	30 567	94,8	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	101,8	88,0	127,4	444 496	83,7	30 649	94,8	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3 Vj. D	101,7	90,0	123,3	445 007	85,8	30 445	94,5	103,1	.	.	.	.
Oktober	105,8	93,9	127,6	441 499	84,1	30 719	103,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	103,5	90,0	128,4	439 559	74,9	30 631	106,5	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	90,4	79,6	110,2	437 287	76,4	29 858	114,9	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	99,9	87,8	122,1	439 448	78,5	30 403	108,4	103,0	.	.	.	.
2003 Januar	...	...	...	...	49,1	28 613	91,7	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	X	- 5,5	X	X	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 2,6	- 5,7	1,8	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 2,5	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2001 Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	.	1,4	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	.	1,4	.	.	.	.
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,4	2,0	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 2,1	1,8	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 14,2	- 18,0	- 8,3	- 2,7	8,0	- 7,5	- 3,6	2,0	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 11,0	- 12,2	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 3,3	1,9	.	.	.	.
April	7,8	2,5	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	3,4	1,5	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,0	- 8,9	12,7	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,5	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 1,3	- 4,0	2,4	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,3	0,9	5,9	.	- 16,7	129,4
2. Vj.	2,1	- 3,6	10,1	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 2,5	1,2	.	.	.	.
Juli	4,2	2,8	5,9	- 3,3	3,3	- 9,5	- 0,3	1,1	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 3,7	- 7,6	2,6	- 3,4	- 30,3	- 9,5	- 4,3	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,1	- 3,8	8,2	- 3,5	- 34,9	- 8,8	- 1,5	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	0,6	- 2,9	5,7	- 3,4	- 24,0	- 9,3	- 2,1	1,0	.	.	.	.
Oktober	3,1	0,1	7,4	- 3,6	11,6	- 7,9	1,0	1,3	6,7	.	- 21,2	41,9
November	- 0,2	- 4,9	6,6	- 3,6	- 11,5	- 6,1	- 2,8	1,1	7,7	.	- 17,4	14,2
Dezember	- 7,6	- 7,0	- 8,4	- 3,5	1,6	- 6,8	- 3,8	1,2	7,4	.	- 21,8	- 41,8
4. Vj.	- 1,5	- 3,8	1,9	- 3,6	0,0	- 6,9	- 2,0	1,2	.	.	.	.
2003 Januar	...	...	...	...	- 14,7	- 8,0	0,1	0,9	9,2	.	- 21,0	- 32,9
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>												
2001 Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	8,9	0,9	4,5	.	- 1,1	90,8
4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	14,6	- 0,3	.	.	.	.
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 23,3	0,2	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	- 6,1	0,4	- 0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	- 0,3	61,8	0,0	16,0	0,1	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 4,9	- 6,5	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 16,4	1,1	.	.	.	.
April	3,6	2,6	5,1	- 0,4	- 6,6	1,2	1,7	- 0,1	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,1	- 5,7	7,6	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 5,1	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,7	1,4	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 5,1	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,7	3,2	11,4	- 0,9	30,5	- 0,1	4,2	0,1	.	.	.	.
Juli	5,1	8,5	0,9	0,4	- 25,2	- 1,0	2,7	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,8	- 7,9	- 12,2	0,1	5,5	1,5	1,0	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	5,6	0,9	12,3	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	2,0	- 5,0	0,2	- 11,5	- 1,2	- 2,0	0,1	.	.	.	.
Oktober	3,9	6,7	0,2	- 0,7	0,5	0,2	9,5	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,2	- 4,2	0,6	- 0,4	- 10,9	- 0,3	2,6	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0
Dezember	- 12,7	- 11,6	- 14,2	- 0,5	2,0	- 2,5	7,9	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7
4 Vj.	- 1,8	- 2,4	- 1,0	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,7	- 0,1	.	.	.	.
2003 Januar	...	...	...	...	- 35,7	- 4,2	- 20,2	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000		2001	2001			2002			
		Durchschnitt			Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 066,1 <sup>1)</sup>	6077,8 <sup>1)</sup>	6 073,7	6 073,8	6 075,6	6 083,6	6 086,0	6 088,9	6 090,5	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	2 826	4 396	2 697	3 261	2 855	4 467	2 711	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	5,5	8,5	5,4	6,5	5,5	8,6	5,4	
* Lebendgeborene	"	4 901	4 686	5 006	5 287	4 483	4 558	5 285	4 922	4 689	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	9,3	9,7	10,2	9,0	9,1	10,2	9,5	9,4	
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 029	4 948	5 140	4 997	4 362	4 698	4 937	4 742	4 683	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,0	9,7	8,7	9,4	9,6	9,2	9,4	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	21	19	17	18	24	23	24	15	21	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	4,2	3,4	3,4	5,4	5,0	4,5	3,0	4,5	
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 127	- 262	- 134	290	121	- 140	348	180	6,0	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,3	- 0,5	- 0,3	0,6	0,2	- 0,3	0,7	0,3	0,0	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	17 793	17 860	15 067	12 696	16 902	16 631	15 846	
darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	7 429	7 765	6 759	5 841	7 209	6 855	7 229	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	16 096	18 095	13 371	11 459	14 829	13 941	14 281	
darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	7 657	9 610	5 249	4 857	6 130	5 445	6 139	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	1 697	- 235	1 696	1 237	2 073	2 690	1 565	
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	18 349	17 943	20 110	19 970	16 727	16 172	21 129	20 251	18 281	
		2001	2002	2001	2002			2003			
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>											
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	207 134	223 585	222 906	213 579	222 481	244 216	249 718	
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	90 177	94 258	93 246	91 551	93 344	100 232	101 297	
Männer	"	110 886	122 151	116 957	129 327	129 660	122 028	129 137	143 984	148 421	
Ausländer	"	42 684	45 295	45 495	47 946	47 809	45 539	46 985	50 479	51 566	
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	23 170	26 328	27 056	24 084	24 863	28 671	30 906	
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,6	8,2	8,1	7,8	8,1	8,9	9,1	
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,1	7,4	7,3	7,1	7,2	7,7	7,8	
Männer	"	7,6	8,4	8,0	8,9	8,9	8,3	8,8	9,9	10,2	
Ausländer	"	14,2	15,2	15,4	16,2	16,2	15,2	15,7	16,8	17,2	
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	6,6	7,5	7,7	6,6	6,8	7,8	8,4	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	19 108	21 481	25 716	11 434	11 128	14 415	15 268	
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	29 674	32 491	36 988	24 780	23 211	25 664	28 884	
		2000	2001	2000			2001			2002	
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5(6)</sup>											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 169,4	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5	
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	938,1	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9	
Ausländer	"	223,3	228,5	220,9	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3	
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	318,7	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2	
darunter Frauen	"	274,5	284,9	273,0	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>											
davon											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	13,3	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1	
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6	
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	548,9	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7	
darunter Frauen	"	139,9	140,0	140,4	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4	
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	123,6	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0	
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	551,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4	
darunter Frauen	"	244,2	248,4	244,0	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1	
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	435,7	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5	
darunter Frauen	"	201,9	211,9	200,2	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1	
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	495,6	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4	
darunter Frauen	"	329,3	333,2	334,1	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweissystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	10 732	6 972	7 376	8 690	9 530	6 396	6 646
Kälber	"	224	277	341	397	314	286	326	350	109
Schweine	"	95 275	85 364	105 941	94 819	92 249	90 227	88 299	83 957	80 674
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	14 083	10 150	9 444	6 469	11 247	8 159	8 465
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	11 942	10 354	10 210	10 766	10 297	9 548	9 065
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	2 521	1 735	1 921	2 325	2 395	1 750	1 796
* Kälbern	"	20	22	32	36	28	29	25	29	9
* Schweinen	"	8 103	7 438	8 609	7 908	7 818	7 841	7 263	7 121	6 837
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Erzeugte Konsumier <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	33 578	34 327	34 434	29 716	25 933	26 261	26 536
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	83 110	89 607	85 175	79 071	77 309	81 073	85 005
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	78 881	85 173	81 451	75 403	73 759	76 713	81 539
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	17,5	18,3	16,7	15,5	15,7	15,9	17,3
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 193	3 264	3 263	3 225	3 165	3 151	3 148	...
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	444,2	455,8	452,9	449,4	441,5	440,0	437,3	...
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	269,6	259,5	267,0	264,6	262,7	258,0	256,4	254,6	...
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>6)</sup>	"	34 156	32 318	36 091	27 928	33 647	33 777	33 467	27 323	...
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	667,4	651,3	832,0	634,9	623,2	648,3	801,5	636,0	...
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	726,5	963,0	743,8	728,2	721,8	942,3	463,5	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 884,1	7 466,9	6 504,1	6 254,0	7 333,9	7 387,6	6 575,9	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	3 002,0	2 992,8	3 088,7	2 287,9	2 826,9	3 232,7	3 099,5	2 379,2	...
Investitionsgüterproduzenten	"	2 184,3	2 129,4	2 537,4	2 417,5	1 724,8	2 245,9	2 395,0	2 437,0	...
Gebrauchsgüterproduzenten	"	256,0	252,4	291,1	258,9	228,8	251,0	269,6	250,0	...
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 534,4	1 509,6	1 549,8	1 539,7	1 473,5	1 604,4	1 623,6	1 509,7	...
Energie	"	.	.	.	.	.	.	.	.	...
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 722,5	2 663,5	2 457,5	2 463,8	2 826,2	3 003,3	2 680,0	...
Exportquote <sup>7)</sup>	%	37,6	39,5	35,7	37,8	39,4	38,5	40,6	40,8	...
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>8)</sup>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>9)</sup>	- 2,2	- 2,6	- 5,7	- 1,7	- 7,4	3,1	- 0,2	- 7,6	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	3,4	- 3,3	- 8,6	- 2,6	4,7	2,3	3,9	...
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 10,5	- 8,9	11,6	- 12,8	3,2	- 5,8	- 21,5	...
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 6,6	- 20,8	- 15,4	- 19,4	- 11,9	2,6	6,8	...
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 5,9	- 2,3	- 16,6	- 12,3	- 0,7	6,1	- 2,3	...
Energie	"	.	.	.	.	.	.	.	.	...
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>9)</sup>	2,2	0,7	4,2	- 7,2	- 3,7	- 1,1	0,6	- 1,9	...
Maschinenbau	"	- 9,4	0,0	- 11,8	- 5,0	- 4,6	6,3	- 4,6	- 7,3	...
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	0,3	66,2	- 13,7	9,7	6,0	- 38,2	...
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	- 3,4	- 8,9	- 3,4	- 15,8	- 12,2	- 5,9	- 10,4	- 3,9	...
Energie	"	.	.	.	.	.	.	.	.	...
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>10)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	95	95	95	...
* Beschäftigte <sup>10)</sup>	"	18 366	18 145	18 500	18 408	18 165	18 189	18 173	18 152	...
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>10)(11)</sup>	1000 h	991	2 273	1 067	827	2 517	2 356	2 357	2 060	...
* Bruttolohn- und -gehaltssumme <sup>10)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	95,3	60,0	56,4	60,7	90,0	72,9	...
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 307,8	2 845,8	2 841,3	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	88,9	.	.	.	84,5	.
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	112,1	.	.	.	102,9	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Inneren. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Bis Dezember 2002: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2003: tatsächlich geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	58,3	57,2	55,6	55,6	55,5	54,2	52,0
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	30,1	29,5	28,6	29,1	28,9	28,2	26,9
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	9,0	8,7	8,3	8,4	8,5	8,1	7,6
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,8	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	5 990	4 167	3 361	5 906	5 472	3 698	3 067
darunter										
* Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 273	1 591	1 314	2 321	2 077	1 546	1 230
* gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 735	1 231	1 113	1 636	1 575	1 075	1 009
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 943	1 324	911	1 915	1 790	1 052	814
* Brutto lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	108,3	84,1	74,6	94,1	102,7	82,2	69,6
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	46,5	40,9	36,7	35,9	45,7	38,9	34,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	643,6	640,4	288,3	597,4	598,3	600,8	291,8
darunter										
* Wohnungsbau	"	141,1	134,5	184,0	141,0	79,4	161,8	153,6	151,6	80,2
* gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	272,3	301,8	138,0	244,6	239,0	249,3	132,7
* öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	184,0	194,9	68,6	188,2	203,1	196,6	77,7
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>3)</sup>	2000=100	95,6	83,9	84,7	75,2	57,5	84,1	74,9	76,4	48,1
darunter										
* Wohnungsbau	"	86,4	74,7	70,0	50,5	55,3	85,6	67,1	82,8	68,4
* gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	60,6	72,0	48,8	63,1	63,2	83,6	40,5
* öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	124,9	88,4	71,0	114,1	94,7	63,8	54,9
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,3	.	23,9	.	.	.	22,8	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 404	.	6 965	.	.	.	6 482	.
* Brutto lohnsumme	Mill. EUR	111,9	107,2	.	120,6	.	.	.	115,8	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	57,8	.	62,1	.	.	.	66,0	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	547,0	.	748,3	.	.	.	725,0	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	650	667	615	606	698	455	666
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	559	592	538	521	615	405	589
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	895	762	671	663	793	581	764
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	164	141	121	126	150	110	138
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	204 249	165 281	147 798	152 911	183 202	135 382	174 388
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	219	195	142	129	160	148	139
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	1 961	1 763	1 080	743	1 209	1 356	1 244
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	244	263	162	129	180	240	214
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	245 899	250 656	153 932	143 477	164 878	240 407	215 917
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 770	1 730	1 263	1 297	1 543	1 269	1 485
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	8 100	7 943	6 477	6 840	7 766	6 119	7 269
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel <sup>7)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	92,2	81,5	79,2	.	.	.	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	92,5	81,1	80,3	.	.	.	...
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	100,7	.	100,8	100,4	98,1	.	.	.	...
Einzelhandel										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	96,0	107,8	117,7	89,6	101,6	105,0	113,2	90,3
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	97,9	109,6	119,4	91,6	103,8	106,5	114,9	91,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>9)</sup>	"	102,0	100,8	110,4	125,5	94,4	100,5	110,9	123,2	96,8
Apotheken <sup>10)</sup>	"	106,7	109,2	111,1	124,3	105,8	110,0	110,3	122,1	104,0
Bekleidung	"	101,0	97,4	114,1	134,1	94,2	110,0	104,8	128,6	87,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>11)</sup>	"	99,3	88,3	112,2	114,6	84,6	96,7	99,5	104,2	83,7
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>12)</sup>	"	98,0	99,1	99,6	87,0	73,0	105,0	100,7	89,6	82,4
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	98,6	96,4	99,6	99,6	98,2	95,4	95,2	95,1	93,8
Kfz-Handel u. Tankstellen										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	92,0	.	.	80,2	97,6	92,6	79,8	80,3
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	95,0	.	.	82,2	101,0	95,7	82,6	82,9
* Beschäftigte im Kfz-Handel u. Tankstellen (Index)	"	.	93,4	.	.	94,3	94,5	93,6	93,2	92,9
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,4	94,0	96,1	86,6	92,0	84,1	85,9	78,7
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,2	95,2	98,0	89,6	97,2	88,1	90,3	82,6
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	92,0	90,6	85,9	91,4	103,0	85,4	79,7	79,5
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbiss hallen	"	99,4	93,8	96,4	110,0	86,0	90,7	89,1	97,5	85,1
Kantinen und Caterer	"	101,2	98,1	94,3	89,2	91,8	100,3	91,3	93,0	83,1
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	101,5	95,3	100,4	99,5	95,9	93,5	91,3	92,6	92,2

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustelleneinbauten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Poller- und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauintallation und sonstiges Ausbaugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 9) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 11) Sowie Hausrat a. n. g. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 678,1	2 443,4	2 330,1	2 989,1	2 774,5	2 580,5	...
davon	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	64,0	91,5	62,4	92,9	69,7	67,4	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 614,2	2 351,9	2 267,6	2 896,2	2 704,9	2 513,1	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	23,9	19,5	16,6	19,0	18,1	16,6	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	166,7	140,7	146,0	183,5	157,1	154,9	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 423,6	2 191,7	2 105,1	2 693,6	2 529,7	2 341,6	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	418,0	335,5	501,5	534,7	483,8	393,3	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	2 005,6	1 856,1	1 603,5	2 158,8	2 045,9	1 948,3	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	...	...	675,8	753,9	678,6	641,0	...
Maschinen	"	...	383,8	...	...	355,9	431,5	439,2	415,7	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	...	...	171,8	347,5	356,5	267,9	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	...	...	216,2	260,1	259,9	256,6	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	...	...	138,4	214,7	178,2	139,6	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 909,2	1 692,0	1 655,6	2 114,5	1 924,3	1 827,0	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 471,7	1 287,7	1 313,8	1 550,3	1 444,5	1 379,0	...
* Afrika	"	47,3	44,1	54,1	41,8	33,5	45,7	36,0	32,7	...
* Amerika	"	371,0	348,1	322,5	306,2	297,7	373,0	382,8	317,1	...
* Asien	"	360,0	374,6	360,7	367,8	325,6	434,0	413,4	383,2	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	31,6	35,5	17,7	21,9	18,0	20,7	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 783,4	4 209,0	3 812,4	3 373,5	3 887,9	3 790,6	3 812,9	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	244,1	181,4	170,2	192,3	185,4	193,0	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 964,9	3 631,0	3 203,3	3 695,5	3 605,3	3 619,9	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	44,5	31,1	59,4	71,1	69,4	61,5	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	301,3	268,5	219,0	354,0	268,0	275,0	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 619,1	3 331,4	2 924,9	3 270,4	3 267,9	3 283,4	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	522,2	378,3	370,4	424,3	370,0	329,5	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	3 096,9	2 953,1	2 554,5	2 846,0	2 897,9	2 953,9	...
davon aus										
* Europa	"	2 784,7	2 487,5	2 787,3	2 668,9	2 215,3	2 535,2	2 495,1	2 565,5	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	2 101,5	2 118,1	1 712,0	1 804,7	1 812,9	1 987,2	...
* Afrika	"	91,0	82,1	81,1	70,8	42,1	97,5	57,3	84,5	...
* Amerika	"	662,6	521,1	557,1	505,1	466,1	474,8	474,3	465,2	...
* Asien	"	724,5	697,3	778,0	562,4	644,4	769,5	760,5	691,8	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	5,5	5,2	5,5	11,0	3,6	6,0	...
TOURISMUS <sup>3)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	782	590	663	883	774	571	663
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	151	130	175	208	159	136	183
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	1 882	1 525	1 731	2 318	1 827	1 487	1 714
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	283	243	381	409	284	258	389
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	579	496	518	698	558	478	487
Luftkurorte	"	124	118	90	83	77	133	92	85	79
Erholungsorte	"	98	92	55	67	49	113	52	63	42
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 158	879	1 086	1 375	1 125	861	1 105
darunter Großstädte	"	575	550	555	420	569	598	542	405	565
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 322	1 061	1 023	1 273	1 166	1 001	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	256	185	221	256	249	198	...
* Gütereingang	"	1 037	930	1 066	877	801	1 017	917	803	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und -Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	27 356	21 861	27 453	28 131	27 578	22 495	25 651
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	24 882	19 605	25 506	25 426	25 276	19 924	23 353
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 557	1 425	1 180	1 788	1 579	1 383	1 568
* Kraftträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	420	299	380	465	293	761	415
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	304	320	231	282	246	232	187
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	11 298	3 479	2 886	10 791	12 414	12 180	11 174	10 386
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 451	1 959	1 634	2 407	2 319	2 007	1 732
* Getötete Personen	"	43	42	43	36	19	57	41	38	37
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 301	2 738	2 230	3 251	3 144	2 800	2 369
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	124 696	.	.	.	119 992	.
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	.	123 488	.	.	.	118 826	.
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	1 208	.	.	.	1 166	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 206	24 600	.	70 757	.	.	.	73 149	.
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	.	59 100	.	.	.	60 287	.
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	11 657	.	.	.	12 862	.
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	254 473	.	.	.	137 823	.
davon aus										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	.	218 669	.	.	.	115 925	.
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	35 804	.	.	.	21 899	.
GELD UND KREDIT										
Banken <sup>6)</sup>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	.	559 889	.	.	.	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	426 563	.	.	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	"	71 101	.	.	74 471	.	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	352 092	.	.	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	445 197	.	.	.	.	.
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	271	280	426	468	487	420	...
davon										
* Unternehmen	"	167	186	179	173	168	210	201	170	...
* Verbraucher	"	73	100	59	74	139	100	112	105	...
* ehemals selbstständig Tätige	"	0	43	.	.	29	53	82	81	...
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	33	33	90	105	92	64	...
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	408 152	146 603	624 976	145 669	295 092	276 315	268 033	...
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	5 007	4 685	5 974	5 182	4 919	4 527	...
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 626	5 313	6 005	4 566	4 826	5 463	...
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	101,5	102,4	102,6	102,9	102,6	103,6	103,5
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	103,4	103,8	106,4	102,2	102,3	102,2	103,2
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,5	100,4	101,0	100,2	99,8	99,4	97,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	102,3	102,2	103,1	103,7	103,5	103,7	104,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,3	101,3	101,7	101,7	101,5	101,7	101,7
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	101,4	100,9	102,2	105,0	104,1	104,3	108,6
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	94,0	94,0	94,0	95,9	95,6	95,8	95,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	99,7	105,9	100,3	100,3	99,5	105,6	99,7
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	100,3	105,1	102,7	104,0	103,9	108,6	104,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	102,4 <sup>14)</sup>	102,4 <sup>14)</sup>	102,4	.	.	.	102,2	.	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

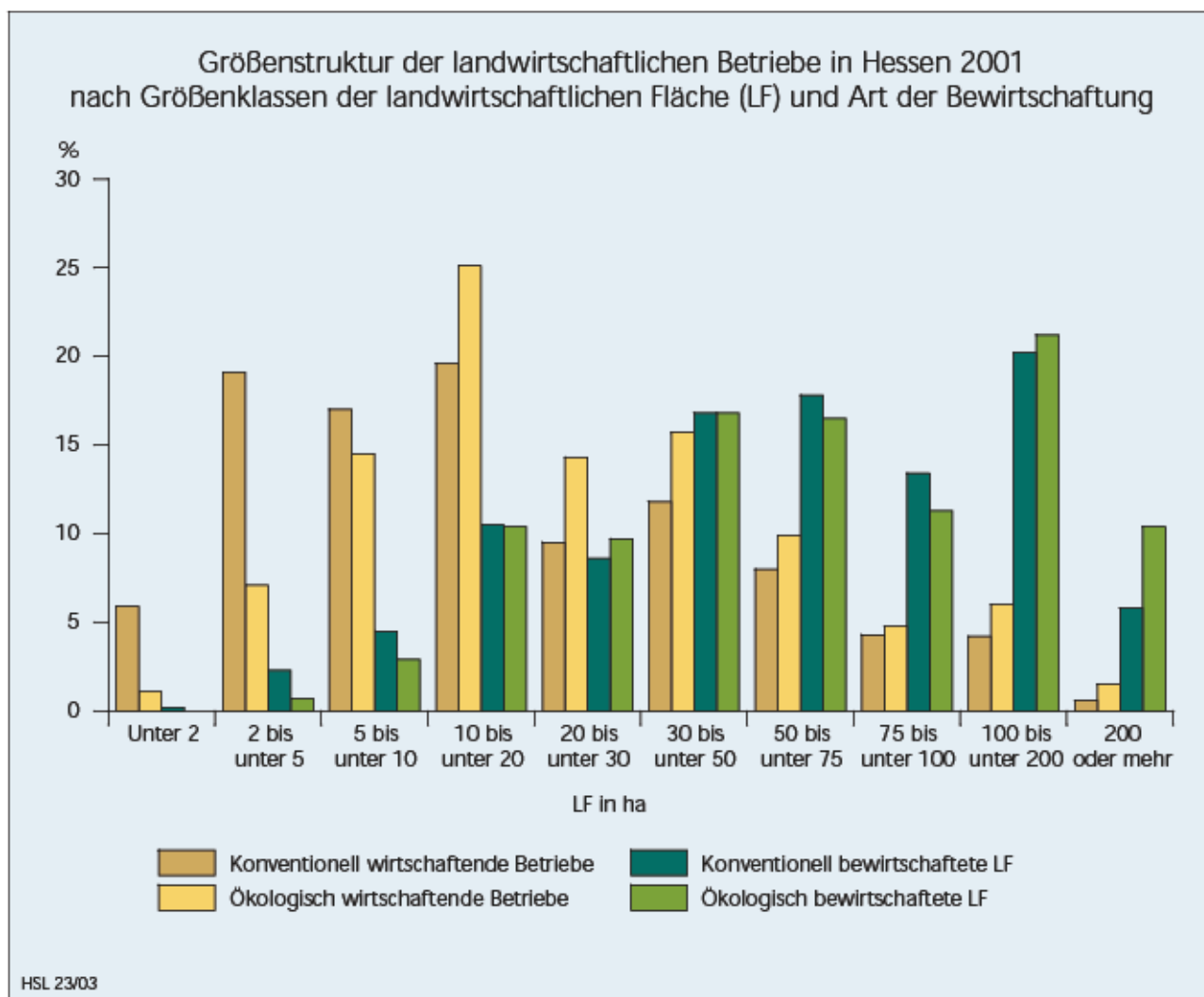


# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	2 355,1	5 298,6	4 065,7	2 877,9	2 574,4	5 178,5	3 380,0
davon	-	3 014,8	2 722,8	1 971,4	4 678,9	3 694,4	2 349,8	2 250,4	4 479,7	3 006,9
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 296,9	2 361,1	1 565,1	1 300,1	1 246,5	2 287,5	1 494,2
davon	-	64,1	64,4	- 106,5	546,0	- 45,6	- 99,0	- 104,5	559,7	- 36,6
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	256,6	181,1	78,4	150,3	529,0	56,7	31,9	114,4	136,4
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	226,0	224,4	703,2	182,9	202,6	284,4	616,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 529,5	511,9	- 30,7	17,6	- 134,3	397,5	- 6,8
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	745,4	727,3	864,0	741,6	853,2	739,6	846,3	689,0	685,2
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	154,2	136,8	142,1	143,7	120,1	151,9	161,9	147,2	118,3
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	237,6	428,7	225,8	286,7	200,4	483,5	211,4
Einfuhrumsatzsteuer	-									
Bundessteuern	-	41,9	52,0	44,1	98,1	20,5	54,0	58,4	123,3	5,4
darunter	-	67,9	78,1	53,2	16,0	57,1	39,5	61,7	38,0	48,9
Mineralölsteuer	-	11,5	9,0	11,5	8,9	7,9	10,2	9,5	10,0	5,8
Versicherungsteuer	-	141,3	126,8	115,2	106,0	149,7	140,2	111,1	112,6	153,8
Zölle <sup>3)</sup>	-									
Landesteuern	-	3,3	3,9	3,4	2,1	4,2	3,0	1,4	2,3	4,1
darunter	-	23,6	18,0	16,0	20,3	18,7	30,4	20,1	23,6	26,8
Vermögensteuer	-	43,5	41,4	32,2	38,0	39,9	42,0	32,6	40,8	43,7
Erbschaftsteuer	-	53,2	48,9	46,4	33,0	71,1	46,2	40,1	34,3	63,7
Grundwerbsteuer	-	26,5	30,5	19,3	76,0	- 12,1	90,9	3,0	92,7	2,1
Kraftfahrzeugsteuer	-									
Gewerbsteuerumlage	-									
		2001	2002	2001		2002				
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Junl	Sept.	Dez.	März	Junl	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5	2 056,0
der Gemeinden und Gemeindeverbände	-	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5
davon	-	154,9	152,3	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8
Grundsteuer A	-									
Grundsteuer B	-	491,5	561,4	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4
Gewerbsteuer nach Ertrag und	-	597,2	584,3	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3
Kapital (brutto)	-	16,0	15,4	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-									
andere Steuern <sup>5)</sup>	-									
		2001	2002	2001		2002				
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		April	Jul	Okt.	Jan.	April	Jul	Okt.
VERDIENSTE <sup>7)</sup>										
Arbeiterverdienste										
(Im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 873	1 899	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 749	1 766	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01
Angestelltenverdienste										
(Bruttonomatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710
* männlich	-	3 843	3 941	3 818	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964
* weiblich	-	2 863	2 963	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 080	3 365	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403
* männlich	-	3 380	3 725	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757
* weiblich	-	2 617	2 823	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im	-									
Produzierenden Gewerbe; In Handel <sup>8)</sup> ,	-									
Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 487	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.





## Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2002

Der Jahresrückblick 2002 stellt die wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung in kompakter Form dar. Damit der Überblick gewahrt bleibt, ist der Rückblick in die drei Hauptabschnitte „Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt“, „Wirtschaftsbereiche“ sowie „Bevölkerung“ gegliedert. Gegenüber dem letzten Jahresrückblick wurde der Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ aus dem Jahresrückblick herausgenommen. Dieser Abschnitt wird in einer der folgenden Ausgaben der Monatszeitschrift als eigenständiger Aufsatz erscheinen. Alle aufgeführten Daten umfassen den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 2002. Die Angaben zu den Bereichen „Erwerbstätigkeit“ und „Haushalte“ beziehen sich auf den Zeitraum April 2002 und die Angaben zum Kraftfahrzeugbestand auf den Stichtag 1. Januar 2003. Im Bereich „Bevölkerung“ werden für das Jahr 2002 geschätzte Werte nachgewiesen.

### Das Jahr 2002 im Überblick:

#### Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- **Bruttoinlandsprodukt:** Hessens Wirtschaft wies im Jahr 2002 nur ein minimales Wachstum von 0,3 % (Deutschland: + 0,2 %) auf. Für das Jahr 2003 wird eine Zunahme des hessischen Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % (Deutschland: + 1,4 %) prognostiziert (Stand: Dezember 2002). Durch das verhaltene Wachstum ist im Jahr 2003 mit einer sinkenden Erwerbstätigenzahl zu rechnen.
- **Arbeitsmarkt:** Die Arbeitslosenzahl in Hessen ist gestiegen: Sie erhöhte sich von durchschnittlich 200 500 im Jahr 2001 um 13 500 oder 6,5 % auf 213 600 im Berichtsjahr. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg von 7,4 auf 7,8 %.
- **Erwerbstätigkeit:** Die Zahl der erwerbstätigen Hessen nahm nicht — wie in den zurückliegenden Jahren — zu, sondern auf rund 2,78 Mill. Erwerbstätige im April 2002 ab; das waren 23 000 oder fast 1 % weniger als ein Jahr zuvor.
- **Außenhandel:** Im Jahr 2002 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 31,7 Mrd. Euro im Ausland absetzen; damit blieb die Ausfuhr gegenüber 2001 nahezu unverändert. Der Wert der Einfuhren ging deutlich um fast 11 % auf 45,5 Mrd. Euro zurück (wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf der Ebene der Bundesländer lässt sich die Einfuhr nicht mit der Ausfuhr saldieren).
- **Preisindex für die Lebenshaltung:** Im Jahr der Euro-Bargeldeinführung stiegen die Verbraucherpreise um nur 1,3 % und damit schwächer als in den beiden Vorjahren. Einige Dienstleistungen hatten aber auch deutlich höhere Preise als 2001.
- **Verdienste:** Die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer in Hessen sind im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr erstmals seit 1997 (bei Familien mit zwei Kindern erstmals seit 1998) stärker als die Nettoverdienste gestiegen.

- **Insolvenzen:** Im Jahr 2002 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer weiteren, noch etwas kräftigeren Zunahme der Insolvenzen hessischer Unternehmen. Bei dieser Entwicklung sind jedoch u. a. die Auswirkungen des neuen Insolvenzrechts, das Ende 2001 in Kraft getreten ist, zu berücksichtigen.
- **Gewerbeanzeigen:** Die Zahl der Anmeldungen von Gewerbebetrieben in Hessen ist im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 4,0 % auf gut 61 100 gesunken. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Abmeldungen. Sie verringerte sich um 2,1 % auf knapp 56 000.

#### Wirtschaftsbereiche

- **Verarbeitendes Gewerbe:** Im Jahr 2002 musste das hessische Verarbeitende Gewerbe den stärksten Umsatzrückgang seit neun Jahren hinnehmen, hervorgerufen allein durch die Inlandsnachfrage. Der Beschäftigungsabbau setzte sich verstärkt fort. Die preisbereinigten Auftragsgänge gingen im Jahresdurchschnitt deutlich zurück.
- **Bauhauptgewerbe:** Der Abwärtstrend dieser Branche konnte auch im Jahr 2002 nicht gebremst werden: Beschäftigtenzahl, baugewerblicher Umsatz und Auftragszugang waren deutlich rückläufig.
- **Bautätigkeit:** Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2002 für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt 5,54 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Dies waren 667 000 m<sup>2</sup> oder knapp 11 % weniger als im Jahr davor.
- **Einzelhandel:** Die Umsätze der hessischen Einzelhandelsbetriebe entwickelten sich auch im Jahr 2002 schwach. Sie sanken im Vergleich zum Vorjahr nominal um annähernd 3 %; real bedeutete dies einen Rückgang um etwas über 3 %.
- **Fremdenverkehr:** Die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) wurden im Jahr 2002 von 9,6 Mill. Gästen besucht, die 24,6 Mill. Übernachtungen



buchten. Dies waren fast 2 % weniger Gäste und knapp 4 % weniger Übernachtungen als im Jahr 2001.

- **Gastgewerbe:** Im hessischen Gastgewerbe waren die Umsätze im Jahr 2002 weiterhin rückläufig: Nominal war ein Minus von über 5 % und real von etwas über 8 % zu verzeichnen.
- **Verkehr:** Der Luftverkehr auf dem Flughafen Frankfurt (Main) entwickelte sich im Jahr 2002 uneinheitlich: Während im Bereich „Passagierverkehr“ ein stagnierendes Passagieraufkommen zu verzeichnen war, konnte der Bereich „Luftfrachtverkehr“ leichte Zuwächse verbuchen.
- **Landwirtschaft:** Die hessische Getreideernte sank im Jahr 2002, bei einer leicht verringerten Anbaufläche (– 1,8 %), gegenüber dem Vorjahr um rund 9 %. Diese Entwicklung beruht neben dem ungünstigen Witterungsverlauf auch auf einem statistischen Basiseffekt, da im Jahr 2001 eine „Rekordgetreideernte“ eingefahren werden konnte. Der durchschnittliche Getreideertrag lag im Jahr 2002 bei 62,8 dt/ha.

## Bevölkerung

- **Bevölkerung:** Die Bevölkerungszahl Hessens ist im Jahr 2002 leicht stärker gestiegen als im Jahr zuvor. Schätzungsweise dürfte sich eine Bevölkerungszunahme von knapp 15 000 auf 6,093 Mill. Einwohner ergeben.
- **Haushalte:** Im April 2002 gab es in Hessen 2,84 Mill. Privathaushalte. Die Zahl der Haushalte blieb damit nahezu unverändert.

## Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

### Wirtschaftswachstum auf Sparflamme

Während im 1. Halbjahr 2000 noch ein Wirtschaftswachstum von 4 % in *Deutschland* herrschte, begann sich das konjunkturelle Klima ab dem 2. Halbjahr abzukühlen. Die nachlassende Dynamik des deutschen Wirtschaftsprozesses hielt auch das gesamte Jahr 2001 an, sodass sich das Wirtschaftswachstum von 2,9 % im Jahr 2000 auf nur noch 0,6 % in 2001 abschwächte. Gegen Ende 2001 stagnierte das reale Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet. Eine im Herbst 2001 von Experten für das 2. Halbjahr des Berichtsjahres 2002 prognostizierte Erwärmung des konjunkturellen Klimas in Deutschland ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sodass es 2002 nur zu einem minimalen Wachstum von 0,2 % des in Preisen von 1995 gemessenen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland kam. Hervorgerufen wurde dies durch den im Inland verwendeten Teil des Brut-

toinlandsprodukts. Hier kam es im Berichtsjahr zu einer Schrumpfung von gut 28 Mrd. Euro oder 1,5 %. Besonders betroffen waren die Ausrüstungsinvestitionen (– 9,4 %). Aber auch die Bauinvestitionen (– 5,9 %) gingen erneut kräftig zurück. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte (– 0,7 %) verhielten sich ebenfalls rezessiv. Das lag an einem rückläufigen verfügbaren Realeinkommen und einer zunehmenden Sparquote der Haushalte. Eine gesamtwirtschaftliche Rezession in Deutschland konnte 2002 nur durch einen außerordentlich hohen Außenbeitrag (Export minus Import) von 94 Mrd. Euro vermieden werden, der um mehr als 50 % über dem Vorjahresergebnis lag und durch wachsende Exporte bei schrumpfenden Importen zu Stande kam.

Im Rahmen dieses gesamtdeutschen Szenarios konnte sich *Hessens* Wirtschaft nur im Mittelfeld der 16 Bundesländer behaupten. Denn mit einer Wachstumsrate von nur noch 0,3 % lag die Performance der hessischen Wirtschaft 2002 nur noch um einen Zehntel Prozentpunkt über dem Ergebnis für Deutschland bzw. der alten Bundesländer. Im Vorjahr hatte der hessische Wachstumsvorsprung noch bei 0,8 (Deutschland) bzw. 0,7 Prozentpunkten (alte Bundesländer ohne Berlin) gelegen. Der Anteil Hessens am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands beträgt nach wie vor 9,3 %.

In den letzten Jahren haben die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre meist zu optimistischen Erwartungen mehrfach revidieren müssen<sup>1)</sup>. Auch nach derzeitiger Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung deutet vieles darauf hin, dass die Ende 2002 bereits nach unten revidierten Zahlen erneut zu positiv eingeschätzt wurden. So hatten die Institute im Herbstgutachten für das *Jahr 2002* ein 0,4%iges Wachstum des *realen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland* prognostiziert. Auf dieser Basis wurde in der vom Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern in der im Dezember 2002 veröffentlichten „Konjunkturprognose Hessen 2003“ von einer leicht positiveren Entwicklung für Hessen ausgegangen, ein Wachstumsvorsprung von 0,1 Prozentpunkten prognostiziert und die Zu-

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen<sup>1)</sup> (real)

Jahr	Hessen		Deutschland	
	Euro	Veränderung zum Vorjahr in %	Euro	Veränderung zum Vorjahr in %
1992	54.445	0,8	46.177	3,8
1993	53.960	– 0,9	46.303	0,3
1994	54.705	1,4	47.467	2,5
1995	55.902	2,2	48.486	1,5
1996	56.884	1,8	48.701	1,1
1997	57.881	1,8	49.462	1,6
1998	58.441	1,0	49.883	0,9
1999	59.550	1,9	50.288	0,8
2000	60.593	1,8	50.823	1,1
2001	60.860	0,4	50.898	0,1
2002	61.327	0,8	51.310	0,8

1) Berechnungen nach ESVG 1995; ab 2001 vorläufige Werte.

1) Sowohl die Wirtschaftsforschungsinstitute als auch der Sachverständigenrat mussten ihre Wachstumsprognosen nochmals deutlich nach unten anpassen. So hatte z. B. die Prognose des Sachverständigenrats vom November 2000 für das Jahr 2001 2,8 % gelaute, der tatsächliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts betrug im Jahr 2001 jedoch nur 0,6 %.

nahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Hessen für das Jahr 2002 auf 0,5 % gegenüber dem Vorjahr geschätzt<sup>2)</sup>. Dieser vorausgesagte leichte Wachstumsvorsprung wurde durch die Ergebnisse der ersten Schnellrechnung im Februar 2003 bestätigt, allerdings auf einem etwas niedrigeren Niveau als erwartet (Deutschland: + 0,2 %, Hessen: + 0,3 %). Ebenfalls bestätigte sich die Prognose, dass das Wachstum im Jahr 2002 nach einem schwachen ersten Halbjahr erst in der zweiten Jahreshälfte wieder an Schwung zulegen würde. So war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2002 deutlich um 1,4 % gesunken (Deutschland: – 1,2 %)<sup>3)</sup> und auch im zweiten Quartal konnte nur ein leichtes Plus von 0,5 % erzielt werden (Deutschland: + 0,4 %). Erst im dritten Quartal 2002 wurde mit einem Zuwachs von 1,4 % eine Wachstumsrate erzielt, die über dem Bundesdurchschnitt lag (Deutschland: + 0,9 %). Im vierten Quartal erreichte das Wachstum in Hessen und in Deutschland jeweils 0,5 %.

Deutliche Wachstumsimpulse für die hessische Wirtschaft gingen nur von den Dienstleistungsbranchen Nachrichtenübermittlung, Kreditgewerbe sowie Grundstücks- und Wohnungswesen aus. Im Verarbeitenden Gewerbe wuchs 2002 die reale Bruttowertschöpfung um 0,3 % (Deutschland: – 0,5 %), sodass dieser Wirtschaftszweig im Berichtsjahr keine Wachstumsbremse bildete.

2) Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2003“ kann zum Preis von 13,00 Euro einschl. Versandkosten vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter [www.hsl.de](http://www.hsl.de). Dort steht die Veröffentlichung — ebenfalls zum Preis von 13,00 Euro — auch als Download-Angebot zur Verfügung.

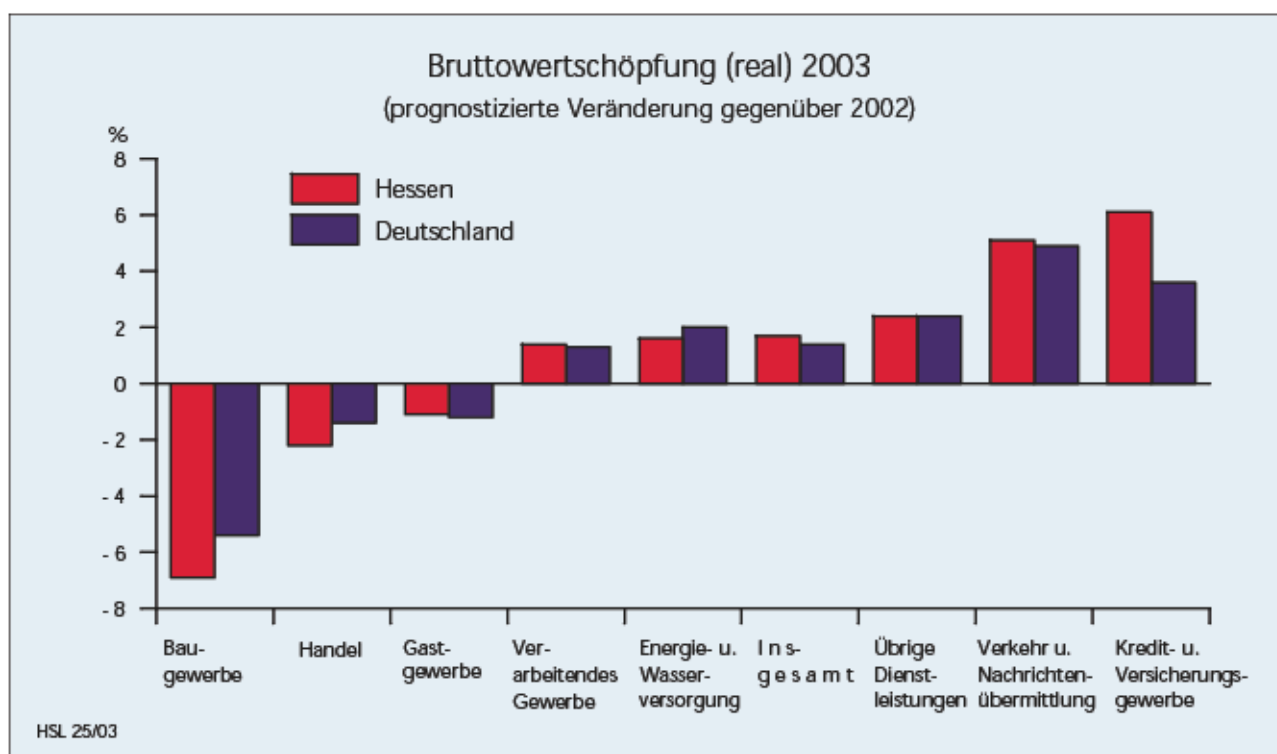
3) Ergebnisse der ersten Schnellrechnung; Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahresquartal.

4) Aktuell gehen jedoch fast alle führenden Wirtschaftsforschungsinstitute von einem geringeren, deutlich unter 1 % liegenden Wachstum aus.

Erfreulich verlief hier die Entwicklung insbesondere im Maschinen- und Kraftfahrzeugbau. Das reichte aber nicht, um schrumpfende Wertschöpfungsbeiträge aus der Energieversorgung und dem Baugewerbe auszugleichen, womit das Produzierende Gewerbe insgesamt ins Minus geriet. Das in jeweiligen Preisen gemessene Bruttoinlandsprodukt Hessens stieg um 3,9 Mrd. Euro oder 2,1 % auf 192,5 Mrd. Euro.

Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen expandierte von 60 900 Euro in 2001 um 0,8 % auf 61 300 Euro im Berichtsjahr. Das war das Spitzenergebnis unter den 13 Flächenländern. Damit lag das auch als Arbeitsproduktivität bezeichnete preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen 19,5 % über dem Bundesdurchschnitt von 51 300 Euro. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitsproduktivität in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit 38 500 Euro noch immer deutlich hinter dem entsprechenden Wert für die alten Bundesländer (ohne Berlin) von 53 800 Euro zurückbleibt. Bei den drei Stadtstaaten, die durch ihre hohe Dienstleistungskonzentration eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie Hessen aufweisen, lag die Arbeitsproduktivität nur in Hamburg (67 400 Euro) über dem hessischen Niveau.

Unter der Voraussetzung, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2003 um 1,4 % zulegt — so die Herbstprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute —, dürfte *das hessische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003* um weitere 1,7 % steigen<sup>4)</sup>. Damit wird die Wirtschaft in Hessen zwar auch im Jahr 2003 mit 0,3 Prozentpunkten wieder einen Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland erzielen, eine Abkopplung von der schwachen Konjunktur in Deutschland dürfte aber auf Grund der schwächeren Entwicklung in den





klassischen Wachstumssektoren nicht gelingen. Die negativen Impulse, die von der anhaltenden Irak-Krise ausgehen und vor allem die hessische Luftfahrt beeinträchtigen, sowie die schwächere Entwicklung bei den Banken, werden sich dämpfend auswirken, sodass das sehr hohe Wachstumsniveau der letzten Jahre voraussichtlich nicht mehr erreicht werden dürfte.

Allerdings dürften sich die wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbereiche „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ sowie „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ mit einem prognostizierten Zuwachs der *realen Bruttowertschöpfung* von voraussichtlich 6,1 % (+ 1,3 Mrd. Euro) bzw. 5,2 % (+ 860 Mill. Euro) nach wie vor als Stütze der hessischen Konjunktur erweisen. Auch das Verarbeitende Gewerbe dürfte mit einem Zuwachs der realen Bruttowertschöpfung um 1,4 % (+ 430 Mill. Euro) zum Wachstum beitragen. Im Gegensatz dazu ist die Situation für den „Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden“ erneut ungünstig zu beurteilen (– 5,5 %; – 7,6 Mill. Euro). Besonders negativ dürfte die Entwicklung im hessischen Baugewerbe mit einem Rückgang der realen Bruttowertschöpfung um 6,9 % (– 457 Mill. Euro) verlaufen.

In ihren Herbstgutachten 2002 haben der Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschungsinstitute eine weitere Schrumpfung der Erwerbstätigenzahl um 0,2 bzw. 0,1 % prognostiziert. Die monatliche Schrumpfung der Erwerbstätigkeit in Deutschland hat sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat nach Ausweis des Statistischen Bundesamtes von Januar 2002 mit – 0,2 % bis Dezember 2002 mit – 1,0 % deutlich verstärkt. Auch wenn hier schon Anfang 2003 eine Wende einsetzen sollte, so braucht es doch erfahrungsgemäß viele Monate, bis sich die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wieder bis zur Stagnationszone emporgearbeitet hat. Deshalb ist für Deutschland und damit auch für Hessen im Durchschnitt des Jahres 2003 mit einem weiteren Abbau der Erwerbstätigkeit zu rechnen.

#### Zahl der Arbeitslosen nimmt zu

Im Jahr 2002 zählten die hessischen Arbeitsämter 438 900 *Arbeitslosmeldungen*, die jeweils zu knapp der Hälfte (49 %) Personen ohne vorherige bzw. nach vorangegangener Erwerbstätigkeit betrafen. Der Rest der Arbeitslosmeldungen bezog sich auf Personen, die zuvor eine betriebliche Ausbildung absolviert hatten. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Arbeitslosmeldungen um 37 600 oder 9,4 %. Auf Bundesebene<sup>5)</sup> blieb der relative Anstieg der Arbeitslosmeldungen (+ 7,5 %) um knapp zwei Prozentpunkte unter dem des hessischen Arbeitsmarktes. Die Zunahme der hessischen Arbeitslosmeldungen verlief in den Fällen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit (+ 28 200; + 15,3 %) sehr viel ausgeprägter als im Segment ohne vorherige Erwerbstätigkeit

5) Hier und im Folgenden Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 (altes Bundesgebiet).

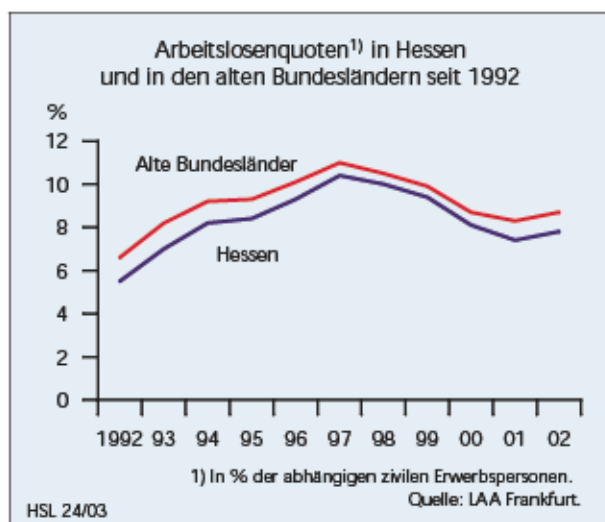
#### Arbeitslose nach Arbeitsamtsbezirken (insg.)

Arbeitsamtsbezirk	2001 <sup>1)</sup>	2002 <sup>1)</sup>	Zu- bzw. Abnahme (–) in %
Bad Hersfeld	8 629	8 061	– 6,6
Darmstadt	29 001	31 316	8,0
Frankfurt	35 573	38 793	9,1
Fulda	7 048	7 506	6,5
Gießen	21 441	23 250	8,4
Hanau	12 998	13 680	5,2
assel	31 543	31 498	– 0,1
Korbach	5 539	5 993	8,2
Limburg	4 879	5 420	11,1
Marburg	8 240	8 243	0,0
Offenbach	10 852	12 218	12,6
Wetzlar	10 803	11 975	10,8
Wiesbaden	13 987	15 629	11,7
Land Hessen	200 533	213 583	6,5

1) Durchschnitt. Quelle der Grunddaten: Landesarbeitsamt Hessen.

(+ 9300; + 4,5 %). Diesen Arbeitslosmeldungen standen nur 191 800 der hessischen Arbeitsverwaltung im Verlauf des Jahres 2002 als *offen gemeldete Stellen* gegenüber. Das waren 68 900 oder 26,4 % weniger als im Vorjahr. Im Bundesgebiet verlief die mit der Wirtschaftsflaute nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften (– 25,2 %) ähnlich ausgeprägt. Neben der amtlichen Vermittlungstätigkeit bewirkten weitere, durch private Bemühungen entstandene Arbeitsverhältnisse und andere Anlässe, wie Erreichen der Altersgrenze, Arbeitsmarkt entlastende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dergleichen, dass im Berichtsjahr insgesamt 423 600 Personen in Hessen aus der Arbeitslosigkeit ausschieden. Das waren im Vorjahresvergleich 29 100 Personen (+ 7,4 %) mehr (Bundesgebiet: + 6,4 %).

Die *Arbeitslosenzahl* in Hessen erhöhte sich von durchschnittlich 200 500 in 2001 um 13 500 oder 6,5 % auf 213 600 in 2002. Der durchschnittliche Anstieg der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet (+ 6,9 %) lag etwas höher. Die jahresdurchschnittliche *Arbeitslosenquote* in Hessen stieg dadurch von 7,4 % in 2001 auf 7,8 % im Berichtsjahr (Bundesgebiet von 8,3 auf 8,7 %).





# Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter

Jahr Monat		Arbeitslose				Arbeitslosenquote <sup>1)</sup>					Offene Stellen	Kurz- arbeiter	
		ins- gesamt	und zwar			ins- gesamt	und zwar der						
			Männer	Frauen	Jugend- liche		Aus- länder	Männer	Frauen	Jugend- lichen			Aus- länder
2000	D	214 875	118 356	96 519	5 442	45 177	8,1	8,3	8,0	5,8	14,8	37 527	5 156
2001	D	200 533	110 886	89 647	5 110	42 684	7,4	7,6	7,1	4,4	14,2	37 692	7 822
2002	D	213 583	122 151	91 432	4 997	45 295	7,8	8,4	7,1	3,9	15,2	31 376	15 297
2001	Oktober	195 656	107 129	88 527	5 048	42 737	7,1	7,3	6,9	4,1	14,5	32 366	7 461
	November	198 272	109 732	88 540	4 912	43 735	7,2	7,5	6,9	4,0	14,8	30 008	10 015
	Dezember	207 134	116 957	90 177	5 127	45 495	7,6	8,0	7,1	4,1	15,4	29 674	19 108
2002	Januar	223 585	129 327	94 258	5 315	47 946	8,2	8,9	7,4	4,3	16,2	32 491	21 481
	Februar	222 906	129 660	93 246	5 252	47 809	8,1	8,9	7,3	4,2	16,2	36 988	25 716
	März	215 942	125 298	90 644	4 862	46 285	7,9	8,6	7,1	3,9	15,7	38 957	25 741
	April	211 836	121 507	90 329	4 597	45 668	7,7	8,3	7,1	3,7	15,5	37 906	24 566
	Mai	209 604	119 926	89 678	4 413	45 168	7,6	8,2	6,9	3,3	15,1	34 658	13 675
	Juni	209 772	119 413	90 359	5 294	44 052	7,6	8,2	7,0	4,0	14,7	32 843	12 680
	Juli	214 374	120 854	93 520	5 859	43 574	7,8	8,3	7,2	4,4	14,5	30 243	7 987
	August	210 290	118 909	91 381	5 588	43 337	7,6	8,1	7,1	4,2	14,5	28 660	8 876
	September	207 551	117 580	89 971	5 008	43 634	7,5	8,0	7,0	3,8	14,6	27 021	9 389
	Oktober	208 750	118 258	90 492	4 541	44 289	7,6	8,1	7,0	3,4	14,8	25 519	10 585
	November	213 579	122 028	91 551	4 483	45 539	7,8	8,3	7,1	3,4	15,2	24 780	11 434
	Dezember	222 481	129 137	93 344	4 386	46 985	8,1	8,8	7,2	3,3	15,7	23 211	11 128

1) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Die Konjunkturlaute zeitigte auf den ersten Blick auch bei der *Kurzarbeit* deutliche Spuren. Die Anzahl der von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffenen Arbeitnehmer stieg in Hessen von jahresdurchschnittlichen 7800 in 2001 um 7500 oder nahezu 96 % auf 15 300 im Berichtsjahr (Bundesgebiet: + 72 %). Ausschlaggebend für diese in Hessen besonders hohen nachfragebedingten Arbeitszeiteinschränkungen war die eher ungewöhnliche Kurzarbeit in einem auf dem Rhein-Main-Flughafen beheimateten Luftfahrtunternehmen während der ersten vier Monate des Berichtsjahres. Ohne diese Kurzarbeit in einem Dienstleistungsunternehmen wäre der Anstieg der sich gewöhnlich auf das Produzierende Gewerbe konzentrierenden Kurzarbeit in Hessen nur etwa halb so hoch gewesen. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit in Hessens Verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe, um im Berichtsjahr momentane Auftragsengpässe zu überbrücken, muss im Hinblick auf den gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosigkeit und im Vergleich mit früheren Konjunkturlauten als recht verhalten bezeichnet werden. Hier machte sich offensichtlich die vermehrte Einführung von Arbeitszeitkonten in der gewerblichen Wirtschaft bemerkbar.

Hinter der Zunahme der Arbeitslosigkeit auf Landesebene (+ 6,5 %) verbergen sich regional recht unterschiedliche Entwicklungen. Das günstigste Ergebnis wies mit einem Rückgang von 6,6 % der Arbeitsamtsbezirk Bad Hersfeld auf, gefolgt von Kassel und Marburg mit nahezu unveränderter Arbeitslosenzahl. Am anderen Ende der Skala stand der Ar-

beitsamtsbezirk Offenbach (+ 12,6 %), gefolgt von Wiesbaden (+ 11,7 %) und Limburg (+ 11,1 %). Der Zuwachs der Arbeitslosigkeit auf Landesebene war im Berichtszeitraum bei den Männern (+ 10,2 %) bedeutend ausgeprägter als bei den Frauen (+ 2,0 %). Während die Männerarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Wetzlar um 17,6 % gegenüber dem Vorjahr stieg, kam es in Bad Hersfeld zu einem Rückgang um 0,3 %. Bei den Frauen reichte die Spannweite von + 11,9 % in Wiesbaden bis - 13,2 % in Bad Hersfeld.

## Weniger Hessen erwerbstätig

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus (Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt) nahm die Zahl der erwerbstätigen Hessen nicht — wie in den Vorjahren — weiter zu, sondern ab. Im April 2002 waren rund 2,78 Mill. der 6,1 Mill. Hessen erwerbstätig, das waren 23 000 oder fast 1 % weniger als ein Jahr zuvor. Hierbei stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 8000 oder 0,7%, während es bei den Männern eine Abnahme um 31 000 oder 2 % gab.

Bei den Männern war in der letzten Aprilwoche 2002 die Zahl der Erwerbstätigen mit weniger als 36 Wochenarbeitsstunden um 15 000 höher als in der Berichtswoche des Vorjahres, während die Zahl der Beschäftigten mit 36 oder mehr Wochenstunden um 45 000 zurückging. Bei den Frauen, von denen fast die Hälfte eine Teilzeittätigkeit (weniger als 36 Wochenstunden) ausübte, gab es eine Zunahme bei der Zahl der Teilzeitkräfte (+ 18 000), während die Zahl der Ganztagsbeschäftigten um 11 000 abnahm. Damit kam es im vergangenen Jahr zu einer verstärkten Tendenz in Richtung Teilzeit. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten<sup>6)</sup> nahm auch 2002 (in der jeweiligen Berichtswoche des Mikrozensus) zu, und zwar

6) Beschäftigte, deren monatliches Arbeitsentgelt die 325-Euro-Grenze nicht überschreitet oder deren wöchentliche Arbeitszeit unter 15 Wochenstunden liegt.

## Erwerbstätige im April 2002 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			
	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-)	
	1000		%	
Erwerbstätige insgesamt	2 807	2 784	- 23	- 0,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	47	43	(- 4)	(- 8,5)
Produzierendes Gewerbe	851	829	- 22	- 2,6
davon				
Bergbau <sup>1)</sup> und Verarbeitendes Gewerbe	663	645	- 18	- 2,7
Energie- und Wasserversorgung	20	19	- 1	.
Baugewerbe	168	165	- 3	- 5,0
Dienstleistungen zusammen	1 909	1 912	3	0,2
davon				
Handel <sup>2)</sup> , Gastgewerbe und Verkehr	678	659	- 19	- 2,8
davon				
Handel <sup>3)</sup> und Gastgewerbe	470	461	- 9	- 1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	208	198	- 10	- 4,8
Sonstige Dienstleistungen	1 231	1 253	22	1,8
davon				
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	169	169	—	—
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstl. für Unternehmen <sup>4)</sup>	288	300	12	4,2
Öffentliche Verwaltung u. Ä.	210	214	4	1,9
Öffentliche und private Dienstleistungen <sup>4)</sup> (o. öffentl. Verw.)	564	570	6	1,1

1) Und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Und Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) Grundstück- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen

um 6 000 oder 3 % auf 194 000, nachdem sie in den Jahren 1998 bis 2000 mit rund 180 000 annähernd konstant geblieben war. Dabei stieg die Zahl der geringfügig Beschäftigten bei den Frauen um 2 % und bei den Männern um 8 %. Allerdings war nur ein Fünftel der geringfügig Beschäftigten Männer.

Im April 2002 waren fast sieben Zehntel der hessischen Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Nur knapp drei Zehntel arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 1,5 % in der Land- und Forstwirtschaft. Die Zahl der Erwerbstätigen im Tertiären Sektor nahm binnen Jahresfrist nur noch geringfügig zu; im Produzierenden Gewerbe gab es einen Rückgang der Zahl der Beschäftigten um 3 %. Im Dienstleistungssektor war nur noch die Steigerung im Bereich der Unternehmensdienstleister (Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) mit 4 % bemerkenswert. Bei der öffentlichen Verwaltung und der Sozialversicherung (+ 2 %) und bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen (+ 1 %) waren die Beschäftigtenzunahmen schwächer. Beim Kredit- und Versicherungsgewerbe blieb die Zahl der Beschäftigten unverändert.

Bei der Beschäftigung von Männern und Frauen bestehen weiter erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen. Während bei den Männern die Relation der Erwerbstätigen zwischen Dienstleistungsbe-

reich und Produzierendem Gewerbe im vergangenen Jahr mit 58 zu 40 % um 18 Prozentpunkte auseinanderklaffte, arbeiteten 82 % der berufstätigen Frauen im tertiären Sektor und nur 17 % im Produzierenden Gewerbe.

## Ausfuhr stagniert, Einfuhr stark rückläufig

Im Jahr 2002 konnte die hessische Wirtschaft nach ersten Ergebnissen der Außenhandelsstatistik Waren im Wert von 31,7 Mrd. Euro im Ausland absetzen. Damit blieb die *Ausfuhr* gegenüber 2001 nahezu unverändert. Deutlich über die Hälfte der Exporte (53 %) geht nach wie vor in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU); darunter machte die Eurozone einen Anteil von 42 % aus. Bei den Exporten in die EU kam es zu einem Anstieg von 1 %, in die Eurozone war es sogar ein Plus von 4 %. Mehr Waren gelangten aus Hessen auch nach Belgien (+ 16 %), Spanien (+ 13,5 %), Österreich (+ 8,5 %), Irland und Italien (jeweils + 4 %), Schweden und Finnland (jeweils + 3 %) sowie Dänemark (+ 1 %). Nach Frankreich blieb die Ausfuhr auf dem Niveau des Vorjahres; dennoch blieb Frankreich mit 3,2 Mrd. Euro und damit einem Anteil von einem Zehntel an der gesamten hessischen Ausfuhr das Bestimmungsland Nummer 1. Dagegen ging im Jahresvergleich die Ausfuhr in die Niederlande (- 3 %), nach Portugal und Luxemburg (jeweils - 4 %), nach Griechenland (- 6,5 %) sowie in das Vereinigte Königreich (- 15 %) zurück. In die EFTA-Staaten wurden annähernd 6 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es zu einer Zunahme von 3 %. Hauptabnehmer ist dort die Schweiz, wohin Waren im Wert von 1,5 Mrd. Euro ausgeführt wurden, was einem Anteil von 5 % an der Gesamtausfuhr entspricht.

Insgesamt nahmen die Europäischen Staaten 70 % der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zum Jahr 2001 kam es zu einem Anstieg des Wertes der Ausfuhr von 1,5 %. In die USA dagegen wurden 2002 mit 2,8 Mrd. Euro 5 % weniger hessische Waren ausgeführt. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr ging auf 9 % zurück. Demgegenüber gab es bei den Ausfuhren nach Japan — dorthin gelangen 3 % der hessischen Ausfuhren — wieder eine Zunahme. Bei einem Warenwert von 946 Mill. Euro betrug die Wachstumsrate 1 %. Besonders lebhaft entwickelte sich die Ausfuhr nach China. Mit einem Plus von 15 % erreichte dieses Land einen Anteil von fast 3 %. Obwohl nach Polen und in die Tschechische Republik 1 bzw. 6 % weniger Waren aus Hessen gelangten, konnten sie ihre Anteile von etwas über 2 % halten. Das Gewicht der letztgenannten beiden Staaten wird dadurch deutlich, dass dorthin jeweils mehr hessische Waren ausgeführt wurden als nach Afrika oder auch in die MERCOSUR- oder ASEAN-Staaten.

Bei den wichtigsten Exportgütergruppen kam es im Vergleichszeitraum zu unterschiedlichen Entwicklungen. Während der Wert der chemischen und pharmazeutischen Erzeugnisse um 3 % auf 8,5 Mrd. Euro stieg, sank derjenige der ausgeführten Maschinen um 11 % auf 4,6 Mrd. Euro.



Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör gingen um 18 % auf 3,2 Mrd. Euro zurück, bei den elektrotechnischen Erzeugnissen betrug das Minus 5 % auf 3 Mrd. Euro, der Wert der Eisen- und Metallwaren ging um 9 % auf 2 Mrd. Euro zurück.

Bei der *Einfuhr*, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Ebene der Bundesländer nicht mit der Ausfuhr saldieren lässt, ging der Wert im Jahresvergleich um fast 11 % auf 45,5 Mrd. Euro zurück. Hier erreichte der Anteil der EU-Staaten knapp die Hälfte, derjenige der Eurozone etwas über zwei Drittel. Die Einfuhr aus den EU-Staaten insgesamt verringerte sich im Vergleichszeitraum um 12 %, aus der Eurozone um 10,5 %. Besonders starke Rückgänge gab es bei den Einfuhren aus Frankreich (– 23 %), dem Vereinigten Königreich (– 21 %), das mit 4 Mrd. Euro das europäische Hauptherkunftsland blieb, Finnland (– 18 %) sowie Irland und Belgien (jeweils – 13 %). Auch aus Dänemark, den Niederlanden, Portugal, Italien und Österreich, wurden weniger Waren eingeführt. Dagegen gelangten aus Spanien, Schweden, Griechenland und Luxemburg mehr Waren nach Hessen. Ebenso wie bei der EU ging der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten zurück, und zwar um 9 %. Ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei gut 4 %. Während die Einfuhr aus den USA um 21 % auf 5,6 Mrd. Euro abnahm, waren es bei Japan – 12 % auf 2,6 Mrd. Euro. Die Anteile dieser Länder an der Einfuhr gingen dadurch auf gut 12 % für die USA und annähernd 6 % für Japan zurück.

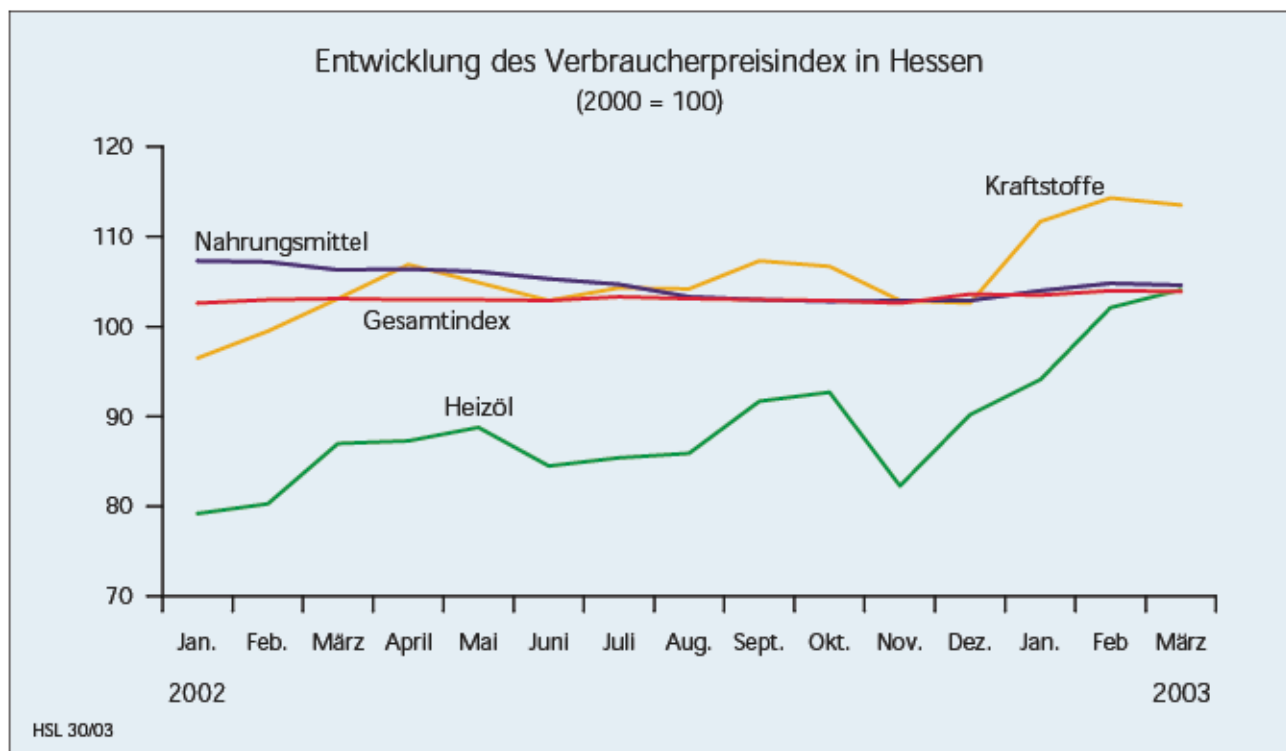
Hauptsächlich wurden Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör aus dem Ausland

nach Hessen eingeführt. Bei allen diesen Gruppen wurden im Jahresvergleich Abnahmeraten beobachtet: Bei Maschinen waren es – 20 % auf 8 Mrd. Euro, bei elektrotechnischen Erzeugnissen – 13 % auf 6,7 Mrd. Euro, bei chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen – 7 % auf 6,3 Mrd. Euro sowie bei Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -zubehör – 18 % auf 6,2 Mrd. Euro.

### Ruhige Preisentwicklung

Im Jahr 2002 gab es eine insgesamt ruhige und auf einigen Wirtschaftsstufen sogar rückläufige Preisentwicklung. Die Großhandelsverkaufspreise sowie die landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugerpreise waren 2002 im Durchschnitt niedriger als 2001, die Preise für Neubauleistungen an Wohngebäuden verharrten auf dem gleichen Niveau wie 2001 und die Verbraucherpreise stiegen um nur 1,3 %. Im Jahr 2002 wirkten die Einfuhrpreise beruhigend auf das inländische Preisklima. Der Index der Einfuhrpreise lag im Jahresdurchschnitt 2002 um 2,5 % niedriger als im Vorjahr. Dabei wirkte die Wechselkursentwicklung des Euro entlastend. Lag der Wert des Euro im Jahresdurchschnitt 2001 noch bei 0,90 US-Dollar, waren es im Jahresdurchschnitt 2002 bereits 0,95 US-Dollar. Im November 2002 wurde die Parität zwischen Euro und US-Dollar schließlich erreicht und im Dezember sogar überschritten.

Im Jahr der Euro-Bargeldeinführung stiegen die Verbraucherpreise schwächer als in den beiden Vorjahren. Der auf der Basis 2000 berechnete *Verbraucherpreisindex* für Hessen lag 2002 im Durchschnitt des Jahres um 1,3 % höher als im Jahr davor. 2001 hatte die entsprechende Teuerungsrate





noch 1,7 % und im Jahr 2000 1,5 % betragen. Für den Rückgang der Teuerung war die Preisentwicklung für Nahrungsmittel entscheidend. Im Durchschnitt hatten Nahrungsmittel im Jahr 2002 nur noch um 0,6 % (nach 4,3 % im Jahr 2001) höhere Preise als im Vorjahr. Dabei waren Fleisch und Fleischwaren — die 2001 unter dem Einfluss der Tierseuchen noch um 6,0 % teurer als im Vorjahr gewesen waren — 2002 um 1,7 % billiger. Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) hatten nach einem Preisanstieg von 2000 auf 2001 um 5,7 % von 2001 auf 2002 einen Preistrückgang um 0,9 % zu verzeichnen. Bei Obst wurde ein Preisanstieg um 7,1 % von einem Preistrückgang um 0,1 % und für Butter ein Preisanstieg um 4,6 % von einem Preistrückgang um 4,4 % abgelöst. Einen dämpfenden Einfluss auf die allgemeine Preisentwicklung hatten die Gaspreise, die 2002 um 7,1 % niedriger als im Vorjahr lagen, und die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (- 0,8 %), nachdem sie von 2000 auf 2001 noch um 19,4 bzw. 19,6 % zugenommen hatten. Entlastend wirkte auch, dass die Rundfunk- und Fernsehgebühren, die 2001 noch um 11,8 % höher als im Vorjahr gewesen waren, sich 2002 nicht mehr änderten. Dagegen zog bei den Wohnungsmieten die Teuerung an. Einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung, stiegen sie von 2001 auf 2002 im Durchschnitt um 1,6 % (nach + 0,7 % von 2000 auf 2001).

Zu Beginn des Jahres 2002 hatte es zeitgleich mit der Euro-Bargeldeinführung einen Preisschub gegeben. Im Januar 2002 war der Preisindex um 2,0 % (nach 1,4 % im Dezember 2001) höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Dieser Anstieg war aber nicht auf die Ablösung der DM durch den Euro, sondern auf Sondereinflüsse zurückzuführen. Zu Beginn des Jahres 2002 hatte es eine Reihe von Steuererhöhungen gegeben. So wurde die Tabaksteuer um 1 Cent je Zigarette, die Mineralölsteuer um 3,1 Cent je Liter Benzin und die Versicherungssteuer um 1 Prozentpunkt angehoben. Hinzu kamen im Januar starke Preiserhöhungen bei Obst, Salat und Gemüse wegen einem ungewöhnlichen Kälteeinbruch im Süden Europas. Im weiteren Verlauf des Jahres 2002 kam es dann zu einer deutlichen Entspannung. Von 2,0 % im Januar sank die am jeweils gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerung auf 0,9 % im Juni und lag im Dezember schließlich bei 1,2 %. Die Indexentwicklung wurde dabei wesentlich von den Preisen für Heizöl und Kraftstoffe beeinflusst. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Teuerung fast kontinuierlich von 2,4 % im Januar auf 0,8 % im Dezember gefallen. Es gab jedoch eine unterschiedliche Preisentwicklung für die Mineralölprodukte. Während Heizöl in allen Monaten des Jahres 2002 außer im Dezember billiger als vor Jahresfrist war, waren Kraftstoff-

#### Ausgewählte Preisindizes für Hessen und Deutschland

Jahr Monat	Verbraucherpreisindex <sup>1)</sup> (2000 = 100)		Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden <sup>1)</sup> (1995 = 100)		Index der Großhandels- verkaufspreise <sup>2)</sup> (1995 = 100)		Index der Erzeugerpreise			
							landwirtschaftlicher Produkte <sup>2)</sup> (1995 = 100)		gewerblicher Produkte <sup>2)</sup> (1995 = 100)	
	in Hessen				in Deutschland <sup>3)</sup>					
	Indizes	Zunahme in % <sup>4)</sup>	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % <sup>4)</sup>	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % <sup>4)</sup>	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % <sup>4)</sup>	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % <sup>4)</sup>
1998 D	97,7 <sup>5)</sup>	1,2	100,0	0,2	99,5	- 2,0	95,6	- 4,9	99,5	- 0,4
1999 D	98,5 <sup>5)</sup>	0,8	100,2	0,2	98,6	- 0,9	89,9	- 6,0	98,5	- 1,0
2000 D	100	1,5	101,4	1,2	104,0	5,5	95,4	6,1	101,8	3,4
2001 D	101,7	1,7	102,4	1,0	105,8	1,7	100,8	5,7	104,9	3,0
2002 D	103,0	1,3	102,4	—	105,7	- 0,1	94,6	- 6,2	104,4	- 0,5
2001 Juni	102,0	2,1	.	.	106,9	3,1	100,3	3,9	105,7	4,3
Juli	102,2	1,9	.	.	106,0	2,2	100,5	3,4	105,2	3,1
August	102,0	1,9	102,5	1,0	105,7	1,5	101,9	4,5	105,1	2,7
September	102,0	1,7	.	.	105,8	- 0,2	102,6	5,0	105,2	1,9
Oktober	101,6	1,5	.	.	105,0	- 1,1	100,9	1,8	104,3	0,6
November	101,5	1,3	102,4	0,7	104,0	- 1,9	100,5	0,3	104,0	0,1
Dezember	102,4	1,4	.	.	104,1	- 1,5	99,8	1,0	103,7	0,1
2002 Januar	102,6	2,0	.	.	105,4	0,2	98,2	2,1	104,3	- 0,1
Februar	103,0	1,8	102,4	0,3	105,6	- 0,5	99,4	0,9	104,4	- 0,3
März	103,1	2,0	.	.	106,5	—	99,7	- 2,9	104,7	- 0,2
April	103,0	1,5	.	.	106,4	- 0,5	96,0	- 6,8	104,6	- 0,8
Mai	103,0	1,2	102,4	—	106,0	- 1,3	94,5	- 8,9	104,6	- 0,9
Juni	102,9	0,9	.	.	105,3	- 1,5	93,7	- 6,6	104,5	- 1,1
Juli	103,3	1,1	.	.	105,2	- 0,8	93,5	- 7,0	104,2	- 1,0
August	103,1	1,1	102,5	—	105,2	- 0,5	93,4	- 8,3	104,1	- 1,0
September	103,0	1,0	.	.	106,1	0,3	94,6	- 7,8	104,3	- 0,9
Oktober	102,9	1,3	.	.	105,9	0,9	94,3	- 6,5	104,6	0,3
November	102,6	1,1	102,2	- 0,2	105,1	1,1	94,8	- 5,7	104,4	0,4
Dezember	103,6	1,2	.	.	105,2	1,1	94,9 p	- 4,9 p	104,6	0,9
2003 Januar	103,5	0,9	.	.	106,7	1,2	...	...	106,0	1,6
Februar	104,0	1,0	102,2	- 0,2	107,3	1,6	...	...	...	...

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat. — 5) Originalbasis 1995 umbasiert auf 2000 = 100.

fe schon ab Juli deutlich teurer als im jeweils gleichen Monat des Vorjahres.

Die im Jahresverlauf abnehmende Teuerung ist vor allem auf die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Diese waren im Januar 2002 noch um 5,5 % teurer, im Mai aber schon um 0,6 % und im Dezember schließlich um 1,4 % billiger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Einzelnen waren Fleisch und Fleischwaren dabei im Januar noch um 3,2 %, Obst um 6,9 % und Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) um 17 % teurer als vor Jahresfrist, im Dezember aber um 2,4 %, 1,9 % bzw. 10 % billiger.

Es gab aber im Einzelnen auch Abweichungen von der insgesamt ruhigen Preisentwicklung. So hatten einige Dienstleistungen wie z. B. Friseurleistungen, Chemische Reinigung, Verzehr in Gaststätten und Cafés oder Beherbergungsdienstleistungen im Jahr 2002 deutlich höhere Preise als 2001.

Bei schlechter Umsatz- und Auftragslage konnten im Jahr 2002 keine Preiserhöhungen für den Wohnungsbau durchgesetzt werden. Der noch auf der Basis 1995 berechnete Preisindex für den *Neubau von Wohngebäuden* (ohne Fertighäuser) blieb im Jahr 2002 im Durchschnitt genauso hoch wie 2001. Von 2000 auf 2001 war er noch um 1,0 % gestiegen. Im November 2002 lag er sogar um 0,2 % niedriger als ein Jahr zuvor. Allerdings sind die Preise für den Ausbau von Wohngebäuden weiter gestiegen, während die für den Rohbau sanken. Im Durchschnitt des Jahres waren Ausbauarbeiten 2002 um 1,1 % teurer und Rohbauarbeiten um 1,2 % billiger als 2001. Dabei sind die Preise der für die Erstellung eines Gebäudes besonders wichtigen Mauerarbeiten um 2,7 % und für Beton- und Stahlbetonarbeiten um 0,8 % gesunken, während die für Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen um 2,9 % und für Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsarbeiten um 2,3 % gestiegen sind.

Der Index der *Großhandelsverkaufspreise*<sup>7)</sup> war 2002 um 0,1 % niedriger als 2001. Von 2000 auf 2001 hatte es noch einen Anstieg um 1,7 % und von 1999 auf 2000 um 5,5 % gegeben. Ab September 2002 zog die Teuerung wieder an. Zwar waren die Großhandelsverkaufspreise im Juni noch um 1,5 % niedriger, im September aber schon um 0,3 % und im November und Dezember um jeweils 1,1 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Von August auf September hatte es auch eine Trendwende bei den Mineralölzeugnissen gegeben; bis dahin waren sie billiger, ab September aber wieder teurer als im jeweils gleichen Monat des Vorjahres. Starke preisdämpfende Einflüsse gingen das ganze Jahr über von der Nachrichtentechnik (einschl. Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie elektronischen Bauelementen) aus. Im Durchschnitt des Jahres blieben die Großhandelsverkaufspreise für sie um 5,9 % niedriger als ein Jahr zuvor. Auch Bü-

romaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen sowie Chemische Erzeugnisse hatten in allen Monaten des Jahres 2002 niedrigere Großhandelsverkaufspreise als vor Jahresfrist. Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen waren damit im Durchschnitt des Jahres 2002 um über 35 % billiger als 1995, dem Basisjahr der Preisindexberechnung.

Die *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte*<sup>7)</sup> waren 2002 um 6,2 % niedriger als im Vorjahr. 2001 hatten sie noch um 5,7 % und 2000 um 6,1 % höher als im jeweiligen Vorjahr gelegen. Die Erzeugerpreise für pflanzliche Produkte gingen dabei von 2001 auf 2002 um 3,5 % und die für tierische Produkte um 7,5 % zurück. Im Einzelnen blieb Getreide dabei in allen Monaten des Jahres 2002 billiger als vor Jahresfrist (im Durchschnitt des Jahres um 10,3 %), während Hackfrüchte in der ersten Hälfte des Jahres teurer, in der zweiten Jahreshälfte aber billiger als jeweils zwölf Monate zuvor waren. Im Durchschnitt lagen die Erzeugerpreise für Hackfrüchte im Jahr 2002 damit genauso hoch wie 2001. Dagegen stiegen die Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen von 2001 auf 2002 im Durchschnitt um 7,5 %. Bei den tierischen Produkten gingen vor allem die Preise für Milch zurück. Im Durchschnitt des Jahres waren die Erzeugerpreise für Milch 2002 um 8,7 % niedriger als ein Jahr zuvor, und die Preise für Schlachtvieh sanken um 7,4 %. Demgegenüber waren Eier im Durchschnitt des Jahres 2002 um 2,1 % teurer als im Vorjahr.

Die *Erzeugerpreise gewerblicher Produkte*<sup>7)</sup> (im Inland produzierte und abgesetzte Erzeugnisse) waren 2002 im Durchschnitt des Jahres um 0,5 % niedriger als 2001. Von 2000 auf 2001 hatte es dagegen noch einen Anstieg um 3,0 % und von 1999 auf 2000 um 3,4 % gegeben. In den einzelnen Monaten des Jahres 2002 waren die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte von Januar bis September jeweils niedriger, ab Oktober aber wieder höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Dezember 2002 lagen sie schon um 0,9 % höher als vor Jahresfrist. Entscheidend für das Wiederanziehen der Jahresteuierung war ein Basiseffekt: Weil sich die im letzten Quartal 2001 vor allem bei Energie registrierten starken Preisrückgänge in der gleichen Zeit des Jahres 2002 nicht wiederholten, zog die im Jahresvergleich gemessene Teuerungsrate entsprechend an. Nur auf Grund der Preisentwicklung für Energie (die neben Mineralölzeugnissen auch die gewichtige Gruppe „Strom, Gas und Fernwärme“ umfasst) kam es zu einem Rückgang der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte. Ohne die Berücksichtigung von Energie wäre der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 2002 sogar um 0,4 % höher (statt 0,5 % niedriger) als im Vorjahr gewesen. Energie war im Berichtsjahr um 3,2 % billiger als ein Jahr zuvor. Dabei waren Mineralölzeugnisse im Durchschnitt des Jahres 2002 nur um 0,3 %, Strom, Gas und Fernwärme aber um 4,4 % billiger als vor Jahresfrist. Mineralölzeugnisse allein konnten den Index der Erzeuger-

7) Für Deutschland auf der Basis 1995 berechnet.



## Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten

Jahr Monat	Durchschnittlicher Bruttoverdienst der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe				Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Angestellten			
	je Stunde		je Monat		im Produzierenden Gewerbe		im Handel <sup>1)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>2)</sup>	
	Euro	Zunahme in % <sup>3)</sup>	Euro	Zunahme in % <sup>3)</sup>	Euro	Zunahme in % <sup>3)</sup>	Euro	Zunahme in % <sup>3)</sup>
<b>Männer</b>								
2001 Oktober	15,31	0,5	2 519	0,2	3 876	2,4	3 415	4,4
D <sup>4)</sup>	15,36	1,0	2 520	0,8	3 843	2,3	3 380	4,4
2002 Januar	15,35	0,3	2 488	0,3	3 890	2,5	3 675	5,1
April	15,48	0,4	2 526	-0,0	3 915	2,5	3 699	4,4
Juli	15,63	1,6	2 570	1,4	3 959	2,9	3 730	4,1
Oktober	15,72	2,7	2 578	2,3	3 964	2,3	3 757	4,2
D <sup>4)</sup>	15,59	1,5	2 551	1,2	3 941	2,6	3 725	4,3
<b>Frauen</b>								
2001 Oktober	11,70	1,6	1 885	1,1	2 892	3,1	2 649	4,2
D <sup>4)</sup>	11,66	1,5	1 883	1,4	2 863	3,1	2 617	4,1
2002 Januar	11,68	1,6	1 886	1,2	2 913	3,1	2 796	5,3
April	11,81	1,9	1 898	1,3	2 939	3,5	2 784	3,7
Juli	11,99	2,1	1 935	1,9	2 972	3,7	2 823	3,9
Oktober	12,03	2,8	1 937	2,8	2 991	3,4	2 860	4,3
D <sup>4)</sup>	11,92	2,2	1 920	2,0	2 963	3,5	2 823	4,2
<b>Männer und Frauen</b>								
2001 Oktober	14,86	0,7	2 438	0,3	3 618	2,6	3 095	4,3
D <sup>4)</sup>	14,89	1,0	2 438	0,8	3 586	2,5	3 060	4,2
2002 Januar	14,87	0,5	2 409	0,4	3 637	2,8	3 323	5,3
April	15,02	0,6	2 446	0,1	3 664	2,9	3 331	4,3
Juli	15,18	1,7	2 490	1,5	3 700	3,1	3 366	4,2
Oktober	15,26	2,7	2 498	2,5	3 710	2,5	3 403	4,5
D <sup>4)</sup>	15,13	1,6	2 471	1,4	3 687	2,8	3 365	4,5

1) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 2) Wegen eines Berichtskreiswechsels sind die Ergebnisse im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe ab Januar 2002 nicht unmittelbar mit denen bis Oktober 2001 vergleichbar. Bei der Ermittlung des Verdienstanstiegs von 2001 auf 2002 sind Störungen durch den Berichtskreiswechsel jedoch rechnerisch ausgeschaltet worden. Dies erfolgte mit Korrekturfaktoren, die aus einer Doppelbefragung des alten und neuen Berichtskreises im Oktober 2001 gewonnen worden sind. — 3) Jeweils gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — 4) Durchschnitt aus den Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

preise gewerblicher Produkte im Jahr 2002 nur wenig beeinflussen. Ohne sie wäre der Gesamtindex im Jahr 2002 nur um 0,4 % statt um 0,5 % niedriger als im Vorjahr gewesen.

### Bruttoverdienste stärker als Nettoverdienste gestiegen

Von 2001 auf 2002 stiegen die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer erstmals seit 1997 (bei Familien mit zwei Kindern erstmals seit 1998) stärker als die Nettoverdienste. Die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten in der hessischen Industrie, in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Hoch- und Tiefbau (Produzierendes Gewerbe ohne Handwerk) verdienten 2002 im Durchschnitt einschl. aller Zulagen und Zuschläge 2935 Euro *brutto pro Monat*. Einmalige Zahlungen wie Weihnachtsgeld, Gratifikationen oder 13. Monatsgehalt sind hierin allerdings nicht enthalten. Der Bruttomonatsverdienst war damit um 2,2 % höher als ein Jahr zuvor. Im Jahr 2001 hatte der entsprechende Anstieg noch 1,4 % betragen. Nach Modellrechnungen blieben einem verheirateten Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern im Jahr 2002 von diesem Bruttoverdienst 2010 Euro *netto pro Monat* übrig. Das waren 1,5 % mehr als im Vorjahr. Für einen allein stehenden

Arbeitnehmer ohne Kinder errechnet sich für das Jahr 2002 ein Nettomonatsverdienst von 1632 Euro, ein Plus von 1,0 % gegenüber 2001. Der Anstieg war damit deutlich niedriger als von 2000 auf 2001, als der Nettoverdienst für das erwähnte Ehepaar mit zwei Kindern noch um 2,8 % und für den allein stehenden Arbeitnehmer um 3,9 % zugenommen hatte. Bei diesen Modellrechnungen sind Steuern und Sozialversicherungsbeiträge von den Bruttoverdiensten abgezogen worden. Die unterschiedliche Entwicklung von Brutto- und Nettoverdiensten von 2001 auf 2002 ist vor allem auf eine leicht steigende Belastung bei der Lohnsteuer und den gestiegenen Beitragssatz zur Krankenversicherung (AOK-Hessen) zurückzuführen. Andererseits hat sich für das Ehepaar mit zwei Kindern bei dem erwähnten durchschnittlichen Bruttoverdienst die Kirchensteuer mehr als halbiert. Da die Verbraucherpreise in Hessen im Jahr 2002 um 1,3 % höher waren als 2001, ergibt sich damit für das Ehepaar mit zwei Kindern unter Berücksichtigung dieser Preisentwicklung real ein Anstieg des Nettoverdienstes um 0,1 % und für den allein stehenden Arbeitnehmer ein Rückgang um 0,3 %.

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe stieg das durchschnittliche *Bruttomonatsgehalt* der männlichen und



weiblichen Angestellten von 2001 auf 2002 um 5,1 %<sup>8)</sup> auf 3714 Euro. Im Handel sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (ohne Handwerk) nahm es um 3,5 %<sup>8)</sup> auf 3083 Euro zu.

### Insolvenzen steigen weiter kräftig - in Hessen erstmals mehr als 5000 Insolvenzen

Im Jahr 2001 war es zu einer erheblichen Abschwächung des Welthandels gekommen, sodass der Export im Vergleich zum Jahr 2000 nur noch mäßig zulegen konnte. Auf Grund seiner hohen Exportabhängigkeit war Deutschland von den retardierenden Kräften relativ stark betroffen und die deutsche Wirtschaft schlingerte im Jahr 2001 am Rande einer Rezession. Die allgemein zu beobachtende Belebung der Weltwirtschaft wirkte sich im Jahr 2002 sehr zögerlich auf die Volkswirtschaften des Euro-Raums aus, denn insbesondere die Binnennachfrage verharrte hier, bei gedrückter Konsumstimmung, leicht verschlechterter Lage auf dem Arbeitsmarkt und einem inflationsbedingten Kaufkraftentzug, auf niedrigem Niveau. Auf Grund der steigenden Auslandsnachfrage deutete sich in Deutschland zunächst eine Überwindung der rezessiven Entwicklungen des Jahres 2001 an, die sich aber bei rückläufigen Privaten Konsumausgaben und schrumpfender Binnennachfrage im Verlauf des Jahres 2002 doch nicht einstellte.

Obgleich der Zusammenhang der *Unternehmensinsolvenzen* zur konjunkturellen Entwicklung durch prozessuale (insbesondere Timelags zwischen Marktschwäche, Illiquidität und Insolvenz der Unternehmen), monetäre (Kreditkonditionen, Refinanzierungsmöglichkeiten) und strukturelle (Branchenzugehörigkeit, Alter und Rechtsform der Unternehmen) Faktoren keineswegs stringent ist, bleibt das globale wirtschaftliche Hintergrundscenario nicht ganz ohne Einfluss auf das Insolvenzgeschehen in Hessen. Im Vergleich der Veränderungen der Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2002 zum Vorjahr sind allerdings auch die Auswirkungen der Reform des Insolvenzrechts, die zum Ende des Jahres 2001 in Kraft getreten ist und die im weiteren bei der Darstellung der Ergebnisse der Insolvenzstatistik für den Bereich der „Übrigen Schuldner“ noch etwas ausführlicher erläutert werden, zu berücksichtigen. So ist es im Jahr 2002, nachdem es in den Jahren 1998 bis 2000 noch Rückgänge der Unternehmensinsolvenzen gegeben hatte (1998: – 1,7 %, 1999: – 5,2 %, 2000: – 1,6 %) und im Jahr 2001 die Zahl der Insolvenzen hessischer Unternehmen um 165 oder 9,0 % auf genau 2000 angestiegen war, zu einer weiteren, noch etwas kräftigeren Zunahme der Insolvenzen hessischer Unternehmen gekommen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm in Hessen im Jahr 2002 um 230 oder 11,5 % auf 2230

### Entwicklung der Insolvenzen<sup>1)</sup> in Hessen 1992 bis 2002

Jahr	Insolvenzen insgesamt	davon	
		Unternehmensinsolvenzen	Übrige Schuldner
1992	1 340	952	388
1993	1 769	1 290	479
1994	2 047	1 516	531
1995	2 283	1 734	549
1996	2 479	1 963	516
1997	2 615	2 001	614
1998	2 505	1 967	538
1999	2 406	1 864	542
2000	2 824	1 835	989
2001	3 220	2 000	1 220
2002 <sup>2)</sup>	5 122	2 230	2 892

1) 1992 bis 1998: Konkurse und Vergleiche nach der Konkurs- und Vergleichsordnung; 1999 bis 2002: Insolvenzen nach der Insolvenzordnung. — 2) Änderung der Insolvenzordnung durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz zum 1.12.2001: Regelinsolvenzverfahren für alle ehemaligen oder noch aktiven wirtschaftlich selbstständig Tätigen; Option zur Stundung der Verfahrenskosten für Verbraucher.

zu. Während des Jahres 2002 hatte sich die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen bis in die zweite Jahreshälfte hinein deutlich beschleunigt. Vom jeweiligen Quartalsbeginn waren bis Ende März 3,7 %, Ende Juni 10,7 % und Ende September 24,7 % mehr Unternehmensinsolvenzen als im jeweiligen Vierteljahr des Vorjahres zu registrieren. Demgegenüber beruhigte sich im vierten Quartal des Jahres 2002 — bei 581 Insolvenzanträgen gegen Unternehmen, 41 Anträgen oder 7,6 % mehr als im letzten Quartal des Jahres 2001 — die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen wieder etwas.

Nach den Ergebnissen der Insolvenzstatistik des Jahres 2002 aller Statistischer Landesämter haben die Unternehmensinsolvenzen in Deutschland insgesamt etwas stärker zugenommen als in Hessen. Sie nahmen bundesweit um 5301 oder 16,4 % auf 37 600 zu. Damit konnte sich Hessen zwar nicht dem Sog der allgemeinen Entwicklung entziehen, hebt sich aber mit seiner mit 11,5 % unterdurchschnittlichen Zunahme bei den Zahlen über die wirtschaftlichen Zusammenbrüche von Unternehmen auch weiterhin positiv von den großen Flächenländern im Süden und Westen der Republik ab.

Von zunehmenden Unternehmensinsolvenzen war in Hessen die Mehrzahl der Wirtschaftsbereiche, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, betroffen. Die stärkste Belebung des Insolvenzgeschehens war tendenziell bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen und in konsumnahen Wirtschaftszweigen zu beobachten. Die Bereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“, haben mit einer Erhöhung um 55 auf 582 Insolvenzen (+ 10 %), und „Handelsvermittlung und Großhandel“, mit einer Zunahme um 50 auf 166 Insolvenzen (+ 43 %), absolut am kräftigsten zu dem Wiederanstieg der Unternehmensinsolvenzen beigetragen. Im Handel auf der Stufe der Endverbraucher waren es zum einen der Kraftfahr-

8) Wegen eines Berichtskreiswechsels sind die Ergebnisse ab 2002 nicht mehr unmittelbar mit denen für die Vorjahre vergleichbar. Bei der Ermittlung des Verdienstanstiegs von 2001 auf 2002 sind Störungen durch den Berichtskreiswechsel jedoch rechnerisch ausgeschaltet worden. Dies erfolgte mit Korrekturfaktoren, die aus einer Doppelbefragung des alten und neuen Berichtskreises im Oktober 2001 gewonnen worden sind.

# Insolvenzen<sup>1)</sup>

Wirtschaftsbereich	2000	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) 2002/2001 in %
Land- und Forstwirtschaft	32	26	25	- 3,8
Fischerei und Fischzucht	—	—	—	—
Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	1	1	1	0,0
Energie- und Wasserversorgung	—	—	1	—
Verarbeitendes Gewerbe	222	254	294	15,7
Baugewerbe	416	436	448	2,8
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz. u. Gebrauchsgütern darunter	374	366	467	27,6
Kfz.-Handel, Instandhaltung und Rep. von Kfz., Tankstellen;	59	36	62	72,2
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz.)	112	116	166	43,1
Einzelh. (ohne Handel mit Kfz., Tankst.), Rep. von Gebrauchsgütern	203	214	239	11,7
Gastgewerbe	139	126	116	- 7,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	109	157	145	- 7,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	17	14	24	71,4
Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen f. Unternehmen	424	527	582	10,4
Erziehung und Unterricht	8	6	3	- 50,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	38	38	57	50,0
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	55	49	67	36,7
Unternehmen z u s a m m e n	1 835	2 000	2 230	11,5
Übrige Schuldner	989	1 220	2 892	137,0
davon				
Verbraucher	698	873	1 202	37,7
ehemals wirtschaftlich selbstständig Tätige <sup>2)</sup>	—	—	514	—
sonstige natürliche Personen <sup>3)</sup> , Nachlässe	291	347	1 176	238,9
Insolvenzen i n s g e s a m t	2 824	3 220	5 122	59,1

1) Auf Grund der Änderungen der Insolvenzordnung durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz zum 1.12.2001 (Regelinsolvenzverfahren für alle ehemaligen oder noch aktiven wirtschaftlich selbstständig Tätigen; Option zur Stundung der Verfahrenskosten für Verbraucher) ist der Vergleich der Daten des Jahres 2002 zu den Vorjahren nur eingeschränkt, bei den "Übrigen Schuldnern" sogar nur sehr eingeschränkt möglich. — 2) Nachweis erst infolge des Insolvenzrechtsänderungsgesetz ab Januar 2002 möglich. — 3) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter.

zeughandel<sup>9)</sup>, mit 62 insolventen Unternehmen (+ 26, + 72 %), zum anderen der Einzelhandel<sup>10)</sup> mit 239 insolventen Unternehmen (+ 25, + 12 %), die deutlich mehr Insolvenzen aufzuweisen hatten als im Vorjahr.

Auch gegen bzw. für Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe (hier wurden mit 294 Insolvenzen 40 (+ 16 %) mehr gemeldet als im Jahr 2001) wurden wiederum zahlreicher als im Vorjahr Insolvenzanträge gestellt.

Rückläufig waren die Insolvenzzahlen dagegen insbesondere im Gastgewerbe, mit einer Abnahme um 10 auf 116 Insolvenzen (- 7,9 %), und im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, mit einer Abnahme um 12 auf 145 Insolvenzen (- 7,6 %).

Von den 2230 hessische Unternehmen betreffenden Insolvenzen des Jahres 2002 führten 1263 oder 57 % auch zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Mit dieser neuerlichen und deutlichen Erhöhung des Anteils der eröffneten Insolvenzverfahren an der Zahl der insgesamt beantragten Unternehmensinsolvenzen hat sich die, mit der ab dem 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Insolvenzordnung intendierten, Anhebung der Eröffnungsquote weiter fortgesetzt. Im langjährigen Durchschnitt der Jahre vor dem In-Kraft-Treten der

neuen Insolvenzordnung hatte die Eröffnungsquote nur bei 25 % gelegen. Schon im Jahr 1999 war sie auf 33 % gestiegen, erreichte im Jahr 2000 die 40-Prozent-Marke, die sie im Jahr 2001 mit 47 % überschritten hatte.

Während aus der Entwicklung der reinen Fallzahlen der Insolvenzen von Unternehmen in Hessen also nicht nur negative Aspekte herauszulesen sind, haben die bei den Insolvenzgerichten angemeldeten Forderungen der Gläubiger — und damit die absehbaren, rein materiellen Schäden aus den Unternehmenszusammenbrüchen — stark zugenommen.

In den 2230 Insolvenzen hessischer Unternehmen im Jahr 2002 standen voraussichtliche Forderungen in Höhe von rund 4,4 Mrd. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren rund 1,9 Mrd. Euro oder 176 % mehr als im Vorjahr. Zu dem kräftigen Anstieg der Insolvenzforderungen haben zu einem guten Teil auch Zusammenbrüche größerer Unternehmen beigetragen. Die höchsten Forderungssummen, die in vier Einzelverfahren beim Insolvenzgericht Darmstadt zur Auseinandersetzung gelangten, beliefen sich im Jahr 2002 auf Beträge zwischen 330 Mill. und fast 370 Mill. Euro.

Von den gesamten Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2002 richteten sich 1390 oder 62 % gegen reine Kapitalgesellschaften; das waren 121 oder 10 % mehr als im Vorjahr. Auch bei den Unternehmensformen mit persönlichen Schuldverhältnissen, für die die neue Insolvenzordnung

9) Einschl. der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und einschl. Tankstellen.

10) Einschl. der Reparatur von Gebrauchsgütern; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen.



durch das Institut der Restschuldbefreiung Vorteile zu bieten vermag, kam es zu einem Anstieg der Insolvenzen. Ihre Zahl hat nach 732 im Jahr 2001 auf 840 im Jahr 2002 zugenommen (+ 15 %).

Stark belebt zeigte sich im Jahr 2002 das Insolvenzgeschehen bei den natürlichen Personen, Nachlässen und anderen, nichtkommerziellen Institutionen, die man, in Abgrenzung zu dem das Insolvenzgeschehen wirtschaftlich dominierenden Unternehmensbereich, zusammenfassend als „Übrige Schuldner“ bezeichnet. Hier wurden im Jahr 2002 nahezu 2892 Insolvenzen von „*Übrigen Schuldner*“ verzeichnet, 1672 oder 137 % mehr als im Jahr 2001. Diese gravierende Zunahme der Insolvenzen ist wesentlich auf die Reform des Insolvenzrechts zum Jahresende 2001 zurückzuführen, die sich insbesondere auf die Insolvenzzahlen natürlicher Personen auswirkte (+ 1158). Seit 1. Dezember 2001 können natürliche Personen, auch wenn sie mittellos sind, ein Insolvenzverfahren beantragen, da ihnen nunmehr die Möglichkeit zur Stundung der Verfahrenskosten eröffnet wurde. Bis zu dieser Reform scheiterten sehr viele private Schuldner bei dem Versuch sich über das Insolvenzrecht eine neue wirtschaftliche Basis zu schaffen bereits an der Hürde der Verfahrenskosten. So haben aktuell zu der hohen Zahl von Insolvenzverfahren „Übriger Schuldner“ insbesondere 1202 Verbraucherinsolvenzen beigetragen. Dies waren 329 oder fast 38 % mehr als im Jahr 2001. Im Jahr 1999 hatten erst 171 Personen die neue Option des Insolvenzrechts zur formalen Klärung und Bereinigung ihrer Illiquidität genutzt.

Im Jahr 2002 konnten von den 2892 Insolvenzverfahren von „Übrigen Schuldner“ 2406 oder 83 % eröffnet werden (2001: 60 %). Noch günstiger verlief die Entwicklung bei den Verbraucherinsolvenzen: Von den 1202 durch die hessischen Insolvenzgerichte im Jahr 2002 behandelten Anträgen wurden 1111 (92 %) zur Verfahrenseröffnung angenommen, und in weiteren 53 Fällen (4 %) fanden die eingereichten

Schuldenbereinigungspläne die Zustimmung der Gläubiger, sodass letztlich nur in 3 % der Verbraucherinsolvenzen eine Verfahrenseröffnung mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Insolvenzmasse abgelehnt werden musste.

In den 2892 Insolvenzverfahren „Übriger Schuldner“ standen Forderungen in Höhe von 568 Mill. Euro zur Auseinandersetzung an, in jedem der Insolvenzverfahren also durchschnittlich rund 200 000 Euro. Herausragender Insolvenzfall bei den „Übrigen Schuldner“ war im Jahr 2002 die Insolvenz eines privaten Verbrauchers, gegen den aus vorheriger unternehmerischer Tätigkeit ein Forderungsvolumen in Höhe von nahezu 35 Mill. Euro vor dem Insolvenzgericht Marburg zu verhandeln war.

Insgesamt ist die Zahl der Insolvenzen in Hessen im Jahr 2002 mit 5122 erstmals auf über 5000 angestiegen. Waren 1998 und 1999 jeweils noch Rückgänge der Gesamtzahl der Insolvenzen zu verzeichnen, so nahmen diese — unter dem besonderen Einfluss der Entwicklung der Insolvenzen von „Übrigen Schuldner“ auf Grund des seit 1999 geltenden neuen Insolvenzrechts — von 1999 auf 2000 um 418 (+ 17 %) und von 2000 auf 2001 um 396 (+ 14 %) zu. Die neuerliche Änderung des Insolvenzrechts zum Dezember 2001 beschleunigte nunmehr diese Entwicklung steigender Insolvenzzahlen „Übriger Schuldner“ und führte ganz wesentlich zu dem kräftigen Anstieg der Gesamtzahl der Insolvenzen um 1902 (+ 59 %) im Jahr 2002.

#### Rückgang der Gewerbeanzeigen auch im Jahr 2002

Bei den hessischen Gewerbeämtern gingen im Jahr 2002 nur noch 133 300 Gewerbemeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe) ein, das waren 1213 oder fast 1 % weniger als im Vorjahr. Seit dem Jahr 1998 mit der bislang höchsten Zahl von Meldungen setzte sich der Rückgang damit kontinuierlich fort. Gut 12 % oder fast 16 300 der Gewerbemeldungen waren *Ummeldungen*. Sie erhöhten sich

An- und Abmeldungen von Gewerbetreibenden<sup>1)</sup> 2001 und 2002 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsberich	Anmeldungen					Abmeldungen				
	2001		2002		Zu- bzw. Abnahme (-) in %	2001		2002		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft	751	1,2	752	1,2	0,1	700	1,2	695	1,2	- 0,7
Verarbeitendes Gewerbe	2 356	3,7	2 190	3,6	- 7,0	2 550	4,5	2 356	4,2	- 7,6
Baugewerbe	4 022	6,3	4 235	6,9	5,3	4 117	7,2	4 341	7,8	5,4
Handel <sup>2)</sup>	18 099	28,4	18 112	29,6	0,1	18 513	32,4	18 342	32,8	- 0,9
Gastgewerbe	4 671	7,3	4 711	7,7	0,9	4 749	8,3	4 649	8,3	- 2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 452	5,4	3 228	5,3	- 6,5	3 553	6,2	3 253	5,8	- 8,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 448	5,4	3 195	5,2	- 7,3	2 703	4,7	2 812	5,0	4,0
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	20 449	32,1	17 880	29,3	- 12,6	15 359	26,9	14 179	25,3	- 7,7
Sonstige Dienstleistungen <sup>4)</sup>	4 696	7,4	5 250	8,6	11,8	3 839	6,7	4 321	7,7	12,6
Übrige Wirtschaftszweige <sup>5)</sup>	1 697	2,7	1 560	2,6	- 8,1	1 063	1,9	1 017	1,8	- 4,3
<b>Insgesamt</b>	<b>63 641</b>	<b>100</b>	<b>61 113</b>	<b>100</b>	<b>- 4,0</b>	<b>57 146</b>	<b>100</b>	<b>55 965</b>	<b>100</b>	<b>- 2,1</b>

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) So wie Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. — 5) Zusammenfassung der Abschnitte B Fischerei und Fischzucht, C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, E Energie- und Wasserversorgung, M Erziehung und Unterricht und N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.



im Vergleich zum Vorjahr um 18 %. Die An- und die Abmeldungen gingen dagegen weiter zurück, und zwar die **Anmeldungen** um 4,0 % auf 61 100 und die **Abmeldungen** um 2,1 % auf 56 000. Per saldo gab es somit im Jahr 2002 fast 5150 Menschen mehr, die sich mit der Ausübung eines Gewerbes befassen. Dieser Wert lag damit wie bereits 1999 unter dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre.

Auch die Struktur der An- und Abmeldungen hat sich in den letzten beiden Jahren nur wenig verändert. Bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der Meldungen entfielen in 2002 (wie schon im Jahr 2001) auf die Neuerrichtung eines Gewerbes 23 % und auf die teilweise bzw. vollständige Geschäftsaufgabe 19 % (18 % in 2001).

Bei den Gewerbeanmeldungen blieben der Handel und der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen (einschl. Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) die beiden bedeutendsten Wirtschaftsbereiche. Auf das Grundstücks- und Wohnungswesen entfielen gut 29 % und auf den Handel fast 30 % aller Anmeldungen. Den stärksten Bedeutungszuwachs erfuhren die Sonstigen Dienstleistungen, deren Anteil im Vorjahresvergleich von 7,4 auf 8,6 % anstieg und die damit gegenüber dem Gastgewerbe ihren dritten Rang behaupteten. Ursache dafür war der deutliche Anstieg der Anzahl der Gewerbeanmeldungen um 12 %. Im Baugewerbe erhöhten sich die Anmeldungen um gut 5 %, im Gast-

gewerbe um 0,9 %. In den meisten Wirtschaftsbereichen stagnierte jedoch die Anzahl der Anmeldungen oder ging sogar zurück: Im Grundstück- und Wohnungswesen um 13 %, in den übrigen Wirtschaftszweigen um 8,1 %, im Kredit- und Versicherungsgewerbe um 7,3 %, im Verarbeitenden Gewerbe um 7,0 % und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung um 6,5 %.

Bei den Gewerbeabmeldungen verlief die Entwicklung etwas anders: Im Bereich Sonstige Dienstleistungen nahmen sie um 13 % zu, im Baugewerbe um 5,4 % und im Kredit- und Versicherungsgewerbe um 4,0 %. In den anderen Wirtschaftsbereichen nahmen die Gewerbeabmeldungen gegenüber dem Vorjahr ab.

Nimmt man die Differenz zwischen An- und Abmeldungen als Maß für die wirtschaftliche Aktivität, so hat diese sich im Berichtsjahr weiter verringert. Der Zuwachs an Gewerbetreibenden verringerte sich insgesamt um 1347 auf 5148. Mehr Aktivitäten gab es im Gastgewerbe, wo der Saldo vom Jahr 2002 mit 62 um 140 höher lag als der noch negative Saldo vom Jahr 2001. Ebenso weiter gestiegen sind die Aktivitäten bei den sonstigen Dienstleistungen um 72 auf 929. Im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung verbesserte sich die Lage nur insoweit, als sich der negative Saldo verringerte.

In den übrigen Wirtschaftszweigen errechnet sich ein niedrigerer Saldo als im Vorjahr, und zwar im Dienstleistungsbereich um fast 1390 und im Kredit- und Versicherungsgewerbe um 362.

Bei der Betrachtung der An- und Abmeldungen nach der Art der Meldung fällt auf, dass sich die meisten An- bzw. Abmeldungen mit über 55 % bzw. über 57 % auf die Kleingewerbetreibenden beziehen, die wirtschaftlich keine große Bedeutung haben. Neben den Verlagerungen und den Übernahmen/Übergaben von Betrieben entfielen nur knapp 23 % aller Anmeldungen auf echte Betriebsneugründungen und nur knapp 19 % auf die Aufgabe echter Betriebe. Saldiert man die echten Neugründungen mit den echten Betriebsaufgaben, so hat sich die Zahl der Betriebe im Jahr 2002 um 3250 erhöht. Dieser Zuwachs war um fast 1100 niedriger als im Vorjahr.

Bei der Struktur der Gewerbeanzeigen nach der Rechtsform blieb die Dominanz der Einzelunternehmung auch im Jahr 2002 erhalten. Über 76 % der Anmeldungen und 78 % der Abmeldungen entfielen auf diese Rechtsform. Sie trug damit auch zu mehr als der Hälfte zum Zuwachs bei den Gewerbetreibenden bei, wobei es sich hierbei allerdings überwiegend um Kleingewerbetreibende handelt. Mit über 14 % der Anmeldungen und fast 13 % der Abmeldungen lagen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) auf dem zweiten Rang. Per saldo entstanden 2002 in Hessen fast 1700 neue GmbHs, das war ein Drittel des Zuwachses an Be-

Gewerbemeldungen<sup>1)</sup> 2001 und 2002  
nach Art der Meldung

Art der Meldung	2001		2002		Zu- bzw. Abnahme (-) gegen- über Vorjahr in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Anmeldungen					
Echte Neuerrichtungen	14 465	22,7	13 818	22,6	- 4,5
Kleingewerbetreibende <sup>2)</sup>	34 828	54,7	33 945	55,5	- 2,5
Verlagerungen	4 948	7,8	5 024	8,2	1,5
Übernahmen	9 400	14,8	8 326	13,6	- 11,4
Insgesamt	63 641	100	61 113	100	- 4,0
Abmeldungen					
Aufgabe echter Betriebe	10 124	17,7	10 568	18,9	4,4
Kleingewerbetreibende <sup>3)</sup>	32 654	57,1	32 187	57,5	- 1,4
Verlagerungen	4 862	8,5	5 481	9,8	12,7
Übernahmen <sup>4)</sup>	9 506	16,6	7 729	13,8	- 18,7
Insgesamt	57 146	100	55 965	100	- 2,1
Salden <sup>5)</sup>					
Echte Betriebe	4 341	x	3 250	x	x
Kleingewerbetreibende	2 174	x	1 758	x	x
Verlagerungen	86	x	- 457,0	x	x
Übernahmen/Übergaben	- 106,0	x	597	x	x
Insgesamt	6 495	x	5 148	x	x

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Neuerrichtung als Nebentätigkeit und sonstige Neuerrichtung. — 3) Aufgabe eines Kleingewerbetreibenden oder einer Nebentätigkeit. — 4) Aufgabe oder teilweise Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes. — 5) Mehr bzw. weniger (-) Anmeldungen als Abmeldungen.

**An- und Abmeldungen von  
Gewerbetreibenden<sup>1)</sup> 2002 nach Rechtsform und  
Staatsangehörigkeit des Inhabers**

Rechtsform Staatsangehörigkeit	Anmeldungen		Abmeldungen		Mehr bzw. weniger (-) An- als Abmel- dungen
	Anzahl	%	Anzahl	%	
OHG	270	0,4	287	0,5	- 17
KG	205	0,3	258	0,5	- 53
GmbH & Co. KG	1 257	2,1	829	1,5	428
GbR	3 099	5,1	3 142	5,6	- 43
AG, KGaA	415	0,7	357	0,6	58
GmbH	8 677	14,2	6 986	12,5	1 691
Übrige Rechtsform	524	0,9	467	0,8	57
Einzelunternehmen	46 666	76,4	43 639	78,0	3 027
davon nach Staatsange- hörigkeit des Inhabers					
deutsch	39 027	83,6	36 894	84,5	2 133
französisch	101	0,2	90	0,2	11
griechisch	470	1,0	439	1,0	31
italienisch	861	1,8	840	1,9	21
niederländisch	90	0,2	80	0,2	10
spanisch	111	0,2	116	0,3	- 5
türkisch	2 272	4,9	2 055	4,7	217
übriges Europa	1 965	4,2	1 567	3,6	398
Afrika	309	0,7	232	0,5	77
Amerika	243	0,5	212	0,5	31
Asien	1 102	2,4	885	2,0	217
fehlende Angaben	71	0,2	185	0,4	- 114
ungeklärte o. sonstige Staatsangehörigkeit	44	0,1	44	0,1	—
<b>Insgesamt</b>	<b>61 113</b>	<b>100</b>	<b>55 965</b>	<b>100</b>	<b>5 148</b>

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

trieben insgesamt. Die drittbeliebteste Rechtsform war die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die ebenfalls eher von Kleingewerbetreibenden bevorzugt wird. Die Entwicklung in diesem Bereich war allerdings rückläufig; es gab 43 bzw. 1 % mehr Ab- als Anmeldungen. Die Zahl der Betriebe mit der Rechtsform GmbH & Co. KG erhöhte sich dagegen per saldo um 428 oder anteilig 8,3 %, obwohl auf sie nur 2,1 % der Anmeldungen und 1,5 % der Abmeldungen entfielen.

Leider lässt sich die wirtschaftliche Bedeutung einer Betriebsgründung nicht aus den Angaben der Statistik der Gewerbeanzeigen ablesen. Zu den wirtschaftlich eher bedeutenden Betrieben zählen aber sicherlich die mit der Rechtsform Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf Aktien. Hiervon gab es im Jahr 2002 in Hessen 415 Anmeldungen und 357 Abmeldungen, woraus sich ein Zuwachs von 58 (anteilig 1,1 %) ergibt. Die anderen Rechtsformen wie Offene Handelsgesellschaft (OHG) und Kommanditgesellschaft (KG) spielen von den Fallzahlen her eine noch geringere Rolle.

Für die Einzelunternehmen lassen sich Aussagen über die Staatsangehörigkeit der Inhaber(innen) gewinnen. So lag der Anteil der Nichtdeutschen bei den Anmeldungen bei über 16 % und bei den Abmeldungen bei knapp 16 %.

Diese Anteilswerte lagen 2 bzw. 1 Prozentpunkt(e) über dem entsprechenden Bevölkerungsanteil. Eine gegenüber der übrigen Bevölkerung überdurchschnittliche Gewerbeaktivität konzentrierte sich auf bestimmte Nationalitäten: So lag dieser Anteil bei Türken um 6,5 Prozentpunkte, bei Asiaten und Italienern um 2,6 Prozentpunkte höher.

## Wirtschaftsbereiche

### Umsatzrückgang im Verarbeitenden Gewerbe - verstärkter Beschäftigungsabbau

Das hessische Verarbeitende Gewerbe musste im Jahr 2002 den stärksten Umsatzrückgang seit neun Jahren hinnehmen. Dafür war allein die schwache Binnennachfrage verantwortlich, die seit Jahren — nur im Jahr 2001 gab es eine geringe Zunahme — rückläufig ist. Dagegen legte das Auslandsgeschäft nochmals zu, sodass die Exportquote, d. h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, weiter auf 39,5 % anstieg. Die Rationalisierungsbemühungen führten zu einem weiteren verstärkten Beschäftigungsabbau, der fast alle Branchen erfasste und im Jahresverlauf noch zunahm. Der im Jahresdurchschnitt deutliche Rückgang der Auftragseingänge ist vor allem auf das sehr schlechte erste Quartal zurückzuführen. Allerdings enttäuschte nach einem leichten Aufwärtstrend im zweiten und dritten Quartal das letzte Vierteljahr mit einem erneuten Rückgang, sodass die Erwartungen für das Jahr 2003 eher gedämpft sind.

Die Zahl der *Beschäftigten* des Verarbeitenden Gewerbes lag 2002 im Jahresdurchschnitt mit 444 000 um 14 400 oder 3,1 % niedriger als im Jahr zuvor. Der Rückgang fiel höher aus als in den Jahren seit 1998. Seit 1995 sind knapp 16 % der Arbeitsplätze verlorengegangen oder in den Dienstleistungssektor ausgegliedert worden. Wegen der fehlenden Auftriebskräfte im Jahr 2002 lag der Rückgang zum Jahresende mit 3,5 % deutlich höher als im Januar mit 2,0 %. Die beschäftigungsstärkste Branche blieb auch im Jahr 2002 mit 62 700 Mitarbeitern die Chemische Industrie. Der Rückgang von 2,5 % im Vergleich zum Vorjahr überzeichnet allerdings die reale Entwicklung der Branche, die durch eine Betriebsverlagerung stark beeinflusst war. Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen — mit 26 200 Beschäftigten der größte Teilbereich der Chemischen Industrie — erhöhte ihren Personalbestand um 1,4 %. Dagegen gab es bei den Herstellern von chemischen Grundstoffen einen Rückgang um 2,3 % auf 20 500 Mitarbeiter. Der hessische Maschinenbau reduzierte 2002 seine Beschäftigtenzahl um 2,5 % auf 61 000. Überdurchschnittliche Einbußen verzeichnete der Kraftwagensektor, dessen Mitarbeiterzahl um 4 % auf 56 900 zurückging. Die Hersteller von Kraftwagentteilen verbuchten allerdings ein Plus von 3 % auf 36 700. Zu den größeren Branchen gehören auch die Hersteller vom Metallzeugnissen mit 37 500 Beschäftigten im Jahresdurchschnitt



**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>**  
(Zeitliche Entwicklung 2002)

Zeitraum 2002	Beschäftigte		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Volumenindex des Auftragseingangs		
	1000	Abnahme in % <sup>2)</sup>	1000 Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % <sup>2)</sup>	1000 Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % <sup>2)</sup>	insgesamt	Inland	Ausland
							Zu- bzw. Abnahme (-) in % <sup>2)</sup>		
Januar	448,7	- 2,0	6 190 686	- 6,1	2 450 055	- 5,7	- 8,0	- 8,2	- 7,7
Februar	447,7	- 2,3	6 275 913	- 4,5	2 477 031	- 3,1	- 10,5	- 8,8	- 12,6
März	446,5	- 2,8	6 831 156	- 9,9	2 618 519	- 11,4	- 14,3	- 17,5	- 9,4
April	444,9	- 2,9	6 929 596	5,0	2 735 123	8,8	7,4	2,2	15,2
Mai	443,9	- 3,2	6 601 022	- 8,7	2 619 844	- 2,4	- 0,2	- 9,0	12,5
Juni	443,7	- 3,6	7 128 366	1,0	2 873 888	5,5	- 1,4	- 3,7	2,0
Juli	444,9	- 3,4	6 887 868	2,7	2 724 866	8,7	3,8	2,6	5,2
August	445,4	- 3,4	6 634 466	- 3,8	2 521 177	2,9	- 3,9	- 8,5	3,4
September	444,4	- 3,5	7 469 979	5,4	2 960 342	12,5	0,4	- 4,9	7,9
Oktober	441,5	- 3,6	7 323 642	- 1,3	2 803 091	2,9	3,5	0,9	7,2
November	439,3	- 3,6	7 384 781	- 1,1	2 979 172	11,9	- 0,6	- 4,9	5,9
Dezember	437,3	- 3,5	6 575 858	1,1	2 679 996	9,1	- 7,6	- 7,0	- 8,4
1. Vj. D	447,6	- 2,4	19 297 756	- 7,0	7 545 605	- 6,9	- 11,1	- 11,8	- 10,0
2. Vj. D	444,2	- 3,2	20 658 984	- 1,1	8 228 855	3,9	1,8	- 3,6	9,6
3. Vj. D	444,9	- 3,4	20 992 313	1,4	8 206 385	8,2	0,2	- 3,7	5,6
4. Vj. D	439,4	- 3,6	21 284 281	- 0,5	8 462 258	7,9	- 1,5	- 3,5	1,6
2002 D	444,0	- 3,1	82 233 333	- 1,8	32 443 103	3,1	- 2,8	- 5,8	1,4

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

2002. Dort gingen 4,9 % der Arbeitsplätze verloren. Glimpflich erging es dem Ernährungsgewerbe, das nur eine Abnahme von 1,0 % auf 34 400 Beschäftigte verzeichnete.

Tempora mutantur. Der *Arbeiteranteil* an der Beschäftigtenzahl, aber auch die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden hat in den letzten Jahrzehnten deutlich abgenommen. Während der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbeschäftigtenzahl im Jahr 1950 noch bei über 81 % lag, ging er bis 2002 auf gut 58 % zurück. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die immer bessere Kapitalausstattung der Arbeitsplätze (höhere Kapitalintensität), die bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz einen höheren Output ermöglichte. Das spiegelt sich auch deutlich bei den geleisteten Arbeiterstunden wider. Sie gingen je Arbeiter und Monat von 186 im Jahr 1950 auf nur noch 124 im letzten Jahr zurück. Der sehr niedrige Wert im letzten Jahr erklärt sich allerdings auch durch die ungünstige konjunkturelle Lage, die zu niedriger Kapazitätsauslastung, Überstundenabbau bzw. sogar zu Kurzarbeit führte.

Mit einem *Umsatz* von insgesamt 82,2 Mrd. Euro hat das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2002 das Vorjahresniveau um 1,8 % verfehlt. Die Inlandsumsätze gingen um 4,7 % auf 49,8 Mrd. Euro zurück, während die Auslandsumsätze sich um 3,1 % auf 32,4 Mrd. Euro erhöhten. Deutlich umsatzstärkste Branche blieb die Chemische Industrie. Mit 16,8 Mrd. Euro lag der Gesamtumsatz wegen des geschilderten Sondereffekts allerdings um 8,3 % niedriger als im Jahr 2001. Dagegen konnte der Maschinenbau durch ein hervorragendes Auslandsgeschäft seinen Gesamtumsatz um 7,4 % auf 10 Mrd. Euro steigern. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagentellen erhöhten ihren Umsatz um 2,3 % auf 10,5 Mrd. Euro.

Der konjunkturelle Frühindikator *Auftragseingang* hatte im ersten Quartal 2002 einen deutlichen Rückgang von 11 % verzeichnet. Nach zwischenzeitlicher Besserung wurde im letzten Quartal wieder ein Minus von 1,5 % registriert. Im Jahresdurchschnitt gingen die preisbereinigten Auftragseingänge um 2,8 % gegenüber 2001 zurück. Während es auf dem Inlandsmarkt Einbußen von 5,8 % gab, nahmen die realen Orders aus dem Ausland um 1,4 % zu. Trotz eines schwächeren zweiten Halbjahres reichte es bei der Chemischen Industrie im Jahresdurchschnitt noch zu einem minimalen Plus von 0,1 %, das auf einen Zuwachs bei den Auslandsaufträgen

**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>**

Art der Angabe	2001	2002	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
			2001	2002
			gegenüber	
			2000	2001
Beschäftigte <sup>2)</sup> (in 1000)	458,5	444,0	- 0,2	- 3,1
darunter Arbeiter	269,6	259,7	- 0,5	- 3,7
Geleistete Arbeiterstunden (in Mill. Std.)	409,9	387,2	- 2,3	- 5,5
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. Euro)	17 038,1	16 866,7	1,4	- 1,0
Umsatz (in Mill. Euro)	83 720,9	82 233,3	1,6	- 1,8
davon				
Inlandsumsatz	52 257,9	49 790,2	1,3	- 4,7
Auslandsumsatz	31 463,0	32 443,1	2,2	3,1
Umsatz nach Bereichen (in Mill. Euro)				
Vorleistungsgüterproduzenten	36 024,4	35 602,9	0,3	- 1,2
Investitionsgüterproduzenten	26 211,2	25 523,5	0,7	- 2,6
Gebrauchsgüterproduzenten	3 072,3	3 055,0	13,5	- 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten	18 413,0	18 052,0	4,0	- 2,0

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). — 2) Im Durchschnitt des Jahres.



gen zurückzuführen ist. Maschinenbau und Kraftwagen-  
 sektor verfehlten das Vorjahresniveau um 0,4 bzw. 2,1 %, wo-  
 bei auch in diesen Branchen das Auslandsgeschäft positiv  
 verlief.

### Abwärtstrend im Bauhauptgewerbe hält an

Der Abwärtstrend im hessischen Bauhauptgewerbe konnte  
 auch im Jahr 2002 nicht gebremst werden. Seit einigen Jah-  
 ren schon hält der dramatische Beschäftigungsabbau an.  
 Kaum tröstlich kann es sein, dass die Entwicklung in Hessen  
 im vergangenen Jahr — wie schon im Jahr zuvor — weniger  
 ungünstig verlief als in den alten und vor allem in den neuen  
 Bundesländern. Neben der seit Jahren schwachen Entwick-  
 lung im Wohnungsbau überraschte der gewerbliche und in-  
 dustrielle Bau im Jahr 2002 negativ. Der gewerbliche Hoch-  
 bau konnte nicht an den günstigen Verlauf der letzten drei  
 Jahre anknüpfen und beim gewerblichen Tiefbau fiel der Ein-  
 bruch noch drastischer aus. Nur der öffentliche und Ver-  
 kehrsbau setzte einen Kontrapunkt.

Der dramatische Beschäftigungsabbau des Bauhauptgewer-  
 bes hielt auch im Jahr 2002 an. Mit im Jahresdurchschnitt  
 noch 30 600 *Beschäftigten* (in den Betrieben mit im Allge-  
 meinen 20 oder mehr tätigen Personen) wurde der Vorjah-  
 resstand um 7,8 % verfehlt. Gegenüber 1995 bedeutet dies  
 einen Rückgang von fast 47 %. Überdurchschnittlich waren  
 im Jahr 2002 die Fachwerker und Werker — angeleitete Ar-  
 beitskräfte — betroffen. Ihre Zahl ging im Vergleich zum Vor-  
 jahr um 11 % auf 5140 zurück. Bei den Facharbeitern wurde  
 eine Abnahme von 7,5 % auf 16 700 und bei den Angestell-  
 ten von 5,4 % auf 7260 verzeichnet. Stark rückläufig war die

Zahl der gewerblich Auszubildenden mit einer Abnahme von  
 12 % auf 1270.

Im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe sind die Umsät-  
 ze des Bauhauptgewerbes in den letzten Jahren — vom Jahr  
 1999 abgesehen — rückläufig. Im Jahr 2002 lagen die *bau-  
 gewerblichen Umsätze* mit knapp 4,1 Mrd. Euro um 7,1 %  
 niedriger als im Jahr zuvor. Besonders betroffen war der  
 Wohnungsbau, der schon in den letzten Jahren kräftige Ein-  
 bußen hinnehmen musste. 2002 gingen die Umsätze in die-  
 sem Sektor um 14 % auf 445 Mill. Euro zurück. Der gewerb-  
 liche und industrielle Bau verzeichnete einen Rückgang um  
 12 % auf 2,05 Mrd. Euro. Nur der öffentliche und Verkehrs-  
 bau, der sich in den letzten Jahren als relativ stabil erwies, er-  
 höhte seinen Umsatz um 3 % auf 1,56 Mrd. Euro.

Trotz eines kleinen Lichtblicks im letzten Quartal 2002 gab es  
 bei den wertmäßigen *Auftragseingängen* im Jahr 2002 ei-  
 nen erheblichen Rückgang von 12 % auf 3,3 Mrd. Euro. Der  
 gewerbliche und industrielle Hochbau erlebte mit einer Ab-  
 nahme von 34 % auf 930 Mill. Euro den deutlichsten Ein-  
 bruch. Der seit Jahren gebeutelte Wohnungsbau verzeichne-  
 te ein Minus von 14 % auf 360 Mill. Euro. Dagegen konnten  
 der gewerbliche und industrielle Tiefbau sowie der öffentli-  
 che und Verkehrstiefbau Zuwachsraten von 9,5 und 10 %  
 ausweisen.

### Weniger Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2002 für  
 die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen  
 im *Wohn- und Nichtwohnbau* insgesamt 5,54 Mill. m<sup>2</sup>  
 Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Damit ging der zu er-  
 wartende Flächenbedarf um 667 000 m<sup>2</sup> oder knapp 11 %  
 gegenüber dem Vorjahr zurück. Bei den veranschlagten rei-  
 nen Baukosten ergab sich ein Wert von 5,51 Mrd. Euro. Sie  
 wurden von den Bauherren für alle neu zu errichtenden sowie  
 umzubauenden Wohn- und Nichtwohngebäude um  
 461 Mill. Euro geringer angesetzt als im Jahr 2001 (– 7,7 %).  
 Die Negativentwicklung, die Ausdruck der gegenwärtigen  
 Konjunkturschwäche ist, betraf sowohl den Wohn- als auch  
 den Nichtwohnbau.

Die hessischen Bauaufsichtsbehörden erteilten 2002 rund  
 8600 Genehmigungen für neue *Wohngebäude*, 6,5 % we-  
 niger als im Jahr davor. Damit sank das Genehmigungsvolu-  
 men auf ein Niveau ab, welches letztmalig Mitte der Achtzi-  
 gerjahre aufgetreten war. Im Bereich der Einfamilienhäuser  
 wurden Baugenehmigungen für rund 5800 neue Gebäude  
 erteilt. Die Zahl der Genehmigungen ging hier um 10,4 %  
 gegenüber 2001 zurück. Im Geschosswohnbau wurden  
 zwar nur knapp 40 Gebäude weniger zum Bau freigegeben  
 (– 3,4 %), die Zahl der Wohnungen in den Mehrfamilienhäu-  
 sern verringerte sich jedoch deutlich von 8470 auf 7200  
 (– 15 %). Stärker nachgefragt wurden lediglich Baugeneh-

Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup>  
 (Zeitliche Entwicklung 2002)

Zeitraum 2002	Beschäftigte		Baugewerblicher Umsatz		Auftrags- eingang	
	Anzahl	Ab- nahme in % <sup>2)</sup>	1000 Euro	Zu- bzw. Abn. (–) in % <sup>2)</sup>	Index (1995=100)	Zu- bzw. Abn. (–) in % <sup>2)</sup>
Januar	31 114	– 7,5	203 061	– 9,4	49,0	– 24,2
Februar	30 689	– 7,7	234 624	– 17,3	53,7	– 14,1
März	30 701	– 7,5	269 892	– 14,5	86,9	8,0
April	31 075	– 7,0	301 887	4,6	81,1	6,6
Mai	30 914	– 6,7	328 746	– 9,6	70,3	– 32,4
Juni	30 422	– 8,4	347 468	– 14,4	96,2	– 4,4
Juli	30 118	– 9,5	367 695	– 4,1	72,0	3,3
August	30 567	– 9,5	376 013	– 5,2	75,9	– 30,3
September	30 649	– 8,8	379 335	– 1,3	71,2	– 34,9
Oktober	30 719	– 7,9	414 761	2,1	71,6	11,6
November	30 631	– 6,1	420 270	– 6,7	63,8	– 11,5
Dezember	29 858	– 6,8	424 536	– 11,0	65,1	1,6
1. Vj. D	30 835	– 7,6	707 557	– 14,1	63,2	– 8,7
2. Vj. D	30 804	– 7,4	978 101	– 7,6	82,5	– 11,9
3. Vj. D	30 445	– 9,3	1 123 043	– 3,6	73,0	– 24,0
4. Vj. D	30 403	– 6,9	1 259 567	– 5,6	66,8	0,0
2002 D	30 621	– 7,8	4 068 268	– 7,1	71,4	– 12,3

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber  
 dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

migungen für Zweifamilienhäuser. Bei dieser Gebäudeart konnte ein Anstieg um 6,2 % auf 1824 Gebäude (mit 3650 Wohnungen) registriert werden. In der Summe reduzierte sich die Zahl der *neu zu errichtenden Wohnungen* um fast 1700 auf nur noch 16 640. Ferner wurden noch weitere 2880 Wohnungen im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sowie im Nichtwohnbau zum Bau freigegeben, sodass insgesamt Genehmigungen für rund 19 500 neue bzw. umzubauende Wohnungen erfasst wurden. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 10,5 % unterschritten.

Vom Rückgang der genehmigten Wohnungen (Wohn- und Nichtwohnbau) waren im letzten Jahr alle Regierungsbezirke betroffen. Im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt wurden 2002 nur noch 12 260 Wohnungen zum Bau freigegeben. Mit im Vergleich zum Vorjahr 14 % weniger genehmigten Wohnungen fiel die Abnahme hier besonders stark aus. Im Regierungsbezirk Kassel wurden 3960 Wohnungen genehmigt und im Regierungsbezirk Gießen waren es 3300. Die Rückgänge um 3,7 % bzw. 5,6 % fielen dort wesentlich moderater aus.

Im Jahr 2002 wurden im *Nichtwohnbau* rund 1840 Neubauvorhaben genehmigt. Das waren etwas mehr als ein Viertel Gebäude weniger als 2001. Das geplante Bauvolumen hatte einen Umfang von rund 14 Mill. m<sup>3</sup> umbauten Raum. Es reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 12 %. An genehmigter neuer Nutzfläche wurde 2002 mit 2,43 Mill. m<sup>2</sup> 9,7 % weniger erfasst als im Vergleichsjahr. Der beobachtete Rückgang beim umbauten Raum und bei den Nutzflächen im Neubausegment war, über einen Dreijahreszeitraum betrachtet, allerdings weniger dramatisch als die

Differenzwerte vermuten lassen. Denn in 2001, dem Bezugsjahr für das aktuelle Berichtsjahr 2002, waren außergewöhnlich hohe Werte erzielt worden. So wurde 2002 das Niveau des Jahres 2000 bei der Nutzfläche leicht um 190 000 m<sup>2</sup> (+ 8,4 %) und beim umbauten Raum sogar deutlich um 3,6 Mill. m<sup>3</sup> (+ 34 %) übertroffen.

Zu den genehmigten neuen Nutzflächen kamen im Jahr 2002 noch 260 000 m<sup>2</sup> Nutzfläche, die bei Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden genehmigt wurden, sodass die hessischen Bauaufsichtsbehörden insgesamt Nutzflächen von 2,69 Mill. m<sup>2</sup> zum Bau freigaben. Das Vorjahresergebnis wurde um 12 % unterschritten. Deutlich fiel der Rückgang bei den beiden Gebäudearten aus, die auch die größten Anteile an den Gesamtflächen hatten. Für Handels- und Lagergebäude genehmigten die Baubehörden 631 000 m<sup>2</sup> Nutzfläche. Das waren 183 000 m<sup>2</sup> bzw. 22,5 % weniger als im Vorjahr. Bei Büro- und Verwaltungsgebäuden wurde ein Bedarf an Nutzfläche von 906 000 m<sup>2</sup> angemeldet, was einer Verminderung um 74 000 m<sup>2</sup> oder 7,6 % gegenüber 2001 entsprach. Ebenfalls rückläufig war die Flächennachfrage bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (- 10,3 % bei genehmigten 252 000 m<sup>2</sup>). Für Fabrik- und Werkstattgebäude sowie für sonstige Nichtwohngebäude wie Schulen, Kindertagesstätten, Museen oder Kirchen wurde dagegen zusätzlicher Flächenbedarf angemeldet. Bei ersteren wurden 368 000 m<sup>2</sup> (+ 6,7 %), bei letzteren 258 000 m<sup>2</sup> (+13,2 %) zum Bau freigegeben.

Während in Hessen im Durchschnitt beinahe ein Zehntel weniger neue Nutzflächen im Nichtwohnbau genehmigt wurden, meldeten die Bauherren in Nordhessen einen Mehrbedarf von 15 % gegenüber 2001 an. Zusammen wurden im Regierungsbezirk Kassel 576 000 m<sup>2</sup> Nutzfläche zum Bau freigegeben. In den süd- und mittelhessischen Regionen verringerte sich die Flächennachfrage. Im Regierungsbezirk Darmstadt lagen die in den Bauämtern angefragten Flächen um 195 000 m<sup>2</sup> oder 11,1 % unter denen des Vorjahres. Eine 34%ige Abnahme um 144 000 m<sup>2</sup> verzeichneten die Bauaufsichtsbehörden im Regierungsbezirk Gießen.

Bei der Betrachtung der Baugenehmigungszahlen hinsichtlich konjunktureller Entwicklungen in der Bauwirtschaft ist zu beachten, dass Baugenehmigungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Baupreise, der Hypothekenzinsen, des Immobilienmarktes sowie staatlicher Förderprogramme nicht immer oder nicht unmittelbar zu Bauaufträgen oder Baumaßnahmen führen. Da nur der Hochbausektor Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik ist, fließen zudem keine Daten aus dem Teilbereich Tiefbau (Straßen-, Brücken-, Kanalbau u. Ä.) ein.

#### Einzelhandel weiterhin schwach

Gut ein Drittel der Ausgaben der Privathaushalte fließt in die Kassen des Einzelhandels. So geben die Informationen über die dort getätigten Umsätze einen wichtigen Hinweis auf die

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	2000	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
				2001	2002
				gegenüber	
				2000	2001
<b>Wohnbau<sup>1)</sup></b>					
Gebäude <sup>2)</sup>	10 959	9 217	8 620	- 15,9	- 6,5
darunter mit					
1 Wohnung	7 877	6 427	5 757	- 18,4	- 10,4
2 Wohnungen	1 938	1 717	1 824	- 11,4	6,2
3 oder mehr					
Wohnungen	1 144	1 073	1 036	- 6,2	- 3,4
Rauminhalt (1000 m <sup>3</sup> )	12 248	11 107	9 616	- 9,3	- 13,4
Wohnungen	19 980	18 327	16 642	- 8,3	- 9,2
Wohnfläche (1000 m <sup>2</sup> )	2 260	2 033	1 816	- 10,0	- 10,7
<b>Nichtwohnbau<sup>1)</sup></b>					
Gebäude	2 942	2 486	1 840	- 15,5	- 26,0
Rauminhalt (1000 m <sup>3</sup> )	10 500	15 999	14 101	52,4	- 11,9
Nutzfläche (1000 m <sup>2</sup> )	2 237	2 687	2 426	20,1	- 9,7
<b>Wohnungen insgesamt<sup>3)</sup></b>	23 618	21 807	19 520	- 7,7	- 10,5

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).



gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 2002 gingen die *Umsätze* der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr nominal um annähernd 3 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen bedeutete dies real einen Rückgang um etwas über 3 %. Damit hat sich der reale Abschwung des letzten Jahres noch verstärkt. Im Bereich des Kfz-Handels, der Kfz-Reparatur und den Tankstellen war das Bild noch stärker eingetrübt. Dort gingen die Umsätze nominal um etwas über 2 % zurück; real war dies ein Minus von annähernd 4 %.

Am günstigsten war die Entwicklung weiterhin beim Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen, medizinischen und ähnlichen Artikeln. Er weitete seinen Umsatz 2002 nominal um gut 2 und real um etwas über 3 % aus. Die größte Branche, der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen, war im Minus. Ihr Umsatz sank nominal um etwas über 1 %; real war dies ein Rückgang von gut 2 %. Der Facheinzelhandel ohne Nahrungsmittel, der zu etwas über einem Drittel zum gesamten Einzelhandelsumsatz beiträgt, büßte im Jahresvergleich nominal 7 und real sogar 8 % seines Umsatzes ein. Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, mit einem Umsatzanteil von etwa 3 % allerdings von geringerem Gewicht, konnte ein klares Plus verzeichnen. Nominal betrug die Zuwachsrate etwas über 5 %, real waren es annähernd 3 %. Der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, musste einen nominalen Umsatzrückgang hinnehmen (– 2 %), real blieb der Umsatz fast auf dem Niveau des Vorjahres. Diese Branche trägt zu etwa einem Achtel zum Gesamtumsatz bei.

Die schlechte Lage führte zu einer weiteren Verminderung der Gesamtzahl der *Beschäftigten*. Sie ging im Durchschnitt des Jahres 2002 um etwas über 2 % zurück, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten verglichen mit 2001 nur leicht abnahm, während diejenige der Vollbeschäftigten um annähernd 4 % zurückging.

### Zahl der Übernachtungsgäste rückläufig

Im Jahr 2002 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) von 9,6 Mill. *Gästen* aufgesucht, die 24,6 Mill. *Übernachtungen* buchten. Gegenüber dem Vorjahr waren das fast 2 % weniger Gäste und knapp 4 % weniger Übernachtungen. Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 2 % zurückging und die Zahl ihrer Übernachtungen sogar um etwas über 4 % sank, gab es bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz ein schwächeres Minus: Hier verminderte sich die Zahl der Ankünfte um lediglich knapp 1 % und die Zahl der Übernachtungen um etwas über 2 %. Gäste aus Asien übernachteten wieder mehr in Hessen, während weniger Gäste aus Europa und Amerika hessische Beherbergungsstätten

nutzten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb mit 2,6 Tagen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten 2002 unterdurchschnittlich ab. Dort ging die Zahl der Gäste um 2 % zurück, während diejenige der Übernachtungen um etwas über 4 % sank. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den *Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat*: In den Mineral- und Moorbädern kam es zu einer Abnahme der Ankünfte um 4,5 % und der Übernachtungen um knapp 4 %. Die heilklimatischen Kurorte hatten dagegen 4,5 % mehr Gäste und etwas über 2 % mehr Übernachtungen. Bei den Kneippkurorten wiederum waren es etwas über 4 % weniger Gäste und gut 7 % weniger Übernachtungen. Bei den Luftkurorten ging die Zahl der Gäste um 4,5 % und die ihrer Übernachtungen sogar um knapp 8 % zurück. Die Erholungsorte verbuchten bei den Gästen ein Minus von fast 1 %, die Zahl der Übernachtungen verringerte sich in dieser Gemeindegruppe um 4 %.

Unter den einzelnen *Betriebsarten* konnte keine Gruppe ihr Vorjahresergebnis halten oder gar verbessern. Die Hotels hatten 2 % weniger Gäste und annähernd 4 % weniger Übernachtungen, bei den Gasthöfen waren es annähernd 7 % weniger Gäste und knapp 8 % weniger Übernachtungen, bei den Pensionen etwas über 1 % weniger Gäste und knapp 6 % weniger Übernachtungen. Ähnlich verlief es bei den Hotels garnis (2 % weniger Gäste und 6 % weniger Übernachtungen). Von den übrigen Betriebsarten büßten die Ferienzentren annähernd 5 % ihrer Gäste und annähernd 7 % an Übernachtungen ein. Auch die Vorsorge- und Reha-Kliniken konnten sich nicht behaupten. Sie verbuchten zwar 0,2 % mehr Ankünfte, hatten aber knapp 3 % weniger Übernachtungen.

Im vergangenen Jahr fanden außerdem noch 308 000 Gäste auf Campingplätzen vorübergehend Unterkunft, und zwar für 976 000 Übernachtungen. Hier nahm die Zahl der Gäste im Vergleichszeitraum um annähernd 2 % ab, bei den Übernachtungen gab es ein Minus von etwas über 1 %.

### Gastgewerbe rückläufig

Im Jahr 2002 waren die *Umsätze* im hessischen Gastgewerbe über 5 % niedriger als im Vorjahr. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, betrug das Minus sogar etwas über 8 %. Zu diesem Ergebnis trugen das Gaststättengewerbe und das Beherbergungsgewerbe in nahezu gleichem Umfang bei: Sie hatten nominal annähernd 6 und real sogar 9 % weniger in ihren Kassen. Dagegen schnitten die Kantinen und Catering-Unternehmen im Jahresvergleich mit einem nominalen Umsatzminus von etwas über 3 % und einem realen von 6 % etwas günstiger ab.

Entsprechend der Umsatzentwicklung ging die Zahl der *Beschäftigten* im Vergleichszeitraum um fast 6 % zurück, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um etwas über 4 % ab-



nahm, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sich um 8 % verringerte.

### Weniger Güter auf dem Wasser, mehr in der Luft

In der *Binnenschifffahrt* hat 2002 die umgeschlagene Gütermenge abgenommen. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden in diesem Zeitraum insgesamt 13,7 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, 8,5 % weniger als im Jahr 2001. Dabei blieb das Volumen des Versands von Gütern mit 2,6 Mill. t nahezu unverändert, während das Volumen des Empfangs um etwas über 10 % auf 11,2 Mill. t sank. Unter den wichtigsten Massengütern ging der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (Steinkohle und -briketts) um etwas über 9 % auf 1,9 Mill. t zurück. Der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen verringerte sich um etwas über 13 % auf 4,2 Mill. t, derjenige von Steinen und Erden (Sand, Kies, Bims und Ton) um etwas über 15 % auf 4 Mill. t.

Bei der *Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln* (Busse, Straßen- und U-Bahnen, ohne den Regionalverkehr, der von der DB AG bereitgestellt wird — wie zum Beispiel S-Bahnen) war die Lage uneinheitlich. Im Jahr 2002 wurden mit 453 Mill. Personen fast 4 % weniger Fahrgäste befördert als im Jahr 2001. Die dabei zurückgelegten Wagenkilometer summierten sich auf 295 Mill., das waren annähernd 2 % mehr als im Vorjahr. Die Einnahmen konnten dagegen im Jahresvergleich um gut 6 % auf 533 Mill. Euro gesteigert werden.

Der *Luftverkehr* auf dem international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) erlebte im Passagierverkehr im Gefolge der Ereignisse vom September 2001 eine Unterbrechung der bisherigen Aufwärtsentwicklung. Im Jahr 2002 erfolgten im zivilen Verkehr 458 000 Starts und Landungen, 0,4 % mehr als im Jahr 2001. Die Zahl der Fluggäste ging um 0,2 % zurück und konnte mit 48,5 Mill. die 50-Millionen-Marke immer noch nicht überschreiten. Während der Interkontinentalverkehr seine Verluste weitgehend ausgleichen konnte, kam es im Europaverkehr zu einem Rückgang. Vor allem aber der Inlandverkehr büßte im Jahresvergleich wegen der Nachfrageschwäche im Geschäftsreiseverkehr und der Konkurrenz durch den ICE deutlich an Passagieren ein. So verlor Frankfurt seine Spitzenstellung im Passagieraufkommen auf dem Europäischen Kontinent; an erster Stelle stand 2002 der Pariser Flughafen Charles de Gaulle. Im Luftfrachtverkehr — hier blieb Frankfurt Nummer 1 in Europa und gehört zu den weltweit wichtigsten Umschlagplätzen — hat sich trotz der Konjunkturschwäche in Europa wieder ein Zuwachs eingestellt. Ausschlaggebend war hierfür der Fernostverkehr, der bei einer Zunahme von etwas über 11 % seinen Anteil am gesamten Frankfurter Frachtaufkommen auf über 40 % steigern konnte. Das Luftfrachtaufkommen stieg insgesamt um etwas über 1 % auf 1,5 Mill. t. Dagegen gab es bei der beför-

derten Luftpost im Gegensatz zum Vorjahr ein leichtes Minus: Sie verminderte sich um 0,1 % auf 141 000 t.

### Zulassungen von Krafträdern weiterhin im Aufwind

Zum Jahresanfang 2003 — die früher an dieser Stelle genannten Bestände zum 1. Juli werden vom Kraftfahrt-Bundesamt nicht mehr ermittelt — waren in Hessen 289 000 Krafträder (einschl. dreirädriger Kfz) zugelassen. Verglichen mit dem Stand am 1. Januar 2002 waren dies annähernd 3 % mehr. Wesentlich schwächer hat im gleichen Zeitraum die Zahl der Personenkraftwagen zugenommen, nämlich lediglich um knapp 1 % auf 3,5 Mill.

Am 1. Januar 2003 gab es in Hessen insgesamt 4,2 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, knapp 1 % mehr als ein Jahr zuvor. Da die Zunahme etwas höher ausfiel als in der Bundesrepublik insgesamt, nimmt Hessen weiterhin einen Spitzenplatz bei der Fahrzeugdichte unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland ein.

### Weniger Verkehrstote

Im Jahr 2002 ereigneten sich 26 700 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, etwas über 1 % weniger als im Jahr 2001. Dabei sank die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, um 18 Personen oder 3,5 % auf 501. Bei den Schwerverletzten betrug der Rückgang etwas über 2 % auf nunmehr 6300; bei der Zahl der Leichtverletzten gab es im Jahresvergleich ebenfalls eine Abnahme, und zwar um etwas über 1 % auf 29 600. Die seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende günstige Entwicklung hat sich damit — nach der Unterbrechung im Jahr 2001 — weiter fortgesetzt und führte zur bisher niedrigsten Zahl von Verkehrstoten seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950.

### Landwirtschaft und Flächennutzung 2002

Im Rahmen der *Integrierten Erhebung* 2002 wurden in Hessen 25 390 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 750 850 ha bewirtschafteten. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug damit knapp 30 ha.

Bedingt durch die Rekordgetreideernte des Jahres 2001 fiel die *Getreideernte* des Jahres 2002 um gut 9 % geringer aus als die des Vorjahres. Auch unterschritt sie den Durchschnitt der Jahre 1996—2001 um rund 5 %. Dies war vor allem auf den für Getreide ungünstigen Witterungsverlauf zurückzuführen. Gleichzeitig bewirkte jedoch der Witterungsverlauf deutliche Ertragssteigerungen bei Zuckerrüben und Reben. Nach den Meldungen der amtlichen Berichtersteller wurde in Hessen die Aussaatfläche von Roggen im Herbst 2002 um 25 % auf nunmehr 13 000 ha eingeschränkt. Damit reagierten die landwirtschaftlichen Betriebe auf die Pläne der Agrarpolitik zur Einschränkung der Roggenintervention sowie die unbefriedigende Marktlage dieser Getreideart.

# Betriebe mit Verkaufsanbau von Baumobstarten 2002

Baumobstfläche von ... ha	Insgesamt			davon					
				Äpfel		Birnen		sonstiger Anbau	
	Betriebe	Fläche (ha)	Bäume	Fläche (ha)	Bäume	Fläche (ha)	Bäume	Fläche (ha)	Bäume
0,3 bis unter 0,5	144	53	25 021	25	17 627	1	506	26	6 888
0,5 bis unter 1	89	61	33 986	27	21 124	3	1 709	32	11 153
1 bis unter 2	64	90	73 780	49	58 050	4	2 637	36	13 093
2 bis unter 3	22	53	50 336	25	37 131	1	1 274	26	11 931
3 bis unter 5	21	80	109 415	52	91 217	6	5 874	22	12 324
5 bis unter 10	19	138	247 537	98	213 118	11	15 071	28	19 348
10 oder mehr	5	71	115 458	41	93 424	6	7 863	24	14 171
<b>Insgesamt</b>	<b>364</b>	<b>546</b>	<b>655 533</b>	<b>317</b>	<b>531 691</b>	<b>31</b>	<b>34 934</b>	<b>198</b>	<b>88 908</b>

In der *Viehhaltung* konnte 2002 im Vergleich zu 2001 eine unterschiedliche Entwicklung der Betriebe mit Viehhaltung auf der einen Seite und der Viehbestände auf der anderen Seite ermittelt werden. In der Schweinehaltung konnte erstmals seit Durchführung der Erhebung der Viehbestände zum Stichtag 3. Mai ein Anstieg der Bestandszahlen um knapp 3 % festgestellt werden, die Zahl der Betriebe mit Schweinehaltung nahm allerdings um gut 4 % ab. In anderen Bereichen der Tierhaltung war sowohl ein Rückgang der Betriebe als auch der Tierbestände zu beobachten.

Nach den Ergebnissen der im fünfjährigen Turnus durchgeführten *Baumobstanbauerhebung* wurden in Hessen 364 obstanbauende Betriebe mit Verkaufsanbau gezählt, die insgesamt knapp 550 ha Baumobstfläche bewirtschaft-

teten. Dabei waren von insgesamt 656 000 Obstbäumen allein 532 000 bzw. 81 % aller ermittelten Baumobstarten Apfelbäume. Die weiteren Baumobstarten teilten sich in knapp 6 % Süßkirschen, gut 5 % Birnen sowie rund 4 % Sauerkirschen auf. Die restlichen knapp 4 % der Bäume waren Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen und Renekloden, Aprikosen sowie Walnüsse. Die bedeutendsten Apfelsorten im Verkaufsanbau waren Elstar, Jonagold und Boskoop. Regionaler Schwerpunkt des hessischen Anbaus zum Verkauf von Baumobst ist der Main-Taunus-Kreis, in dem allein knapp 37 % aller hessischen Bäume gezählt wurden, gefolgt von der Landeshauptstadt Wiesbaden (14 %) und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg (11 %).

Die zukünftige *Flächennutzung* Hessens sieht knapp 8 % der 2,1 Mill. ha Landesfläche als Bauflächen und 3,6 % zur Nutzung für den überörtlichen Verkehr vor. Grundlage dieser Daten waren die Flächennutzungspläne der Gemeinden und Städte. Von den insgesamt 166 600 ha Bauflächen wurde über die Hälfte als Wohnbauflächen und ein gutes Viertel als gemischte Baufläche ausgewiesen. Die verbleibende Fläche setzte sich aus gewerblichen Bauflächen und Sonderbauflächen zusammen. Gegenüber der letzten Auswertung im Jahr 1997 ergab sich damit eine Zunahme der gesamten Bauflächen um 3,6 % oder rund 5800 ha. Für den überörtlichen Verkehr sind 75 600 ha der Landesfläche verplant, von

## Anbau und Erträge ausgewählter Kulturarten

Hauptnutzungs- und Kulturarten	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) in %
Fläche in ha			
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) <sup>1)</sup>	766 310	750 855	- 2,0
darunter			
Dauergrünland	274 277	266 058	- 3,0
Ackerland	486 000	479 102	- 1,4
darunter			
Getreide <sup>2)</sup>	320 218	314 403	- 1,8
dar. Winterweizen <sup>3)</sup>	143 547	147 002	2,4
Kartoffeln	4 712	4 717	0,1
Zuckerrüben	18 415	18 811	2,2
Winterraps	50 354	52 722	4,7
Gemüse und Erdbeeren	7 269	7 231	- 0,5
Rebflächen	3 550	3 488	- 1,7
Hektarertrag (in dt/ha)			
Getreide	69,3	62,8	- 9,4
dar. Winterweizen <sup>3)</sup>	81,0	71,1	-12,2
Kartoffeln	366,3	324,4	-11,4
Zuckerrüben	543,9	589,5	8,4
Winterraps	34,8	32,5	- 6,6
Hektarertrag (in hl/ha)			
Weißmost	66,8	94,6	41,6
Rotmost	72,0	104,7	45,4

1) Teilw. repr. Erhebung. — 2) Einschl. Körnermais und Corn-Cob-Mix. — 3) Einschl. Dinkel.

## Viehbestände in den landwirtschaftlichen Betrieben

Art der Angabe	2001	2002 <sup>1)</sup>	Zu- bzw. Abnahme (-) in %
Betriebe mit Rinderhaltung	13 394	12 414	- 7,3
dar. Betriebe mit Milchkühen	6 310	5 831	- 7,6
Rinder	542 556	511 238	- 5,8
dar. Milchkühe	168 465	160 560	- 4,7
Betriebe mit Schweinehaltung	12 397	11 884	- 4,1
dar. Betriebe mit Zuchtsauen	3 199	3 146	- 1,7
Schweine	827 002	851 386	2,9
dar. Zuchtsauen	77 274	76 121	- 1,5
Betriebe mit Schafhaltung	2 117	2 020	- 4,6
Schafe	181 194	177 971	- 1,8

1) Repräsentativerhebung; Stichtag jeweils 3. Mai.



denen wiederum knapp 88 % bzw. 66 400 ha als Flächen für den Straßenverkehr und 10 % bzw. 7600 ha als Flächen für den Bahnverkehr vorgesehen sind. Die verbleibenden 1600 ha Verkehrsfläche dienen dem Luftverkehr. 43 % oder 910 000 ha der Landesfläche sollen auch weiterhin für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Allerdings erfolgen die Flächenzuwächse bei den Siedlungsaktivitäten zu Lasten der Landwirtschaftsfläche, die gegenüber 1997 um 10 400 ha abnahm. Indessen soll nach dem Willen der kommunalen Planungsträger die Waldfläche um 2300 ha auf zukünftig 851 600 ha steigen. Das sind — wie zur letzten Erhebung 1997 — gut 40 % der Landesfläche.

## Bevölkerung

### Leichte Bevölkerungszunahme

Die *Bevölkerung* Hessens ist im Jahr 2002 etwas stärker gestiegen als im Jahr zuvor. Darauf lassen die bei Redaktionsschluss vorliegenden Daten der ersten 11 Monate schließen. Aus der Entwicklung bis November wurde hier auf das ganze Jahr hochgerechnet und eine Bevölkerungszunahme von knapp 15 000 auf rund 6,093 Mill. Einwohner geschätzt. Das im Vergleich zu 2001 höhere Bevölkerungswachstum beruhte auf wieder höheren Wanderungsüberschüssen, während der Saldo aus Geborenen und Gestorbenen mit einem gestiegenen Geburtendefizit zu Buche schlug.

Die Bilanz der *Wanderungen* über die hessische Landesgrenze wies 2002 einen Überschuss von 19 600 Personen aus, 6800 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Zugezogenen nahm um knapp 5 % ab, gleichzeitig verminderte sich die

Zahl der Fortgezogenen um gut 9 %, sodass trotz rückläufiger Zuwanderung der Wanderungsgewinn bei 167 200 Zu- und 147 600 Fortzügen zunahm. Maßgeblich für den kräftigen Rückgang der Fortzüge war eine starke Abnahme der Abwanderung ins Ausland um über 16 %, während sich der Abstrom aus Hessen ins Bundesgebiet nur um knapp 3 % verminderte. Gleichzeitig sank die Zahl der aus dem Ausland nach Hessen Zugezogenen mit rund 6 % etwas stärker, als die Zahl der aus dem übrigen Bundesgebiet (3,6 %) eingereisten Personen.

Im Ergebnis kamen aus den anderen Bundesländern per saldo 9100, aus dem Ausland 10 500 Personen nach Hessen. Der Saldo gegenüber dem Bundesgebiet beinhaltet allerdings auch Spätaussiedler, die vom Ausland kommend zunächst in der Aufnahmestelle im niedersächsischen Friedland melderechtlich registriert und bei der Einreise nach Hessen als Zugezogene aus diesem Bundesland gezählt werden. Der Saldo Hessens müsste deshalb gegenüber dem Bundesgebiet um etwa 5400 Personen vermindert, und derjenige gegenüber dem Ausland um die entsprechende Zahl erhöht werden. Unmittelbar aus dem Ausland kamen im vergangenen Jahr 72 800 Menschen nach Hessen, während gleichzeitig 62 300 Personen ins Ausland zogen. Im Saldo ergab sich für Hessen gegenüber den Ländern Polen, Türkei, Russische Föderation sowie der Ukraine größere Zuwanderungsüberschüsse. Die größten Wanderungsverluste resultierten aus den Wanderungsverflechtungen mit Jugoslawien und Italien.

Der positive Saldo gegenüber den anderen Bundesländern fiel 2002 bei 94 400 Zuzügen und 85 300 Fortzügen leicht auf 9100. Dabei dürften per saldo aus den neuen Bundesländern 8900 Menschen und 200 Personen aus den alten Bundesländern nach Hessen gekommen sein. Der Wanderaustausch Hessens mit den alten Bundesländern war gegenüber Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland positiv, während gegenüber Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hohe Wanderungsverluste bestanden.

Die Bilanz der *Geborenen* und *Gestorbenen* schlug mit einem Geburtendefizit von 4700 weniger Geborenen als Gestorbenen zu Buche. Die Zahl der lebend Geborenen war in den ersten 11 Monaten 2002 um 2 % niedriger als im Vorjahr, gleichzeitig wurde die Zahl der Gestorbenen um knapp 1 % überschritten. Für das gesamte Jahr 2002 ist daher mit einem Rückgang der Geburten auf 55 100, und einem Anstieg der Sterbefälle auf 59 800 zu rechnen.

### Trend zu kleinen Haushalten abgeschwächt

Im April 2002 gab es in Hessen 2,84 Mill. Privathaushalte, in denen 6,1 Mill. Personen lebten. 36 % dieser Haushalte bestanden aus einer Person, 35 % aus zwei Personen, 14 % aus drei, 12 % aus vier und 4 % aus fünf oder mehr Personen.

Bevölkerungsbilanz 2001 und 2002

Art der Angabe	Bevölkerung		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	2001	2002 (geschätzt)	
Bevölkerung am Jahresanfang	6 068 129	6 077 826	0,2
Lebend Geborene	56 228	55 100	- 2,0
Gestorbene	59 370	59 800	0,7
Gestorbenenüberschuss (-)	- 3 142	- 4 700	X
Zugezogene über die Landesgrenzen	175 180	167 200	- 4,6
davon aus (dem)			
anderen Bundesländern	97 880	94 400	- 3,6
Ausland	77 300	72 800	- 5,8
Fortgezogene über die Landesgrenzen	162 341	147 600	- 9,1
davon in (das)			
andere Bundesländer	87 828	85 300	- 2,9
Ausland	74 513	62 300	- 16,4
Wanderungsgewinn	12 839	19 600	X
davon gegenüber (dem)			
anderen Bundesländern	10 052	9 100	X
Ausland	2 787	10 500	X
Bevölkerung am Jahresende	6 077 826	6 092 700	0,2
Bevölkerungszunahme	9 697	14 874	X



## Privathaushalte im April 2002 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2002 geg. 2001	Personen in Privathaushalten	
	1000	%		1000	%
<b>Haushalte insgesamt</b>	<b>2 840</b>	<b>100</b>	<b>0,4</b>	<b>6 116</b>	<b>100</b>
davon					
Einpersonenhaushalte	1 012	35,6	0,6	1 012	16,5
Mehrpersonenhaushalte	1 828	64,4	0,2	5 104	83,5
davon mit					
2 Personen	980	34,5	0,2	1 960	32,0
3 Personen	406	14,3	0,5	1 218	19,9
4 Personen	329	11,6	1,2	1 316	21,5
5 oder mehr Personen	114	4,0	- 2,6	610	10,0

Gegenüber 2001 stieg die Zahl der Haushalte nur geringfügig (+ 0,4 %). Die Einpersonenhaushalte nahmen ein wenig stärker zu als die Mehrpersonenhaushalte. Die Zahl der Haushalte mit fünf oder mehr Personen ging weiter zurück, und zwar um fast 3 %.

## Mehrpersonenhaushalte mit oder ohne Kinder(n) unter 18 Jahren im April 2002

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2002 geg. 2001
	1000	%	
<b>Mehrpersonenhaushalte insgesamt</b>	<b>1 828</b>	<b>100</b>	<b>0,2</b>
davon			
ohne Kinder unter 18 Jahren	1 153	63,1	0,3
mit Kindern unter 18 Jahren	675	36,9	0,1
davon mit			
1 Kind	336	49,7	- 1,2
2 Kindern	262	38,8	2,3
3 Kindern	60	8,9	—
4 oder mehr Kindern	17	2,5	- 5,6

Die Anteile der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren haben sich im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr nicht signifikant verändert. Nur die Zahl der Haushalte mit vier oder mehr Kindern unter 18 Jahren nahm mit - 6 % weiter deutlich ab.

## Heinz-Kurt Rempel in den Ruhestand getreten



Der Leiter des Referats „Sozialleistungen, Wirtschaftsrechnungen, Zensus“ und stellvertretende Leiter der Abteilung II des Hessischen Statistischen Landesamtes, Herr Heinz-Kurt Rempel, ist mit Wirkung vom 1. April 2003 in den Ruhestand getreten. Vor fast 35 Jahren, und zwar am 1. Mai 1968, begann Herr Rempel seinen Dienst im Hessischen Statistischen Landesamt, wo er zunächst als Arbeitsgruppenleiter, Sachbearbeiter und Hauptsachbearbeiter bei verschiedenen Statistiken der Abteilung II eingesetzt war. Im Juli 1973 wurde Herr Rempel Sachgebietsleiter, wobei insbesondere die Vorbereitung und Kalkulation neuer Erhebungen zu seinen Aufgabengebieten gehörte.

Im Januar 1980 wurde Herrn Rempel die Leitung des Referats „Sozialleistungen, Wirtschaftsrechnungen, Zensus“ übertragen. Ab 1986 leitete er die Vorbereitung, Durchführung, Auswertung und Veröffentlichung der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987. In den vergangenen Jahren trat Herr Rempel auch besonders als Autor von Aufsätzen und Kurzberichten für die Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ hervor. Von 1980 bis 2002 verfasste er insgesamt 180 Beiträge zu vielen Bereichen der amtlichen Statistik.

Den scheidenden Referatsleiter und stellvertretenden Abteilungsleiter begleiten der Dank für die geleistete Arbeit und die besten Wünsche für Gesundheit, Glück und Zufriedenheit im Ruhestand.

## Struktur und Entwicklung der Rentnerhaushalte

*In den letzten 50 Jahren hat die Lebenserwartung eines Neugeborenen um rund 10 Jahre zugenommen. Auch in den kommenden Jahrzehnten wird die Lebenserwartung in Deutschland weiter steigen, wobei bis zum Jahr 2035 ein Anstieg von rund drei Jahren erwartet wird. Gleichzeitig ging in den letzten 35 Jahren die Zahl der lebend Geborenen in Hessen von fast 90 000 auf rund 55 000 jährlich zurück, also um zwei Fünftel. Beide Entwicklungen hatten zur Folge, dass der Anteil der Senioren (60-Jährige und Ältere) deutlich gestiegen ist. Immer mehr ältere Menschen stehen immer weniger Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Während Mitte der Sechzigerjahre zwei Drittel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren und erst jeder Achte im Rentenalter (65 Jahre oder mehr) waren, hat sich der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Großen und Ganzen kaum verändert, aber jetzt steht bereits jeder Sechste im Rentenalter.*

### Immer mehr Menschen leben überwiegend von Rente

Im Jahre 1961 lebten 15 % der hessischen Einwohner überwiegend von Rente oder Pension, wobei der Anteil bei den Frauen mit 17 % deutlich höher war als bei den Männern mit 13 %. In den darauf folgenden Jahrzehnten bestritten immer mehr Menschen ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Rente oder Pension, wobei der Anstieg bei den Männern stärker ausfiel als bei den Frauen. Besonders in den Neunzigerjahren nahm das Renteneintrittsalter bei den Männern deutlich ab. Im Jahr 2002 waren bei gut jedem fünften Hessen Rente und Pension die Hauptunterhaltsquelle, wobei der Anteil bei den Frauen mit 23 % nur noch um 2 Prozentpunkte höher war als bei den Männern.

Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente und Pension in Hessen 1961 bis 2002

Jahr	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1000	% <sup>1)</sup>	1000	% <sup>1)</sup>	1000	% <sup>1)</sup>
1961	738	15,3	302	13,3	436	17,2
1970	860	16,0	360	13,9	500	17,9
1982	963	17,2	415	15,4	548	18,8
1992	1 079	18,4	465	16,2	614	20,5
2002	1 319	21,7	618	20,7	700	22,6

1) Bezogen auf die jeweilige Gesamtbevölkerung.

### Drei Fünftel der Rentnerhaushalte mit einem Einkommen von 1300 Euro oder mehr

Zu den Rentnerhaushalten zählen alle Haushalte, deren Bezugsperson ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Rente oder Pension bestreitet. Weitere Einkommensquellen, wie zum Beispiel aus Vermietung, können noch vorhanden sein. Aus aufbereitungstechnischen Gründen ist die Bezugsperson bei Ehepaaren grundsätzlich der Mann.

Im Jahr 2002 gab es in Hessen 1,06 Mill. Rentnerhaushalte, das waren 180 000 oder gut ein Fünftel mehr als vor zehn Jahren. 18 % der Rentnerhaushalte — hier handelt es sich fast ausschließlich um Einpersonenhaushalte — mussten

2002 mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro auskommen. 22 % der Haushalte hatten ein Einkommen von 900 bis unter 1300 Euro — auch hier dominierten die Haushalte von Alleinstehenden — und 10 % von 1300 bis unter 1500 Euro. Bei 18 % der Rentnerhaushalte lag das monatliche Nettoeinkommen zwischen 1500 und 2000 Euro, bei 15 % zwischen 2000 und 2600 Euro und bei 8 % zwischen 2600 und 3200 Euro. In diesen Einkommensgruppen waren die Rentnerehepaare weitaus stärker als die allein stehenden Rentner vertreten. Über ein Einkommen von 3200 Euro oder mehr konnten immerhin 9 % aller Rentnerhaushalte — zum weitaus größten Teil Haushalte von Rentnerehepaaren — verfügen.

Von den allein stehenden Rentnerhaushalten mussten jeweils drei Zehntel mit weniger als 900 Euro oder mit 900 bis unter 1300 Euro monatlich auskommen. Jedem dritten Rentner-Einpersonenhaushalt stand allerdings bereits ein monatliches Budget von 1300 bis unter 2600 Euro zur Verfügung. 7 % der allein stehenden Rentner hatten sogar ein Einkommen von 2600 Euro oder mehr.

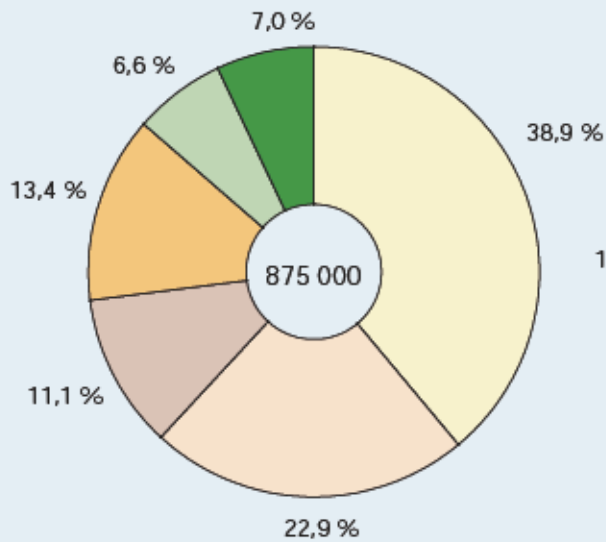
Haushalte von Rentnerehepaaren, bei denen in der Regel zwei Renten oder eine Rente und eine andere Einkommensquelle vorhanden ist, lagen erwartungsgemäß mehr im mittleren Einkommensbereich. So hatte nur knapp ein Fünftel weniger als 1300 Euro monatliches Nettoeinkommen, aber gut die Hälfte zwischen 1300 und 2600 Euro zur Verfügung. Fast drei Zehntel konnten über 2600 Euro oder mehr verfügen.

Die Einkommensstruktur der weiblichen Einperson-Rentnerhaushalte entsprach im Großen und Ganzen der aller allein stehenden Rentnerhaushalte, da gut drei Viertel der allein stehenden Rentner Frauen waren.

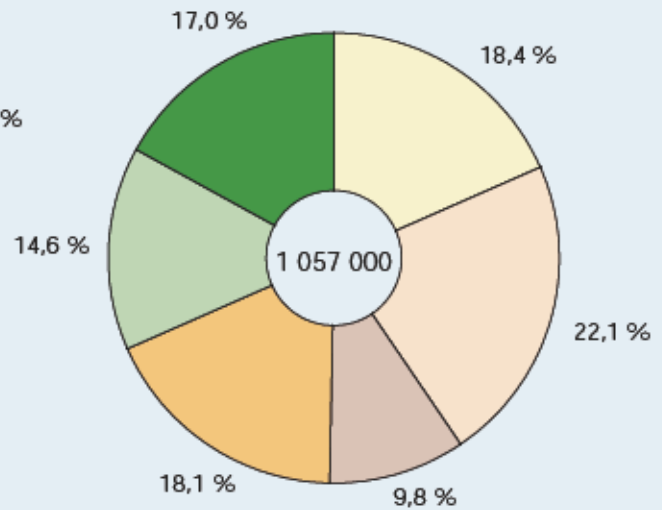
Ein Vergleich der Einkommensstruktur der Rentnerhaushalte des Jahres 2002 mit derjenigen des Jahres 1992 zeigt, dass die Rentner an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilgenommen haben. 1992 verfügten gut drei Fünftel aller Rentnerhaushalte nur über ein monatliches Nettoeinkom-

## Rentnerhaushalte in Hessen 1992 und 2002 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

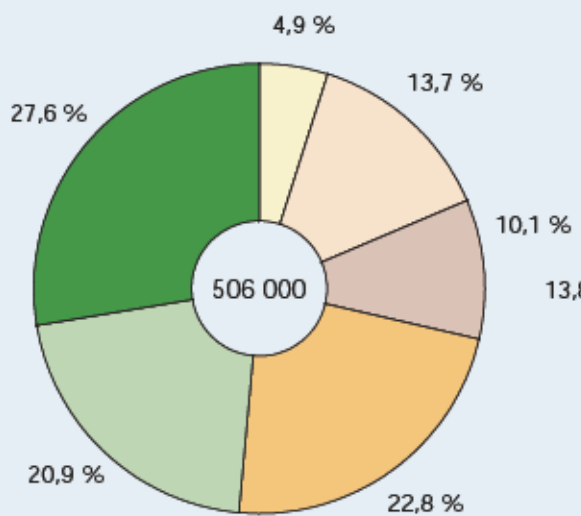
Rentnerhaushalte 1992



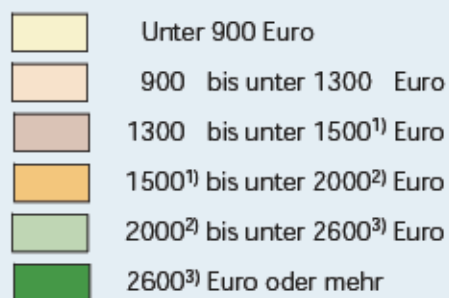
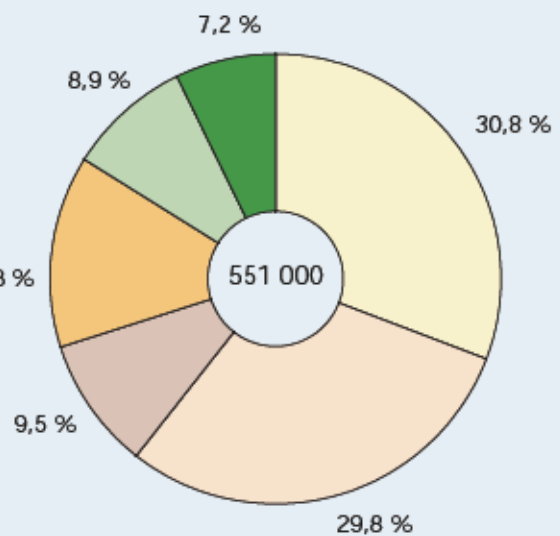
Rentnerhaushalte 2002



Rentnerehepaare 2002



Allein stehende Rentnerhaushalte 2002



1) Für 1992: 1550 Euro.  
 2) Für 1992: 2050 Euro.  
 3) Für 1992: 2550 Euro.



# Rentnerhaushalte 1992 und 2002 in Hessen nach Haushaltseinkommen und Familienstand

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Euro <sup>1)</sup>	1992			Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Euro <sup>1)</sup>	2002		
	insgesamt	verheiratet <sup>2)</sup>	allein stehend <sup>3)</sup>		insgesamt	verheiratet <sup>2)</sup>	allein stehend <sup>3)</sup>
	%				%		
Unter 900	38,9	13,3	56,3	Unter 900	18,4	4,9	30,8
900 bis unter 1300	22,9	23,6	22,4	900 bis unter 1300	22,1	13,7	29,8
1300 bis unter 1550	11,1	15,8	8,0	1300 bis unter 1500	9,8	10,1	9,5
1550 bis unter 2050	13,4	21,9	7,6	1500 bis unter 2000	18,1	22,8	13,8
2050 bis unter 2550	6,6	11,7	3,2	2000 bis unter 2600	14,6	20,9	8,9
2550 bis unter 3050	3,4	6,6	(1,3)	2600 bis unter 3200	7,7	12,4	3,3
3050 bis unter 3850	1,9	3,8	.	3200 bis unter 4500	6,2	10,1	2,5
3850 oder mehr	1,7	3,3	.	4500 oder mehr	3,1	5,1	(1,4)
Insgesamt	100	100	100	Insgesamt	100	100	100

1) Aus allen Einkommensquellen. — 2) Und zusammen lebend. — 3) Ledig, verheiratet getrennt lebend, verwitwet, geschieden.

men von weniger als 1300 Euro, wobei dieser Anteil bei den Alleinstehenden fast vier Fünftel und bei den Verheirateten 37 % betrug. Zehn Jahre später mussten nur noch zwei Fünftel aller Rentnerhaushalte mit weniger als 1300 Euro monatlich auskommen. Demgegenüber nahm der Anteil der Rentnerhaushalte im mittleren Einkommensbereich (1300 bis unter 2600 Euro) sowie im oberen Bereich (2600 Euro oder mehr) um jeweils rund 10 Prozentpunkte zu. Während in den mittleren Einkommensbereich vor allem viele Haushalte von allein stehenden Rentnern hineinwuchsen, war dies im oberen Einkommensbereich bei den Haushalten von Rentnerhepaaren der Fall.

Aus den — im Rahmen der Befragung — von den Haushalten erhaltenen Angaben nach Einkommensgruppen kann man ein durchschnittliches Nettoeinkommen aller Rentnerhaushalte von rund 1280 Euro für 1992 und von rund 1800 Euro für 2002 errechnen. Im Zehnjahreszeitraum stieg somit das Durchschnittsnettoeinkommen der Rentnerhaushalte um rund 40 % und damit deutlich stärker als die Lebenshaltungskosten (gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) mit 19 %. Demgegenüber nahm das durchschnittliche Nettoeinkommen aller Haushalte nur um rund 27 % zu, und zwar von rund 1790 auf rund 2280 Euro. Es ist allerdings zu beachten, dass sich die Zusammensetzung der Rentnerhaushalte in diesem Zehnjahreszeitraum erheblich geändert hat. Immer mehr Doppelverdiener-Ehepaare traten die Verrentung an, sodass im Ruhestand zwei Renten in Form von eigenen Renten oder eigener Rente und Witwenrente zur Verfügung stehen. Zudem weisen immer mehr Rentner sehr lange Beitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung auf, wodurch sich ein vergleichsweise hohes Rentenniveau ergibt. Diese strukturellen Aspekte sind bei der Interpretation der o. g. Veränderungsraten zu beachten.

## Weniger als 1 % der Senioren-Haushalte leben überwiegend von Sozialhilfe

Im Jahr 2002 waren für 56 000 Haushalte Sozialhilfe und Asylbewerberleistungen die überwiegende Unterhaltsquel-

le. Bei drei Zehnteln dieser Haushalte war die Bezugsperson zwischen 35 und 45 Jahre und bei fast einem Viertel zwischen 25 und 35 Jahre alt. Es handelt sich hier vor allem um Haushalte von allein erziehenden Frauen, die mangels keiner oder nur geringer Einkommen aus Erwerbstätigkeit auf Sozialhilfe angewiesen waren, sowie um Haushalte von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Demgegenüber gab es nur etwa 7000 Haushalte von Bezugspersonen in der Altersgruppe der 65-Jährigen oder Älteren, das waren 12 % aller Haushalte, die überwiegend von der Sozialhilfe lebten. Damit betrug der Anteil der Sozialhilfehaushalte unter den Senioren nur 1 %, bezogen auf alle Haushalte mit Bezugsperson in dieser Altersgruppe, während der entsprechende Anteil unter den Haushalten der unter 25-Jährigen 4 %, unter den Haushalten der 25- bis unter 35-Jährigen sowie unter den Haushalten der 35- bis unter 45-Jährigen jeweils 3 % betrug. Es zeigt sich auch hier, dass Rentner — auf Grund vieler Berufsjahre — im Allgemeinen eine ausreichende Rente erhalten, sodass sie nur in Ausnahmefällen auf Sozialhilfe angewiesen sind.

34 000 Sozialhilfehaushalte hatten eine deutsche und 22 000 eine nichtdeutsche Bezugsperson, wobei bei den Ausländern vor allem die Leistungen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge von Bedeutung sind. Damit war der Anteil der Sozialhilfehaushalte unter den Nichtdeutschen mit 8 % sechsmal so hoch wie bei den Deutschen (1,3 %).

Die Gesamtzahl der Haushalte, die Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2001 — nach den Ergebnissen der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik — bekamen, lag deutlich höher als die Zahl der Haushalte, die überwiegend von Sozialhilfe lebte, da diese Leistungen weitaus häufiger ergänzende als überwiegende Unterhaltsquelle waren. So bekamen nach den Ergebnissen der Sozialhilfestatistik 120 000 Haushalte am Jahresende 2001 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Weitere 14 500 Haushalte von Regelleistungsempfängern erhielten Ende 2001 laufende Hilfe nach dem Asylbewerberleis-

tungsgesetz. Von den Sozialhilfeempfängern waren nur knapp 9 % und von den Asylbewerberleistungsempfängern 2 % im Alter von 65 oder mehr Jahren.

#### **Haushalte von Senioren häufig Haus- und Grundbesitzer**

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe besaß Anfang 1998 jeder zweite hessische Haus-

halt Haus- und Grundbesitz. In der Altersgruppe der 45- bis unter 55-jährigen sowie der 55- bis unter 65-jährigen Haupteinkommensbezieher betrug dieser Anteil jeweils zwei Drittel. Unter den Senioren im Alter von 65 bis unter 70 Jahren verfügten noch gut drei Fünftel über Haus- und Grundbesitz. Deutlich niedriger war die Quote der Haus- und Grundbesitzer bei den Bezugspersonen im Alter von 70 oder mehr Jahren mit 44 %. □

---

### **Veröffentlichungsreihen des Hessischen Statistischen Landesamtes**

---

Im nachstehenden Überblick konnten nicht alle Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes aufgenommen werden. Ausführliche Hinweise (mit Erscheinungsfolge, regionaler Gliederung und Preisangaben) über das Veröffentlichungsprogramm gibt das „Verzeichnis der Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes“, das kostenlos angefordert werden kann.

#### **Staat und Wirtschaft in Hessen**

In dieser monatlich erscheinenden Zeitschrift des Hessischen Statistischen Landesamtes werden in Aufsätzen und Kurzberichten die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatlichen und politischen Verhältnisse und Entwicklungen im Lande Hessen dargestellt. Ein Anhang („Hessischer Zahlenspiegel“) bietet über 300 ausgewählte neue, meist monatliche Daten aus der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik, jeweils mit Vergleichszahlen für vorangegangene Monate und mit Jahresdurchschnitten. Vierteljährlich mit dem „Hessischen Umwelt-Monitor“.

#### **Hessische Kreiszahlen**

Die Veröffentlichung erscheint zweimal jährlich. Sie bringt für jeden Landkreis und für jede kreisfreie Stadt jeweils rund 400 bis 500 Daten aus den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen, dazu ausgewählte Daten für Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern sowie für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält „Ausgewählte Daten im Zeitvergleich“.

#### **Hessische Gemeindestatistik**

Veröffentlichungen dieser Reihe erscheinen im allgemeinen nach Großzählungen. Mit Ergebnissen laufender Statistiken ist Ende 1980 erstmals ein Band dieser Reihe veröffentlicht worden, um der Nachfrage nach Gemeindeergebnissen auch zwischen den Großzählungen gerecht zu werden. Jeweils in der zweiten Jahreshälfte werden die Folgebände veröffentlicht. Die „Hessische Gemeindestatistik“ enthält für jede Gemeinde und jeden Landkreis, den Planungsverband Frankfurt, den Umlandverband Frankfurt, den Rhein-Main-Verdichtungsraum und den Zweckverband Raum Kassel Zahlenmaterial aus den Bereichen Gebiet und Bevölkerung, Beschäftigung, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft und Wohnungswesen, Verkehr, Finanzen und Steuern.

#### **Beiträge zur Statistik Hessens**

In dieser Reihe werden Ergebnisse von Groß- und Sonderzählungen in ausführlicher Form veröffentlicht. Es handelt sich hier um die eigentlichen statistischen Quellen-Veröffentlichungen.

#### **Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes**

Die Statistischen Berichte (derzeit rund 90 Reihen) erscheinen als aktuelle Informationen über das angefallene Material aus allen Sachgebieten der amtlichen Statistik. Titel und Kenn-Nummern der wichtigsten Berichte sind in allen Statistischen Landesämtern gleich; auch der Inhalt ist weitgehend vergleichbar.

#### **Statistisches Handbuch für das Land Hessen**

Das Statistische Handbuch schließt im Aufbau weitgehend an die bis 1993 herausgegebenen „Statistischen Taschenbücher“ an, allerdings erweitert um textliche Kurzbeschreibungen der wichtigsten Hauptabschnitte und um grafische Darstellungen. Das Handbuch bringt einen guten Querschnitt der statistischen Ergebnisse für das Land Hessen und seine Verwaltungsbezirke. Darüber hinaus wird in zwei gesonderten Kapiteln Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union dargestellt. Handbücher erscheinen in zweijährlichem Turnus.

W-113

**Hessisches Statistisches Landesamt • Vertriebsstelle • 65175 Wiesbaden**  
(Tel: 0611 3802-951 • Fax: 0611 3802-992 • E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de))



## 10 Jahre erzieherische Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz

*Am 1. Januar 1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) in Kraft, das der Weiterentwicklung der Jugendhilfepraxis Rechnung tragen sollte. Auch die Jugendhilfestatistiken wurden den geänderten gesetzlichen Grundlagen angepasst. In dem folgenden Beitrag wird die Entwicklung der „Institutionellen Beratung“ und der „Einzelbetreuung“ näher untersucht. Bei der Erziehungsberatung gab es innerhalb von 10 Jahren einen Anstieg der Beratungen um vier Fünftel. Bei gut 1 % aller Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden unter 27 Jahren wurde 2001 eine Beratung durchgeführt, wobei diese Quote bei den Buben und jungen Männern deutlich höher war als bei den Mädchen und jungen Frauen. Am häufigsten wurden die Beratungsstellen in den ersten Schuljahren aufgesucht. Bei den Jungen im Alter von 6 bis unter 12 Jahren waren es immerhin fast 3 % dieser Altersgruppe. Schulprobleme waren hier der häufigste Anlass der Beratung. Bei der Einzelbetreuung handelt es sich um eine Hilfeart, die intensiver auf die jungen Menschen einwirkt als die Erziehungsberatung. Die ambulante Einzelbetreuung wird in Form der Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in Form der sozialen Gruppenarbeit gewährt. Absolut und relativ am stärksten wurden Einzelbetreuungsmaßnahmen im Jahr 2001 bei Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren eingesetzt mit einem Anteil von 5 % der Altersgruppe, wobei die Quote bei den Jungen mehr als doppelt so hoch war wie bei den Mädchen. In dieser Altersgruppe waren zwar bei jedem zweiten Betreuten Schul- und Ausbildungsprobleme der häufigste Anlass der Hilfe, aber eine Straftat des Jugendlichen war bereits bei drei Zehnteln der wichtigste Anlass der Hilfe. Bei den jungen Männern im Alter von 18 bis unter 27 Jahren war eine begangene Straftat mit einem Anteil von drei Fünfteln der häufigste Anlass der Einzelbetreuung, meist durch einen Betreuungshelfer oder in Form der sozialen Gruppenarbeit.*

### 1 Überblick

Zahlenmäßig hat die Erziehungsberatung eine weitaus größere Bedeutung als die Einzelbetreuung. So fielen im Jahr 2001 gut 87 % auf die institutionelle Beratung und nur knapp 13 % auf die Einzelbetreuung. Der Anteil der Einzelbetreuung war jedoch beim männlichen Geschlecht mit fast 15 % deutlich höher als bei den Mädchen und jungen Frauen mit einem Zehntel. Die Quote der jungen Menschen mit erzieherischer Hilfe, für die eine Einzelbetreuung angeordnet wurde, nahm mit steigendem Alter deutlich zu. In der Altersgruppe der 15- bis unter 18-Jährigen reichte nur noch bei sieben Zehnteln die Erziehungsberatung aus, während bei drei Zehnteln Hilfe durch einen Betreuungshelfer oder einen Erziehungsbeistand bzw. in Form der sozialen Gruppenarbeit erforderlich wurde. Bei den männlichen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren war der letztgenannte Anteil mit 36 % fast doppelt so hoch wie beim weiblichen Geschlecht der gleichen Altersgruppe.

Die Hälfte aller jungen Menschen mit erzieherischer Hilfe in Form der Erziehungsberatung oder der Einzelbetreuung wohnte bei den Eltern. Dabei war der Anteil bei der Erziehungsberatung mit gut der Hälfte deutlich höher — auf Grund niedrigeren Durchschnittsalters — als bei der Einzelbetreuung mit knapp zwei Fünfteln. Demgegenüber lebten junge Menschen mit Betreuungshelfer, Erziehungsbeistand oder in sozialer Gruppenarbeit relativ häufiger bei einem allein erziehenden Elternteil, bei Großeltern, Verwandten, in einer Pflegefamilie, in einer Wohngemeinschaft oder in einer eigenen Wohnung.

Schul- oder Ausbildungsprobleme waren bei der Einzelbetreuung mit fast der Hälfte aller Fälle weitaus häufiger Anlass für die Hilfe als bei der Erziehungsberatung mit drei Zehnteln. Auch Entwicklungsauffälligkeiten waren für die Anordnung eines Betreuungshelfers, eines Erziehungsbeistands oder einer sozialen Gruppenarbeit um 12 Prozentpunkte häufiger als bei der institutionellen Beratung. Eine Straftat des Jugendlichen oder jungen Volljährigen hatte bei der Einzelbetreuung mit knapp einem Fünftel große Bedeutung, während jungen Menschen mit diesem Anlass durch die Erziehungsberatung nur relativ selten geholfen wurde. Auch sonstige Probleme in und mit der Familie hatten bei der Einzelbetreuung eine etwas größere Bedeutung als bei der Erziehungsberatung. Demgegenüber waren Trennung oder Scheidung der Eltern bei der Erziehungsberatung mit einem Viertel mehr als dreimal so häufig Anlass für den Weg in die Beratungsstelle als bei der Einzelbetreuung Anlass zur Hilfe. Auch Beziehungsprobleme waren bei der Erziehungsberatung um fast 10 Prozentpunkte stärker vertreten als bei der Einzelbetreuung.

### 2 Institutionelle Beratung

Die institutionelle Beratung ist die mit Abstand häufigste Form der ambulanten erzieherischen Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Die institutionelle Beratung setzt beim einzelnen jungen Menschen an, um bei der Bewältigung individueller und familiärer Probleme zu helfen. Bei der Beratung, die in einer Einrichtung — zumeist in einer Erziehungsberatungsstelle — durchgeführt und deshalb als



# Junge Menschen mit erzieherischen Hilfen in Hessen 2001 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe	2001						Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1991 in %		
	insgesamt		männlich		weiblich				
	Anzahl	auf 10 000 <sup>1)</sup>	Anzahl	auf 10 000 <sup>1)</sup>	Anzahl	auf 10 000 <sup>1)</sup>	insgesamt	männlich	weiblich
Beendete institutionelle Beratung									
Unter 6 Jahre	4 057	111,5	2 424	129,7	1 633	92,2	66,3	62,6	72,3
6 bis unter 12 Jahre	8 647	226,2	5 462	279,6	3 185	170,3	68,7	59,6	86,9
12 bis unter 15 Jahre	3 608	188,1	2 075	210,5	1 533	164,3	153,2	146,7	162,5
15 bis unter 18 Jahre	2 357	130,2	1 207	129,4	1 150	131,0	119,9	142,4	100,3
Unter 18 Jahre	18 669	166,8	11 168	194,5	7 501	137,6	85,5	78,6	96,9
18 bis unter 27 Jahre	1 841	30,9	847	28,3	994	33,4	42,9	57,7	32,4
Z u s a m m e n	20 510	119,5	12 015	137,6	8 495	100,8	80,7	77,0	86,3
Einzelbetreuung									
Unter 6 Jahre	117	3,2	68	3,6	49	2,8	12,5	15,3	8,9
6 bis unter 12 Jahre	701	18,3	479	24,5	222	11,9	31,8	53,0	1,4
12 bis unter 15 Jahre	707	36,9	497	50,4	210	22,5	23,8	47,0	- 9,9
15 bis unter 18 Jahre	969	53,5	676	72,5	293	33,4	62,9	70,3	48,0
Unter 18 Jahre	2 494	22,3	1 720	30,0	774	14,2	38,4	55,4	11,4
18 bis unter 27 Jahre	499	8,4	343	11,5	156	5,2	19,4	7,2	59,2
Z u s a m m e n	2 993	17,4	2 063	23,6	930	11,0	34,8	44,6	17,3
Insgesamt									
Unter 6 Jahre	4 174	114,7	2 492	133,3	1 682	95,0	64,1	60,8	69,4
6 bis unter 12 Jahre	9 348	244,5	5 941	304,1	3 407	182,2	65,2	59,0	77,2
12 bis unter 15 Jahre	4 315	224,9	2 572	260,9	1 743	186,8	116,2	118,2	113,3
15 bis unter 18 Jahre	3 326	183,7	1 883	201,9	1 443	164,3	99,5	110,4	86,9
Unter 18 Jahre	21 163	189,1	12 888	224,5	8 275	151,8	78,4	75,1	83,7
18 bis unter 27 Jahre	2 340	39,2	1 190	39,8	1 150	38,6	37,2	38,9	35,5
I n s g e s a m t	23 503	137,0	14 078	161,3	9 425	111,8	73,2	71,3	76,0

1) Auf 10 000 Personen gleichen Alters und Geschlechts.

Institutionelle Beratung bezeichnet wird, handelt es sich um Gespräche und therapeutische Hilfen. Die Kontaktaufnahme erfolgt meist durch die Eltern, vor allem die Mutter des Kindes. Mit zunehmendem Alter suchen die jungen Menschen aus eigenem Antrieb eine Beratungsstelle auf.

## 20 500 Beratungen im Jahr 2001 abgeschlossen

Im Jahr 2001 wurden 20 500 institutionelle Beratungen beendet, das waren über 9000 oder gut vier Fünftel mehr als zehn Jahre zuvor. Der Anstieg war bei den Mädchen und jungen Frauen mit 86 % noch stärker als bei den Knaben und jungen Männern mit 77 %. Besonders kräftig waren die Zunahmen in den Altersgruppen der 12- bis unter 15-Jährigen und der 15- bis unter 18-Jährigen. Im Durchschnitt dauerten die Beratungen sieben Monate. Gut sieben Zehntel der Beratungen wurden einvernehmlich abgeschlossen. Bei knapp einem Zehntel erfolgte eine „Weiterverweisung“, das heißt, die begonnene Hilfe sollte durch eine andere Stelle und durch andere Maßnahmen weitergeführt werden. Knapp ein Fünftel der Beratungen wurde dadurch beendet, dass der zu Beratende den Kontakt zur Hilfestelle einseitig abbrach.

Junge Männer nahmen deutlich stärker die Beratung in Anspruch als Mädchen und junge Frauen. So schlossen 14 % aller jungen Männer unter 27 Jahren im Jahr 2001 eine Beratung ab, während es bei den jungen Frauen nur 10 % waren. Im gesamten Zehnjahreszeitraum nahmen die Beratungen

bei beiden Geschlechtern durchweg zu, wobei der Anstieg bei den Mädchen und jungen Frauen — mit Ausnahme der 15- bis unter 27-Jährigen — kräftiger ausfiel als bei den Personen männlichen Geschlechts.

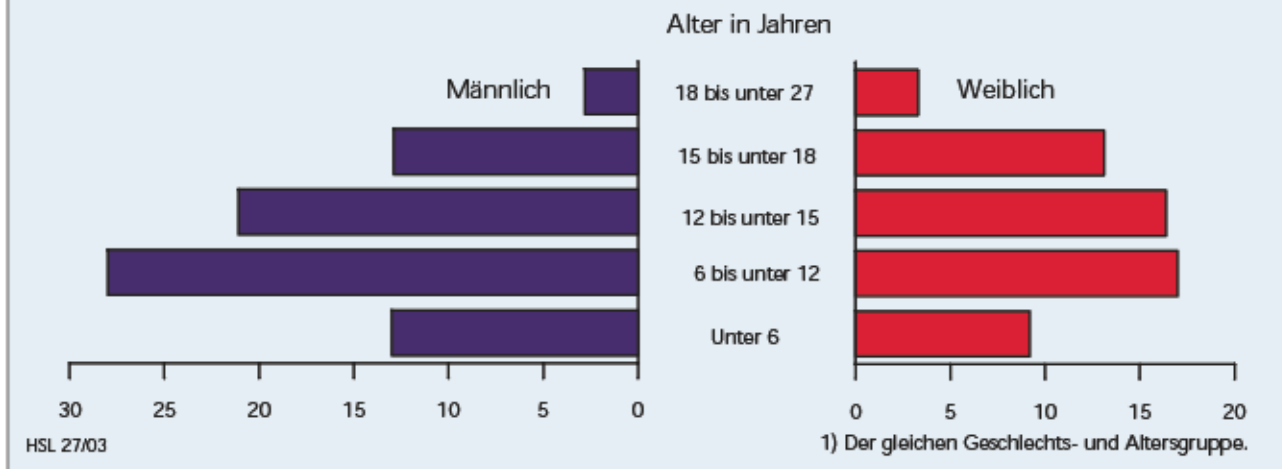
## Beratungsbedarf in den ersten Schuljahren am größten

Die Dienste der Beratungsstellen wurden am häufigsten von den Kindern im Alter von 6 bis unter 12 Jahren in Anspruch genommen, und zwar von 28 % aller Jungen und 17 % aller Mädchen entsprechenden Alters. Mit zunehmendem Alter wurden die Beratungen seltener. Bei den unter 15-Jährigen nahmen Jungen weitaus häufiger die Beratungsstellen in Anspruch als Mädchen. Dagegen war bei den jungen Frauen zwischen 15 und 18 Jahren der Beratungsbedarf ein wenig höher als bei den jungen Männern in der gleichen Altersgruppe. Auf deutlich niedrigerem Niveau als bei den Kindern und Jugendlichen im Alter unter 18 Jahren waren die Beratungen bei den jungen Volljährigen, wobei unter den Frauen die Quote der Hilfeempfänger etwas höher lag als bei den gleichaltrigen Männern.

## Gut drei Zehntel der Minderjährigen mit Beratungsbedarf lebte bei einem allein erziehenden Elternteil

Gut die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, deren Erziehungsberatung 2001 endete, lebte zu Beginn der Beratung

## Junge Menschen in Hessen mit 2001 beendeter institutioneller Beratung auf 1000 Personen<sup>1)</sup> nach Geschlecht und Altersgruppen



bei den Eltern, also in einer vollständigen Familie. Gut drei Zehntel der Minderjährigen hielten sich bei einem allein erziehenden Elternteil auf, und gut jedes achte Kind wohnte bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner. Die restlichen 3 % lebten außerhalb des Elternhauses, vor allem bei Großeltern oder sonstigen Verwandten, bei Pflegeeltern oder in Heimen.

Ganz anders waren die Wohnverhältnisse bei den jungen Volljährigen im Alter von 18 bis unter 27 Jahren. Nur 45 % wohnten noch bei den Eltern, während gut ein Viertel in einer eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft lebte. Bei den jungen Frauen war der zuletzt genannte Anteil mit einem Drittel fast doppelt so hoch wie bei den jungen Männern.

### Beziehungsprobleme häufigster Beratungsanlass

Die Darstellung der Beratungsanlässe soll die Störungs- oder Krisensymptome beschreiben, die zur Kontaktaufnahme mit einer Beratungsstelle geführt hatten. Da angesichts komplexer Lebenssituationen die Angabe nur eines „Anlasses“ die Problemlage nur unzureichend wiedergibt, können die Beratungsstellen bis zu zwei „Anlässe“ angeben, was im Jahr 2001 bei fast jedem zweiten Beratungsfall auch erfolgte.

Bei gut einem Drittel der jungen Menschen führten „Beziehungsprobleme“ zum Weg in die Beratungsstellen. Beziehungsprobleme können im Erziehungsgeschehen zwischen Eltern und Kind, im Verhältnis der Eltern untereinander und im zwischenmenschlichen Kontakt zu den Geschwistern, aber auch zu Schulkameraden, Lehrern oder Nachbarn auftreten. An zweiter Stelle folgten Schul- oder Ausbildungsprobleme, die bei drei Zehnteln — allein oder mit einem weiteren Anlass — zum Aufsuchen einer Beratungsstelle führten. Bei fast einem Viertel der Beratungsfälle waren Trennung oder Scheidung der Eltern ursächlich. Auf dem vierten Platz lagen Entwicklungsauffälligkeiten mit knapp einem

Viertel, gefolgt von „sonstigen“ Problemen in oder mit der Familie, die bei jedem fünften jungen Menschen ein Anlass zur Beratung waren. Bei 3 % der Beratungsfälle lagen Anzeichen für sexuellen Missbrauch vor, bei 2 % Suchtprobleme. Eine Straftat des Jugendlichen oder jungen Volljährigen, Anzeichen für Misshandlung sowie Wohnungsprobleme (unzureichende Wohnverhältnisse, Nichtsesshaftigkeit, Obdachlosigkeit) wurden bei jeweils rund 1 % der Beratungen angegeben.

### Altersgruppenspezifische Beratungsanlässe bei Kindern und Jugendlichen

Zwischen den Altersgruppen bestanden große Unterschiede bei der Struktur der Beratungsanlässe. Entwicklungsauffälligkeiten waren der häufigste Beratungsanlass bei den unter 6-jährigen Kindern; sie wurden bei 36 % aller Beratungsfälle angegeben. Von großer Bedeutung waren noch Beziehungsprobleme und Trennung oder Scheidung der Eltern mit jeweils rund einem Drittel sowie sonstige Probleme in und mit der Familie mit gut einem Fünftel.

Schulprobleme hatten die größte Bedeutung bei den 6- bis unter 12-jährigen Kindern; für fast zwei Fünftel waren sie Beratungsanlass. Auf dem zweiten Platz folgten Beziehungsprobleme mit knapp einem Drittel. Entwicklungsauffälligkeiten bzw. Trennung oder Scheidung der Eltern wurden bei gut jedem vierten Beratungsfall angegeben.

Auch bei den 12- bis unter 15-jährigen Kindern waren schulische Probleme mit einem Anteil von 44 % wichtigster Anlass für das Aufsuchen einer Beratungsstelle. Es folgten Beziehungsprobleme mit einem Anteil von zwei Fünfteln. Auf den nächsten Plätzen lagen Trennung oder Scheidung der Eltern und sonstige Probleme in und mit der Familie.

Noch deutlicher tritt die Veränderung der Struktur der Beratungsanlässe mit zunehmendem Alter in der Gruppe der Ju-

**Junge Menschen mit erzieherischen Hilfen 2001 nach Altersgruppen,  
Geschlecht und Art des Aufenthalts**

Altersgruppe —— Geschlecht	Insgesamt	davon Aufenthalt						
		bei den Eltern	bei einem Elternteil mit Stief- elternteil oder Partner	beim allein erzie- henden Eltern- teil	bei Groß- eltern, Ver- wandten, in einer Pflege- familie	im Heim	in einer Wohnge- meinschaft, eigenen Wohnung	ohne feste Unterkunft, an unbe- kanntem Ort
		%						
Beendete institutionelle Beratung								
Unter 6 Jahre	4 057	56,8	7,9	33,2	1,8	0,1	0,0	0,2
6 bis unter 12 Jahre	8 647	51,4	13,8	32,5	1,9	0,3	0,0	0,1
12 bis unter 18 Jahre	5 965	48,7	16,6	29,3	2,7	1,5	0,8	0,4
Unter 18 Jahre	18 669	51,7	13,4	31,6	2,1	0,7	0,3	0,2
18 bis unter 27 Jahre	1 841	45,3	11,7	12,5	1,6	1,1	25,7	2,1
Männlich	12 015	53,4	13,1	29,5	1,9	0,6	1,3	0,3
Unter 18 Jahre	11 168	53,8	13,2	30,3	1,9	0,6	0,1	0,1
18 bis unter 27 Jahre	847	49,0	11,0	17,8	1,7	0,9	17,7	1,9
Weiblich	8 495	47,9	13,5	30,5	2,3	0,8	4,3	0,6
Unter 18 Jahre	7 501	48,7	13,7	33,5	2,4	0,8	0,4	0,3
18 bis unter 27 Jahre	994	42,2	12,3	7,9	1,6	1,2	32,5	2,3
Z u s a m m e n	20 510	51,1	13,3	29,9	2,1	0,7	2,6	0,4
Einzelbetreuung								
Unter 6 Jahre	117	39,3	12,8	39,3	7,7	—	0,9	—
6 bis unter 12 Jahre	701	43,2	14,0	37,5	4,6	0,4	0,3	—
12 bis unter 18 Jahre	1 676	38,8	15,4	35,1	6,2	1,1	3,0	0,5
Unter 18 Jahre	2 494	40,1	14,9	36,0	5,8	0,8	2,1	0,3
18 bis unter 27 Jahre	499	32,5	6,2	15,8	4,8	2,2	36,3	2,2
Männlich	2 063	41,5	12,7	33,7	4,6	1,0	5,8	0,7
Unter 18 Jahre	1 720	41,8	14,1	36,9	4,6	0,8	1,6	0,2
18 bis unter 27 Jahre	343	40,2	5,2	18,1	4,7	2,3	26,5	2,9
Weiblich	930	32,7	15,2	30,1	8,0	1,2	12,4	0,5
Unter 18 Jahre	774	36,2	16,5	34,0	8,5	1,0	3,2	0,5
18 bis unter 27 Jahre	156	15,4	8,3	10,9	5,1	1,9	57,7	0,6
Z u s a m m e n	2 993	38,8	13,4	32,6	5,6	1,1	7,8	0,6

gendlichen von 15 bis unter 18 Jahren zu Tage. 45 % der Jugendlichen, die eine Beratungsstelle aufsuchten, hatten Beziehungsprobleme. Bei 36 % der Jugendlichen waren Schul- oder Ausbildungsprobleme der einzige oder ein weiterer Anlass. Sonstige Probleme in oder mit der Familie traten immerhin bei gut jedem fünften Beratungsfall auf, während Trennung oder Scheidung der Eltern erst auf dem vierten Platz lagen. Entwicklungsauffälligkeiten folgten auf dem fünften Platz. Von nicht unerheblicher Bedeutung waren in dieser Altersgruppe allerdings eine Straftat des Jugendlichen sowie Suchtprobleme (jeweils 5 %).

### Beziehungsprobleme bei jungen Volljährigen

Die Verschiebung der Struktur der Beratungsanlässe setzt sich verstärkt bei den jungen Volljährigen fort. Beziehungsprobleme waren mit einem Anteil von fast zwei Fünfteln der dominierende Beratungsanlass bei diesen Menschen, gefolgt von den sonstigen Problemen in und mit der Familie mit gut drei Zehnteln. Schul- oder Ausbildungsprobleme traten bei gut jedem fünften, Trennung oder Scheidung der Eltern

bei gut jedem sechsten jungen Volljährigen auf, der eine Beratungsstelle aufsuchte. Entwicklungsauffälligkeiten waren bei jedem Neunten und Suchtprobleme bei jedem Zwölften von Bedeutung.

### Schul- oder Ausbildungsprobleme bei Jungen weitaus häufiger als bei Mädchen

Auch zwischen den Geschlechtern gab es in den jeweiligen Altersgruppen deutliche Unterschiede in der Struktur der Beratungsanlässe. Schul- oder Ausbildungsprobleme waren bei männlichen Personen mit 35 % weitaus häufiger anzutreffen als bei weiblichen (23 %). Demgegenüber hatten Beziehungsprobleme bei den Mädchen und jungen Frauen mit 38 % eine etwas größere Bedeutung als beim männlichen Geschlecht (34 %). Entwicklungsauffälligkeiten wurden bei den männlichen Personen mit gut jedem vierten angegeben, während es bei den Mädchen und jungen Frauen nur jede fünfte war. Trennung oder Scheidung der Eltern führten bei den weiblichen Personen häufiger in die Beratungsstelle als beim männlichen Geschlecht. So wurde dieser Anlass bei



**Junge Menschen mit erzieherischen Hilfen 2001 nach Altersgruppen,  
Geschlecht und Anlass der Beratung bzw. Hilfen**

Altersgruppe Geschlecht	Ins- gesamt <sup>1)</sup>	Anlass der Beratung bzw. Hilfen <sup>2)</sup>									
		Entwick- lungs- auffällig- keiten	Bezie- hungs- pro- bleme	Schul-/ Ausbil- dungs- pro- bleme	Straftat des Ju- gendl./ jungen Voll- jährigen	Sucht- pro- bleme	An- zeichen für Misshand- lung	An- zeichen für sexuellen Miss- brauch	Tren- nung/ Schei- dung der Eltern	Woh- nungs- pro- bleme, Arbeits- losigkeit	sonstige Pro- bleme in und mit der Familie
Beendete institutionelle Beratung											
Unter 6 Jahre	4 057	36,3	33,5	2,4	—	—	0,8	3,2	31,9	0,7	22,5
6 bis unter 12 Jahre	8 647	27,0	31,8	37,9	—	0,2	0,9	1,8	26,7	0,3	16,2
12 bis unter 15 Jahre	3 608	17,7	39,7	43,5	2,1	1,2	0,8	3,0	22,0	0,4	18,6
15 bis unter 18 Jahre	2 357	14,3	45,1	36,2	5,4	5,4	0,8	3,6	16,0	1,0	21,1
Unter 18 Jahre	18 669	25,6	35,4	31,0	1,1	0,9	0,8	2,6	25,6	0,5	18,6
18 bis unter 27 Jahre	1 841	11,4	39,3	21,6	4,5	8,4	0,5	3,4	17,5	1,5	31,3
Männlich	12 015	26,6	33,9	35,0	1,8	1,8	0,7	0,9	23,4	0,5	18,1
Unter 18 Jahre	11 168	27,9	33,6	35,7	1,3	1,0	0,8	1,0	23,9	0,5	17,5
18 bis unter 27 Jahre	847	11,1	37,2	26,3	8,7	12,6	0,1	0,4	16,6	1,5	26,6
Weiblich	8 495	21,1	38,3	23,3	0,8	1,5	0,9	5,0	27,0	0,6	22,1
Unter 18 Jahre	7 501	22,3	37,9	24,1	0,8	1,0	0,9	4,9	28,1	0,5	20,3
18 bis unter 27 Jahre	994	11,7	41,1	17,6	0,9	4,7	0,8	6,0	18,3	1,4	35,3
Z u s a m m e n	20 510	24,3	35,7	30,2	1,4	1,7	0,8	2,6	24,8	0,6	19,8
Einzelbetreuung											
Unter 6 Jahre	117	50,4	17,9	—	—	—	0,9	0,9	20,5	4,3	56,4
6 bis unter 12 Jahre	701	50,1	25,5	52,8	—	0,4	1,4	2,3	12,3	0,6	26,3
12 bis unter 15 Jahre	707	44,8	32,4	60,1	1,8	1,7	1,1	1,1	8,2	0,7	23,2
15 bis unter 18 Jahre	969	25,5	27,1	52,8	30,8	4,9	0,6	1,8	3,9	1,4	20,0
Unter 18 Jahre	2 494	39,1	27,7	52,5	12,5	2,5	1,0	1,4	8,3	1,0	24,5
18 bis unter 27 Jahre	499	19,8	21,4	29,5	45,5	12,2	1,0	2,0	2,8	7,0	18,6
Männlich	2 063	35,5	23,7	51,9	22,6	3,7	0,5	0,8	6,8	1,8	19,5
Unter 18 Jahre	1 720	39,1	25,8	56,3	15,4	2,3	0,6	0,8	7,6	0,8	20,9
18 bis unter 27 Jahre	343	17,0	14,6	30,0	58,6	6,7	0,3	0,9	2,6	6,7	12,8
Weiblich	930	36,7	33,3	41,5	7,7	4,9	2,0	3,9	8,7	2,6	32,3
Unter 18 Jahre	774	38,9	32,0	44,2	5,9	3,0	1,9	3,7	9,8	1,2	32,4
18 bis unter 27 Jahre	156	25,6	39,7	28,2	16,7	14,7	2,6	4,5	3,2	7,7	31,4
Z u s a m m e n	2 993	35,9	26,7	48,7	18,0	4,1	1,0	1,8	7,4	2,1	23,5

1) Ohne Mehrfachzählungen. — 2) Für jeden jungen Menschen konnten bis zu zwei Anlässe der Beratung bzw. Hilfe angegeben werden.

27 % der Mädchen, aber nur bei 23 % der Jungen festgestellt. Die sonstigen Probleme in und mit der Familie waren bei Mädchen und jungen Frauen ebenfalls mit 22 % ausgeprägter als bei Knaben und jungen Männern.

Auch bei den jungen Volljährigen gab es einige Besonderheiten bei der Untergliederung nach dem Geschlecht. Bei jedem achten jungen Mann waren Suchtprobleme und bei jedem elften eine Straftat Anlass für den Weg in die Beratungsstelle. Andererseits waren für 6 % der jungen Frauen Anzeichen für sexuellen Missbrauch Grund für eine Beratung.

### **Trennung oder Scheidung der Eltern weitaus häufiger Beratungsanlass als vor zehn Jahren**

Gegenüber 1991 sanken die Anteile der Anlässe Entwicklungsauffälligkeiten um 9 und Beziehungsprobleme um 6 Prozentpunkte. Demgegenüber nahm die Bedeutung einer Trennung bzw. Scheidung der Eltern als Anlass für das Aufsuchen einer Erziehungsberatungsstelle kräf-

tig zu, und zwar um 10 Prozentpunkte. Leicht gestiegen ist auch der Anlass Schul- oder Ausbildungsprobleme (+ 1 Prozentpunkt).

### **3 Einzelbetreuung**

Die ambulante Einzelbetreuung in Form der Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in Form der sozialen Gruppenarbeit soll Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsprobleme beistehen. Es handelt sich hier um eine Hilfeart, die intensiver auf die jungen Menschen einwirkt als die institutionelle Beratung. Während die Erziehungsbeistandschaft bereits im alten Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) als ambulante erzieherische Hilfe eingeführt war, wurde der Betreuungshelfer im Rahmen der Jugendgerichtshilfe als zusätzliche Hilfeart aufgenommen. Bei der sozialen Gruppenarbeit wird auf ein gruppenpädagogisches Konzept zurückgegriffen, um die Entwicklung des Heranwachsenden durch soziales Lernen in der Gruppe zu fördern.

## Ein Drittel mehr Einzelbetreuungen als vor 10 Jahren

Bei der Einzelbetreuung werden — im Gegensatz zur institutionellen Beratung — nicht nur die im Jahr abgeschlossenen, sondern auch die über das Jahr hinaus gehenden Betreuungsanlässe gezählt. Im Jahr 2001 wurde in Hessen fast 3000 Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen durch Erziehungsbeistände, Betreuungshelfer oder in Form sozialer Gruppenarbeit bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsprobleme geholfen. Bei rund 1750 jungen Menschen dauerte die Hilfe am Jahresende 2001 noch an, während sie bei 1250 Personen im Laufe des Jahres beendet wurde. Im Durchschnitt dauerte die Einzelbetreuung durch öffentliche oder freie Träger der Jugendhilfe 13 Monate, also deutlich länger als die Erziehungsberatungen. Gegenüber 1991 nahm die Zahl der Einzelbetreuungen um 35 % zu, wobei der Anstieg bei den Personen männlichen Geschlechts weitaus stärker war als bei den Mädchen und jungen Frauen.

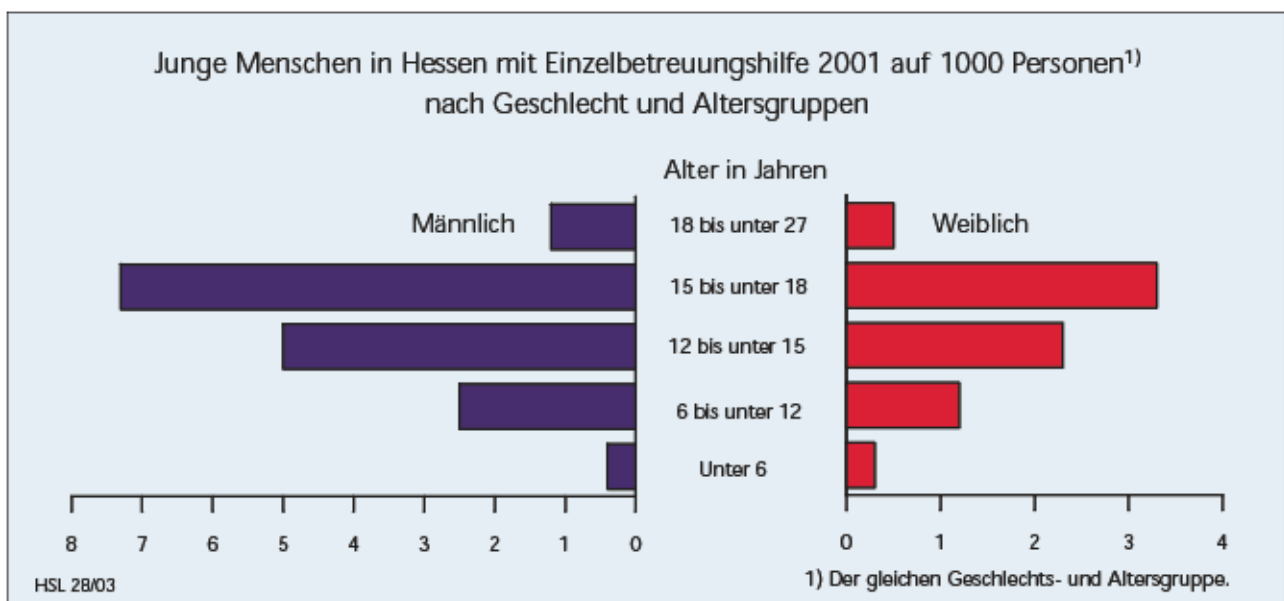
Die relative Häufigkeit der Einzelbetreuung war im Jahr 2001 bei den Jungen und volljährigen Männern mit 24 Fällen auf 10 000 Einwohner dieser Personengruppe mehr als doppelt so hoch wie bei den jungen Frauen. Damit waren die Unterschiede zwischen den Geschlechtern deutlich ausgeprägter als bei der Erziehungsberatung. Während bei letzterer der Beratungsbedarf in der Altersgruppe der 6- bis unter 12-Jährigen am größten ist, trifft dies bei der Einzelbetreuung auf die 15- bis unter 18-jährigen Jugendlichen zu, und zwar mit 54 Betreuungen auf 10 000 Personen dieses Alters. Auch hier wurden mehr als doppelt so viele Personen männlichen Geschlechts durch einen Betreuungshelfer, Erziehungsbeistand oder in Form sozialer Gruppenarbeit betreut als Mädchen und junge Frauen. Unter den 15- bis unter 18-jährigen männlichen Jugendlichen erreichte die Betreuungsquote bereits 73 Fälle von 10 000 Personen dieser Altersgruppe.

## Betreuungshelfer viermal so zahlreich wie vor 10 Jahren

Die häufigste Art der Einzelbetreuung war im Jahr 2001 der *Betreuungshelfer*. Diese Unterstützung wurde gut 1200 jungen Menschen zuteil. Für den Einsatz eines Betreuungshelfers ist in der Regel eine gerichtliche Entscheidung erforderlich. Auch beim Betreuungshelfer war der Anteil der Personen männlichen Geschlechts mit zwei Dritteln doppelt so hoch wie bei den Mädchen und jungen Frauen. Vor zehn Jahren war der Anteil der männlichen jungen Leute, die eines Betreuungshelfers bedurften, sogar noch höher gewesen als im Jahr 2001. Die Zunahme der Zahl der Anordnungen eines Betreuungshelfers war bei den Mädchen und jungen Frauen im Zehnjahreszeitraum mehr als doppelt so stark (+ 470 %) als bei den Knaben und jungen Männern (+ 230 %).

Die zweithäufigste Art der *Einzelbetreuung* war im Jahr 2001 die Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand, der das Kind, den Jugendlichen oder jungen Heranwachsenden bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen — möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds — unterstützen und unter Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie seine Selbstständigkeit fördern soll. Im Jahr 2001 wurden allerdings nur noch knapp 1200 junge Menschen durch einen Erziehungsbeistand unterstützt; davon waren knapp zwei Drittel männlichen und gut ein Drittel weiblichen Geschlechts. Im Zehnjahreszeitraum gingen die Erziehungsbeistandschaften um gut ein Viertel zurück, wobei die Abnahme bei den Mädchen und jungen Frauen mit einem Drittel etwas stärker war als bei den jungen männlichen Personen mit einem Fünftel.

Die dritte Form der Einzelbetreuung, die *soziale Gruppenarbeit*, soll älteren Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen durch soziales



Lernen in der Gruppe helfen. Für gut 600 junge Menschen wurde im Jahr 2001 soziale Gruppenarbeit durchgeführt, das waren fast doppelt so viele wie vor 10 Jahren. Hierbei war der Anstieg bei den männlichen Jugendlichen und jungen Volljährigen fast doppelt so groß wie bei den weiblichen Personen. Vor allem männlichen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren sollte durch soziale Gruppenarbeit geholfen werden.

#### **Jeder dritte junge Mensch mit Einzelbetreuung lebte bei einem allein erziehenden Elternteil**

Fast zwei Fünftel der Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen, die im Jahr 2001 an einer Einzelbetreuung teilnahmen, lebten bei den Eltern. Fast ein Drittel wohnte bei einem allein erziehenden Elternteil. Damit war dieser Familientyp weitaus stärker bei den Einzelbetreuungen vertreten, als es dem Anteil aller Kinder, die in derartigen Haushalten leben (ein Siebtel), entsprach. Gut 13 % der jungen Menschen mit Einzelbetreuung wohnten bei einem Elternteil mit Stiefeltern- oder Partner, während 8 % in einer Wohngemeinschaft oder eigenen Wohnung lebten. Weitere 6 % lebten bei den Großeltern, anderen Verwandten oder in einer Pflegefamilie. 1 % wohnte in einem Heim, und knapp 1 % hatte keine feste Unterkunft.

Bei der Art des Aufenthalts der betreuten Menschen lassen sich deutliche altersspezifische Unterschiede feststellen. Zwei Fünftel der Kinder unter sechs Jahren mit Einzelbetreuung lebten bei einem allein erziehenden Elternteil, ebenso viele wie bei den Eltern. In den übrigen Altersgruppen wohnten deutlich mehr Kinder bei den Eltern als bei einer allein erziehender Mutter oder einem allein erziehendem Vater. Unter den jungen Volljährigen mit Einzelbetreuung lebten bereits 36 % in einer Wohngemeinschaft oder in einer eigenen Wohnung, wobei diese Quote bei den jungen Frauen im Alter von 18 bis unter 27 Jahren sogar 58 % betrug.

#### **Schul- oder Ausbildungsprobleme bei Einzelbetreuung am häufigsten**

Während bei der Erziehungsberatung Beziehungsprobleme als häufigster Beratungsanlass genannt wurden, waren bei der Einzelbetreuung Schul- oder Ausbildungsprobleme der am meisten genannte Grund für die Hilfe. Bei fast jedem zweiten Kind, Jugendlichen oder jungen Volljährigen waren sie Anlass für die Hilfen. Es folgten Entwicklungsauffälligkeiten (36 %), Beziehungsprobleme (27 %) sowie sonstige Pro-

bleme in oder mit der Familie (24 %). Bei fast jedem fünften Jugendlichen oder jungen Heranwachsenden war eine vergangene Straftat der Hauptanlass für die Einzelbetreuung, zum weitaus größten Teil durch einen Betreuungshelfer oder in der Form der sozialen Gruppenarbeit. Die übrigen Beratungsanlässe waren nur in einzelnen Altersgruppen oder geschlechtsspezifisch von Bedeutung. Wie bei der Erziehungsberatung konnten auch bei der Einzelbetreuung zwei Anlässe der Hilfe angegeben werden.

Schul- oder Ausbildungsprobleme waren in allen Altersgruppen — die unter 6-Jährigen natürlich ausgenommen — der am meisten genannte Anlass für die Hilfestellung. Sie hatten die größte Bedeutung bei den 12- bis unter 15-Jährigen, die bei drei Fünfteln der Hilfefälle genannt wurden. Entwicklungsauffälligkeiten waren mit Anteilen von jeweils der Hälfte bei den Kindern unter 6 Jahren sowie bei den 6- bis unter 12-Jährigen Anlass für eine Einzelbetreuung. Beziehungsprobleme lagen in fast allen Altersgruppen auf dem dritten Platz; am häufigsten wurden sie bei den 12- bis unter 15-Jährigen genannt. Sonstige Probleme in und mit der Familie waren der wichtigste Grund für eine Einzelbetreuung bei den Kindern unter 6 Jahren; bei mehr als jedem zweiten waren sie Anlass für die Stellung eines Erziehungsbeistands. Trennung oder Scheidung der Eltern führten ebenfalls bei jedem fünften Kind unter 6 Jahren zur Hilfe durch einen Erziehungsbeistand. Eine Straftat war bei drei Zehnteln der 15- bis unter 18-jährigen Jugendlichen und bei fast der Hälfte der jungen Volljährigen wichtigster Anlass für die Einzelbetreuung, vor allem durch einen Betreuungshelfer oder in Form der sozialen Gruppenarbeit.

Eine Straftat des jungen Volljährigen als Beratungsanlass konzentrierte sich auf das männliche Geschlecht. Bei 59 % der jungen Männer, aber nur 17 % der jungen Frauen über 18 Jahren war dieser Grund für die Stellung eines Betreuungshelfers oder die Anordnung sozialer Gruppenarbeit ursächlich. Auch Schul- oder Ausbildungsprobleme waren beim männlichen Geschlecht mit gut der Hälfte deutlich häufiger als bei den Mädchen und jungen Frauen mit gut zwei Fünfteln. Demgegenüber waren Beziehungsprobleme und sonstige Probleme in oder mit der Familie beim weiblichen Geschlecht mit Anteilen von jeweils rund einem Drittel erheblich häufiger Grund für eine Einzelbetreuung als bei den Knaben und jungen Männern mit Quoten von nur knapp einem Viertel bzw. einem Fünftel. □



## Knapp 300 Studierende an den ersten vier staatlich anerkannten Berufsakademien in Hessen

Eine Alternative zum Studium an einer Hochschule stellt das Studium an einer Berufsakademie dar<sup>1)</sup>. Es bestehen Studienmöglichkeiten in den Ausbildungsbereichen Sozialwesen, Wirtschaft und Technik. In Hessen wurde die staatliche Anerkennung von Berufsakademien im Juni 2001 legalisiert<sup>2)</sup>. Berufsakademien sind — neben den Hochschulen — besondere Bildungseinrichtungen des tertiären Bildungsbereichs. Es sind Einrichtungen nichtstaatlicher Träger, die eine mindestens dreijährige wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte Ausbildung vermitteln. Das Ziel ist somit eine im tertiären Bereich angesiedelte duale Ausbildung mit enger Verzahnung von Studium und beruflicher Praxis. Die Phasen der praktischen Ausbildung in den Betrieben und des Studiums an der Berufsakademie sind inhaltlich aufeinander

abgestimmt und führen zu einem staatlich anerkannten Diplom (BA)-Abschluss, wie z. B. Diplom-Betriebswirt/in (BA) oder Diplom-Wirtschaftsinformatiker/in (BA). Zum Studium an einer Berufsakademie ist berechtigt, wer die Hochschulreife besitzt; außerdem müssen Studienbewerber einen Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen vorlegen, das mit der Berufsakademie zusammenarbeitet. In dem dreijährigen dualen Studium wechseln sich berufliche Praxis im Unternehmen und Theorie an der Akademie in einem Drei-Monats-Rhythmus ab. Nach zwei Jahren erwerben die Studierenden einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. den IHK-Abschluss). Nach einem weiteren Jahr, somit nach insgesamt sechs Semestern, kann das Studium mit der Diplomarbeit und Diplomprüfung abgeschlossen werden. In Hessen ist dieser Abschluss nicht dem Fachhochschulabschluss gleichgestellt. Die an der Berufsakademie erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen können im Falle der Gleichwertigkeit auf ein Fachhochschulstudium angerechnet werden, sodass nach einem weiterführenden Studium von zwei Semestern ein FH-Diplom erworben werden kann.

Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung von Berufsakademien und damit der BA-Abschlüsse durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst sind u. a. eine gesicherte finanzielle Ausstattung der Akademie, die Vorlage von Studien- und Prüfungsordnungen sowie die Erfüllung von Qualitätskriterien, die vom Wissenschaftsrat aufgestellt und von der Kultusministerkonferenz im Jahr 1995 beschlossen wurden.

Studierende an den staatlich anerkannten Berufsakademien (BA) in Hessen 2002  
nach Studiengang, Studienjahr und Berufsakademien

Studiengang Fachrichtung	Männlich	Weiblich	Insgesamt	davon im ... Studienjahr					
				1.		2.		3.	
				zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich
Hessische Berufsakademie GmbH, Frankfurt am Main <sup>1)</sup>									
Betriebswirtschaft	58	100	158	47	27	58	35	53	38
Wirtschaftsinformatik	22	5	27	5	—	15	3	7	2
Z u s a m m e n	80	105	185	52	27	73	38	60	40
Accadis — School of International Business, Internationale Berufsakademie, Bad Homburg									
International Business Administration	13	10	23	14	5	9	5	—	—
Berufsakademie Bergstraße GmbH & Co. KG (BA Bergstraße), Bensheim									
Wirtschaft	4	9	13	13	9	—	—	—	—
davon Fachrichtung									
Handel	2	5	7	7	5	—	—	—	—
Industrie	1	2	3	3	2	—	—	—	—
Öffentliche Wirtschaft	1	2	3	3	2	—	—	—	—
Studienakademie für Informatik GmbH (Berufsakademie), Bad Wildungen									
Informatik / Wirtschaftsinformatik	41	13	54	15	3	18	6	21	4
Medizinische Informatik	4	1	5	5	1	—	—	—	—
Z u s a m m e n	45	14	59	20	4	18	6	21	4
Staatlich anerkannte Berufsakademien									
I n s g e s a m t	142	138	280	99	45	100	49	81	44

1) Standorte in Kassel, Darmstadt, Frankfurt am Main.

Im Januar und Februar 2003 wurden die ersten Berufsakademien in Hessen staatlich anerkannt<sup>3)</sup>, und zwar die Hessische Berufsakademie in Frankfurt (mit den Standorten Kassel, Darmstadt und Frankfurt am Main), die Accadis Internationale Berufsakademie in Bad Homburg, die Berufsakademie Bergstraße in Bensheim und die Studienakademie für Informatik in Bad Wildungen. Nach Bekanntgabe der staatlichen Anerkennung wurden im Februar 2003 diese Berufsakademien vom Hessischen Statistischen Landesamt angeschrieben und die Zahl der Studierenden nach Geschlecht und Studienjahr für die Studiengänge und Fachrichtungen zum Zeitpunkt November 2002 erfragt. Insgesamt knapp 300 Studierende, davon 142 Männer und 138 Frauen, wurden an diesen Akademien ausgebildet. Die größte ist die Hessische Berufsakademie mit 185 Studierenden. 85 % der Studierenden sind dort im Studiengang Betriebswirtschaft eingeschrieben, wobei die Frauen deutlich in der Überzahl sind. Die Aufgliederung nach Studienjahren verdeutlicht, dass der Ausbildungsbetrieb schon vor der staatlichen Anerkennung aufgenommen worden war und rund ein Drittel der Studierenden im Herbst 2002 im dritten Ausbildungsjahr war. Gegenüber

3) Erst nach Ablauf von drei Jahren nach der staatlichen Anerkennung sind alle im o. g. Gesetz vorgegebenen Qualitätsstandards nachzuweisen.

4) Statistischer Bericht B III 1 „Die Studenten und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester“; [www.hsl.de/Daten/Landesdaten/Bildung/Berufsakademien](http://www.hsl.de/Daten/Landesdaten/Bildung/Berufsakademien).

dem Vorjahr war im Studiengang Betriebswirtschaft ein Rückgang der Anfängerzahl von 19 % zu verzeichnen. Noch deutlicher war der Rückgang im den Studiengang Wirtschaftsinformatik, den insgesamt 27 Studierende belegten und dort die Anfängerzahl von 15 im Vorjahr auf nur 5 fiel.

An der Studienakademie für Informatik werden 59 Jugendliche ausgebildet. Dem Studiengang Informatik/Wirtschaftsinformatik, der schon im Jahr 2000 eingerichtet war, kommt dabei die zentrale Bedeutung zu. Neu ist der Studiengang Medizinische Informatik, in dem im Herbst 2002 insgesamt 5 Jugendliche ihre Ausbildung begannen.

Deutlich geringeren Zulauf haben bisher die Accadis Internationale Berufsakademie mit insgesamt 23 Studierenden im Studiengang International Business Administration sowie die im Herbst 2002 neu eingerichtete Berufsakademie Bergstraße mit insgesamt 13 Studierenden im Studiengang Wirtschaft.

Die staatlich anerkannten Berufsakademien werden zukünftig jährlich im November entsprechend der diesjährigen Erhebung befragt und die Ergebnisse jeweils im Statistischen Bericht der Studenten im Wintersemester sowie im Internet veröffentlicht<sup>4)</sup>.

Andreas Büdinger\*)

# Auszug ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzel- handel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs <sup>4)</sup>  2000 = 100	Beschäft- igte	Index der Um- sätze <sup>6)</sup>  2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung <sup>7)</sup>  2000 = 100	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>11)</sup>
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>12)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100,0	35 786	.	100,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 158	83,9	30 621	97,9	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2001 4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	78,4	32 669	110,6	101,8	.	.	.	.
2002 Januar	96,1	87,2	112,7	449 352	57,5	31 114	91,6	102,6	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	95,6	83,7	117,6	448 085	63,1	30 689	86,0	103,0	222 906	8,1	36 988	25 716
März	101,0	91,1	119,2	446 770	102,0	30 701	99,8	103,1	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	97,6	87,3	116,5	448 069	74,2	30 835	92,5	102,9	.	.	.	.
April	104,2	92,5	125,7	444 914	95,3	31 075	101,5	103,0	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	104,4	87,3	135,9	443 855	82,6	30 914	96,3	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	102,9	89,0	128,6	443 552	113,0	30 422	91,4	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	444 107	96,9	30 804	96,4	103,0	.	.	.	.
Juli	107,8	96,2	129,4	445 106	84,5	30 118	93,9	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987
August	97,6	87,9	115,4	445 420	89,2	30 567	94,8	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	102,3	88,5	127,8	444 496	83,7	30 649	94,8	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	445 007	85,8	30 445	94,5	103,1	.	.	.	.
Oktober	107,7	96,5	128,4	441 499	84,1	30 719	103,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	439 559	74,9	30 631	106,5	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	437 287	76,4	29 858	114,9	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	439 448	78,5	30 403	108,4	103,0	.	.	.	.
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	...	49,1	28 613	91,7	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	86,6	127,2	...	59,2	28 291	...	104,0	249 718	9,1	28 884	15 2685
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	.	- 5,5	.	.	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 1,6	- 4,1	2,2	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 2,5	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2001 4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	.	1,4	.	.	.	.
2002 Januar	- 6,9	- 6,6	- 7,1	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,4	2,0	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 9,2	- 7,1	- 11,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 2,1	1,8	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 13,2	- 16,0	- 8,7	- 2,7	8,0	- 7,5	- 3,6	2,0	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 9,9	- 10,3	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 3,3	1,9	.	.	.	.
April	8,7	3,8	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	3,4	1,5	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,9	- 7,6	13,2	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,5	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 0,1	- 2,1	2,6	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,3	0,9	5,9	.	16,7	129,4
2. Vj.	3,0	- 2,1	10,3	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 2,5	1,2	.	.	.	.
Juli	5,1	4,5	6,1	- 3,3	3,3	- 9,5	- 0,3	1,1	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 2,5	- 6,9	4,4	- 3,4	- 30,3	- 9,5	- 4,3	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,6	- 3,3	8,6	- 3,5	- 34,9	- 8,8	- 1,5	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	1,5	- 1,9	6,4	- 3,4	- 24,0	- 9,3	- 2,1	1,0	.	.	.	.
Oktober	5,0	2,9	8,1	- 3,6	11,6	- 7,9	1,0	1,3	6,7	.	- 21,2	41,9
November	0,9	- 3,2	6,7	- 3,6	- 11,5	- 6,1	- 2,8	1,1	7,7	.	- 17,4	14,2
Dezember	- 6,3	- 5,4	- 7,6	- 3,5	1,6	- 6,8	- 3,8	1,2	7,4	.	- 21,8	- 41,8
4. Vj.	- 0,1	- 1,8	2,4	- 3,6	0,0	- 6,9	- 2,0	1,2	.	.	.	.
2003 Januar	6,3	- 0,1	15,4	...	- 14,7	- 8,0	0,1	0,9	9,2	.	- 21,0	- 32,9
Februar	6,9	5,9	8,2	...	- 6,2	- 7,8	...	1,0	12,0	.	- 21,9	- 40,6
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>												
2001 4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	14,6	- 0,3	.	.	.	.
2002 Januar	- 1,7	1,9	- 6,3	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 23,3	0,2	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 0,5	- 4,0	4,3	- 0,3	9,6	- 1,4	- 6,1	0,4	- 0,3	.	13,8	19,7
März	5,6	8,8	1,4	- 0,3	61,8	0,0	16,0	0,1	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 3,7	- 4,4	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 16,4	1,1	.	.	.	.
April	3,2	1,5	5,5	- 0,4	- 6,6	1,2	1,7	- 0,1	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,2	- 5,6	8,1	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 5,1	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,4	1,9	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 5,1	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,4	2,6	11,7	- 0,9	30,5	- 0,1	4,2	0,1	.	.	.	.
Juli	4,8	8,1	0,6	0,4	- 25,2	- 1,0	2,7	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,5	- 8,6	- 10,8	0,1	5,5	1,5	1,0	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	4,8	0,7	10,7	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	1,5	- 4,4	0,2	- 11,5	- 1,2	- 2,0	0,1	.	.	.	.
Oktober	5,3	9,0	0,5	- 0,7	0,5	0,2	9,5	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,9	- 5,1	0,1	- 0,4	- 10,9	- 0,3	2,6	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0
Dezember	- 12,4	- 11,6	- 13,5	- 0,5	2,0	- 2,5	7,9	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7
4. Vj.	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,7	- 0,1	.	.	.	.
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	...	- 35,7	- 4,2	- 20,2	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5
Februar	0,0	1,7	- 2,2	...	20,5	- 1,1	...	0,5	2,3	.	12,5	5,9

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Jul.	August	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 088,1 <sup>1)</sup>	6 077,8 <sup>1)</sup>	6 073,8	6 075,6	6 078,2	6 086,0	6 088,9	6 090,5	6 093,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	4 396	2 697	2 218	2 855	4 467	2 711	2 250
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	8,5	5,4	4,3	5,5	8,6	5,4	4,3
* Lebendgeborene	"	4 901	4 686	5 287	4 483	5 122	5 285	4 922	4 689	5 013
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	9,3	10,2	9,0	9,9	10,2	9,5	9,4	9,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 029	4 948	4 997	4 362	5 238	4 937	4 742	4 683	5 250
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	9,7	8,7	10,1	9,6	9,2	9,4	10,1
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	21	19	18	24	26	24	15	21	18
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	4,2	3,4	5,4	5,1	4,5	3,0	4,5	3,6
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 127	- 262	290	121	- 116	348	180	6	- 237
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,3	- 0,5	0,6	0,2	- 0,2	0,7	0,3	0,0	- 0,5
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	17 860	15 067	18 476	16 902	16 631	15 846	17 230
darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	7 765	6 759	7 931	7 209	6 855	7 229	7 308
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	18 095	13 371	15 743	14 829	13 941	14 281	14 287
darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	9 610	5 249	6 393	6 130	5 445	6 139	5 733
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	- 235	1 696	2 733	2 073	2 690	1 565	2 943
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	18 349	17 943	19 970	16 727	20 780	21 129	20 251	18 281	20 999
		2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan-	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	223 585	222 906	215 942	222 481	244 216	249 718	247 062
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	94 258	93 246	90 644	93 344	100 232	101 297	101 307
Männer	"	110 886	122 151	129 327	129 660	125 298	129 137	143 984	148 421	145 755
Ausländer	"	42 684	45 295	47 946	47 809	46 285	46 985	50 479	51 566	51 752
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	26 328	27 056	25 590	24 863	28 671	30 906	29 932
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	8,2	8,1	7,9	8,1	8,9	9,1	9,0
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,4	7,3	7,1	7,2	7,7	7,8	7,8
Männer	"	7,6	8,4	8,9	8,9	8,6	8,8	9,9	10,2	10,0
Ausländer	"	14,2	15,2	16,2	16,2	15,7	15,7	16,8	17,2	17,3
* Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	7,5	7,7	7,3	6,8	7,8	8,4	8,1
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	21 481	25 716	25 741	11 128	14 415	15 268	15 966
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	32 491	36 988	38 957	23 211	25 664	28 884	30 402
		2000	2001	2000		2001		2002		
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5(6)</sup>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 192,6
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9	956,4
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3	225,2
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2	350,7
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3	293,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1	14,0
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6	3,7
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7	533,3
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4	135,8
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0	114,0
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4	14,1
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4	556,0
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1	246,7
* Finanzierung, Vermietung und Unter- nehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5	470,9
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1	214,9
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4	504,1
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1	341,2

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	6 972	7 376	6 813	9 530	6 396	6 646	6 720
Kälber	"	224	277	397	314	202	326	350	109	135
Schweine	"	95 275	85 364	94 819	92 249	85 846	88 299	83 957	80 674	73 180
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	10 150	9 444	8 161	11 247	8 159	8 465	6 928
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	10 354	10 210	9 663	10 297	9 548	9 065	8 685
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 735	1 921	1 768	2 395	1 750	1 796	1 816
* Kälbern	"	20	22	36	28	22	25	29	9	11
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 908	7 818	7 284	7 263	7 121	6 837	6 241
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	.	.	1 619	1 426
* Erzeugte Konsumier <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	34 327	34 434	31 825	25 933	26 261	26 536	27 665
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	89 607	85 175	81 235	77 309	81 073	85 005	80 060
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	85 173	81 451	77 871	73 759	76 713	81 539	76 929
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	18,3	16,7	17,6	15,7	15,9	17,3	18,0
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 193	3 263	3 225	3 220	3 151	3 148	...	...
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	444,2	452,9	449,4	448,1	440,0	437,3	...	...
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	269,6	259,5	264,6	262,7	261,6	256,4	254,6	...	...
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>6)</sup>	"	34 156	32 318	27 928	33 647	32 523	33 467	27 323	...	...
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	667,4	651,3	634,9	623,2	596,1	601,5	636,0	...	...
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	726,5	743,8	728,2	689,9	942,3	463,5	...	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 884,1	6 504,1	6 254,0	6 259,3	7 387,6	6 575,9	...	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	3 002,0	2 992,8	2 287,9	2 826,9	2 859,2	3 099,5	2 379,2	...	...
Investitionsgüterproduzenten	"	2 184,3	2 129,4	2 417,5	1 724,8	1 724,4	2 395,0	2 437,0	...	...
Gebrauchsgüterproduzenten	"	256,0	252,4	258,9	228,8	235,5	269,6	250,0	...	...
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 534,4	1 509,6	1 539,7	1 473,5	1 440,2	1 623,6	1 509,7	...	...
Energie	"	.	.	.	.	.	.	.	...	...
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 722,5	2 457,5	2 463,8	2 467,2	3 003,3	2 680,0	...	...
Exportquote <sup>7)</sup>	%	37,6	39,5	37,8	39,4	39,4	40,6	40,8	...	...
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>8)</sup>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>9)</sup>	- 2,2	- 1,6	- 1,7	- 6,9	- 9,2	0,9	- 6,3	6,3	6,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	- 8,6	- 4,2	1,2	1,6	6,1	2,5	1,7
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	11,6	- 8,4	- 24,0	0,3	- 16,3	15,1	16,6
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 15,4	- 19,6	- 15,9	- 0,2	6,7	- 4,9	- 8,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 16,6	- 9,4	9,1	0,0	- 5,1	0,6	5,3
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>9)</sup>	2,2	0,7	- 7,2	- 3,5	12,6	0,5	- 1,2	6,5	2,4
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	- 5,0	- 5,2	- 9,9	- 2,8	- 6,2	3,1	4,4
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	66,2	- 15,4	- 21,0	6,1	- 38,1	30,8	45,5
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 15,8	- 13,5	- 6,1	- 7,6	- 1,8	- 6,5	- 3,3
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>10)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	95	95	...	...
* Beschäftigte <sup>10)</sup>	"	18 366	18 145	18 408	18 165	18 221	18 173	18 152	...	...
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>10/11)</sup>	1000 h	991	2 273	827	2 517	2 315	2 357	2 080	...	...
* Brutto Lohn- und -gehaltssumme <sup>10)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	60,0	56,4	59,3	90,0	72,9	...	...
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 845,8	2 841,3	2 182,0	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	88,9	.	.	.	84,5	.	.
* Umsatz	"	101,9	96,9	112,1	.	.	.	102,9	.	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Bis Dezember 2002: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2003: geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	57,2	55,6	54,7	55,5	54,2	52,0	51,5
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	29,5	28,6	28,2	28,9	28,2	26,9	26,7
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,7	8,3	8,1	8,5	8,1	7,6	7,4
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,3	2,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	4 167	3 361	4 036	5 472	3 698	3 067	3 243
darunter										
Wohnungsbau	"	2 037	1 944	1 591	1 314	1 532	2 077	1 546	1 230	1 330
gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 231	1 113	1 255	1 575	1 075	1 009	1 038
öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 324	911	1 226	1 790	1 052	814	863
* Brutto lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	84,1	74,6	68,1	102,7	82,2	69,8	57,9
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	40,9	36,7	35,8	45,7	38,9	34,0	33,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	640,4	288,3	334,4	598,3	600,8	291,8	338,5
darunter										
Wohnungsbau	"	141,1	134,5	141,0	79,4	94,7	153,6	151,6	80,2	102,0
gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	301,8	138,0	155,5	239,0	249,3	132,7	162,9
öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	194,9	68,6	83,3	203,1	196,6	77,7	72,5
* Index des Auftragseingangs <sup>3)</sup>	1995=100	95,6	83,9	75,2	57,5	63,1	74,9	76,4	49,1	59,2
darunter										
Wohnungsbau	"	86,4	74,7	50,5	55,3	73,2	67,1	82,8	66,4	56,5
gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	72,0	48,8	51,7	63,2	83,6	40,5	56,4
öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	88,4	71,0	76,1	94,7	63,8	54,9	64,1
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,3	23,9	.	.	.	22,8	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 962	6 404	6 965	.	.	.	6 482	.	.
* Brutto lohnsumme	Mill. EUR	111,9	107,2	120,6	.	.	.	115,8	.	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	57,8	62,1	.	.	.	66,0	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	547,0	748,3	.	.	.	725,0	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	667	615	678	698	455	666	906
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	592	538	607	615	405	589	832
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	762	671	733	793	581	764	1 050
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	141	121	135	150	110	138	190
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	165 281	147 798	166 994	183 202	135 382	174 388	238 810
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	195	142	159	160	148	139	105
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	1 763	1 080	1 156	1 209	1 356	1 244	946
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	263	162	179	180	240	214	129
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	250 656	153 932	150 143	164 878	240 407	215 917	140 430
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 730	1 263	1 418	1 543	1 269	1 485	1 947
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	7 943	6 477	7 296	7 766	6 119	7 269	10 055
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel <sup>7)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	81,5	79,2	79,4	.	.	83,4	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	81,1	80,3	80,8	.	.	85,4	...
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	100,4	98,1	98,0	.	.	93,4	...
Einzelhandel <sup>9)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	96,0	117,7	89,6	84,3	105,0	113,2	90,3	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	97,9	119,4	91,6	86,0	106,5	114,9	91,7	...
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	100,8	125,5	94,4	89,2	110,9	123,2	96,8	...
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	109,2	124,3	105,8	99,3	110,3	122,1	104,0	...
Bekleidung	"	101,0	97,4	134,1	94,2	76,0	104,8	128,6	87,8	...
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	114,6	84,6	85,1	99,5	104,2	83,7	...
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,1	87,0	73,0	76,3	100,7	89,6	82,4	...
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,4	99,6	98,2	97,8	95,2	95,1	93,8	...
Kfz-Handel u. Tankstellen <sup>14)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	92,0	.	80,2	85,0	92,6	79,8	80,3	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	95,0	.	82,2	87,6	95,7	82,6	82,9	...
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,4	.	94,3	93,6	93,6	93,2	92,9	...
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,5	96,1	86,7	83,6	84,1	85,9	78,9	75,6
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,3	98,0	89,8	86,9	88,1	90,3	82,9	79,4
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	92,0	85,9	91,4	87,5	85,4	79,7	79,7	80,7
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbiss hallen	"	99,4	94,0	110,0	86,4	85,6	89,1	97,5	83,3	76,8
Kantinen und Caterer	"	101,2	98,1	89,2	91,8	86,0	91,3	93,0	86,2	80,6
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	95,3	99,5	95,9	95,4	91,3	92,6	91,6	91,5

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau, Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtszeitraums. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 9) Sowie Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
AUSSENHANDEL											
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 443,4	2 330,1	2 517,3	2 774,5	2 580,5	...	...	
davon	"										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	91,5	62,4	64,6	69,7	67,4	...	...	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 351,9	2 267,6	2 452,6	2 704,9	2 513,1	...	...	
davon											
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	19,5	16,6	21,8	18,1	16,6	...	...	
* Halbwaren	"	178,3	157,3	140,7	146,0	144,9	157,1	154,9	...	...	
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 191,7	2 105,1	2 285,9	2 529,7	2 341,6	...	...	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	335,5	501,5	510,4	483,8	393,3	...	...	
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 856,1	1 603,5	1 775,5	2 045,9	1 948,3	...	...	
Unter den Fertigwaren waren											
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	...	675,8	725,4	678,6	641,0	...	...	
Maschinen	"	...	383,8	...	355,9	333,2	439,2	415,7	...	...	
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	...	171,8	211,9	356,5	267,9	...	...	
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	...	216,2	229,9	259,9	256,6	...	...	
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	...	138,4	167,0	178,2	139,6	...	...	
davon nach											
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 692,0	1 655,6	1 764,3	1 924,3	1 827,0	...	...	
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 287,7	1 313,8	1 347,8	1 444,5	1 379,0	...	...	
* Afrika	"	47,3	44,1	41,8	33,5	41,2	36,0	32,7	...	...	
* Amerika	"	371,0	348,1	306,2	297,7	348,3	382,8	317,1	...	...	
* Asien	"	360,0	374,6	367,8	325,6	344,2	413,4	383,2	...	...	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	35,5	17,7	19,3	18,0	20,7	...	...	
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	3 812,4	3 373,5	3 453,0	3 790,6	3 812,9	...	...	
davon											
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	181,4	170,2	178,2	185,4	193,0	...	...	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 631,0	3 203,3	3 274,8	3 605,3	3 619,9	...	...	
davon											
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	31,1	59,4	68,4	69,4	61,5	...	...	
* Halbwaren	"	386,4	278,1	268,5	219,0	257,0	268,0	275,0	...	...	
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 331,4	2 924,9	2 949,4	3 267,9	3 283,4	...	...	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	378,3	370,4	335,6	370,0	329,5	...	...	
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 953,1	2 554,5	2 613,9	2 897,9	2 953,9	...	...	
davon aus											
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 668,9	2 215,3	2 180,9	2 495,1	2 565,5	...	...	
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	2 118,1	1 712,0	1 594,4	1 812,9	1 987,2	...	...	
* Afrika	"	91,0	82,1	70,8	42,1	83,8	57,3	84,5	...	...	
* Amerika	"	662,6	521,1	505,1	466,1	552,6	474,3	465,2	...	...	
* Asien	"	724,5	697,3	582,4	644,4	632,6	760,5	691,8	...	...	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	5,2	5,5	3,1	3,6	6,0	...	...	
TOURISMUS <sup>3)</sup>											
* Gästeankünfte	1000	813	796	590	663	670	774	571	663	661	
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	130	175	162	159	136	183	167	
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	1 525	1 731	1 729	1 827	1 487	1 714	1 674	
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	243	381	352	284	258	389	349	
Gästeübernachtungen nach Berichts-											
gemeindegruppen:											
Hellbäder	"	643	629	496	518	541	558	478	487	525	
Luftkurorte	"	124	118	83	77	82	92	85	79	82	
Erholungsorte	"	98	92	67	49	61	52	63	42	48	
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	879	1 086	1 046	1 125	861	1 105	1 020	
darunter Großstädte	"	575	550	420	569	525	542	405	565	505	
VERKEHR											
Binnenschifffahrt											
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 061	1 023	1 100	1 166	1 001	930	918	
davon											
* Güterversand	"	213	214	185	221	181	249	198	200	181	
* Gütereinfang	"	1 037	930	877	801	919	917	803	730	737	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	21 861	27 453	26 744	27 578	22 495	25 651	24 201	
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	19 605	25 506	23 789	25 276	19 924	23 353	21 078	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 425	1 180	1 159	1 579	1 383	1 568	1 250	
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	299	380	1 378	293	761	415	1 527	
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	320	231	248	246	232	187	208	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	2 886	2 374	2 794	3 297	2 950	2 609	2 270	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	1 959	1 634	1 988	2 319	2 007	1 732	1 523	
* Getötete Personen	"	43	42	36	19	40	41	38	37	19	
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	2 738	2 230	2 710	3 144	2 800	2 369	2 003	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>											
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	124 696	.	.	.	119 992	.	.	
davon im											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	123 488	.	.	.	118 826	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	1 208	.	.	.	1 166	.	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	70 757	.	.	.	73 149	.	.	
davon im											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	59 100	.	.	.	60 287	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	11 657	.	.	.	12 862	.	.	
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	254 473	.	.	.	137 823	.	.	
davon aus											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	218 669	.	.	.	115 925	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	35 804	.	.	.	21 899	.	.	
GELD UND KREDIT											
Banken <sup>6)</sup>											
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	559 889	.	.	.	.	.	.	
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	426 563	.	.	.	.	.	.	
davon											
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101	.	74 471	.	.	.	.	.	.	
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	352 092	.	.	.	.	.	.	
Einzinsen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	445 197	.	.	.	.	.	.	
Insolvenzen											
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	280	426	365	487	420	...	...	
davon											
* Unternehmen	"	167	186	173	168	177	201	170	...	...	
* Verbraucher	"	73	100	74	139	77	112	105	...	...	
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	.	29	23	82	81	...	...	
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	33	90	88	92	64	...	...	
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	406 152	624 976	145 669	199 455	276 315	268 033	...	...	
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>											
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	4 685	5 974	5 139	4 919	4 527	...	...	
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	5 313	6 005	4 681	4 826	5 463	...	...	
PREISE											
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	102,4	102,6	103,0	102,6	103,6	103,5	104,0	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	103,8	106,4	106,2	102,3	102,2	103,2	103,8	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	102,3	106,2	105,7	106,0	105,9	110,3	110,6	
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,4	101,0	100,7	99,8	99,4	97,9	98,8	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	102,2	103,1	103,1	103,5	103,7	104,6	104,9	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,3	101,7	101,8	101,5	101,7	101,7	101,7	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	100,9	102,2	102,9	104,1	104,3	106,6	107,1	
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	94,0	94,0	95,7	95,6	95,8	95,5	95,9	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	105,9	100,3	102,1	99,5	105,6	99,7	101,1	
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	105,1	102,7	103,8	103,9	108,6	104,3	104,7	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	102,4 <sup>14)</sup>	102,4 <sup>14)</sup>	.	.	102,4	102,2	.	.	102,2	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	5 298,6	4 065,7	3 068,6	2 574,4	5 178,5	3 380,0	3 140,9	
davon	-	3 014,8	2 722,8	4 678,9	3 694,4	2 575,4	2 250,4	4 479,7	3 006,9	2 497,0	
Gemeinschaftssteuern	-										
davon	-										
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	1 513,6	1 485,5	2 361,1	1 565,1	1 406,8	1 246,5	2 287,5	1 494,2	1 430,5	
veranlagte Einkommensteuer	-	64,1	64,4	546,0	- 45,6	- 119,1	- 104,5	559,7	- 36,6	- 130,7	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	256,6	181,1	150,3	529,0	38,8	31,9	114,4	136,4	42,0	
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	265,7	257,7	224,4	703,2	355,5	202,6	284,4	616,2	401,3	
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	15,1	- 130,1	511,9	- 30,7	- 96,7	- 134,3	397,5	- 6,8	- 117,1	
Umsatzsteuer	-	745,4	727,3	741,6	853,2	861,6	846,3	689,0	685,2	765,1	
Einfuhrumsatzsteuer	-	154,2	136,8	143,7	120,1	128,5	161,9	147,2	118,3	106,0	
Bundessteuern	-	278,4	292,9	428,7	225,8	352,9	200,4	483,5	211,4	483,3	
darunter	-										
Mineralölsteuer	-	41,9	52,0	98,1	20,5	25,9	58,4	123,3	5,4	29,1	
Versicherungssteuer	-	67,9	78,1	16,0	57,1	205,6	61,7	38,0	48,9	335,5	
Zölle <sup>3)</sup>	-	11,5	9,0	8,9	7,9	8,8	9,5	10,0	5,8	7,4	
Landesteuern	-	141,3	126,8	106,0	149,7	100,2	111,1	112,6	153,8	120,6	
darunter	-										
Vermögensteuer	-	3,3	3,9	2,1	4,2	0,7	1,4	2,3	4,1	1,8	
Erbschaftsteuer	-	23,6	18,0	20,3	18,7	2,3	20,1	23,6	26,8	17,6	
Grundwerbsteuer	-	43,5	41,4	38,0	39,9	35,7	32,6	40,8	43,7	29,6	
Kraftfahrzeugsteuer	-	53,2	48,9	33,0	71,1	45,3	40,1	34,3	63,7	43,1	
Gewerbsteuerumlage	-	26,5	30,5	76,0	- 12,1	31,2	3,0	92,7	2,1	32,6	
		2001	2002	2001			2002				
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Jan.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1342,5	2 056,0	
der Gemeinden und Gemeindeverbände	-										
davon	-										
Grundsteuer A	-	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	
Grundsteuer B	-	154,9	152,3	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	
Gewerbsteuer nach Ertrag und	-										
Kapital (brutto)	-	491,5	561,4	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	597,2	584,3	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	
andere Steuern <sup>5)</sup>	-	16,0	15,4	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	
		2001	2002	2001			2002				
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	
VERDIENSTE <sup>7)</sup>											
Arbeiterverdienste											
(Im Produzierenden Gewerbe)											
* Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 899	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937	1 938	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 768	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	
Angestelltenverdienste											
(Bruttonomatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	
* männlich	-	3 843	3 941	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	
* weiblich	-	2 863	2 963	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 080	3 365	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	
* männlich	-	3 380	3 725	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	
* weiblich	-	2 617	2 823	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im	-										
Produzierenden Gewerbe; In Handel <sup>8)</sup> ,	-										
Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 487	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.



# Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT  
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

## Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben  
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie  
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

---

Nr. 2

April 2003

7. Jahrgang

---

### Inhalt

- ◆ DV-gestützte Erfassung und Auswertung von Abfallanalysendaten . . . 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel . . . . . 10

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.  
Er wird gemeinsam herausgegeben  
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie  
und dem Hessischen Statistischen Landesamt  
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“  
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden  
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie  
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0  
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung  
eines Belegexemplares gestattet.

## DV-gestützte Erfassung und Auswertung von Abfallanalysendaten

Zu Beginn des Jahres 2002 wurde zwischen dem Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen (LUA NRW) und dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen. Sie umfasst die gemeinsame Nutzung und Weiterentwicklung der Abfallanalysendatenbank (ABANDA) des LUA NRW. Die Abfallanalysendatenbank wurde innerhalb des LUA NRW unter MS-Access 2.0 entwickelt. Die Datenbank dient der systematischen Erfassung und Bereitstellung von Abfallanalysen, der Ermittlung von Leitparametern, typischen Schadstoffen einer Abfallart und dem Auffinden entsprechender Verwertungs- und

Beseitigungswege. Im Rahmen der oben beschriebenen Verwaltungsvereinbarung stellt das LUA NRW dem HLUG seine Abfallanalysendatenbank zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung. Im Gegenzug werden dem LUA NRW durch das HLUG erfasste, anonymisierte Analysendaten übermittelt.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) soll die vom LUA NRW entwickelte Datenbank zu einer „bundesweiten Abfalldatenbank“ ausgebaut werden.

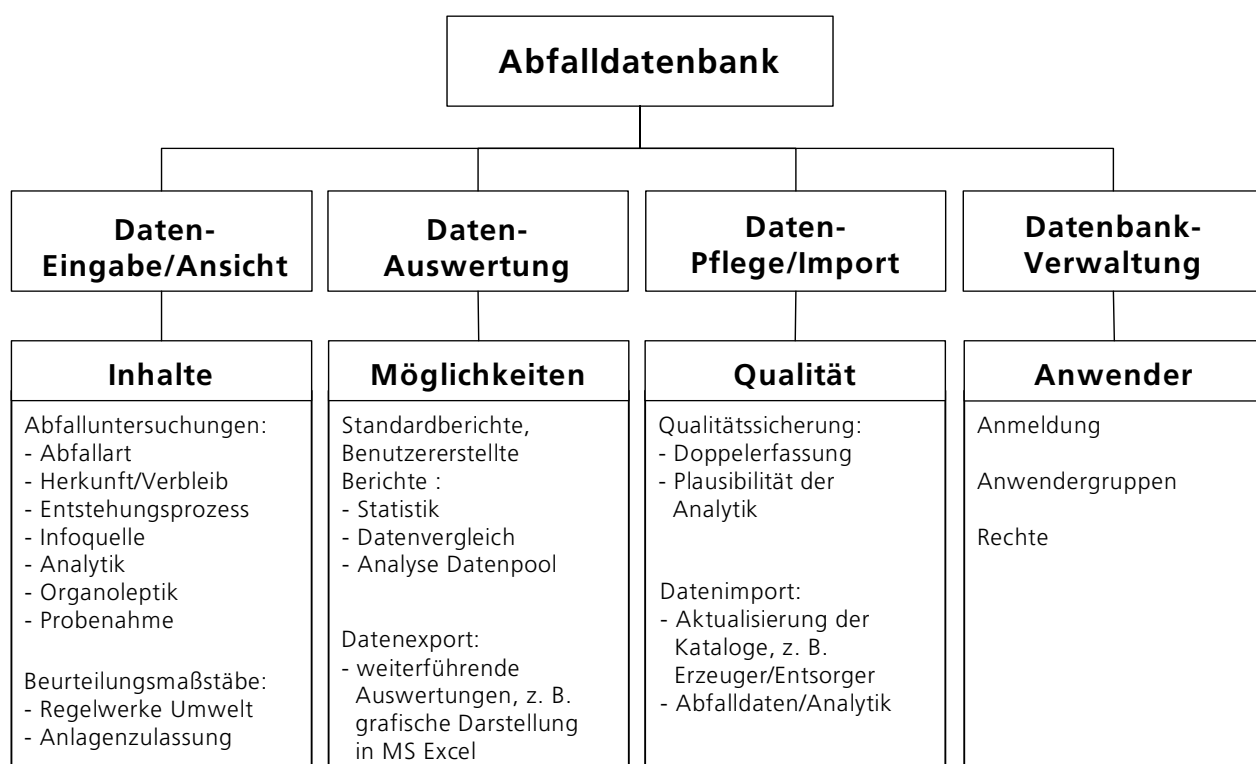


Abbildung 1: Inhaltliche Struktur der Forschungsdatenbank

Neben dem LUA NRW sind das Niedersächsische Landesamt für Ökologie (NLÖ) und das Ingenieurbüro TAUW GmbH am BMBF Projekt beteiligt. Das HLUG ist als Mitglied im Projektbeirat vertreten. Das Ziel des Vorhabens besteht darin, die Abfallanalysendatenbank in eine browserfähige Version (Client-Server-Konzept) umzuwandeln. Der online-Zugriff auf den Datenbankserver (Standort: Düsseldorf) wird über das bundesweite Behördennetz TESTA ermöglicht. Als

Clients fungieren derzeit das LUA NRW, das NLÖ und das HLUG.

Zurzeit werden die bisher im Dezernat W5 in Aktenform vorliegenden Analysendaten gesichtet und nach Vorauswahl bestimmter Abfallarten manuell in die Abfallanalysendatenbank eingegeben bzw. wenn die Analysenergebnisse in entsprechenden Formaten vorliegen (z. B. Excelformat), können sie direkt in die Datenbank importiert werden.



## Testa-Anbindung der Clients

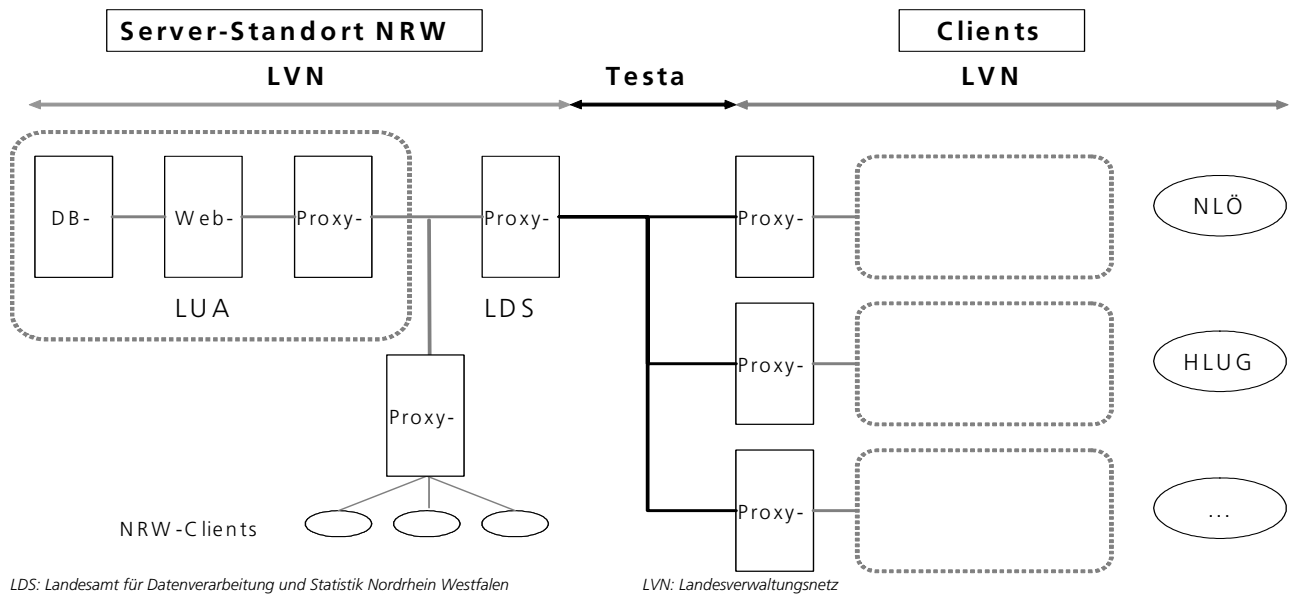


Abbildung 2: Technisches Konzept für den bundesweiten online-Zugriff auf die Datenbank

Das Screenshot zeigt die Benutzeroberfläche der Software 'LUA WEBAPPS V1.0' mit dem Titel 'Abfallbericht bearbeiten'. Die Oberfläche ist in mehrere Bereiche unterteilt:

- Navigation:** Ein Baumdiagramm zeigt die Hierarchie der Abfälle. Die ausgewählte ID ist 110109.
- Abfallart:** Ein Tabularien mit den Tabs 'Herkunft/Verbleib' und 'Proben'. Die ausgewählte Abfallart ist 'Schlämme und Filterkuchen, die gefährliche Stoffe enthalten'.
- Abfallbeschreibung:** Ein Bereich zur Eingabe von Details zum Abfall, darunter:
  - Ortsübliche Bezeichnung:** Aluminiumhydroxidschlamm
  - Kennzeichnung:** Filterpressenschlamm aus Neutralisationsanlage
  - Entstehung:** Verarbeitung von Teilen aus Al, Stahl, Zink; Behandlung in Bädern; Spülwässer werden neutral
  - Komponenten:** Chrom-III-oxid, Aluminiumoxid, Calciumoxid,
  - Gefahrstoffe:** Chrom-III-oxid

Die Tabelle unten zeigt die Liste der Abfälle:

ID	AVV-AS	EAK-AS
22598	110109	110104
22676	110109	110104
22794	110109	190201
22795	110109	110103
22796	110109	110104
22797	110109	110104
22798	110109	110104
22799	110109	110104
22800	110109	110103
22801	110109	190201
22802	110109	110103
22803	110109	110104
22804	110109	110104

Abbildung 3: Eingabemaske für Daten aus Abfalluntersuchungen

Ziel ist es, die momentan in der lokal vorhandenen Analysendatenbank erfassten Analysen direkt in die Forschungsdatenbank einzugeben. Nach Angaben des LUA NRW ist mit der Fertigstellung des Eingabemoduls ab März 2003 zu rechnen. Dann kann vom HLUG aus über das Testa-Netz direkt auf den Datenbankserver in Düsseldorf zugegriffen und Analysendaten online eingegeben werden.

Schwerpunktmäßig wurde von hessischer Seite die Abfallanalysendatenbank bisher dazu genutzt, die Analyseergebnisse aus dem Projekt „Untersuchung von Galvanikschlamm aus hessischen Betrieben“ zu erfassen.

Im Jahr 2001 wurde auf Anregung der Staatlichen Umweltämter das HLUG mit der Durchführung von Untersuchungen in galvanotechnischen Betrieben beauftragt. Seitens der Staatlichen Umweltämter wurden insgesamt 24 galvanotechnische Betriebe für Probenahmen benannt. Bei den Betrieben handelte es sich um 15 Lohngalvaniken und 9 Betriebsgalvaniken. In den Lohngalvaniken wurden hauptsächlich die Oberflächen von Werkstücken veredelt, die aus Stahl, Zink und Kupfer bestanden. In den Betriebsgalvaniken wurden vorwiegend die Oberflächen von Werkstücken aus Zink, Nickel, Kupfer, Titan, Aluminium, Neusilber und Kunststoff veredelt. Auf Grund der wechselnden Auftragseingänge bei den Lohngalvaniken ist davon

auszugehen, dass bei der Zusammensetzung der Abwässer große Schwankungsbreiten auftreten. Dementsprechend wurden die in den Lohn- und Betriebsgalvaniken anfallenden Galvanikschlamm insgesamt dreimal hintereinander in Abständen von etwa ein bis zwei Monaten durch das HLUG beprobt. Zur Untersuchung der Galvanikschlamm wurden u. a. die Röntgenfluoreszenzanalytik (RFA) und die optische Emissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma (ICP-OES) eingesetzt. Die Ergebnisse der vorliegenden Galvanikschlammanalysen wurden aus dem LaborinformationsManagementsystem (LIMS) in ABANDA importiert. Nun können die verschiedenen Auswertemöglichkeiten, die die Datenbank zur Verfügung stellt, genutzt werden. Dazu sind in der Datenbank umfangreiche Regelwerke und Grenzwertelisten hinterlegt.

Anhand des Grenz- und Richtwerteabgleiches können beispielsweise Aussagen zum Gefährdungspotenzial ausgewählter Abfälle/Abfallarten abgeleitet sowie mögliche Verwertungs- und Beseitigungswege beurteilt werden.

Grundsätzlich können Galvanikschlamm nach der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) vom 12.12.2001 (BGBl. I S. 3379 ff) unter folgende AVV-Abfallschlüssel eingestuft werden:

Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung
<b>11 01</b>	Abfälle aus der chemischen Oberflächenbearbeitung und Beschichtung von Metallen und anderen Werkstoffen (z. B. Galvanik, Verzinkung, Beizen, Ätzen, Phosphatieren, alkalisches Entfetten und Anodisierung)
11 01 08*	Phosphatierschlamm
11 01 09*	Schlamm und Filterkuchen, die gefährliche Stoffe enthalten
11 01 10	Schlamm und Filterkuchen, mit Ausnahme derjenigen, die unter 11 01 09 fallen
11 01 15*	Eluate und Schlamm aus Membransystemen oder Ionenaustauschsystemen, die gefährliche Stoffe enthalten
<b>19 02</b>	Abfälle aus der physikalisch-chemischen Behandlung von Abfällen (einschließlich Dechromatisierung, Cyanidentfernung, Neutralisation)
19 02 05*	Schlamm aus der physikalisch-chemischen Behandlung von Abfällen, die gefährliche Stoffe enthalten
19 02 06	Schlamm aus der physikalisch-chemischen Behandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 02 05 fallen

Bei den mit Sternchen (\*) versehenen gefährlichen Abfällen handelt es sich um besonders überwachungsbedürftige Abfälle gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz. Bei ihnen ist davon auszugehen, dass sie eine oder mehrere der im Anhang III der Richtlinie

91/689/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 über gefährliche Abfälle (ABl. EG Nr. L 377 S.20) aufgeführten Eigenschaften (H-Kriterien) erfüllen (§ 3 Abs. 2 AVV). Als gefährliche Stoffe in Galvanikschlämmen sind z. B. zu werten:

<b>Stoff</b>	<b>Einstufung (gemäß Anhang I Richtlinie 67/548/EWG)</b>	<b>H-Kriterium (gemäß Anhang III Richtlinie 91/689/EWG)</b>	<b>Besondere Überwachungsbedürftigkeit (gemäß Grenzwerte § 3 AVV)</b>
Antimonverbindungen	gesundheitsschädlich; R20/22 umweltgefährlich; R51/53	H5 H14	bei einer Gesamtkonz. von $\geq 25$ % nicht spezifiziert
Arsenverbindungen	giftig; R23/25 umweltgefährlich; R50/53	H6 H14	bei einer Gesamtkonz. $\geq 3$ % nicht spezifiziert
Salze der Blausäure (Cyanide, mit Ausnahme der komplexen Cyanide)	sehr giftig; R26/27/28 R32 umweltgefährlich; R50/53	H6 H12 H14	bei einer Gesamtkonz. $\geq 0,1$ % nicht spezifiziert nicht spezifiziert
Bleiverbindungen	fortpflanzungsgefährdend, Kategorie 1 u. 3; R61, R62 gesundheitsschädlich; R20/22 umweltgefährlich; R50/53 R33	H10 H5 H14 –	bei einer Konzentration $\geq 0,5$ % bei einer Gesamtkonz. von $\geq 25$ % nicht spezifiziert
Cadmiumsulfid	krebserzeugend, Kategorie 3; R40 giftig; R48/23/25 gesundheitsschädlich; R22 R53	H7 H6 H5 H14	bei einer Konzentration $\geq 1$ % bei einer Gesamtkonz. $\geq 3$ % bei einer Gesamtkonz. von $\geq 5$ % nicht spezifiziert
Chrom(VI)-Verbindungen (Chromate, mit Ausnahme von Bariumchromat)	krebserzeugend, Kategorie 2; R49 umweltgefährlich; R50/53 R43	H7 H14 H4	bei einer Konzentration $\geq 0,1$ % nicht spezifiziert nicht spezifiziert
Kupfer	Es sind keine gefährlichen Kupferverbindungen (außer u.U. CuCN) in den Galvanikschlämmen zu erwarten		
Nickeldihydroxid	krebserzeugend, Kategorie 3; R40 gesundheitsschädlich; R20/22 umweltgefährlich; R50/53 R43	H7 H5 H14 H4	bei einer Konzentration $\geq 1$ % bei einer Gesamtkonz. von $\geq 25$ % nicht spezifiziert nicht spezifiziert
Nickelsulfid	R49 R43 umweltgefährlich; R50/53	H7 H4 H14	bei einer Konzentration $\geq 0,1$ % nicht spezifiziert nicht spezifiziert
Quecksilberverbindungen, anorganische (mit Ausnahme Quecksilbersulfid)	sehr giftig; R26/27/28 umweltgefährlich; R50/53 R33	H6 H14 –	bei einer Gesamtkonz. $\geq 0,1$ % nicht spezifiziert
Zink	Es sind keine gefährlichen Zinkverbindungen in Galvanikschlämmen zu erwarten (Ausnahme Zinkchromat: krebserzeugend, Kategorie 1 R45; gesundheitsschädlich R22; umweltgefährlich R50/53; R43)		
Zinn	Es sind keine gefährlichen Zinnverbindungen in Galvanikschlämmen zu erwarten		

Die %-Angaben der gefährlichen Stoffe beziehen sich auf die zur Entsorgung bereitstehenden Schlämme (Originalsubstanz), d.h. der Wassergehalt ist mit zu berücksichtigen.



Im Hinblick auf die Beurteilung der Schadstoffbelastung sowie des von den Galvanikschlämmen ausgehenden Gefährdungspotenzials können die umfangreichen statistischen Auswertemöglichkeiten der Abfallanalysendatenbank genutzt werden. Generell können sie im Rahmen der

Abfallbeurteilung/-einstufung sinnvoll eingesetzt werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine statistische Auswertung über die in der Abfallanalysendatenbank unter dem AVV-Abfallschlüssel 11 01 09\* erfassten Abfallanalysen.

Tabelle 1: Untersuchungsergebnisse von Galvanikschlämmen mittels RFA

**Statistik über die Analysen einer Abfallart**

Abfallart	11 01 09*      Schlämme und Filterkuchen, die gefährliche Stoffe enthalten			
Verfahren: Originalsubstanz/RFA				
Parameter	Minimum	Maximum	Mittelwert <sup>1)</sup>	90-Perzentil
[mg/kg] TS				
Aluminium	200	127.400	9.965	24.740
Antimon	100	5.000	156	100
Arsen	50	100	99	100
Barium	100	348.900	10.989	605
Blei	90	100.000	2.981	2.166
Cadmium	100	37.190	1.115	100
Calcium	1.100	229.800	95.440	201.290
Chrom (gesamt)	80	296.240	36.509	98.769
Eisen	600	240.000	62.450	159.300
Kalium	100	6.700	1.517	3.700
Kobalt	50	3.110	228	500
Kupfer	140	567.170	62.921	184.115
Magnesium	100	22.700	3.178	6.080
Mangan	100	12.900	1.373	3.940
Molybdän	30	4.630	151	100
Natrium	100	113.900	13.033	26.870
Nickel	100	329.760	44.097	185.026
Niob	70	1.100	126	100
Phosphor	200	115.300	19.989	58.890
Schwefel	1.000	178.500	46.371	104.610
Selen	60	1.200	129	100
Silber	100	40.000	1.263	1.300
Strontium	30	480	117	210
Titan	100	25.400	831	420
Vanadium	100	1.200	117	100
Zink	80	349.570	61.857	212.690
Zinn	100	350.000	17.142	67.000
Zirkon	30	750	111	100

1) Signifikant fallweise nur 2 oder 3 Stellen. Mehr Stellen ergeben sich rein rechnerisch.

Dargestellt werden in Tabelle 1 die Analysenergebnisse aus der Untersuchung der Abfälle mit der Röntgenfluoreszenzanalytik (RFA). Die RFA hat sich im Rahmen der Untersuchung von Galvanikschlamm als geeignet erwiesen. Neben den ausgewählten Parametern werden in der Tabelle die ermittelten Minimum- und Maximumwerte sowie Mittelwerte und die 90-Perzentil Werte der untersuchten Abfallart gegenübergestellt.

Neben den obigen Ergebnissen aus den RFA-Untersuchungen (Tabelle 1) liegen in der Abfallanalysendatenbank umfangreiche Eluatuntersuchungen zu der ausgewählten Abfallart vor. In der folgenden Tabelle 2 werden die Minimum- und Maximumwerte sowie Mittelwerte und die 90-Perzentil Werte der untersuchten Parameter dargestellt. Vergleichend dazu sind die Zuordnungswerte für die Deponieklasse II aus dem Anhang I der Abfallablagerechtsverordnung (AbfAbIV) aufgeführt.

Tabelle 2: Eluatuntersuchungen von Galvanikschlämmen

**Statistik über die Analysen einer Abfallart**

Abfallart	11 01 09* Schlämme und Filterkuchen, die gefährliche Stoffe enthalten					
Verfahren: Eluat/S4 Dest						
Parameter	Minimum	Maximum	Mittelwert <sup>1)</sup>	90-Perzentil	AbfAbIV (Anhang I) DK II	Einheit
pH-Wert (20°C)	4,3	12,8			5,5–13,0	
Leitfähigkeit (20°C)	29	28.000	610	830	≤5.000	mS/m
TOC	0,0002	1500	87,7	206	≤100	mg/l
Aluminium	0,0002	563	5,8	2,4		mg/l
Ammonium	0,0025	330	11,2	29,4	≤200	mg/l
Antimon	0,001	4,7	0,23	0,5		mg/l
AOX	0,003	554	3,9	1,3	≤1,5	mg/l
Arsen	0,0001	0,5	0,03	0,1	≤0,5	mg/l
Blei	0,001	57	0,25	0,2	≤1	mg/l
Cadmium	0,0002	45	0,12	0,05	≤0,1	mg/l
Chlorid	0,02	18.000	854	2.100		mg/l
Chrom (gesamt)	0,001	115	0,88	0,81		mg/l
Chrom-(VI)	0,009	102	0,54	0,44	≤0,1	mg/l
Cyanide (gesamt)	0,002	800	4,6	0,5		mg/l
Cyanide (leicht freisetzbar)	0,002	18,6	0,17	0,18	≤0,5	mg/l
Fluorid	0,01	350	7,7	17	≤25	mg/l
Kupfer	0,0004	1.600	4,4	1,3	≤5	mg/l
Mangan	0,0012	89,3	1,3	0,48		mg/l
Nickel	0,001	620	2,2	1,7	≤1	mg/l
Nitrit	0,0025	300	6,8	10	≤30 <sup>2)</sup>	mg/l
Phenole gesamt	0,01	1	0,29	0,98	≤50	mg/l
Quecksilber	0,00002	3,8	0,03	0,005	≤0,02	mg/l
Sulfat	0,07	13.000	1.000	2.400		mg/l
Zink	0,0007	3.600	14,0	2,2	≤5	mg/l
Zinn	0,001	17,4	0,2	0,3		mg/l

1) Signifikant fallweise nur 2 oder 3 Stellen.

2) Zuordnungswert für Nitrit aus Anhang D TA-Abfall.

Die dargestellten statistischen Auswertemöglichkeiten der Abfallanalysendatenbank können im Rahmen der Abfallbeurteilung sinnvoll eingesetzt werden. Die in der Tabelle 1 aufgeführten Ergebnisse der RFA-Untersuchung liefern einen ersten Überblick über die in den Galvanikschlämmen vorliegenden Gesamtmetallgehalte. Die Analyseergebnisse spiegeln deutlich die Schwankungsbreite, die innerhalb der Zusammensetzung der Galvanikschlämme vorliegt, wider. Diese ist mit denen in der Galvanotechnik eingesetzten unterschiedlichen Verfahrenstechniken sowie Abwasserbehandlungsverfahren zu erklären. Im Hinblick auf die Abfalleinstufung von Galvanikschlämmen nach Abfallverzeichnisverordnung (AVV), können die Ergebnisse der RFA-Untersuchung (Tabelle 1) sowie die Untersuchungen im Eluat (Tabelle 2) herangezogen werden. Die Ergebnisse der Eluatuntersuchung wurden den Zuordnungswerten des Anhangs I der Abfallablagerungsverordnung für die Deponieklasse II gegenübergestellt. Die Mittelwerte für die Parameter AOX, Cadmium, Chrom (VI), Nickel, Quecksilber und Zink übersteigen die Zuordnungswerte des Anhangs I für die Deponieklasse II. Es wird deutlich, dass Galvanikschlämme dieser Zusammensetzung die Anforderungen der Abfallablagerungsverordnung nicht erfüllen. Die RFA-Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Galvanikschlämme Stoffe enthalten, die nach Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG u. a. als gesundheitsschädlich, umweltgefährlich, krebserzeugend, sehr giftig und fortpflanzungsgefährdend eingestuft werden. Galvanikschlämme weisen somit gemäß Gefahrstoffverordnung gefährliche Eigenschaften auf. Sie werden mit den entsprechenden Gefahrenhinweisen (R-Sätze) gekennzeichnet. Gemäß § 3 Abs. 2 AVV werden gefährliche Abfallarten als besonders überwachungsbedürftig einge-

stuft, wenn sie eine oder mehrere der in Anhang III der Richtlinie 91/689/EWG des Rates vom 12.12.1991 über gefährliche Abfälle aufgeführten Eigenschaften (H-Kriterien) erfüllen. Zieht man die RFA-Untersuchungsergebnisse heran, so weist der Galvanikschlamm einige unter § 3 Abs. 2 AVV aufgeführten Einstufungsmerkmale auf. Beispielsweise wird für Blei in der Originalsubstanz ein Maximalwert von 100 000 [mg/kg] TS ermittelt. Bleiverbindungen werden u. a. als fortpflanzungsgefährdend, Kategorie 1 und 3 eingestuft und mit dem Gefahrenhinweis R61/62 gekennzeichnet. Auf Grund des Bleigehaltes wird hier das Einstufungsmerkmal Nr. 11 § 3 Abs. 2 AVV erfüllt.

Anhand dieser statistischen Auswertungen am Beispiel der Galvanikschlämme wurde gezeigt, welche Möglichkeiten die Abfallanalysendatenbank bietet und wie sie im Rahmen der Abfallbeurteilung, z. B. zur Abschätzung des Schadstoffpotenzials eines Abfalls/Abfallart und der damit verbundenen Festlegung des Entsorgungsweges, eingesetzt werden kann. Die Abfallanalysendatenbank bietet darüber hinaus einen Überblick über die Metallgehalte von Galvanikschlämmen für eine Verwertungsprüfung und zur Klärung der Frage, ob eine Aufarbeitung des Abfalls zur Rückgewinnung von Metallen, insbesondere unter Berücksichtigung möglicher Störstoffe, wirtschaftlich möglich ist.

An dieser Stelle möchte ich mich beim LUA NRW für seine Mitarbeit bei der Erstellung dieses Berichts bedanken.

Andrea Schmidt



## Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen .....	11
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten .....	12
3. Luftbelastung nach Messstellen .....	14

*Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel*  
1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001				2002			
		Durchschnitt		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Lufttemperatur</i>	<i>Mittel</i> <i>[°C]</i>										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		11,6	10,8	4,67	13,9	18,1	10,8	5,0	14,7	17,9	7,1
<i>Niederschlag</i>	<i>Summe</i> <i>[mm]</i>										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	„	765	-	-	178	251	-	191	-	-	-
Marburg- Lahnberge	„	726	829	231	203	214	180	232	197	276	274
Schotten- Eichelsachsen	„	866	957	255	196	241	265	279	170	236	327
<i>Abfluss</i>	<i>Mittel</i> <i>[m³/s]</i>										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	„	13,9	13,3	18,1	13,0	8,03	13,9	27,6	19,6	15,3	20,9
Rotenburg/Fulda		22,6	24,8	46,1	22,0	10,1	20,8	61,6	25,0	11,7	34,3
ABlar/Dill		8,90	10,5	21,7	8,10	2,80	9,17	25,5	5,63	2,67	14,7
Marburg/Lahn	„	14,9	19,9	37,9	13,5	9,70	18,4	41,7	13,0	9,00	26,2
Hanau/Kinzig	„	10,1	13,0	24,6	10,0	4,70	12,5	30,7	8,67	4,77	16,0
Bad Vilbel/Nidda	„	10,2	14,7	28,4	11,5	5,50	13,5	29,3	10,4	5,60	17,8
<i>Talsperren</i>	<i>Mittel</i> <i>[Mio m³]</i>										
Edertalsperre	„	151	158	177	199	139	158	169	200	180	121
Diemeltalsperre	„	15,0	14,0	16,5	19,5	14,6	14,0	14,8	19,3	17,3	12,7
<i>Grundwasserstand</i>	<i>Mittel</i> <i>[NN + m]</i>										
Messstelle: Bracht	„	257,84	258,20	258,09	258,78	258,17	257,76	257,76	258,61	258,90	258,47
Bauschheim	„	86,56	86,86	87,14	87,28	86,51	86,50	86,62	87,03	86,79	86,41
Lampertheim	„	87,22	87,36	87,61	87,82	86,99	87,01	87,11	87,53	87,35	87,30
Beberbeck	„	225,28	224,59	224,53	224,88	224,62	224,33	224,36	225,32	226,27	226,13
Zell	„	314,21	314,49	314,26	314,79	314,63	314,28	314,22	314,46	314,81	314,68
Schwalbach	„	272,65	273,82	274,72	275,16	273,29	272,10	272,29	274,75	274,78	272,83
Kath. Willenroth	„	295,99	296,34	296,20	296,82	296,33	296,01	296,13	296,92	296,92	296,46
Langstadt	„	128,23	128,96	128,47	129,20	129,19	128,99	128,99	129,48	130,01	129,94
Weissenborn	„	214,27	213,71	213,46	215,44	213,86	212,07	212,16	215,55	215,88	214,57

## 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2001				2002			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0										
Abfluss	m³/s	253	402	300	116	217	599	229	130	373
Temperatur	Grad C	14	5,9	15,4	21	9,8	6,1	16,7	21,5	10,3
Sauerstoff	mg/l	10,4	12,4	11,3	6,8	10,9	12,5	11,4	6,7	10,6
pH		7,8	7,7	8	7,5	7,8	7,9	8,3	7,7	7,8
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,08	0,1	0,09	<0,07	0,05	0,17	0,11	<0,07	0,17
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	5,2	4,9	4,4	4,0	4,7	4,8	4,7	4,7	4,9
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	5,5	6,0	5,3	5,6	5,4	5,6	5,6	6,0	6,1
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,06	<0,05	<0,05	0,07	0,08	0,12	0,06	0,11	0,11
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,19	0,22	0,14	0,21	0,18	0,16	0,15	0,2	0,15
Leitfähigkeit	mS/m	71	58	64	76	67	58	69	77	67
Chlorid	mg/l	53	41	42	60	48	41	44	55	37
TOC	mg/l	4,3	2,2	6,2	4,6	5,6	6,8	6,0	5,1	7,5
EDTA	µg/l	12,4	10,1	10,4	17,4	13,2	6,3	9,5	11,3	9,1
Messstation Oberbiel Lahn Flusskm 19,1 <sup>3)</sup>										
Abfluss	m³/s	35,8	88,2	30,5	13,6	16,4	103	29	17	55
Temperatur	Grad C	12,2	4,8	13,6	18,4	7,8	5,4	14,5	18,2	8,3
Sauerstoff	mg/l	10,7	11,7	10,7	8,9	11,1	11,6	10,5	8,7	11,0
pH		8,1	7,7	7,8	7,7	7,6	7,5	7,8	7,6	7,6
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,13	0,19	0,09	0,07	0,11	0,19	0,10	0,09	0,13
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,8	3,2	3,2	3,9	3,4	3,2	3,4	3,9	3,5
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,4	3,9	3,7	4,7	3,9	3,7	4,0	4,9	4,6
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,09	<0,05	<0,05	<0,05	0,06	0,09	0,06	0,05	0,06
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,21	0,16	0,17	0,23	0,16	0,14	0,15	0,23	0,13
Leitfähigkeit <sup>3)</sup>	mS/m	34	26	31	37	29	22	32	35	28
Chlorid	mg/l	30	26	25	31	26	24	25	31	23
TOC	mg/l	3,9	3,6	3,7	4,0	4,2	3,6	4,4	5,2	5,1

Anmerkungen siehe Seite 14.



Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2001				2002			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9										
Abfluss	m³/s	50,4	70	56	23	45	117	55	27	79
Temperatur	Grad C	10,1	5,7	14,5	18,9	7,8	5,7	14,4	18,2	8,9
Sauerstoff	mg/l	12,1	13,5	13,4	12	11,1	11,6	11,6	12,8	11,1
pH		8,1	8,1	8,3	8,3	7,6	7,9	8,2	8,3	8,0
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,15	0,17	<0,07	0,12	0,1	0,14	0,10	0,14	0,12
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,2	4,4	3,9	2,8	3,8	4,2	3,9	3,8	4,3
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,5	5,9	4	3,6	4,4	5,0	4,8	5,6	5,5
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,06	0,09	<0,05	0,08	0,15	0,13	0,12	0,16	0,14
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,14	0,2	0,15	0,21	0,17	0,17	0,15	0,2	0,18
Leitfähigkeit	mS/m	450	477	471	430	455	387	422	387	450
Chlorid	mg/l	996	1278	1204	1271	1247	908	1080	1100	918
TOC	mg/l	4	5,8	4,6	6,3	5,4	5,0	4,8	6,7	7,2
Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5										
Abfluss	m³/s	65	111	67	34	54	155	69	46	96
Temperatur	Grad C	11,5	4,6	17,1	17,9	7,9	4,9	14,1	17,4	8,1
Sauerstoff	mg/l	11,1	10,8	11,7	9,3	10,3	10,6	11,1	9,2	10,2
pH		7,8	7,6	7,9	7,7	7,5	7,6	7,9	7,8	7,5
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,14	0,2	0,07	<0,07	0,11	0,16	0,15	0,11	0,13
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,4	3,8	3,5	3,0	3,5	3,9	3,4	3,1	3,5
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4	4,3	4,0	3,9	4	4,6	4,3	4,5	4,4
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	<0,05	0,06	<0,05	0,09	0,12	0,10	0,09	0,09	0,09
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,12	0,17	0,15	0,18	0,16	0,15	0,14	0,18	0,17
Leitfähigkeit	mS/m	47,5	41	46	46	43	3,8	44	46	44
Chlorid	mg/l	50	42	45	51	47	43	39	43	37
TOC	mg/l	3,5	4,8	4,7	4,4	5,8	4,6	5,9	5,7	5,7
EDTA	µg/l	2,9	2,1	1,9	2,0	2,7	1,2	1,4	1,9	1,5

## Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2001				2002			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messstation Mainz- Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5										
Abfluss	m³/s	2112	2180	2622	1737	1476	2279	1832	1684	2592
Temperatur	Grad C	14,5	7,7	15,5	21,2	11,2	7,4	16,1	21,3	
Sauerstoff	mg/l	8,2	11,5	10,1	8,4	10,7	11,9	9,8	8,2	
pH		7,9	7,9	7,9	7,8	7,9	7,8	8,0	7,9	
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,07	0,11	0,06	0,03	0,06	0,07	0,03	0,03	
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	2,5	3,2	2,1	1,7	2,5	2,9	2,4	1,8	
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	3,3	3,8	2,4	1,9	2,9	3,3	2,8	2	
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,05	0,06	0,04	0,05	0,07	0,08	0,04	0,04	
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,08	0,11	0,06	0,07	0,1	0,1	0,1	0,07	
Leitfähigkeit	mS/m	45	45	46	41	50	47	47	45	
Chlorid	mg/l	56	51	39	41	55	-	-	-	
TOC	mg/l	3,5	3,6	2,9	2,5	3,3	4,2	3,0	2,9	
EDTA	µg/l	5,1	5,3	2,9	2,8	5,4	4,2	4,7	-	

1) = Gesamt - N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).

2) = Gesamt - P = Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.

3) = vorl. Abflusswerte.

## 3. Luftbelastung nach Messstellen a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	14,9	16,5	7,4	3,3	12,9	17,2	6,0	4,3	13,6	17,3	5,5
Gießen (Mittelhessen)	14,2	16,3	6,9	3,5	13,7	17,4	5,8	4,3	14,0	17,1	5,9
Viernheim (Süd Hessen)	16,6	18,4	8,5	5,4	15,1	18,9	6,5	5,4	15,4	18,2	7,5

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
b) Stickstoffmonoxid in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	2	2	4	4	2	2	2	4	2	2	4
Bebra	6	9	16	14	5	6	15	10	5	7	16
Borken	2	4	7	7	2	4	7	6	2	4	9
Darmstadt	7	10	29	24	6	7	29	22	5	7	25
Darmstadt-Hügelstraße	140	180	138	150	129	124	153	119	127	140	148
Dillenburg	30	36	52	57	29	34	59	41	29	41	55
Ffm.-Friedberger Landstraße	75	76	116	96	51	65	112	76	50	57	102
Ffm.-Höchst	22	27	70	62	16	20	57	45	16	22	61
Ffm.-Ost	24	32	77	47	19	25	59	42	16	17	51
Frankenberg	2	2	6	4	2	2	4	6	2	2	5
Fulda	34	39	50	51	24	27	54	37	26	35	50
Fürth/Odenwald	2	2	2	4	2	2	4	4	2	2	4
Gießen	21	26	56	51	19	21	64	42	17	24	52
Grebenau	2	4	4	4	2	2	4	4	2	2	5
Hanau	20	26	57	46	19	22	56	41	19	22	55
Kassel Fünffensterstraße	52	67	104	84	46	59	90	66	46	51	84
Kassel-Nord	19	27	36	42	17	19	41	26	17	21	44
Königstein	2	2	5	5	2	2	5	4	2	2	5
Lampertheim	6	9	26	14	4	6	22	17	4	6	21
Limburg	12	16	42	36	10	11	39	29	11	11	35
Linden	9	9	17	17	5	6	20	16	5	9	21
Marburg	7	12	39	30	6	9	29	22	7	9	29
Michelstadt	6	7	26	20	5	5	20	16	5	5	21
Nidda	4	5	9	7	4	5	11	9	4	4	9
Offenbach	11	17	39	35	10	15	45	34	7	11	34
Raunheim	16	24	56	47	11	14	46	35	10	15	46
Riedstadt	7	10	30	24	5	6	25	20	5	6	22
Spessart	2	2	4	4	2	2	4	2	2	2	4
Viernheim	10	14	40	34	7	9	37	29	7	9	34
Wasserkuppe	-	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Wetzlar	22	25	72	62	21	16	55	39	16	16	61
Wiesbaden-Ringkirche	64	79	121	97	55	64	116	87	49	61	111
Wiesbaden-Süd	14	19	54	41	11	12	46	29	10	14	44
Witzenhausen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4
Zierenberg	2	2	4	4	2	2	4	4	2	2	5



Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	8	10	16	17	8	7	15	16	8	9	18
Bebra	23	20	22	24	15	16	24	29	19	21	27
Borken	13	13	23	24	12	11	19	20	11	11	22
Darmstadt	29	29	34	34	23	30	47	41	28	30	33
Darmstadt-Hügelstraße	69	63	52	60	67	64	58	65	74	71	57
Dillenburg	43	38	39	42	37	37	37	41	38	40	36
Ffm.-Friedberger Landstraße	79	69	68	74	58	61	64	66	65	66	63
Ffm.-Höchst	45	39	53	62	41	42	44	51	43	45	49
Ffm.-Ost	41	38	48	43	34	39	39	46	34	34	43
Frankenberg	7	8	16	16	7	7	11	14	7	7	16
Fulda	40	33	33	39	31	34	37	37	33	34	36
Fürth/Odenwald	9	11	17	17	8	8	16	14	9	9	15
Gießen	40	36	41	46	36	36	40	48	38	37	41
Grebenau	9	10	14	16	9	9	15	16	9	10	18
Hanau	43	40	49	55	42	43	48	53	42	43	46
Kassel-Fünffensterstraße	56	48	47	49	47	51	48	51	50	50	48
Kassel-Nord	33	32	30	35	27	30	36	38	33	35	38
Königstein	11	11	21	20	10	10	17	18	9	9	19
Lampertheim	16	16	24	26	17	17	24	29	17	16	23
Limburg	27	26	30	38	28	29	35	37	29	29	33
Linden	20	20	28	30	18	20	26	30	18	19	30
Marburg	30	20	33	40	23	24	33	37	25	23	32
Michelstadt	20	17	24	30	17	16	26	29	18	16	25
Nidda	15	16	26	26	15	18	27	28	15	14	23
Offenbach	36	35	38	44	36	38	43	46	32	33	40
Raunheim	37	37	37	44	32	32	39	44	35	38	40
Riedstadt	24	26	33	37	20	22	31	32	20	22	29
Spessart	7	9	16	15	7	8	15	14	8	7	16
Viernheim	29	29	37	42	28	27	38	44	27	29	37
Wasserkuppe	6		9	9	6	6	10	9	6	5	10
Wetzlar	37	32	36	44	35	30	35	39	33	32	37
Wiesbaden-Ringkirche	66	64	60	61	52	58	57	61	56	58	57
Wiesbaden-Süd	38	34	40	46	31	33	33	37	29	35	38
Witzenhausen	6	8	13	13	8	7	14	13	6	6	14
Zierenberg	11	10	16	18	9	11	15	16	10	9	21

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
d) Ozon in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	78	54	31	42	75	66	35	52	79	70	34
Bebra	57	37	20	31	61	52	22	41	58	45	21
Borken	67	48	28	39	66	56	25	42	62	52	23
Darmstadt	58	38	20	25	55	46	14	29	55	42	16
Dillenburg	39	23	10	17	44	33	12	25	41	27	12
Ffm.-Höchst	45	32	13	20	51	39	12	26	50	42	13
Ffm.-Ost	51	31	12	23	59	47	16	30	57	48	13
Frankenberg	79	54	28	41	80	70	31	47	70	61	26
Fulda	48	35	21	29	58	45	18	35	52	38	16
Fürth/Odenwald	88	68	42	52	85	79	38	58	84	73	37
Gießen	42	26	11	19	50	41	11	23	46	39	9
Grebenau	77	52	32	42	73	66	32	50	72	59	27
Hanau	55	37	15	23	57	50	13	28	55	44	14
Kassel-Nord	53	34	20	28	55	48	17	32	50	46	18
Königstein	79	54	27	36	77	66	28	48	69	63	30
Lampertheim	49	32	16	28	54	48	18	36	58	43	18
Limburg	49	36	21	26	59	52	20	37	51	41	17
Linden	52	40	21	29	60	50	19	34	54	47	18
Marburg	53	24	12	24	62	52	18	31	55	44	15
Michelstadt	55	43	22	31	56	50	20	38	62	49	22
Nidda	66	47	21	33	67	63	23	43	70	56	22
Offenbach	50	32	11	19	54	42	12	27	57	48	15
Raunheim	53	38	17	24	59	49	18	33	55	45	16
Riedstadt	62	46	22	32	68	57	19	35	61	50	19
Spessart	92	72	38	53	92	79	39	58	89	80	35
Viernheim	56	41	15	24	57	49	15	28	56	44	16
Wasserkuppe	82		58	67	98	93	60	77	103	87	47
Wetzlar	40	29	11	16	50	43	13	30	46	38	13
Wiesbaden-Süd	53	38	13	22	57	47	15	27	52	42	12
Witzenhausen	90	66	45	52	86	80	43	59	79	73	36
Zierenberg	75	47	27	42	79	71	40	53	60	61	28

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen  
e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bebra	3	3	3	4	3	3	3	5	3	3	4
Borken	3	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3
Darmstadt	3	3	5	6	3	3	3	5	3	3	4
Dillenburg	3	3	3	4	3	3	3	4	3	3	3
Ffm.-Höchst	4	4	6	8	3	3	4	6	3	3	5
Ffm.-Ost	3	3	7	8	4	3	5	7	3	3	5
Frankenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Fulda	3	3	3	5	3	3	4	4	3	3	3
Fürth/Odenwald	3	3	3	3	3	3	3	5	3	3	3
Gießen	3	3	3	4	3	3	3	4	3	3	3
Grebenau	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	4	3	8	9	4	3	6	8	3	3	7
Kassel-Nord	3	3	4	6	4	4	4	5	3	3	4
Königstein	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Lampertheim	3	3	4	4	3	3	4	6	3	3	3
Limburg	3	3	4	5	3	3	4	4	3	3	3
Linden	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3	3
Marburg	3	3	4	5	3	3	4	5	3	3	4
Michelstadt	3	3	5	7	3	3	5	7	3	3	5
Nidda	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3	3
Offenbach	4	3	5	7	3	3	5	7	3	3	5
Raunheim	3	3	5	10	4	4	8	10	4	3	9
Riedstadt	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3	3
Spessart	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3	3
Viernheim	4	3	6	8	4	4	6	9	4	3	5
Wasserkuppe	-	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Wetzlar	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3	3
Wiesbaden-Süd	4	3	5	6	4	3	5	7	3	3	4
Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Zierenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3



Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
f) Kohlenmonoxid in mg/m<sup>3</sup>

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Darmstadt	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,4	0,5
Darmstadt-Hügelstraße	1,4	1,5	1,2	1,4	1,1	1,0	1,3	1,1	1,1	1,1	1,2
Ffm.-Friedberger Landstraße	1,1	1,0	1,4	1,4	0,8	0,9	1,3	1,1	0,8	0,9	1,2
Ffm.-Höchst	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,5	0,6	0,4	0,4	0,7
Fulda	0,4	0,4	0,6	0,6	0,4	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,6
Gießen	0,4	0,5	0,6	0,7	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,7
Hanau	0,7	0,5	0,6	0,6	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4	0,6
Kassel-Fünffensterstraße	1,0	1,1	1,4	1,2	0,8	0,8	1,2	1,0	0,8	0,7	1,0
Kassel-Nord	0,4	0,4	0,5	0,7	0,4	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4	0,6
Limburg	0,4	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5
Linden	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,1	0,2	0,3
Offenbach	0,5	0,5	0,7	0,6	0,3	0,2	0,4	0,3	0,4	0,5	0,6
Raunheim	0,4	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,7	0,6	0,3	0,4	0,6
Viernheim	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Wetzlar	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4	0,7
Wiesbaden-Ringkirche	1,3	1,4	1,9	1,7	1,0	1,0	1,4	1,3	0,9	0,9	1,3
Wiesbaden-Süd	0,5	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5
Zierenberg	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m<sup>3</sup>

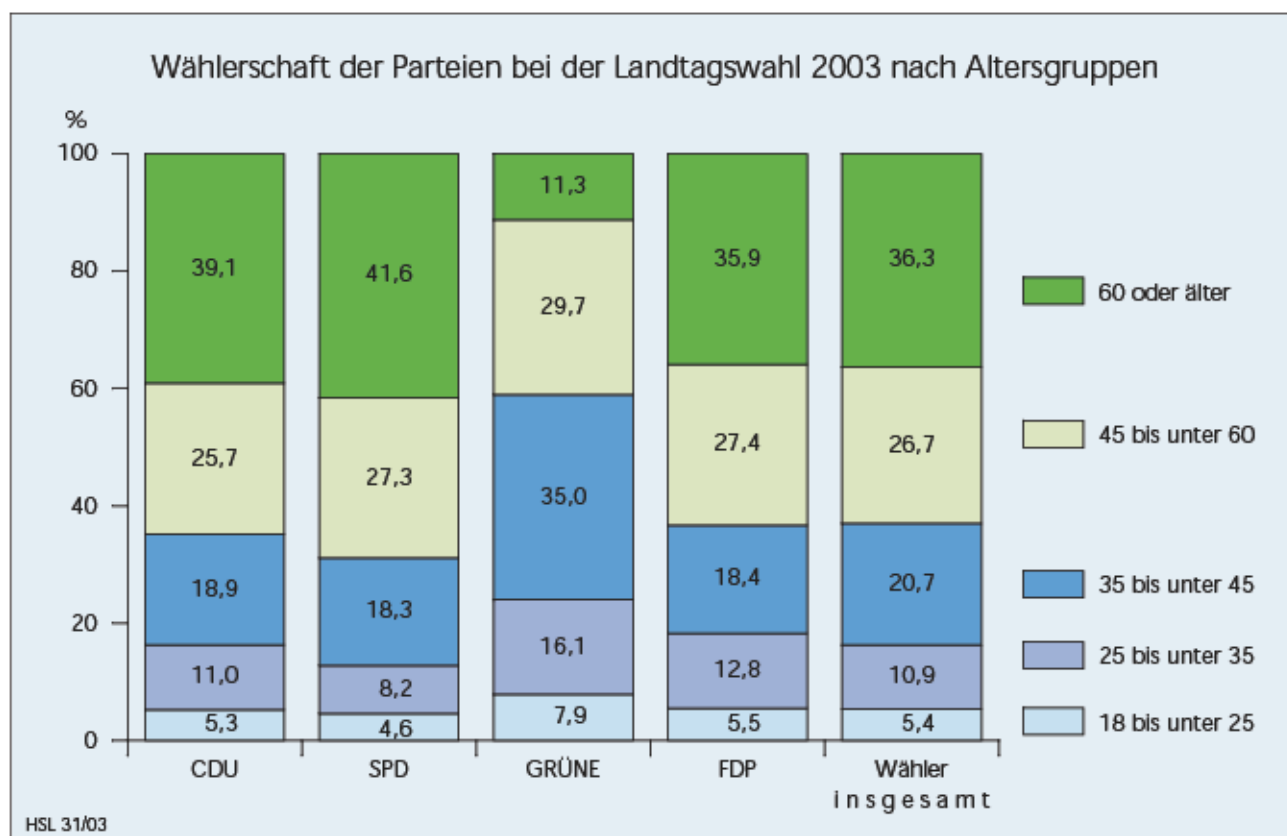
Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Ffm.-Höchst	67	40	87	80	40	47	93	80	40	47	73
Ffm.-Ost	40	40	67	67	47	53	67	60	33	40	53
Kassel-Nord	113	53	80	87	47	53	73	60	53	60	93
Riedstadt	27	27	40	33	20	33	53	40	27	27	47

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
h) Staub in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ; ab 1. Quartal 2000 PM 10\* in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	19	20	14	16	16	24	22	22	23	20	19
Bebra	24	23	20	25	21	23	23	29	27	28	27
Borken	19	20	15	19	25	23	22	25	29	31	22
Darmstadt	24	23	20	26	27	27	30	35	25	28	23
Darmstadt-Hügelstraße	32	33	31	38	34	36	40	43	40	39	36
Dillenburg	26	27	23	25	34	23	23	23	24	24	24
Ffm.-Friedberger Landstraße	-	-	-	-	33	38	48	52	43	41	36
Ffm.-Höchst	25	25	24	34	33	20	23	32	30	28	29
Ffm.-Ost	31	30	28	33	25	33	34	35	30	29	29
Fulda	23	20	21	25	32	19	24	27	25	24	21
Gießen	25	32	32	28	22	19	20	34	34	34	32
Hanau	22	23	21	25	22	28	32	36	32	30	33
Kassel-Fünffensterstraße	33	32	37	38	31	31	37	35	40	34	38
Kassel-Nord	26	27	22	24	30	16	29	39	29	35	31
Lampertheim	-	13	12	16	18	13	18	32	27	24	21
Limburg	22	22	19	24	13	30	31	33	32	33	29
Marburg	26	23	20	23	29	28	23	26	28	23	24
Michelstadt	19	18	17	29	27	20	22	24	22	21	20
Nidda	18	18	14	22	22	30	29	36	33	25	21
Offenbach	41	44	20	24	27	18	28	33	26	27	24
Raunheim	24	24	23	24	18	21	24	29	25	26	24
Riedstadt	24	25	20	21	21	32	28	32	31	33	23
Viernheim	21	21	22	24	19	16	20	34	27	26	14
Wasserkuppe	-	12	7	8	18	12	9	8	-	-	7
Wetzlar	29	27	26	29	13	27	30	33	34	34	31
Wiesbaden-Ringkirche	-	35	38	28	24	27	32	27	23	24	33
Wiesbaden-Süd	24	21	25	28	26	22	28	32	29	28	27

\* PM 10: Partikel mit  $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser  $< 10 \mu\text{m}$  ("PM10": particulate matter  $< 10 \mu\text{m}$ ) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotenzial der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubbmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70 - 80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten ( $\text{SO}_2$ ,  $\text{NO}_2/\text{NO}$ ) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ( $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) auf eine Normtemperatur von  $20^\circ\text{C}$  zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für  $\text{SO}_2$ ,  $\text{NO}$  und  $\text{NO}_2$  nicht mehr wie bisher auf  $0^\circ\text{C}$  sondern auf  $20^\circ\text{C}$  bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7% niedriger ausfallen als bisher.





## Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003 - Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

*Die repräsentative Wahlstatistik untersucht die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe der männlichen und weiblichen Wahlbevölkerung untergliedert nach Altersgruppen. Daher lassen sich viele der Fragen, die nach jeder Wahl bei der politischen Nachlese gestellt werden, mit ihrer Hilfe beantworten. Anders als bei den Wahlanalysen der Forschungsinstitute basieren die Daten nicht auf repräsentativen Meinungsumfragen vor oder direkt nach der Wahl, sondern auf Stimmzettelauszählungen. Die Ergebnisse spiegeln daher nicht das erfragte, sondern das tatsächliche Wahlverhalten auf repräsentativer Basis wider.*

### Vorbemerkungen

Repräsentative Wahlstatistiken werden in Hessen seit 1953 bei allen Bundestags- (wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998) und Landtagswahlen sowie bei den seit 1979 stattfindenden Europawahlen durchgeführt. Mit den repräsentativen Wahlstatistiken werden durch Auszählen der Wählerverzeichnisse zum einen Daten über Wahlberechtigte und Wähler nach Geschlecht und zehn Altersgruppen gewonnen. Durch Auszählen der mit Kennbuchstaben versehenen Stimmzettel wird zum anderen festgestellt, für welchen Wahlvorschlag sich die Wähler, gegliedert nach Geschlecht und fünf Altersgruppen, entschieden haben.

Für die repräsentative Wahlstatistik der Landtagswahl 2003 wurden aus den insgesamt rund 5900 allgemeinen Wahlbezirken 135 ausgewählt. Sie umfassen knapp 3 % aller Wahlberechtigten. Rechtsgrundlage für die repräsentative Wahlstatistik im Rahmen der Landtagswahl 2003 ist § 48 Abs. 2 bis 4, 7 des Landtagswahlgesetzes (LWG) in der Fassung vom 19.2.1990 (GVBL. I S. 58) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 6.2.2002 (GVBL. I S. 22) sowie § 72 Abs. 4 der Landeswahlordnung (LWO).

### Zahl und Struktur der Wahlberechtigten

Am 2. Februar 2003 waren 4,331 Millionen hessische Bürgerinnen und Bürger zur Wahl des 16. Landtages aufgerufen. Damit war die Zahl der Wahlberechtigten seit der letzten Landtagswahl am 7. Februar 1999 um gut 48 000 Personen angestiegen. Hinsichtlich der Altersgliederung der Wahlberechtigten haben sich gegenüber der Landtagswahl 1999 keine gravierenden Veränderungen ergeben, jedoch hat sich der Anteil der 60-Jährigen oder Älteren weiter leicht um 1 Prozentpunkt zu Lasten der unter 30-Jährigen erhöht: Je-

der dritte Wahlberechtigte war 60 Jahre oder älter und nur noch 14 % waren jünger als 30 Jahre. Knapp 29 % waren zwischen 30 und 44 Jahre alt und 24 % der Wahlberechtigten waren im Alter zwischen 45 und 59 Jahren. Die älteren Wahlberechtigten stellen somit zahlenmäßig das bedeutendste Wählerpotenzial dar, während die Möglichkeiten der jüngeren Bevölkerung, auf das politische Geschehen per Stimmzettel Einfluss zu nehmen, quantitativ betrachtet geringer sind. Dieses Ungleichgewicht ist das Ergebnis der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung und findet auch in den Wahlergebnissen ihren Niederschlag. Wie stark sich bereits heute das Gewicht zu Gunsten der älteren Wahlberechtigten verschoben hat, zeigt der Vergleich mit der Landtagswahl im Jahr 1983. Damals, vor 20 Jahren, waren die unter 30-Jährigen (19 %) und die 60-Jährigen oder Älteren (22 %) etwa gleich stark vertreten. Demgegenüber war bei der Landtagswahl 2003 die Gruppe der jüngeren Wahlberechtigten nicht einmal mehr halb so groß wie die der Älteren. Der Frauenanteil lag damals wie heute über der Parität (52 %).

### Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

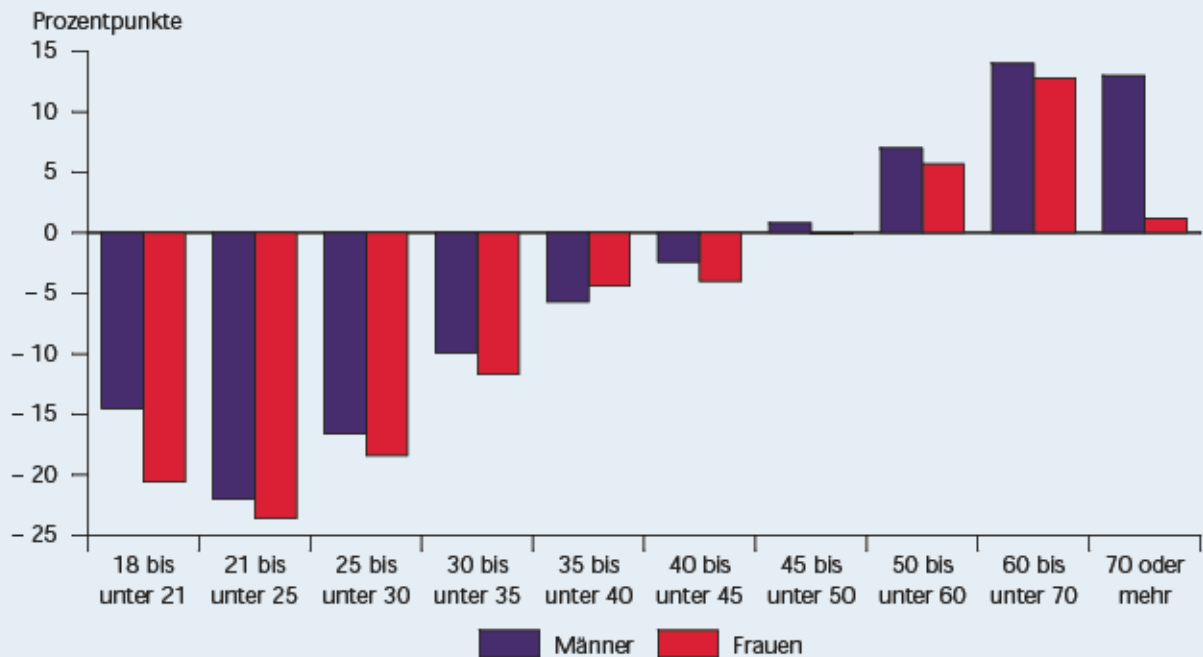
Die Fragen nach der demografischen Struktur der Wählerschaft und welche Bevölkerungsgruppen wenig oder besonders stark von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, kann die repräsentative Wahlstatistik mit Hilfe der Auszählung der Wählerverzeichnisse der Stichprobenwahlbezirke beantworten. Die Zahl der Briefwähler wurde bei der folgenden Analyse der Wahlbeteiligung — entgegen der üblichen Verfahrensweise — anhand der Wahlberechtigten mit Wahlscheinvermerk geschätzt und miteinbezogen.

### Starker Rückgang der Wahlbeteiligung bei den 21- bis 24-Jährigen

Aus allen früheren Wahlen ist bekannt, dass die Wahlbeteiligung bei Jüngeren gering ist und mit zunehmenden Alter der Wahlberechtigten ansteigt. Bei der Landtagswahl 2003 wiesen die 21- bis 24-Jährigen mit 42 % die niedrigste Wahlbeteiligung auf. Sie stieg mit zunehmenden Alter kontinuierlich an, und erreichte bei den 60- bis 69-Jährigen den Höchstwert von 78,0 %. Bei den Höherbetagten (70,3 %) ließ der Wahleifer wieder etwas nach.

Im Vergleich zur Landtagswahl 1999 fiel die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen bescheidener aus, allerdings waren die Rückgänge bei den 21- bis 24-Jährigen sowie bei den jüngsten Wahlberechtigten mit einem Minus von rund 8

### Abweichung der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2003 nach Altersgruppen



HSL 32/03

bzw. knapp 7 Prozentpunkten deutlich über dem Durchschnitt (- 2,7 Prozentpunkte). Der kleinste und der größte Rückgang der Wahlbeteiligung war bei den männlichen Wahlberechtigten zu beobachten mit - 0,2 Prozentpunkten bei den 35- bis 39-Jährigen und - 9,7 Prozentpunkten bei den 21- bis 24-Jährigen. Die Wahlbeteiligung ging insgesamt gesehen bei Frauen und Männern ähnlich stark zurück, wobei das Wahlinteresse der Frauen mit gut 63 % etwas niedriger ausfiel als das der Männer mit 65,5 %.

Unter Einbeziehung des Merkmals „Alter“ zeigt sich für die Landtagswahl 2003, dass die Bereitschaft der Frauen zur Stimmabgabe insbesondere in der untersten (- 6,2 Prozentpunkte) und in der höchsten Altersgruppe (- 11,8) erheblich geringer war als bei ihren männlichen Altersgenossen. Dagegen beteiligten sich 35- bis 39-jährige Frauen etwas eifriger an der Wahl als die Männer im entsprechenden Alter.

Insgesamt gesehen wirkte sich das Geschlecht nur wenig auf die Wahlbeteiligung aus, während der Einfluss des Alters weiter zunahm. Auf Grund der niedrigen Wahlbeteiligung der jüngeren Generation und der überdurchschnittlich hohen Beteiligung älterer Menschen hat sich das durch die Alterung der Gesellschaft ohnehin bestehende Ungleichgewicht zwischen älteren und jüngeren Wahlberechtigten bei den Wählern noch verschärft.

### Stimmenverteilung nach Alter und Geschlecht

Neben dem Einblick in die alters- und geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung ermöglicht die repräsentative Wahlstatistik auch eine Analyse des Abstimmungsverhaltens nach Altersgruppen und Geschlecht. Sie gibt Antwort auf die Frage nach den Parteipräferenzen von jüngeren und älteren Wählern, Männern und Frauen. Hierbei waren Briefwähler nicht einbezogen, sodass beim Vergleich der Stichprobenergebnisse mit der Totalauszählung<sup>1)</sup> nur die Ergebnisse ohne Briefwahl herangezogen werden dürfen.

### CDU bei jüngeren Männern und älteren Frauen und Männern besonders erfolgreich

Die CDU wurde von Frauen und Männern ähnlich oft gewählt. Für sie entschieden sich rund 49 % der Wähler und 48 % der Wählerinnen mit ihrer Landesstimme. Unter Einbeziehung des Alters waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Stimmabgabe teilweise erheblich größer. Besonders die 18- bis 34-jährigen Männer (50 %) votierten mit Abstand häufiger für die CDU als die Wählerinnen der gleichen Altersgruppe (45 %). Auch bei den 35- bis 44-Jährigen, der Altersgruppe, in der die CDU ihre schlechtesten Ergebnisse hinnehmen musste, lag sie bei den Männern mit gut 45 % höher als bei den Frauen mit rund 43 %. Ihre besten Stimmenergebnisse erzielten die Christdemokraten bei den 60-Jährigen und Älteren. In dieser Altersgruppe war die Akzeptanz der CDU bei den Frauen (53 %) etwas höher als bei den Männern (52 %). Die Christdemokraten ge-

<sup>1)</sup> Vgl. "Die Wahl zum 16. Hessischen Landtag am 2. Februar 2003", Staat und Wirtschaft in Hessen, 58. Jahrg., Heft 2, Februar 2003, S. 26 ff.



## Wahlentscheidung nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Landtagswahl am 2. Februar 2003

Altersgruppe in Jahren	Von 100 gültigen Landesstimmen nebenstehender Altersgruppe entfielen auf					
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	Sonstige
<b>Männer</b>						
18 bis unter 25	49,3	22,2	13,6	7,3	4,2	3,3
25 bis unter 35	50,3	20,9	13,2	8,8	3,0	3,8
35 bis unter 45	45,3	24,8	15,9	7,5	2,3	4,1
45 bis unter 60	46,1	30,0	11,2	7,6	1,7	3,4
60 oder mehr	52,0	33,8	3,0	8,2	1,2	1,8
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>48,6</b>	<b>28,7</b>	<b>9,8</b>	<b>7,9</b>	<b>2,0</b>	<b>3,1</b>
<b>Frauen</b>						
18 bis unter 25	42,7	27,5	16,0	7,1	1,8	5,0
25 bis unter 35	45,9	23,2	16,8	7,9	1,2	5,0
35 bis unter 45	42,6	27,4	18,9	5,3	1,1	4,7
45 bis unter 60	46,4	30,3	11,7	7,2	0,9	3,4
60 oder mehr	53,3	34,8	3,5	6,4	0,5	1,6
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>48,0</b>	<b>30,5</b>	<b>10,8</b>	<b>6,6</b>	<b>0,9</b>	<b>3,2</b>
<b>Insgesamt</b>						
18 bis unter 25	46,2	24,7	14,7	7,2	3,1	4,1
25 bis unter 35	48,2	22,0	15,0	8,3	2,1	4,3
35 bis unter 45	44,0	26,1	17,4	6,4	1,7	4,4
45 bis unter 60	46,3	30,2	11,4	7,4	1,3	3,4
60 oder mehr	52,7	34,3	3,3	7,2	0,8	1,7
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>48,3</b>	<b>29,6</b>	<b>10,3</b>	<b>7,2</b>	<b>1,4</b>	<b>3,1</b>

wannen in allen Altersgruppen Stimmen dazu. Besonders die 25- bis 34-jährigen Wählerinnen und Wähler entschieden sich mit einem Plus von 13,5 bzw. 14,3 Prozentpunkten erheblich häufiger für die CDU als ihre Altersgenossen zur Landtagswahl 1999. Überdurchschnittlich waren die Gewinne auch bei den 35- bis 44-jährigen Männern (+10,4 Prozentpunkten). Insgesamt betrachtet nahm die Beliebtheit der CDU bei beiden Geschlechtern ähnlich stark zu.

### SPD verliert bei den 25- bis 44-jährigen Männern und Frauen besonders stark

Die SPD fand bei den Frauen (30,5 %) eine etwas höhere Akzeptanz als bei den Männern (28,7 %). Bei beiden Geschlechtern wählten die über 44-jährigen häufiger als die jüngeren Urnenwähler die SPD, wobei das Abschnelden bei allen unteren Altersgruppen unterdurchschnittlich war. Auch die SPD schnitt bei 60-Jährigen und Älteren mit knapp 35 % bei den Frauen und knapp 34 % bei den Männern vergleichsweise günstig ab. Die niedrigste Akzeptanz fanden sie bei den 25- bis 34-jährigen Männern und Frauen mit knapp 21 % bzw. gut 23 %. Anders als bei der CDU, die nur bei den 45-jährigen und älteren Frauen höhere Stimmenanteile erzielte als bei den Männern, konnte die SPD bei den Frauen durchweg größere Stimmenanteile erringen als bei den Männern. Am ausgeprägtesten war der Unterschied bei den unter 45-Jährigen mit 26 % bei den Frauen gegenüber 23 % bei den Männern.

Die SPD verlor in allen Altersgruppen an Zustimmung, wobei der gegenüber 1999 kräftige Rückgang (–10,1 Prozent-

punkte) etwa gleich stark bei Wählerinnen und Wählern zu beobachten war. Bei beiden Geschlechtern waren es jeweils die Altersgruppen der 25- bis 44-Jährigen, bei denen die Sozialdemokraten gegenüber 1999 deutlich über dem Durchschnitt Stimmen verloren. In der Altersgruppe der 25- bis 34-jährigen Männer und Frauen fiel ihr Stimmenanteil um knapp – 17 bzw. gut – 20 Prozentpunkte und bei den 35- bis 44-Jährigen brach die Quote um rund – 18 bzw. knapp – 13 Prozentpunkte ein. Überdurchschnittlich waren die Verluste auch bei den 45- bis 59-jährigen Frauen (– 11,3 Prozentpunkte).

### Größte Akzeptanz der GRÜNEN bei der Generation um die 40

Die GRÜNEN erhielten in allen Altersgruppen von Frauen (10,8 %) mehr Zustimmung als von Männern (9,8 %). Für die Partei hatten sich die 18- 44-jährigen Wählerinnen und Wähler weit überdurchschnittlich entschieden, während die Akzeptanz bei den 60-jährigen und älteren Senioren mit gut 3 % sehr gering war. Den größten Anklang fanden sie bei den 35- bis 44-jährigen Frauen mit knapp 19 %. Zu den Gewinnen der GRÜNEN gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl haben Männer (+ 2,7 Prozentpunkte) und Frauen (+ 3,0 Prozentpunkte) ähnlich stark beigetragen. Besonders hoch waren die Zuwächse bei den 35- bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern, insbesondere bei den 45–59-jährigen Frauen mit einer Zunahme von knapp 5 Prozentpunkten. Bei den Älteren war der Zugewinn der GRÜNEN bei beiden Geschlechtern mit gut einem Prozentpunkt am geringsten.

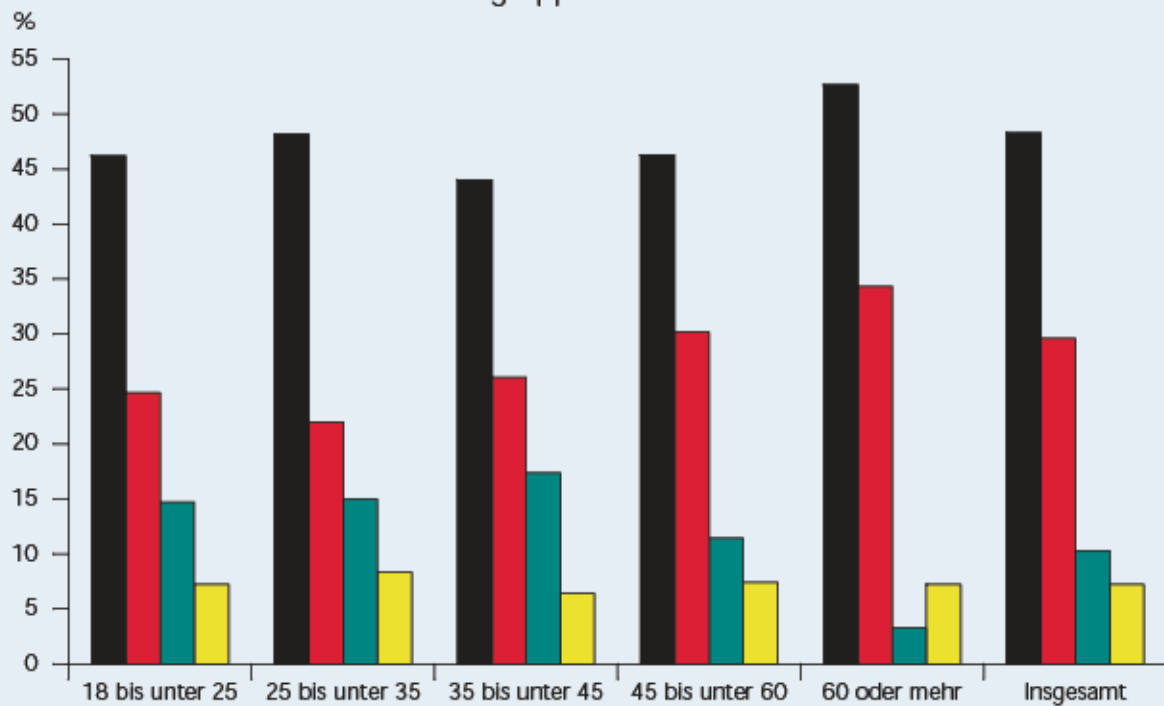
Die FDP erzielte in allen Altersgruppen der Männer höhere Anteile als bei den Frauen. Am höchsten waren die Unterschiede bei den 35- bis 44-Jährigen mit 7,5 % bei den Wählern, gegenüber 5,3 % der Stimmen von Wählerinnen und bei den 60-Jährigen und Älteren mit 8,2 % gegenüber 6,4 %. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Liberalen bei Männern und Frauen in der Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren mit knapp 9 bzw. rund 8 % Stimmenanteil. Die Stimmengewinne der FDP gegenüber der Landtagswahl 1999 waren bei den Wählern (+ 2,6 Prozentpunkte) höher als bei den Wählerinnen (+ 1,8 Prozentpunkte). Bei den Männern hatten die Liberalen in den Altersgruppen der 35- bis 44-Jährigen (+ 3,4 Prozentpunkte) und der 60-jährigen und älteren Männern (+ 3,3 Prozentpunkte) ihre höchsten Zuwächse zu verzeichnen. Bei den Frauen war ihr Akzeptanzgewinn in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen (+ 3,7 Prozentpunkte) am größten.

### Wählerschaft der Parteien

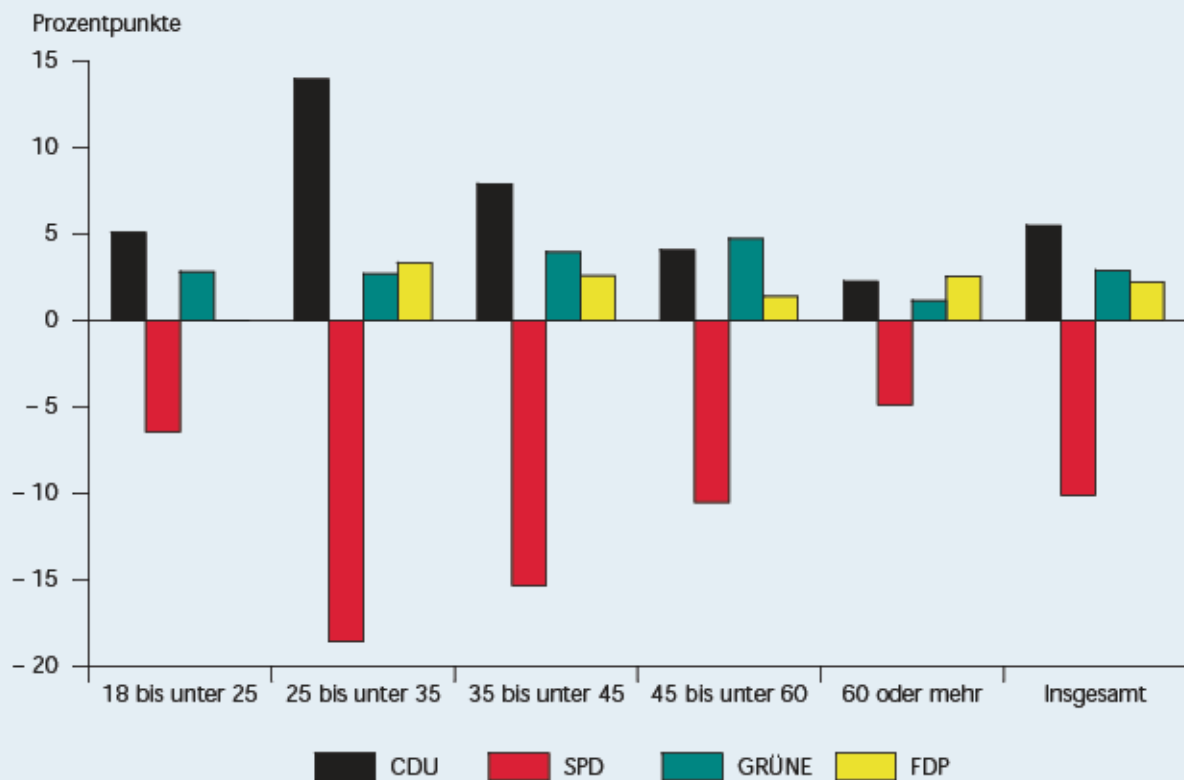
Das unterschiedliche Wahlverhalten in den Altersgruppen und deren unterschiedliche Besetzung wirken sich auf die altersmäßige Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien aus. Das Schaubild auf Seite 137 gibt einen Überblick über die Wählerstruktur der Parteien nach Altersgruppen, wobei zu



Landesstimmenanteile der Parteien bei der Landtagswahl 2003  
nach Altersgruppen der Wählerschaft



Veränderungen der Landesstimmenanteile der Parteien in Prozentpunkten  
bei der Landtagswahl 2003 gegenüber der Landtagswahl 1999  
nach Altersgruppen der Wählerschaft



HSL 33/03

Vergleichszwecken auch die Zusammensetzung der gesamten Wählerschaft nach Altersgruppen aufgeführt ist.

Bei der CDU entsprachen die Anteile der unter 35-Jährigen mit gut 16 % dem Durchschnitt dieser Gruppe in der Gesamtwählerschaft. Männer und Frauen im Alter von 35 bis 59 Jahren waren in der Wählerschaft der Christdemokraten (44,6 %) leicht unterrepräsentiert, während die 60-Jährigen oder Älteren mit einem Anteil von gut 39 % gegenüber gut 36 % in der Gesamtwählerschaft überdurchschnittlich vertreten waren. Im Vergleich zur Landtagswahl 1999 ist der Anteil der 60-Jährigen oder Älteren (- 2,1 Prozentpunkte) zu Gunsten der 35- bis 44-Jährigen gesunken, sodass bei der Wählerschaft der CDU eine „Verjüngung“ zu verzeichnen war. Dagegen war bei der Wählerschaft der SPD, die bisher ein gutes Spiegelbild der demografischen Zusammensetzung aller Wähler war, eine „Ergrauungstendenz“ festzustellen. Insbesondere der Anteil der 25- bis 34-jährigen Wäh-

ler (- 5,3 Prozentpunkte), aber auch die Quote der 35- bis 44-Jährigen (- 1,9 Prozentpunkte) verringerte sich stark, während auf die 60-Jährigen oder Älteren ein entsprechend höherer Anteil entfiel. Die 18- bis 44-jährigen (31,1 %) Wähler waren bei der SPD im Vergleich zur gleichen Altersgruppe der Gesamtwählerschaft (37,0 %) unterrepräsentiert und bei den 60-Jährigen oder Älteren bestand mit knapp 42 % ein relativ großer Überhang. Im Gegensatz dazu waren unter der Wählerschaft der GRÜNEN 60-Jährige oder Ältere mit nur gut 11 % sehr rar, und die „Jungen“ zeichneten sich durch eine starke Repräsentanz aus, mit einem besonders hohen Anteil der 34- bis 44-Jährigen, der mit 35 % doppelt so hoch war wie bei den anderen im Landtag vertretenen Parteien. Bei der Anhängerschaft der FDP stimmte die Altersverteilung mit der Altersverteilung der Wähler insgesamt in etwa überein. Nur bei den 25- bis 34-Jährigen bestand ein leichter Überhang, während die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen etwas unterrepräsentiert war. □

## Hessische Kreiszahlen

### Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

**Neu:** Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

**Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)**

**Systemvoraussetzungen:** IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-109

**Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden**

## Schattenwirtschaft in Hessen

*Kriminelle und andere verdeckte Wirtschaftsaktivitäten, vor allem in der so genannten Schattenwirtschaft, sind nicht mehr nur ein Problem osteuropäischer Volkswirtschaften und unterentwickelter Schwellenländer. Auch in Hessen ist die Schattenwirtschaft zu einem festen Bestandteil des alltäglichen Lebens geworden und nimmt erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Während die „offizielle Wirtschaft“ 2003 in Hessen voraussichtlich um nicht mehr als 1 % gegenüber dem Vorjahr wachsen wird, dürfte die Schattenwirtschaft mit über 5 % deutlich stärker zunehmen. Der Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt wird dabei auf knapp 16 % steigen, sodass im Jahr 2003 in Hessen voraussichtlich etwa 31 Mrd. Euro am Staat vorbei erwirtschaftet werden dürften.*

Derzeit arbeiten schätzungsweise weltweit über 500 Millionen Menschen in der Schattenwirtschaft<sup>1)</sup>. Auch für **Deutschland** liefert die neueste Prognose zur Entwicklung verdeckter Wirtschaftsaktivitäten für das Jahr 2003 alarmierende Zahlen<sup>2)</sup>. Demnach wird die Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 5,6 % ansteigen. Das Wachstum der inoffiziellen Wirtschaft übertrifft damit das vom Sachverständigenrat und von den Wirtschaftsforschungsinstituten prognostizierte Wachstum des „offiziellen Bruttoinlandsprodukts“ deutlich<sup>3)</sup>. Mit rund 370 Mrd. Euro im Jahr 2003 — das entspricht einer Quote von über 17 % — dürfte die Schattenwirtschaft damit in Relation zum offiziellen Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein **neues Rekordhoch** erreichen. In den Medien und der Öffentlichkeit haben diese Zahlen eine kontroverse Diskussion über die Ursachen und Auswirkungen ausgelöst. Einigkeit besteht darin, dass die Abwanderung von Wirtschaftsaktivitäten in die Schattenwirtschaft — vor allem in den OECD-Staaten — eine Reaktion der Bürger auf nicht mehr akzeptierte staatliche Eingriffe (z. B. Steuer- und Abgabenbelastung, Regulierungsdichte usw.) ist, von denen sie sich zu sehr belastet und eingeschränkt füh-

len. Eine Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) zeigt, dass insbesondere für Deutschland steigende Steuern und Sozialbeiträge hauptverantwortlich für die Zunahme der Aktivitäten in der Schattenwirtschaft sind<sup>4)</sup>. Demnach gilt: Je größer die Differenz zwischen den Gesamtarbeitskosten in der „offiziellen Wirtschaft“ und dem Arbeitseinkommen nach Steuern, desto größer ist der Anreiz, diese Differenz durch eine Tätigkeit in der Schattenwirtschaft auszugleichen bzw. zu umgehen. Statt einer Nutzung von Wahlen („Voice-Option“) zur Veränderung dieser Situation ist bei vielen Wirtschaftssubjekten ein vermehrtes Abwandern in die Schattenwirtschaft („Exit-Option“) festzustellen. Die Zunahme verdeckter Wirtschaftsaktivitäten hat dabei in den letzten Jahren derart an Bedeutung zugenommen, dass sie in der wissenschaftlichen Diskussion in ihrer fortgeschrittenen Form sogar als eine Art „Demokratisierung des Steuerwiderstandes“ bewertet wird<sup>5)</sup>.

Vor dem Hintergrund dieser beunruhigenden Entwicklung soll nachfolgend — analog zu den Analysen des IAW und IZA für Deutschland — die schattenwirtschaftliche Aktivität in Hessen untersucht werden. Im Einzelnen soll dabei analysiert werden, wie hoch der entsprechende Anteil der Schattenwirtschaft für das Jahr 2003 in Hessen ausfallen wird. Ferner ist zu zeigen, ob die Entwicklung in Hessen der skizzierten Entwicklung für Deutschland folgt. Schließlich soll ein Vergleich der hessischen Schattenwirtschaft mit derjenigen auf internationaler Ebene vorgenommen werden.

### Definition der Schattenwirtschaft

Für die Analyse schattenwirtschaftlicher Aktivitäten ist die definitorische Abgrenzung von entscheidender Bedeutung. In der vorliegenden Untersuchung wird **Schattenwirtschaft** als Teilbereich der informellen Arbeit verstanden, der all diejenigen Tätigkeiten umfasst, die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Wertschöpfung darstellen, aber in der amtlichen Statistik nur zum Teil ausgewiesen werden können<sup>6)</sup>. Schattenwirtschaft unterscheidet sich demnach von den Aktivitäten der „offiziellen Wirtschaft“, die als Summe aller Güter und Dienstleistungen im offiziellen BIP enthalten sind, darin, dass keine Steuern und Sozialversicherungsabgaben gezahlt werden. Hierbei lässt sich die Schattenwirtschaft unterteilen in den Bereich **erwerbswirtschaftlicher** und **bedarfswirtschaftlicher** Aktivitäten (Selbstversorgungswirtschaft)<sup>7)</sup>. Darunter fallen z. B. die Aufnahme von Arbeit nach Feierabend und das Arbeiten ohne Abgabe von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern. Im folgenden Beitrag werden nur solche erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten zur Schattenwirtschaft gerechnet,

1) Schätzung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IGBF).

2) Vgl. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen, Pressemitteilung v. 29.01.2003.

3) Im jüngst vorgestellten Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom 15.04.03 wird für 2003 nur noch ein Wachstum von 0,5 % gegenüber dem Vorjahr erwartet. Den Arbeiten des IAW u. a. lag mit einer angenommenen Wachstumsrate von 1 % für Deutschland noch eine etwas optimistischere Erwartung zu Grunde.

4) Vgl. IAW: Aktuelle Prognose zur Entwicklung der Schattenwirtschaft in Deutschland im Jahr 2003, Tübingen, 2003.

5) Vgl. Gretschmann, Klaus: Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Schattenwirtschaft, in: Verbraucherpolitische Hefte, Jg. 1986, Heft 3, S. 117 — 128.

6) Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in der amtlichen Statistik in der BIP-Berechnung bereits div. Schätzzuschläge für einige der im „Verborgenen“ erbrachten Wirtschaftsleistungen vorgenommen werden (vgl. Abschnitt „Methoden“).

7) Erste, Dominik: Schattenwirtschaft und institutioneller Wandel. Informelle Regeln als Ausgangspunkt für institutionelle Reformen, Köln 2000, bzw. Erste, Dominik: Schattenwirtschaft und institutioneller Wandel. Eine soziologische sozialpsychologische und ökonomische Analyse, Tübingen 2002.



die eigentlich zum offiziellen Sozialprodukt zählen würden, die aber wegen Steuerhinterziehung oder der Umgehung von Vorschriften verheimlicht werden (z. B. Handwerksarbeiten ohne entsprechenden Meisterbrief). Dieser Bereich trägt zur Wertschöpfung eines Landes bei, wird jedoch bei der Berechnung des BIP nur teilweise erfasst. Ausgeschlossen sind dagegen alle anderen, vor allem kriminelle Aktivitäten der Schattenwirtschaft, wie z. B. der Handel mit gestohlenen Waren, Menschenhandel, Drogenhandel, Prostitution usw. Unberücksichtigt bleibt ferner auch die in privaten Haushalten geleistete Produktion und die freiwillige Arbeit für wohltätige Zwecke. Ebenso werden rein finanzielle Transaktionen, die keine Wertschöpfung darstellen, nicht zur Schattenwirtschaft gezählt.

### Methodische Grundlage

Wertschöpfung und Arbeitsmarkteffekte der Schattenwirtschaft sind schwer zu erfassen, da die Beteiligten aus verständlichen Gründen unerkannt bleiben wollen. Allerdings fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen<sup>8)</sup>. In der amtlichen Statistik sind gemäß ESVG auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben.

In der Praxis ergreift das Statistische Bundesamt deshalb verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln<sup>9)</sup>:

- Explizite Zuschläge werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die nur in größeren zeitlichen Abständen Großzählungen (Handwerks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen) vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand

der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen — untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen — sowie den jeweiligen Quadratmetern errechnet. Inwieweit die so berechneten und in die Größe des BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden oder nicht, entzieht sich aber der Kenntnis der Statistik und ist für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten auch ohne Belang.

Dagegen werden eigenständige, getrennte Schätzungen der Schattenwirtschaft vom Statistischen Bundesamt aus folgenden Gründen nicht vorgenommen<sup>10)</sup>:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes Mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistungen am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn statistische Erhebungen Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.
- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über den Umfang entsprechende Informationen vorliegen.

Schattenwirtschaftliche Aktivitäten sind demnach bei der Berechnung des BIP — zumindest teilweise — berücksichtigt, ohne dass allerdings Informationen über die Höhe bzw. das Ausmaß verdeckter Wirtschaftsaktivitäten vorliegen. Aus diesem Grund müssen die schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten gesondert erfasst werden. Hierzu eignen sich eine Reihe von *direkten* und *indirekten Methoden*. Direkte Methoden umfassen Umfragen und Erhebungen, bergen damit aber ein hohes Risiko. So ist bei derart sensiblen Fragestellungen einerseits von einer hohen Verweigerungsquote auszugehen, andererseits ist zu unterstellen, dass viele Befragte im Sinne der „sozialen Erwünschtheit“ antworten, was wiederum erhebliche Verzerrungen impliziert. Aus diesem Grund wurde — unter Verwendung von Daten zur *Geldnachfrage* und des *DYMIMIC-Ansatzes*<sup>11)</sup> — in mehreren Studien, so z. B. vom Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)<sup>12)</sup>, dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Zusammenarbeit mit der Universität Linz, das Ausmaß der Schattenwirtschaft in OECD-Ländern und Schwellenländern geschätzt<sup>13)</sup>. Mit diesem indirekten Verfahren kann — unter der plausiblen Annahme,

8) Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in der VGR nicht zur Produktion.

9) Vgl. Statistisches Bundesamt: Bruttoinlandsprodukt 2002, S. 22f., Wiesbaden 2003.

10) Vgl. ebenda.

11) Dynamic multiple-indicators multiple-causes.

12) Schneider, Friedrich: The Size and Development of the Shadow Economies of 22 Transition and 21 OECD Countries, IZA Discussion Paper No. 514.

13) Nachdem die EU-Kommission im Jahr 1992 aus verschiedenen Gründen so genannte „Vorbehalte“ gegen die Vollständigkeit der Sozialproduktszahlen der Mitgliedstaaten mitgeteilt hatte, haben die Mitgliedstaaten ihre VGR-Rechenwerke gründlich überprüft. Im Ergebnis führten diese Arbeiten in Deutschland zu einer Erhöhung des Niveaus von BIP und Sozialprodukt im Zeitraum von 1988 bis 1997 (nominal zwischen 0,5 % und 1,5 %). Nach Überprüfung der geänderten Größen durch die Kommission der EU teilte diese Mitte des Jahres 1999 mit, dass die Vorbehalte gegen die Vollständigkeit der deutschen Angaben ausgeräumt sind. Da dies inzwischen für alle übrigen Mitgliedstaaten erfolgt ist, können Inlandsprodukt und Nationaleinkommen (bisher Sozialprodukt) der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Vollständigkeit — also auch auf die Erfassung der Schattenwirtschaft — als vergleichbar angesehen werden.

dass die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten überwiegend unter Verwendung von Bargeld abgewickelt werden, um gegenüber den Steuerbehörden keine Spuren zu hinterlassen — auf den Umfang der Schattenwirtschaft geschlossen werden. Dazu wird die Bargeldmenge ermittelt, die zur Erwirtschaftung des offiziellen Sozialprodukts erforderlich wäre<sup>14)</sup>. Diese Geldmenge wird mit dem tatsächlichen Bargeldumlauf verglichen. Die Differenz zwischen der tatsächlichen Entwicklung des Bargeldumlaufs und der „offiziellen“ Entwicklung wird als Indikator für das Wachstum der Schattenwirtschaft angesehen. Auf Basis dieser Differenz wird anschließend die Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft berechnet. Ausgehend von den nach Wirtschaftsbereichen ermittelten Werten für Deutschland wurden im vorliegenden Beitrag unter Verwendung entsprechender Strukturvergleiche und Konsistenzprüfungen die entsprechenden Werte für Hessen berechnet. Dabei wurde unterstellt, dass die Anteile der Schattenwirtschaft innerhalb der Wirtschaftsbereiche und Wirtschaftszweige in Deutschland und Hessen identisch sind. Unterschiede in „kritischen“ Wirtschaftszweigen, insbesondere innerhalb des Dienstleistungsbereichs (z. B. Verkehr, Kreditgewerbe und Versicherungen), wurden hierbei ebenfalls berücksichtigt. Ferner wurde für Deutschland für

das Jahr 2003 ein Wachstum von 1 % unterstellt und für die Jahre 2002 und 2003 für Hessen die jeweils vom Hessischen Statistischen Landesamt prognostizierten Wachstumsvor-sprünge berücksichtigt<sup>15)</sup>.

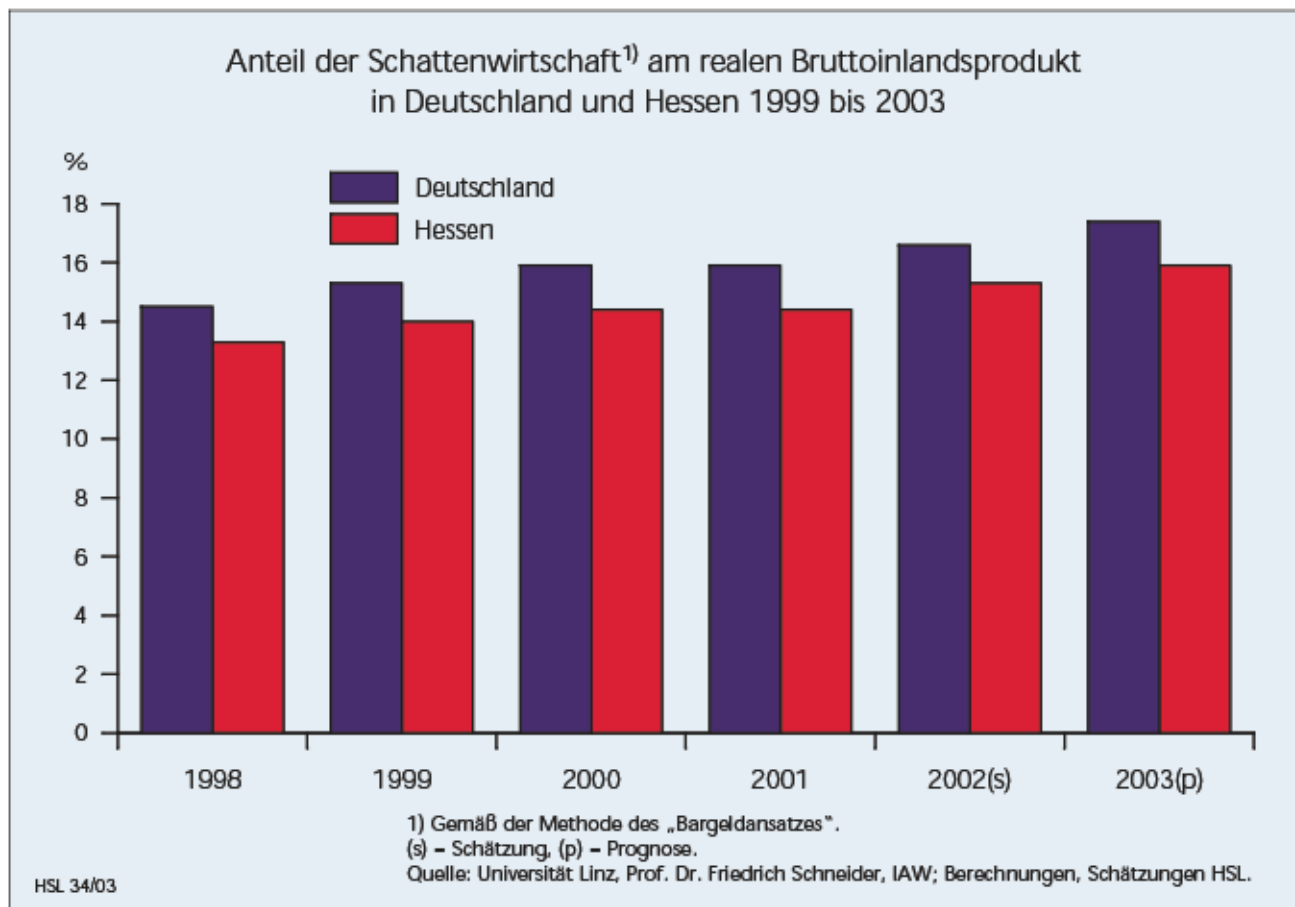
### Schattenwirtschaft in Hessen

In Hessen dürfte der Anteil der Schattenwirtschaft im Jahr 2003 — gemessen am offiziellen BIP — erneut kräftig zulegen und insgesamt auf 31 Mrd. Euro steigen. Gemessen am BIP wird die Quote der nicht offiziellen hessischen Wirtschaft damit 15,9 % (Deutschland: 17,4 %) erreichen. Nicht nur für Deutschland, sondern auch für Hessen handelt es sich hierbei um einen neuen Rekord. 5 Jahre zuvor hatte der Anteil der Schattenwirtschaft noch bei 13,3 % (Deutschland: 14,5 %) gelegen.

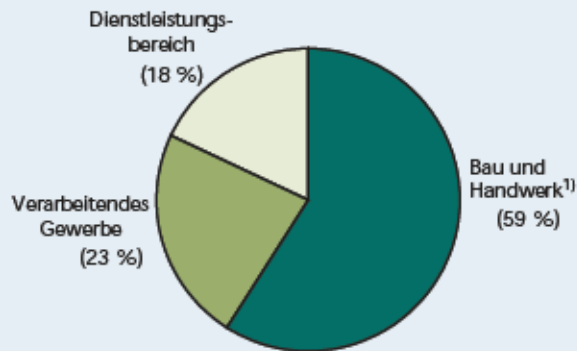
Im Vergleich zu Deutschland ist die Intensität der verdeckten Wirtschaftsaktivitäten in Hessen allerdings immer noch vergleichsweise niedrig. So wird der Anteil der hessischen Schattenwirtschaft im Jahr 2003 voraussichtlich um 1,5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt (1998: 1,2 Prozentpunkte) liegen. Dieser Unterschied resultiert primär aus Entwicklungen, die durch voneinander abweichende wirtschaftsstrukturelle Muster hervorgerufen werden. In Deutschland entfallen dabei im Jahr 2002 auf den Bereich Bau und Handwerk 59 % der verdeckten Wirtschaftsleistung. 23 % werden im Verarbeitenden Gewerbe und 18 % im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet.

14) Bei der Interpretation des Bargeldansatzes ist zu beachten, dass diese Methode einen „gesetzten“ Referenzwert benötigt. Es wird also eine Referenzperiode unterstellt, in der es keine Schattenwirtschaft gab, wobei andere Einflüsse als die der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten auf die Veränderungen des Bargeldkoeffizienten weitgehend ausgeschlossen werden müssen.

15) Vgl. HSL: Konjunkturprognose Hessen 2003, Wiesbaden 2002.



### Schattenwirtschaft in Deutschland 2002 nach Wirtschaftsbereichen



1) Nur Handwerk aus dem Produzierenden Gewerbe.  
Quelle: Universität Linz, Prof. Dr. Friedrich Schneider,  
IAW; Berechnungen, Schätzungen HSL.

HSL 35/03

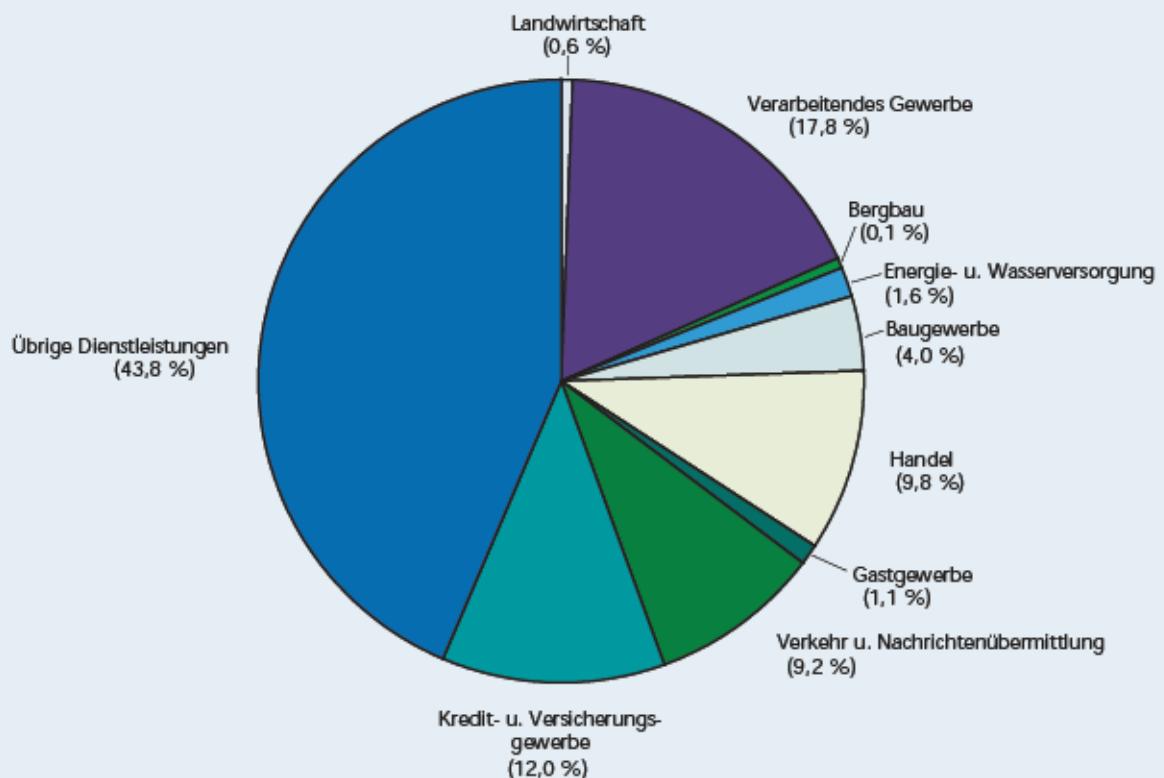
Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das Ausmaß und die Entwicklung der Schattenwirtschaft in erheblichem Maß von der entsprechenden Gewichtung einzelner Wirtschafts-

bereiche abhängt. In Hessen etwa betrug der Anteil aller Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2001 76 % und ist damit höher als in Deutschland (70 %)<sup>16)</sup>. Die nur unterdurchschnittliche Schattenwirtschaftsintensität im Dienstleistungsbereich wirkt sich mindernd auf die Gesamtquote aus. Auf der anderen Seite trägt zur geringeren Schattenwirtschaftsquote des Landes bei, dass in Hessen Wirtschaftszweige, in denen die verdeckten Wirtschaftsaktivitäten besonders blühen, wie z. B. das Baugewerbe, im Hinblick auf den Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung schwächer vertreten sind als in Deutschland. Schließlich schlagen auch Abweichungen, z. B. innerhalb des Dienstleistungsbereichs (Wirtschaftszweige) selbst, zu Buche. So zeichnet sich der hessische Dienstleistungsbereich durch eine überproportionale Bedeutung spezifischer Wirtschaftszweige mit einer hohen „Schattenwirtschaftsresistenz“ aus. In diesem Zusammenhang haben der Luftverkehr, die Banken und Versicherungen, in denen die Intensität schattenwirtschaftlicher Aktivitäten weitaus geringer ist als beispielsweise in der Gastronomie, in Hessen ein weitaus höheres Gewicht als in Deutschland.

Im Einzelnen werden in Hessen, wo die Schattenwirtschaftsquote im Baugewerbe und Handwerk zusammen etwa 38 % beträgt, im Jahr 2002 im **Baugewerbe insgesamt** 9,6 Mrd. Euro (Deutschland: 133,2 Mrd. Euro) generiert. Davon ent-

16) Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung 2001.

### Bruttowertschöpfung (real) in Hessen 2001 nach Wirtschaftsabschnitten



HSL 36/03



fallen wiederum auf das Baugewerbe (ohne Handwerk u. Reparaturbetriebe) 1,8 Mrd. Euro und auf das hessische Handwerk 7,8 Mrd. Euro<sup>17)</sup>. Im *Verarbeitenden Gewerbe* werden voraussichtlich weitere 4,5 Mrd. Euro am Staat vorbei erwirtschaftet, wobei sich die industriell induzierte Schattenwirtschaftsleistung in Deutschland im gleichen Zeitraum auf 59,6 Mrd. Euro belaufen dürfte. Darüber hinaus werden die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich der *Dienstleistungen* hessenweit mit einer Größenordnung von 15,3 Mrd. Euro (Deutschland: 157 Mrd. Euro) zu Buche schlagen.

### Schattenwirtschaft in Hessen im internationalen Vergleich

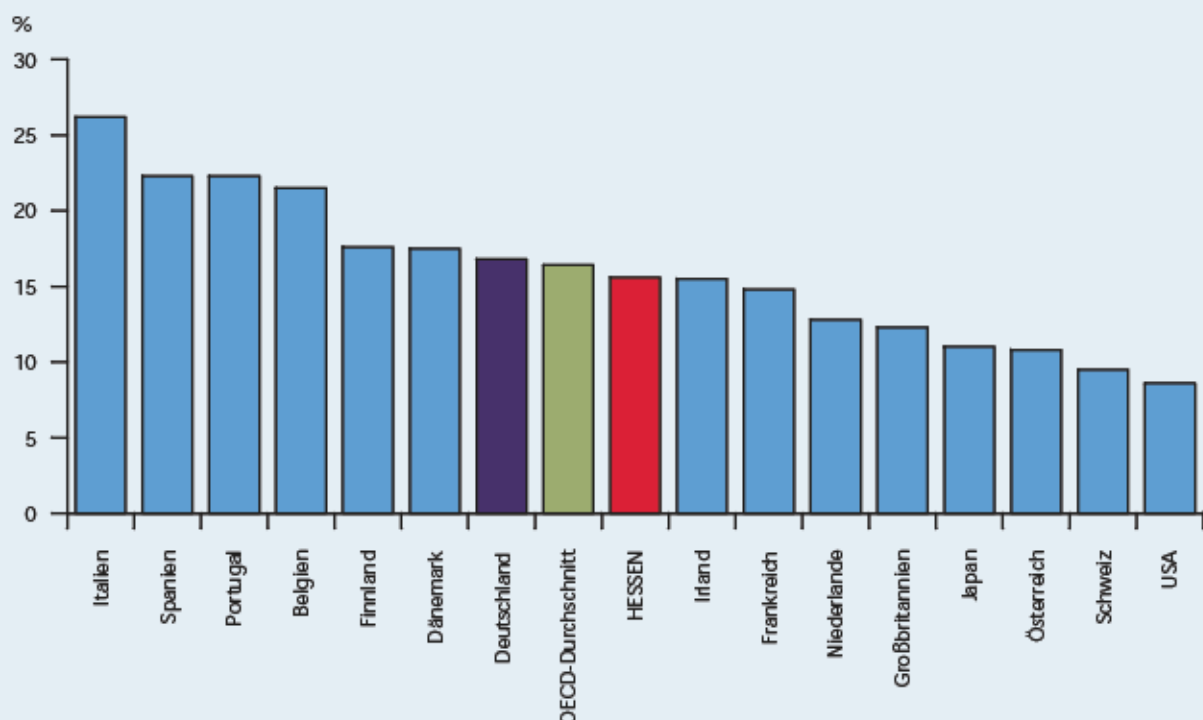
Die Bedeutung der Schattenwirtschaft hat in den letzten Jahren in vielen Ländern zugenommen. Verdeckte Wirtschaftsaktivitäten finden sich aber nicht mehr nur in den unterentwickelten Staaten, sondern zunehmend auch in den Industrienationen. Da Hessen als Wirtschaftsstandort zunehmend im internationalen Wettbewerb steht, ist es deshalb von In-

teresse, die für die wirtschaftliche Entwicklung relevanten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten auch im internationalen Kontext zu vergleichen. Hierbei zeigt sich, dass der Anteil der Wirtschaftsleistung, der auf die Schattenwirtschaft entfällt, in Hessen im Vergleich zu anderen OECD-Staaten leicht unter dem Durchschnitt liegt. Mit 15,6 % im Jahresdurchschnitt 2002/03 verbleibt die Quote sowohl unterhalb des Durchschnitts in Deutschland (16,8 %) als auch der OECD-Staaten (16,4 %). Die höchsten Schattenwirtschaftsquoten erreichen Italien (26,2 %), sowie Spanien und Portugal mit jeweils 22,3 %. Am niedrigsten liegt der Anteil der Schattenwirtschaft in den USA (8,6 %), der Schweiz (9,5 %) und Japan (11,0 %).

Im Unterschied zu den OECD-Staaten weicht die hessische Schattenwirtschaftsquote im Vergleich zu den Staaten Mittel- und Osteuropas erwartungsgemäß stärker voneinander ab. Während die entsprechende Quote für Hessen im Durchschnitt der Jahre 2000/01 bei 14,4 % lag, erreichte sie in zwei Vergleichsländern einen Anteil, der mehr als die Hälfte der „offiziellen Wirtschaft“ ausmacht. Staaten mit derartigen Parallelwirtschaften sind z. B. Georgien (66,1 %), die Ukraine (51,2 %) und Weißrussland (47,1 %). Hoch lag der Anteil der Schattenwirtschaft aber auch im restlichen Mittel- und Osteuropa sowie den Ländern Südeuropas<sup>18)</sup>.

17) In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Daten über die Schattenwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern erhebungsbedingten Verzerrungen unterliegen können.  
18) Nur bezogen auf das Handwerk im Bereich des Produzierenden Gewerbes.

Anteil der Schattenwirtschaft<sup>1)</sup> am realen Bruttoinlandsprodukt  
in ausgewählten OECD-Ländern und Hessen im Jahresdurchschnitt 2002/03

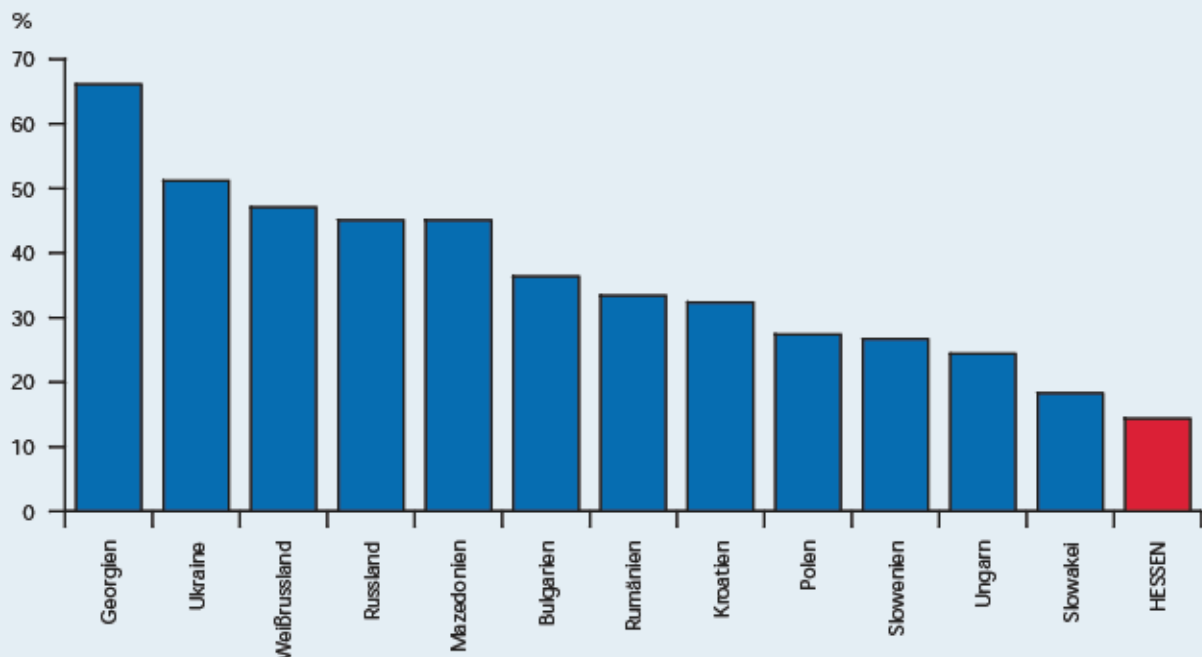


1) Gemäß der Methode des „Bargeldansatzes“.

Quelle: Universität Linz, Prof. Dr. Friedrich Schneider, IAW; Berechnungen, Schätzungen HSL.

HSL 37/03

### Anteil der Schattenwirtschaft<sup>1)</sup> am realen Bruttoinlandsprodukt in mittel- und osteuropäischen Ländern und Hessen im Jahresdurchschnitt 2000/01



1) Gemäß der Methode des „Bargeldansatzes“.

Quelle: IZA Discussion Paper No. 514, 2002; Berechnungen und Schätzungen HSL.

HSL 38/03

Während sich das Niveau der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in Hessen im Vergleich zu Deutschland, den anderen OECD-Staaten und den mittel- und osteuropäischen Staaten noch auf einem durchschnittlichen bis unterdurchschnittlichen Niveau bewegt, ist der Trend der eingeschlagenen Entwicklung Besorgnis erregend. So hat in Hessen das Ausmaß der Schattenwirtschaft in den letzten Jahren kontinuierlich zugelegt. Dagegen konnten die verdeckten Wirtschaftsaktivitäten im internationalen Kontext und vor allem bei der überwiegenden Mehrzahl der anderen OECD-Länder eingedämmt werden. Während der Anteil der Schattenwirtschaft am realen BIP in den OECD-Ländern von 1999/2000 bis 2002/03 im Durchschnitt um 0,4 Prozentpunkte sank, musste Hessen im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 1,4 Prozentpunkte (Deutschland: + 1,0 Prozentpunkte) hinnehmen. Als Folge dieser Entwicklung erreicht die Schattenwirtschaftsquote in Hessen im Jahresdurchschnitt 2002/03 damit erstmals nahezu den OECD-Durchschnitt. Noch deutlicher hat sich die Situation in Deutschland zugespitzt, wo die Quote jetzt sogar über dem OECD-Durchschnitt liegt.

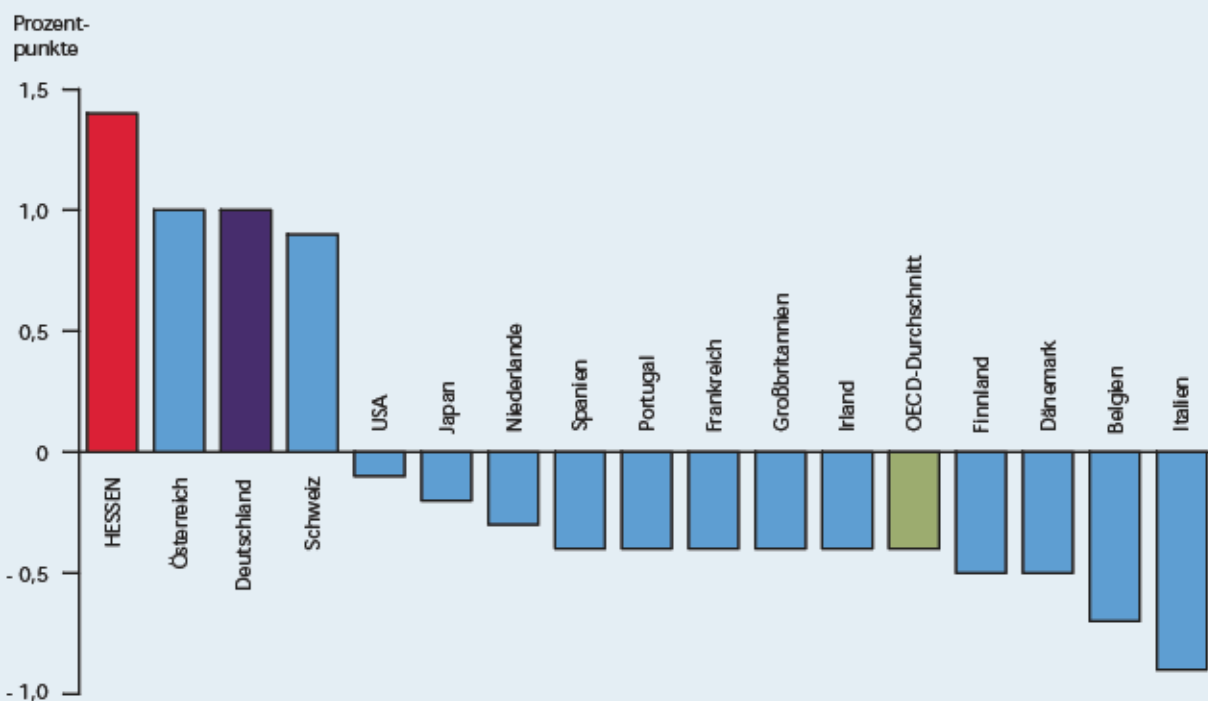
Den höchsten Erfolg bei der Bekämpfung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten konnten dagegen Staaten, wie z. B. Italien (– 0,9 Prozentpunkte), Belgien (– 0,7 Prozentpunkte) oder Dänemark und Finnland (jeweils – 0,5 Prozentpunkte) für sich verbuchen. Zugenommen hat die

Schattenwirtschaft neben Hessen und Deutschland dagegen allein in Österreich (+ 1,0 Prozentpunkte) und der Schweiz (+ 0,9 Prozentpunkte).

#### Bewertung und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit konnte ein beachtliches Niveau verdeckter Wirtschaftsaktivitäten und deren kontinuierliche Zunahme in Hessen festgestellt werden. Aus gesellschaftspolitischer Perspektive ist diese Entwicklung ambivalent einzuschätzen. So ist einerseits davon auszugehen, dass ca. zwei Drittel der in der Schattenwirtschaft verwendeten Mittel in den Kreislauf der „offiziellen Wirtschaft“ zurückfließen und so eine Erhöhung der Steuereinnahmen induzieren. Ein Wegfall der Schattenwirtschaft hätte zudem eine Reduzierung der Wertschöpfung zur Folge, da viele Leistungen auf Grund der höheren Lohn- und Lohnnebenkosten in der „offiziellen Wirtschaft“ nicht erbracht werden könnten. Dagegen spricht, dass die verstärkte Abwanderung in die Schattenwirtschaft wirtschaftspolitische Probleme, wie die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und die Zuspitzung der Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen provoziert. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch sind die Implikationen dieser Entwicklung vor allem deshalb von höchster Brisanz, da die Funktionsfähigkeit des Staates darauf basiert, dass die Bürger die Bereitstellung wichtiger Leistungen und Güter

### Zu- bzw. Abnahme der Schattenwirtschaftsquote 2002/03 im Vergleich zu 1999/2000 in ausgewählten OECD-Ländern und Hessen



Quelle: Universität Linz, Prof. Dr. Friedrich Schneider, IAW; Berechnungen, Schätzungen HSL.

HSL 39/03

durch den Staat über Steuern finanzieren. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die negative Beeinflussung der Wachstums- und Beschäftigungspotenziale, dürften also die negativen Folgen der Schattenwirtschaft überwiegen.

Dementsprechend müssen auch die wirtschaftspolitischen Empfehlungen ausfallen, mit denen auf die Zunahme der Schwarzarbeit reagiert werden sollte. Die Abwanderung in die Schattenwirtschaft als ein Signal für die Unzufriedenheit der Bürger mit der derzeitigen Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung erfordert umfassende Reformen des Steuersystems und der Sozialversicherungssysteme. Nur wenn es gelingt, eine konsequente Senkung der Abgaben auf den Faktor Arbeit durchzusetzen, wird es auch gelingen, das massive Wachstum der Schattenwirtschaft einzudämmen

oder sogar zu reduzieren. Dabei dürfte an einer Vereinfachung des Steuerrechts, z. B. durch Abschaffung von Sondervergünstigungen in Verbindung mit deutlich niedrigeren Steuersätzen sowie einer geringeren Gesamtbelastung kein Weg vorbeiführen<sup>19)</sup>. Die Wirtschaftspolitik hat vor allem aber auch dafür Sorge zu tragen, dass die Bürger wieder in stärkerem Maß das Gefühl haben, dass staatliche Leistungen und Abgaben in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Die Schaffung von wirtschaftlichen Freiräumen und der damit verbundene Schub für eine freie Entfaltung von Wirtschaftsaktivitäten gehören deshalb mehr denn je zu den primären Pflichten der Wirtschaftspolitik in Bund und Ländern. Deutlich dürfte auch sein, dass simplifizierende Bekämpfungsstrategien beim komplexen Phänomen der Schattenwirtschaft nicht greifen. Vielmehr setzt eine erfolgreiche Bekämpfung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten konsequent anreizorientierte Reformen des Sozial- und Steuersystems voraus. □

19) Vgl. Schneider, Friedrich, Erste, Dominik: Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit — Umfang, Ursachen, Wirkungen und wirtschaftspolitische Empfehlungen, München 2000.



## Daten zur Wirtschaftslage

*Die Hauptergebnisse zur Wirtschaftslage im ersten Quartal 2003 in Kürze: Vor dem Hintergrund eines bzgl. der Auftragseingänge und der Umsätze schwachen ersten Quartals 2002 nahmen im hessischen Verarbeitenden Gewerbe sowohl die preisbereinigten Auftragseingänge als auch die Umsätze im ersten Quartal 2003 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,8 bzw. 6 % zu. Eine Stimulation ging dabei in erster Linie von den Erfolgen auf den Auslandsmärkten aus. Im hessischen Bauhauptgewerbe verlief die Entwicklung gegensätzlich: Die wertmäßigen Auftragseingänge gingen im Vergleichszeitraum um 14 % zurück, während die Umsätze um 4 % gesteigert werden konnten. Der Beschäftigtenabbau ist nach wie vor kräftig. Das von den hessischen Bauaufsichtsbehörden genehmigte Hochbauvolumen entwickelte sich positiv. Die zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzfläche stieg um 269 000 m<sup>2</sup> oder 24 % auf 1,39 Mill m<sup>2</sup>. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten folgten dieser Entwicklung. Nachdem im vergangenen Jahr die hessischen Einzelhändler keine Belebung ihrer Geschäftstätigkeit melden konnten, brachte auch das erste Vierteljahr 2003 im Vergleich zum ersten Vierteljahr 2002 keine Entspannung der Lage. Der Umsatz ging nominal um 1,5 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein Minus von ebenfalls 1,5 %. Die anhaltende Wachstumsschwäche belastet den Arbeitsmarkt in zunehmenden Maße. Im Durchschnitt des Berichtszeitraums betrug die Zahl der Arbeitslosen 242 900; dies war ein Anstieg um 23 600 oder 11 %. Im ersten Vierteljahr 2003 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 28 oder 5,2 % auf 562. Innerhalb des ersten Quartals war jedoch eine Beruhigung des Insolvenzgeschehens zu verzeichnen. Der Verbraucherpreisindex in Hessen lag im ersten Quartal 2003 nur noch um 0,9 % höher als im ersten Quartal 2002. Damit wurde die niedrigste durchschnittliche Teuerung seit dem zweiten Quartal 1999 erreicht.*

### Auslandsorders wachsen zweistellig

Das hessische Verarbeitende Gewerbe erhielt seine Impulse im ersten Quartal 2003 wieder überwiegend vom Ausland. Der kräftige Zuwachs der Auslandsorders erklärt sich ebenso wie die — wenn auch wesentlich geringere — Zunahme der Inlandsaufträge auch aus dem schwachen Ergebnis im ersten Quartal des Vorjahres. Erst im zweiten Vierteljahr 2003 wird es sich dann zeigen, ob die Talsohle durchschritten ist. Festzuhalten bleibt, dass die Aufwertungseffekte des Euro sich bisher nicht erkennbar auf das Auslandsgeschäft ausgewirkt haben. Bei starker Abhängigkeit vom Dollarraum wird es bei einzelnen Firmen natürlich zu stark schrumpfenden Gewinnmargen kommen bzw. wird die Konkurrenzfähigkeit gefährdet sein.

Trotz der im Laufe des letzten Jahres wieder anziehenden Auslandsnachfrage gab es im Jahr 2002 im zweiten Jahr in Folge einen realen Rückgang der Gesamtnachfrage beim hessischen Verarbeitenden Gewerbe. Im ersten Vierteljahr 2003 erhielt das Verarbeitende Gewerbe preisbereinigt 5,8 % mehr Aufträge als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Während die Inlandsnachfrage nur um 2,0 % anstieg, legte die Auslandsnachfrage um 11 % zu. Vor allem die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen profitierten vom florierenden Exportgeschäft, das die Auslandsorders um 74 % ansteigen ließ. Bei einem Anstieg von 9,4 % bei den Inlandsaufträgen ergab sich insgesamt ein hoher Auftragszuwachs von 39 %. Der Investitionsgüterhersteller par excellence — der Maschinenbau — verzeichnete kaum mehr als stagnierende Inlands- und Auslandsbestellungen, sodass sich insgesamt im ersten Quartal nur ein Plus von 0,5 % ergab. Die Chemische Industrie hatte sich bereits im Jahr 2002

dank eines guten Auslandsgeschäfts widerstandsfähiger erwiesen als das Verarbeitende Gewerbe insgesamt. In den ersten drei Monaten 2003 erhielt sie insgesamt 3,3 % mehr Aufträge als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Während aus dem Inland 0,5 % weniger Aufträge kamen, nahmen die Auslandsorders um 6,0 % zu.

### Exportquote steigt und steigt

Die Exportquote — der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz — befindet sich seit vielen Jahren im Aufwärtstrend. Dieser Trend beweist zum einen die internationale Konkurrenzfähigkeit hessischer Unternehmen, zum anderen — da auch in anderen Ländern zunehmend mehr Produkte im Ausland abgesetzt werden — die fortschreitende weltwirtschaftliche Verflechtung. Die Exportquote, die 1995 in Hessen noch erkennbar unter der 30%-Marke gelegen hatte, belief sich im ersten Quartal 2003 auf 42 %. Auch in der nahen Zukunft dürfte sich ein Anstieg der Exportquote einstellen. Der steile Anstieg der Exportquote erklärt sich in den letzten Jahren in Hessen nicht nur aus dem deutlichen Exportanstieg, sondern auch aus dem meist rückläufigen Inlandsumsatz.

Im ersten Quartal 2003 lagen die Umsätze des hessischen Verarbeitenden Gewerbes mit 20,8 Mrd. Euro um 6 % höher als im schwachen ersten Quartal des Vorjahres. Die Inlandsumsätze erhöhten sich um 0,9 % auf 12,1 Mrd. Euro und die mit ausländischen Geschäftspartnern um 14 % auf 8,7 Mrd. Euro. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen übertrafen das triste Vorjahresergebnis deutlich und steigerten die Umsätze um 39 % auf über 3 Mrd. Euro. Dabei nahm das Inlandsgeschäft um 19 % und die Exporte sogar um 65 % zu. Bescheide-

# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzel- handel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs <sup>4)</sup>  2000 = 100	Index der Um- sätze <sup>6)</sup>  2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung <sup>7)</sup>  2000 = 100	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>11)</sup>	
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>12)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	97,9	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2002 Februar	95,6	83,7	117,6	455 752	63,1	30 689	86,0	103,0	222 906	8,1	36 988	25 716
März	101,0	91,1	119,2	454 584	102,0	30 701	99,8	103,1	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	97,6	87,3	116,5	455 771	74,2	30 835	92,5	102,9	.	.	.	.
April	104,2	92,5	125,7	452 735	95,3	31 075	101,5	103,0	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	104,4	87,3	135,9	451 648	82,6	30 914	98,3	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	102,9	89,0	128,6	451 629	113,0	30 422	91,4	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	452 004	96,9	30 804	96,4	103,0	.	.	.	.
Juli	107,8	96,2	129,4	452 995	84,5	30 118	93,9	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987
August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	94,8	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	94,8	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	94,5	103,1	.	.	.	.
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	103,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	106,5	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	114,9	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	108,4	103,0	.	.	.	.
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	91,7	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	...	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	...	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	...	103,8	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	-1,1	.	-5,5	.	-10,2	.	22,4	-19,4	
2001 D	-2,2	-3,2	-0,8	-0,2	-4,4	-7,2	.	1,7	-6,7	0,4	51,7	
2002 D	-1,6	-4,1	2,2	-3,1	-12,3	-7,8	-2,5	1,3	6,5	-16,8	95,6	
2002 Februar	-9,2	-7,1	-11,6	-2,3	-14,1	-7,7	-2,1	1,8	5,8	-10,9	205,0	
März	-13,2	-16,0	-8,7	-2,8	8,0	-7,5	-3,6	2,0	5,7	-9,7	215,5	
1. Vj.	-9,9	-10,3	-9,2	-2,4	-8,7	-7,6	-3,3	1,9	.	.	.	
April	8,7	3,8	15,9	-2,9	6,6	-7,0	3,4	1,5	5,5	-11,6	248,5	
Mai	0,9	-7,6	13,2	-3,2	-32,4	-6,7	-7,5	1,2	7,9	-16,2	111,6	
Juni	-0,1	-2,1	2,8	-3,6	-4,4	-8,4	-3,3	0,9	5,9	-16,7	129,4	
2. Vj.	3,0	-2,1	10,3	-3,2	-11,9	-7,4	-2,5	1,2	.	.	.	
Juli	5,1	4,5	6,1	-3,4	3,3	-9,5	-0,3	1,1	7,6	-19,5	66,5	
August	-2,5	-6,9	4,4	-3,4	-30,3	-9,5	-4,3	1,1	7,4	-24,0	81,4	
September	1,6	-3,3	8,6	-3,5	-34,9	-8,8	-1,5	1,0	7,0	-25,5	60,8	
3. Vj.	1,5	-1,9	6,4	-3,4	-24,0	-9,3	-2,1	1,0	.	.	.	
Oktober	5,0	2,9	8,1	-3,6	11,6	-7,9	1,0	1,3	6,7	-21,2	41,9	
November	0,9	-3,2	6,7	-3,6	-11,5	-6,1	-2,8	1,1	7,7	-17,4	14,2	
Dezember	-6,3	-5,4	-7,6	-3,5	1,6	-6,8	-3,8	1,2	7,4	-21,8	-41,8	
4. Vj.	-0,1	-1,8	2,4	-3,6	0,0	-6,9	-2,0	1,2	.	.	.	
2003 Januar	6,3	-0,1	15,4	-3,8	-14,7	-8,0	0,1	0,9	9,2	-21,0	-32,9	
Februar	6,9	5,9	8,2	-3,5	-6,2	-7,8	...	1,0	12,0	-21,9	-40,6	
März	4,2	0,4	9,4	-3,3	-17,6	-6,5	...	0,8	14,4	-22,0	-38,0	
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	-3,5	-13,6	-7,5	...	0,9	.	.	.	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>												
2002 Februar	-0,5	-4,0	4,3	-0,3	9,6	-1,4	-6,1	0,4	-0,3	13,8	19,7	
März	5,6	8,8	1,4	-0,3	61,8	0,0	16,0	0,1	-3,1	5,3	0,1	
1. Vj.	-3,7	-4,4	-2,8	-1,7	-5,4	-5,6	-16,4	1,1	.	.	.	
April	3,2	1,5	5,5	-0,4	-6,6	1,2	1,7	-0,1	-1,9	-2,7	-4,6	
Mai	0,2	-5,6	8,1	-0,2	-13,3	-0,5	-5,1	0,0	-1,1	-8,6	-44,3	
Juni	-1,4	1,9	-5,4	0,0	36,8	-1,6	-5,1	-0,1	0,1	-5,2	-7,3	
2. Vj.	6,4	2,6	11,7	-0,8	30,5	-0,1	4,2	0,1	.	.	.	
Juli	4,8	8,1	0,6	0,3	-25,2	-1,0	2,7	0,4	2,2	-7,9	-37,0	
August	-9,5	-8,6	-10,8	0,1	5,5	1,5	1,0	-0,2	-1,9	-5,2	11,1	
September	4,8	0,7	10,7	-0,2	-6,2	0,3	0,0	-0,1	-1,3	-5,7	5,8	
3. Vj.	-1,2	1,5	-4,4	0,3	-11,5	-1,2	-2,0	0,1	.	.	.	
Oktober	5,3	9,0	0,5	-0,6	0,5	0,2	9,5	-0,1	0,6	-5,6	12,7	
November	-2,9	-5,1	0,1	-0,5	-10,9	-0,3	2,6	-0,3	2,3	-2,9	8,0	
Dezember	-12,4	-11,6	-13,5	-0,5	2,0	-2,5	7,9	1,0	4,2	-6,3	-2,7	
4. Vj.	-1,3	-1,3	-1,4	-1,2	-8,5	-0,1	14,7	-0,1	.	.	.	
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	-1,3	-35,7	-4,2	-20,2	-0,1	9,8	10,6	29,5	
Februar	0,0	1,7	-2,2	-0,0	20,5	-1,1	...	0,5	2,3	12,5	5,9	
März	2,9	3,3	2,5	-0,1	42,1	1,4	...	-0,1	-1,1	5,3	4,6	
1. Vj.	1,9	-0,7	5,3	-1,8	-18,3	-6,2	...	0,8	.	.	.	

1) Einschli. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. —

2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



ner fiel der Anstieg mit einer Zuwachsrate von 2,8 % auf 2,3 Mrd. Euro Gesamtumsatz beim Maschinenbau aus. Die dominierende hessische Industriebranche — die Chemische Industrie — übertraf das Vorjahresergebnis mit 4,3 Mrd. Euro um 1,7 %.

### Weiterer Beschäftigungsrückgang

Der seit Jahren anhaltende Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe hat sich auch im ersten Quartal dieses Jahres fortgesetzt. Allerdings hat sich das Tempo des Beschäftigungsrückgangs von Januar bis März etwas verringert. Im Durchschnitt des ersten Quartals lag die Beschäftigtenzahl im hessischen Verarbeitenden Gewerbe mit 439 700 Beschäftigten um 3,5 % niedriger als vor Jahresfrist. Die drei größten Branchen waren unterschiedlich betroffen. Mit 62 600 Mitarbeitern verfehlte die Chemische Industrie das Vorjahresniveau nur unterdurchschnittlich um 0,8 %. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagentellen verringerten ihren Personalbestand dagegen um 2,4 % auf 56 100 und der Maschinenbau um 4,2 % auf 59 900 Personen.

### Gegensätzliche Entwicklungen im Bauhauptgewerbe

Das Bauhauptgewerbe ist seit Jahren durch drastisch zurückgehende Beschäftigtenzahlen und — bis auf das Jahr 1999 — schrumpfende Umsätze gekennzeichnet. Die nominalen Umsätze lagen bei den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten im Durchschnitt des Jahres 2002 um 23 % niedriger als 1995. Da selbst stagnierende Umsätze wegen des Produktivitätsfortschritts nicht ausreichen, die Beschäftigtenzahl konstant zu halten, war ein Beschäftigungsrückgang von fast 47 % in diesem Zeitraum die Folge.

Im ersten Quartal 2003 gab es positive und negative Signale. Während die Umsätze zunahmen, und sich der Beschäftigungsabbau etwas abschwächte, war die Nachfrage schwach.

Die wertmäßigen Auftragseingänge, die im vierten Quartal des vergangenen Jahres stagnierten, haben in den ersten drei Monaten dieses Jahres mit einem Minus von 14 % wieder deutlich abgenommen. Der Straßenbau trotzte jedoch der allgemeinen Entwicklung. Durch Großaufträge im März gab es im ersten Quartal einen Anstieg um 42 %. Trotzdem verfehlte der gesamte Tiefbau das Vorjahresniveau um 8,7 %. Deutliche Einbußen verzeichnete der Hochbau mit einem Minus von 18 %. In diesem Sektor schrumpften die wertmäßigen Auftragseingänge beim Wirtschaftshochbau um 28 %, eine Folge der gesamtwirtschaftlichen Investitionsschwäche, die bereits 2002 zu einem Nachfragerückgang von einem Drittel beim Wirtschaftshochbau geführt hatte. Die seit Jahren rückläufige Wohnungsbaunachfrage setzte sich im ersten Quartal — wenn auch abgeschwächt — mit einer Abnahmerate von 4 % fort.

Im Gegensatz zu den Auftragseingängen nahmen die baugewerblichen Umsätze im ersten Quartal um 4 % auf 736 Mill. Euro zu. Dies ist ausschließlich auf den Anstieg von 13 % im März zurückzuführen, während es in den beiden ersten Monaten leichte Einbußen gab. Der Zuwachs im März wurde durch die besondere Kalenderkonstellation begünstigt: Im März 2003 gab es einen Arbeitstag mehr als vor einem Jahr und Ostern bzw. Osterferien lagen 2003 im Gegensatz zum Vorjahr erst im April.

Der Beschäftigungsabbau hat sich zwar innerhalb des ersten Quartals abgeschwächt, fiel aber mit – 7,5 % noch deutlicher aus als im vierten Quartal des Vorjahres (– 6,9 %). Etwas weniger betroffen waren im ersten Quartal die Facharbeiter, deren Zahl um 6,1 % abnahm. Dagegen ging die Zahl der Fachwerker und Werker — angelernte Arbeitskräfte — um 11 % zurück und bei den gewerblichen Auszubildenden fiel der Rückgang genauso hoch aus.

### Zum Bau freigegebenes Hochbauvolumen im Aufwind

In den ersten drei Monaten des Jahres 2003 gaben die hessischen Bauaufsichtsbehörden 1,39 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Das waren im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres 269 000 m<sup>2</sup> oder 24 % mehr. Die Kosten wurden von den Bauherren mit 1,31 Mrd. Euro veranschlagt, was ebenfalls einem Anstieg um 24 % entsprach. Diese deutliche Steigerung brachte das *Hochbauvolumen* nach dem Tief im Vorjahr wieder auf eine Höhe, die dem Durchschnittswert für das jeweils erste Quartal der letzten sieben Jahre entsprach. Die Zunahme war bei allen drei Bauherrngruppen zu beobachten. Vor allem die Unternehmen beantragten mit 677 000 m<sup>2</sup> deutlich mehr Wohn- und Nutzflächen in neuen Gebäuden und bei Baumaßnahmen (+ 23 %). Auf fast dem gleichen Niveau lag die Flächennachfrage der privaten Haushalte. Sie erhöhte sich um 27 % auf 638 000 m<sup>2</sup>. Bei den öffentlichen Bauherren, deren Anteil an der Gesamtfläche allerdings mit 61 000 m<sup>2</sup> bei unter 5 % lag, erreichte die Zuwachsrate nur 12 %. Die gestiegene Investitionsbereitschaft, zeigte sich bei Unternehmen und privaten Bauherren gleichermaßen. Erstere erhöhten das geplante Investitionsvolumen um 41 % auf 598 Mill. Euro; letztere bezifferten die Kosten der Bauwerke mit 595 Mill. Euro um 24 % höher als in den Monaten Januar bis März 2002. Damit hatte das Kostenvolumen bei beiden Bauherrngruppen zum ersten Mal seit 1995 fast den gleichen Umfang. Im betrachteten Vierteljahr übertrafen die von den Privathaushalten im Wohnbau veranschlagten Kosten die der Unternehmen um beinahe das Dreifache. Die öffentlichen Bauherren veranschlagten mit 90 Mill. Euro 31 % weniger Baukosten als im Vorjahresquartal.

Im *Wohnbau* wurden im ersten Vierteljahr 2003 Genehmigungen für rund 5000 neue bzw. umzubauende Wohnungen mit 597 000 m<sup>2</sup> Wohnfläche erfasst. Die Baukosten wurden von den Bauherren mit 741 Mill. Euro veranschlagt. Damit konnte nun nach einer längeren Durststrecke ein deutli-



cher Zuwachs verzeichnet werden. Er betrug jeweils gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum bei der Zahl der Wohnungen und bei den Wohnflächen jeweils 21 %, sowie bei den veranschlagten reinen Baukosten sogar 23 %. Ursächlich für die erhöhte Aktivität bei den Wohnbaugenehmigungen, die im ersten Quartal 2003 bei den Baubehörden erfasst wurden, dürften überwiegend Effekte sein, die aus der Diskussion um die weit gehende Reduzierung der staatlichen Wohnbauförderung resultieren. Der Anstieg vollzog sich vor allem im Neubausegment. Hier wurden rund 1950 Baufreigaben für den Neubau von Einfamilienhäusern (+ 28 %) sowie 1700 für den Bau neuer Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+ 37 %) erteilt. Bei Zweifamilienhäusern, deren Werte häufig vom Trend in den anderen beiden Segmenten abweichen, wurde ein leichter Rückgang bei der Zahl der Baugenehmigungen um 6,6 % festgestellt.

Das Genehmigungsvolumen im *Nichtwohnbau* wuchs — bezogen auf die Nutzflächen — im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um ein Fünftel. Die Baubehörden gaben in den ersten drei Monaten des Jahres 2003 rund 577 000 m<sup>2</sup> Nutzfläche in Nichtwohngebäuden zum Neu- oder Umbau frei. Dafür veranschlagten die Bauherren rund 564 Mill. Euro, ein Viertel mehr als im ersten Quartal 2002.

#### **Einzelhandel startet schlecht**

Nachdem im vergangenen Jahr die in Hessen tätigen Einzelhändler keine Belebung ihrer Geschäftstätigkeit feststellen konnten, brachte das erste Vierteljahr 2003 gegenüber dem ersten Vierteljahr 2002 keine Verbesserung der Lage. Nominal ging der Umsatz in diesem Zeitraum um 1,5 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Minus von ebenfalls 1,5 %.

Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte allerdings ihr Vorjahresniveau übertreffen. Die hierzu gehörenden Geschäfte hatten nominal 0,5 % mehr in ihren Kassen; real war dies ein Plus von etwas über 1 %. Angespannt blieb die Lage im Facheinzelhandel. Im Vergleichszeitraum ging dort der Umsatz nominal und real um etwa 3 % zurück. Relativ günstig schnitt dagegen der Bereich „Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien und Parfümerien“ ab. Dort sank der nominale Umsatz zwar um 0,3 %, real war dies aber noch ein Plus von annähernd 1 %.

Die schlechte Ertragslage führte zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Die Zahl der Stellen im Einzelhandel sank im Quartalsvergleich um fast 6 %, wobei das Minus vor allem zu Lasten der Vollbeschäftigten ging. Dort verminderten sich die Stellen um 7 %, während die Zahl der Teilzeitstellen um annähernd 5 % abnahm.

Auch der Bereich von Kfz-Handel, -Reparatur und Tankstellen konnte sein Vorjahresergebnis nicht halten. Dort gingen

die Umsätze nominal um etwas über 1 % zurück, real war dies ein Minus von 2 %. Alle Unterbereiche büßten dabei Umsätze ein: sowohl der Handel mit als auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen, der Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör, der Handel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör als auch die Tankstellen.

Auch hier wurden Stellen abgebaut. Insgesamt ging die Zahl der Beschäftigten um 2 % zurück, was allein auf den Rückgang bei der Zahl der Vollbeschäftigten um 3 % zurückzuführen ist. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg dagegen im Quartalsvergleich um annähernd 3 %.

#### **Arbeitsmarkt zunehmend durch Wachstumsschwäche belastet**

Im ersten Quartal 2003 meldeten sich 130 800 Personen arbeitslos. Das waren 17 500 oder reichlich 15 % mehr als in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Dieser Anstieg wurde zu gleichen Teilen durch vermehrte Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit sowie ohne vorherige Erwerbstätigkeit (jeweils + 8400) verursacht. Die restlichen 700 Arbeitslosmeldungen betrafen Personen nach vorangegangener betrieblicher Ausbildung.

Den Arbeitslosmeldungen aus dem ersten Quartal 2003 standen 44 100 (– 24 %) der hessischen Arbeitsverwaltung als offenen gemeldete Stellen gegenüber. Dieser sehr deutliche Rückgang des Arbeitsplatzangebots ließ das Verhältnis Arbeitslosmeldungen zu den Stellenmeldungen von 2,0 im ersten Quartal 2002 auf nahezu 3,0 im Berichtszeitraum ansteigen. Wegen dieser schmalen Vermittlungsbasis konnte die Arbeitsverwaltung nur noch 14 700 (– 43 %) Arbeitssuchende auf einem Dauerarbeitsplatz unterbringen. Insgesamt schieden von Januar bis März 2003 rund 106 200 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 1800 oder 2 % mehr als im ersten Quartal 2002. Im Durchschnitt des Berichtszeitraums betrug die Zahl der Arbeitslosen 242 900. Das waren 23 600 oder 11 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Damit hat sich die im vierten Quartal 2001 einsetzende Wende zu wieder zunehmenden Arbeitslosenzahlen am hessischen Arbeitsmarkt im Berichtszeitraum beschleunigt fortgesetzt. Im Gegensatz zur ansteigenden Arbeitslosigkeit hielt sich das Niveau der Kurzarbeit mit durchschnittlich 15 200 von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit Betroffenen im ersten Quartal 2003 auf recht moderatem Niveau. Das ist auch auf die vermehrte Einführung von Arbeitszeitkonten in der gewerblichen Wirtschaft zurückzuführen.

#### **Unternehmensinsolvenzen: Tendenz zur Beruhigung?**

Im ersten Vierteljahr 2003 haben die Insolvenzen von Unternehmen in Hessen um 28 oder 5,2 % auf 562, und damit etwas stärker als im ersten Vierteljahr des Jahres 2002 (+ 19, + 3,7 %), zugenommen. Im letzten Vierteljahr des Jahres 2002 hatte die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen ge-

genüber dem gleichen Vorjahreszeitraum allerdings noch bei 8 % gelegen. Auch die Entwicklung in den ersten drei Monaten dieses Jahres (Januar: 232 Insolvenzen, + 38 %; Februar: 177, +/- 0 %; März: 153, - 19 %) könnte in den Veränderungen gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten auf eine Tendenz zur Beruhigung bei den Unternehmensinsolvenzen hindeuten.

Nach Wirtschaftsbereichen stellte sich die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen im ersten Quartal 2003 gegenüber dem ersten Quartal 2002 differenziert dar. Deutliche Zunahmen waren im Handel (+ 13, + 14 %) — hier insbesondere im Kfz-Handel (+ 10, + 71 %) und im Einzelhandel (+ 8, + 19 %) — und bei den „überwiegend für Unternehmen erbrachten Dienstleistungen“ (+ 17, + 13 %) festzustellen. Im Baugewerbe wurden im ersten Vierteljahr 2003 mit 128 (+ 2 %) lediglich drei Unternehmen mehr insolvent als im ersten Vierteljahr des Vorjahres. Dagegen kam es im Verarbeitenden Gewerbe (- 7, - 10 %) und im Gastgewerbe (- 4, - 14 %) zu Rückgängen bei den Insolvenzbeantragungen.

Von den gegen 562 hessische Unternehmen beantragten Insolvenzverfahren führten 314 oder 56 % im ersten Vierteljahr 2003 auch zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Im ersten Vierteljahr 2002 hatte die Eröffnungsquote — bei 286 eröffneten Verfahren und 534 Insolvenzen — bei 54 % gelegen.

In den zu Anfang des Jahres 2003 von den Insolvenzgerichten verhandelten Verfahren standen voraussichtliche Forderungen in Höhe von 646 Mill. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren gut 67 Mill. Euro oder 12 % mehr als im ersten Quartal des Vorjahres.

Deutliche Unterschiede wies bei den Unternehmen wieder das regionale Insolvenzgeschehen auf. Die Unternehmensinsolvenzen nahmen bei den Insolvenzgerichten im Regierungsbezirk Gießen (+ 14, + 18 %) — mit Schwerpunkten in den Landkreisen Limburg-Weilburg (+ 13, + 68 %) und Gießen (+ 8, + 62 %) — und im Landkreis Waldeck-Frankenberg (+ 11, + 183 %) im Vergleich zum Vorjahresquartal relativ am stärksten zu. Absolut stiegen die Unternehmensinsolvenzen auf Grund der höheren Unternehmensdichte im Regierungsbezirk Darmstadt (+ 45, + 13 %), und hier in Frankfurt am Main (+ 29, + 38 %), am kräftigsten. Der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen war in den Landkreisen Kassel (- 14, - 54 %), Marburg-Biedenkopf (- 12, - 63 %) und Darmstadt-Dieburg (- 11, - 33 %) am ausgeprägtesten. Von den kreisfreien Städten hatten nur Darmstadt (- 7, - 37 %) und Kassel (- 18, - 56 %) rückläufige Zahlen bei den Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen.

Von den in den ersten drei Monaten des Jahres 2003 gemeldeten Unternehmensinsolvenzen waren in Hessen rund 4000 Beschäftigte direkt betroffen, davon fast 1200 in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und über 700 in Unternehmen des Baugewerbes. In mehr als der Hälfte der

562 Unternehmensinsolvenzen (266) des ersten Quartals dieses Jahres waren überhaupt keine Beschäftigten von dem mutmaßlich finalen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Unternehmen betroffen. Nur bei rund 80 der 562 Insolvenzverfahren müssen jeweils mehr als 10 Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze fürchten. Knapp 3100 der 4000 von Unternehmensinsolvenzen Betroffenen waren in einer der 381 zu Anfang des Jahres in Insolvenz geratenen Gesellschaften m.b.H. beschäftigt.

### **Verbraucherpreise nur noch 0,9 % höher als vor Jahresfrist**

Die Verbraucherpreise in Hessen waren im ersten Quartal 2003 nur noch um 0,9 % höher als ein Jahr zuvor. Damit wurde die niedrigste durchschnittliche Teuerung seit dem zweiten Quartal 1999 erreicht. Im vierten Quartal 2002 hatte die entsprechende Teuerungsrate noch 1,2 %, im dritten Quartal 1,0 % und im zweiten Quartal ebenfalls 1,2 % betragen. Zu diesem Nachlassen der Teuerung kam es, obwohl die Preise für Heizöl und Kraftstoffe stark stiegen. Heizöl war im ersten Quartal im Durchschnitt um 21,8 % und Kraftstoffe um 13,5 % teurer als ein Jahr zuvor. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte wären die Verbraucherpreise im ersten Quartal nur noch um 0,3 % höher als ein Jahr zuvor gewesen. Für den Durchschnitt eines Quartals ist ein so niedriger Wert seit 1979, seit es diese Sonderrechnung gibt, noch nie registriert worden.

Hierbei haben sich Preisrückgänge gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres noch verstärkt und in wichtigen Ausgabengruppen ist der Preisauftrieb zurückgegangen. So waren Nahrungsmittel in den ersten drei Monaten 2003 im Durchschnitt um 2,2 %, Kleidung und Schuhe um 2,1 % und Güter für Freizeit, Unterhaltung und Kultur um 0,8 % billiger als ein Jahr zuvor (darunter Personalcomputer und andere Informationsverarbeitungsgeräte einschl. Software und Zubehör um 20 %). Dagegen waren im vierten Quartal 2002 die Preise von Nahrungsmitteln nur um 1,2 % und die von Kleidung und Schuhen um 0,6 % niedriger und die der Güter für Freizeit, Unterhaltung und Kultur im Durchschnitt genauso hoch wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Wohnungsmieten einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung, lagen im ersten Quartal 2003 nur noch um 1,2 % (nach 1,5 % im vierten Quartal 2002) höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für Nachrichtenübermittlung sank der Preisauftrieb von 1,9 auf 0,7 % und bei den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen von 3,5 auf 1,0 %.

Innerhalb des ersten Quartals war die Preisentwicklung sehr unterschiedlich. Im Januar war der Preisindex um 0,1 % niedriger, im Februar dann um 0,5 % höher und im März wieder um 0,1 % niedriger als im jeweiligen Vormonat. Diese Entwicklung wurde jedoch stark von den saisonabhängigen Waren und Dienstleistungen (saisonabhängige Nahrungsmittel, Blumen, Kohle, Heizöl, Pauschalreisen und Fe-



rienwohnungen) geprägt. Ohne ihre Berücksichtigung wäre der Verbraucherpreisindex im Januar um 0,7 % und im Februar um 0,2 % höher als im Vormonat gewesen und hätte sich dann bis März nicht mehr geändert.

Zu Beginn des zweiten Quartals blieb die Preisentwicklung verbraucherfreundlich. Im April war der Index der Verbraucherpreise um 0,1 % niedriger als im März und um 0,8 % höher als ein Jahr zuvor. □

# Hebesätze der Realsteuern

**Daten der Statistischen Ämter  
des Bundes und der Länder**

Die Veröffentlichung „**Hebesätze der Realsteuern**“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- ◆ **Grundsteuer A**
- ◆ **Grundsteuer B**
- ◆ **Gewerbesteuer**



**Diskette:** Format: Excel 5.0/95

Außerdem enthält die Diskette die Einwohnerzahlen, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„**Hebesätze der Realsteuern**“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-115



**Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom  
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden**

Telefon: 0611 3802-951  
E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de)

Fax: 0611 3802-992  
Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)



- Im Jahr 2002 wurden in Hessen 2627 *landwirtschaftliche Grundstücke* zu einem durchschnittlichen *Kaufwert* von 12 500 Euro je ha landwirtschaftlicher Fläche veräußert. Damit wurden knapp 300 Grundstücke mehr gehandelt als im Vorjahr. Der durchschnittliche Kaufwert sank gegenüber dem Jahr 2001 um knapp 1000 Euro je ha und gegenüber 2000 um 1100 Euro. Die höchsten Kaufwerte wurden in der Stadt Offenbach am Main mit 72 500 Euro je ha ermittelt, gefolgt vom Main-Taunus-Kreis mit 52 700 Euro je ha. Demgegenüber wurden die geringsten Kaufwerte mit 6400 Euro je ha im Vogelsbergkreis erzielt, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und im Werra-Meißner-Kreis waren es jeweils 7700 Euro je ha. Insgesamt wurden 2350 ha Fläche veräußert, was einer durchschnittlichen Fläche von 0,89 ha je Veräußerungsfall entsprach. Die mittlere Ertragsmesszahl betrug dabei — wie im Vorjahr — 47 Punkte.

- Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören, legt neueste Ergebnisse der regionalen Erwerbstätigkeit in der Veröffentlichung *„Die Erwerbstätigen in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1998 bis 2001“* vor und stellt damit Regionalergebnisse zur Erwerbstätigkeit für Politik, Wirtschaft, Verbände und Wissenschaft zur Verfügung. Die Erwerbstätigenzahlen wurden nach einem einheitlichen Konzept vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ erstellt und stehen in jedem Statistischen Landesamt zur Verfügung. Die Gemeinschaftsveröffentlichung beinhaltet neben den Tabellen auch Grafiken und farbige Kartogramme zur Struktur der Erwerbstätigen in den Regionen Deutschlands. Zusätzlich werden die wichtigsten Begriffe in einem Textteil erläutert. Die Gemeinschaftsveröffentlichung liegt in gedruckter Form oder als CD-ROM (Excel-Format) vor. Die Printversion hat einen Umfang von 140 Seiten (DIN A4, kartoniert). Die Veröffentlichung kann ab sofort bei jedem Statistischen Landesamt oder direkt bei der Federführung des Arbeitskreises über die Vertriebsstelle des Hessischen Statistischen Landesamtes, 65175 Wiesbaden, bestellt werden. Sowohl die Print- als auch die CD-Version kosten jeweils 15,00 Euro (zuzügl. Versandkosten).

- Im ersten Vierteljahr 2003 zählten die *Beherbergungsbetriebe* mit neun oder mehr Betten in Hessen 2,1 Mill. Ankünfte und 5,3 Mill. *Übernachtungen*. Dies war zwar annähernd 1 % mehr Gäste, aber 1 % weniger Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2002. Während die Zahl der Ankünfte von Gästen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland sich um etwas über 1 % auf 1,5 Mill. verminderte,

stieg die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland um über 6 % auf 536 000. Die Zahl der von Inländern gebuchten Übernachtungen ging um knapp 3 % auf 4,1 Mill. zurück, bei den Ausländern gab es dagegen ein Plus von etwas über 6 % auf 1,1 Mill. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im ersten Vierteljahr 2002 ein deutlicher Rückgang bei den ausländischen Übernachtungsgästen zu verzeichnen war.

- Nach ersten Ergebnissen für die Monate Januar bis März 2003 sanken die Umsätze im hessischen *Gastgewerbe* — verglichen mit den ersten drei Monaten des Jahres 2002 — nominal um annähernd 6 %. Dies war nach Ausschaltung der Preisveränderungen real sogar ein Minus von annähernd 7 %. Damit musste das hessische Gastgewerbe seit Oktober 2001 — mit Ausnahme des April 2002 — fortlaufend Umsatzeinbußen hinnehmen. Von der Zurückhaltung der Gäste waren alle großen Zweige gleichermaßen betroffen. Am besten schnitten noch die Kantinen und Caterer ab. Dort gingen die Umsätze im Vergleichszeitraum nominal um knapp 3 und real um über 3 % zurück. Im Beherbergungsgewerbe gab es Einbußen von nominal etwas über 5 und real knapp 7 %. Besonders betroffen war das Gaststättengewerbe: Die Wirte verloren innerhalb eines Jahres nominal 7 und real 8 % ihres Umsatzes. Die schlechte Lage führte zu einer Verminderung der Zahl der Beschäftigten. Sie nahm im Vergleichszeitraum um über 5 % ab, wobei sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit – 4 % deutlich schwächer verringerte als diejenige der Vollbeschäftigten. Dort betrug das Minus über 6 %.

- Die Zahl der *Einbürgerungen* in Hessen ist 2002 erneut gesunken. Im vergangenen Jahr wurden 17 421 Ausländer eingebürgert, das waren 1 500 weniger als im Vorjahr. Damals war ein gleich hoher Rückgang zu verzeichnen, nachdem es im Jahr 2000 einen starken Anstieg der Einbürgerungen als Folge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit den neuen Ausnahmeregelungen vom Grundsatz der Vermeidung der Mehrstaatigkeit für besondere Härtefälle um gut 3600 gegeben hatte. Im Jahr 2002 waren knapp 14 400 Verfahren Einbürgerungen nach dem Ausländergesetz: 11 000 eingebürgerte Personen hatten die Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren erfüllt und einen Einbürgerungsanspruch, rund 3400 Personen wurden als Ehegatten oder minderjährige Kinder im Ermessenswege miteingebürgert. Gut 3000 Ausländer erhielten nach den Bestimmungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) die deutsche Staatsangehörigkeit, darunter 900 in Deutschland geborene ausländische Kinder unter zehn Jahren, die auf Grund des durch das Reformgesetz eingeführten § 40 b StAG einen Einbürgerungsanspruch besitzen. Fast ein Drittel der im Jahr 2002 Eingebürgerten hatte bisher die türkische Staatsangehörigkeit (5570). Iraner (2170), Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (1940) und Afghanen (1320) sowie Marokkaner (920) waren ebenfalls relativ stark vertreten.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001			2002				
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 088,1 <sup>1)</sup>	6 077,8 <sup>1)</sup>	6 075,6	6 078,2	6 077,8	6 088,9	6 090,5	6 093,2	6 092,6	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	2 697	2 218	3 378	4 467	2 711	2 250	1 884	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	5,4	4,3	6,5	8,6	5,4	4,3	3,8	
* Lebendgeborene	"	4 901	4 686	4 483	5 122	5 586	4 922	4 689	5 013	4 118	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	9,3	9,0	9,9	10,8	9,5	9,4	9,7	8,2	
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 029	4 948	4 362	5 238	5 670	4 742	4 683	5 250	4 745	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	8,7	10,1	11,0	9,2	9,4	10,1	9,5	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	21	19	24	26	16	15	21	18	14	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	4,2	5,4	5,1	2,9	3,0	4,5	3,6	3,4	
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 127	- 262	121	- 116	- 84	180	6	- 237	- 627	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,3	- 0,5	0,2	- 0,2	- 0,2	0,3	0,0	- 0,5	- 1,3	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	15 067	18 476	10 342	16 631	15 846	17 230	12 588	
darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	6 759	7 931	4 279	6 855	7 229	7 308	5 158	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	13 371	15 743	10 842	13 941	14 281	14 287	12 544	
darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	5 249	6 393	4 556	5 445	6 139	5 733	5 766	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	1 696	2 733	- 500	2 690	1 565	2 943	44	
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	18 349	17 943	16 727	20 780	16 449	20 251	18 281	20 999	18 478	
		2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>											
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	222 906	215 942	211 836	244 216	249 718	247 062	244 698	
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	93 246	90 644	90 329	100 232	101 297	101 307	101 801	
Männer	"	110 886	122 151	129 660	125 298	121 507	143 984	148 421	145 755	142 897	
Ausländer	"	42 684	45 295	47 809	46 285	45 668	50 479	51 566	51 752	51 726	
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	27 056	25 590	24 262	28 671	30 906	29 932	28 457	
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	8,1	7,9	7,7	8,9	9,1	9,0	8,9	
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,3	7,1	7,1	7,7	7,8	7,8	7,9	
Männer	"	7,6	8,4	8,9	8,6	8,3	9,9	10,2	10,0	9,8	
Ausländer	"	14,2	15,2	16,2	15,7	15,5	16,8	17,2	17,3	17,3	
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	7,7	7,3	6,9	7,8	8,4	8,1	7,7	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	25 716	25 741	24 566	14 415	15 268	15 966	27 660	
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	36 988	38 957	37 906	25 664	28 884	30 402	30 489	
		2000	2001	2000			2001		2002		
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni	
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5(6)</sup>											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 192,6	
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9	956,4	
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3	225,2	
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2	350,7	
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3	293,8	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>											
davon											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1	14,0	
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6	3,7	
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7	533,3	
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4	135,8	
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0	114,0	
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4	14,1	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4	556,0	
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1	246,7	
* Finanzierung, Vermietung und Unter- nehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5	470,9	
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1	214,9	
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4	504,1	
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1	341,2	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. —

5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	7 376	6 813	6 961	6 396	6 646	6 720	6 299
Kälber	"	224	277	314	202	393	350	109	135	205
Schweine	"	95 275	85 364	92 249	85 846	87 268	83 957	80 674	73 180	78 050
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	9 444	8 161	7 924	8 159	8 465	6 928	7 195
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel) darunter von	Tonnen	10 351	9 835	10 210	9 663	9 911	9 548	9 065	8 685	8 876
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 921	1 768	1 876	1 750	1 796	1 816	1 683
* Kälbern	"	20	22	28	22	31	29	9	11	18
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 818	7 284	7 402	7 121	6 837	6 241	6 683
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	.	1 619	1 426	1 614
* Erzeugte Konsumleiter <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	34 434	31 825	31 946	26 261	26 536	27 665	29 517
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	85 175	81 235	87 750	81 073	85 005	80 060	87 483
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	81 451	77 871	84 026	76 713	81 539	76 929	84 017
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	16,7	17,6	17,2	15,9	17,3	18,0	17,8
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 381	3 371	3 363	3 312	3 209	3 217	3 206
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	457,0	455,8	454,6	445,7	439,8	439,7	439,5
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	269,6	263,0	266,5	265,3	264,6	258,1	253,9	253,9	253,3
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	.	.	.	.	.	55 948	55 921	57 054
* Bruttohohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	626,2	599,2	610,1	642,6	625,4	596,8	614,9
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	744,3	706,7	753,6	781,1	738,5	719,1	758,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	6 313,2	6 370,7	6 932,1	6 679,8	6 557,4	6 774,4	7 468,8
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 479,2	2 506,9	2 651,9	2 722,7	2 730,4	2 890,2	3 093,1
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,3	39,3	39,4	38,3	40,8	41,6	42,7	41,4
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	- 2,2	- 1,6	- 6,9	- 9,2	- 13,2	- 6,3	6,3	6,9	4,2
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	- 4,2	1,2	- 7,0	6,1	2,5	1,7	2,1
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	- 8,4	- 24,0	- 19,5	- 16,3	15,1	16,6	9,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 19,6	- 15,9	- 18,5	6,7	- 4,9	- 8,7	0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 9,4	9,1	- 13,6	- 5,1	0,6	5,3	- 0,6
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	- 3,5	12,6	- 1,7	- 1,2	6,5	2,4	1,3
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	- 5,2	- 9,9	- 12,6	- 6,2	3,1	4,4	- 5,9
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	- 15,4	- 21,0	- 16,9	- 38,1	30,8	45,5	39,6
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 13,5	- 6,1	- 16,0	- 1,8	- 6,5	- 3,3	2,1
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	95	109	...	...
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 165	18 221	18 161	18 152	17 695	...	...
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)10)</sup>	1000 h	991	2 273	2 517	2 315	2 262	2 080	2 333	...	...
* Bruttohohn- und -gehaltssumme <sup>9)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	56,4	59,3	56,2	72,9	57,1	...	...
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 841,3	2 182,0	1 901,5	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	.	87,6	84,5	.	.	...
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	.	85,4	102,9	.	.	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeiterstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	55,6	54,7	54,6	54,2	52,0	51,5	52,1
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	28,6	28,2	28,2	28,2	26,9	26,7	27,6
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,3	8,1	8,1	8,1	7,6	7,4	7,4
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,6	2,6	2,6	2,5	2,3	2,3	2,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	3 361	4 036	4 897	3 698	3 067	3 243	4 749
darunter										
* Wohnungsbau	"	2 037	1 944	1 314	1 532	1 895	1 546	1 230	1 330	1 814
* gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 113	1 255	1 456	1 075	1 009	1 038	1 369
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	911	1 226	1 525	1 052	814	863	1 539
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	74,6	68,1	76,2	82,2	69,6	57,9	73,6
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	36,7	35,8	35,5	38,9	34,0	33,2	33,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	288,3	334,4	392,0	600,8	291,8	338,5	451,2
darunter										
* Wohnungsbau	"	141,1	134,5	79,4	94,7	121,9	151,6	80,2	102,0	130,1
* gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	138,0	155,5	154,0	249,3	132,7	162,9	185,2
* öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	68,6	83,3	114,8	196,6	77,7	72,5	133,6
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>3)</sup>	1995=100	95,6	83,9	57,5	63,1	102,0	76,4	49,1	59,2	84,0
darunter										
* Wohnungsbau	"	86,4	74,7	55,3	73,2	84,9	82,8	68,4	56,5	80,0
* gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	48,8	51,7	95,7	83,6	40,5	56,4	54,0
* öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	71,0	76,1	117,1	63,8	54,9	64,1	129,1
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,3	X	X	23,3	22,8	X	X	21,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 404	X	X	6 304	6 482	X	X	5 889
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	107,2	X	X	104,1	115,8	X	X	93,3
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	57,8	X	X	56,2	66,0	X	X	53,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	547,0	X	X	436,2	725,0	X	X	393,5
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	615	678	848	455	666	906	973
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	538	607	783	405	589	832	906
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	671	733	850	581	764	1 050	974
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	121	135	155	110	138	190	180
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	147 798	166 994	191 164	135 382	174 388	238 810	225 170
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	142	159	124	148	139	105	128
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	1 080	1 156	537	1 356	1 244	946	1 112
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	162	179	92	240	214	129	195
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	153 932	150 143	66 759	240 407	215 917	140 430	128 036
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 263	1 418	1 543	1 269	1 485	1 947	1 754
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	6 477	7 296	8 214	6 119	7 269	10 055	9 535
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel <sup>7)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	79,2	79,4	88,7	.	83,4	...	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	80,3	80,8	90,3	.	85,4	...	...
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	98,1	98,0	98,4	.	93,4	...	...
Einzelhandel <sup>9)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	96,0	89,6	84,3	97,5	113,2	90,3	...	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	97,9	91,6	86,0	99,8	114,9	91,7	...	...
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	100,8	94,4	89,2	105,7	123,2	96,8	...	...
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	109,2	105,8	99,3	106,4	122,1	104,0	...	...
Bekleidung	"	101,0	97,4	94,2	76,0	99,0	128,6	87,8	...	...
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	84,6	85,1	92,1	104,2	83,7	...	...
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,1	73,0	76,3	104,0	89,6	82,4	...	...
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,4	98,2	97,8	97,6	95,1	93,8	...	...
Kfz-Handel u. Tankstellen <sup>14)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	92,0	80,2	85,0	109,6	79,8	80,3	...	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	95,0	82,2	87,6	113,2	82,6	82,9	...	...
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,4	94,3	93,6	93,5	93,2	92,9	...	...
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,6	86,7	83,6	91,2	85,9	79,7	76,9	87,3
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,4	89,8	86,9	94,8	90,3	83,7	80,7	91,6
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	92,0	91,4	87,5	87,0	79,7	80,9	79,9	89,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissshallen	"	99,4	94,0	86,4	85,6	98,7	97,5	82,3	78,7	89,6
Kantinen und Caterer	"	101,2	98,7	91,8	86,0	100,0	93,0	88,4	84,1	98,2
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	95,4	95,9	95,4	98,1	92,6	91,0	90,3	92,7

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 330,1	2 517,3	2 665,4	2 580,5	...	...	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	62,4	64,6	64,5	67,4	...	...	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 267,6	2 452,6	2 600,9	2 513,1	...	...	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	16,6	21,8	17,1	16,6	...	...	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	146,0	144,9	216,3	154,9	...	...	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 105,1	2 285,9	2 367,5	2 341,6	...	...	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	501,5	510,4	538,7	393,3	...	...	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 603,5	1 775,5	1 828,8	1 948,3	...	...	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	675,8	725,4	743,5	641,0	...	...	...
Maschinen	"	...	383,8	355,9	333,2	336,3	415,7	...	...	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	171,8	211,9	193,8	267,9	...	...	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	216,2	229,9	278,9	256,6	...	...	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	138,4	167,0	150,3	139,6	...	...	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 655,6	1 764,3	1 880,9	1 827,0	...	...	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 313,8	1 347,8	1 389,8	1 379,0	...	...	...
* Afrika	"	47,3	44,1	33,5	41,2	45,4	32,7	...	...	...
* Amerika	"	371,0	348,1	297,7	348,3	342,3	317,1	...	...	...
* Asien	"	360,0	374,6	325,6	344,2	368,7	383,2	...	...	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	17,7	19,3	28,2	20,7	...	...	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	3 373,5	3 453,0	3 838,4	3 812,9	...	...	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	170,2	178,2	151,7	193,0	...	...	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 203,3	3 274,8	3 686,7	3 619,9	...	...	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	59,4	68,4	80,0	61,5	...	...	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	219,0	257,0	277,2	275,0	...	...	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	2 924,9	2 949,4	3 329,6	3 283,4	...	...	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	370,4	335,6	426,0	329,5	...	...	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 554,5	2 613,9	2 903,5	2 953,9	...	...	...
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 215,3	2 180,9	2 503,7	2 565,5	...	...	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	1 712,0	1 594,4	1 902,5	1 987,2	...	...	...
* Afrika	"	91,0	82,1	42,1	83,8	80,5	84,5	...	...	...
* Amerika	"	662,6	521,1	466,1	552,6	469,4	465,2	...	...	...
* Asien	"	724,5	697,3	644,4	632,6	751,2	691,8	...	...	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	5,5	3,1	6,6	6,0	...	...	...
TOURISMUS <sup>3)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	663	670	715	571	663	661	753
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	175	162	165	136	183	167	187
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	1 731	1 729	1 873	1 487	1 714	1 674	1 912
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	381	352	320	258	389	349	382
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	518	541	598	478	487	525	584
Luftkurorte	"	124	118	77	82	95	85	79	82	92
Erholungsorte	"	98	92	49	61	67	63	42	48	54
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 086	1 046	1 114	861	1 105	1 020	1 183
darunter Großstädte	"	575	550	569	525	522	405	565	505	577
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 023	1 100	1 106	1 001	930	918	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	221	181	194	198	200	181	...
* Gütereinfang	"	1 037	930	801	919	912	803	730	737	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	27 453	26 744	36 071	22 495	25 651	24 201	34 127
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	25 508	23 789	28 921	19 924	23 353	21 078	28 417
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 180	1 159	1 584	1 383	1 568	1 250	1 469
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	380	1 378	4 703	761	415	1 527	3 577
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	231	248	350	232	187	208	320
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	2 374	2 794	2 579	2 950	2 609	2 270	2 679
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	1 634	1 968	1 863	2 007	1 732	1 523	1 946
* Getötete Personen	"	43	42	19	40	30	38	37	19	41
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	2 230	2 710	2 486	2 800	2 369	2 003	2 584
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	.	116 634	119 992	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	.	.	115 879	118 826	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	.	754	1 166	.	.	...
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	.	.	64 621	73 149	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	.	.	57 463	60 287	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	.	7 157	12 862	.	.	...
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	.	117 395	137 823	.	.	...
davon aus										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	.	.	105 031	115 925	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	.	12 363	21 899	.	.	...
GELD UND KREDIT										
Banken <sup>6)</sup>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	.	.	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101	.	.	.	.	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	.	.	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	.	.	.	.	.
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	426	365	437	420	592	432	454
davon										
* Unternehmen	"	167	186	168	177	189	170	232	177	153
* Verbraucher	"	73	100	139	77	92	105	189	117	152
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	29	23	28	81	77	64	71
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	90	88	128	64	94	74	78
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	406 152	145 669	199 455	376 403	268 033	445 279	210 407	149 163
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	5 974	5 139	5 401	4 527	...	...	...
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	6 005	4 681	4 696	5 463	...	...	...
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	102,6	103,0	103,1	103,6	103,5	104,0	103,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	106,4	106,2	105,4	102,2	103,2	103,8	103,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	106,2	105,7	106,2	105,9	110,3	110,6	110,5
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	101,0	100,7	100,8	99,4	97,9	98,8	99,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	103,1	103,1	103,3	103,7	104,6	104,9	105,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,7	101,8	101,9	101,7	101,7	101,7	101,6
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	102,2	102,9	103,9	104,3	106,6	107,1	106,9
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	94,0	95,7	95,5	95,8	95,5	95,9	95,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	100,3	102,1	101,6	105,6	99,7	101,1	100,6
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	102,7	103,8	103,8	108,6	104,3	104,7	104,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	102,4 <sup>14)</sup>	102,4 <sup>14)</sup>	.	102,4	.	.	.	102,2	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) So wie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	4 065,7	3 068,6	2 084,2	5 178,5	3 380,0	3 140,9	3 140,0
davon	-	3 014,8	2 722,8	3 694,4	2 575,4	1 592,7	4 479,7	3 006,9	2 497,0	2 646,6
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 565,1	1 406,8	1 496,9	2 287,5	1 494,2	1 430,5	1 438,7
davon	-	64,1	64,4	- 45,6	- 119,1	- 15,5	559,7	- 36,6	- 130,7	- 108,7
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	256,6	181,1	529,0	38,8	75,5	114,4	136,4	42,0	38,2
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	703,2	355,5	238,9	284,4	616,2	401,3	289,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 30,7	- 96,7	- 964,4	397,5	- 6,8	- 117,1	342,7
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	745,4	727,3	853,2	861,6	631,8	689,0	685,2	765,1	476,4
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	154,2	136,8	120,1	128,5	129,5	147,2	118,3	106,0	169,5
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	225,8	352,9	350,6	483,5	211,4	483,3	360,9
Einfuhrumsatzsteuer	-	41,9	52,0	20,5	25,9	39,5	123,3	5,4	29,1	46,3
Bundessteuern	-	67,9	78,1	57,1	205,6	154,5	38,0	48,9	335,5	69,9
darunter	-	11,5	9,0	7,9	8,8	8,6	10,0	5,8	7,4	11,2
Mineralölsteuer	-	141,3	126,8	149,7	100,2	132,4	112,6	153,8	120,6	121,4
Mineralölsteuer	-	3,3	3,9	4,2	0,7	2,8	2,3	4,1	1,8	1,3
Vermögensteuer	-	23,6	18,0	18,7	2,3	5,1	23,6	26,8	17,6	19,3
Erbschaftsteuer	-	43,5	41,4	39,9	35,7	46,5	40,8	43,7	29,6	35,5
Grunderwerbsteuer	-	53,2	48,9	71,1	45,3	54,7	34,3	63,7	43,1	52,0
Kraftfahrzeugsteuer	-	26,5	30,5	- 12,1	31,2	0,0	92,7	2,1	32,6	0,0
Gewerbsteuerumlage	-									
		2001	2002	2001			2002			
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Jan.	Sept.	Dez.	März	Jan.	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1342,5	2 056,0
davon	-	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5
Grundsteuer A	-	154,9	152,3	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8
Grundsteuer B	-									
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	491,5	561,4	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	597,2	584,3	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3
andere Steuern <sup>5)</sup>	-	16,0	15,4	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5
		2001	2002	2001			2002			2003
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Jan.	Okt.	Jan.	April	Jan.	Okt.	Jan.
VERDIENSTE <sup>7)</sup>										
Arbeiterverdienste										
(Im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttonomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 899	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937	1 938
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 768	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04
Angestelltenverdienste										
(Bruttonomonatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704
* männlich	-	3 843	3 941	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953
* weiblich	-	2 863	2 963	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 080	3 365	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416
* männlich	-	3 380	3 725	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781
* weiblich	-	2 617	2 823	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414
* Bruttonomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 487	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

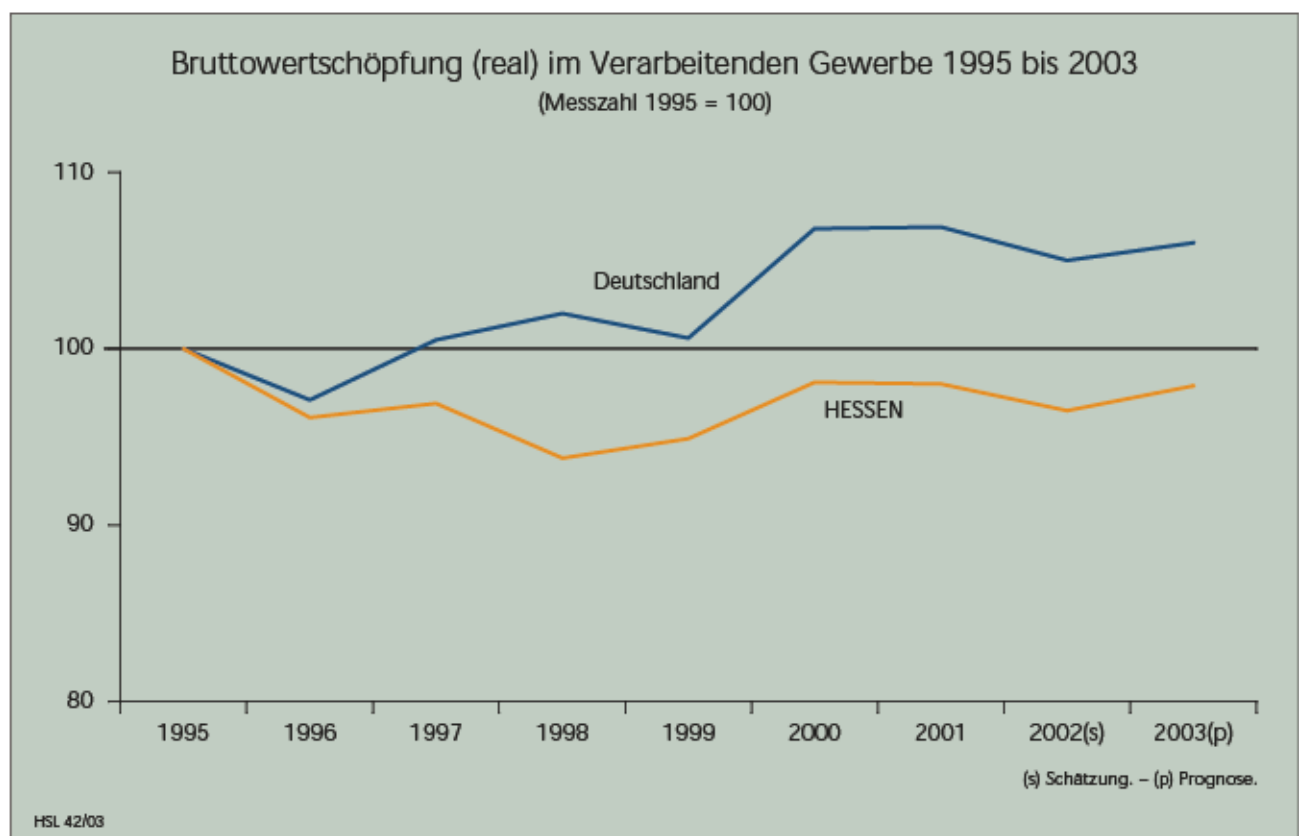
# Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

6/7 · 03

58. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



## Statistisches Jahrbuch Hessen in neuem Design vorgestellt

*Es war zwar nicht der erwartete oder erhoffte „Big Bang“, sondern in einer den derzeitigen Rahmenbedingungen angepassten ruhigen Atmosphäre wurde eine neue Ära eingeläutet. Nach fast genau einjähriger Arbeit wurde am 21.07.2003 das Ergebnis zweier Prozesse den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL) sowie der Presse vorgestellt: Der erste Band des nun in neuer inhaltlicher Konzeption erscheinenden Statistischen Jahrbuchs Hessen 2003/04 wurde vorgelegt. Gleichzeitig wurde das von Studenten des Fachbereichs Gestaltung der Fachhochschule Wiesbaden gestaltete neue Layout für die Veröffentlichungen und die Geschäftspapiere des HSL in Form einer Ausstellung präsentiert.*

Das „Statistische Jahrbuch Hessen“ besteht künftig aus sechs thematischen Einzelbänden. Diese Aufteilung des Jahrbuchs ist besser auf Zielgruppen fokussiert und erhöht zugleich die Aktualität der angebotenen Daten. Als Erscheinungstermine der Einzelbände sind vorgesehen:

- Wirtschaft und Umwelt (Juli 2003)
- Unternehmen, Erwerbstätigkeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Preise (Ende August 2003)
- Bevölkerung, Verbrauch, Wohnen und öffentliche Sicherheit (Ende Okt. 2003)
- Gesundheit, Bildung und Soziales (Ende Januar 2004)
- Die öffentliche Hand in Zahlen: Finanzen, Personal, Steuern (Ende Feb. 2004)
- Hessen im Vergleich mit den Bundesländern und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Ende April 2004)

Die im zweijährlichen Rhythmus erscheinenden Einzelbände des Jahrbuchs werden in den Jahren 2004/05 durch sukzessiv erscheinende Update-CD-ROMs ergänzt, die die aktualisierten Tabellen im Excel-Format beinhalten werden (inkl. Excel Viewer). Die dem Buch beigelegte CD-ROM enthält den kompletten Band 1 im PDF-Format. Die CD-ROM bietet drei Suchmöglichkeiten: über das systematische Inhaltsverzeichnis, über das alphabetische Sachregister oder eine gezielte Stichwortsuche. Die CD-ROM enthält zusätzlich alle Tabellen im Excel-Format (inkl. Excel Viewer). Ein Datenexport ist damit gewährleistet.

Der jetzt vorgelegte Band 1 bietet umfassende Informationen über Hessen aus dem Bereich „Wirtschaft und Umwelt“.

Er präsentiert in sechs Kapiteln aktuelle Strukturdaten zu den Themengebieten „Produzierendes Gewerbe“, „Bautätigkeit“, „Handel“, „Dienstleistungen“, „Verkehr“, „Tourismus“, „Land- und Forstwirtschaft“ sowie „Umwelt“. Das Jahrbuch dokumentiert außerdem die Entwicklungslinien ausgewählter Grunddaten durch Zeitreihen. Es bietet dem interessierten Bürger, dem Politiker und dem nach spezifischen Fachdaten suchenden Wissenschaftler oder Unternehmer aussagekräftige Daten über Hessen. Sein Inhalt und die Resonanz weisen es als „das Hessenbuch“ aus.

Mit Erscheinen des Jahrbuchs verändert sich der öffentliche Auftritt des HSL. STATISTIK HESSEN ist das neue Markenzeichen für alle marktorientierten und öffentlichkeitswirksamen Produkte des HSL. Der Markenname ist einprägsam und auch im englischen Sprachraum leicht verständlich. Mit dem neuen und modernen Erscheinungsbild möchte sich das HSL als kompetenter Anbieter auf dem „Informationsmarkt“ noch besser positionieren und einen hohen Wiedererkennungswert seiner Produkte erreichen. So wurden nicht nur die „Verpackung“ für das Jahrbuch, sondern auch der Inhalt erneuert. Um die Anschaulichkeit und die informative Aufbereitung von Schaubildern und Tabellen zu erhöhen, wurden diese neu gestaltet und in ein Farbkonzept eingebunden. Kundenorientierung und Nutzerfreundlichkeit haben also den „Relaunch“ des Designs primär bestimmt. Die bewährte Grundkonzeption wurde fortentwickelt: Ergänzung der in Tabellen präsentierten Daten durch analysierende Texte, Grafiken und Kartogramme.

Neben dem Jahrbuch werden künftig alle Veröffentlichungen des HSL mit neuen Umschlägen und auch teilweise mit neu konzipierter Aufmachung des Innenteils erscheinen. Während die Umstellung des äußeren Designs bei allen neu erscheinenden Veröffentlichungen wie Pressemitteilungen, Statistischen Berichten und der Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ sowie allen Geschäftspapieren umgehend erfolgt, wird die Monatszeitschrift mit Beginn des Jahres 2004 auch im Innenteil mit neuem Layout erscheinen. Auch der Internet-Auftritt des Amtes wird derzeit überarbeitet und wird sich im Herbst in neuem Design präsentieren.

Das neue Layout ist das Ergebnis einer Kooperation zwischen HSL und dem Fachbereich Gestaltung der Fachhochschule Wiesbaden in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Kreativagentur „Vier für Texas\*Ideenwerk“. „Vier für Texas“ ([www.vier-fuer-texas.de](http://www.vier-fuer-texas.de)) wurde von vier Studenten des Fachbereichs Gestaltung gegründet und ist als Start-Up im Bereich Werbung und Design tätig. Gestaltungsbeispiele können im Internet unter [www.hsl.de](http://www.hsl.de) abgerufen werden. □

\*)Tel.: 0611/3802-807 · E-Mail: [cbeck@hsl.de](mailto:cbeck@hsl.de)



## Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2003

### Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung für das erste Quartal 2003

Das Hessische Statistische Landesamt (HSL) nimmt die ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Hessen für das erste Quartal des Jahres 2003 und die Beurteilung der Wirtschaftslage durch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (Frühjahrgutachten)<sup>1)</sup> zum Anlass, die aktuelle konjunkturelle Entwicklung in Hessen zu analysieren und seine „Konjunkturprognose Hessen 2003“, die in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern Ende 2002 erstellt wurde, für das laufende Jahr zu überprüfen<sup>2)</sup>. Zugleich gibt der Beitrag einen ersten Ausblick auf die weitere Entwicklung des Jahres 2003. Aussagekräftige, detaillierte Informationen über die weitere Entwicklung können allerdings erst nach einer differenzierten, tiefgliedrigen Analyse der konjunkturellen Entwicklung auf der Ebene aller Wirtschaftszweige (Viersteller) und nach Vorliegen der realen Bruttowertschöpfung für Hessen für die ersten zwei Quartale gemacht werden. Hierzu stehen aktuell noch zu wenig zeitnahe Indikatoren zur Verfügung. Die Ergebnisse dieser Auswertung werden gegen Ende des Jahres als gesonderte Publikation „Konjunkturprognose Hessen 2004“ vorgelegt.

#### Vorbemerkung

Mit der „Konjunkturprognose Hessen 2003“ hat das HSL Ende 2002 für Hessen eine Analyse und Prognose der *gesamtwirtschaftlichen konjunkturellen Entwicklung* in tiefer wirtschaftlicher Gliederung herausgegeben. Die Arbeit, die im Wesentlichen auf dem Datenbestand der ersten beiden Quartale 2002 basiert, wurde in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen sowie der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern erstellt. Zielsetzung war die Berechnung und *Schätzung* des Wirtschaftswachstums für das Jahr 2002 und eine *Prognose* der konjunkturellen Entwicklung für das Jahr 2003. Ausgangsbasis für die Einschätzung der gesamtkonjunkturellen Entwicklung in *Deutschland* bildete das Herbstgutachten 2002. Diese Prognose erweist sich aus heutiger Perspektive für das Jahr 2002 als leicht überhöht; statt des erwarteten Anstiegs um 0,4 % ergab sich lediglich eine Zunahme um 0,2 %. Relativ genau vorhergesehen wurden dabei die außenwirtschaftlichen Einflüsse, wohingegen der Anstieg der Inlandsnachfrage von den Forschungsinstituten als zu günstig eingeschätzt wurde. Überbewertet wurden vor allem die Bauinvestitionen, was vor allem daran lag, dass die Flutschäden deutlich niedriger ausfielen, als zunächst unterstellt. Vor dem Hintergrund dieser leicht überbewerteten Annahmen hatte das HSL für *Hessen* für das Jahr 2002 ein Wirtschafts-

wachstum von 0,5 % gegenüber dem Vorjahr geschätzt und einen leichten Wachstumsvorsprung von 0,1 Prozentpunkten gegenüber Deutschland prognostiziert. Nach den Ergebnissen der ersten Fortschreibung hat sich die Wachstumsrate für das Jahr 2002 mit einem Plus von 0,4 % fast punktgenau bestätigt. Da die Entwicklung in Deutschland aber etwas stärker gegenüber der hessischen nachgab als erwartet, fiel der vorausgesagte geringe Wachstumsvorsprung für Hessen höher aus als vom HSL angenommen. Im Einzelnen betrug das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Hessen jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal im ersten Quartal 2002 – 1,4 % (Deutschland: – 1,2 %), erholte sich im zweiten Quartal auf + 0,8 % (Deutschland: + 0,4 %) und zog dann im dritten Quartal auf beachtliche + 1,7 % (Deutschland: + 1,0 %) an. Allerdings konnte das hohe Wachstumsniveau im vierten Quartal 2002 mit + 0,5 % (Deutschland: + 0,5 %) nicht gehalten werden. Zum Wachstum trugen insbesondere die Bereiche „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ sowie „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ bei. Gestiegen ist die Wirtschaftsleistung auch im Bereich der „Übrigen Dienstleistungen“, zu denen das Grundstücks- und Wohnungswesen und die Dienstleistungen für Unternehmen zählen. Dagegen wurde vor allem im „Baugewerbe“ sowie im „Gastgewerbe“ ein deutliches Minus erzielt.

#### Weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2003

Die weltwirtschaftliche Entwicklung Anfang des Jahres 2003 war durch große Unsicherheiten belastet<sup>3)</sup>. Die Ausweitung des Irak-Konflikts zu einem Krieg erfolgte in einer Phase, in der das Wachstum der Weltwirtschaft bereits stark unter Druck geraten war. Obwohl der Irak-Konflikt im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung derzeit kaum noch beachtet wird, wirken die Folgen weiter nach, ohne dass sie im Einzelnen valide abzuschätzen sind<sup>4)</sup>. Offensichtlich trübte sich in der Folge des Krieges in den *USA* — dessen Ent-

1) Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003.

2) Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2003“ kann zum Preis von 13 Euro einschl. Versandkosten vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter [www.hsl.de](http://www.hsl.de). Dort steht die Veröffentlichung — zum Preis von 10,40 Euro — auch als Download-Angebot zur Verfügung.

3) Der Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute lag die Annahme zu Grunde, dass die Folgen des Irak-Krieges räumlich und zeitlich begrenzt bleiben und die Belastungen der Weltkonjunktur rasch nachlassen würden. Unterstellt wurde ferner, dass sich der Ölpreis im Prognosezeitraum bei einem Niveau von 25 US-Dollar pro Barrel einpendelt und dass sich der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber den großen Währungen nicht nennenswert verändert — gegenüber dem Euro wurde ein Kurs von 1,08 bis Ende 2004 angenommen.

4) Zu dieser Thematik vgl. auch: DIW (Hg.): Krieg und Wiederaufbau im Irak, DIW-Wochenbericht Nr. 18/2003.

Bruttoinlandsprodukt (real) 2002 bis 2004  
nach Wirtschaftsräumen  
(Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %)

Wirtschaftsraum	2002	2003 (s)	2004 (p)
USA	2,4	2,4	3,5
Eurozone	0,8	0,9	2,3
davon			
Deutschland	0,2	0,5	1,8
Frankreich	1,2	1,0	2,4
Italien	0,4	0,8	2,2
Spanien	2,0	1,8	3,0
Niederlande	0,3	0,3	2,0
Belgien	0,7	1,0	2,4
Österreich	1,0	1,0	2,4
Finnland	1,6	2,4	3,3
Griechenland	4,0	3,3	4,0
Portugal	0,5	-0,8	1,4
Irland	6,0	4,0	4,8
Luxemburg	0,4	1,5	3,0
Japan	0,3	1,2	1,1
Industrieländer insgesamt	1,6	1,8	2,6
Ostasien <sup>1)</sup>	4,4	4,0	4,5
Mittel- und Osteuropa	3,4	3,5	3,6
Lateinamerika <sup>2)</sup>	-1,0	1,5	3,5

(s) Schätzung, (p) Prognose

1) Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Hongkong, Singapur, Philippinen.— 2) Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile.

Quelle: 2002: Statistisches Bundesamt, 2003 und 2004: Wirtschaftsforschungsinstitute.

wicklung auch ausschlaggebend für den weiteren Verlauf der konjunkturellen Entwicklung in Hessen ist — das Verbrauchervertrauen erheblich ein. Zugleich verlor der private Konsum an Dynamik, wobei sich der Preisauftrieb im Frühjahr wegen der gestiegenen Ölpreise beschleunigte. Insgesamt dürfte die Produktion in den USA im Verlauf des Jahres 2003 nur noch moderat zulegen und das reale BIP um 2,4 % (2004: + 3,5 %) gegenüber dem Vorjahr wachsen. Für die *Eurozone* prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute ein Wachstum des realen BIP um 0,9 % im Jahr 2003 und um 2,3 % im Jahr 2004. Für die *mittel- und osteuropäischen Länder* ist von einer anhaltend positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auszugehen. Sie wird im Jahresdurchschnitt 2003 3,5 % (2004: + 3,6 %) erreichen. Auf vergleichsweise hohem Niveau dürfte die Konjunktur zudem in den *ostasiatischen Schwellenländern* mit einem Zuwachs der realen Bruttowertschöpfung um 4,0 % im Jahr 2003 und 4,5 % im Jahr 2004 verlaufen. Dagegen wird die wirtschaftliche Entwicklung in *Lateinamerika* erst mit Verzögerung im Jahr 2004 anspringen und zu einem Zuwachs des BIP um 3,5 % führen (2003: + 1,5 %). Auch in *Japan* dürfte die Wirtschaft in 2003 mit einer realen Zunahme um 1,2 % und um 1,1 % im Jahr 2004 wieder wachsen.

### Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland

Unverändert schwach startete die deutsche Wirtschaft in das Jahr 2003. Die lahmende Konjunktur wurde dabei neben den weltwirtschaftlichen Einflüssen durch weitere Erhöhun-

gen von Steuern und Sozialabgaben belastet, wozu eine Schwächung der Exportaussichten als Folge der Euro-Aufwertung hinzukam. Im Schlussquartal 2002 stagnierte das reale BIP saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal. Damit nicht genug, ging das BIP im ersten Quartal 2003 um - 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurück.

Auch das Geschäftsklima hat sich — laut Ergebnis des *ifo-Konjunkturtests* — in den ersten Monaten nur schwach entwickelt. In diesem Zusammenhang verstärkte sich der bereits im März 2003 zu beobachtende Rückgang des Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft in den alten Bundesländern im April weiter. Insbesondere haben sich die Erwartungen für die nächsten sechs Monate verschlechtert. Überdurchschnittlich kräftig war der Rückgang in der Industrie, etwas geringer im Einzelhandel und im Bauhauptgewerbe. In den neuen Bundesländern blieb der Geschäftsklimaindex unverändert, wobei sich die Erwartungen — anders als in den alten Bundesländern — verbesserten.

Die *Investitionsneigung* hat sich im Verlauf des Jahres 2002 stabilisiert. Nach acht Quartalen Rückgang wurden die *Ausrüstungsinvestitionen* im Schlussquartal 2002 sogar wieder leicht ausgeweitet. Ursache hierfür sind vor allem die sich aufhellenden Absatzperspektiven der *Investitionsgüterproduzenten*, die ihre Zurückhaltung im weiteren Verlauf des Jahres mehr und mehr aufgeben dürften. Für die Investitionen in *sonstige Anlagen*, zu denen vor allem die Software der Unternehmen zählt, wird für das Jahr 2003 eine Zunahme von 1,9 % und im nächsten Jahr von 5,1 % ausgegangen. Im Gegensatz dazu wird ein weiterer Rückgang der *Bauinvestitionen* unterstellt. Nach einem Minus von 5,9 % im Jahr 2002 werden für 2003 - 1,6 % und für 2004 - 0,8 % erwartet.

Nach wie vor verhalten ist die Situation bei den *Exporten*. Die Ausfuhr, die bis zum Herbst 2002 noch zulegen konnte, wuchs seither kaum noch. Ein Grund hierfür war der mit der Aufwertung des Euro einhergehende Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sowie die geringe Expansion der Absatzmärkte. Mit der erhofften Erholung der Weltkonjunktur dürften die Exporte ab dem zweiten Halbjahr 2003 wieder zulegen. Neben dem außereuropäischen Raum werden Nachfrageimpulse auch aus den Ländern Mittel- und Osteuropas erwartet. Die deutschen Ausfuhren profitieren in diesem Zusammenhang auf Grund ihrer Angebotspalette auch von der zunehmenden Investitionstätigkeit bei den Handelspartnern, sodass die Exporte im Jahr 2003 voraussichtlich um 3 % und im Jahr 2004 nochmals um 6,3 % zulegen werden.

Die *Importe* von Waren und Dienstleistungen, die bis zum Jahresende 2002 kräftig ausgeweitet worden waren, nahmen im ersten Quartal 2003 kaum noch zu. Hieran dürfte sich in den nächsten Monaten nur wenig ändern. Erst ab der zweiten Jahreshälfte, wenn sich die Exporte wieder erhöhen,



Ist von einem Anstieg der Importnachfrage auszugehen. Im Jahresdurchschnitt dürften die Importe 2003 um 4 % und im Jahr 2004 um weitere 6,1 % zunehmen.

Anders als noch in der ersten Hälfte des Jahres 2002, hat sich der *Preisanstieg* in der zweiten Jahreshälfte deutlich beruhigt. Bedingt durch die Erhöhung der Mineralöl-, der Strom- und der Tabaksteuer sowie einem Anstieg der Mineralölpreise trat in den ersten Monaten eine vorübergehende Steigerung ein, die dann schnell zum Erliegen kam. Die Aufwertung des Euro dämpft die Teuerung weiter. Zudem geht von den Lohnstückkosten kein zusätzlicher Kostendruck aus, und die Wettbewerbsintensität bleibt angesichts der angespannten Wirtschaftslage hoch, sodass die Preise im Jahresdurchschnitt 2003 um 1,3 % steigen dürften. Im Jahr 2004 dürfte der Verbraucherpreisanstieg mit 1,2 % ebenfalls moderat ausfallen und durch die Festigung der Konjunktur die Deflationsängste sukzessive verschwinden.

Auch im Jahr 2003 werden die dämpfenden Wirkungen am *Arbeitsmarkt* anhalten. Der Beschäftigtenabbau dürfte sich dabei noch weiter fortsetzen. Viele Unternehmen werden zudem die Produktion so lange wie möglich mit den vorhandenen Arbeitskräften durch Überstunden und die Nutzung von Arbeitszeitkonten zu bewältigen versuchen. Sollte sich die Konjunktur in den nächsten Monaten — wie von den Wirtschaftsforschungsinstituten erwartet — beleben, dürfte sich die Beschäftigung erst in der zweiten Jahreshälfte 2004 stabilisieren. Von der Umsetzung der Maßnahmen der Hartz-Kommission einschl. der Neuregelung des Niedriglohnbereichs dürften kurzfristig keine größeren Beschäftigungswirkungen ausgehen. Insgesamt wird erwartet, dass durch die Neuregelungen für sich genommen 50 000 Arbeitsplätze entstehen. Indem aber gleichzeitig die traditionellen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik stark rückläufig sind, werden sich die Effekte für den Arbeitsmarkt im Jahr 2003 mehr als neutralisieren, sodass im Jahresdurchschnitt von einer kräftigen Abnahme der Erwerbstätigen um rund 380 000 gerechnet werden muss. Erst im Jahr 2004 dürfte die Erwerbstätigenzahl im Durchschnitt wieder um 10 000 Personen zunehmen.

Günstig für die Konjunktur entwickelten sich die *monetären Rahmenbedingungen*. So ist die Geldpolitik in der Eurozone nach wie vor expansiv. Dabei ist das Niveau der kurzfristigen Realzinsen in Deutschland aber etwas höher als in der übrigen Eurozone. Die langfristigen Zinsen haben zudem deutlich nachgegeben. Zwar werden mit der konjunkturellen Erholung Anstöße für Zinssteigerungen ausgehen, diese dürften aber nach Einschätzung der Institute bis 2004 auch am langen Ende noch vergleichsweise niedrig sein. Belastend für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich dagegen voraussichtlich die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar auswirken. Diese Effekte dürften aber im Jahr 2004 nachlassen.

## Sektorale Entwicklung in Hessen

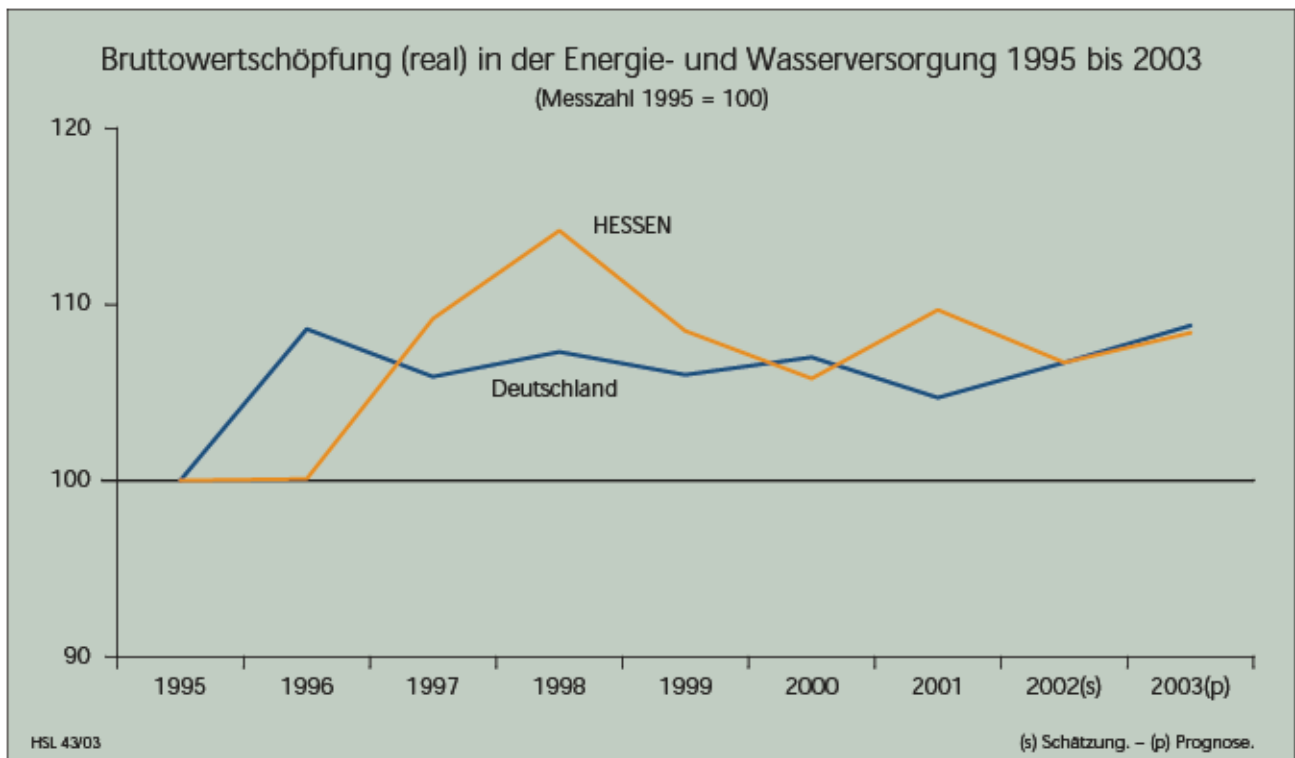
Auch die konjunkturelle Situation in Hessen ist zu Jahresbeginn 2003 durch fehlende Dynamik gekennzeichnet. Das *Geschäftsklima* — als ein Indikator für die weitere Entwicklung — hat sich laut IHK und HWK-Befragungen nicht wesentlich aufgehellt. So stieg der IHK-Geschäftsklimaindex nur leicht um 3 auf 96 Punkte. Der Index liegt damit nur knapp über dem historischen Tiefstand vom 4. Quartal 2002. Auf dem Tiefpunkt befindet sich das Geschäftsklima zudem im Handwerk. Laut HWK-Befragung erreichte es mit 52,3 Punkten im ersten Quartal 2003 nach noch 73,9 Punkten im ersten Quartal 2002 einen absoluten Tiefpunkt.

Die Abschwächung des Wachstums in Hessen seit dem dritten Quartal 2002, das im vierten Quartal 2002 nur noch 0,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal erreichte, hat sich im ersten Quartal 2003 allerdings nicht fortgesetzt. Gemäß HSL-interner Berechnungen liegt das BIP-Wachstum mit deutlich über einem Prozent im ersten Quartal 2003 wieder höher als im Vorquartal und übertrifft das Wachstum in Deutschland (+ 0,5 %) wieder deutlich. Wenngleich auf schwachem Niveau ist Hessen danach *vergleichsweise stärker* in das neue Jahr gestartet.

Im hessischen *Verarbeitenden Gewerbe* hat sich das konjunkturelle Umfeld im ersten Quartal 2003 verbessert. Allein die Fertigung von konsumnahen Waren ging wegen des verhaltenen privaten Verbrauchs im Rahmen der geäußerten Erwartungen kalender- und saisonbereinigt um 5,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Bei den Investitionsgüterherstellern konnte dagegen ein Plus von 1,4 % und bei den Vorleistungsgüterproduzenten von 2,1 % gegenüber dem Vorjahresquartal erzielt werden. Überraschend hoch fielen die Auftragsgänge für das hessische Verarbeitende Gewerbe aus, die um 5,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal anstiegen. Risiken für die weitere Entwicklung bestehen in der Entwicklung des Wechselkurses gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber dem japanischen Yen. Auch dürften die nur moderaten binnen- und weltwirtschaftlichen Wirtschaftsaussichten erst allmählich zu einer nachhaltigen Belebung im hessischen Verarbeitenden Gewerbe führen. Der prognostizierte, jahresdurchschnittliche Anstieg der realen Bruttowertschöpfung um 1,4 % im Jahr 2003 ist deshalb nach wie vor realistisch. (Siehe auch Schaubild auf Seite 165.)

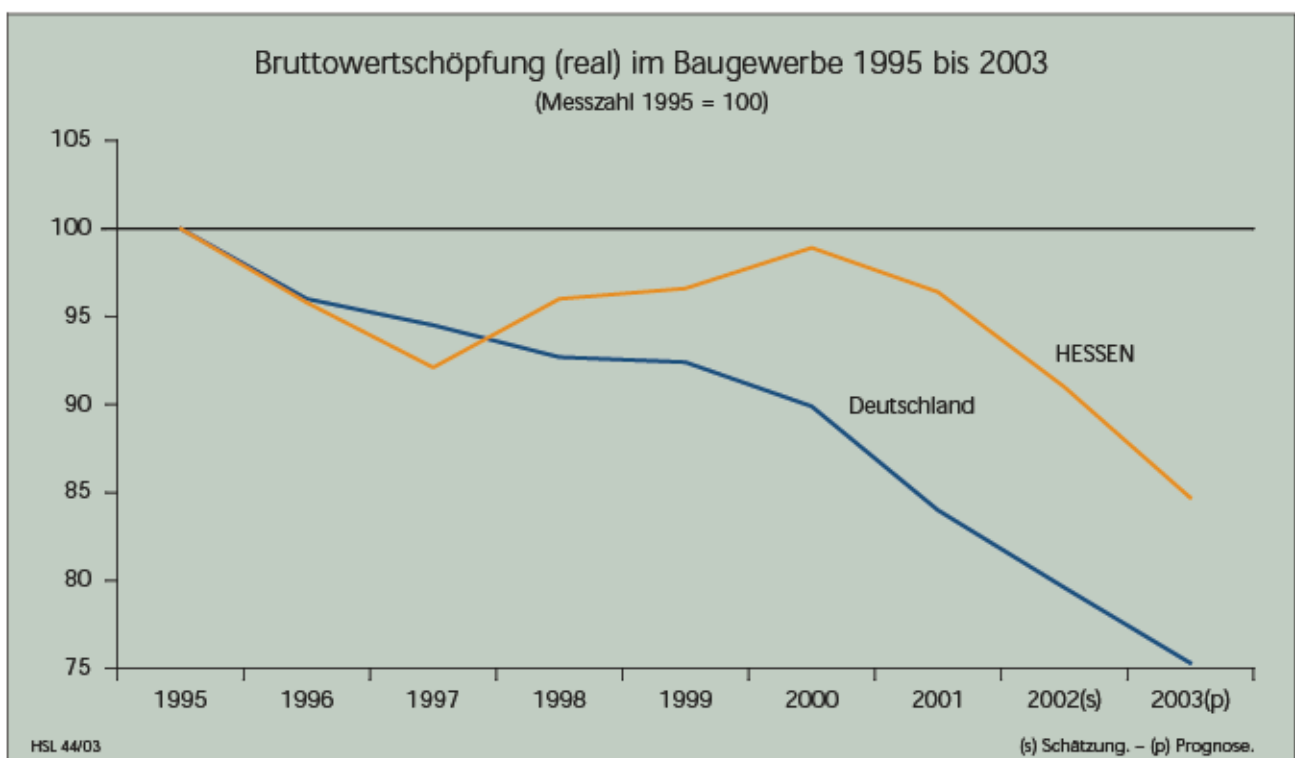
Im Bereich *Energie- und Wasserversorgung* erschweren Sondereinflüsse im Kraftwerkbereich genaue Aussagen zur weiteren Entwicklung. Gemäß den Vorabergebnissen für das erste Quartal 2003 wird die Entwicklung in Hessen aber weniger positiv sein, als dies noch in der Gemeinschaftsprognose angenommen worden war. Erste interne Berechnungen deuten jedoch auf eine weniger günstige Wachstumsentwicklung hin. Das prognostizierte jahresdurchschnittliche Wachstumsergebnis von 1,6 % dürfte aus diesem Grund nicht erreicht werden.

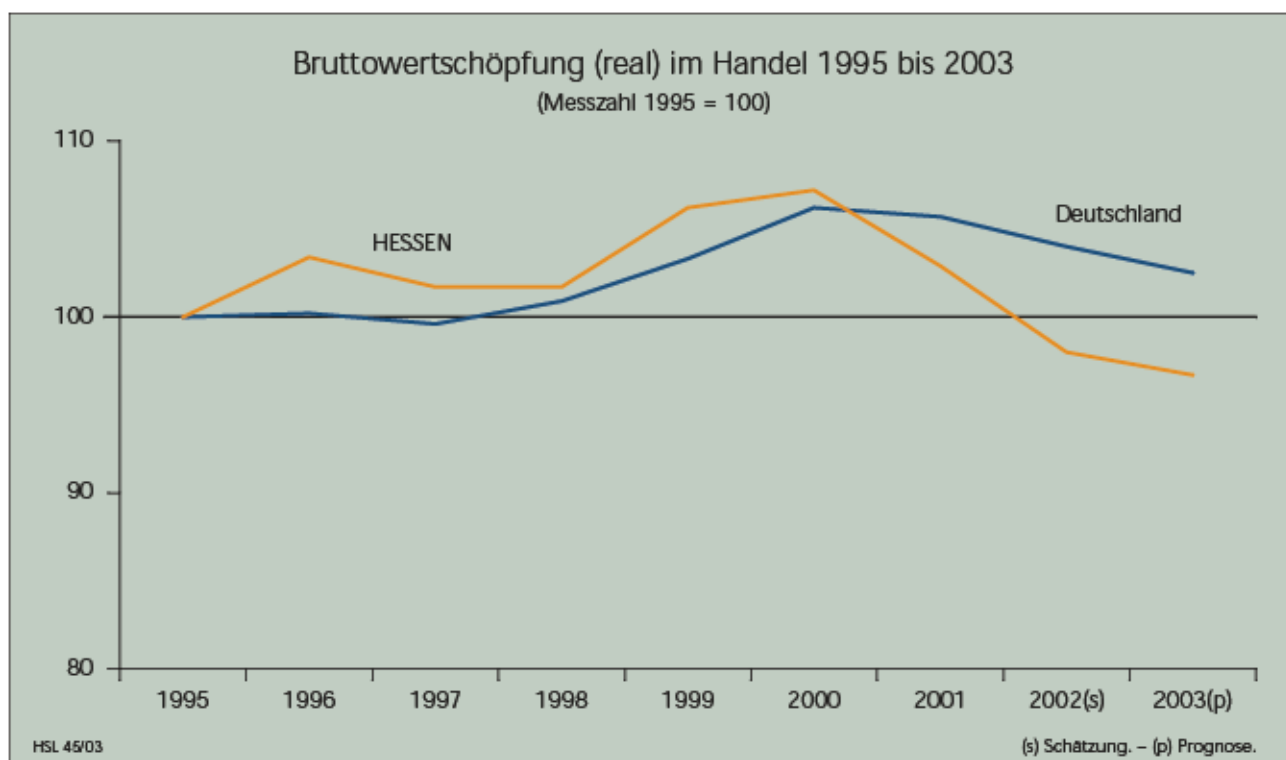




Die schlechte konjunkturelle Entwicklung im hessischen **Baugewerbe** im Jahr 2002 wird — gemäß erster Quartalsberechnungen — im Jahr 2003 weniger negativ verlaufen als angenommen. Die Unsicherheit der Entwicklung durch die immer noch im Raum stehende steuerliche Behandlung von Immobilien (Eigenheimzulage, Abkehr von der degressiven Besteuerung) bleibt z. B. auf Grund von Vorzieheffekten nicht exakt einschätzbar. Im ersten Quartal 2003 ermäßigten

sich die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe kalender- und saisonbereinigt um 11,2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Belastend für die Situation in der Baubranche und die damit verbundene Investitionsbereitschaft wirken sich vor allem auch die Leerstände von Gewerbeimmobilien und an Wohnraum sowie geringe Mietsteigerungen aus. Darüber hinaus führt die Verschlechterung am Arbeitsmarkt zu bremsenden Effekten im ge-



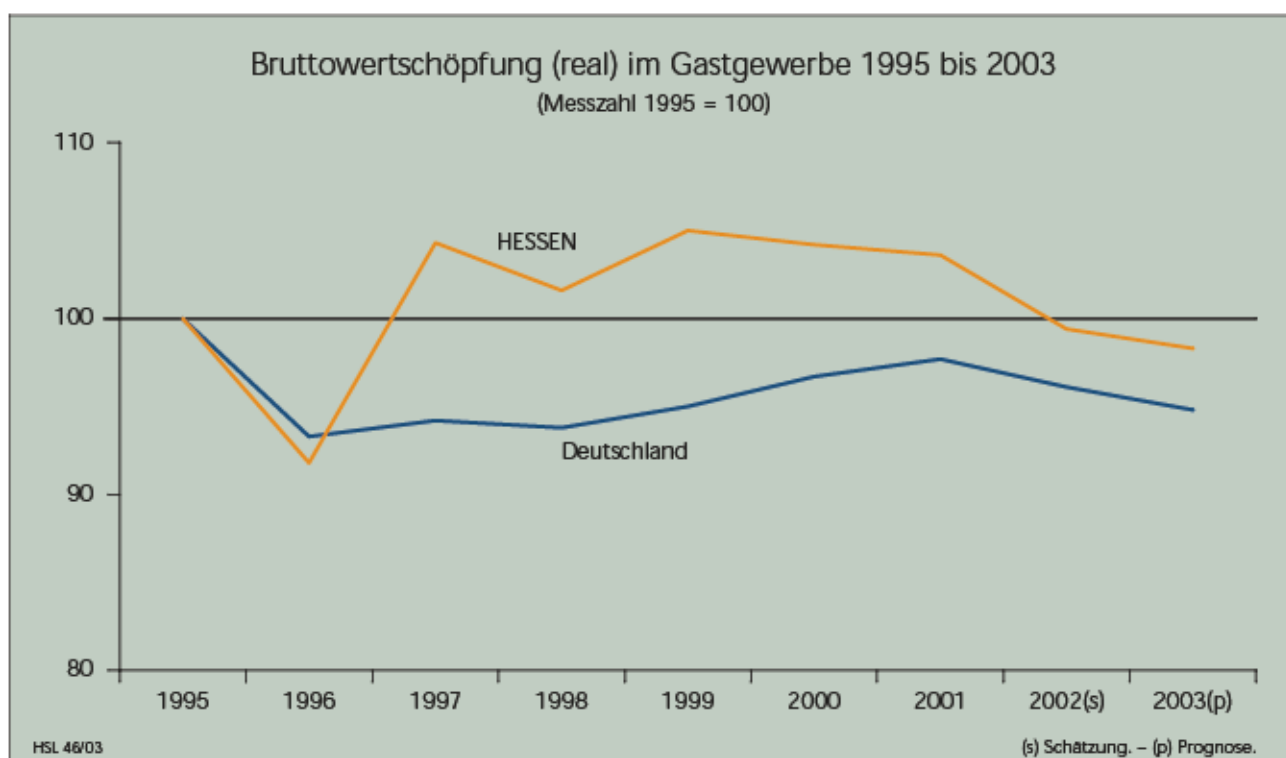


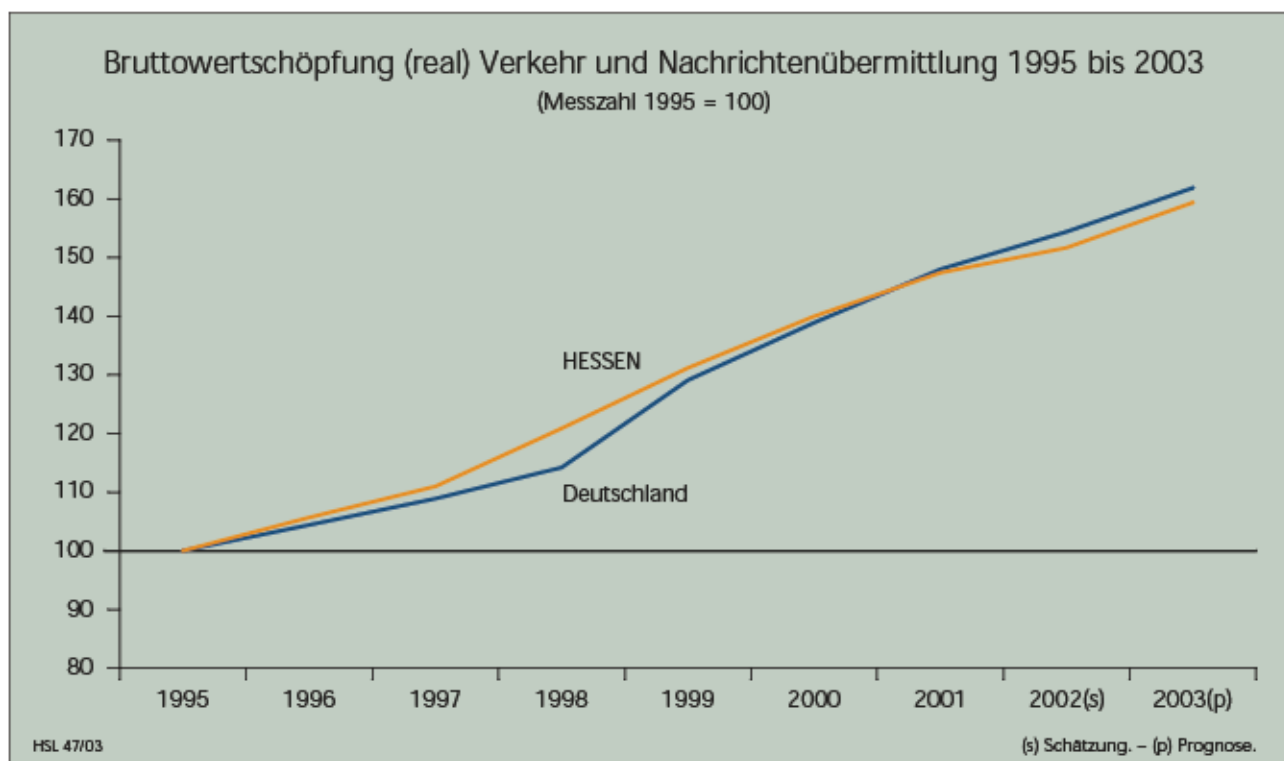
werblichen Bau. Vor diesem Hintergrund dürfte es der Branche schwer fallen, noch in diesem Jahr auf den Wachstumspfad zurückzukehren.

Der hessische *Handel* ist unverändert schwach ins Jahr 2003 gestartet. Obwohl die im Zusammenhang mit der Umstellung auf den Euro eingetretene Verunsicherung der Konsumenten sukzessive zurückgegangen ist, besteht nach wie vor eine Kaufzurückhaltung, die durch die konjunkturelle

Entwicklung, hohe Arbeitslosigkeit und die Schieflage des Sozialsystems geprägt ist. Nach Auswertung der Ergebnisse erster interner Berechnungen dürfte sich der in der Gemeinschaftsprognose für 2003 unterstellte Rückgang von – 2,2 % wahrscheinlich bestätigen.

Die Konsumflaute beeinflusst auch das hessische *Gastgewerbe*, sodass die prognostizierte leicht abwärtsgerichtete Entwicklung im Jahr 2003 anhalten dürfte. Nach ersten in-

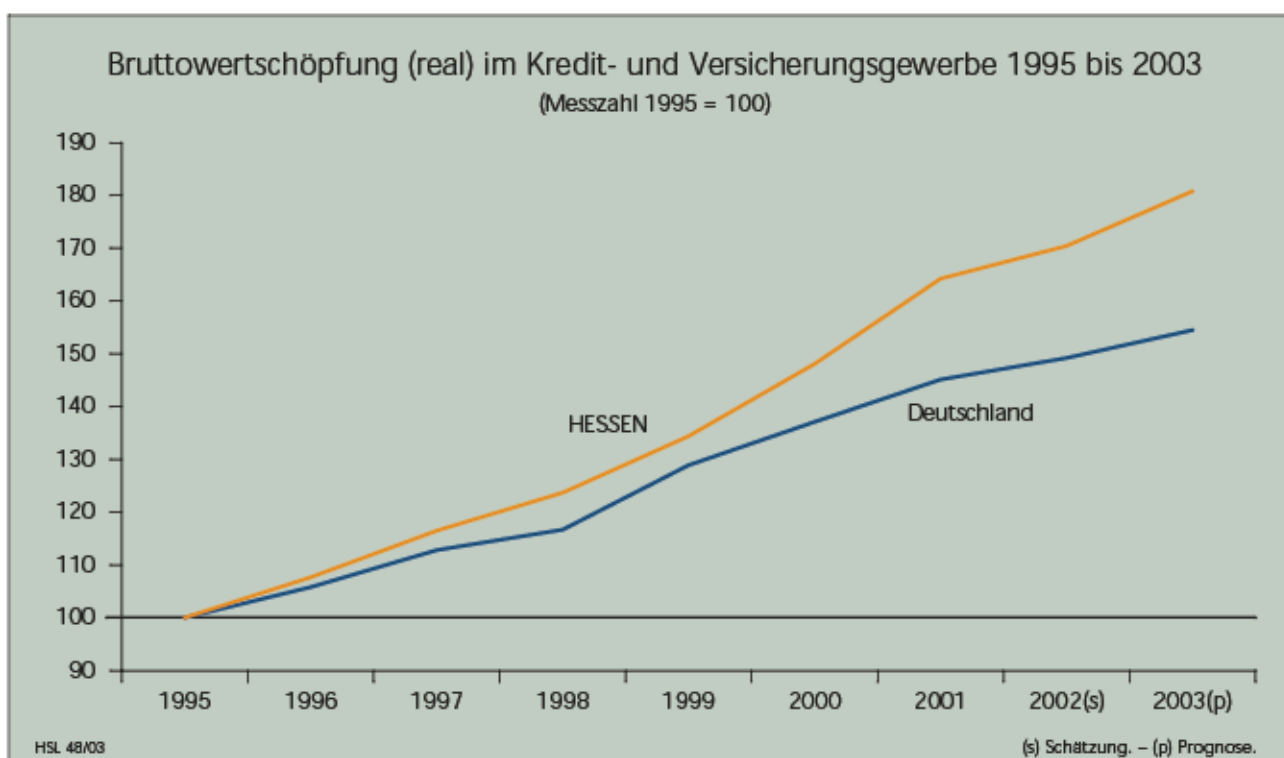




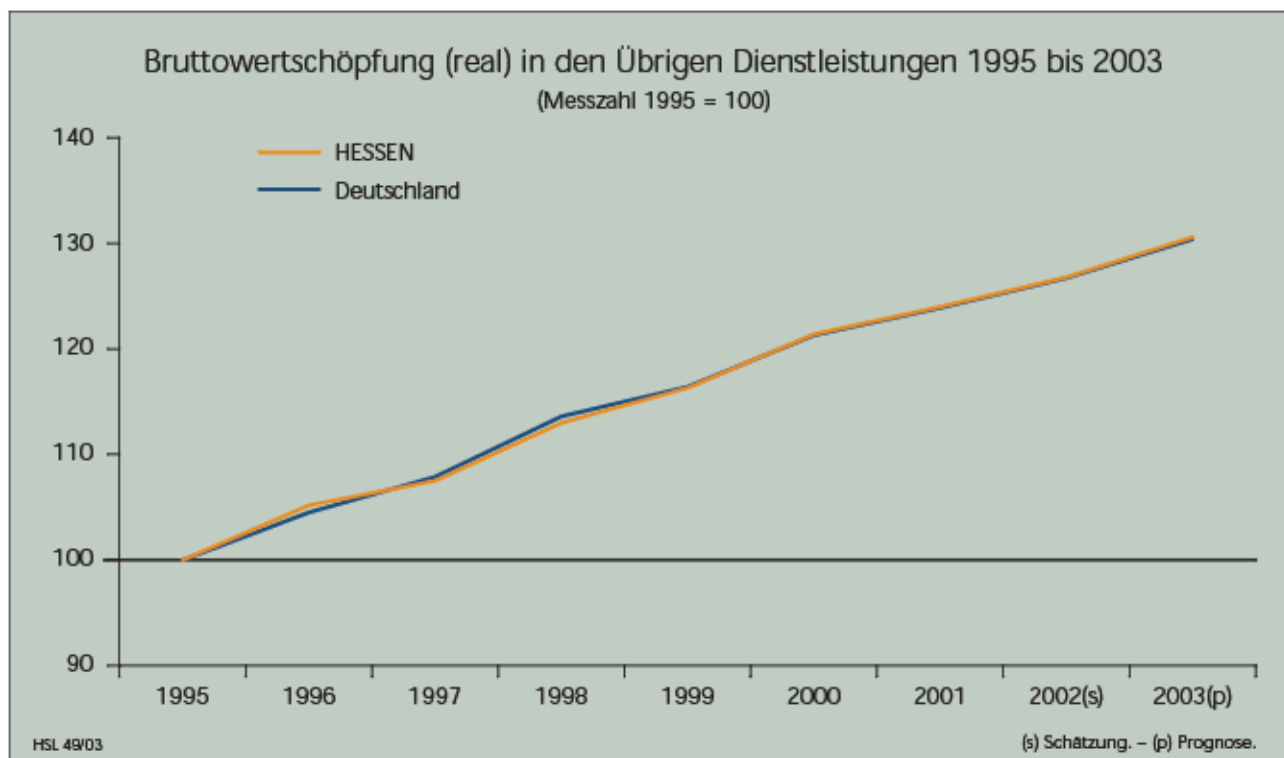
ternen Berechnungen des HSL fiel die reale Bruttowertschöpfung im ersten Quartal 2003 aber leicht höher aus als erwartet. Gestützt werden könnte die Branchenkonjunktur zudem durch eine Reihe von Feiertagen, die in diesem Jahr auf Arbeitstage fallen. Ebenso dürfte sich im Jahr 2003 auch die anhaltende Schönwetterperiode im Mai und Juni stabilisierend auswirken. Für das erste Quartal allerdings ging der reale Umsatz kalender- und saisonbereinigt zunächst noch

um 5,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal zurück. Es ist daher davon auszugehen, dass die positiven Effekte kaum ausreichen, um den für 2003 prognostizierten Rückgang um 1,1 % auszugleichen.

In Hessen durchläuft der Bereich *Verkehr- und Nachrichtenübermittlung* nach wie vor eine weiterhin aufwärtsgerichtete Entwicklung. Im Bereich der Luftfahrt mussten aller-







dings im ersten Quartal 2003 die erwarteten, von den Terroranschlägen und Seuchen ausgehenden Einbußen hingenommen werden. Bedingt durch die Lungenkrankheit SARS und den Irak-Krieg büßte die reale Bruttowertschöpfung im ersten Quartal ihr Wachstum ein. Im Jahresverlauf dürfte sich diese Entwicklung aber nicht weiter fortsetzen, wenngleich das Wachstum im Jahresdurchschnitt insgesamt voraussichtlich nicht mehr so stark wie in der Konjunkturprognose unterstellt (+ 5,1 %) zunehmen dürfte.

Zu den Leid Tragenden der deutschen Misere zählen vor allem auch die Finanzinstitute. Je länger die Konjunkturschwäche andauert, umso mehr Unternehmen werden insolvent, was auf steigende Kreditausfälle der Banken hinausläuft. Gemessen daran verläuft die konjunkturelle Entwicklung im hessischen *Kredit- und Versicherungsgewerbe* immer noch recht stabil. Zwar liegt die Wachstumsrate — wie erwartet — für das erste Quartal 2003 gegenüber dem Vorquartal auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die Erfolge der Restrukturierungsbemühungen sowie die Gewinne und Provisionseinnahmen im Rahmen der sich wiederbelebenden Börse, deuten aber darauf hin, dass die prognostizierte Wachstumsrate von 6,1 % im laufenden Jahr erreicht werden kann. Trotz der noch nicht optimalen Ertragslage der Institute, setzt sich das Wachstum dieses Wirtschaftsbereichs in Hessen demnach auch in konjunkturell schwierigen Zeiten fort.

Der Beitrag der *Übrigen Dienstleistungen* zum realen Bruttoinlandsprodukt dürfte nach den ersten internen Berechnungen im ersten Quartal 2003 nur unwesentlich zugenommen haben. Nicht nur die privaten Dienstleister, sondern auch der Staat hat durch Sparprogramme die Ausgaben

und Investitionen im laufenden Jahr deutlich nach unten gefahren. Vor diesem Hintergrund sind für diesen Wirtschaftsbereich auch für den weiteren Verlauf des Jahres keine nennenswerten Steigerungen zu erwarten. Vielmehr dürfte es schwer fallen, das in der Konjunkturprognose unterstellte jahresdurchschnittliche Wachstum von 2,4 % in Hessen zu erreichen.

#### Ausblick

Die bisher vorliegenden Frühindikatoren und Berechnungen lassen für das Jahr 2003 für Hessen keine wesentliche Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwarten. Die relativ positive Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Auftragsgänge aus dem Ausland im ersten Quartal kalender- und saisonbereinigt um 10,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal zugenommen haben, stützten jedoch den gesamtwirtschaftlichen Verlauf nur zu einem Teil. Noch nicht abschließend beurteilen lassen sich dagegen die Wachstumsimpulse aus der Luftfahrt sowie dem Kreditgewerbe. Deutlich wird aber, dass die schwachen weltwirtschaftlichen Vorgaben sowie die Beeinträchtigungen dieser Wirtschaftsbereiche durch den Irak-Krieg und die Lungen-seuche SARS die hessische Konjunktur beeinträchtigen. Auch angesichts der abermals revidierten Wachstumsrate für den Bund, die sich laut Frühjahrsgutachten im Jahresdurchschnitt auf nur noch 0,5 % belaufen wird, dürfte der prognostizierte Wachstumsvorsprung Hessens gegenüber Deutschland mit ca. 0,3 Prozentpunkten beibehalten werden. Das *gesamtwirtschaftliche Wachstum* in Hessen wird somit im Jahresdurchschnitt 2003 voraussichtlich bei etwas unter *einem Prozent* liegen. □

## Sozialgerichtsklagen in Hessen 2002

Bei den sieben hessischen Sozialgerichten waren 2002 so viele Klagen anhängig wie niemals zuvor. Nach einem Rückgang zu Beginn der NeuDOM\_D-/nzigerjahre war die Zahl der anhängigen Verfahren seit 1994 — mit Ausnahme des Jahres 2000 — kontinuierlich angestiegen und erreichte zuletzt mit einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von knapp 1600 mit 38 400 einen neuen Rekord. Knapp 15 200 oder rund 40 % der anhängigen Klagen waren im Laufe des Jahres 2002 neu eingereicht worden. Das waren 5 % weniger als 2001, als mit 16 000 Neuzugängen ein neuer Höchststand erreicht worden war. Zwar wurden 2002 mehr Klagen erledigt als im Jahr zuvor (14 600 gegenüber 13 600), es kamen aber mehr neue Klagen hinzu, sodass die Zahl der unerledigten Klagen am Jahresende mit 23 800 ebenfalls einen neuen Höchststand erreichte.

Ein Teil der anhängigen Verfahren muss zwangsläufig als unerledigt ins neue Jahr übernommen werden, da bei einer Verfahrensdauer von meist mehreren Monaten viele Neuzugänge nicht mehr im Berichtsjahr abgearbeitet werden können. So waren im Jahr 2002 knapp 21 % der erledigten Klagen

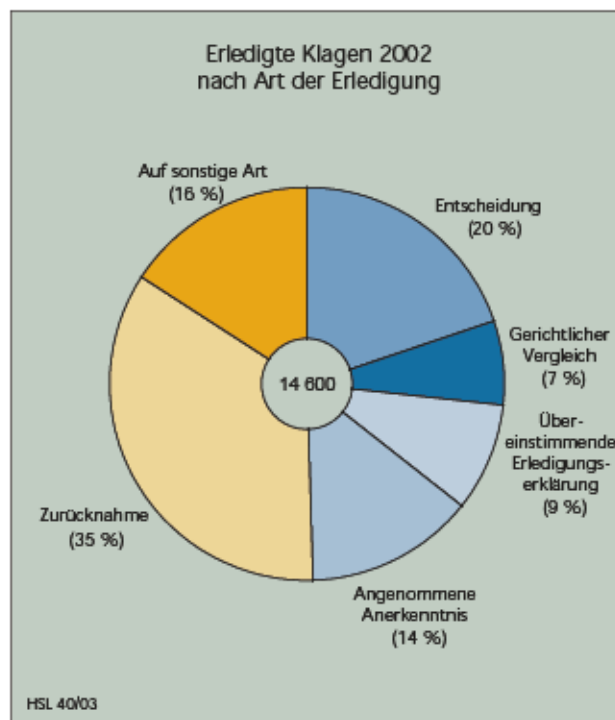
in weniger als sechs Monaten abgeschlossen, und 26 % dauerten zwischen einem halben Jahr und einem Jahr. Gut 30 % der Klagen hatten eine Verfahrensdauer von einem bis unter zwei Jahren, und 23 % der Verfahren waren sogar erst nach zwei Jahren oder später abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr ist besonders der Anteil der langfristigen Verfahren (– 3,2 Prozentpunkte) gesunken, während der Anteil der erledigten Klagen mit einer Verfahrensdauer von sechs bis unter zwölf Monaten (+ 4,1 Prozentpunkte) zunahm.

Die meisten Verfahren endeten durch Zurücknahme der Klage. Ihr Anteil lag wie im Vorjahr bei gut 35 %. Bei knapp 20 % der Klagen kam es zu einer Entscheidung, gut 15 % endeten mit einem gerichtlichen bzw. außergerichtlichen Vergleich und knapp 14 % der Verfahren schlossen mit einer angenommenen Anerkennung ab. Auf sonstige Art fanden rund 16 % der Klagen ihr Ende, darunter viele Verweisungen an andere Sozialgerichte. Im Vergleich zum Vorjahr waren Beendigungen durch Entscheidung (– 5,5 Prozentpunkte) und angenommene Anerkennung (– 1,7 Prozentpunkte) überwiegend zu Gunsten der Beendigungen auf sonstige Art (+ 6,4 Prozentpunkte) zurückgegangen.

Bei den meisten Verfahren, die 2002 zum Abschluss kamen, ging es um Ansprüche aus der Rentenversicherung der Arbeiter (12 %) und Angestellten (12 %). Beide Streitgegenstände sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, wobei

Verfahren bei den Sozialgerichten  
in Hessen 2001 und 2002

Art der Angabe	2001	2002
Unerledigte Klagen am Jahresanfang	20 834	23 228
Eingereichte Klagen im lfd. Jahr	15 979	15 179
Anhängige Klagen zusammen	36 813	38 407
Erledigte Klagen	13 584	14 596
davon nach Art der Erledigung		
Entscheidung	3 390	2 851
gerichtlichen Vergleich	809	1 008
übereinstimmende Erledigungserklärung	1 212	1 240
angenommene Anerkennung	2 115	2 023
Zurücknahme	4 772	5 152
auf sonstige Art	1 286	2 322
davon nach Streitgegenständen		
Krankenversicherung	1 813	3 516
Pflegeversicherung	443	439
Unfallversicherung	1 479	1 155
Rentenversicherung der Arbeiter	1 932	1 753
Rentenversicherung der Angestellten	1 916	1 796
Knappschaftliche Rentenversicherung	64	67
Altershilfe für Landwirte	151	125
Angelegenheiten der Bundesanstalt für Arbeit	3 080	2 986
Kindergeldangelegenheiten	71	70
Erziehungsgeldangelegenheiten	129	93
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	326	231
Feststellung der Behinderung nach dem Schwerbehindertengesetz	2 126	2 299
Sonstige Angelegenheiten	54	66
davon nach der Verfahrensdauer		
Unter 6 Monate	2 925	3 009
6 bis unter 12 Monate	2 970	3 790
12 bis unter 24 Monate	4 130	4 437
24 oder mehr Monate	3 559	3 360
Unerledigte Klagen am Jahresende	23 229	23 811





Arbeiterrentenversicherungsklagen bereits im fünften Jahr rückläufig sind und der Anteil der Angestelltenversicherungen dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre entsprach. Die Verfahren der Rentenversicherung der Arbeiter endeten im Berichtsjahr zu gut 35 % durch Zurücknahme der Klage und knapp 22 % wurden durch Entscheidung erledigt. Ein relativ großer Teil dieser Streitigkeiten, nämlich rund 20 %, wurde wieder durch übereinstimmende Erledigungserklärungen (außergerichtlicher Vergleich) beigelegt. Bei den Rechtsstreitigkeiten der Rentenversicherung der Angestellten waren vergleichsweise weniger Klagen zurückgenommen worden (32 %) und der Abschluss der Verfahren durch Entscheidung (18 %) kam ebenfalls etwas seltener vor. Außergerichtliche Vergleiche waren nur von geringerer Bedeutung (6,3 %), stattdessen wurden sehr viele Klagen durch Anerkenntnis (31 %) abgeschlossen. Unterschiede weisen beide Sparten auch bei der Verfahrensdauer auf. Rechtsstreitigkeiten in Angelegenheiten der Arbeiterrentenversicherung dauerten durchschnittlich länger: 31 % der Verfahren wurden innerhalb eines Jahres abgeschlossen, 41 % hatten eine Verfahrensdauer zwischen einem bis zu zwei Jahren und 28 % endeten erst nach 2 Jahren oder sogar später. Dagegen waren die Streitfälle der Angestellten zumeist innerhalb eines Jahres (45 %) abgeschlossen, 34 % hatten eine Verfahrensdauer von einem bis zu zwei Jahren und rund 22 % endeten nach zwei Jahren oder später.

Beinahe ebenso oft wie um Ansprüche aus der Rentenversicherung wurde im vergangenen Jahr um Leistungen der Krankenversicherung gestritten. Der Anteil dieser Streitigkeiten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr sogar um knapp 11 Prozentpunkte auf 24 %.

Überdurchschnittlich viele dieser Verfahren endeten 2002 auf sonstige Art (45 %) darunter überwiegend (67 %) mit einer Verweisung an andere Sozialgerichte. Nur jede vierte Klage wurde vom Kläger zurückgenommen und der Anteil der durch Entscheidung abgeschlossenen Verfahren lag mit rund 14 % ebenfalls unter dem Durchschnitt. Die Dauer der Krankenkassenstreitigkeiten war vergleichsweise kurz: Fast 69 % der Klagen waren innerhalb eines Jahres abgeschlossen, darunter rund 28 % in weniger als sechs Monaten. Nur jede zehnte Streitigkeit dauerte zwei Jahre oder länger.

An dritter Stelle folgten Streitigkeiten in Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung. Der Anteil war mit rund 21 % gegenüber dem Vorjahr erneut leicht gesunken. Die meisten Klagen (35 %) wurden vom Kläger zurückgenommen und relativ viele (27 %) endeten durch Entscheidung und gerichtlichen Vergleich (12 %). Streitigkeiten in Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung dauerten relativ lange. Nur gut 37 % der Verfahren waren innerhalb eines Jahres abgeschlossen, zwischen einem bis zu zwei Jahren währten 29 % der Klagen und mit knapp 34 % der Streitigkeiten waren die Gerichte zwei Jahre oder länger beschäftigt. Im Vergleich

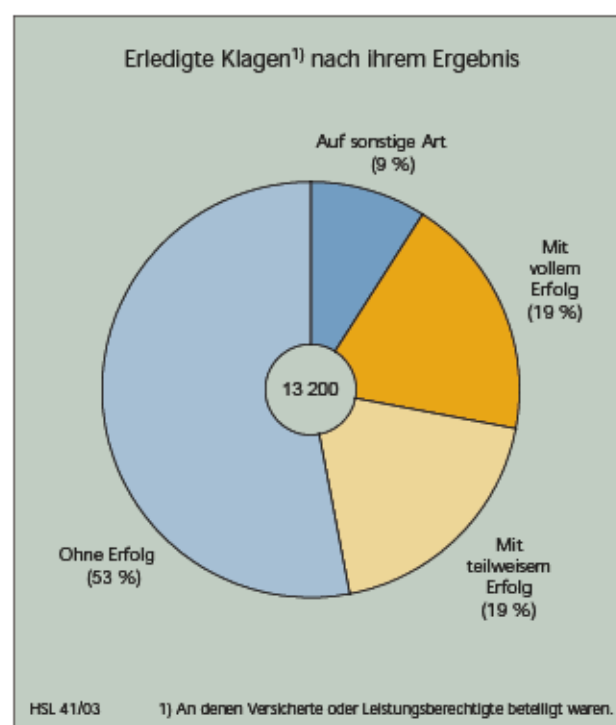
zum Vorjahr waren die Anteile der ein Jahr und länger dauernden Verfahren zu Lasten der kurzfristigen angestiegen.

Bei knapp 16 % der erledigten Klagen wurde um die Feststellung der Behinderung nach dem Schwerbehindertengesetz gestritten. Der größte Teil dieser Verfahren (48 %) wurde durch Zurücknahme der Klage abgeschlossen, und relativ viele fanden durch Anerkenntnis (23 %) und außergerichtlichen Vergleich (13 %) einen Abschluss. Dagegen endeten nur wenige durch Entscheidung (9 %). Knapp 44 % der Klagen waren innerhalb eines Jahres und rund 38 % im Laufe des zweiten Jahres abgeschlossen. Länger als zwei Jahre waren die Richter mit knapp 19 % der Streitigkeiten beschäftigt.

Knapp 8 % der erledigten Klagen betrafen Streitfälle der Unfallversicherung. Auch diese Verfahren endeten zumeist durch Zurücknahme (47 %). Ein hoher Anteil, und zwar gut 31 % fanden ihren Abschluss durch Entscheidung. Andere Beendigungsarten spielten nur eine untergeordnete Rolle. Klagen zur Unfallversicherung zählen zu den längerfristigen Verfahren. So dauerten 2002 36 % der Klagen zwei Jahre oder länger und 31 % hatten eine Verfahrensdauer von einem bis zu zwei Jahren.

Von den übrigen Rechtsstreitigkeiten waren die der Pflegeversicherung (3,0 %) sowie die Klagen nach dem Versorgungs- und Entschädigungsrecht (1,6 %) zahlenmäßig noch von gewisser Bedeutung. Andere Verfahren, wie z. B. Kindergeld- oder Erziehungsgeldangelegenheiten, waren relativ selten.

Nur rund jede fünfte der 13 200 erledigten Klagen, an denen Versicherte und Leistungsberechtigte beteiligt waren, endete mit vollem Erfolg für die Kläger. Fast ebenso viele hatten einen





teilweisen Erfolg (19 %) und knapp 9 % der Streitigkeiten schlossen auf sonstige Art ab. Die meisten Verfahren (53 %) waren abschlägig beschlossene Fälle. Relativ erfolgreich waren Klagen gegen die Rentenversicherer der Angestellten, die Pflegeversicherer sowie gegen die Feststellung der Behinderung nach dem Schwerbehindertengesetz. Vergleichsweise wenig Aussicht auf Erfolg haben Unfallversicherungsklagen: Im Berichtsjahr endeten 74 % der Klagen erfolglos, knapp jede zehnte mit teilweisem Erfolg, und nur 7,0 % der Verfahren schlossen mit vollem Erfolg für den Kläger ab.

Neben den erstinstanzlichen Verfahren vor den Sozialgerichten waren 2002 gut 3500 Berufungen vor dem Landessozialgericht anhängig. Die Zahl der Neuzugänge ging um knapp 200 auf rund 1300 zurück, gleichzeitig sank die Zahl der erledigten Berufungen um 250 auf über 1300, sodass am Ende

des Berichtsjahres 2002 gut 2200 Berufungen unerledigt blieben.

Bei den erledigten Berufungen dominierten Angelegenheiten der Rentenversicherung der Arbeiter (22 %) sowie Streitfälle mit Unfallversicherungen (21 %). Größeres Gewicht hatten auch Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung (17 %) und der Rentenversicherung der Angestellten (15 %). Durch Entscheidung wurden 42 % der Berufungen erledigt, rund 35 % endeten durch Zurücknahme und 8,0 % durch gerichtlichen Vergleich. Knapp 41 % der Berufungen waren innerhalb eines Jahres abgeschlossen, 27 % dauerten zwischen einem bis zu zwei Jahren und gut 32 % zwei Jahre oder länger. Von den erledigten Berufungen endeten nur 9,0 % mit vollem und 18 % mit teilweisem Erfolg für die Kläger, während der Anteil der erfolglosen Klagen 71 % erreichte. □

## Hessische Kreiszahlen

### Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

**Neu:** Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

**Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)**

**Systemvoraussetzungen:** IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

STATISTIK HESSEN

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.  
Hessisches Statistisches Landesamt . 65175 Wiesbaden

W-109

# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzel- hande <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>					
	Volumenindex des Auftrags-eingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs <sup>4)</sup>  2000 = 100	Beschäft- igte	Index der Um- sätze <sup>6)</sup>	Preis- index für die Lebens- haltung <sup>7)</sup>	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>11)</sup>	
	Ins- gesamt	Inland	Ausland				2000 = 100	2000 = 100					2000 = 100
Grundzahlen <sup>12)</sup>													
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156	
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822	
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	102,0	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297	
2002 1. Vj. D	97,6	87,3	116,5	455 771	74,2	30 835	96,8	102,9	.	.	.	.	
April	104,2	92,5	125,7	452 735	95,3	31 075	103,7	103,0	211 836	7,7	37 906	24 566	
Mai	104,4	87,3	135,9	451 648	82,6	30 914	100,7	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675	
Juni	102,9	89,0	128,6	451 629	113,0	30 422	95,7	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680	
2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	452 004	96,9	30 804	100,0	103,0	.	.	.	.	
Juli	107,8	96,2	129,4	452 995	84,5	30 118	98,2	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987	
August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	99,1	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876	
September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	99,1	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389	
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	98,8	103,1	.	.	.	.	
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	107,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585	
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	110,7	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434	
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	119,2	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128	
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	112,6	103,0	.	.	.	.	
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	95,3	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415	
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	89,2	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268	
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	101,2	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966	
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	95,2	103,8	.	.	.	.	
April	98,5	87,1	119,4	437 953	65,0	28 918	103,4	103,8	244 698	8,9	30 489	27 660	
Mai	103,2	91,4	124,8	437 080	74,5	29 088	101,2	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>													
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	.	- 5,5	.	- 10,2	.	22,4	- 19,4		
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	1,7	- 6,7	4,4	0,4	51,7		
2002 D	- 1,6	- 4,1	2,2	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 1,6	1,3	6,5	- 16,8	95,6		
2002 1. Vj.	- 9,9	- 10,3	- 9,2	- 2,4	- 8,7	- 7,6	1,1	1,9	.	.	.		
April	8,7	3,8	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	5,6	1,5	5,5	- 11,6	248,5		
Mai	0,9	- 7,6	13,2	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 3,3	1,2	7,9	- 16,2	111,6		
Juni	- 0,1	- 2,1	2,8	- 3,6	- 4,4	- 8,4	1,3	0,9	5,9	- 16,7	129,4		
2. Vj.	3,0	- 2,1	10,3	- 3,2	- 11,9	- 7,4	1,1	1,2	.	.	.		
Juli	5,1	4,5	6,1	- 3,4	3,3	- 9,5	4,2	1,1	7,6	- 19,5	66,5		
August	- 2,5	- 6,9	4,4	- 3,4	- 30,3	- 9,5	0,0	1,1	7,4	- 24,0	81,4		
September	1,6	- 3,3	8,6	- 3,5	- 34,9	- 8,8	3,0	1,0	7,0	- 25,5	60,8		
3. Vj.	1,5	- 1,9	6,4	- 3,4	- 24,0	- 9,3	2,4	1,0	.	.	.		
Oktober	5,0	2,9	8,1	- 3,6	11,6	- 7,9	4,9	1,3	6,7	- 21,2	41,9		
November	0,9	- 3,2	6,7	- 3,6	- 11,5	- 6,1	1,0	1,1	7,7	- 17,4	14,2		
Dezember	- 6,3	- 5,4	- 7,6	- 3,5	1,6	- 6,8	- 0,2	1,2	7,4	- 21,8	- 41,8		
4. Vj.	- 0,1	- 1,8	2,4	- 3,6	0,0	- 6,9	1,8	1,2	.	.	.		
2003 Januar	6,3	- 0,1	15,4	- 3,8	- 14,7	- 8,0	- 0,5	0,9	9,2	- 21,0	- 32,9		
Februar	6,9	5,9	8,2	- 3,5	- 6,2	- 7,8	- 1,3	1,0	12,0	- 21,9	- 40,6		
März	4,2	0,4	9,4	- 3,3	- 17,6	- 6,5	- 2,8	0,8	14,4	- 22,0	- 38,0		
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	- 3,5	- 13,6	- 7,5	- 1,7	0,9	.	.	.		
April	- 5,5	- 5,8	- 5,0	- 3,3	- 31,7	- 6,9	- 0,3	0,8	15,5	- 19,6	12,6		
Mai	- 1,1	4,7	- 8,2	- 3,2	- 9,9	- 5,9	0,5	0,6	14,1	- 14,4	96,4		
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>													
2002 1. Vj.	- 3,7	- 4,4	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 12,5	1,1	.	.	.	.	
April	3,2	1,5	5,5	- 0,4	- 6,6	1,2	- 0,4	- 0,1	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6	
Mai	0,2	- 5,6	8,1	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 2,9	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3	
Juni	- 1,4	1,9	- 5,4	0,0	36,8	- 1,6	- 5,0	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3	
2. Vj.	6,4	2,6	11,7	- 0,8	30,5	- 0,1	3,3	0,1	.	.	.	.	
Juli	4,8	8,1	0,6	0,3	- 25,2	- 1,0	2,6	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0	
August	- 9,5	- 8,6	- 10,8	0,1	5,5	1,5	0,9	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1	
September	4,8	0,7	10,7	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8	
3. Vj.	- 1,2	1,5	- 4,4	0,3	- 11,5	- 1,2	- 1,2	0,1	.	.	.	.	
Oktober	5,3	9,0	0,5	- 0,6	0,5	0,2	8,8	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7	
November	- 2,9	- 5,1	0,1	- 0,5	- 10,9	- 0,3	2,7	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0	
Dezember	- 12,4	- 11,6	- 13,5	- 0,5	2,0	- 2,5	7,7	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7	
4. Vj.	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,0	- 0,1	.	.	.	.	
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	- 1,3	- 35,7	- 4,2	- 20,1	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5	
Februar	0,0	1,7	- 2,2	- 0,0	20,5	- 1,1	- 6,4	0,5	2,3	.	12,5	5,9	
März	2,9	3,3	2,5	- 0,1	42,1	1,4	13,5	- 0,1	- 1,1	.	5,3	4,6	
1. Vj.	1,9	- 0,7	5,3	- 1,8	- 18,3	- 6,2	- 15,5	0,8	.	.	.	.	
April	- 6,4	- 4,8	- 8,4	- 0,3	- 22,6	0,8	2,2	- 0,1	- 1,0	.	0,3	73,2	
Mai	4,8	4,9	4,5	- 0,2	14,5	0,6	- 2,1	- 0,2	- 2,3	.	- 2,8	- 2,9	

1) Einschli. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. —

2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6078,1 <sup>1)</sup>	6084,9 <sup>1)</sup>	6 077,8	6 077,8	6 078,4	6 093,2	6 092,6	6 091,6	6 090,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	3 378	3 378	890	2 250	1 884	3 135	983
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	5,0	6,5	6,5	1,7	4,3	3,8	6,1	1,9
* Lebendgeborene	"	4 686	4 610	5 586	5 586	3 151	5 013	4 118	5 714	3 434
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,1	10,8	10,8	6,1	9,7	8,2	11,0	6,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 948	5 031	5 670	5 670	5 024	5 250	4 745	6 205	5 149
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,9	11,0	11,0	9,7	10,1	9,5	12,0	10,0
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	19	20	16	16	27	18	14	22	14
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,2	4,5	2,9	2,9	8,6	3,6	3,4	3,9	4,1
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 262	- 420	- 84	- 84	- 1 873	- 237	- 627	- 491	- 1 715
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,5	- 0,8	- 0,2	- 0,2	- 3,6	- 0,5	- 1,3	- 0,9	- 3,3
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 596	13 993	10 342	10 342	14 816	17 230	12 588	10 840	14 223
darunter aus dem Ausland	"	6 442	6 079	4 279	4 279	6 442	7 308	5 158	4 137	6 121
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 528	12 423	10 842	10 842	12 387	14 287	12 544	11 334	14 058
darunter in das Ausland	"	6 209	5 274	4 556	4 556	5 599	5 733	5 766	4 765	7 155
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 070	1 570	- 500	- 500	2 429	2 943	44	- 494	167
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 943	18 322	16 449	16 449	20 043	20 999	18 478	19 641	19 770
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>										
		2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	211 836	209 604	209 772	247 062	244 698	239 071	237 433
und zwar Frauen	"	89 647	91 432	90 329	89 678	90 359	101 307	101 801	100 116	100 016
Männer	"	110 886	122 151	121 507	119 926	119 413	145 755	142 897	138 955	137 417
Ausländer	"	42 684	45 295	45 688	45 168	44 052	51 752	51 726	50 987	50 604
Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	24 262	23 507	26 443	29 932	28 457	27 165	27 121
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,7	7,6	7,6	9,0	8,9	8,7	8,6
und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,1	6,9	7,0	7,8	7,9	7,7	7,7
Männer	"	7,6	8,4	8,3	8,2	8,2	10,0	9,8	9,6	9,4
Ausländer	"	14,2	15,2	15,5	15,1	14,7	17,3	17,3	17,0	16,8
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	6,9	6,4	7,2	8,1	7,7	7,5	7,5
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	24 566	13 675	12 680	15 966	27 660	26 859	26 547
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	37 906	34 658	32 843	30 402	30 489	29 650	27 885
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5(6)</sup>										
		2000	2001	2000		2001		2002		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 192,6	2 214,7
und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	970,2	968,0	964,9	956,4	969,1
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	231,9	228,9	227,3	225,2	226,0
Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	341,8	345,2	348,2	350,7	352,6
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	287,8	289,7	292,3	293,8	295,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	14,1	12,5	13,1	14,0	14,1
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,8	3,4	3,6	3,7	3,8
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	551,2	545,8	537,7	533,3	532,3
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	140,8	138,9	137,4	135,8	136,0
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	123,5	116,8	112,0	114,0	115,7
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,7	14,4	14,1	14,1
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	571,7	566,6	560,4	556,0	560,8
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	252,9	251,2	249,1	246,7	248,6
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	475,3	473,4	472,5	470,9	477,3
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	216,9	216,2	216,1	214,9	217,8
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	504,4	507,9	507,4	504,1	514,3
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	340,7	343,3	344,1	341,2	348,8

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	6 961	6 954	5 806	6 720	6 299	5 756	5 303
Kälber	"	224	277	393	252	291	135	205	251	127
Schweine	"	95 275	85 364	87 268	91 218	83 745	73 180	78 050	68 888	67 888
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	7 924	6 548	3 658	6 928	7 195	5 387	3 441
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	9 911	10 475	9 952	8 685	8 876	8 671	8 195
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 876	1 940	1 667	1 816	1 683	1 664	1 529
* Kälbern	"	20	22	31	15	11	11	18	17	13
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 402	7 996	7 538	6 241	6 683	6 008	6 044
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	1 426	1 614	1 897	2 504
* Erzeugte Konsumei <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	31 946	27 520	31 781	27 665	29 517	28 600	27 754
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	87 750	88 830	91 727	80 060	87 483	87 866	91 252
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	84 026	85 226	88 002	76 929	84 017	84 511	87 786
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	17,2	18,0	18,0	18,0	17,8	18,5	18,6
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 363	3 360	3 356	3 217	3 206	3 198	3 193
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	454,6	452,7	451,6	439,7	439,5	438,0	437,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	269,6	263,0	264,6	263,4	262,8	253,9	253,3	252,1	251,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	.	.	.	.	55 921	57 054	55 306	54 575
Bruttohohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	610,1	637,1	687,4	596,8	614,9	627,6	674,0
Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	753,6	775,7	806,3	719,1	758,3	811,5	805,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	6 932,1	7 032,5	6 692,9	6 774,4	7 468,8	7 210,0	6 816,8
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 651,9	2 767,6	2 648,0	2 890,2	3 093,1	2 973,5	2 752,1
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,3	38,3	39,4	39,6	42,7	41,4	41,2	40,4
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	- 2,2	- 1,6	- 13,2	8,7	0,9	6,9	4,2	- 5,5	- 1,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	- 7,0	17,1	- 6,7	1,7	2,1	- 7,0	0,8
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	- 19,5	4,6	12,4	16,6	9,4	- 2,5	- 7,3
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 18,5	- 3,8	- 30,9	- 8,7	0,9	- 13,9	0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 13,6	- 4,9	3,0	5,3	- 0,6	- 5,5	15,6
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	- 1,7	15,5	5,2	2,4	1,3	- 8,5	4,8
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	- 12,6	15,4	28,5	4,4	- 5,9	- 19,7	- 31,4
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	- 16,9	1,1	3,0	45,5	39,6	12,8	23,2
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 16,0	- 2,0	- 9,4	- 3,3	2,1	- 9,4	- 1,5
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	108	108	108	...
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 161	18 124	18 030	17 501	17 518	17 477	...
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)</sup>	1000 h	.	2 273	2 262	2 307	2 132	2 178	2 240	2 122	...
* Bruttohohn- und -gehaltssumme <sup>9)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	56,2	61,6	57,5	58,4	58,0	60,7	...
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	1 901,5	1 902,4	1 687,1	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	87,6	.	.	.	81,3	.	.
* Umsatz	"	101,9	96,9	85,4	.	.	.	79,8	.	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innerereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	54,6	55,5	55,1	51,5	52,1	52,5	52,8
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	28,2	28,6	28,5	26,7	27,6	28,0	28,3
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,1	8,2	8,1	7,4	7,4	7,4	7,5
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,6	2,6	2,6	2,3	2,3	2,3	2,2
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	4 897	5 657	5 124	3 243	4 749	5 407	5 335
darunter										
* Wohnungsbau	"	2 037	1 944	1 895	2 200	2 036	1 330	1 814	2 221	2 192
* gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 456	1 536	1 406	1 038	1 369	1 458	1 463
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 525	1 894	1 657	863	1 539	1 701	1 646
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	76,2	91,2	88,8	57,9	73,6	87,4	85,2
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	35,5	38,8	38,4	33,2	33,6	35,4	33,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	392,0	438,5	467,3	338,5	451,2	443,4	521,1
darunter										
* Wohnungsbau	"	141,1	134,5	121,9	135,2	132,1	102,0	130,1	149,0	184,5
* gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	154,0	167,0	188,2	162,9	185,2	156,6	175,1
* öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	114,8	134,4	145,6	72,5	133,6	135,7	158,6
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>3)</sup>	1995=100	95,6	83,9	102,0	95,3	82,6	59,2	84,0	65,0	74,5
darunter										
* Wohnungsbau	"	86,4	74,7	84,9	75,8	74,1	56,5	80,0	78,3	69,1
* gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	95,7	82,7	55,3	56,4	54,0	42,1	53,4
* öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	117,1	120,2	125,2	64,1	129,1	93,9	106,9
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,3	23,3	x	x	x	21,4	x	x
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 962	6 404	6 304	x	x	x	5 889	x	x
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	107,2	104,1	x	x	x	93,3	x	x
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	57,8	56,2	x	x	x	53,8	x	x
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	547,0	436,2	x	x	x	393,5	x	x
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	848	810	752	906	973	901	632
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	783	731	658	832	906	791	571
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	850	887	865	1 050	974	1 022	680
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	155	169	166	190	180	192	129
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	191 164	206 088	200 817	238 810	225 170	237 100	160 707
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	124	164	156	105	128	149	136
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	537	1 383	873	946	1 112	892	1 061
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	92	358	155	129	195	156	239
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	66 759	422 269	156 376	140 430	128 036	124 273	209 623
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 827	1 543	1 723	1 830	1 947	1 754	1 975	1 323
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	8 214	9 188	9 164	10 055	9 535	10 233	6 798
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel <sup>7)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	88,7	87,5	80,4	77,9	83,2	83,7	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	90,3	90,3	83,1	79,6	84,8	86,1	...
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	98,4	98,3	98,2	92,3	92,0	92,3	...
Einzelhandel <sup>9)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	100,3	101,6	101,2	98,4	87,3	96,6	101,3	99,3
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	102,0	104,1	103,7	100,7	89,2	101,2	103,4	101,2
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	111,7	116,6	112,0	112,8	102,2	113,5	119,1	111,3
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	107,7	106,4	110,4	104,3	100,9	106,8	107,4	105,9
Bekleidung	"	101,0	97,3	98,9	94,2	95,6	89,5	88,0	95,5	91,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	92,1	92,0	81,9	81,9	88,9	85,4	79,7
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,0	104,0	114,1	112,1	75,5	116,7	121,7	132,9
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,9	98,2	97,9	97,2	92,7	92,5	92,4	92,6
Kfz-Handel u. Tankstellen <sup>14)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	91,7	109,6	103,7	93,4	83,3	103,8	102,6	95,6
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	93,1	111,4	105,3	94,7	85,0	105,8	104,8	97,7
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,6	93,6	93,8	92,7	91,7	91,6	91,9	91,9
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,6	91,2	95,4	92,7	76,2	87,7	81,6	92,3
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,4	94,8	99,5	97,6	80,0	92,0	85,7	96,8
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	91,9	87,0	98,9	93,2	79,6	89,5	76,4	99,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	99,4	94,0	98,7	99,1	100,1	77,7	90,7	88,7	94,2
Kantinen und Caterer	"	101,2	99,0	100,0	100,0	97,5	84,1	96,8	92,5	94,8
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	95,0	98,1	97,8	96,5	88,4	89,9	92,4	93,9

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtszeitraums. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Jan.	Febr.	März	April
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 665,4	2 671,0	2 347,1	2 899,1	2 811,1	2 819,0	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	64,5	60,1	74,1	69,7	67,3	85,0	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 600,9	2 610,9	2 273,0	2 702,0	2 620,5	2 601,9	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	17,1	18,6	16,2	24,0	19,7	23,9	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	216,3	137,2	119,0	142,1	179,0	146,0	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 367,5	2 455,1	2 137,8	2 535,9	2 421,8	2 432,0	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	538,7	530,3	502,3	501,4	487,3	473,6	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 828,8	1 924,8	1 635,4	2 034,4	1 934,5	1 958,4	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	743,5	750,3	719,8	803,2	712,1	706,5	...
Maschinen	"	...	383,8	336,3	402,9	333,2	408,0	342,4	359,1	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	193,8	247,4	214,8	305,0	305,6	314,5	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	278,9	239,0	225,9	235,9	223,3	223,3	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	150,3	186,9	138,6	161,4	171,9	171,9	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 880,9	1 890,4	1 649,5	2 037,4	2 006,3	2 073,8	...
darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 389,8	1 445,8	1 255,9	1 580,3	1 530,1	1 639,6	...
* Afrika	"	47,3	44,1	45,4	47,0	41,3	46,9	44,3	36,1	...
* Amerika	"	371,0	348,1	342,3	363,9	332,5	376,9	364,1	327,1	...
* Asien	"	360,0	374,6	368,7	347,7	304,5	411,0	370,6	364,1	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	28,2	22,0	19,4	26,9	25,7	18,0	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	3 838,4	4 457,8	3 437,0	4 211,5	3 766,7	4 301,4	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	151,7	196,2	197,4	205,6	156,5	179,9	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 686,7	4 261,5	3 239,6	3 703,6	3 334,6	3 778,1	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	80,0	88,7	45,0	86,2	72,9	40,9	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	277,2	264,5	237,9	290,0	284,6	223,8	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 329,6	3 908,4	2 956,7	3 327,4	2 977,2	3 513,4	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	426,0	469,0	377,2	369,5	386,2	459,9	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 903,5	3 439,4	2 579,5	2 957,9	2 590,9	3 053,5	...
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 503,7	2 789,3	2 232,7	2 619,2	2 471,6	2 876,0	...
darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	1 902,5	2 160,8	1 640,3	1 985,3	1 868,3	2 282,0	...
* Afrika	"	91,0	82,1	80,5	102,7	101,2	78,7	67,5	46,5	...
* Amerika	"	662,6	521,1	469,4	879,8	427,7	662,6	485,1	499,0	...
* Asien	"	724,5	697,3	751,2	682,3	667,1	843,2	736,6	872,6	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	6,6	3,6	8,3	7,9	6,0	7,2	...
TOURISMUS <sup>3)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	715	799	864	663	661	753	700
darunter von Auslandsgästen	"	200	197	165	186	195	183	167	187	163
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	1 873	2 008	2 197	1 714	1 674	1 912	1 843
darunter von Auslandsgästen	"	388	378	320	339	352	389	349	382	299
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Hellbäder	"	643	629	598	606	682	487	525	584	592
Luftkurorte	"	124	118	95	102	146	79	82	92	108
Erholungsorte	"	98	92	67	79	118	42	48	54	84
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 114	1 220	1 251	1 105	1 020	1 183	1 059
darunter Großstädte	"	575	550	522	560	518	565	505	577	468
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 106	1 199	1 229	930	918	1 163	1 195
davon										
* Güterversand	"	213	214	194	236	224	200	181	208	202
* Gütereingang	"	1 037	930	912	963	1 004	730	737	956	993

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	36 071	32 639	30 005	24 201	34 127	29 866	32 896	
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	28 921	27 351	25 957	21 078	28 417	24 337	28 617	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 584	1 639	1 458	1 250	1 469	1 537	1 390	
* Kraftträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	4 703	2 980	1 951	1 527	3 577	3 254	2 250	
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	350	352	347	208	320	360	362	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	2 579	3 043	3 234	2 270	2 679	2 754	3 348	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	1 863	2 335	2 407	1 523	1 946	2 068	2 492	
* Getötete Personen	"	43	42	30	62	38	19	41	34	43	
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	2 486	3 089	3 250	2 003	2 584	2 765	3 270	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>											
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	116 634	.	.	.	121 148	.	.	
davon im											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	115 879	.	.	.	120 275	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	754	.	.	.	874	.	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	64621	.	.	.	64 327	.	.	
davon im											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	57 463	.	.	.	56 706	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	7 157	.	.	.	7 622	.	.	
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	117 395	.	.	.	121 206	.	.	
davon aus											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	105 031	.	.	.	108 511	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	12 363	.	.	.	12 695	.	.	
GELD UND KREDIT											
Banken <sup>6)</sup>											
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	.	.	.	.	.	.	.	
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	.	.	.	.	.	
davon											
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101	.	.	.	.	.	.	.	.	
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	.	.	.	.	.	
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	.	.	.	.	.	
Insolvenzen											
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	437	387	327	432	454	544	565	
davon											
* Unternehmen	"	167	186	189	153	141	177	153	181	214	
* Verbraucher	"	73	100	92	96	76	117	152	195	162	
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	28	21	28	64	71	92	98	
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	128	117	82	74	78	76	91	
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	406 152	376 403	143 260	302 908	210 407	149 163	272 132	294 392	
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>											
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	5 401	5 085	4 940	...	...	...	...	
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 696	4 279	4 033	...	...	...	...	
PREISE											
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	103,1	103,0	103,0	104,0	103,9	103,8	103,6	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	105,4	105,5	105,1	103,8	103,8	104,2	104,7	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	106,2	106,2	105,7	110,6	110,5	110,5	110,5	
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,8	100,8	100,6	98,8	99,3	98,9	98,4	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	103,3	103,2	103,2	104,9	105,0	105,0	105,0	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,9	101,9	101,9	101,7	101,6	101,4	101,3	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	103,9	104,8	104,3	107,1	106,9	106,1	105,7	
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	95,5	95,6	96,1	95,9	95,9	96,2	96,2	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	101,6	99,5	100,7	101,1	100,6	100,1	99,4	
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	103,8	103,1	104,2	104,7	104,3	104,4	104,3	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	102,4 <sup>14)</sup>	102,41 <sup>14)</sup>	.	.	102,4	102,2	.	.	102,1	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr	März	April	Mai	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	2 084,2	2 782,5	2 793,4	3 140,9	3 140,0	2 646,0	2 917,8	
davon	-	3 014,8	2 722,8	1 592,7	2 307,0	2 447,5	2 497,0	2 646,6	2 166,8	2 452,4	
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 496,9	1 472,4	1 399,5	1 430,5	1 438,7	1 486,5	1 503,4	
davon	-	64,1	64,4	- 15,5	32,2	- 50,6	- 130,7	- 108,7	- 56,8	- 66,1	
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	256,6	181,1	75,5	127,4	110,9	42,0	38,2	116,0	122,2	
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	238,9	230,4	194,4	401,3	289,7	233,5	146,3	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 964,4	- 229,7	- 171,7	- 117,1	342,7	- 419,3	- 232,4	
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	745,4	727,3	631,8	565,3	803,6	765,1	476,4	674,0	842,8	
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	154,2	136,8	129,5	109,0	161,3	106,0	169,5	132,9	136,2	
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	350,6	257,1	206,4	483,3	360,9	246,0	306,2	
Einfuhrumsatzsteuer	-	41,9	52,0	39,5	43,6	44,4	29,1	46,3	52,8	61,8	
Bundessteuern	-	67,9	78,1	154,5	68,4	34,6	335,5	69,9	60,9	75,6	
darunter	-	11,5	9,0	8,6	6,9	10,7	7,4	11,2	6,9	9,4	
Mineralölsteuer	-	141,3	126,8	132,4	131,9	122,4	120,6	121,4	116,0	123,8	
Vermögenssteuer	-	3,3	3,9	2,8	0,9	1,3	1,8	1,3	- 9,3	5,5	
Erbschaftsteuer	-	23,6	18,0	5,1	11,4	13,1	17,6	19,3	21,2	16,5	
Grundwerbsteuer	-	43,5	41,4	46,5	45,3	41,9	29,6	35,5	33,3	33,3	
Kraftfahrzeugsteuer	-	53,2	48,9	54,7	58,4	51,2	43,1	52,0	53,4	50,7	
Gewerbsteuerumlage	-	26,5	30,5	0,0	79,6	6,4	32,6	0,0	110,2	26,1	
		2001	2002	2001		2002				2003	
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1342,5	2 056,0	889,2	
davon	-	3,0	4,3	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	4,3	
Grundsteuer A	-	154,9	152,3	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	148,5	
Grundsteuer B	-	491,5	561,4	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	710,1	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	597,2	584,3	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	137,4	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	16,0	15,4	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	15,5	
andere Steuern <sup>5)</sup>	-										
		2001	2002	2001	2002				2003		
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	
VERDIENSTE <sup>7)</sup>											
Arbeiterverdienste											
(Im Produzierenden Gewerbe)											
* Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	2 508	
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	2 587	
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	2 739	
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937	1 938	1 949	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	1 798	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	15,45	
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	15,91	
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	17,00	
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	12,16	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	11,08	
Angestelltenverdienste											
(Bruttonomatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	3 720	
* männlich	-	3 843	3 941	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	3 969	
* weiblich	-	2 863	2 963	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	3 014	
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	3 508	
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	3 906	
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 060	3 365	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	3 431	
* männlich	-	3 380	3 725	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	3 788	
* weiblich	-	2 617	2 823	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	2 885	
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	3 426	
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 487	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	3 542	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.



# Hessischer Umwelt-Monitor

## Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben  
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie  
und dem Hessischen Statistischen Landesamt

**Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes**

---

Nr. 3

August 2003

7. Jahrgang

---

### Inhalt

- Immissionsbelastung durch Ozon (O<sub>3</sub>) im Ballungsraum Rhein-Main ..... 3
- Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel ..... 7
- Gewässerüberwachung in Hessen ..... 7
- 1. Hydrologische Daten nach Messstellen ..... 8
- 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten ..... 10
- 3. Luftbelastung an verschiedenen hessischen Messstationen ..... 14



Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.

Er wird gemeinsam herausgegeben von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Statistischen Landesamt als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)  
Rheingaustraße 186  
65203 Wiesbaden

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL)  
Rheinstraße 35/37  
65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie

Telefon: 0611/6939-0

Telefax: 0611/6939-555

Redaktion:	HLUG	Helmut Weinberger	Telefon:	0611/6939-571
	HSL	Siegfried Bayer	Telefon:	0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

## Immissionsbelastung durch Ozon (O<sub>3</sub>) im Ballungsraum Rhein-Main

MATTHIAS BÜCHEN & MATTHIAS WEIB

Mit steigenden Lufttemperaturen am Anfang des Sommers drängt sich die Frage der Immissionsbelastung durch Ozon wieder in das allgemeine Interesse. Die folgenden Ausführungen sollen für das Verständnis der Belastungssituation wichtige Sachinformationen erläutern und über Ergebnisse der Ozon-

messungen durch das HLUG informieren. Aktuelle Ozonmesswerte können über

- Videotextdienst des HR 3 – Hessentext: Tafel 178 und 179 und über die
- Internet-Adresse „<http://www.hlug.de>“ abgerufen werden.

### Anmerkungen zur Ozonbelastung der Atmosphäre

Im Gegensatz zur Ozonschicht in der Stratosphäre (25–30 km über Grund), die ein Schutzschild für das Leben auf der Erde gegen energiereiche UV-Strahlung bildet, wirkt Ozon in der unteren Atmosphäre als Schadgas. Bereits bei Konzentrationen ab 80 µg O<sub>3</sub>/m<sup>3</sup> zeigen sehr empfindliche Pflanzen erste Schadsymptome, weniger empfindliche Pflanzen dagegen erst ab 120 µg O<sub>3</sub>/m<sup>3</sup>. Gegen Ozon empfindliche Menschen zeigen erste Reaktionen bei Ozonkonzentrationen um 180 µg/m<sup>3</sup>, während entsprechende Reaktionen bei normal empfindlichen Menschen erst bei Ozonkonzentrationen um 240 µg/m<sup>3</sup> auftreten. Ozon ist in der unteren Atmosphäre als Schadgas anzusehen, obwohl Ozon in Konzentrationen bis ca. 80 µg/m<sup>3</sup> ein natürlicher Bestandteil der unteren Atmosphäre ist.

In mit Kohlenwasserstoffen und Stickstoffoxiden belasteter Luft kommt es durch fotochemische Reaktionen in der unteren Atmosphäre zu einer zum natürlichen Ozonhaushalt zusätzlichen Ozonbildung. Diese Ozonbildung ist letztlich anthropogenen Ursprungs, da die erhöhten Kohlenwasserstoff- und Stickstoffoxidkonzentrationen durch anthropogene Emissionen verursacht sind. Ozon wird in belasteter

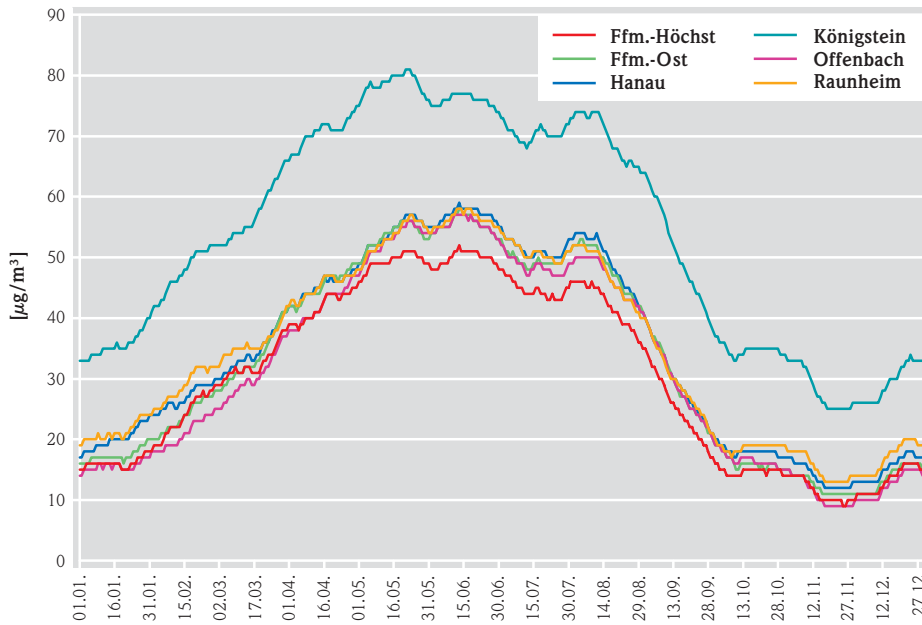
Luft – insbesondere bei Anwesenheit von Stickstoffmonoxid (NO) – wesentlich schneller abgebaut als in gering belasteter Luft. Die fotochemische Ozonbildung dagegen findet überall dort statt, wo UV-Strahlung vorhanden ist – d. h. sogar in 500–800 m über Grund stärker als am Boden, wenn in diesen Höhen noch für die fotochemischen Reaktionen hinreichende Konzentrationen an Stickstoffoxiden und Kohlenwasserstoffen vorhanden sind. Der starke Ozonabbau in der mit NO belasteten bodennahen Luft und die über eine größere Höhenschicht verteilte fotochemisch ausgelöste Ozonbildung führen zu einer zunächst schwer verständlichen Situation. Dort, wo die Ursache der durch anthropogene Emissionen ausgelösten Ozonbildung liegt – nämlich in den Emissionsschwerpunkten der Städte – ist die Ozonbelastung im Allgemeinen niedriger als in den Vororten mit der günstigeren Luftqualität oder an den Waldstationen. Dies ist eine stark vereinfachte Darstellung der für das Verständnis der Ozonverhältnisse in der unteren Atmosphäre wesentlichen Punkte. Für eingehendere Beschreibungen der für die Ozonbildung wesentlichen Reaktionen wird auf die Literatur [4] verwiesen.

### Mittlerer Jahres- und Wochengang

Als Beispiel wurden die fünf Stadtstationen, Frankfurt-Höchst, Frankfurt-Ost, Hanau, Offenbach und Raunheim aus dem Ballungsraum Rhein-Main sowie die Waldstation Königstein als Vergleichsstation ausgewertet.

Der Jahresgang der Ozonkonzentration in Abbildung 1 weist entsprechend dem Jahresgang der Einstrahlung erhöhte Werte im Sommerhalbjahr und niedrige Werte im Winterhalbjahr auf, das Sommermaximum ist dabei in ein erstes Maximum im Mai und ein zweites etwas ausgeprägteres Maximum im

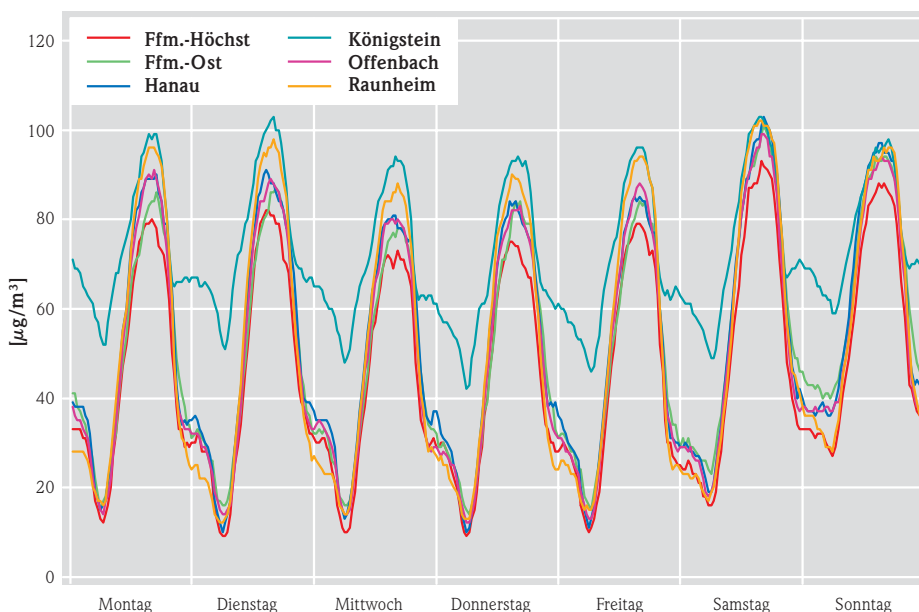
Sommer aufgeteilt. Das erste Maximum im Mai ergibt sich dadurch, dass einerseits im Frühjahr die ersten Sonnentage mit intensiver Sonneneinstrahlung bei insgesamt noch sehr klarer Atmosphäre auftreten. Dabei spielt auch noch eine Rolle, dass im Frühjahr die Ozonkonzentration in der Stratosphäre besonders hoch ist und dies beim Luftaustausch durch die Tropopausenbrüche zu Ozoneinschüben in die Troposphäre führt. Während der Sommertage mit Lufttemperaturen bis 30 °C und höher ist dann die fotochemische Ozonproduktion maximal

**Abb. 1.**

Mittlerer Jahresgang von Ozon – gemittelt über die Jahre von 1998 bis 2002.

Wochengänge der Ozonkonzentration entstehen durch die geringeren Kfz-Emissionen an Samstagen und Sonntagen in den Städten (siehe Abbildung 2). Dadurch sind an den Stadtstationen im Mittel an Samstagen und Sonntagen, weil die das Ozon abbauende NO-Konzentration niedriger ist, die Ozonmaxima höher als an den Werktagen Montag bis Freitag. Die tägliche Entwicklung der Ozonkonzentration mit seinem Maximum in den ersten Nachmittagsstunden entsteht durch den Tagesgang der Einstrahlung und den Tagesgang der Stabilität in der unteren, bodennahen Atmosphäre. Mit Sonnenuntergang – wenn die fotochemische Ozonbildung gegen

Null geht und sich durch Abkühlung, die bodennahe Luftschichtung stabilisiert – baut sich die Ozonkonzentration durch Reaktionen mit NO und an Oberflächen in der bodennahen Luftschicht ab. Oberhalb der bodennahen Luftschicht (200 m über Grund und höher) bleibt die Ozonkonzentration über Nacht weitgehend erhalten – wie die Messungen an den Bergstationen zeigen –, weil dort die NO-Konzentrationen niedrig sind. Nach Sonnenaufgang labilisiert sich mit Erwärmung des Bodens die untere Luftschicht und Ozon aus den oberen Luftschichten wird in die bodennahen Luftschichten heruntergemischt. Mit weiter steigender Einstrah-

**Abb. 2.**

Mittlerer Wochengang von Ozon im Sommer (Juni, Juli, August), gemittelt über die Jahre von 1998 bis 2002.



lung setzt dann die fotochemische Ozonbildung in allen Luftschichten entsprechend der Intensität der UV-Strahlung und der Konzentration an Kohlenwasserstoffen und Stickstoffoxiden ein. Dass für die Ausbildung des Ozontagesganges auch in der Mittagszeit die Stabilität bzw. Labilität der Luftschichtung in der unteren Atmosphäre entscheidend ist, zeigt der Konzentrationsverlauf in dieser Zeit. Die

maximalen Ozonkonzentrationen werden im Mittel nicht zur Zeit maximaler Einstrahlung (Sonnenhöchststand) sondern zwischen 15:00 und 16:00 Uhr – der Zeit maximaler Temperatur und maximaler vertikaler Durchmischung – gemessen. Nach 17:00 Uhr mit beginnender Stabilisierung sinkt dann die Ozonkonzentration in der unteren Luftschicht wieder ab.

## Immissionsentwicklung

Die Entwicklung der Ozonbelastung an den fünf Stadtstationen und an der Waldstation Königstein ist in Abbildung 3 dargestellt; eingetragen sind die Jahresmittelwerte.

Die Ozonkonzentration ist – wie die Trendkurve für die Jahresmittelwerte zeigt – seit Beginn der Messreihen in den Jahren 1984/85 bis etwa 1995 angestiegen und seither – mit Schwankungen von Jahr zu Jahr – auf konstantem Niveau verblieben. Die Entwicklung der Ozonkonzentration an der Waldstation verläuft – allerdings auf höherem Konzentra-

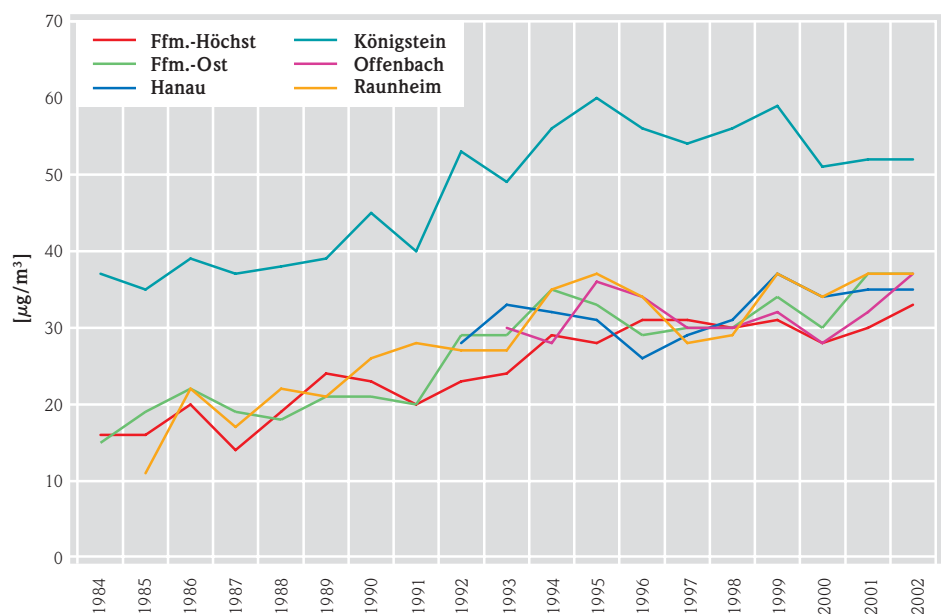
tionsniveau – ähnlich wie die an den Stadtstationen. Ergänzend ist in Abbildung 4 die zeitliche Entwicklung der 98 %-Werte dargestellt; anders als die Jahresmittelwerte zeigen die 98 %-Werte, die die Zeiten mit maximaler Immissionsbelastung charakterisieren, einen Rückgang der Ozonmaximalwerte seit etwa 1997 an. Der Konzentrationsrückgang bei den Maximalwerten zeigt, dass die emissionsmindernden Maßnahmen bei den Vorläuferkomponenten Stickstoffoxide und Kohlenwasserstoffe allmählich doch Wirkung zeigen.

## Bewertung der Immissionssituation

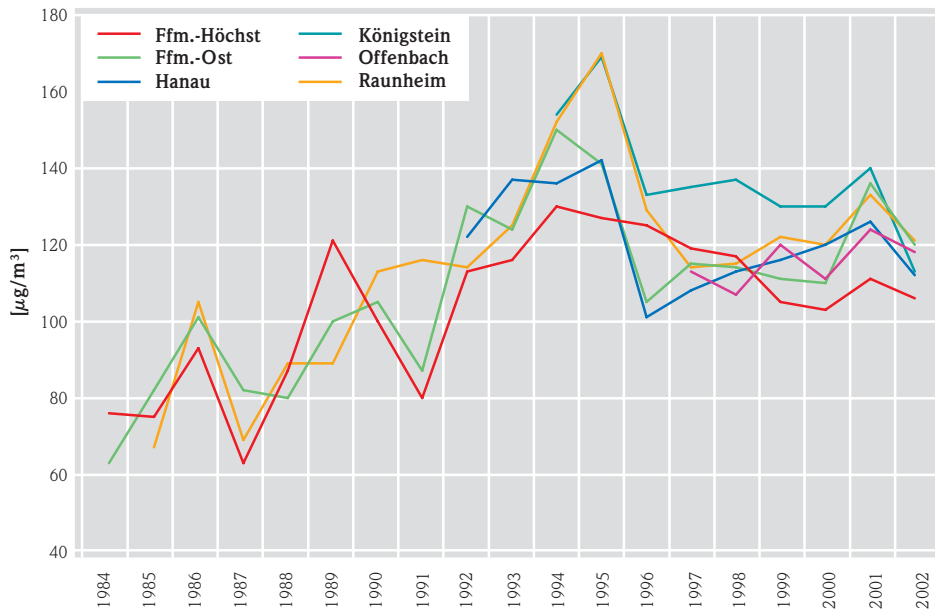
Auch wenn es dank der Erfolge bei der Minderung der Emissionen von Stickstoffoxiden und Kohlenwasserstoffen gelungen ist, erste Erfolge bei der Minderung der Ozonspitzenbelastung zu erreichen, ist bezogen auf die Ozonbewertungskriterien der 22. BImSchV [1] und der neuen EG-Richtlinie [2] die Ozonbelastung während der Hochdruckwetter-

lagen mit starker Sonneneinstrahlung noch erheblich zu hoch. Weitere Maßnahmen zur Minderung der Ozonbelastung sind erforderlich.

Da Ozon nur bei Sonneneinstrahlung über komplexe Reaktionsabläufe aus den Vorläuferkomponenten gebildet wird, ist die emittentenbezogene Ursachenanalyse für Ereignisse erhöhter Ozonkonzentrationen erforderlich.



**Abb. 3.**  
Zeitliche Entwicklung der Jahresmittelwerte von Ozon.



**Abb. 4.**  
Zeitliche Entwicklung der 98 %-  
Werte von Ozon.

tration nur durch aufwändige Modellrechnungen möglich. Solche Modellrechnungen wurden z. B. im Auftrag des Umweltbundesamtes im Rahmen des „Aktionsprogramms Ozon“ [3] durchgeführt. Diese Modellrechnungen zeigen, dass zeitlich und lokal z. B. auf eine Stadt beschränkte Maßnahmen zur Emissionsminderung der Vorläuferkomponenten während einer Ozonepisode die Ozonbelastung nicht wirksam senken können, sondern nur regionale – besser überregionale – Maßnahmen, die möglichst zwei Tage vor Beginn der Wettersituation mit zu erwartender erhöhter Ozonkonzentration anlaufen sollten. Diese Erkenntnisse führen zu der Aussage, dass eigentlich nur Maßnahmen zur generellen Minderung der Emission von Vorläuferkomponenten die Ozonkonzentration effektiv senken können. Da sowohl bei den Stickstoffoxiden als auch bei den Kohlenwasserstoffen die Emittentengruppe Kfz-Verkehr den größten Beitrag an der Emissionsbilanz hat, sind vor allem noch weitere emissionsminder-

nde Maßnahmen bei der Emittentengruppe Kfz-Verkehr umzusetzen.

Die Ozonbildung darf aber nicht nur als Funktion der Konzentration von Vorläufersubstanzen gesehen werden. Mit dem Abbau der Ozonschicht in der Stratosphäre dringt verstärkt energiereiche Strahlung in die Troposphäre ein und führt dort zu einer verstärkten Ozonbildung. Messreihen, die die Intensitätsentwicklung der UV-Strahlung erfassen, wurden vom Deutschen Wetterdienst [5] erst begonnen, so dass noch keine Aussagen über den Trend der letzten Jahre möglich sind. Auch ein allgemeiner Anstieg der Lufttemperatur könnte die Ozonbildungsreaktionen beeinflussen und damit bei gleich bleibender Konzentration der Vorläufersubstanzen zu einem Ansteigen der Ozonkonzentration führen. Es bleibt daher noch die Frage zu klären, ob die eingeleiteten und teils schon realisierten Maßnahmen zur Emissionsminderung bei den Vorläufersubstanzen zu einer Minderung der Ozonbelastung in dem erwarteten Umfang führen.

## Literaturverzeichnis

- [1] Zweiundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Immissionswerte – 22. BImSchV) vom 26. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1819), neu gefasst mit Datum 11. September 2002 (BGBl. I S. 3626–3642).
- [2] Richtlinie 2002/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2002 über den Ozongehalt der Luft. (Abl. EWG: L 67 vom 09.03.2002 S. 14).
- [3] Aktionsprogramm und Maßnahmenplan Ozon, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Nr. 10402812/01 des Umweltforschungsplans des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, vergeben durch das Umweltbundesamt, Berlin 1998.
- [4] Troposphärisches Ozon – eine kritische Bestandsaufnahme über Ursache, Wirkung und Abhilfemaßnahmen. Symposium 8. bis 10. Februar 2000 in Braunschweig, Band 32 VDI-Schriftenreihe, 2000 Düsseldorf
- [5] FRICKE, W. (1998): Troposphärisches Ozon über Mitteleuropa. Annalen der Meteorologie Nr. 37 (1998) S. 519–520

## Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel Gewässerüberwachung in Hessen

Gewässeruntersuchungen sind Grundlage für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer sowie den Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes. Zunehmende Ansprüche an die ober- und unterirdischen Gewässer erfordern einen umfassenden Gewässerschutz mit einer laufenden Überwachung der Gewässer. Die Bereitstellung der hierfür benötigten quantitativen und qualitativen Daten erfordert die Einrichtung von umfangreichen Messnetzen. In Hessen werden betrieben:

155	Pegel an oberirdischen Gewässern zur Erfassung des Wasserstandes und daraus abgeleitet des Abflusses
130	Niederschlagsschreiber und -messer
8	Messstellen zur kontinuierlichen Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
55	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
57	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit von Seen
906	Grundwassermessstellen zur Erfassung des Wasserstandes sowie 76 Quellschüttungsmessstellen, davon
220	Grundwassermessstellen zur Erfassung der Wasserbeschaffenheit

Für alle Messstellen hat das HLOG gemäß § 97 Hessisches Wassergesetz die Aufgabe, die quantitativen und qualitativen Gewässerdaten zu erfassen, zu sammeln, fortzuschreiben und fallweise zu veröffentlichen. Die Daten werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Techniken erfasst und in die jeweiligen Datenbanken eingestellt. Die der Erfassung des Wasserstandes an den Fließgewässern dienenden **Pegel** sind zum Großteil (80) über Telefonleitung (DFÜ) mit der Zentrale des HLOG verbunden. Damit stehen die Daten zeitnah zur Verfügung. Bei Überschreitung eines vorgegebenen Wasserstandes wird automatisch eine Hochwasserwarnung an die für den Hochwasserwarndienst zuständigen Behörden abgegeben. Die Öffentlichkeit kann sich auch über das Internet ([www.hlug.de](http://www.hlug.de)) über die Wasserstände hessischer Gewässer informieren.

Die **Niederschlagshöhen** werden vor Ort von privaten Beobachtern täglich zu einer bestimmten Uhrzeit gemessen und in Form einer Monatstabelle auf dem Postweg dem HLOG zugeschickt. Werden im Hinblick auf den Hochwasserwarndienst spezifische Schwellenwerte überschritten, melden die Beobachter die Messwerte telefonisch, so dass die zuständigen Behörden ggf. Warnungen über die Medi-

en aussprechen können. Die Daten werden in eine Datenbank eingegeben, wo sie für weitergehende Auswertungen zur Verfügung stehen.

Neue Niederschlagsstationen besitzen die Möglichkeit, die digitalen Aufzeichnungen mittels Fernübertragung (DFÜ) in die Zentrale zu transferieren. Davon besitzt das Land Hessen 30 Geräte.

Die **Überwachung der Gewässerbeschaffenheit** in Hessen erfolgt an den größeren Gewässern in Hessen wie Main, Nidda, Kinzig, Werra, Lahn, Fulda und wegen der besonderen Belastungssituation im Schwarzbach (Ried) durch Messstationen. Hier werden physikalisch messbare Parameter kontinuierlich, d. h. minütlich bzw. halbstündlich registriert und kontinuierlich Probenwasser für die spätere chemische Analyse entnommen.

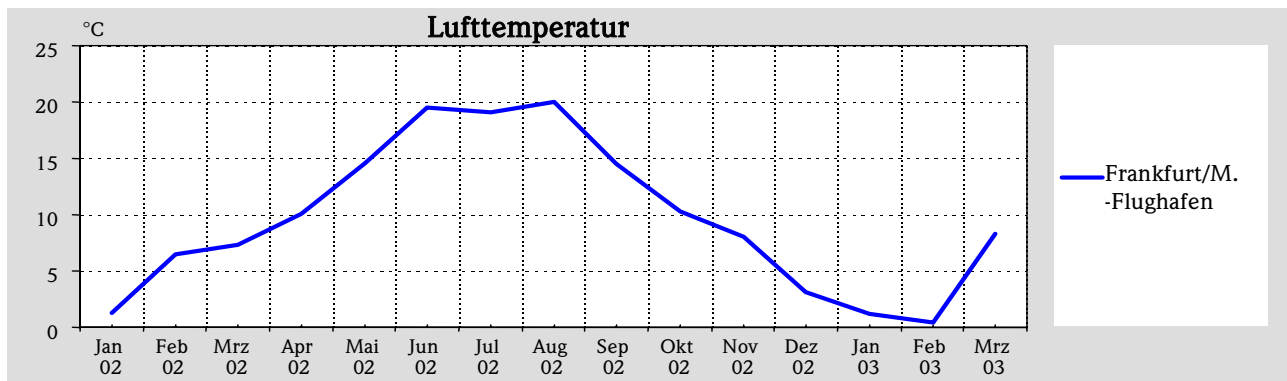
Um Langzeitwirkungen auch in kleineren Gewässern zu erfassen, werden darüber hinaus an 55 Messpunkten sowohl umfangreiche physikalische als auch quantitative und qualitative chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese Messstellen liefern zwar eine geringere Informationsdichte als die Messstationen, umfassen dafür aber ein dichtes Messstellennetz, das gleichmäßig über die Fläche Hessens verteilt ist und je nach Situation bei negativer Entwicklung der Güte einzelner Gewässer bzw. in deren Teileinzugsgebieten regional durch zusätzliche Messstellen verdichtet werden kann. Die Beschaffenheit von Seen wird an 57 Messstellen überwacht. Ziel der Gewässerüberwachung ist somit einerseits Langzeitwirkungen zu beobachten, andererseits kurzfristige Änderungen der Gewässerbeschaffenheit frühzeitig zu erkennen.

Der quantitative **Grundwassermessdienst** wird im Auftrag des jeweiligen Staatlichen Umweltamtes von Beobachtern vorgenommen, die überwiegend im Wochenturnus Einzelmessungen im Hinblick auf Grundwasserstand und Quellschüttung durchführen. Nur in einigen Fällen werden überall dort, wo aus hydrogeologischen Gründen der Grundwasserspiegel in Beobachtungsrohren oder die Schüttung von Quellen starken Schwankungen unterworfen sind, die entsprechenden Messgrößen kontinuierlich mittels konventioneller Schreibgeräte und/oder mittels Datenlogger registriert.

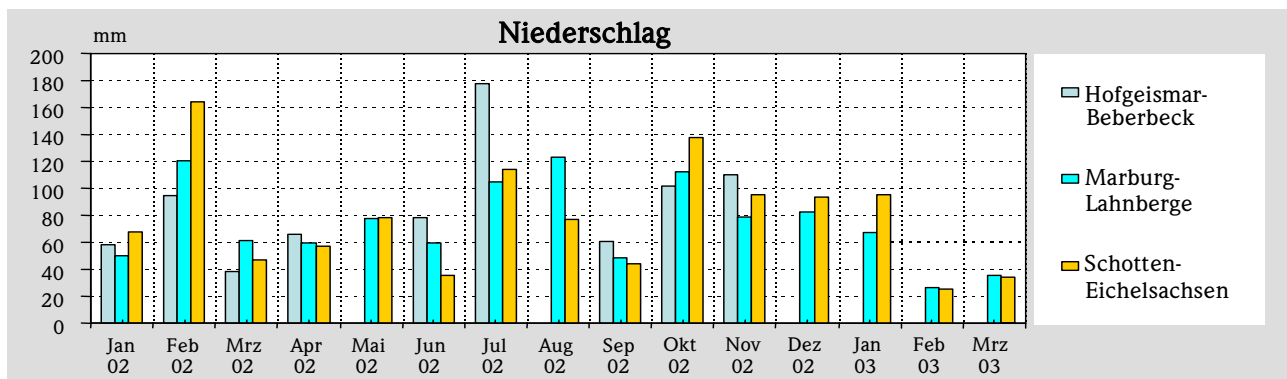
Aus 220 Grundwassermessstellen und Quellen werden Proben genommen und die chemische Analyse der Proben im Hinblick auf die Bewertung des Ist-Zustandes der Grundwasserbeschaffenheit und Prognose ihrer zukünftigen Entwicklung unter dem Einfluss anthropogener Wirkfaktoren durchgeführt.



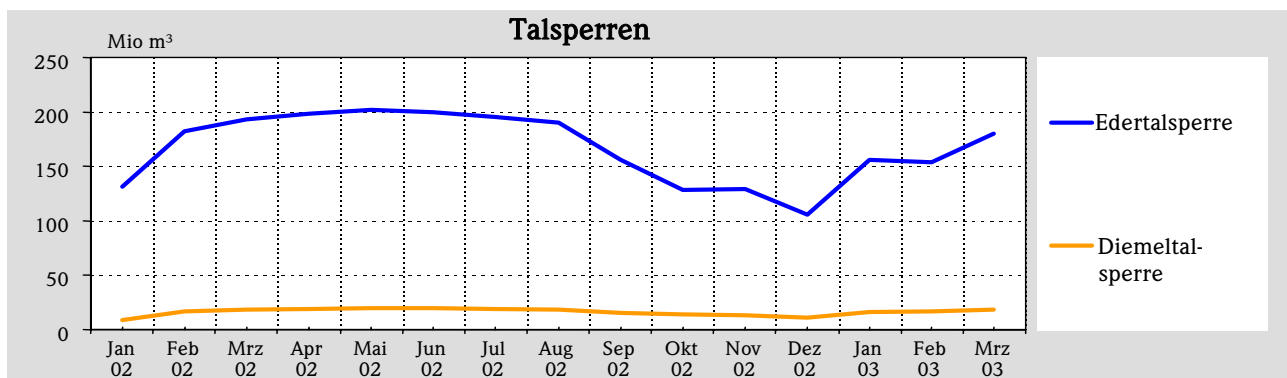
## 1. Hydrologische Daten nach Messstellen



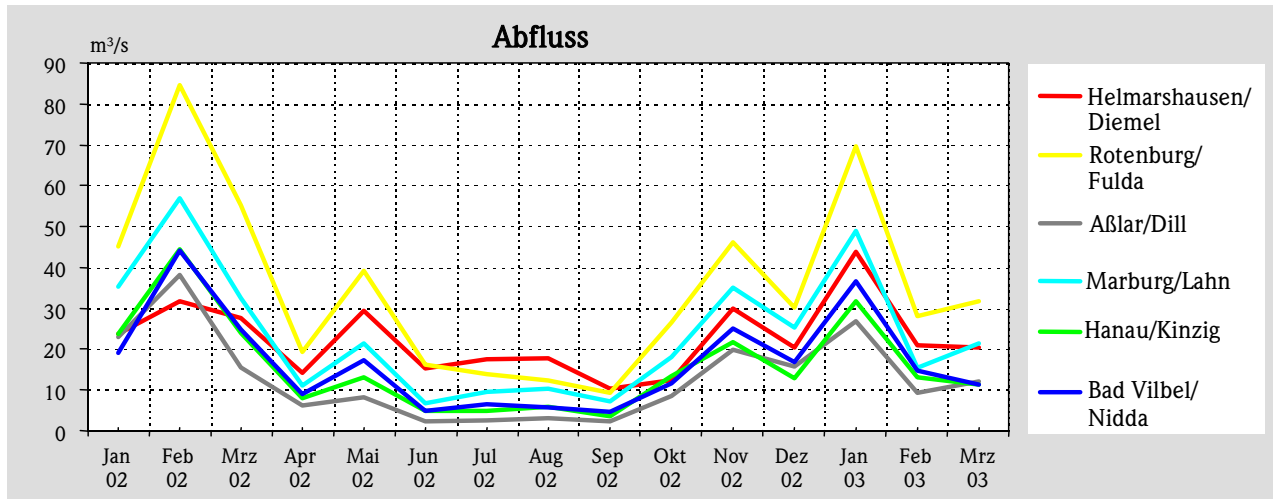
Lufttemperatur – Monatsmittel [°C]																
Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	
Frankfurt/M.-Flughafen	1,3	6,5	7,3	10,1	14,6	19,5	19,1	20,0	14,5	10,3	8,0	3,1	1,2	0,4	8,3	



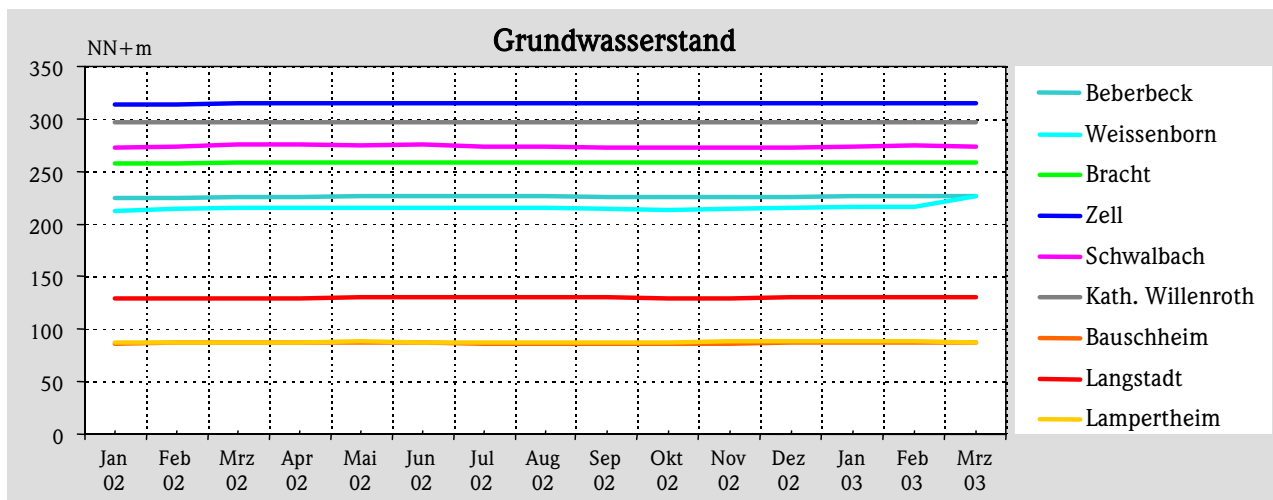
Niederschlag – Monatssummen [mm]																
Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	
Hofgeismar-Beberbeck	58,3	94,5	38,2	65,9	78,5	177,6	104,5	122,9	60,5	101,6	109,8	82,4	67,0	26,2	35,4	
Marburg-Lahnberge	49,9	120,8	61,0	59,6	77,4	59,5	104,5	122,9	48,4	112,3	78,9	82,4	67,0	26,2	35,4	
Schotten-Eichelsachsen	67,8	164,3	47,3	56,9	78,1	35,3	114,2	77,3	44,4	137,7	95,3	93,6	95,4	25,2	34,1	



Talsperren – Monatsmittel [Mio m³]																
	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	
Edertalsperre	131	182	193	198	202	200	195	190	156	128	129	106	156	154	180	
Diemeltalsperre	9,10	17,0	18,3	18,6	19,8	19,5	18,9	18,0	15,1	13,8	13,0	11,2	16,2	16,4	18,3	



Abfluss – Monatsmittel [m³/s]															
Pegel	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
Helmarshausen/Diemel	23,6	31,6	27,6	14,3	29,3	15,2	17,6	17,9	10,4	12,4	30,0	20,4	43,9	20,9	20,5
Rotenburg/Fulda	45,2	84,5	55,1	19,4	39,2	16,3	13,9	12,4	9,4	26,6	46,1	30,2	69,6	28,2	31,8
Aßlar/Dill	23,0	38,1	15,5	6,20	8,30	2,40	2,70	3,00	2,30	8,50	19,8	15,8	26,8	9,30	12,2
Marburg/Lahn	35,3	57,1	32,6	11,0	21,4	6,70	9,60	10,2	7,20	18,1	35,0	25,4	48,9	15,4	21,4
Hanau/Kinzig	23,6	44,4	24,1	7,90	13,2	4,90	4,80	5,90	3,60	13,3	21,6	13,0	31,8	13,1	11,3
Bad Vilbel/Nidda	19,1	44,1	24,7	8,90	17,4	4,90	6,40	5,80	4,60	11,5	25,0	16,8	36,7	14,6	11,4



Grundwasserstand - Monatsmittel [NN + m]														
Messstelle	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
Beberbeck	224,95	225,36	225,59	226,19	226,31	226,30	226,29	226,12	226,00	226,03	226,03	226,57	226,75	226,82
Weissenborn	214,64	215,92	215,99	216,01	216,04	215,65	215,18	214,55	213,98	214,84	215,69	216,81	216,33	226,75
Bracht	258,22	258,71	258,84	259,05	258,96	258,73	258,62	258,46	258,34	258,54	258,58	258,96	259,03	259,07
Zell	314,32	314,44	314,58	314,79	314,83	314,81	314,79	314,65	314,61	314,63	314,62	314,72	314,72	314,86
Schwalbach	274,17	275,33	275,35	275,26	275,32	273,96	273,43	272,80	272,28	272,46	273,16	274,11	274,93	274,23
Kath. Willenroth	296,72	297,01	297,01	297,14	296,94	296,73	296,59	296,44	296,35	296,45	296,70	296,90	297,00	296,93
Bauschheim	86,88	87,09	87,10	87,07	86,81	86,56	86,50	86,36	86,37	86,71	86,93	87,42	87,34	87,24
Langstadt	129,20	129,48	129,70	129,93	130,04	130,04	130,00	129,89	129,77	129,87	130,02	130,25	130,44	130,52
Lampertheim	87,43	87,58	87,59	87,85	87,31	86,97	87,46	87,22	87,26	88,01	88,13	88,19	87,91	87,49

## 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Messstation Bischofsheim / Main, Flusskilometer 4,0														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8
		21.10. 2002	04.11. 2002	18.11. 2002	02.12. 2002	16.12. 2002	30.12. 2002	13.01. 2003	27.01. 2003	10.02. 2003	24.02. 2003	10.03. 2003	24.03. 2003	07.04. 2003
Abfluss	m³/s	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Temperatur	°C	11,6	9,4	9,0	6,1	4,9	4,8	4,3	4,9	3,6	5,6	8,1	11,2	11,9
Sauerstoff	mg/l	10,2	11,5	11,7	13,4	13,2	12,3	13,7	13,4	13,6	12,8	12,7	13,0	15,0
pH		7,9	7,9	8,0	8,1	8,0	7,9	8,0	8,0	8,0	8,1	7,9	8,7	8,8
Leitfähigkeit	µS/cm	625	499	580	584	669	415	642	630	707	730	634	707	740
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,09	<0,07	0,11	0,11	0,13	0,08	<0,07	0,13	0,15	0,18	0,10	0,21	0,26
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	4,5	4,4	4,9	4,7	5,8	3,8	5,6	5,3	5,7	6,1	5,3	5,2	5,1
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	6,9	5,8	6,1	6,2	6,8	4,9	6,2	7,2	6,8	7,2	6,4	6,9	6,2
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,09	0,05	<0,05	0,06	0,04	0,045	0,013	0,014	0,010	0,018	0,014	0,019	0,021
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	0,18	0,18	0,17	0,19	0,06	0,19	0,15	0,11	0,13	0,077	0,035	0,028	0,054
TOC	mg/l	8,9	9,6	6,0	8,2	5,3	6,3	5,2	5,8	4,6	4,3	6,6	5,6	6,0
EDTA	µg/l	9,5	5,7	8,5	7,1	9,7	2,2	6,0	7,9	8,1	6,8	6,4	7,6	9,2
Cl	mg/l	38	25	29	28	40	19	40	42	51	47	41	46	50

Messstation Oberbiel / Lahn, Flusskilometer 19,1														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8
		21.10. 2002	04.11. 2002	18.11. 2002	02.12. 2002	16.12. 2002	30.12. 2002	13.01. 2003	27.01. 2003	10.02. 2003	24.02. 2003	10.03. 2003	24.03. 2003	07.04. 2003
Abfluss	m³/s	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Temperatur	°C	10,0	8,7	8,3	4,2	4,4	3,9	4,1	3,6	1,7	4,8	6,5	9,7	9,5
Sauerstoff	mg/l	10,4	10,5	10,8	11,8	11,7	11,6	12,0	12,0	12,5	11,9	12,1	11,7	13,8
pH		7,6	7,5	7,6	7,7	7,5	7,4	7,6	7,4	7,6	7,6	7,7	8,0	8,5
Leitfähigkeit	µS/cm	209	180	260	321	283	160	275	261	309	238	230	318	346
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,11	0,09	0,14	0,16	0,21	.	0,16	0,18	0,44	0,39	0,09	0,08	0,17
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	2,9	2,9	3,5	4,1	3,7	.	3,5	3,2	3,6	3,5	3,0	3,4	3,5
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,6	3,9	4,4	5,1	4,7	.	4,1	4,5	4,6	4,4	3,7	4,5	4,2
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,064	0,081	0,044	0,051	0,034	.	0,037	0,045	0,041	0,047	0,031	0,023	0,028
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	0,13	0,13	0,16	0,16	0,063	.	0,13	0,13	0,14	0,10	0,051	0,037	0,061
TOC	mg/l	7,1	6,6	3,6	3,5	5,4	.	4,2	4,0	2,8	3,0	3,3	3,7	4,1
Cl	mg/l	17	13	20	26	28	.	27	34	29	25	22	30	31

Messstation Letzter Heller / Werra, Flusskilometer 83,9														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8
		21.10. 2002	04.11. 2002	18.11. 2002	02.12. 2002	16.12. 2002	30.12. 2002	13.01. 2003	27.01. 2003	10.02. 2003	24.02. 2003	10.03. 2003	24.03. 2003	07.04. 2003
Abfluss	m³/s	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Temperatur	°C	9,6	8,1	8,3	4,7	4,6	.	5,4	4,3	2,6	5,3	7,0	10,0	9,8
Sauerstoff	mg/l	10,7	11,3	11,1	13,0	13,2	.	12,2	12,3	12,5	12,3	12,7	12,9	12,3
pH		8,0	8,0	8,3	8,2	8,1	.	8,2	8,1	8,0	8,0	8,1	8,4	8,6
Leitfähigkeit	mS/cm	411	266	411	407	360	.	4,14	3,98	4,70	4,33	4,20	4,78	5,06
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,13	0,09	0,14	0,17	/	.	0,15	<0,07	0,15	0,2	0,15	<0,07	0,1
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,9	3,9	4,5	4,9	/	.	.	2,4	4,7	.	4,8	4,3	4,2
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	5,2	5,4	5,1	6,5	/	.	.	6,1	6,3	1,4	6,4	5,4	5,7
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,19	0,064	0,13	0,13	/	.	.	0,053	0,094	0,087	0,097	0,078	0,096
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	0,22	0,12	0,16	0,16	/	.	0,031	0,037	0,03	0,024	0,089	0,055	0,068
TOC	mg/l	10,0	11,0	5,7	5,3	/	.	.	11,0	4,7	3,2	7	3,8	9,8
Cl	mg/l	800	650	840	1100	/	.	.	1000	1200	1300	1000	1200	1200



**Messstation Wahnhausen / Fulda, Flusskilometer 93,5**

Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8
		21.10.2002	04.11.2002	18.11.2002	02.12.2002	16.12.2002	30.12.2002	13.01.2003	27.01.2003	10.02.2003	24.02.2003	10.03.2003	24.03.2003	07.04.2003
Abfluss	m³/s	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Temperatur	°C	9,9	8,7	8,0	4,1	4,1	3,9	4,2	3,5	1,7	4,2	5,9	9,1	9,5
Sauerstoff	mg/l	10,0	10,9	11,1	11,7	11,8	11,8	12,2	11,2	10,2	10,6	10,0	9,6	11,5
pH		7,6	7,6	7,7	7,8	7,9	7,8	7,8	7,7	7,7	486	7,9	8,5	8,6
Leitfähigkeit	µS/cm	38	27	38	46	446	305	412	439	530	7,7	428	512	555
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,08	0,11	0,13	0,17	0,13	0,13	0,21	0,28	0,48	0,33	0,15	0,26	0,5
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,2	3,3	3,5	4,2	3,5	3,5	4,1	4,0	4,3	4,4	4,0	4,0	3,8
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,1	4,0	4,0	5,5	4,4	4,4	5,1	5,2	5,9	5,6	4,9	5,1	5,0
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,13	0,08	0,07	0,10	0,08	0,079	0,052	0,07	0,053	0,07	0,037	0,041	0,035
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	0,20	0,16	0,13	0,15	0,16	0,16	0,12	0,13	0,088	0,1	0,072	0,051	0,078
TOC	mg/l	7,4	8,0	4,5	4,0	6,9	6,9	3,9	3,9	3,3	4,1	3,3	4,3	4,1
EDTA	µg/l	2	<1	1	2	3	<1	1	<1	.	.	1	2	2
Cl	mg/l	33	23	32	41	24	24	42	51	52	43	37	43	50

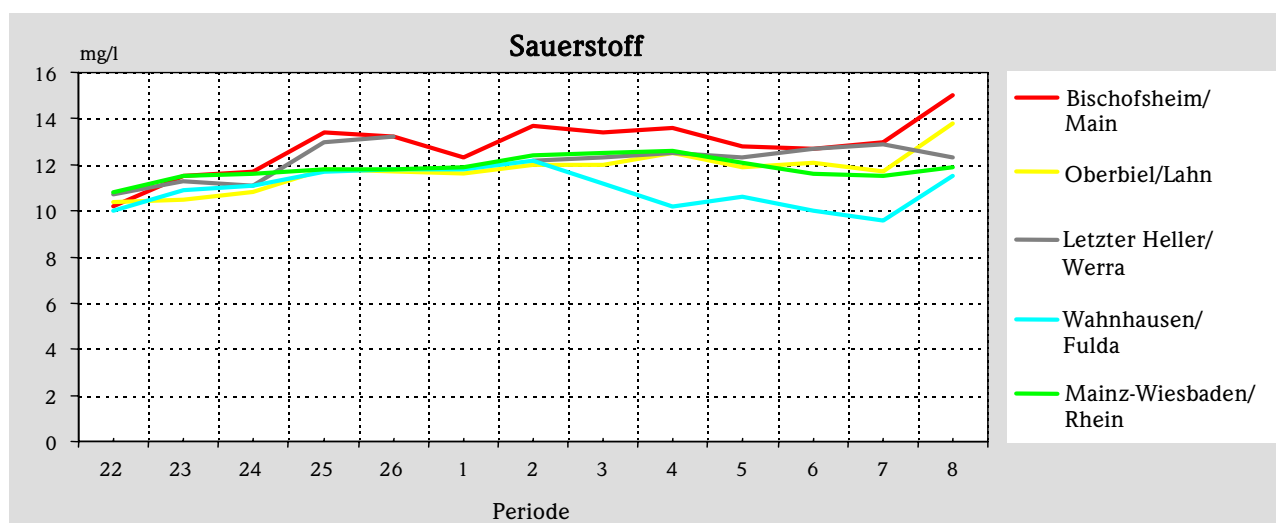
**Messstation Mainz-Wiesbaden / Rhein, Flusskilometer 498,5**

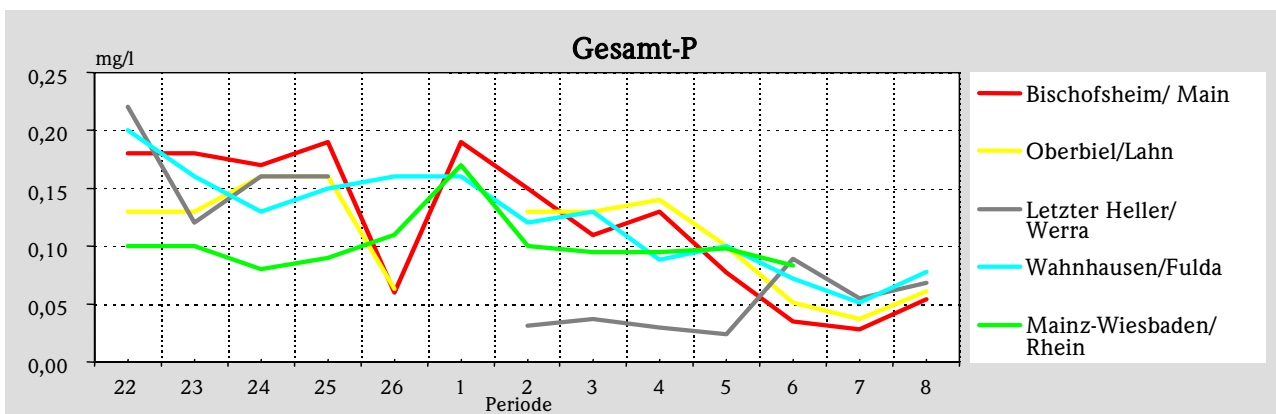
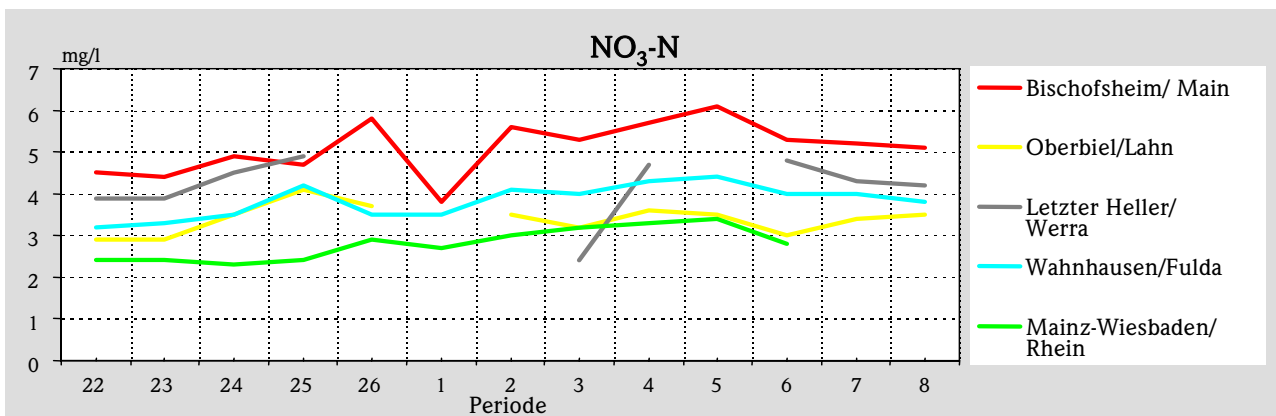
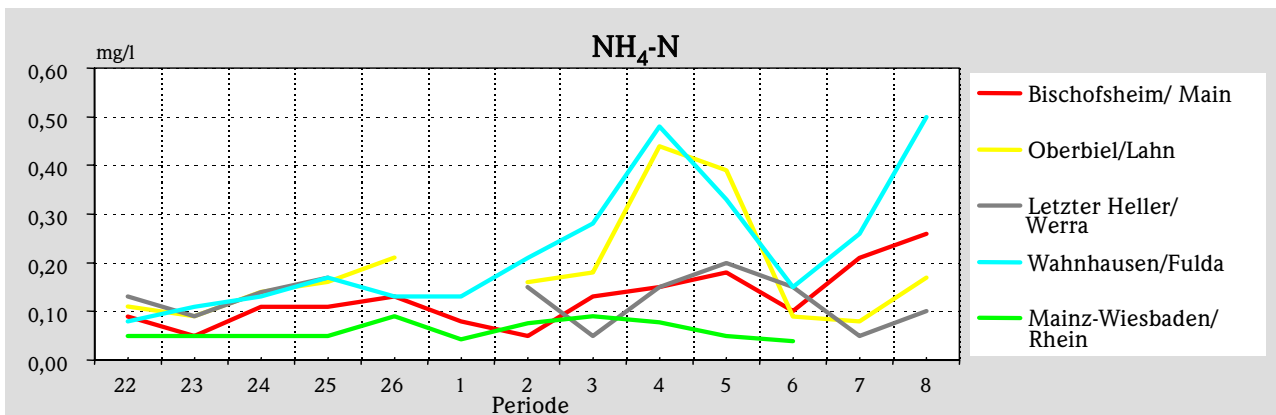
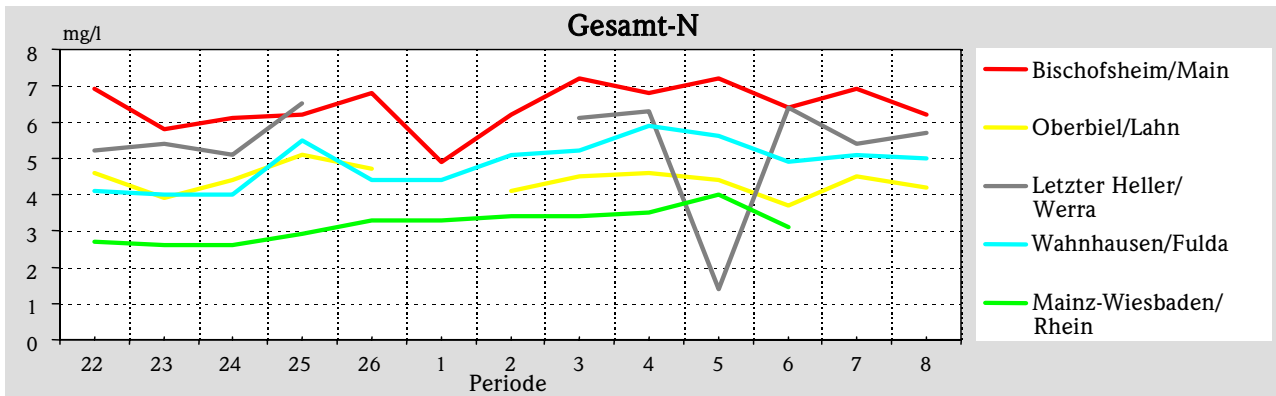
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8
		21.10.2002	04.11.2002	18.11.2002	02.12.2002	16.12.2002	30.12.2002	13.01.2003	27.01.2003	10.02.2003	24.02.2003	10.03.2003	24.03.2003	07.04.2003
Abfluss	m³/s	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Temperatur	°C	13,0	10,8	10,3	8,1	8,2	6,7	6,0	6,1	5,1	7,6	9,7	12,5	12,2
Sauerstoff	mg/l	10,8	11,5	11,6	11,8	11,8	11,9	12,4	12,5	12,6	12,1	11,6	11,5	11,9
pH		7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,1	8,2	8,2
Leitfähigkeit	µS/cm	409	383	399	436	443	371	487	483	524	538	482	506	514
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,05	0,05	0,05	0,05	0,09	0,043	0,075	0,09	0,078	0,05	0,038	.	.
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	2,4	2,4	2,3	2,4	2,9	2,7	3,0	3,2	3,3	3,4	2,8	.	.
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	2,7	2,6	2,6	2,9	3,3	3,3	3,4	3,4	3,5	4,0	3,1	.	.
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,04	0,07	0,04	0,04	0,04	0,055	0,033	0,033	0,038	0,03	0,028	.	.
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	0,1	0,1	0,08	0,09	0,11	0,17	0,1	0,095	0,095	0,098	0,083	.	.
TOC	mg/l	4,2	4,5	3,1	2,9	3,5	6,1	2,8	4,3	3	3,3	2,9	.	.
EDTA	µg/l	1,9	0,29	3,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Cl	mg/l	.	.	.	.	.	26	42	44	50	50	43	45	49

<sup>1)</sup> = Gesamt-N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoff.

<sup>2)</sup> = Gesamt-P = Summe der Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat bestimmt werden.

<sup>3)</sup> = vorl. Abflusswerte





### 3. Luftbelastung an verschiedenen hessischen Messstationen

## Einführung

Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität betreibt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) ein landesweites Messnetz mit 36 Luftmessstationen. Die Verpflichtung zur landesweiten Immissionsüberwachung ergibt sich aus den Luftqualitäts-Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften (EG), welche durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und seine Verordnungen in deutsches Recht umgesetzt sind und durch das BImSchG selbst, das seit 1974 die rechtliche Grundlage für die Luftreinhaltung in Deutschland, so auch in Hessen, darstellt.

Die automatisierten Stationen des Luftmessnetzes sind mit Analysegeräten für gasförmige Schadstoffkomponenten und für Feinstaub, und mit Messgeräten zur Erfassung meteorologischer Einflussgrößen ausgestattet. Ein Stationsrechner steuert die täglichen Kalibrierungen der Geräte, die Messungen und die Auswertung. Die ermittelten Daten werden direkt an die Messnetzzentrale im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie nach Wiesbaden übertragen. Von dort aus werden die Daten über verschiedene Medien wie Info-Telefon, Videotext, Fax-auf-Abruf und Internet zeitnah veröffentlicht, damit sich Interessierte aktuell informieren können. Darüber hinaus dienen die Messdaten der landesweiten Überwachung der Luftqualität und sind eine wesentliche Grundlage für die hessische Luftreinhalteplanung. Im Kontext der neuen europäischen Luftreinhaltestrategie liefern die Ergebnisse einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung langfristiger Luftqualitätsziele.

Auf der nebenstehenden Hessenkarte sind die Standorte der Luftmessstationen eingezeichnet und entsprechend ihrer Standortcharakteristik farblich markiert. Die Messstationen können in drei Gruppen unterteilt werden:

- 24 Stationen in Städten bzw. im ländlichen Raum
- 4 Stationen an Verkehrsschwerpunkten
- 8 Stationen in Waldgebieten

Für die Komponenten Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>), Ozon (O<sub>3</sub>), Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Feinstaub (PM<sub>10</sub>), Benzol/Toluol/Xylol (BTX), Kohlenmonoxid (CO) und Lufttemperatur sind auf den folgenden Seiten je eine Verlaufsgrafik und eine Tabelle der Monatsmittelwerte für den zurückliegenden Zeitraum von fünfzehn Monaten

dargestellt. Mittels dieser Darstellungen lässt sich mehr als ein vollständiger Jahresgang der Temperatur und des Konzentrationsverlaufs der Schadstoffkomponenten verfolgen.

## Hessische Luftmessstationen



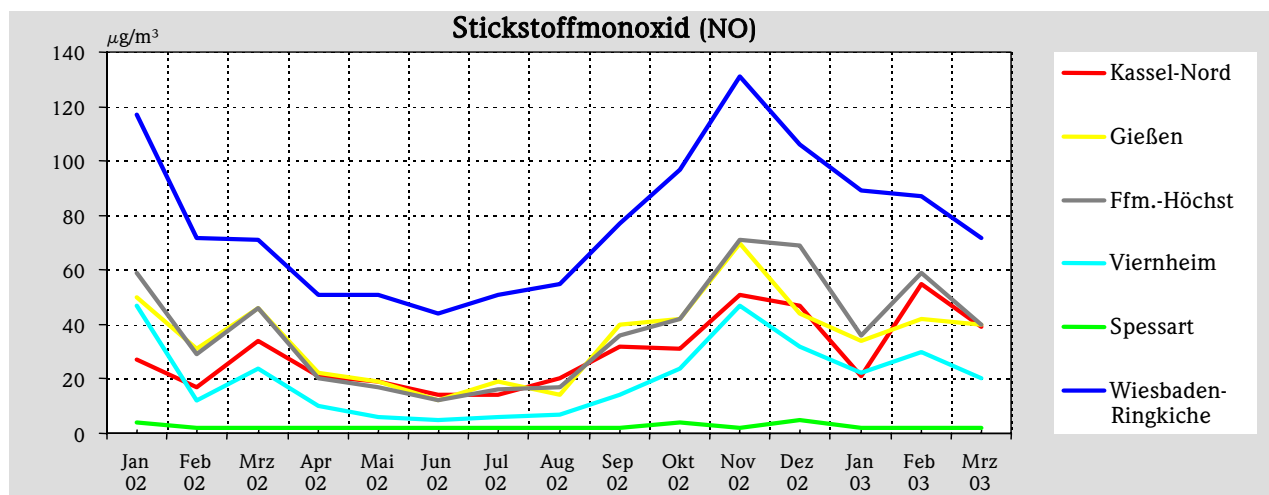
Der Feinstaub (PM<sub>10</sub>), welcher erfasst wird, ist eine Staubfraktion, deren Partikel einen Durchmesser kleiner oder gleich 10 Mikrometer ( $\mu\text{m}$ ) aufweisen. Diese Staubfraktion beinhaltet die lungengängigen Feinstäube, welche nach medizinischen Erkenntnissen ein deutlich größeres Schädigungspotential haben als die groben Partikel. Entsprechend einer EG-Richtlinie erfolgte im Jahr 2000 die Umstellung von der bisherigen Gesamtstaub-Messung auf die Messung von Feinstaub (PM<sub>10</sub>).

In den Darstellungen sind die Konzentrationswerte der Luftschadstoffe jeweils in der Einheit „Mikrogramm pro Kubikmeter Luft“ ( $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) angegeben. Für Kohlenmonoxid (CO) gilt die Einheit „Milligramm pro Kubikmeter Luft“ ( $\text{mg}/\text{m}^3$ ).

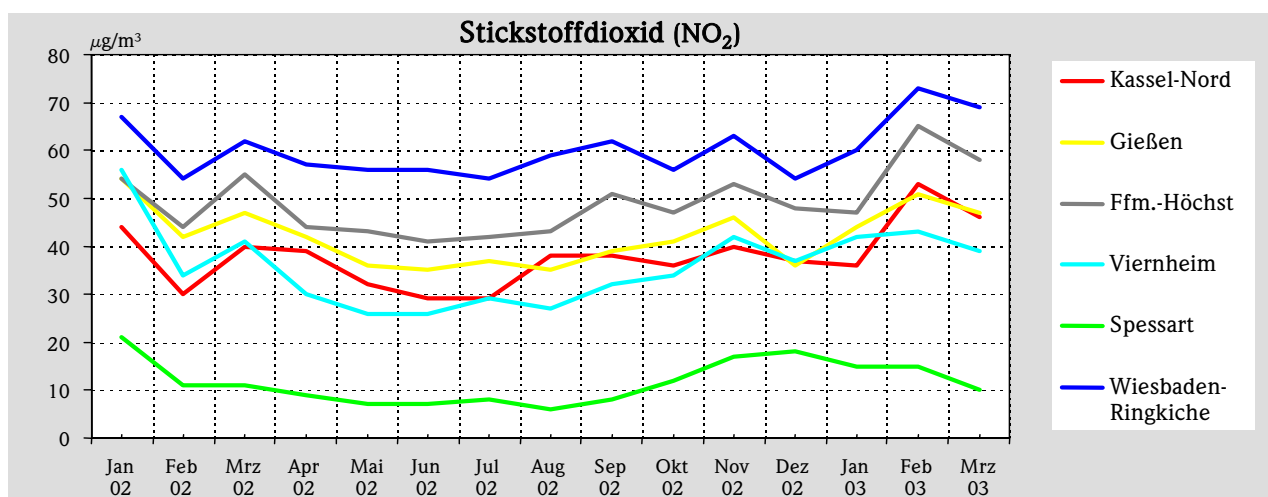
**Aktuelle Informationen zur Luftqualität erhält man über folgende Medien:**

- Info-Telefon: 0611/6939-666 (Ansaage)
- Videotext hr3: Hessentext Tafeln 174–179
- Fax-auf-Abwurf: 0611/18061-000  
(Service-Übersicht)
- Internet: [www.hlug.de](http://www.hlug.de)

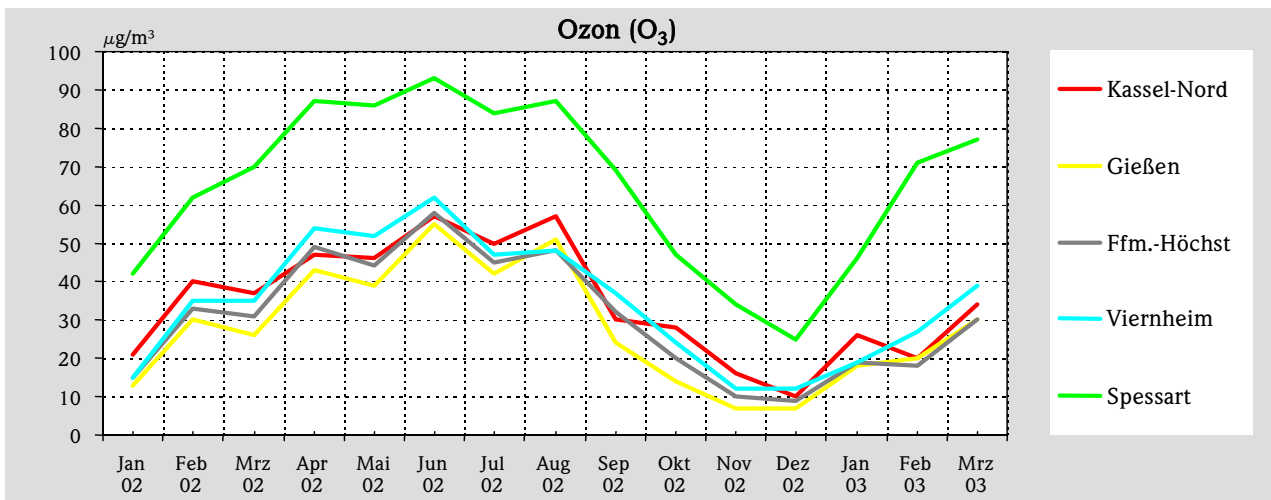


a) Monatsmittelwerte – Stickstoffmonoxid (NO) in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ 

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	6	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	6	2	4	2
○	Bebra	16	5	9	6	5	5	5	6	11	9	21	17	7	12	11
○	Borken	11	2	4	4	2	2	2	4	4	5	10	12	4	6	4
○	Darmstadt	35	10	20	7	5	4	6	6	10	14	36	26	19	29	20
▲	Darmstadt-Hügelstr.	131	72	148	117	137	129	124	143	152	127	171	147	101	166	160
○	Dillenburg	50	26	45	32	27	25	31	36	56	49	64	54	40	61	49
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	96	47	82	57	51	41	42	55	76	81	112	114	61	99	80
○	Ffm.-Höchst	59	29	46	20	17	12	16	17	36	42	71	69	36	59	40
○	Ffm.-Ost	59	31	37	19	16	14	16	15	21	37	69	49	32	44	31
■	Frankenberg	11	2	2	2	2	2	2	2	2	4	5	7	2	4	2
○	Fulda	50	16	42	27	30	21	24	32	49	35	61	52	21	69	49
■	Fürth/Odenwald	5	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	5	2	4	2
○	Gießen	50	31	46	22	19	12	19	14	40	42	70	44	34	42	40
■	Grebenua	5	2	4	2	2	2	2	2	4	4	5	9	2	4	2
○	Hanau	56	29	39	21	19	15	17	19	30	41	62	64	42	49	36
▲	Kassel-Fünffensterstr.	84	51	61	45	49	46	50	50	55	71	101	80	51	79	54
○	Kassel-Nord	27	17	34	21	19	14	14	20	32	31	51	47	21	55	39
○	Kleiner Feldberg	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	2	2	2
■	Königstein	7	2	2	2	2	2	2	2	2	4	5	7	2	4	2
■	Lampertheim	31	7	11	5	5	4	5	6	9	9	25	27	11	15	11
○	Limburg	41	14	30	14	10	10	9	9	19	25	39	42	20	41	30
○	Linden	27	5	15	6	5	5	6	7	11	12	27	26	9	17	12
○	Marburg	31	12	21	7	10	6	5	6	15	19	35	32	12	26	20
○	Michelstadt	22	11	12	6	4	4	4	5	9	12	26	26	14	22	14
○	Nidda	15	5	5	4	4	4	4	2	4	5	11	11	9	6	5
○	Offenbach	41	22	34	11	7	5	7	9	19	21	41	36	19	26	20
○	Raunheim	45	21	39	12	12	6	11	14	21	27	60	51	22	34	26
○	Riedstadt	31	7	19	6	5	4	5	6	10	12	29	25	11	17	14
■	Spessart	4	2	2	2	2	2	2	2	2	4	2	5	2	2	2
○	Viernheim	47	12	24	10	6	5	6	7	14	24	47	32	22	30	20
○	Wasserkuppe	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	2	2
○	Wetzlar	61	20	32	20	19	11	14	12	22	45	70	69	32	66	39
▲	Wiesbaden-Ringkirche	117	72	71	51	51	44	51	55	77	97	131	106	89	87	72
○	Wiesbaden-Süd	44	14	26	12	10	6	10	12	17	32	55	46	21	35	25
■	Witzenhausen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	2	2	2
■	Zierenberg	5	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	9	2	5	2

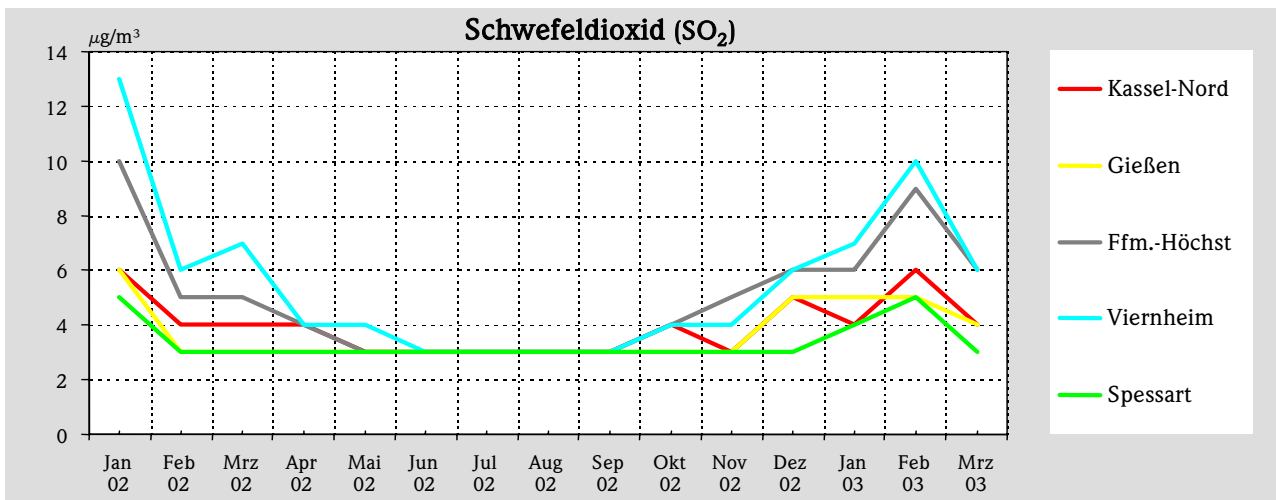
b) Monatsmittelwerte – Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) in µg/m<sup>3</sup>

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	25	11	13	11	7	7	8	9	10	14	19	22	16	20	12
○	Bebra	38	23	25	22	17	17	18	23	22	23	30	29	30	35	26
○	Borken	29	13	16	14	10	8	10	11	13	15	24	26	24	33	22
○	Darmstadt	50	34	38	30	27	26	32	29	31	32	38	30	42	48	47
▲	Darmstadt-Hügelstr.	66	52	74	70	74	79	71	77	65	55	63	55	60	85	86
○	Dillenburg	46	35	41	39	36	39	39	40	40	34	39	33	41	50	43
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	71	55	70	68	64	62	60	69	69	60	67	61	63	88	86
○	Ffm.-Höchst	54	44	55	44	43	41	42	43	51	47	53	48	47	65	58
○	Ffm.-Ost	53	41	43	33	34	35	35	33	34	41	49	40	46	57	52
■	Frankenberg	24	9	10	7	6	6	7	6	7	12	17	18	13	17	10
○	Fulda	43	27	39	34	33	33	32	36	36	31	42	35	34	55	43
■	Fürth/Odenwald	20	11	12	10	8	8	10	8	9	13	17	16	16	15	10
○	Gießen	54	42	47	42	36	35	37	35	39	41	46	36	44	51	47
■	Grebenau	24	11	14	12	8	7	9	10	11	12	19	22	17	26	14
○	Hanau	60	44	54	45	42	38	41	43	46	47	51	41	47	52	50
▲	Kassel-Fünfensterstr.	55	47	51	47	51	52	51	53	47	47	51	44	47	61	50
○	Kassel-Nord	44	30	40	39	32	29	29	38	38	36	40	37	36	53	46
○	Kleiner Feldberg	13	10	11	8	7	7	7	7	7	13	17	17	13	14	12
■	Königstein	28	12	15	10	8	8	8	9	10	14	20	23	18	23	17
■	Lampertheim	41	19	26	20	16	14	16	15	16	19	24	26	28	33	31
○	Limburg	44	26	40	37	26	25	25	28	36	31	37	32	30	42	39
○	Linden	41	21	27	21	17	15	18	18	21	24	34	31	32	35	29
○	Marburg	44	29	36	29	24	22	22	21	27	28	35	33	35	45	37
○	Michelstadt	36	21	28	22	16	15	16	14	18	21	27	27	31	40	33
○	Nidda	37	24	21	17	14	13	15	13	15	20	26	24	28	27	22
○	Offenbach	51	39	46	35	32	29	32	32	36	37	46	37	41	52	48
○	Raunheim	53	33	45	39	34	33	34	38	41	36	44	40	40	52	48
○	Riedstadt	46	22	30	23	18	18	19	21	24	26	32	29	32	32	33
■	Spessart	21	11	11	9	7	7	8	6	8	12	17	18	15	15	10
○	Viernheim	56	34	41	30	26	26	29	27	32	34	42	37	42	43	39
○	Wasserkuppe	11	9	9	8	5	5	6	5	6	8	10	12	10	8	8
○	Wetzlar	46	30	41	39	31	29	30	31	35	35	41	37	38	52	48
▲	Wiesbaden-Ringkirche	67	54	62	57	56	56	54	59	62	56	63	54	60	73	69
○	Wiesbaden-Süd	43	28	40	32	29	27	32	35	38	36	44	35	37	48	42
■	Witzenhausen	20	10	10	8	6	5	6	5	7	10	14	19	14	16	9
■	Zierenberg	22	11	15	15	7	8	7	10	11	17	24	24	16	26	15

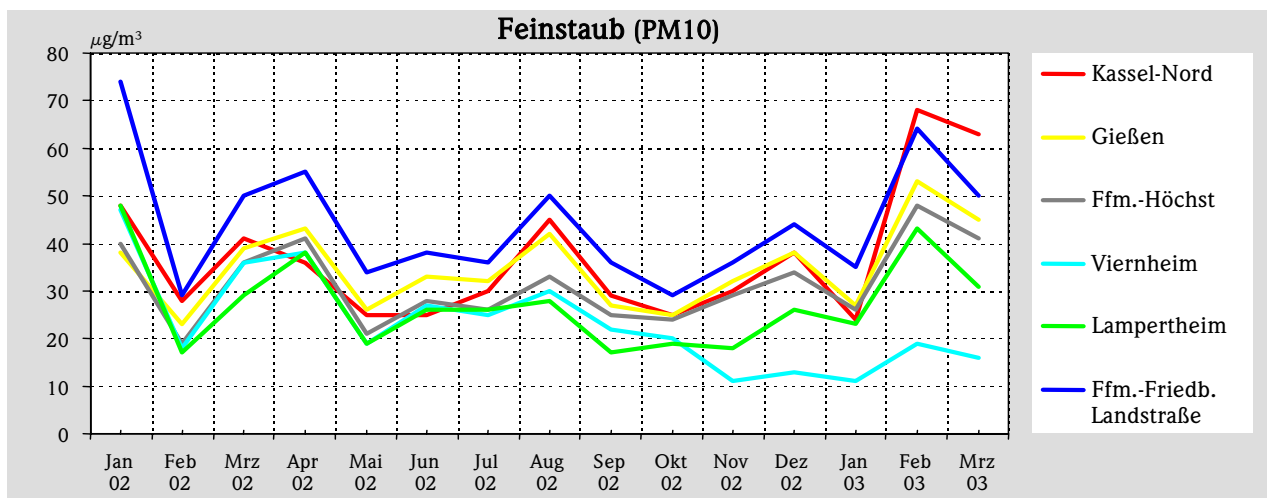
c) Monatsmittelwerte – Ozon (O<sub>3</sub>) in µg/m<sup>3</sup>

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	35	59	63	77	77	81	72	77	61	48	33	22	48	53	71
○	Bebra	29	51	44	58	55	61	52	50	34	33	17	14	30	31	41
○	Borken	28	50	48	59	60	66	59	58	39	34	19	14	34	32	50
○	Darmstadt	18	35	36	54	49	63	47	47	34	24	12	13	21	26	38
○	Dillenburg	15	33	28	45	37	41	31	31	20	18	8	9	17	18	27
○	Ffm.-Höchst	15	33	31	49	44	58	45	48	32	20	10	9	19	18	30
○	Ffm.-Ost	18	34	38	59	51	62	51	56	38	19	10	10	20	23	37
■	Frankenberg	32	54	55	72	63	74	64	68	53	36	23	18	39	45	60
○	Fulda	22	47	36	54	48	55	44	42	29	25	12	9	24	24	35
■	Fürth/Odenwald	44	61	68	83	81	89	77	79	62	45	37	28	43	63	81
○	Gießen	13	30	26	43	39	55	42	51	24	14	7	7	18	20	30
■	Grebenau	36	57	57	72	68	76	64	64	50	38	25	19	39	43	60
○	Hanau	17	35	34	53	50	61	48	51	33	21	11	10	20	23	35
○	Kassel-Nord	21	40	37	47	46	57	50	57	30	28	16	10	26	20	34
○	Kleiner Feldberg	51	60	69	83	81	87	76	88	69	46	41	32	51	74	81
■	Königstein	34	56	56	72	62	73	65	65	58	39	27	24	41	51	60
■	Lampertheim	21	46	42	61	53	61	49	47	33	26	16	13	25	30	41
○	Limburg	26	50	37	51	47	54	46	47	31	25	14	12	27	21	30
○	Linden	22	45	37	53	47	62	53	53	35	27	13	13	29	29	40
○	Marburg	19	40	35	55	50	59	49	50	31	24	12	11	24	22	36
○	Michelstadt	26	47	41	60	56	69	56	54	38	32	18	16	28	33	40
○	Nidda	27	47	54	69	65	76	57	64	45	30	20	16	29	45	58
○	Offenbach	17	33	33	54	52	65	51	56	36	22	11	11	22	24	38
○	Raunheim	22	42	36	52	51	62	50	50	34	24	12	11	24	19	31
○	Riedstadt	21	44	41	60	57	67	55	56	39	29	16	13	24	30	38
■	Spessart	42	62	70	87	86	93	84	87	69	47	34	25	46	71	77
○	Viernheim	15	35	35	54	52	62	47	48	37	24	12	12	19	27	39
○	Wasserkuppe	70	72	88	103	105	101	86	99	74	53	49	40	49	75	82
○	Wetzlar	21	40	30	44	42	53	44	44	27	20	10	10	23	18	28
○	Wiesbaden-Süd	17	34	31	50	47	58	44	46	34	19	8	8	18	21	33
■	Witzenhausen	46	62	70	80	76	80	73	85	61	46	36	25	47	60	77
■	Zierenberg	40	59	62	66	47	67	63	69	52	38	29	18	40	44	62

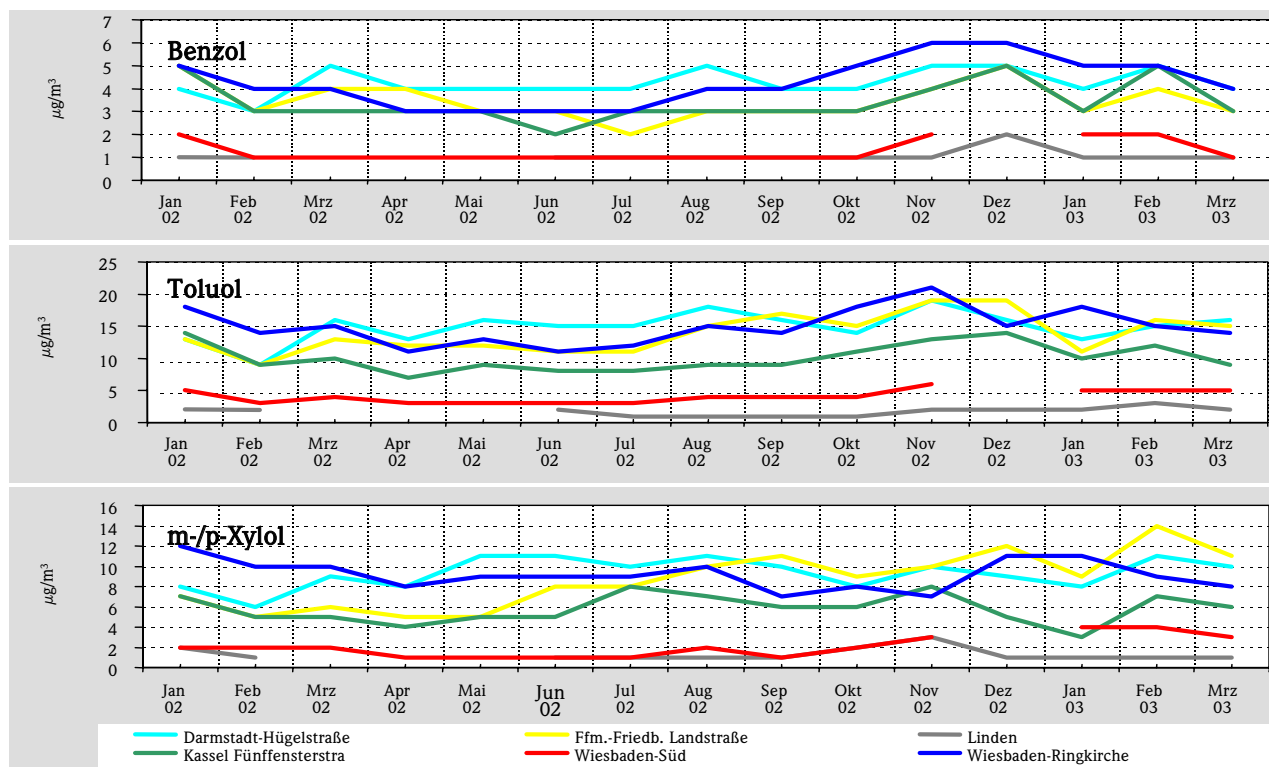


d) Monatsmittelwerte – Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) in µg/m<sup>3</sup>


	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3	4	3
○	Bebra	6	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3	6	5	6	3
○	Borken	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	4	4	3
○	Darmstadt	6	4	5	3	3	3	3	3	3	3	4	5	6	6	4
○	Dillenburg	5	3	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4	3
○	Ffm.-Höchst	10	5	5	4	3	3	3	3	3	4	5	6	6	9	6
○	Ffm.-Ost	11	5	6	4	3	3	3	3	3	4	6	6	6	9	6
■	Frankenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3	4	3
○	Fulda	5	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4	5	4
■	Fürth/Odenwald	6	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	6	4
○	Gießen	6	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	5	5	4
■	Grebenua	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	3
○	Hanau	12	5	6	4	3	3	3	3	3	5	7	9	9	11	7
○	Kassel-Nord	6	4	4	4	3	3	3	3	3	4	3	5	4	6	4
○	Kleiner Feldberg	4	3	4	4	3	3	3	3	3	3	3	4	3	5	3
■	Königstein	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	3
■	Lampertheim	9	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	4	6	6	4
○	Limburg	6	3	4	4	3	3	3	3	3	4	3	3	4	4	3
○	Linden	9	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	5	4
○	Marburg	7	4	5	4	3	3	3	3	3	3	4	6	5	6	4
○	Michelstadt	10	5	6	4	3	3	3	3	3	4	5	7	8	11	6
○	Nidda	7	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	5	5	6	3
○	Offenbach	10	5	6	4	3	3	3	3	3	3	5	6	6	9	6
○	Raunheim	14	7	9	6	3	3	3	3	4	6	9	12	10	15	9
○	Riedstadt	9	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4	6	3
■	Spessart	5	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	5	3
○	Viernheim	13	6	7	4	4	3	3	3	3	4	4	6	7	10	6
○	Wasserkuppe	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3
○	Wetzlar	6	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3	5	4	5	4
○	Wiesbaden-Süd	10	5	6	4	3	3	3	3	3	3	4	5	5	7	5
■	Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3	3	5	4	5	3
■	Zierenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4	5	3

e) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM10) in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ 

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
●	Bad Arolsen	27	14	24	29	19	19	21	25	16	14	16	28	15	37	33
●	Bebra	33	23	32	34	22	25	25	34	23	22	25	35	23	43	41
●	Borken	29	16	29	37	24	28	27	43	23	17	18	29	18	38	31
●	Darmstadt	52	23	30	33	18	26	27	35	22	22	23	25	20	35	28
▲	Darmstadt-Hügelstr.	60	23	42	48	32	40	36	46	36	31	38	40	36	67	53
●	Dillenburg	30	14	24	29	19	24	21	30	21	20	23	30	20	39	31
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	74	29	50	55	34	38	36	50	36	29	36	44	35	64	50
●	Ffm.-Höchst	40	19	36	41	21	28	26	33	25	24	29	34	26	48	41
●	Ffm.-Ost	44	23	35	38	24	28	30	34	24	23	29	35	28	48	42
●	Fulda	35	15	28	33	21	22	22	29	21	19	20	25	19	40	31
■	Fürth/Odenwald										20	19	19	14	32	27
●	Gießen	38	23	39	43	26	33	32	42	27	25	32	38	27	53	44
●	Hanau	49	23	34	40	24	32	29	36	25	27	33	40	33	44	33
▲	Kassel-Fünffensterstr.	43	23	36	39				38	30	32	37	44	29	58	52
●	Kassel-Nord	48	28	41	36	25	25	30	45	29	25	30	38	24	68	63
■	Lampertheim	48	17	29	38	19	26	26	28	17	19	18	26	23	43	31
●	Limburg	43	20	35	41	24	33	30	41	29	26	27	35	21	44	36
●	Marburg	35	16	26	38	20	26	22	29	19	19	23	31	19	50	49
●	Michelstadt	32	14	23	28	15	23	20	24	19	19	18	23	19	35	26
●	Nidda	49	25	35	43	24	33	28	28	19	18	19	26	22	36	32
●	Offenbach	44	21	32	34	19	26	26	31	24	21	23	28	21	38	32
●	Raunheim	41	16	27	31	20	25	24	32	23	20	24	27	21	38	31
●	Riedstadt	46	19	31	36	24	34	36	37	24	21	20	28	22	39	32
●	Viernheim	47	18	36	38	19	27	25	30	22	20	11	13	11	19	16
●	Wasserkuppe	6	8							13	8	6	7	4	11	21
●	Wetzlar	41	20	35	51	23	27	32	42	29	27	29	38	25	52	45
▲	Wiesbaden-Ringkirche	38	17	25	28	18	23	22	28	21	22	35	46	31	51	43
●	Wiesbaden-Süd	44	19	32	38	20	29	26	36	24	25	26	31	21	38	32

f) Monatsmittelwerte – Benzol/Toluol/Xylol (BTX) in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ **Benzol**

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
▲	Darmstadt-Hügelstr.	4	3	5	4	4	4	4	5	4	4	5	5	4	5	4
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	5	3	4	4	3	3	2	3	3	3	4	5	3	4	3
▲	Kassel-Fünffensterstr.	5	3	3	3	3	2	3	3	3	3	4	5	3	5	3
○	Linden	1	1				1	1	1	1	1	1	2	1	1	1
▲	Wiesbaden-Ringkirche	5	4	4	3	3	3	3	4	4	5	6	6	5	5	4
○	Wiesbaden-Süd	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2		2	2	1

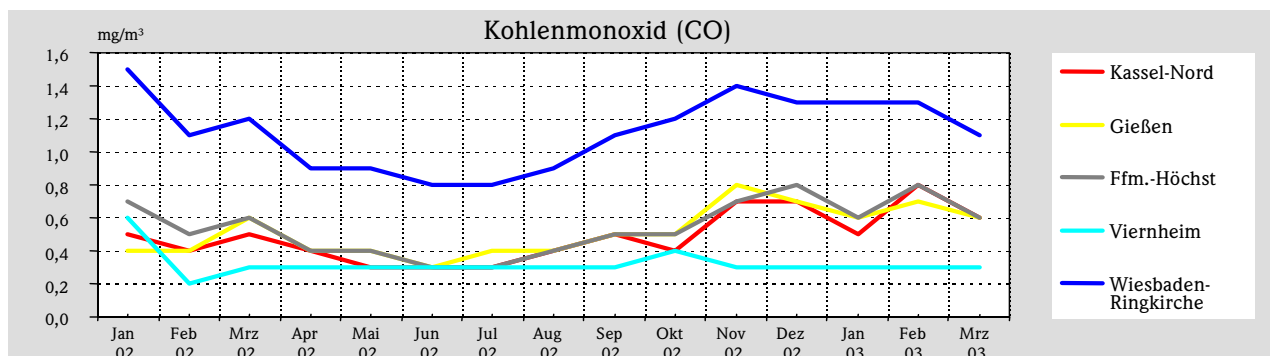
**Toluol**

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
▲	Darmstadt-Hügelstr.	13	9	16	13	16	15	15	18	16	14	19	16	13	15	16
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	13	9	13	12	12	11	11	15	17	15	19	19	11	16	15
▲	Kassel-Fünffensterstr.	14	9	10	7	9	8	8	9	9	11	13	14	10	12	9
○	Linden	2	2				2	1	1	1	1	2	2	2	3	2
▲	Wiesbaden-Ringkirche	18	14	15	11	13	11	12	15	14	18	21	15	18	15	14
○	Wiesbaden-Süd	5	3	4	3	3	3	3	4	4	4	6		5	5	5

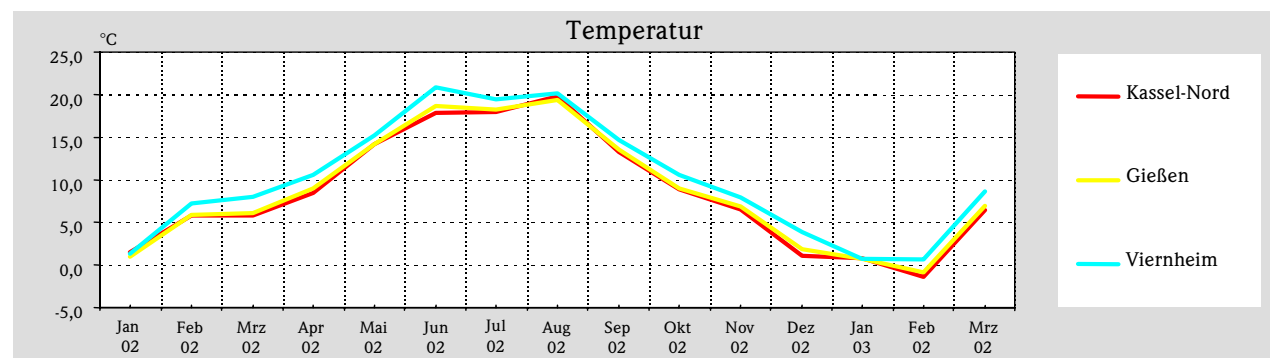
**m-/p-Xylol**

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
▲	Darmstadt-Hügelstr.	8	6	9	8	11	11	10	11	10	8	10	9	8	11	10
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	7	5	6	5	5	8	8	10	11	9	10	12	9	14	11
▲	Kassel-Fünffensterstr.	7	5	5	4	5	5	8	7	6	6	8	5	3	7	6
○	Linden	2	1				1	1	1	1	2	3	1	1	1	1
▲	Wiesbaden-Ringkirche	12	10	10	8	9	9	9	10	7	8	7	11	11	9	8
○	Wiesbaden-Süd	2	2	2	1	1	1	1	2	1	2	3		4	4	3

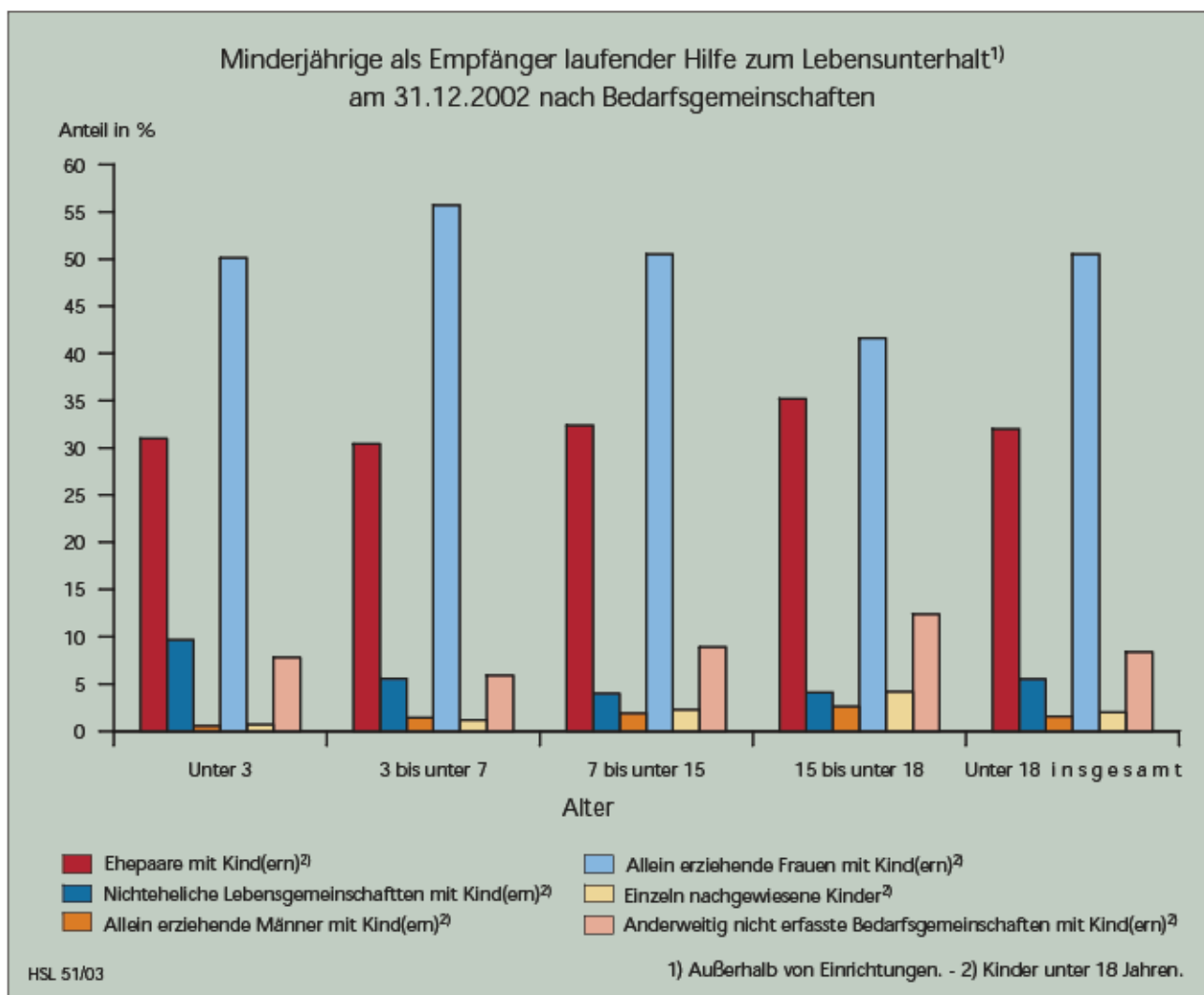


g) Monatsmittelwerte – Kohlenmonoxid (CO) in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ 

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Darmstadt	0,6	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,6	0,5	0,6	0,4
▲	Darmstadt-Hügelstr.	1,3	0,8	1,3	1,1	1,2	1,2	1,0	1,2	1,1	1,0	1,3	1,3	1,0	1,4	1,2
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	1,3	0,8	1,2	0,9	0,8	0,7	0,7	0,9	1,0	1,0	1,3	1,4	0,9	1,4	1,0
○	Ffm.-Höchst	0,7	0,5	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,7	0,8	0,6	0,8	0,6
○	Fulda	0,7	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,4	0,6	0,7	0,5	0,8	0,5
○	Gießen	0,4	0,4	0,6	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6
○	Hanau	0,7	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,6	0,7	0,5	0,6	0,5
▲	Kassel-Fünfensterstr.	1,3	0,9	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,9	1,1	1,1	0,9	1,1	0,8
○	Kassel-Nord	0,5	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,4	0,7	0,7	0,5	0,8	0,6
○	Limburg	0,6	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,6	0,6	0,4	0,7	0,5
○	Linden	0,4	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2
○	Offenbach	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7	0,6	0,5	0,7	0,6
○	Raunheim	0,7	0,5	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6
○	Viernheim	0,6	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
○	Wetzlar	0,7	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,7	0,7	0,6	0,7	0,5
▲	Wiesbaden-Ringkirche	1,5	1,1	1,2	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9	1,1	1,2	1,4	1,3	1,3	1,3	1,1
○	Wiesbaden-Süd	0,6	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5
■	Zierenberg	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,2	0,3	0,2

h) Monatsmittelwerte – Temperatur in  $^{\circ}\text{C}$ 

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Kassel-Nord (Nordhessen)	1,5	5,8	5,8	8,5	14,2	17,9	18,0	19,8	13,3	8,9	6,5	1,1	0,8	-1,4	6,4
○	Gießen (Mittelhessen)	1,0	5,9	6,1	9,0	14,2	18,7	18,2	19,4	13,6	9,0	6,9	1,9	0,7	-0,9	7,0
○	Viernheim (Süd Hessen)	1,3	7,2	8,0	10,6	15,2	20,9	19,5	20,2	14,7	10,6	7,9	3,9	0,7	0,6	8,6



## Kommunalfinanzen 2002: Ein schwarzes Jahr mit roten Zahlen

*Mit Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,6 % im Jahr 2001 und 0,2 % im Jahr 2002 befand sich die Wirtschaft in Deutschland in den letzten beiden Jahren auf Stagnationskurs. Die hessische Wirtschaft konnte sich von dieser Entwicklung nicht abkoppeln. Im Jahr 2001 wuchs sie zwar noch um 1,4 %, um sich im Jahr 2002 mit einem Plus von 0,3 % nur knapp über der Stagnationsmarke zu halten. Der dem konjunkturellen Verlauf folgende Einbruch der Steuereinnahmen wurde durch die Aus- und Folgewirkungen des Steuersenkungsgesetzes drastisch verstärkt. Die aktuellen Daten der kommunalen Finanzstatistik belegen nun, dass sich unter diesen Rahmenbedingungen die wirtschaftliche Lage der kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt im Jahr 2002 verschlechterte. Die Dramatik der Entwicklung, die dem Vorgang in der öffentlichen Diskussion beigemessen wird, erfährt allerdings im Kontext der Entwicklung der letzten Jahre eine gewisse Relativierung. Unterschiedliche Entwicklungen zwischen den aggregierten Daten der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden, prägnanter noch die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten, gemahnen darüber hinaus hinter rein globalen Betrachtungen regionale und strukturelle Besonderheiten nicht zu übersehen.*

Die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften konnten in ihrer Gesamtheit — nach positiven Finanzierungssalden in den Jahren 1998, 1999 und 2000 — auch für das Jahr 2001 noch einen, wenngleich deutlich abgeschmolzenen, Überschuss ihrer Einnahmen über die Ausgaben ausweisen. Aus den Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik errechnete sich für die kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen im Jahr 2001 ein positiver Finanzierungssaldo<sup>1)</sup> in Höhe von gut 90 Mill. Euro, nachdem im Jahr 2000 noch ein Einnahmeüberschuss von knapp 650 Mill. Euro erzielt werden konnte (– 80 %). Für das Jahr 2002 wiesen die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften erstmals wieder einen Überschuss ihrer Ausgaben über die Einnahmen aus: Die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben aller hessischen Kommunen lassen einen negativen Finanzierungssaldo in Höhe von rund 580 Mill. Euro erkennen. Damit fand die tendenzielle Verbesserung der kommunalen Finanzsituation aus den Vorjahren durch die jetzt stark verminderten Steuereinnahmen ihr drastisches, finanzpolitisch aber durchaus absehbares Ende.

Zu dem Finanzierungsdefizit auf der kommunalen Ebene im Jahr 2002 haben die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden gleichermaßen beigetragen. Lediglich für die umlagefinanzierten Landkreisverwaltungen war mit 32 Mill. Euro — bei einer guten Halbierung des Einnahmeüberschusses gegenüber dem Vorjahr — noch ein positiver Finanzierungssaldo zu ermitteln. Allerdings lagen diesem, bei doch deutlich erhöhten Ausgaben (+ 287 Mill. Euro, + 6,7 %), auf der Einnahmeseite nur gesteigerte Erlöse aus Vermögens-

veräußerungen (+ 67 Mill. Euro, + 155 %) und verstärkte Kreditaufnahmen (+ 217 Mill. Euro, + 189 %) zu Grunde. Lediglich 10 (im Vorjahr 16) der 21 Landkreisverwaltungen konnten für das Jahr 2002 einen positiven Finanzierungssaldo ausweisen. Die Gesamteinnahmen der Landkreisverwaltungen nahmen zusammen um 7,4 % auf gut 4,3 Mrd. Euro zu, ihre Ausgaben stiegen um 6,7 % auf 4,6 Mrd. Euro.

Die kreisfreien Städte hatten einen Ausgabeüberschuss in Höhe von 315 Mill. Euro und verfehlten damit den Finanzierungsüberschuss des Vorjahres von 105 Mill. Euro besonders deutlich. Hier war es — wie im Weiteren noch vertieft dargestellt wird — insbesondere die Verminderung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer um fast 211 Mill. Euro (– 22 %), die den größten der hessischen Gemeinden, trotz Kürzungen auf der Ausgabenseite (– 150 Mill. Euro, – 5,9 %), eine Fortsetzung der Konsolidierung ihrer Haushalte versagte. Die Einnahmen der kreisfreien Städte gingen insgesamt um fast 14 % auf knapp 4,5 Mrd. Euro, ihre aggregierten Gesamtausgaben aber lediglich um knapp 6 % auf 5,5 Mrd. Euro zurück.

Für die kreisangehörigen Gemeinden addierten sich die Überschüsse der Ausgaben über die Einnahmen zu einem Finanzierungsdefizit von insgesamt 340 Mill. Euro. Bereits 2001 hatten die kreisangehörigen Gemeinden zusammen einen negativen Finanzierungssaldo in Höhe von 120 Mill. Euro erreicht. Für die weitere Verschlechterung ihres finanziellen Status waren offenbar ebenfalls die wegbrechenden Steuereinnahmen (– 217 Mill. Euro, – 6,5 %), auch hier insbesondere die niedrigeren Aufkommen der Gewerbesteuer (– 182 Mill. Euro, – 18 %), ursächlich. Die Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden gingen insgesamt um 4,3 % auf knapp 8,5 Mrd. Euro, ihr Ausgabenaggregat dagegen um 3,2 % auf 8,7 Mrd. Euro zurück.

1) Der Finanzierungssaldo ist der Saldo der um die besonderen Finanzierungsvorgänge (Kreditaufnahmen und Kreditrückzahlungen, Rücklagenzuführungen und -entnahmen, Deckung von Fehlbeträgen der Vorjahre) und die haushaltstechnischen Verrechnungen bereinigten Einnahmen und Ausgaben. Den mittels unbereinigten Einnahmen und Ausgaben berechneten Einnahmeüberschüssen oder -defiziten können daher durchaus auch Finanzierungssalden mit entgegengesetztem Vorzeichen entsprechen.



# Finanzierungssalden hessischer Gebietskörperschaften 2001 und 2002 (Mill. Euro)

Gebietskörperschaft(en)	Finanzierungssaldo		Zu- bzw. Abnahme (-)
	2001	2002	
Kreisfreie Städte	105	- 315	- 420
davon			
Darmstadt	5	- 60	- 65
Frankfurt am Main	100	- 142	- 242
Offenbach am Main	1	- 39	- 40
Wiesbaden	- 10	- 79	- 69
Kassel	8	5	- 3
Kreisangehörige Gemeinden	- 120	- 340	- 220
Landkreisverwaltungen	78	32	- 46
Landeswohlfahrtsverband	28	42	14
Kommunale Gebietskörperschaften insgesamt	91	- 581	- 672

Die **Steuereinnahmen** der kommunalen Gebietskörperschaften verminderten sich unter dem Eindruck der anhaltenden Konjunkturschwäche und der Auswirkungen der Steuerreform — hier insbesondere des Steuersenkungsgesetzes 2001 — im Jahr 2002 nochmals um nahezu 400 Mill. Euro oder 6,7 %, nachdem sie bereits 2001 um fast 500 Mill. Euro oder 7,7 % auf 5,9 Mrd. Euro zurückgegangen waren. Nach Abzug der Bund und Ländern zustehenden Gewerbesteuerumlage verblieben den kommunalen

Gebietskörperschaften davon rund 4,8 Mrd. Euro, das waren 467 Mill. Euro oder gut 8,7 % weniger als im Jahr 2001. Zu dieser verstärkten Fortsetzung des steuerlichen Einnahmerückgangs bei Städten und Gemeinden haben ausnahmslos alle Steuerarten beigetragen. Das Aufkommen aus der Gewerbesteuer brach sowohl in der Bruttoeinnahme (- 12,6 %) und noch stärker in dem nach Abzug der Gewerbesteuerumlage den Kommunen verbleibenden Nettoaufkommen (- 20,0 %) weiter ein. Der kommunalen Ebene flossen mit 1,57 Mrd. Euro allein aus der Gewerbesteuer 393 Mill. Euro weniger an Steuereinnahmen zu als im Vorjahr. In Abhängigkeit von den Standorten der großen Unternehmen und der örtlichen Wirtschaftsstruktur und -kraft waren die Gemeinden allerdings in unterschiedlichem Ausmaß von dem Einbruch bei der Gewerbesteuer betroffen. So haben die kreisfreien Städte im Jahr 2002 nur noch 761 Mill. Euro aus der Gewerbesteuer eingenommen, 211 Mill. Euro oder 22 % weniger als 2001. Besonders einschneidend war hierbei der Einbruch bei der Stadt Offenbach am Main. Sie erlitt einen kassenmäßigen Rückgang ihrer Gewerbesteuereinnahmen um 49 Mill. Euro und musste netto gut 5 Mill. Euro an Gewerbesteuer erstatten. Auch Darmstadt (- 16 Mill. Euro, - 34 %), Wiesbaden (- 44 Mill. Euro, - 28%) und Frankfurt am Main (- 115 Mill. Euro, - 17 %) hatten kräftige Mindereinnahmen der Gewerbesteuer hinzunehmen. Allein in Kassel konnte sich der Kämmerer über um 13 Mill. Euro (+ 28 %) höhere Gewerbesteuer

## Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2001 und 2002

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme ( - ) in %	
	Mill. Euro	2001	2002	
		gegenüber		
		2000	2001	
Ausgaben <sup>1)</sup>				
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	15 654	15 119	5,6	- 3,4
darunter				
Personalausgaben	3 295	3 377	2,8	2,5
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand <sup>2)</sup>	2 152	2 016	5,3	- 6,3
Erstattungen, kalkulatorische Kosten	1 467	1 405	12,3	- 4,3
Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe <sup>3)</sup>	3 054	3 108	3,5	1,8
Zinsausgaben (einschl. innere Darlehen)	529	510	- 2,8	- 3,6
Ausgaben des Vermögenshaushalts	3 278	3 291	0,3	0,4
darunter Baumaßnahmen, Vermögenserwerb	1 827	1 834	0,5	0,4
Ausgaben i n s g e s a m t	18 932	18 410	4,6	- 2,8
Einnahmen				
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	15 351	14 695	0,3	- 4,3
darunter				
Gewerbesteuer <sup>4)</sup>	1 964	1 571	- 13,9	- 20,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2 389	2 337	- 3,9	- 2,2
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	3 698	3 599	1,5	- 2,7
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	3 007	2 905	1,6	- 3,4
Einnahmen des Vermögenshaushalts	3 404	3 140	10,7	- 7,8
darunter				
Investitionszuweisungen	377	347	1,2	- 7,9
Kredite und innere Darlehen	628	916	- 3,7	45,8
Einnahmen i n s g e s a m t	18 755	17 835	2,0	- 5,1

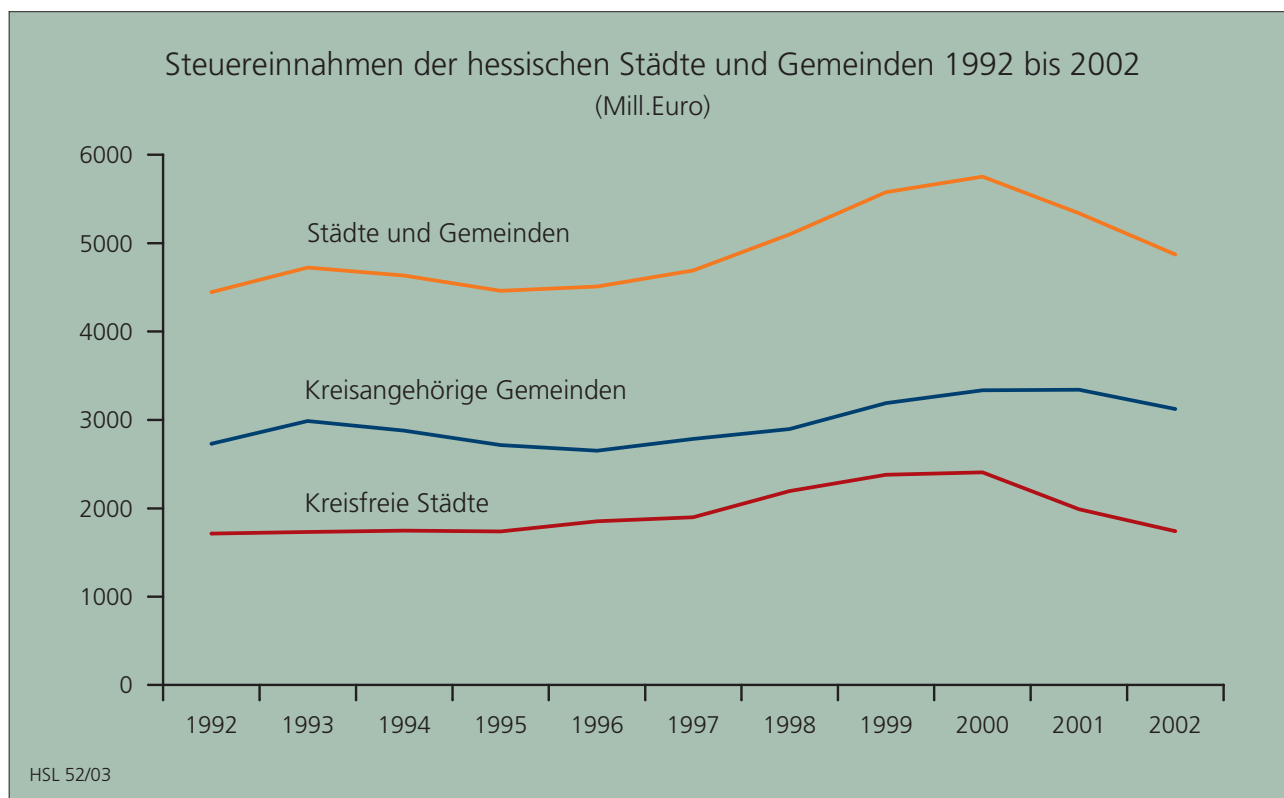
1) Ohne Berücksichtigung der Auflösungen von Sollfehlbeträgen und ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Ohne laufenden Betriebsaufwand, d. h. ohne Unterhaltungsaufwand und Kosten der Bewirtschaftung, Mieten, Pachten und ähnlichen Aufwand für Immobilien. — 3) Einschl. der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sonstiger sozialer Leistungen. — 4) Netto, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

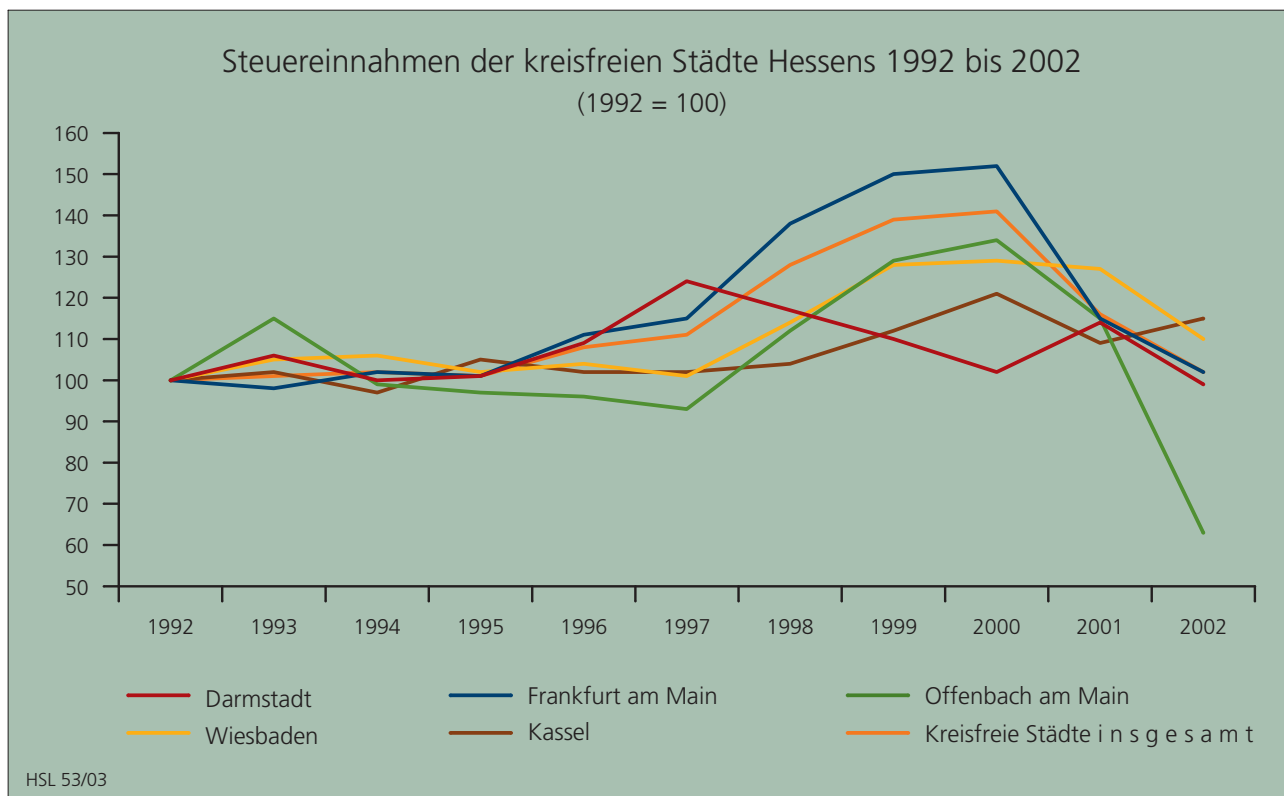
ereinnahmen freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden, die im Jahr 2001 mit rund 993 Mill. Euro noch 69 Mill. Euro oder 7,5 % mehr als im Jahr 2000 an Gewerbesteuer für sich verbuchen konnten, hatten eine Abnahme ihrer Gewerbesteuereinnahmen um 182 Mill. Euro (– 18 %) zu verzeichnen.

Die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern sind 2002 sowohl bei den kreisfreien Städten als auch bei den kreisangehörigen Gemeinden nochmals niedriger als 2001 ausgefallen. Insgesamt erhielten die hessischen Kommunen aus den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer rund 2,6 Mrd. Euro, 60 Mill. Euro (– 2,3 %) weniger als im Jahr zuvor. Für die kreisfreien Städte betrug der Rückgang 2,6 %, für die kreisangehörigen Gemeinden 2,1 %. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer führte den kommunalen Kassen in Hessen im Jahr 2002 rund 2,3 Mrd. Euro zu, 52 Mill. Euro oder 2,2 % weniger als im Jahr 2001. Nachdem die hessischen Kommunen erstmals im Jahr 2001 einen Rückgang ihrer Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer hinnehmen mussten, flossen ihnen im nunmehr fünften Jahr ihrer Beteiligung an der Umsatzsteuer erneut weniger Mittel aus deren Aufkommen zu. Mit 275 Mill. Euro ging der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um rund 8,7 Mill. Euro (– 3,1 %) gegenüber dem Vorjahr zurück. Aus der aktuellen Berichterstattung der Medien kann leicht der Eindruck entstehen, dass es sich bei den Rückgängen der kommunalen Steuereinnahmen der letzten beiden Jahre um einen Vorgang von besonderer Dramatik handelt. Der Blick auf die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen — netto, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage — von 1992 bis 2002 kann auch zu einer an-

deren Sicht und Einsicht führen. Danach lagen im Jahr 2002 die Steuereinnahmen der hessischen Kommunen insgesamt immer noch deutlich über dem Niveau des Jahres 1997 und der frühen Neunzigerjahre. Für die kreisangehörigen Gemeinden ist sogar nur ein leichter „Rückfall“ unter das Level des Jahres 1999 festzustellen. Allein die kreisfreien Städte hatten letztmals im Jahr 1995 geringere Steuereinnahmen als im Jahr 2002 zu verzeichnen. Hier zeigt die Differenzierung aber, dass lediglich die Städte Offenbach am Main und Darmstadt — nach zuvor allerdings starken Steuermehreinnahmen — mit ihren aktuellen Steuereinnahmen unter dem Niveau des Jahres 1992 liegen.

Insbesondere die zum Teil starken Einbrüche der Gewerbesteuer in Verbindung mit der — zum Ausgleich für die Beteiligung an der Umsatzsteuer — erhöhten Gewerbesteuerumlage reduzierten die **Steuereinnahmekraft** der hessischen Gemeinden insgesamt recht deutlich. Die durchschnittliche Steuereinnahmekraft aller hessischen Gemeinden im Jahr 2002 betrug nur noch 807 Euro je Einwohner, nachdem sie im Vorjahr noch bei 878 Euro je Einwohner gelegen hatte. Die Steuereinnahmekraft der kreisfreien Städte Hessens fiel von 1203 auf 1081 Euro je Einwohner und die der kreisangehörigen Gemeinden von 784 auf 728 Euro je Einwohner zurück. Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der Steuereinnahmekraft, in Abhängigkeit von den Standorten Gewerbesteuer zahlender Unternehmen, sind bemerkenswert. Bis auf Kassel verloren im Jahr 2002 alle kreisfreien Städte an Steuereinnahmekraft, am deutlichsten die Stadt Offenbach am Main, der mit 604 Euro je Einwohner ein Drittel ihrer Steuereinnahmekraft des Vorjahres (919 Euro je Ein-





wohner) verloren ging. Bei keiner der kreisfreien Städte war die Steuereinnahmekraft je Einwohner im Jahr 2002 ausreichend, um sich noch einen Platz unter den zehn steuereinnahmestärksten Gemeinden Hessens zu sichern. Im Jahr 2001 war Frankfurt am Main mit 1485 Euro je Einwohner noch knapp Rang 10 verblieben; 1371 Euro im Jahr 2002 reichten nunmehr nur noch für Rang 11. Die ergiebigsten Steuerquellen in Hessens Gemeinden sprudelten auch im Jahr 2002, und damit nun im sechsten Jahr in Folge, in Eschborn, das mit Steuereinnahmen in Höhe von 4529 Euro je Einwohner einmal mehr das beste Ergebnis im Realsteuervergleich<sup>2)</sup> erreichte. Mit 2081 Euro je Einwohner folgt in dem Steuereinnahmekraft-Ranking der hessischen Gemeinden für das Jahr 2002 die Stadt Kronberg im Taunus, nachdem sie im Ranking des Vorjahres mit 2047 Euro je Einwohner bereits den dritten Rang erreicht hatte. Bad Vilbel, in den Jahren 2000 (2485 Euro) und 2001 (4756 Euro) jeweils noch Zweiter, rutschte in der Vergleichsberechnung für das Jahr 2002 mit 974 Euro auf Rang 28 ab. Mit Steuereinnahmen in Höhe von 2002 Euro je Einwohner im Jahr 2002 hat sich Allendorf (Eder) auf den dritten Rang vorgeschoben. Die Aufsteiger des Jahres unter den Top-ten waren allerdings Bad Soden am Taunus, das seine Steuereinnahmen je Einwohner von 772 Euro auf 1577 Euro gut verdoppelte und damit von

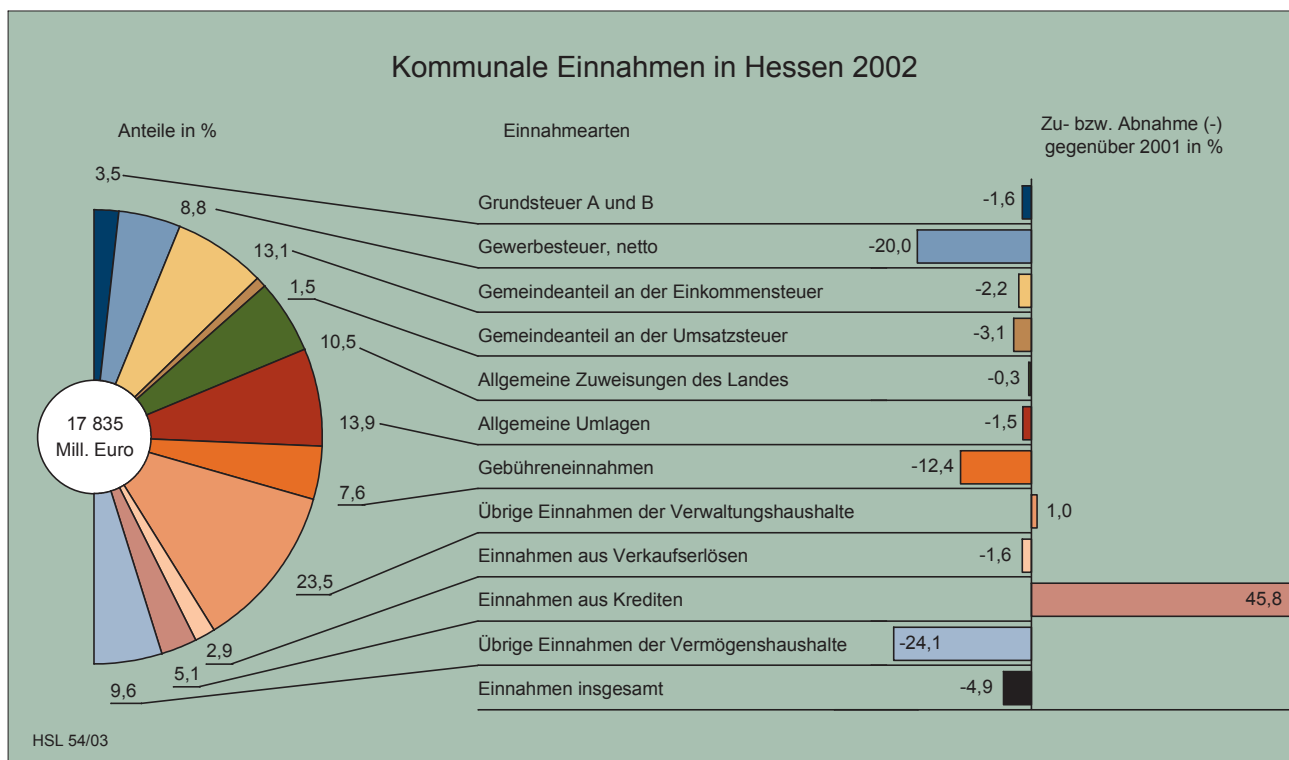
Rang 86 auf Rang 7 aufstieg, und Weiterstadt, dem mit einer Erhöhung seiner Prokopf-Steuereinnahmen um 658 Euro auf 1650 Euro der Sprung von Rang 29 auf Rang 6 gelang.

Während sich die Steuereinnahmen auf der kommunalen Ebene Hessens insgesamt rückläufig entwickelten, konnten zumindest in Teilen der anderen Einnahmebereiche der Kommunen die im Vorjahr erreichten Niveaus gehalten oder sogar Zuwächse verbucht werden. So bewegten sich im Jahr 2002 die Schlüsselzuweisungen des Landes mit 1,56 Mrd. Euro (+ 0,2 %) insgesamt auf dem Level des Vorjahres. Auf die kreisfreien Städte entfielen davon 315 Mill. Euro (+ 0,9 %), auf die kreisangehörigen Gemeinden 715 Mill. Euro (– 0,7 %) und auf die Landkreisverwaltungen 533 Mill. Euro (+ 1,2 %). Aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben flossen den Kommunen 428 Mill. Euro oder 43 Mill. Euro (+ 11,3 %) mehr zu als im Jahr 2001. Dagegen gingen die Gebühreneinnahmen im kassenmäßigen Ergebnis um fast 200 Mill. Euro auf 1,36 Mrd. Euro zurück (– 12,4 %). Auf Grund der Höhe dieses Rückgangs in den Gebühreneinnahmen dürften — soweit im Rechnungsergebnis nicht noch andere Zahlen von den Gemeinden gemeldet werden — wohl Ausgliederungen aus den kommunalen Haushalten für diesen Rückgang ursächlich sein.

Im Ergebnis erzielten die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften in der Summe ihrer Verwaltungshaushalte — abzüglich der Gewerbesteuerumlage — mit 14,7 Mrd. Euro rund 660 Mill. Euro (– 4,3 %) weniger Einnahmen als im Vorjahr. Auch in dem Aggregat ihrer Vermögenshaushalte hatten die Gemeinden und Gemeindeverbände eine deutliche

2) Für einen Vergleich der Steuerkraft der Gemeinden können die Aufkommen aus den Realsteuern (Gewerbesteuer sowie Grundsteuern A und B), wegen der von den Gemeinden jeweils frei festsetzbaren Hebesätze, nicht direkt einander gegenüber gestellt werden. Um die Hebesatzdifferenzen zu neutralisieren wird daher im Realsteuervergleich, unter Zugrundelegung landeseinheitlicher Hebesätze, die Steuereinnahmekraft berechnet. In die Berechnung der Steuereinnahmekraft fließen neben den Aufkommen aus den Realsteuern auch die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer ein.





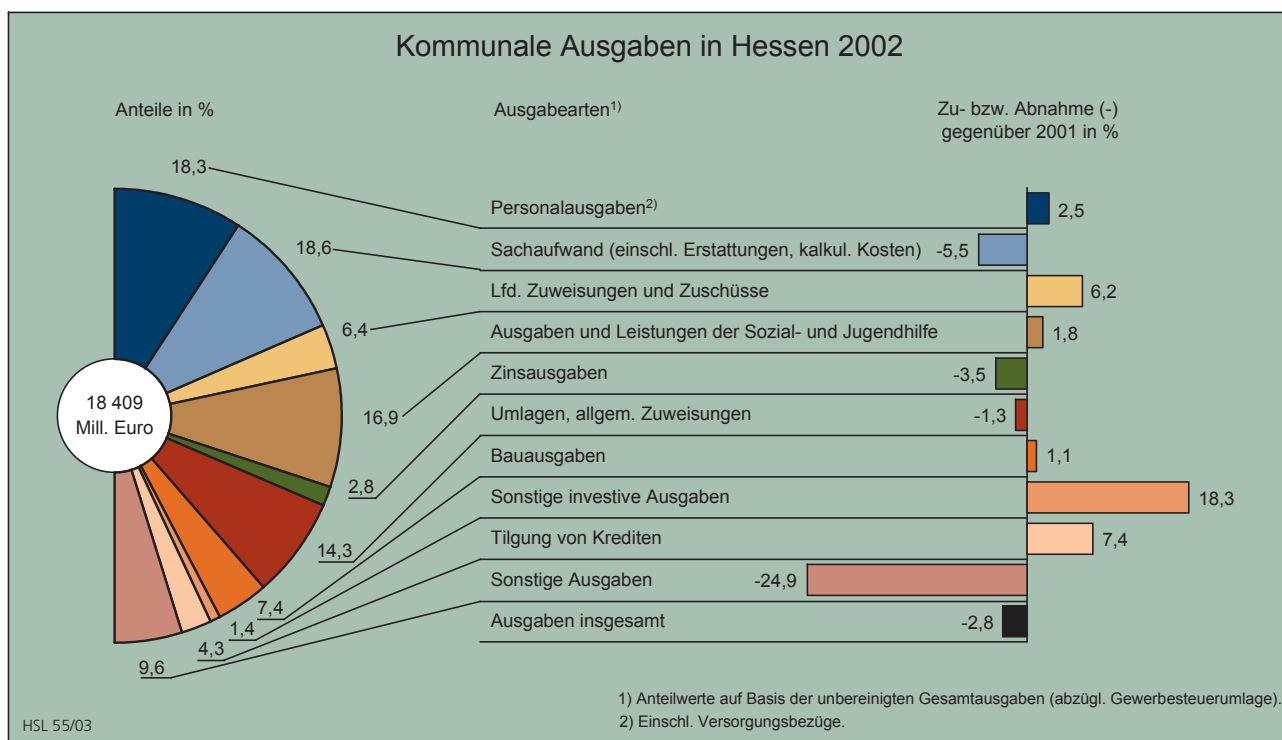
Verschlechterung ihrer Einnahmen zu verzeichnen. Mit 3,1 Mrd. Euro nahmen sie auch hier um 265 Mill. Euro weniger ein als im Jahr 2001 (– 7,8 %). Die Gesamteinnahmen der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften nahmen um 850 Mill. Euro oder 4,4 % auf 18,5 Mrd. Euro ab. Davon verblieben den kommunalen Kassen nach Abführung der Gewerbesteuerumlage rund 17,8 Mrd. Euro, 960 Mill. Euro oder 5,1 % weniger als im Vorjahr.

Die haushaltsmäßigen **Gesamtausgaben** der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften — ohne Auflösungen von Sollfehlbeträgen und ohne Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage — gingen im Jahr 2002, nachdem sie im Vorjahr noch um 4,6 % auf 18,9 Mrd. Euro zugenommen hatten, um 2,8 % auf 18,4 Mrd. Euro zurück. Dabei nahmen die Gesamtausgaben der kreisangehörigen Gemeinden um 3,8 % auf 8,3 Mrd. Euro, die der kreisfreien Städte um 6,9 % auf 5,2 Mrd. Euro ab. Nur bei den Verwaltungen der Landkreise erhöhten sich die Ausgaben um 6,7 % auf gut 4,5 Mrd. Euro.

Die Summe der **Ausgaben der Verwaltungshaushalte** der kommunalen Gebietskörperschaften belief sich im Jahr 2002 auf 5,1 Mrd. Euro und war damit um fast 540 Mill. Euro oder 3,4 % geringer als im Jahr 2001. Die kommunalen Belastungen aus dem Bundessozialhilfegesetz (ohne Jugendhilfe) addierten sich auf 2,34 Mrd. Euro; dies waren fast 39 Mill. Euro oder 1,7 % mehr als im Jahr 2001. Für ihren laufenden sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand setzten die hessischen Kommunen mit 3,4 Mrd. Euro gut 198 Mill. Euro (– 5,5 %) weniger ein als ein Jahr zuvor. Auch für ihr Personal haben die Kommunen fast 3,4 Mrd. Euro aufge-

wendet, dies waren allerdings 82 Mill. Euro oder 2,5 % mehr als im Jahr 2001.

Die Ausgaben in den Vermögenshaushalten der kommunalen Ebene stagnierten — bei einer Zunahme um nur 32 Mill. Euro — bei 3,3 Mrd. Euro. Das Niveau der **Ausgaben der Vermögenshaushalte** wurde dabei lediglich durch erhöhte Ausgaben der Kreisverwaltungen (+ 29,5 %) für Kredittilgungen, Bauinvestitionen und für Vermögenserwerb gehalten. Die vermögenswirksamen Ausgaben der kreisfreien Städte nahmen um knapp 16 Mill. Euro (– 2,1 %) auf 734 Mill. Euro, die der kreisangehörigen Gemeinden um 108 Mill. Euro (– 5,8 %) auf 1,76 Mrd. Euro ab. Unter dem Eindruck zum Teil prekärer Einnahmesituationen ihrer Haushalte haben viele der hessischen Kommunen im Jahr 2002 ihre Bauausgaben deutlich reduziert. Dennoch nahmen die reinen Ausgaben für **Baumaßnahmen** der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt wie in den beiden Vorjahren nochmals zu, und zwar um 1,1 % auf 1,36 Mrd. Euro. Dabei haben allerdings lediglich die Landkreisverwaltungen die Summe ihrer Bauinvestitionen im Jahr 2002 erhöht, während sowohl die kreisfreien Städte als auch die kreisangehörigen Gemeinden ihre Ausgaben für Baumaßnahmen reduzierten. Die Landkreisverwaltungen investierten mit 292 Mill. Euro knapp 50 Mill. Euro (+ 21 %) mehr als im Jahr 2001, die kreisangehörigen Gemeinden 870 Mill. Euro, 27 Mill. Euro oder 3 % weniger, die kreisfreien Städte 200 Mill. Euro, 8 Mill. Euro oder 4 % weniger als im Jahr 2001. Die Steigerungen der Bauausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften waren im Wesentlichen auf erhöhte Investitionen der Schulträger in ihre Schulen zurückzuführen. Insbesondere von den Landkreisverwaltungen wurden

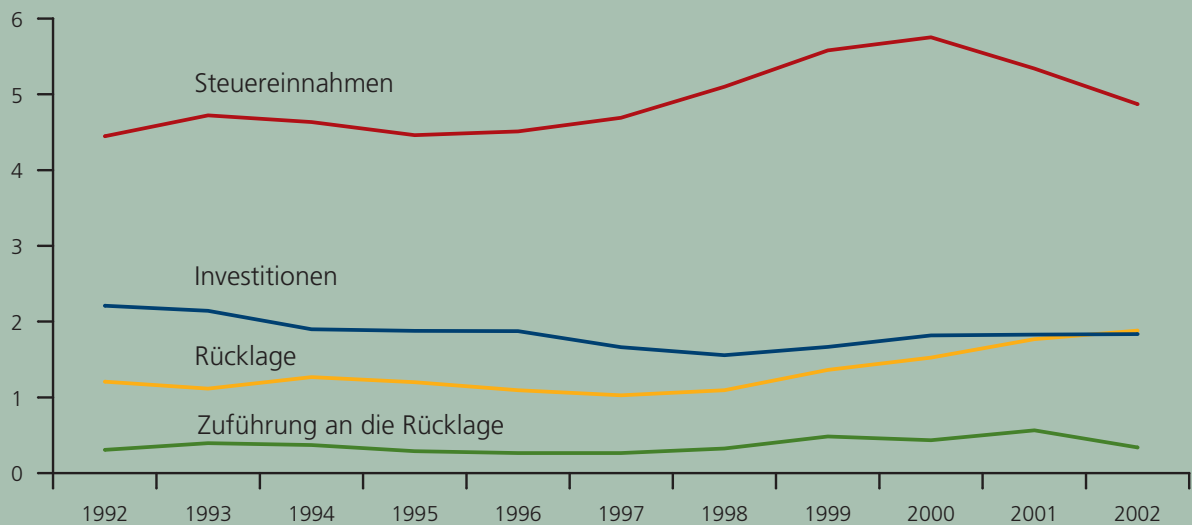


im Jahr 2002 mit 229 Mill. Euro fast 50 Mill. Euro oder 24 % mehr in die von ihnen getragenen Schulen investiert als im Jahr 2001. Die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden investierten in den Schulbau hingegen zusammen lediglich 79 Mill. Euro, 14 Mill. Euro oder 14,4 % weniger als im Jahr 2001. Durchschnittlich wurden aus den kommunalen Haushalten im Jahr 2002 (2001) 9,2 % (9,0 %) der Ausgaben unmittelbar für investive Zwecke (Bauausgaben und Vermögenserwerb) aufgewendet.

Die leichte Erhöhung des kommunalen Investitionsvolumens wurde weitgehend über Kredite finanziert. So haben die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften im kassenmäßigen Abschluss des Jahres 2002 eine **Nettoneuverschuldung** (Überschuss der Kreditaufnahmen über die Kredittilgungen) um rund 114 Mill. Euro ausgewiesen. 2001 wurden netto noch Kredite in Höhe von rund 108 Mill. Euro getilgt. Die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt hier, dass die aktuelle Nettoneuverschuldung wesentlich auf die Entwicklungen bei den Kreisverwaltungen und bei den kreisangehörigen Gemeinden zurückzuführen ist. Die Kreisverwaltungen haben sich im Jahr 2002 um 103 Mill. Euro netto neu verschuldet, die kreisangehörigen Gemeinden um rund 90 Mill. Euro. Die sich für die kreisfreien Städte zusammen errechnende Nettokredittilgung für das Jahr 2002 wurde wesentlich aus dem fortgesetzt starken Schuldenabbau der Stadt Frankfurt am Main (- 93 Mill. Euro) und den Entschuldungsbemühungen der Stadt Kassel (- 23 Mill. Euro) gespeist, die mit ihren Kredittilgungen einem stärkeren Zuwachs der kommunalen Neuverschuldung in Hessen am kräftigsten entgegenwirkten. Zum Jahresende 2002 hatten die hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände in ihren Haus-

halten — also ohne die Schulden ihrer Eigenbetriebe — einen **Schuldenstand** von zusammen nahezu 9 Mrd. Euro und damit fast 100 Mill. Euro oder rund 1 % mehr als Ende 2001. Damit ist die etatmäßige kommunale Verschuldung aller Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen erstmals seit 1994 wieder angestiegen. Unter den Gebietskörperschaftsgruppen haben die kreisfreien Städte ihren Gesamtschuldenstand weiter reduziert, und zwar gegenüber Ende 2001 um 56 Mrd. Euro oder 2 % auf 2,97 Mrd. Euro. Dagegen haben die kreisangehörigen Gemeinden und die Landkreisverwaltungen ihre Schuldenstände erhöht. Bei den kreisangehörigen Gemeinden stieg das Schuldenaggregat um knapp 79 Mill. Euro oder 2 % auf 3,60 Mrd. Euro. Der etatmäßige Schuldenstand der Kreisverwaltungen nahm gegenüber dem Stand zum Vorjahresresultato um 76 Mill. Euro oder 3 % auf 2,33 Mrd. Euro zu. Den höchsten etatmäßigen Schuldenabbau aller hessischen Kommunen konnte auch im vergangenen Jahr wieder Frankfurt am Main ausweisen. Hier wurde der Schuldenstand um 89 Mill. Euro oder knapp 5 % auf 1,79 Mrd. Euro gesenkt. Ebenfalls weniger Schulden standen Ende des Jahres 2002 mit 242 Mill. Euro (- 7,5 Mill. Euro oder - 3 %) in Kassel zu Buche. In der Landeshauptstadt Wiesbaden erreichte der Schuldenstand am Jahresende 399 Mill. Euro, 15 Mill. Euro oder 4 % mehr als im Jahr 2001. Stark wuchsen die Schulden der Stadt Darmstadt, um 24 Mill. Euro oder 8 % auf fast 320 Mill. Euro. In Offenbach am Main blieb der Schuldenstand mit 210 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahresstand nahezu unverändert (+ 1 Mill. Euro). Die Belastung der kommunalen Haushalte aus ihren Schulden lässt sich mit Hilfe der so genannten Zins-Steuer-Quote, also aus der Relation der Zinszahlungen zu den Netto-Steuerereinnahmen (Brutto-Steuerereinnahmen abzüglich Gewerbe-

## Steuereinnahmen, Rücklagen und Investitionen der hessischen Städte und Gemeinden 1992 bis 2002 (Mrd. Euro)



HSL 56/03

steuerumlage), verdeutlichen. Während die Haushalte der kreisfreien Städte im Jahr 2000 je 100 Euro ihrer Netto-Steuereinnahmen mit 9 Euro für Zinszahlungen belastet waren, hat sich durch die aktuelle Entwicklung dieser Betrag auf 11 Euro erhöht. Die Zinsbelastung der kreisangehörigen Gemeinden stieg um knapp 40 Cent auf 6 Euro je 100 Euro ihrer Netto-Steuereinnahmen an.

Die ungünstige Entwicklung bei den Einnahmen blieb nicht ohne Einfluss auf die Rücklagenbildung der kommunalen Gebietskörperschaften. Die Zuführung in die Rücklage wurde, nach den als vorläufig anzusehenden Daten der vierteljährlichen Gemeindekassenstatistik, auf 340 Mill. Euro (– 40 %) reduziert, nachdem sie im Vorjahr noch kräftig — um 30 % — auf 566 Mill. Euro gesteigert worden war und sie

sich bereits seit 1999 oberhalb von 400 Mill. Euro bewegt hatte. Die hessischen Gemeinden haben die kräftigen Steuereinnahmen der Jahre 1998 bis 2000 durchaus auch zur Erhöhung ihrer Rücklagen genutzt. Nachdem der Rücklagenstand im Jahr 1997 mit etwas über 1 Mrd. Euro einen Tiefpunkt erreichte, wuchs er auf fast 1,8 Mrd. Euro im Jahr 2001. Da im Gegenzug zu den im Jahr 2002 reduzierten Zuführungen in die Rücklage die Entnahmen aus den Rücklagen von 269 Mill. Euro im Jahr 2001 auf 245 Mill. Euro im Jahr 2002 ebenfalls etwas verringert wurden, könnten — hier bleiben zur gesicherten Feststellung die rechnermäßigen Ergebnisse der kommunalen Haushalte abzuwarten — im Jahr 2002 die Rücklagen erstmals das Investitionsvolumen der Kommunen erreicht und sogar übertroffen haben. □



# Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2002

## Struktur und Entwicklung auf Landesebene

Ende 2002 wurden knapp 240 000 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt gezählt, 4,3 % mehr als 2001. Damit wurde seit 5 Jahren erstmals wieder ein Anstieg registriert, sodass die Zahl der Empfänger nahezu wieder das Niveau von 1999 erreichte. Die wichtigsten Strukturen haben sich im Jahresverlauf nicht grundsätzlich verändert. Ihre Betrachtung wird durch einen Blick auf die Lebenssituation minderjähriger Empfänger von laufender Hilfe und auf die Unterschiede zwischen den Bedarfsgemeinschaften mit und ohne Kinder unter 18 Jahren ergänzt. Ausgehend vom durchschnittlichen Nettoanspruch der einzelnen Bedarfsgemeinschaften gibt eine Modellrechnung Auskunft über den durchschnittlichen jährlichen Aufwand für einen einzelnen Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Abhängigkeit von der Art der Bedarfsgemeinschaft. Im Durchschnitt lag der Aufwand bei 2834 Euro im Jahr 2002 und schwankte zwischen 1413 Euro für ein Familienmitglied im Haushalt eines Ehepaares mit 3 oder mehr Kindern und 4883 Euro für einen allein lebenden Mann. Weiterhin werden die Veränderungen des geschätzten Nettoarbeitskräftepotenzials und deren Bezug zu den Veränderungen der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger differenzierter untersucht. Im Zeitablauf legt der rein rechnerische Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen den Schluss nahe, dass mit der Wiedereingliederung eines Sozialhilfeempfängers in ein Arbeitsverhältnis auch für einen zweiten Empfänger der Anspruch entfällt, sofern die dabei erzielten Einkünfte für den Lebensunterhalt des Haushalts ausreichen. Dieses Ergebnis überrascht insofern nicht, als die durchschnittliche Größe einer Bedarfsgemeinschaft bei 2 Personen liegt.

### Erstmals wieder Anstieg seit 1998

Zum Jahreswechsel 2002/2003 erhielten in Hessen annähernd 240 000 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunter-

halt. Dies entspricht einem Anstieg von knapp 10 000 oder 4,3 % gegenüber dem Vorjahr. Damit wurde wieder knapp das Niveau von 1999 erreicht, nachdem in den Jahren 1998 bis 2001 die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Hessen konti-

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen jeweils am Jahresende

Art der Angabe	1999	2000		2001		2002			
	Empfänger insgesamt	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abn. ( – ) <sup>2)</sup>	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abn. ( – ) <sup>2)</sup>	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abn. ( – ) <sup>2)</sup>	Anteil	Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe
			%		%		%		
Empfänger insgesamt und zwar	242 408	233 321	– 3,7	229 344	– 1,7	239 189	4,3	100	3,9
männlich	107 281	102 966	– 4,0	101 222	– 1,7	106 329	5,0	44,5	3,6
weiblich	135 127	130 355	– 3,5	128 122	– 1,7	132 860	3,7	55,5	4,3
Ausländer	77 787	75 502	– 2,9	74 680	– 1,1	78 097	4,6	32,7	11,1
davon									
männlich	36 996	35 536	– 3,9	34 640	– 2,5	35 989	3,9	15,0	10,0
weiblich	40 791	39 966	– 2,0	40 040	0,2	42 108	5,2	17,6	12,2
im Alter von . . . Jahren									
unter 3	17 089	16 389	– 4,1	16 003	– 2,4	16 536	3,3	6,9	9,7
3 bis unter 7	20 712	19 991	– 3,5	19 538	– 2,3	20 471	4,8	8,6	8,3
7 bis unter 15	39 013	37 556	– 3,7	36 326	– 3,3	37 116	2,2	15,5	7,3
15 bis unter 18	11 103	10 690	– 3,7	10 588	– 1,0	11 126	5,1	4,7	5,9
unter 18 zusammen	87 917	84 626	– 3,7	82 455	– 2,6	85 249	3,4	35,6	7,6
18 bis unter 21	9 034	8 528	– 5,6	8 147	– 4,5	8 599	5,5	3,6	4,5
21 bis unter 25	11 384	10 995	– 3,4	11 434	4,0	12 521	9,5	5,2	4,6
25 bis unter 30	17 149	15 707	– 8,4	15 420	– 1,8	16 260	5,4	6,8	4,6
30 bis unter 40	40 253	37 189	– 7,6	35 857	– 3,6	37 120	3,5	15,5	3,6
40 bis unter 50	27 712	26 634	– 3,9	26 560	– 0,3	28 385	6,9	11,9	3,0
50 bis unter 60	20 154	19 698	– 2,3	19 315	– 1,9	20 345	5,3	8,5	2,7
60 bis unter 65	10 303	10 807	4,9	10 819	0,1	10 676	– 1,3	4,5	2,6
65 oder älter	18 502	19 137	3,4	19 337	1,0	20 034	3,6	8,4	1,9

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Gegenüber dem Vorjahr.

nuierlich zurückgegangen war. Dieser Rückgang vor 1999 war nicht zuletzt durch legislative Maßnahmen wie die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Einführung der Pflegeversicherung ausgelöst worden, sodass sich die vergleichende Darstellung in diesem Beitrag auf die Jahre 1999 bis 2002 beschränkt, einem Zeitraum ohne legislative Maßnahmen mit direkten Auswirkungen auf die Höhe der Empfängerzahlen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Sozialhilfequote, das ist der Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in Prozent, stieg am Jahresende 2002 auf 3,9 % der Bevölkerung, nach 3,8 % im Vorjahr, sodass gut jeder 25. Hesse zumindest ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielt. Unter den Sozialhilfeempfängern waren 435 Personen, denen diese Hilfeart innerhalb einer Einrichtung gewährt wurde. Diese Personen-Gruppe, deren Zahl sich gegenüber dem Vorjahr um gut ein Drittel verringerte, bleibt bei den nachfolgenden Betrachtungen unberücksichtigt. Dargestellt werden die Ergebnisse für Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Die Strukturdaten der Empfänger haben sich in den Jahren seit 1999 nur unwesentlich verändert, weil die Zu- und Abgänge in den vergangenen vier Jahren für die einzelnen Bevölkerungsgruppen nahezu ausgeglichen waren. Die nach wie vor größte Empfängergruppe bilden die Frauen, gefolgt von den Minderjährigen und den Nichtdeutschen:

- Frauen stellen 56 % der Empfänger; mit einem Anteil von 4,3 % an der weiblichen Bevölkerung beanspruchen sie auch relativ häufiger Sozialhilfe als Männer mit 3,6 %.
- Minderjährig sind 36 % der Empfänger; sie erhalten mit einer Quote von 7,6 % annähernd doppelt so oft Sozialhilfe wie der Bevölkerungsdurchschnitt (3,9 %) und viermal so

oft wie Personen im Rentenalter mit 1,9 %. Die Sozialhilfequote ist umso höher, je jünger die Kinder sind.

- Knapp ein Drittel der Empfänger hat keine deutsche Staatsangehörigkeit; die Quote liegt bei 11,1 %, sodass jeder neunte nichtdeutsche Bürger in Hessen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhält.

Das hohe Risiko allein erziehender Frauen mit Kindern unter 18 Jahren, von Sozialhilfe abhängig zu werden, erklärt sich aus ihrer Lebenssituation, die durch die Betreuung der Kinder geprägt ist, sodass keine Tätigkeit aufgenommen werden kann, mit der ein für das Bestreiten des Lebensunterhalts ausreichendes Einkommen erzielt wird. Die Hälfte aller minderjährigen Sozialhilfeempfänger lebte nämlich bei ihren allein erziehenden Müttern, nur jedes dritte Kind in einer klassischen Familie. Dabei waren in Haushalten allein erziehender Mütter häufiger jüngere Kinder anzutreffen, während es umgekehrt bei Ehepaaren meist ältere Kinder waren (siehe auch Schaubild auf Seite 185).

### Dauer der Hilfestellung auf 3 Jahre und 3 Monate gestiegen

Die Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds im Jahr 2002 hat sich verlängernd auf die Bezugsdauer der Sozialhilfe ausgewirkt. Sie lag bei den Bedarfsgemeinschaften in der Zusammensetzung am Jahresende 2002 im Durchschnitt bei 3 Jahren und knapp 3 Monaten, fast 2 Monate länger als 2001. Sowohl die Zahl der Haushalte von Kurzeitempängern, die weniger als 12 Monate Sozialhilfe bezogen, als auch die Zahl der Langzeitempänger mit einer Bezugsdauer von wenigstens 5 Jahren war per Saldo gestiegen, was deren Anteil an allen Empfängern um 1,2 bzw. 2,1 % erhöhte. Knapp jeder dritte Empfängerhaushalt gehörte zu den Kurzeitempängern, jeder vierte zu den Langzeitempängern.

Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002

Gliederung	Bedarfsgemeinschaften			Durchschnittliche Dauer der Hilfestellung		
	Anzahl	%	Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber Vorjahr in %	Monate je Bedarfsgemeinschaft	darunter mit einer bisherigen Bezugsdauer von	
					weniger als 1 Jahr	5 Jahren oder mehr
					%	
Bedarfsgemeinschaften (BG) insgesamt	125 054	100	4,3	38,7	32,8	25,9
darunter						
Ehepaare ohne Kinder	10 220	8,2	5,3	44,8	26,6	33,0
Ehepaare mit Kindern <sup>2)</sup>	12 855	10,3	4,7	23,3	46,9	10,7
mit einem Kind	4 749	3,8	6,3	21,8	51,6	10,0
mit 2 Kindern	4 239	3,4	3,4	22,9	47,5	10,7
mit 3 oder mehr Kindern	3 867	3,1	4,0	25,5	40,4	11,6
einzelnen nachgewiesene Haushaltsvorstände	52 887	42,3	4,0	48,8	25,8	36,7
männlich	25 621	20,5	6,3	41,7	30,3	30,9
weiblich	27 266	21,8	1,9	55,4	21,7	42,2
allein erziehende Frauen mit Kindern <sup>2)</sup>	25 974	20,8	3,1	30,2	34,2	15,4
mit einem Kind	14 010	11,2	3,8	29,9	34,9	15,1
mit 2 Kindern	8 218	6,6	1,2	31,8	32,0	17,3
mit 3 oder mehr Kindern	3 746	3,0	4,5	27,8	36,6	12,4

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren.

**Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002  
und durchschnittliche monatliche Beträge nach Typ der Bedarfsgemeinschaft**

Bedarfsgemeinschaft	Bedarfsgemeinschaften insgesamt		Zunahme gegenüber Vorjahr	Personen je Bedarfs- gemein- schaft	Brutto- bedarf insgesamt	darunter						Hochgerechnete Jahresausgaben 2002 <sup>2)</sup>	
						Bruttokaltmiete		angerechnetes Einkommen		Nettoanspruch		Mrd. Euro	Euro je Empfänger
	Anzahl	%				Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>		
Bedarfsgemeinschaft mit													
deutschem Haushaltsvorstand	90 266	72,2	3,8	1,8	829	293	35,4	401	48,4	427	51,6	462,9	2 897
nichtdeutschem Haushaltsvorstand	34 788	27,8	5,5	2,3	972	345	35,5	457	47,0	515	53,0	215,0	2 708
Bedarfsgemeinschaften i n s g e s a m t	125 054	100	4,3	1,9	869	308	35,4	417	48,0	452	52,0	677,9	2 834
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand	107 213	85,7	4,3	2,0	920	333	36,2	448	48,6	473	51,4	608,2	2 883
Ehepaare ohne Kind(er)	10 220	8,2	5,3	2,0	956	341	35,7	459	48,1	496	51,9	60,9	2 977
Ehepaare mit Kindern <sup>4)</sup>	12 855	10,3	4,7	4,1	1 463	460	31,4	856	58,5	608	41,5	93,7	1 771
mit einem Kind	4 749	3,8	6,3	3,0	1 176	391	33,2	604	51,3	573	48,7	32,6	2 291
mit 2 Kindern	4 239	3,4	3,4	4,0	1 426	454	31,8	828	58,1	598	41,9	30,4	1 793
mit 3 oder mehr Kindern	3 867	3,1	4,0	5,6	1 857	553	29,8	1 195	64,4	662	35,6	30,7	1 413
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	4 392	3,5	13,5	3,1	1 205	397	33,0	671	55,7	534	44,3	28,2	2 097
ohne Kind(er)	1 743	1,4	12,3	2,0	943	334	35,4	464	49,2	479	50,8	10,0	2 875
mit Kind(ern) <sup>4)</sup>	2 649	2,1	14,4	3,8	1 378	439	31,8	807	58,6	571	41,4	18,1	1 825
Einzelnen nachgewiesene Haushaltsvorstände	52 887	42,3	4,0	1,0	625	264	42,2	235	37,6	390	62,4	247,5	4 679
männlich	25 621	20,5	6,3	1,0	593	243	41,0	186	31,3	407	68,7	125,1	4 883
weiblich	27 266	21,8	1,9	1,0	655	283	43,2	281	42,9	374	57,1	122,4	4 488
Allein erziehende Männer mit Kind(ern) <sup>4)</sup>	885	0,7	3,3	2,6	1 139	395	34,6	608	53,4	531	46,6	5,6	2 481
Allein erziehende Frauen mit Kindern <sup>4)</sup>	25 974	20,8	3,1	2,7	1 184	396	33,5	631	53,3	553	46,7	172,4	2 499
mit einem Kind	14 010	11,2	3,8	2,0	988	356	36,1	479	48,5	509	51,5	85,6	3 054
mit 2 Kindern	8 218	6,6	1,2	3,0	1 297	419	32,3	735	56,7	562	43,3	55,4	2 247
mit 3 oder mehr Kindern	3 746	3,0	4,5	4,4	1 671	497	29,8	973	58,2	698	41,8	31,4	1 926
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	17 841	14,3	4,1	1,6	557	153	27,5	231	41,5	326	58,5	69,7	2 467
davon													
sonstige Bedarfsgemeinschaften <sup>5)</sup>	13 017	10,4	3,9	1,0	352	85	24,0	101	28,7	251	71,3	39,2	2 982
anderweitig nicht erfasste Bedarfsgemeinschaften	4 824	3,9	4,5	3,1	1 108	337	30,4	582	52,5	526	47,5	30,5	2 018

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Anzahl der Bedarfsgemeinschaften x Nettoanspruch x 12. — 3) Anteil am Bruttobedarf. — 4) Kinder unter 18 Jahren. — 5) Z. B. Bedarfsgemeinschaften mit voll- und minderjährigen Haushaltsangehörigen bzw. einzeln nachgewiesene voll- und minderjährige Haushaltsangehörige.



Besonders betroffen waren allein stehende Frauen, deren Bezugsdauer sich um gut 3 Monate auf 4 Jahre und 7 Monate erhöhte. Für diese Bevölkerungsgruppe errechnete sich mit 42 % auch der höchste Anteil der Langzeitempänger. Unter dem Durchschnitt lag die Bezugsdauer der Ehepaare mit Kindern (2 Jahre) und auch der allein erziehenden Frauen mit Kindern (2 Jahre und 6 Monate), wobei der Stand gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert war. Knapp die Hälfte (47 %) der Ehepaare mit Kindern war Kurzzeitempänger, während — wie im Durchschnitt aller Bedarfsgemeinschaften — ein Drittel der allein erziehenden Frauen mit Kindern weniger als 12 Monate Sozialhilfe bezogen hatte.

### Monatlicher Durchschnittsanspruch zurückgegangen

Im Durchschnitt errechnete sich im Jahr 2002 für eine Bedarfsgemeinschaft ein monatlicher Bruttobedarf von 869 Euro, von dem 35 % auf die Bruttokaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von rund 417 Euro wurden durchschnittlich 452 Euro monatlich je Haushalt ausbezahlt, 52 % des Bruttobedarfs. Diese durchschnittliche Auszahlungsquote schwankt zwischen den einzelnen Bedarfsgemeinschaften beträchtlich. Am höchsten war sie mit 71 % bei den sonstigen Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand, deren Mitglieder häufig keine eigenen Einkünfte besitzen. Es folgen allein stehende Männer mit 69 % und allein stehende Frauen mit 57 %. Grundsätzlich gilt, dass mit zunehmender Haushaltsgröße und entsprechend vielfältiger werdenden Einkommensquellen die Quote sinkt. Bei Ehepaaren mit 3 oder mehr Kindern betrug sie nur noch 36 %.

Bedarfsgemeinschaften mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand erhalten einen höheren monatlichen Auszahlungsbetrag, der auch als Nettoanspruch bezeichnet wird. Er ist durch die Größe dieser Gemeinschaften begründet, die bei 2,3 Personen lag, im Gegensatz zu 1,9 Personen im Durchschnitt aller Bedarfsgemeinschaften.

Aus den durchschnittlich ausgezahlten monatlichen Beträgen lässt sich der jährliche Gesamtaufwand und damit auch der unterschiedliche Aufwand für die Mitglieder der einzelnen Bedarfsgemeinschaften abschätzen. Im Jahr 2002 stieg der Aufwand für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen unterdurchschnittlich, das heißt, er legte 3,3 % zu, während die Zahl der Empfänger um 4,3 % wuchs. Im Durchschnitt wurden von den Trägern der Sozialhilfe 2834 Euro je Sozialhilfeempfänger im Jahr ausgegeben, 26 Euro weniger als 2001. In der Differenzierung nach Staatsangehörigkeit bzw. nach Haushaltstyp ergibt sich folgendes Bild: Die Empfänger in Haushalten mit deutschem Haushaltsvorstand haben im Jahr rechnerisch mit etwa 2900 Euro knapp 190 Euro mehr erhalten als die Empfänger in Haushalten mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand. Der geringste Aufwand errechnet sich mit 1413 Euro für ein Familienmitglied im Haushalt eines Ehepaars mit 3 oder mehr Kindern unter 18 Jahren, der höchste Aufwand für einen allein lebenden Mann mit 4883 Euro. Dieser Betrag ist damit etwa dreieinhalb mal so hoch wie in der Bedarfsgemeinschaft mit dem geringsten Aufwand.

Innerhalb eines Jahres ist der monatliche Auszahlungsbetrag trotz eines leicht gestiegenen Bruttobedarfs (+ 6 Euro) ge-

**Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002  
nach ausgewählten Einkommens- und Haupteinkommensarten**

Art der Angabe	Bedarfsgemeinschaften					
	Anzahl	%	ohne Kind(er) <sup>2)</sup>		mit Kind(ern) <sup>2)</sup>	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Bedarfsgemeinschaften	125 054	100	76 193	100	48 861	100
davon						
ohne Einkünfte	20 520	16,4	19 322	25,4	1 198	2,5
mit Einkünften	104 534	83,6	56 871	74,6	47 663	97,5
und zwar						
Wohngeld	66 638	63,7	36 196	63,6	30 442	63,9
Kindergeld	52 324	50,1	6 658	11,7	45 666	95,8
unselbstständige Arbeit	23 910	22,9	9 826	17,3	14 084	29,5
Rente <sup>3)</sup>	18 981	18,2	17 134	30,1	1 847	3,9
Arbeitslosenunterstützung <sup>4)</sup>	12 860	12,3	6 797	12,0	6 063	12,7
sonstige Einkünfte	11 797	11,3	5 996	10,5	5 801	12,2
private Unterstützung	10 717	10,3	1 590	2,8	9 127	19,1
mit Haupteinkommensart						
Wohngeld	27 903	26,7	20 039	35,2	7 864	16,5
Kindergeld	25 624	24,5	4 233	7,4	21 391	44,9
Rente <sup>5)</sup>	17 031	16,3	15 877	27,9	1 154	2,4
unselbstständige Arbeit	16 944	16,2	7 619	13,4	9 325	19,6
Arbeitslosenunterstützung <sup>4)</sup>	8 573	8,2	5 445	9,6	3 128	6,6
private Unterstützung	3 955	3,8	795	1,4	3 160	6,6
sonstige Einkünfte	3 696	3,5	2 429	4,3	1 267	2,7

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren. — 3) Bedarfsgemeinschaften mit mehrfachem Rentenbezug in einer Bedarfsgemeinschaft werden nur einmal gezählt. — 4) Summe der Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. — 5) Summe der Bezieher/-innen von Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente, Altersrente, Hinterbliebenenrente, Versorgungsbezügen und Renten aus betrieblicher Altersversorgung.

**Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002  
und Angaben über ausgewählte besondere soziale Situationen der Hilfestellung**

Art der Angabe	Fälle		davon			
			ohne Kind(er) <sup>2)</sup>		mit Kind(ern) <sup>2)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bedarfsgemeinschaften	125 054	100	76 193	100	48 861	100
darunter ohne Angabe	2 219	1,8	1 284	1,7	935	1,9
Angaben zur besonderen sozialen Situation <sup>3)</sup>	128 285	100	77 494	100	50 791	100
darunter						
Trennung, Scheidung	14 824	11,6	4 708	6,1	10 116	19,9
Geburt eines Kindes	3 882	3,0	172	0,2	3 710	7,3
Suchtabhängigkeit	2 668	2,1	2 404	3,1	264	0,5
ohne eigene Wohnung	6 862	5,3	4 989	6,4	1 873	3,7
sonstige soziale Gründe <sup>4)</sup>	5 389	4,2	3 561	4,6	1 828	3,6
andere Gründe	94 660	73,8	61 660	79,6	33 000	65,0

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren. — 3) Je Bedarfsgemeinschaft sind bis zu zwei Angaben möglich. — 4) Summe der Bedarfsgemeinschaften mit den besonderen sozialen Situationen „Tod eines Familienmitglieds“, „Freiheitsentzug oder Haftentlassung“, „Unterbringung eines Familienmitglieds in einer stationären Einrichtung“, „Überschuldung“.

ringfügig um 4 Euro zurückgegangen. Dies ist auf ein um 10 Euro erhöhtes anrechenbares Einkommen zurückzuführen, obwohl gleichzeitig die Zahl der Haushalte ohne jedes Einkommen per Saldo etwas stärker als die Gesamtzahl aller Bedarfsgemeinschaften stieg und am Jahresende 2002 bei 20 520 lag, was einem Anteil von 16 % entspricht. Da sich die anrechenbaren Einkünfte überwiegend aus vorrangig auszubehaltenden anderen Sozialleistungen zusammensetzen, stellt dieser Rückgang keine Entlastung der öffentlichen Kassen dar. Knapp zwei Drittel der Bedarfsgemeinschaften mit Einkünften hatten Wohngeld bekommen, die Hälfte Kindergeld und noch jeder achte Haushalt Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Die Zahl der Gemeinschaften mit einem Anspruch auf diese Leistungsarten<sup>1)</sup> war absolut und relativ gestiegen, während die Zahl der Bezieher von anderen Einkünften zurückgegangen war: so etwa aus einer Voll- bzw. Teilzeiterwerbstätigkeit, der in mindestens jeder fünften Bedarfsgemeinschaft zumindest eine Person nachging, sowie aus Renten, privaten Unterstützungen usw.

Die Rangfolge der Einkommensarten als Haupteinkommen weicht nur in zwei Punkten von der Reihung nach der generellen Häufigkeit des Bezugs ab: Renten waren geringfügig häufiger Haupteinkommen als Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit, ebenso die private Unterstützung etwas häufiger als sonstige Einkünfte. Unterschiede in der Bedeutung zeigen sich bei der Untergliederung nach Haushalten ohne Kinder und Haushalten mit Kindern. Nur 2,5 % der letztgenannten Haushalte sind ohne Einkünfte, wichtigste Einkommensquelle ist das Kindergeld, gefolgt von Wohngeld und unselbstständiger Arbeit. Privaten Unterhalt erhielt jede fünfte Bedarfsgemeinschaft mit Kindern. Jeder vierte Haushalt ohne Kinder ist ohne Einkommen, ansonsten liegt hier wie

im Durchschnitt aller Haushalte das Wohngeld an der Spitze, gefolgt von der Rente und dem Einkommen aus unselbstständiger Arbeit.

### **Mehr als ein Drittel der Haushalte mit Kindern sehen eine besondere soziale Situation als Ursache ihres Sozialhilfebezugs**

Für eine statistische Analyse der Ursachen des Bezugs von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen eignen sich in gewissem Umfang die Angaben der Haushalte zu besonderen sozialen Situationen, die nach deren Meinung ursächlich für den Hilfeantrag waren. Abgesehen davon, dass knapp 2 % der Haushalte keine Angaben zu besonderen sozialen Situationen und gut 4 % noch eine zweite Angabe gemacht hatten, bezogen sich gut 26 % der Nennungen auf Ursachen im persönlichen Umfeld der Empfänger. Trennung und Scheidung sind als häufigste Ursache genannt, gefolgt vom Fehlen einer eigenen Wohnung und der Geburt eines Kindes. Dabei unterscheiden sich die Aussagen der Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder von denen mit Kindern. So macht nur jede fünfte Bedarfsgemeinschaft ohne Kinder Angaben zur besonderen sozialen Situation, nahezu gleich häufig werden das Fehlen einer eigenen Wohnung und Trennung oder Scheidung genannt, der erste Grund überwiegend von allein stehenden Männern, der zweite von allein stehenden Frauen. Dagegen machte mindestens jede dritte Bedarfsgemeinschaft mit Kindern unter 18 Jahren Angaben zur besonderen sozialen Situation. Am häufigsten wurden Trennung und Scheidung sowie die Geburt eines Kindes als Ursache für die Inanspruchnahme von laufender Hilfe genannt. Diese Nennungen stammen überwiegend von allein erziehenden Frauen mit Kindern, die nach einer Trennung oder Scheidung bzw. nach der Geburt eines Kindes ihren Lebensunterhalt nur noch mit staatlicher Hilfe bestreiten konnten.

1) Die Novellierung des Wohngeldgesetzes zum 1.1.2001 hat den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert, was sich auf Grund der Antragsfristen erst im Jahr 2002 in der Statistik niederschlägt.

**Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> im Alter von 15 bis unter 65 Jahren  
am 31.12.2002 nach Erwerbsstatus**

Art der Angabe	Empfänger insgesamt		und zwar							
			weiblich		Nichtdeutsche		in BG <sup>2)</sup> ohne Kind(er) <sup>3)</sup>		in BG <sup>2)</sup> mit Kind(ern) <sup>3)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>I n s g e s a m t</b>	145 032	100	83 831	100	47 813	100	68 715	100	76 317	100
davon										
erwerbstätig	15 367	10,6	9 070	10,8	5 179	10,8	6 215	9,0	9 152	12,0
davon										
vollzeit	6 592	4,5	2 589	3,1	2 495	5,2	2 732	4,0	3 860	5,1
teilzeit	8 775	6,1	6 481	7,7	2 684	5,6	3 483	5,1	5 292	6,9
arbeitslos	59 234	40,8	25 169	30,0	17 908	37,5	36 311	52,8	22 923	30,0
davon										
Empfänger von Arbeitslosengeld	19 638	13,5	7 826	9,3	6 138	12,8	10 225	14,9	9 413	12,3
Empfänger von Arbeitslosenhilfe	39 596	27,3	17 343	20,7	11 770	24,6	26 086	38,0	13 510	17,7
nicht erwerbstätig	70 431	48,6	49 592	59,2	24 726	51,7	26 189	38,1	44 242	58,0
davon wegen										
Aus- und Fortbildung	9 676	6,7	5 032	6,0	3 462	7,2	2 779	4,0	6 897	9,0
häuslicher Bindung	23 830	16,4	23 446	28,0	8 067	16,9	1 421	2,1	22 409	29,4
Krankheit	12 719	8,8	6 420	7,7	2 841	5,9	10 769	15,7	1 950	2,6
Alter	2 246	1,5	1 434	1,7	985	2,1	2 083	3,0	163	0,2
sonstiger Gründe	21 960	15,1	13 260	15,8	9 371	19,6	9 137	13,3	12 823	16,8

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Bedarfsgemeinschaft. — 3) Kinder unter 18 Jahren.

### Arbeitslosigkeit häufigster Grund

Für alle Empfänger laufender Hilfe im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren — sie machen 61 % aller Sozialhilfeempfänger aus — liegen Angaben zu ihrem Erwerbsstatus vor, die zusätzliche Aussagen über die Ursachen des Sozialhilfebezugs zulassen. Gegenüber dem Jahresende 2001 war die Zahl dieser Personengruppe um 5 % gewachsen. Überdurchschnittlich, nämlich um knapp 10 %, war die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Unter diesen war eine deutliche Zunahme (14 %) der Empfänger von Arbeitslosengeld zu beobachten, was sich auch im oben berichteten Anwachsen der Kurzzeitempfänger niederschlug.

Die Einkünfte aus einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung reichen für 10 % der Sozialhilfeempfänger nicht zur Bestrei-

tung des Lebensunterhalts aus. Von Arbeitslosigkeit betroffenen und ohne ausreichende Lebensgrundlage durch die entsprechenden Leistungen waren 41 %; als nicht erwerbstätig waren 49 % gemeldet. Als häufigster Grund für die Nichterwerbstätigkeit wurde die häusliche Bindung angeführt, vor allem von Empfängerinnen, die als allein erziehende Frauen ihre Kinder unter 18 Jahren betreuen. Unter den Empfängern, die in Haushalten ohne Kinder unter 18 Jahren leben, wurde Krankheit als häufigster Grund für die Nichterwerbstätigkeit genannt.

### Qualifizierte schulische und berufliche Abschlüsse schützen nicht mehr vor Hilfsbedürftigkeit

Vom Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger 2002 gegenüber 2001 war die Gruppe der 15- bis unter 65-Jährigen mit

**Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> im Alter von 15 bis unter 65 Jahren  
am 31.12.2002 nach höchstem allgemein bildenden Schulabschluss**

Schulabschluss	Empfänger insgesamt		und zwar							
			weiblich		Nichtdeutsche		Erwerbstätige		Arbeitslose	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Z u s a m m e n</b>	145 032	100	83 831	100	47 813	100	15 367	100	59 234	100
davon										
in schulischer Ausbildung	11 517	7,9	5 752	6,9	4 312	9,0	128	0,8	362	0,6
mit Abschluss	86 811	59,9	50 739	60,5	21 646	45,3	10 825	70,4	43 153	72,9
Volks-/Hauptschulabschluss	52 333	36,1	30 035	35,8	11 380	23,8	6 461	42,0	26 071	44,0
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	20 006	13,8	12 966	15,5	4 336	9,1	2 526	16,4	9 765	16,5
Fachhochschul- oder Hochschulreife	11 206	7,7	6 040	7,2	4 706	9,8	1 364	8,9	5 758	9,7
sonstiger Schulabschluss	3 266	2,3	1 698	2,0	1 224	2,6	474	3,1	1 559	2,6
ohne Abschluss oder Abschluss unbekannt	46 704	32,2	27 340	32,6	21 855	45,7	4 414	28,7	15 719	26,5
davon										
kein Schulabschluss	15 326	10,6	9 158	10,9	7 069	14,8	1 541	10,0	6 060	10,2
unbekannt	31 378	21,6	18 182	21,7	14 786	30,9	2 873	18,7	9 659	16,3

1) Außerhalb von Einrichtungen.



**Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> im Alter von 18 bis unter 65 Jahren  
am 31.12.2002 nach höchstem beruflichem Abschluss**

Beruflicher Abschluss	Empfänger insgesamt		und zwar							
			weiblich		Nichtdeutsche		Erwerbstätige		Arbeitslose	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>133 906</b>	<b>100</b>	<b>78 413</b>	<b>100</b>	<b>43 679</b>	<b>100</b>	<b>15 150</b>	<b>100</b>	<b>58 794</b>	<b>100</b>
davon										
noch in beruflicher Ausbildung	1 913	1,4	1 168	1,5	441	1,0	629	4,2	322	0,5
mit Abschluss	44 680	33,4	24 243	30,9	10 822	24,8	5 357	35,4	24 110	41,0
Lehre <sup>2)</sup>	32 886	24,6	17 278	22,0	6 652	15,2	3 969	26,2	17 845	30,4
davon										
abgeschl. Lehre in kaufmänn. Beruf	10 544	7,9	7 848	10,0	1 689	3,9	1 423	9,4	4 834	8,2
abgeschl. Lehre in gewerbl. techn. o. a. Beruf	22 342	16,7	9 430	12,0	4 963	11,4	2 546	16,8	13 011	22,1
abgeschl. berufl.-schulische Ausbildung	3 263	2,4	2 208	2,8	773	1,8	397	2,6	1 648	2,8
Abschluss einer Fachschule, Meisterschule <sup>3)</sup>	1 244	0,9	637	0,8	437	1,0	161	1,1	693	1,2
Fachhochschul-, Hochschulabschluss	4 076	3,0	2 186	2,8	2 014	4,6	447	3,0	2 315	3,9
anderer berufl. Ausbildungsabschluss	3 211	2,4	1 934	2,5	946	2,2	383	2,5	1 609	2,7
ohne Abschluss oder Abschluss unbekannt	87 313	65,2	53 002	67,6	32 416	74,2	9 164	60,5	34 362	58,4
davon										
kein Ausbildungsabschluss und nicht in beruflicher Ausbildung	58 069	43,4	35 760	45,6	19 320	44,2	6 122	40,4	25 044	42,6
unbekannt	29 244	21,8	17 242	22,0	13 096	30,0	3 042	20,1	9 318	15,8

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Abgeschlossene Lehre in kaufmännischem, gewerblich-technischem o. a. Beruf. — 3) Abschluss einer Fachschule, Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie.

gut 5 % stärker betroffen als die Empfänger insgesamt, wobei erstaunlicherweise die Personen mit schulischem bzw. beruflichem Abschluss besonders zulegen. Zwar ist die zuletzt genannte Personengruppe unter den Sozialhilfeempfängern noch unterrepräsentiert, die mit 10 % doppelt so starke Zunahme der Sozialhilfeempfänger mit einer über dem Hauptschulabschluss liegenden schulischen Ausbildung zeigt aber, dass eine abgeschlossene schulische bzw. berufliche Ausbildung in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht mehr unbedingt einen Schutz vor Bedürftigkeit bietet. Insgesamt führte die Entwicklung nur zu geringen strukturellen Verschiebungen. Knapp 8 % der Hilfeempfänger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren befanden sich noch in beruflicher Ausbildung, 60 % verfügten über einen schulischen Abschluss und ein knappes Drittel war ohne schulischen bzw. mit unbekanntem Abschluss.

Differenziert man nach dem beruflichen Abschluss, so zeigt sich, dass jeder dritte Empfänger laufender Hilfe im Alter von 18 bis unter 65 Jahren einen solchen hatte, während knapp zwei Drittel ohne eine abgeschlossene berufliche Ausbildung oder mit unbekanntem Abschluss waren. Die Bedeutung der Kategorie „unbekannte Abschlüsse“ ist 2002 absolut und relativ zurückgegangen, nicht zuletzt wegen der Aufklärungsarbeit der Sozialämter.

### 70 000 Arbeitsplätze fehlen

Um eine nachhaltige Entlastung der öffentlichen Träger der Sozialhilfe zu erreichen, wären in Hessen gegenwärtig

70 000 zusätzliche Arbeitsplätze erforderlich. In dieser Größenordnung bewegt sich das geschätzte Nettoarbeitskräftepotenzial unter den Sozialhilfeempfängern. Zur Ermittlung dieser Größe werden zunächst einmal die Minderjährigen und alle Personen über 60 Jahren außer Acht gelassen. Weiterhin bleiben die Sozialhilfeempfänger unberücksichtigt, die wegen häuslicher Bindung, Krankheit, Behinderung und Alter nicht erwerbstätig sind. Die verbleibenden Empfänger bilden das Bruttoarbeitskräftepotenzial, von dem dann noch die Erwerbstätigen und Personen in Aus- und Fortbildung abgesetzt werden. Das so abgegrenzte Nettoarbeitskräftepotenzial besteht zu drei Vierteln aus Arbeitslosen, das verbleibende Viertel besteht aus Personen, die aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig sind. Die Schwierigkeiten dieser Sozialhilfeempfänger, einen Arbeitsplatz zu erhalten, macht ein Blick auf die Struktur ihrer Ausbildung in schulischer und beruflicher Hinsicht deutlich, die im Wesentlichen der Struktur der Gesamtheit der Sozialhilfeempfänger in Bezug auf diese Merkmale entspricht. Nur gut ein Drittel hat eine abgeschlossene schulische und berufliche Ausbildung, ein weiteres Drittel hat zumindest eine abgeschlossene schulische Ausbildung, und das letzte Drittel hat weder einen schulischen noch beruflichen Abschluss<sup>2)</sup>. Die Strukturen sind für deutsche und nichtdeutsche Empfänger nahezu gleich, der Anteil der nichtdeutschen Empfänger liegt wie im Durchschnitt bei einem knappen Drittel.

Gegenüber dem Jahresende 2001 hat das Nettoarbeitskräftepotenzial überdurchschnittlich um 7,3 % zugenommen, nachdem es in den Jahren 1999 bis 2001 um 6500 Personen oder 9 % zurückgegangen war. In diesem Zeitraum hatte sich parallel dazu die Gesamtzahl der Empfänger um 13 000 verringert. Angesichts der durchschnittlichen Größe einer

2) Einschl. der Empfänger mit unbekannten schulischen bzw. beruflichen Abschlüssen.

**Abschätzung des Arbeitskräftepotenzials der Sozialhilfeempfänger<sup>1)</sup> im Alter  
von 18 bis unter 60 Jahren jeweils zum Jahresende**

Art der Angabe	1999		2001		Zu- bzw. Abnahme ( – ) 2001 gegenüber 1999		2002		Zu- bzw. Abnahme ( – ) 2002 gegenüber 2001	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger von Sozialhilfe <sup>1)</sup> i n s g e s a m t	242 408	100	229 344	100	– 13 064	– 5,4	239 189	100	9 845	4,3
./ . Minderjährige <sup>2)</sup>	87 917	36,3	82 455	36,0	– 5 462	– 6,2	85 249	35,6	2 794	3,4
./ . Personen über 60 Jahre	28 805	11,9	30 156	13,1	1 351	4,7	30 710	12,8	554	1,8
= Personen im Alter von 18 bis unter 60 Jahren	125 686	51,8	116 733	50,9	– 8 953	– 7,1	123 230	51,5	6 497	5,6
./ . Nichterwerbstätige wegen häuslicher Bindung	24 384	10,1	22 752	9,9	– 1 632	– 6,7	23 391	9,8	639	2,8
./ . Nichterwerbstätige wegen Krankheit, Behinderung, Alter	10 509	4,3	10 170	4,4	– 339	– 3,2	10 641	4,4	471	4,6
= Arbeitskräftepotenzial (brutto)	90 793	37,5	83 811	36,5	– 6 982	– 7,7	89 198	37,3	5 387	6,4
./ . Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit)	14 161	5,8	13 873	6,0	– 288	– 2,0	14 674	6,1	801	5,8
./ . Nichterwerbstätige wegen Aus- und Fortbildung	4 778	2,0	4 603	2,0	– 175	– 3,7	4 430	1,9	– 173	– 3,8
= Arbeitskräftepotenzial (netto)	71 854	29,6	65 335	28,5	– 6 519	– 9,1	70 094	29,3	4 759	7,3
und zwar										
Arbeitslose	53 037	21,9	50 014	21,8	– 3 023	– 5,7	55 001	23,0	4 987	10,0
Nichterwerbstätige aus sonstigen Gründen	18 817	7,8	15 321	6,7	– 3 496	– 18,6	15 093	6,3	– 228	– 1,5
Personen mit abgeschl. berufl. Ausbildung	23 926	9,9	22 222	9,7	– 1 704	– 7,1	24 643	10,3	2 421	10,9
Personen ohne abgeschl. berufl. Ausbildung, aber mit abgeschl. schul. Bildung	21 016	8,7	20 643	9,0	– 373	– 1,8	22 591	9,4	1 948	9,4
Personen ohne abgeschl. berufl. Ausbildung und ohne abgeschl. schul. Bildung	26 912	11,1	22 470	9,8	– 4 442	– 16,5	22 860	9,6	390	1,7

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren.

Bedarfsgemeinschaft von zwei Personen verringert also die Arbeitsaufnahme eines Sozialhilfeempfängers rein rechnerisch betrachtet die Gesamtzahl der Empfänger um zwei Personen. Wenn diese Beobachtung verallgemeinert und hypothetisch auf alle Empfänger übertragen wird, dann könnte mit 70 000 Arbeitsplätzen die Zahl der Empfänger — zumindest statistisch betrachtet — fast um 60 % verringert wer-

den. Da für eine Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt eine qualifizierte berufliche Ausbildung als wesentliche Voraussetzung anzusehen ist, wäre für knapp zwei Drittel der Personen des Nettoarbeitskräftepotenzials als erste Maßnahme eine ergänzende schulische und / oder berufliche Aus- und Weiterbildung in Richtung auf einen qualifizierten Abschluss notwendig. □

## Einkommensstruktur der Haushalte 2002 nach Verwaltungsbezirken

*Die Struktur der Haushaltsnettoeinkommen weist erhebliche Unterschiede in der Gliederung nach kreisfreien Städten und Landkreisen auf. Am besten schnitt im Jahr 2002 der Hochtaunuskreis ab, in dem gut zwei Fünftel der Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von 2600 Euro oder mehr verfügten. Am nächsten kamen ihm die Haushalte des Main-Taunus-Kreises. Demgegenüber schnitt die Stadt Kassel am schlechtesten ab. Dort mussten fast zwei Fünftel der Haushalte mit weniger als 1300 Euro auskommen, während nur ein Fünftel über mehr als 2600 Euro verfügte. Die Erwerbslosenquote hat erwartungsgemäß eine große Auswirkung auf die Struktur der Haushaltsnettoeinkommen. Der Hochtaunuskreis hatte, neben fünf anderen Verwaltungsbezirken, mit 5 % die niedrigste Erwerbslosenquote aller hessischen Verwaltungsbezirke. Demgegenüber war in der Stadt Kassel die Erwerbslosenquote mit 15 % weitaus am höchsten. Ähnlich wie die Erwerbslosenquote wirkte sich der Anteil der Haushalte mit Sozialhilfebezug auf die Einkommensstruktur aus. Dagegen hatte der Anteil der Einpersonenhaushalte nur eine geringere Auswirkung auf die Einkommensschichtung.*

Seit 1990 wurden die Ergebnisse des Mikrozensus — eine 1%-Stichprobe aller Wohnungen und Haushalte — auf der Ebene der „regionalen Anpassungsschichten“ für neun Gebiete unterhalb der Landesebene erstellt. Jetzt wird in Hessen zum ersten Mal der Versuch unternommen, einige Eckdaten für die 26 kreisfreien Städte und Landkreise nachzuweisen, und zwar für das Jahr 2002. Bei schwächer besetzten Tabellenfeldern (weniger als 50 Fälle in der Stichprobe) mussten die Angaben „ausgepunktet“ werden, da der relative Standardfehler über 20 % hinausgeht. Bei Tabellenfeldern mit 50 bis unter 100 Fällen in der Stichprobe wurden die Werte in Klammern gesetzt, da die Aussagefähigkeit dieser Werte stark eingeschränkt ist. Im Übrigen sind die nachgewiesenen Daten valide, sodass Aussagen über die Unterschiede der Einkommensstruktur und der Gründe nach Verwaltungsbezirken gemacht werden können.

### Hochtaunuskreis mit höchstem Haushaltseinkommen

Die privaten Haushalte im Gebiet des Hochtaunuskreises liegen hinsichtlich der Haushaltsnettoeinkommen hessenweit an der Spitze. Dort musste im vergangenen Jahr nur knapp ein Fünftel der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1300 Euro auskommen, während gut zwei Fünftel über 2600 Euro oder mehr verfügten. Damit lag dieser Landkreis deutlich vor der dem Main-Taunus-Kreis, in dem noch zwei Fünftel der Haushalte in der oberen Einkommensklasse lagen. Auf den nächsten Plätzen folgten der Landkreis Darmstadt-Dieburg (38 %), der Rheingau-Taunus-Kreis (37 %), der Landkreis Offenbach (35 %) und der Wetteraukreis sowie der Landkreis Groß-Gerau (jeweils 34 %). Es handelt sich hier um im Rhein-Main-Gebiet liegende Landkreise. Mit drei Zehnteln der Haushalte im oberen Einkommensbereich lagen noch der Landkreis Bergstraße (32 %) sowie der Main-Kinzig-Kreis, der Vogelsbergkreis und die Stadt Darmstadt (jeweils 31 %) über dem Landes-

durchschnitt. Im Odenwaldkreis und in der Stadt Wiesbaden kam die Einkommensverteilung dem Landesdurchschnitt sehr nahe.

Ein wenig schlechter schnitt die Stadt Frankfurt am Main ab, in der gut ein Viertel der Haushalte über ein Monatsnettoeinkommen von weniger als 1300 Euro auskommen musste, aber auch gut jeder vierte Haushalt 2600 Euro oder mehr in der Kasse hatte. Ähnlich wie in Frankfurt am Main war die Einkommensverteilung im mittelhessischen Raum (Landkreise Limburg-Weilburg, Gießen und Lahn-Dill-Kreis), wo aber bereits etwas mehr Haushalte in der unteren als in der oberen Einkommensgruppe angesiedelt waren.

Am ungünstigsten schnitt die Stadt Kassel ab. Hier mussten fast zwei Fünftel der Haushalte mit weniger als 1300 Euro auskommen, während nur ein Fünftel über mehr als 2600 Euro verfügte. Nicht viel günstiger war die Einkommenssituation in den nordhessischen Verwaltungsbezirken Werra-Meißner-Kreis, Schwalm-Eder-Kreis, Waldeck-Frankenberg sowie im Landkreis Marburg-Biedenkopf und in der Stadt Offenbach. Hier lagen die Anteile der unteren Einkommensgruppe deutlich über denen in der oberen Einkommensgruppe.

### Erwerbslosenquote und Haushaltsnettoeinkommen eng korreliert

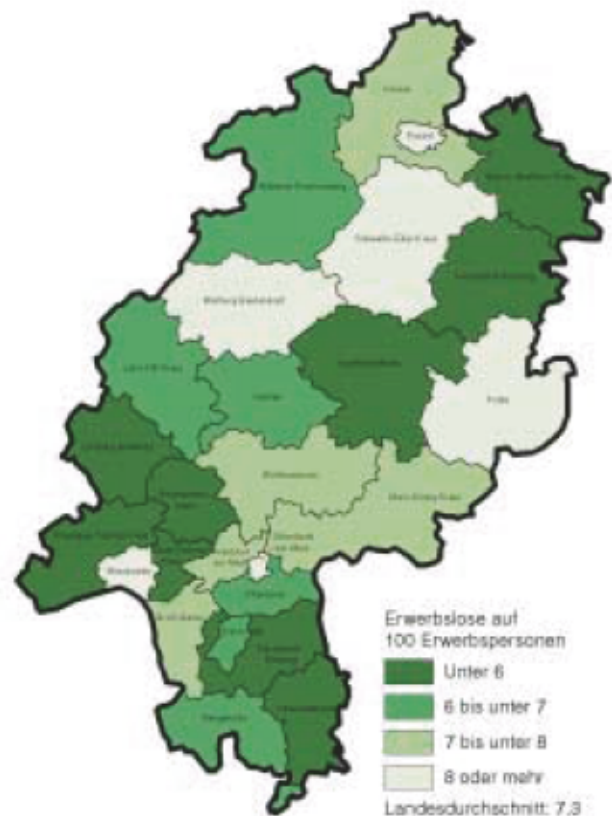
Die Erwerbslosenquote (Erwerbslose bezogen auf die Erwerbspersonen, also Erwerbstätige und Erwerbslose) hat erwartungsgemäß eine große Auswirkung auf die Struktur der Haushaltsnettoeinkommen. Der Hochtaunuskreis hatte im April 2002 mit 5 % — neben fünf anderen Verwaltungsbezirken — die niedrigste Erwerbslosenquote und belegte bei der Einkommensstruktur der Haushalte den Spitzenplatz. Auch im Main-Taunus-Kreis, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie im Rheingau-Taunus-Kreis — alles Kreise in der



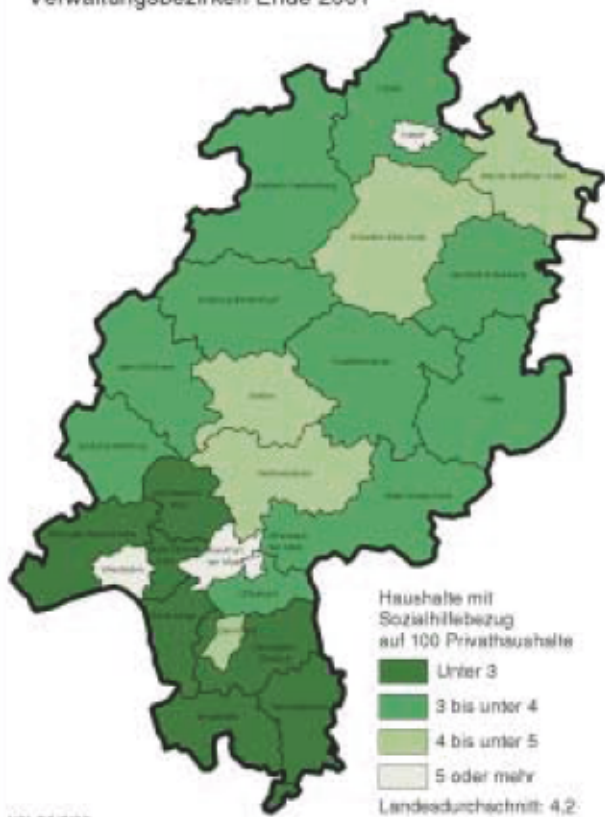
Haushalte mit 2600 Euro oder mehr  
monatlichem Nettoeinkommen  
in den Verwaltungsbezirken im April 2002



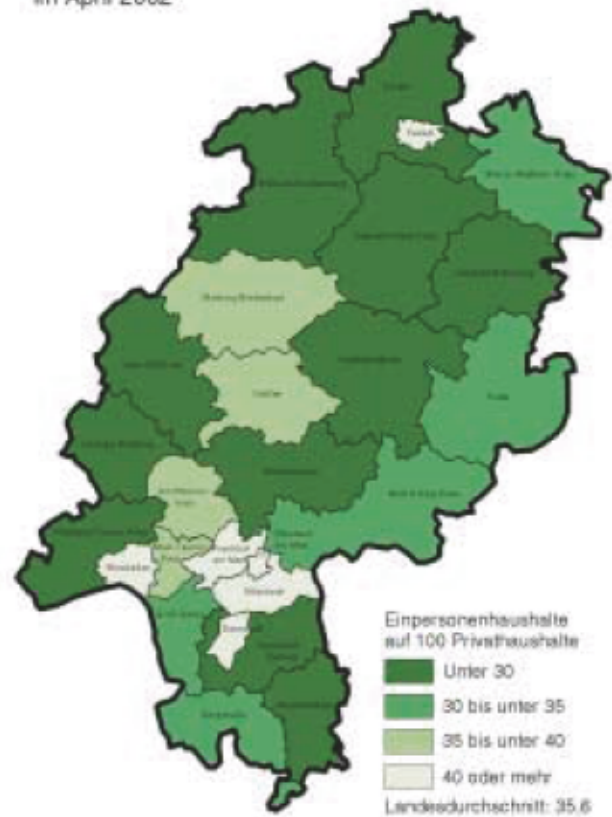
Erwerbslosenquoten  
in den Verwaltungsbezirken im April 2002



Anteile der Haushalte  
mit Sozialhilfebezug in den  
Verwaltungsbezirken Ende 2001



Anteile der Einpersonenhaushalte  
in den Verwaltungsbezirken  
im April 2002



HSL 50/3/03

Spitzengruppe nach der Einkommenshöhe — war die Erwerbslosenquote mit rund 5 % ebenfalls relativ niedrig. Nur im Landkreis Offenbach, das beim Einkommen in der obersten Einkommensgruppe lag, war die Erwerbslosenquote mit 7 % etwas höher und erreichte fast den Landesdurchschnitt. Im Allgemeinen gab es aber eine relativ gute Übereinstimmung zwischen der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens — gemessen am Anteil von einem solchen von 2600 Euro oder mehr — und der Höhe der Erwerbslosenquote, natürlich in negativer Korrelation. So hatte die Stadt Kassel die ungünstigste Einkommensstruktur und mit 15 % bei weitem die höchste Erwerbslosenquote aller hessischen Verwaltungsbezirke.

### Auch Sozialhilfebezug wirkt sich auf die Einkommensstruktur aus

Ähnlich wie die Erwerbslosenquote wirkte sich der Anteil der Haushalte mit Sozialhilfebezug auf die Einkommensstruktur der Haushalte aus. In den meisten Landkreisen im Regierungsbezirk Darmstadt lag der Anteil der Haushalte mit Sozialhilfebezug — das sind Haushalte, in denen mindestens ein Mitglied laufende Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2001 erhielt — unter 3 %. In diesen Landkreisen verfügten drei Zehntel oder mehr der Haushalte über ein Haushaltsnettoeinkommen von 2600 Euro oder mehr.

**Privathaushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen, Erwerbslosenquoten und Anteile der Einpersonenhaushalte sowie der Sozialhilfehaushalte im April 2002 nach Verwaltungsbezirken**  
(Ergebnisse des Mikrozensus sowie der Sozialhilfestatistik)

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Privathaushalte insgesamt	davon mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen				Erwerbs- losen- quote	Anteil der Haushalte mit Sozialhilfe- bezug <sup>1)</sup>	Antei der Einper- sonen- haushalte <sup>2)</sup>
		unter 1300 Euro	1300 bis unter 2000 Euro	2000 bis unter 2600 Euro	2600 Euro oder mehr			
	1000	%						
Darmstadt, Wissenschaftsst.	70	(28,8)	25,9	14,5	30,6	(6,7)	4,9	44,9
Frankfurt am Main, St.	362	26,5	28,6	18,7	26,8	7,6	6,0	51,1
Offenbach am Main, St.	61	30,4	29,4	(15,3)	24,7	(12,3)	8,5	41,1
Wiesbaden, Landeshauptst.	142	29,0	25,2	16,4	29,5	9,8	7,6	44,9
Bergstraße	121	24,7	26,1	16,9	32,2	(6,7)	2,8	30,0
Darmstadt-Dieburg	122	20,8	23,5	17,5	38,2	(5,4)	2,8	27,2
Groß-Gerau	116	23,0	26,4	16,9	33,7	(7,2)	2,5	33,1
Hochtaunuskreis	108	18,9	22,5	14,9	43,7	(5,2)	2,5	35,1
Main-Kinzig-Kreis	184	24,4	25,6	18,6	31,4	7,4	3,4	31,7
Main-Taunus-Kreis	108	20,0	22,7	16,8	40,5	.	2,0	35,7
Odenwaldkreis	42	(20,8)	27,8	(21,9)	29,6	.	2,4	25,5
Offenbach	158	21,4	26,7	16,6	35,4	6,8	3,2	41,1
Rheingau-Taunus-Kreis	83	23,5	22,8	17,1	36,7	.	2,4	29,4
Wetteraukreis	126	26,5	22,3	16,9	34,1	7,9	4,0	29,3
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 804	24,4	25,5	17,3	32,7	7,0	4,1	37,3
Gießen	121	31,4	24,8	16,7	27,2	(6,1)	4,4	39,3
Lahn-Dill-Kreis	113	28,9	27,0	17,4	26,8	(6,9)	3,3	28,6
Limburg-Weilburg	74	29,6	26,1	15,8	28,5	.	3,8	29,1
Marburg-Biedenkopf	117	37,3	23,6	15,0	24,1	8,7	3,0	38,9
Vogelsbergkreis	52	29,1	24,9	(15,0)	31,0	.	3,5	25,4
Reg.-Bez. G i e ß e n	477	31,7	25,4	16,2	26,9	6,9	3,6	33,8
Kassel, documenta-St.	98	39,0	27,5	14,1	19,3	15,3	10,5	44,7
Fulda	91	31,9	23,5	19,2	25,5	(8,3)	3,8	31,8
Hersfeld-Rotenburg	53	27,5	28,4	(18,9)	25,2	.	3,7	24,0
Kassel	110	25,8	26,9	18,6	28,7	(7,8)	3,6	28,1
Schwalm-Eder-Kreis	82	29,9	23,8	23,3	23,1	(9,8)	4,5	28,8
Waldeck-Frankenberg	71	29,4	25,0	20,9	24,5	(6,0)	3,4	25,4
Werra-Meißner-Kreis	54	33,6	24,8	19,9	21,9	.	4,0	33,4
Reg.-Bez. K a s s e l	559	31,0	25,9	18,9	24,2	8,8	5,0	31,5
Land H e s s e n	2 840	27,0	25,5	17,4	30,1	7,3	4,2	35,6
davon								
kreisfreie Städte	733	29,2	27,3	16,9	26,5	9,3	7,0	47,7
Landkreise	2 107	26,2	24,9	17,5	31,4	6,7	3,3	31,3

1) Mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2001. — 2) An den Privathaushalten insgesamt.

Demgegenüber bezogen in den Landkreisen Mittel- und Nordhessens im Allgemeinen zwischen 3 und 4 % aller Haushalte Sozialhilfe. Nach der Einkommensstruktur waren diese Landkreise stärker in der untersten Einkommensgruppe anzutreffen. In den kreisfreien Städten lag der Anteil der Sozialhilfe-Haushalte deutlich über dem Landesdurchschnitt. Am besten schnitt noch die Stadt Darmstadt ab, wo 5 % der Haushalte Sozialhilfe bezogen; diese Stadt schnitt auch bei der Einkommensstruktur am besten von allen kreisfreien Städten ab. Dagegen hatte das Schlusslicht bei der Einkommensstruktur, die Stadt Kassel, mit einem Zehntel aller Haushalte den höchsten Anteil der Sozialhilfebezieher in Hessen.

#### **Anteil der Einpersonenhaushalte von geringerer Auswirkung auf das Haushaltsnettoeinkommen**

Gegenüber der Erwerbslosenquote und dem Sozialhilfebezug hat der Anteil der Einpersonenhaushalte nur eine geringere Auswirkung auf die Einkommensschichtung. Im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis bestand jeder dritte Haushalt nur aus einer Person — damit lagen sie im Mittel-

feld der hessischen Verwaltungsbezirke —, trotzdem war das Haushaltseinkommen hier am höchsten. Demgegenüber war im Landkreis Darmstadt-Dieburg und im Rheingau-Taunus-Kreis, die bei der Höhe des Haushaltseinkommens auf den Plätzen 3 und 4 liegen, der Anteil der Einpersonenhaushalte mit 27 bzw. 29 % deutlich niedriger. Die höchsten Anteile der Einpersonenhaushalte wurden in den kreisfreien Städten festgestellt. Mit großem Vorsprung lag die Stadt Frankfurt am Main an der Spitze. Gut jeder zweite Haushalt bestand nur aus einer Person; das war der zweithöchste Anteil in Deutschland, knapp hinter München. Auch in den Städten Darmstadt, Wiesbaden und Kassel lag der Anteil der Einpersonenhaushalte mit 45 % deutlich über dem Landesdurchschnitt (36 %). Während die Städte Darmstadt, Wiesbaden und Frankfurt beim Haushaltseinkommen im Mittelfeld lagen, kommt bei der Stadt Kassel zur höchsten Erwerbslosenquote und zum größten Anteil der Haushalte mit Sozialhilfebezug ein mit 45 % hoher Anteil der Einpersonenhaushalte dazu, die zusammen den mit deutlichem Abstand letzten Platz beim Haushaltsnettoeinkommen erklären. □

## **Hessische Kreiszahlen**

### **Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte**

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

**Neu:** Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

**Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe III/97)**

**Systemvoraussetzungen:** IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

STATISTIK HESSEN

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.  
**Hessisches Statistisches Landesamt** . 65175 Wiesbaden

W-109



# Daten zur Wirtschaftslage

Für die hessische Wirtschaft ist auch im zweiten Quartal 2003 noch kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Die Entwicklung im Einzelnen: Im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) ging die reale Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, gemessen an den preisbereinigten Auftragseingängen, um 3,9 % zurück. Auffällig ist, dass die Auslandsaufträge im zweiten Vierteljahr deutlich um 6,8 % abnahmen. Die Inlandsbestellungen gingen weniger stark zurück (– 1,8 %). Der Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe lag nur knapp auf Vorjahresniveau (– 0,2 %). Die Geschäftstätigkeit mit dem Ausland sorgte für ein noch ausgeglichenes Ergebnis. Der Beschäftigungsrückgang hielt weiter an, wenngleich sich das Tempo des Abbaus etwas verlangsamt hat. Das hessische Bauhauptgewerbe bleibt ein Sorgenkind: Die Entwicklung war im zweiten Quartal 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum durch drastische Auftragsrückgänge, sinkende Umsätze und einen anhaltenden Beschäftigtenabbau gekennzeichnet. Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im zweiten Quartal 2002 rund 1,4 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Die beantragte Fläche lag damit um knapp 5 % oder 74 000 m<sup>2</sup> unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Ebenfalls rückläufig waren die hierfür von den Bauherren veranschlagten reinen Baukosten. Sie erreichten einen Betrag in Höhe von 1,3 Mrd. Euro und lagen damit um rund 16 % unter Vorjahresniveau. Leicht entspannt zeigt sich die Situation im hessischen Einzelhandel, dessen Umsätze im Beobachtungszeitraum real, d. h. nach Ausschaltung von Preisveränderungen, nur wenig zurückgingen (– 0,2 %). Der Rückgang fiel damit deutlich geringer aus als im ersten Quartal 2003. Die gegenwärtige konjunkturelle Situation wirkte sich deutlich auf den Arbeitsmarkt aus. In den Monaten April bis Juni 2003 wurden 242 000 Arbeitslose registriert, rund 30 600 oder gut 14 % mehr als im zweiten Quartal 2002. Gleichzeitig wurde die Kurzarbeit deutlich ausgeweitet. Auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zog im zweiten Vierteljahr 2003 an. Sie stieg um 91 oder 18,3 % auf 587. Der Verbraucherpreisindex in Hessen war im zweiten Quartal 2003 nur noch um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Die durchschnittliche Teuerung ist damit auf den niedrigsten Stand seit dem zweiten Quartal 1999 gesunken.

## Verarbeitendes Gewerbe: Aufträge unter Vorjahresniveau

Nachdem die **preisbereinigten Auftragseingänge** im hessischen Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal dieses Jahres das niedrige Vorjahresniveau deutlich um 5,7 % übertroffen hatten, gab es im zweiten Quartal einen Rückgang von 3,9 %. In allen drei Quartalsmonaten wurde das Vorjahresniveau verfehlt. Bemerkenswert ist, dass die Auslandsaufträge im zweiten Vierteljahr deutlich um 6,8 % abnahmen. Hier könnten die Aufwertungseffekte des Euro eine Rolle gespielt haben. Die Inlandsorders waren weniger stark betroffen und verringerten sich nur um 1,8 %.

Die dominierende Branche des hessischen Verarbeitenden Gewerbes — die Chemische Industrie — konnte sich der Abwärtstendenz nicht entziehen. Nach einem Plus in den ersten drei Monaten gingen die Orders im zweiten Quartal um 2,3 % zurück. Die Inlandsbestellungen gaben um 2 % und die des Auslands um 2,5 % nach. Der Maschinenbau weist für das zweite Vierteljahr 2003 ein markantes Minus von 21 % aus. Dieser Rückgang ist allerdings überwiegend auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da Großaufträge im Vorjahr zu einem deutlichen Anstieg geführt hatten. So ist die Abnahmerate von 34 % bei den Auslandsaufträgen im Beobachtungszeitraum deutlich überzeichnet. Die Inlandsaufträge gingen um 5,4 % zurück. Ganz im Gegensatz dazu steht die Entwicklung bei den Herstellern von Kraftwagen und -teilen. Hier nahmen die Aufträge um 7,4 % zu. Wäh-

rend sich die Inlandsorders um 4 % verringerten, lagen die Auslandsaufträge um 19 % höher als vor Jahresfrist.

## Schwache Umsatzentwicklung

Im Jahr 2002 verzeichnete das hessische Verarbeitende Gewerbe eine rückläufige Umsatzentwicklung, da der Inlandsumsatz deutlich zurückging, und der Auslandsumsatz dies nicht kompensieren konnte. Begünstigt durch einen Basiseffekt — deutlicher Rückgang der Inlands- und Auslandsumsätze im ersten Quartal 2002 — und einen Umsatzboom im Kraftwagensektor nahmen die Fakturierungen im ersten Quartal 2003 um 6 % zu. Da erstmals in diesem Jahr im Juni der Umsatz das Vorjahresniveau verfehlte, ergab sich im gesamten zweiten Quartal dieses Jahres ein Rückgang von 0,2 % auf 20,9 Mrd. Euro. Während es im Juni erstmals seit 13 Monaten wieder einen Rückgang beim Auslandsumsatz gab, erhöhten sich die Auslandsumsätze im gesamten zweiten Quartal um 3 % auf 8,6 Mrd. Euro. In diesem Zeitraum lagen die Inlandsumsätze mit 12,3 Mrd. Euro um 2,3 % niedriger als vor Jahresfrist. Die Exportquote erreichte 41 %.

Ein Fünftel der Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes wurden von der Chemischen Industrie erwirtschaftet. Sie verfehlte allerdings mit einem Umsatz von 4,3 Mrd. Euro den Vorjahresstand um 1,3 %. Während die Fakturierungen mit dem Inland um 3,5 % auf 1,7 Mrd. Euro abnahmen, legte das Auslandsgeschäft leicht um 0,2 % auf 2,6 Mrd. Euro zu. Die Exportquote erreichte „stolze“ 61,3 %. Trotz eines im

# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr		Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>					
		Volumenindex des Auftragseingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs <sup>4)</sup> 2000 = 100	Beschäftigte	Index der Um-sätze <sup>6)</sup> 2000 = 100	Preis-index für die Lebens-haltung <sup>7)</sup> 2000 = 100	Arbeits-lose <sup>9)</sup>	Arbeits-losen-quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurz-arbeit (Personen) <sup>11)</sup>	
		ins-gesamt	Inland	Ausland										
Grundzahlen <sup>12)</sup>														
2000	D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156	
2001	D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822	
2002	D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	102,0	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297	
2002	Mai	104,4	87,3	135,9	451 648	82,6	30 914	100,7	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675	
	Juni	102,9	89,0	128,6	451 629	113,0	30 422	95,7	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680	
	2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	452 004	96,9	30 804	100,0	103,0	.	.	.	.	
	Juli	107,8	96,2	129,4	452 995	84,5	30 118	98,2	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987	
	August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	99,1	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876	
	September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	99,1	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389	
	3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	98,8	103,1	.	.	.	.	
	Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	107,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585	
	November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	110,7	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434	
	Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	119,2	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128	
	4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	112,6	103,0	.	.	.	.	
2003	Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	94,3	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415	
	Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	88,8	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268	
	März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	100,7	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966	
	1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	94,6	103,8	.	.	.	.	
	April	98,5	87,1	119,4	437 953	65,0	28 918	103,1	103,8	244 698	8,9	30 489	27 660	
	Mai	103,2	91,4	124,8	437 080	74,5	29 088	101,6	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859	
	Juni	97,3	85,4	119,4	436 520	82,5	28 934	94,1	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547	
	2. Vj. D	99,7	88,0	121,2	437 184	74,0	28 980	99,6	103,7	.	.	.	.	
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>														
2000	D	6,7	3,7	11,4	– 1,1	.	– 5,5	.	.	– 10,2	.	22,4	– 19,4	
2001	D	– 2,2	– 3,2	– 0,8	– 0,2	– 4,4	– 7,2	.	1,7	– 6,7	.	0,4	51,7	
2002	D	– 1,6	– 4,1	2,2	– 3,1	– 12,3	– 7,8	– 1,6	1,3	6,5	.	– 16,8	95,6	
2002	Mai	0,9	– 7,6	13,2	– 3,2	– 32,4	– 6,7	– 3,3	1,2	7,9	.	– 16,2	111,6	
	Juni	– 0,1	– 2,1	2,8	– 3,6	– 4,4	– 8,4	1,3	0,9	5,9	.	– 16,7	129,4	
	2. Vj.	3,0	– 2,1	10,3	– 3,2	– 11,9	– 7,4	1,1	1,2	.	.	.	.	
	Juli	5,1	4,5	6,1	– 3,4	3,3	– 9,5	4,2	1,1	7,6	.	– 19,5	66,5	
	August	– 2,5	– 6,9	4,4	– 3,4	– 30,3	– 9,5	0,0	1,1	7,4	.	– 24,0	81,4	
	September	1,6	– 3,3	8,6	– 3,5	– 34,9	– 8,8	3,0	1,0	7,0	.	– 25,5	60,8	
	3. Vj.	1,5	– 1,9	6,4	– 3,4	– 24,0	– 9,3	2,4	1,0	.	.	.	.	
	Oktober	5,0	2,9	8,1	– 3,6	11,6	– 7,9	4,9	1,3	6,7	.	– 21,2	41,9	
	November	0,9	– 3,2	6,7	– 3,6	– 11,5	– 6,1	1,0	1,1	7,7	.	– 17,4	14,2	
	Dezember	– 6,3	– 5,4	– 7,6	– 3,5	1,6	– 6,8	– 0,2	1,2	7,4	.	– 21,8	– 41,8	
	4. Vj.	– 0,1	– 1,8	2,4	– 3,6	0,0	– 6,9	1,8	1,2	.	.	.	.	
2003	Januar	6,3	– 0,1	15,4	– 3,8	– 14,7	– 8,0	– 1,6	0,9	9,2	.	– 21,0	– 32,9	
	Februar	6,9	5,9	8,2	– 3,5	– 6,2	– 7,8	– 1,8	1,0	12,0	.	– 21,9	– 40,6	
	März	4,2	0,4	9,4	– 3,3	– 17,6	– 6,5	– 3,3	0,8	14,4	.	– 22,0	– 38,0	
	1. Vj.	5,8	2,0	10,9	– 3,5	– 13,6	– 7,5	– 2,3	0,9	.	.	.	.	
	April	– 5,5	– 5,8	– 5,0	– 3,3	– 31,7	– 6,9	– 0,6	0,8	15,5	.	– 19,6	12,6	
	Mai	– 1,1	4,7	– 8,2	– 3,2	– 9,9	– 5,9	0,9	0,6	14,1	.	– 14,4	96,4	
	Juni	– 5,4	– 4,0	– 7,2	– 3,3	– 26,9	– 4,9	– 1,7	0,8	13,2	.	– 15,1	109,4	
	2. Vj.	– 3,9	– 1,8	– 6,8	– 3,3	– 23,7	– 5,9	– 0,4	0,7	.	.	.	.	
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>														
2002	Mai	0,2	– 5,6	8,1	– 0,2	– 13,3	– 0,5	– 2,9	0,0	– 1,1	.	– 8,6	– 44,3	
	Juni	– 1,4	1,9	– 5,4	0,0	36,8	– 1,6	– 5,0	– 0,1	0,1	.	– 5,2	– 7,3	
	2. Vj.	6,4	2,6	11,7	– 0,8	30,5	– 0,1	3,3	0,1	.	.	.	.	
	Juli	4,8	8,1	0,6	0,3	– 25,2	– 1,0	2,6	0,4	2,2	.	– 7,9	– 37,0	
	August	– 9,5	– 8,6	– 10,8	0,1	5,5	1,5	0,9	– 0,2	– 1,9	.	– 5,2	11,1	
	September	4,8	0,7	10,7	– 0,2	– 6,2	0,3	0,0	– 0,1	– 1,3	.	– 5,7	5,8	
	3. Vj.	– 1,2	1,5	– 4,4	0,3	– 11,5	– 1,2	– 1,2	0,1	.	.	.	.	
	Oktober	5,3	9,0	0,5	– 0,6	0,5	0,2	8,8	– 0,1	0,6	.	– 5,6	12,7	
	November	– 2,9	– 5,1	0,1	– 0,5	– 10,9	– 0,3	2,7	– 0,3	2,3	.	– 2,9	8,0	
	Dezember	– 12,4	– 11,6	– 13,5	– 0,5	2,0	– 2,5	7,7	1,0	4,2	.	– 6,3	– 2,7	
	4. Vj.	– 1,3	– 1,3	– 1,4	– 1,2	– 8,5	– 0,1	14,0	– 0,1	.	.	.	.	
2003	Januar	11,6	7,5	17,1	– 1,3	– 35,7	– 4,2	– 20,9	– 0,1	9,8	.	10,6	29,5	
	Februar	0,0	1,7	– 2,2	– 0,0	20,5	– 1,1	– 5,8	0,5	2,3	.	12,5	5,9	
	März	2,9	3,3	2,5	– 0,1	42,1	1,4	13,4	– 0,1	– 1,1	.	5,3	4,6	
	1. Vj.	1,9	– 0,7	5,3	– 1,8	– 18,3	– 6,2	– 16,0	0,8	.	.	.	.	
	April	– 6,4	– 4,8	– 8,4	– 0,3	– 22,6	0,8	2,4	– 0,1	– 1,0	.	0,3	73,2	
	Mai	4,8	4,9	4,5	– 0,2	14,5	0,6	– 1,5	– 0,2	– 2,3	.	– 2,8	– 2,9	
	Juni	– 5,7	– 6,6	– 4,3	– 0,1	10,9	– 0,5	– 7,4	0,1	– 0,7	.	– 6,0	– 1,2	
	2. Vj.	– 3,4	– 1,2	– 6,2	– 0,6	15,4	– 1,6	5,3	– 0,1	.	.	.	.	

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Juni nur noch geringen Anstiegs erhöhten sich im gesamten zweiten Quartal die Umsätze der Hersteller von Kraftwagen und -teilen um 14 % auf knapp 3,1 Mrd. Euro. Die Inlandsumsätze nahmen um 7,8 % auf 1,5 Mrd. Euro und die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern um 22 % auf ebenfalls 1,5 Mrd. Euro zu. Vor allem wegen eines schlechten Juniergebnisses verfehlte der Maschinenbau im zweiten Vierteljahr das Vorjahresniveau mit 2,3 Mrd. Euro um 5,2 %. Einem deutlichen Rückgang von 11 % auf 1,1 Mrd. Euro im Inland stand ein leichter Zuwachs von 1,2 % auf 1,2 Mrd. Euro auf dem Auslandsmarkt gegenüber.

### **Beschäftigung deutlich unter Vorjahresniveau**

Die Beschäftigtenzahl des Verarbeitenden Gewerbes wird im Jahr 2003 ein weiteres Mal zurückgehen. Daran besteht schon zur Jahresmitte kein Zweifel. Allerdings hat sich das Tempo des Beschäftigungsabbaus etwas verlangsamt. Während die Beschäftigtenzahl im ersten Quartal noch um 3,5 % abgenommen hatte, ging sie im Durchschnitt des zweiten Quartals um 3,3 % auf noch 437 200 zurück. Am deutlichsten unter den größten Branchen fiel der Rückgang im Maschinenbau aus, wo die Zahl der Mitarbeiter um 4,3 % auf 59 000 abnahm. Der Kraftwagensektor reduzierte seinen Personalbestand um 2,2 % auf 55 600 und die Chemische Industrie um 0,4 % auf 62 700.

### **Drastischer Auftragsrückgang im Bauhauptgewerbe, Beschäftigungsabbau wenig verlangsamt**

Schwach, schwächer, am schwächsten: So lässt sich die Auftragsentwicklung des hessischen Bauhauptgewerbes in den letzten Jahren beschreiben. Im Jahr 2000 gingen die wertmäßigen Auftragseingänge um 1,7 % zurück, 2001 um 4,4 % und im Jahr 2002 schon deutlich um 12 %. Nachdem im ersten Quartal 2003 das Vorjahresniveau um 14 % verfehlt wurde, gab es im zweiten Quartal sogar einen Auftragsrückgang von 24 %. Für die verschlechterte Situation ist vor allem der Wirtschaftshochbau verantwortlich. Die seit 2001 zu beobachtende gesamtwirtschaftliche Stagnations- bzw. Rezessionsphase hat die Nachfrage nach Büro- und Fabrikgebäuden einbrechen lassen. So erhielt der gewerbliche und industrielle Hochbau, der bereits im ersten Quartal 2003 ein Minus von 28 % ausgewiesen hatte, im zweiten Quartal 38 % weniger Aufträge. Dagegen hat sich die Abwärtstendenz im Wohnungsbau, der seit Jahren rückläufige Aufträge verzeichnet, zuletzt abgeschwächt. Nach einem Minus von noch 4 % in den ersten drei Monaten gab es im zweiten Quartal nur noch einen minimalen Rückgang von 0,1 %. Der Straßenbau hat in Hessen in den letzten Jahren stabilisierend gewirkt. Begünstigt durch größere Aufträge im März dieses Jahres gab es im ersten Quartal sogar ein deutliches Plus von 42 %. Ohne entsprechende Impulse wurde allerdings im zweiten Vierteljahr ein Rückgang von 22 % verzeichnet.

Im Gegensatz zu den Auftragseingängen werden bei den baugewerblichen Umsätzen auch die Umsätze aus Subunternehmertätigkeit einbezogen; d.h. Leistungen, die vom Subunternehmer erbracht werden, werden auch vom Generalunternehmen als Umsatz gemeldet. Nach einem Anstieg von 4 % im ersten Quartal haben die baugewerblichen Umsätze im zweiten Quartal wieder nachgegeben. Sie verfehlten mit 940 Mill. Euro das Vorjahresniveau um 3,9 %. Während beim Wohnungsbau die Umsätze von niedrigem Niveau aus um 12 % zunahmen, verringerten sie sich im gewerblichen und industriellen Bau um 12 %. Der Straßenbau, der im ersten Vierteljahr noch deutlich im Minus gelegen hatte, konnte seine Umsätze knapp um 0,4 % erhöhen.

Die Beschäftigungssituation im hessischen Bauhauptgewerbe ist nach wie vor sehr ernst. Aber die immer noch deutliche Abnahmerate hat sich etwas abgeschwächt. Nach einem Minus von 7,5 % im ersten Quartal ging die Beschäftigtenzahl — in die laufende Konjunkturstatistik sind nur Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten einbezogen — im zweiten Vierteljahr um 5,9 % auf 29 000 zurück. Überproportional betroffen waren die kaufmännischen und technischen Angestellten mit einem Rückgang von 8,8 %. Dagegen lag die Zahl der Facharbeiter und Poliere nur um 2,9 % niedriger als vor Jahresfrist. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden ging um ein Zehntel zurück.

### **Hochbauvolumen ging im zweiten Quartal 2003 zurück**

In den Monaten April bis Juni des Jahres 2003 nahm das geplante **Hochbauvolumen** von neuem ab. Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben in diesem Zeitraum insgesamt rund 1,4 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Die Flächennachfrage lag damit um knapp 5 % oder 74 000 m<sup>2</sup> unter der des zweiten Quartals 2002. Die veranschlagten reinen Baukosten reduzierten sich im gleichen Zeitraum um rund 16 % auf 1,3 Mrd. Euro. Die Nachfrage nach neuen Flächen sowie die Investitionsbereitschaft der privaten Haushalte, die ihre Bauaktivitäten auf den Wohnbau konzentrieren, ging nach einem zwischenzeitlichen Zuwachs im ersten Vierteljahr 2003 wieder deutlich zurück. Flächenbedarf und Investitionsvolumen verringerten sich jeweils um rund ein Fünftel. Demgegenüber wurde durch die Bauherrngruppe der Unternehmen ein zusätzlicher Flächenbedarf von 54 000 m<sup>2</sup> (+ 6,8 %) angemeldet. Hauptsächlich Zielrichtung der geplanten Bautätigkeit der Unternehmen war erneut der Nichtwohnbau. Im zweiten Quartal wurde hier um Genehmigung zusätzlicher Flächen von 78 000 m<sup>2</sup> (+ 14 %) nachgesucht. Dagegen verminderte sich die Baufreigabe für Flächen im Bereich des Wohnbaus um 24 000 m<sup>2</sup> (– 11 %). Von den Unternehmen wurden die Baukosten für die geplanten Flächen im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt um 12 % niedriger veranschlagt als im Vorjahresquartal. Somit ergab sich ein um 103 Mill. Euro vermindertes Kostenvo-



lumen von 743 Mill. Euro. Die dritte wichtige Bauherrengruppe, die öffentlichen Bauherren, deren Anteil am beantragten Baugeschehen dennoch nur etwas mehr als 5 % betrug, ließ sich von den Baubehörden mit 76 700 m<sup>2</sup> 4,2 % weniger neue oder umzubauende Flächen genehmigen. Die dafür veranschlagten Mittel lagen deutlich um 42 % unter denen des Vergleichszeitraumes.

Die Bilanz der Wohnbaugenehmigungen fiel im zweiten Vierteljahr 2003 erneut negativ aus. Bei den hessischen Bauaufsichtsbehörden wurden 2030 neue **Wohngebäude** mit 3680 Wohnungen zum Bau freigegeben. Das waren 380 Bauanträge weniger als im gleichen Quartal des Vorjahres. Die Genehmigungen für Einfamilienhäuser gingen um 7,8 % auf 1490, für Zweifamilienhäuser um 40 % auf 310 und für Mehrfamilienhäuser um 15 % auf 225 zurück. Die Zahl der in den Mehrfamilienhäusern geplanten Wohnungen reduzierte sich noch stärker, und zwar um 24 % auf 1560. Die schwächere Nachfrage nach Wohnungen in neuen Wohngebäuden wurde von einem gleichzeitigen Rückgang um 14 % bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden begleitet. Das führte zu einer Verringerung der Gesamtzahl von zum Bau freigegebenen Wohnungen um 1150 oder 21 %. Somit wurden in den Monaten April bis Juni 4265 neue und umzubauende Wohnungen genehmigt. Die genehmigten Wohnflächen gingen im Vergleichszeitraum um 18 % von 624 000 auf 514 000 m<sup>2</sup> zurück. Die reinen Baukosten für Wohngebäude wurden mit 640 Mill. Euro veranschlagt. Sie verminderten sich um 15 %.

Im zweiten Vierteljahr 2003 wuchs das Genehmigungsvolumen im **Nichtwohnbau** bezogen auf die Nutzflächen um 7,0 % auf 754 000 m<sup>2</sup>. In diesem Vierteljahr stellte sich die Nachfrageentwicklung bei den beiden wichtigsten Gebäudearten genau diametral zum Verlauf im Vorjahr dar. Bezogen auf das damals schwache Ergebnis des Vorjahresquartals wurden Nutzflächen in Handels- und Lagergebäuden im zweiten Vierteljahr 2003 viel stärker nachgefragt. Der Anteil an der gesamten Nutzfläche machte nunmehr mit 325 000 m<sup>2</sup> über 43 % der Gesamtnutzfläche im Nichtwohnbau aus. Bei Büro- und Verwaltungsgebäuden dagegen hat sich der Flächenbedarf auf Grund des überdurchschnittlich hohen Wertes in den Monaten April bis Juni 2002 mehr als halbiert. Er lag im gleichen Zeitraum 2003 bei 178 000 m<sup>2</sup>. Die Baukosten für neue und umzubauende Nichtwohngebäude wurden von den Bauherren mit 681 Mill. Euro beziffert. Sie sanken gegenüber dem Vorjahresquartal um 17 %. Die zusätzlichen Investitionen wurden mit rund 211 Mill. Euro für Handels- und Lagergebäude vorgesehen. Da diese allerdings in der Regel weniger kostenintensiv als Büro- und Verwaltungsgebäude sind, führte die dort erfasste negative Entwicklung (– 66 %) zu dem oben beschriebenen Rückgang des Gesamtkostenvolumens.

## Einzelhandel — Licht am Ende des Tunnels?

Zwar gingen auch im zweiten Vierteljahr 2003 — verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres — die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler zurück. Der Rückgang fiel jedoch mit nominal – 0,4 % deutlich geringer aus als im ersten Quartal. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, gab es sogar nur noch eine Abnahme von 0,2 %. Besonders positiv ragten der Heimwerkerbereich und die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören — heraus. Der erstgenannte Bereich schloss mit einem Umsatzplus von nominal und real etwa 8 % ab, letzterer hatte nominal und real gut 2 % mehr in seinen Kassen. Die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln hatten bei geringfügig niedrigerem nominalen Umsatz real 1 % mehr.

Weniger in ihren Kassen hatten die Facheinzelhändler — abgesehen von den genannten Ausnahmen — und vor allem der Versandhandel. Letzterer befand sich nominal mit knapp 12 % im Minus; real war dies ein Rückgang von etwas über 11 %.

Im hessischen Einzelhandel werden immer noch Stellen abgebaut: Die Zahl der Beschäftigten ging im Vergleichszeitraum um 5,5 % zurück, wobei die Zahl der Vollbeschäftigten um knapp 6 % abnahm, während sich diejenige der Teilzeitbeschäftigten im Vierteljahresvergleich um gut 5 % verringerte.

## Mehr Arbeitslose und Kurzarbeit — weniger offene Stellen

Im Verlauf des zweiten Quartals 2003 meldeten sich in Hessen 104 900 Personen arbeitslos. Das waren 7200 oder reichlich 7 % mehr als in den Monaten April bis Juni 2002. Zu nennenswerten erhöhten Arbeitslosmeldungen kam es nur bei Personen, die zuvor einer Erwerbstätigkeit nachgegangen waren (+ 8200 oder + 18 %). Die konjunkturelle Flaute beschert vielen Unternehmen unzureichend gefüllte Auftragsbücher, sodass diese vermehrt Arbeitsverträge auslaufen lassen bzw. kündigen. Die Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren, zeigten sich dagegen nahezu unverändert (+ 100 oder + 0,2 %). Die Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener betrieblicher Ausbildung nahmen sogar um 1100 oder 38 % ab, weil der Beginn der Sommerferien in Hessen sich vom Juni (2002) auf den Juli (2003) verschob.

Recht negativ machte sich die konjunkturelle Situation auch bei der Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar. Nur 41 600 offene Stellen wurden der hessischen Arbeitsverwaltung im zweiten Quartal offeriert, 6600 oder nahezu 14 % weniger als vor Jahresfrist. Durch das verringerte Stellenangebot war auch der Vermittlungserfolg der Arbeitsämter be-

einträchtig. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 114 500 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 10 700 oder 10 % mehr als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt der Monate April bis Juni 2003 wurden 242 000 Arbeitslose registriert, 30 600 oder reichlich 14 % mehr als im zweiten Quartal des Vorjahres. Zu diesem Anstieg der Arbeitslosigkeit gesellte sich noch eine beträchtliche Ausweitung der Kurzarbeit. Denn im zweiten Quartal 2003 waren durchschnittlich 27 000 Arbeitskräfte von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen. Das war sowohl im Vergleich zum Vorquartal (+ 11 800 oder + 78 %) als auch gegenüber dem Vorjahr (+ 10 000 oder + 59 %) eine kräftige Erhöhung. Diese Zunahme ist aber im Wesentlichen auf eine im April einsetzende Arbeitszeiteinschränkung für etwa 11 000 Beschäftigte eines Luftfahrtunternehmens zurückzuführen.

### Unternehmensinsolvenzen ziehen an

Die sich auf eine moderate Zunahme der Zahl der Unternehmensinsolvenzen zum Jahresanfang stützende, vage Aussicht auf eine Beruhigung der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen hat sich in Hessen im zweiten Vierteljahr dieses Jahres etwas getrübt. Hatten im ersten Vierteljahr 2003 die Insolvenzen von Unternehmen in Hessen lediglich um 28 oder 5,2 % auf 562 zugenommen, so zogen sie im zweiten Quartal des Jahres um 91 oder 18,3 % auf 587 an. Zur Jahreshälfte waren in Hessen damit bereits 1149 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen, 119 oder 11,6 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2002.

Von Zunahmen der Insolvenzen gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 waren nunmehr mit Ausnahme des „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens“ — hier wurden nur 26 Unternehmensinsolvenzen gemeldet (– 12, – 32 %) — alle Wirtschaftsbereiche betroffen, wobei das Ausmaß des An-

stiegs der Unternehmensinsolvenzen in den Wirtschaftsbe-  
reichen stark variierte. Deutliche Zunahmen waren bei  
Dienstleistungen und im Handel festzustellen. Im Wirt-  
schaftsbereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Ver-  
mietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwie-  
gend für Unternehmen“ kam es zu 302 Insolvenzen, 37 oder  
14 % mehr als in der ersten Hälfte 2002. Bei der „Erbringung  
sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen“  
wurden 53 Unternehmen insolvent (+ 23, + 77 %) und im  
Handel (einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz und  
Gebrauchsgütern) 214, 20 oder 10 % mehr als im Ver-  
gleichszeitraum des Vorjahres. Im Baugewerbe kam es im  
ersten Halbjahr 2003 zu 241 Unternehmensinsolvenzen, 13  
(+ 6 %) mehr als in der ersten Hälfte des Vorjahres.

Von den von Januar bis Juni gegen 1149 hessische Unter-  
nehmen beantragten Insolvenzen führten 632 oder 55 % auch  
zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Im ersten Halbjahr  
2002 hatte die Eröffnungsquote — bei 607 eröffneten Ver-  
fahren und 1030 Insolvenzen — noch bei 59 % gelegen. Da-  
mit ist in Hessen erstmals seit Inkrafttreten der Insolvenzord-  
nung im Jahr 1999 wieder ein Rückgang der Eröffnungsquo-  
te bei den Unternehmensinsolvenzen zu konstatieren.

In den im ersten Halbjahr des Jahres 2003 bei den Insolvenzen-  
gerichten gegen Unternehmen beantragten Verfahren stan-  
den voraussichtliche Forderungen in Höhe von nahezu  
1,2 Mrd. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren gut  
280 Mill. Euro oder rund 20 % weniger als im ersten Halbjahr  
des Vorjahres.

Deutliche Unterschiede wies bei den Unternehmen wieder  
das regionale Insolvenzgeschehen auf. Die Unternehmensin-  
solvenzen nahmen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2002  
bei den Insolvenzgerichten in den Landkreisen Lim-  
burg-Weilburg (+ 27, + 113 %), Vogelsbergkreis (+ 21,  
+ 263 %) und im Hochtaunuskreis (+ 25, + 76 %) relativ am  
stärksten zu. Absolut stiegen die Unternehmensinsolvenzen  
auf Grund der höheren Unternehmensdichte im Regierungs-  
bezirk Darmstadt (+ 106, + 16 %), und hier in Frankfurt am  
Main (+ 42, + 30 %), am kräftigsten. Die ausgeprägtesten  
Rückgänge der Unternehmensinsolvenzen wurden für die  
Landkreise Marburg-Biedenkopf (– 20, – 61 %) und Fulda  
(– 11, – 38 %) sowie den Werra-Meißner-Kreis (– 11, – 42 %) ermittelt. In den kreisfreien Städten waren die Insolvenzzah-  
len in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in Darmstadt  
(– 13, – 32 %), Wiesbaden (– 13, – 23 %) und Kassel (– 12,  
– 23 %) rückläufig, während sie in Offenbach am Main mit  
27 exakt den Wert aus dem ersten Halbjahr des Vorjahres tra-  
fen.

Von den in den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 ge-  
meldeten Unternehmensinsolvenzen waren in Hessen rund  
8700 Beschäftigte direkt betroffen, davon 3760 in Unter-  
nehmen des Verarbeitenden Gewerbes und über 1200 in  
Unternehmen des Baugewerbes. In etwa der Hälfte der 1149

**Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2002  
und 2003 nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereiche	1. Halbjahr		Zu- bzw. Abnahme (–) in %
	2002	2003	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	11	12	9,1
Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>	133	151	13,5
Baugewerbe	228	241	5,7
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	194	214	10,3
Gastgewerbe	55	60	9,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	63	73	15,9
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	265	302	14,0
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	30	53	76,7
Übrige Wirtschaftsbereiche <sup>2)</sup>	51	43	– 15,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1 030</b>	<b>1 149</b>	<b>11,6</b>

1) Einschl. Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Kredit- und Versicherungsgewerbe; Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

Unternehmensinsolvenzen des ersten Halbjahres 2003 (583) gab es bei dem mutmaßlich endgültigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Unternehmen keine Beschäftigten mehr und in 150 Insolvenzverfahren müssen jeweils mehr als 10 Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze bangen. Knapp 5500 der 8700 von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten waren in einer der 755 in der ersten Hälfte des Jahres in Insolvenz geratenen Gesellschaften mbH beschäftigt.

### **Verbraucherpreise nur noch 0,7 % höher als vor Jahresfrist, aber niedriger als im Vorquartal**

Die Verbraucherpreise in Hessen waren im zweiten Quartal 2003 nur noch um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Die durchschnittliche Teuerung ist damit wieder auf den niedrigsten Stand seit dem zweiten Quartal 1999 gesunken, als ebenfalls 0,7 % gemessen worden waren. Im ersten Quartal 2003 hatte die entsprechende Rate noch 0,9 % und im letzten Vierteljahr 2002 1,2 % betragen. Nachdem Heizöl und Kraftstoffe im ersten Quartal die allgemeine Teuerung noch deutlich beschleunigt hatten, haben sich ihre im Jahresvergleich gemessenen Preisbewegungen im zweiten Quartal gegenseitig neutralisiert: Während Heizöl von April bis Juni jeweils billiger als im gleichen Monat des Vorjahres war, stiegen die Kraftstoffpreise. Auch ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte wären die Verbraucherpreise im zweiten Quartal um 0,7 % höher als vor Jahresfrist gewesen, nachdem diese Rate im ersten Quartal auf nur noch 0,3 % gesunken war. Es hätte also — allerdings auf sehr niedrigem Niveau — eine Beschleunigung der Teuerung gegeben.

Die Preise in wichtigen Ausgabegruppen sind gesunken. So waren Kleidung und Schuhe im zweiten Quartal 2003 im Durchschnitt um 2,2 % sowie Möbel und Einrichtungsgegenstände um 1,8 % billiger als ein Jahr zuvor. Für langlebige Gebrauchsgüter gingen die Preise um 1,7 % zurück (darunter für Personalcomputer und andere Informationsverarbeitungsgeräte einschl. Software und Zubehör um über 21 %) und für Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer um 1,3 %. Nahrungsmittel waren im zweiten Quartal im Durchschnitt nur noch um 0,3 % billiger als ein Jahr zuvor, nachdem es im ersten Quartal noch – 2,2 % gewesen waren. Hinter diesen Durchschnittsraten steht eine uneinheitliche Preisentwicklung. Nahrungsmittel waren im April noch um 1,0 % und im Mai um 0,3 % billiger, im Juni aber bereits um 0,4 % teurer als im gleichen Monat des Vorjahres.

Andererseits haben sich die Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) überdurchschnittlich verteuert. Im zweiten Quartal waren sie um 1,8 % höher als ein Jahr zuvor.

Die kurzfristige Preisentwicklung gegenüber dem Vorquartal war äußerst gedämpft. Im zweiten Quartal war der Verbraucherpreisindex für Hessen um 0,1 % niedriger als im ersten Quartal. Im Einzelnen war er im April um 0,1 % und im Mai um 0,2 % niedriger, im Juni aber um 0,1 % höher als im jeweiligen Vormonat.

Zu Beginn des dritten Quartals stiegen die Verbraucherpreise vergleichsweise stark, die Teuerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ging jedoch leicht zurück. Im Juli war der Verbraucherpreisindex um 0,3 % höher als im Juni und nur noch um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. □



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 077,8 <sup>1)</sup>	6 091,6 <sup>1)</sup>	6 077,8	6 078,4	6 078,5	6 092,6	6 091,6	6 090,1	6 089,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	3 378	890	1 873	1 884	3 135	983	1 180
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	5,0	6,5	1,7	4,0	3,8	6,1	1,9	2,5
* Lebendgeborene	"	4 686	4 610	5 586	3 151	4 094	4 118	5 714	3 434	4 131
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,1	10,8	6,1	8,8	8,2	11,0	6,6	8,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 948	5 031	5 670	5 024	4 618	4 745	6 205	5 149	5 087
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,9	11,0	9,7	9,9	9,5	12,0	10,0	10,9
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	19	20	16	27	16	14	22	14	10
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,2	4,5	2,9	8,6	3,9	3,4	3,9	4,1	2,4
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 262	- 420	- 84	- 1 873	- 524	- 627	- 491	- 1 715	- 956
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,5	- 0,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 1,3	- 0,9	- 3,3	- 2,0
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 598	13 993	10 342	14 816	11 708	12 588	10 840	14 223	11 772
darunter aus dem Ausland	"	6 442	6 079	4 279	6 442	5 368	5 158	4 137	6 121	5 497
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 528	12 423	10 842	12 387	11 083	12 544	11 334	14 056	11 859
darunter in das Ausland	"	6 209	5 274	4 556	5 599	5 006	5 766	4 765	7 155	6 069
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 070	1 570	- 500	2 429	625	44	- 494	167	- 87
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 943	18 322	16 449	20 043	15 306	18 478	19 641	19 770	15 152
		2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	209 604	209 772	214 374	244 698	239 071	237 433	248 582
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	89 678	90 359	93 520	101 801	100 116	100 016	106 630
Männer	"	110 886	122 151	119 926	119 413	120 854	142 897	138 955	137 417	141 952
* Ausländer	"	42 684	45 295	45 168	44 052	43 574	51 726	50 987	50 604	50 892
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	23 507	26 443	28 263	28 457	27 165	27 121	32 934
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,6	7,6	7,8	8,9	8,7	8,6	9,0
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	6,9	7,0	7,2	7,9	7,7	7,7	8,2
Männer	"	7,6	8,4	8,2	8,2	8,3	9,8	9,6	9,4	9,8
Ausländer	"	14,2	15,2	15,1	14,7	14,5	17,3	17,0	16,8	16,9
* Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	6,4	7,2	7,7	7,7	7,5	7,5	9,1
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	13 675	12 680	7 987	27 660	26 859	26 547	20 139
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	34 658	32 843	30 243	30 489	29 650	27 885	25 942
		2000	2001	2000		2001		2002		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5)6)</sup>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 192,6	2 214,7
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	970,2	968,0	964,9	956,4	969,1
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	231,9	228,9	227,3	225,2	226,0
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	341,8	345,2	348,2	350,7	352,6
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	287,8	289,7	292,3	293,8	295,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	14,1	12,5	13,1	14,0	14,1
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,8	3,4	3,6	3,7	3,8
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	551,2	545,8	537,7	533,3	532,3
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	140,8	138,9	137,4	135,8	136,0
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	123,5	116,8	112,0	114,0	115,7
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,7	14,4	14,1	14,1
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	571,7	566,6	560,4	556,0	560,8
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	252,9	251,2	249,1	246,7	248,6
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	475,3	473,4	472,5	470,9	477,3
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	216,9	216,2	216,1	214,9	217,8
* öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	504,4	507,9	507,4	504,1	514,3
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	340,7	343,3	344,1	341,2	348,8

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Dateistand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	6 954	5 806	4 596	6 299	5 756	5 303	3 845
Kälber	"	224	277	252	291	234	205	251	127	116
Schweine	"	95 275	85 364	91 218	83 745	79 480	78 050	68 888	67 888	64 992
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	6 548	3 658	2 222	7 195	5 387	3 441	1 881
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	10 475	9 952	9 205	8 876	8 671	8 195	7 708
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 940	1 667	1 364	1 683	1 664	1 529	1 192
* Kälbern	"	20	22	15	11	18	18	17	13	13
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 996	7 538	7 227	6 683	6 008	6 044	5 941
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	1 614	1 897	2 504	2 395
* Erzeugte Konsumeier <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	27 520	31 781	29 760	29 517	28 600	27 754	26 745
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	88 830	91 727	87 583	87 483	87 866	91 252	87 422
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	85 226	88 002	84 033	84 017	84 511	87 786	84 091
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	18,0	18,0	17,8	17,8	18,5	18,6	18,4
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 360	3 356	3 356	3 206	3 198	3 193	3 185
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	452,7	451,6	451,6	439,5	438,0	437,1	436,5
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	269,6	263,0	263,4	262,8	263,1	253,3	252,1	251,6	251,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	.	.	.	.	57 054	55 306	54 575	52 465
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	637,1	687,4	671,3	614,9	627,6	674,0	652,1
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	775,7	806,3	793,0	758,3	811,5	805,0	790,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	7 032,5	6 692,9	7 229,3	7 468,8	7 210,0	6 816,8	6 887,3
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 767,6	2 648,0	2 908,8	3 093,1	2 973,5	2 752,1	2 848,6
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,3	39,4	39,6	40,2	41,4	41,2	40,4	41,4
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup> insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	- 2,2	- 1,6	8,7	0,9	- 0,1	4,2	- 5,5	- 1,1	- 5,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	17,1	- 6,7	4,7	2,1	- 7,0	0,8	- 5,2
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	4,6	12,4	1,2	9,4	- 2,5	- 7,3	- 6,5
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 3,8	- 30,9	3,6	0,9	- 13,9	0,9	- 16,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 4,9	3,0	- 21,0	- 0,6	- 5,5	15,6	2,9
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	15,5	5,2	- 9,0	1,3	- 8,5	4,8	- 2,8
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	15,4	28,5	- 0,3	- 5,9	- 19,7	- 31,4	- 6,8
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	1,1	3,0	22,3	39,6	12,8	23,2	- 11,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 2,0	- 9,4	- 3,6	2,1	- 9,4	- 1,5	- 10,0
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	108	108	108	108
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 124	18 030	18 071	17 518	17 477	17 464	17 445
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)</sup>	1000 h	.	2 273	2 307	2 132	2 189	2 240	2 122	2 124	2 059
* Bruttolohn- und -gehaltssumme <sup>9)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	61,6	57,5	63,9	58,0	60,7	56,9	63,4
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	1 902,4	1 687,1	1 991,4	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	.	85,7	81,3	.	.	...
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	.	98,2	79,8	.	.	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	55,5	55,1	54,2	52,1	52,5	52,8	52,5
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	28,6	28,5	28,3	27,6	28,0	28,3	28,2
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,2	8,1	8,1	7,4	7,4	7,5	7,5
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,6	2,6	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	5 657	5 124	5 417	4 749	5 407	5 335	5 287
darunter										
Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 200	2 036	2 068	1 814	2 221	2 192	2 197
* gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 536	1 406	1 494	1 369	1 458	1 463	1 431
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 894	1 657	1 816	1 539	1 701	1 646	1 632
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	91,2	88,8	82,5	73,6	87,4	85,2	84,0
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	38,8	38,4	41,7	33,6	35,4	33,9	38,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	438,5	467,3	492,2	451,2	443,4	521,1	476,4
darunter										
Wohnungsbau	"	141,1	134,5	135,2	132,1	137,8	130,1	149,0	184,5	156,5
* gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	167,0	188,2	193,7	185,2	156,6	175,1	162,0
* öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	134,4	145,6	158,5	133,6	135,7	158,6	155,4
* Index des Auftragseingangs <sup>3)</sup>	1995=100	95,6	83,9	95,3	82,6	113,0	84,0	65,0	74,5	82,5
darunter										
Wohnungsbau	"	86,4	74,7	75,8	74,1	87,1	80,0	78,3	69,1	89,4
* gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	82,7	55,3	88,6	54,0	42,1	53,4	59,8
* öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	120,2	125,2	157,3	129,1	93,9	106,9	113,2
A u s b a u g e w e r b e <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,2	.	.	23,1	21,4	.	.	21,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 962	6 430	.	.	6 504	5 889	.	.	5 981
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	111,9	109,4	.	.	107,5	93,3	.	.	98,9
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	59,9	.	.	60,0	53,8	.	.	58,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	591,5	.	.	564,9	393,5	.	.	489,6
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	810	752	847	973	901	632	498
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	731	658	756	906	791	571	444
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	887	865	942	974	1 022	680	586
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	169	166	179	180	192	129	104
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	206 088	200 817	218 552	225 170	237 100	160 707	135 568
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	164	156	125	128	149	136	146
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	1 363	873	641	1 112	892	1 061	1 636
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	358	155	126	195	156	239	249
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	422 269	156 376	106 404	128 036	124 273	209 623	255 246
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 723	1 830	1 925	1 754	1 975	1 323	1 108
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	9 188	9 164	9 585	9 535	10 233	6 798	5 902
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
G r o ß h a n d e l <sup>7)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	87,5	80,4	86,9	83,8	83,5	80,6	83,8
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	90,3	83,1	87,7	85,2	85,8	82,4	84,7
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	98,3	98,2	97,9	92,0	92,1	91,8	91,5
E i n z e l h a n d e l <sup>9)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	100,3	101,2	98,4	94,0	98,2	100,9	99,8	92,3
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	102,0	103,7	100,7	95,7	100,7	103,1	101,6	94,1
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	111,7	112,0	112,8	107,4	112,3	117,8	113,2	108,2
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	107,7	110,4	104,3	104,5	106,8	107,4	105,6	105,6
Bekleidung	"	101,0	97,4	94,2	95,7	89,5	88,0	95,3	91,4	84,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	92,0	81,9	79,4	88,4	85,8	80,3	69,4
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,0	114,1	112,1	102,8	116,3	121,4	123,4	111,6
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,9	97,9	97,2	96,6	92,0	91,8	91,4	92,5
K f z - H a n d e l u. T a n k s t e l l e n <sup>14)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	91,7	103,7	93,4	94,2	104,4	103,3	94,6	92,6
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	93,2	105,3	94,7	95,5	106,5	105,5	96,6	94,8
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,6	93,8	92,7	92,6	92,3	92,6	92,0	92,3
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,6	95,4	92,7	93,8	87,5	81,3	90,8	87,6
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,4	99,5	97,6	99,6	91,9	85,3	95,3	91,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	91,9	98,9	93,2	98,1	89,4	76,4	98,6	87,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	99,4	94,0	99,1	100,1	98,1	90,4	88,7	93,8	96,5
Kantinen und Caterer	"	101,2	99,0	100,0	97,5	105,3	98,5	91,8	91,2	93,8
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	94,9	97,8	96,5	96,4	91,3	90,1	92,3	94,1

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 671,0	2 347,1	2 758,5	2 819,0	2 891,2	2 757,5	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	60,1	74,1	66,7	85,0	67,3	68,1	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 610,9	2 273,0	2 691,9	2 601,9	2 689,6	2 572,8	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	18,6	16,2	20,2	23,9	21,4	24,0	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	137,2	119,0	134,4	146,0	122,6	141,8	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 455,1	2 137,8	2 537,3	2 432,0	2 545,7	2 406,9	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	530,3	502,3	524,4	473,6	503,0	471,8	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 924,8	1 635,4	2 012,8	1 958,4	2 042,8	1 935,1	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	750,3	719,8	736,6	706,5	766,3	682,7	...
Maschinen	"	...	383,8	402,9	333,2	431,1	359,1	401,8	393,6	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	247,4	214,8	321,8	314,5	311,5	301,5	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	239,0	225,9	232,3	223,3	238,1	224,1	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	186,9	138,6	182,0	171,9	184,1	171,1	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 890,4	1 649,5	1 922,4	2 073,8	2 127,7	1 930,4	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 445,8	1 255,9	1 467,8	1 639,6	1 666,8	1 447,6	...
* Afrika	"	47,3	44,1	47,0	41,3	54,1	36,1	39,6	45,4	...
* Amerika	"	371,0	348,1	363,9	332,5	366,1	327,1	334,3	343,0	...
* Asien	"	360,0	374,6	347,7	304,5	394,2	364,1	366,0	415,5	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	22,0	19,4	21,8	18,0	23,7	23,2	...
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	4 457,8	3 437,0	4 197,0	4 301,4	4 019,7	4 045,7	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	196,2	197,4	172,8	179,9	170,6	197,8	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	4 261,5	3 239,6	4 024,2	3 778,1	3 553,9	3 556,4	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	88,7	45,0	80,4	40,9	85,1	100,9	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	264,5	237,9	309,3	223,8	256,5	227,4	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 908,4	2 956,7	3 634,5	3 513,4	3 212,2	3 228,1	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	469,0	377,2	442,3	459,9	367,0	379,1	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	3 439,4	2 579,5	3 192,2	3 053,5	2 845,2	2 849,0	...
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 789,3	2 232,7	2 882,6	2 876,0	2 638,2	2 641,3	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	2 160,8	1 640,3	2 260,1	2 282,0	1 999,9	2 015,5	...
* Afrika	"	91,0	82,1	102,7	101,2	84,5	46,5	100,2	57,9	...
* Amerika	"	662,6	521,1	879,8	427,7	540,7	499,0	500,7	571,3	...
* Asien	"	724,5	697,3	682,3	667,1	683,4	872,6	774,8	770,2	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	3,6	8,3	5,8	7,2	5,9	5,0	...
TOURISMUS <sup>3)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	799	864	919	753	700	885	828
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	186	195	229	187	163	192	191
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	2 008	2 197	2 275	1 912	1 843	2 239	2 067
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	339	352	396	382	299	377	338
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	606	682	688	584	592	676	660
Luftkurorte	"	124	118	102	146	145	92	108	142	142
Erholungsorte	"	98	92	79	118	107	54	84	107	112
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 220	1 251	1 335	1 183	1 059	1 314	1 153
darunter Großstädte	"	575	550	560	518	586	577	468	556	483
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 199	1 229	1 121	1 163	1 195	1 263	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	236	224	188	208	202	197	...
* Gütereingang	"	1 037	930	963	1 004	933	956	993	1 067	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2003 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und -Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	32 639	30 005	34 994	34 127	29 866	32 896	31 853
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	27 351	25 957	30 670	28 417	24 337	28 617	27 837
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 639	1 458	1 786	1 469	1 537	1 390	1 516
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	2 980	1 951	1 968	3 577	3 254	2 250	1 892
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	352	347	305	320	360	362	393
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	3 043	3 234	3 263	2 679	2 754	3 348	3 268
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 335	2 407	2 477	1 946	2 068	2 492	2 538
* Getötete Personen	"	43	42	62	38	49	41	34	43	54
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 089	3 250	3 237	2 584	2 765	3 270	3 327
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	.	116 499	121 148	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	.	.	115 089	120 275	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	.	1 410	874	.	.	...
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	.	.	75 318	64 327	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	.	.	58 797	56 706	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	.	16 521	7 622	.	.	...
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	.	135 342	121 206	.	.	...
davon aus										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	.	.	106 624	108 511	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	.	28 718	12 695	.	.	...
GELD UND KREDIT										
Banken <sup>6)</sup>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup>	Mill. EUR	546 660	.	.	.	.	.	.	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	.	.	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu1 Jahr)	"	71 101	.	.	.	.	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	.	.	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup>										
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	.	.	.	.	.
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	387	327	443	454	544	565	499
davon										
* Unternehmen	"	167	186	153	141	202	153	181	214	192
* Verbraucher	"	73	100	96	76	104	152	195	162	151
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	21	28	36	71	92	98	82
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	117	82	101	78	76	91	74
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	408 152	143 260	302 908	550 589	149 163	272 132	294 392	164 058
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	5 085	4 940	4 736	...	...	...	...
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 279	4 033	4 353	...	...	...	...
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	103,0	103,0	102,9	103,9	103,8	103,6	103,7
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	105,5	105,1	104,5	103,8	104,2	104,7	104,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	106,2	105,7	105,8	110,5	110,5	110,5	111,0
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,8	100,6	100,4	99,3	98,9	98,4	97,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	103,2	103,2	103,1	105,0	105,0	105,0	104,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,9	101,9	101,8	101,6	101,4	101,3	101,4
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	104,8	104,3	104,2	106,9	106,1	105,7	105,8
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	95,6	96,1	96,2	95,9	96,2	96,2	96,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	99,5	100,7	100,8	100,6	100,1	99,4	100,0
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	"	100,9	104,8	103,1	104,2	104,9	104,3	104,4	104,3	105,5
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	102,4 <sup>14)</sup>	102,4 <sup>14)</sup>	.	102,4	.	.	.	102,1	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	2 782,5	2 793,4	3 266,5	3 140,0	2 646,0	2 917,8	3 823,9
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 014,8	2 722,8	2 307,0	2 447,5	2 835,9	2 646,6	2 166,8	2 452,4	3 399,0
davon										
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	"	1 513,6	1 485,5	1 472,4	1 399,5	1 528,0	1 438,7	1 486,5	1 503,4	1 388,0
veranlagte Einkommensteuer	"	64,1	64,4	32,2	– 50,6	414,2	– 108,7	– 56,8	– 66,1	370,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	256,6	181,1	127,4	110,9	417,8	38,2	116,0	122,2	279,6
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	"	265,7	257,7	230,4	194,4	165,7	289,7	233,5	146,3	148,2
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	"	15,1	– 130,1	– 229,7	– 171,7	– 529,5	342,7	– 419,3	– 232,4	353,4
Umsatzsteuer	"	745,4	727,3	565,3	803,6	702,4	476,4	674,0	842,8	732,2
Einfuhrumsatzsteuer	"	154,2	136,8	109,0	161,3	137,3	169,5	132,9	136,2	127,5
Bundessteuern	"	278,4	292,9	257,1	206,4	306,9	360,9	246,0	306,2	296,8
darunter										
Mineralölsteuer	"	41,9	52,0	43,6	44,4	53,8	46,3	52,8	61,8	57,5
Versicherungsteuer	"	67,9	78,1	68,4	34,6	78,8	69,9	60,9	75,6	47,8
Zölle <sup>3)</sup>	"	11,5	9,0	6,9	10,7	8,5	11,2	6,9	9,4	9,1
Landessteuern	"	141,3	126,8	131,9	122,4	115,2	121,4	116,0	123,8	119,0
darunter										
Vermögensteuer	"	3,3	3,9	0,9	1,3	5,3	1,3	– 9,3	5,5	6,1
Erbschaftsteuer	"	23,6	18,0	11,4	13,1	25,4	19,3	21,2	16,5	23,2
Grunderwerbsteuer	"	43,5	41,4	45,3	41,9	35,1	35,5	33,3	33,3	36,1
Kraftfahrzeugsteuer	"	53,2	48,9	58,4	51,2	49,8	52,0	53,4	50,7	48,0
Gewerbsteuerumlage	"	26,5	30,5	79,6	6,4	0,0	0,0	110,2	26,1	0,0
		2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1342,5	2 056,0	889,2
davon										
Grundsteuer A	"	3,0	4,3	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	4,3
Grundsteuer B	"	154,9	152,3	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	148,5
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	491,5	561,4	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	710,1
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	597,2	584,3	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	137,4
andere Steuern <sup>5)</sup>	"	16,0	15,4	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	15,5
		2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
Arbeiterverdienste										
(im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	2 508
* Männliche Arbeiter	"	2 520	2 551	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	2 587
darunter Facharbeiter	"	2 674	2 697	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	2 739
* Weibliche Arbeiter	"	1 883	1 920	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937	1 938	1 949
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	1 755	1 786	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	1 798
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	14,89	15,13	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	15,45
* Männliche Arbeiter	"	15,36	15,59	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	15,91
darunter Facharbeiter	"	16,48	16,67	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	17,00
* Weibliche Arbeiter	"	11,66	11,92	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	12,16
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	10,72	10,94	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	11,08
Angestelltenverdienste										
(Bruttonomatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	3 586	3 687	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	3 720
* männlich	"	3 843	3 941	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	3 969
* weiblich	"	2 863	2 963	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	3 014
* kaufmännische Angestellte	"	3 385	3 477	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	3 508
* technische Angestellte	"	3 765	3 871	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	3 906
* in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	"	3 060	3 365	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	3 431
* männlich	"	3 380	3 725	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	3 788
* weiblich	"	2 617	2 823	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	2 885
* kaufmännische Angestellte	"	3 077	3 360	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	3 426
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	"	3 270	3 487	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	3 542

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.



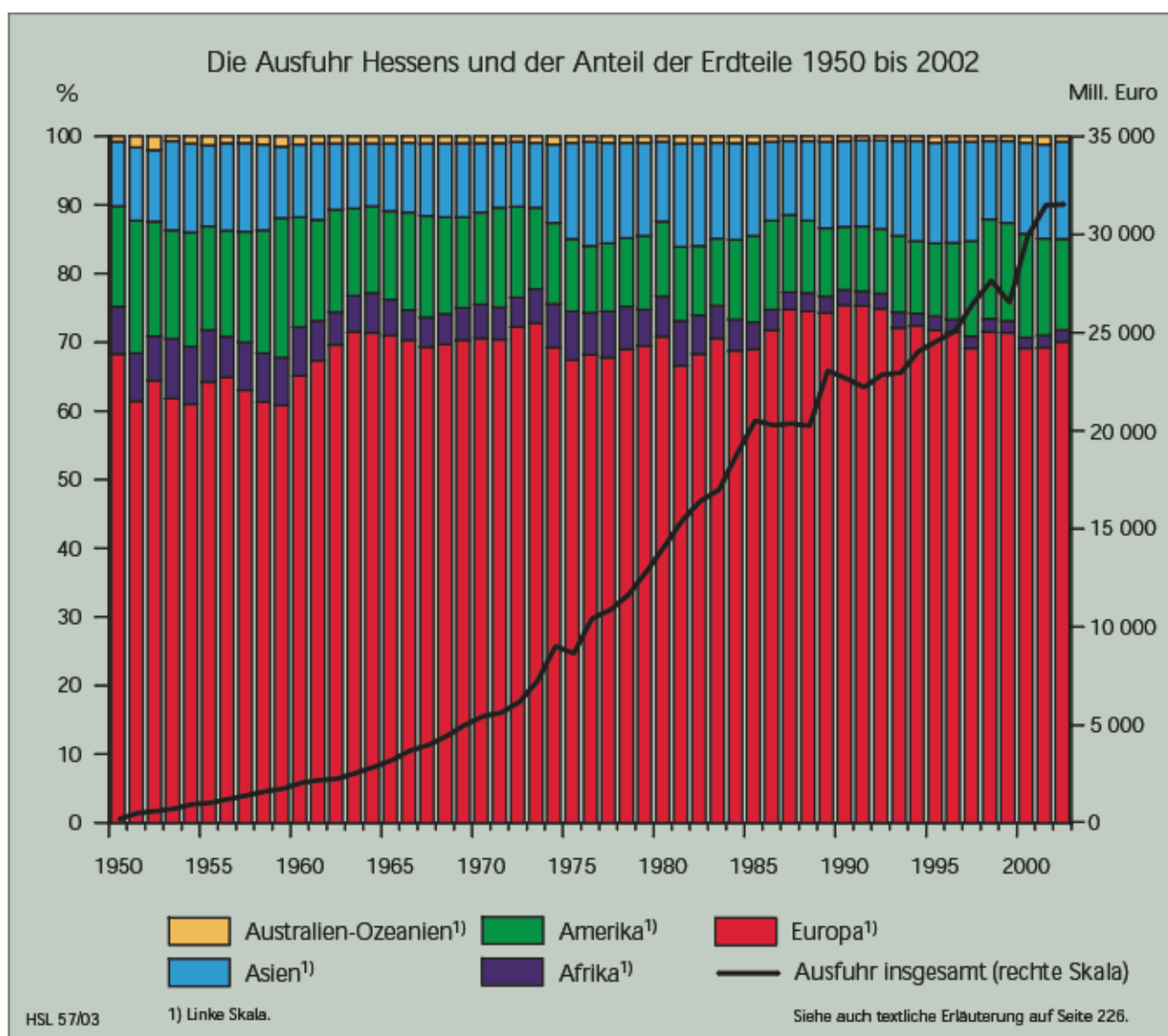
# Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

9 · 03

58. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



## Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2002 - Regionale Besonderheiten

*Im Jahr 2002 war die Entwicklung der Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt durch eine Trendwende gekennzeichnet. Nach fünf aufeinander folgenden Jahren, in denen die Zahlen nahezu flächendeckend zurückgegangen waren, überwogen im Berichtsjahr die Zuwächse. Nur noch in einem Fünftel der Verwaltungsbezirke war ein nennenswerter Rückgang zu verzeichnen. Die Situation im nordhessischen Brennpunkt Kassel verschärfte sich weiter. Beachtliche überdurchschnittliche Zuwächse konzentrierten sich auf die kreisfreien Städte und Landkreise Südhessens. Die Unterschiede zwischen den Verwaltungsbezirken sind ganz erheblich durch die Struktur der Bedarfsgemeinschaften zu erklären. Die zu beobachtende Konzentration von Single-Haushalten — zwangsläufig waren dann niedrige Anteile von Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren anzutreffen — hatte maßgeblichen Einfluss auf die Werte der charakteristischen Merkmale: Sie erhöhte die durchschnittliche Dauer der Hilfestellung, den Bruttobedarf, den Nettoanspruch und vor allem den durchschnittlichen jährlichen Aufwand je Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im jeweiligen Verwaltungsbezirk. Dieser Wert schwankte zwischen 3690 Euro in Frankfurt am Main und 2150 Euro im Rheingau-Taunus-Kreis. Wie schon an anderer Stelle<sup>1)</sup> ausgeführt, wären rund 70 000 Arbeitsstellen erforderlich, um die Zahl der Sozialhilfeempfänger nachhaltig zu senken. In der regionalen Differenzierung fehlen Arbeitsplätze vor allem in den kreisfreien Städten, am dringendsten in Kassel. Für die nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger war die Situation im gesamten Regierungsbezirk Kassel besonders kritisch.*

### Südhessen vom Anstieg überdurchschnittlich betroffen

In Hessen gab es Ende 2002 außerhalb von Einrichtungen per saldo 10 000 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mehr als ein Jahr zuvor. Die Zuwächse konzentrierten sich auf die kreisfreien Städte und Landkreise des Regierungsbezirks Darmstadt. Hier wurden gut 6 % mehr Empfänger registriert, gegenüber + 4,3 % im Landesdurchschnitt. Dies ist vor allem auf die Entwicklung in der kreisfreien Stadt Frankfurt und den beiden Landkreisen Offenbach und Darmstadt-Dieburg zurückzuführen. In diesen drei Verwaltungsbezirken wurde mehr als die Hälfte der Zugänge des Regierungsbezirks Darmstadt registriert. In Frankfurt lebte am Jahresende 2002 jeder sechste hessische Sozialhilfeempfänger, ihre Zahl stieg um 8 % und damit fast doppelt so stark wie im Landesdurchschnitt auf knapp 40 000. In den Landkreisen Darmstadt-Dieburg und Offenbach waren die relativen Zuwächse mit 10,3 bzw. 10,0 % am höchsten. Bis auf die kreisfreie Stadt Offenbach, dem Landkreis Bergstraße und dem Odenwaldkreis blieben die Zunahmeraten der anderen Bezirke unter dem Landesdurchschnitt. Der überdurchschnittliche Zuwachs im Regierungsbezirk Darmstadt ist allerdings zu einem gewissen Grad überzeichnet, da bei einer Überprüfung der Empfängerzahlen des Landkreises Groß-Gerau ein Zuordnungsfehler aufgedeckt wurde, der in der Vergangenheit zu einer systematischen Untererfassung in der Größenordnung von 1000 Empfängern geführt hatte.

Insgesamt unterdurchschnittlich entwickelten sich die Zugänge im Regierungsbezirk Gießen. Während der Lahn-Dill-Kreis und der Landkreis Limburg-Weilburg beachtliche Zugänge registrierten, konnte der Landkreis Marburg-Biedenkopf sogar einen Rückgang verbuchen.

Obwohl die kreisfreie Stadt Kassel weiterhin der Brennpunkt der Sozialhilfe war, hielten sich im Regierungsbezirk Kassel insgesamt die Zu- und Abnahmen die Waage, sodass die Gesamtzahl der Empfänger gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieb.

### Inanspruchnahme der Sozialhilfe in Nordhessen unverändert hoch

Das deutliche Süd-Nord-Gefälle beim Zugang neuer Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen hat die regionale Verteilung nur unwesentlich verschoben. Gut drei Fünftel der Sozialhilfeempfänger lebten im Regierungsbezirk Darmstadt, ein gutes Siebtel hatte seinen Wohnsitz in Mittelhessen und das restliche knappe Viertel verteilte sich auf Nordhessen. Der hessische Durchschnitt von 39 Empfängern auf 1000 Einwohner wurde im südlichen Regierungsbezirk mit einer Empfängerichte von 40 Personen knapp überschritten. Am höchsten war hier die Inanspruchnahme in der kreisfreien Stadt Offenbach (89). Nur halb so hoch wie im Durchschnitt des Regierungsbezirks und außerdem auch am niedrigsten unter allen Verwaltungsbezirken in Hessen war sie im Main-Taunus-Kreis (20). Gemessen an der Empfängerichte war in den Verwaltungsbezirken des Regierungsbezirks Gießen die Inanspruchnahme von Sozialhilfe unterdurchschnittlich (33), am höchsten war

<sup>1)</sup> Vgl. „Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2002. Struktur und Entwicklung auf Landesebene“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 58. Jahrg., Heft 8, August 2003, S. 191 ff.

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002 nach Verwaltungsbezirken und ausgewählten Merkmalen

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Empfänger				und zwar													
	ins- gesamt	Anteil	Zu- bzw. Ab- nahme (-) <sup>2)</sup>	auf 1000 Ein- woh- ner <sup>3)</sup>	weiblich		Nicht- deutsche		unter 18 Jahre alt		18 bis unter 65 Jahre alt		65 Jahre oder älter		Erwerbs- fähige <sup>4)</sup>		Arbeitslose	
					%	auf 1000 Ew <sup>3)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>3)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>3)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>3)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>3)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>3)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>3)</sup>
Darmstadt, Wissenschaftsst.	6 413	2,7	0,7	46	55,9	51	30,8	98	36,1	105	54,8	38	9,1	24	58,8	39	24,0	16
Frankfurt am Main, St.	39 266	16,4	8,0	61	53,4	64	43,5	119	30,3	123	58,3	52	11,5	43	62,1	53	25,4	22
Offenbach am Main, St.	10 590	4,4	7,4	89	54,7	97	46,9	160	35,9	180	56,0	75	8,0	45	60,4	78	27,9	36
Wiesbaden, Landeshauptst.	20 041	8,4	2,3	74	55,7	79	32,9	119	33,7	149	57,3	65	9,0	37	61,1	66	26,3	28
Bergstraße	7 271	3,0	8,8	27	57,8	31	30,7	88	39,5	57	52,7	23	7,7	12	58,2	24	20,7	8
Darmstadt-Dieburg	7 925	3,3	10,3	27	58,1	32	32,9	84	42,2	60	51,7	22	6,2	11	56,5	23	18,6	7
Groß-Gerau	7 569	3,2	20,3 <sup>5)</sup>	30	55,3	33	39,9	68	38,9	63	55,1	25	6,0	11	59,6	26	22,0	10
Hochtaunuskreis	5 270	2,2	0,8	23	55,4	25	43,3	81	34,5	44	55,8	20	9,7	13	60,1	21	19,0	7
Main-Kinzig-Kreis	12 507	5,2	2,7	31	57,8	35	29,8	89	37,2	59	54,6	26	8,2	15	59,2	27	22,5	10
Main-Taunus-Kreis	4 394	1,8	3,7	20	56,4	22	37,1	59	36,1	40	54,7	16	9,2	11	59,6	17	21,3	6
Odenwaldkreis	2 267	0,9	6,8	23	56,9	25	25,5	56	42,6	47	50,7	18	6,7	8	55,4	19	23,7	8
Offenbach	11 488	4,8	10,0	34	53,8	36	45,8	121	37,7	71	54,3	28	8,0	17	59,4	29	20,7	10
Rheingau-Taunus-Kreis	4 155	1,7	- 0,0	22	55,8	25	29,6	70	37,9	46	52,9	18	9,3	13	57,4	19	16,2	5
Wetteraukreis	10 409	4,4	1,5	35	55,8	38	28,7	121	37,6	68	55,2	30	7,3	15	60,2	31	23,2	12
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	149 565	62,5	6,1	40	55,3	43	37,6	103	35,3	79	55,8	34	9,0	21	60,1	35	23,5	14
Gießen	10 414	4,4	- 0,0	41	55,4	44	28,3	143	36,8	81	56,0	35	7,2	18	61,4	37	27,9	17
Lahn-Dill-Kreis	8 352	3,5	9,7	32	56,5	35	23,8	89	37,6	60	54,7	28	7,7	14	60,0	29	26,8	13
Limburg-Weilburg	6 119	2,6	9,3	35	57,5	39	26,9	115	37,8	65	54,3	30	7,9	16	59,4	31	25,7	14
Marburg-Biedenkopf	6 363	2,7	- 2,5	25	56,7	28	24,6	62	34,7	47	56,0	22	9,2	14	60,4	22	27,6	10
Vogelsbergkreis	3 719	1,6	3,7	32	54,2	34	11,3	87	36,3	60	58,0	30	5,7	9	63,2	31	29,5	14
Reg.-Bez. G i e ß e n	34 967	14,6	3,6	33	56,1	36	24,5	98	36,7	63	55,6	29	7,7	15	60,7	30	27,4	13
Kassel, documenta-St.	19 569	8,2	1,9	101	54,5	104	33,7	267	33,2	204	59,3	93	7,5	39	63,9	96	29,4	44
Fulda	6 873	2,9	- 1,4	31	57,3	35	22,8	133	37,0	55	54,9	28	8,2	15	60,3	29	24,2	12
Hersfeld-Rotenburg	4 027	1,7	0,8	31	56,3	35	21,7	130	35,1	60	57,5	29	7,4	11	63,0	31	27,5	13
Kassel	7 869	3,3	- 1,9	32	57,4	36	19,4	152	40,1	68	52,7	27	7,3	13	58,3	28	23,4	11
Schwalb-Eder-Kreis	7 406	3,1	- 2,4	38	55,7	42	18,4	171	37,6	75	56,9	35	5,5	11	62,7	37	26,2	15
Waldeck-Frankenberg	4 814	2,0	- 1,9	28	57,4	32	18,6	101	37,6	53	54,6	25	7,8	12	59,8	26	25,4	11
Werra-Meißner-Kreis	4 099	1,7	3,8	36	55,5	39	12,4	135	35,4	72	57,7	35	6,8	12	62,8	36	25,2	14
Reg.-Bez. K a s s e l	54 657	22,9	0,0	43	55,9	47	24,4	181	35,9	82	56,8	40	7,3	17	62,0	41	26,6	18
Land H e s s e n	239 189	100	4,3	39	55,5	43	32,7	111	35,6	76	56,0	34	8,4	19	60,6	35	24,8	14
davon																		
kreisfreie Städte	95 879	40,1	4,9	70	54,4	74	38,8	136	32,6	144	57,8	61	9,6	39	61,8	62	26,5	27
Landkreise	143 310	59,9	3,9	30	56,3	34	28,5	95	37,7	60	54,8	26	7,6	13	59,8	27	23,6	11

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Gegenüber dem Vorjahr. — 3) Bezogen auf die Einwohner am 31.12.2002 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. — 4) Im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. — 5) Zunahme durch Zuordnungsfehler in der Vergangenheit überhöht.



Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002 nach Verwaltungsbezirken und ausgewählten Merkmalen

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bedarfsgemeinschaften										Durchschnittliche Dauer der Hilfewährung			Brut- tobe- darf	und zwar						Hochgerechnete Jahresausga- ben <sup>5)</sup> 2002	
	insgesamt		Zu- bzw. Ab- nahme (-)²)	Durch- schnitt- liche Größe in Per- sonen	Ehepaare mit Kind(ern)³)		Einzel- personen		allein erziehende Frauen mit Kind(ern)³)		Monate je Be- darfs- gemein- schaft	darunter mit einer bisherigen Bezugsdauer von			Brutto- kaltmiete	Angerechnetes Einkommen		Nettoan- spruch⁴)		Mrd. Euro	je Emp- fänger in Euro	
												we- niger als 1 Jahr	5 Jahren oder mehr									
	Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		%	Euro		%⁶)	Euro	%⁶)	Euro	%⁶)			
Darmstadt, Wissenschaftsst.	3 433	2,7	- 0,1	1,9	296	8,6	1 581	46,1	794	23,1	47,9	28,6	30,8	878	313	35,6	461	52,5	417	47,5	17,2	2 681
Frankfurt am Main, St.	23 223	18,6	7,2	1,7	1 942	8,4	13 096	56,4	3 619	15,6	42,3	28,3	35,1	848	354	41,7	328	38,7	520	61,3	144,8	3 689
Offenbach am Main, St.	5 545	4,4	7,2	1,9	587	10,6	2 465	44,5	1 032	18,6	53,7	25,8	35,9	913	345	37,8	457	50,1	456	49,9	30,3	2 864
Wiesbaden, Landeshauptst.	11 039	8,8	2,4	1,8	994	9,0	5 366	48,6	2 328	21,1	47,7	27,5	34,7	914	370	40,5	417	45,6	497	54,4	65,8	3 284
Bergstraße	3 758	3,0	9,9	1,9	332	8,8	1 367	36,4	886	23,6	26,1	37,3	7,8	825	271	32,8	387	47,0	438	53,0	19,7	2 714
Darmstadt-Dieburg	3 732	3,0	11,1	2,1	387	10,4	1 244	33,3	1 079	28,9	38,8	39,4	24,4	942	332	35,2	530	56,2	412	43,8	18,5	2 331
Groß-Gerau	3 563	2,8	21,8 <sup>7)</sup>	2,1	496	13,9	1 291	36,2	833	23,4	32,7	39,2	20,2	926	333	36,0	470	50,8	456	49,2	19,5	2 575
Hochtaunuskreis	2 758	2,2	1,6	1,9	320	11,6	1 161	42,1	559	20,3	26,0	34,7	13,3	916	353	38,6	480	52,5	435	47,5	14,4	2 734
Main-Kinzig-Kreis	6 327	5,1	2,3	2,0	537	8,5	2 506	39,6	1 542	24,4	37,2	34,8	24,7	896	324	36,1	453	50,6	443	49,4	33,6	2 687
Main-Taunus-Kreis	2 234	1,8	5,3	2,0	233	10,4	910	40,7	500	22,4	43,9	26,9	28,2	927	351	37,9	458	49,4	469	50,6	12,6	2 862
Odenwaldkreis	1 071	0,9	5,3	2,1	103	9,6	351	32,8	320	29,9	32,4	38,4	24,2	883	284	32,2	471	53,4	411	46,6	5,3	2 332
Offenbach	5 500	4,4	9,8	2,1	725	13,2	2 109	38,3	1 060	19,3	39,4	31,3	25,6	905	313	34,6	470	52,0	435	48,0	28,7	2 498
Rheingau-Taunus-Kreis	1 953	1,6	- 0,1	2,1	194	9,9	672	34,4	486	24,9	28,9	30,7	2,8	919	312	33,9	537	58,5	381	41,5	8,9	2 151
Wetteraukreis	5 173	4,1	1,6	2,0	591	11,4	1 760	34,0	1 181	22,8	40,1	34,9	26,4	895	317	35,4	465	52,0	430	48,0	26,7	2 562
Reg.-Bez. Darmstadt	79 309	63,4	6,0	1,9	7 737	9,8	35 879	45,2	16 219	20,5	41,0	31,0	28,5	887	338	38,1	419	47,2	469	52,8	446,1	2 982
Gießen	5 421	4,3	1,6	1,9	518	9,6	2 064	38,1	1 102	20,3	42,8	30,3	32,1	836	272	32,6	421	50,4	414	49,6	27,0	2 588
Lahn-Dill-Kreis	4 088	3,3	8,8	2,0	493	12,1	1 346	32,9	971	23,8	35,3	37,2	24,3	860	267	31,1	453	52,7	407	47,3	20,0	2 390
Limburg-Weilburg	2 986	2,4	7,3	2,0	372	12,5	870	29,1	682	22,8	31,3	35,3	22,4	880	280	31,9	452	51,4	427	48,6	15,3	2 501
Marburg-Biedenkopf	3 451	2,8	- 0,0	1,8	288	8,3	1 364	39,5	741	21,5	47,4	33,5	27,2	791	249	31,5	405	51,2	386	48,8	16,0	2 513
Vogelsbergkreis	1 894	1,5	4,9	2,0	206	10,9	614	32,4	391	20,6	36,8	33,3	26,2	766	215	28,1	388	50,6	378	49,4	8,6	2 310
Reg.-Bez. Gießen	17 840	14,3	4,1	2,0	1 877	10,5	6 258	35,1	3 887	21,8	39,4	33,7	27,1	832	262	31,4	427	51,3	405	48,7	86,8	2 482
Kassel, documenta-St.	10 385	8,3	0,7	1,9	1 246	12,0	4 706	45,3	1 896	18,3	36,8	34,2	27,3	895	278	31,1	396	44,3	499	55,7	62,2	3 177
Fulda	3 390	2,7	- 0,8	2,0	442	13,0	1 142	33,7	775	22,9	29,3	40,3	11,6	841	255	30,3	426	50,6	415	49,4	16,9	2 458
Hersfeld-Rotenburg	1 981	1,6	1,3	2,0	181	9,1	726	36,6	421	21,3	25,8	36,5	0,1	817	244	29,9	393	48,1	424	51,9	10,1	2 503
Kassel	3 901	3,1	- 2,2	2,0	437	11,2	1 294	33,2	984	25,2	28,2	39,3	18,9	833	253	30,4	434	52,1	399	47,9	18,7	2 376
Schwalm-Eder-Kreis	3 627	2,9	- 1,8	2,0	479	13,2	1 129	31,1	778	21,5	32,1	38,0	14,0	797	225	28,2	410	51,4	387	48,6	16,8	2 273
Waldeck-Frankenberg	2 376	1,9	- 1,7	2,0	260	10,9	831	35,0	560	23,6	26,5	39,4	3,2	790	222	28,1	421	53,3	369	46,7	10,5	2 183
Werra-Meißner-Kreis	2 245	1,8	4,7	1,8	196	8,7	922	41,1	454	20,2	28,1	42,1	19,4	714	192	26,9	346	48,5	368	51,5	9,9	2 416
Reg.-Bez. Kassel	27 905	22,3	- 0,1	2,0	3 241	11,6	10 750	38,5	5 868	21,0	31,7	37,4	17,8	838	251	29,9	405	48,3	433	51,7	145,1	2 654
Land Hessen	125 054	100	4,3	1,9	12 855	10,3	52 887	42,3	25 974	20,8	38,7	32,8	25,9	869	308	35,4	417	48,0	452	52,0	677,9	2 834
davon																						
kreisfreie Städte	53 625	42,9	4,4	1,8	5 065	9,4	27 214	50,7	9 669	18,0	43,9	29,0	33,3	879	339	38,5	381	43,4	498	56,6	320,3	3 341
Landkreise	71 429	57,1	4,2	2,0	7 790	10,9	25 673	35,9	16 305	22,8	34,8	35,6	20,4	861	284	33,0	443	51,5	417	48,5	357,6	2 495

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Gegenüber dem Vorjahr. — 3) Kinder unter 18 Jahren. — 4) Einschl. Bruttokaltmiete. — 5) Anzahl der Bedarfsgemeinschaften x Nettoanspruch x 12. — 6) Anteil am Bruttobedarf. — 7) Zunahme durch Zuordnungsfehler in der Vergangenheit überhöht.

sie hier im Landkreis Gießen (41), am niedrigsten im Landkreis Marburg-Biedenkopf (25). Die Stellung der Stadt Kassel als sozialer Brennpunkt wird an dieser Größe gemessen noch einmal besonders deutlich. Je 1000 Einwohner errechneten sich 101 Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen. Diese Quote hatte sich durch zwei gegenläufige Entwicklungen gegenüber dem letzten Berichtszeitpunkt noch einmal erhöht. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hatte nämlich um 1,9 % zugenommen, während die städtische Bevölkerung um 0,3 % zurückgegangen war. Die hohe Zahl an Sozialhilfeempfängern in der Stadt Kassel hat letztlich auch den Schnitt im gesamten Regierungsbezirk auf einen Wert über dem Landesdurchschnitt (43) gehoben.

### **Stadt Kassel weiterhin Brennpunkt für alle Bevölkerungsgruppen**

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt die herausgehobene Stellung der kreisfreien Städte und insbesondere der Stadt Kassel als sozialer Brennpunkt. Im Hinblick auf die nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger stellt sich der gesamte Regierungsbezirk Kassel als eine von sozialer Bedürftigkeit gekennzeichnete Region dar. Obwohl der Anteil nichtdeutscher Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt hier nur ein knappes Viertel ausmachte und damit unter dem Landesdurchschnitt lag, scheint die Integration der Ausländer in den Arbeitsmarkt — gemessen an der Quote der Sozialhilfeempfänger von 181 — weitaus weniger gut zu gelingen als im südhessischen Raum. Offensichtlich fehlen geeignete Stellen mit einer Qualifikation, die dem schulischen bzw. beruflichen Ausbildungsstand entsprechen, der unter den nichtdeutschen Sozialhilfeempfängern anzutreffen ist.

Die Betrachtung der gruppenspezifischen Sozialhilfequoten, d. h. der jeweiligen Zahlen der Sozialhilfeempfänger, bezogen auf 1000 Einwohner der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, macht das Gefälle des Umfangs sozialer Bedürftigkeit zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen noch einmal deutlicher. Die Aufteilung der reinen Empfängerzahlen mit 40 zu 60 % zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen verwandelt sich in ein Verhältnis von 70 zu 30 Personen bei Betrachtung der Empfängerquoten. In den kreisfreien Städten gab es demnach auf 1000 Einwohner bezogen 2,3-mal mehr Sozialhilfeempfänger als in den Landkreisen. Während in den kreisfreien Städten also mindestens jeder 14. Einwohner laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekam, erhielt nur gut jeder 33. Bewohner eines Landkreises Unterstützung. Stärker als im Durchschnitt war das Gefälle bei Rentnern, deutschen Männern und Minderjährigen.

Die kreisfreien Städte bilden allerdings keine homogene Gruppe. Die Abstufungen waren für alle Bevölkerungsgruppen beträchtlich: Mit Ausnahme der Rentner waren die Quoten am höchsten in Kassel, es folgten Offenbach, Wiesba-

den, Frankfurt und Darmstadt. Bei den Rentnern lag Kassel im Mittelfeld, die Stadt Offenbach an der Spitze.

### **Bedarfsgemeinschaften in Frankfurt am kleinsten . . .**

In gleichem Umfang wie die Sozialhilfeempfänger nahm auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zu. Am Jahresende 2002 wurden per saldo 125 000 Bedarfsgemeinschaften gezählt, 4,3 % mehr als ein Jahr zuvor. Die regionale Differenzierung der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften stimmte weitgehend mit der Entwicklung der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt überein. Schwerpunkt der Zunahme war der südhessische Raum. Die Zunahme in Mittelhessen war dem Landesdurchschnitt entsprechend, eine geringfügige Abnahme der Bedarfsgemeinschaften wurde in Nordhessen registriert. Zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen unterschied sich die Struktur der Bedarfsgemeinschaften hinsichtlich ihrer Größe und Zusammensetzung deutlich. In den kreisfreien Städten waren Single-Haushalte überrepräsentiert und Haushalte mit Kindern unterrepräsentiert. Dementsprechend schwankte die Größe der Bedarfsgemeinschaften zwischen 1,7 und 2,1 Personen. Das Ergebnis für Frankfurt — 1,7 Personen je Bedarfsgemeinschaft — erklärt sich aus dem besonders hohen Anteil der Single-Haushalte, während gleichzeitig Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren weit unter dem Landesdurchschnitt blieben. Für Haushalte allein erziehender Frauen mit Kindern unter 18 Jahren errechnete sich hier sogar der niedrigste Anteil unter allen Verwaltungsbezirken. Die unterschiedliche regionale Verteilung der Single-Haushalte mit ihren überdurchschnittlich hohen Werten bei Brutto- und Nettobedarf sowie bei der Dauer der Hilfestellung erklärt weitgehend die regionale Differenzierung dieser Kennziffern. Für eine einzelne Person in Mehrpersonenhaushalten ergibt sich schon rein rechnerisch ein niedrigerer Aufwand, da etwa die Wohnungskosten oder andere Zuschläge des Haushalts auf mehrere Personen verteilt werden. Außerdem nimmt die Zahl der Einkommensquellen mit wachsender Haushaltsgröße häufig zu, damit sinkt der Nettobedarf je Person und dementsprechend können die Aufwendungen weiter zurückgehen.

Die überdurchschnittlich lange Dauer der Hilfestellung erklärt sich aus der Altersstruktur der Single-Haushalte. Ein knappes Drittel ist nämlich 60 Jahre oder älter, es besteht für diese Personengruppe gegenwärtig also nahezu keine Aussicht, noch einmal in den Arbeitsprozess integriert zu werden. Demzufolge verlängerte die hohe Konzentration der Single-Haushalte in den kreisfreien Städten im Vergleich zu den Landkreisen die durchschnittliche Dauer der Hilfestellung um neun Monate. Diese längere Dauer der Hilfestellung spiegelte sich auch in den niedrigen Anteilen bei den Kurzzeitempängern in Kombination mit überdurchschnittlich hohen Anteilen bei den Langzeitempängern wider.



Arbeitskräftepotenzial unter den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Arbeitskräftepotenzial (netto) <sup>2)</sup>				und zwar																		
	ins- gesamt	An- teil	Zu- bzw. Ab- nahme (-) <sup>3)</sup>	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>	arbeitslos gemeldet		mit berufl. Abschluss		ohne berufl., aber mit schul. Abschluss		ohne berufl. und ohne schul. Abschluss		Nichtdeutsche			und zwar							
													Ins- gesamt	An- teil <sup>5)</sup>	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>	arbeitslos gemeldet		mit berufl. Abschluss		ohne berufl., aber mit schul. Abschluss		ohne berufl. und ohne schul. Abschluss	
					%	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>				%	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>	%	auf 1000 Ew <sup>4)</sup>		
Darmstadt, Wissenschaftsst.	1 908	2,7	- 1,5	23	74,3	17	32,4	7	41,6	9	25,9	6	548	28,7	37	76,3	28	27,4	10	33,2	12	39,4	15
Frankfurt am Main, St.	10 837	15,5	13,0	27	83,0	22	37,1	10	31,8	9	31,1	8	4 304	39,7	41	77,1	32	29,0	12	28,3	12	42,7	18
Offenbach am Main, St.	3 162	4,5	14,3	44	87,4	39	31,9	14	42,4	19	25,7	11	1 483	46,9	69	86,7	60	30,2	21	37,8	26	32,0	22
Wiesbaden, Landeshauptst.	6 225	8,9	- 3,1	39	79,6	31	35,3	14	32,2	13	32,5	13	2 109	33,9	54	76,0	41	28,1	15	29,9	16	42,1	23
Bergstraße	1 899	2,7	15,2	13	73,0	9	32,8	4	28,0	4	39,2	5	609	32,1	35	74,2	26	32,3	11	17,7	6	49,9	18
Darmstadt-Dieburg	1 902	2,7	18,8	11	72,7	8	32,1	4	29,9	3	38,0	4	655	34,4	30	68,1	20	23,7	7	23,8	7	52,5	16
Groß-Gerau	2 214	3,2	38,0 <sup>6)</sup>	15	70,9	11	28,1	4	29,6	4	42,3	6	912	41,2	30	66,8	20	19,3	6	24,9	7	55,8	17
Hochtaunuskreis	1 358	1,9	9,3	11	67,5	7	32,8	3	25,0	3	42,1	4	674	49,6	35	57,0	20	27,7	10	20,9	7	51,3	18
Main-Kinzig-Kreis	3 348	4,8	10,2	14	78,1	11	33,5	5	33,3	5	33,1	5	1 093	32,6	39	65,1	25	22,4	9	27,4	11	50,2	19
Main-Taunus-Kreis	1 312	1,9	7,9	10	66,5	7	31,6	3	20,8	2	47,6	5	483	36,8	25	62,7	16	20,5	5	14,9	4	64,6	16
Odenwaldkreis	615	0,9	9,6	11	81,8	9	27,0	3	28,0	3	45,0	5	166	27,0	24	79,5	19	21,1	5	19,3	5	59,6	14
Offenbach	3 525	5,0	11,2	18	61,9	11	27,0	5	24,8	4	48,2	9	1 632	46,3	54	53,2	29	17,2	9	21,8	12	61,0	33
Rheingau-Taunus-Kreis	1 126	1,6	3,8	10	56,5	6	30,3	3	19,4	2	50,3	5	366	32,5	29	47,3	14	20,2	6	12,6	4	67,2	20
Wetteraukreis	3 271	4,7	4,5	19	69,4	13	35,5	7	31,3	6	33,3	6	1 025	31,3	60	60,0	36	24,9	15	21,2	13	54,0	32
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	42 702	60,9	9,4	19	76,0	15	33,5	6	31,3	6	35,2	7	16 059	37,6	42	70,5	30	25,8	11	26,4	11	47,8	20
Gießen	3 066	4,4	3,6	20	87,2	18	33,2	7	37,0	8	29,9	6	822	26,8	57	81,4	47	22,1	13	24,2	14	53,6	31
Lahn-Dill-Kreis	2 586	3,7	11,2	18	81,5	14	34,3	6	34,2	6	31,5	6	593	22,9	41	78,2	32	25,3	10	31,4	13	43,3	18
Limburg-Weilburg	1 745	2,5	16,1	18	82,5	15	40,7	7	35,2	6	24,0	4	504	28,9	54	78,2	42	35,9	19	28,6	15	35,5	19
Marburg-Biedenkopf	2 130	3,0	- 3,5	14	76,9	11	33,1	5	34,8	5	32,2	5	618	29,0	34	69,7	24	31,6	11	22,2	8	46,3	16
Vogelsbergkreis	1 253	1,8	7,8	19	82,2	16	32,3	6	40,0	8	27,7	5	187	14,9	54	54,0	29	16,0	9	25,1	14	58,8	32
Reg.-Bez. G i e ß e n	10 780	15,4	6,1	18	82,4	15	34,5	6	35,9	6	29,5	5	2 724	25,3	46	75,6	34	27,1	12	26,2	12	46,7	21
Kassel, documenta-St.	6 157	8,8	4,7	55	87,6	48	45,4	25	34,7	19	19,9	11	2 094	34,0	126	80,5	102	40,8	52	29,0	37	30,1	38
Fulda 2 034	2,9	2,1	17	76,4	13	37,3	6	25,7	4	37,0	6	493	24,2	61	63,1	38	29,6	18	19,1	12	51,3	31	
Hersfeld-Rotenburg	1 300	1,9	5,2	19	80,5	15	33,2	6	31,4	6	35,5	7	283	21,8	64	68,9	44	24,7	16	20,8	13	54,4	35
Kassel 2 040	2,9	- 0,7	15	84,2	13	39,1	6	32,0	5	28,9	4	470	23,0	69	73,8	51	24,7	17	14,7	10	60,6	42	
Schwalm-Eder-Kreis	2 266	3,2	1,3	21	80,4	17	37,0	8	32,1	7	30,9	7	469	20,7	88	60,3	53	28,4	25	19,8	17	51,8	45
Waldeck-Frankenberg	1 373	2,0	- 2,6	15	82,8	12	37,9	6	36,3	5	25,8	4	348	25,3	56	56,9	32	26,7	15	17,5	10	55,7	31
Werra-Meißner-Kreis	1 442	2,1	6,3	24	67,3	16	33,1	8	28,6	7	38,3	9	204	14,1	80	36,3	29	10,8	9	17,2	14	72,1	58
Reg.-Bez. K a s s e l	16 612	23,7	2,8	24	82,1	20	39,8	9	32,3	8	27,9	7	4 361	26,3	87	70,9	62	32,9	29	23,4	20	43,7	38
Land H e s s e n	70 094	100	7,3	20	78,5	16	35,2	7	32,2	6	32,6	6	23 144	33,0	47	71,2	33	27,3	13	25,8	12	46,9	22
davon																							
kreisfreie Städte	28 289	40,4	6,4	34	83,2	28	37,6	13	34,4	12	28,0	10	10 538	37,3	54	78,9	43	31,2	17	30,4	16	38,4	21
Landkreise	41 805	59,6	7,9	16	75,3	12	33,5	5	30,8	5	35,7	6	12 606	30,2	42	64,7	28	24,0	10	22,0	9	54,0	23

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Empfänger von Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen im Alter von 18 bis unter 60 Jahren abzüglich der Personen, die erwerbstätig oder wegen häuslicher Bindung, Krankheit, Behinderung, Alter oder Aus- und Fortbildung nicht erwerbstätig sind. — 3) Gegenüber dem Vorjahr. — 4) Bezogen auf die Einwohner am 31.12.2002 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. — 5) Bezogen auf das Arbeitskräftepotenzial (netto) insgesamt. — 6) Zunahme durch Zuordnungsfehler in der Vergangenheit überhöht.



### **... und mit 3690 Euro je Empfänger am teuersten**

Die regionale Verteilung der Single-Haushalte mit ihrem überdurchschnittlich hohen Nettoanspruch wirkte sich insbesondere auf die hochgerechneten durchschnittlichen jährlichen Ausgaben je Sozialhilfeempfänger aus. Durch die vielen Single-Haushalte in den kreisfreien Städten waren die Ausgaben dort im Durchschnitt um ein Drittel höher als in den Landkreisen. Frankfurt hielt den Spitzenplatz mit 3690 Euro vor Wiesbaden und Kassel. In Abhängigkeit von den unterdurchschnittlichen Anteilen der Langzeitempänger und der Single-Haushalte lag im Rheingau-Taunus-Kreis der Pro-Kopf-Aufwand am niedrigsten unter allen kommunalen Trägern. Mit 2151 Euro lag er noch ein Viertel unter dem Landesdurchschnitt. Der höhere Aufwand für einen Empfänger laufender Hilfe in den kreisfreien Städten wurde auch durch die dort zu zahlenden höheren Mieten verursacht. In Wiesbaden war die durchschnittliche Bruttokaltmiete am höchsten und fast doppelt so hoch wie im Werra-Meißner-Kreis, dem Kreis mit den niedrigsten durchschnittlichen Mieten. Obwohl hier der landesweit niedrigste Bruttobedarf ermittelt wurde, machte der relativ hohe Anteil an Single-Haushalten einen etwas höheren durchschnittlichen Aufwand je Sozialhilfeempfänger im Jahr erforderlich.

### **Hohes Arbeitskräftepotenzial in den kreisfreien Städten**

Eine nachhaltige Verringerung der Zahl der Sozialhilfeempfänger kann nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, einerseits neue Arbeitsplätze zu schaffen und andererseits die Ausbildungsdefizite der Sozialhilfeempfänger abzubauen. Daten zur Beantwortung dieser Fragestellung aus regionaler Sicht liefert ein Blick auf die regionale Verteilung des Nettoarbeitskräftepotenzials unter den Sozialhilfeempfängern. Unter diesem Begriff versteht man die erwerbsfähigen Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter von 18 bis unter 60 Jahren, die entweder arbeitslos sind oder aus nicht weiter erklärten Gründen nicht erwerbstätig sind. Das Fehlen genauerer Angaben über die Gründe der Nichterwerbstätigkeit eines Teils der Sozialhilfeempfänger hängt mit der Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik im Jahr 1994 zusammen. Damals lagen den Sozialämtern diese Information vielfach noch nicht vor, konnten aber in der Folgezeit erhoben bzw. ergänzt werden, sodass 2002 nur noch für knapp jeden siebten erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger

eine genauere Angabe fehlt. Zum Zeitpunkt der Umstellung fehlte diese Angabe für nahezu jeden zweiten Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. In das Nettoarbeitskräftepotenzial nicht mit einbezogen sind Sozialhilfeempfänger dieser Altersgruppe, die entweder erwerbstätig sind, an einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen oder wegen häuslicher Bindung, Krankheit, Behinderung oder Alter nicht erwerbstätig sind. Im Durchschnitt zählte jeder 50. Hesse im Alter von 18 bis unter 60 Jahren zum Nettoarbeitskräftepotenzial. In den kreisfreien Städten war es rund jeder 30. und in den Landkreisen knapp jeder 63. Mit hin fehlten Arbeitsplätze vor allem in den kreisfreien Städten, allen voran in Kassel. Hier stand sogar jeder 18. Einwohner für eine Arbeitsaufnahme zur Verfügung. Dem hessischen Durchschnitt entsprach das Arbeitskräftepotenzial im Landkreis Gießen. Das niedrigste Arbeitskräftepotenzial errechnete sich für den Main-Taunus- und den Rheingau-Taunus-Kreis. Hier hätte nur jeder 100. Einwohner für eine Arbeitsaufnahme bereitgestanden.

Die geringen Chancen der Sozialhilfeempfänger auf einen Arbeitsplatz erklären sich nicht zuletzt aus deren Defiziten in der schulischen und beruflichen Ausbildung, die am Anteil der Personen mit bzw. ohne entsprechende Abschlüsse gemessen wird. Insgesamt hatte nur jeder dritte nach der obigen Definition arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger einen beruflichen Abschluss. Doch die berufliche Qualifikation alleine reicht offensichtlich nicht aus, in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis zu gelangen, denn sonst dürfte Kassel nicht Brennpunkt der Sozialhilfe sein. Hier hatten immerhin 45 % eine abgeschlossene berufliche Ausbildung.

Das Arbeitskräftepotenzial unter den nichtdeutschen Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt war — auf die nichtdeutschen Einwohner bezogen — mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung; jeder 21. Nichtdeutsche zählte dazu. Abgesehen von Kassel, wo jeder achte Ausländer für eine Arbeitsaufnahme zur Verfügung gestanden hätte, waren die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen weniger stark ausgeprägt als im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung. Allerdings war fast jeder zweite nichtdeutsche Sozialhilfeempfänger ohne schulischen und beruflichen Abschluss. Bemerkenswert ist, dass die schulisch-berufliche Qualifikation bei allen Bevölkerungsgruppen in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen war. □

## Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen - Jeder elfte Hesse hatte Ende 2002 einen Behindertenausweis

Ende 2002 wurden in Hessen gut 538 000 schwerbehinderte Menschen gezählt. In diese Erhebung werden ausschließlich Personen einbezogen, die durch einen amtlichen Ausweis als schwerbehinderte Menschen anerkannt sind. Der Ausweis kann nur auf Antrag bei einem Behinderungsgrad ab 50 % ausgestellt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass in der Realität weitere Personen mit ähnlich schweren Behinderungen ohne amtlichen Ausweis leben. Im Jahresvergleich zu 2001 stieg die Zahl der Menschen mit Behinderungen um mehr als 13 000 oder 2,5 %. Seit dem Vorliegen vergleichbarer Daten ab dem Berichtsjahr 1987<sup>1)</sup> hat die Anzahl der schwerbehinderten Menschen um über 70 % zugenommen. Die Bevölkerung ist in diesem Zeitraum lediglich um gut 10 % angestiegen. Ende 2002 waren in Hessen jeder zehnte männliche Einwohner und jede dreizehnte Einwohnerin Hessens schwerbehindert. Insgesamt waren annähernd 8,8 %, d. h. jeder elfte Einwohner in Hessen, schwerbehindert.

### Männer häufiger schwerbehindert als Frauen

Obwohl der Anteil der schwerbehinderten Frauen erneut zugenommen hat, blieb er mit knapp 45 % hinter dem der Männer zurück. Im Vergleich zu 2001 nahm die Zahl der

weiblichen Menschen mit Behinderungen um über 3 % auf 240 000 zu. Bei den Männern lag die Zuwachsrate bei gut 2 %, die Zahl der schwerbehinderten Männer stieg auf fast 300 000. Damit hatten jeder zehnte Hesse und jede 13. Hessin einen Schwerbehindertenausweis. Bei allen altersspezifischen Schwerbehindertenquoten<sup>2)</sup> dominierten stets die Männer.

Die Differenzen zwischen den Geschlechtern waren allerdings bei Kindern und jungen Menschen bis 35 Jahre relativ gering. Mit zunehmendem Alter steigt zunächst die Quote der männlichen Schwerbehinderten. Auffällig ist der starke Anstieg in den Altersgruppen der 55-Jährigen bis unter 60-Jährigen sowie der 60- bis unter 65-Jährigen. In den höheren Altersgruppen steigt dann allerdings der Anteil der schwerbehinderten Frauen, besonders in den Altersgruppen der 75-Jährigen und Älteren. Dies hängt mit der höheren Lebenserwartung der Frauen zusammen. In dieser Altersgruppe dominierten die weiblichen Schwerbehinderten mit einem Anteil von 56 %. Ein Viertel aller Menschen mit Behinderungen war jünger als 55 Jahre. Ein weiteres Viertel entfiel auf die Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen, und fast die Hälfte aller schwerbehinderten Menschen hatte das 65. Lebensjahr vollendet.

### Ein Viertel mit Funktionseinschränkungen innerer Organe

Ende 2002 waren Beeinträchtigungen der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen mit einem Viertel aller Behinderungen am häufigsten. Bei gut 26 % dieser Gruppe (6,5 % aller Menschen mit Behinderungen) handelt es sich um Herz- und Kreislaufschäden. Es folgten Funktionsstörungen der Wirbelsäule und des Rumpfes mit einem Anteil von knapp 17 % und geistig-seelische Behinderungen mit fast 14 %. Annähernd 12 % litten an Verlust oder Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen. Auf Behinderungsarten wie

\*) Tel.: 0611 3802-221 · E-Mail: pgerisch@hsl.de

1) Die weiter zurückliegenden Ergebnisse sind aus methodischen Gründen nicht voll vergleichbar. — 2) Schwerbehinderte bezogen auf die jeweilige Bevölkerung gleichen Alters am Jahresende.

Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2002 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	Anzahl	%	auf 1000 Einwohner <sup>1)</sup>	Anzahl	%	auf 1000 Einwohner <sup>1)</sup>	Anzahl	%	auf 1000 Einwohner <sup>1)</sup>
Unter 4	1 197	0,2	5	673	0,2	6	524	0,2	5
4 bis unter 6	1 094	0,2	9	625	0,2	10	469	0,2	8
6 bis unter 15	6 867	1,3	12	3 965	1,3	14	2 902	1,2	10
15 bis unter 18	2 395	0,4	13	1 399	0,5	14	996	0,4	11
18 bis unter 25	6 526	1,2	14	3 766	1,3	16	2 760	1,2	12
25 bis unter 35	16 239	3,0	20	8 891	3,0	21	7 348	3,1	18
35 bis unter 45	36 640	6,8	35	19 957	6,7	37	16 683	7,0	33
45 bis unter 55	64 314	11,9	77	34 338	11,5	81	29 976	12,5	72
55 bis unter 60	53 025	9,9	156	30 684	10,3	180	22 341	9,3	132
60 bis unter 65	82 739	15,4	204	52 391	17,6	260	30 348	12,6	149
65 bis unter 70	71 410	13,3	218	45 163	15,1	287	26 247	10,9	155
70 bis unter 75	60 539	11,2	238	36 769	12,3	318	23 770	9,9	171
75 bis unter 80	57 285	10,6	267	29 368	9,8	361	27 917	11,6	209
80 oder mehr	78 021	14,5	307	30 303	10,2	411	47 718	19,9	265
Insgesamt	538 291	100	88	298 292	100	100	239 999	100	77

1) Der gleichen Bevölkerungs- und Altersgruppe (Bevölkerungsstand Ende 2002).



### Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2002 nach Art der schwersten Behinderung

Art der schwersten Behinderung	Schwerbehinderte insgesamt			davon mit einem Grad der Behinderung von ... %					
	Anzahl	%	darunter weiblich	50	60	70	80	90	100
				in %					
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	7 109	1,3	1 987	19	11	14	13	9	34
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	63 175	11,7	28 257	32	18	14	12	5	19
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	90 083	16,7	41 935	48	19	11	8	3	10
Blindheit und Sehbehinderung	25 517	4,7	13 984	16	8	8	9	6	53
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	22 462	4,2	8 661	31	17	12	10	5	24
Kleinwuchs, Entstellungen u. a.	11 591	2,2	11 362	33	22	11	13	4	18
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	134 341	25,0	50 925	32	16	11	12	5	24
Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	74 951	13,9	33 748	23	10	9	13	4	41
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	109 062	20,3	49 140	35	14	10	11	5	25
<b>Insgesamt</b>	<b>538 291</b>	<b>100</b>	<b>239 999</b>	<b>33</b>	<b>15</b>	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>5</b>	<b>25</b>

Sprach- und Gehörschädigungen entfielen 4 % und Sehstörungen oder Blindheit machten knapp 5 % aus. Gut ein Fünftel der schwerbehinderten Menschen litt an nicht eindeutig zuzuordnenden Behinderungen.

Beim Grad der Behinderung war die Eingangsstufe zur Anerkennung einer Schwerbehinderung (50 %) mit rund einem Drittel aller Fälle die häufigste, vor der höchsten Stufe (100 %) mit knapp einem Viertel aller Fälle. Bei der Einstufung gab es je nach Art der schwersten Behinderung erhebliche Unterschiede. So führten Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes bzw. Deformierungen des Brustkorbes in knapp der Hälfte der Fälle zu einer Eingrup-

pierung des Behinderungsgrades von 50 % und einer Eingruppierung von 100 % nur in gut 10 % der Fälle. Anders lag bei Blindheit und Sehbehinderungen der Anteil der höchsten Einstufung (100 %) bei über 50 %.

Krankheiten bilden die weitaus häufigste Ursache einer Behinderung, nämlich bei fast vier Fünftel aller Fälle. Diese nehmen naturgemäß mit dem Alter zu. So hatte 2002 fast die Hälfte aller Menschen mit Behinderungen das 65. Lebensjahr überschritten. Addiert man zu den Krankheiten noch die sonstigen Ursachen hinzu, so gehen fast 94 % aller Behinderungen auf eine dieser beiden Ursachen zurück. Arbeitsunfälle, Verkehrsunfälle und sonstige Unfälle spielten bei je-

### Behinderungen am 31.12.2002 nach Art und Ursache

Art der Behinderung	Behinderungen insgesamt <sup>1)</sup>		davon verursacht durch						
			Geburt	Arbeitsunfall <sup>2)</sup>	Verkehrsunfall	sonstigen Unfall <sup>3)</sup>	Kriegs-/Wehrdienst <sup>4)</sup>	Krankheiten <sup>5)</sup>	sonstige Ursachen
	Anzahl	%	in %						
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	8 728	1,2	3,0	7,5	4,1	2,8	23,1	32,8	26,6
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	81 212	11,4	3,6	3,7	1,6	1,4	5,5	72,0	12,1
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	129 221	18,2	0,6	0,3	0,2	0,1	0,4	87,6	10,7
Blindheit und Sehbehinderung	36 133	5,1	3,9	1,0	0,4	0,7	1,9	79,8	12,3
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	35 987	5,1	5,9	0,3	0,1	0,1	0,8	81,8	11,0
Kleinwuchs, Entstellungen u. a.	13 729	1,9	1,3	0,1	0,1	0,1	0,3	94,6	3,5
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	180 838	25,4	0,6	0,2	0,0	0,0	0,8	84,4	13,9
Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	90 600	12,7	11,0	0,6	1,0	0,4	0,9	72,5	13,6
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	134 538	18,9	1,5	0,7	0,2	0,1	1,5	75,5	20,4
<b>Insgesamt</b>	<b>710 986</b>	<b>100</b>	<b>2,9</b>	<b>0,9</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>1,7</b>	<b>79,6</b>	<b>14,0</b>

1) Mehrfachzählungen möglich. — 2) Einschl. Berufskrankheit, Wege- und Betriebsunfall. — 3) Einschl. häuslicher Unfall. — 4) Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung. — 5) Einschl. Impfschäden.



weils weniger als 1 % als Ursache nur eine kleine Rolle. Kriegs- und Wehrdienst war mit knapp 2 % und die Geburt mit fast 3 % Ursache für die Schwerbehinderung.

### In 15 Jahren 70 % mehr schwerbehinderte Menschen

Seit dem Vorliegen vergleichbarer Daten ab dem Berichtsjahr 1987<sup>1)</sup> ist die Anzahl der Menschen mit schweren Behinderungen um über 70 % angestiegen; die Bevölkerung hat in diesem Zeitraum lediglich um gut 10 % zugenommen. Neben dem Anstieg der absoluten Anzahl der Menschen mit schweren Behinderungen hat folglich auch die alterspezifische Schwerbehindertenquote — in allen Altersgruppen — zugenommen. 1987 waren in Hessen knapp 6 % aller Menschen schwerbehindert; 2002 betrug dieser Anteil fast 9 %.

Besonders deutlich zeigt sich der Anstieg bei den über 65-Jährigen. 1987 lag die alterspezifische Schwerbehindertenquote derjenigen, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten, bei knapp 15 %. In 2002 lag diese Quote bei gut 25 %. Im Vergleich zu den Daten von 1987 ist zu erkennen,

**Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 1987 und 2002 nach Altersgruppen**

Alter in Jahren	1987			2002		
	Anzahl	%	auf 1000 Einwohner <sup>1)</sup>	Anzahl	%	auf 1000 Einwohner <sup>2)</sup>
Unter 6	1 511	0,5	4,8	2 291	0,4	6,5
6 bis unter 15	4 307	1,4	9,2	6 867	1,3	12,0
15 bis unter 65	179 425	57,2	46,2	261 878	48,6	63,7
65 oder mehr	128 547	41,0	149,3	267 255	49,6	254,5
<b>Insgesamt</b>	<b>313 790</b>	<b>100</b>	<b>56,8</b>	<b>538 291</b>	<b>100</b>	<b>88,4</b>

1) Der gleichen Bevölkerungs- und Altersgruppe (Bevölkerungsstand Ende 1987). — 2) Der gleichen Bevölkerungs- und Altersgruppe (Bevölkerungsstand Ende 2002).

dass der Anteil dieser Gruppe von knapp 41 % auf fast 50 % in 2002 zugenommen hat. Die Untergliederung nach dem Geschlecht zeigt einen steigenden Anteil der weiblichen Schwerbehinderten. 1987 waren 40 % der Menschen mit Behinderungen weiblich. 2002 lag dieser Anteil bei 45 %. □

### Text zum Schaubild auf Seite 217

Bei einer geradezu explosionsartigen Entwicklung — der Wert der hessischen Ausfuhren stieg von 1950 bis 2002 auf das über 90fache — blieb die Verteilung auf die Erdteile recht konstant: Etwas mehr als 68 % der Ausfuhren verblieben 1950 in Europa, 2002 waren es gut 70 %. Das Maximum wurde 1990 mit etwas über drei Vierteln, das Minimum 1959 mit annähernd 61 % erreicht. Nach Amerika gelangten 1950 knapp 15 % und 2002 gut 13 % aller hessischen Ausfuhren. Der Spitzenwert von gut einem Fünftel wurde im Jahr 1959 und der Tiefstwert von etwas über 9 % im Jahr 1990 ermittelt. Asien erreichte 1950 einen Anteil von etwas über 9 % und 2002 einen von etwas über 14 %. Hier lag das Maximum 1976 bei 15 % und das Minimum 1964 bei 9 %. Afrika ist der Kontinent, der im Zeitablauf als Bestimmungskontinent erheblich an Gewicht verloren hat: Bezog Afrika 1950 noch knapp 7 % der hessischen Exporte, 1953 sogar annähernd 9 %, so lag der Anteil seit 1994 unter 2 %. Australien und Ozeanien blieben 1950 und 2002 bei fast 1 %, 1952 waren es 2 % gewesen, zu Anfang der Neunzigerjahre war es nur etwa ein halbes Prozent.

## Agrarstrukturhebung 2003 in Hessen - Erste Ergebnisse zur Bodennutzung und Viehhaltung

Nach vorläufigen Ergebnissen der im Mai 2003 im Rahmen der Agrarstrukturhebung durchgeführten Bodennutzungshaupterhebung wurden auf insgesamt 481 900 Hektar (ha) Ackerfläche 303 900 ha Getreide angebaut. Mit 147 000 ha ist Weizen die nach wie vor wichtigste Getreideart. Die Zahl der Betriebe, die Ackerbau betreiben, reduzierte sich im Jahr 2003 gegenüber 2002 um 900 auf nunmehr 20 400. In der Erhebung über die Viehbestände wurden insgesamt 505 900 Rinder sowie 834 800 Schweine gezählt. Damit verringerte sich der Rinderbestand gegenüber der Vorjahresehebung um 1 %, der Schweinebestand um knapp 2 %. Im Mai 2003 hielten 11 700 Betriebe Rinder, darunter waren 5700 Betriebe mit Milchviehhaltung. Rund 700 Betriebe gaben die Rinderhaltung binnen Jahresfrist auf. Insgesamt gab es gut 11 100 Betriebe mit Schweinehaltung in Hessen, darunter knapp 3000 mit Zuchtschweinehaltung.

\*) Tel.: 0611 3802-519 · E-Mail: jfuhrer@hsl.de

## Die Bodennutzung zur Ernte 2003 - auf Grund der Auswinterungsschäden deutlich mehr Sommergetreide als im Vorjahr

Nach vorläufigen Ergebnissen der Bodennutzungshaupterhebung im Mai 2003 wurden auf insgesamt 481 900 ha Ackerfläche 303 900 ha *Getreide* angebaut. Dies entspricht einer Abnahme von gut 4000 ha bzw. über 1 % gegenüber dem Vorjahr. Nach wie vor die wichtigste Getreideart ist Weizen, der auf einer Fläche von 147 000 ha angebaut wird, darunter 142 100 ha Winterweizen einschl. Dinkel. Der Anbau von Sommerweizen einschl. Hartweizen wurde um 3000 ha auf nun 4900 ha ausgedehnt. Bedingt durch die starken Auswinterungsschäden — insbesondere im Wintergerstenanbau — wurden mehr Sommergetreidearten angebaut. Dabei stieg vor allem die mit Sommergerste ausgesäte Fläche. Insgesamt wurde auf 35 900 ha Sommergerste bestellt, 11 400 ha mehr als im Vorjahr. Mit 69 400 ha Wintergerstenanbaufläche wurden knapp 11 100 ha weniger ermittelt als im Vorjahr. Auch der Roggenanbau, die zweitwichtigste Brotgetreideart, wurde überdurchschnittlich eingeschränkt; die Anbaufläche umfasste zum Erhebungszeitpunkt 13 400 ha und lag damit um ein Drittel unter der des Jahres 2001. Vor 30 Jahren waren es noch 49 800 ha gewesen. Die Anbaufläche von Hafer (18 600 ha) wurde ge-

Anbau auf dem Ackerland in den landwirtschaftlichen Betrieben 2003  
(Vergleich mit den endgültigen Ergebnissen 2001 und 2002)

Fruchtart	2001 <sup>1)</sup>	2002 <sup>1)</sup>	2003 <sup>2)</sup>	Zu- bzw. Abnahme (-) in % 2003 gegenüber	
	1000 ha			2001	2002
Getreide	312,9	307,9	303,9	- 2,9	- 1,3
Weizen	146,4	148,9	147,0	0,4	- 1,3
Winterweizen (einschl. Dinkel)	143,5	147,0	142,1	- 1,0	- 3,4
Sommerweizen (einschl. Hartweizen)	2,8	1,9	4,9	75,8	161,9
Gerste	109,6	105,0	105,3	- 3,9	0,3
Wintergerste	80,6	80,5	69,4	- 13,9	- 13,8
Sommergerste	29,0	24,6	35,9	23,9	46,2
Roggen	20,1	17,5	13,4	- 33,2	- 23,4
Triticale	16,7	17,1	16,5	- 1,1	- 3,4
Hafer	17,5	16,9	18,6	5,9	10,0
Sommermenggetreide	2,7	2,6	3,1	14,3	19,6
Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	7,3	6,5	6,1	- 16,2	- 5,6
Hülsenfrüchte	9,7	9,4	8,1	- 15,9	- 13,3
darunter Futtererbsen	8,3	8,3	7,0	- 15,0	- 15,6
Hackfrüchte	23,7	24,2	24,6	3,7	1,9
darunter					
Kartoffeln	4,7	4,7	5,5	16,9	16,8
Zuckerrüben	18,4	18,8	18,6	1,0	- 1,1
Gemüse, Erdbeeren, u. a. Gartengewächse	7,8	7,8	7,8	- 0,4	- 0,2
Handelsgewächse	53,6	55,5	59,3	10,5	6,7
darunter Winterraps	50,4	52,7	56,8	12,7	7,7
Futterpflanzen	36,7	36,0	37,7	2,6	4,7
darunter Silomais	23,4	23,1	24,0	2,5	3,9
Brache (einschl. stillgelegter Flächen mit Beihilferegulung)	34,2	31,9	34,5	0,8	8,2
Ackerland insgesamt	486,0	479,1	481,9	- 0,8	0,6

1) Endgültiges hochgerechnetes Repräsentativergebnis. — 2) Vorläufiges hochgerechnetes Repräsentativergebnis.

genüber 2002 um 10 % ausgeweitet, während der Triticaleanbau nach einem leichtem Anstieg im Vorjahr sich wieder auf nunmehr 16 500 ha verringerte.

Die Anbaufläche von *Winterraps*, einschl. des Anbaus als nachwachsender Rohstoff, erfuhr — wie bereits im Vorjahr — mit 56 800 ha einen enormen Zuwachs um über 4000 ha. Der Winterrapsanbau nahm knapp 96 % der Anbaufläche aller Handelsgewächse ein. Nach Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) wurden Winter- und Sommerraps als nachwachsende Rohstoffe auf einer Fläche von 12 870 ha angebaut. Dies waren 180 ha weniger als im vergangenen Jahr. Neben Raps wurden noch 62 ha Kamlille und 9 ha Silomais als nachwachsende Rohstoffe angebaut.

*Hackfrüchte* wurden zur diesjährigen Ernte auf 24 600 ha angebaut, wobei die Steigerung der Anbaufläche um knapp 2 % insbesondere auf die Ausdehnung des Kartoffelanbaus auf nunmehr 5500 ha (+ 17 %) zurückzuführen war. Die Zuckerrübenanbaufläche verringerte sich lediglich um 200 ha auf nun 18 600 ha.

Die Anbaufläche für *Futterpflanzen* wurde um 1700 ha ausgedehnt, wobei Silomais mit 24 000 ha fast zwei Drittel der gesamten Anbaufläche aller Futterpflanzen (37 700 ha) beanspruchte. Zur Ernte 2003 wurden gut 13 % weniger *Hülsenfrüchte* als im Vorjahr angebaut. Die mit dieser Fruchtart bestellte Fläche betrug 8100 ha, wobei der Anbau von Futtererbsen mit 7000 ha die dominanteste Kultur ist. Weiterhin wurden 7800 ha für den Anbau von Gemüse, Erdbeeren und anderen Gartengewächsen nachgewiesen. Die nicht zum Ackerland zählenden Rebflächen betrugen

3500 ha. 34 500 ha bzw. gut 7 % des Ackerlandes waren Stilllegungs- und Brachflächen.

Die Zahl der Betriebe, die Ackerbau betreiben, reduzierte sich um gut 4 % auf nunmehr 20 400, darunter 18 800 Betriebe mit Getreideanbau.

#### Viehhaltung im Mai 2003 - Rindermast verliert weiter an Bedeutung - mehr Mastschweine und weniger Ferkel in hessischen Ställen

Nach vorläufigen Ergebnissen der im Mai — gleichzeitig mit der Bodennutzungshaupterhebung — durchgeführten Viehzählung wurden insgesamt 505 900 Rinder sowie 834 800 Schweine gezählt. Gegenüber der Vorjahreserhebung verringerte sich insbesondere die Zahl der Mastrinder (1 Jahr und älter) um knapp 13 % auf nunmehr 58 200 Rinder. Im Jahr 2001 wurden noch 74 100 Tiere dieser Nutzungsart gezählt. Die Zahl der — ebenfalls zur Fleischproduktion genutzten — Ammen- und Mutterkühe stieg allerdings im Vergleich zum Vorjahr moderat um knapp 600 auf nun 41 900 Kühe. Im Mai 2003 hielten 11 700 Betriebe Rinder, darunter waren 5700 Betriebe mit Milchviehhaltung. Rund 100 Betriebe gaben die Rinderhaltung binnen Jahresfrist auf.

Im Bereich der Schweinehaltung wurden vor allem mehr Mastschweine (ab 50 kg Lebendgewicht) gezählt. Der Bestand stieg um über 5 % auf nunmehr 361 700 Tiere. Der Bestand an Ferkeln reduzierte sich gegenüber der Erhebung im Mai 2002 um knapp 25 500 auf 206 000 Tiere. Insgesamt gab es gut 11 100 Betriebe mit Schweinehaltung in Hessen, darunter knapp 3000 mit Zuchtschweinehaltung.

Viehhaltung in Hessen 1999 bis 2003<sup>1)</sup>

Art der Angabe	1999 <sup>2)</sup>	2001 <sup>2)</sup>	2002 <sup>3)</sup>	2003 <sup>4)</sup>	Zu- bzw. Abnahme (-) in % 2003 gegenüber	
	Anzahl		1000		2001	2002
Rindvieh	560 262	542 556	511,2	505,9	- 6,8	- 1,0
darunter						
Milchkühe	175 645	168 465	160,6	162,3	- 3,6	1,1
Färsen zur Zucht	34 629	33 846	34,0	31,9	- 5,7	- 6,1
Schlacht- und						
Mastrinder, 1 Jahr oder älter	72 784	74 146	66,6	58,2	- 21,5	- 12,6
Ammen- und Mutterkühe	39 924	42 784	41,3	41,9	- 2,0	1,4
Betriebe mit Rindern	15 006	13 394	12,4	11,7	- 13,0	- 6,1
dar. Betriebe mit Milchkühen	7 695	6 310	5,8	5,7	- 2,9	- 10,3
Schweine	883 961	827 002	851,4	834,8	0,9	- 1,9
darunter						
Ferkel und Jungmastschweine <sup>5)</sup>	437 168	397 115	429,7	396,4	- 0,2	- 7,7
dar. Ferkel	234 269	212 235	231,5	206,0	- 2,9	- 11,0
Mastschweine	358 766	350 274	343,4	361,7	3,3	5,4
Zuchtschweine	88 027	79 613	78,4	76,6	- 3,8	- 2,3
Betriebe mit Schweinen	15 034	12 397	11,9	11,1	- 10,4	- 6,6
dar. Betriebe mit Zuchtschweinen	4 023	3 224	3,1	3,0	- 7,7	- 5,4

1) Stichtag jeweils 3. Mai. — 2) Totalerhebung, endgültiges Ergebnis. — 3) Repräsentative Erhebung, endgültiges Ergebnis. — 4) Vorläufiges und gerundetes Ergebnis. — 5) Bis 50 kg Lebendgewicht.



Die gut 1900 Betriebe mit Schafhaltung hielten insgesamt 159 000 Schafe, rund 19 400 Schafe weniger als im Jahr zuvor. Des Weiteren hielten 5100 landwirtschaftliche Betriebe

34 350 Pferde und knapp 7200 Betriebe 1 687 000 Hühner. Der Bestand an sonstigem Geflügel, wie Enten, Gänse oder Truthühner betrug am Stichtag rund 170 000 Tiere. □

## Siegfried Than in den Ruhestand versetzt



Der Leiter der Abteilung „Private Haushalte, Gesundheits- und Sozialwesen, Zensus“ des Hessischen Statistischen Landesamtes, Regierungsdirektor Siegfried Than, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 2003 in den Ruhestand getreten. Der gebürtige Gothaer begann nach dem Abitur ein Studium zum Diplom-Volkswirt an der Georg-August-Universität in Göttingen, das er 1970 erfolgreich beendete.

Vor über 33 Jahren trat er am 1. Juli 1970 in den Dienst des Hessischen Statistischen Landesamtes, wo er als Referent für die Erhebung, Aufbereitung und Auswertung von Sonderzählungen aus verschiedenen Gebieten verantwortlich war. Im Februar 1973 übernahm Herr Than die Leitung des Referats „Handel und Verkehr“. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit waren zwei Umstellungen der Berichtskreise im Einzelhandel und im Gastgewerbe nach Durchführung der Handels- und Gaststättenzählungen 1979 und 1985. Am 1. August 1989 wurde Herrn Than die Leitung der Abteilung „Private Haushalte, Gesundheits- und Sozialwesen, Zensus“ übertragen. Geprägt war diese Zeit seiner Tätigkeit von zahlreichen Änderungen und Novellierungen des Aufgabenprogramms der Abteilung vor dem Hintergrund knapper werdender Finanzmittel. Herr Than trat auch als Autor von Aufsätzen und Kurzberichten für die Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ hervor. Er verfasste insgesamt 137 Beiträge zu vielen Bereichen der amtlichen Statistik.

Den scheidenden Abteilungsleiter begleiten der Dank für geleistete Arbeit und die besten Wünsche für Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzel- handel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs <sup>4)</sup>  2000 = 100	Index der Um- sätze <sup>6)</sup>  2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung <sup>7)</sup>  2000 = 100	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>11)</sup>	
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>12)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	102,0	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2002 Juni	102,9	89,0	128,6	451 629	113,0	30 422	95,7	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	452 004	96,9	30 804	100,0	103,0	.	.	.	.
Juli	107,8	96,2	129,4	452 995	84,5	30 118	98,2	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987
August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	99,1	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	99,1	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	98,8	103,1	.	.	.	.
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	107,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	110,7	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	119,2	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	112,6	103,0	.	.	.	.
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	94,3	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	88,8	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	100,7	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	94,6	103,8	.	.	.	.
April	98,5	87,1	119,4	437 953	65,0	28 918	103,1	103,8	244 698	8,9	30 489	27 660
Mai	103,2	91,4	124,8	437 080	74,5	29 088	101,7	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859
Juni	97,3	85,4	119,4	436 520	82,5	28 934	93,3	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547
2. Vj. D	99,7	88,0	121,2	437 184	74,0	28 980	99,4	103,7	.	.	.	.
Juli	104,9	95,0	123,0	435 573	83,1	29 056	98,2	104,0	248 582	9,0	25 942	20 139
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	.	- 5,5	.	- 10,2	.	22,4	- 19,4	
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	0,4	51,7	
2002 D	- 1,6	- 4,1	2,2	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 1,6	1,3	6,5	- 16,8	95,6	
2002 Juni	- 0,1	- 2,1	2,8	- 3,6	- 4,4	- 8,4	1,3	0,9	5,9	- 16,7	129,4	
2. Vj.	3,0	- 2,1	10,3	- 3,2	- 11,9	- 7,4	1,1	1,2	.	.	.	
Juli	5,1	4,5	6,1	- 3,4	3,3	- 9,5	4,2	1,1	7,6	- 19,5	66,5	
August	- 2,5	- 6,9	4,4	- 3,4	- 30,3	- 9,5	0,0	1,1	7,4	- 24,0	81,4	
September	1,6	- 3,3	8,6	- 3,5	- 34,9	- 8,8	3,0	1,0	7,0	- 25,5	60,8	
3. Vj.	1,5	- 1,9	6,4	- 3,4	- 24,0	- 9,3	2,4	1,0	.	.	.	
Oktober	5,0	2,9	8,1	- 3,6	11,6	- 7,9	4,9	1,3	6,7	- 21,2	41,9	
November	0,9	- 3,2	6,7	- 3,6	- 11,5	- 6,1	1,0	1,1	7,7	- 17,4	14,2	
Dezember	- 6,3	- 5,4	- 7,6	- 3,5	1,6	- 6,8	- 0,2	1,2	7,4	- 21,8	- 41,8	
4. Vj.	- 0,1	- 1,8	2,4	- 3,6	0,0	- 6,9	1,8	1,2	.	.	.	
2003 Januar	6,3	- 0,1	15,4	- 3,8	- 14,7	- 8,0	- 1,6	0,9	9,2	- 21,0	- 32,9	
Februar	6,9	5,9	8,2	- 3,5	- 6,2	- 7,8	- 1,8	1,0	12,0	- 21,9	- 40,6	
März	4,2	0,4	9,4	- 3,3	- 17,6	- 6,5	- 3,3	0,8	14,4	- 22,0	- 38,0	
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	- 3,5	- 13,6	- 7,5	- 2,3	0,9	.	.	.	
April	- 5,5	- 5,8	- 5,0	- 3,3	- 31,7	- 6,9	- 0,6	0,8	15,5	- 19,6	12,6	
Mai	- 1,1	4,7	- 8,2	- 3,2	- 9,9	- 5,9	1,0	0,6	14,1	- 14,4	96,4	
Juni	- 5,4	- 4,0	- 7,2	- 3,3	- 26,9	- 4,9	- 2,5	0,8	13,2	- 15,1	109,4	
2. Vj.	- 3,9	- 1,8	- 6,8	- 3,3	- 23,7	- 5,9	- 0,6	0,7	.	.	.	
Juli	- 2,7	- 1,2	- 4,9	- 3,8	- 1,7	- 3,5	0,0	0,7	16,0	- 14,2	152,1	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>												
2002 Juni	- 1,4	1,9	- 5,4	0,0	36,8	- 1,6	- 5,0	- 0,1	0,1	- 5,2	- 7,3	
2. Vj.	6,4	2,6	11,7	- 0,8	30,5	- 0,1	3,3	0,1	.	.	.	
Juli	4,8	8,1	0,6	0,3	- 25,2	- 1,0	2,6	0,4	2,2	- 7,9	- 37,0	
August	- 9,5	- 8,6	- 10,8	0,1	5,5	1,5	0,9	- 0,2	- 1,9	- 5,2	11,1	
September	4,8	0,7	10,7	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	- 5,7	5,8	
3. Vj.	- 1,2	1,5	- 4,4	0,3	- 11,5	- 1,2	- 1,2	0,1	.	.	.	
Oktober	5,3	9,0	0,5	- 0,6	0,5	0,2	8,8	- 0,1	0,6	- 5,6	12,7	
November	- 2,9	- 5,1	0,1	- 0,5	- 10,9	- 0,3	2,7	- 0,3	2,3	- 2,9	8,0	
Dezember	- 12,4	- 11,6	- 13,5	- 0,5	2,0	- 2,5	7,7	1,0	4,2	- 6,3	- 2,7	
4. Vj.	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,0	- 0,1	.	.	.	
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	- 1,3	- 35,7	- 4,2	- 20,9	- 0,1	9,8	10,6	29,5	
Februar	0,0	1,7	- 2,2	- 0,0	20,5	- 1,1	- 5,8	0,5	2,3	12,5	5,9	
März	2,9	3,3	2,5	- 0,1	42,1	1,4	13,4	- 0,1	- 1,1	5,3	4,6	
1. Vj.	1,9	- 0,7	5,3	- 1,8	- 18,3	- 6,2	- 16,0	0,8	.	.	.	
April	- 6,4	- 4,8	- 8,4	- 0,3	- 22,6	0,8	2,4	- 0,1	- 1,0	0,3	73,2	
Mai	4,8	4,9	4,5	- 0,2	14,5	0,6	- 1,4	- 0,2	- 2,3	- 2,8	- 2,9	
Juni	- 5,7	- 6,6	- 4,3	- 0,1	10,9	- 0,5	- 8,3	0,1	- 0,7	- 6,0	- 1,2	
2. Vj.	- 3,4	- 1,2	- 6,2	- 0,6	15,4	- 1,6	5,1	- 0,1	.	.	.	
Juli	7,8	11,2	3,0	- 0,2	0,7	0,4	5,3	0,3	4,7	- 7,0	- 24,1	

1) Einschli. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich.

2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6077,6 <sup>1)</sup>	6091,6 <sup>1)</sup>	6 078,4	6 078,5	6 079,1	6 091,6	6 090,1	6 089,1	6 088,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	890	1 873	1 684	3 135	983	1 180	1 816
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	5,0	1,7	4,0	3,3	6,1	1,9	2,5	3,5
* Lebendgeborene	"	4 686	4 610	3 151	4 094	4 530	5 714	3 434	4 131	4 360
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,1	6,1	8,8	8,8	11,0	6,6	8,8	8,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 948	5 031	5 024	4 618	5 094	6 205	5 149	5 087	5 844
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,9	9,7	9,9	9,9	12,0	10,0	10,9	11,3
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	19	20	27	16	20	22	14	10	13
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,2	4,5	8,6	3,9	4,4	3,9	4,1	2,4	3,0
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 262	- 420	- 1 873	- 524	- 564	- 491	- 1 715	- 956	- 1 484
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,5	- 0,8	- 3,6	- 1,1	- 1,1	- 0,9	- 3,3	- 2,0	- 2,9
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 598	13 993	14 816	11 708	12 420	10 840	14 223	11 772	12 879
darunter aus dem Ausland	"	6 442	6 079	6 442	5 368	5 598	4 137	6 121	5 497	5 861
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 528	12 423	12 387	11 083	11 220	11 334	14 056	11 859	11 829
darunter in das Ausland	"	6 209	5 274	5 599	5 006	4 927	4 765	7 155	6 069	5 793
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 070	1 570	2 429	625	1 200	- 494	167	- 87	1 050
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 943	18 322	20 043	15 306	15 768	19 641	19 770	15 152	16 492
		2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Junl	Juli	August	Mai	Junl	Juli	August
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	209 772	214 374	210 290	239 071	237 433	248 582	246 084
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	90 359	93 520	91 381	100 116	100 016	106 630	106 386
Männer	"	110 886	122 151	119 413	120 854	118 909	138 955	137 417	141 952	139 698
Ausländer	"	42 684	45 295	44 052	43 574	43 337	50 987	50 604	50 892	49 865
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	26 443	28 263	27 250	27 165	27 121	32 934	32 967
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,6	7,8	7,6	8,7	8,6	9,0	8,9
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,0	7,2	7,1	7,7	7,7	8,2	8,2
Männer	"	7,6	8,4	8,2	8,3	8,1	9,6	9,4	9,8	9,6
Ausländer	"	14,2	15,2	14,7	14,5	14,5	17,0	16,8	16,9	16,6
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	7,2	7,7	7,4	7,5	7,5	9,1	9,1
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	12 680	7 987	8 876	26 859	26 547	20 139	16 380
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	32 843	30 243	28 660	29 650	27 885	25 942	25 703
		2000	2001	2000		2001		2002		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Junl	Sept.
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5(6)</sup>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 192,6	2 214,7
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	970,2	968,0	964,9	956,4	969,1
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	231,9	228,9	227,3	225,2	226,0
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	341,8	345,2	348,2	350,7	352,6
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	287,8	289,7	292,3	293,8	295,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	14,1	12,5	13,1	14,0	14,1
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,8	3,4	3,6	3,7	3,8
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	551,2	545,8	537,7	533,3	532,3
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	140,8	138,9	137,4	135,8	136,0
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	123,5	116,8	112,0	114,0	115,7
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,7	14,4	14,1	14,1
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	571,7	566,6	560,4	556,0	560,8
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	252,9	251,2	249,1	246,7	248,6
* Finanzierung, Vermietung und Unter- nehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	475,3	473,4	472,5	470,9	477,3
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	216,9	216,2	216,1	214,9	217,8
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	504,4	507,9	507,4	504,1	514,3
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	340,7	343,3	344,1	341,2	348,8

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	5 806	4 596	4 588	5 756	5 303	3 845	3 836
Kälber	"	224	277	291	234	218	251	127	116	77
Schweine	"	95 275	85 364	83 745	79 480	82 744	68 888	67 888	64 992	57 315
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	3 658	2 222	2 217	5 387	3 441	1 881	1 244
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel) darunter von	Tonnen	10 351	9 835	9 952	9 205	9 398	8 671	8 195	7 708	7 143
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 667	1 364	1 389	1 664	1 529	1 192	1 241
* Kälbern	"	20	22	11	18	17	17	13	13	9
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 538	7 227	7 431	6 008	6 044	5 941	5 337
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	31 198	29 579	31 781	29 760	30 166	28 600	27 754	26 745	27 753
* Erzeugte Konsumier <sup>4)</sup>	1000 St.									
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	91 727	87 583	87 451	87 866	91 252	87 422	86 866
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	88 002	84 033	83 784	84 511	87 786	84 091	83 424
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	18,0	17,8	17,2	18,5	18,6	18,4	17,7
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 356	3 356	3 353	3 198	3 193	3 185	3 184
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	451,6	451,6	453,0	438,0	437,1	436,5	435,6
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	269,6	263,0	262,8	263,1	264,4	252,1	251,6	251,7	252,1
* Geleistete Arbeitsstunden	"						55 306	54 575	52 465	57 803
* Bruttohonorarsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	667,4	671,3	668,4	627,6	674,0	652,1	646,9
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	806,3	793,0	741,9	811,5	805,0	790,6	732,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	6 692,9	7 229,3	7 000,6	7 210,0	6 816,8	6 887,3	7 149,0
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 648,0	2 908,8	2 755,2	2 973,5	2 752,1	2 848,6	2 828,5
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,3	39,6	40,2	39,4	41,2	40,4	41,4	39,6
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	- 2,2	- 1,6	0,9	- 0,1	5,1	- 5,5	- 1,1	- 5,4	- 2,7
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	- 6,7	4,7	6,5	- 7,0	0,8	- 5,2	0,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	12,4	1,2	7,9	- 2,5	- 7,3	- 6,5	- 8,9
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 30,9	3,6	1,4	- 13,9	0,9	- 16,5	- 3,2
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	3,0	- 21,0	- 9,2	- 5,5	15,6	2,9	8,3
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	5,2	- 9,0	3,9	- 8,5	4,8	- 2,8	- 1,9
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	28,5	- 0,3	10,9	- 19,7	- 31,4	- 6,8	- 2,8
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	3,0	22,3	- 2,3	12,8	23,2	- 11,3	- 4,9
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 9,4	- 3,6	- 1,7	- 9,4	- 1,5	- 10,0	0,5
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	108	108	108	107
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 030	18 071	18 078	17 477	17 464	17 445	17 464
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)</sup>	1000 h		2 273	2 132	2 189	2 261	2 122	2 124	2 059	2 307
* Bruttohonorar- und -gehaltssumme <sup>9)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	57,5	63,9	62,8	60,7	56,9	63,4	62,2
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	1 687,1	1 991,4	2 424,1	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	85,7	.	.	.	82,3	.
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	98,2	.	.	.	91,5	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Inneren. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	55,1	54,2	53,6	52,5	52,8	52,5	52,6
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	28,5	28,3	28,2	28,0	28,3	28,2	28,4
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,1	8,1	8,1	7,4	7,5	7,5	7,6
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,6	2,4	2,1	2,3	2,2	2,2	2,0
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	5 124	5 417	5 463	5 407	5 335	5 287	5 991
darunter										
Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 036	2 068	2 118	2 221	2 192	2 197	2 450
gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 406	1 494	1 512	1 458	1 463	1 431	1 591
öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 657	1 816	1 806	1 701	1 646	1 632	1 920
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	88,8	82,5	92,8	87,4	85,2	84,0	90,8
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	38,4	41,7	38,1	35,4	33,9	38,5	34,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	467,3	492,2	526,0	443,4	521,1	476,4	549,9
darunter										
Wohnungsbau	"	141,1	134,5	132,1	137,8	153,0	149,0	184,5	156,5	180,3
gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	188,2	193,7	205,6	156,6	175,1	162,0	172,0
öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	145,6	158,5	166,6	135,7	158,6	155,4	195,4
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>3)</sup>	1995=100	95,6	83,9	82,6	113,0	84,5	65,0	74,5	82,5	83,1
darunter										
Wohnungsbau	"	86,4	74,7	74,1	87,1	71,5	78,3	69,1	89,4	95,8
gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	55,3	88,6	67,7	42,1	53,4	59,8	59,4
öffentlicher und Straßenbau	"									
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,2	.	23,1	.	.	.	21,4	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 430	.	6 504	.	.	.	5 981	.
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	109,4	.	107,5	.	.	.	98,9	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	59,9	.	60,0	.	.	.	58,0	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	591,5	.	564,9	.	.	.	489,6	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	752	847	812	901	632	498	499
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	658	756	677	791	571	444	455
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	865	942	912	1 022	680	586	514
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	166	179	180	192	129	104	95
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	200 817	218 552	222 671	237 100	160 707	135 568	120 218
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	156	125	174	149	136	146	138
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	873	641	1 665	892	1 061	1 636	1 030
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	155	126	287	156	239	249	182
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	156 376	106 404	371 669	124 273	209 623	255 246	165 995
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 830	1 925	2 146	1 975	1 323	1 108	1 026
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	9 164	9 585	10 464	10 233	6 798	5 902	5 349
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel <sup>7)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	80,4	86,9	86,2	83,1	80,1	82,1	84,6
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	83,1	87,7	88,2	85,4	81,9	82,7	85,5
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	98,2	97,9	97,5	91,7	91,5	91,3	90,9
Einzelhandel <sup>9)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	100,3	96,4	94,0	96,8	100,9	99,9	91,5	96,7
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	102,0	100,7	95,7	98,2	103,1	101,7	93,3	98,2
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	111,7	112,8	107,4	106,8	117,9	113,3	107,7	109,9
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	107,7	104,3	104,5	105,6	107,3	105,5	104,4	112,6
Bekleidung	"	101,0	97,3	95,6	89,4	90,8	95,3	91,3	84,0	89,3
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	81,9	79,4	85,7	85,9	81,8	70,6	80,7
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,0	112,1	102,8	108,0	121,3	123,4	104,4	116,3
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,9	97,2	96,6	95,7	91,7	91,3	92,0	92,4
Kfz-Handel u. Tankstellen <sup>14)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	91,7	93,4	94,2	96,5	103,4	94,3	93,0	99,8
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	93,2	94,7	95,5	98,0	105,6	96,3	95,2	102,5
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,6	92,7	92,6	92,1	92,5	92,1	91,9	92,7
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,3	92,4	94,2	86,0	80,5	89,3	85,6	83,7
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,3	97,5	99,4	91,4	85,7	95,1	90,3	88,3
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	91,9	93,2	98,1	83,7	77,3	99,0	84,7	80,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	99,4	94,0	100,1	98,1	92,0	89,2	93,9	95,1	90,0
Kantinen und Caterer	"	101,2	98,7	97,0	104,1	106,0	91,9	91,2	93,4	102,7
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	94,9	96,5	96,1	94,6	89,7	91,5	91,6	92,3

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtszeitraums. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 347,1	2 758,5	2 643,4	2 891,2	2 757,5	2 842,5	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	74,1	66,7	72,2	67,3	68,1	67,7	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 273,0	2 691,9	2 571,2	2 689,6	2 572,8	2 651,2	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	16,2	20,2	19,1	21,4	24,0	18,2	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	119,0	134,4	115,6	122,6	141,8	128,3	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 137,8	2 537,3	2 436,5	2 545,7	2 406,9	2 504,8	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	502,3	524,4	542,8	503,0	471,8	449,5	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 635,4	2 012,8	1 893,7	2 042,8	1 935,1	2 055,3	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	719,8	736,6	750,7	766,3	682,7	705,9	...
Maschinen	"	...	383,8	333,2	431,1	411,3	401,8	393,6	369,0	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	214,8	321,8	211,3	311,5	301,5	321,9	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	225,9	232,3	255,2	238,1	224,1	259,3	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	138,6	182,0	192,2	184,1	171,1	170,8	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 649,5	1 922,4	1 835,8	2 127,7	1 930,4	2 041,7	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 255,9	1 467,8	1 428,4	1 666,8	1 447,6	1 533,5	...
* Afrika	"	47,3	44,1	41,3	54,1	59,6	39,6	45,4	39,6	...
* Amerika	"	371,0	348,1	332,5	366,1	350,6	334,3	343,0	334,5	...
* Asien	"	360,0	374,6	304,5	394,2	375,7	366,0	415,5	404,9	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	19,4	21,8	21,8	23,7	23,2	21,8	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	3 437,0	4 197,0	3 843,8	4 019,7	4 045,7	4 065,3	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	197,4	172,8	191,8	170,6	197,8	170,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 239,6	4 024,2	3 652,0	3 553,9	3 556,4	3 584,9	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	45,0	80,4	75,6	85,1	100,9	69,4	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	237,9	309,3	249,7	256,5	227,4	194,6	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	2 956,7	3 634,5	3 326,7	3 212,2	3 228,1	3 320,8	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	377,2	442,3	382,1	367,0	379,1	388,1	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 579,5	3 192,2	2 944,6	2 845,2	2 849,0	2 932,7	...
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 232,7	2 882,6	2 594,8	2 638,2	2 641,3	2 774,7	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	1 640,3	2 260,1	1 977,4	1 999,9	2 015,5	2 141,6	...
* Afrika	"	91,0	82,1	101,2	84,5	63,2	100,2	57,9	51,1	...
* Amerika	"	662,6	521,1	427,7	540,7	491,3	500,7	571,3	451,2	...
* Asien	"	724,5	697,3	667,1	683,4	680,6	774,8	770,2	776,4	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	8,3	5,8	3,9	5,9	5,0	11,8	...
TOURISMUS <sup>3)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	864	919	837	700	885	828	837
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	195	229	250	163	192	191	234
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	2 197	2 275	2 291	1 843	2 239	2 067	2 216
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	352	396	468	299	377	338	443
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	682	688	722	592	676	660	672
Luftkurorte	"	124	118	146	145	148	108	142	142	160
Erholungsorte	"	98	92	118	107	140	84	107	112	124
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 251	1 335	1 282	1 059	1 314	1 153	1 261
darunter Großstädte	"	575	550	518	586	539	466	556	483	512
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 229	1 121	1 256	1 195	1 263	1 182	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	224	188	208	202	197	171	...
* Gütereingang	"	1 037	930	1 004	933	1 048	993	1 067	1 012	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2003 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	30 005	34 994	29 066	29 866	32 896	31 853	29 684	
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	25 957	30 670	25 348	24 337	28 617	27 837	25 909	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 458	1 786	1 467	1 537	1 390	1 516	1 517	
* Krafttrader und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	1 951	1 968	1 713	3 254	2 250	1 892	1 644	
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	347	305	299	360	362	393	317	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	3 234	3 263	3 021	2 754	3 348	3 288	3 356	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 407	2 477	2 268	2 068	2 492	2 538	2 598	
* Getötete Personen	"	43	42	38	49	44	34	43	54	40	
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 250	3 237	3 015	2 765	3 270	3 327	3 418	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>											
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	116 499	.	.	.	113 496	.	
davon im											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	.	115 089	.	.	.	112 067	.	
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	1 410	.	.	.	1 430	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	.	75 318	.	.	.	74 151	.	
davon im											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	.	58 797	.	.	.	58 311	.	
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	16 521	.	.	.	15 840	.	
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	135 342	.	.	.	135 149	.	
davon aus											
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	.	106 624	.	.	.	105 145	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	28 718	.	.	.	30 005	.	
GELD UND KREDIT											
Banken <sup>6)</sup>											
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	.	.	.	.	.	.	.	
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	.	.	.	.	.	
davon											
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101	.	.	.	.	.	.	.	.	
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	.	.	.	.	.	
Einzinsen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	.	.	.	.	.	
Insolvenzen											
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	327	443	485	544	565	498	624	
davon											
* Unternehmen	"	167	186	141	202	246	181	214	192	244	
* Verbraucher	"	73	100	76	104	108	195	162	151	177	
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	28	36	33	92	98	82	111	
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	82	101	98	76	91	73	92	
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	408 152	302 908	550 589	226 676	272 132	294 392	164 045	232 695	
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>											
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	4 940	4 736	4 839	...	...	...	...	
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 033	4 353	4 462	...	...	...	...	
PREISE											
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	103,0	102,9	103,3	103,8	103,6	103,7	104,0	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	105,1	104,5	103,9	104,2	104,7	104,4	104,2	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	105,7	105,8	106,1	110,5	110,5	111,0	111,5	
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,6	100,4	99,4	98,9	98,4	97,8	98,5	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	103,2	103,1	103,3	105,0	105,0	104,9	105,1	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,9	101,8	101,7	101,4	101,3	101,4	101,3	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	104,3	104,2	104,6	106,1	105,7	105,8	106,0	
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	96,1	96,2	96,4	96,2	96,2	96,2	96,1	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	100,7	100,8	103,1	100,1	99,4	100,0	101,3	
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	"	100,9	104,8	104,2	104,9	107,3	104,4	104,3	105,5	107,9	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	2000 = 100	101,0 <sup>14)</sup>	101,0 <sup>14)</sup>	101,0	.	.	.	100,8	.	.	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinfluss. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

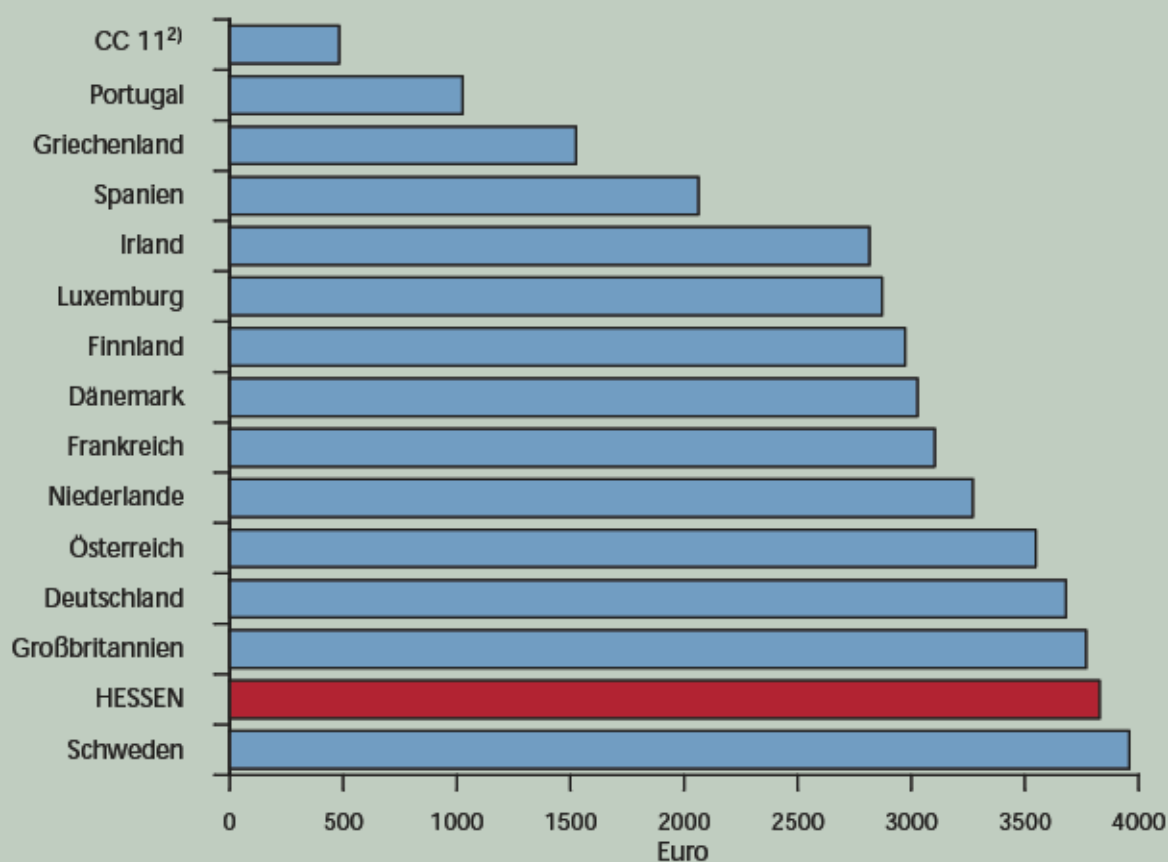
# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	2 793,4	3 266,5	3 090,0	2 646,0	2 917,8	3 823,9	3 187,9
davon	-	3 014,8	2 722,8	2 447,5	2 835,9	2 796,8	2 166,8	2 452,4	3 399,0	2 616,3
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 399,5	1 528,0	1 491,7	1 486,5	1 503,4	1 388,0	1 504,5
davon	-	64,1	64,4	- 50,6	414,2	- 131,9	- 56,8	- 66,1	370,1	- 191,2
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	256,6	181,1	110,9	417,8	440,9	116,0	122,2	279,6	408,1
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	194,4	165,7	215,5	233,5	146,3	148,2	224,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 171,7	- 529,5	- 6,7	- 419,3	- 232,4	353,4	- 112,6
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	745,4	727,3	803,6	702,4	655,4	674,0	842,8	732,2	647,8
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	154,2	136,8	161,3	137,3	131,9	132,9	136,2	127,5	135,3
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	206,4	306,9	66,8	246,0	306,2	296,8	306,3
Einfuhrumsatzsteuer	-	41,9	52,0	44,4	53,8	0,0	52,8	61,8	57,5	53,5
Bundessteuern	-	67,9	78,1	34,6	78,8	0,0	60,9	75,6	47,8	52,2
darunter	-	11,5	9,0	10,7	8,5	8,1	6,9	9,4	9,1	6,8
Mineralölsteuer	-	141,3	126,8	122,4	115,2	144,5	116,0	123,8	119,0	135,0
Versicherungsteuer	-	3,3	3,9	1,3	5,3	2,3	- 9,3	5,5	6,1	1,4
Zölle <sup>3)</sup>	-	23,6	18,0	13,1	25,4	21,5	21,2	16,5	23,2	22,4
Landesteuern	-	43,5	41,4	41,9	35,1	49,3	33,3	33,3	36,1	36,6
darunter	-	53,2	48,9	51,2	49,8	51,3	53,4	50,7	48,0	51,7
Vermögensteuer	-	26,5	30,5	6,4	0,0	73,8	110,2	26,1	0,0	123,5
Erbschaftsteuer	-									
Grunderwerbsteuer	-									
Kraftfahrzeugsteuer	-									
Gewerbsteuerumlage	-									
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5	2 056,0	889,2	1 574,2
der Gemeinden und Gemeindeverbände	-	3,0	4,3	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	4,3	3,8
davon	-	154,9	152,3	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	148,5	177,7
Grundsteuer A	-	491,5	561,4	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	710,1	710,4
Grundsteuer B	-	597,2	584,3	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	137,4	597,4
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	16,0	15,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	15,5	17,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-									
andere Steuern <sup>5)</sup>	-									
		2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli
VERDIENSTE <sup>7)</sup>										
Arbeiterverdienste										
(Im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	2 508	2 543
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	2 587	2 623
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	2 739	2 769
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 896	1 898	1 935	1 937	1 938	1 949	1 974
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	1 798	1 832
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	15,45	15,51
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	15,91	15,96
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	17,00	17,03
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	12,16	12,24
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	11,08	11,19
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	3 720	3 758
* männlich	-	3 843	3 941	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	3 969	4 003
* weiblich	-	2 863	2 963	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	3 014	3 059
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	3 508	3 542
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	3 906	3 946
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 060	3 365	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	3 431	3 451
* männlich	-	3 380	3 725	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	3 788	3 815
* weiblich	-	2 617	2 823	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	2 885	2 896
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	3 426	3 443
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 487	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	3 542	3 569

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Monatliche Arbeitskosten<sup>1)</sup> je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe in der EU 2000



1) Jährliche Arbeitskosten geteilt durch 12. - 2) Durchschnitt aus den Ergebnissen für Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Polen, Rumänien, Slowenien und der Slowakei.

HSL 60/03



## Arbeitskostenerhebung im Produzierenden Gewerbe in Hessen 2000

*Die Höhe der Arbeitskosten bzw. der Personalnebenkosten wird als ein Hindernis für eine Besserung am Arbeitsmarkt gesehen. Auch bei Diskussionen über den Wirtschaftsstandort Deutschland steht dieses Thema immer wieder im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. „Die Personalnebenkosten sind zu hoch“, „die Personalnebenkosten müssen gesenkt werden, damit es mehr Arbeitsplätze gibt“ oder „die hohen Personalnebenkosten verhindern die Schaffung neuer Arbeitsplätze“ sind oft zu hörende Aussagen. Die Pläne zu einer Gesundheitsreform werden z. B. mit dem Argument begründet, dass damit die Personalnebenkosten gesenkt werden könnten. Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2000 bieten nun die Gelegenheit, diese Urteile im Zeitablauf bis zum Jahr 2000 zu überprüfen. Hauptergebnisse dieser Erhebung sind, dass über 94 % der Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe entweder Bruttolöhne oder -gehälter oder Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung sind, die Personalnebenkosten von 1996 auf 2000 trotz steigender Arbeitgeberpflichtbeiträge abgenommen haben und die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung stark zurückgegangen sind.*

### Auch Arbeitskostenerhebung 2000 als Stichprobe

Die Arbeitskostenerhebung 2000 wurde (wie alle bisherigen Erhebungen dieser Art) als repräsentative Stichprobe von Unternehmen durchgeführt. Die Auswahl der Unternehmen basierte auf Angaben aus dem Unternehmensregister. Im Stichprobenplan wurden die Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern nach Bundesländern, Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen geschichtet. Mehrbetriebsunternehmen hatten Angaben für jeden zum Unternehmen gehörenden Betrieb zu machen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Unternehmen in Hessen einschl. aller deutschen (ggf. auch außerhessischen) Betriebe. Im Jahr 2000 gab es im Produzierenden Gewerbe in Hessen 7928 Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern. Davon wurden 1738 in die Erhebung einbezogen. Das entsprach einem Auswahlatz von knapp 22 %.

### Personalnebenkosten sinken

Im Vergleich zu früheren Arbeitskostenerhebungen ist nicht nur der Anteil der Personalnebenkosten an den gesamten Arbeitskosten auf den niedrigsten jemals registrierten Stand gefallen (für Arbeiter reduzierte sich der Anteil dabei stärker als für Angestellte); dieser Rückgang war so stark, dass auch in absoluten Euro-Beträgen die Personalnebenkosten im Jahr 2000 niedriger als 1996 waren. Zu diesem Ergebnis kam es trotz einem starken Anstieg der Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung. Vor allem die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und die sonstigen Personalnebenkosten, bei denen die Arbeitgeber nicht durch gesetzliche, tarifliche oder sonstige verbindliche Regelung zur Zahlung verpflichtet sind, haben dagegen überproportional abgenommen.

1) Hier wie im Folgenden jeweils Männer und Frauen zusammen.

2) Das Entgelt für geleistete Arbeit um 56,0 %, die Bruttolöhne bzw. -gehälter um 55,8 % und die Personalnebenkosten insgesamt um 56,3 %.

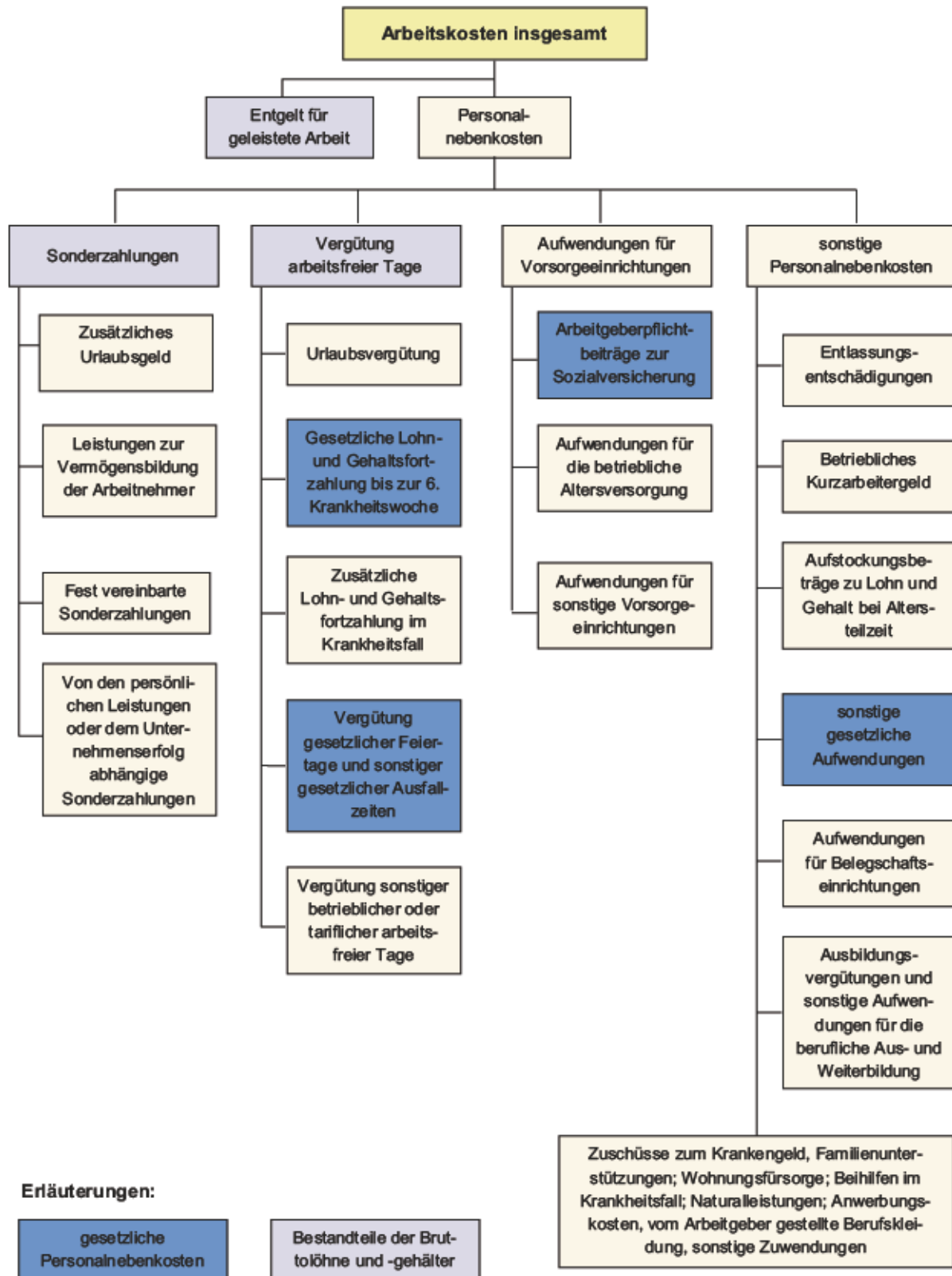
### Durchschnittlich fast 46 000 Euro Arbeitskosten

Die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 10 oder mehr Arbeitnehmern und Sitz in Hessen wendeten im Jahr 2000 für einen vollzeitbeschäftigten Arbeiter oder Angestellten (ohne Auszubildende) durchschnittlich 45 940 Euro an Arbeitskosten auf. Dabei wurden auch geringfügig entlohnte Beschäftigte (im Jahr 2000 mit „630-DM-Jobs“), kurzfristig beschäftigte Personen, für die keine Beitragspflicht zur Sozialversicherung bestand, sowie Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter einbezogen. Teilzeitbeschäftigte sind entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet worden. Personen in Altersteilzeit wurden auch in der „Freistellungsphase“ als Teilzeitbeschäftigte erfasst. Als Arbeitskosten zählen alle Aufwendungen des Arbeitgebers, die mit der Beschäftigung von Arbeitnehmern in Verbindung stehen, also die Bruttolöhne und -gehälter, die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie „sonstige Personalnebenkosten“ wie Entlassungsentschädigungen, betriebliches Kurzarbeitergeld, Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt im Rahmen der Altersteilzeit, Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen, Ausbildungsvergütungen sowie andere Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung.

### Arbeitskosten für Angestellte 56 % höher als für Arbeiter . . .

Für Arbeiter<sup>1)</sup> lagen die Arbeitskosten im Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes bei 38 020 Euro und für die Angestellten<sup>1)</sup> mit 59 340 Euro um rund 56 % höher. Auch das Entgelt für die geleistete Arbeitszeit (Bezahlung für die tatsächlich am Arbeitsplatz verbrachte Zeit, oft auch Direktvergütung genannt), die Bruttolöhne bzw. -gehälter und die Personalnebenkosten insgesamt waren für Angestellte jeweils um rund 56 % höher als für Arbeiter<sup>2)</sup>.

## Gliederung der Arbeitskosten



# 1. Ausgewählte Kostenarten im Produzierenden Gewerbe seit 1984

Jahr	Bruttolöhne und -gehälter	Entgelt für die geleistete Arbeitszeit	Personal- nebenkosten Insgesamt	darunter		
				Arbeitgeber- pflichtbeiträge zur Sozialver- sicherung	Vergütung arbeitsfreier Tage	Aufwendungen für die betrieb- liche Alters- versorgung
Grundzahlen (Euro)						
1984	21 706	15 454	12 280	3 681	3 709	1 273
1988	25 273	18 093	14 326	4 492	4 233	1 408
1992	30 389	21 522	17 436	5 440	5 318	1 649
1996	34 680	24 820	20 549	6 834	5 866	2 114
2000	36 074	26 303	19 638	7 265	5 904	1 158
Verhältniszahlen <sup>1)</sup> (%)						
1984	78,3	55,7	44,3	13,3	13,4	4,6
1988	78,0	55,8	44,2	13,9	13,1	4,3
1992	78,0	55,2	44,8	14,0	13,7	4,2
1996	76,4	54,7	45,3	15,1	12,9	4,7
2000	78,5	57,3	42,7	15,8	12,9	2,5

1) Anteil an den gesamten Arbeitskosten.

Nach Wirtschaftszweigen war der Abstand zwischen den Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte sehr unterschiedlich. So waren die Arbeitskosten für Angestellte in der Chemischen Industrie um 79 % höher als die für Arbeiter, während dieser Prozentsatz in der Energie- und Wasserversorgung sowie dem Ernährungsgewerbe (einschl. Tabakverarbeitung) nur jeweils 26 % betrug.

... sowie deutliche Strukturunterschiede bei den Nebenkosten

Innerhalb der Personalnebenkosten gab es aber für Arbeiter und Angestellte deutliche Strukturunterschiede: Für die Arbeiter entfielen auf die gesetzlich bestimmten Nebenkosten höhere Anteile, während bei den Angestellten die freiwilligen Nebenkosten wie z.B. die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung ein relativ höheres Gewicht hatten. Bei den Arbeitern entfielen 53,6 % der gesamten Personalnebenkosten auf „gesetzliche“ Personalnebenkosten<sup>3)</sup>, dagegen waren es bei den Angestellten nur 44,1 %. Andererseits machten Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung bei den Angestellten 9,6 % und bei den Arbeitern nur 2,4 % der gesamten Personalnebenkosten aus. Auch der Anteil fest vereinbarter oder von den persönlichen Leistungen oder dem Unternehmenserfolg abhängigen Sonderzahlungen wie z. B. Gratifikationen und 13. Monatsgehalt war bei den Angestellten mit 21,5 % der gesamten Personalnebenkosten deutlich höher als bei den Arbeitern mit 18,0 %.

3) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger gesetzlicher Ausfalltage, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen.

Bei Arbeitern in der Energie- und Wasserversorgung und bei Angestellten in der Chemischen Industrie die höchsten Arbeitskosten

In den einzelnen Wirtschaftszweigen waren die Arbeitskosten stark unterschiedlich. Während sie für die Arbeitnehmer im Ledergewerbe im Durchschnitt bei 30 630 Euro lagen, waren sie in der Energie- und Wasserversorgung mit 60 190 Euro und in der Chemischen Industrie mit 59 950 Euro fast doppelt so hoch.

Auch hier gab es erhebliche Unterschiede nach Arbeitnehmergruppen. Während bei den Arbeitern die Arbeitskosten zwischen 25 750 Euro im Ledergewerbe und 52 090 Euro in der Energie- und Wasserversorgung lagen, bewegten sie sich bei den Angestellten zwischen 41 900 Euro im Ledergewerbe und 75 870 Euro in der Chemischen Industrie.

Arbeitskosten und Anteil der Personalnebenkosten steigen mit der Unternehmensgröße

Die Höhe der Arbeitskosten (und der Verdienst) je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe hängt von der Größe des Unternehmens, in dem er beschäftigt ist, ab. In Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern lagen die durchschnittlichen Arbeitskosten im Jahr 2000 bei 35 710 Euro (Unternehmen mit 1 bis 9 Arbeitnehmern werden nicht erfasst). Dieser Wert erhöht sich kontinuierlich mit der Größe des Unternehmens bis auf 53 260 Euro bei Unternehmen mit 1000 und mehr Arbeitnehmern. Dabei ist die Spreizung der Arbeitskosten für Angestellte sehr viel größer als für Arbeiter. Während bei den Angestellten die Arbeitskosten in den Unternehmen der obersten Größenklasse (1000 und mehr Arbeitnehmer) um 60,5 % höher als in Unternehmen der untersten Größenklasse (10 bis 49 Arbeitnehmer) waren, betrug der entsprechende Wert für die Ar-



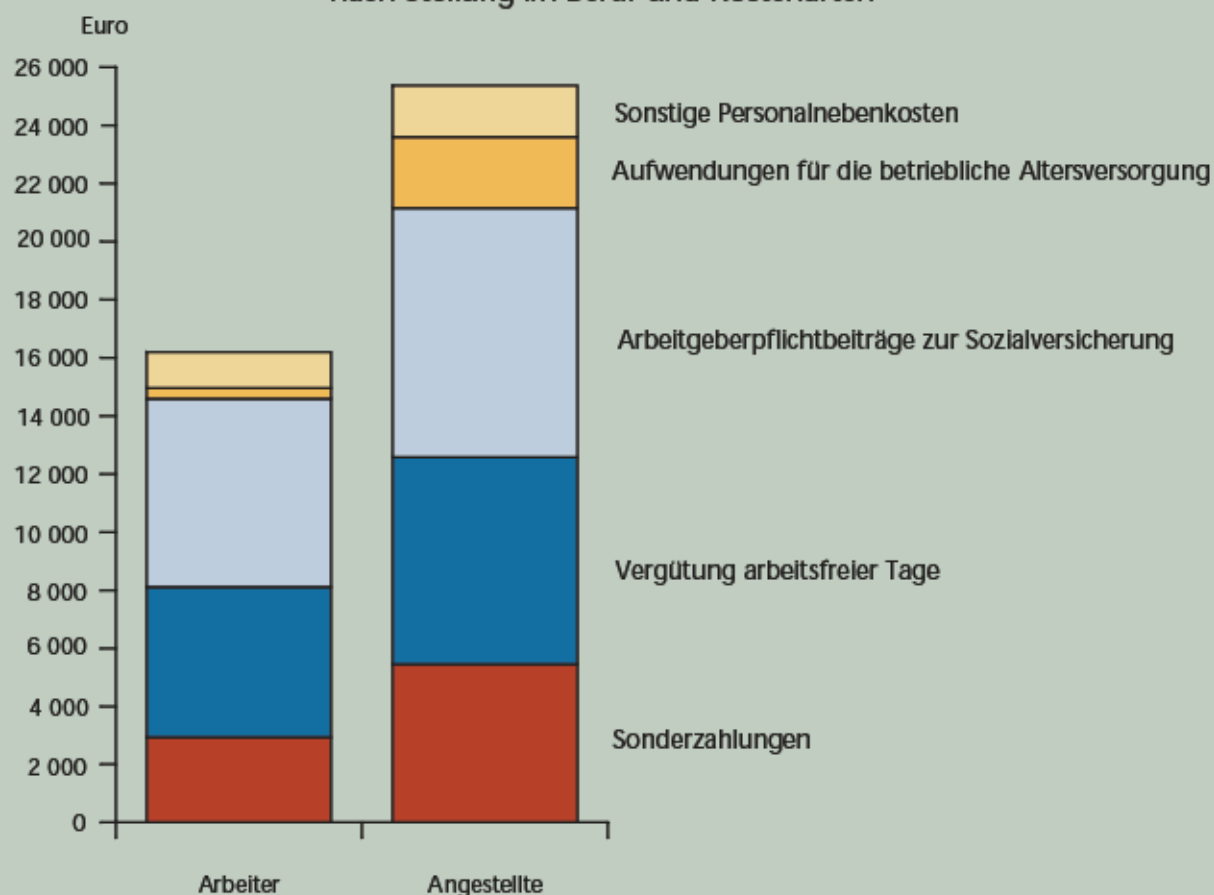
# Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten<sup>1)</sup> im Produzierenden Gewerbe 2000 nach Arbeitnehmergruppen und Wirtschaftszweigen



1) Männer und Frauen ohne Auszubildende; Teilzeitbeschäftigte sind entsprechend ihrer geleisteten Arbeitszeit in Volzeiteinheiten umgerechnet. -  
2) Einschl. Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen sowie Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik - 3) Einschl. Schmuck, Musik-  
instrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.

HSL 58/03

### Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe in Hessen 2000 nach Stellung im Beruf und Kostenarten



HSL 59/03

beiter nur 29,1 %. Für die Angestellten ist er im Zeitablauf auch weiter gestiegen (von 52,0 % 1992 über 59,8 % 1996 auf 60,5 % im Jahr 2000). Demgegenüber nahm er bei den Arbeitern zuletzt wieder ab; nachdem er 1992 noch 26,1 % betragen hatte, stieg er zunächst auf 33,2 % 1996, ist dann aber wieder auf 29,1 % im Jahr 2000 gesunken.

Hauptursache des Anstiegs der Arbeitskosten mit der Größe des Unternehmens ist ein entsprechender Anstieg des Entgelts für geleistete Arbeit (auch Direktlohn genannt). Aber auch der Anteil der Personalnebenkosten an den gesamten Arbeitskosten und natürlich erst recht ihre absolute Höhe nimmt mit der Größe des Unternehmens kontinuierlich zu. 2000 lag dieser Anteil für vollbeschäftigte Arbeitnehmer in Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern bei 39,5 % und in Unternehmen mit 1000 und mehr Arbeitnehmern bei 44,5 %. Im Vergleich zur letzten Arbeitskostenerhebung für das Jahr 1996 ist er aber durchweg gesunken. Am stärksten (um 3,1 Prozentpunkte) nahm er bei den Unternehmen mit 1000 oder mehr Arbeitnehmern ab. Bei den Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern waren es noch 1,3 Prozentpunkte. Dies belegt die Bemühung der Unternehmen, den Anteil der Personalnebenkosten zu senken.

Über 94 % der Arbeitskosten Bruttoverdienste oder Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung

Im Jahr 2000 waren 78,5 % der gesamten Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe Bruttolöhne oder -gehälter. Dieser Anteil war für Arbeiter (78,6 %) und Angestellte (78,4 %) nahezu gleich und hat sich seit der Arbeitskostenerhebung 1984 kaum geändert. Auch nach Wirtschaftszweigen gab es nur geringe Unterschiede. Der Anteil schwankte zwischen 75,1 % in der Energie- und Wasserversorgung und 81,1 % im Ledergewerbe.

Der Anteil der Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung an den Arbeitskosten hat jedoch im Zeitablauf stark zugenommen. Von 13,3 % 1984 ist er auf 15,8 % im Jahr 2000 gestiegen (Arbeiter 17,1 % und Angestellte 14,4 %). Dabei bewegte sich dieser Anteil 2000 zwischen 18,8 % im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden und 13,9 % in der Chemischen Industrie. Unter den Arbeitgeberpflichtbeiträgen hatten auch im Jahr 2000 die Beiträge zur Rentenversicherung mit über 7,2 % und zur Kranken- und Pflegeversicherung mit über 5,1 % der gesamten Arbeitskosten das größte Gewicht (siehe Tabelle 1).

## 2. Arbeitskosten und Personalnebenkosten je Vollzeitbeschäftigten<sup>1)</sup> im Produzierenden Gewerbe 2000 nach der Beschäftigtenzahl

Beschäftigten- größen- klasse	Arbeitskosten Insgesamt	Entgelt für geleistete Arbeit	Personalnebenkosten		darunter	
					„gesetzliche“ Per- sonalnebenkosten <sup>2)</sup>	Aufwendungen für die be- triebliche Altersversorgung
			Euro		% <sup>3)</sup>	
10 bis 49	35 708	21 593	14 115	39,5	22,4	0,9
50 bis 99	38 183	22 904	15 278	40,0	22,1	1,2
100 bis 199	40 698	24 170	16 528	40,6	21,9	1,5
200 bis 499	43 784	25 172	18 612	42,5	21,3	2,3
500 bis 999	46 792	26 848	19 944	42,6	21,2	2,3
1000 und mehr	53 258	29 582	23 676	44,5	20,1	3,4
Insgesamt	45 942	26 303	19 638	42,7	21,0	2,5

1) Männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende; Teilzeitbeschäftigte wurden entsprechend ihrer geleisteten Arbeitszeit in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet. — 2) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger gesetzlicher Ausfalltage, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. — 3) Anteil an den Arbeitskosten.

Im Jahr 2000 waren damit 94,3 % der Arbeitskosten entweder Bruttolöhne und -gehälter oder Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung. Ein so großer Anteil wurde hierfür noch nie registriert. Da auch bei den sonstigen Arbeitskosten teilweise eine gesetzliche Verpflichtung zur Zahlung besteht (z. B. nach dem Mutterschutzgesetz oder dem Schwerbehindertengesetz), wird deutlich, dass für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur noch ein sehr geringer Spielraum besteht, um den Anteil der Personalnebenkosten weiter zu senken.

### Sinkende Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung

Die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sind stark rückläufig. 2000 wurden hierfür nur noch 2,5 % der Arbeitskosten aufgewendet (1,0 % bei den Arbeitern und 4,1 % bei den Angestellten), während es 1996 noch 4,7 % gewesen waren. Offenbar haben die Unternehmen also zwischen 1996 und 2000 dort, wo sie wie bei der betrieblichen Altersversorgung einen Entscheidungsspielraum haben und nicht durch gesetzliche, tarifliche oder sonstige verbindliche Regelungen zur Zahlung verpflichtet sind, die Personalnebenkosten erfolgreich gesenkt. Der Stellenwert der betrieblichen Altersversorgung ist aber auch stark branchenabhängig. Während im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe hierfür nur 0,5 % der Arbeitskosten und im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 0,8 % aufgewendet wurden, waren es in der Chemischen Industrie 4,5 % und in der Energie- und Wasserversorgung 5,4 %. Auch nach der Unternehmensgröße gibt es eine deutliche Differenzierung: Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern wendeten nur 0,9 % der Arbeitskosten für die betriebliche Altersversorgung auf. Dieser Anteil stieg kontinuierlich mit

der Betriebsgröße bis auf 3,4 % in Unternehmen mit 1000 und mehr Arbeitnehmern (siehe Tabelle 2).

### Steigender Anteil des Entgelts für geleistete Arbeit

Da alle Arbeitskosten außer dem „Entgelt für geleistete Arbeit“<sup>4)</sup> als Personalnebenkosten angesehen werden, hat komplementär zu den sinkenden Personalnebenkosten der Anteil dieses Entgelts für geleistete Arbeit an den Arbeitskosten zugenommen. Im Jahr 2000 betrug er 57,3 %, nachdem es 1996 noch 54,7 % gewesen waren (siehe Tabelle 1). Oft wird die Höhe der Personalnebenkosten auch auf das Entgelt für geleistete Arbeit bezogen. Im Jahr 2000 betrugen die Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe in Hessen 74,7 % des Entgelts für geleistete Arbeit. 1996 waren es noch fast 83 % gewesen. Dies wurde oft in der Bemerkung zusammengefasst: „Auf jede Mark Entgelt muss der Arbeitgeber nochmals über 80 Pfennige für Personalnebenkosten drauflegen.“ Im Jahr 2000 waren es nur noch knapp 75 Pfennig (oder 75 Cent pro Euro). Geht man von diesem recht engen Entgeltbegriff ab, der fast nur für kalkulatorische Zwecke verwendet wird, und legt die Bruttolöhne und -gehälter zu Grunde, so kamen im Jahr 2000 auf jeden Euro Bruttolohn oder -gehalt nochmals rund 27 Cent zusätzliche Arbeitskosten. Diese Diskrepanz ist darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil der Personalnebenkosten (die Sonderzahlungen und die Vergütung arbeitsfreier Tage) bereits in den Bruttolöhnen und -gehältern enthalten ist. Von den nicht hierzu gehörenden Arbeitskosten entfiel wiederum der größte Teil auf die gesetzlich angeordneten Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

### Anteil der „Sonstigen Personalnebenkosten“ sinkt

Die „Sonstigen Personalnebenkosten“ sind zwar von der Anzahl der Positionen her umfangreich, machten 2000 zusammen aber nur noch 3,1 % der Arbeitskosten pro Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe aus. 1996 waren es noch 3,8 % gewesen. Auch 2000 machten die größten Beträge in

4) Das ist die Bezahlung für die tatsächlich am Arbeitsplatz verbrachte Zeit; diese Kostenart wird oft auch Direktvergütung, Direktentgelt oder Direktlohn genannt. Sie ist keinesfalls mit den Bruttolöhnen und -gehältern zu verwechseln, die erheblich höher sind.



### 3. Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigtem Arbeitnehmer<sup>1)</sup> im Produzierenden Gewerbe 2000 nach Wirtschaftszweigen und ausgewählten Kostenarten

Wirtschaftszweig	Arbeitskosten Insgesamt	darunter											
		BruttoLöhne und -gehälter		Arbeitgeber- pflichtbeiträge zur Sozialvers.		Entgelt für die geleistete Arbeitszeit		Vergütung arbeitsfreier Tage		Aufwendun- gen für die betriebliche Altersvers.		gesetzliche Personalneben- kosten <sup>2)</sup>	
		Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>
Produzierendes Gewerbe	45 942	36 074	78,5	7 265	15,8	26 303	57,3	5 904	12,9	1 158	2,5	9 635	21,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	45 108	35 864	79,5	8 499	18,8	27 019	59,9	5 979	13,3	358	0,8	10 993	24,4
Verarbeitendes Gewerbe	46 773	36 831	78,7	7 283	15,6	26 728	57,1	6 017	12,9	1 225	2,6	9 691	20,7
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	37 107	29 046	78,3	6 028	16,2	21 633	58,3	4 895	13,2	829	2,2	8 084	21,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe	32 197	25 562	79,4	5 309	16,5	19 111	59,4	4 203	13,1	653	2,0	7 062	21,9
Ledergewerbe	30 630	24 828	81,1	5 070	16,6	18 298	59,7	4 075	13,3	344	1,1	6 809	22,2
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	35 309	28 117	79,6	6 224	17,6	21 389	60,6	4 663	13,2	380	1,1	8 176	23,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	44 378	35 894	80,9	7 070	15,9	26 334	59,3	5 699	12,8	222	0,5	9 237	20,8
Chemische Industrie	59 949	46 861	78,2	8 344	13,9	32 929	54,9	7 564	12,6	2 690	4,5	11 374	19,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	40 270	31 826	79,0	6 547	16,3	23 381	58,1	5 261	13,1	789	2,0	8 641	21,5
Glasgewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	43 919	34 331	78,2	7 471	17,0	25 359	57,7	5 946	13,5	673	1,5	9 878	22,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metall- erzeugnissen	41 676	32 878	78,9	6 994	16,8	24 311	58,3	5 426	13,0	846	2,0	9 227	22,1
Maschinenbau	47 725	37 848	79,3	7 595	15,9	27 525	57,7	6 091	12,8	911	1,9	10 028	21,0
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	47 912	37 350	78,0	7 432	15,5	27 218	56,8	6 085	12,7	1 326	2,8	9 803	20,5
Fahrzeugbau	52 213	40 913	78,4	7 866	15,1	29 117	55,8	6 717	12,9	1 747	3,3	10 561	20,2
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	38 740	30 952	79,9	6 524	16,8	23 215	59,9	5 165	13,3	511	1,3	8 621	22,3
Energie- und Wasserversorgung	60 188	45 174	75,1	9 064	15,1	31 818	52,9	7 514	12,5	3 262	5,4	12 048	20,0
Baugewerbe	38 869	30 096	77,4	6 905	17,8	22 876	58,9	4 976	12,8	486	1,2	8 947	23,0

1) Männer und Frauensowie Arbeiter und Angestellte zusammen ohne Auszubildende; Teilzeitbeschäftigte sind anhand ihrer geleisteten Arbeitszeit in Vollzeitanteilen umgerechnet. — 2) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger gesetzlicher Ausfalltage, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung, Berufsgenossenschaft, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. — 3) Anteil an den Arbeitskosten insgesamt.

dieser Kategorie die Ausbildungsvergütungen (einschl. Sonderzahlungen und Sachleistungen sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende) sowie Sach- und Fremdkosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung mit 608 Euro pro vollbeschäftigten Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) aus. Es folgten Entlassungsentschädigungen (einschl. betrieblichem Kurzarbeitergeld) mit 294 Euro und Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen mit 145 Euro.

5) Nur Malta und die Türkei konnten für das Jahr 2000 keine AKE durchführen.  
6) Der Vergleich der Ergebnisse für Hessen und EU-Mitgliedstaaten ist aus zwei Gründen etwas problematisch. Zum einen ist Hessen selbstverständlich nur Teil eines EU-Mitgliedstaates und auch in anderen Mitgliedstaaten gibt es natürlich Regionen, in denen die Arbeitskosten mehr oder weniger stark über dem Durchschnitt des jeweiligen Staates liegen. Zum zweiten sind in den Ergebnissen für die EU-Mitgliedstaaten die Auszubildenden einbezogen, für Hessen aber nicht. Sehr groß kann der Einfluss dieses Faktors aber nicht sein: Für Deutschland ergibt sich ohne Auszubildende ein Ergebnis von 44 807 Euro und mit ihnen eines von 44 172 Euro.

Hohe Arbeitskosten im Vergleich mit dem Durchschnitt der EU

Auf europäischer Ebene besteht wegen der zunehmenden wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Verflechtung ein steigender Bedarf an vergleichbaren Daten über Höhe und Struktur der Arbeitskosten. Daher wurde auch die Arbeitskostenerhebung 2000 - wie ihre Vorgängererhebungen - in allen EU-Staaten nach einheitlichen Richtlinien und Definitionen durchgeführt. An der Erhebung für das Jahr 2000 nahmen auch 11 der 13 Beitrittsländer teil<sup>5)</sup>. Inzwischen liegen Ergebnisse für 13 der 15 EU Mitgliedstaaten und die 11 Beitrittsländer vor. Danach waren die Arbeitskosten in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten nur in Schweden höher als in Hessen<sup>6)</sup>. Im Durchschnitt der 13 EU-Mitgliedstaaten, für die bis jetzt Ergebnisse vorliegen, kam man für das Jahr 2000

auf 38 630 Euro jährliche Arbeitskosten (in Hessen waren es 45 940 Euro gewesen)<sup>6)</sup> und im Durchschnitt der 11 erwähnten Beitrittsländer auf 5 780 Euro, (siehe auch Schaubild auf Seite 237).

Vor allem von Arbeitgeberseite wird auf den Wettbewerbsnachteil hoher Arbeitskosten hingewiesen.<sup>7)</sup> Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Zum einen kann man davon ausgehen, dass hohe Arbeitskosten durch entsprechende Produktivitätsvorteile gemildert werden. So kann angesichts der Exporterfolge von einer Wettbewerbsschwäche der deutschen Wirtschaft kaum gesprochen werden. Zum andern bedeuten hohe Arbeitskosten meist auch hohe Einkommen der Arbeitnehmer, die sich wiederum in einer entsprechenden Nachfrage niederschlagen. Für einen exakten Vergleich wäre eine Umrechnung mit so genannten Kaufkraftstandards erforderlich.

7) Siehe z. B. Christoph Schröder, Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich; iw-trends 3/2003, S. 1 bis 15.

8) Ebenda, S. 11.

Beim Arbeitskostenvergleich über den Euro-Raum hinaus ist außerdem der starke Einfluss des jeweiligen Wechselkurses in Rechnung zu stellen.

Struktur der Arbeitskosten variiert zwischen den Mitgliedstaaten der EU

Nicht nur die Höhe, sondern auch die Zusammensetzung der Arbeitskosten war in den Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich. Die Abweichungen in der Kostenstruktur sind dabei vor allem auf Unterschiede in der jeweiligen nationalen Politik zurückzuführen (z. B. die verschiedenen Beitragssätze zur Sozialversicherung). So erklärt sich z. B. die relativ geringe Zusatzkostenlast der dänischen Industrie damit, dass die soziale Sicherung dort fast ausschließlich über das Steuersystem finanziert wird.<sup>8)</sup> In allen Ländern machen die Bruttolöhne und -gehälter den größten Teil der Gesamtkosten aus. Die Anteile schwanken aber beträchtlich (zwischen 66,8 % in Schweden und 88,6 % in Dänemark). Da auf die sonstigen Arbeitskosten überall nur ein sehr geringer Anteil der Gesamtkosten entfällt, ist die Abstufung der Sozialbeiträge gegenläufig. □

## Zahlen für Hessen

Neuaufgabe des Faltblattes „Hessen in Zahlen“ erschienen

Ausgewählte Daten über Bevölkerung und Wirtschaft in Hessen bietet das in seiner 24. Auflage erschienene Faltblatt „Hessen in Zahlen“. Dieser vom Hessischen Statistischen Landesamt in Wiesbaden herausgegebene statistische Zahlenspiegel bietet wieder einen kleinen, interessanten Ausschnitt aus dem reichhaltigen Datenmaterial der amtlichen Statistik Hessens. Neben Daten aus dem Jahr 2001 über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Unterricht und Bildung, Wirtschaft, Bautätigkeit, Verkehr, Wirtschaftskraft sowie öffentliche Finanzen sind auch Vergleichszahlen der Jahre 1999 und 2000 enthalten.

Das Faltblatt wird vom Hessischen Statistischen Landesamt kostenlos abgegeben; es ist besonders zur Auslage an Stellen mit Publikumsverkehr geeignet und ist auch in englischer Fassung erhältlich.

Anforderungen mit Mengenangaben richten Sie bitte an:

STATISTIK HESSEN

Hessisches Statistisches Landesamt,  
Pressestelle, 65175 Wiesbaden.

## VERKEHR

### 447 Busse im Jahr 2002 bei Personenschadensunfällen beteiligt — kein Fahrgast getötet

Auf hessischen Straßen ereigneten sich im Jahr 2002 insgesamt 26 596 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen Schaden an Leib oder Leben erlitten. Dabei wurden 501 Menschen getötet, 6276 hatten so schwere Verletzungen, dass ein unmittelbarer Krankenhausaufenthalt erforderlich wurde und 29 508 wurden leicht verletzt. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ging gegenüber 2001 um 1,3 % zurück. Bei der Zahl der Getöteten betrug die Abnahme 2,9 %, die Zahl der Schwerverletzten verringerte sich um 2,2 %, die der Leichtverletzten um 1,4 %.

An den Unfällen mit Personenschaden waren 2002 allein 38 167 Pkw beteiligt<sup>1)</sup>, zudem 4066 Motorzweiräder, 3228 Güterkraftfahrzeuge, 447 Kraftomnibusse (im Folgenden kurz Busse), 128 landwirtschaftliche Zugmaschinen und 250 übrige Kraftfahrzeuge. Des Weiteren waren 120 Straßen- oder Eisenbahnen beteiligt, 3392 Fahrräder, 2532 Fußgängerinnen und Fußgänger sowie 105 Sonstige (wie z. B. Fuhr-

An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte Kraftomnibusse 1990 bis 2002

Jahr	Beteiligte Busse	Veränderung zum Vorjahr	Anteil an allen Beteiligten
		%	
1990	505	10,5	0,8
1991	433	- 14,3	0,7
1992	445	2,8	0,8
1993	406	- 8,8	0,8
1994	379	- 6,7	0,7
1995	384	1,3	0,7
1996	370	- 3,6	0,7
1997	413	11,6	0,8
1998	381	- 7,7	0,7
1999	416	9,2	0,8
2000	430	3,4	0,8
2001	421	- 2,1	0,8
2002	447	6,2	0,9

werke). Somit stellten Busse lediglich 0,9 % aller an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden Beteiligten. Gegenüber 2001 stieg die Zahl der Busunfälle um 6,2 %. Damals waren es 421 Fälle. Im letzten Dutzend Jahre hat sich keine merkliche Tendenz zu einer Zu- oder Abnahme ergeben; durchschnittlich waren jährlich etwa 420 Busse in Personenschadensunfälle verwickelt.

<sup>1)</sup> Der Kürze halber wird bei den Beteiligten und Hauptverursachern in der Regel das benutzte Fahrzeug erwähnt, also Pkw statt Pkw-Fahrerinnen und -fahrer.

Gliedert man die 447 Unfälle, an denen 2002 in Hessen Busse beteiligt waren, nach der Unfallschwere, so wurden bei 368 Unfällen Menschen leicht verletzt, bei 75 Unfällen wurden Menschen schwer verletzt und bei 4 Unfällen wurden Menschen getötet. Insgesamt gab es bei den genannten Unfällen 563 Leichtverletzte, 82 Schwerverletzte und 4 Getötete.

Betrachtet man unter den Verletzten insgesamt nur die Bussinsassen, also die Fahrerinnen und Fahrer sowie die Mitfahrerinnen und Mitfahrer, so wurden von ihnen 2002 insgesamt 354 verletzt. Davon wurden 331 oder fast 94 % leicht verletzt, 23 Menschen oder 6,5 % trugen schwere Verlet-

Kraftomnibusse als Hauptverursacher bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden 1990 bis 2002

Jahr	Busse als Hauptverursacher	Veränderung zum Vorjahr	Anteil an allen Hauptverursachern
		%	
1990	179	3,5	0,6
1991	149	- 16,8	0,5
1992	158	6,0	0,5
1993	138	- 12,7	0,5
1994	131	- 5,1	0,5
1995	147	12,2	0,5
1996	137	- 6,8	0,5
1997	143	4,4	0,5
1998	130	- 9,1	0,5
1999	159	22,3	0,6
2000	161	1,3	0,6
2001	157	- 2,5	0,6
2002	166	5,7	0,6

zungen davon, Getötete waren nicht zu beklagen. Bei Unfällen innerhalb von Ortschaften gab es bei den Bussinsassen 303 Verletzte (86 %), außerhalb von Ortschaften wurden 51 Menschen in den Bussen verletzt (14 %).

Von der Polizei wird bei der Unfallaufnahme auch derjenige Beteiligte, dem nach dem ersten Anschein die wesentlichste Ursache, die zum Unfall geführt hat, zuzuordnen ist („Hauptverursacher“), festgestellt. Busse waren im Jahr 2002 in 166 Fällen die Hauptverursacher. Dabei wurde ein Mensch getötet, 30 wurden schwer verletzt und 204 leicht. Auch bei Bussen als Hauptverursacher zeigt sich im Zeitablauf keine steigende Tendenz. In etwa 150 Fällen pro Jahr waren in den letzten 12 Jahren Busfahrerinnen und -fahrer „schuld“ am Unfall. Ihr Anteil an allen Hauptverursachern lag jedoch nur bei einem halben Prozent, wobei hier in den letzten Jahren eine geringfügige Zunahme zu beobachten war.

Betrachtet man die häufigste Unfallgruppe bei den Unfällen mit Personenschaden, nämlich die mit 2 Beteiligten, waren Busfahrerinnen und -fahrer in 122 von insgesamt 18 165 Fällen Hauptverursacherinnen oder -verursacher:



- Bei 224 Unfällen zwischen Pkw und Bus war der Bus in 62 Fällen Hauptverursacher, was einem Anteil von 28 % entspricht;
- bei 66 Unfällen zwischen Fußgängern und Bus war der Bus in 29 Fällen Hauptverursacher;
- bei 24 Unfällen zwischen Mofa/Motorrad und Bus war der Bus in 11 Fällen Hauptverursacher;
- bei 22 Unfällen zwischen Fahrradfahrerinnen und -fahrern und Bus war der Bus in 9 Fällen Hauptverursacher;
- bei den restlichen 25 Unfällen mit zwei Beteiligten - darunter 2 Unfälle zwischen Bussen - war der Bus in 11 Fällen Hauptverursacher.

Somit waren Busfahrerinnen und -fahrer im vergangenen Jahr 361-mal in Unfälle mit 2 Verkehrsteilnehmern verwi-

ckelt und hatten diese in 34 % der Fälle hauptsächlich verursacht.

Auch in diesem Jahr scheint sich die Struktur der Vorjahre nicht zu ändern. So waren im ersten Halbjahr 2003 insgesamt 220 Busse an Unfällen mit Personenschaden auf hessischen Straßen beteiligt, 178 davon innerhalb von Ortschaften und 42 außerhalb. Das waren 3 Unfälle oder 1,4 % mehr als im ersten Halbjahr 2002. Der Anteil an allen Beteiligten blieb bei 0,9 %. Von den Bussinsassen wurde niemand getötet, 7 Menschen - im ersten Halbjahr 2002 waren es 15 - wurden schwer und 169 leicht verletzt. Damit nahm die Zahl leicht verletzter Bussinsassen im Halbjahresvergleich um 11,1 % ab.

\*) Tel.: 0611 3802-552 · E-Mail: ukroschewski@hsl.de

Udo Kroschewski\*)

## Hessische Kreiszahlen

### Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Neu: Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

*Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)*

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf.



Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.  
Hessisches Statistisches Landesamt . 65175 Wiesbaden

w-109

- In Hessen wurden im Jahr 2002 rund 23,6 Mill. m<sup>3</sup> Wasser zur *Bewässerung in der Landwirtschaft* eingesetzt. Das ergab die Befragung von 321 landwirtschaftlichen Betrieben und Verbänden, die Wasser für Bewässerungszwecke verwendet hatten. Das Wasser stammte zu 90 % aus dem Grundwasserreservoir. Das restliche Zehntel wurde zum überwiegenden Teil aus Oberflächengewässern gewonnen. Die Nutzung von Quellwasser sowie der Bezug aus der öffentlichen Wasserversorgung spielten eine untergeordnete Rolle. Von den rund 484 000 ha Anbauflächen im hessischen Acker-, Garten- und Dauerkulturbau wurden lediglich 28 000 ha (knapp 6 %) mit zusätzlichen Wassergaben versorgt. Dabei kam die Bewässerung fast ausschließlich im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt zum Einsatz und konzentrierte sich vor allem auf die Landkreise Groß-Gerau und Bergstraße. Im nord- und mittelhessischen Raum hatte die Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen nur geringe Bedeutung. Auf jeden ha bewässerte Fläche wurden durchschnittlich 843 m<sup>3</sup> Wasser aufgebracht. Die Bewässerungsgabe schwankte allerdings je nach Kulturart. Auf die Anbauflächen im Ackerbau gelangten 14,5 Mill. m<sup>3</sup> Wasser. Rund 8,4 Mill. m<sup>3</sup> dienten der Bewässerung von gärtnerischen Kulturen sowie 700 000 m<sup>3</sup> der von Dauerkulturen. Das bedeutete im Mittel 660 m<sup>3</sup> Wasser je ha Ackerland, 1845 m<sup>3</sup> je ha Gartenland und 470 m<sup>3</sup> je ha Dauerkulturen.

- Die *Biotechnologie* in Hessen belegt im bundesdeutschen Vergleich einen der vorderen Ränge. Dieses Ergebnis geht aus einer gemeinsamen Studie des Statistischen Bundesamtes, des Hessischen Statistischen Landesamtes und anderer Statistischer Landesämter hervor, die Eckzahlen zur Biotechnologie in Deutschland bis auf die Ebene der Bundesländer zur Verfügung stellt (Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Unternehmen der Biotechnologie in Deutschland - Ergebnisse der Wiederholungsbefragung für das Jahr 2002*, Wiesbaden, 2003). Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse berücksichtigen nur diejenigen Unternehmen, die freiwillig an der Umfrage teilgenommen haben. Für Hessen wurden hierbei 62 Firmen (ca. 65 % aller Biotechnologie-Unternehmen) erfasst. Die befragten hessischen Biotechnologie-Unternehmen erwirtschafteten im Jahr 2002 mit über 3700 Beschäftigten einen Umsatz mit Produkten oder Dienstleistungen der Biotechnologie von 924 Mill. Euro. Starke Aktivitäten konnten dabei im Bereich der Forschungs- und Entwicklungsleistungen (FuE) ausgemacht werden, einem wesentlichen Kriterium für die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen. So wurden von den ca. 123 Mill. Euro Gesamtumsatz der hessischen Kernunternehmen (Biotechnologie-Unternehmen im engeren Sinn) mehr als 32 Mill. Euro für FuE-Leistungen aufgewandt. Strukturell wird die Biotechnologie in Hessen geprägt von den Biotechnologie-Ausrüstern sowie den eigentlichen Kernunternehmen. 39 % der Betriebe entstammen der Sparte der Ausrüster (Kategorie II). Sie bieten in nennenswertem Umfang technische Produkte bzw. Dienstleis-

tungen für Biotechnologie-Firmen oder Forschungseinrichtungen an. Auf sie entfallen in Hessen 30 % aller Biotechnologie-Beschäftigten. Bei 34 % der Firmen handelt es sich um Biotechnologie-Kernunternehmen (Kategorie I), die vorrangig mit modernen biotechnischen Verfahren arbeiten. Hier sind 17 % aller Biotechnologie-Mitarbeiter beschäftigt. 18 % der Unternehmen sind Berater- und Finanzdienstleister (Kategorie V) für die Biotechnologie-Branche. Hier arbeiten 2 % der Beschäftigten ausschließlich für die Biotechnologie-Branche. Bei 8 % der Betriebe handelt es sich um größere Unternehmen der Life Science Industrie (Kategorie IV), deren geschäftlicher Schwerpunkt zwar nicht auf dem Gebiet der Biotechnologie liegt, die aber intensive Forschung und Entwicklung für Produkte und Verfahren der modernen Biotechnologie betreiben. Sie beschäftigen 50 % der Biotechnologie-Beschäftigten in Hessen. Kaum eine Rolle spielen in Hessen die Unternehmen, die sowohl als Kernunternehmen als auch als Ausrüster (Kategorie III) tätig waren (2 %). Hier arbeitet 1 % aller Biotechnologie-Beschäftigten. Auffallend ist die starke Polarisierung der hessischen Biotechnologie-Branche im Hinblick auf die Zuordnung zu Arbeitsfeldern (ohne Ausrüster und Berater/Finanzdienstleister). So arbeiten 83 % der Firmen in der „roten“ Biotechnologie, also derjenigen Branche, die stark auf den Bereich human- und veterinärmedizinischer sowie pharmazeutischer Entwicklungsstrategien spezialisiert ist. Weit abgeschlagen folgt in Hessen die „grüne“ Biotechnologie (Veränderung von Nutzpflanzen) mit 14 %. Nahezu keine Rolle spielt die „graue“ Biotechnologie (Industrieentwicklungen, Umweltschutz), auf die nur 3 % aller Unternehmen entfallen.

- Durch die Abkühlung des konjunkturellen Klimas sank die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland von 38,91 Mill. im Jahr 2001 um 240 000 oder 0,6 % auf nur noch 38,67 Mill. in 2002. Damit setzte sich die unterschiedliche *Entwicklung der Erwerbstätigkeit* in den alten und neuen Ländern auch im Berichtszeitraum fort. Während in den Ländern des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin) die Erwerbstätigenzahl nach dem Arbeitsortprinzip um 0,4 % bzw. gut 120 000 zurückging, kam es in den neuen Ländern (ohne Berlin) zu einem Rückgang um 1,7 % oder 97 000. Das lag vor allem am Produzierenden Gewerbe. Hier schrumpfte in den neuen Ländern die Zahl der Arbeitsplätze um 5,3 % oder 88 000, in den alten Ländern dagegen nur um 2,6 % oder 242 000. Während der Arbeitsplatzabbau innerhalb des Produzierenden Gewerbes in den alten Ländern zu nahezu zwei Dritteln aus dem Verarbeitenden Gewerbe resultierte, bildete in den neuen Ländern das Baugewerbe mit knapp 90 % den Schwerpunkt. Im Dienstleistungssektor der alten Länder gab es folgende Situation: Hier schrumpfte konjunkturbedingt die Zuwachsrate der Erwerbstätigenzahl von 1,5 % im Jahr 2001 auf nur noch 0,6 % im Berichtsjahr, was aber immerhin noch 129 000 neue Arbeitsplätze ausmachte. Im Dienstleistungssektor der neuen Länder, wo schon 2001 nur noch ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 0,4 % realisiert werden konnte, kam es 2002 dagegen zu einer Stagnation (- 0,1 %).



**Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen**

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzel- handel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags- einkangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkangs <sup>4)</sup> 2000 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze <sup>6)</sup> 2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung <sup>7)</sup> 2000 = 100	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>11)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>11)</sup>
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>12)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	102,0	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2002 2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	452 004	96,9	30 804	100,0	103,0	.	.	.	.
Juli	107,8	96,2	129,4	452 995	84,5	30 118	98,2	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987
August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	99,1	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	99,1	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	98,8	103,1	.	.	.	.
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	107,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	110,7	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	119,2	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	112,6	103,0	.	.	.	.
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	94,3	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	88,8	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	100,7	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	94,6	103,8	.	.	.	.
April	98,5	87,1	119,4	437 953	65,0	28 918	103,1	103,8	244 698	8,9	30 489	27 660
Mai	103,2	91,4	124,8	437 080	74,5	29 088	101,7	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859
Juni	97,3	85,4	119,4	436 520	82,5	28 934	93,3	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547
2. Vj. D	99,7	88,0	121,2	437 184	74,0	28 980	99,4	103,7	.	.	.	.
Juli	104,9	95,0	123,0	435 573	83,1	29 056	98,6	104,0	248 582	9,0	25 942	20 139
August	88,8	76,3	111,7	435 849	78,4	29 110	91,8	104,1	246 084	8,9	25 703	16 380
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	.	- 5,5	.	.	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 1,6	- 4,1	2,2	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 1,6	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2002 2. Vj.	3,0	- 2,1	10,3	- 3,2	- 11,9	- 7,4	1,1	1,2	.	.	.	.
Juli	5,1	4,5	6,1	- 3,4	3,3	- 9,5	4,2	1,1	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 2,5	- 6,9	4,4	- 3,4	- 30,3	- 9,5	0,0	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,6	- 3,3	8,6	- 3,5	- 34,9	- 8,8	3,0	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	1,5	- 1,9	6,4	- 3,4	- 24,0	- 9,3	2,4	1,0	.	.	.	.
Oktober	5,0	2,9	8,1	- 3,6	11,6	- 7,9	4,9	1,3	6,7	.	- 21,2	41,9
November	0,9	- 3,2	6,7	- 3,6	- 11,5	- 6,1	1,0	1,1	7,7	.	- 17,4	14,2
Dezember	- 6,3	- 5,4	- 7,6	- 3,5	1,6	- 6,8	- 0,2	1,2	7,4	.	- 21,8	- 41,8
4. Vj.	- 0,1	- 1,8	2,4	- 3,6	0,0	- 6,9	1,8	1,2	.	.	.	.
2003 Januar	6,3	- 0,1	15,4	- 3,8	- 14,7	- 8,0	- 1,6	0,9	9,2	.	- 21,0	- 32,9
Februar	6,9	5,9	8,2	- 3,5	- 6,2	- 7,8	- 1,8	1,0	12,0	.	- 21,9	- 40,6
März	4,2	0,4	9,4	- 3,3	- 17,6	- 6,5	- 3,3	0,8	14,4	.	- 22,0	- 38,0
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	- 3,5	- 13,6	- 7,5	- 2,3	0,9	.	.	.	.
April	- 5,5	- 5,8	- 5,0	- 3,3	- 31,7	- 6,9	- 0,6	0,8	15,5	.	- 19,6	12,6
Mai	- 1,1	4,7	- 8,2	- 3,2	- 9,9	- 5,9	1,0	0,6	14,1	.	- 14,4	96,4
Juni	- 5,4	- 4,0	- 7,2	- 3,3	- 26,9	- 4,9	- 2,5	0,8	13,2	.	- 15,1	109,4
2. Vj.	- 3,9	- 1,8	- 6,8	- 3,3	- 23,7	- 5,9	- 0,6	0,7	.	.	.	.
Juli	- 2,7	- 1,2	- 4,9	- 3,8	- 1,7	- 3,5	0,4	0,7	16,0	.	- 14,2	152,1
August	- 9,0	- 13,2	- 3,2	- 3,9	- 12,1	- 4,8	- 7,4	1,0	17,0	.	- 10,3	84,5
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>												
2002 2. Vj.	6,4	2,6	11,7	- 0,8	30,5	- 0,1	3,3	0,1	.	.	.	.
Juli	4,8	8,1	0,6	0,3	- 25,2	- 1,0	2,6	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,5	- 8,6	- 10,8	0,1	5,5	1,5	0,9	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	4,8	0,7	10,7	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	1,5	- 4,4	0,3	- 11,5	- 1,2	- 1,2	0,1	.	.	.	.
Oktober	5,3	9,0	0,5	- 0,6	0,5	0,2	8,8	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,9	- 5,1	0,1	- 0,5	- 10,9	- 0,3	2,7	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0
Dezember	- 12,4	- 11,6	- 13,5	- 0,5	2,0	- 2,5	7,7	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7
4. Vj.	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,0	- 0,1	.	.	.	.
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	- 1,3	- 35,7	- 4,2	- 20,9	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5
Februar	0,0	1,7	- 2,2	- 0,0	20,5	- 1,1	- 5,8	0,5	2,3	.	12,5	5,9
März	2,9	3,3	2,5	- 0,1	42,1	1,4	13,4	- 0,1	- 1,1	.	5,3	4,6
1. Vj.	1,9	- 0,7	5,3	- 1,8	- 18,3	- 6,2	- 16,0	0,8	.	.	.	.
April	- 6,4	- 4,8	- 8,4	- 0,3	- 22,6	0,8	2,4	- 0,1	- 1,0	.	0,3	73,2
Mai	4,8	4,9	4,5	- 0,2	14,5	0,6	- 1,4	- 0,2	- 2,3	.	- 2,8	- 2,9
Juni	- 5,7	- 6,6	- 4,3	- 0,1	10,9	- 0,5	- 8,3	0,1	- 0,7	.	- 6,0	- 1,2
2. Vj.	- 3,4	- 1,2	- 6,2	- 0,6	15,4	- 1,6	5,1	- 0,1	.	.	.	.
Juli	7,8	11,2	3,0	- 0,2	0,7	0,4	5,7	0,3	4,7	.	- 7,0	- 24,1
August	- 15,3	- 19,7	- 9,2	0,1	- 5,7	0,2	- 6,9	0,1	- 1,0	.	- 0,9	- 18,7

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. —

2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6077,8 <sup>1)</sup>	6091,6 <sup>1)</sup>	6 078,5	6 079,1	6 080,8	6 090,1	6 089,1	6 088,7	6 087,6	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	1 873	1 684	1 785	983	1 180	1 816	1 921	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	5,0	4,0	3,3	3,6	1,9	2,5	3,5	3,8	
* Lebendgeborene	"	4 686	4 610	4 094	4 530	4 843	3 434	4 131	4 360	4 281	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,1	8,8	8,8	9,7	6,8	8,8	8,4	8,6	
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 948	5 031	4 618	5 094	5 519	5 149	5 087	5 844	5 070	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,9	9,9	9,9	11,0	10,0	10,9	11,3	10,1	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	19	20	16	20	23	14	10	13	21	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,2	4,5	3,9	4,4	4,7	4,1	2,4	3,0	4,9	
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 262	- 420	- 524	- 564	- 676	- 1 715	- 956	- 1 484	- 785	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,5	- 0,8	- 1,1	- 1,1	- 1,4	- 3,3	- 2,0	- 2,9	- 1,6	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 598	13 993	11 708	12 420	13 983	14 223	11 772	12 879	13 049	
darunter aus dem Ausland	"	6 442	6 079	5 368	5 598	6 296	6 121	5 497	5 861	5 953	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 528	12 423	11 083	11 220	11 637	14 056	11 859	11 829	13 506	
darunter in das Ausland	"	6 209	5 274	5 006	4 927	4 798	7 155	6 069	5 793	6 761	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 070	1 570	625	1 200	2 346	167	- 87	1 050	- 457	
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 943	18 322	15 306	15 768	18 008	19 770	15 152	16 492	17 151	
		2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>											
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	214 374	210 290	207 551	237 433	248 582	246 084	238 537	
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	93 520	91 381	89 971	100 016	106 630	106 386	103 163	
Männer	"	110 886	122 151	120 854	118 909	117 580	137 417	141 952	139 698	135 374	
Ausländer	"	42 684	45 295	43 574	43 337	43 634	50 604	50 892	49 865	50 089	
Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	28 263	27 250	25 330	27 121	32 934	32 967	29 542	
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,8	7,6	7,5	8,6	9,0	8,9	8,7	
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,2	7,1	7,0	7,7	8,2	8,2	7,9	
Männer	"	7,6	8,4	8,3	8,1	8,0	9,4	9,8	9,6	9,3	
Ausländer	"	14,2	15,2	14,5	14,5	14,6	16,8	16,9	16,6	16,7	
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	7,7	7,4	6,9	7,5	9,1	9,1	8,2	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	7 987	8 876	9 389	26 547	20 139	16 380	18 540	
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	30 243	28 660	27 021	27 885	25 942	25 703	23 406	
		2000	2001	2000		2001		2002			
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.	
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5(6)</sup>											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 240,4	2 223,5	2 192,6	2 214,7	2 187,1	
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	970,2	968,0	956,4	969,1	962,3	
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	231,9	228,9	225,2	226,0	221,1	
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	341,8	345,2	350,7	352,6	354,5	
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	287,8	289,7	293,8	295,0	295,4	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>											
davon											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	14,1	12,5	14,0	14,1	12,3	
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,8	3,4	3,7	3,8	3,5	
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	551,2	545,8	533,3	532,3	525,9	
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	140,8	138,9	135,8	136,0	134,0	
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	123,5	116,8	114,0	115,7	108,7	
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,7	14,1	14,1	13,8	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	571,7	566,6	556,0	560,8	554,3	
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	252,9	251,2	246,7	248,6	246,0	
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	475,3	473,4	470,9	477,3	469,8	
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	216,9	216,2	214,9	217,8	214,8	
* öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	504,4	507,9	504,1	514,3	516,1	
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	340,7	343,3	341,2	348,8	350,1	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Dateistand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003; für 31.12.2002: Juli 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	4 596	4 588	5 236	5 303	3 845	3 836	3 944
Kälber	"	224	277	234	218	217	127	116	77	86
Schweine	"	95 275	85 364	79 480	82 744	81 062	67 888	64 992	57 315	54 637
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	2 222	2 217	1 827	3 441	1 881	1 244	1 420
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel) darunter von	Tonnen	10 351	9 835	9 205	9 398	9 536	8 195	7 708	7 143	6 735
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 364	1 389	1 574	1 529	1 192	1 241	1 183
* Kälbern	"	20	22	18	17	15	13	13	9	5
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 227	7 431	7 332	6 044	5 941	5 337	4 973
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	2 504	2 395	2 833	2 533
* Erzeugte Konsumei <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	29 760	30 166	29 156	27 754	26 745	27 753	27 115
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	87 583	87 451	83 937	91 252	87 422	86 866	83 494
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	84 033	83 784	80 269	87 786	84 091	83 424	80 052
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	17,8	17,2	16,5	18,6	18,4	17,7	17,0
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 356	3 353	3 345	3 193	3 185	3 184	3 179
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	451,6	453,0	453,7	437,1	436,5	435,6	435,8
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	269,6	263,0	263,1	264,4	264,2	251,6	251,7	252,1	252,1
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	.	.	.	.	54 575	52 465	57 803	49 265
Bruttolohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	671,3	668,4	639,0	674,0	652,1	648,9	637,3
Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	793,0	741,9	727,9	805,0	790,6	732,7	723,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	7 229,3	7 000,6	6 738,7	6 816,8	6 887,3	7 149,0	6 134,0
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 908,8	2 755,2	2 556,7	2 752,1	2 848,6	2 828,5	2 384,5
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,3	40,2	39,4	37,9	40,4	41,4	39,6	38,9
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup> insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	- 2,2	- 1,6	- 0,1	5,1	- 2,5	- 1,1	- 5,4	- 2,7	- 9,0
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	4,7	6,5	- 5,8	0,8	- 5,2	0,4	- 7,1
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	1,2	7,9	4,1	- 7,3	- 6,5	- 8,9	- 12,5
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	3,6	1,4	- 9,8	0,9	- 16,5	- 3,2	- 12,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 21,0	- 9,2	- 9,1	15,6	2,9	8,3	- 1,7
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	- 9,0	3,9	- 7,0	4,8	- 2,8	- 1,9	- 6,5
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	- 0,3	10,9	- 6,7	- 31,4	- 6,8	- 2,8	7,9
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	22,3	- 2,3	27,4	23,2	- 11,3	- 4,9	- 38,5
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 3,6	- 1,7	- 12,0	- 1,5	- 10,0	0,5	- 3,9
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	108	108	107	107
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 071	18 078	18 168	17 464	17 445	17 464	17 459
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)</sup>	1000 h	.	2 273	2 189	2 261	2 250	2 124	2 059	2 307	1 956
* Bruttolohn- und -gehaltssumme <sup>9)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	63,9	62,8	56,3	56,9	63,4	62,2	55,9
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	1 991,4	2 424,1	2 243,8	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	85,7	.	.	.	82,3	.	.
* Umsatz	"	101,9	96,9	98,2	.	.	.	91,5	.	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		2002	2002	2002	2003	2003	2003	2003
				2002	2002	2002	2003	2003	2003	2003
<b>BAUGEWERBE</b>										
<b>Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	58,0	54,8	54,2	53,6	54,4	52,8	52,5	52,6	52,8
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	28,3	28,2	28,2	28,3	28,2	28,4	28,4
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,1	8,1	8,3	7,5	7,5	7,6	7,5
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,4	2,1	2,5	2,2	2,2	2,0	2,3
* Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000 h	5 381	5 012	5 417	5 463	5 501	5 335	5 287	5 991	4 972
Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 068	2 118	2 073	2 192	2 197	2 450	2 005
gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 494	1 512	1 502	1 463	1 431	1 591	1 340
öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 816	1 806	1 903	1 646	1 632	1 920	1 604
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	82,5	82,8	89,8	85,2	84,0	90,8	88,1
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	41,7	38,1	36,6	33,9	38,5	34,9	34,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	512,8	483,4	492,2	526,0	527,4	521,1	476,4	549,9	475,2
Wohnungsbau	"	141,1	134,5	137,8	153,0	140,8	184,5	156,5	180,3	148,5
gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	193,7	205,6	215,3	175,1	162,0	172,0	153,3
öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	158,5	165,6	170,0	158,6	155,4	195,4	171,5
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>3)</sup> darunter	1995=100	95,6	83,9	113,0	84,5	89,2	74,5	82,5	83,1	78,4
Wohnungsbau	"	86,4	74,7	87,1	71,5	66,9	69,1	69,4	95,8	91,6
gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	86,6	67,7	78,7	53,4	59,8	59,4	54,2
öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	157,3	113,5	112,1	106,9	113,2	113,3	109,1
<b>Ausbaugewerbe<sup>4)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,2	23,1	.	.	.	21,4	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 430	6 504	.	.	.	5 981	.	.
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	109,4	107,5	.	.	.	98,9	.	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	59,9	60,0	.	.	.	58,0	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	591,5	584,9	.	.	.	489,6	.	.
<b>BAUGENEHMIGUNGEN</b>										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	847	812	761	632	498	499	602
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	756	677	655	571	444	455	517
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	942	912	880	680	586	514	844
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	179	180	169	129	104	95	152
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	218 552	222 671	210 515	160 707	135 588	120 218	187 889
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	125	174	198	136	146	138	140
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	641	1 665	1 999	1 061	1 636	1 030	1 140
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	126	287	278	239	249	182	216
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	106 404	371 669	224 386	209 623	255 246	165 995	160 885
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 925	2 146	1 851	1 323	1 108	1 026	1 658
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	9 585	10 464	9 384	6 798	5 902	5 349	7 742
<b>GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE</b>										
<b>Großhandel<sup>7)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	86,9	86,2	82,3	80,1	82,1	84,6	...
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	87,7	88,2	84,1	81,9	82,7	85,5	...
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	97,9	97,5	98,5	91,5	91,3	90,9	...
<b>Einzelhandel<sup>9)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	100,3	94,0	96,8	98,0	99,9	91,6	97,1	90,6
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	102,0	95,7	98,2	99,1	101,7	93,3	98,6	91,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	111,7	107,4	106,8	110,4	113,3	107,7	111,1	108,2
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	107,7	104,5	105,6	106,3	105,5	103,9	113,2	98,0
Bekleidung	"	101,0	97,4	89,5	90,9	85,4	91,3	84,1	89,0	71,0
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	79,4	85,7	77,4	81,8	71,3	81,4	74,7
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,0	102,8	108,0	104,7	123,7	104,5	107,9	108,9
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,9	96,6	95,7	96,1	91,3	91,9	91,7	92,3
<b>Kfz-Handel u. Tankstellen<sup>14)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	91,7	94,2	96,5	82,8	94,3	93,5	99,4	81,9
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	93,2	95,5	98,0	84,1	96,3	95,7	102,0	84,2
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,6	92,6	92,1	94,0	92,1	91,7	92,1	93,0
<b>Gastgewerbe</b>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,4	94,2	86,2	88,0	89,2	85,7	84,1	83,0
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	98,5	94,5	99,4	91,6	93,5	95,0	90,4	88,7	87,6
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	91,9	96,1	83,7	84,2	96,9	84,4	79,0	77,5
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	"	99,4	94,0	98,1	92,0	96,4	93,5	94,9	91,8	90,6
Kantinen und Caterer	"	101,2	99,4	104,1	107,4	103,5	91,7	94,6	105,7	101,5
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	95,0	96,1	94,8	95,7	91,4	91,1	91,6	93,7

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) So wie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 758,5	2 643,4	2 671,4	2 757,5	2 842,5	2 884,8	...
darunter	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	66,7	72,2	58,6	68,1	67,7	68,0	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 691,9	2 571,2	2 612,8	2 572,8	2 651,2	2 700,2	...
davon	"									
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	20,2	19,1	16,8	24,0	18,2	17,9	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	134,4	115,6	182,4	141,8	128,3	160,6	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 537,3	2 436,5	2 413,6	2 406,9	2 504,8	2 521,8	...
davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	524,4	542,8	490,3	471,8	449,5	464,5	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	2 012,8	1 893,7	1 923,3	1 935,1	2 055,3	2 057,3	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	736,6	750,7	660,0	682,7	705,9	708,5	...
Maschinen	"	...	383,8	431,1	411,3	367,1	393,6	369,0	379,8	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	321,8	211,3	302,2	301,5	321,9	303,7	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	232,3	255,2	288,6	224,1	259,3	241,3	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	182,0	192,2	181,8	171,1	170,8	184,3	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 922,4	1 835,8	1 847,7	1 930,4	2 041,7	1 979,2	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 467,8	1 428,4	1 365,6	1 447,6	1 533,5	1 445,8	...
* Afrika	"	47,3	44,1	54,1	59,6	46,3	45,4	39,6	50,8	...
* Amerika	"	371,0	348,1	366,1	350,6	343,8	343,0	334,5	359,5	...
* Asien	"	360,0	374,6	394,2	375,7	413,1	415,5	404,9	471,5	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	21,8	21,8	20,5	23,2	21,8	23,7	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	4 197,0	3 843,8	3 643,3	4 045,7	4 065,3	3 830,8	...
darunter	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	172,8	191,8	164,0	197,8	170,2	181,8	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	4 024,2	3 652,0	3 479,3	3 556,4	3 584,9	3 370,9	...
davon	"									
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	80,4	75,6	64,3	100,9	69,4	67,2	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	309,3	249,7	308,5	227,4	194,6	217,3	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 634,5	3 326,7	3 106,5	3 228,1	3 320,8	3 086,3	...
davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	442,3	382,1	393,4	379,1	388,1	357,2	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	3 192,2	2 944,6	2 713,1	2 849,0	2 932,7	2 729,2	...
davon aus	"									
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 882,6	2 594,8	2 345,4	2 641,3	2 774,7	2 530,9	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	2 260,1	1 977,4	1 785,2	2 015,5	2 141,6	1 913,2	...
* Afrika	"	91,0	82,1	84,5	83,2	109,1	57,9	51,1	105,5	...
* Amerika	"	662,6	521,1	540,7	491,3	491,0	571,3	451,2	432,4	...
* Asien	"	724,5	697,3	683,4	690,6	693,4	770,2	776,4	752,2	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	5,8	3,9	4,4	5,0	11,8	9,7	...
TOURISMUS <sup>3)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	919	837	876	885	828	837	766
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	229	250	244	192	191	234	219
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	2 275	2 291	2 409	2 239	2 067	2 216	2 222
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	396	468	487	377	338	443	447
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	688	722	740	676	660	672	687
Luftkurorte	"	124	118	145	148	159	142	142	160	161
Erholungsorte	"	98	92	107	140	144	107	112	124	135
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 335	1 282	1 367	1 314	1 153	1 261	1 239
darunter Großstädte	"	575	550	586	539	578	556	483	512	520
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 121	1 256	1 097	1 263	1 182	978	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	188	208	181	197	171	189	...
* Gütereingang	"	1 037	930	933	1 048	916	1 067	1 012	789	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2003 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	34 994	29 066	26 736	32 896	31 853	29 684	23 303
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	30 670	25 348	23 226	28 617	27 837	25 909	20 065
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 786	1 467	1 599	1 390	1 516	1 517	1 487
* Kraftträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	1 968	1 713	1 502	2 250	1 892	1 644	1 402
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	305	299	235	362	393	317	212
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	3 263	3 021	3 266	3 348	3 268	3 356	3 006
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 477	2 268	2 473	2 492	2 538	2 598	2 282
* Getötete Personen	"	43	42	49	44	33	43	54	40	51
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 237	3 015	3 253	3 270	3 327	3 418	2 961
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	116 499	.	.	.	113 496	.	.
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	115 089	.	.	.	112 067	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	1 410	.	.	.	1 430	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	75 318	.	.	.	74 151	.	.
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	58 797	.	.	.	58 311	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	16 521	.	.	.	15 840	.	.
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	135 342	.	.	.	135 149	.	.
davon aus										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	106 624	.	.	.	105 145	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	28 718	.	.	.	30 005	.	.
GELD UND KREDIT										
Banken <sup>6)</sup>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	.	.	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	71 101	.	.	.	.	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	.	.	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	.	.	.	.	.
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	443	485	448	565	498	624	416
davon										
* Unternehmen	"	167	186	202	246	196	214	192	244	168
* Verbraucher	"	73	100	104	108	100	162	151	177	122
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	36	33	48	98	82	111	63
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	101	98	104	91	73	92	63
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	408 152	550 589	226 676	1 567 351	294 392	164 045	232 695	150 780
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	4 736	4 839	5 274	...	...	...	...
* Gewerbesabmeldungen	"	4 762	4 664	4 353	4 462	4 242	...	...	...	...
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	102,9	103,3	103,1	103,6	103,7	104,0	104,1
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	104,5	103,9	102,7	104,7	104,4	104,2	103,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	105,8	106,1	106,1	110,5	111,0	111,5	112,0
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,4	99,4	99,5	98,4	97,8	96,5	96,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	103,1	103,3	103,4	105,0	104,9	105,1	105,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,8	101,7	101,7	101,3	101,4	101,3	101,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	104,2	104,6	104,5	105,7	105,8	106,0	106,6
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	96,2	96,4	95,9	96,2	96,2	96,1	96,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	100,8	103,1	102,3	99,4	100,0	101,3	102,1
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	104,9	107,3	107,1	104,3	105,5	107,9	108,2
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	2000 = 100	101,0 <sup>14)</sup>	101,0 <sup>14)</sup>	.	.	101,1	100,8	.	.	100,8

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	3 266,5	3 090,0	2 810,3	2 917,8	3 823,9	3 187,9	2 793,9	
davon											
Gemeinschaftssteuern	"	3 014,8	2 722,8	2 835,9	2 796,8	2 579,2	2 452,4	3 399,0	2 616,3	2 278,8	
davon											
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	"	1 513,6	1 485,5	1 528,0	1 491,7	1 351,7	1 503,4	1 388,0	1 504,5	1 326,0	
veranlagte Einkommensteuer	"	64,1	64,4	414,2	- 131,9	- 86,7	- 66,1	370,1	- 191,2	- 99,3	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	256,6	181,1	417,8	440,9	180,2	122,2	279,6	408,1	193,1	
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	"	265,7	257,7	165,7	215,5	180,8	146,3	148,2	224,2	162,7	
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	"	15,1	- 130,1	- 529,5	- 6,7	- 65,1	- 232,4	353,4	- 112,6	- 155,3	
Umsatzsteuer	"	745,4	727,3	702,4	655,4	871,7	842,8	732,2	647,8	707,8	
Einfuhrumsatzsteuer	"	154,2	136,8	137,3	131,9	146,6	136,2	127,5	135,3	143,8	
Bundessteuern	"	278,4	292,9	306,9	66,8	63,2	306,2	296,8	306,3	346,8	
darunter											
Mineralölsteuer	"	41,9	52,0	53,8	0,0	0,0	61,8	57,5	53,5	53,9	
Versicherungssteuer	"	67,9	78,1	78,8	0,0	0,0	75,6	47,8	52,2	113,3	
Zölle <sup>3)</sup>	"	11,5	9,0	8,5	8,1	10,4	9,4	9,1	6,8	13,9	
Landessteuern	"	141,3	126,8	115,2	144,5	157,5	123,8	119,0	135,0	134,8	
darunter											
Vermögensteuer	"	3,3	3,9	5,3	2,3	19,7	5,5	6,1	1,4	1,3	
Erbschaftsteuer	"	23,6	18,0	25,4	21,5	20,1	16,5	23,2	22,4	40,5	
Grunderwerbsteuer	"	43,5	41,4	35,1	49,3	57,2	33,3	36,1	36,6	35,0	
Kraftfahrzeugsteuer	"	53,2	48,9	49,8	51,3	44,1	50,7	48,0	51,7	40,7	
Gewerbesteuerumlage	"	26,5	30,5	0,0	73,8	0,0	26,1	0,0	123,5	19,6	
		2001	2002	2001	2002			2003			
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5	2 056,0	889,2	1 574,2	
davon											
Grundsteuer A	"	3,0	4,3	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	4,3	3,8	
Grundsteuer B	"	154,9	152,3	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	148,5	177,7	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	491,5	561,4	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	710,1	710,4	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	597,2	584,3	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	137,4	597,4	
andere Steuern <sup>5)</sup>	"	16,0	15,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	15,5	17,4	
		2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	
VERDIENSTE <sup>7)</sup>											
Arbeiterverdienste (im Produzierenden Gewerbe)											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	2 508	2 543	
* Männliche Arbeiter	"	2 520	2 551	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	2 587	2 623	
darunter Facharbeiter	"	2 674	2 697	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	2 739	2 769	
* Weibliche Arbeiter	"	1 883	1 920	1 886	1 898	1 935	1 937	1 938	1 949	1 974	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	1 755	1 786	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	1 798	1 832	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	14,89	15,13	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	15,45	15,51	
* Männliche Arbeiter	"	15,36	15,59	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	15,91	15,96	
darunter Facharbeiter	"	16,48	16,67	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	17,00	17,03	
* Weibliche Arbeiter	"	11,66	11,92	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	12,16	12,24	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	10,72	10,94	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	11,08	11,19	
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)											
* im Produzierenden Gewerbe	"	3 586	3 687	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	3 720	3 758	
* männlich	"	3 843	3 941	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	3 969	4 003	
* weiblich	"	2 863	2 963	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	3 014	3 059	
* kaufmännische Angestellte	"	3 385	3 477	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	3 508	3 542	
* technische Angestellte	"	3 765	3 871	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	3 906	3 946	
* in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	"	3 060	3 365	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	3 431	3 451	
* männlich	"	3 380	3 725	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	3 788	3 815	
* weiblich	"	2 617	2 823	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	2 885	2 896	
* kaufmännische Angestellte	"	3 077	3 360	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	3 426	3 443	
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	"	3 270	3 487	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	3 542	3 569	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.





# Hessischer Umwelt-Monitor

## Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben  
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie  
und dem Hessischen Statistischen Landesamt

**Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des  
Hessischen Statistischen Landesamtes**

---

Nr. 4

Oktober 2003

7. Jahrgang

---

## Inhalt

- Die Erstellung der Hydrogeologischen Übersichtskarte (HÜK 200) in Hessen ... 3
- Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel ..... 10
  - A. Gewässerüberwachung in Hessen ..... 10
    - 1. Hydrologische Daten nach Messstellen ..... 11
    - 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten ..... 13
  - B. Luftqualität in Hessen ..... 16

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.

Er wird gemeinsam herausgegeben von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Statistischen Landesamt als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)  
Rheingaustraße 186  
65203 Wiesbaden

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL)  
Rheinstraße 35/37  
65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie

Telefon: 0611/6939-0

Telefax: 0611/6939-555

Redaktion:	HLUG	Helmut Weinberger	Telefon:	0611/6939-571
	HSL	Siegfried Bayer	Telefon:	0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

# Die Erstellung der Hydrogeologischen Übersichtskarte (HÜK 200) in Hessen

STEPHAN HANNAPPEL, JOHANN-GERHARD FRITSCHKE & BERND LEBMANN

## 1 Die Hydrogeologische Übersichtskarte

Die Hydrogeologische Übersichtskarte von Deutschland (HÜK 200) wird seit 2001 von den Staatlichen Geologischen Diensten (SGD) Deutschlands im Maßstab 1:200 000 flächendeckend erstellt. Die Arbeiten sollen bis Ende 2003 abgeschlossen sein. Die Karte wird in den Blattschnitten der Topografischen Übersichtskarte von Deutschland (TK 200) gefertigt, welche 55 Einzelblätter umfasst.

Die in der HÜK 200 enthaltenen hydrogeologischen Informationen beziehen sich auf den oberen, großräumig zusammenhängenden und wasserwirtschaft-

lich bedeutsamen Grundwasserleiter und stehen u. a. für die Bestandsaufnahme der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL 2000) i. S. der Handlungsanleitung der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA 2003) zur Verfügung (Kap. 5). Ein Vorteil der Karte ist, dass erstmals für die Bundesrepublik Deutschland ein nach einheitlichen Kriterien auf einheitlichen Grundlagen entwickeltes, blattschnittfreies hydrogeologisches Kartenwerk vorliegt. Eine Bundesländergrenzen übergreifende Darstellung der Hydrogeologie für die Umsetzung der EU-WRRL ist damit möglich.

Die Mehrheit der Kartenblätter umfasst die Flächenanteile von zwei oder mehr Bundesländern. Um die Blattschnittfreiheit des Kartenwerkes sicherzustellen, ist deshalb eine intensive Kooperation der an einem Blatt beteiligten SGD erforderlich.

Blätter mit hessischen Landesanteilen sind CC4710 Münster, CC4718 Kassel, CC4726 Goslar, CC5510 Siegen, CC5518 Fulda, CC5526 Erfurt, CC6310 Frankfurt a. M. West, CC6318 Frankfurt a. M. Ost, CC7110 Mannheim und CC7118 Stuttgart Nord (Abb. 1).

Seitens der Geologischen Dienste ist darüber hinaus beabsichtigt, die bisherigen Arbeiten in einen größeren Zusammenhang zu setzen und das „Hydrogeologische Übersichtskartenwerk 1:200 000“ mit den drei Teilen Hydrogeologische Strukturen, Grundwasserdynamik und Grundwasserbeschaffenheit zu erarbei-

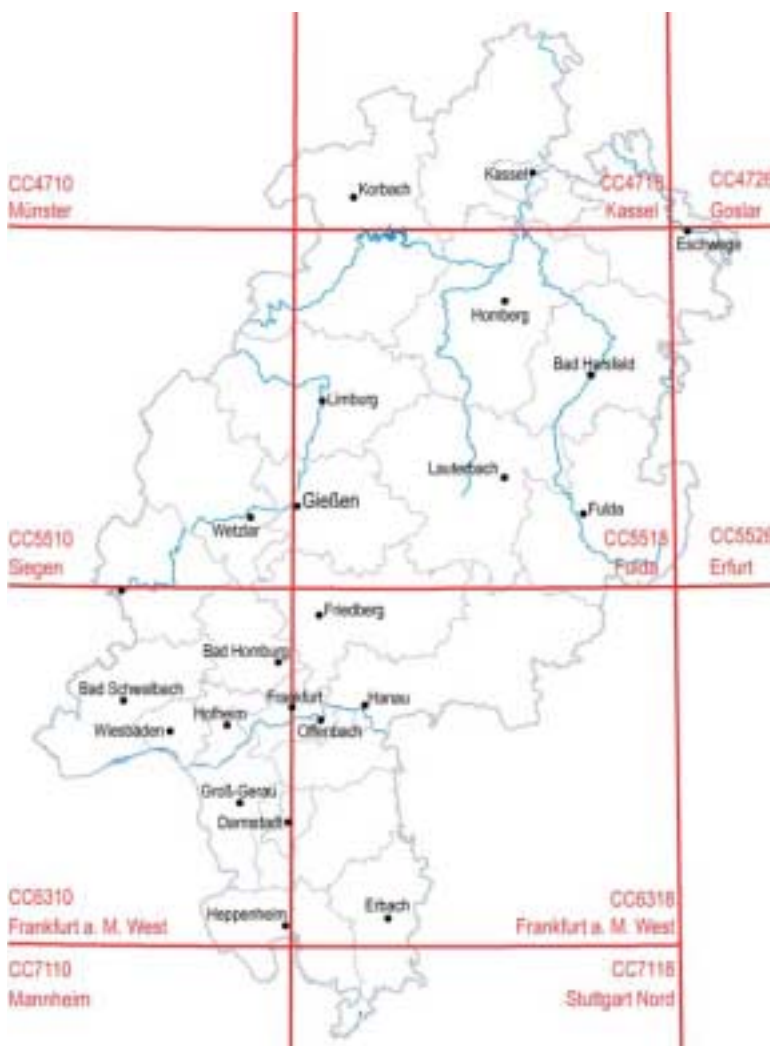


Abb. 1. HÜK 200-Kartenblätter in Hessen.



ten (DÖRHÖFER et al. 2001). Die Karte der Oberen Grundwasserleiter gehört dann, wie auch die Karten der hydrogeologischen Teilräume, Räume und Großräume (s. a. FRITSCHÉ et al. 2003) zum ersten Teil der HÜK 200. Als weitere Themen sind in dem ersten Teil Karten zur Grundwasserüberdeckung, zum hy-

drogeologischen Bau und hydrogeologische Schnitttafeln vorgesehen.

Im Folgenden soll anhand der Karte der Oberen Grundwasserleiter ein Einblick in den Aufbau und zu den Inhalten der Karte gegeben werden.

## 2 Hydrogeologische Themen

Die Karte der Oberen Grundwasserleiter beinhaltet hydrogeologische Informationen („Attribute“), die den stratigrafischen Einheiten der bundesweit vorhandenen Geologischen Übersichtskarte (GÜK 200) zugeordnet wurden. Die hydrogeologischen Attribute werden anhand der Legendenangaben der GÜK 200 zur Petrografie, Lithologie, zur Genese und zur Stratigraphie durch die fachliche Bewertung der Hydrogeologinnen und Hydrogeologen der Staatlichen Geologischen Dienste vergeben. Bearbeitet werden die Attribute Verfestigung, Gesteinsart, Art des Hohlraums, Geochemischer Gesteinstyp sowie Durchlässigkeit mitsamt ihren Ausprägungen gemäß Tab. 1. Die in der Tabelle aufgeführten Attribute können in Ableitungskarten als Einzelthemen dargestellt oder in beliebiger Form miteinander kombiniert werden (Abb. 2–4).

Sind in der GÜK 200 schlecht durchlässige Gesteinsschichten an der Erdoberfläche ausgewiesen, so werden diese als bindige Deckschichten gekennzeichnet. Dies ist in Hessen insbesondere beim Auftreten von Löss und Hanglehm bedeutend. Bindige Lockersedimente wie Löss, Lösslehm, limnische Beckenablagerungen, fluviatile bindige Sedimente oder moorige Bildungen werden abgedeckt, indem darunterliegende grundwasserleitende Schichten (z. B. unter Zuhilfenahme von Bohrungsaufzeichnungen) ausgewiesen und attribuiert werden. Im Festgesteinsbereich wird genauso verfahren, wenn sehr gering durchlässige Festgesteinseinheiten (z. B. Oberer Buntsandstein, Röt) nicht mächtiger als 20 m eingeschätzt werden. Durch dieses Vorgehen bleibt die Information zur darüberliegenden Deckschicht aus der GÜK 200 erhalten.

**Tab. 1:** Attribute der HÜK 200

Verfestigung	Gesteinsart	Art des Hohlraumes	Durchlässigkeit (Kf-Wert, m/s)	Geochemischer Gesteinstyp	bindige Deckschicht
Lockergestein	Sediment	Poren	sehr hoch, $>10^{-2}$	silikatisch	nein
Festgestein	Metamorphit	Kluft/Poren	sehr hoch bis hoch	karbonatisch	ja
	Magmatit	Kluft	hoch, $>10^{-3}$ – $10^{-2}$	Mischtyp (silikatisch/karbonatisch)	
		Kluft/Karst	mittel, $>10^{-4}$ – $10^{-3}$	organisch	
		Karst	mittel bis mäßig	silikatisch/organisch	
			mäßig, $>10^{-5}$ – $10^{-4}$	sulfatisch	
			mäßig bis gering, $>10^{-6}$ – $10^{-4}$	halitisch	
			gering, $>10^{-7}$ – $10^{-5}$	sulfatisch/halitisch	
			sehr gering, $>10^{-9}$ – $10^{-7}$	anthropogen	
			äußerst gering, $<10^{-9}$		
			gering bis äußerst gering, $<10^{-5}$		
			stark variabel		



**Abb. 2.** Ausschnitt aus dem Blatt Fulda, Thema „Oberer Grundwasserleiter“ (aggregiert aus den Einzelthemen „Verfestigung“, „Gesteinsart“ und „Durchlässigkeit“).

### 3 Die Karte „Oberer Grundwasserleiter“

Die Karte „Oberer Grundwasserleiter“ (Abb. 2) fasst in ihrer Darstellung die wichtigsten hydrogeologischen Attribute zusammen und lässt sich damit als Übersichtsdarstellung für die Bestandsaufnahme der EU-WRRL verwenden. Die Gliederung der Legendeneinheiten richtet sich primär nach der hydraulischen Durchlässigkeit innerhalb der hydrogeologischen Großräume des Locker- und des Festgesteinsbereichs (UAG EU-WRRL 2002), letzterer nochmals unterschieden in Deck- und Grundgebirge. In den Locker- und Festgesteinsbereichen Hessens wurden die Durchlässigkeit und die Art der Grundwasserführung als Gliederungsmerkmale ausgewählt.

Befinden sich oberhalb der Grundwasserleiter bindige Deckschichten, sind diese mit farbigen Balken kenntlich gemacht. In den übrigen Gebieten mar-

kieren die farbigen Schraffuren die Art der Deckschicht, unterschieden nach Locker- und Festgesteinen. Das Layout der Legende wurde den international gebräuchlichen Formen angepasst (STRUCKMEIER & MARGAT 1995).

Als Zusatzinformationen enthält die Karte tektonische Grenzen der GÜK 200 sowie die Grenzen der oberirdischen Flusseinzugsgebiete, die als Bearbeitungsgebiete für die Erfüllung der Berichtspflichten der EU-WRRL in den Ländern verwendet werden. Die Namen dieser Gebiete sind als Beschriftungselemente bis zur 2. Ordnung in der Karte dargestellt. Für die Legendendarstellung wurde ein dynamischer Editor entwickelt, sodass mittels des GIS jeweils nur diejenigen Einheiten dargestellt werden, die im entsprechenden Blatt auftreten

### 4 Beispiel: Blatt Fulda, Karte der Oberen Grundwasserleiter

Das Blatt CC5518 Fulda der HÜK 200 liegt zum größten Teil auf hessischer Landesfläche (Abb. 3). Im Nordwesten umfasst es Gesteine des Paläozoikums (Devon, Karbon und Zechstein) des nördlichen Rheinischen Schiefergebirges, im Nord- und Südosten Gesteine der Trias (vornehmlich Buntsandstein, Muschelkalk, im Richelsdorfer Gebirge auch Zechstein [Paläozoikum]). Im Südwesten wird fast ein Viertel der Blattfläche vom dem im Tertiär entstandenen vulkanischen Vogelsberg eingenommen.

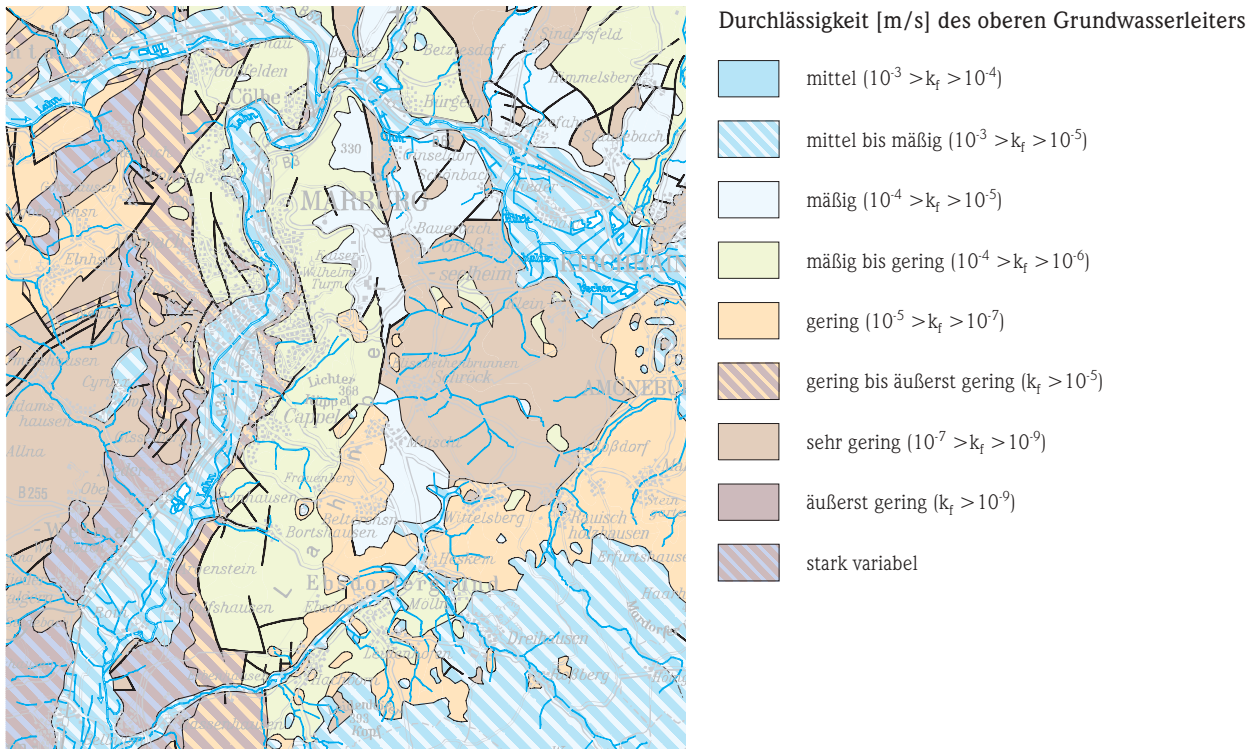
Hier stehen vornehmlich Basalte und Pyroklastika an, die ebenfalls im Gebiet der von tertiären Lockergesteinen und von den Schichten des Oberen Buntsandsteins dominierten Hessischen Senke sowie im Habichtswald und in der Rhön vorkommen. Die abgebildeten Ausschnitte des Blattes (Abb. 2–4) zeigen die Gegend um Marburg, geologisch in der Frankfurter Bucht am Ostrand des Rheinischen Schiefergebirges gelegen.

### 5 Hydrogeologische Daten zur Karte der Oberen Grundwasserleiter für die Bestandsaufnahme der EU-WRRL

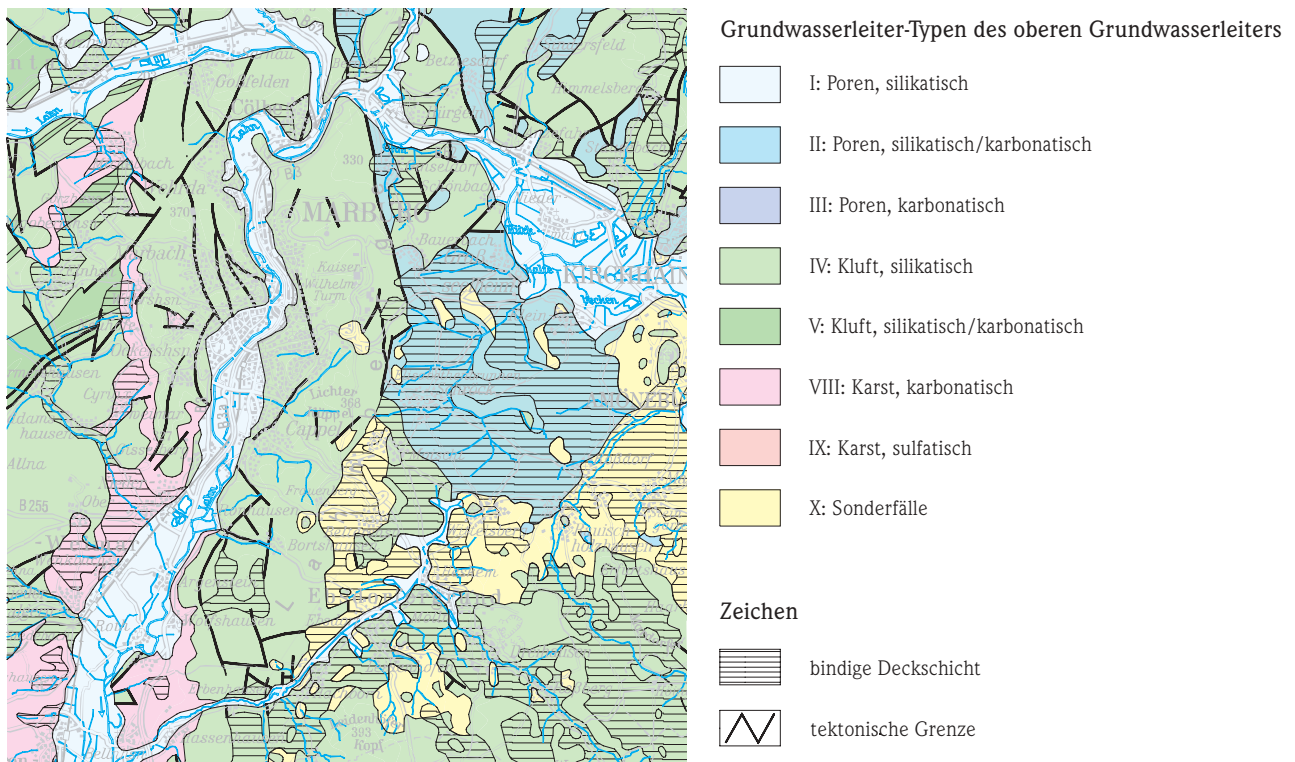
Die Bundesländergrenzen übergreifend gewonnenen Datenbestände können für die Aufgaben, die sich aus der Berichterstattungspflicht der EU-WRRL im Zusammenhang mit der „Bestandsaufnahme“ (SCHENK et al. 2002) ergeben, in Einzeldarstellungen und weiteren, vielfältigen Kombinationen genutzt werden. Ein Beispiel hierfür ist die Karte der Grundwasserleitertypen (Abb. 4), die in der

Handlungsanleitung der LAWA für die erstmalige Beschreibung als erforderlich genannt ist. Diese kann automatisiert anhand der hydrogeologischen Attribute „Art des Hohlraums“ und „geochemischer Gesteinstyp“ der Karte der Oberen Grundwasserleiter erstellt und ausgegeben werden. Ein anderes Beispiel ist die ebenfalls im Zuge der erstmaligen Beschreibung zu erarbeitende Charakterisierung





**Abb. 3.** Ausschnitt aus dem Blatt CC 5518 Fulda, Thema Durchlässigkeit.



**Abb. 4.** Ausschnitt aus dem Blatt Fulda, Thema Grundwasserleitertypen (aggregiert aus den Einzelthemen „geochemischer Gesteinstyp“ und „Art des Hohlraumes“).

der Deckschichten, wofür die Informationen zum Vorhandensein der bindigen Deckschichten bzw. zur Einstufung der Durchlässigkeiten in Kombination mit zusätzlichen Daten (z. B. der geologischen Schnitte) genutzt werden können. Einzeldaten kön-

nen zudem für Darstellungen im Zuge der weitergehenden Beschreibung und der Maßnahmenplanung bei gefährdeten Grundwasserkörpern verwendet werden.

## 6 Fazit

Die im Herbst 2003 bundesweit flächendeckend vorhandenen, digitalen und in unterschiedlichen Kombinationen darstellbaren Themen der HÜK 200 sind ein Instrument für eine standardisierte und

vergleichbare Bewertung der hydrogeologischen Eigenschaften von Grundwasserkörpern bei der erstmaligen und der weitergehenden Beschreibung im Zuge der Bestandsaufnahme für die EU-WRRL.

## Literaturverzeichnis

- DÖRHÖFER, G., HANNAPPEL, S. & VOIGT, H.-J. (2001): Die Hydrogeologische Übersichtskarte von Deutschland HÜK 200. – Z. angew. Geologie, **47/4**; Hannover.
- FRITSCH, J.-G., HEMFLER, M., KÄMMERER, D., LEBMANN, B., MITTELBACH, G., PETERS, A., PÖSCHL, W., RUMOHR, S. & SCHLÖSSER-KLUGER, I. (2003): Beschreibung der hydrogeologischen Teilräume von Hessen. – Geol. Jb. Hessen, **130**; Wiesbaden (in Vorbereitung).
- LAWA (2001): Länderarbeitsgemeinschaft Wasser, Arbeitshilfe zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie mit Stand vom 20.02.2001 (unveröff.).
- MANHENKE, V., REUTTER, E., HÜBSCHMANN, M., LIMBERG, A., LÜCKSTÄDT, M., NOMMENSEN, B., PETERS, A., SCHLIMM, W., TAUGS, R. & VOIGT, H.-J. (2001): Hydrostratigraphische Gliederung des norddeutschen känozoischen Lockergesteinsgebietes. – Z. angew. Geologie, Heft **47/4**; Hannover.
- SCHENK, R., AST, M., DEIGLMAYR, W., HOHBERGER, K.-H., KOLBE, R., LANGNER, M., ROSENBAUM, S., TOUSSAINT, B., WOLTER, R. & Ziegler, G. (2002): Die Vorschriften der Wasserrahmenrichtlinie für das Grundwasser und ihre Umsetzung in die wasserwirtschaftliche Praxis. – Hydrologie und Wasserbewirtschaftung, 46. Jg., Heft 1; Koblenz.
- STRUCKMEIER, W. F. & MARGAT, J. (1995): Hydrogeological maps: a guide and a standard legend. – Verlag Heinz Heise; Hannover.
- UAG EU-WRRL (2001): Tabellen zur Hydrostratigraphie: Känozoikum Süddeutschlands, Mesozoikum, Paläozoikum. – Unterarbeitsgruppe EU-Wasserrahmenrichtlinie der ad-hoc-AG-Hydrogeologie der SGD; Hannover (unveröff.).
- UAG EU-WRRL (2002): Hydrogeologische Räume, Entwurf. – Protokoll der Sitzung der Unterarbeitsgruppe EU-Wasserrahmenrichtlinie der ad-hoc-AG-Hydrogeologie der SGD vom 17.04.2002; Hannover (unveröff.).
- WRRL (2000): Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmenrichtlinie). – Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, 22.12.2000; Luxemburg.

## Anschrift der Autoren

Dr. Johann-Gerhard Fritsche, Dr. Bernd Leßmann Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Rheingastr. 186, D-65203 Wiesbaden,  
eMail: g.fritsche@hlug.de, b.lessmann@hlug.de

Dr. Stephan Hannappel HYDOR Consult GmbH, Am Borsigturm 40, D-13507 Berlin,  
eMail: hannappel@hydor.de

**Titel neuer HLUG-Veröffentlichungen**

**Jahresbericht 2002**  
**des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie**

**Geologisches Jahrbuch Hessen 2002**  
Band 130/2002

**Altlasten**  
**Zahlen und Fakten**  
2/2003

**Erfassung von Altstandorten in Hessen**  
Handbuch Altlasten Band 2, Teil 2

**Abfallmengenbilanz des Landes Hessen**  
Für das Jahr 2002

Diese Veröffentlichungen sind zu beziehen über:

**Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie**  
–Vertriebsstelle –  
Hasengartenstrasse 26  
65189 Wiesbaden  
Tel. (0611) 70 10 34  
Fax (0611) 9 74 08 13  
e-mail [vertrieb@hlug.de](mailto:vertrieb@hlug.de)



## Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

### A. Gewässerüberwachung in Hessen

Gewässeruntersuchungen sind Grundlage für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer sowie den Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes. Zunehmende Ansprüche an die ober- und unterirdischen Gewässer erfordern einen umfassenden Gewässerschutz mit einer laufenden Überwachung der Gewässer. Die Bereitstellung der hierfür benötigten quantitativen und qualitativen Daten erfordert die Einrichtung von umfangreichen Messnetzen. In Hessen werden betrieben:

155	Pegel an oberirdischen Gewässern zur Erfassung des Wasserstandes und daraus abgeleitet des Abflusses
130	Niederschlagsschreiber und -messer
8	Messstellen zur kontinuierlichen Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
55	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
57	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit von Seen
906	Grundwassermessstellen zur Erfassung des Wasserstandes sowie 76 Quellschüttungsmessstellen, davon
220	Grundwassermessstellen zur Erfassung der Wasserbeschaffenheit

Für alle Messstellen hat das HLOG gemäß § 97 Hessisches Wassergesetz die Aufgabe, die quantitativen und qualitativen Gewässerdaten zu erfassen, zu sammeln, fortzuschreiben und fallweise zu veröffentlichen. Die Daten werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Techniken erfasst und in die jeweiligen Datenbanken eingestellt. Die der Erfassung des Wasserstandes an den Fließgewässern dienenden **Pegel** sind zum Großteil (80) über Telefonleitung (DFÜ) mit der Zentrale des HLOG verbunden. Damit stehen die Daten zeitnah zur Verfügung. Bei Überschreitung eines vorgegebenen Wasserstandes wird automatisch eine Hochwasserwarnung an die für den Hochwasserwarndienst zuständigen Behörden abgegeben. Die Öffentlichkeit kann sich auch über das Internet ([www.hlug.de](http://www.hlug.de)) über die Wasserstände hessischer Gewässer informieren.

Die **Niederschlagshöhen** werden vor Ort von privaten Beobachtern täglich zu einer bestimmten Uhrzeit gemessen und in Form einer Monatstabelle auf dem Postweg dem HLOG zugeschickt. Werden im Hinblick auf den Hochwasserwarndienst spezifische Schwellenwerte überschritten, melden die Beobachter die Messwerte telefonisch, so dass die zuständigen Behörden ggf. Warnungen über die Medi-

en aussprechen können. Die Daten werden in eine Datenbank eingegeben, wo sie für weitergehende Auswertungen zur Verfügung stehen.

Neue Niederschlagsstationen besitzen die Möglichkeit, die digitalen Aufzeichnungen mittels Fernübertragung (DFÜ) in die Zentrale zu transferieren. Davon besitzt das Land Hessen 30 Geräte.

Die **Überwachung der Gewässerbeschaffenheit** in Hessen erfolgt an den größeren Gewässern in Hessen wie Main, Nidda, Kinzig, Werra, Lahn, Fulda und wegen der besonderen Belastungssituation im Schwarzbach (Ried) durch Messstationen. Hier werden physikalisch messbare Parameter kontinuierlich, d. h. minütlich bzw. halbstündlich registriert und kontinuierlich Probenwasser für die spätere chemische Analyse entnommen.

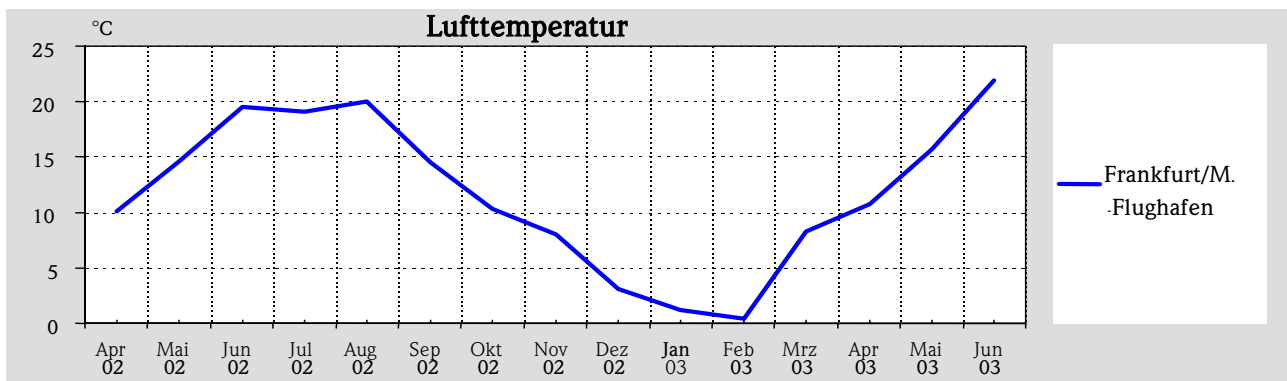
Um Langzeitwirkungen auch in kleineren Gewässern zu erfassen, werden darüber hinaus an 55 Messpunkten sowohl umfangreiche physikalische als auch quantitative und qualitative chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese Messstellen liefern zwar eine geringere Informationsdichte als die Messstationen, umfassen dafür aber ein dichtes Messstellennetz, das gleichmäßig über die Fläche Hessens verteilt ist und je nach Situation bei negativer Entwicklung der Güte einzelner Gewässer bzw. in deren Teileinzugsgebieten regional durch zusätzliche Messstellen verdichtet werden kann. Die Beschaffenheit von Seen wird an 57 Messstellen überwacht.

Ziel der Gewässerüberwachung ist somit einerseits Langzeitwirkungen zu beobachten, andererseits kurzfristige Änderungen der Gewässerbeschaffenheit frühzeitig zu erkennen.

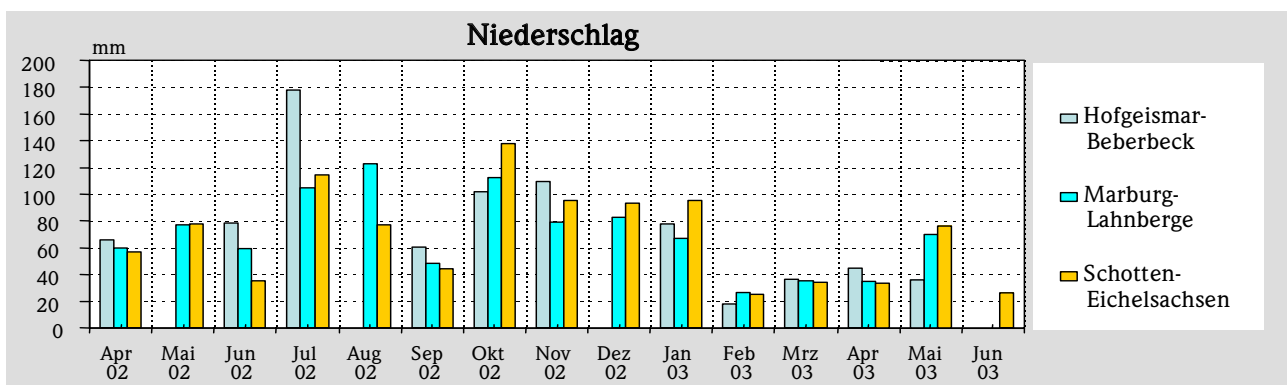
Der quantitative **Grundwassermessdienst** wird im Auftrag des jeweiligen Staatlichen Umweltamtes von Beobachtern vorgenommen, die überwiegend im Wochenturnus Einzelmessungen im Hinblick auf Grundwasserstand und Quellschüttung durchführen. Nur in einigen Fällen werden überall dort, wo aus hydrogeologischen Gründen der Grundwasserspiegel in Beobachtungsrohren oder die Schüttung von Quellen starken Schwankungen unterworfen sind, die entsprechenden Messgrößen kontinuierlich mittels konventioneller Schreibgeräte und/oder mittels Datenlogger registriert.

Aus 220 Grundwassermessstellen und Quellen werden Proben genommen und die chemische Analyse der Proben im Hinblick auf die Bewertung des Ist-Zustandes der Grundwasserbeschaffenheit und Prognose ihrer zukünftigen Entwicklung unter dem Einfluss anthropogener Wirkfaktoren durchgeführt.

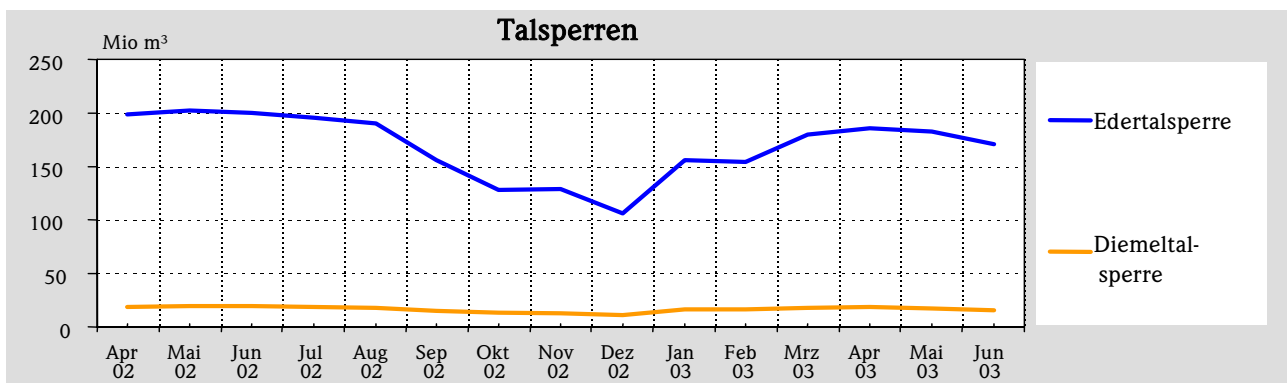
## 1. Hydrologische Daten nach Messstellen



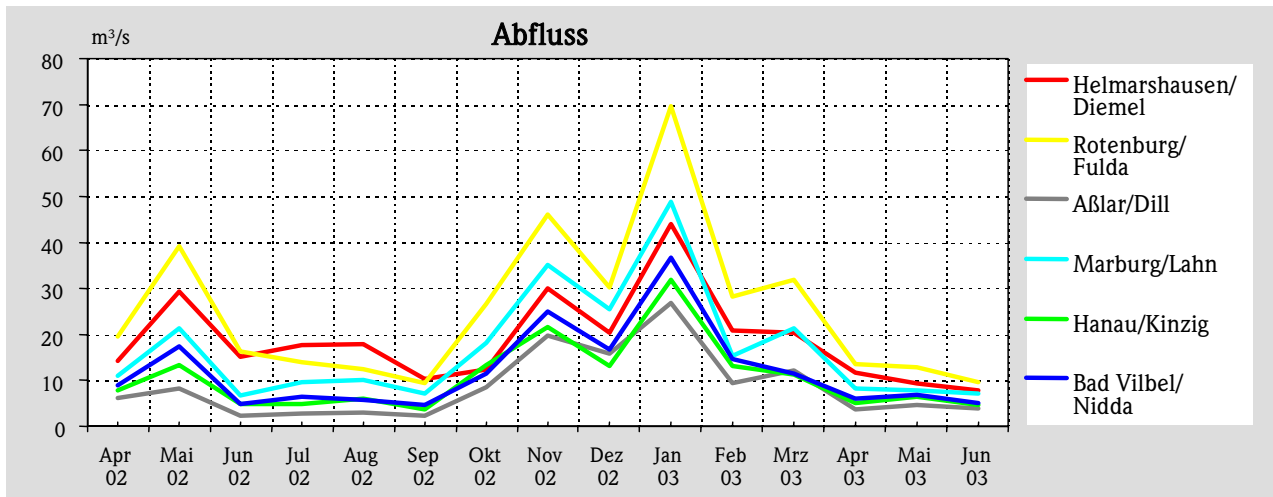
Lufttemperatur – Monatsmittel [°C]															
Stationsname	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Mai 03	Jun 03
Frankfurt/M.-Flughafen	10,1	14,6	19,5	19,1	20,0	14,5	10,3	8,0	3,1	1,2	0,4	8,3	10,8	15,7	21,9



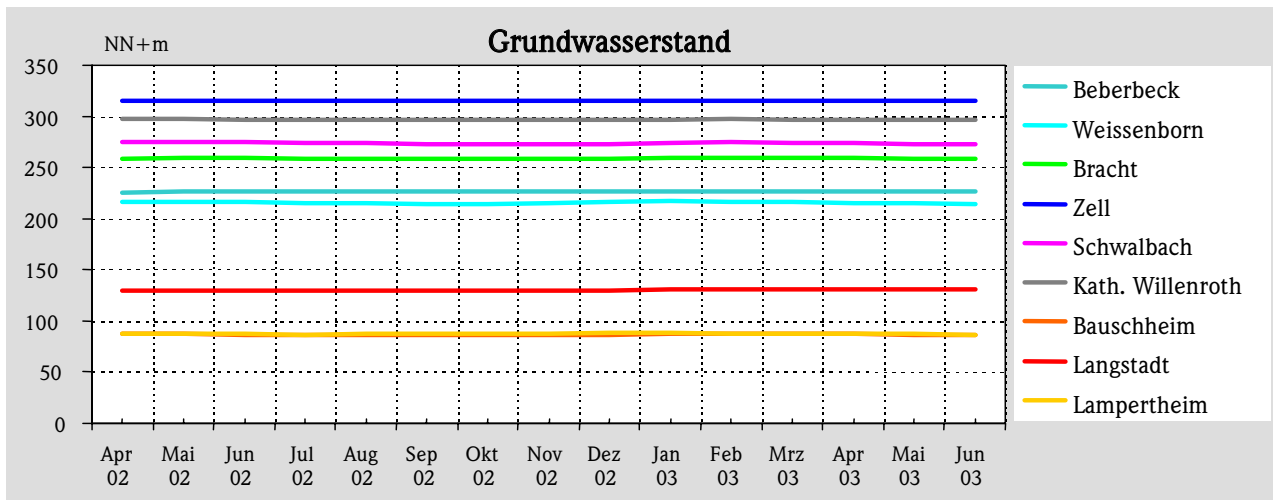
Niederschlag – Monatssummen [mm]															
Stationsname	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Mai 03	Jun 03
Hofgeismar-Beberbeck	65,9	77,4	59,5	177,6	104,5	48,4	112,3	78,9	82,4	67,0	26,2	35,4	34,6	69,9	-
Marburg-Lahnberge	59,6	77,4	59,5	104,5	122,9	48,4	112,3	78,9	82,4	67,0	26,2	35,4	34,6	69,9	-
Schotten-Eichelsachsen	56,9	78,1	35,3	114,2	77,3	44,4	137,7	95,3	93,6	95,4	25,2	34,1	33,7	76,1	26,4



Talsperren – Monatsmittel [Mio m³]															
	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Mai 03	Jun 03
Edertalsperre	198	202	200	195	190	156	128	129	106	156	154	180	186	183	171
Diemeltalsperre	18,6	19,8	19,5	18,9	18,0	15,1	13,8	13,0	11,2	16,2	16,4	18,3	18,4	17,1	15,7



Abfluss – Monatsmittel [m³/s]															
Pegel	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Mai 03	Jun 03
Helmarshausen/Diemel	14,3	29,3	15,2	17,6	17,9	10,4	12,4	30,0	20,4	43,9	20,9	20,5	11,7	9,40	7,80
Rotenburg/Fulda	19,4	39,2	16,3	13,9	12,4	9,4	26,6	46,1	30,2	69,6	28,2	31,8	13,5	12,8	9,70
Aßlar/Dill	6,20	8,30	2,40	2,70	3,00	2,30	8,50	19,8	15,8	26,8	9,30	12,2	3,60	4,50	3,80
Marburg/Lahn	11,0	21,4	6,70	9,60	10,2	7,20	18,1	35,0	25,4	48,9	15,4	21,4	8,20	7,90	7,00
Hanau/Kinzig	7,90	13,2	4,90	4,80	5,90	3,60	13,3	21,6	13,0	31,8	13,1	11,3	5,10	6,40	4,50
Bad Vilbel/Nidda	8,90	17,4	4,90	6,40	5,80	4,60	11,5	25,0	16,8	36,7	14,6	11,4	6,00	6,90	5,00



Grundwasserstand - Monatsmittel [NN + m]														
Messstelle	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Mai 03	Jun 03
Beberbeck	226,19	226,31	226,30	226,29	226,12	226,00	226,03	226,03	226,57	226,75	226,82	226,80	226,67	226,45
Weissenborn	216,01	216,04	215,65	215,18	214,55	213,98	214,84	215,69	216,81	216,33	226,75	215,33	214,83	214,26
Bracht	259,05	258,96	258,73	258,62	258,46	258,34	258,54	258,58	258,96	259,03	259,07	258,94	258,78	258,60
Zell	314,79	314,83	314,81	314,79	314,65	314,61	314,63	314,62	314,72	314,72	314,86	314,94	314,87	314,79
Schwalbach	275,26	275,32	273,96	273,43	272,80	272,28	272,46	273,16	274,11	274,93	274,23	273,82	273,23	272,90
Kath. Willenroth	297,14	296,94	296,73	296,59	296,44	296,35	296,45	296,70	296,90	297,00	296,93	296,82	296,70	296,48
Bauschheim	87,07	86,81	86,56	86,50	86,36	86,37	86,71	86,93	87,42	87,34	87,24	87,13	86,98	86,72
Langstadt	129,93	130,04	130,04	130,00	129,89	129,77	129,87	130,02	130,25	130,44	130,52	130,55	130,45	130,33
Lampertheim	87,85	87,31	86,97	87,46	87,22	87,26	88,01	88,13	88,19	87,91	87,49	87,20	87,00	86,83



## 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Messstation Bischofsheim / Main, Flusskilometer 4,0														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
		30.12. 2002	13.01. 2003	27.01. 2003	10.02. 2003	24.02. 2003	10.03. 2003	24.03. 2003	07.04. 2003	21.04. 2003	05.05. 2003	19.05. 2003	02.06. 2003	16.06. 2003
Abfluss <sup>3)</sup>	m <sup>3</sup> /s	1120	420	500	288	337	295	211	168	146	147	172	111	98
Temperatur	°C	4,8	4,3	4,9	3,6	5,6	8,1	11,2	11,9	15,6	19,0	18,5	24,4	24,8
Sauerstoff	mg/l	12,3	13,7	13,4	13,6	12,8	12,7	13,0	15,0	11,0	11,3	11,6	7,1	6,2
pH		7,9	8,0	8,0	8,0	8,1	7,9	8,7	8,8	8,2	8,2	8,4	7,7	7,7
Leitfähigkeit	µS/cm	415	642	630	707	730	634	707	740	757	763	718	707	794
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,08	< 0,07	0,13	0,15	0,18	0,10	0,21	0,26	0,21	0,12	0,24	0,16	0,10
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,8	5,6	5,3	5,7	6,1	5,3	5,2	5,1	4,9	4,6	4,1	3,6	4,1
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,9	6,2	7,2	6,8	7,2	6,4	6,9	6,2	6,5	6,6	5,6	5,2	5,5
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,05	0,01	0,01	0,01	0,02	0,01	0,02	0,02	0,03	0,03	0,06	0,05	0,11
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	0,19	0,15	0,11	0,13	0,08	0,04	0,03	0,05	0,06	0,09	0,10	0,13	0,14
TOC	mg/l	6,3	5,2	5,8	4,6	4,3	6,6	5,6	6	5,5	6,2	6,9	6,1	4,8
EDTA	µg/l	2,2	6	7,9	8,1	6,8	6,4	7,6	9,2	9,8	11,5	11,0	10,5	...
Cl	mg/l	19	40	42	51	47	41	46	50	53	54	53	62	57

Messstation Oberbiel / Lahn, Flusskilometer 19,1														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
		30.12. 2002	13.01. 2003	27.01. 2003	10.02. 2003	24.02. 2003	10.03. 2003	24.03. 2003	07.04. 2003	21.04. 2003	05.05. 2003	19.05. 2003	02.06. 2003	16.06. 2003
Abfluss <sup>3)</sup>	m <sup>3</sup> /s	205	42	62	29	52	39	21	16	16	15	22	19	12
Temperatur	°C	3,9	4,1	3,6	1,7	4,8	6,5	9,7	9,5	13,9	16,2	16,2	21,1	21,1
Sauerstoff	mg/l	11,6	12,0	12,0	12,5	11,9	12,1	11,7	13,8	11,4	12,2	8,9	7,8	9,0
pH		7,4	7,6	7,4	7,6	7,6	7,7	8,0	8,5	8,0	8,3	7,6	7,5	7,8
Leitfähigkeit	µS/cm	160	275	261	309	238	230	318	346	357	361	313	308	370
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	.	0,16	0,18	0,44	0,39	0,09	0,08	0,17	0,24	0,18	0,21	0,15	0,10
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	.	3,5	3,2	3,6	3,5	3,0	3,4	3,5	3,4	3,6	3,6	3,1	3,6
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	.	4,1	4,5	4,6	4,4	3,7	4,5	4,2	4,7	5,1	4,6	4,5	4,7
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	.	0,037	0,045	0,041	0,047	0,031	0,023	0,028	0,11	0,05	0,08	0,07	0,06
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	.	0,13	0,13	0,14	0,10	0,051	0,037	0,061	0,13	0,13	0,12	0,14	0,12
TOC	mg/l	.	4,2	4,0	2,8	3,0	3,3	3,7	4,1	5,5	5,9	4,8	5,3	4,2
Cl	mg/l	.	27	34	29	25	22	30	31	32	34	29	33	34

Messstation Letzter Heller / Werra, Flusskilometer 83,9														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
		30.12. 2002	13.01. 2003	27.01. 2003	10.02. 2003	24.02. 2003	10.03. 2003	24.03. 2003	07.04. 2003	21.04. 2003	05.05. 2003	19.05. 2003	02.06. 2003	16.06. 2003
Abfluss <sup>3)</sup>	m <sup>3</sup> /s	267	92	93	59	75	77	52	40	35	33	36	26	21
Temperatur	°C	.	5,4	4,3	2,6	5,3	7,0	10,0	9,8	14,1	16,4	.	22,4	21,0
Sauerstoff	mg/l	.	12,2	12,3	12,5	12,3	12,7	12,9	12,3	12,2	12,8	.	11,1	13,2
pH		.	8,2	8,1	8,0	8,0	8,1	8,4	8,6	8,7	8,8	.	8,7	8,7
Leitfähigkeit	mS/cm	.	4,14	3,98	4,70	4,33	4,20	4,78	5,06	4,70	4,36	.	4,14	4,48
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	.	0,15	<0,07	0,15	0,2	0,15	<0,07	0,1	0,47	0,30	0,19	0,35	0,08
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	.	.	2,4	4,7		4,8	4,3	4,2	3,2	2,7	3,2	2,6	2,3
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	.	.	6,1	6,3	1,4	6,4	5,4	5,7	4,5	4,1	5,0	4,0	4,6
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	.	0,04	0,03	0,02	0,09	0,06	0,07	0,06	0,11	0,10	0,16	0,22	0,04
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	.	0,05	0,09	0,09	0,10	0,08	0,10	0,08	0,12	0,12	0,19	0,23	0,12
TOC	mg/l	.	.	11	4,7	3,2	7	3,8	9,8	4,6	6,8	5,7	6,6	13,0
Cl	mg/l	.	.	1000	1200	1300	1000	1200	1200	1100	1100	1300	1200	1100

**Messstation Wahnhausen / Fulda, Flusskilometer 93,5**

Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
		30.12. 2002	13.01. 2003	27.01. 2003	10.02. 2003	24.02. 2003	10.03. 2003	24.03. 2003	07.04. 2003	21.04. 2003	05.05. 2003	19.05. 2003	02.06. 2003	16.06. 2003
Abfluss <sup>3)</sup>	m³/s	323	103	119	54	84	77	48	35	34	31	34	36	38
Temperatur	°C	3,9	4,2	3,5	1,7	4,2	5,9	9,1	9,5	13,8	16,0	17,0	21,3	19,2
Sauerstoff	mg/l	11,8	12,2	11,2	10,2	10,6	10,0	9,6	11,5	10,7	10,9	10,2	5,1	9,5
pH		7,8	7,8	7,7	7,7	486	7,9	8,5	8,6	8,9	9,1	8,1	7,4	7,9
Leitfähigkeit	µS/cm	305	412	439	530	7,7	428	512	555	562	562	552	510	470
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,13	0,21	0,28	0,48	0,33	0,15	0,26	0,5	0,99	0,51	0,14	0,17	< 0,07
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,5	4,1	4	4,3	4,4	4	4	3,8	2,8	2,6	3,2	3,1	2,9
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,4	5,1	5,2	5,9	5,6	4,9	5,1	5	5,0	4,8	5,0	4,3	4,2
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,079	0,052	0,07	0,053	0,07	0,037	0,041	0,035	0,23	0,15	0,34	0,40	0,28
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	0,16	0,12	0,13	0,088	0,1	0,072	0,051	0,078	0,13	0,10	0,20	0,17	0,10
TOC	mg/l	6,9	3,9	3,9	3,3	4,1	3,3	4,3	4,1	7,0	7,0	5,8	5,7	5,3
EDTA	µg/l	< 1	1	< 1	.	.	1	2	2	2	2	2	1	1
Cl	mg/l	24	42	51	52	43	37	43	50	57	58	55	49	46

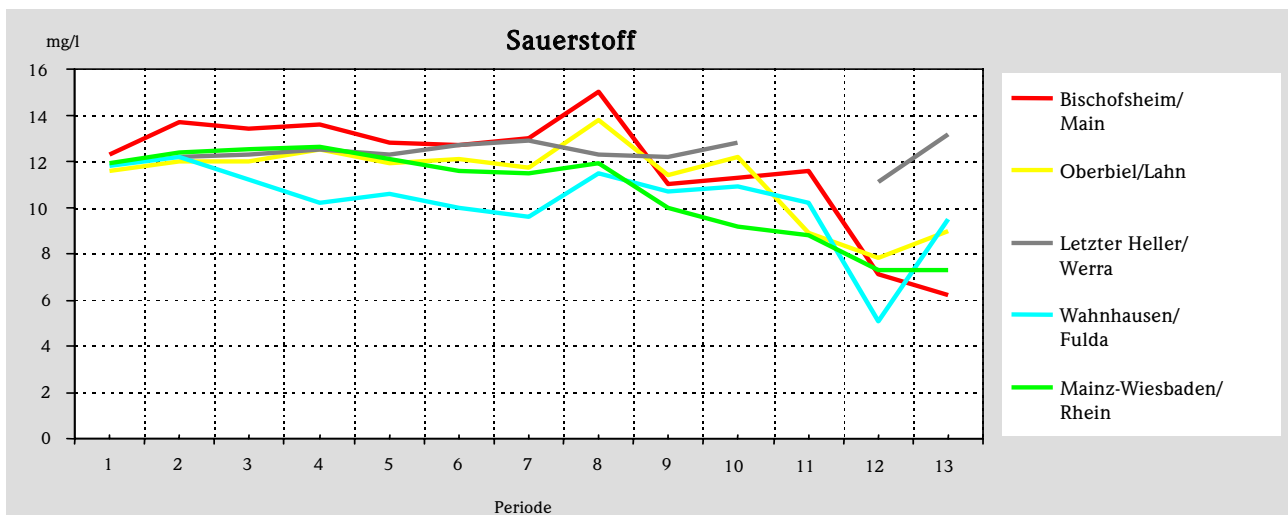
**Messstation Mainz-Wiesbaden / Rhein, Flusskilometer 498,5**

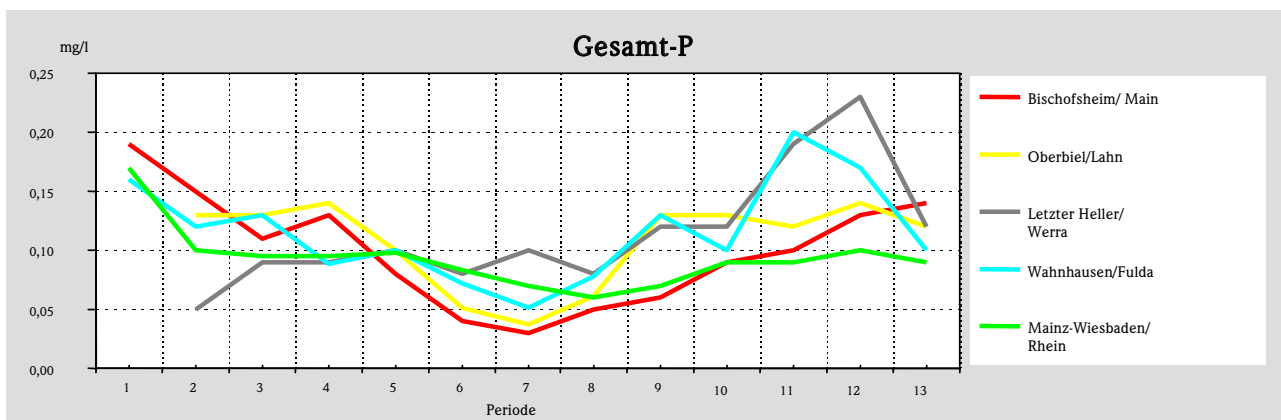
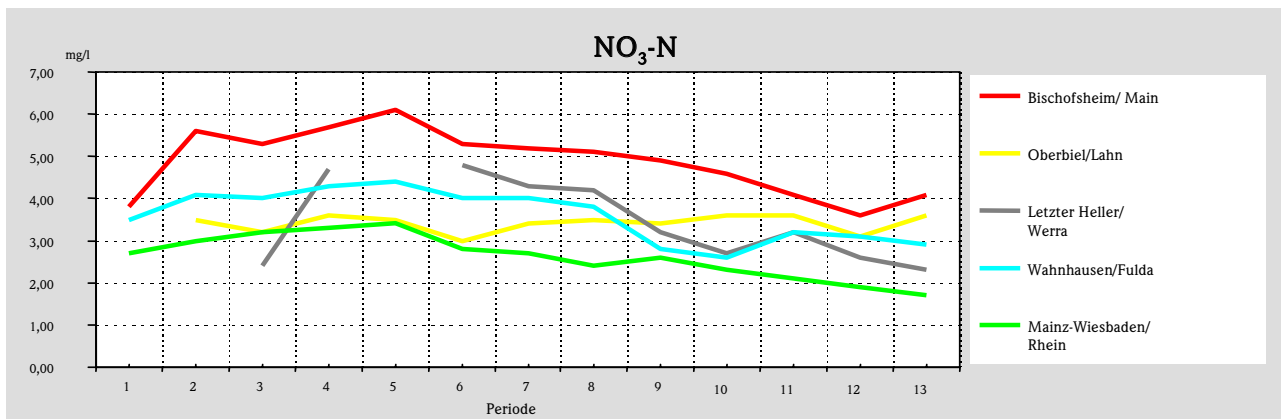
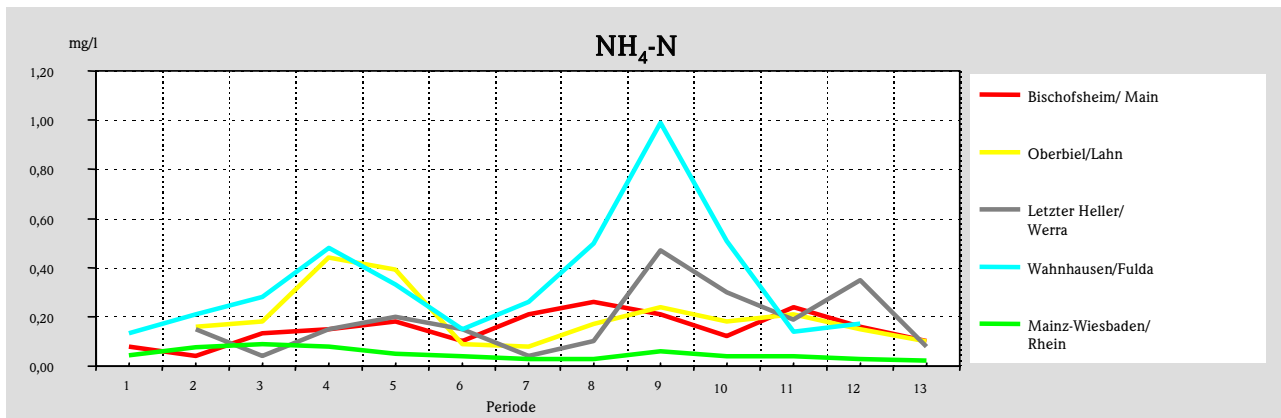
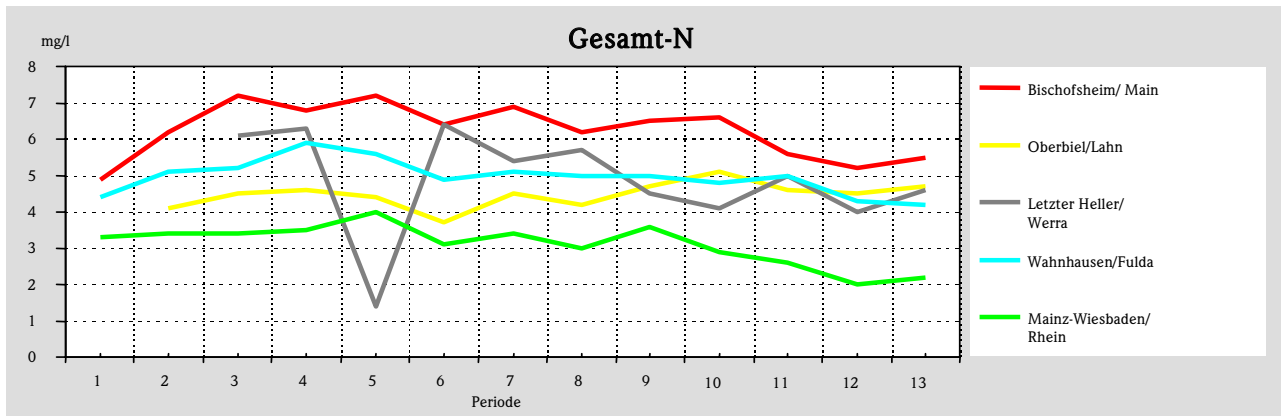
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
		30.12. 2002	13.01. 2003	27.01. 2003	10.02. 2003	24.02. 2003	10.03. 2003	24.03. 2003	07.04. 2003	21.04. 2003	05.05. 2003	19.05. 2003	02.06. 2003	16.06. 2003
Abfluss <sup>3)</sup>	m³/s	3674	2015	2228	1580	1611	1569	1295	1170	1121	1411	1531	1424	1260
Temperatur	°C	6,7	6,0	6,1	5,1	7,6	9,7	12,5	12,2	16,1	18,1	18,5	24	25,2
Sauerstoff	mg/l	11,9	12,4	12,5	12,6	12,1	11,6	11,5	11,9	10,0	9,2	8,8	7,3	7,3
pH		7,9	7,9	7,9	8	8	8,1	8,2	8,2	8,1	8,0	7,9	7,8	7,8
Leitfähigkeit	µS/cm	371	487	483	524	538	482	506	514	522	462	444	423	435
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,043	0,075	0,09	0,078	0,05	0,038	0,03	0,03	0,06	0,04	0,04	0,03	0,02
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	2,7	3	3,2	3,3	3,4	2,8	2,7	2,4	2,6	2,3	2,1	1,9	1,7
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	3,3	3,4	3,4	3,5	4,0	3,1	3,4	3,0	3,6	2,9	2,6	2,0	2,2
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,055	0,033	0,033	0,038	0,03	0,028	0,01	0,03	0,02	0,04	0,03	0,04	0,04
Gesamt-P <sup>2)</sup>	mg/l	0,17	0,1	0,095	0,095	0,098	0,083	0,07	0,06	0,07	0,09	0,09	0,10	0,09
TOC	mg/l	6,1	2,8	4,3	3	3,3	2,9	3,6	3,0	2,8	3,8	3,7	3,5	2,8
EDTA	µg/l	2,2	3,6	4,5	6,1	4,9	4,1	5,4	6,6	8,2	5,0	5,1	...	...
Cl	mg/l	26	42	44	50	50	43	45	49	45	39	36	35	35

<sup>1)</sup> = Gesamt-N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoff.

<sup>2)</sup> = Gesamt-P = Summe der Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat bestimmt werden.

<sup>3)</sup> = vorl. Abflusswerte







## B. Luftqualität in Hessen

Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität betreibt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) ein landesweites Messnetz mit 36 Luftmessstationen. Die Verpflichtung zur landesweiten Immissionsüberwachung ergibt sich aus den Luftqualitäts-Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften (EG), welche durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und seine Verordnungen in deutsches Recht umgesetzt sind und durch das BImSchG selbst, das seit 1974 die rechtliche Grundlage für die Luftreinhaltung in Deutschland, so auch in Hessen, darstellt.

Die automatisierten Stationen des Luftmessnetzes sind mit Analysegeräten für gasförmige Schadstoffkomponenten und für Feinstaub, und mit Messgeräten zur Erfassung meteorologischer Einflussgrößen ausgestattet. Ein Stationsrechner steuert die täglichen Kalibrierungen der Geräte, die Messungen und die Auswertung. Die ermittelten Daten werden direkt an die Messnetzzentrale im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie nach Wiesbaden übertragen. Von dort aus werden die Daten über verschiedene Medien wie Info-Telefon, Videotext, Fax-auf-Abruf und Internet zeitnah veröffentlicht, damit sich Interessierte aktuell informieren können. Darüber hinaus dienen die Messdaten der landesweiten Überwachung der Luftqualität und sind eine wesentliche Grundlage für die hessische Luftreinhalteplanung. Im Kontext der neuen europäischen Luftreinhaltestrategie liefern die Ergebnisse einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung langfristiger Luftqualitätsziele.

Auf der nebenstehenden Hessenkarte sind die Standorte der Luftmessstationen eingezeichnet und entsprechend ihrer Standortcharakteristik farblich markiert. Die Messstationen können in drei Gruppen unterteilt werden:

- 24 Stationen in Städten bzw. im ländlichen Raum
- ▲ 4 Stationen an Verkehrsschwerpunkten
- 8 Stationen in Waldgebieten

Für die Komponenten Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>), Ozon (O<sub>3</sub>), Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Feinstaub (PM<sub>10</sub>), Benzol/Toluol/Xylol (BTX), Kohlenmonoxid (CO) und Lufttemperatur sind auf den folgenden Seiten je eine Verlaufsgrafik und eine Tabelle der Monatsmittelwerte für den zurückliegenden Zeitraum von fünfzehn Monaten dargestellt. Mittels dieser Darstellungen lässt sich

mehr als ein vollständiger Jahresgang der Temperatur und des Konzentrationsverlaufs der Schadstoffkomponenten verfolgen.

### Hessische Luftmessstationen

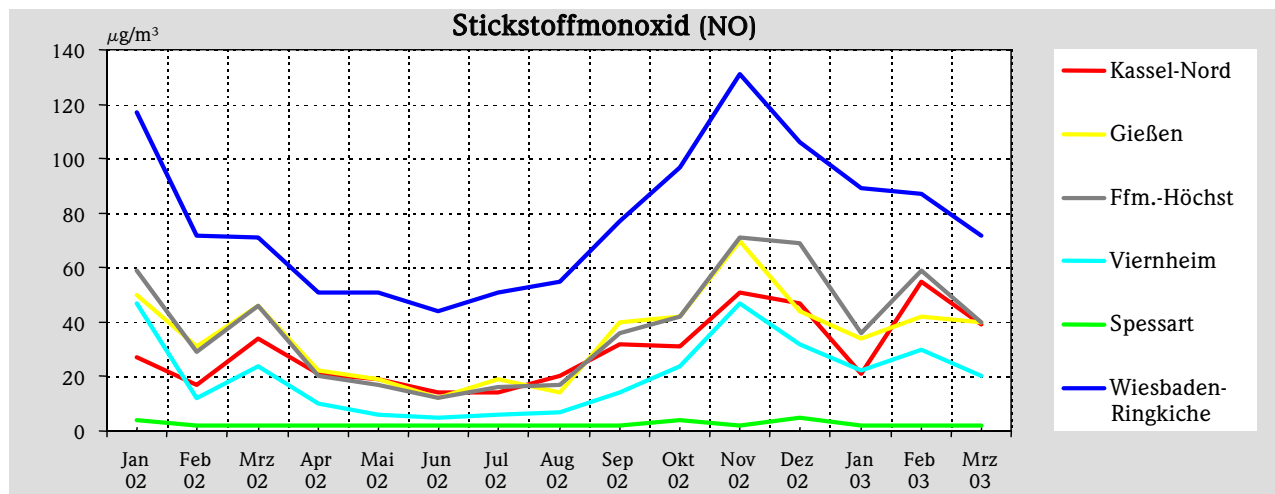


Der Feinstaub (PM<sub>10</sub>), welcher erfasst wird, ist eine Staubfraktion, deren Partikel einen Durchmesser kleiner oder gleich 10 Mikrometer (µm) aufweisen. Diese Staubfraktion beinhaltet die lungengängigen Feinstäube, welche nach medizinischen Erkenntnissen ein deutlich größeres Schädigungspotential haben als die groben Partikel. Entsprechend einer EG-Richtlinie erfolgte im Jahr 2000 die Umstellung von der bisherigen Gesamtstaub-Messung auf die Messung von Feinstaub (PM<sub>10</sub>).

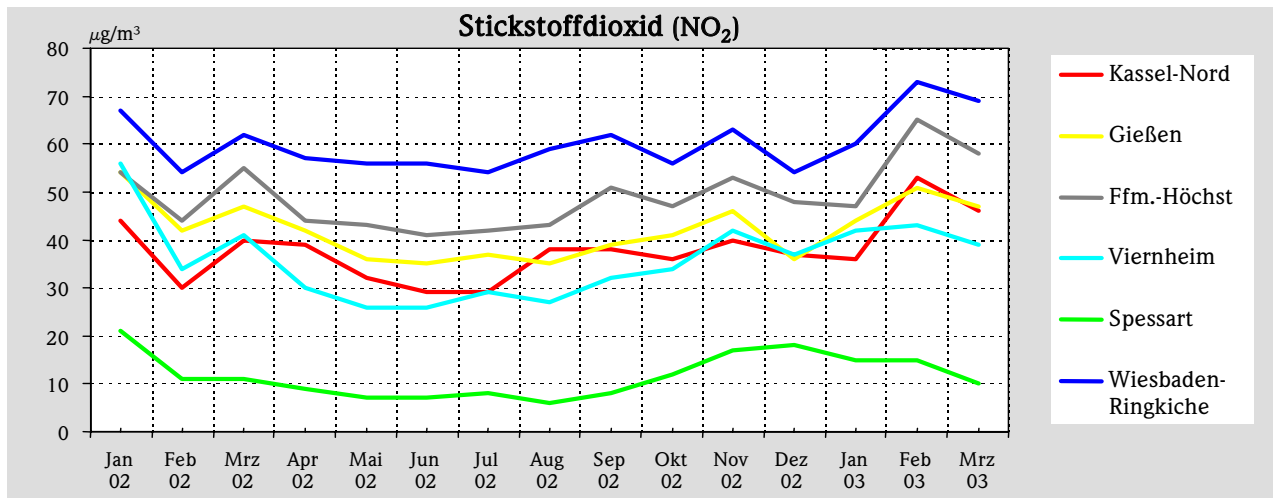
In den Darstellungen sind die Konzentrationswerte der Luftschadstoffe jeweils in der Einheit „Mikrogramm pro Kubikmeter Luft“ (µg/m<sup>3</sup>) angegeben. Für Kohlenmonoxid (CO) gilt die Einheit „Milligramm pro Kubikmeter Luft“ (mg/m<sup>3</sup>).

### Aktuelle Informationen zur Luftqualität erhält man über folgende Medien:

- Info-Telefon: 0611/6939-666 (Ansage)
- Videotext hr3: Hessentext Tafeln 174–179
- Fax-auf-Abruf: 0611/18061-000 (Service-Übersicht)
- Internet: [www.hlug.de](http://www.hlug.de)

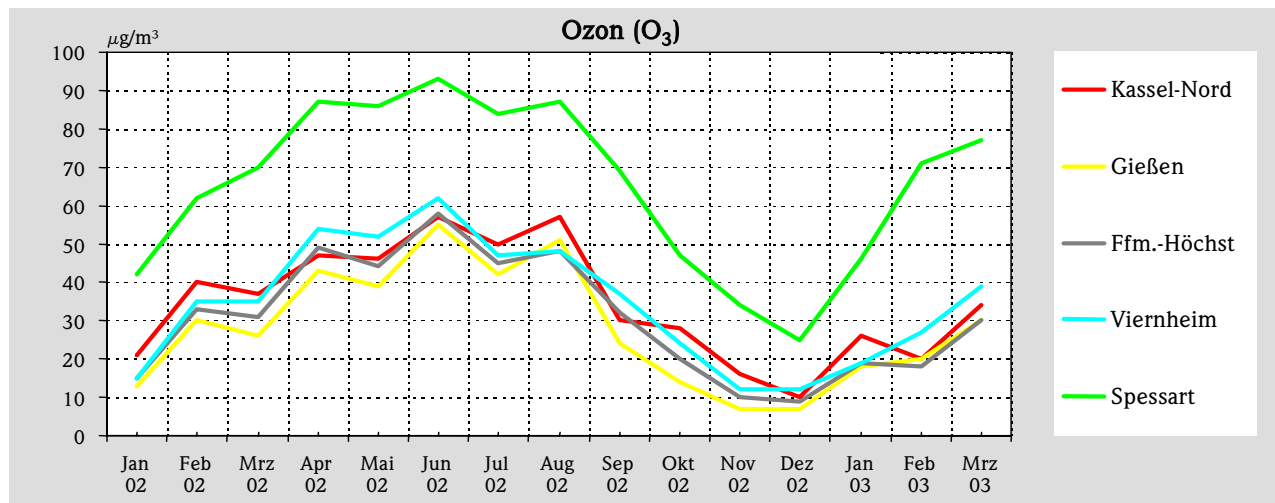
a) Monatsmittelwerte – Stickstoffmonoxid (NO) in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ 

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	6	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	6	2	4	2
○	Bebra	16	5	9	6	5	5	5	6	11	9	21	17	7	12	11
○	Borken	11	2	4	4	2	2	2	4	4	5	10	12	4	6	4
○	Darmstadt	35	10	20	7	5	4	6	6	10	14	36	26	19	29	20
▲	Darmstadt-Hügelstr.	131	72	148	117	137	129	124	143	152	127	171	147	101	166	160
○	Dillenburg	50	26	45	32	27	25	31	36	56	49	64	54	40	61	49
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	96	47	82	57	51	41	42	55	76	81	112	114	61	99	80
○	Ffm.-Höchst	59	29	46	20	17	12	16	17	36	42	71	69	36	59	40
○	Ffm.-Ost	59	31	37	19	16	14	16	15	21	37	69	49	32	44	31
■	Frankenberg	11	2	2	2	2	2	2	2	2	4	5	7	2	4	2
○	Fulda	50	16	42	27	30	21	24	32	49	35	61	52	21	69	49
■	Fürth/Odenwald	5	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	5	2	4	2
○	Gießen	50	31	46	22	19	12	19	14	40	42	70	44	34	42	40
■	Grebenau	5	2	4	2	2	2	2	2	4	4	5	9	2	4	2
○	Hanau	56	29	39	21	19	15	17	19	30	41	62	64	42	49	36
▲	Kassel-Fünffensterstr.	84	51	61	45	49	46	50	50	55	71	101	80	51	79	54
○	Kassel-Nord	27	17	34	21	19	14	14	20	32	31	51	47	21	55	39
○	Kleiner Feldberg	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	2	2	2
■	Königstein	7	2	2	2	2	2	2	2	2	4	5	7	2	4	2
■	Lampertheim	31	7	11	5	5	4	5	6	9	9	25	27	11	15	11
○	Limburg	41	14	30	14	10	10	9	9	19	25	39	42	20	41	30
○	Linden	27	5	15	6	5	5	6	7	11	12	27	26	9	17	12
○	Marburg	31	12	21	7	10	6	5	6	15	19	35	32	12	26	20
○	Michelstadt	22	11	12	6	4	4	4	5	9	12	26	26	14	22	14
○	Nidda	15	5	5	4	4	4	4	2	4	5	11	11	9	6	5
○	Offenbach	41	22	34	11	7	5	7	9	19	21	41	36	19	26	20
○	Raunheim	45	21	39	12	12	6	11	14	21	27	60	51	22	34	26
○	Riedstadt	31	7	19	6	5	4	5	6	10	12	29	25	11	17	14
■	Spessart	4	2	2	2	2	2	2	2	2	4	2	5	2	2	2
○	Viernheim	47	12	24	10	6	5	6	7	14	24	47	32	22	30	20
○	Wasserkuppe	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	2	2
○	Wetzlar	61	20	32	20	19	11	14	12	22	45	70	69	32	66	39
▲	Wiesbaden-Ringkirche	117	72	71	51	51	44	51	55	77	97	131	106	89	87	72
○	Wiesbaden-Süd	44	14	26	12	10	6	10	12	17	32	55	46	21	35	25
■	Witzenhausen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4	2	2	2
■	Zierenberg	5	2	2	2	2	2	2	2	2	4	4	9	2	5	2

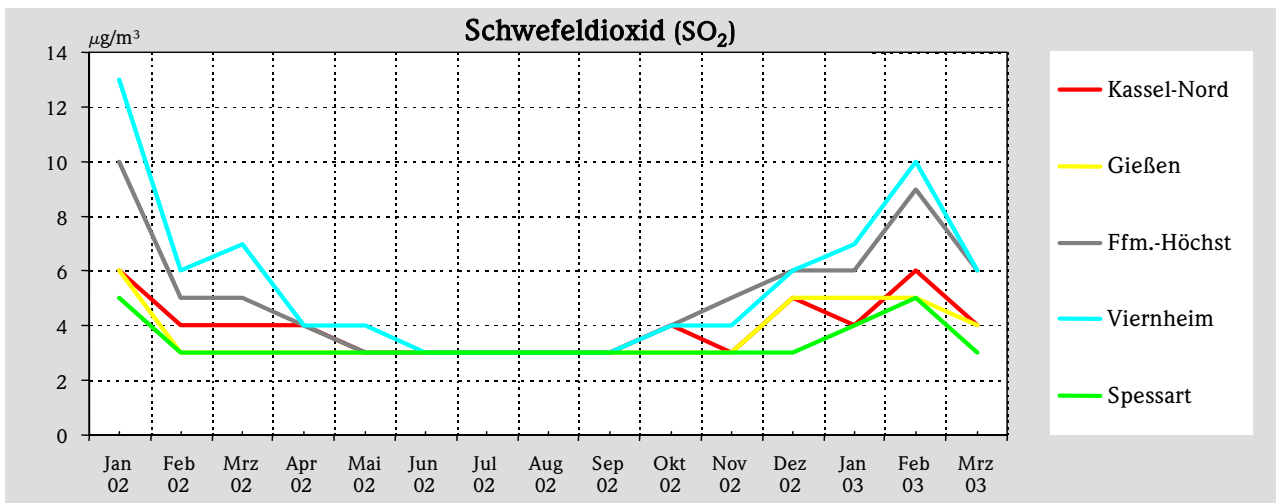
b) Monatsmittelwerte – Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) in µg/m<sup>3</sup>

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	25	11	13	11	7	7	8	9	10	14	19	22	16	20	12
○	Bebra	38	23	25	22	17	17	18	23	22	23	30	29	30	35	26
○	Borken	29	13	16	14	10	8	10	11	13	15	24	26	24	33	22
○	Darmstadt	50	34	38	30	27	26	32	29	31	32	38	30	42	48	47
▲	Darmstadt-Hügelstr.	66	52	74	70	74	79	71	77	65	55	63	55	60	85	86
○	Dillenburg	46	35	41	39	36	39	39	40	40	34	39	33	41	50	43
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	71	55	70	68	64	62	60	69	69	60	67	61	63	88	86
○	Ffm.-Höchst	54	44	55	44	43	41	42	43	51	47	53	48	47	65	58
○	Ffm.-Ost	53	41	43	33	34	35	35	33	34	41	49	40	46	57	52
■	Frankenberg	24	9	10	7	6	6	7	6	7	12	17	18	13	17	10
○	Fulda	43	27	39	34	33	33	32	36	36	31	42	35	34	55	43
■	Fürth/Odenwald	20	11	12	10	8	8	10	8	9	13	17	16	16	15	10
○	Gießen	54	42	47	42	36	35	37	35	39	41	46	36	44	51	47
■	Grebenau	24	11	14	12	8	7	9	10	11	12	19	22	17	26	14
○	Hanau	60	44	54	45	42	38	41	43	46	47	51	41	47	52	50
▲	Kassel-Fünffensterstr.	55	47	51	47	51	52	51	53	47	47	51	44	47	61	50
○	Kassel-Nord	44	30	40	39	32	29	29	38	38	36	40	37	36	53	46
○	Kleiner Feldberg	13	10	11	8	7	7	7	7	7	13	17	17	13	14	12
■	Königstein	28	12	15	10	8	8	8	9	10	14	20	23	18	23	17
■	Lampertheim	41	19	26	20	16	14	16	15	16	19	24	26	28	33	31
○	Limburg	44	26	40	37	26	25	25	28	36	31	37	32	30	42	39
○	Linden	41	21	27	21	17	15	18	18	21	24	34	31	32	35	29
○	Marburg	44	29	36	29	24	22	22	21	27	28	35	33	35	45	37
○	Michelstadt	36	21	28	22	16	15	16	14	18	21	27	27	31	40	33
○	Nidda	37	24	21	17	14	13	15	13	15	20	26	24	28	27	22
○	Offenbach	51	39	46	35	32	29	32	32	36	37	46	37	41	52	48
○	Raunheim	53	33	45	39	34	33	34	38	41	36	44	40	40	52	48
○	Riedstadt	46	22	30	23	18	18	19	21	24	26	32	29	32	32	33
■	Spessart	21	11	11	9	7	7	8	6	8	12	17	18	15	15	10
○	Viernheim	56	34	41	30	26	26	29	27	32	34	42	37	42	43	39
○	Wasserkuppe	11	9	9	8	5	5	6	5	6	8	10	12	10	8	8
○	Wetzlar	46	30	41	39	31	29	30	31	35	35	41	37	38	52	48
▲	Wiesbaden-Ringkirche	67	54	62	57	56	56	54	59	62	56	63	54	60	73	69
○	Wiesbaden-Süd	43	28	40	32	29	27	32	35	38	36	44	35	37	48	42
■	Witzenhausen	20	10	10	8	6	5	6	5	7	10	14	19	14	16	9
■	Zierenberg	22	11	15	15	7	8	7	10	11	17	24	24	16	26	15

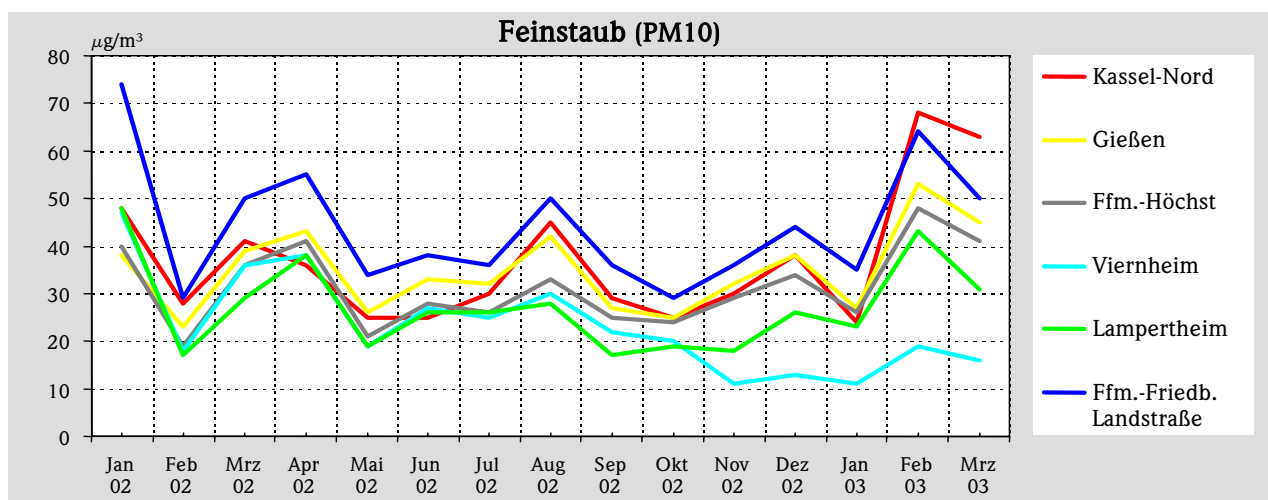


c) Monatsmittelwerte – Ozon (O<sub>3</sub>) in µg/m<sup>3</sup>

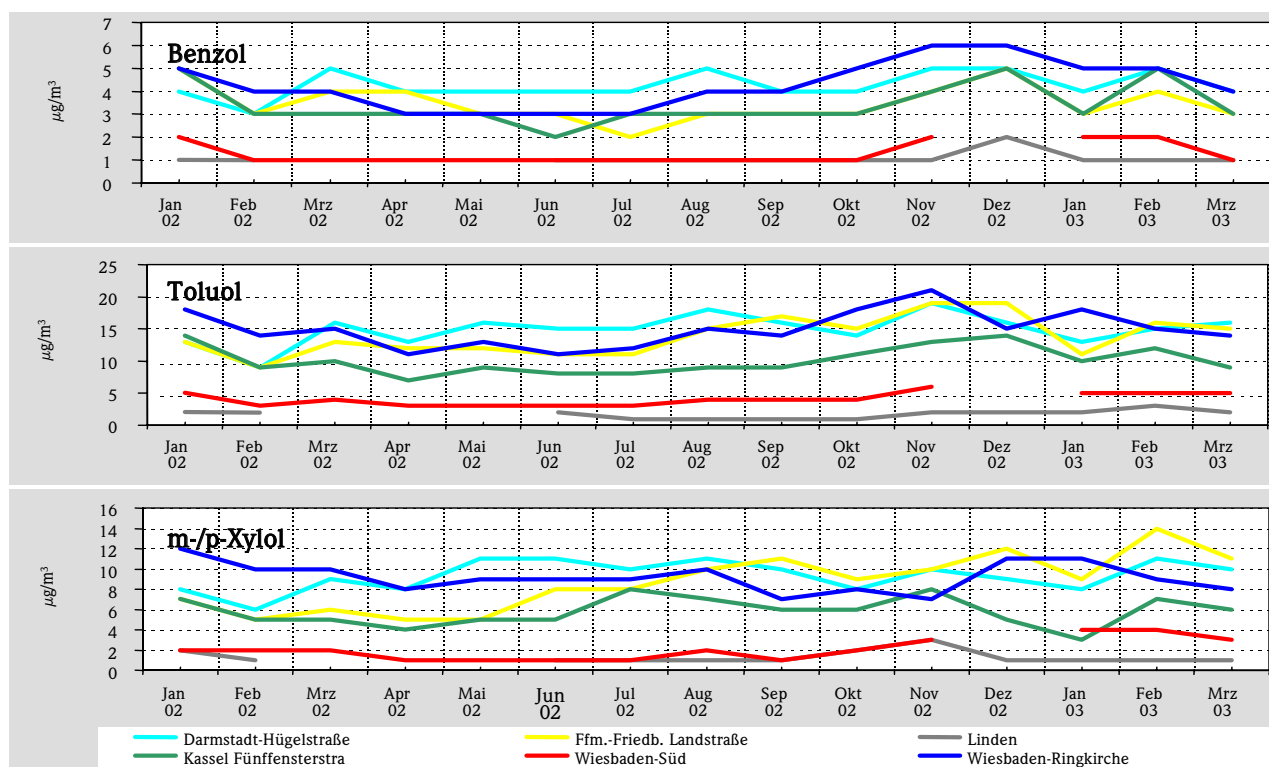
	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	35	59	63	77	77	81	72	77	61	48	33	22	48	53	71
○	Bebra	29	51	44	58	55	61	52	50	34	33	17	14	30	31	41
○	Borken	28	50	48	59	60	66	59	58	39	34	19	14	34	32	50
○	Darmstadt	18	35	36	54	49	63	47	47	34	24	12	13	21	26	38
○	Dillenburg	15	33	28	45	37	41	31	31	20	18	8	9	17	18	27
○	Ffm.-Höchst	15	33	31	49	44	58	45	48	32	20	10	9	19	18	30
○	Ffm.-Ost	18	34	38	59	51	62	51	56	38	19	10	10	20	23	37
■	Frankenberg	32	54	55	72	63	74	64	68	53	36	23	18	39	45	60
○	Fulda	22	47	36	54	48	55	44	42	29	25	12	9	24	24	35
■	Fürth/Odenwald	44	61	68	83	81	89	77	79	62	45	37	28	43	63	81
○	Gießen	13	30	26	43	39	55	42	51	24	14	7	7	18	20	30
■	Grebenau	36	57	57	72	68	76	64	64	50	38	25	19	39	43	60
○	Hanau	17	35	34	53	50	61	48	51	33	21	11	10	20	23	35
○	Kassel-Nord	21	40	37	47	46	57	50	57	30	28	16	10	26	20	34
○	Kleiner Feldberg	51	60	69	83	81	87	76	88	69	46	41	32	51	74	81
■	Königstein	34	56	56	72	62	73	65	65	58	39	27	24	41	51	60
■	Lampertheim	21	46	42	61	53	61	49	47	33	26	16	13	25	30	41
○	Limburg	26	50	37	51	47	54	46	47	31	25	14	12	27	21	30
○	Linden	22	45	37	53	47	62	53	53	35	27	13	13	29	29	40
○	Marburg	19	40	35	55	50	59	49	50	31	24	12	11	24	22	36
○	Michelstadt	26	47	41	60	56	69	56	54	38	32	18	16	28	33	40
○	Nidda	27	47	54	69	65	76	57	64	45	30	20	16	29	45	58
○	Offenbach	17	33	33	54	52	65	51	56	36	22	11	11	22	24	38
○	Raunheim	22	42	36	52	51	62	50	50	34	24	12	11	24	19	31
○	Riedstadt	21	44	41	60	57	67	55	56	39	29	16	13	24	30	38
■	Spessart	42	62	70	87	86	93	84	87	69	47	34	25	46	71	77
○	Viernheim	15	35	35	54	52	62	47	48	37	24	12	12	19	27	39
○	Wasserkuppe	70	72	88	103	105	101	86	99	74	53	49	40	49	75	82
○	Wetzlar	21	40	30	44	42	53	44	44	27	20	10	10	23	18	28
○	Wiesbaden-Süd	17	34	31	50	47	58	44	46	34	19	8	8	18	21	33
■	Witzenhausen	46	62	70	80	76	80	73	85	61	46	36	25	47	60	77
■	Zierenberg	40	59	62	66	47	67	63	69	52	38	29	18	40	44	62

d) Monatsmittelwerte – Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) in µg/m<sup>3</sup>

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3	4	3
○	Bebra	6	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3	6	5	6	3
○	Borken	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	4	4	3
○	Darmstadt	6	4	5	3	3	3	3	3	3	3	4	5	6	6	4
○	Dillenburg	5	3	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4	3
○	Ffm.-Höchst	10	5	5	4	3	3	3	3	3	4	5	6	6	9	6
○	Ffm.-Ost	11	5	6	4	3	3	3	3	3	4	6	6	6	9	6
■	Frankenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3	4	3
○	Fulda	5	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4	5	4
■	Fürth/Odenwald	6	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	6	4
○	Gießen	6	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	5	5	4
■	Grebenau	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	3
○	Hanau	12	5	6	4	3	3	3	3	3	5	7	9	9	11	7
○	Kassel-Nord	6	4	4	4	3	3	3	3	3	4	3	5	4	6	4
○	Kleiner Feldberg	4	3	4	4	3	3	3	3	3	3	3	4	3	5	3
■	Königstein	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	5	3
■	Lampertheim	9	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	4	6	6	4
○	Limburg	6	3	4	4	3	3	3	3	3	4	3	3	4	4	3
○	Linden	9	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	5	4
○	Marburg	7	4	5	4	3	3	3	3	3	3	4	6	5	6	4
○	Michelstadt	10	5	6	4	3	3	3	3	3	4	5	7	8	11	6
○	Nidda	7	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	5	5	6	3
○	Offenbach	10	5	6	4	3	3	3	3	3	3	5	6	6	9	6
○	Raunheim	14	7	9	6	3	3	3	3	4	6	9	12	10	15	9
○	Riedstadt	9	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4	6	3
■	Spessart	5	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	5	3
○	Viernheim	13	6	7	4	4	3	3	3	3	4	4	6	7	10	6
○	Wasserkuppe	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3
○	Wetzlar	6	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3	5	4	5	4
○	Wiesbaden-Süd	10	5	6	4	3	3	3	3	3	3	4	5	5	7	5
■	Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3	3	5	4	5	3
■	Zierenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4	5	3

e) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM10) in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ 

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Bad Arolsen	27	14	24	29	19	19	21	25	16	14	16	28	15	37	33
○	Bebra	33	23	32	34	22	25	25	34	23	22	25	35	23	43	41
○	Borken	29	16	29	37	24	28	27	43	23	17	18	29	18	38	31
○	Darmstadt	52	23	30	33	18	26	27	35	22	22	23	25	20	35	28
▲	Darmstadt-Hügelstr.	60	23	42	48	32	40	36	46	36	31	38	40	36	67	53
○	Dillenburg	30	14	24	29	19	24	21	30	21	20	23	30	20	39	31
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	74	29	50	55	34	38	36	50	36	29	36	44	35	64	50
○	Ffm.-Höchst	40	19	36	41	21	28	26	33	25	24	29	34	26	48	41
○	Ffm.-Ost	44	23	35	38	24	28	30	34	24	23	29	35	28	48	42
○	Fulda	35	15	28	33	21	22	22	29	21	19	20	25	19	40	31
■	Fürth/Odenwald										20	19	19	14	32	27
○	Gießen	38	23	39	43	26	33	32	42	27	25	32	38	27	53	44
○	Hanau	49	23	34	40	24	32	29	36	25	27	33	40	33	44	33
▲	Kassel-Fünffensterstr.	43	23	36	39				38	30	32	37	44	29	58	52
○	Kassel-Nord	48	28	41	36	25	25	30	45	29	25	30	38	24	68	63
■	Lampertheim	48	17	29	38	19	26	26	28	17	19	18	26	23	43	31
○	Limburg	43	20	35	41	24	33	30	41	29	26	27	35	21	44	36
○	Marburg	35	16	26	38	20	26	22	29	19	19	23	31	19	50	49
○	Michelstadt	32	14	23	28	15	23	20	24	19	19	18	23	19	35	26
○	Nidda	49	25	35	43	24	33	28	28	19	18	19	26	22	36	32
○	Offenbach	44	21	32	34	19	26	26	31	24	21	23	28	21	38	32
○	Raunheim	41	16	27	31	20	25	24	32	23	20	24	27	21	38	31
○	Riedstadt	46	19	31	36	24	34	36	37	24	21	20	28	22	39	32
○	Viernheim	47	18	36	38	19	27	25	30	22	20	11	13	11	19	16
○	Wasserkuppe	6	8							13	8	6	7	4	11	21
○	Wetzlar	41	20	35	51	23	27	32	42	29	27	29	38	25	52	45
▲	Wiesbaden-Ringkirche	38	17	25	28	18	23	22	28	21	22	35	46	31	51	43
○	Wiesbaden-Süd	44	19	32	38	20	29	26	36	24	25	26	31	21	38	32

f) Monatsmittelwerte – Benzol/Toluol/Xylol (BTX) in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ **Benzol**

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
▲	Darmstadt-Hügelstr.	4	3	5	4	4	4	4	5	4	4	5	5	4	5	4
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	5	3	4	4	3	3	2	3	3	3	4	5	3	4	3
▲	Kassel-Fünffensterstr.	5	3	3	3	3	2	3	3	3	3	4	5	3	5	3
●	Linden	1	1				1	1	1	1	1	1	2	1	1	1
▲	Wiesbaden-Ringkirche	5	4	4	3	3	3	3	4	4	5	6	6	5	5	4
●	Wiesbaden-Süd	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2		2	2	1

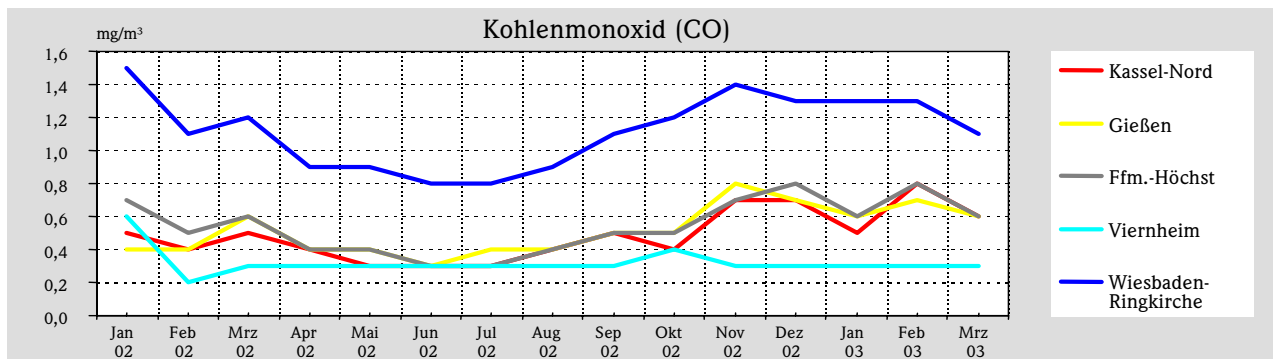
**Toluol**

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
▲	Darmstadt-Hügelstr.	13	9	16	13	16	15	15	18	16	14	19	16	13	15	16
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	13	9	13	12	12	11	11	15	17	15	19	19	11	16	15
▲	Kassel-Fünffensterstr.	14	9	10	7	9	8	8	9	9	11	13	14	10	12	9
●	Linden	2	2				2	1	1	1	1	2	2	2	3	2
▲	Wiesbaden-Ringkirche	18	14	15	11	13	11	12	15	14	18	21	15	18	15	14
●	Wiesbaden-Süd	5	3	4	3	3	3	3	4	4	4	6		5	5	5

**m/p-Xylol**

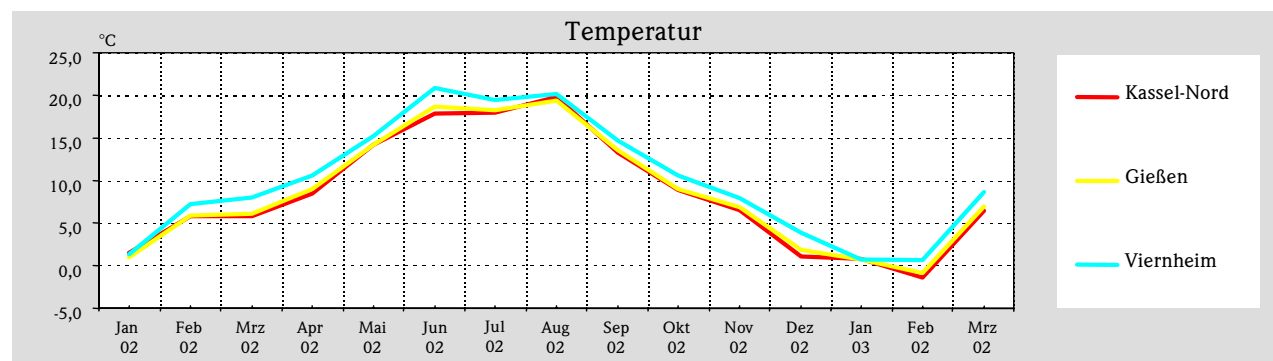
	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
▲	Darmstadt-Hügelstr.	8	6	9	8	11	11	10	11	10	8	10	9	8	11	10
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	7	5	6	5	5	8	8	10	11	9	10	12	9	14	11
▲	Kassel-Fünffensterstr.	7	5	5	4	5	5	8	7	6	6	8	5	3	7	6
●	Linden	2	1				1	1	1	1	2	3	1	1	1	1
▲	Wiesbaden-Ringkirche	12	10	10	8	9	9	9	10	7	8	7	11	11	9	8
●	Wiesbaden-Süd	2	2	2	1	1	1	1	2	1	2	3		4	4	3



g) Monatsmittelwerte – Kohlenmonoxid (CO) in mg/m<sup>3</sup>

	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Darmstadt	0,6	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,6	0,5	0,6	0,4
▲	Darmstadt-Hügelstr.	1,3	0,8	1,3	1,1	1,2	1,2	1,0	1,2	1,1	1,0	1,3	1,3	1,0	1,4	1,2
▲	Ffm.-Friedberger Ldstr.	1,3	0,8	1,2	0,9	0,8	0,7	0,7	0,9	1,0	1,0	1,3	1,4	0,9	1,4	1,0
○	Ffm.-Höchst	0,7	0,5	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,7	0,8	0,6	0,8	0,6
○	Fulda	0,7	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,4	0,6	0,7	0,5	0,8	0,5
○	Gießen	0,4	0,4	0,6	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6
○	Hanau	0,7	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,6	0,7	0,5	0,6	0,5
▲	Kassel-Fünfensterstr.	1,3	0,9	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,9	1,1	1,1	0,9	1,1	0,8
○	Kassel-Nord	0,5	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,4	0,7	0,7	0,5	0,8	0,6
○	Limburg	0,6	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,6	0,6	0,4	0,7	0,5
○	Linden	0,4	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2
○	Offenbach	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7	0,6	0,5	0,7	0,6
○	Raunheim	0,7	0,5	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6
○	Viernheim	0,6	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
○	Wetzlar	0,7	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,7	0,7	0,6	0,7	0,5
▲	Wiesbaden-Ringkirche	1,5	1,1	1,2	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9	1,1	1,2	1,4	1,3	1,3	1,3	1,1
○	Wiesbaden-Süd	0,6	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5
■	Zierenberg	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2

## h) Monatsmittelwerte – Temperatur in °C



	Stationsname	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02	Jan 03	Feb 03	Mrz 03
○	Kassel-Nord (Nordhessen)	1,5	5,8	5,8	8,5	14,2	17,9	18,0	19,8	13,3	8,9	6,5	1,1	0,8	-1,4	6,4
○	Gießen (Mittelhessen)	1,0	5,9	6,1	9,0	14,2	18,7	18,2	19,4	13,6	9,0	6,9	1,9	0,7	-0,9	7,0
○	Viernheim (Süd Hessen)	1,3	7,2	8,0	10,6	15,2	20,9	19,5	20,2	14,7	10,6	7,9	3,9	0,7	0,6	8,6

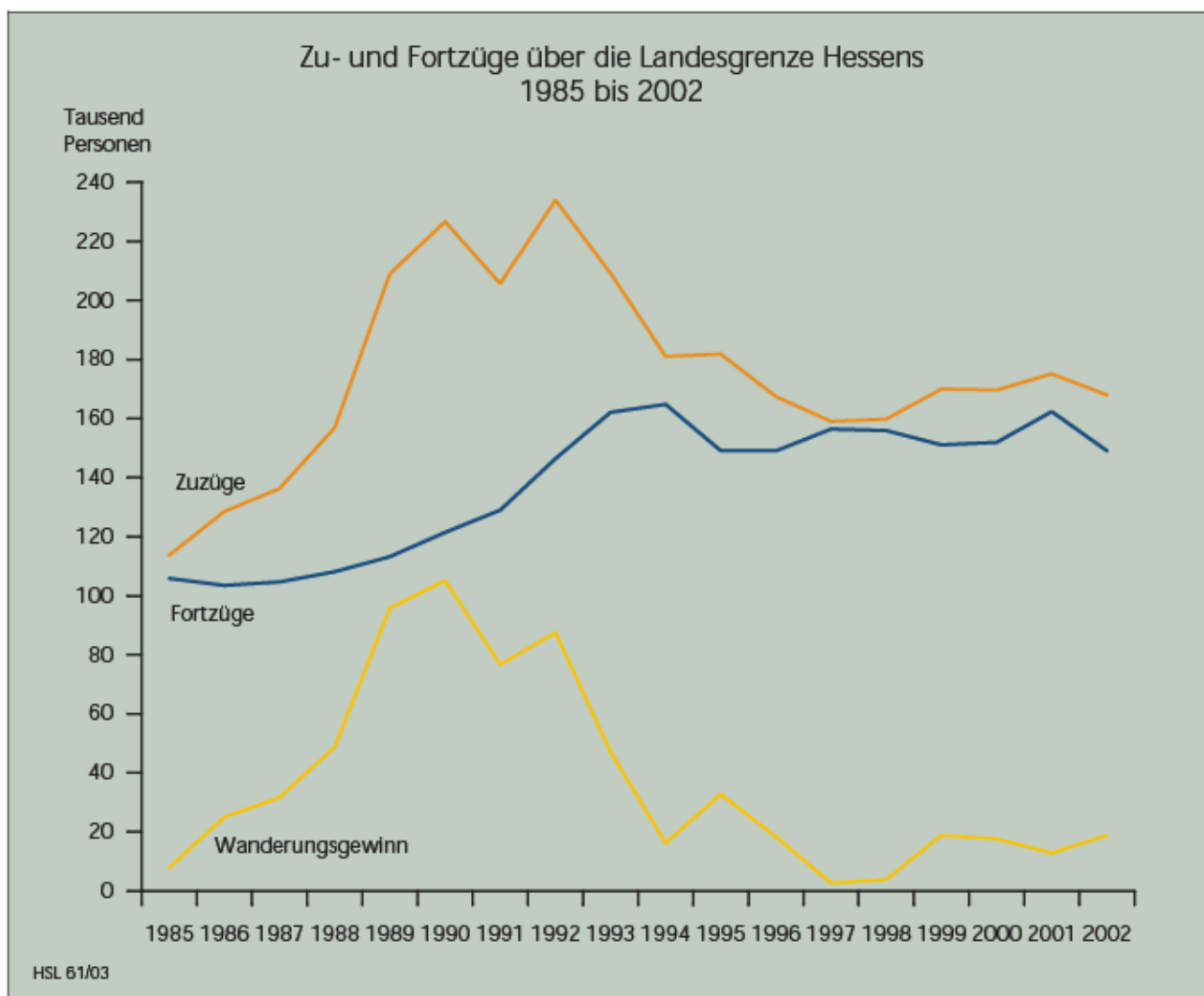
# Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

11 · 03

58. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



## Amtliche Energiestatistik neu geregelt

*Am 1. Januar 2003 ist das Energiestatistikgesetz (EnStatG)<sup>1)</sup> nach langer Vorbereitungszeit in Kraft getreten. Mit diesem neuen Gesetz werden die amtlichen Energiestatistiken aus verschiedenen Rechtsgrundlagen zusammengeführt und an die gewandelten Informationsbedürfnisse der Nutzer angepasst, wobei künftig auch für die Bereiche Wärmemarkt, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energieträger Statistikdaten bereitgestellt werden. Neu geregelt wird außerdem die Befragung über den Energieeinsatz in der Industrie, was zu einer deutlichen Entlastung gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) führen wird. Somit wird auch der Vorgabe der Politik nach Entlastung der Auskunftgebenden und nach Kostenneutralität der amtlichen Statistik Rechnung getragen. Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes wird darüber hinaus eine Empfehlung des Statistischen Beirates zur Neuordnung der Energiestatistik umgesetzt. Der nachfolgende Beitrag beleuchtet den energiepolitischen Hintergrund und informiert über die Ausgestaltung des neuen Gesetzes.*

### 1 Ausgangssituation

„Wirtschaft ohne Energie geht schon rein physikalisch nicht“, sagte der — zu dieser Zeit noch designierte — Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) Wolfgang Clement<sup>2)</sup> zu Beginn der neuen Legislaturperiode und wies damit sogleich auf die besondere Bedeutung der Energiewirtschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der Produktionsprozesse hin. Der Energiesektor ist ohne Frage wichtiger Bestandteil einer Volkswirtschaft. Zentrale energiepolitische Aufgabe ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung, die eine gleichermaßen sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energiebereitstellung und -nutzung gewährleistet. Bei der Verfolgung dieser Zielsetzung sind die zuständigen politischen Institutionen in Bund und Ländern auf verlässliche statistische Informationen angewiesen. Informationen über die Energieversorgung sind ebenfalls wichtige Orientierungsgrößen für andere Politikbereiche, wie z. B. für die Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs- und Finanzpolitik.

Das in Deutschland vorhandene energiestatistische Datenangebot genügte allerdings nicht mehr den Anforderungen, die sich aus der umfassenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Energiesektors ergeben. In den zurückliegenden Jahrzehnten existierte keine amtliche Energiestatistik, die eine zusammenhängende Darstellung des Aufkommens, der Umwandlung und der Verwendung von Energieträgern ermöglichte. Stattdessen gab es eine Reihe von Einzelgesetzen, die mittelbar oder unmittelbar energie-relevante Tatbestände berührten.

Die bislang wichtigste Rechtsgrundlage zur Erhebung energiestatistischer Daten war das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002. Dieses Gesetz bildete bis Ende letzten Jahres die Rechtsgrundlage für Erhebungen bei Betrieben und Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Außerdem enthielt es Regelungen für die Erhebung von Brennstoffen sowie von Elektrizität bei Betrieben des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes. Weitere Statistiken mit Energiebezug waren bzw. sind im Rohstoffstatistikgesetz, im Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe, im Mineralölgatengesetz sowie im Außenhandelsstatistikgesetz geregelt.

Die Zersplitterung der energiestatistischen Rechtsgrundlagen war von erheblichem Nachteil für die statistische Aufbereitung und Interpretation von Energiedaten. So erforderte eine Gesamtdarstellung des Energieflusses einen erheblichen Aufwand für die Auswertung der verschiedenen Einzelstatistiken, deren Erhebungsmerkmale bisher nicht genügend aufeinander abgestimmt waren. Wichtige Teilbereiche der Energieversorgung wurden außerdem durch die bisherige Energiestatistik nur unzureichend erfasst. Dies galt beispielsweise für die Kraft-Wärme-Kopplung, für die Nutzung erneuerbarer Energieträger, wie Sonne und Wind, sowie für zentrale Verwendungsbereiche, wie Haushalte und Kleinverbraucher.

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe Ende der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts hat der Bedarf an Daten über die Energieerzeugung und -verwendung in inter- und supranationalen Organisationen, wie der Internationalen Energie-Agentur (IEA), dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) oder der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), erheblich zugenommen. Diesen Verpflichtungen konnte die Bundesregierung nur mit

\*) Wolfgang Bayer, Dipl.-Kaufmann, ist Referatsleiter im Referat „Struktur der Industrie, Handwerk, Energie, Gewerbeanzeigen“ des Statistischen Bundesamtes. Der hier vorliegende Beitrag ist in der Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft Januar 2003, erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Bundesamtes hier im Original-Wortlaut abgedruckt.

1) Gesetz zur Neuordnung der Energiestatistik und zur Änderung des Statistikregistergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 2002, Artikel 1 „Gesetz über Energiestatistik (Energiestatistikgesetz – EnStatG)“ (BGBl. I S. 2867).

2) Süddeutsche Zeitung vom 9. Oktober 2002.



Einschränkungen gerecht werden. Eine bereits im Jahr 1992 für das Bundesministerium für Wirtschaft durchgeführte Bestandsaufnahme der Energiestatistik in der Bundesrepublik Deutschland durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam zu dem Ergebnis, dass „angesichts des in vielen energierelevanten Bereichen konstatierten erheblichen Informationsdefizits ein Handlungsbedarf zur Verbesserung der Datenbasis offenkundig ist“<sup>3)</sup>. Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Energiefragen war eine Umsetzung dieses Handlungsbedarfs dringend geboten. Diese Einschätzung wurde auch im jüngsten Energiebericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie bestätigt<sup>4)</sup>.

Auch im Hinblick auf die international eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Berichterstattung hierüber war der bisherige Zustand unbefriedigend. Die Berechnung der Emissionsentwicklung beim mengenmäßig bedeutendsten Klimagas — dem Kohlendioxid — kann nur auf der Basis von Energieeinsatzmengen vorgenommen werden. Eine möglichst vollständige und ausreichend detaillierte Erfassung der in den einzelnen Verwendungsbereichen eingesetzten Energieträger ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine sachgerechte Politik zum Schutz der Erdatmosphäre. Auch dies machte eine gegenüber dem bisherigen Zustand erhebliche Verbesserung der energiestatistischen Datenbasis notwendig.

Schließlich haben sich die Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft, insbesondere für die leitungsgebundene Energieversorgung, in den letzten Jahren grundlegend verändert. Durch die Deregulierung und Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte wurde ein Umbruch der Marktstrukturen in Gang gesetzt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Auf der Angebotsseite werden nach wie vor Unternehmen entflochten, neue Anbieter treten hinzu und veränderte Produktformen werden auf dem Markt angeboten. Auf der Konsumentenseite bilden sich neue Formen der Organisation von Nachfrage (als Stichworte seien genannt: Bündel- und Kettenkunden, Contracting usw.). Die Erfassungsmöglichkeiten der amtlichen Statistik waren auf diese veränderten Marktbedingungen nicht ausgerichtet. Hier bestand dringender Anpassungsbedarf hinsichtlich der Formulierung adäquater Erhebungstatbestände und Erfassungsstufen.

Die Anforderungen der Energiepolitik an das energiestatistische Datenmaterial sind zudem vielfältig und gehen über die allgemein gültigen Kriterien wie Zuverlässigkeit, Objektivität

und Aktualität hinaus. Dabei sind zwei Aspekte besonders hervorzuheben, die sich aus konkreten energiepolitischen Aufgabenstellungen ergeben:

- Im Energiebereich kommt es in besonderem Maße auf die Vollständigkeit der Erhebung aller Komponenten an. Klammert man Teilmärkte aus, wird die Aussagefähigkeit einer Gesamtbetrachtung (üblicherweise in Form einer Energiebilanz) entscheidend verringert. Versorgungsanteile, Importabhängigkeiten, Energie-Einsparentwicklungen und die Zielerreichung im Zusammenhang mit der international eingegangenen Verpflichtung zur Reduktion der Klimagase können nur dann zuverlässig beurteilt werden, wenn die Versorgungsströme möglichst vollständig abgebildet werden. Dies ist auch notwendige Voraussetzung dafür, dass ein internationaler Handel mit Emissions-Zertifikaten eingeführt werden kann.
- Außerdem muss im Energiebereich besonderer Wert auf eine zeitnahe und mit möglichst kurzer Periodizität erfolgende Erhebung und Berichterstattung gelegt werden. Dies ergibt sich aus der zentralen Verantwortung der Energiepolitik für die Gewährleistung einer ausreichenden und sicheren Energieversorgung. Die Sicherstellung der Energieversorgung erfordert insbesondere bei nicht oder nur begrenzt speicherfähigen Energieträgern wie Elektrizität und Gas eine auf kurze Zeiträume bezogene Betrachtungsweise. Für die wesentlichen Versorgungsmerkmale sind deshalb monatliche Erhebungen und Aufbereitungen notwendig. Nur so kann eine ausreichend genaue Beurteilung des Lastverlaufs der Energieversorgung vorgenommen und Vorsorge zur Vermeidung von Krisensituationen getroffen werden. Im Übrigen bestehen Anforderungen nach monatlicher Berichterstattung auch durch internationale statistische Behörden und Institutionen sowie auf Grund von Verpflichtungen im Rahmen supranationaler Krisenvorsorgesysteme.

Mit dem neuen Energiestatistikgesetz (EnStatG) wurde für die Energiepolitik ein energiestatistischer Rahmen geschaffen, der möglichst viele Energieträger und Verwendungsgebiete umfasst. Dabei wurde ein einheitliches Erhebungskonzept zu Grunde gelegt und die Grundlage für eine Energiefachstatistik geschaffen. In dieses Konzept wurden zunächst die bislang verstreut angeordneten Einzelstatistiken eingebracht. Hierzu war es notwendig, die Regelungen für diese Einzelstatistiken zu aktualisieren und vorhandene Lücken zu schließen. Gleichzeitig konnten bestehende Überschneidungen eliminiert und der Erhebungsumfang und die Berichtsreise auf das sachlich notwendige Maß reduziert werden<sup>5)</sup>. Außerdem wurden Erhebungen für einige Energieträgerbereiche angeordnet, deren statistische Erfassung bisher noch nicht ausreichend geregelt war. Darüber hinaus berücksichtigt das neue Gesetz die Anforderungen an eine umfassende und aktuelle Berichterstattung im föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland durch ent-

3) Messer, R./Ziesing, H.-J.: „Aktueller und längerfristiger Bedarf an energiestatistischen Basisdaten“, Gutachten des DIW, Berlin 1992, S. 74.

4) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung (Energiebericht)“, Berlin 2001, S. 19 und 21.

5) Siehe Angermann, O./Laux, G./Reimann, W.: „Überlegungen zur Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe“ in WiSta 8/1998, S. 640 ff.



## Was ändert sich, was ist neu im Energiestatistikgesetz (EnStatG)?

Das Wichtigste auf einen Blick

Statistik-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Periodizität	Berichtskreis EnStatG	Änderungen (+) neues Merkmal, (-) Merkmal entfällt
066K	Elektrizitätsversorgung (Kraftwerke)	m	maximal 1000 Anlagenbetreiber	(+) Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)
066N	Elektrizitätsversorgung (Netzbetreiber)	m	maximal 1000 Netzbetreiber	(-) 24-Stunden-Werte Netzbelastung
066Z	Elektrizitätsversorgung (Netzbetreiber): Bezug von Elektrizität aus erneuerbaren Energieträgern	j	alle Netzbetreiber	(+) Zahl und Leistung der einspeisenden Anlagen
067	Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	j	alle Eigenversorger	(+) KWK (-) 24-Stunden-Werte (-) verschiedene Leistungsarten
064	Fernwärmeversorgung: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Wärme; Einsatz von Energieträgern zur Wärmeerzeugung	j	maximal 1000 Betreiber	neue Erhebung
068. 069	Gasversorgung (Ferngasunternehmen, Produzenten, Kokereien): Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Gas	m	maximal 100 Betreiber	(+) Ausfuhr nach Staaten
070	Unternehmen der Mineralölverarbeitung: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Flüssiggas und Raffineriegas	m		Erhebung entfällt
072	Verkaufsgesellschaften von Flüssiggas: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Flüssiggas	m		Erhebung entfällt
073	Abwasserbeseitigung (Kläranlagen, andere Abwasserbehandlungsanlagen): Gewinnung und Verwendung von Klärgas	j	maximal 6000 Betreiber	(+) Abgabe von Klärgas nach Ländern (+) Abgabe von Elektrizität aus Klärgas nach Ländern
074	Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe: Erzeugung und Verwendung von brennbaren Gasen; Einsatz von Energieträgern zur Gaserzeugung	j		Erhebung entfällt
075	Verkaufsgesellschaften von Flüssiggas: Abgabe von Flüssiggas	j	maximal 130 Unternehmen	(+) Erweiterung der Abnehmergruppen (+) Abgabe nach Ländern
075	Unternehmen der Mineralölverarbeitung: Abgabe von Flüssiggas			
061	Ein- und Ausfuhr von Kohle	m	alle Importeure/Exporteure	neue Erhebung
062	Geothermie	j	maximal 100 Betreiber	neue Erhebung
063	Treibstoffe aus Biomasse	j	maximal 100 Betreiber	neue Erhebung
060	Bezug, Bestand, Verbrauch, Abgabe von Energieträgern (Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe)	j m/vj	maximal 60 000 Betreiber maximal 68 000 Betreiber	neue Erhebung (-) Erhebung entfällt
082	Gasversorgung (Fern- und Ortgasunternehmen, Produzenten, Kokereien): Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas	j	alle Betreiber	(+) Bestand, Einsatz von Energieträgern zur Gaserzeugung (+) Ausfuhr nach Staaten (+) Transitmengen von Gas
083	Elektrizitätsversorgung (Anlagen-/Netzbetreiber): Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Elektrizität	j	alle Betreiber	keine Änderung

sprechende regionale Aufgliederungen bestimmter Merkmale. Mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird auch eine Empfehlung des Statistischen Beirates nach Neuordnung der Energiestatistik umgesetzt. Die tabellarische Übersicht zeigt die wesentlichen Änderungen auf einen Blick.

Angesichts des engen Haushaltsrahmens für die amtliche Statistik muss sich das Gesetz auf die Behandlung der dringenden Probleme der Energiestatistik konzentrieren. Um den Forderungen nach Entlastung und Kostenneutralität zu entsprechen, konnten zusätzliche Erhebungen nur in dem

Umfang realisiert werden, in dem das bisherige Programm der Energiestatistik reduziert wurde. Die neu aufgenommenen Erhebungen für den Wärmemarkt, die Kraft-Wärme-Kopplung, die erneuerbaren Energieträger und den Kohleaußenhandel stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rückführung einiger Erhebungen, beispielsweise der Statistik über die industrielle Energieverwendung. Hier sind im Vergleich zu bisher geltenden Regelungen erhebliche Entlastungen von Berichtspflichtigen vorgesehen. Dies gilt insbesondere für die Betriebe und Unternehmen des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des

Verarbeitenden Gewerbes, bei denen auf die bisherige monatliche bzw. vierteljährliche Erhebung bei höchstens 68 000 Betrieben verzichtet wurde; hier findet nur noch eine jährliche Erfassung bei maximal 60 000 Betrieben statt. Befreit werden diese Betriebe auch von der Meldung zur jährlichen Statistik über die Erzeugung und Verwendung von brennbaren Gasen. Ferner wurden die monatlichen Erhebungen über Aufkommen, Verwendung und Abgabe von Flüssiggas und Raffineriegas ersatzlos gestrichen.

Auf Grund der genannten politischen Vorgaben, die bei der Schaffung neuer bzw. der Ausweitung bestehender amtlicher Statistiken zu berücksichtigen sind, kann das vorliegende Gesetz den eingangs dargestellten Datenbedarf leider nicht vollständig abdecken. Der außerordentlich heterogene Verwendungsbereich der Kleinverbraucher (Gewerbe, Handel und Dienstleistungen), der Verbrauchssektor Haushalte sowie die Wärmeerzeugung aus Biomasse und Solarthermie mussten unberücksichtigt bleiben, da hierfür aus Kostensicht gegenwärtig keine realistischen Erhebungsmöglichkeiten im Rahmen der amtlichen Statistik gesehen werden. Es ist somit nicht möglich, den aus nationalen, europäischen und internationalen Berichtspflichten resultierenden Informationsbedarf allein auf der Basis des EnStatG zu decken. Deshalb sollen künftig regelmäßig Zusatzerhebungen außerhalb der amtlichen Statistik durchgeführt werden.

Ausgenommen bleibt im Rahmen dieses Gesetzes auch der Mineralölbereich, für den entsprechende Daten auf der Grundlage des Mineralöldatengesetzes<sup>6)</sup> von 1988 erfasst werden. Eine Integration dieses Gesetzes in das Energiestatistikgesetz ist nicht sinnvoll, da das Mineralöldatengesetz vorrangig dem Verwaltungsvollzug dient.

## **2 Wesentliche Neuregelungen gegenüber den bisher geltenden Gesetzen**

### **2.1 Neuformulierung der Erhebungstatbestände für die Elektrizitäts- und Gasstatistik im Rahmen des Energiestatistikgesetzes (§§ 3 und 4)**

Mit der Neuformulierung der Erhebungstatbestände für die Elektrizitäts- und Gasstatistik wird insbesondere der sich aus den supranationalen<sup>7)</sup> sowie nationalen Rahmenvorschriften<sup>8)</sup> und Folgeregelungen ausgelösten Trennung der lei-

tungsgebundenen Energieversorgung in die Bereiche Erzeugung, Übertragung und Verteilung bei Strom bzw. Gewinnung, Fernleitung, Speicherung, Verteilung und Versorgung bei Erdgas Rechnung getragen. Ferner wird die Erhebung in der Elektrizitätswirtschaft um den Bereich der energiepolitisch besonders bedeutsamen Kraft-Wärme-Kopplung erweitert. Angaben hierzu sowie über den zurechenbaren Brennstoffeinsatz waren bislang nur auf Basis grober Schätzungen möglich.

#### **2.1.1 Erhebungen in der Elektrizitätswirtschaft**

Die sichere und ausreichende Versorgung mit Elektrizität gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer modernen Industriegesellschaft. Die Elektrizitätswirtschaft unterliegt in Deutschland deshalb der Aufsicht des Staates im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Elektrizitätswirtschaft ist außerdem der zentrale Umwandlungsbereich innerhalb der Energiewirtschaft und als solcher auch ein wichtiger Energieverwendungsbereich. Mehr als ein Drittel des Primärenergieverbrauchs entfällt auf den Elektrizitätssektor. Eine möglichst detaillierte, exakte und zeitnahe statistische Erhebung und Darstellung ist deshalb dringend geboten. Dies erfordern auch umfangreiche Berichtspflichten für Eurostat und internationale Organisationen wie die Internationale Energie-Agentur sowie für den grenzüberschreitenden elektrizitätswirtschaftlichen Zusammenschluss, der Union pour la Coordination du Transport de l'Electricité (UCTE), in dessen Verbund die deutsche Elektrizitätswirtschaft eingegliedert ist.

Wie bisher sind in diesem Bereich monatliche und jährliche Erhebungen vorgesehen. Die monatliche Erhebung ermöglicht eine zeitnahe Darstellung der wichtigsten elektrizitätswirtschaftlichen Tatbestände. Um die Unternehmen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung zu entlasten, wird die bisherige monatliche Totalerhebung auf eine Teilerhebung bei höchstens 1000 Betreibern von Anlagen begrenzt. Erfasst werden sowohl Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität einschließlich der Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung als auch Anlagen zur Übertragung und/oder Verteilung von Elektrizität. Diese Angaben sind für die nationale Strombilanz erforderlich und geben zudem Auskunft über die Effizienz des Erzeugungsprozesses. Sofern das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (jetzt: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) von seiner in §13 EnStatG vorgesehenen Ermächtigung keinen Gebrauch macht, erfolgt die Erfassung der Daten bei Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität ab 1 Megawatt (MW). Bei Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität ist eine solche Abschnidegrenze technisch nicht sinnvoll.

Im Rahmen der Erhebung bei den Betreibern von Anlagen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung geht es bei den Merkmalen „Erzeugung“, „Einspeisung“ und „Einfuhr“ darum, das Elektrizitätsangebot sowie die gekoppelte Wär-

6) Gesetz über die Erhebung von Meldungen in der Mineralölwirtschaft (Mineralöldatengesetz – MinÖlDatG) vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2352), zuletzt geändert durch Artikel 35 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992).

7) Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt, Amtsbl. der EG Nr. L 27 vom 30. Januar 1997, S. 20; Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, Amtsbl. der EG Nr. L 204 vom 21. Juli 1998, S. 1.

8) Gesetz zur Neuordnung des Energiewirtschaftsrechts vom 24. April 1998, Artikel 1 „Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)“ (BGBl. I S. 730).



meerzeugung darzustellen. Zur Beurteilung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung unter Berücksichtigung der Stromimport- und -exportmengen ist es erforderlich, Ein- und Ausfuhr nach Herkunfts- und Abnahmestaaten zu erfassen. Bei den Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung wird zusätzlich die Abgabe der ausgekoppelten Wärme erfasst.

Die Merkmale Betriebs- und Eigenverbrauch, Pumpspeicherung und Entnahme von Elektrizität beschreiben die Verwendungsseite der erzeugten Strommengen. Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung sind die Merkmale Engpassleistung, Höchstlast und Verfügbarkeit der Anlagen an einem Stichtag. Dieser Stichtag ist gemäß internationaler Vereinbarungen der dritte Mittwoch eines jeden Monats. Zusätzlich ist vorgesehen, dass von Betreibern von Kraftwerken für die allgemeine Versorgung zusätzlich die Belastung auch für jede Stunde innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden an einem Stichtag anzugeben ist. Die Erstellung der auf diese Weise gewonnenen Tages-Lastlinie ist erforderlich, um die Versorgungsbereitschaft der Kraftwerke beurteilen zu können. Die so erhobenen Angaben geben Auskunft über die relevanten Belastungskennziffern der Stromversorgung, die im Jahresverlauf starken Schwankungen unterliegen können. Auf die bisher üblichen, aber aufwändig zu ermittelnden 24-Stunden-Werte bei Netzbetreibern wird verzichtet. Dies stellt eine erhebliche Entlastung der Energieversorgungsunternehmen dar.

Das Merkmal Benutzungsstunden stellt eine für den Betrieb von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung wichtige Information dar, auf deren Basis weitere relevante Kennzahlen über die Effizienz der Energieerzeugung berechnet werden können. Zur Beurteilung von Sicherheit und Effizienz der Stromversorgung sowie für die Komplettierung der Energiebilanz ist es auch notwendig, den Bezug, Bestand und Einsatz der Energieträger nach Arten für die Stromerzeugung zu erfassen. Von besonderer Bedeutung für die Erstellung der Energiebilanzen ist die Erfassung der Wärmegehalte der Energieträger.

Die jährliche Erhebung beschränkt sich auf wenige zusätzliche Merkmale, sodass Doppelbefragungen bei den Auskunftgebenden ausgeschlossen sind. Das Merkmal Abgabe von Elektrizität nach inländischen Abnehmergruppen ermöglicht Aussagen zur Abnahmestruktur des Elektrizitätsunternehmens. Die Erfassung des Betriebsverbrauchs bei allen Betreibern von Anlagen dient der Vervollständigung der Mengenbilanz auf der Abgabeseite. Die Fragen nach dem Ausfuhrwert und den Erlösen ergänzen die technische Betrachtung um eine ökonomische Komponente. Die Angabe der Erlöse und der dazugehörigen Mengen ist außerdem Grundlage zur Festlegung der Konzessionsabgaben sowie unternehmensinterner Verrechnungspreise. Die Ergebnisse dieser Erhebungen geben schließlich Auskunft über den Wertefluss in der Elektrizitätswirtschaft sowie über deren

volkswirtschaftlichen Stellenwert. Auf Grund der Deregulierung auf dem Strommarkt und der damit einhergehenden Veränderungen ist es notwendig, auch die neuen Marktteilnehmer einzubeziehen, sofern sie Letztverbraucher versorgen, aber kein eigenes Netz zur Versorgung betreiben. Die Angaben über die Abgabe und die Erlöse sind nach Bundesländern zu differenzieren. Das erstgenannte Merkmal dient zur Erstellung von Länder-Energiebilanzen, die Information über die Erlöse ist Grundlage für energiepolitische Entscheidungen der nach dem Energiewirtschaftsgesetz zuständigen Behörden.

Ferner ist wie bisher eine jährliche Erhebung bei Betreibern von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität einschließlich der Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme in Kopplungsprozessen, die zur eigenen Versorgung bestimmt sind, vorgesehen. Bei den Auskunftgebenden handelt es sich in der Regel um Anlagenbetreiber im industriellen Bereich. Die Merkmale entsprechen mit Ausnahme der 24-Stunden-Werte denen der Monaterhebung bei Elektrizitätsunternehmen.

### 2.1.2 Erhebungen in der Gaswirtschaft

Eine genaue statistische Erfassung und Darstellung der Entwicklung in der Gaswirtschaft ist für eine an den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen orientierte Energiepolitik unentbehrlich. Der Anteil des Gases am Primärenergieverbrauch liegt in Deutschland gegenwärtig bei über 20 %, und alle Prognosen gehen davon aus, dass seine Bedeutung künftig noch zunehmen wird. Die Erhebungen nach § 4 EnStatG umfassen Angaben, die auch bisher schon von der amtlichen Statistik erfragt wurden. Die derzeitige Erhebungspraxis und die Erhebungsmerkmale werden nunmehr aber präziser formuliert und die Berichtskreise an die neue Entwicklung auf dem Gasmarkt angepasst. Außerdem wird zur Entlastung der Berichtspflichtigen die Zahl der monatlich zu Befragenden deutlich reduziert.

Die monatliche Erhebung wendet sich an höchstens 100 Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung oder leitungsgebundenen Verteilung von Gas. Sie werden über die Gewinnung und Erzeugung von Gas nach eingesetzten Energieträgern sowie den Bezug nach inländischen Liefergruppen und Einfuhr befragt. Diese Merkmale sind erforderlich, um das verfügbare Gasaufkommen im Inland darstellen und Aussagen über die Entwicklung von Importabhängigkeiten treffen zu können.

Die weitere Erfassung des Speichersaldos ist wichtig, um das Gasangebot darzustellen. Die Abgabe der Gasversorgungsunternehmen unterliegt im jahreszeitlichen Wechsel und je nach Konjunkturverlauf großen Schwankungen. Diesen starken Schwankungen bei der Gasabgabe stehen überwiegend kontinuierliche Bezüge gegenüber. Der saisonale Ausgleich erfolgt hauptsächlich mit Hilfe der Untertagespeicher. Die Erfassung des Betriebs- und Eigenverbrauchs und der

Abgabe nach inländischen Abnehmergruppen und Ausfuhr geben Aufschluss über die Verwendung der verfügbaren inländischen Gasmenge. Diese Daten tragen dem zunehmenden Interesse an Informationen über den Ausbau einer gesicherten Gasversorgung und über die Änderung der Abnehmerstruktur auf deregulierten Gasmärkten Rechnung.

Die jährliche Erhebung befragt auch jene Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung oder leitungsgebundenen Verteilung von Gas, die nicht zur monatlichen Statistik melden. Außerdem ist auf Grund der Liberalisierung der Gasmärkte und der damit einhergehenden Veränderungen auch die Einbeziehung von neuen Marktteilnehmern, sofern sie Letztverbraucher versorgen und keine eigenen Anlagen zur Verteilung betreiben, erforderlich. Daher ist ein Teil der Merkmale identisch mit denen der Monatsmeldung. Doppelbefragungen sind allerdings ausgeschlossen. Darüber hinaus werden alle Betreiber zu den Merkmalen Bestand und Einsatz von Energieträgern für die Erzeugung von Gas sowie über Einfuhr und Ausfuhr, jeweils nach Staaten befragt. Allerdings bedarf es hier einer besonderen Differenzierung der Transitmengen, die von anderen Staaten für andere Staaten durch Deutschland geleitet werden. Dies ist erforderlich, um das tatsächlich verfügbare inländische Gasangebot abbilden und die Belastung der Leitungskapazitäten einschätzen zu können. Ferner ist die Abfrage der Gasabgabe nach Art der inländischen Endabnehmer und der daraus erzielten Erlöse vorgesehen. Diese Angaben sind wiederum eine Ergänzung des rein mengenmäßigen Gasflussbildes um eine ökonomische Komponente. Die Kenntnis der Erlöse ist außerdem Grundlage für Entscheidungen nach der Konzessionsabgabenverordnung und zur Bildung interner Verrechnungspreise. Die Angaben über die Gasabgabe und die Erlöse sind nach Bundesländern zu differenzieren. Das erstgenannte Merkmal dient zur Erstellung von Länder-Energiebilanzen, die Information über die Erlöse ist Grundlage von energiepolitischen Entscheidungen der nach dem Energiewirtschaftsgesetz zuständigen Behörden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen geben schließlich auch Auskunft über den Wertefluss in der Gaswirtschaft sowie über deren volkswirtschaftlichen Stellenwert.

Die Auswahl der Erhebungsmerkmale ist so gestaltet, dass den vielfältigen nationalen und internationalen Informationsverpflichtungen nachgekommen werden kann. Die Ergebnisse gewährleisten die Weiterführung der Gasstatistik in der Bilanzform und erlauben, die deutschen Berichtspflichten entsprechend den Anforderungen der Internationalen Energie-Agentur, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Vereinten Nationen sowie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, zu erfüllen.

Die bereits seit Jahrzehnten durchgeführte jährliche Erhebung des Absatzes von Flüssiggas bei den Verkaufsgesell-

schaften war im Entwurf des Energiestatistikgesetzes ursprünglich nicht vorgesehen, da es sich beim Flüssiggas nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Absprache mit der deutschen Mineralöl- und Gaswirtschaft um ein Mineralölprodukt handelt. Auf Empfehlung des Bundesrates wurde diese Erhebung dann aber doch in das Gesetz aufgenommen, da die Länder diese Informationen über die sektorale und regionale Verteilung des Absatzes von Flüssiggas für ihre Energiebilanzen benötigen. Aus gesetzestechnischen Gründen wurde diese Erhebung, in die bundesweit knapp über 100 Unternehmen einbezogen werden, dem § 4 EnStatG zugeordnet. Die vorgenannte Vereinbarung zwischen dem federführenden Ressort und den Wirtschaftsverbänden bleibt davon unberührt.

## **2.2 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die statistische Erhebung in der Wärmewirtschaft (§ 5 EnStatG)**

Die Wärmewirtschaft stellt einen zunehmend wichtiger werdenden Bereich der Energiewirtschaft dar. Sie umfasst die Wärmeerzeugung in Heizwerken, die Kraft-Wärme-Kopplung in Heizkraftwerken und den Betrieb von Versorgungsnetzen. Zur Fernwärme gehören physikalisch gesehen auch die Fernwärme mit nahen Transportwegen (sog. Nahwärme) sowie die Kälteerzeugung aus Absorptionsanlagen.

Aus historischen Gründen beschränkte sich das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe bisher auf die Erfassung der Abgabe von Fernwärme bei Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung. Diese Erhebung lieferte jedoch keine Daten über die Fernwärmeerzeugung und den Brennstoffeinsatz. Die neue Rechtsgrundlage ordnet nun eine Befragung bei den Betreibern der Anlagen, die der Fernwärmeerzeugung und -versorgung dienen, an. Die Auskunftspflicht richtet sich aber auch an Dritte, die sich der Leitungen zur Versorgung bedienen. Die komplexen Prozesse der Kraft-Wärme-Kopplung werden jedoch aus Praktikabilitätsgründen in Verbindung mit der Erhebung der Elektrizitätserzeugung gemäß § 3 EnStatG statistisch erfasst. Um die Belastung der Berichtspflichtigen möglichst gering zu halten, beschränkt sich die Erhebung auf jährlich höchstens 1000 Betreiber. Dabei werden wenige zentrale Tatbestände zur Angebots- und Abgabesituation sowie zusätzlich Bezug, Einsatz und Bestand der zur Produktion der Wärme benötigten Energieträger sowie der Eigenverbrauch erhoben. Die Ergebnisse der Abfrage der Wärmeengpassleistung sind zur Beobachtung der Kapazitätsbelastung und Effizienz notwendig. Die Angabe der Netzverluste ist zur Komplettierung der Energiebilanzen des Bundes und der Länder erforderlich.

## **2.3 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Erfassung der Kohleimporte und -exporte (§ 6 EnStatG)**

Für die Kohlestatistik gab es bisher keine nationale Rechtsgrundlage. Der Bedarf an statistischem Zahlenmaterial über



die inländische Gewinnung von Kohle und deren Verwendung wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft, dem Statistischen Bundesamt und der Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. aus dem Jahr 1954 gedeckt. Die Kohleimporte und -exporte wurden bisher vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf Grundlage des „Gesetzes über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe (BrennstoffStatG)“ erhoben. Mit Einführung des EnStatG wird das BrennstoffStatG außer Kraft gesetzt.

Nach dem neuen Gesetz werden Daten zum Außenhandel mit Kohle erhoben, die sich auf Grund ihrer energiespezifischen Merkmale wie Wärmegehalt, Einsatzbereich und Liefervertragsdauer wesentlich von denen aus der allgemeinen Außenhandelsstatistik unterscheiden. Viele Prognosen gehen davon aus, dass die Bedeutung der Kohleimporte für die Energieversorgung in Deutschland künftig weiter ansteigen wird. Dies gilt insbesondere für den Import von Steinkohle. Daneben existiert aber auch ein grenzüberschreitender Handel mit Braunkohle, der in einigen Regionen eine wichtige Rolle spielt.

Die neue Vorschrift regelt die monatlichen Erhebungen bei allen Unternehmen, die Kohle ein- und/oder ausführen. Diese Erhebungen dienen in erster Linie der zeitnahen Beobachtung des mengenmäßigen Flussbildes des Kohleimports und -exports. Mit den erhobenen Angaben, bei denen auch nach Kohlearten differenziert wird, wird das Gesamtbild des Energieträgerflusses in Deutschland vervollständigt. Die Daten finden auch Eingang in die Energiebilanzen.

#### **2.4 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die statistische Erhebung von erneuerbaren Energieträgern (§ 7 EnStatG)**

Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energieträger ist von besonderer Bedeutung für eine umweltverträgliche und sichere Energieversorgung der Zukunft. Erneuerbare Energieträger können dazu beitragen, endliche Energieressourcen zu schonen, die Umwelt zu entlasten und gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Amtliche statistische Daten über die Nutzung dieser Energiequellen fehlten bislang jedoch in weiten Bereichen. Hier musste die Datenbasis entscheidend verbessert werden, insbesondere um verlässlichere Grundlagen für politische Ziel- und Prioritätensetzungen sowie für die Erfolgskontrolle von Maßnahmen zu erhalten. Die Nutzung erneuerbarer Energieträger wird gegenwärtig nur bei der allgemeinen Elektrizitätsversorgung sowie im Rahmen der Klärgasnutzung statistisch erhoben, wobei wegen der Erhebungsgrenze ab 1 Megawatt (MW) für die meisten Techni-

ken zur Nutzung erneuerbarer Energieträger keine amtlichen Zahlen existieren.

Zur Verbesserung der Datenlage über erneuerbare Energieträger wurde eine Reihe von Maßnahmen in Gang gesetzt. Zum Ersten werden die Betreiber von Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern befragt. Diese Betreiber sind allesamt Energieversorgungsunternehmen, denen die erfragten Informationen auf Grund der im Erneuerbare-Energien-Gesetz<sup>9)</sup> angeordneten Abnahme- und Vergütungspflicht ohnehin vorliegen. Somit können Daten über die Nettoerzeugung und Einspeisung von Strom aus Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie, aus Wind- und Kleinwasserkraftanlagen, aus Anlagen zur Nutzung der Geothermie, von Biogas sowie von Biomasse kostengünstig ermittelt und vorgelegt werden. Dadurch werden Belastungen bei den (meist privaten) Betreibern insbesondere kleinerer Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien vermieden.

Zweitens werden — wie bisher — die Erzeugung und die weitere Verwendung von Gas erfasst, das in Kläranlagen gewonnen wird. Die Erhebung konzentriert sich auf wenige wichtige Merkmale, die notwendig sind, um Produktion und Nutzung dieses erneuerbaren Gases in Deutschland zu beschreiben. Die erhobenen Angaben geben Auskunft über die Bedeutung dieser Energienutzungsformen für die Energieversorgung und gestatten Rückschlüsse auf die Nutzung des vorhandenen Potenzials. Die Abfrage der Erzeugung und Abgabe von Elektrizität aus Kläranlagen dient dazu, das Gesamtbild zu komplettieren.

Neu ist die Abfrage bei den Betreibern von Anlagen zur Nutzung der Geothermie. Diese Anlagen können bei günstigen geologischen Gegebenheiten zur Wärmegewinnung eingesetzt werden. Bisher existieren in Deutschland allerdings nur wenige Anlagen. Um ihren Beitrag zur Energieversorgung erfassen und in die Energiebilanz integrieren zu können, ist eine jährliche Erhebung der wichtigsten Produktions- und Verwendungsmerkmale vorgesehen.

Die meisten Prognosen gehen davon aus, dass der Beitrag der Treibstoffe aus Biomasse zur Energieversorgung künftig ansteigen wird. Dabei dürfte es sich schwerpunktmäßig um die Gewinnung von Kraftstoffen, wie zum Beispiel Rapsöl, zur Substitution von Mineralölprodukten handeln. Deshalb sieht das EnStatG die Möglichkeit einer statistischen Erhebung dieses Energieversorgungsbeitrags vor, soweit er in Anlagen zur gewerblichen Erzeugung anfällt.

#### **2.5 Erhebung der Energieverwendung (§ 8 EnStatG)**

Die statistische Erhebung des Energieangebots wird durch die Erfassung der Energieverwendung ergänzt. Dies ist dringend erforderlich, um Erkenntnisse über die Möglichkeiten der rationellen Energienutzung, über Einsparpotenziale und

9) Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes vom 29. März 2000, Artikel 1 (BGBl. I S. 305).

mit der Energienutzung verbundene Schadstoffemissionen zu erlangen. Allerdings werden gegenwärtig keine Realisierungsmöglichkeiten für eine alle Bereiche umfassende Verwendungsstatistik gesehen, weil zum Beispiel die Energienutzung im außerordentlich heterogenen Kleinverbraucherbereich (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen) oder im Haushaltsbereich nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand erfasst werden könnte. Die Erhebung der Energieverwendung konzentriert sich deshalb auf den Bereich der industriellen Energienutzung, der auch bisher schon im Rahmen der laufenden Konjunkturbeobachtung befragt wurde. Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, wird hier eine jährliche Befragung bei höchstens 60 000 Betrieben im Bergbau, der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe als ausreichend erachtet.

Für eine grundlegende Darstellung der Energieverwendung sind regelmäßige Angaben über Bezug, Bestand, Verbrauch und Abgabe nach Energieträgern erforderlich. Die bisherige Liste der Energieträger entsprach nicht mehr dem Stand der Technik, sie wurde überarbeitet und der Verwendungsvielfalt in den Betrieben angepasst. Darüber hinaus wird bei dem Energieträgereinsatz künftig zwischen energetischer und nicht-energetischer Verwendung unterschieden. Dies ist auch für die Energiebilanz und die darauf fußende Berechnung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in einigen Wirtschaftsbereichen von größter Bedeutung.

### 3 Zur Umsetzung des Gesetzes

Das EnStatG wurde am 26. Juli 2002 im Bundesgesetzblatt verkündet und ist am 1. Januar 2003 in Kraft getreten. Die dazwischen liegende relativ kurze Zeitspanne erforderte eine Prioritätensetzung bei der methodischen und fachlichen Vorbereitung der neuen Erhebungen. So wurde in den vergangenen Monaten mit den Statistischen Ämtern der Länder vorrangig ein Konzept zur Anpassung der monatlichen Erhebungen, insbesondere für die Elektrizitätswirtschaft, erarbeitet und mit der Fachaufsicht und den Wirtschaftsverbänden abgestimmt.

Die Jahreserhebungen in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft bleiben im Wesentlichen unverändert. Das Formblatt für die Befragung der Unternehmen der Wärmewirtschaft ist ebenfalls fertiggestellt und wird von den Statistischen Ämtern der Länder versandt. Der Jahresbogen für die Industriekraftwerke wurde — soweit fachlich möglich — dem Fragebogen für die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung angepasst. Die Erhebungsunterlagen für die Bereiche Geothermie, Biotreibstoffe sowie Energieverwendung sind in Vorbereitung. Auch hier ist eine Abstimmung mit dem Ressort und den Fachverbänden vorgesehen. Es ist davon auszugehen, dass diese Erhebungen nach einer Anlaufphase termingerecht durchgeführt werden können. □



## Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen seit 1987

Zwischen dem 31.12.1987 und dem 31.12.2002 ist die hessische Bevölkerung um insgesamt 567 000 Personen oder 10,3 % gewachsen und erreichte einen Stand von knapp 6 092 000 Einwohnern. Es sind rund 2 773 000 Menschen ins Land zugewandert, 2 170 000 haben Hessen verlassen. Im selben Zeitraum wurden 898 000 Kinder geboren, 935 000 Menschen starben. Wie sich die hohen Migrationsgewinne — insbesondere zu Beginn der Neunzigerjahre im Zuge politischer Umwälzungen — und die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Geburten und Sterbefälle auf die regionalen Bevölkerungsstände ausgewirkt haben, ist Inhalt des folgenden Beitrags.

### Allgemeines

Bevölkerungszahlen sind Fortschreibungsergebnisse, die auf den bei der Volkszählung 1987 ermittelten Bevölkerungszahlen basieren. Sie werden durch Auswertung der Standesamtszählkarten für Geburten und Sterbefälle sowie der Meldungen der Meldebehörden über Zu- und Fortzüge festgestellt. Dabei wird die Bevölkerungsentwicklung des Landes Hessen, wie auch die anderer Länder, fast ausschließlich vom Wanderungsgeschehen, d. h. von der Entwicklung der Zu- und Fortzüge, geprägt. Die natürliche Bevölkerungsbewegung, das sind Geburten und Sterbefälle, beeinflusst die Bevölkerungszahl des Landes seit den Siebzigerjahren in der Gesamtheit negativ.

### Hohe Wanderungsgewinne

Von 1988 bis 2002 nahm die Bevölkerung um 567 000 Personen oder 10,3 % zu und erreichte einen Stand von 6 091 618. Die starke Zunahme wurde getragen von den ungewöhnlich hohen Zuwanderungen zwischen 1989 und 1992 im Zuge der Öffnung der Grenzen zu Ost- und Südosteuropa und des Falls der innerdeutschen Grenze. Dabei waren die Bundesländer mit Hilfe von Quotenregelungen in einem angemessenen Verhältnis hinsichtlich der Aufnahme von Aussiedlern und Asylbewerbern belastet worden.

Im Jahr 1990 hatte der Wanderungsgewinn mit über 105 000 Personen ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Danach ging zunächst der Zustrom von Deutschen und später die Nettozuwanderungen von Ausländern wieder stark zurück. Es folgten deutlich moderatere Wachstumsraten, die bis zuletzt zu einem kontinuierlichen Anstieg der Bevölkerung führten. Bei gut 2 773 000 Zu- und über 2 170 000 Fortzügen betrug der Wanderungsgewinn im Beobachtungszeitraum 1988/2002 gut 603 000 Personen, eine Größenordnung, die in etwa der Einwohnerzahl der

Stadt Frankfurt am Main entspricht (siehe auch Schaubild auf Seite 257).

### Negative natürliche Bevölkerungsbilanz

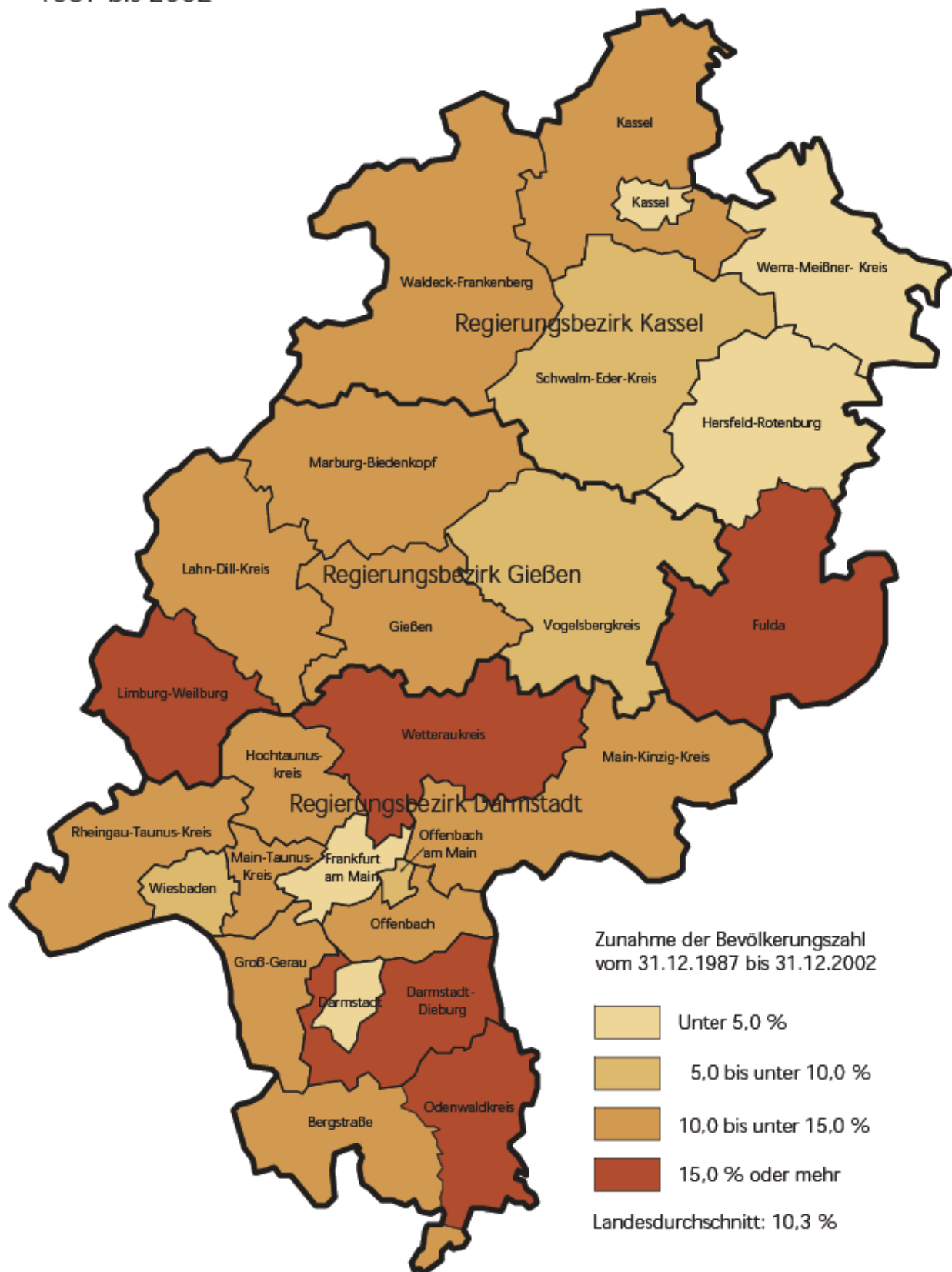
Die Bilanz aus Geburten und Sterbefällen ergab im Zeitraum 1988/2002 einen Sterbefallüberschuss von gut 36 000 Personen. Mehr Sterbefälle als Geburten werden seit 1972 registriert. Eine Ausnahme bildete das Jahr 1997 mit einem Geburtenüberschuss von knapp 1800 Personen.

Nach dem Erreichen des Tiefwertes von rund 50 000 Geburten im Jahr 1985 stieg die Zahl der Geborenen in Hessen zunächst bis 1990 wieder deutlich. Danach folgte eine tendenziell rückläufige Entwicklung, die mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1997 bis zuletzt andauerte.

Bevölkerungsbewegung in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten vom 31.12.1987 bis 31.12.2002

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wanderungs- gewinn	Geburten- überschuss bzw. -defizit	Einwoh- nerzahl am 31.12.2002	Anstieg in %
Darmstadt, Wissenschaftsst.	6 948	- 3 022	138 959	2,9
Frankfurt am Main, St.	34 262	- 11 913	643 726	3,6
Offenbach am Main, St.	7 560	48	119 233	6,8
Wiesbaden, Landeshauptst.	26 950	- 7 857	271 553	7,6
Bergstraße	27 138	- 2 191	265 491	10,4
Darmstadt-Dieburg	33 228	6 215	289 717	15,8
Groß-Gerau	19 827	4 798	252 020	10,8
Hochtaunuskreis	26 188	- 3 267	227 167	11,2
Main-Kinzig-Kreis	50 051	1 036	409 487	14,3
Main-Taunus-Kreis	16 105	5 702	222 892	10,8
Odenwaldkreis	15 471	- 1 124	100 525	16,6
Offenbach	27 525	6 164	337 451	11,1
Rheingau-Taunus-Kreis	20 610	1 050	185 665	13,2
Wetteraukreis	46 915	- 977	297 863	18,2
Reg.-Bez. Darmstadt	371 472	- 8 602	3 761 749	10,4
Gießen	26 229	1 865	255 370	12,4
Lahn-Dill-Kreis	26 815	- 1 774	262 852	10,5
Limburg-Weilburg	24 760	- 840	175 850	15,7
Marburg-Biedenkopf	20 978	2 359	253 888	10,1
Vogelsbergkreis	14 120	- 4 059	117 949	9,3
Reg.-Bez. Gießen	120 043	- 3 241	1 065 909	11,6
Kassel, documenta-St.	12 973	- 6 923	194 146	3,2
Fulda	27 192	4 336	219 034	16,8
Hersfeld-Rotenburg	9 458	- 5 179	129 153	3,4
Kassel	29 152	- 5 609	245 837	10,6
Schwalm-Eder-Kreis	21 081	- 4 706	192 947	9,3
Waldeck-Frankenberg	24 068	- 3 316	170 401	13,9
Werra-Meißner-Kreis	7 499	- 6 929	112 442	0,5
Reg.-Bez. Kassel	141 649	- 31 154	1 263 960	8,9
Land Hessen	603 103	- 36 113	6 091 618	10,3

# Bevölkerungsentwicklung Hessens 1987 bis 2002



© Hessisches Statistisches Landesamt

HSL 62/03



Gemessen an der Zahl der Kinder je Frau blieb jedoch das Geburtenniveau seit 1990 fast unverändert. Nach den Geburtenverhältnissen des Jahres 1990 errechnen sich 1,37, nach denen des Jahres 2002 1,35 Kinder je Frau. Die Zahl der Gestorbenen, die viele Jahre in relativ enger Bandbreite um 63 000 schwankte, nahm 1997 stark ab. Seither hat sich die Sterblichkeit weiter vermindert. 1970 hatte die Lebenserwartung neugeborener Mädchen 73,1 Jahre, die neugeborener Knaben 66,8 Jahre betragen. Die entsprechenden Zahlen für 2002 lagen bei 81,8 bzw. 76,5 Jahren.

### Regionale Bevölkerungsveränderungen

Die aus den *Wanderungsüberschüssen* resultierende Bevölkerungszunahme seit 1988 (+ 10,9 %) hat sich sehr unterschiedlich auf die Bevölkerungsstände der 21 hessischen Landkreise und fünf kreisfreien Städte ausgewirkt. Wanderungsgewinne konnten alle Verwaltungsbezirke aufweisen, wobei die Zuwächse von 0,5 bis zu 18,6 % reichten. Die höchsten Bevölkerungszuwächse erzielten dabei der Wetteraukreis (+ 18,6 %) und der Odenwaldkreis (+ 18,0 %) sowie die Landkreise Limburg-Weilburg (+ 16,3 %) und Wald-eck-Frankenberg (+ 16,1 %). Am niedrigsten fielen die Wanderungsgewinne bzw. die daraus resultierenden Bevölkerungszunahmen in den kreisfreien Städten Darmstadt (+ 5,1 %), Frankfurt am Main (+ 5,5 %), Offenbach am Main (+ 6,8 %) und Kassel (+ 6,9 %), sowie im Werra-Meißner-Kreis (+ 6,7 %) und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (+ 7,6 %) aus.

Die Wanderungsgewinne wurden in den meisten Verwaltungsbezirken durch ein Geburtendefizit geschmälert, lediglich neun Landkreise und die Stadt Offenbach wiesen im Beobachtungszeitraum mehr Geborene als Gestorbene aus. Dabei verzeichnete der Main-Taunus-Kreis mit 5700 Personen bzw. 2,8 % den höchsten durch Geburtenüberschuss induzierten Bevölkerungsanstieg. Relativ hohe natürliche Wachstumsraten von 2,0 bis zu 2,5 % wiesen noch die Landkreise Offenbach, Groß-Gerau, Fulda und Darmstadt-Dieburg auf. Die größten aus Gestorbenenüberschüssen resultierenden Bevölkerungsverluste hatten die Landkreise Werra-Meißner-Kreis (- 6,2 %), Hersfeld-Rotenburg (- 4,1 %) und Vogelsbergkreis (- 3,8 %), sowie die kreisfreien Städte Kassel (- 3,7 %) und Wiesbaden (- 3,1 %).

Die Karte zeigt den Zuwachs der Bevölkerung zwischen dem 1.1.1988 bis zum 31.12.2002 in den 26 hessischen Verwaltungsbezirken. Dargestellt sind die 21 Landkreise und 5 kreisfreien Städte Hessens. Die Zunahmen zeigen eine Bandbreite zwischen 0,5 % (Werra-Meißner-Kreis) bis zum Maximum von 18,2 % (Wetteraukreis). Nur wenig (unter 5,0 %) bzw. leicht unterdurchschnittlich (5,0 bis unter 10,0 %) wächst in Hessen die Bevölkerungszahl in den im Nord-Osten gelegenen Landkreisen Werra-Meißner-Kreis, Hersfeld-Rotenburg und der kreisfreien Stadt Kassel sowie im Vogelsbergkreis und im Schwalm-Eder-Kreis und schließlich in den im südli-

chen Rhein-Main-Gebiet liegenden Städten Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach am Main und Wiesbaden.

Starkes Wachstum (10,0 % oder mehr) gibt es außerhalb des Rhein-Main-Ballungsgebietes in den südlichen, an den Landesgrenzen zu Bayern und Rheinland-Pfalz gelegenen Landkreisen, sowie in den Verwaltungsbezirken oberhalb des Rhein-Main-Gebietes, im Wetteraukreis und im Main-Kinzig-Kreis. Sehr hohe Wachstumsraten finden sich ebenfalls in den mittelhessischen Gebieten, und zwar im östlich gelegenen Landkreis Fulda und im westlich gelegenen Landkreis Limburg-Weilburg. Überdurchschnittliches Wachstum verzeichneten auch die nordhessischen Landkreise Wald-eck-Frankenberg und Kassel.

### Fortschreitender Alterungsprozess

Die Alterung der hessischen Bevölkerung ist in den vergangenen 15 Jahren weiter fortgeschritten. Das Durchschnittsalter aller Einwohner Hessens stieg zwischen 1988 und 2002 von 40 auf 41,5 Jahre. Eine Bevölkerung altert, wenn der natürliche Prozess des Alterns nur unvollständig durch Zugänge Jüngerer kompensiert wird. Der langfristige Anstieg des Altersdurchschnitts, gefördert durch niedrige Geburtenraten und steigende Lebenserwartung, konnte kurz durch die ungewöhnlich hohen Wanderungsgewinne in den Jahren 1989 bis 1992 gestoppt werden. Damals lag das Durchschnittsalter der per saldo zwischen 77 000 und 105 000 Zugewogenen mit knapp 29 Jahren um mehr als zehn Jahre unter dem der ansässigen Bevölkerung. In den Jahren nach 1992 konnten die wesentlich geringeren Wanderungsgewinne den Alterungsprozess der hessischen Bevölkerung zwar abschwächen, aber nicht mehr aufhalten.

Gut die Hälfte der gesamten Bevölkerungszunahme (567 000) der vergangenen 15 Jahre entfiel auf die Gruppe der 60-Jährigen und Älteren (286 600), sodass sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung um 2,8 Prozentpunkte auf 23,9 % erhöhte. Knapp ein Drittel (186 100) des Bevölkerungsanstiegs entfiel auf die Altersgruppe der 20- bis unter 60-Jährigen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank um 2,3 Prozentpunkte auf 55,8 %. Die Quote der unter 20-Jährigen fiel leicht auf 20,4 %, nur knapp 17 % der gesamten Bevölkerungszunahme war auf diese Altersgruppe gefallen.

Die Veränderungen führten in den Landkreisen zu einem stärkeren Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung als in den kreisfreien Städten. In Offenbach am Main fiel es sogar um 0,3 auf 40,7 Jahre und in Wiesbaden (42,1) war die Durchschnittsbevölkerung Ende 2002 ebenso alt wie vor 15 Jahren. In den Landkreisen stieg das Durchschnittsalter der Bevölkerung zwischen 1,1 (Limburg-Weilburg, Wald-eck-Frankenberg) und 2,6 Jahren (Landkreis Kassel). Landesweit wies der Landkreis Marburg-Biedenkopf (40,2) das niedrigste Durchschnittsalter auf, im Werra-Meißner-Kreis war der Altersdurchschnitt der Bevölkerung mit 43,4 Jahren am höchsten. □

## Daten zur Wirtschaftslage

Im dritten Quartal 2003 sind für die hessische Wirtschaft noch keine Aufschwungtendenzen zu erkennen. Die Entwicklung im Einzelnen: Die preisbereinigten Auftragseingänge nach Gütern und Dienstleistungen der Betriebe des hessischen Verarbeitenden Gewerbes gingen im dritten Quartal 2003 gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres um 3,1 % zurück (Inland: - 4,3 %; Ausland: - 1,8 %). Ebenfalls rückläufig verlief die Entwicklung der Umsätze: Die von den Betrieben erwirtschafteten Umsätze sanken um 2,4 % auf 20,8 Mrd. Euro (Inland: - 4,2 %; Ausland: + 0,6 %). Vor diesem Hintergrund setzte sich auch der Beschäftigtenabbau weiter fort. Das hessische Bauhauptgewerbe befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Situation. Jedoch gingen die Auftragseingänge im dritten Quartal 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur noch um 0,5 % zurück. Die Umsätze waren dagegen deutlich rückläufig und der Personalstand wurde um knapp 5 % reduziert. Rückgänge waren auch beim genehmigten Hochbauvolumen zu verzeichnen: Im dritten Quartal 2003 ging die zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzfläche gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 18 % oder 293 000 m<sup>2</sup> auf 1,4 Mill. m<sup>2</sup> zurück. Die hierfür veranschlagten Kosten gingen im gleichen Zeitraum um rund ein Viertel auf 1,3 Mrd. Euro zurück. Die Hoffnungen des hessischen Einzelhandels richten sich mehr und mehr auf das Weihnachtsgeschäft, denn im dritten Quartal 2003 gingen die Umsätze im hessischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal und real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, um etwa 3 % zurück. Die anhaltenden Stagnationstendenzen der hessischen Wirtschaft schlagen deutlich auf den Arbeitsmarkt durch. Im Durchschnitt des dritten Quartals 2003 lag die Arbeitslosenzahl mit 244 200 um rund 33 100 oder knapp 16 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Bei den Unternehmensinsolvenzen zeigten sich im dritten Quartal 2003 mit einem Rückgang der Zahl der Firmenpleiten leichte Entspannungssignale. In den ersten neun Monaten des Jahres 2003 war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen jedoch leicht gestiegen. Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt niedrig; sie waren im dritten Quartal 2003 nur um 0,9 % höher als im Vorjahreszeitraum. Im zweiten Quartal 2003 lag die Teuerungsrate bei 0,7 % und im ersten Quartal ebenfalls bei 0,9 %.

### Verarbeitendes Gewerbe: Warten auf den Aufschwung - Kaum Nachfrageimpulse

Die Gesamtwirtschaft stagniert 2003 im dritten Jahr in Folge. Das Verarbeitende Gewerbe konnte sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Ein fortdauerndes Problem ist die Schwäche des Inlandsmarktes. Solange diese nicht beseitigt ist, können nur steigende Exporte zur Stabilisierung beitragen. Da der Euro zuletzt nicht weiter aufgewertet hat, können die Exporte diese traditionelle Rolle wohl wieder übernehmen.

Im zweiten Quartal und in den Sommermonaten Juli und August 2003 gab es allerdings auch bei der Auslandsnachfrage eine Delle. Erst im September übertrafen die Auslandsaufträge wieder das Vorjahresniveau, was aber für ein positives Ergebnis im gesamten dritten Quartal nicht mehr ausreichte. Die preisbereinigten Auftragseingänge aus dem Ausland verringerten sich um 1,8 % gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres. Da die realen Inlandsaufträge sogar um 4,3 % nachgaben, errechnete sich insgesamt ein Minus von 3,1 %. Wegen des sehr guten ersten Quartals — da spielt ein Basiseffekt eine große Rolle — ergibt sich für die gesamten ersten neun Monate dieses Jahres nur eine geringe Einbuße von 0,6 %. Einem Minus von 1,4 % beim Inlandsgeschäft stand ein leichtes Plus von 0,5 % bei den Auslandsorders gegenüber.

Bei der Chemischen Industrie wirkt die anhaltend schwache Inlandsnachfrage belastend. Im dritten Quartal war dies mit

einem Rückgang von 5,8 % im Vorjahresvergleich besonders ausgeprägt. Dank sehr guter Auslandsabschlüsse im September legte die Exportnachfrage im dritten Quartal um 3,8 % zu. Insgesamt verfehlte die Chemische Industrie das Vorjahresniveau noch knapp um 0,4 %.

Die Interpretation der Daten des Maschinenbaus ist durch Großaufträge im Vorjahr und im laufenden Jahr erschwert. So fiel der Rückgang um 21 % im zweiten Quartal durch einen Basiseffekt zu hoch aus. Im dritten Quartal begünstigten Großaufträge aus dem Ausland das Ergebnis, sodass es zu einer Zuwachsrate von 8,9 % bei den Auslandsbestellungen reichte. Da die Inlandsorders nur knapp um 0,5 % abnahmen, ergab sich insgesamt ein Plus von 3,8 %.

Furios waren die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagentellen ins Jahr 2003 gestartet. Nachdem sich aber der Auftragszuwachs im zweiten Quartal schon abgeschwächt hatte, verzeichnete man im dritten Quartal einen deutlichen Nachfrageeinbruch von 22 %. Inlands- und Auslandsorders gaben um 23 bzw. 21 % nach.

### Enttäuschende Umsatzentwicklung im dritten Quartal

Die Umsatzentwicklung der hessischen Industrie zeigt an, dass der Output zuletzt rückläufig war. Nach einem ferienbedingten kräftigen Umsatzrückgang im August gab es auch im September eine Abnahme. Im gesamten dritten Quartal gingen die Umsätze um 2,4 % auf 20,8 Mrd. Euro zurück.



# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzel- handel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs <sup>4)</sup>  2000 = 100	Beschäft- igte	Index der Um- sätze <sup>6)</sup>  2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung <sup>7)</sup>  2000 = 100	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>11)</sup>
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>12)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	102,0	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2002 August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	99,1	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	99,1	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	98,8	103,1	.	.	.	.
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	107,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	110,7	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	119,2	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	112,6	103,0	.	.	.	.
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	94,8	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	89,2	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	101,2	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	95,1	103,8	.	.	.	.
April	98,5	87,1	119,4	437 953	65,0	28 918	103,6	103,8	244 698	8,9	30 489	27 660
Mai	103,2	91,4	124,8	437 080	74,5	29 088	102,2	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859
Juni	97,3	85,4	119,4	436 520	82,5	28 934	93,7	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547
2. Vj. D	99,7	88,0	121,2	437 184	74,0	28 980	99,8	103,7	.	.	.	.
Juli	104,9	95,0	123,0	435 573	83,1	29 056	99,1	104,0	248 582	9,0	25 942	20 139
August	88,8	76,3	111,7	435 849	78,4	29 110	91,0	104,1	246 084	8,9	25 703	16 380
September	104,4	89,7	131,4	435 276	94,6	28 879	97,7	104,0	238 537	8,7	23 405	18 540
3. Vj. D	99,4	87,0	122,0	435 566	85,4	29 015	95,9	104,0	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	.	- 5,5	.	.	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 1,6	- 4,1	2,2	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 1,6	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2002 August	- 2,5	- 6,9	4,4	- 3,4	- 30,3	- 9,5	0,0	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,6	- 3,3	8,6	- 3,5	- 34,9	- 8,8	3,0	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	1,5	- 1,9	6,4	- 3,4	- 24,0	- 9,3	2,4	1,0	.	.	.	.
Oktober	5,0	2,9	8,1	- 3,6	11,6	- 7,9	4,9	1,3	6,7	.	- 21,2	41,9
November	0,9	- 3,2	6,7	- 3,6	- 11,5	- 6,1	1,0	1,1	7,7	.	- 17,4	14,2
Dezember	- 6,3	- 5,4	- 7,6	- 3,5	1,6	- 6,8	- 0,2	1,2	7,4	.	- 21,8	- 41,8
4. Vj.	- 0,1	- 1,8	2,4	- 3,6	0,0	- 6,9	1,8	1,2	.	.	.	.
2003 Januar	6,3	- 0,1	15,4	- 3,8	- 14,7	- 8,0	- 1,0	0,9	9,2	.	- 21,0	- 32,9
Februar	6,9	5,9	8,2	- 3,5	- 6,2	- 7,8	- 1,3	1,0	12,0	.	- 21,9	- 40,6
März	4,2	0,4	9,4	- 3,3	- 17,6	- 6,5	- 2,7	0,8	14,4	.	- 22,0	- 38,0
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	- 3,5	- 13,6	- 7,5	- 1,7	0,9	.	.	.	.
April	- 5,5	- 5,8	- 5,0	- 3,3	- 31,7	- 6,9	- 0,1	0,8	15,5	.	- 19,6	12,6
Mai	- 1,1	4,7	- 8,2	- 3,2	- 9,9	- 5,9	1,5	0,6	14,1	.	- 14,4	96,4
Juni	- 5,4	- 4,0	- 7,2	- 3,3	- 26,9	- 4,9	- 2,0	0,8	13,2	.	- 15,1	109,4
2. Vj.	- 3,9	- 1,8	- 6,8	- 3,3	- 23,7	- 5,9	- 0,2	0,7	.	.	.	.
Juli	- 2,7	- 1,2	- 4,9	- 3,8	- 1,7	- 3,5	0,9	0,7	16,0	.	- 14,2	152,1
August	- 9,0	- 13,2	- 3,2	- 3,9	- 12,1	- 4,8	- 8,2	1,0	17,0	.	- 10,3	84,5
September	2,1	1,4	2,8	- 3,9	13,1	- 5,8	- 1,4	1,0	14,9	.	- 13,4	97,5
3. Vj.	- 3,1	- 4,3	- 1,8	- 3,9	- 0,5	- 4,7	- 2,9	0,9	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>												
2002 August	- 9,5	- 8,6	- 10,8	0,1	5,5	1,5	0,9	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	4,8	0,7	10,7	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	1,5	- 4,4	0,3	- 11,5	- 1,2	- 1,2	0,1	.	.	.	.
Oktober	5,3	9,0	0,5	- 0,6	0,5	0,2	8,8	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,9	- 5,1	0,1	- 0,5	- 10,9	- 0,3	2,7	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0
Dezember	- 12,4	- 11,6	- 13,5	- 0,5	2,0	- 2,5	7,7	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7
4. Vj.	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,0	- 0,1	.	.	.	.
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	- 1,3	- 35,7	- 4,2	- 20,5	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5
Februar	0,0	1,7	- 2,2	- 0,0	20,5	- 1,1	- 5,9	0,5	2,3	.	12,5	5,9
März	2,9	3,3	2,5	- 0,1	42,1	1,4	13,5	- 0,1	- 1,1	.	5,3	4,6
1. Vj.	1,9	- 0,7	5,3	- 1,8	- 18,3	- 6,2	- 15,5	0,8	.	.	.	.
April	- 6,4	- 4,8	- 8,4	- 0,3	- 22,6	0,8	2,4	- 0,1	- 1,0	.	0,3	73,2
Mai	4,8	4,9	4,5	- 0,2	14,5	0,6	- 1,4	- 0,2	- 2,3	.	- 2,8	- 2,9
Juni	- 5,7	- 6,6	- 4,3	- 0,1	10,9	- 0,5	- 8,3	0,1	- 0,7	.	- 6,0	- 1,2
2. Vj.	- 3,4	- 1,2	- 6,2	- 0,6	15,4	- 1,6	4,9	- 0,1	.	.	.	.
Juli	7,8	11,2	3,0	- 0,2	0,7	0,4	5,8	0,3	4,7	.	- 7,0	- 24,1
August	- 15,3	- 19,7	- 9,2	0,1	- 5,7	0,2	- 8,2	0,1	- 1,0	.	- 0,9	- 18,7
September	17,6	17,6	17,6	- 0,1	20,6	- 0,8	7,4	- 0,1	- 3,1	.	- 8,9	13,2
3. Vj.	- 0,3	- 1,1	0,7	- 0,4	15,4	0,1	- 3,9	0,3	.	.	.	.

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



Die Inlandsumsätze verringerten sich um 4,2 % auf 12,5 Mrd. Euro, während die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern um 0,6 % auf 8,4 Mrd. Euro zunahmen. Die Exportquote, d. h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, erreichte 40 %.

Nach zwei Monaten mit schwächeren Exporten konnte die Chemische Industrie im September ihren Auslandsumsatz kräftig steigern, sodass dieser im gesamten dritten Quartal um 2 % auf 2,5 Mrd. Euro zunahm. Da die Inlandsumsätze aber in diesem Zeitraum um 0,9 % auf 1,7 Mrd. Euro abnahmen, reichte es insgesamt nur zu einem leichten Plus von 0,8 % auf 4,2 Mrd. Euro.

Der hessische Maschinenbau — der bereits im zweiten Quartal Federn lassen musste — musste auch im dritten Quartal Einbußen hinnehmen. Das Inlandsgeschäft brach ein, sodass die Inlandsumsätze um 17 % auf 1,1 Mrd. Euro abnahmen. Da die Exporte nur leicht um 0,6 % auf 1,3 Mrd. Euro zunahmen, ergab sich insgesamt ein Minus von 8,5 % auf 2,4 Mrd. Euro. Die Exportquote lag im dritten Quartal bei 53 %.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen liegen mit einem Umsatzanstieg von 12 % in den ersten neun Monaten dieses Jahres im „grünen Bereich.“ Die Entwicklung im Jahresverlauf ist allerdings ernüchternd. Nach einem Plus von 39 % im ersten Vierteljahr folgte im zweiten Quartal noch eine Zunahme von 14 %. Im dritten Quartal gingen die Umsätze allerdings um 12 % auf knapp 2,5 Mrd. Euro zurück. Die Inlandsumsätze gingen um 14 % auf 1,2 Mrd. Euro und die mit dem Ausland um 10 % auf 1,2 Mrd. Euro zurück.

### **Anhaltender Beschäftigungsabbau**

Der unzureichende Output des hessischen Verarbeitenden Gewerbes, der sich in der schwachen Umsatzentwicklung manifestiert, und die zu niedrige Kapazitätsauslastung führen zu anhaltendem Beschäftigungsabbau. Die kalender- und saisonbereinigten Beschäftigtenzahlen signalisieren seit vielen Monaten einen stetigen Beschäftigungsrückgang. Auch der Verlauf der Originalwerte lässt im Vorjahresvergleich die ganze „Malaise“ erkennen. Mit 435 600 Beschäftigten im Durchschnitt des dritten Quartals wurde der Vorjahresstand um 3,9 % unterschritten. Das ist das schlechteste Ergebnis in diesem Jahr. Im gesamten Jahr 2003 wird es den stärksten Beschäftigungsrückgang seit sechs Jahren geben. Besonders ungünstig war im bisherigen Jahresverlauf die Entwicklung im Maschinenbau. Die Beschäftigtenzahl lag im dritten Quartal mit 58 500 um 6,2 % niedriger als vor Jahresfrist. Im ersten Quartal hatte die Abnahmerate noch 4,2 % betragen. Mit 62 300 Mitarbeitern verfehlte die Chemische Industrie im dritten Quartal den Vorjahresstand um 2,0 %. Trotz unbefriedigender Geschäftsentwicklung hat sich die Beschäftigungsentwicklung im Kraftwagensektor noch nicht weiter verschärft. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich im dritten Quartal um 2,1 % auf 55 500.

### **Bauhauptgewerbe: Anhaltend schwierige Situation - Aber erstmals wieder Auftragszunahme im September**

Das Bauhauptgewerbe vollzieht seit Jahren einen drastischen Kapazitätsabbau. Das gilt besonders für die neuen Bundesländer, die während des Wiedervereinigungsbooms erhebliche Überkapazitäten aufgebaut haben. Aber auch die alten Bundesländer, wie Hessen, sind stark betroffen. Die immer wieder erhoffte Wende scheiterte in den letzten Jahren nicht zuletzt an der schlechten gesamtwirtschaftlichen Konjunktur.

Erstmals im Jahr 2003 verzeichnete das hessische Bauhauptgewerbe im September wieder einen Anstieg der Auftragseingänge. Ob das bereits der Beginn einer Besserung ist, werden die nächsten Monate zeigen müssen. Im September nahmen die Auftragseingänge um 13 % auf 310 Mill. Euro zu. Im gesamten dritten Quartal wurde das Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals aber um 0,5 % verfehlt. Der Wohnungsbau verzeichnete in diesem Zeitraum einen Nachfrageanstieg von 43 %. Hier könnte die Diskussion über den Wegfall der Eigenheimzulage zu Vorzieheffekten geführt haben. Immer noch deutlich im Minus bewegt sich der Wirtschaftsbau mit Nachfrageeinbußen von 12 % im Hochbau und 21 % im Tiefbau. Dagegen konnte der Straßenbau wieder an das positive Ergebnis im ersten Quartal anknüpfen — im zweiten Quartal hatte es eine Nachfragedelle gegeben — und einen Zuwachs von 23 % verbuchen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres verzeichnete das hessische Bauhauptgewerbe einen Nachfragerückgang von 13 %.

Weniger ausgeprägt war der Rückgang der baugewerblichen Umsätze mit einer Abnahme von 4,4 % in den ersten neun Monaten des Jahres. Im Gegensatz zu den Auftragseingängen fließen bei den Umsätzen auch die Arbeiten der Subunternehmer mit ein. Im dritten Quartal wurde allerdings ein deutlicher Umsatzrückgang von 10 % auf 1 Mrd. Euro verzeichnet, ein deutlich schlechteres Ergebnis als in den beiden ersten Quartalen mit einer Zunahme von 4 bzw. einer Abnahme von 3,9 %. Beim Wirtschaftsbau gab es im dritten Quartal bei den Umsätzen eine deutliche Einbuße um ein Viertel auf 410 Mill. Euro.

Die Beschäftigungssituation hat sich im Durchschnitt des dritten Quartals gegenüber den Vorquartalen verbessert, im Laufe des dritten Quartals aber von Monat zu Monat verschlechtert. Im Durchschnitt des dritten Quartals lag die Beschäftigtenzahl mit 29 000 um 4,7 % niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies ist ein geringerer Rückgang als in den beiden ersten Quartalen. Allerdings hat das Abnahmetempo von Juli bis September wieder zugenommen. Auch die kalender- und saisonbereinigten Werte machen dies deutlich.

## Weniger genehmigte Baumaßnahmen im Wohnbau und Nichtwohnbau

Die hessischen Bauaufsichtsbehörden meldeten im dritten Quartal 2003 rund 1,4 Mill. m<sup>2</sup> zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzflächen. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 2002 ging die Nachfrage nach Wohn- und Nutzflächen um 18 % oder 293 000 m<sup>2</sup> zurück. An reinen Baukosten wurden im gleichen Zeitraum mit 1,3 Mrd. Euro rund ein Viertel weniger veranschlagt. Wie schon im zweiten Vierteljahr 2003 reduzierte sich das Genehmigungsvolumen besonders bei der Bauherrengruppe der privaten Haushalte. Flächenbedarf und veranschlagte Kosten verringerten sich hier um 30 bzw. 28 %. Bei der Bauherrengruppe „Unternehmen“ wurde ein weniger rückläufiger Trend festgestellt. Die beantragten Wohn- und Nutzflächen lagen um 15 % unter denen des Vorjahresquartals; die Baukosten wurden um 25 % geringer veranschlagt. Der Rückgang bei den Unternehmen betraf gleichermaßen das Wohn- und Nichtwohnbausegment. Bei den öffentlichen Bauherren, die allerdings mit einem Anteil von 7 % an den Flächen bzw. von 13 % an den Kosten weniger zum Baugeschehen beitrugen als die beiden anderen großen Bauherrengruppen, wurden fast eineinhalb Mal so viel Flächen wie im Vergleichs Quartal zum Bau freigegeben. Die Kosten wurden dabei jedoch um 21 % geringer beziffert.

In den Monaten Juli bis September 2003 wurden bei den Baubehörden Baugenehmigungen für rund 1700 neue *Wohngebäude* erfasst. Das waren 620 weniger als im Vergleichszeitraum, in dem jedoch überdurchschnittlich viele Baufreigaben beobachtet worden waren. Eine sehr starke Verminderung ist vor allem im Bereich der Zwei- und Mehrfamilienhäuser zu verzeichnen. Für die Errichtung von Einfamilienhäusern verringerte sich die Zahl der Baufreigaben nur gering um 3,7 %. Auf Grund dieser Entwicklung nahm auch die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen ab. Insgesamt wurden mit 3800 rund drei Zehntel weniger neue oder umzubauende Wohnungen gezählt. Die genehmigten Wohnflächen sowie die veranschlagten reinen Baukosten reduzierten sich um jeweils 27 %.

Das gemeldete Genehmigungsvolumen ging im dritten Quartal 2003 im *Nichtwohnbau* ebenfalls zurück. Die beantragte Gesamtnutzfläche betrug 778 000 m<sup>2</sup>, was einer Verminderung des Flächenbedarfs um ein Zehntel entsprach. Die veranschlagten reinen Baukosten für die geplanten Nichtwohngebäude lagen um 199 Mill. Euro oder 22 % unter denen des Vorjahresquartals. Dabei war im Nichtwohnbausegment keine einheitliche Entwicklung zu beobachten. Bei den nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, insbesondere bei Fabrik-, Werkstatt, Handels- und Lagergebäuden, wurden gegenüber dem dritten Vierteljahr 2002 zum Teil erheblich weniger Nutzflächen genehmigt. Auch die Kosten wurden hier entsprechend niedriger beziffert. Weniger stark war der Rückgang bei Büro- und Verwaltungsgebäuden. Ein gegenüber dem Vorjahreszeitraum zum

Teil deutlich höherer Bedarf an Flächen in Nichtwohngebäuden war bei Anstaltsgebäuden, Hotels und Gaststätten sowie bei sonstigen Nichtwohngebäuden, zu denen u. a. Kindertagesstätten, Schulen, Museen, Theater, Bibliotheken, Kongresshallen sowie Sportgebäude zählen, festzustellen. Eine Steigerung wurde bei Anstaltsgebäuden sowie Hotels und Gaststätten auch bei den veranschlagten Kosten festgestellt; lediglich bei der sehr inhomogenen Gebäudeart der sonstigen Nichtwohngebäude verminderten sich die Beträge gegenüber dem Vergleichszeitraum.

## Gedruckte Stimmung im Einzelhandel

Die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gingen im dritten Vierteljahr 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal und real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, um etwa 3 % zurück.

Mehr in ihren Kassen hatten weiterhin die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 1 und real + 2 %). Der sonstige Facheinzelhandel befand sich mit nominal – 4,5 und real – 4 % im deutlichen Abschwung; lediglich der dem Heimwerkerbereich zuzuordnende Einzelhandel steigerte seinen Umsatz, und zwar nominal und real um etwa 2 %. Bei der vom Umsatzanteil her bedeutendsten Branche, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, stiegen hingegen die Umsätze im dritten Vierteljahr 2003, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 2002, nominal um gut 1 und real um 0,5 %. Beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren stiegen die Umsätze zwar nominal um gut 1 %, real war dies jedoch ein Rückgang von 1 %. Der Einzelhandel, der — wie z. B. der Versandhandel — seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, büßte im dritten Quartal 2003 erheblich an Umsatz ein: Nominal und real gab es dort — verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum — ein Minus von etwa 9 %.

Die flauere Konjunktur im Einzelhandel führte dort zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Sie ging im Betrachtungszeitraum um 3,5 % zurück.

## Keine Entspannungssignale am Arbeitsmarkt

Im dritten Quartal 2003 meldeten sich 126 200 Personen arbeitslos. Das waren 10 800 oder reichlich 9 % mehr als in den Monaten Juli bis September 2002. Dieser Anstieg resultierte vor allem aus konjunkturbedingten Arbeitslosmeldungen von Personen mit vorangegangener Erwerbstätigkeit (+ 11 900 oder + 22 %), weil Unternehmen mit schlechter Auftragslage vermehrt Arbeitsverträge kündigten bzw. auslaufen ließen. Aber auch Rationalisierungsmaßnahmen und Insolvenzen spielten hier eine Rolle. Arbeitslosmeldungen nach vorheriger betrieblicher Ausbildung (+ 3900) haben sich durch einen Basiseffekt sogar mehr als verdoppelt, weil



der Beginn der hessischen Sommerferien vom zweiten Quartal im Vorjahr in das dritte Quartal im laufenden Jahr wechselte. Der seit Jahresmitte 2002 zu beobachtende starke Anstieg der Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit war schon im zweiten Quartal 2003 zum Stillstand gekommen und zeigte sich nun im Berichtszeitraum (– 5000 oder – 8 %) deutlich rückläufig.

Den 126 200 Arbeitslosmeldungen standen im dritten Quartal nur 40 600 den hessischen Arbeitsämtern als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 6200 oder gut 13 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 125 100 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 7500 oder 6 % mehr als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt der Monate Juli bis September 2003 wurden 244 200 Arbeitslose registriert, 33 100 oder knapp 16 % mehr als im dritten Quartal des Vorjahres. Um vorhandene Arbeitsplätze möglichst zu erhalten, wird Engpässen beim Auftragsseingang nach wie vor durch Kurzarbeit begegnet. Im dritten Quartal 2003 waren durchschnittlich 18 400 Arbeitskräfte von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen. Das waren ferienbedingt 8700 oder 32 % weniger als im Vorquartal, aber 9600 oder 110 % mehr als im Vorjahresquartal, weil sich im Berichtsquartal insbesondere die Arbeitszeiteinschränkungen eines Luftfahrtunternehmens bemerkbar machten.

#### Unternehmensinsolvenzen: Tendenz wieder freundlicher

Die sich auf eine moderate Zunahme der Zahl der Unternehmensinsolvenzen zum Jahresanfang 2003 stützende vage Aussicht auf eine Beruhigung der Entwicklung hat sich, nachdem sie sich im zweiten Vierteljahr dieses Jahres etwas getrübt hatte, wieder aufgehellt. Im ersten Vierteljahr 2003 nahmen die Insolvenzen von Unternehmen in Hessen lediglich um 28 oder 5,2 % auf 562 zu. Sie zogen aber im zweiten Quartal des Jahres um 91 oder 18,3 % auf 587 an. Im dritten Quartal ist nun die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 45 oder 7,3 % auf 619 zurückgegangen. Am Ende des dritten Quartals waren damit in diesem Jahr bislang insgesamt 1723 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen, 74 oder 4,5 % mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 2002. Zur Jahreshälfte waren in Hessen 1149 Unternehmensinsolvenzen gezählt worden. Dies waren noch 119 oder 11,6 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2002.

Von Zunahmen der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahreszeitraum waren im ersten Halbjahr 2003 noch alle Wirtschaftsbereiche, mit Ausnahme des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens, betroffen. Bis zum Ende des dritten Vierteljahres konnten für die Hälfte der Wirtschaftsbereiche rückläufige oder zumindest stagnierende Insolvenzzahlen festgestellt werden. Die zahlenmäßig stärksten Zunahmen der Unternehmensinsolvenzen waren dabei in den Dienstleistungsbereichen und im Verarbeitenden Gewerbe zu be-

obachten. Im Wirtschaftsbereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ kam es zu 473 Insolvenzen, 41 oder knapp 10 % mehr als in den ersten drei Quartalen des Jahres 2002. Im Wirtschaftsbereich „Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen“ wurden im bisherigen Jahresverlauf 78 Unternehmen insolvent (+ 34, + 77 %) und im Verarbeitenden Gewerbe 221, 14 oder rund 7 % mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Baugewerbe kam es in den ersten drei Quartalen 2003 zu 342 Unternehmensinsolvenzen, 4 (– 1,2 %) weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die kräftigsten Abnahmen der Insolvenzzahlen wies nun neben dem Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (– 10, – 21 %) der Handel (einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern) auf. Hier gingen die Insolvenzzahlen binnen Jahresfrist um 11 (– 3 %) auf 329 zurück.

Von den von Januar bis September gegen 1723 hessische Unternehmen beantragten Insolvenzen führten 942 oder 55 % auch zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte die Eröffnungsquote — bei 971 eröffneten Verfahren und 1649 Insolvenzen — noch bei 59 % gelegen. Damit hat sich der, seit Inkrafttreten der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 erstmals im zweiten Quartal dieses Jahres in Hessen zu beobachtende, Rückgang der Eröffnungsquote bei den Unternehmensinsolvenzen fortgesetzt.

Dennoch stellten sich, neben den reinen Fallzahlen, auch die materiellen Gesichtspunkte der Unternehmensinsolvenzen am Ende des dritten Vierteljahres sehr viel freundlicher dar. So standen in den von Januar bis Ende September des Jahres 2003 bei den Insolvenzgerichten gegen Unter-

Unternehmensinsolvenzen in den ersten neun Monaten der Jahre 2002 und 2003 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Januar bis Ende September		Zu- bzw. Abnahme (–) in %
	2002	2003	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,			
Fischzucht	17	15	– 11,8
Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>	208	224	7,7
Baugewerbe	346	342	– 1,2
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	340	329	– 3,2
Gastgewerbe	90	88	– 2,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	104	112	7,7
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	432	473	9,5
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	44	78	77,3
Übrige Wirtschaftsbereiche <sup>2)</sup>	68	62	– 15,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1 649</b>	<b>1 723</b>	<b>4,5</b>

1) Einschl. Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Kredit- und Versicherungsgewerbe; Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.



nehmen beantragten Verfahren voraussichtliche Forderungen in Höhe von gut 1,5 Mrd. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren gut 2,2 Mrd. Euro oder knapp 60 % weniger als in den ersten neun Monaten des Vorjahres.

Zudem waren von den bislang im Jahr 2003 gemeldeten Unternehmensinsolvenzen in Hessen rund 11 300 Beschäftigte direkt betroffen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres standen dagegen bei den gerichtsanhängigen Insolvenzen mindestens 18 700 Arbeitsplätze zur Disposition. Im laufenden Jahr sind bei insolventen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes rund 4300 Beschäftigte, im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ nahezu 1800 Beschäftigte und im Handel (einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgegenständen) fast 1700 Beschäftigte von dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht. In mehr als der Hälfte der 1723 Unternehmensinsolvenzen der ersten neun Monate dieses Jahres (880) gab es bei dem mutmaßlich endgültigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Unternehmen keine Beschäftigten mehr und in über 200 Insolvenzverfahren müssen jeweils mehr als

10 Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze bangen. Gut 7200 der 11 300 von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten waren in einer der rund 1100 in den ersten drei Quartalen des Jahres in Insolvenz geratenen Gesellschaften mbH beschäftigt.

Deutliche Unterschiede weist bei den Unternehmen weiterhin das regionale Insolvenzgeschehen in Hessen auf. Die Unternehmensinsolvenzen nahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei den Insolvenzgerichten im Regierungsbezirk Kassel am stärksten ab. In Nordhessen wurden 58 oder fast 18 % weniger Unternehmensinsolvenzen von den Gerichten gemeldet. In Mittelhessen (Regierungsbezirk Gießen) dagegen wurden mit 289 Unternehmensinsolvenzen 37 oder knapp 15 % mehr beantragt als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Im Regierungsbezirk Darmstadt addierten sich die Unternehmensinsolvenzen im laufenden Jahr auf 1162; dies waren 95 oder nahezu 9 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. In allen kreisfreien Städten — mit Ausnahme von Frankfurt am Main, wo es zu 70 oder fast 32 % mehr Unternehmensinsolvenzen kam — waren die Insolvenzzahlen am Ende der ersten neun Monate dieses Jahres rückläufig.

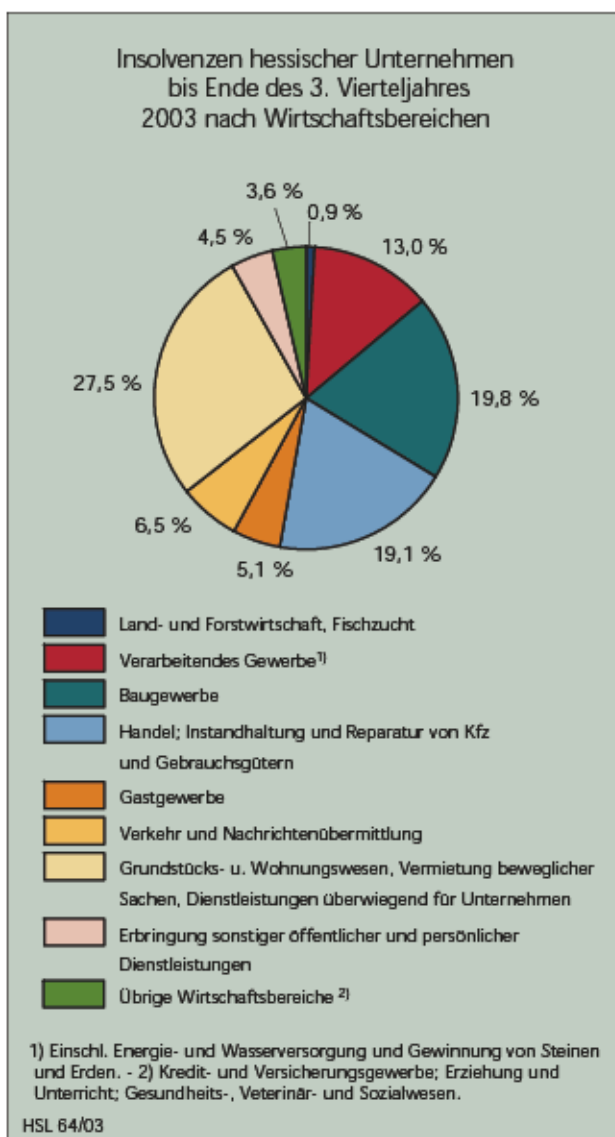
#### Verbraucherpreise um 0,9 % höher als vor Jahresfrist

Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt niedrig. Im dritten Quartal waren die Verbraucherpreise — wie bereits im ersten Quartal — um 0,9 % höher als ein Jahr zuvor. Im zweiten Quartal hatte die Teuerungsrate nur 0,7 % betragen. Wie im zweiten haben sich auch im dritten Quartal die Preisbewegungen für Heizöl und Kraftstoffe weitgehend gegenseitig neutralisiert: Während Heizöl im dritten Quartal um 3,1 % billiger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres war, stiegen die Kraftstoffpreise um 2,5 %.

Nahrungsmittel waren im dritten Quartal um 1,1 % teurer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, nachdem sie im ersten Quartal noch um 2,2 % und im zweiten Quartal um 0,3 % billiger gewesen waren. Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung) stiegen um 1,4 %. Dagegen gingen die Preise für Kleidung und Schuhe um 3 % zurück.

Im Einzelnen war der Verbraucherpreisindex im Juli um 0,7 % sowie im August und September um jeweils 1,0 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Innerhalb des dritten Quartals hat der Index zwar zunächst zugenommen, ist dann aber wieder auf den im Juli erreichten Stand zurückgefallen. Nachdem er von Juni auf Juli (beim Übergang vom zweiten auf das dritte Quartal) noch um 0,3 % gestiegen war, nahm er von Juli auf August nur noch um 0,1 % zu und sank dann bis September wieder um 0,1 %.

Zu Beginn des vierten Quartals blieb die Preisentwicklung weiter ruhig. Im Oktober war der Verbraucherpreisindex genau so hoch wie im September und um 1,1 % höher als ein Jahr zuvor. □



- Anfang 2003 gab es in 4 von 5 hessischen Haushalten mindestens einen *Personenkraftwagen*, nachdem 3 % der Haushalte sich in den letzten 5 Jahren erstmals einen PKW zugelegt hatten. Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 zeigen, dass ein Neuwagen aber nur noch in jedem dritten Haushalt anzutreffen war. Der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Neuwagen war damit auf den Stand des Jahres 1973 zurückgefallen. Ein „Gebrauchter“ wurde in jedem zweiten Haushalt genutzt. Geleaste Fahrzeuge waren in jedem zwanzigsten Haushalt anzutreffen. Die nochmalige Erhöhung der Ausstattung mit PKW ist auf überdurchschnittlich viele Erstanschaffungen in Ein- und Zweipersonenhaushalten zurückzuführen. Erstanschaffungen in Haushalten mit 3 oder mehr Personen blieben unter 1 %, denn 96 % dieser Haushalte nutzten mindestens einen PKW, sodass die Möglichkeiten weiterer Erstanschaffungen nahezu ausgereizt waren. Der PKW-Bestand insgesamt hat sich gegenüber 1998 um 6 % auf 110 PKW je 100 Haushalte erhöht, und zwar im Wesentlichen durch die Anschaffung gebrauchter Fahrzeuge (+ 10 %). Der Anteil fabrikneu gekaufter PKW sank dagegen um 6 % auf 40 %. Der Anteil geleaster Fahrzeuge war mit 6 % fast doppelt so hoch wie 1998.

- In den ersten 9 Monaten dieses Jahres zählten die *Beherbergungsbetriebe* mit 9 oder mehr Betten in Hessen 7,1 Mill. Ankünfte und 18,2 Mill. Übernachtungen. Dies waren jeweils 4 % weniger Gäste und Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2002. Während sich die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen in der „klassischen Hotellerie“, also bei den Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Hotels garnis gemäß der allgemeinen Entwicklung um etwa 4 % verringerte, schnitt die „Parahotellerie“, also beispielsweise Erholungs- und Schulungshelme, Ferienhäuser und -zentren sowie Jugendherbergen, bei den Ankünften mit – 3 % etwas besser ab. Die Zahl der Übernachtungen ging jedoch um knapp 5 % zurück. Etwas günstiger kamen die Vorsorge- und Reha-Kliniken davon: Sie hatten fast 2 % weniger Gäste, die annähernd 5 % weniger Übernachtungen buchten.

- Im Rahmen der derzeit in Wiesbaden stattfindenden Fachtagung des Deutschen Städtetages „KommOn 2003“ haben der Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Finanzen, Harald Lemke und der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Eckart Hohmann, das „*Internetportal Gewerbemeldungen*“ seiner Bestimmung übergeben. Dabei handelt sich um ein System für die Kommunikation zwischen den Kommunen und der Landesverwaltung in Hessen, mit dem eine leichtere Abwicklung von Verwaltungsprozessen mit Effizienzvorteilen wie Zeit- und Kostenersparnissen unmittelbar umgesetzt wird. Die Lieferung der monatlich 10 Mal bis zu 12 000 Meldungen im papiernen Durchschreibeformat an die in der Gewerbeordnung benannten Stellen wird ersetzt durch die einmalige Einspeisung über Internet in einen zentralen Datenserver. Der Datenserver informiert die jeweils empfangsberechtigten Stellen darüber, dass neue Gewerbemeldungen vorhanden sind und

fordert diese auf, die für sie bestimmten Angaben aus dem System über das Internet abzuholen. Auf Grund seiner umfangreichen Erfahrungen mit unterschiedlichen Datenübertragungsverfahren auf Bundes- und Landesebene und gefördert mit Mitteln von Hessen Media hat das Hessische Statistische Landesamt das Portal konzipiert, entwickelt und getestet. Die eGovernment-Anwendung wird den Beteiligten kostenfrei zur Verfügung gestellt. Das Internetportal bettet sich nahtlos in die eGovernment-Initiative der Landesregierung ein, durch die das Angebot internet-basierter Transaktionsdienstleistungen öffentlicher Einrichtungen gefördert wird. Das Projekt steigert die Akzeptanz von eGovernment in der Öffentlichkeit als Beitrag zur Modernisierung von Landes- und Kommunalverwaltungen. Das heute produktiv geschaltete System kann konsequent weiter entwickelt werden, um auch als Service für die gewerbliche Wirtschaft zur Verfügung zu stehen.

- *Diabetes mellitus* gehört seit Jahren zu den 20 häufigsten Erkrankungen der in hessischen Krankenhäusern behandelten Patienten. Im Jahr 2001 wurden 15 800 Patienten wegen Diabetes behandelt, 3800 oder 32 % mehr als 1996. Die durchschnittliche Verweildauer der Diabetes-Patienten im Krankenhaus sank von 15,7 Tagen im Jahr 1996 auf 12,9 im Jahr 2001. Frauen waren von Diabetes etwas häufiger betroffen als Männer. Der Anteil der Frauen an allen behandelten Diabetes-Patienten betrug 53 %, 1996 waren es noch 57 %. Bezüglich des Alters der Patienten gab es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Während Männer mit Diabeteserkrankungen in den Altersgruppen bis unter 65 Jahren fast durchweg höhere Anteilwerte aufwiesen als die Frauen, waren die Frauen ab einem Alter von über 70 Jahren stärker betroffen. In der Altersgruppe von 65 bis unter 70 Jahren waren die Anteile von Männern und Frauen nahezu identisch. Im Jahr 2002 starben rund 2610 Hessen an Diabetes, 62 % waren Frauen und 38 % waren Männer.

- In Hessen besitzen 3 von 4 Haushalten mindestens ein *Mobiltelefon*, mit einem Festnetzanschluss sind lediglich noch 95 % ausgestattet. Damit war Anfang 2003 in sechsmal mehr hessischen Haushalten ein Mobiltelefon anzutreffen als 1998. Für Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher unter 35 Jahren errechnete sich der höchste Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen (93 %). Zugänge zum Mobilnetz waren bei diesen Haushalten damit häufiger anzutreffen als Anschlüsse an das Festnetz (88 %). Haushalte mit 5 oder mehr Personen sind am besten ausgestattet. Hier nutzen 9 von 10 Haushalten Mobiltelefone, wobei es im Durchschnitt 225 Handys in 100 Mehrpersonenhaushalten dieser Größe gibt. Die Vorliebe junger Haushalte für Handys spiegelt sich auch im rechnerisch begründeten Rückgang des Ausstattungsgrads aller Haushalte mit Festnetzanschlüssen (– 3,3 %) wieder. Während die Gesamtzahl der Haushalte um 3,9 % wuchs, war die Zahl der Haushalte mit Festnetzanschluss nahezu gleichgeblieben. Für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003, über deren Ergebnisse hier berichtet wird, geben in Hessen 4700 Haushalte freiwillig Auskunft über ihre Ausstattung, ihre Wohnsituation sowie ihr Vermögen. Außerdem führen die Haushalte über drei Monate ein Haushaltsbuch, in dem sie die Einnahmen und Ausgaben aller Haushaltsmitglieder eintragen. Die EVS findet alle 5 Jahre statt, bundesweit nehmen 60 000 Haushalte teil.



*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern  
ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest  
und alles Gute im Neuen Jahr!*





# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6077,8 <sup>1)</sup>	6091,6 <sup>1)</sup>	6 079,1	6 080,8	6 082,5	6 089,1	6 088,7	6 087,6	6 088,5	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	1 684	1 785	3 677	1 180	1 816	1 921	3 452	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	5,0	3,3	3,6	7,1	2,5	3,5	3,8	6,7	
* Lebendgeborene	"	4 686	4 610	4 530	4 843	4 407	4 131	4 360	4 285	4 541	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,1	8,8	9,7	8,5	8,8	8,4	8,6	8,8	
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 948	5 031	5 094	5 519	4 852	5 087	5 844	5 070	4 679	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,9	9,9	11,0	9,4	10,9	11,3	10,1	9,0	
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	19	20	20	23	19	10	13	21	19	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,2	4,5	4,4	4,7	4,3	2,4	3,0	4,9	4,2	
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 262	- 420	- 564	- 676	- 445	- 956	- 1 484	- 785	- 138	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,5	- 0,8	- 1,1	- 1,4	- 0,9	- 2,0	- 2,9	- 1,6	- 0,3	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 598	13 993	12 420	13 983	12 256	11 772	12 879	13 049	11 736	
darunter aus dem Ausland	"	6 442	6 079	5 598	6 296	5 512	5 497	5 861	5 953	5 609	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 528	12 423	11 220	11 637	10 070	11 859	11 829	13 506	10 658	
darunter in das Ausland	"	6 209	5 274	4 927	4 798	4 123	6 069	5 793	6 761	4 906	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 070	1 570	1 200	2 346	2 186	- 87	1 050	- 457	1 078	
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 943	18 322	15 768	18 008	15 783	15 152	16 492	17 151	15 585	
		2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.	
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>											
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	210 290	207 551	208 750	248 582	246 084	238 537	236 953	
und zwar Frauen	"	89 647	91 432	91 381	89 971	90 492	106 630	106 386	103 163	102 501	
Männer	"	110 886	122 151	118 909	117 580	118 258	141 952	139 698	135 374	134 452	
Ausländer	"	42 684	45 295	43 337	43 634	44 289	50 892	49 865	50 089	50 445	
Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	27 250	25 330	23 615	32 934	32 967	29 542	27 370	
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,6	7,5	7,6	9,0	8,9	8,7	8,6	
und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,1	7,0	7,0	8,2	8,2	7,9	7,9	
Männer	"	7,6	8,4	8,1	8,0	8,1	9,8	9,6	9,3	9,2	
Ausländer	"	14,2	15,2	14,5	14,6	14,8	16,9	16,6	16,7	16,8	
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	7,4	6,9	6,4	9,1	9,1	8,2	7,6	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	8 876	9 389	10 585	20 139	16 380	18 540	10 718	
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	28 660	27 021	25 519	25 942	25 703	23 405	22 027	
		2000	2001	2000		2001		2002			
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.	
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5) 6)</sup>											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 240,4	2 223,5	2 192,6	2 214,7	2 187,1	
und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	970,2	968,0	956,4	969,1	962,3	
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	231,9	228,9	225,2	226,0	221,1	
Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	341,8	345,2	350,7	352,6	354,5	
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	287,8	289,7	293,8	295,0	295,4	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup> davon											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	14,1	12,5	14,0	14,1	12,3	
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,8	3,4	3,7	3,8	3,5	
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	551,2	545,8	533,3	532,3	525,9	
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	140,8	138,9	135,8	136,0	134,0	
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	123,5	116,8	114,0	115,7	108,7	
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,7	14,1	14,1	13,8	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	571,7	566,6	556,0	560,8	554,3	
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	252,9	251,2	246,7	248,6	246,0	
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	475,3	473,4	470,9	477,3	469,8	
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	216,9	216,2	214,9	217,8	214,8	
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	504,4	507,9	504,1	514,3	516,1	
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	340,7	343,3	341,2	348,8	350,1	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003; für 31.12.2002: Juli 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	4 588	5 236	5 246	3 845	3 836	3 944	6 506
Kälber	"	224	277	218	217	240	116	77	86	170
Schweine	"	95 275	85 364	82 744	81 062	78 269	64 992	57 315	54 637	76 693
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	2 217	1 827	2 716	1 881	1 244	1 420	3 102
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	9 398	9 536	9 054	7 708	7 143	6 735	9 446
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 389	1 574	1 526	1 192	1 241	1 183	1 950
* Kälbern	"	20	22	17	15	22	13	9	5	15
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 431	7 332	6 997	5 941	5 337	4 973	6 889
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	2 395	2 833	2 533	2 957
* Erzeugte Konsumier <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	30 166	29 156	26 455	26 745	27 753	27 115	26 627
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	87 451	83 937	79 355	87 422	86 866	83 494	79 665
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	83 784	80 269	75 805	84 091	83 424	80 052	76 334
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	17,2	16,5	16,1	18,4	17,7	17,0	16,7
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 353	3 345	3 341	3 185	3 184	3 179	3 167
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	453,0	453,7	452,8	436,5	435,6	435,8	435,3
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	269,6	263,0	264,4	264,2	263,1	251,7	252,1	252,1	251,2
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	.	.	.	.	52 465	57 803	49 265	56 537
* Bruttohohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	668,4	639,0	626,9	652,1	648,9	637,3	636,5
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	741,9	727,9	727,4	790,6	732,7	723,9	728,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	7 000,6	6 738,7	7 583,2	6 887,3	7 149,0	6 134,0	7 537,5
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 755,2	2 556,7	2 995,2	2 848,6	2 828,5	2 384,5	3 144,6
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,3	39,4	37,9	39,5	41,4	39,6	38,9	41,7
Volumenindex des Auftragselings <sup>7)</sup>										
Insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	- 2,2	- 1,6	5,1	- 2,5	1,6	- 5,4	- 2,7	- 9,0	2,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	6,5	- 5,8	0,8	- 5,2	0,4	- 7,1	5,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	7,9	4,1	2,7	- 6,5	- 8,9	- 12,5	- 1,1
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	1,4	- 9,8	11,2	- 16,5	- 3,2	- 12,9	- 10,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 9,2	- 9,1	- 3,5	2,9	8,3	- 1,7	6,9
Volumenindex des Auftragselings										
nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	3,9	- 7,0	- 3,3	- 2,8	- 1,9	- 6,5	7,3
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	10,9	- 6,7	- 7,7	- 6,8	- 2,8	7,9	8,0
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	- 2,3	27,4	14,6	- 11,3	- 4,9	- 38,5	- 19,6
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 1,7	- 12,0	- 6,6	- 10,0	0,5	- 3,9	10,6
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	108	107	107	106
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 078	18 166	18 211	17 445	17 464	17 459	17 527
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)</sup>	1000 h	.	2 273	2 261	2 250	2 254	2 059	2 307	1 956	2 277
* Bruttohohn- und -gehaltssumme <sup>9)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	62,8	56,3	56,4	63,4	62,2	55,9	55,7
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 424,1	2 243,8	2 264,3	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	.	86,8	82,3	.	.	...
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	.	99,9	91,5	.	.	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Inneren. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	58,0	54,8	53,6	54,4	54,6	52,5	52,6	52,8	52,4
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	28,2	28,2	28,3	28,2	28,4	28,4	27,0
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,1	8,3	8,3	7,5	7,6	7,5	8,4
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,1	2,5	2,5	2,2	2,0	2,3	2,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	5 463	5 501	5 615	5 287	5 991	4 972	5 755
darunter										
Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 118	2 073	2 150	2 197	2 450	2 005	2 321
gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 512	1 502	1 526	1 431	1 591	1 340	1 540
öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 806	1 903	1 916	1 632	1 920	1 604	1 871
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	92,8	89,8	87,3	84,0	90,8	88,1	88,0
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	38,1	36,6	36,3	38,5	34,9	34,5	32,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	512,8	483,4	526,0	527,4	538,6	476,4	549,9	475,2	510,0
Wohnungsbau	"	141,1	134,5	153,0	140,8	152,4	156,5	180,3	148,5	173,6
gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	205,6	215,3	213,4	162,0	172,0	153,3	158,8
öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	165,6	170,0	171,4	155,4	195,4	171,5	176,4
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>3)</sup> darunter	1995=100	95,6	83,9	84,5	89,2	83,7	82,5	83,1	78,4	94,6
Wohnungsbau	"	86,4	74,7	71,5	66,9	72,1	89,4	95,8	91,6	114,0
gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	67,7	78,7	65,1	59,8	59,4	54,2	65,2
öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	113,5	112,1	114,6	113,2	113,3	109,1	130,6
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,2	.	.	23,5	21,4	.	.	21,6
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 430	.	.	6 663	5 981	.	.	6 392
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	109,4	.	.	110,1	98,9	.	.	101,8
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	59,9	.	.	57,3	58,0	.	.	53,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	591,5	.	.	640,0	489,6	.	.	537,1
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	812	761	738	498	499	602	590
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	677	655	635	444	455	517	528
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	912	880	839	586	514	844	655
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	180	169	156	104	95	152	124
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	222 671	210 515	206 129	135 568	120 218	187 889	152 016
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	174	198	161	146	138	140	135
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	1 665	1 999	1 479	1 636	1 030	1 140	1 692
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	287	278	237	249	182	216	321
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	371 669	224 386	194 165	255 246	165 995	160 885	277 050
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	2 146	1 851	1 712	1 108	1 026	1 658	1 238
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	10 464	9 384	8 534	5 902	5 349	7 742	6 476
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel <sup>7)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	86,2	82,3	.	82,1	85,4	79,8	96,7
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	88,2	84,1	.	82,8	86,3	80,8	82,9
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	97,5	98,5	.	90,8	90,7	91,3	91,6
Einzelhandel <sup>9)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	100,3	96,8	98,0	97,9	92,0	97,6	89,7	96,4
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	102,0	98,2	99,1	99,1	93,7	99,1	91,0	97,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	111,7	106,8	110,4	102,5	108,8	112,3	107,5	103,9
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	107,7	105,6	106,3	106,2	103,8	113,0	97,6	111,7
Bekleidung	"	101,0	97,4	90,6	85,2	100,1	84,0	88,9	70,2	94,5
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	85,7	77,4	80,7	71,1	81,6	72,8	80,5
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,0	108,0	104,7	98,2	104,5	107,8	100,0	110,0
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,9	95,7	96,1	96,3	92,4	92,3	92,4	93,0
Kfz-Handel u. Tankstellen <sup>14)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	91,7	96,5	82,8	88,7	93,4	99,8	82,5	90,9
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	93,2	98,0	84,1	90,3	95,6	102,5	84,8	93,5
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,6	92,1	94,0	94,3	91,7	91,8	92,6	91,8
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,4	86,2	88,0	97,5	85,4	84,6	82,3	94,3
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,5	91,6	93,5	103,3	90,2	89,2	86,8	99,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	91,9	83,7	84,2	111,0	84,4	79,1	76,3	113,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	"	99,4	94,0	92,0	96,4	93,8	94,4	92,2	90,0	86,1
Kantinen und Caterer	"	101,2	99,4	107,4	103,5	110,5	94,6	106,6	102,8	107,9
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	95,0	94,8	95,7	94,6	90,8	91,1	91,4	93,6

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 643,4	2 671,4	2 722,5	2 842,5	2 884,8	2 527,5	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	72,2	58,6	78,0	67,7	68,0	97,9	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 571,2	2 612,8	2 644,5	2 651,2	2 700,2	2 321,0	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	19,1	16,8	14,6	18,2	17,9	16,3	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	115,6	182,4	196,5	128,3	160,6	127,2	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 436,5	2 413,6	2 433,4	2 504,8	2 521,8	2 177,5	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	542,8	490,3	469,5	449,5	464,5	463,0	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 893,7	1 923,3	1 963,9	2 055,3	2 057,3	1 714,5	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	750,7	660,0	667,2	705,9	708,5	670,0	...
Maschinen	"	...	383,8	411,3	367,1	348,0	369,0	379,8	348,1	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	211,3	302,2	344,1	321,9	303,7	231,2	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	255,2	288,6	215,5	259,3	241,3	208,2	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	192,2	181,8	174,0	170,8	184,3	174,4	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 835,8	1 847,7	1 906,6	2 041,7	1 979,2	1 798,7	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 428,4	1 365,6	1 361,2	1 533,5	1 445,8	1 347,8	...
* Afrika	"	47,3	44,1	59,6	46,3	46,7	39,6	50,8	50,1	...
* Amerika	"	371,0	348,1	350,6	343,8	358,9	334,5	359,5	318,5	...
* Asien	"	360,0	374,6	375,7	413,1	390,5	404,9	471,5	341,4	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	21,8	20,5	19,8	21,8	23,7	18,9	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	3 843,8	3 643,3	3 786,3	4 065,3	3 830,8	3 734,2	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	191,8	164,0	183,7	170,2	181,8	186,5	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 652,0	3 479,3	3 602,6	3 584,9	3 370,9	3 276,2	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	75,6	64,3	56,5	69,4	67,2	52,5	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	249,7	308,5	316,9	194,6	217,3	260,0	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 326,7	3 106,5	3 229,2	3 320,8	3 086,3	2 963,7	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	382,1	393,4	364,2	388,1	357,2	337,7	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 944,6	2 713,1	2 865,0	2 932,7	2 729,2	2 625,9	...
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 594,8	2 345,4	2 508,8	2 774,7	2 530,9	2 362,3	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	1 977,4	1 785,2	1 891,3	2 141,6	1 913,2	1 830,7	...
* Afrika	"	91,0	82,1	63,2	109,1	79,4	51,1	105,5	68,7	...
* Amerika	"	662,6	521,1	491,3	491,0	493,2	451,2	432,4	538,2	...
* Asien	"	724,5	697,3	690,6	693,4	700,5	776,4	752,2	759,2	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	3,9	4,4	4,4	11,8	9,7	5,8	...
TOURISMUS <sup>3)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	837	876	976	828	837	766	971
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	250	244	252	191	234	219	239
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	2 291	2 409	2 464	2 067	2 216	2 222	2 366
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	466	487	486	338	443	447	431
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	722	740	721	660	672	687	681
Luftkurorte	"	124	118	148	159	149	142	160	161	143
Erholungsorte	"	98	92	140	144	110	112	124	135	104
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 282	1 367	1 484	1 153	1 261	1 239	1 438
darunter Großstädte	"	575	550	539	578	654	483	512	520	637
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 256	1 097	1 154	1 182	978	814	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	208	181	226	171	189	144	...
* Gütereingang	"	1 037	930	1 048	916	928	1 012	789	670	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2003 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	29 066	26 736	28 281	31 853	29 684	23 303	28 369
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	25 348	23 226	25 185	27 837	25 909	20 065	24 887
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 467	1 599	1 797	1 516	1 517	1 487	2 157
* Kraftträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	1 713	1 502	856	1 892	1 644	1 402	895
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	299	235	281	393	317	212	289
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	3 021	3 266	3 378	3 268	3 356	3 006	3 295
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 268	2 473	2 511	2 538	2 598	2 282	2 527
* Getötete Personen	"	43	42	44	33	50	54	40	51	56
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 015	3 253	3 415	3 327	3 418	2 961	3 361
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	.	101 788	113 496	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	.	.	100 301	112 067	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	.	1 487	1 430	.	.	...
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 206	24 600	.	.	82 290	74 151	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	.	.	63 803	58 311	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	.	18 487	15 840	.	.	...
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	.	143 179	135 149	.	.	...
davon aus										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	.	.	107 961	105 145	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	.	35 218	30 005	.	.	...
GELD UND KREDIT										
Banken <sup>6)</sup>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	.	.	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101	.	.	.	.	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	.	.	.	.	.
Einzinsen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	.	.	.	.	.
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	485	448	429	498	624	416	558
davon										
* Unternehmen	"	167	186	246	196	177	192	244	168	162
* Verbraucher	"	73	100	108	100	93	151	177	122	209
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	33	48	52	82	111	63	100
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	98	104	107	73	92	63	87
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	408 152	226 676	1 567 351	546 072	164 045	232 695	150 780	159 715
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	4 839	5 274	5 097	...	...	...	...
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 462	4 242	4 359	...	...	...	...
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	103,3	103,1	103,0	103,7	104,0	104,1	104,0
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	103,9	102,7	102,5	104,4	104,2	103,3	103,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	106,1	106,1	106,1	111,0	111,5	112,0	112,4
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	99,4	99,5	100,2	97,8	96,5	96,1	97,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	103,3	103,4	103,6	104,9	105,1	105,2	105,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,7	101,7	101,6	101,4	101,3	101,1	100,9
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	104,6	104,5	105,2	105,8	106,0	106,6	106,0
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	96,4	95,9	95,9	96,2	96,1	96,0	97,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	103,1	102,3	101,4	100,0	101,3	102,1	100,7
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	107,3	107,1	104,0	105,5	107,9	108,2	107,4
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	2000 = 100	101,0 <sup>14)</sup>	101,0 <sup>14)</sup>	.	101,1	.	.	.	100,8	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassensämter; (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

# Hessischer Zahlenspiegel

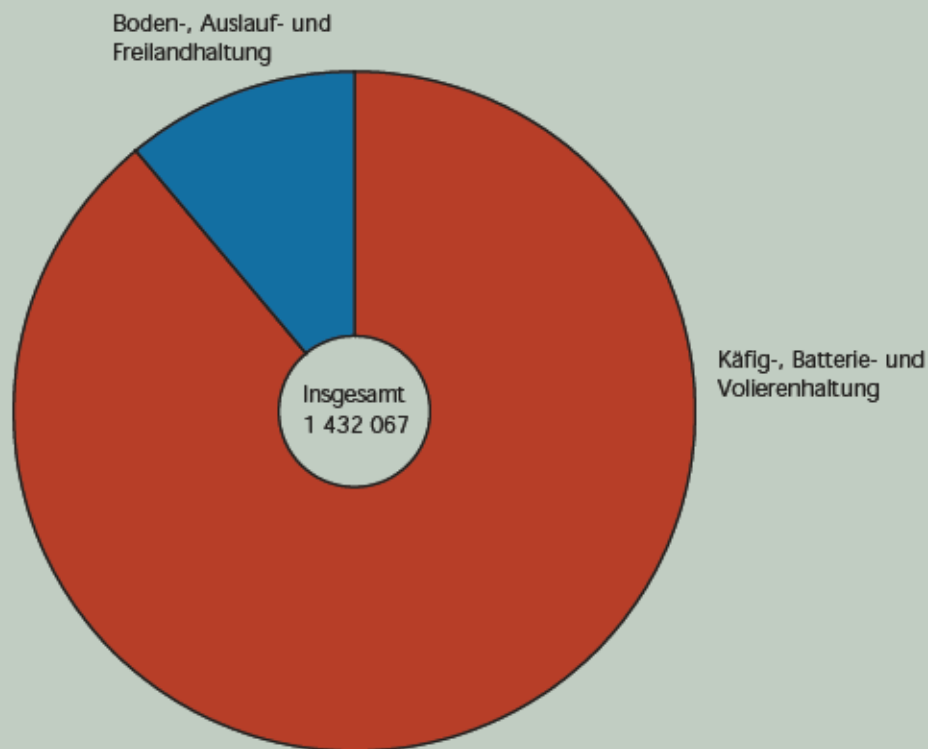
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	3 090,0	2 810,3	2 912,7	3 823,9	3 187,9	2 793,9	3 371,3
davon	-	3 014,8	2 722,8	2 796,8	2 579,2	2 764,1	3 399,0	2 616,3	2 278,8	2 965,3
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 491,7	1 351,7	1 279,1	1 388,0	1 504,5	1 326,0	1 278,7
davon	-	64,1	64,4	- 131,9	- 86,7	419,7	370,1	- 191,2	- 99,3	439,3
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	256,6	181,1	440,9	180,2	50,2	279,6	408,1	193,1	32,9
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	215,5	180,8	137,6	148,2	224,2	162,7	112,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 6,7	- 65,1	252,9	353,4	- 112,6	- 155,3	371,8
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	745,4	727,3	655,4	871,7	507,7	732,2	647,8	707,8	613,7
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	154,2	136,8	131,9	146,6	116,9	127,5	135,3	143,8	116,1
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	66,8	63,2	36,5	296,8	306,3	346,8	281,9
Einfuhrumsatzsteuer	-	41,9	52,0	0,0	0,0	0,0	57,5	53,5	53,9	58,8
Bundessteuern	-	67,9	78,1	0,0	0,0	0,0	47,8	52,2	113,3	43,8
darunter	-	11,5	9,0	8,1	10,4	8,4	9,1	6,8	13,9	12,5
Mineralölsteuer	-	141,3	126,8	144,5	157,5	103,6	119,0	135,0	134,8	111,6
Vermögenssteuer	-	3,3	3,9	2,3	19,7	2,8	6,1	1,4	1,3	2,1
Erbschaftsteuer	-	23,6	18,0	21,5	20,1	23,7	23,2	22,4	40,5	22,0
Grunderwerbsteuer	-	43,5	41,4	49,3	57,2	30,0	36,1	36,6	35,0	32,6
Kraftfahrzeugsteuer	-	53,2	48,9	51,3	44,1	40,7	48,0	51,7	40,7	42,5
Gewerbsteuerumlage	-	26,5	30,5	73,8	0,0	0,0	0,0	123,5	19,6	0,0
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5	2 056,0	889,2	1 574,2
davon	-	3,0	4,3	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	4,3	3,8
Grundsteuer A	-	154,9	152,3	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	148,5	177,7
Grundsteuer B	-									
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	491,5	561,4	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	710,1	710,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	597,2	584,3	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	137,4	597,4
andere Steuern <sup>5)</sup>	-	16,0	15,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	15,5	17,4
		2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli
VERDIENSTE <sup>7)</sup>										
Arbeiterverdienste										
(Im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	2 508	2 543
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	2 587	2 623
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	2 739	2 769
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 896	1 898	1 935	1 937	1 938	1 949	1 974
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	1 798	1 832
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	15,45	15,51
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	15,91	15,96
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	17,00	17,03
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	12,16	12,24
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	11,08	11,19
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	3 720	3 758
* männlich	-	3 843	3 941	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	3 969	4 003
* weiblich	-	2 863	2 963	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	3 014	3 059
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	3 508	3 542
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	3 906	3 946
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 060	3 365	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	3 431	3 451
* männlich	-	3 380	3 725	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	3 788	3 815
* weiblich	-	2 617	2 823	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	2 885	2 896
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	3 426	3 443
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 487	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	3 542	3 569

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.



Legehennen nach Haltungsformen im Dezember 2002<sup>1)</sup>



1) In Betrieben bzw. in Betrieben von Unternehmen mit 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen.

HSL 67/03

Siehe auch Text auf Seite 297.

## Langzeitstudierende an hessischen Hochschulen sollen zukünftig Studiengebühren zahlen - wie viele wären betroffen?

*In Hessen sollen Studiengebühren für Langzeitstudierende an den staatlichen Hochschulen eingeführt werden. Die Studentendaten des Wintersemesters 2002/03 wurden ausgewertet, um einen Überblick über die Anzahl der von der Gebührenzahlung Betroffenen zu geben. Dabei konnten anzurechnende Besonderheiten (wie Teilzeitstudium) nicht berücksichtigt werden. Insgesamt wären maximal 26 100 Studierende im Erststudium und etwa 12 000 Studierende in einem weiteren Studium mit Studiengebühren belastet; das sind insgesamt 25 % der Studierenden an den staatlichen Hochschulen. Anhand der Prüfungsdaten wird aufgezeigt, dass Langzeitstudierende Studienerfolge erzielt haben: Knapp 30 % der Absolventen beendeten im letzten Prüfungsjahr ein Erststudium erst im gebührenpflichtigen Zeitraum erfolgreich und rund 5 % der Absolventen nach rund der doppelten Regelstudienzeit. Besonders in den Ingenieurwissenschaften wurde die Regelstudienzeit deutlich überschritten.*

### Einführung von Studiengebühren

Die Hessische Landesregierung plant die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende an den staatlichen Hochschulen. Ende Oktober 2003 wurde ein entsprechender Gesetzentwurf einstimmig verabschiedet und zu einer ersten Lesung Anfang November in den Landtag eingebracht. Danach können die mindestens 8-semesterigen *Regelstudienzeiten* der verschiedenen Studiengänge an den staatlichen Universitäten, Fachhochschulen oder Kunsthochschulen bis zu 4 Semester überschritten werden, ehe eine Gebührenpflicht eintritt; für kürzere Studiengänge reduziert sich diese Zahl auf 3. Bei einem Teilzeitstudium kann sich die Zeit des gebührenfreien Studiums verdoppeln; auch ein einmaliger Fachwechsel im ersten Studienjahr soll keine finanziell nachteiligen Folgen haben. Durch Rechtsverordnung sollen weitere Sondersituationen während eines Studiums (wie z. B. Betreuung von Kindern oder Teilzeitstudium wegen notwendiger Nebentätigkeit) berücksichtigt werden. Jede/r Studierende soll demzufolge zu Beginn des Studiums ein „*Studienguthaben*“ erhalten, dessen gebührenfreie Semesterzahl vom Studienfach und Abschluss sowie ggf. Sonderbedingungen abhängt. Die Gebührenpflicht soll erstmals zum Sommersemester 2004 greifen, mit einer Übergangsregelung für Studierende, die das Studium bis Frühjahr 2006 erfolgreich abgeschlossen haben werden. Nach Verbrauch des Studienguthabens sollen im ersten gebührenpflichtigen Semester mindestens 500 Euro, im zweiten mindestens 700 Euro und in den folgenden mindestens je 900 Euro gezahlt werden. Die Hessische Landesregierung verfolgt neben dem Ziel der Studienzeitverkürzung auch die Absicht, den Missbrauch des Studentenstatus zur Erlangung sozialer Vergünstigungen einzudämmen sowie keine Steuergelder für „Scheinstudenten“ zu zahlen.

### Wie viele Studierende wären von dieser Neuregelung betroffen?

Um eine Größenordnung aufzeigen zu können, wurden die Studentendaten des Wintersemesters 2002/03 an den zwölf staatlichen Hochschulen nach Studienlänge, d. h. anhand der Anzahl der eingeschriebenen Hochschulsemester (ohne Urlaubssemester), ausgewertet. In den Prüfungsordnungen sind für die einzelnen Studienfächer und Abschlüsse die Regelstudienzeiten festgelegt. Es wurde für jedes Studienfach ein Studienguthaben errechnet, in dem bei Regelstudienzeiten unter 8 Semestern 3 zusätzliche zur Regelstudienzeit gezählt wurden und bei mindestens 8-semesterigen Studiengängen 4 Semester. Um studienspezifische Besonderheiten deutlich machen zu können, wurden die Daten nach der Hochschulart sowie nach Fächergruppen des ersten Studienfachs unterteilt. Letzteres ist nur für diejenigen Studiengänge von Bedeutung, in denen gleichzeitig mehrere Studienfächer belegt sind, wie z. B. im Lehramtsstudium. Mit dieser Zusammenstellung wird aufgezeigt, wie viele Studierende innerhalb bzw. außerhalb des Studienguthabens eingeschrieben waren.

### 20 % der Studierenden in einem Erststudium müssten Gebühren zahlen

Im Wintersemester 2002/03 waren insgesamt 131 600 Studierende an den zwölf staatlichen Hochschulen in einem Erststudium eingeschrieben, davon 80 % innerhalb des errechneten Studienguthabens. Maximal 26 100 Studierende im Erststudium hätten Studiengebühren zahlen müssen. Das errechnete durchschnittliche Studienguthaben insgesamt lag im letzten Wintersemester bei 12,6 Fachsemestern. Ab dem 14. Hochschulsemester waren 23 750 (18 %) Studierende immatrikuliert, darunter knapp 11 000 (8 %) ab dem 20. Hochschulsemester.

Studierende im Erststudium an den staatlichen Hochschulen in Hessen im WS 2002/03  
nach Fächergruppe des 1. Studienfaches und Studienzeitraum

Hochschulart —— Fächergruppe	Durchschnittliches Studienguthaben in Semestern <sup>1)</sup>	Studierende	davon			
			innerhalb		außerhalb	
			des Studienguthabens <sup>2)</sup>			
			Anzahl	%	Anzahl	%
Staatliche Hochschulen insgesamt <sup>3)</sup> davon	12,6	131 624	105 550	80,2	26 074	19,8
Universitäten davon	13,0	93 647	74 931	80,0	18 716	20,0
Sprach- und Kulturwissenschaften	12,6	24 471	19 166	78,3	5 305	21,7
Sport	12,2	2 607	2 015	77,3	592	22,7
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwiss.	12,4	26 644	20 941	78,6	5 703	21,4
Mathematik, Naturwissenschaften	12,9	16 974	13 911	82,0	3 063	18,0
Humanmedizin	16,5	8 028	7 439	92,7	589	7,3
Veterinärmedizin	15,0	1 406	1 290	91,7	116	8,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	12,3	2 071	1 650	79,7	421	20,3
Ingenieurwissenschaften	12,5	8 713	6 521	74,8	2 192	25,2
Kunst, Kunstwissenschaft	12,6	2 733	1 998	73,1	735	26,9
Fachhochschulen davon	11,6	36 885	29 689	80,5	7 196	19,5
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwiss.	11,5	12 056	10 207	84,7	1 849	15,3
Mathematik, Naturwissenschaften	11,4	7 004	5 766	82,3	1 238	17,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	12,0	1 468	1 321	90,0	147	10,0
Ingenieurwissenschaften	11,8	15 348	11 542	75,2	3 806	24,8
Kunst, Kunstwissenschaft	11,8	1 009	853	84,5	156	15,5
Kunsthochschulen	13,3	1 092	930	85,2	162	14,8

1) Berechnung des Studienguthabens: bei Studiengängen mit mindestens 8 Semestern Regelstudienzeit werden zu dieser 4 weitere Semester addiert; bei Studiengängen mit kürzerer Regelstudienzeit entsprechend 3 Semester.— 2) Zu Grunde liegt die Studiendauer in Hochschulsemestern (ohne Urlaubssemester).— 3) Universitäten: U Frankfurt a. M., U Gießen, U Marburg, U Kassel, TU Darmstadt; Fachhochschulen: FH Darmstadt, FH Frankfurt a. M., FH Fulda, FH Gießen-Friedberg, FH Wiesbaden; Kunsthochschulen: H für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt a. M., H für Gestaltung Offenbach.

An den *Universitäten* waren 18 700 Studierende und damit 20 % außerhalb des gebührenfreien Zeitbudgets eingeschrieben. Das durchschnittliche Studienguthaben lag bei 13 Semestern und war mit 12,2 Semestern in Sport und 12,3 Semestern in Agrar- und Ernährungswissenschaften am kürzesten, gegenüber 15 Semestern in Veterinärmedizin und 16,5 Semestern in Humanmedizin. Der Anteil der Studierenden außerhalb des Studienguthabens war in den Fächergruppen unterschiedlich, mit dem niedrigsten Wert in Humanmedizin (7 %) und Veterinärmedizin (8 %) und dem höchsten Wert in Kunst (27 %) und Ingenieurwissenschaften (25 %). Die Zahl der Langzeitstudierenden ab dem 20. Hochschulsemester nahm in den letzten zehn Jahren absolut und relativ kontinuierlich zu und zwar von 4300 (4 %) auf aktuell 8000 (9 %). Eine Betrachtung nach Fächergruppen verdeutlicht, dass absolut die meisten dieser Langzeitstudierenden in den meistbelegten Fächergruppen eingeschrieben waren: Von den 8000 Langzeitstudierenden im Wintersemester 2002/03 waren 2400 in Sprach- und Kulturwissenschaften, 2200 in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und 1450 in Mathematik/ Naturwissenschaften immatrikuliert. Anteilmäßig hatten die Langzeitstudierenden mit mindestens 20 Hochschulsemestern insbesondere in Kunst mit 14 % und Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften mit jeweils fast 10 % eine überdurchschnittliche Bedeutung, während die entspre-

chenden Anteile in Veterinärmedizin und in Humanmedizin 4 % betrugen.

An den fünf staatlichen *Fachhochschulen* waren im Wintersemester 2002/03 gut vier Fünftel der Studierenden eines Erststudiums innerhalb des Studienguthabens immatrikuliert und ein Fünftel der Studierenden überschritten dieses. Über die Hälfte dieser Studierenden außerhalb des Zeitguthabens war in den Ingenieurwissenschaften eingeschrieben und damit in derjenigen Fächergruppe, die 42 % der FH-Studierenden belegten. Der Anteil der Studierenden außerhalb des Studienguthabens war in den Ingenieurwissenschaften mit 25 % um 9 Prozentpunkte höher als in den anderen Fächergruppen. Auch die Zahl der Studierenden ab dem 20. Hochschulsemester war hier mit 11 % deutlich höher als in den anderen Studienbereichen (Agrarwissenschaften 3 %, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 4 %, Kunst knapp 5 %, Mathematik/Naturwissenschaften 5 %). Von den 2600 Studierenden ab dem 20. Hochschulsemester waren 1600 (62 %) in den Ingenieurwissenschaften eingeschrieben.

An den zwei staatlichen *Kunsthochschulen*, an denen sich im Schnitt der letzten zehn Jahre gut 1000 Studierende immatrikulierten, waren aktuell nur 15 % außerhalb des Studienguthabens, darunter rund 4 % im 20. oder höheren Hochschulsemester eingeschrieben. Somit gab es hier weni-



Studierende im Erststudium an den staatlichen Hochschulen in Hessen im WS 2002/03  
nach Fächergruppe des 1. Studienfaches und Hochschulsemestern

Hochschulart — Fächergruppe	Studier- ende	davon im ... Hochschulsemester (ohne Urlaubssemester)															
		1. bis 13.		14.		15.		16.		17.		18.		19.		20. oder höheren	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Staatliche Hochschulen insgesamt <sup>1)</sup>	131 624	107 882	82,0	2 072	1,6	3 862	2,9	1 379	1,0	2 661	2,0	1 037	0,8	2 093	1,6	10 638	8,1
davon																	
Universitäten	93 647	75 724	80,9	1 557	1,7	2 922	3,1	1 038	1,1	2 033	2,2	771	0,8	1 608	1,7	7 994	8,5
davon																	
Sprach- und Kulturwissenschaften	24 471	19 481	79,6	418	1,7	702	2,9	317	1,3	498	2,0	251	1,0	399	1,6	2 405	9,8
Sport	2 607	2 104	80,7	43	1,6	94	3,6	35	1,3	60	2,3	24	0,9	47	1,8	200	7,7
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwiss.	26 644	21 664	81,3	435	1,6	848	3,2	300	1,1	576	2,2	213	0,8	426	1,6	2 182	8,2
Mathematik, Naturwissenschaften	16 974	14 036	82,7	174	1,0	456	2,7	125	0,7	349	2,1	85	0,5	306	1,8	1 443	8,5
Humanmedizin	8 028	6 658	82,9	311	3,9	264	3,3	131	1,6	149	1,9	77	1,0	74	0,9	364	4,5
Veterinärmedizin	1 406	1 244	88,5	7	0,5	39	2,8	10	0,7	22	1,6	11	0,8	14	1,0	59	4,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	2 071	1 698	82,0	23	1,1	60	2,9	17	0,8	46	2,2	25	1,2	39	1,9	163	7,9
Ingenieurwissenschaften	8 713	6 794	78,0	92	1,1	378	4,3	72	0,8	267	3,1	47	0,5	253	2,9	810	9,3
Kunst, Kunstwissenschaft	2 733	2 045	74,8	54	2,0	81	3,0	31	1,1	66	2,4	38	1,4	50	1,8	368	13,5
Fachhochschulen	36 885	31 233	84,7	495	1,3	901	2,4	330	0,9	606	1,6	259	0,7	464	1,3	2 597	7,0
davon																	
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwiss.	12 056	10 725	89,0	138	1,1	228	1,9	85	0,7	151	1,3	75	0,6	121	1,0	533	4,4
Mathematik, Naturwissenschaften	7 004	6 117	87,3	61	0,9	186	2,7	39	0,6	119	1,7	34	0,5	84	1,2	364	5,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	1 468	1 350	92,0	7	0,5	25	1,7	12	0,8	21	1,4	4	0,3	7	0,5	42	2,9
Ingenieurwissenschaften	15 348	12 152	79,2	274	1,8	435	2,8	184	1,2	306	2,0	142	0,9	242	1,6	1 613	10,5
Kunst, Kunstwissenschaft	1 009	889	88,1	15	1,5	27	2,7	10	1,0	9	0,9	4	0,4	10	1,0	45	4,5
Kunsthochschulen	1 092	925	84,7	20	1,8	39	3,6	11	1,0	22	2,0	7	0,6	21	1,9	47	4,3

<sup>1)</sup> Universitäten: U Frankfurt a. M., U Gießen, U Marburg, U Kassel, TU Darmstadt; Fachhochschulen: FH Darmstadt, FH Frankfurt a. M., FH Fulda, FH Gießen-Friedberg, FH Wiesbaden; Kunsthochschulen: H für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt a. M., H für Gestaltung Offenbach.

Erfolgreiche Absolventen eines Erststudiums an den staatlichen Hochschulen in Hessen im Prüfungsjahr 2002<sup>1)</sup>  
nach Hochschularten, Fächergruppe des 1. Studienfaches und Abschlusszeitraum

Hochschulart Fächergruppe	Absol- venten	davon mit Abschluss															
		innerhalb des Studiengut- habens (SG)		SG + 1 Semester		SG + 2 Semester		SG + 3 Semester		SG + 4 Semester		SG + 5 Semester		SG + 6 Semester		SG + 7 oder mehr Semester	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Staatliche Hochschulen insgesamt <sup>2)</sup>	12 148	8 756	72,1	864	7,1	640	5,3	442	3,6	371	3,1	245	2,0	220	1,8	610	5,0
davon																	
Universitäten	8 080	5 774	71,5	617	7,6	414	5,1	312	3,9	257	3,2	172	2,1	139	1,7	395	4,9
davon																	
Sprach- und Kulturwissenschaften	1 718	1 209	70,4	151	8,8	94	5,5	75	4,4	56	3,3	19	1,1	36	2,1	78	4,5
Sport	244	167	68,4	22	9,0	15	6,1	14	5,7	6	2,5	7	2,9	2	0,8	11	4,5
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwiss.	2 258	1 584	70,2	186	8,2	132	5,8	76	3,4	80	3,5	60	2,7	33	1,5	107	4,7
Mathematik, Naturwissenschaften	1 370	1 009	73,6	97	7,1	73	5,3	32	2,3	42	3,1	32	2,3	27	2,0	58	4,2
Humanmedizin	836	763	91,3	22	2,6	16	1,9	14	1,7	9	1,1	2	0,2	4	0,5	6	0,7
Veterinärmedizin	175	168	96,0	—	—	3	1,7	2	1,1	—	—	2	1,1	—	—	—	—
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	212	169	79,7	16	7,5	9	4,2	4	1,9	2	0,9	3	1,4	2	0,9	7	3,3
Ingenieurwissenschaften	1 002	527	52,6	105	10,5	55	5,5	85	8,5	54	5,4	44	4,4	28	2,8	104	10,4
Kunst, Kunstwissenschaft	265	178	67,2	18	6,8	17	6,4	10	3,8	8	3,0	3	1,1	7	2,6	24	9,1
Fachhochschulen	3 975	2 920	73,5	244	6,1	217	5,5	129	3,2	109	2,7	68	1,7	80	2,0	208	5,2
davon																	
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwiss.	1 399	1 204	86,1	57	4,1	49	3,5	19	1,4	13	0,9	15	1,1	18	1,3	24	1,7
Mathematik, Naturwissenschaften	422	344	81,5	20	4,7	16	3,8	13	3,1	7	1,7	7	1,7	5	1,2	10	2,4
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	218	190	87,2	6	2,8	10	4,6	2	0,9	2	0,9	1	0,5	1	0,5	6	2,8
Ingenieurwissenschaften	1 814	1 091	60,1	142	7,8	137	7,6	92	5,1	85	4,7	45	2,5	56	3,1	166	9,2
Kunst, Kunstwissenschaft	122	91	74,6	19	15,6	5	4,1	3	2,5	2	1,6	—	—	—	—	2	1,6
Kunsthochschulen	93	62	66,7	3	3,2	9	9,7	1	1,1	5	5,4	5	5,4	1	1,1	7	7,5

1) WS 2001/02 + SS 2002. — 2) Universitäten: U Frankfurt a. M., U Gießen, U Marburg, U Kassel, TU Darmstadt; Fachhochschulen: FH Darmstadt, FH Frankfurt a. M., FH Fulda, FH Gießen-Friedberg, FH Wiesbaden; Kunsthochschulen: H für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt a. M., H für Gestaltung Offenbach.

ger Langzeitstudierende im Erststudium als an den Universitäten und Fachhochschulen.

### **Insgesamt wäre für rund 25 % der Studierenden das Studium gebührenpflichtig . . .**

Grundsätzlich sind Zweitstudien (einschl. Aufbau- sowie Ergänzungsstudiengänge) gebührenpflichtig; allerdings sollen für konsekutive Bachelor- und Masterstudiengänge Studienguthaben wie für Erststudien eingeräumt werden, und für Aufbaustudien gibt es die Möglichkeit, ein weiteres Studienguthaben zu erhalten, wenn das Erststudium mit überdurchschnittlichem Ergebnis abgeschlossen wurde. Außer den 131 600 Studierenden im Erststudium an den staatlichen Hochschulen gab es in einem weiteren Studium (Zweit-, Aufbau-, Ergänzungs-, jedoch ohne Promotionsstudium) 15 350 Studierende an den staatlichen Universitäten, 2750 an den staatlichen Fachhochschulen und 250 an den staatlichen Kunsthochschulen. Von diesen 18 350 Studierenden hätten auf Grund der Studiendauer zumindest 12 000 Gebühren zahlen müssen. Damit wären insgesamt rund 38 000 Studierende oder 25 % in einem gebührenpflichtigen Studium.

An den Hochschulen nicht-staatlicher Trägerschaft, für die die geplante Neuregelung für Langzeitstudierende nicht zutrifft und andere Gebührenordnungen bestehen, waren im WS 2002/03 insgesamt knapp 9600 Studierende eingeschrieben.

### **. . . und für knapp 30 % der Absolventen**

Der Frage, ob in der Vergangenheit Langzeitstudierende ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben oder von ihnen keine erfolgreiche Prüfungsleistung erbracht wurde, kann mit den Prüfungsdaten der Absolventen nachgegangen werden. Im Prüfungsjahr 2002 waren insgesamt 12 150 Absolventen im Erststudium an den staatlichen Hochschulen erfolgreich. Nur 72 % oder rund 8800 beendeten ihr Studium im gebührenfreien Zeitraum. Ohne Berücksichtigung etwaiger Sonderbedingungen für Studierende im Erststudium hätten 3400 Absolventen Studiengebühren zahlen müssen. Darunter waren 860 Absolventen mit 1 Semester Überschreitung, die insgesamt 500 Euro hätten zahlen müssen

und 610 Absolventen mit mindestens 7 Semestern Überschreitung, deren Gebühren aufsummiert mindestens über 5700 Euro betragen hätten. Am wenigsten kamen die Absolventen in Ingenieurwissenschaften zu einem rechtzeitigen Abschluss: Hier schloss nur gut die Hälfte ein Universitätsstudium und 60 % ein FH-Studium im Studienguthaben erfolgreich ab und rund 10 % erst nach einer Überschreitung von 7 oder mehr Semestern. Innerhalb der Studienbereiche der Ingenieurwissenschaften gab es deutliche Unterschiede bezüglich der Studiendauer: Beim Studium an den Universitäten war von den 300 Absolventen in Bauingenieurwesen wie auch von den knapp 300 Absolventen in Architektur/Innenarchitektur weniger als die Hälfte während des Studienguthabens erfolgreich, und von den knapp 250 Absolventen in Maschinenbau/Verfahrenstechnik war es ebenfalls nur gut die Hälfte. Dagegen schlossen von den 150 Absolventen des universitären Studiums Elektrotechnik 70 % in der gebührenfreien Zeit erfolgreich ab. An den Fachhochschulen beendete im Prüfungsjahr 2002 von den 400 Absolventen in Architektur/Innenarchitektur weniger als die Hälfte im Zeitguthaben ihr Studium mit bestandenem Examen, und von den 550 Absolventen in Maschinenbau/Verfahrenstechnik wie auch von den knapp 400 Absolventen in Bauingenieurwesen waren es 60 %; demgegenüber erlangten von den gut 400 Absolventen in Elektrotechnik über 70 % innerhalb des Zeitguthabens ihren Abschluss.

Deutlich seltener als in den Ingenieurwissenschaften wurde das Studienguthaben in Veterinär- sowie in Humanmedizin überschritten, in denen über 90 % der Absolventen im gebührenfreien Zeitraum erfolgreich waren.

Die Studienlänge wird nicht nur durch Anforderungen und Studienaufbau beeinflusst, sondern auch maßgeblich von der Situation am Arbeitsmarkt: Studierende verweilen bei schlechten Berufsaussichten länger an den Hochschulen.

Wie in denjenigen Bundesländern, die Studiengebühren für Langzeitstudierende bereits eingeführt haben, ist auch in Hessen mit einem deutlichen Rückgang der Zahl der Langzeitstudierenden zu rechnen, was auch eine Abnahme der durchschnittlichen Studiendauer zur Folge hat. □



## Erzeugung und Schlachtung von Vieh in Hessen

Im folgenden Beitrag werden, ausgehend von den Daten der Schlachtungsstatistik — eine monatlich zu erhebende Produktionsstatistik auf Verarbeiterseite — zunächst die Mengengerüste und die Besonderheiten der Ergebnisse der hessischen Schlachtungsstatistik dargestellt. Die Betrachtung zeigt, dass in Hessen fast ausnahmslos inländische Tiere geschlachtet wurden, die Anzahl der Schlachtungen im langfristigen Vergleich stark abnahm sowie die einzelnen Schlachtkörper immer schwerer wurden. Besonders hervorzuheben ist die hohe Anzahl von Hausschlachtungen sowie eine stark ausgeprägte Saisonabhängigkeit, die in Hessen deutlich vom bundesweiten Durchschnitt abwich. Zudem bestanden in Hessen große Unterschiede zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken bezüglich der regionalen Selbstversorgung.

### Schlachtungen in Hessen

Die Schlachtungsstatistik weist Zahl und Gewicht der in gewerblichen Schlachtereien und privaten Haushalten geschlachteten Tiere nach, ohne Rücksicht darauf, ob diese Tiere von Betrieben in Hessen oder anderen Gebieten erzeugt wurden. Im Gegenzug bedeutet dies aber auch, dass in Hessen erzeugte Tiere, die in anderen Bundesländern ge-

schlachtet werden, nicht in der hessischen Schlachtungsstatistik erfasst sind. Eine Veränderung der Schlachtungszahlen kann daher zum einen Struktureffekte auf der Erzeugerseite anzeigen — beispielsweise die Aufgabe der Viehhaltung —, zum anderen können Effekte auf der Verarbeiterseite — beispielsweise die Schließung von Schlachthöfen — ebenfalls eine Veränderung anzeigen. Die Spezialisierung der Fleisch verarbeitenden Betriebe auf einzelne Schritte der Verarbeitung, also Schlachtbetriebe, Zerlegebetriebe, Fleischereien und Verkaufsfillialen, trägt ebenfalls dazu bei, dass aus der Schlachtungsstatistik keine direkten Informationen über Zusammenhänge zwischen Erzeugung, Verarbeitung und Verbrauch gezogen werden können. Die Schlachtungsstatistik ist eine reine Produktionsstatistik auf Verarbeiterseite. Wodurch wird sie also legitimiert? Über die Zusammenführung der Schlachtungsstatistiken der einzelnen Länder auf Bundesebene wird ein Beitrag zur Steuerung von bestimmten Politikmaßnahmen, beispielsweise die Anwendung bestimmter Marktordnungsmechanismen, geleistet. Gleichfalls flankiert die Schlachtungsstatistik die Fleischhygienestatistik und ist darüber hinaus Grundlage für die Berechnung des potenziellen Fleischanfalls in Hessen.

Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen 2002 nach Tierarten

Tierart	Insgesamt		Tiere aus dem Inland						Tiere aus dem Ausland	
			zusammen		Hausschlachtungen		gewerbl. Schlachtungen			
	absolut	%	absolut	% <sup>1)</sup>	absolut	% <sup>1)</sup>	absolut	% <sup>1)</sup>	absolut	% <sup>1)</sup>
Geschlachtete Tiere										
Rindvieh	78 192	5,8	78 192	5,8	9 520	0,7	68 672	5,1	—	—
darunter										
Bullen	41 168	3,1	41 168	3,1	4 001	0,3	37 167	2,8	—	—
Kühe	16 573	1,2	16 573	1,2	1 015	0,1	15 558	1,2	—	—
Kälber	3 323	0,2	3 323	0,2	315	0,0	3 008	0,2	—	—
Schweine	1 024 364	76,3	1 024 364	76,3	70 592	5,3	953 772	71,0	—	—
Schafe	235 297	17,5	188 975	14,1	9 148	0,7	179 827	13,4	46 322	3,4
Ziegen	819	0,1	819	0,1	265	0,0	554	0,0	—	—
Pferde	812	0,1	812	0,1	—	0,0	812	0,1	—	—
Insgesamt	1 342 807	100	1 296 485	96,6	89 840	6,7	1 206 645	89,9	46 322	3,4
Gesamtschlachtmenge in t										
Rindvieh	24 362	19,1	24 362	19,1	2 866	2,2	21 496	16,8	—	—
darunter										
Bullen	14 286	11,2	14 286	11,2	1 392	1,1	12 894	10,1	—	—
Kühe	4 723	3,7	4 723	3,7	292	0,2	4 431	3,5	—	—
Kälber	290	0,2	290	0,2	28	0,0	262	0,2	—	—
Schweine	95 874	75,0	95 874	75,0	6 624	5,2	89 250	69,8	—	—
Schafe	7 059	5,5	5 670	4,4	275	0,2	5 395	4,2	1 389	1,1
Ziegen	15	0,0	15	0,0	5	0,0	10	0,0	—	—
Pferde	214	0,2	214	0,2	—	0,0	214	0,2	—	—
Insgesamt	127 815	100	126 425	98,9	9 798	7,7	116 627	91,2	1 389	1,1

1) Anteil an den geschlachteten Tieren insgesamt bzw. Gesamtschlachtmenge insgesamt.

## **In Hessen wurden fast ausschließlich Tiere inländischer Herkunft geschlachtet**

Lediglich gut 3 % aller Tiere, die in Hessen geschlachtet wurden, stammten aus dem Ausland. Dabei handelte es sich ausnahmslos um Schafe. Dies wirkte sich auf Grund des geringen Schlachtgewichts kaum auf die hessische Gesamtschlachtmenge aus (gut 1 %). Da sich die Schafschlachtungen allerdings auf einen Schlachthof konzentrierten, waren diese innerhalb der Schlachtstätte — im Jahr 2002 mit einem Anteil von 23 % an der dortigen Gesamtschlachtmenge — von Bedeutung.

## **Wurden im Jahr 2002 mehr Rinder und weniger Schweine geschlachtet ...**

Im Jahr 2002 wurden in Hessen mit 68 700 Rindern knapp 6500 Rinder mehr gewerblich geschlachtet als noch im Jahr 2001. Dies war auf die vermehrte Schlachtung von Bullen und Kühen mit einer Zunahme von jeweils ca. 2300 Tieren sowie rund 1500 Färsen zurückzuführen. Die anderen knapp 400 geschlachteten Tiere waren Ochsen. Demgegenüber reduzierte sich im vergangenen Jahr die Zahl der gewerblichen Schweineschlachtungen um knapp 10 % auf nunmehr 954 000 Tiere, die gewerblichen Schafschlachtungen gingen um ein gutes Fünftel auf nun 180 000 Tiere zurück. Im Jahr 2002 wurde eine Gesamtschlachtmenge von 128 000 Tonnen nachgewiesen, während im Jahr 2001 noch 138 500 Tonnen Schlachtmenge ermittelt wurden. Der Anteil der Hausschlachtungen war je Tierart unterschiedlich ausgeprägt. Während — bezogen auf die Tierzahl — der Anteil der Hausschlachtungen bei Schweinen lediglich bei 7 % lag, betrug dieser bei Rinderhausschlachtungen 12 %. Bei den Schafen wurden knapp 5 % der Tiere nicht gewerblich geschlachtet.

Der Anteil der Hausschlachtungen an den Gesamtschlachtungen ist bei Schweineschlachtungen allerdings stark rückläufig. Im Jahr 1950 wurden noch 44 % aller hessischen Schweine per Hausschlachtung verarbeitet, im Jahr 2002 waren dies noch knapp 7 %. Anders bei den Rinderschlachtungen: Wurden in den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts nur ca. 2 % der Rinder hausgeschlachtet, so stieg dieser Anteil auf mittlerweile deutlich über 10 %, wobei der höchste Anteil an Rinderhausschlachtungen Mitte der Neunzigerjahre erreicht wurde. Ausschlaggebend für diesen Anstieg dürfte die steigende Anzahl von Betrieben mit Mutter- und Ammenkuhhaltung gewesen sein, die vielfach ihre Erzeugnisse als Direktvermarkter absetzen.

## **... zeigt sich im langfristigen Vergleich eine Abnahme der Schlachtungszahlen sowohl bei Rindern als auch bei Schweinen**

Im langfristigen Vergleich, d. h. in den Jahren 1983 bis 2002, zeigt sich eine kontinuierliche Abnahme der Rinderschlachtungen. Effekte von Absatzschwierigkeiten, wie sie bei-

spielsweise während der beiden BSE-Krisen zu beobachten waren, können jedoch nicht dargestellt werden, da insbesondere im Jahr 2000 — dem Jahr der zweiten BSE-Krise — Struktureffekte auf der Verarbeiterseite ebenfalls zu einer Verringerung der Anzahl der gewerblichen Rinderschlachtungen beitrugen. Auch bei den gewerblichen Schweineschlachtungen war im Beobachtungszeitraum eine Abnahme der Schlachtungszahlen festzustellen. Wurden im Jahr 1983 noch über 1,5 Mill. Schweine gewerblich geschlachtet, sank diese Zahl bis zum Jahr 1995 auf gut 1,04 Mill. Schweine. Danach stiegen die Schlachtzahlen bis 1998 wieder auf 1,21 Mill. Schweine, um bis zum Jahr 2002 auf gut 950 000 Tiere abzufallen. Dies war der geringste Wert seit 1955.

## **Schlachtvieh wurde immer schwerer**

Im Beobachtungszeitraum 1983—2002 konnte für die Tierarten Rinder und Schweine eine Zunahme des Schlachtgewichts festgestellt werden. So stieg das durchschnittliche Schlachtgewicht von Bullen von 317 kg im Jahr 1983 auf 347 kg je Tier im Jahr 2002, das der Kühe auf nun 285 kg je Tier. Für Rindfleisch insgesamt konnte eine Zunahme von 15 kg im Betrachtungszeitraum ermittelt werden. Wurde 1983 bei Schweinen noch ein mittleres Schlachtgewicht von 85 kg festgestellt, so waren dies im Jahr 2002 immerhin 94 kg. Dies entspräche einem durchschnittlichen Lebendgewicht von knapp 118 kg.

## **Im Bundesvergleich hatte Hessen einen geringen Anteil an gewerblichen, jedoch einen hohen Anteil an Hausschlachtungen**

Innerhalb Deutschlands hatte Hessen im Jahr 2001, der aktuellsten Vergleichs-Datenbasis, bezogen auf die Anzahl der Tiere, einen Anteil an den *gewerblichen Schlachtungen* von 1,5 % bei Rindern einschl. Kälbern sowie von 2,4 % bei Schweinen. Dem stand jedoch ein hoher Anteil an Hausschlachtungen gegenüber: Knapp 11 % aller Hausschlachtungen von Rindern einschl. Kälbern in Deutschland wurden in Hessen durchgeführt. Bei der Tierart Schwein betrug dieser Anteil sogar gut 15 %. Mit ein Erklärungsansatz für die hohe Anzahl von Hausschlachtungen in Hessen liegt in der geringen durchschnittlichen Bestandsgröße der viehhaltenden Betriebe. Hessen hatte 2001 mit gut 40 Rindern je Betrieb den geringsten Viehbestand im Bundesgebiet (Bundesdurchschnitt: 67 Rinder je Betrieb). Bei Schweinen wurden lediglich in Berlin mit 17 Tieren weniger Tiere je Betrieb ermittelt als in Hessen mit knapp 67 Tieren (Bundesdurchschnitt: 223 Schweine je Betrieb). Der Anteil Hessens an Deutschlands *Gesamtschlachtungen* — wiederum bezogen auf die Anzahl der Tiere — bei Rindern und Schweinen betrug 1,8 bzw. 2,6 %, der Anteil am Viehbestand zum 3. Mai 2001 betrug 3,7 bzw. 3,2 %.

**Gewerbliche Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft 1983—2002 nach Tierarten**

Jahr	Insgesamt	Rindvieh			Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
		zusammen	darunter						
			Bullen	Kühe					

**Gewerbliche Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft**

1983	1 769 357	193 334	125 018	39 446	4 296	1 518 201	52 535	96	895
1984	1 860 282	211 160	130 993	45 306	3 837	1 543 257	101 093	82	853
1985	1 804 910	211 528	131 861	41 602	4 022	1 515 922	72 175	434	829
1986	1 782 634	220 430	135 177	44 119	4 099	1 494 581	62 467	321	736
1987	1 746 040	216 156	127 176	46 959	3 834	1 451 893	73 301	202	654
1988	1 690 490	192 213	122 793	37 224	3 385	1 418 187	75 874	127	704
1989	1 641 052	171 446	112 432	33 124	2 994	1 377 464	88 303	99	746
1990	1 680 723	182 654	109 034	42 872	3 824	1 389 574	103 763	144	764
1991	1 654 747	196 670	105 053	53 055	4 280	1 322 989	129 875	148	785
1992	1 646 085	169 247	97 980	42 539	3 555	1 337 407	134 934	89	853
1993	1 518 554	130 616	79 835	32 597	2 980	1 244 322	139 707	85	844
1994	1 339 183	94 952	63 381	18 639	2 778	1 061 090	179 305	208	850
1995	1 286 412	92 107	60 405	19 128	2 889	1 037 489	152 794	195	938
1996	1 344 651	90 277	57 825	18 885	3 032	1 103 027	147 233	162	920
1997	1 400 884	88 919	54 528	20 145	3 291	1 188 408	118 636	601	1 029
1998	1 428 706	82 852	50 545	18 197	3 496	1 205 095	103 721	274	969
1999	1 429 497	80 790	48 523	18 067	3 684	1 191 111	129 230	434	935
2000	1 415 095	74 519	44 417	16 486	3 599	1 142 327	163 120	556	888
2001	1 372 261	62 236	34 900	13 275	2 177	1 053 009	222 937	545	1 019
2002	1 252 967	68 672	37 167	15 558	3 008	953 772	179 827	554	812

**Mittleres Schlachtgewicht in kg**

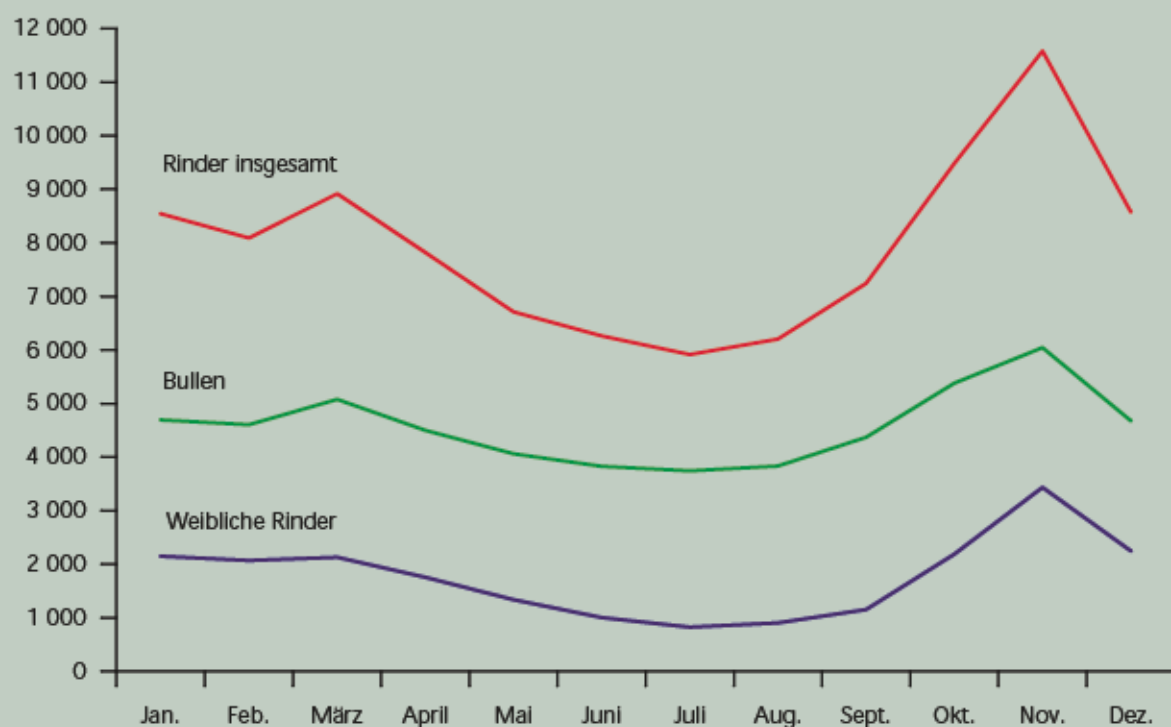
1983	—	298	317	275	97	85	24	—	277
1984	—	296	318	267	93	84	26	—	275
1985	—	298	322	265	91	84	23	—	277
1986	—	310	337	273	98	86	24	—	272
1987	—	296	317	270	92	85	15	—	287
1988	—	308	328	276	92	86	13	—	273
1989	—	320	343	284	87	87	13	—	267
1990	—	316	352	265	83	88	16	—	292
1991	—	310	341	280	85	90	16	—	288
1992	—	318	346	282	90	90	10	—	294
1993	—	326	355	282	96	90	11	—	264
1994	—	332	359	280	102	90	20	—	264
1995	—	328	355	275	108	90	26	—	264
1996	—	323	350	275	104	91	26	—	264
1997	—	318	349	271	91	91	25	—	264
1998	—	319	351	274	93	92	28	—	264
1999	—	328	361	280	96	92	28	—	264
2000	—	327	359	285	112	91	28	—	264
2001	—	324	356	288	111	92	28	—	264
2002	—	313	347	285	87	94	30	—	264

**Gesamtschlachtmenge in t**

1983	188 266	57 674	39 601	10 853	417	128 634	1 252	1	248
1984	194 987	62 570	41 719	12 110	356	129 217	2 608	1	235
1985	192 935	63 118	42 482	11 019	364	127 545	1 670	8	230
1986	198 324	68 304	45 596	12 035	400	127 945	1 469	6	200
1987	188 641	64 006	40 319	12 664	352	123 021	1 071	3	188
1988	182 385	59 148	40 243	10 278	313	121 730	1 000	2	192
1989	176 257	54 936	38 512	9 400	261	119 752	1 107	2	199
1990	182 082	57 776	38 380	11 380	316	122 077	1 687	3	223
1991	182 499	61 061	35 791	14 843	365	118 763	2 081	3	226
1992	175 773	53 810	33 877	11 975	319	119 997	1 394	2	251
1993	156 927	42 595	28 343	9 185	287	112 350	1 470	2	223
1994	131 384	31 559	22 753	5 219	284	95 793	3 520	4	224
1995	128 463	30 176	21 458	5 264	311	93 767	3 957	4	248
1996	133 593	29 152	20 241	5 202	315	100 042	3 838	3	243
1997	140 459	28 298	19 011	5 462	299	108 599	2 980	11	272
1998	141 161	26 468	17 739	4 993	324	111 174	2 935	5	256
1999	139 832	26 483	17 523	5 065	355	109 183	3 559	6	247
2000	133 776	24 388	15 954	4 698	402	104 232	4 509	10	234
2001	124 208	20 149	12 438	3 817	242	97 238	6 300	10	269
2002	116 627	21 496	12 894	4 431	262	89 250	5 395	10	214



Schlachtungen von Rindern<sup>1)</sup> insgesamt, von Bullen sowie weiblichen Rindern  
im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2002 nach Monaten



HSL 65/03

1) Ohne Kalber.

### Winterzeit ist Schlachtezeit

Auch wenn, wie oben beschrieben, aus der Schlachtungsstatistik nicht direkt auf die Erzeugung und resp. den Verbrauch geschlossen werden kann, so sind dennoch anhand der Veränderungen im Jahresablauf bestimmte Aussagen möglich. Bezogen auf die Gesamtschlachtmenge (gewerbliche und Hausschlachtungen) war für die Jahre 1996–2001 bei den Rinderschlachtungen eine stärkere Saisonausprägung zu beobachten als bei den Schweineschlachtungen. Dies ist unter anderem durch den Weideabtrieb zu erklären, der auf Landesebene nahezu zu einer Verdopplung der Schlachtmenge im November (12 % der durchschnittlichen Jahresschlachtmenge 1996–2002) gegenüber dem Juli (6,3 % der durchschnittlichen Jahresschlachtmenge 1996–2002) führt. Auf Bundesebene ist diese Saisonkurve im Bereich der Rinderschlachtungen allerdings weniger stark ausgeprägt. Auch im Bereich der Schweineschlachtungen gibt es in den Wintermonaten ein stärkeres Schlachtaufkommen. Wiederum war zu beobachten, dass in Hessen stärkere Saisoneffekte vorherrschten als im Bund.

1) „Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Das Ziel besteht darin, die steigende Nachfrage der Verbraucher nach regional erzeugten Produkten zu befriedigen. Deshalb ist die Förderung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung ein fester Bestandteil der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. [www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse)

### Aus der Region - für die Region

Dieses Ziel, vielfach in politischen Bekundungen geäußert und teilweise auch unterstützt<sup>1)</sup>, kann im Bereich der Fleisch-erzeugung mittels der Nachweisung der Selbstversorgungsgrade (SVG) überprüft werden. Im Beitrag wird dieser Nachweis über den Zwischenschritt der Errechnung des so genannten „potenziellen“ hessischen Fleischanfalls geführt. Bei diesem wird — um Aussagen über die Schlachtmenge von Tieren aus hessischer Erzeugung treffen zu können — der Fleischanfall aus durchschnittlichen Angaben des hessischen Viehbestands und bundesdurchschnittlicher Schlachtungsraten von Tieren inländischer Herkunft berechnet.

### Selbstversorgungsgrade

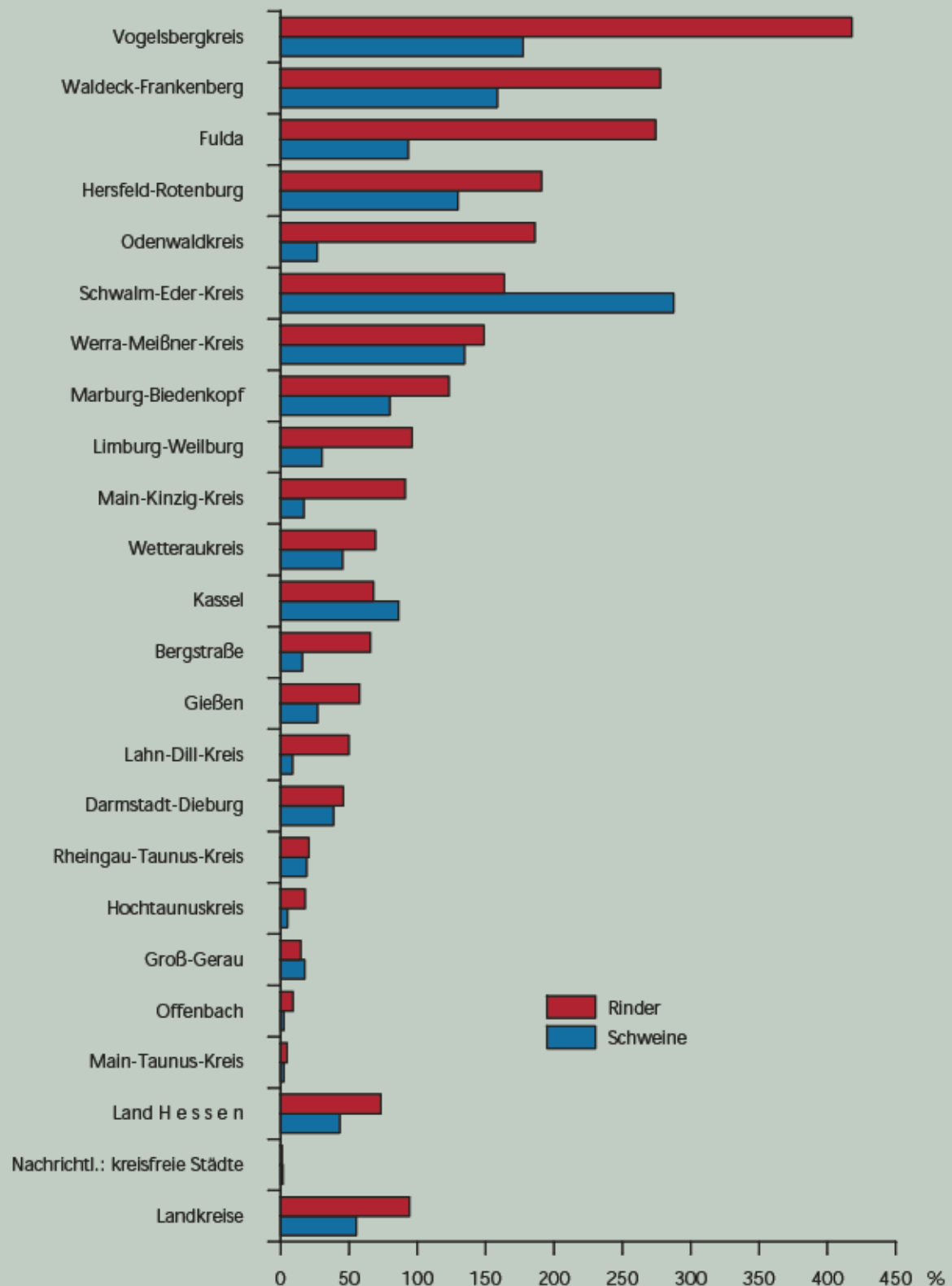
Die Nachweisung der Selbstversorgungsgrade (SVG) ist eine in der Landwirtschaftsstatistik historisch gewachsene Kennziffer, die — in früheren Jahren auf Grund des Autarkiegedankens eines Staates — die Versorgungssicherheit der Bevölkerung in Krisenzeiten beschreiben kann. Sie bezieht sich auf den Verbrauch, der neben dem tatsächlichen menschlichen Fleischverzehr die insgesamt für den Verbrauch zur Verfügung stehende Menge umfasst. Die Faustgröße zur Ermittlung des Verzehrs liegt bei gut zwei Drittel des Verbrauchs (66–68 %). Dabei werden vom Verbrauch Verlustmargen, wie Hau- und Schwundverluste oder Haushaltsverluste, Knochen, verfütterte Mengen — beispielsweise für die Haustier-

Potenzial an Schlachtmengen, Verbrauch und Verzehr von Rind- und Schweinefleisch sowie Selbstversorgungsgrad (SVG)  
bei Rindern und Schweinen 2002 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Potenzial an Schlachtmengen			Verbrauch in Tonnen <sup>2)</sup>		Verzehr in Tonnen <sup>2)</sup>		SVG in % <sup>3)</sup>		Bevölkerung am 31.12.2002
	insgesamt	darunter								
		Rinder <sup>1)</sup>	Schweine	Rinder <sup>1)</sup>	Schweine	Rinder <sup>1)</sup>	Schweine	Rinder <sup>1)</sup>	Schweine	
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	339	59	280	1 431	7 448	973	5 364	4,1	3,8	138 959
Frankfurt am Main, St.	337	15	314	6 630	34 504	4 506	24 848	0,2	0,9	643 726
Offenbach am Main, St.	1	0	1	1 228	6 391	835	4 602	0,0	0,0	119 233
Wiesbaden, St.	619	86	526	2 797	14 555	1 901	10 482	3,1	3,6	271 553
Bergstraße	4 095	1 796	2 258	2 735	14 230	1 858	10 248	65,7	15,9	265 491
Darmstadt-Dieburg	7 409	1 371	6 012	2 984	15 529	2 028	11 183	45,9	38,7	289 717
Groß-Gerau	2 766	381	2 370	2 596	13 508	1 764	9 728	14,7	17,5	252 020
Hochtaunuskreis	1 066	420	606	2 340	12 176	1 590	8 769	18,0	5,0	227 167
Main-Kinzig-Kreis	7 712	3 844	3 731	4 218	21 949	2 866	15 806	91,1	17,0	409 487
Main-Taunus-Kreis	407	110	289	2 296	11 947	1 560	8 604	4,8	2,4	222 892
Odenwaldkreis	3 420	1 926	1 447	1 035	5 388	704	3 880	186,0	26,9	100 525
Offenbach	793	315	459	3 476	18 087	2 362	13 026	9,1	2,5	337 451
Rheingau-Taunus-Kreis	2 330	396	1 888	1 912	9 952	1 300	7 167	20,7	19,0	185 665
Wetteraukreis	9 484	2 124	7 254	3 068	15 965	2 085	11 498	69,2	45,4	297 863
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	40 778	12 843	27 435	38 746	201 630	26 332	145 204	33,1	13,6	3 761 749
G i e ß e n	5 312	1 516	3 692	2 630	13 688	1 788	9 857	57,6	27,0	255 370
Lahn-Dill-Kreis	2 746	1 350	1 231	2 707	14 089	1 840	10 146	49,9	8,7	262 852
Limburg-Weilburg	4 624	1 739	2 842	1 811	9 426	1 231	6 788	96,0	30,2	175 850
Marburg-Biedenkopf	14 276	3 216	10 870	2 615	13 608	1 777	9 800	123,0	79,9	253 888
Vogelsbergkreis	16 426	5 077	11 219	1 215	6 322	826	4 553	417,9	177,5	117 949
Reg.-Bez. G i e ß e n	43 384	12 898	29 854	10 979	57 133	7 461	41 144	117,5	52,3	1 065 909
Kassel, documenta-Stadt	50	7	34	2 000	10 406	1 359	7 494	0,4	0,3	194 146
Fulda	17 292	6 194	10 958	2 256	11 740	1 533	8 455	274,6	93,3	219 034
Hersfeld-Rotenburg	11 549	2 539	8 964	1 330	6 923	904	4 985	190,9	129,5	129 153
Kassel	13 216	1 722	11 369	2 532	13 177	1 721	9 489	68,0	86,3	245 837
Schwalm-Eder-Kreis	33 115	3 254	29 729	1 987	10 342	1 351	7 448	163,7	287,5	192 947
Waldeck-Frankenberg	19 496	4 875	14 483	1 755	9 133	1 193	6 577	277,8	158,6	170 401
Werra-Meißner-Kreis	9 925	1 725	8 104	1 158	6 027	787	4 340	148,9	134,5	112 442
Reg.-Bez. K a s s e l	104 643	20 316	83 641	13 019	67 748	8 848	48 789	156,1	123,5	1 263 960
Land H e s s e n	188 805	46 057	140 930	62 744	326 511	42 641	235 136	73,4	43,2	6 091 618

1) Einschl. Kälber. — 2) Nach Angaben des Deutschen Fleischerverbandes. — 3) Anteil des Schlachtmengenpotenzials am Verbrauch

Selbstversorgungsgrad<sup>1)</sup> bei Rindern und Schweinen 2002 nach Verwaltungsbezirken  
in Rangfolge des Merkmals „Rinder“



1) (SVG) - Anteil des Schlachtmengenpotenzials am Verbrauch.



ernährung — und die industrielle Verwertung tierartspezifisch abgezogen. Der Deutsche Fleischerverband schätzt den Verzehr von Rind- und Kalbfleisch für das Jahr 2001 auf 7,0 kg je Kopf der Bevölkerung, während sich der Verbrauch auf 10,3 kg belief. Bei Schweinefleisch belief sich im Jahr 2001 der Verzehr auf 38,6 kg und der Verbrauch auf 53,6 kg<sup>2)</sup>. Da Untersuchungen im Bereich des Lebensmittelverzehrsmittlerweile sogar von einer internationalen Angleichung der Verzehrsgewohnheiten ausgehen<sup>3)</sup>, wurde angenommen, dass der hessische Verbrauch je Kopf dem des bundesrepublikanischen Durchschnitts entspricht.

#### **In den Achtzigerjahren wurde am meisten Fleisch verbraucht**

Der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung im Betrachtungszeitraum 1982 bis 2001 war bei Rindfleisch rückläufig und bei Schweinefleisch steigend. Wurden 1982 je Kopf noch gut 21 kg Rindfleisch verbraucht, waren dies im Jahr 2001 weniger als die Hälfte, nämlich gut 10 kg. Anders beim Verbrauch von Schweinefleisch: 1982 wurden je Kopf knapp 50 kg verbraucht, 2001 waren dies immerhin knapp 54 kg je Kopf und Jahr. Der Höhepunkt des Fleischverbrauchs lag in den Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Am meisten Rindfleisch wurde 1987 mit knapp 24 kg und am meisten Schweinefleisch 1988 mit gut 62 kg verbraucht. Der Verbrauch von Geflügelfleisch steigt seit den Achtzigerjahren. 1997 wurde erstmals je Kopf mit 14,8 kg mehr Geflügel als Rindfleisch (14,5 kg) verbraucht<sup>4)</sup>.

2) Geschäftsbericht Deutscher Fleischerverband 2002, Seite 42: Versorgungsbilanz für Fleisch. Diese wird auch als Grundlage der Berechnung der SVG benutzt.

3) Berichte der Bundesforschungsanstalt für Ernährung: Regionale und ethische Ernährungsweisen in Deutschland. 23. Wissenschaftliche Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Ernährungsverhalten e.V. (AGEV); Bundesforschungsanstalt für Ernährung.

4) Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) Statistisches Jahrbuch, verschiedene Jahrgänge.

#### **Große Differenzen in der Selbstversorgung in den hessischen Verwaltungsbezirken**

Ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage liegt bei einem SVG von 100 % vor. Hessenweit betrug im Jahr 2002 der SVG bei Rindern gut 73 % und bei Schweinen gut 43 %. Dabei wurde im Regierungsbezirk Darmstadt der geringste SVG erreicht, nämlich in Höhe von 33 % bei Rindern und knapp 14 % bei Schweinen. Der Regierungsbezirk Gießen hatte bei der Rindfleischversorgung immerhin schon ein leichtes Überangebot in Höhe von 118 % SVG bei Rindern und konnte bei Schweinen einen SVG von gut 52 % aufweisen. Demgegenüber wurde im Regierungsbezirk Kassel sowohl bei Rindern (156 % SVG) als auch bei Schweinen (123 % SVG) mehr Fleisch erzeugt als verbraucht.

Den mit Abstand größten SVG bei Rindfleisch hatte der Vogelsbergkreis mit 418 %, gefolgt vom Landkreis Waldeck-Frankenberg (278 %) und dem Landkreis Fulda (275 %). Insgesamt gab es 8 Verwaltungsbezirke mit einem SVG von über 100 %. Anders in der Schweinehaltung: Lediglich 5 Verwaltungsbezirke besaßen einen SVG von über 100 %, nämlich der Schwalm-Eder-Kreis (287 %), gefolgt von den Landkreisen Vogelsberg (177 %) und Waldeck-Frankenberg (159 %). An vierter bzw. fünfter Stelle sind der Werra-Meißner-Kreis (134 %) sowie der Landkreis Hersfeld-Rotenburg (129 %) zu nennen.

Die Erklärungsansätze dieser unterschiedlichen SVG sind vielfältiger Natur. Für den Bereich der Rinderhaltung ist sicherlich die Faktorausstattung mit natürlichem Grünland der ausschlaggebende Grund. Im Bereich der Ballungszentren sei auf die mittlerweile nahezu „Unvereinbarkeit“ von viehhaltenden Betrieben und Wohnsiedlungen hingewiesen, welches insbesondere für die Schweine haltenden Betriebe gilt. □

#### **Text zu Schaubild auf Seite 285**

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 28.11.2003 den Streit um das Verbot der Käfighaltung für Legehennen — welches ursprünglich ab 2007 jegliche Käfighaltung verbot — bis auf Weiteres vertagt. In Hessen wurden im Dezember 2002 von insgesamt 1 432 000 Tieren (in Betrieben bzw. Betrieben von Unternehmen mit 3000 und mehr Hennenhaltungsplätzen) — der aktuellsten Datenbasis — knapp 89 % aller Legehennen in Käfigen, Batterien oder Volieren gehalten und gut 11 % in Boden-, Auslauf- und Freilandhaltung.

- In den ersten neun Monaten des Jahres 2003 wurden mit in Hessen beheimateten **Bussen, Straßen- und U-Bahnen** 339 Mill. Personen befördert. Dies waren knapp 2 % mehr als von Januar bis Oktober 2002. Dabei fiel der Zuwachs im Linienverkehr mit fast 2 % deutlich geringer aus als im Gelegenheitsverkehr, der ein Plus von annähernd 6 % erreichte. Insgesamt wurden im ersten Dreivierteljahr 2003 im Linienverkehr 335,2 Mill. Personen befördert, im Gelegenheitsverkehr waren es 3,9 Mill.

- Nach ersten Ergebnissen für die Monate Januar bis Oktober 2003 sanken die Umsätze im hessischen **Gastgewerbe** — verglichen mit den ersten zehn Monaten des Jahres 2002 — nominal um 6 %. Dies war nach Ausschaltung der Preisveränderungen real ein Minus von 7 %. Damit musste das hessische Gastgewerbe seit September 2001 — mit Ausnahme des April 2002 — fortlaufend Umsatzeinbußen hinnehmen. Von der Zurückhaltung der Gäste waren alle großen Zweige betroffen. Am besten schnitten noch die Kantinen und Caterer ab. Dort gingen die Umsätze im Vergleichszeitraum nominal und real um etwa 4 % zurück. Im Beherbergungsgewerbe gab es Einbußen von nominal 5 und real 7 %. Am schlechtesten schnitt das Gaststättengewerbe ab. Es büßte im Jahresvergleich nominal und real 8 % seines Umsatzes ein. Die düstere Lage führte zu einer weiteren Verminderung der Beschäftigtenzahl. Sie nahm in den ersten zehn Monaten um 5,5 % ab, wobei die Zahl der Vollbeschäftigten um fast 8 % zurückging, während sich diejenige der Teilzeitbeschäftigten um 2 % verringerte. Seit Juni 2003 ist allerdings eine kontinuierliche Zunahme der Teilzeitbeschäftigten zu beobachten.

- Altpapier ist ein wichtiger Grundstoff für die Papierherstellung. So wurden im Jahr 2002 in Hessen 1,27 Mill. t Altpapier in den Anlagen des Papiergewerbes eingesetzt. Dies ergab die alle zwei Jahre stattfindende Erhebung über die **Aufarbeitung und Verwertung von Altpapier**. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2000 blieb die verarbeitete Menge mit einem leichten Zuwachs um 8150 t oder 0,6 % nahezu gleich. Zwischen 1996, dem Beginn der Berichterstattung, und 2000 hatte die Menge des eingesetzten Altpapiers kontinuierlich zugenommen. Sie steigerte sich im genannten Zeitraum um 21 % von 1,04 Mill. auf 1,26 Mill. t. Fast 93 % des Papiers stammten aus der Einsammlung und Sortierung von Abfällen bzw. vom Altpapierhandel. Der Rest wurde unmittelbar von gewerblichen Abfallerzeugern, zum Beispiel von der Druckindustrie, bezogen oder direkt aus dem Ausland eingeführt. Den größten Anteil an den verwerteten Sorten hatte mit gut 40 % Kaufhausaltpapier (512 000 t). An unsortiertem und sortiertem gemischtem Altpapier kamen 474 000 t zum Einsatz. Außerdem setzte die Papierindustrie Wellpappe (114 000 t) und Büroaltpapier

(92 000 t) in größerem Umfang sowie diverse andere Papiersorten (zusammen 80 000 t) ein.

- In den ersten zehn Monaten dieses Jahres verloren 431 Menschen durch **Verkehrsunfälle** auf Hessens Straßen ihr Leben. Das waren 9 Getötete mehr als von Januar bis Oktober des Jahres 2002. Die Zunahme im August und September 2003 — in diesen Monaten starben im Jahresvergleich 24 Personen mehr — hat den Rückgang im Februar, April und Juli 2003 mehr als wettgemacht. Im Oktober 2003 verloren 56 Personen im Straßenverkehr ihr Leben, eine weniger als im Oktober 2002. Insgesamt kam es von Januar bis Oktober 2003 zu 22 100 Unfällen, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Das waren gut 1 % weniger als ein Jahr zuvor. Neben den Getöteten wurden noch 29 300 Personen verletzt, 2 % weniger als vor einem Jahr. Dabei sank die Zahl der Schwerverletzten im Vergleichszeitraum um knapp 4 % auf 5100; die Zahl der Leichtverletzten nahm um annähernd 2 % auf 24 200 ab.

- An den vier hessischen **Studienkollegs** bereiten sich derzeit 293 Ausländer und 250 Ausländerinnen in einem zweisemestrigen Ausbildungsgang auf ein Hochschulstudium vor. An den Studienkollegs wird auf die Feststellungsprüfung vorbereitet, deren Bestehen die Voraussetzung für ausländische Bewerber ist, ein Studium zu beginnen. Die Zahl der Kollegiaten ging gegenüber dem Rekordstand des Jahres 2000 um 100 zurück und liegt um 35 unter dem Stand des Vorjahres. Rund 38 % der Kollegiaten kommen aus dem europäischen Ausland, 34 % aus Asien, 20 % aus Afrika und 7 % aus Amerika. Die beiden größten Gruppen sind die 82 marokkanischen und die 58 iranischen Kollegiaten; im Durchschnitt der letzten drei Jahre waren jährlich knapp 100 iranische Kollegiaten eingeschrieben.

- Nachdem die Monate Juli und August 2003 schon einen drastischen Rückgang bei der Menge der in den hessischen **Häfen, Lösch- und Ladestellen** ein- oder ausgeladenen Güter gebracht hatten, ging es im September 2003 entsprechend den sinkenden Pegelständen weiter bergab. In diesem Monat nahm die umgeschlagene Gütermenge — verglichen mit dem September 2002 — um knapp 37 % ab. Während die Rheinhäfen um 27 % weniger Güter umschlugen, kam es in den für Hessen bedeutenderen Mainhäfen sogar zu einem Rückgang von über 39 %. Im Zeitraum Januar bis September 2003 wurden in den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen insgesamt 9,2 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, fast 11 % weniger als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Dabei ging das Volumen des Versands von Gütern um nahezu 12 % auf 1,6 Mill. t zurück, das Volumen des Empfangs sank um annähernd 11 % auf 7,5 Mill. t. Unter den wichtigsten Massengütern verminderte sich der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (vor allem Steinkohle und -briketts) um 22,5 % auf 1,1 Mill. t. Ebenfalls rückläufig war der Umschlag von Steinen und Erden (wie Sand, Kies, Zement und Kalk), und zwar um 16,5 % auf 2,6 Mill. t. Dagegen verringerte sich der Umschlag von Erdöl, Mineralölzeugnissen und Gasen „nur“ um knapp 2 % auf 3 Mill. t.



# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzel- handel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs <sup>4)</sup>  2000 = 100	Beschäft- igte	Index der Um- sätze <sup>6)</sup>  2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung <sup>7)</sup>  2000 = 100	Arbeits- lose <sup>9)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurz- arbeit (Personen) <sup>11)</sup>
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>12)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	101,9	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2002 September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	97,9	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	98,3	103,1	.	.	.	.
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	106,9	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	110,8	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	119,2	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	112,3	103,0	.	.	.	.
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	94,8	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	89,3	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	101,2	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	95,1	103,8	.	.	.	.
April	98,5	87,1	119,4	437 953	65,0	28 918	103,6	103,8	244 698	8,9	30 489	27 660
Mai	103,2	91,4	124,8	437 080	74,5	29 088	102,2	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859
Juni	97,3	85,4	119,4	436 520	82,5	28 934	93,8	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547
2. Vj. D	99,7	88,0	121,2	437 184	74,0	28 980	99,9	103,7	.	.	.	.
Juli	104,9	95,0	123,0	435 573	83,1	29 056	99,2	104,0	248 582	9,0	25 942	20 139
August	88,8	78,3	111,7	435 849	78,4	29 110	91,0	104,1	246 084	8,9	25 703	16 380
September	104,4	89,7	131,4	435 276	94,6	28 879	98,1	104,0	238 537	8,7	23 405	18 540
3. Vj. D	99,4	87,0	122,0	435 566	85,4	29 015	98,1	104,0	.	.	.	.
Oktober	...	...	...	434 353	73,7	28 783	106,6	104,0	236 953	8,6	22 027	10 718
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	.	- 5,5	.	.	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 1,6	- 4,1	2,2	- 3,1	- 12,3	- 7,8	1,5	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2002 September	1,6	- 3,3	8,6	- 3,5	- 34,9	- 8,8	1,8	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	1,5	- 1,9	6,4	- 3,4	- 24,0	- 9,3	1,9	1,0	.	.	.	.
Oktober	5,0	2,9	8,1	- 3,6	11,6	- 7,9	4,0	1,3	6,7	.	- 21,2	41,9
November	0,9	- 3,2	6,7	- 3,6	- 11,5	- 6,1	1,1	1,1	7,7	.	- 17,4	14,2
Dezember	- 6,3	- 5,4	- 7,6	- 3,5	1,6	- 6,8	- 0,2	1,2	7,4	.	- 21,8	- 41,8
4. Vj.	- 0,1	- 1,8	2,4	- 3,6	0,0	- 6,9	1,5	1,2	.	.	.	.
2003 Januar	6,3	- 0,1	15,4	- 3,8	- 14,7	- 8,0	- 1,0	0,9	9,2	.	- 21,0	- 32,9
Februar	6,9	5,9	8,2	- 3,5	- 6,2	- 7,8	- 1,2	1,0	12,0	.	- 21,9	- 40,6
März	4,2	0,4	9,4	- 3,3	- 17,6	- 6,5	- 2,8	0,8	14,4	.	- 22,0	- 38,0
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	- 3,5	- 13,6	- 7,5	- 1,8	0,9	.	.	.	.
April	- 5,5	- 5,8	- 5,0	- 3,3	- 31,7	- 6,9	- 0,1	0,8	15,5	.	- 19,6	12,6
Mai	- 1,1	4,7	- 8,2	- 3,2	- 9,9	- 5,9	1,5	0,6	14,1	.	- 14,4	96,4
Juni	- 5,4	- 4,0	- 7,2	- 3,3	- 26,9	- 4,9	- 2,0	0,8	13,2	.	- 15,1	109,4
2. Vj.	- 3,9	- 1,8	- 6,8	- 3,3	- 23,7	- 5,9	- 0,1	0,7	.	.	.	.
Juli	- 2,7	- 1,2	- 4,9	- 3,8	- 1,7	- 3,5	1,0	0,7	16,0	.	- 14,2	152,1
August	- 9,0	- 13,2	- 3,2	- 3,9	- 12,1	- 4,8	- 7,9	1,0	17,0	.	- 10,3	84,5
September	2,1	1,4	2,8	- 3,9	13,1	- 5,8	0,2	1,0	14,9	.	- 13,4	97,5
3. Vj.	- 3,1	- 4,3	- 1,8	- 3,9	- 0,5	- 4,7	- 2,2	0,9	.	.	.	.
Oktober	...	...	...	- 3,5	- 12,3	- 8,3	- 0,3	1,1	13,5	.	- 13,7	1,3
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>												
2002 September	4,8	0,7	10,7	- 0,2	- 6,2	0,3	- 0,9	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	1,5	- 4,4	0,3	- 11,5	- 1,2	- 1,7	0,1	.	.	.	.
Oktober	5,3	9,0	0,5	- 0,6	0,5	0,2	9,2	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,9	- 5,1	0,1	- 0,5	- 10,9	- 0,3	3,6	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0
Dezember	- 12,4	- 11,6	- 13,5	- 0,5	2,0	- 2,5	7,6	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7
4. Vj.	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,2	- 0,1	.	.	.	.
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	- 1,3	- 35,7	- 4,2	- 20,5	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5
Februar	0,0	1,7	- 2,2	- 0,0	20,5	- 1,1	- 5,8	0,5	2,3	.	12,5	5,9
März	2,9	3,3	2,5	- 0,1	42,1	1,4	13,3	- 0,1	- 1,1	.	5,3	4,6
1. Vj.	1,9	- 0,7	5,3	- 1,8	- 18,3	- 6,2	- 15,3	0,8	.	.	.	.
April	- 6,4	- 4,8	- 8,4	- 0,3	- 22,6	0,8	2,4	- 0,1	- 1,0	.	0,3	73,2
Mai	4,8	4,9	4,5	- 0,2	14,5	0,6	- 1,4	- 0,2	- 2,3	.	- 2,8	- 2,9
Juni	- 5,7	- 6,6	- 4,3	- 0,1	10,9	- 0,5	- 8,2	0,1	- 0,7	.	- 6,0	- 1,2
2. Vj.	- 3,4	- 1,2	- 6,2	- 0,6	15,4	- 1,6	5,0	- 0,1	.	.	.	.
Juli	7,8	11,2	3,0	- 0,2	0,7	0,4	5,8	0,3	4,7	.	- 7,0	- 24,1
August	- 15,3	- 19,7	- 9,2	0,1	- 5,7	0,2	- 8,3	0,1	- 1,0	.	- 0,9	- 18,7
September	17,6	17,6	17,6	- 0,1	20,6	- 0,8	7,8	- 0,1	- 3,1	.	- 8,9	13,2
3. Vj.	- 0,3	- 1,1	0,7	- 0,4	15,4	0,1	- 3,8	0,3	.	.	.	.
Oktober	...	...	...	- 0,2	- 22,0	- 0,3	8,7	0,0	- 0,7	.	- 5,9	- 42,2

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich.

2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6077,8 <sup>1)</sup>	6091,6 <sup>1)</sup>	6 080,8	6 082,5	6 083,6	6 088,7	6 087,6	6 088,5	6 088,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	1 785	3 677	3 261	1 816	1 921	3 452	3 126
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	5,0	3,6	7,1	6,5	3,5	3,8	6,7	6,2
* Lebendgeborene	"	4 686	4 610	4 843	4 407	4 558	4 380	4 285	4 541	4 428
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,1	9,7	8,5	9,1	8,4	8,6	8,8	8,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 948	5 031	5 519	4 852	4 698	5 844	5 070	4 679	5 012
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,9	11,0	9,4	9,4	11,3	10,1	9,0	10,0
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	19	20	23	19	23	13	21	19	16
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,2	4,5	4,7	4,3	5,0	3,0	4,9	4,2	3,6
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 262	- 420	- 676	- 445	- 140	- 1 484	- 785	- 138	- 584
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,5	- 0,8	- 1,4	- 0,9	- 0,3	- 2,9	- 1,6	- 0,3	- 1,2
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 598	13 993	13 983	12 256	12 696	12 879	13 049	11 736	12 154
darunter aus dem Ausland	"	6 442	6 079	6 296	5 512	5 841	5 861	5 953	5 609	5 919
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 528	12 423	11 637	10 070	11 459	11 829	13 506	10 658	11 141
darunter in das Ausland	"	6 209	5 274	4 798	4 123	4 857	5 793	6 761	4 906	5 227
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 070	1 570	2 346	2 186	1 237	1 050	- 457	1 078	1 013
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 943	18 322	18 008	15 783	16 172	16 492	17 151	15 585	17 311
		2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
ARBEITSMARKT <sup>3)</sup>										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	207 551	208 750	213 579	246 084	238 537	236 953	238 405
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	89 971	90 492	91 551	106 386	103 163	102 501	102 705
Männer	"	110 886	122 151	117 580	118 258	122 028	139 698	135 374	134 452	135 700
Ausländer	"	42 684	45 295	43 634	44 289	45 539	49 865	50 089	50 445	51 179
Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	25 330	23 615	24 084	32 967	29 542	27 370	26 834
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,5	7,6	7,8	8,9	8,7	8,6	8,7
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,0	7,0	7,1	8,2	7,9	7,9	7,9
Männer	"	7,6	8,4	8,0	8,1	8,3	9,6	9,3	9,2	9,3
Ausländer	"	14,2	15,2	14,6	14,8	15,2	16,6	16,7	16,8	17,0
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	6,9	6,4	6,6	9,1	8,2	7,6	7,4
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	9 389	10 585	11 434	16 380	18 540	10 718	10 377
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	27 021	25 519	24 780	25 703	23 405	22 027	20 465
		2001	2002	2001			2002		2003	
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
ERWERBSTÄTIGKEIT <sup>5(6)</sup>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 203,3	2 192,6	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 214,7	2 187,1	2 163,8
* und zwar Frauen	"	952,2	956,4	957,0	970,2	968,0	964,9	969,1	962,3	956,2
Ausländer	"	228,5	225,2	229,3	231,9	228,9	227,3	226,0	221,1	218,3
Teilzeitbeschäftigte	"	337,9	350,7	334,5	341,8	345,2	348,2	352,6	354,5	355,3
darunter Frauen	"	284,9	293,8	282,4	287,8	289,7	292,3	295,0	295,4	296,6
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,8	14,0	12,8	14,1	12,5	13,1	14,1	12,3	12,7
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,6	3,8	3,4	3,6	3,8	3,5	3,5
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	545,8	533,3	549,9	551,2	545,8	537,7	532,3	525,9	517,9
darunter Frauen	"	140,0	135,8	141,0	140,8	138,9	137,4	136,0	134,0	132,3
* Baugewerbe	"	120,4	114,0	117,9	123,5	116,8	112,0	115,7	108,7	105,7
darunter Frauen	"	14,7	14,1	14,9	14,9	14,7	14,4	14,1	13,8	13,5
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	562,5	556,0	562,7	571,7	566,6	560,4	560,8	554,3	545,1
darunter Frauen	"	248,4	246,7	248,5	252,9	251,2	249,1	248,6	246,0	242,2
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	465,5	470,9	464,4	475,3	473,4	472,5	477,3	469,8	467,2
darunter Frauen	"	211,9	214,9	212,2	216,9	216,2	216,1	217,8	214,8	214,4
* Öffentliche und private Dienstleister	"	494,2	504,1	498,4	504,4	507,9	507,4	514,3	516,1	514,5
darunter Frauen	"	333,2	341,2	336,4	340,7	343,3	344,1	348,8	350,1	349,9

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Aufbereitung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Zeitstand: Für 31.03. 2001 bis 30.09. 2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003; für 31.12.2002: Juli 2003; für 31.03.2003: September 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	5 236	5 246	8 690	3 836	3 944	6 506	7 283
Kälber	"	224	277	217	240	286	77	86	170	165
Schweine	"	95 275	85 364	81 062	78 269	90 227	57 315	54 637	76 693	67 705
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	1 827	2 716	6 469	1 244	1 420	3 102	5 859
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	9 536	9 054	10 766	7 143	6 735	9 446	8 463
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 574	1 526	2 325	1 241	1 183	1 950	2 009
* Kälbern	"	20	22	15	22	29	9	5	15	13
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 332	6 997	7 841	5 337	4 973	6 889	5 835
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	2 833	2 533	2 957	2 976
* Erzeugte Konsumier <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	29 156	26 455	29 716	27 753	27 115	26 627	23 786
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	83 937	79 355	79 071	86 866	83 494	79 665	79 482
* darunter an Molkereien u. Händler gelle		83 707	80 529	80 269	75 805	75 403	83 424	80 052	76 334	76 040
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	16,5	16,1	15,5	17,7	17,0	16,7	16,2
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>5)</sup>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 345	3 341	3 326	3 184	3 179	3 167	3 161
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	453,7	452,8	450,0	435,6	435,8	435,3	434,4
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	269,6	263,0	264,2	263,1	261,3	252,1	252,1	251,2	250,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	.	.	.	.	57 803	49 265	56 537	57 510
Bruttohohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	639,0	626,9	655,0	648,9	637,3	636,5	651,6
Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	727,9	727,4	737,5	732,7	723,9	728,8	737,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	6 738,7	7 583,2	7 446,5	7 149,0	6 134,0	7 537,5	7 407,3
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 556,7	2 995,2	2 837,1	2 828,5	2 384,5	3 144,6	2 958,9
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,3	37,9	39,5	38,1	39,6	38,9	41,7	39,9
Volumenindex des Auftragselngangs <sup>7)</sup>	1995 = 100	- 2,2	- 1,6	- 2,5	1,6	5,0	- 2,7	- 9,0	2,1	...
Insgesamt	% <sup>8)</sup>									
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	- 5,8	0,8	5,7	0,4	- 7,1	5,4	...
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	4,1	2,7	8,5	- 8,9	- 12,5	- 1,1	...
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 9,8	11,2	- 9,1	- 3,2	- 12,9	- 10,3	...
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 9,1	- 3,5	- 3,8	8,3	- 1,7	6,9	...
Volumenindex des Auftragselngangs										
nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	- 7,0	- 3,3	- 0,1	- 1,9	- 6,5	7,3	...
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	- 6,7	- 7,7	9,8	- 2,8	7,9	8,0	...
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	27,4	14,6	9,8	- 4,9	- 38,5	- 19,6	...
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 12,0	- 6,6	- 3,6	0,5	- 3,9	10,6	...
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	107	107	106	106
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 168	18 211	18 189	17 464	17 459	17 527	17 514
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)</sup>	1000 h	.	2 273	2 250	2 254	2 356	2 307	1 956	2 277	2 322
* Bruttohohn- und -gehaltssumme <sup>9)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	56,3	56,4	60,7	62,2	55,9	55,7	60,0
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 243,8	2 264,3	2 875,4	...	...	...	...
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	86,8	.	.	.	83,2	.
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	99,9	.	.	.	95,6	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Inneren. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	58,0	54,8	54,4	54,6	55,6	52,6	52,8	52,4	52,5
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	28,2	28,3	29,1	28,4	28,4	27,0	27,0
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,3	8,3	8,4	7,6	7,5	8,4	7,8
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,5	2,5	2,6	2,0	2,3	2,4	2,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	5 501	5 615	5 906	5 991	4 972	5 755	5 726
darunter	"									
* Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 073	2 150	2 321	2 450	2 005	2 321	2 353
* gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 502	1 526	1 636	1 591	1 340	1 540	1 532
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 903	1 916	1 915	1 920	1 604	1 871	1 821
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	89,8	87,3	94,1	90,8	88,1	88,0	88,2
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	36,6	36,3	35,9	34,9	34,5	32,8	34,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	512,8	483,4	527,4	538,6	597,4	549,9	475,2	510,0	526,5
Wohnungsbau	"	141,1	134,5	140,8	152,4	161,8	180,3	148,5	173,6	172,3
gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	215,3	213,4	244,6	172,0	153,3	158,8	164,7
öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	170,0	171,4	188,2	195,4	171,5	176,4	188,2
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>3)</sup> darunter	1995=100	95,6	83,9	89,2	83,7	84,1	83,1	78,4	94,6	73,7
Wohnungsbau	"	86,4	74,7	86,9	72,1	85,6	95,8	91,6	114,0	68,6
gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	78,7	65,1	63,1	59,4	54,2	65,2	57,8
öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	112,1	114,6	114,1	113,3	109,1	130,6	98,7
Ausbaugewerbe <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,2	.	23,5	.	.	.	21,6	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 430	.	6 663	.	.	.	6 392	.
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	109,4	.	110,1	.	.	.	101,8	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	59,9	.	57,3	.	.	.	53,8	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	591,5	.	640,0	.	.	.	537,1	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	761	738	606	499	602	590	685
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	655	635	521	455	517	528	622
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	880	839	663	514	844	655	766
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	169	156	126	95	152	124	143
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	210 515	206 129	152 911	120 218	187 889	152 016	176 929
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	198	161	129	138	140	135	138
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	1 999	1 479	743	1 030	1 140	1 692	797
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	278	237	129	182	216	321	142
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	224 386	194 165	143 477	165 995	160 885	277 050	101 347
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 851	1 712	1 297	1 026	1 658	1 238	1 380
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	9 384	8 534	6 840	5 349	7 742	6 476	7 207
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel <sup>7)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	82,3	.	.	85,2	79,7	96,8	89,4
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	84,1	.	.	86,3	80,7	96,7	90,8
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	98,5	.	.	90,5	91,2	91,1	91,1
Einzelhandel <sup>9)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	100,2	97,6	96,7	105,5	97,6	89,7	96,6	104,8
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	101,9	98,8	97,9	106,9	99,2	91,0	98,1	106,6
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	111,7	110,4	102,5	111,4	112,3	107,5	107,0	116,5
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	107,7	106,3	106,2	110,0	113,1	97,6	110,4	112,5
Bekleidung	"	101,0	97,4	85,4	100,4	109,8	89,1	70,2	94,0	108,5
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	77,4	80,7	96,7	81,7	73,0	80,5	94,2
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,0	104,7	98,2	105,0	107,8	100,0	101,9	119,9
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,9	96,1	96,4	96,0	92,2	92,3	92,6	93,3
Kfz-Handel u. Tankstellen <sup>14)</sup>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	91,7	82,8	88,7	97,8	100,0	82,8	91,9	95,5
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	93,2	84,1	90,3	99,5	102,6	85,1	94,6	98,4
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,6	94,0	94,3	94,5	91,8	92,7	91,9	91,8
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,4	88,0	97,5	92,7	83,3	81,1	91,7	90,9
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,5	93,5	103,3	98,0	89,0	86,7	96,1	97,2
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	91,9	84,2	111,0	103,0	78,7	76,1	111,2	106,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	"	99,4	94,0	96,4	93,8	90,9	92,3	90,1	84,9	87,7
Kantinen und Caterer	"	101,2	99,4	103,5	110,5	103,0	105,8	102,4	105,4	102,3
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	94,9	95,7	94,6	93,0	90,9	90,9	92,4	92,4

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtszeitraums. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 671,4	2 722,5	2 989,1	2 884,8	2 527,5	2 878,4	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	58,6	78,0	92,9	68,0	97,9	101,3	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 612,8	2 644,5	2 896,2	2 700,2	2 321,0	2 647,6	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	16,8	14,6	19,0	17,9	16,3	16,7	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	182,4	196,5	183,5	160,6	127,2	138,6	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 413,6	2 433,4	2 693,6	2 521,8	2 177,5	2 492,3	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	490,3	469,5	534,7	464,5	463,0	447,0	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 923,3	1 963,9	2 158,8	2 057,3	1 714,5	2 045,3	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	660,0	687,2	753,9	708,5	670,0	721,2	...
Maschinen	"	...	383,8	367,1	348,0	431,5	379,8	348,1	367,2	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	302,2	344,1	347,5	303,7	231,2	326,1	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	288,6	215,5	260,1	241,3	208,2	267,9	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	181,8	174,0	214,7	184,3	174,4	179,0	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 847,7	1 906,6	2 114,5	1 979,2	1 798,7	2 117,6	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 365,6	1 361,2	1 550,3	1 445,8	1 347,8	1 606,7	...
* Afrika	"	47,3	44,1	46,3	46,7	45,7	50,8	50,1	41,6	...
* Amerika	"	371,0	348,1	343,8	358,9	373,0	359,5	318,5	319,0	...
* Asien	"	360,0	374,6	413,1	390,5	434,0	471,5	341,4	378,4	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	20,5	19,8	21,9	23,7	18,9	21,6	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	3 643,3	3 786,3	3 887,9	3 830,8	3 734,2	4 159,2	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	164,0	183,7	192,3	181,8	186,5	149,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 479,3	3 602,6	3 695,5	3 370,9	3 276,2	3 701,2	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	64,3	56,5	71,1	67,2	52,5	66,3	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	306,5	316,9	354,0	217,3	260,0	214,4	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 106,5	3 229,2	3 270,4	3 086,3	2 963,7	3 420,5	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	393,4	364,2	424,3	357,2	337,7	359,5	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 713,1	2 865,0	2 846,0	2 729,2	2 625,9	3 061,0	...
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 345,4	2 508,8	2 535,2	2 530,9	2 362,3	2 723,5	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	1 785,2	1 891,3	1 804,7	1 913,2	1 830,7	2 108,4	...
* Afrika	"	91,0	82,1	109,1	79,4	97,5	105,5	68,7	89,3	...
* Amerika	"	662,6	521,1	491,0	493,2	474,8	432,4	538,2	548,1	...
* Asien	"	724,5	697,3	693,4	700,5	769,5	752,2	759,2	791,8	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	4,4	4,4	11,0	9,7	5,8	6,5	...
TOURISMUS <sup>3)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	876	976	883	837	766	971	922
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	244	252	208	234	219	239	224
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	2 409	2 464	2 318	2 216	2 222	2 366	2 319
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	487	486	409	443	447	431	447
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	740	721	698	672	687	681	677
Luftkurorte	"	124	118	159	149	133	160	161	143	135
Erholungsorte	"	98	92	144	110	113	124	135	104	103
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 367	1 484	1 375	1 261	1 239	1 438	1 405
darunter Großstädte	"	575	550	578	654	598	512	520	637	616
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 097	1 154	1 273	978	814	728	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	181	226	256	189	144	148	...
* Gütereingang	"	1 037	930	916	928	1 017	789	670	580	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2003 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt	August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.	
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	30 179	29 183	26 736	28 281	28 131	29 684	23 303	26 369	25 970
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	23 226	25 185	25 428	25 909	20 065	24 887	22 997
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 599	1 797	1 788	1 517	1 487	2 157	1 950
* Kraftträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	1 502	856	465	1 644	1 402	895	533
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	235	281	282	317	212	289	326
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	3 266	3 378	3 486	3 356	3 006	3 295	3 428
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 473	2 511	2 407	2 598	2 282	2 527	2 396
* Getötete Personen	"	43	42	33	50	57	40	51	56	56
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 253	3 415	3 251	3 418	2 961	3 361	3 275
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen <sup>4)</sup>										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	101 788	.	.	.	104 298	.
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	.	100 301	.	.	.	102 715	.
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	1 487	.	.	.	1 583	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	.	82 290	.	.	.	83 290	.
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	.	63 803	.	.	.	65 781	.
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	18 487	.	.	.	17 509	.
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	143 179	.	.	.	147 608	.
davon aus										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	.	107 961	.	.	.	113 828	.
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	35 218	.	.	.	33 779	.
GELD UND KREDIT										
Banken <sup>6)</sup>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	.	.	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101	.	.	.	.	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	.	.	.	.	.
Einzinsen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	.	.	.	.	.
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	448	429	468	624	416	558	...
davon										
* Unternehmen	"	167	186	196	177	210	244	168	162	...
* Verbraucher	"	73	100	100	93	100	177	122	209	...
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	48	52	53	111	63	100	...
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	104	107	105	92	63	87	...
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	408 152	1 567 351	546 072	295 092	232 695	150 780	159 715	...
GEWERBEANZEIGEN <sup>10)</sup>										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	5 274	5 097	5 182	...	...	...	...
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 242	4 359	4 566	...	...	...	...
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	103,1	103,0	102,9	104,0	104,1	104,0	104,0
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	102,7	102,5	102,2	104,2	103,3	103,9	103,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	106,1	106,1	106,1	111,5	112,0	112,4	112,9
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	99,5	100,2	100,2	96,5	96,1	97,4	97,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	103,4	103,6	103,7	105,1	105,2	105,2	105,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,7	101,6	101,7	101,3	101,1	100,9	100,5
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	104,5	105,2	105,0	106,0	106,6	106,0	106,4
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	95,9	95,9	95,9	96,1	96,0	97,4	97,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	102,3	101,4	100,3	101,3	102,1	100,7	99,2
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	"	100,9	104,8	107,1	104,0	104,0	107,9	108,2	107,4	107,6
		101,0 <sup>14)</sup>	101,0 <sup>14)</sup>	101,1	.	.	.	100,8	.	.
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	2000 = 100									

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithaber. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Jul.	August	Sept.	Okt.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	2 810,3	2 912,7	2 877,9	3 187,9	2 793,9	3 371,3	2 215,7	
davon	-	3 014,8	2 722,8	2 579,2	2 764,1	2 349,8	2 616,3	2 278,8	2 965,3	1 746,6	
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 351,7	1 279,1	1 300,1	1 504,5	1 326,0	1 278,7	1 279,7	
davon	-	64,1	64,4	- 86,7	419,7	- 99,0	- 191,2	- 99,3	439,3	- 124,4	
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	-	256,6	181,1	180,2	50,2	56,7	408,1	193,1	32,9	35,9	
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	180,8	137,6	182,9	224,2	162,7	112,7	146,9	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 65,1	252,9	17,6	- 112,6	- 155,3	371,8	- 358,7	
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	-	745,4	727,3	871,7	507,7	739,6	647,8	707,8	613,7	627,6	
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	-	154,2	136,8	146,6	116,9	151,9	135,3	143,8	116,1	139,5	
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	63,2	36,5	286,7	306,3	346,8	281,9	231,1	
Einfuhrumsatzsteuer	-	41,9	52,0	0,0	0,0	54,0	53,5	53,9	58,8	50,6	
Bundessteuern	-	67,9	78,1	0,0	0,0	39,5	52,2	113,3	43,8	41,6	
darunter	-	11,5	9,0	10,4	8,4	10,2	6,8	13,9	12,5	11,4	
Mineralölsteuer	-	141,3	126,8	157,5	103,6	140,2	135,0	134,8	111,6	124,2	
Versicherungsteuer	-	3,3	3,9	19,7	2,8	3,0	1,4	1,3	2,1	1,2	
Zölle <sup>3)</sup>	-	23,6	18,0	20,1	23,7	30,4	22,4	40,5	22,0	20,6	
Landesteuern	-	43,5	41,4	57,2	30,0	42,0	36,6	35,0	32,6	41,8	
darunter	-	53,2	48,9	44,1	40,7	46,2	51,7	40,7	42,5	44,1	
Vermögensteuer	-	26,5	30,5	0,0	0,0	90,9	123,5	19,6	0,0	102,4	
Erbschaftsteuer	-										
Grunderwerbsteuer	-										
Kraftfahrzeugsteuer	-										
Gewerbsteuerumlage	-										
		2001	2002	2002			2003				
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	829,6	1 317,3	1342,5	2 056,0	889,2	1 574,2	1277,8	
davon	-	3,0	4,3	4,4	4,2	5,2	3,5	4,3	3,8	5,5	
Grundsteuer A	-	154,9	152,3	139,7	171,7	168,8	128,8	148,5	177,7	169,0	
Grundsteuer B	-	491,5	561,4	520,5	430,5	554,0	740,4	710,1	710,4	521,6	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	597,2	584,3	147,5	693,6	531,0	1 034,3	137,4	597,4	498,4	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	16,0	15,4	15,1	17,3	16,6	12,5	15,5	17,4	16,8	
andere Steuern <sup>5)</sup>	-										
		2002	2003	2002			2003				
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		April	Jul.	Okt.	Jan.	April	Jul.	Okt.	
VERDIENSTE <sup>7)</sup>											
Arbeiterverdienste											
(Im Produzierenden Gewerbe)											
* Bruttonomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 471	2 529	2 446	2 490	2 498	2 469	2 508	2 543	2 554	
* Männliche Arbeiter	-	2 551	2 608	2 526	2 570	2 578	2 547	2 587	2 623	2 634	
darunter Facharbeiter	-	2 697	2 757	2 668	2 718	2 723	2 699	2 739	2 769	2 784	
* Weibliche Arbeiter	-	1 920	1 966	1 898	1 935	1 937	1 938	1 949	1 974	1 980	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 786	1 819	1 768	1 804	1 795	1 792	1 798	1 832	1 832	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	15,13	15,49	15,02	15,18	15,26	15,35	15,45	15,51	15,56	
* Männliche Arbeiter	-	15,59	15,95	15,48	15,63	15,72	15,83	15,91	15,96	16,02	
darunter Facharbeiter	-	16,67	17,04	16,55	16,71	16,80	16,94	17,00	17,03	17,12	
* Weibliche Arbeiter	-	11,92	12,21	11,81	11,99	12,03	12,09	12,16	12,24	12,27	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,94	11,14	10,83	11,03	11,01	11,04	11,08	11,19	11,18	
Angestelltenverdienste											
(Bruttonomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 746	3 664	3 700	3 710	3 704	3 720	3 758	3 771	
* männlich	-	3 843	3 993	3 915	3 959	3 964	3 953	3 969	4 003	4 017	
* weiblich	-	2 863	3 044	2 939	2 972	2 991	2 997	3 014	3 059	3 070	
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 531	3 464	3 488	3 492	3 487	3 508	3 542	3 557	
* technische Angestellte	-	3 765	3 934	3 839	3 889	3 902	3 894	3 906	3 946	3 959	
* In Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 060	3 448	3 331	3 366	3 403	3 416	3 431	3 451	3 469	
* männlich	-	3 380	3 612	3 699	3 730	3 757	3 781	3 788	3 815	3 838	
* weiblich	-	2 617	2 892	2 784	2 823	2 860	2 861	2 885	2 896	2 906	
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 442	3 323	3 357	3 400	3 414	3 426	3 443	3 462	
* Bruttonomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	-	3 270	3 562	3 458	3 492	3 519	3 525	3 542	3 569	3 586	

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.



# Beiheft der Monatszeitschrift STAAT UND WIRTSCHAFT IN HESSEN

Konjunkturprognose Hessen 2004

## Impressum

Copyright:	© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2003 Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.
Herausgeber:	Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37 Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890 E-Mail: <a href="mailto:vertrieb@statistik-hessen.de">vertrieb@statistik-hessen.de</a> — Internet: <a href="http://www.statistik-hessen.de">www.statistik-hessen.de</a>
Haus-/Lieferadresse:	Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift:	Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis:	Bei Einzelbestellung ohne Monatszeitschrift Schutzgebühr 3,10 Euro inkl. Versandkosten.
Gesamtherstellung:	Hessisches Statistisches Landesamt

## Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

## Zeichen

—	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
. . .	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
()	= Ausagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
x	= Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.  
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

## Konjunkturprognose Hessen 2004

Im folgenden Beitrag werden die Hauptergebnisse der Studie „Konjunkturprognose Hessen 2004“ in kompakter Form dargestellt. Nach Einschätzung der vom Hessischen Statistischen Landesamt (HSL), der Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH (FEH), der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern erstellten Konjunkturprognose wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Hessen im Jahr 2003 voraussichtlich um 0,1 % (Deutschland: + 0,0 %) gegenüber dem Vorjahr wachsen. Im Jahr 2004 dürfte es dann wieder stärker um 1,8 % (Deutschland: + 1,7 %) zulegen. Das in den zurückliegenden Jahren für Hessen typische Entwicklungsmuster — dynamisch wachsende Dienstleistungsbereiche, die ein schwaches Wachstum anderer Wirtschaftsbereiche mehr als ausgleichen konnten — trifft gegenwärtig nicht mehr zu. Gleichwohl mehren sich im Jahresverlauf bereits in einigen Bereichen die Anzeichen für eine Trendwende. Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2004“ kann zum Preis von 10,00 Euro (inkl. Versandkosten) vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de). Dort steht die Veröffentlichung — zum Preis von 8,00 Euro — auch als Download-Angebot zur Verfügung.

### Konjunkturelle Entwicklung in Hessen 1995 bis 2002

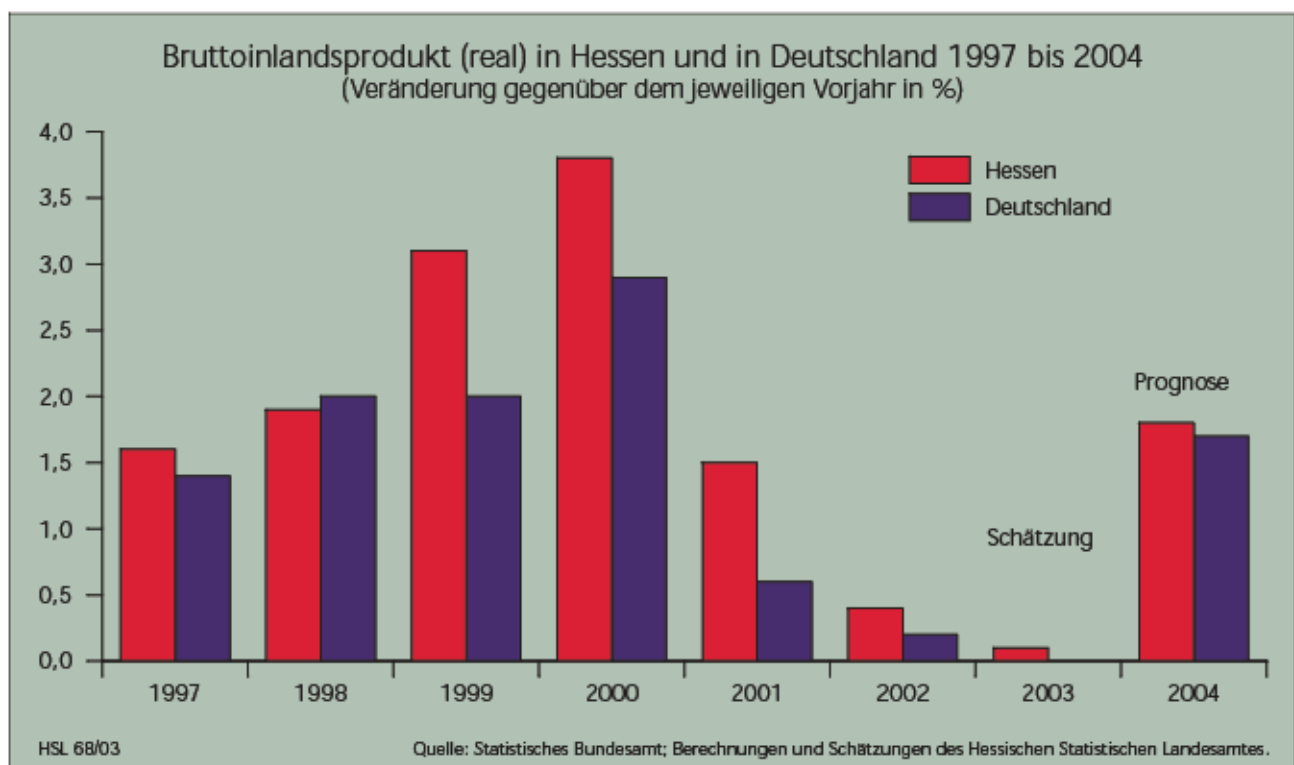
In Hessen stieg das *reale Bruttoinlandsprodukt* im Jahr 2002 auf 184 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anstieg um 0,4 % (Deutschland: + 0,2 %) gegenüber dem Vorjahr. Die konjunkturelle Entwicklung verlief im Vergleich zum Bund in den letzten Jahren — mit Ausnahme des Jahres 1998 — durchweg besser. So lag das Wachstum in den Jahren 2000 und 2001 noch um jeweils fast einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt.

In Hessen wurde die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in den letzten Jahren vor allem von einzelnen *wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbereichen* getragen. An der

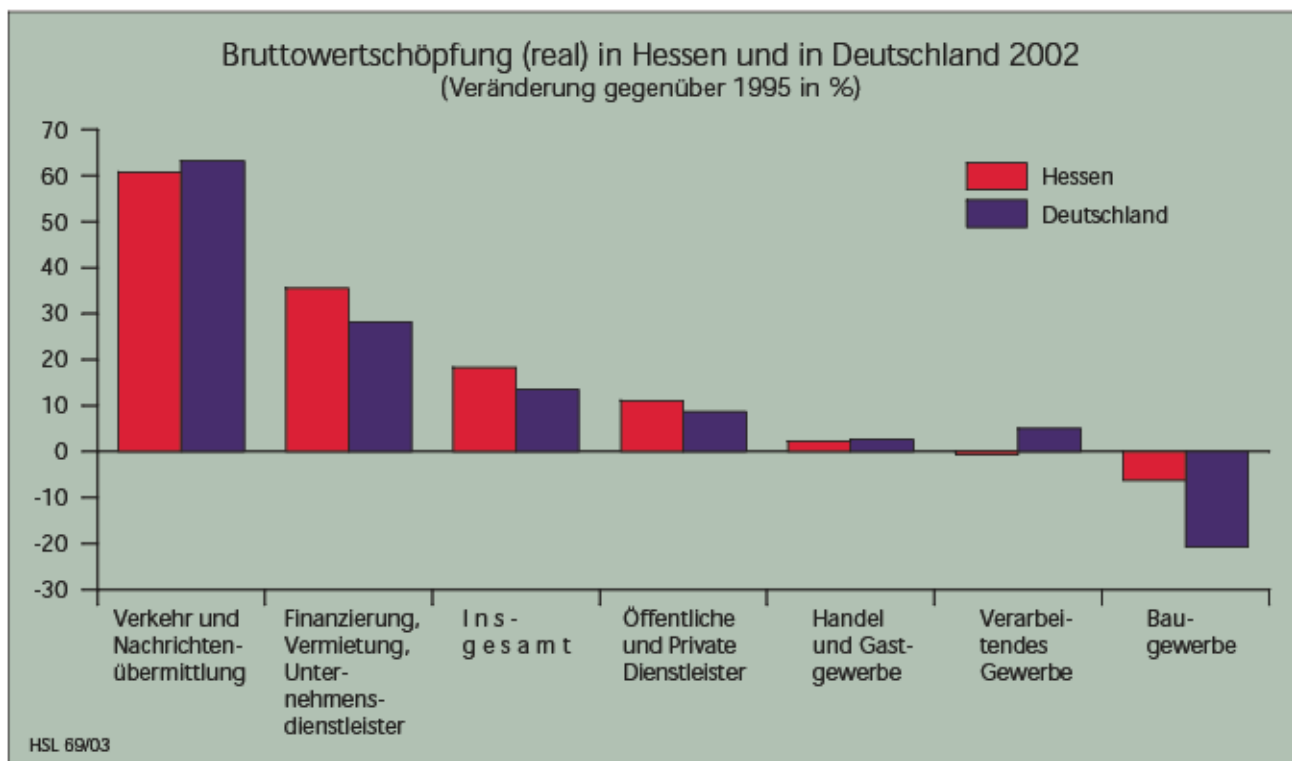
Spitze dieser Entwicklung stand der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“. Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung legte er im Zeitraum von 1995 bis 2002 um 61 % besonders dynamisch zu, während die hessische Gesamtwirtschaft nur um 18 % wuchs.

Ebenfalls weit überdurchschnittlich veränderte sich die Wirtschaftsleistung im Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister“. Dort wuchs die reale Bruttowertschöpfung im entsprechenden Zeitraum um 36 %.

Eine aufwärtsgerichtete, aber hinter der gesamtwirtschaftlichen Dynamik Hessens *zurückbleibende Entwicklung* ging vom Wirtschaftsabschnitt „Öffentliche und Private







Dienstleister" aus, der seine Wirtschaftsleistung im Vergleichszeitraum um 11 % steigern konnte. Leicht zunehmen konnte schließlich der Bereich „Handel und Gastgewerbe“ mit einem Plus von 2,3 %.

**Wachstumshemmende Impulse** gingen dagegen in Hessen vom Verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe aus. Den Negativrekord erzielte das hessische Baugewerbe, dessen Wirtschaftsleistung im Zeitraum 1995 bis 2002 um 6,3 % abnahm. Auf Grund des höheren Gewichts an der gesamten Bruttowertschöpfung (18 %) wirkte sich auch der leichte Rückgang um 0,7 % im Verarbeitenden Gewerbe konjunkturrehemmend aus.

### Konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2003

Ähnlich wie in Deutschland schlugen sich auch in Hessen die vorsichtig aufkeimenden Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Konjunkturfalte in diesem Jahr kaum in messbarem Wachstum nieder. Die bisherigen hessischen „Wachstumsträger“ aus dem Dienstleistungsbereich konnten in den ersten drei Quartalen 2003 keine Dynamik entfalten. So stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2003 in Hessen um 0,8 %<sup>1)</sup>, fiel dann im zweiten Quartal um 0,6 % und ging nach vorläufiger Einschätzung im dritten Quartal um weitere 0,1 % zurück<sup>2)</sup>.

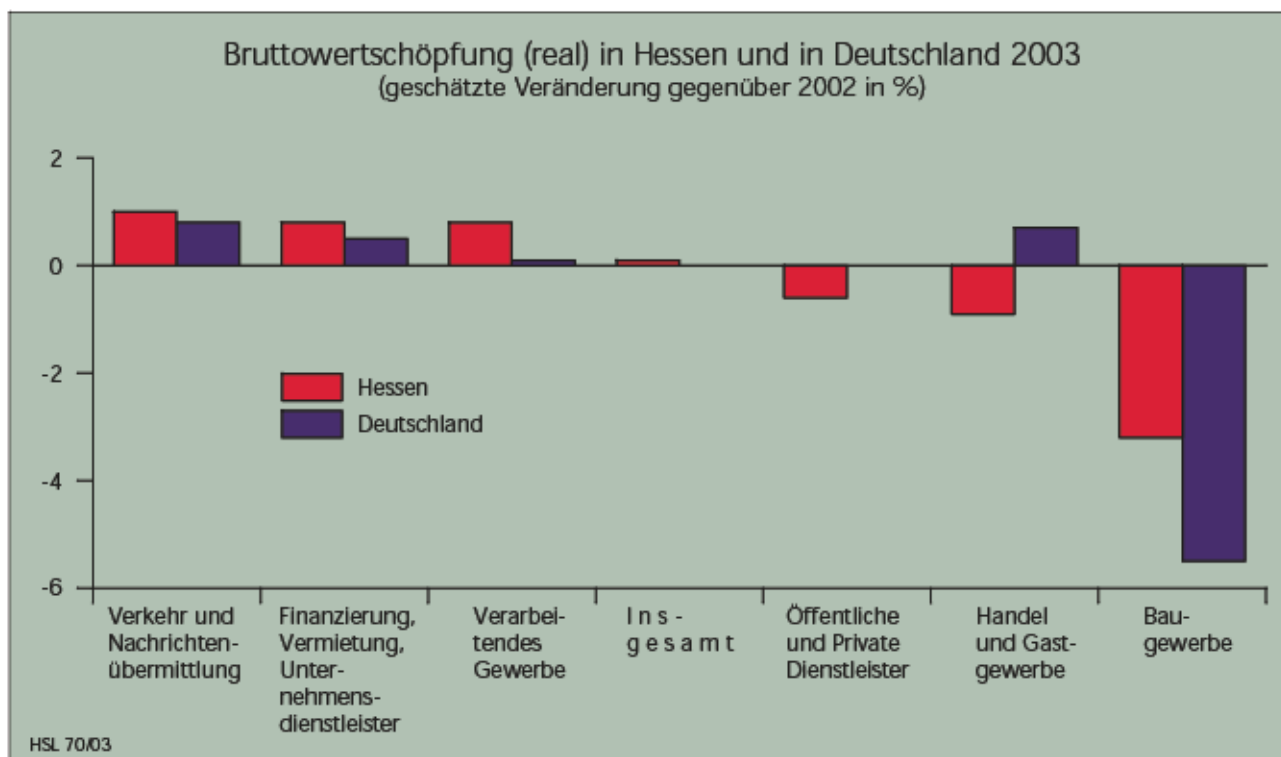
1) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal.

2) Jedoch stehen für einen großen Teil der Bereiche — gemessen an der realen Bruttowertschöpfung sind dies über 60 % — nur wenige zeitnahe Informationen zur Verfügung. Die fehlenden Beiträge wurden für die gesamtwirtschaftliche Berechnung geschätzt. Bei einigen Dienstleistungen wurde unterstellt, dass das Wachstumstempo unverändert geblieben ist.

Insgesamt zeichnet sich die konjunkturelle Entwicklung in Hessen im Jahr 2003 durch äußerst geringe Wachstumsimpulse in den vormals wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbereichen aus. Allein die Bereiche „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (+ 1,0 %) und „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ (+ 0,8 %) können voraussichtlich mit nur schwachen Werten gegenüber dem Vorjahr zulegen. Dagegen wird sich die Wirtschaftsleistung im Bereich der „Öffentlichen und Privaten Dienstleister“ (– 0,6 %) sowie im Handel und Gastgewerbe (– 0,9 %) schätzungsweise sogar rückläufig entwickeln.

Anders als in den vorangegangenen Jahren dürfte das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2003 im Vergleich zu Deutschland einen Wachstumsvorsprung von 0,7 Prozentpunkten gegenüber dem Bund erzielen, gefolgt vom Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ (+ 0,3 Prozentpunkte). Schwächer wird sich dagegen der Bereich „Öffentliche und Private Dienstleister“ entwickeln, dessen Wachstum um geschätzte 0,6 Prozentpunkte niedriger ausfallen wird als in Deutschland. Unterdurchschnittlich wird sich in Hessen auch der Bereich „Handel und Gastgewerbe“ entwickeln, dessen Wirtschaftsleistung voraussichtlich um 1,6 Prozentpunkte hinter dem Branchenvachstum in Deutschland zurückbleiben wird.

Die verhaltene konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich auch in der *Konjunkturumfrage der hessischen Industrie- und Handelskammern* für das dritte Quartal 2003 wider. Laut Umfrage stieg der Geschäftsklimaindex leicht auf 109 von 200 möglichen Punkten. Das bedeutet eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahresquartal (drittes



Quartal 2002: 102 Punkte). Auch gegenüber dem zweiten Quartal 2003 legte der Index wieder zu. Die Konjunktur in Hessen könnte damit den Tiefpunkt überwunden haben: Im September 2003 beurteilten 34 % der befragten Firmen ihre Lage negativ, ebenso viele wie drei Monate zuvor. Im September 2002 waren es noch 38 % gewesen. Ihre *derzeitige Geschäftslage* schätzten 15 % positiv ein, gegenüber 12 % ein Jahr zuvor. Auch die Zukunftserwartungen haben sich etwas verbessert. 35 % aller befragten Unternehmen gingen von einer Verbesserung der *zukünftigen Geschäftslage* aus, gegenüber 33 % im Vorjahr. Der Anteil der Unternehmen mit negativen Erwartungen sank dagegen mit 37 % im Vergleich zum Vorjahresquartal (40 %). Im zweiten Quartal 2003 hatten sogar noch 43 % der Unternehmen negative Zukunftserwartungen geäußert.

Auch im *hessischen Handwerk* ist die Stimmungslage nach wie vor gedrückt. Allerdings verbesserte sich auch hier die Geschäftslage im dritten Quartal 2003. Der Befragung der *Arbeitsgemeinschaft hessischer Handwerkskammern* zufolge beurteilten 43 % der Handwerksbetriebe ihre Geschäftslage als schlecht. Im zweiten Quartal 2003 waren es 44 % und im dritten Quartal 2002 sogar noch 47 % gewesen. Gut schätzten aber nur 13 % aller hessischen Handwerksbetriebe ihre momentane Situation ein. Damit verbleibt der Wert exakt auf dem Vorjahresniveau. Unbefriedigend fielen vor allem die Erwartungen des hessischen Handwerks aus. Laut Umfrage erwarteten im dritten Quartal 2003 44 % eine schlechtere Geschäftslage. Nur 11 % legten dagegen eine positive Zukunftserwartung an den Tag. Im dritten Quartal 2002 waren noch 13 % von einer besseren Geschäftslage ausgegangen. Die insgesamt nur geringen kon-

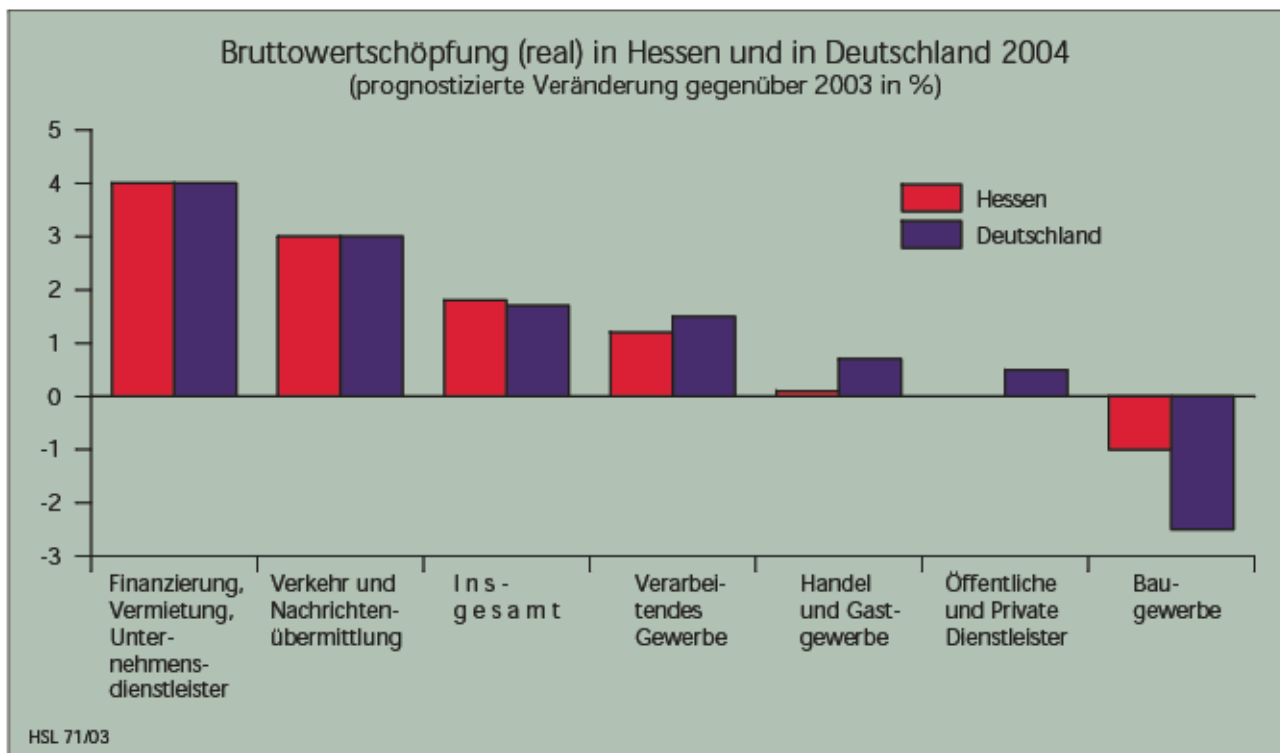
junkturrellen Wachstumskräfte dürften den angespannten Arbeitsmarkt in Hessen kaum entlasten. Bestätigt wird diese Einschätzung auch durch die Umfragen der hessischen Industrie- und Handelskammern. Demnach verharren die Aussagen zu den Beschäftigungsabsichten der befragten Unternehmen auf einem niedrigen Niveau. Während im 3. Quartal 2003 per Saldo 8 % der Unternehmen mehr Personal einstellen wollten, planten 35 % aller befragten Unternehmen (3. Quartal 2002: 35 %), die Beschäftigtenzahl weiter zu verringern.

Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Hessen mit einem leichten Wachstum im *Jahresdurchschnitt 2003* voraussichtlich um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr zulegen.

#### Konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2004

Auch in Hessen dürfte sich nach einer Wachstumspause im Jahr 2003 im folgenden Jahr eine merklich positivere konjunkturelle Entwicklung durchsetzen. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte werden sich die Wachstumskräfte voraussichtlich deutlich beleben. Da sich die Wirtschaftsleistung in einigen Dienstleistungsbereichen schwach entwickeln wird, dürfte das Bruttoinlandsprodukt im *Jahr 2004* in Hessen mit 1,8 % allerdings nur etwas stärker als in Deutschland (+ 1,7 %) zulegen.

Mit einer Steigerung von 4,0 % gegenüber dem Vorjahr dürfte sich der Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ voraussichtlich an die Spitze dieser Entwicklung setzen. Wachstum wird zudem für den Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ prognostiziert, der



mit + 3,0 % ebenfalls zulegen dürfte. Auch die Wirtschaftsleistung des Verarbeitenden Gewerbes dürfte um 1,2 % zunehmen. Ungünstig wird dagegen auch im Jahr 2004 die Situation für die Bereiche „Handel und Gastgewerbe“ sowie „Öffentliche und Private Dienstleister“ beurteilt, deren Wirtschaftsleistung stagnieren dürfte. Erneut abwärtsgerichtet wird voraussichtlich die Entwicklung im hessischen Baugewerbe mit einem Rückgang der realen Bruttowertschöpfung um 1,0 % verlaufen.

Im Vergleich zu Deutschland dürfte sich im Jahr 2004 zudem kein Wirtschaftsbereich besser entwickeln. Dagegen wird die reale Bruttowertschöpfung im Bereich „Handel und Gastgewerbe“ in Hessen um schätzungsweise 0,6 Prozentpunkte hinter der gesamtdeutschen Entwicklung zurückbleiben. Schlechter als im Bund wird die Konjunktur voraussichtlich auch im Bereich „Öffentliche und Private Dienstleister“ verlaufen, wo sie um einen halben Prozentpunkt unter dem entsprechenden Referenzwert verharren dürfte.